

## Anlage 1:



---

***Im Bundesrat beschlossen*****Hilfen für minderjährige Flüchtlinge**

Minderjährige Flüchtlinge, die ohne ihre Familien nach Deutschland kommen, brauchen besonderen Schutz. Der Bundestag hat deshalb das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher beschlossen. Der Bundesrat hat dem Gesetz zugestimmt.

Mit der zunehmenden Zahl der Krisenregionen in der Welt suchen immer mehr Menschen Zuflucht in Deutschland. Kinder und Jugendliche stehen dabei unter dem besonderen Schutz der UN-Kinderrechtskonvention: Sie haben ein Recht darauf, dem Kindeswohl entsprechend untergebracht, versorgt und betreut zu werden.

**Entlastung durch gleichmäßige Verteilung**

Die Einreise unbegleiteter Minderjähriger konzentriert sich auf bestimmte Regionen in Deutschland. Nach geltendem Recht sind die Jugendämter am Einreiseort zur Inobhutnahme verpflichtet. Diese sind zum Teil jedoch so stark belastet, dass eine dem Kindeswohl entsprechende Betreuung nur schwer zu gewährleisten ist.

Das neue Gesetz soll sicherstellen, dass die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen gleichmäßig verteilt werden. Künftig gibt es eine bundes- und landesweite Aufnahmespflicht. Maßstab für die Verteilung ist ein landesinternes und bundesweites Verfahren, das sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen orientiert.

Das aufnehmende Jugendamt kann Minderjährige damit an einen anderen Ort weiterleiten. Bei der Reise dorthin sind sie von einer geeigneten Person zu begleiten und am Zielort von einer Fachkraft des zuständigen Jugendamtes in Empfang zu nehmen.

**Kinder- und Jugendhilfe hat Priorität**

Eine weitere Neuerung: Das Mindestalter zur Begründung der Handlungsfähigkeit im Asylverfahren wird von 16 auf 18 Jahre angehoben. Damit gilt auch für ausländische Minderjährige, die bereits das 16. Lebensjahr vollendet haben, der Vorrang des Kinder- und Jugendhilferechts.

Das Gesetz soll am 1. November 2015 in Kraft treten.

---

Freitag, 16. Oktober 2015

## Anlage 2:



[Bundesanzeiger Verlag](#) > 
 [Familie Betreuung Soziales](#) > 
 [Familie-Soziales](#) > 
 [Aktuelles](#)  
[Aktuelle Meldungen](#) > 
 [News Details](#)

03.11.2015

## Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher seit 01.11. in Kraft

**Am 01.11. 2015 ist das "Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher" in Kraft getreten.**

Dieses sieht neben Änderungen in der örtlichen Zuständigkeit und der Inanspruchnahme von Hilfen insbesondere die Ergänzung um die §§ 42a-e vor, welche die vorläufige Inobhutnahme von ausländischen Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise und deren Umverteilung in der BRD regeln. Der B-UMF e.V. hat hierzu eine Handreichung veröffentlicht.

Das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. (DIJuF ) hat in einer Synopse die Änderungen und die bisherigen Regelungen gegenübergestellt.

Empfehlen Sie diese Seite:



[zurück zur Übersicht](#)

RECHTSPRECHUNG IM ONLINE-ZUGRIFF!



**DIE NEUE ONLINE-DATENBANK**

Direkter Zugriff auf rd.  
4.200 Entscheidungen, über  
550 Fachbeiträge sowie Normen und  
Kommentare. mehr

[Zum Produktvideo](#)

WIR HELFEN IHNEN GERNE!





Haben Sie Fragen zu unseren Produkten?  
Kontaktaufnahme

## THEMENKATALOG

Blättern Sie in unserem **Themenkatalog 2016** oder bestellen Sie ihn kostenlos.





## **Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**

### **Inobhutnahme, Clearingverfahren und Einleitung von Anschlussmaßnahmen**

beschlossen auf der 116. Arbeitstagung  
der Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter  
vom 14. bis 16. Mai 2014 in Mainz

# GLIEDERUNG

1	Einführung.....	6
2	Begriffsdefinition „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ mit Verweis auf das SGB VIII.....	7
2.1	Definition „unbegleitet“ .....	7
2.2	Definition „minderjährig“ .....	7
2.3	Definition „Flüchtling“ .....	7
3	Rechtliche Grundlagen im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.....	8
3.1	Internationales Recht.....	8
3.2	Deutsches Recht .....	9
3.3	Kooperationsbezüge.....	10
3.4	Sozialdatenschutz.....	11
3.5	Kinderrechte .....	11
4	Zuständigkeiten.....	11
4.1	Zuständigkeit vor der Einreise (bei der Ankunft an einem internationalen Flughafen) in Deutschland.....	12
4.2	Zuständigkeit bei der Inobhutnahme.....	13
4.3	Zuständigkeit beim Clearingverfahren .....	13
4.4	Zuständigkeit bei den Anschlusshilfen.....	14
5	Standards der Inobhutnahme.....	14
5.1	Erstgespräch durch das Jugendamt .....	14
5.1.1	Vieraugenprinzip plus Sprachmittler/ Dolmetscher .....	14
5.1.2	Alterseinschätzung zur Klärung der Inobhutnahmevoraussetzung und Beweismittelerhebung nach § 21 SGB X.....	15
5.1.3	Klärung der Möglichkeiten für eine Familienzusammenführung .....	16
5.1.4	Schriftliche Dokumentation des Erstgespräches.....	16
5.1.5	Verfügung der Inobhutnahme oder schriftlicher Ablehnungs-/ Beendigungsbescheid .....	16
5.2	Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme.....	17
5.2.1	Materielle und medizinische Versorgung .....	17
5.2.2	Betriebserlaubnis/ Fachkräftegebot .....	17
5.3	Herbeiführung einer gesetzlichen Vertretung (Vormundschaft und/ oder Pflegschaft).....	18

5.3.1	Aufgaben und Stellung des Vormunds .....	20
5.3.2	Anzuwendendes Recht (Heimatrecht/ deutsches Recht/ internationale Abkommen) .....	21
5.3.3	Ausländerrechtliche/ asylrechtliche Vertretung .....	22
5.4	Beendigung der Inobhutnahme.....	23
5.5	Statistik .....	23
6	Ablauf des Clearingverfahrens .....	24
6.1	Klärung des Gesundheitszustandes .....	24
6.2	Ausländerrechtliche Registrierung .....	25
6.3	Sozialanamnese .....	25
6.4	Bildung und Informationsvermittlung.....	26
6.5	Beginn der Hilfeplanung .....	27
6.6	Ende des Clearingverfahrens .....	27
7	Anschlussmaßnahmen.....	27
8	Einleitung des Kostenerstattungsverfahrens .....	28
9	Literaturverzeichnis .....	30
9.1	Literatur.....	30
9.2	Entscheidungen .....	30
9.3	Empfehlungen.....	31
10	Liste der Mitglieder der temporären Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.....	32

## Anlagen

Anlage 1a	Dokumentation zur Befragung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Rahmen des Inobhutnahmegesprächs	33
Anlage 1b	Formular zur Prüfung der Voraussetzungen für eine Inobhutnahme	36
Anlage 2a	Anamnesebogen der Inobhutnahmeeinrichtung	39
Anlage 2b	Sozialpädagogische Beurteilung der Inobhutnahmeeinrichtung	45
Anlage 3	Musterschreiben für die Anregung einer Vormundbestellung	47
Anlage 4	Bundesstatistik der Kinder- und Jugendhilfe, Formular Teil I 7 / Vorläufige Schutzmaßnahmen	

## **Abkürzungsverzeichnis**

<b>AufenthG</b>	Aufenthaltsgesetz
<b>AsylVfG</b>	Asylverfahrensgesetz
<b>BAMF</b>	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
<b>BGB</b>	Bürgerliches Gesetzbuch
<b>Brüssel IIa VO</b>	VERORDNUNG (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
<b>BVA</b>	Bundesverwaltungsamt
<b>Dublin III VO</b>	VERORDNUNG (EU) Nr. 604/2013 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist
<b>EGBGB</b>	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
<b>EU-Aufnahmerichtlinie</b>	RICHTLINIE 2013/33/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung)
<b>EU- Qualifikationsrichtlinie</b>	RICHTLINIE 2011/95/EU DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 13.12.2011 über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes
<b>FamFG</b>	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
<b>GG</b>	Grundgesetz
<b>KSÜ</b>	Haager Übereinkommen über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern
<b>SGB I</b>	Sozialgesetzbuch, Erstes Buch (I) - Allgemeiner Teil
<b>SGB V</b>	Sozialgesetzbuch, Fünftes Buch (V) - Gesetzliche Krankenversicherung
<b>SGB VIII</b>	Sozialgesetzbuch, Achtes Buch (VIII) – Kinder- und Jugendhilfe

<b>SGB X</b>	Sozialgesetzbuch, Zehntes Buch (X) – Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz
<b>VwGO</b>	Verwaltungsgerichtsordnung
<b>UN-KRK</b>	UN-Konvention über die Rechte des Kindes

# 1 Einführung

Nach einer Erhebung des Bundesfachverbandes Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. vom August 2013 wurden im Jahr 2012 mehr als 4.300 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge von deutschen Jugendämtern in Obhut genommen. Wenngleich die einzelnen Bundesländer und innerhalb der Bundesländer die einzelnen Kommunen unterschiedlich stark davon betroffen sind, so macht diese Zahl deutlich, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge keine Einzelfälle sind, sondern dass die Unterbringung und Betreuung dieser jungen Menschen die Jugendhilfe und ihre Kooperationspartner vor große Herausforderungen stellt. Neben flucht- und kulturspezifischen Aspekten ergeben sich besondere Schwierigkeiten aus dem Spannungsfeld, in dem die Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen steht: das Kinder- und Jugendhilferecht auf der einen und das Aufenthalts- und Asylrecht auf der anderen Seite.

1994 hat die BAG Landesjugendämter bereits ein Diskussions- und Informationspapier „Jugendhilfe für junge Flüchtlinge“ verabschiedet. Seitdem gab es sowohl auf internationaler als auch auf nationaler Ebene gesetzliche Änderungen. Somit erschien es geboten, sich als Bundesarbeitsgemeinschaft wieder mit dem Thema zu beschäftigen.

Anhand eines Austausches über die Betreuungspraxis in den einzelnen Bundesländern und auf Grundlage der aktuellen Gesetzeslage wurden diese Handlungsempfehlungen entwickelt. Sie richten sich primär an die Akteure in der öffentlichen und freien Jugendhilfe, sollen aber auch die strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen fördern und somit den Schutz der in Deutschland eingereisten Kinder und Jugendlichen verbessern.

## **2 Begriffsdefinition „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ mit Verweis auf das SGB VIII**

Das Achte Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe – SGB VIII verwendet den Begriff „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ nicht. Im Folgenden wird definiert, welche Personen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Sinne dieser Handlungsempfehlungen sind:

### **2.1 Definition „unbegleitet“**

Unbegleitet in diesem Sinne sind alle Minderjährigen ohne Begleitung von Personensorge- oder Erziehungsberechtigten (vgl. § 7 Abs. 1 Nr. 5 und 6 SGB VIII).

Hierbei ist

- sowohl der/ die Minderjährige unbegleitet, der/ die bereits ohne Personensorgeberechtigte oder Erziehungsberechtigte in das Bundesgebiet einreist und von ihnen auch getrennt bleibt,
- als auch der/ die Minderjährige, welche/r nach der Einreise von Personensorgeberechtigten oder Erziehungsberechtigten getrennt wird und bei dem/ der davon auszugehen ist, dass die Trennung andauert und die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten aufgrund der räumlichen Trennung nicht in der Lage sind, sich um den/ die Minderjährige/n zu kümmern.

### **2.2 Definition „minderjährig“**

Minderjährig ist jede Person, welche noch nicht 18 Jahre alt ist und damit jedes Kind und jede/r Jugendliche (vgl. § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB VIII).

### **2.3 Definition „Flüchtling“**

Das SGB VIII verwendet den Begriff „Flüchtling“ nicht; ein Flüchtling ist zunächst ein Ausländer/ eine Ausländerin. Ausländer sind alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Art. 116 Abs. 1 Grundgesetz (GG) sind. Als Flüchtling werden hier Bürger aus Staaten außerhalb der EU bezeichnet, die aus politischen, wirtschaftlichen, geschlechtsspezifischen, gesundheitlichen, religiösen oder sonstigen Gründen auf der Flucht sind oder aufgrund der familiären Situation, des Fehlens von persönlicher Sicherheit oder aus sonstigen Motiven ihr Heimatland verlassen haben und Schutz suchen. Nicht unter den Flüchtlingsbegriff fallen Ausländer/ -innen, die Staatsangehörige der EU-Staaten und anderer westlicher Industriestaaten sind.<sup>1</sup>

Ein Flüchtling im Sinne dieser Handlungsempfehlungen ist auch, wer keinen Asylantrag stellt bzw. gestellt hat oder dessen Asylantrag abgelehnt wurde und wer den Status der Duldung innehat.

---

<sup>1</sup> Die Begriffsdefinition „Flüchtling“ orientiert sich des Weiteren an Artikel 2 Buchstabe d der EU-Qualifikationsrichtlinie.



### 3 Rechtliche Grundlagen im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Bei Ankunft eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings kommen unterschiedliche Gesetze und Rechtsvorschriften zur Anwendung, wobei zwischenstaatliches Recht dem nationalen Recht vorgeht. Für den deutschen Rechtsbereich können darüber hinaus Ausführungsverordnungen und Richtlinien der Länder die Umsetzung von Bundesrecht spezifizieren. Auf Landesregelungen wird jedoch vorliegend nicht Bezug genommen.

Folgende rechtliche Grundlagen sind grundsätzlich zu beachten:

- UN-KRK
- KSÜ
- Brüssel IIa VO
- Dublin III VO
- SGB I, VIII und X
- BGB
- FamFG
- AufenthG
- AsylVfG

#### 3.1 Internationales Recht

Die internationalen Regelungen verpflichten zunächst jeden Vertragsstaat zur entsprechenden Anwendung seiner innerstaatlichen Rechts- und Verfahrensvorschriften zum Schutz von Minderjährigen mit Aufenthalt in seinem Hoheitsgebiet.

Von zentraler Bedeutung sind die Regelungen der **UN-KRK**.

Da die Bundesregierung 2010 ihre Vorbehaltserklärung zurückgenommen hat, gilt die Konvention nunmehr auch in Deutschland uneingeschränkt. Wichtige Anknüpfungspunkte sind Artikel 3 UN-KRK, wonach alle zu treffenden Maßnahmen vorrangig am Kindeswohl auszurichten sind sowie Artikel 6 UN-KRK, der dem Kind ein Recht auf Leben, Überleben und Entwicklung zusichert.

Weitere Grundsätze beinhalten das **KSÜ** sowie die **Brüssel IIa Verordnung**.

Nach Artikel 6 Abs. 1 und 2 KSÜ haben Behörden und Gerichte für Flüchtlingskinder und Kinder, die infolge von Unruhen in ihrem Land in das Land eines Mitgliedstaates gelangt sind, Maßnahmen zum Schutz von Person und Vermögen dieser Minderjährigen zu gewährleisten. Dabei knüpft die Verpflichtung zum Tätigwerden nicht an das Vorhandensein eines gewöhnlichen Aufenthaltes an, vielmehr genügt bereits ein tatsächlicher Aufenthalt. Gleiches regelt Artikel 13 der Brüssel IIa VO für ihren Anwendungsbereich.

Die **EU-Aufnahmerichtlinie** schreibt unter anderem die Rangfolge der Orte vor, an denen unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden sollen (Artikel 19 Abs. 2 der EU-Aufnahmerichtlinie).

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen primär bei erwachsenen Verwandten aufgenommen werden. Ist dies nicht möglich, sollen sie in einer Pflegefamilie untergebracht werden. Stehen weder erwachsene Verwandte noch eine Pflegefamilie zur Verfügung, sieht die Richtlinie eine Unterbringung in einem Aufnahmezentrum mit speziellen Einrichtungen für Minderjährige oder in anderen für Minderjährige geeigneten Unterkünften vor. Bei dieser Regelung handelt es sich jedoch nur um einen absoluten Mindeststandard, das SGB VIII enthält darüber hinaus höhere Anforderungen an die Unterbringung von Minderjährigen und damit auch von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

In der **EU-Qualifikationsrichtlinie** sind weitere verbindliche Standards für den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen enthalten.

So sollen alle Flüchtlinge Zugang zu Beschäftigung, Bildung, Verfahren für die Anerkennung von Befähigungsnachweisen, Sozialhilfeleistungen, medizinischer Versorgung und zu Integrationsmaßnahmen erhalten (Artikel 26, 27, 28, 29, 30, 34).

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollen durch einen gesetzlichen Vormund vertreten werden. Dabei sind die Bedürfnisse des Minderjährigen gebührend zu berücksichtigen (Artikel 31 Abs. 1, 2).

Geschwister sollen möglichst zusammenbleiben, der Wechsel des Aufenthaltsortes ist auf ein Mindestmaß zu beschränken (Artikel 31 Abs. 4). Familienangehörige sollen so bald wie möglich ausfindig gemacht werden (Artikel 31 Abs. 5).

### 3.2 Deutsches Recht

In Deutschland sind daran anknüpfend bei Einreise eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Kindeswohls im Rahmen des staatlichen Wächteramtes auf der Grundlage des **Achten Sozialgesetzbuches** sicherzustellen. Leitgedanke dieses Gesetzes ist es, dass jeder junge Mensch in Deutschland ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit hat (§ 1 Abs. 1 SGB VIII).

Alle unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter 18 Jahren haben einen Anspruch auf Inobhutnahme als vorläufige Maßnahme der Jugendhilfe zum Schutz von Kindern und Jugendlichen. Sie sind gemäß § 42 Abs. 1 Ziffer 3 i.V.m. § 87 SGB VIII durch das Jugendamt am tatsächlichen Aufenthaltsort in Obhut zu nehmen. Auf eine konkrete Kindeswohlgefährdung kommt es in diesen Fällen nicht an; diese ergibt sich bereits aus der Tatsache, dass der minderjährige Flüchtling unbegleitet ist ([siehe Punkt 4 ff](#)).

Dieser Kinderschutz hat Vorrang gegenüber den ausländerrechtlichen Regelungen des Aufenthalts- und Asylverfahrensgesetzes. Fragen des Aufenthalts- und Bleiberechts sowie eine mögliche Rückkehr sind regelmäßig Bestandteil des Clearingverfahrens im Kontext der Jugendhilfe ([siehe Punkt 5 ff](#)). Die Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in einer Erstaufnahmeeinrichtung für erwachsene Ausländer scheidet als Jugendhilfemaßnahme im Sinne von § 42 SGB VIII aus und ist grundsätzlich abzulehnen.

Als weitere innerstaatliche Schutzmaßnahme für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ist nach den Regelungen des SGB VIII, BGB und FamFG unverzüglich die Bestellung eines Vormundes zu veranlassen ([siehe Punkt 5.3](#)).

### **3.3 Kooperationsbezüge**

§ 81 SGB VIII verpflichtet die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, im Rahmen ihrer Aufgaben und Befugnisse mit anderen Stellen und öffentlichen Einrichtungen zusammenzuarbeiten.

Hierzu gehören insbesondere:

- Träger von Sozialleistungen nach dem Zweiten, Dritten, Vierten, Fünften, Sechsten und dem Zwölften Sozialgesetzbuch sowie Träger von Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz,
- Familien- und Jugendgerichte, Staatsanwaltschaften sowie Justizvollzugsbehörden,
- Schulen und Stellen der Schulverwaltung,
- Einrichtungen und Stellen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und sonstige Einrichtungen und Dienste des Gesundheitswesens,
- Beratungsstellen nach den §§ 3 und 8 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes und Suchtberatungsstellen,
- Einrichtungen und Dienste zum Schutz gegen Gewalt in engen sozialen Beziehungen,
- Stellen der Bundesagentur für Arbeit,
- Einrichtungen und Stellen der beruflichen Aus- und Weiterbildung,
- Polizei- und Ordnungsbehörden,
- Gewerbeaufsicht und
- Einrichtungen der Ausbildung für Fachkräfte, der Weiterbildung und der Forschung.

Im Rahmen der Qualitätsentwicklung und -sicherung ist eine Vernetzung und Koordination durch fachübergreifende und interdisziplinäre Arbeitsgruppen empfehlenswert.

### **3.4 Sozialdatenschutz**

Für den Schutz von Sozialdaten bei ihrer Erhebung und Verwendung in der Jugendhilfe gelten § 35 SGB I, §§ 67 bis 85a SGB X sowie die Vorschriften in §§ 61 bis 68 SGB VIII. Werden Einrichtungen und Dienste der freien Jugendhilfe in Anspruch genommen, so ist sicherzustellen, dass der Schutz personenbezogener Daten bei der Erhebung und Verwendung in entsprechender Weise gewährleistet ist.

### **3.5 Kinderrechte**

Die Partizipation/ Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Angelegenheiten ist spätestens seit dem Inkrafttreten des Bundeskinderschutzgesetzes zum 01.01.2012 ein Thema, mit dem sich alle Institutionen und Einrichtungen der öffentlichen und freien Jugendhilfe auseinandersetzen müssen.

2013 hat die BAG Landesjugendämter in ihrer aktualisierten Arbeitshilfe „Beteiligungs- und Beschwerdeverfahren im Rahmen der Betriebserlaubniserteilung für Einrichtungen der Erziehungshilfe“ den Stellenwert von Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten unterstrichen.

Die Beteiligung ist explizit formuliert in § 8 Absatz 1 SGB VIII: „Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen“.

Besonders sollte beachtet werden, dass die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge oftmals nicht aufgrund einer eigenen freien Entscheidung ihre Heimat verlassen haben und die Fluchterfahrungen ebenfalls durch Fremdbestimmung geprägt sind. Es ist somit geboten, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von Anfang an zu beteiligen. Dazu gehören die Bereitstellung von Sprachmittlern und ggf. Dolmetschern und das Angebot von Sprachkursen zum Erwerb der deutschen Sprache.

Nicht immer werden sich die Wünsche der Minderjährigen umsetzen lassen, beispielsweise aufgrund der vorgehaltenen Angebotsstruktur (Wahl einer Einrichtung oder des Ortes), der Residenzpflicht oder weil sie nicht die notwendigen Voraussetzungen mitbringen (z.B. Art der Beschulung). Dies ist ihnen in Gesprächen zu vermitteln.

## **4 Zuständigkeiten**

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge kommen mit dem Flugzeug, mit der Bahn, mit dem Bus, mit einem PKW/ LKW oder mit dem Schiff, im Zweifel auch zu Fuß nach Deutschland. Davon abhängig haben sie mit unterschiedlichen Behörden erstmals Kontakt. Häufig werden sie von Bundes- oder Landespolizei aufgegriffen, teilweise melden sie sich auch selbst bei Ausländerbehörden, Sozial- oder Jugendämtern.

Unabhängig davon, bei welcher Behörde sie auftauchen, gilt:

- Die erste deutsche Behörde, die mit einem Flüchtling in Kontakt kommt, muss die Personalien nach seinen Angaben aufnehmen.
- Legt die Person gültige Ausweisdokumente vor, so ist das darin angegebene Alter maßgeblich. Liegen keine Ausweispapiere vor, wie es bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen häufig der Fall ist, zählt die Angabe des Flüchtlings. Ist er ausweislich der Papiere minderjährig oder gibt er an, minderjährig zu sein, soll die Behörde bzw. Erstaufnahmeeinrichtung sofort das örtlich zuständige Jugendamt informieren ([siehe Punkt 5.1.2](#)).

#### **4.1 Zuständigkeit vor der Einreise (bei der Ankunft an einem internationalen Flughafen) in Deutschland**

Bei Ausländern, die aus einem anderen Staat auf dem Luftweg einreisen wollen, aber sich noch auf extraterritorialem Gelände befinden (d.h. formal noch nicht in Deutschland eingereist sind) und bei der Grenzbehörde um Asyl nachsuchen, ist das Asylverfahren gemäß § 18a AsylVfG durchzuführen. Dies ist auch bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen der Fall. Sofern der unbegleitete minderjährige Flüchtling unter 16 Jahre alt und somit nicht verfahrensfähig ist ([siehe Punkt 5.3](#)), muss das Jugendamt, in dessen Zuständigkeit sich der Flughafen befindet, beim zuständigen Familiengericht die Bestellung eines Vormunds beantragen. Dieses Vorgehen wird auch für 16- und 17-jährige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge empfohlen. Es wird empfohlen, zeitgleich die Bestellung eines Ergänzungspflegers für den asylrechtlichen Bereich zu prüfen ([siehe Punkt 5.3.3](#)).

Wird der Asylantrag durch das BAMF als offensichtlich unbegründet abgelehnt, so droht eine unmittelbare Abschiebung, ohne dass eine Einreise stattgefunden hat. Wird die Einreise nach Maßgabe der in § 18a Abs. 6 AsylVfG aufgeführten Gründe gestattet, ergibt sich eine unmittelbare Zuständigkeit des o.g. Jugendamtes.

##### **Beispiel:**

Aufgrund der herausgehobenen Stellung des Rhein-Main-Flughafens Frankfurt am Main in Bezug auf die relativ hohen Aufnahmezahlen im Transitbereich hat sich dort folgende Praxis etabliert:

Grundlage des Verfahrens ist die Annahme, dass das Asylverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen auch nach der Einreise betrieben werden kann. Kindern und Jugendlichen wird im Regelfall nach wenigen Tagen die Einreise gestattet. Die Bundespolizei teilt dem Jugendamt die Ankunft eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings auf dem Flughafen mit. Da Minderjährige unter 16 Jahren nach dem Asylverfahrensgesetz noch nicht verfahrensfähig sind, beantragt die Bundespolizei für diese zeitgleich beim Familiengericht die Bestellung eines Amtsvormundes. Bei Minderjährigen ab vollendetem 16. Lebensjahr beantragt das Jugendamt beim zuständigen Familiengericht die Bestellung eines Amtsvormundes. Darüber hinaus bestellt das Gericht für alle unbegleiteten minderjährigen

Flüchtlinge auf Antrag einen Rechtsanwalt/ eine Rechtsanwältin zum Ergänzungspfleger/ zur Ergänzungspflegerin für den asylrechtlichen Bereich. Die Unterbringung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erfolgt durch das Land Hessen in einem gesonderten Bereich der Flughafeneinrichtung, die jedoch nicht einer Inobhutnahmeeinrichtung gem. § 42 SGB VIII entspricht, da aufgrund der örtlichen Besonderheiten keine Betriebserlaubnis erteilt werden kann. Die Betreuung wird durch pädagogisches Fachpersonal (weiblich und männlich) Tag und Nacht sichergestellt.

#### **4.2 Zuständigkeit bei der Inobhutnahme**

Für die Inobhutnahme ist das Jugendamt örtlich zuständig, in dessen Bereich sich das Kind oder der/ die Jugendliche vor Beginn der Maßnahme tatsächlich aufhält (§ 87 SGB VIII). Sobald das Jugendamt erfährt, dass sich in seinem Zuständigkeitsbereich ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling aufhält, muss es den/ die Minderjährige/n in Obhut nehmen (§ 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII). Dafür reicht es aus, dass die Minderjährigkeit möglich ist; sie muss (noch) nicht festgestellt sein.

Die Inobhutnahme ist eine hoheitliche Aufgabe und darf daher nur vom Jugendamt ausgesprochen werden. Es handelt sich dabei um einen Verwaltungsakt. Die weiteren Befugnisse und Aufgaben einer Inobhutnahme können demgegenüber auf anerkannte Träger der freien Jugendhilfe zur Ausführung übertragen werden (§ 76 Abs. 1 SGB VIII), die Letztverantwortung verbleibt beim Jugendamt (§ 76 Abs. 2 SGB VIII). Anerkannte freie Träger können zwar gem. § 76 SGB VIII vom öffentlichen Träger der Jugendhilfe an der Aufgabenerfüllung der Inobhutnahme beteiligt werden, jedoch ist es ihnen nicht gestattet, Minderjährige selbst eingreifend nach § 42 SGB VIII in Obhut zu nehmen. Ebenso ist eine Überstellung eines Kindes/ Jugendlichen durch die Polizei direkt an eine Einrichtung keine dem Jugendamt zuzurechnende Inobhutnahme (VG Regensburg [1]).

Eine Inobhutnahme im Sinne von § 42 SGB VIII ohne oder erst aufgrund nachträglicher Einschaltung des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe ist unzulässig (OVG Berlin-Brandenburg [2], sowie LPK-SGB VIII, Kunkel, 2011, § 42, Rd.Nr. 131).

Soll eine Beteiligung eines freien Trägers an der Durchführung der Aufgabe zur Ausführung erfolgen, bedarf ein solcher Vertrag eines Beschlusses des Jugendhilfeausschusses. Eine ohne vorherige Beschlussfassung des Jugendhilfeausschusses vorgenommene Beteiligung freier Träger ist rechtswidrig (vgl. OVG NRW [3]; Kunkel, LPK SGB VIII, 4. Aufl. 2011, § 76 Rd.-Nr. 5, Wiesner SGB VIII, 4. Auflage 2011, §76 Rd.-Nr. 14).

#### **4.3 Zuständigkeit beim Clearingverfahren**

Für das Clearingverfahren ist das Jugendamt zuständig, das den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling in Obhut genommen hat, da das Clearingverfahren Teil des In-

obhutnahmeverfahrens ist. Jedes Jugendamt muss daher grundsätzlich das Clearingverfahren für seinen Zuständigkeitsbereich verbindlich regeln, sofern es keine landesrechtlichen Regelungen gibt ([siehe Punkt 6 ff](#)).

#### **4.4 Zuständigkeit bei den Anschlusshilfen**

Steht nach abgeschlossenem Clearingverfahren fest, dass der unbegleitete minderjährige Flüchtling weiteren Jugendhilfebedarf hat, so sind im Anschluss an die Inobhutnahme Jugendhilfeleistungen gemäß § 2 Abs. 2 SGB VIII zu gewähren. Für die Gewährung von Leistungen ist grundsätzlich das Jugendamt örtlich zuständig, in dessen Bezirk das Kind oder der/ die Jugendliche vor Beginn der Leistung seinen/ ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte (§ 86 Abs. 4 Satz 1 SGB VIII, § 86b Abs. 1 SGB VIII). Im Falle eines Asylbegehrens oder einer Asylantragstellung richtet sich die Zuständigkeit für Leistungen nach § 86 Abs. 7 SGB VIII.

Hatte der unbegleitete minderjährige Flüchtling in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Leistung keinen gewöhnlichen Aufenthalt, kommt es auf den tatsächlichen Aufenthalt vor Beginn der Leistung oder auf landesrechtliche Zuständigkeitsregelungen an (§ 86 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII, § 86b Abs. 2 SGB VIII).

### **5 Standards der Inobhutnahme**

Nachfolgend aufgeführte Punkte werden als Grundlage für die Durchführung der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen als zwingend erforderlich erachtet.

#### **5.1 Erstgespräch durch das Jugendamt**

Nachdem das Jugendamt Kenntnis von einem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling erhalten hat, muss es mit ihm unmittelbar ein Erstgespräch führen. Hierin sind die Fakten zu ermitteln und dem Kind oder dem/ der Jugendlichen das weitere Verfahren zu erläutern. Dabei hat das Jugendamt folgende Aspekte zu beachten:

##### **5.1.1 Vieraugenprinzip plus Sprachmittler/ Dolmetscher**

Die Prüfung der Inobhutnahmevoraussetzungen erfolgt nach dem „Vier-Augen-Prinzip“ in einem persönlichen Gespräch mit dem/ der Minderjährigen durch in der Regel zwei sozialpädagogische Fachkräfte des Jugendamtes, ggf. unter Einbeziehung eines Vertreters/ einer Vertreterin des Fachdienstes Amtsvormundschaft.

Empfehlenswert ist, wenn die Erstgespräche möglichst von im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen erfahrenen Fachkräften geführt werden. Ein neutraler Sprachmittler bzw. Dolmetscher ist hinzuzuziehen. Dieser sollte keinesfalls Angehöriger oder Freund des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings sein.

### **5.1.2 Alterseinschätzung zur Klärung der Inobhutnahmevoraussetzung und Beweismittelerhebung nach § 21 SGB X**

Eine exakte Bestimmung des Lebensalters ist weder auf medizinischem, psychologischem, pädagogischem oder anderem Wege möglich. Alle Verfahren können allenfalls Näherungswerte liefern. Es gibt einen Graubereich von ca. 1-2 Jahren. Gleichwohl muss Minderjährigen ein hohes Maß an Schutz und Förderung zukommen. Dies kann nur dann gewährleistet werden, wenn entsprechende Maßnahmen auf den Personenkreis beschränkt bleiben, der tatsächlich einen gesetzlichen Anspruch darauf hat.

Liegen gültige Ausweispapiere des ausländischen jungen Menschen vor, so muss auf die darin enthaltenen Angaben zurückgegriffen werden. In der Regel liegen keine gültigen Dokumente vor, sodass zunächst die Selbstauskunft entscheidend ist. Bestehen hierbei Zweifel an der Minderjährigkeit, so ist eine Inobhutnahme trotzdem angezeigt, wenn für diese zumindest eine ausreichende Wahrscheinlichkeit besteht.

Die Einschätzung des Alters eines jungen Menschen dient in diesem Zusammenhang der Klärung, ob überhaupt die Voraussetzung für eine Inobhutnahme – nämlich die Minderjährigkeit – vorliegt. Das heißt die Alterseinschätzung ist vor der Inobhutnahme vorzunehmen. Nur wenn dies unmittelbar vor der Inobhutnahme durch das Jugendamt noch nicht möglich ist, ist von der angegebenen Minderjährigkeit auszugehen.

Das Jugendamt ist nicht verpflichtet, ein Gutachten zur Klärung des Lebensalters einzuholen. Es bedient sich der Beweismittel, die es nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält.

Es kann insbesondere

- die Person in Augenschein nehmen,
- Auskünfte jeder Art einholen,
- Beteiligte anhören, Zeugen und Sachverständige vernehmen oder die schriftliche oder elektronische Äußerung von Beteiligten, Sachverständigen und Zeugen einholen,
- Dokumente, Urkunden und Akten beiziehen.

Es wird empfohlen zur Einschätzung des Alters den Fragebogen (Anlage 1) zu verwenden.

Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge müssen belehrt werden, dass sie bei der Ermittlung des Sachverhalts mitzuwirken haben (siehe §§ 60ff SGB I). Sie sollen insbesondere ihnen bekannte Tatsachen und Beweismittel angeben.

Zweifelt das Familiengericht später die Alterseinschätzung des Jugendamtes an, kann es im Rahmen der Amtsermittlung ergänzende Ermittlungen durchführen. Werden Altersgutachten im familiengerichtlichen oder verwaltungsgerichtlichen Verfahren gefor-



dert, sollten diese dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen (z.B. Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft für forensische Altersdiagnostik/ AGFAD).

### **5.1.3 Klärung der Möglichkeiten für eine Familienzusammenführung**

Die Einheit der Familie ist zu wahren bzw. (wieder) herzustellen. Folgende Fallkonstellationen sind beispielsweise denkbar:

- Möglicher Aufenthalt von Familienangehörigen im Inland oder einem anderen EU-Staat,
- Einreise in Begleitung von Verwandten,
- Einreise mit „Ehepartnern“ (Eheschließung nach religiösem, traditionellem oder Heimatrecht).

Das Jugendamt hat die Federführung bei der Klärung der Möglichkeit einer Familienzusammenführung und nimmt Kontakt zu den weiteren an dem Verfahren beteiligten Behörden auf. Von einer Familienzusammenführung ist abzusehen, wenn sie nicht dem Wohl des Kindes dient (z.B. Zwangsverheiratung). Dies bedarf einer sorgfältigen Prüfung. Insbesondere ist der unbegleitete minderjährige Flüchtling selbst zu hören, ggf. sind elterliche Vollmachten anzufordern.

### **5.1.4 Schriftliche Dokumentation des Erstgesprächs**

Das Erstgespräch bei einer Inobhutnahme sollte in Form eines standardisierten Fragebogens (siehe Anlage 1) schriftlich dokumentiert und von allen Gesprächsteilnehmern inklusive Sprachmittler unterzeichnet werden. Eine Kopie sollte an die Inobhutnahmeeinrichtung, das Familiengericht und an den Vormund geschickt werden. Dem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling kann eine Kopie des von ihm unterzeichneten Dokumentationsbogens ausgehändigt werden.

Die Dokumentation sollte Bestandteil einer späteren Hilfeplanung werden und mit ins familiengerichtliche Verfahren einfließen. Sie dient auch einer evtl. Überprüfung durch Gerichte in Bezug auf die Entscheidung, dass eine Inobhutnahme gewährt, abgelehnt oder beendet wurde. Die Entscheidungsbegründung sollte neben dem Fragebogen Teil der Dokumentation sein.

### **5.1.5 Verfügung der Inobhutnahme oder schriftlicher Ablehnungs-/ Beendigungsbescheid**

Die Inobhutnahme ist allen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zuständigen Stellen schriftlich mitzuteilen (Befugnisnorm: § 71 SGB X, § 87 Abs. 2 AufenthG).

Wird die Inobhutnahme einer nach eigenen Angaben minderjährigen Person abgelehnt, weil das Jugendamt vom Vorliegen von Volljährigkeit ausgeht, muss die Ablehnung mittels schriftlichem Verwaltungsakt ausgesprochen werden. Ist eine Person bereits in Obhut genommen und wird dann die Volljährigkeit festgestellt, ergeht die so-

fortige Beendigung gleichfalls per schriftlichem Verwaltungsakt. Dieser Verwaltungsakt wird vom Sprachmittler übersetzt und dem/ der Betroffenen ausgehändigt. Der entsprechende Beendigungs- oder Ablehnungsbescheid soll eine Rechtsbehelfsbelehrung enthalten und auf die für Erwachsene zuständige Stelle der Sozialverwaltung/ Ausländerbehörde (Weiterleitung unter Angabe der Adresse zur Vermeidung von Obdachlosigkeit) hinweisen. Enthält der Verwaltungsakt keine Rechtsbehelfsbelehrung, verlängert sich die Klagefrist von einem Monat auf ein Jahr (§ 58 Abs. 2 VwGO).

## **5.2 Unterbringung im Rahmen der Inobhutnahme**

Nach der Entscheidung über die Inobhutnahme des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings durch das Jugendamt erfolgen die Unterbringung, die weitere Versorgung sowie die pädagogische Betreuung (Erstversorgung). Hierzu bedient sich das Jugendamt überwiegend der von freien Trägern vorgehaltenen Jugendhilfeeinrichtungen bzw. landeseigener, kommunaler und freier Clearingeinrichtungen.

§ 42 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII umfasst die Befugnis des Jugendamtes, ein Kind oder einen Jugendlichen

- bei einer geeigneten Person,
- in einer geeigneten Einrichtung oder
- in einer sonstigen Wohnform

vorläufig unterzubringen. Das Jugendamt entscheidet einzelfallbezogen, welche Unterbringung geeignet und situationsangemessen ist. Die Unterbringung sollte ausschließlich nach SGB VIII-Standards erfolgen.

Bei einer Unterbringung in einer Bereitschaftspflegestelle oder bei einer geeigneten Person gilt § 39 Abs. 4 Satz 2 SGB VIII (als laufende Leistung: Beitrag Unfallversicherung sowie hälftige Erstattung zu einer angemessenen Alterssicherung) entsprechend.

### **5.2.1 Materielle und medizinische Versorgung**

Während der Inobhutnahme ist das Jugendamt verpflichtet, umfassend für das physische und psychische Wohl des Kindes oder Jugendlichen zu sorgen sowie die Beratung in seiner gegenwärtigen Lage und das Aufzeigen von Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung (VGH Mannheim [4]) ebenso wie den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen ([siehe Punkt 6.1](#)).

### **5.2.2 Betriebserlaubnis/ Fachkräftegebot**

Eine geeignete Einrichtung zur Unterbringung der unbegleiteten Minderjährigen kann sowohl eine Inobhutnahmeeinrichtung (Einrichtung der stationären Erziehungshilfe) als auch – soweit vorhanden – eine auf Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen spezialisierte (Clearing-)Einrichtung sein.

Nach dem SGB VIII muss ein Träger, der in einer Einrichtung Kinder und Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages betreut, über eine Betriebserlaubnis nach

§ 45 SGB VIII verfügen. Unter Einrichtung ist „eine auf eine gewisse Dauer angelegte Verbindung von sächlichen und persönlichen Mitteln, die zu einem bestimmten Zweck unter der Verantwortung eines Trägers und für einen größeren, wechselnden Personenkreis bestimmt ist“ zu verstehen (vgl. Bundestags-Drucksache 11/5948 S. 83, BVerwG [5]).

Sachlich zuständig für die Erteilung einer Betriebserlaubnis und für die Wahrnehmung aller übrigen Aufgaben zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen gem. §§ 45 bis 48a SGB VIII ist der überörtliche Träger der Jugendhilfe (§ 85 Abs. 2 Nr. 6 SGB VIII). Er prüft im Rahmen der Beantragung einer Betriebserlaubnis zur Gewährleistung des Wohls der Kinder und Jugendlichen alle erforderlichen Voraussetzungen. Im Jahre 2013 hat die BAG Landesjugendämter aktualisierte „Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes im Arbeitsfeld der betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen nach § 45 SGB VIII“ veröffentlicht. 2012 gab die BAG Landesjugendämter zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) „Handlungsempfehlungen zum Bundeskinderschutzgesetz“ heraus.

Das Fachkräftegebot gem. § 72 SGB VIII greift unmittelbar nur für die Träger der öffentlichen Jugendhilfe. Nach allgemeiner Auffassung gilt das Fachkräftegebot mittelbar (z.B. §§ 74 Abs.1 Nr. 1, 45, 75, 77 SGB VIII) auch für freie Träger (BAG Landesjugendämter, Februar 2005, „Das Fachkräftegebot des Kinder- und Jugendhilfegesetzes“).

Voraussetzung für eine hauptberufliche Tätigkeit in der öffentlichen und freien Jugendhilfe sind im Grundsatz die persönliche Eignung und die fachliche Ausbildung (einschließlich staatliche Anerkennung bei sozialen Berufen), die der jeweiligen Aufgabe entsprechen müssen. Für die Arbeit mit den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen wird zusätzlich insbesondere empfohlen:

- langjährige Berufserfahrung in der Kriseninterventionsarbeit oder gleichwertige Fachkenntnisse,
- interkulturelle Kompetenz,
- einschlägige Kenntnisse in den betreffenden Rechtsgebieten ([siehe Punkt 3](#)),
- einschlägige Kenntnisse im Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen.

Ein eigener Migrationshintergrund sowie Fremdsprachenkenntnisse sind darüber hinaus von Vorteil.

### **5.3 Herbeiführung einer gesetzlichen Vertretung (Vormundschaft und/ oder Pflegschaft)**

Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen hat das Jugendamt gemäß § 42 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII unverzüglich die Bestellung eines Vormundes oder Pflegers zu veranlassen. Grundsätzlich bedeutet „unverzüglich“, dass das Jugendamt „ohne schuldhaftes Zögern“ tätig werden muss. Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden,

dass „unverzüglich“ in diesem Zusammenhang einen Zeitraum von 3 Werktagen umfasst (BVerwG [6]). Die Veranlassung zur Bestellung eines Vormunds und/ oder eines Pflegers muss also innerhalb von 3 Werktagen erfolgen.

Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erhalten einen Vormund jedoch nur dann, wenn sie nicht unter elterlicher Sorge stehen oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung der Minderjährigen berechtigt sind (§ 1773 Abs. 1 BGB). Dies ist dann der Fall, wenn beide Eltern verstorben sind oder wenn die elterliche Sorge wegen eines tatsächlichen Hindernisses ruht. Ein solches tatsächliches Hindernis liegt vor, wenn die Personensorgeberechtigten im Ausland leben und kein Kontakt zu dem unbegleiteten minderjährigen Flüchtling besteht. In diesem Fall muss das Familiengericht, bevor es eine Vormundschaft einrichten kann, das Ruhen der elterlichen Sorge gemäß § 1674 BGB feststellen.

Für das Jugendamt bedeutet dies, dass es sowohl die Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge als auch die Bestellung eines Vormunds beim zuständigen Familiengericht anregen muss. Um den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling im gesamten Verlauf des asyl- und ausländerrechtlichen Verfahrens zu unterstützen, ist es außerdem bei geeigneten Fällen empfehlenswert, zugleich beim Familiengericht die Bestellung eines Ergänzungspflegers für die Vertretung in asyl- und ausländerrechtlichen Angelegenheiten anzuregen ([siehe Punkt 5.3.3](#) und Anlage 3).

Im Interesse des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings sollte das Jugendamt das Schreiben an das Familiengericht sorgfältig formulieren und dem Familiengericht alle ihm zur Verfügung stehenden Informationen übermitteln. Denn nur wenn das Familiengericht über alle für seine Entscheidung erforderlichen Informationen verfügt, kann es schnell einen Beschluss zur Bestellung eines Vormunds fassen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in seiner Entscheidung vom 24. Juni 1999 [6] bestimmt, dass das Jugendamt das Familiengericht „von der Einreise und Inobhutnahme des unbegleiteten asylbegehrenden Hilfesuchenden und der Nichterreichbarkeit des Personensorge- oder Erziehungsberechtigten unterrichten“ muss. Das Jugendamt muss das Familiengericht somit wenigstens dahingehend informieren, dass ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling eingereist ist und durch das Jugendamt in Obhut genommen wurde, sowie dass weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte erreichbar sind. Sucht ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling auch um Asyl nach, muss auch dies angegeben werden.

Problematisch ist es, wenn ein unbegleiteter minderjähriger Flüchtling Kontaktmöglichkeiten (z.B. Telefon, Skype) seiner Personensorge- oder Erziehungsberechtigten angibt. In letzter Zeit haben die Familiengerichte in diesen Fällen das Ruhen der elterlichen Sorge häufig nicht festgestellt, da der Personensorge- oder Erziehungsberechtigte telefonisch erreichbar sei. Folglich wurde auch kein Vormund bestellt. Es ist daher sorgfältig zu begründen, weshalb auch in diesem Fall die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten an der Ausübung der Sorge tatsächlich gehindert sind, sodass das Ruhen der elterlichen Sorge festgestellt und ein Vormund bestellt werden sollte.

Hilfreich ist es auch, wenn das Jugendamt dem Familiengericht zugleich Personen oder Vereine vorschlägt, die sich zum Vormund oder Pfleger eignen. Die Vormundschaft kann geführt werden als Einzelvormundschaft (§ 1791b BGB), Vereinsvormundschaft (§ 1791a BGB) oder als Amtsvormundschaft des Jugendamtes (§ 1791b Satz 1 BGB/ § 55 Abs. 2 Satz 4 SGB VIII). Die gesetzlichen Regelungen räumen ehrenamtlichen Einzelvormundschaften einen Vorrang vor allen anderen Formen der Vormundschaft ein. Hierzu ist die Einrichtung eines Pools von geeigneten, geschulten und vernetzten Einzelvormündern sinnvoll. Es empfiehlt sich, bei Bedarf für weibliche Minderjährige eine Frau zum Vormund vorzuschlagen. Als Alternative können auch rechtsfähige Vereine Pflegschaften oder Vormundschaften übernehmen, wenn sie dazu eine Erlaubnis nach § 54 SGB VIII haben. Vor der Bestellung eines Amtsvormunds soll das Jugendamt den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling gemäß § 8 i.V.m. § 55 Abs. 2 SGB VIII anhören.

Das Gericht muss gemäß § 159 FamFG alle Minderjährigen ab dem 14. Lebensjahr mündlich anhören. Gemäß § 162 Abs. 1 FamFG muss das Gericht auch das Jugendamt anhören. Das Jugendamt hat auch die Möglichkeit zu beantragen, an dem Verfahren beteiligt zu werden (§ 162 Abs. 2 FamFG). Dann erhält es die formelle Beteiligstellung mit der Folge, dass es formelle Beweisanträge stellen und Akteneinsicht nehmen kann.

### **5.3.1 Aufgaben und Stellung des Vormunds<sup>2</sup>**

Der Vormund ersetzt die Personensorgeberechtigten des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings. Das bedeutet, er nimmt all die Aufgaben wahr, die bisher von den Personensorgeberechtigten erfüllt wurden oder hätten erfüllt werden müssen. Zusammengefasst ist der Vormund

- persönlicher Ansprechpartner,
- gesetzlicher Vertreter,
- Personensorgeberechtigter,
- Entwickler von Lebensperspektiven,
- Hilfeplaner und
- erster Ansprechpartner im asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren.

Der Vormund ist der persönliche Ansprechpartner des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings. Alle Dinge, die den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling bewegen, kann und sollte er mit seinem Vormund besprechen. Gemäß gesetzlicher Regelung treffen sich Flüchtling und Vormund mindestens einmal im Monat (§ 1793 Abs. 1a BGB). Zu Beginn der Vormundschaft kann eine häufigere Kontaktaufnahme angezeigt sein. Gemeinsam entwickeln sie eine Lebensperspektive für den Flüchtling, dabei ge-

---

<sup>2</sup> In der Empfehlung wird „Vormund“ nicht gegendert. Die Gesellschaft für Deutsche Sprache hat auf Anfrage mitgeteilt, dass sich der Begriff von „Mund“ ableitet. Danach gibt es „Münder“ als Mehrzahl, aber keine weibliche Form. D.h. mit Vormund wird impliziert, dass es sich hierbei auch um eine weibliche Form handeln kann.

währleistet der Vormund Pflege und Erziehung seines Mündels. Als Inhaber des Anspruchs auf Jugendhilfe beantragt der Vormund gegebenenfalls Leistungen nach dem SGB VIII und nimmt an Hilfeplangesprächen teil.

Als gesetzlicher Vertreter des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings ist er nur dem Wohl des Mündels verpflichtet. Bei der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Aufgaben unterliegt er der Aufsicht des Familiengerichts.

Der Vormund sorgt auch für eine angemessene Beratung des Flüchtlings im asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren und kümmert sich bei Bedarf um eine rechtskundige Vertretung (siehe auch Ergänzungspfleger). Es wird empfohlen, dass der Vormund an ausländerrechtlichen Anhörungen teilnimmt. Haben die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bereits das 16. Lebensjahr vollendet, müssen sie mit der Teilnahme allerdings einverstanden sein, da sie nach § 12 Abs. 1 Asylverfahrensgesetz schon verfahrensfähig sind. Sie können einen Asylantrag also auch ohne Vormund stellen. Erteilen die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge dem Vormund eine schriftliche Bevollmächtigung, sie in dem gesamten asyl- und ausländerrechtlichen Verfahren zu vertreten, ist der Vormund in den gesamten asyl- und ausländerrechtlichen Schriftverkehr eingebunden.

Weitere Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft finden sich unter anderem in der Arbeits- und Orientierungshilfe „Qualitätsstandards für Vormünder“ vom 01.07.2013, herausgegeben von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen sowie in den Empfehlungen der BAG Landesjugendämter „Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaften und Pflegschaften“ von 2004.

### **5.3.2 Anzuwendendes Recht (Heimatrecht/ deutsches Recht/ internationale Abkommen)**

Nach den Regelungen des Internationalen Privatrechts (IPR) - Art. 24 EGBGB - unterliegt „... die Entstehung, die Änderung und das Ende der Vormundschaft, Betreuung und Pflegschaft sowie der Inhalt der gesetzlichen Vormundschaft und Pflegschaft dem Recht des Staates, dem der Mündel, Betreute oder Pflegling angehört“ (Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen [7]).

Das Erreichen der Volljährigkeit bestimmt sich für Ausländer nach dem jeweiligen Heimatrecht; dies kann vor oder nach dem 18. Lebensjahr eintreten. Die Regelungen des Haager Kinderschutzübereinkommens (KSÜ), nach dem die Behörden bei Maßnahmen im Hinblick auf den Schutz der Person das eigene Recht anwenden, treffen nur für den Zeitraum von der Geburt bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres zu. Tritt die Volljährigkeit nach dem Heimatrecht des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings nach dem 18. Lebensjahr ein, findet das KSÜ keine Anwendung. Insoweit kann es in einigen Fällen dazu kommen, dass auch für einen über 18-Jährigen noch eine Vormundschaft im Inland besteht bzw. bestehen bleibt, da er nach seinem Heimatrecht beispielsweise erst mit 21 Jahren volljährig wird (vgl. Palandt, Otto (2014): Beck'sche Kurzkommentare: Bürgerliches Gesetzbuch). In Fällen, in denen die unbegleiteten

minderjährigen Flüchtlinge in ihrem Heimatland die Volljährigkeit vor dem 18. Lebensjahr erreichen, sind die Regelungen des KSÜ anzuwenden, d.h. es ist eine Vormundschaft zu veranlassen bzw. fortzuführen.

Auskunft über das Volljährigkeitsalter eines bestimmten Staates geben verschiedene Veröffentlichungen (z.B. Bergmann/Ferid/Henrich, „Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht“ oder Brandhuber/Zeyringer, „Standesamt und Ausländer“) oder das örtliche Standesamt.

### **5.3.3 Ausländerrechtliche/ asylrechtliche Vertretung**

Der Vormund hat sicherzustellen, dass für die Begleitung des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings umfassende juristische Kenntnisse im Asyl- und Ausländerrecht zur Verfügung stehen. Sofern er über diese Kenntnisse nicht selbst verfügt, besteht die Möglichkeit solche Kompetenzen hinzuzuziehen, z.B. in Form von spezialisierten Kolleginnen und Kollegen in der Amtsvormundschaft oder durch auf das Themenfeld spezialisierte Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte. Eine Pflegschaft ist – anders als die Vormundschaft – nicht so umfassend, da eine Ergänzungspflegschaft (§§ 1909 ff. BGB) nur für einzelne Angelegenheiten der elterlichen Sorge (Wirkungskreise) angeordnet wird, an deren Besorgung die Eltern oder der Vormund verhindert sind.

Insbesondere eine Anordnung der Ergänzungspflegschaft neben einer bestehenden Amtsvormundschaft für das Asyl- und Verwaltungsgerichtsverfahren („Vertretung in asyl- und ausländerrechtlichen Angelegenheiten“) wird durch die Gerichte in Bezug auf die „Verhinderung“ unterschiedlich beurteilt (pro: s.a. AG Gießen, [8]; OLG Karlsruhe [9]; contra: BGH [10], OLG Karlsruhe [11], OLG Düsseldorf [12]).

Aufgrund der Schwierigkeit der Materie, der Kompliziertheit der Verfahren, der sich häufig ändernden Situation in den Heimatländern und der unterschiedlichen Rechtsprechung wird auch im Falle einer Amtsvormundschaft empfohlen zu prüfen, ob im geeigneten Einzelfall bei Gericht die Anordnung einer Ergänzungspflegschaft für die „Vertretung in asyl- und ausländerrechtlichen Angelegenheiten“ beantragt werden soll (siehe hessisches Modell). Dabei muss dieser Antrag mit Verweis auf europäisches Recht ausführlich begründet sein. Nach Artikel 25 Abs. 1 Buchstabe a und b der Richtlinie 2013/32/EU stellen die Mitgliedsstaaten sicher, dass ein Vertreter und/ oder ein Rechtsanwalt oder ein sonstiger nach nationalem Recht zugelassener oder zulässiger Rechtsberater bei der Anhörung im Asylverfahren anwesend ist. Gleiches gilt für die Vorbereitung der Anhörung<sup>3</sup>.

Dieser/ diese Ergänzungspfleger/in sollte über umfassende juristische Kenntnisse im Asyl- und Ausländerrecht verfügen. Dies können z.B. darauf spezialisierte Rechtsanwälte/ Rechtsanwältinnen sein.

---

<sup>3</sup> Stellungnahme des DIJuF vom 23.10.2013 zur Anfrage des StJA Kassel vom 14.10.2013: Bestellung eines sachkundigen Rechtsanwalts für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling; zur Frage der richtlinienkonformen Auslegung des § 1909 Abs. 1 S. 1 BGB, wenn für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling bereits das Jugendamt zum Amtsvormund bestellt wurde, dieses aber nicht über die erforderliche Sachkunde verfügt.

## 5.4 Beendigung der Inobhutnahme

Eine Inobhutnahme endet insbesondere:

- mit der Übergabe des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings an den/ die Personensorge- oder Erziehungsberechtigte/n,
- mit der Rückführung in ein Drittland oder der freiwilligen Rückkehr ins Herkunftsland,
- mit der Entscheidung über die Gewährung von Hilfen nach dem Sozialgesetzbuch (Teil I – XII),
- wenn die Person entweicht und sich dadurch der Betreuung entzieht,
- mit Erreichen der Volljährigkeit nach deutschem Recht.

## 5.5 Statistik

Nach Beendigung der Inobhutnahme ist die Bundesstatistik der Kinder- und Jugendhilfe auszufüllen. Hierzu ist das Formular „Teil I 7 / Vorläufige Schutzmaßnahmen“ (siehe Anlage Nr. 4) zu verwenden, das explizite Fragen zu unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen enthält.

Grundsätzlich meldet das örtlich zuständige Jugendamt als Maßnahme durchführende Stelle die Daten an das zuständige Statistische Landesamt. Hat das Jugendamt einen anerkannten Träger der freien Jugendhilfe an der Durchführung der Inobhutnahme beteiligt, ist dieser auskunftspflichtig. Eine Kopie dieser Meldung sollte der freie Träger an das zuständige Jugendamt schicken, damit auch dieses über aussagekräftige Daten verfügt.

Um möglichst vergleichbare Zahlen für alle Bundesländer zu erhalten, werden nachfolgend einige praktische Hinweise zur Datenerfassung aufgeführt:

- Bei Art der Maßnahme ist Ziffer 19, die „Inobhutnahme“, anzukreuzen. Da es sich um unbegleitete Personen handelt, entfällt regelhaft die „Herausnahme“.
- Der Personenkreis der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge wird in Ziffer 43 erfasst. Daher muss unter der Rubrik „Anlass/Veranlassung der Maßnahme“ unbedingt ein Kreuz bei „Unbegleitete Einreise aus dem Ausland“ gesetzt werden.
- Es sind alle beendeten Inobhutnahmen zu melden, auch jene, die z.B. bei einer Altersschätzung wegen Volljährigkeit bereits nach kurzer Zeit wieder beendet wurden. Die „Dauer der Maßnahme“, siehe Ziffer 29-31, kann dabei u.U. auch nur einen Tag betragen. Auch eine nur stundenweise erfolgte Inobhutnahme ist als voller Tag zu melden. Bei diesen Personen wird unter Ziffer 52, Rubrik: „Die Maßnahme endete mit“ angekreuzt, dass „keine anschließende Hilfe“ erfolgte.



- Erfasst werden alle in einem Kalenderjahr beendeten Inobhutnahmen. Dauert die Maßnahme noch über einen Jahreswechsel an, so wird sie erst für das Folgejahr gemeldet.

Der in der Anlage befindliche Fragebogen der Bundesstatistik wird von den jeweiligen Statistischen Landesämtern erhoben und ausgewertet. Exemplarisch ist hier der Fragebogen des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg angefügt (Anlage 4); er ist jedoch identisch mit dem Fragebogen der anderen Statistischen Landesämter.

## **6 Ablauf des Clearingverfahrens**

Unter dem Begriff „Clearingverfahren“ sind die verwaltungs- und sorgerechtlichen sowie organisatorischen Abläufe, die unmittelbar nach der Entscheidung über die Inobhutnahme eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings durchgeführt werden, zu verstehen. Ziele des Clearingverfahrens sind der Schutz, die Klärung der Situation und der Perspektiven des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings (vgl. Riedelsheimer 2004, S.14). Das Clearingverfahren kann sowohl in einer speziellen Clearingeinrichtung, als auch in einer anderen Unterbringungsform nach § 42 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII erfolgen.

Die Bezeichnungen Clearingeinrichtung/ Clearinghaus/ Aufnahmeeinrichtung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge umschreiben spezialisierte Jugendhilfeeinrichtungen, die mit der Aufgabe der Durchführung einer Inobhutnahme im Sinne von § 42 SGB VIII betraut sind.

### **6.1 Klärung des Gesundheitszustandes**

Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge sollten zeitnah ärztlich untersucht werden, um ansteckende Krankheiten ausschließen bzw. umgehend behandeln zu können. Weiterhin sollte der allgemeine und zahnmedizinische Gesundheitszustand festgestellt und ggf. erforderliche Interventionen eingeleitet werden. Dazu gehören notwendige Operationen genauso wie die Anschaffung von Hilfsmitteln (beispielsweise Brillen, Gehhilfen). Empfohlen wird die Anmeldung in einer gesetzlichen Krankenversicherung.

Es kann davon ausgegangen werden, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowohl in ihrem Herkunftsland, als auch auf der Flucht traumatische Erlebnisse hatten und unter einer sogenannten posttraumatischen Belastungsstörung leiden können. Sofern sich diese Traumatisierungen nicht in fremd- und/ oder selbstgefährdenden Verhaltensweisen niederschlagen, die eine sofortige psychiatrische Intervention erforderlich machen, empfiehlt es sich, eine mögliche psychotherapeutische Unterstützung erst ab dem Zeitpunkt anzubieten, ab dem für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge der weitere Aufenthalt geklärt ist und sie sich in der Folgeeinrichtung befinden.

## 6.2 Ausländerrechtliche Registrierung

Bei der Ausländerbehörde erfolgt eine Befragung zur Identität und zur illegalen Einreise. Anschließend wird bei Jugendlichen ab 14 Jahren eine erkennungsdienstliche Behandlung (Abfrage im Ausländerzentralregister, Fingerabdrücke, Lichtbild) durchgeführt auf der Grundlage des § 16 Abs. 1 AsylVfG bzw. § 49 Abs. 6 AufenthG. Sind die Jugendlichen bereits an einem anderen Ort in Deutschland ausländerrechtlich erfasst, prüft das Jugendamt die Rückführung unter Berücksichtigung des Kindeswohls.

Wird festgestellt, dass der/ die Jugendliche bereits in einem anderen Mitgliedsstaat der EU (sowie Schweiz, Liechtenstein, Norwegen und Island) registriert wurde (EURODAC-Treffer) und einen Asylantrag gestellt hat, erfolgt eine Prüfung, ob er/ sie dorthin zurück zu führen ist. Diese wird durch das BAMF durchgeführt; das Jugendamt am Aufenthaltsort bzw. der Vormund ist einzubinden. Für eine etwaige Rückführung ist danach die zuständige Ausländerbehörde verantwortlich.

## 6.3 Sozialanamnese

Auf der Grundlage der aus dem Erstgespräch ([siehe Punkt 5.1.4](#)) bereits vorliegenden Angaben über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge werden zur Erarbeitung von Perspektiven möglichst umfassende Informationen über das bisherige Leben des Flüchtlings erhoben (siehe Anlage 2a).

Dazu gehören Informationen über:

- familiäre Hintergründe und Familienstand (dabei sollte beachtet werden, dass in dem Herkunftsland der Familienverband gegebenenfalls mehr Mitglieder als die Herkunftsfamilie umfasst),
- Zugehörigkeit zu bestimmten Volksgruppen, die sich beispielsweise über eine ethnische Zugehörigkeit oder aber durch die Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft definiert,
- wirtschaftliche und soziale Lebensumstände der (Herkunfts-)Familie,
- Bildungs- und Entwicklungsstand des/ der Minderjährigen,
- bisherige Lebenserfahrungen,
- Fluchtgründe und ggf. Aufträge der (Herkunfts-)Familie (diese Aufträge unterscheiden sich mitunter von der Legende, die um die Fluchtgründe gebildet wird),
- Fluchtwege und -erfahrungen,
- Rückkehroption bzw. inländische/ europäische Familienzusammenführung (siehe Punkt [5.1.3](#) und [6.2](#)).

Aus diesen Informationen ergeben sich möglicherweise weitere Erkenntnisse über die Identität und das Lebensalter. Sofern es einen Auftrag gibt, ist es sinnvoll, möglichst viel über diesen Auftrag zu wissen, damit er auf seine Realisierbarkeit (z.B. Schulab-

schluss) oder auch auf seinen Zwangscharakter (z.B. illegaler Gelderwerb zur Abzahlung von Schulden an Schlepper, finanzielle Unterstützung der Familie im Heimatland) hin besprochen wird und Perspektiven mit dem/ der Minderjährigen entwickeln werden können.

#### **6.4 Bildung und Informationsvermittlung**

Hinsichtlich einer gelingenden Integration der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge kommt dem Erwerb eines Schulabschlusses und einer beruflichen Qualifizierung eine zentrale Bedeutung zu. Zwar gibt es in allen Bundesländern eine Schulpflicht, die auch für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gilt, doch die Erfahrungsberichte von Schulen offenbaren folgende zentrale Herausforderungen:

- Viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben aufgrund von Kriegs- bzw. Bürgerkriegserfahrungen oder der schwierigen sozialen Situation in den Herkunftsländern keine oder lediglich eine bruchstückhafte Schulbiografie durchlaufen. Hinzu kommen in der Regel mehrmonatige oder mehrjährige Unterbrechungen des Schulbesuchs durch die Flucht.
- Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge können in der Regel ihre bisherige schulische Biografie nicht belegen. Das erschwert die Entwicklung passender schulischer Unterstützungsangebote.
- Die Schulsysteme sind nicht vergleichbar, so dass trotz eines Schulbesuchs im Herkunftsland von einem anderen Bildungsstand auszugehen ist.
- Viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind aufgrund der Fluchterfahrungen und aufgrund des fehlenden familiären Rückhalts traumatisiert oder psychisch erheblich belastet. Der Förderbedarf geht in der Regel weit über den Bereich der Sprachförderung hinaus.
- Viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zeigen zwar eine sehr hohe Integrations- und Lernbereitschaft, haben aber aufgrund der noch sehr eingeschränkten Deutschkenntnisse große Schwierigkeiten, einen Schulabschluss zu erlangen.

Es sind flächendeckend Konzepte und Angebote zur Beschulung dieser Zielgruppe notwendig. Folgende Aspekte sollten bereits während der Clearingphase in den Blick genommen werden:

- qualifizierte Möglichkeiten des Spracherwerbs und der Alphabetisierung samt Unterrichtsmaterialien (auch für 16- und 17-Jährige) unter Beachtung des Erfahrungswissens der Zielgruppe,
- Orientierungskurse zur Vermittlung von Alltagskompetenzen (z.B. Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln, Kochen),
- Klärung einer geeigneten Beschulung.

## 6.5 Beginn der Hilfeplanung

Wesentlicher Bestandteil des Clearingverfahrens ist die Vorbereitung der Hilfeplanung gemäß § 36 SGB VIII, bei der der Jugendhilfebedarf (Art der Hilfe in Bezug auf den individuellen erzieherischen Bedarf) und evtl. Anschlussmaßnahmen geprüft werden. Insbesondere bei der Überleitung aus der Clearingphase in die Anschlussmaßnahme ist sorgfältig darauf zu achten, dass alle Akteure (die Einrichtung, der Vormund und das nach einer evtl. länderinternen Verteilung zuständig werdende Jugendamt) alle notwendigen Informationen erhalten. Hierzu gehören u.a.:

- erzieherischer Bedarf,
- aufenthaltsrechtliche Perspektive (z.B. Asylantrag, Familienzusammenführung, Rückführung),
- Schule/ Ausbildung,
- medizinischer und/ oder therapeutischer Bedarf,
- Vorschlag einer geeigneten Anschlussunterbringung (z.B. Jugendhilfeeinrichtung, Vollzeitpflege/ Verwandtenpflege).

## 6.6 Ende des Clearingverfahrens

Das Clearingverfahren endet in der Regel, wenn die für eine Entscheidung zu Anschlusshilfen notwendigen Fragestellungen hinreichend geklärt sind. Dabei kann es vorkommen, dass noch keine Vormundschaftsbestellung erfolgt ist. In diesen Fällen erfolgt die Anschlussunterbringung weiterhin im Rahmen der Inobhutnahme. Darüber hinaus kann es weiteren Klärungsbedarf zu den unter Punkt 6 ff genannten Aspekten geben. Des Weiteren endet das Clearingverfahren mit der Beendigung der Inobhutnahme ([siehe Punkt 5.4](#)).

## 7 Anschlussmaßnahmen

Steht nach Beendigung des Clearingverfahrens fest, ob und in welchem Umfang die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge einen weiteren Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen haben, so sind diese im Anschluss zu gewähren. Hierzu ist das gesamte Leistungsspektrum des SGB VIII je nach individuellem Einzelfall in der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII zu prüfen. Zu beachten ist, dass unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch einen unsicheren Aufenthaltsstatus und eine drohende Abschiebung erheblich belastet sind. Nur wenige Asylanträge von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen führen zu einer Anerkennung als Asylberechtigte bzw. zu einer Gewährung von Flüchtlingsschutz. Das führt in der Regel zu einer Kette von befristeten Duldungen<sup>4</sup>.

Bei der Hilfeplanung sollten speziell bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen insbesondere folgende Ziele berücksichtigt werden:

- Unterstützung bei der Sicherung des Aufenthaltes,

---

<sup>4</sup> Duldung ist eine vorübergehende Aussetzung einer Abschiebung (§ 60a AufenthG).

- Integration in eine Regelschule,
- Erwerb deutscher Sprachkenntnisse,
- qualifizierter Schulabschluss trotz häufig geringer Vorbildung, unzureichender Deutschkenntnisse und einem Alter bei Einreise knapp vor Erreichen der Volljährigkeit,
- gelingender Übergang von Schule zu einer Ausbildung,
- berufliche Qualifizierung,
- Integration in die deutsche Gesellschaft,
- ggf. Unterstützung beim evtl. Wunsch einer freiwilligen Rückkehr in das Herkunftsland oder Weiterwanderung in ein aufnahmeberechtigtes anderes Land<sup>5</sup>,
- Befähigung zum Umgang mit traumatischen Erfahrungen, der Trennung von der Familie, der Fluchtgeschichte und evtl. existierende Zwangskontexte ([siehe Punkt 5.3](#), 6. Aufzählungspunkt),
- Verselbständigung mit Kenntnissen über Beratungsangebote auch im Hinblick auf die ausländerrechtliche Situation,
- Förderung der Kontakte zur Herkunftsfamilie,
- Pflege der eigenen kulturellen und religiösen Identität,
- ggf. Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung.

## 8 Einleitung des Kostenerstattungsverfahrens

Für die Gewährung und Durchführung von Jugendhilfemaßnahmen ist grundsätzlich das Jugendamt vor Ort zuständig (örtlicher Jugendhilfeträger). Die örtliche Zuständigkeit und die Kostenerstattung sind in §§ 86 ff SGB VIII geregelt. Der örtliche Jugendhilfeträger hat in der Regel gegenüber einem Land/ überörtlichen Kostenträger Anspruch auf Kostenerstattung für die Kosten der Inobhutnahme sowie der anschließenden Jugendhilfeleistungen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Die Anspruchsvoraussetzungen richten sich im Regelfall nach § 89d SGB VIII. Die Gewährung der Jugendhilfe muss gemäß § 89d Abs. 1 SGB VIII innerhalb eines Monats nach Einreise einsetzen. Als Tag der Einreise gilt gemäß § 89d Abs. 1 Satz 2 SGB VIII der Tag des Grenzübertritts, sofern dieser amtlich festgestellt wurde (z.B. Flughafenfälle) oder der Tag, an dem der Aufenthalt im Inland erstmals festgestellt wurde (z.B. durch die Ausländerbehörde, die Polizei oder das Sozialamt), andernfalls der Tag der ersten Vorsprache bei einem Jugendamt. Die Erstattungspflicht bleibt unberührt, wenn die Person um Asyl nachsucht oder einen Asylantrag stellt.

---

<sup>5</sup> Hierbei kann die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Nürnberg behilflich sein.

Nach § 89d Abs. 3 SGB VIII wird bei Personen, die im Ausland geboren sind, das erstattungspflichtige Land auf der Grundlage eines Belastungsvergleichs durch das BVA in Berlin bestimmt. Konkret bedeutet dies, dass der örtliche Jugendhilfeträger einen Antrag auf Bestimmung eines überörtlichen Kostenträgers beim BVA stellt und danach seine Kostenerstattungsansprüche dementsprechend geltend machen kann. Erstattungsfähig sind lediglich die rechtmäßig aufgewendeten Kosten, soweit die Erfüllung der Aufgaben den Vorschriften des Achten Sozialgesetzbuches entspricht.

Zur Durchführung des Kostenerstattungsverfahrens haben die Landesjugendämter entsprechende Empfehlungen erarbeitet und beschlossen (siehe „Empfehlungen zur Kostenerstattung gemäß § 89d SGB VIII“ der BAG Landesjugendämter aus 2006).

## 9 Literaturverzeichnis

### 9.1 Literatur

**Bergmann, Alexander / Ferid, Murad / Henrich, Dieter (Hrsg.)** (Loseblattausgabe): Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht; Verlag für Standesamtswesen; Frankfurt/Main – Berlin;

**Brandhuber, Rupert / Zeyringer, Walter / Heussler, Willi (Hrsg.)** (2011): Standesamt und Ausländer; Verlag für Standesamtswesen; Frankfurt/Main – Berlin;

**Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.**: verschiedene Veröffentlichungen: unter [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de);

**DIJuF**, Stellungnahme vom 23. Oktober 2013 zur Anfrage des StJA Kassel vom 14. Oktober 2013, Veröffentlichung im Jahr 2014 geplant;

**Kunkel, Peter-Christian (Hrsg.)** (2014): Sozialgesetzbuch VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Lehr- und Praxiskommentar, Nomosverlag; Baden-Baden;

**Palandt, Otto** (2014): Beck'sche Kurzkommentare: Bürgerliches Gesetzbuch, C. H. Beck-Verlag; München;

**Riedelsheimer, Albert, Wiesinger, Irmela (Hrsg.)** (2004): Der erste Augenblick entscheidet (Bd. 1); Loeper-Literaturverlag; Karlsruhe;

**Schellhorn, Helmut / Fischer, Lothar / Mann, Horst / Schellhorn, Walter / Kern, Christoph (Hrsg.)** (2012): SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Kommentar; Luchterhandverlag; München;

**Wiesner, Reinhard, u.a. (Hrsg.)** (2011): SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, Kommentar, C. H. Beck-Verlag; München.

### 9.2 Entscheidungen

- [1] **VG** Regensburg, Urteil v. 12.04.2012 – RO 7 K 12.93 ([siehe Punkt 4.3](#))
- [2] **OVG** Berlin-Brandenburg, Beschluss v. 12.05.2009, OVG 6 S 8.09, 6 M 10.09 ([Ebenda](#))
- [3] **OVG** NRW, Urteil v. 15.01.1997, 16 A 2389/96 ([Ebenda](#))
- [4] **VGH** Mannheim, Beschluss v. 18.03.2002 – 7 S 1818/01 ([siehe Punkt 5.2.1](#))
- [5] **BVerwG**, Urteil v. 24.02.1994, 5 C 17/91 ([siehe Punkt 5.2.2](#))
- [6] **BVerwG**, Urteil v. 24.06.1999, 5 C 24/98 ([siehe Punkt 5.3](#))
- [7] **Hanseatisches Oberlandesgericht Bremen**, Beschluss v. 24.05.2012, 4 UF 43/12 ([siehe Punkt 5.3.2](#))
- [8] **AG** Gießen, Beschluss v. 16.07.2010, 244 F 1159/09 VM ([siehe Punkt 5.3.3](#))

- [9] **OLG** Karlsruhe, Beschluss v. 05.03.2012, 18 UF 274/11 ([Ebenda](#))
- [10] **BGH**, Beschluss v. 29.05.2013, XII ZB 124/12 ([Ebenda](#))
- [11] **OLG** Karlsruhe, Beschluss v. 02.12.2010, 2 UF 172/10 ([Ebenda](#))
- [12] **OLG** Düsseldorf, Beschluss v. 20.07.2010, II-2 UF 62/10 ([Ebenda](#))

### 9.3 Empfehlungen

**Arbeitsgemeinschaft für forensische Altersdiagnostik (AGFAD) der Deutschen Gesellschaft für Rechtsmedizin:** Empfehlungen für die Altersdiagnostik von Jugendlichen und jungen Erwachsenen außerhalb des Strafverfahrens, veröffentlicht auf: <http://agfad.uni-muenster.de/german/empfehlungen.htm>;

**Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ und BAG Landesjugendämter** (2012): Handlungsempfehlungen zum Bundeskinderschutzgesetz – Orientierungsrahmen und erste Hinweise zur Umsetzung; Berlin; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**BAG Landesjugendämter** (2005): Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich Amtsvormundschaften und -pflegschaften; Erfurt; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**BAG Landesjugendämter** (2005): Das Fachkräftegebot des Kinder- und Jugendhilfegesetzes; Erfurt; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**BAG Landesjugendämter** (2006): Empfehlungen zur Kostenerstattung gem. § 89d SGB VIII; Düsseldorf; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**BAG Landesjugendämter** (2010): Fachliche Empfehlung zur Betriebserlaubniserteilung nach §§ 45ff. SGB VIII für individualpädagogische Betreuungsstellen, Erziehungsstellen, Projektstellen, sozialpädagogische Lebensgemeinschaften u.ä.; Bremerhaven; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**BAG Landesjugendämter** (2013): Handlungsleitlinien zur Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes im Arbeitsfeld der betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen nach § 45 SGB VIII; Göttingen; veröffentlicht auf: [www.bagljae.de](http://www.bagljae.de);

**Landesjugendämter Rheinland und Westfalen (Hrsg.)** (2013): Arbeits- und Orientierungshilfen, Qualitätsstandards für Vormünder.



## 10 Liste der Mitglieder der temporären Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

- **Beusch, Gregor**, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Landesjugendamt
- **Britze, Harald**, Zentrum Bayern, Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt
- **Brockmeier, Dana**, Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt, Landesjugendamt
- **Hebenstreit, Anita**, Hessisches Sozialministerium
- **Hellbrück, Joachim**, Saarländisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie, Landesjugendamt
- **Hetkamp, Ursula**, Landschaftsverband Westfalen-Lippe, Landesjugendamt Westfalen
- **Liß, Barbara**, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung Rheinland-Pfalz, Landesjugendamt
- **Rein, Bernd**, Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen Bremen, Landesjugendamt
- **Steimer, Annette**, Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg, Dezernat Jugend, Landesjugendamt
- **Steinbüchel, Antje**, Landschaftsverband Rheinland, Landesjugendamt Rheinland
- **Sturmfels, Eva**, Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit Thüringen, Landesjugendamt
- **Ueberfuhr, Ramona**, Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz, Landesjugendamt
- **Wiese, Britta**, Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein
- **Wolz, Rike**, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, Landesjugendamt

## Anlage 4:



### Kommentare

Kommentare

### Begriffsbestimmungen und Erläuterungen

#### Flüchtling, Asylsuchender, Binnenvertriebener, Klimamigrant, UNHCR



Wartende Menschen vor der zentralen Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in BerlinBildinformationen© Florian Gärtner/photothek

Menschen verlassen ihre Heimat aus den unterschiedlichsten Gründen: Sie suchen Schutz vor Krieg oder Verfolgung, sie fliehen vor den Folgen von Naturkatastrophen oder sie erhoffen sich in einem anderen Land ein besseres Leben.

#### Flüchtlinge und Asylsuchende

Das Völkerrecht zieht eine klare Trennlinie zwischen Menschen, die aufgrund äußerer Einflüsse zur Flucht gezwungen sind (Flüchtlinge), und Menschen, die aus eigenem Antrieb auf der Suche nach besseren Lebensperspektiven ihr Land verlassen (Migranten).

Laut Artikel 1A der Genfer Flüchtlingskonvention ist ein Flüchtling eine Person, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will."

Ob eine solche Verfolgung vorliegt, wird in einem Asylverfahren festgestellt. Diese Verfahren unterscheiden sich von Land zu Land. Menschen, die einen Asylantrag gestellt haben, über den noch nicht entschieden wurde, werden als Asylsuchende bezeichnet.

Der Wirkungsbereich der Genfer Flüchtlingskonvention ist allerdings umstritten. Die meisten großen Flüchtlingskrisen der vergangenen Jahre wurden durch Bürgerkriege ausgelöst. Der Wortlaut der Konvention bezieht sich jedoch nicht eindeutig auf Menschen, die vor kriegesischen Auseinandersetzungen fliehen oder Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure wie Rebellen oder Milizen fürchten.

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) vertritt die Position, dass nicht der Urheber der Verfolgung ausschlaggebend ist, sondern die Tatsache, dass eine Person internationalen Schutz benötigt, weil ihr eigener Staat diesen nicht mehr garantieren kann oder will. Diese Auffassung wird auch in der afrikanischen Flüchtlingskonvention und in der lateinamerikanischen Erklärung von Cartagena vertreten.

Nach EU-weit geltendem Recht können Menschen aus Krisengebieten, die keine Aussicht auf Asyl oder Anerkennung als Flüchtling haben, unter "subsidiären Schutz" gestellt werden, wenn ihnen in ihrem Herkunftsland ein "ernsthafter Schaden" droht – also zum Beispiel die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe, Folter oder willkürliche Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts.

#### Binnenvertriebene

Voraussetzung für den Flüchtlingsstatus ist, dass die jeweilige Person eine international anerkannte Grenze überschritten hat. Menschen, die in anderen Landesteilen ihres Heimatstaates Zuflucht finden, fallen daher nicht unter die Genfer Flüchtlingskonvention und das UNHCR-Mandat. Für den Schutz von Binnenvertriebenen sind die jeweiligen Staaten selbst verantwortlich, die dieser Aufgabe aber häufig nicht nachkommen können oder wollen. Internationale Unterstützung erhalten Binnenvertriebene nur, wenn ihre Regierung dem zustimmt.

Um die Rechte von Binnenvertriebenen zu stärken, haben die Vereinten Nationen Leitlinien entwickelt. Bei diesen "Guiding Principles for Internal Displaced People" handelt es sich jedoch nur um Empfehlungen für Regierungen und Flüchtlingsorganisationen. Rechtlich bindend sind sie nicht.

#### Klimamigranten

Noch weitgehend undefiniert ist der Begriff des Klimamigranten beziehungsweise der klimabedingten Migration. Es gibt bislang keine Rechtsgrundlage, auf die sich Menschen berufen könnten, die vor den Folgen des Klimawandels fliehen müssen – zum Beispiel, weil wiederkehrende Dürren ihre Lebensgrundlage zerstört haben oder der Anstieg des Meeresspiegels ihre Heimatregion in absehbarer Zeit unbewohnbar machen wird. Bis auf Einzelfälle haben diese Menschen also derzeit keine Chance, als Flüchtling anerkannt zu werden.

## UNHCR: Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen

Um die Rechte und das Wohlergehen von Flüchtlingen zu schützen, wurde im Dezember 1950 das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (United Nations High Commissioner for Refugees, UNHCR) eingerichtet. Es handelt sich dabei gleichzeitig um ein persönliches Amt und um ein Hilfswerk. Der amtierende Flüchtlingskommissar ist der Italiener Filippo Grandi.

Das Flüchtlingshilfswerk leitet und koordiniert internationale Maßnahmen zum Schutz von Flüchtlingen. Es soll sicherstellen, dass Flüchtlinge das Recht erhalten, Asyl zu suchen und dass ihre Menschenrechte respektiert werden. Das UNHCR setzt sich außerdem dafür ein, dass internationale Vereinbarungen zugunsten von Flüchtlingen von möglichst vielen Staaten unterzeichnet und umgesetzt werden.

Länder, die durch ankommende Flüchtlingsbewegungen überfordert sind, unterstützt das UNHCR, indem es die Registrierung und Versorgung der Flüchtlinge organisiert und auch finanziert. Außerdem hilft die Organisation Flüchtlingen bei der Rückkehr in ihre Heimat oder – sollte diese nicht möglich sein – beim Aufbau einer neuen Existenz.

Das UNHCR-Mandat umfasst auch die Unterstützung staatenloser Menschen. Die Zustimmung der jeweiligen Regierung vorausgesetzt, werden in einigen Ländern außerdem Binnenvertriebene versorgt, die nicht unter dem Schutz der Genfer Flüchtlingskonvention stehen.

## Informationen

### Siehe auch

- Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR)  
[https://www.bmz.de/de/ministerium/wege/multilaterale\\_ez/akteure/uno/unhcr/index.html](https://www.bmz.de/de/ministerium/wege/multilaterale_ez/akteure/uno/unhcr/index.html)
- Thema: Migration  
<https://www.bmz.de/de/themen/migration/index.html>

### Externe Links

- Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) und Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 (PDF 212 KB)  
[http://www.unhcr.de/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1\\_international/1\\_1\\_voelkerrecht/1\\_1\\_1\\_FR\\_int\\_vr\\_GFK-GFKundProt\\_GFR.pdf](http://www.unhcr.de/fileadmin/rechtsinfos/fluechtlingsrecht/1_international/1_1_voelkerrecht/1_1_1_FR_int_vr_GFK-GFKundProt_GFR.pdf)
- Guiding Principles for Internal Displaced People (PDF 1,1 MB, englisch)  
<https://docs.unocha.org/sites/dms/Documents/GuidingPrinciplesDispl.pdf>
- Website des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR) (englisch)  
<http://www.unhcr.org/pages/49c3646c2.html>
- Informationen über die Aufgaben des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen auf der deutschen Website des UNHCR  
<http://www.unhcr.de/mandat.html>
- Informationen über den internationalen Flüchtlingsschutz auf der deutschen Website des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen (UNHCR)  
<http://www.unhcr.de/unhcr/international.html>

---

Sie befinden sich hier:

> Startseite > Themen > Flüchtlingskrise > Hintergrund > Definition Flüchtling

© 2010-2016 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

## Kritik an der Bezeichnung "unbegleitete minderjährige Ausländer\_in"

Seit kurzem werden Minderjährige, die unbegleitet nach Deutschland einreisen, vielerorts nicht mehr unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF), sondern unbegleitete minderjährige Ausländer\_innen genannt (umA). Das ist angesichts der gegenwärtigen Herausforderungen bei der Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland nur eine Feinheit, die nicht ins Gewicht fällt – so möchte man zumindest meinen. Aber natürlich macht es einen großen Unterschied, ob wir von Flüchtlingen oder von Ausländer\_innen sprechen.

Die Vermutung, dass diese begriffliche Anpassung ein Eingeständnis an die Unzulänglichkeit des Flüchtlingsbegriffs ist, wird enttäuscht. Denn obwohl der Begriff Flüchtling seit langem in der Kritik steht, ist das nicht die Motivation hinter dem Namenswechsel.

Die Bezeichnung unbegleitete minderjährige Ausländer\_innen – kurz umA – kursiert in Fachkreisen seit Inkrafttreten des Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher (Umverteilungsgesetz) zum 01.11.2015. Das Bundesfamilienministerium begründet die neue Bezeichnung der Zielgruppe u.a. damit, dass bei deren Einreise keineswegs erwiesen sei, ob es sich bei den Jugendlichen um anerkannte Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention handle oder nicht.

Der Bundesfachverband umF sieht dies kritisch. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verfügen unabhängig von ihrer Anerkennung im Asylverfahren über erlebte existentielle Bedrohungen im Herkunftsland und Erfahrungen der Flucht. Der Begriff „Flüchtling“ trifft somit die tatsächliche Erfahrung, der Begriff „Ausländer\_in“ hingegen unterschlägt dies. Flüchtling zu sein bedeutet zudem nicht nur, den besonderen Schutz durch den Aufnahmestaat zu genießen, sondern auch, gesellschaftliche Akzeptanz zu erfahren. Die Bezeichnung „Ausländer\_in“ begründet sich demgegenüber ausschließlich durch eine Nicht-Zugehörigkeit und lässt die tatsächliche Schutzbedürftigkeit und Vulnerabilität außen vor.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sollten daher nicht in erster Linie als Ausländer\_innen wahrgenommen werden, sondern als Kinder und Jugendliche, die aufgrund ihrer Flucht spezifische Bedürfnisse haben, aber die gleichen Ansprüche auf Hilfen und Unterstützung wie andere Minderjährige auch.

Aus diesen Gründen spricht sich der Bundesfachverband umF dafür aus, dass die Flüchtlingseigenschaft – in seiner umgangssprachlichen Bedeutung und als gelebte Realität der Kinder und Jugendlichen – bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen nicht unterschlagen wird.

Selbstverständlich bedarf es zeitgleich einer kritischen Auseinandersetzung mit der Kategorie „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ an sich. Hierzu empfehlen wir den Artikel von B. Noske, „Zum 'unbegleiteten minderjährigen Flüchtling' werden. Über die Untrennbarkeit des Begriffs vom deutschen Kontext“, Hrsg. Bundesfachverband umF und DRK, 2012. Online abrufbar [hier](#).



# Unbegleitete Minderjährige in Deutschland

Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle  
für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)

Working Paper 60

Andreas Müller





# Unbegleitete Minderjährige in Deutschland

Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle  
für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)

Andreas Müller





# Zusammenfassung

Minderjährige Drittstaatsangehörige, die ohne Begleitung ihrer Eltern nach Deutschland einreisen und sich hier aufhalten, stellen eine besonders schutzbedürftige Gruppe dar, unabhängig davon, ob ein Schutzgesuch gestellt wird. Sie reisen in der Regel illegal nach Deutschland ein und werden bei einem Aufgriff durch die Behörden durch das Jugendamt in Obhut genommen, falls keine Zurückschiebung an der Grenze erfolgt.

Um eine Bleibeperspektive zu erhalten, steht ihnen zum einen der Weg über das Asylverfahren offen. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) verfügt über speziell geschulte Sonderbeauftragte für unbegleitete Minderjährige, die eine kindgerechte Anhörung im Asylverfahren gewährleisten sollen und bei der Entscheidung über den Asylantrag kindspezifische Aspekte berücksichtigen. Zum anderen stellen ihnen die Ausländerbehörden – unter den entsprechenden Voraussetzungen – in der Regel eine Duldung aus, die

in einen längerfristigen Aufenthalt münden kann, wenn sie sich in die Lebensrealität in Deutschland einfügen können und beispielsweise eine Schul- oder Berufsausbildung abschließen. Hierzu verfügt die Jugendhilfe über eine Vielzahl möglicher Unterstützungsleistungen. In der praktischen Umsetzung ergibt sich jedoch ein Spannungsfeld zwischen Jugendhilfe-recht und Aufenthaltsrecht.

Die Leistungen der Jugendhilfe sind aber nicht auf diejenigen unbegleiteten Minderjährigen beschränkt, die keinen Asylantrag stellen. In den Fällen, in denen Unterstützung durch die Jugendhilfe erfolgt, kann es oftmals auch bei einer Ablehnung des Schutzgesuchs zu einer Bleibeperspektive über den Eintritt der Volljährigkeit hinaus kommen.

Werden unbegleitete Minderjährige dennoch ausreisepflichtig, genießen sie einen besonderen Schutz bei Inhaftierung und Abschiebung.



# Inhaltsübersicht

	Zusammenfassung	5
1	Einleitung	10
2	Motivlagen und Zielstaatswahl	12
3	Einreise	14
4	Aufnahmebedingungen	33
5	Übergangsphase zur Volljährigkeit	41
6	Rechtliche Rahmenbedingungen für die freiwillige und zwangsweise Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger	43
7	Schlussbemerkung	49
	Literaturverzeichnis	50
	Abkürzungsverzeichnis	53
	Tabellen-/Abbildungsverzeichnis	54
	Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl	55

# Inhaltsverzeichnis

	<b>Zusammenfassung</b>	5
<b>1</b>	<b>Einleitung</b>	10
<b>2</b>	<b>Motivlagen und Zielstaatswahl</b>	12
	2.1 Motive und Umstände der Flucht	12
	2.2 Gründe für die Wahl des Zielstaats	12
	2.3 Kooperation mit Herkunftsstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen von unbegleiteten Minderjährigen	13
<b>3</b>	<b>Einreise</b>	14
	3.1 Einreisebestimmungen für unbegleitete Minderjährige	14
	3.2 Grenzpolizeilicher Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen	14
	3.3 Einreiseverweigerung an der Grenze	15
	3.4 Aufgriff durch die Behörden	16
	3.5 Unbegleitete Minderjährige im Asylverfahren	16
	3.6 Aufenthaltstitel für unbegleitete Minderjährige und aufenthaltsrechtliches Verfahren	29
<b>4</b>	<b>Aufnahmebedingungen</b>	33
	4.1 Aufnahme, Altersfeststellung, Inobhutnahme und Vormundschaft	33
	4.2 Unterbringung und Versorgung	36
	4.3 Rechtsberatung	38
	4.4 Gesundheitsversorgung	38
	4.5 Schul- und Ausbildungssituation von unbegleiteten Minderjährigen	39
	4.6 Teilnahme am Arbeitsmarkt	39
	4.7 Sonstige Integrationsmaßnahmen	40
	4.8 Rücknahme der Unterstützungsleistungen	40

<b>5</b>	<b>Übergangsphase zur Volljährigkeit</b>	41
<b>6</b>	<b>Rechtliche Rahmenbedingungen für die freiwillige und zwangsweise Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger</b>	43
6.1	Zwangsweise Rückkehr	43
6.2	Abschiebungs-, Zurückweisung- und Zurückschiebungshaft	43
6.3	Alternativen zur Abschiebungshaft	45
6.4	Freiwillige Rückkehr	45
<b>7</b>	<b>Schlussbemerkung</b>	49
	<b>Literaturverzeichnis</b>	50
	<b>Abkürzungsverzeichnis</b>	53
	<b>Tabellen-/Abbildungsverzeichnis</b>	54
	<b>Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl</b>	55

# 1 Einleitung

Unter der seit 2008 zunehmenden Zahl an Asylbewerbern, die in Deutschland Schutz suchen, stellen Kinder und Jugendliche einen nicht unerheblichen Anteil. Ein großer Teil von ihnen verlässt entweder das Herkunftsland ohne Begleitung ihrer Eltern oder sie werden auf der Flucht von ihnen getrennt. Unbegleitete Minderjährige zählen zu den besonders schutzbedürftigen Personen, da sie besonders gefährdet sind, Opfer von Konflikten, Ausbeutung und Gewalterfahrung zu werden. Aufgrund dieser besonderen Verletzlichkeit und der Fluchterfahrung, die unbegleitete Minderjährige gemacht haben, benötigen sie besondere Aufmerksamkeit in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren.

Wie alle Minderjährigen sind sie auf Beistand in ihrer Entwicklung zu verantwortungsbewussten und selbstständigen Persönlichkeiten angewiesen. Da sie jedoch in dieser Entwicklung nicht durch ihre Eltern unterstützt werden können, sollen sie durch die Jugendhilfe gefördert werden.

Aufgrund dieser besonderen Situation – unbegleitet, minderjährig, Ausländer – ist für ihre Lebenssituation in Deutschland das Spannungsfeld von Aufenthaltsrecht und Jugendhilferecht sowie dessen praktische Ausgestaltung von entscheidender Bedeutung. Während das Aufenthaltsrecht den Zuzug und die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts von Drittstaatsangehörigen regelt, bestimmt das Jugendhilferecht u. a. die staatlichen Aufgaben, mit denen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu eigenständigen Persönlichkeiten unterstützt werden sollen.

In der vorliegenden Ausarbeitung sollen die Grundlagen des staatlichen Umgangs mit unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland dargestellt werden. Dabei werden zunächst die Umstände beschrieben, aufgrund derer unbegleitete Minderjährige in Deutschland ankommen. Dies umfasst sowohl – soweit bekannt – die Motivlage für die Reise nach Deutschland als auch die Umstände der Flucht, die einen ebenso starken Einfluss darauf haben, dass Kinder und Jugendliche aus

Drittstaaten ohne elterliche Begleitung nach Deutschland einreisen oder ohne Begleitung zurückgelassen werden.

Im anschließenden Kapitel stehen vor allem grenzpolizeiliche und aufenthaltsrechtliche Aspekte im Vordergrund. Es beschreibt die Einreisebestimmungen, den Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen an der Grenze sowie ihre aufenthaltsrechtliche Situation. Besonderes Augenmerk wird auf das Asylverfahren sowie auf aufenthaltsrechtliche Alternativen zur Stellung eines Asylantrags gelegt.

Das darauf folgende Kapitel beschreibt die Unterbringung, Versorgung sowie die Schul- und Ausbildungssituation unbegleiteter Minderjähriger.

Das nächste Kapitel widmet sich der Übergangsphase bei Eintritt der Volljährigkeit sowie ihrer aufenthaltsrechtlichen Folgen.

Anschließend werden die Rückkehrmaßnahmen bei unbegleiteten Minderjährigen dargestellt, wobei sowohl freiwillige als auch zwangsweise Rückkehr sowie die Förderung durch Reintegrationsprogramme behandelt werden.<sup>1</sup> Abschließend fasst das Schlusskapitel die zentralen Ergebnisse der Studie zusammen.

Da sowohl die Verwaltungspraxis der Ausländerbehörden als auch die Praxis der Jugendämter stark föderal geprägt sind und zudem durch die Kommunen, in denen unbegleitete Minderjährige aufgegriffen werden, gestaltet werden, hat die vorliegende Ausarbeitung Überblickscharakter. Auf die Besonderheiten einzelner Bundesländer und Kommunen wird lediglich anhand einzelner Fallbeispiele eingegangen.

Die Studie basiert hauptsächlich auf Auswertungen bereits existierender Berichte zu ausgewählten Aspek-

---

<sup>1</sup> Das Kapitel zu Rückkehrmaßnahmen basiert auf Grote (2014).

ten des Themas sowie auf Analysen der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen. Besonders hervorzuheben sind an dieser Stelle die Länderevaluationen des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF), die eine wertvolle Datenquelle für die Situation in den einzelnen Bundesländern darstellen. Ergänzend Informationen wurden durch den UNHCR bereitgestellt.<sup>2</sup> Zum Teil wurde auch auf eine ältere Studie der deutschen Nationalen Kontaktstelle des EMN zu diesem Themenkomplex zurückgegriffen (Parusel 2009).

Die vorliegende Ausarbeitung stellt den deutschen Beitrag zur EMN-Studie „Policies, practices and data on unaccompanied minors in 2014“ dar. Die Studie wird in allen EU-Mitgliedstaaten und Norwegen nach gemeinsamen Vorgaben durchgeführt. Die Ergebnisse der nationalen Studien fließen anschließend in einen vergleichenden Synthesebericht ein, der ein gesamteuropäisches Bild der administrativen und politischen Praxis zur Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger liefern soll. Die Resultate der Studie werden den Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene zur Verfügung gestellt.

---

2 Der Autor dankt Uta Rieger vom UNHCR für wertvolle Anmerkungen und Ergänzungen.

## 2 Motivlagen und Zielstaatswahl

Eine Reihe von Faktoren ist dafür verantwortlich, dass Kinder und Jugendliche aus Drittstaaten ohne Begleitung ihrer Eltern in Deutschland ankommen und Schutz suchen. Neben Gründen, die auch für erwachsene Asylbewerber ausschlaggebend sind, ihr Herkunftsland zu verlassen, existieren spezifische Fluchtgründe für diese Gruppe. Zu den Fluchtgründen hinzu kommt die Motivation für die Wahl eines bestimmten Zielstaats.

### 2.1 Motive und Umstände der Flucht

Während politische Verfolgung, Verfolgung aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit, Bürgerkriege sowie eine mangelnde Perspektive sowohl für Erwachsene als auch für Minderjährige Motive zur Flucht sein können, existieren eine Vielzahl von Bedrohungssituationen, von denen Kinder und Jugendliche in besonderem Maße betroffen sind. Dazu zählen z. B. die Rekrutierung als Kindersoldaten, Genitalverstümmelung bei Mädchen, Zwangsprostitution und -verheiratung, familiäre Gewalt oder auch die Suche nach Familienangehörigen (Deutscher Caritasverband 2014a: 23). Eine detaillierte Aufschlüsselung nach Fluchtursachen und Umständen für die in Deutschland lebenden unbegleiteten Minderjährigen lässt die Datenlage nicht zu.

Aber nicht nur spezifische Bedrohungssituationen tragen dazu bei, dass Minderjährige ohne Begleitung ihrer Eltern in Deutschland eine Perspektive suchen. Oftmals verlieren sie ihre Eltern in Konflikten oder sie fliehen zwar zusammen mit ihren Eltern aus ihrer Herkunftsregion, werden jedoch durch die Umstände der Flucht von diesen getrennt und schlagen sich dann ohne sie bis nach Deutschland durch. Ebenso kommt es vor, dass Kinder gezielt von ihren Eltern auf die Flucht geschickt werden (Deutscher Caritasverband 2014a: 23f.; Parusel 2009: 19f.).

### 2.2 Gründe für die Wahl des Zielstaats

Spezifische Analysen für die Zielstaatswahl unbegleiteter Minderjähriger liegen gegenwärtig nicht vor. Insofern kann hier lediglich allgemein auf die Erkenntnisse hinsichtlich der Gründe von Asylbewerbern, in einem bestimmten Staat Schutz zu suchen, zurückgegriffen werden.

So lässt sich feststellen, dass hinter der Wahl Deutschlands als Zielstaat die Vorstellung steht, dass es in Deutschland „besser“ ist als im Herkunftsland. „Diese Erwartungen beziehen sich insgesamt auf ein Mehr an Sicherheit, was neben den potenziell asylrelevanten politisch-rechtlichen bzw. religiösen Aspekten auch ökonomische oder medizinische Gesichtspunkte umfasst“ (Scholz 2013: 126).

Während politische und rechtliche Sicherheitserwartungen vor allem dahin gehen, Schutz vor politischer Verfolgung und staatlicher Willkür zu erwarten, beziehen sich die ökonomischen Motive offenbar nicht vorrangig auf wohlfahrtsstaatliche Leistungen, die das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zur Versorgung von Asylbewerbern vorsieht (u. a. Unterkunft, Verpflegung, medizinische Versorgung sowie ein Taschengeld für den täglichen Bedarf), sondern auf die Erwartung, hier den Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Zu den allgemeinen und umfassenden Sicherheitserwartungen, die mit Deutschland verbunden werden, zählt auch die Qualität des Asylverfahrens, da hier ein transparentes und von Willkür freies Verfahren erwartet wird (Scholz 2013: 130f.).

Hinzu kommt als wesentlicher Faktor, dass bewusste Entscheidungen für einen konkreten Zielstaat in der Regel durch familiäre Beziehungen oder bereits bestehende Beziehungen zur dort lebenden Diaspora bedingt sind (Scholz 2013: 102ff.).



Nach Scholz (2013) spielt neben den genannten Motiven auch der Aspekt Zufall eine Rolle. Zum einen gibt es Fälle, in denen Europa insgesamt als Zielregion anvisiert wird, wobei dann die Dynamik des Fluchtprozesses ausschlaggebend dafür ist, in welchem Mitgliedstaat die Asylantragstellung erfolgt. Weiterhin kann aufgrund eines Aufgriffs durch die Sicherheitsbehörden ein Staat, der eigentlich nur für den Transit dienen sollte, zum nicht-intendierten Zielstaat werden (Scholz 2013: 84f.). Beispielsweise werden in Niedersachsen oftmals unbegleitete Minderjährige durch die Bundespolizei (BPol) aufgegriffen, die sich aus den Niederlanden kommend auf der Durchreise nach Schweden befinden. Diese Jugendlichen verbleiben, wenn sie nicht in die Niederlande zurückgeschoben werden, in Deutschland (Espenhorst et al. 2012: 7). Schließlich hat die Art der Schleusung einen erheblichen Einfluss auf den Zielstaat des Fluchtprozesses. Dies ist u. a. auf die starke Grenzsicherung an der EU-Außengrenze bzw. der vorgeschriebenen, strikten Überprüfung der Reisedokumente durch Fluggesellschaften zurückzuführen (Müller 2014). In der Regel lassen sich weder der klandestine Grenzübertritt über das Mittelmeer noch die Beschaffung gefälschter Reisedokumente für den Luftweg durch Schutzsuchende selbst bewältigen, stattdessen sind diese auf die Unterstützung professioneller Dienstleister angewiesen (Scholz 2013: 116ff.). Dies dürfte insbesondere bei unbegleiteten Minderjährigen zutreffen; hier wird davon ausgegangen, dass sie zu 100 % geschleust werden (Scholz 2013: 116). Die Schleusung beeinflusst auf zwei Wegen, in welchem Zielstaat die Flucht endet: Bei Komplettschleusungen vom Herkunfts- bis in den Zielstaat passen sich Schleuser kurzfristig an sich wandelnde Rahmenbedingungen an und entscheiden sich ad-hoc, z. B. bei veränderten Kontrollstrategien, für einen anderen Zielstaat. Bei Kettenschleusungen, bei denen der Migrant mithilfe von bestimmten Schleusern immer nur eine kurze Etappe des Reisewegs zurücklegt, kann es sich dagegen im Verlauf der Reise herausstellen, dass eine Schleusung in den gewünschten Zielstaat nicht angeboten wird bzw. die finanziellen Mittel nicht ausreichen, weshalb dann auf einen anderen Zielstaat ausgewichen wird (Scholz 2013: 122f.).

### 2.3 Kooperation mit Herkunftsstaaten zur Bekämpfung der Fluchtursachen von unbegleiteten Minderjährigen

In den Herkunftsstaaten werden im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zahlreiche Projekte zum Schutz der Kinder finanziell und personell unterstützt. Dazu zählen unter anderem Maßnahmen zur Prävention der Rekrutierung von Kindersoldaten, zur Reintegration von ehemaligen Kindersoldaten, zur Verhinderung von Kinderarbeit, Kinderhandel und Zwangsheirat, zur Prävention von Zwangs- und Tempelprostitution sowie zur Einrichtung von Schutzzentren. Diese Projekte werden von verschiedenen Organisationen getragen, etwa von „terre des hommes“, der Kindernothilfe oder der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ).

# 3 Einreise

## 3.1. Einreisebestimmungen für unbegleitete Minderjährige

Nach §§ 3 und 4 AufenthG benötigen Ausländer für die Einreise nach Deutschland grundsätzlich einen gültigen Pass oder einen Passersatz sowie einen Aufenthaltstitel. Diese Voraussetzungen gelten unabhängig vom Alter des Einreisenden, sodass auch unbegleitete Minderjährige nicht von diesen Erfordernissen befreit sind. Der Aufenthaltstitel, i. d. R. als Visum, ist dabei vor der Einreise bei der zuständigen Auslandsvertretung einzuholen.

Die Voraussetzungen zur Erteilung eines Visums unterscheiden sich nach Länge des geplanten Aufenthalts. Visa zum kurzfristigen Aufenthalt (Schengenvisa der Kategorie C) werden gemäß den Bestimmungen des Visakodex (Verordnung (EG) Nr. 810/2009)<sup>3</sup> erteilt; Visa zum langfristigen Aufenthalt (nationale oder D-Visa) gemäß den Regelungen des Aufenthaltsgesetzes. Da unbegleitete Minderjährige meist einen dauerhaften Aufenthalt anstreben, kann ihnen ein Schengen-Visum normalerweise nicht erteilt werden, da hierzu u. a. ein Nachweis erforderlich ist, dass der Antragsteller den Schengen-Raum vor Ablauf der Gültigkeitsdauer wieder verlassen wird (Art. 14 Abs. 1 d VO (EG) Nr. 810/2009).

Die Erteilung eines Visums zum längerfristigen Aufenthalt richtet sich nach den Vorschriften zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, einer Niederlassungserlaubnis, einer Blauen Karte EU sowie einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU. Unbegleiteten Minderjährigen kann weder eine Niederlassungserlaubnis, noch eine Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU, noch eine Blaue Karte EU erteilt werden. Ein längerfristiges Visum zur Beantragung einer Aufenthaltserlaubnis setzt voraus, dass die Bedingungen zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis, die entweder an den Zweck der Ausbildung, des Studiums, der Erwerbstätigkeit oder

des Familiennachzugs geknüpft ist oder aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen erteilt wird, erfüllt sind. An unbegleitete Minderjährige kann in der Regel mangels Voraussetzungen keine Aufenthaltserlaubnis zu den Zwecken der Ausbildung und Erwerbstätigkeit erteilt werden. Die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen setzt in den Fällen der §§ 22, 23 und 24 AufenthG eine Aufnahmeentscheidung der obersten Landesbehörden, des Bundesministeriums des Innern oder des Europäischen Rats voraus; in allen anderen Fällen des Abschnitts 5 AufenthG kann die Aufenthaltserlaubnis nur an sich bereits in Deutschland befindliche Ausländer erteilt werden. Eine rechtmäßige Einreise aufgrund einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären, politischen oder völkerrechtlichen Gründen ist damit nur nach einer Entscheidung der obersten Land- oder Bundesbehörden bzw. des Europäischen Rats möglich.

Da auch die Möglichkeit eines Ausnahmevisums an der Grenze nach Art. 35 Visakodex bzw. § 14 Abs. 2 AufenthG denselben Erteilungsvoraussetzungen wie ein reguläres Visum unterliegt, bleibt unbegleiteten Minderjährigen meist nur die illegale Einreise. Lediglich unbegleitete Minderjährige aus Staaten, die gemäß Verordnung (EG) Nr. 531/2001 von der Visumspflicht bei kurzfristigen Aufenthalten ausgenommen sind, können legal einreisen, soweit sie einen gültigen Pass oder Passersatz besitzen.

## 3.2 Grenzpolizeilicher Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen

Bei der Einreise nach Deutschland über eine Schengen-Außengrenze werden unbegleitete Minderjährige den gleichen Kontrollmaßnahmen wie Erwachsene unterzogen.

Besonderes Augenmerk legen die Grenzbehörden auf die Gefahr der Kindesentziehung. Sofern Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verbringens Minderjähriger über eine Grenze bestehen (Verdacht der Kindesentziehung), können Minderjährige in Gewahrsam

<sup>3</sup> Verordnung (EG) Nr. 810/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juli 2009 über einen Visakodex der Gemeinschaft (Visakodex).

genommen werden (§ 39 Abs. 2 BPolG), um sie dem Sorgeberechtigten oder dem Jugendamt zuführen zu können.

Ergeben sich aus den Äußerungen unbegleiteter, minderjähriger Ausländer Hinweise darauf, dass sie Schutz in Deutschland suchen, hat die Grenzbehörde unverzüglich das Jugendamt zu informieren. Eine Weiterleitung Minderjähriger an eine Erstaufnahmeeinrichtung ohne Rücksprache mit dem Jugendamt ist unzulässig. Leitet die Grenzbehörde freiheitsentziehende Maßnahmen gegen Minderjährige ein, so hat sie diese in separaten Räumlichkeiten altersgerecht unterzubringen. Falls erforderlich, sind sie durch geeignetes Personal zu betreuen und zu versorgen. Dabei gilt, dass Minderjährige nur in besonderen Ausnahmefällen und nur so lange in Haft „genommen werden [dürfen], wie es unter Berücksichtigung des Kindeswohls angemessen ist“ (§ 62 Abs. 1 Satz 3 AufenthG). Beim Vollzug der Haft sind „alterstypische Belange zu berücksichtigen“ (§ 62a Abs. 3 AufenthG).

### 3.3 Einreiseverweigerung an der Grenze

Drittstaatsangehörigen, welche die Einreisebestimmungen nicht erfüllen, d. h. die nicht im Besitz eines gültigen Passes oder Passersatzes und eines gültigen Aufenthaltstitels sind, wird die Einreise in das Bundesgebiet verweigert (§§ 14 Abs. 1 und 15 Abs. 2 Nr. 3 und 57 AufenthG). Für unbegleitete Minderjährige gelten dieselben Bestimmungen. Nach § 80 Abs. 2 Satz 1 AufenthG steht die mangelnde Handlungsfähigkeit eines Minderjährigen seiner Zurückweisung<sup>4</sup> und Zurückschiebung nicht entgegen.

Da an den deutschen Landgrenzen keine stationären Grenzkontrollen mehr stattfinden, tritt diese Konstellation fast nur bei der Einreise über einen internationalen Flughafen auf. An den Flughäfen Frankfurt am Main, Hamburg, München, Düsseldorf und Berlin-Schönefeld sowie zukünftig auch am neuen Flughafen Berlin-Brandenburg (Deutscher Caritasverband 2014b: 4) haben Personen, welche die Einreisebestimmungen nicht erfüllen, die Möglichkeit, einen

Asylantrag nach § 18a AsylVfG zu stellen. Existieren im Transitbereich des Flughafens Möglichkeiten der kind- bzw. jugendgerechten Unterbringung, ist das Asylverfahren von dort aus auch für Minderjährige vor der Einreise zu betreiben. Am Frankfurter Flughafen wird unbegleiteten Asylbewerbern jedoch oftmals nach wenigen Tagen die Einreise gestattet, da das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht in jedem Fall in der Lage ist, innerhalb der gesetzlich vorgeschriebenen Frist von zwei Tagen über den Asylantrag zu entscheiden (Deutscher Bundestag 2014a, 2014b). Existiert am Einreiseflughafen keine Möglichkeit, das Asylverfahren durchzuführen, etwa weil keine Unterbringungsmöglichkeiten für unbegleitete Minderjährige existieren oder das BAMF an dem entsprechenden Flughafen keine Außenstelle unterhält, wird demjenigen, der ein Schutzersuchen geltend macht und nicht über einen EU-Mitgliedstaat eingereist ist, die Einreise zur Durchführung des Asylverfahrens gestattet.

Eine Zurückweisung ist grundsätzlich nur in den Herkunftsstaat des unbegleiteten Minderjährigen oder in das Land des gewöhnlichen Aufenthalts möglich. Dabei kommt der Prüfung der Abschiebungsverbote nach §§ 15 Abs. 4, 60 Abs. 1-3, 5 und 7 AufenthG besondere Bedeutung zu.

Werden unbegleitete Minderjährige ohne die erforderlichen Reisedokumente im 30 km-Grenzraum einer Landgrenze aufgegriffen, so wird davon ausgegangen, dass eine unerlaubte Einreise vorliegt. Unter bestimmten Voraussetzungen kann dann eine Zurückschiebung nach § 57 Abs. 2 AufenthG in den angrenzenden EU-Mitgliedstaat erfolgen.<sup>5</sup> So erfolgen Zurückschiebungen in der Regel dann, wenn der unbegleitete Minderjährige bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat einen Asylantrag gestellt hat oder wenn der Betreffende in einem anderen EU-Mitgliedstaat als volljährig registriert ist. Ebenso kann eine Zurückschiebung erfolgen, wenn feststeht, dass ein unbegleiteter Minderjähriger von dort eingereist ist und er kein Schutzersuchen in Deutschland stellt (Eспенhorst et al. 2012: 19).

4 Unter einer Zurückweisung nach § 15 AufenthG versteht man die Einreiseverweigerung an der Grenze bei Ausländern, die unerlaubt einreisen möchten. Dagegen erfolgt die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG bei Ausländern, die bereits unerlaubt in das Bundesgebiet eingereist sind.

5 Ebenso ist nach § 57 Abs. 1 AufenthG eine Zurückschiebung über eine EU-Außengrenze in einen Drittstaat möglich.

Im Jahr 2013 wurden an den Außengrenzen der Bundesrepublik insgesamt 443 (2012: 403) unbegleitete Minderjährige unter 16 Jahren festgestellt. Davon wurden 394 (2012: 348) unbegleitete Minderjährige an die zuständigen Jugendämter übergeben sowie 29 (2012: 42) Zurückschiebungen und vier (2012: 1) Zurückweisungen von allein reisenden ausländischen Staatsangehörigen unter 16 Jahren vollzogen (vgl. Deutscher Bundestag 2013: 21; 2014c: 21).

### 3.4 Aufgriff durch die Behörden

Werden unbegleitete Minderjährige außerhalb des grenznahen Raums im Bundesgebiet durch die Bundespolizei aufgegriffen und ist eine Zurückschiebung nicht möglich, leitet diese den unbegleiteten Minderjährigen an das Jugendamt oder die Ausländerbehörde weiter, die dann die Meldung an das Jugendamt übernimmt. Es kann auch vorkommen, dass die Bundespolizei den Jugendlichen direkt an eine Clearingstelle oder eine Betreuungseinrichtung übergibt, die dann das Jugendamt und die Ausländerbehörde informiert (Deutscher Caritasverband 2014a: 43). Ähnlich verfahren die Polizeien der Länder. So werden unbegleitete Minderjährige, die in Hessen durch die Polizei aufgegriffen werden, zur Clearingstelle des Jugendamts oder in eine auf die Zielgruppe spezialisierte Jugendhilfeeinrichtung gebracht (Espenhorst/Berthold 2010). Auch in Niedersachsen werden unbegleitete Minderjährige, die durch die Polizei aufgegriffen werden, dem Jugendamt übergeben (Espenhorst et al. 2012). Über die Verfahrensweise in anderen Bundesländern liegen keine systematischen Erkenntnisse vor, jedoch legt die – bundesweit geltende – Polizeiliche Dienstvorschrift (PDV) 382 von 1995 fest, dass die Polizei gefährdete Minderjährige in die Obhut des Jugendamtes zu bringen hat, wenn Erziehungsberechtigte nicht erreichbar sind (PDV 382, Nr. 2.3.1). Darüber hinaus ist festgelegt, dass beim Aufgriff gefährdeter Minderjähriger „das Jugendamt in den Fällen zu unterrichten [ist], in denen Maßnahmen des Jugendamtes zum Schutz Minderjähriger (§§ 42 und 43 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes -KJHG-) erforderlich erscheinen“ (PDV 382, Nr. 2.3.3). Ebenso ist das Jugendamt zu unterrichten, „wenn schon während der polizeilichen Ermittlungen erkennbar ist, daß Leistungen der Jugendhilfe in Frage kommen“ (PDV 382, Nr. 3.2.7).

Seit dem 1. Oktober 2005 ist das Jugendamt nach § 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII verpflichtet, unbegleitete Minderjährige, die weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte in Deutschland haben, in Obhut zu nehmen. Aufgrund von § 20 Abs. 1 SGB X ist das Jugendamt verpflichtet, tätig zu werden, sobald es von der Anwesenheit eines unbegleiteten Minderjährigen in seinem Zuständigkeitsbereich Kenntnis erhält. Damit sind die Voraussetzungen gegeben, dass das jeweilige Jugendamt auch die Inobhutnahme einleitet, sobald es von den Polizeien der Länder bzw. der örtlichen Ausländerbehörde vom Aufgriff eines unbegleiteten Minderjährigen erfährt (zur Inobhutnahme siehe Abschnitt 4.1).

### 3.5 Unbegleitete Minderjährige im Asylverfahren

Hinsichtlich der Aufnahme und des aufenthaltsrechtlichen Status von unbegleiteten Minderjährigen muss unterschieden werden zwischen Kindern bzw. Jugendlichen, die Asyl beantragen und solchen, die dies nicht tun. Während eine Asylantragstellung früher als der einzige Weg galt, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht (für die Dauer des Asylverfahrens) zu bekommen, raten soziale Dienste und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit unbegleiteten Minderjährigen befassen, heute mitunter von einer Asylantragstellung ab, da es Minderjährigen oft schwer fällt, Asylgründe geltend zu machen bzw. nachvollziehbar vorzutragen (Deutscher Caritasverband 2014a, Espenhorst/Berthold 2010b). Auch das BAMF geht im Sinne des Kindeswohls davon aus, dass es in vielen Fällen sinnvoll sein kann, Minderjährigen die belastende Situation eines möglicherweise erfolglosen Asylverfahrens zu ersparen (Parusel 2009: 37). Auch ohne Asylantrag können Minderjährige versuchen, nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG geltend zu machen und so – zumindest vorübergehend – in Deutschland bleiben zu können. In diesem Fall ist nicht das BAMF, sondern die Ausländerbehörde zuständig (§ 79 Abs. 1 Satz 2 AufenthG).

In diesem Abschnitt soll das Asylverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen dargestellt werden. Aufenthaltsrechtliche Bestimmungen für unbegleitete Minderjährige nach Abschluss des Asylverfahrens sowie

für unbegleitete Minderjährige, die keinen Asylantrag stellen, werden in Abschnitt 3.6 dargestellt.

### Das Asylverfahren im Allgemeinen

Im Rahmen des Asylverfahrens werden die Voraussetzungen für die Gewährung von internationalem Schutz (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz), das Vorliegen politischer Verfolgung (Asyl) und Abschiebungsverbote geprüft. Zu diesem Zweck klärt das BAMF den Sachverhalt und erhebt die erforderlichen Beweise.

Das Vorliegen der Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft gemäß § 3 Abs. 1 AsylVfG wird anhand von § 3a - § 3e AsylVfG geprüft. Die Vorschrift stellt die innerstaatliche Umsetzungsnorm der Genfer Flüchtlingskonvention dar; ihre Auslegung orientiert sich an der Qualifikationsrichtlinie (2011/95/EU).

Nach Art. 16 a Abs. 1 GG haben politisch Verfolgte in der Bundesrepublik Deutschland einen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigte. Die Ausgestaltung und Auslegung dieses Grundrechts unterliegen allein der Gesetzgebung und Rechtsprechung in der Bundesrepublik Deutschland; die Regelungen der Qualifikationsrichtlinie gelten hier nicht.

Ist eine Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft oder die Anerkennung als Asylberechtigter nicht möglich, wird geprüft, ob dem Betroffenen im Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht. Dazu zählt

- die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe,
- Folter oder unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung
- sowie die Bedrohung des Lebens oder eine ernsthafte Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson aufgrund willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen Konflikts.

Der Schutz vor diesen Gefahren wird als subsidiärer Schutz bezeichnet. Die Voraussetzungen hierfür sind

im deutschen Recht in § 4 Abs. 1 AsylVfG und § 60 Abs. 2 AufenthG geregelt. Nach § 13 Abs. 2 AsylVfG wird mit jedem Asylantrag der internationale Schutz (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz) sowie die Anerkennung als Asylberechtigter geprüft. Werden die Voraussetzungen des internationalen Schutzes und der Asylberechtigung abgelehnt, hat das Bundesamt festzustellen, ob Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG vorliegen (§ 31 Abs. 3 AsylVfG).

### Asylantragstellung von unbegleiteten Minderjährigen

Wie ein unbegleiteter Minderjähriger einen Asylantrag beim Bundesamt stellen kann, richtet sich zum einen nach seinem Alter und zum anderen danach, ob er in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht ist.

Unbegleitete Minderjährige, die jünger als 16 Jahre sind, können selbst keinen wirksamen Asylantrag stellen, in ihrem Namen ist eine Asylantragstellung nur über den gerichtlich bestellten Vormund möglich (vgl. Abschnitt 4.1). Nach § 12 AsylVfG sind 16 und 17 Jahre alte unbegleitete Minderjährige handlungsfähig und können daher selbst einen Asylantrag stellen.

In der Regel muss der Asylantrag persönlich in einer Außenstelle des Bundesamtes gestellt werden. Ist der unbegleitete Minderjährige in einer Jugendhilfeeinrichtung untergebracht, ist der Asylantrag schriftlich beim BAMF einzureichen (§ 14 Abs. 2 AsylVfG), unabhängig davon, ob der Asylantrag nur vom Vormund oder vom Antragsteller selbst gestellt werden kann.

### „Dublinverfahren“ bei unbegleiteten Minderjährigen

Das Bundesamt prüft zunächst im Rahmen des „Dublinverfahrens“, ob Deutschland oder ein anderer Mitgliedstaat für die Prüfung des Asylantrags zuständig ist.

Das „Dublinverfahren“ ist ein in das nationale Asylverfahren integriertes Verfahren zur Bestimmung des Landes, das für die Prüfung eines Asylantrags zuständig ist. Es wird auch bei minderjährigen Asylsuchenden vollzogen. Grundlage ist die Verordnung (EU)

Nr. 604/2013 vom 26. Juni 2013 (Dublin III-Verordnung).<sup>6</sup>

Die Verordnung soll jedem Asylbewerber die Durchführung eines Asylverfahrens in einem der Mitgliedstaaten garantieren und gleichzeitig die Durchführung mehrerer Asylverfahren im Dublingebiet vermeiden. Vor der materiell-rechtlichen Prüfung eines in Deutschland gestellten Asylantrags – dazu gehören auch Folgeanträge – ist nach der Dublin III-Verordnung zu klären, ob Kriterien für die Zuständigkeit eines anderen Mitgliedstaats vorliegen. Diese Kriterien sind in den Artikeln 8 bis 15 der Verordnung beschrieben und in einer festgelegten Reihenfolge anzuwenden (Artikel 7 Abs. 1):

An erster Stelle haben die Mitgliedstaaten zu prüfen, ob es sich beim Antragsteller um einen unbegleiteten Minderjährigen handelt. Ein unbegleiteter Minderjähriger nach der Dublin III-Verordnung ist eine unverheiratete Person unter 18 Jahren (Legaldefinition in Art. 2 Buchst. j), die ohne Begleitung eines für sie verantwortlichen Erwachsenen in einen Mitgliedstaat einreist oder nach der Einreise ohne Begleitung zurückgelassen wird. Für die Prüfung von Asylanträgen unbegleiteter Minderjähriger ist der Mitgliedstaat zuständig, in dem sich ein Familienangehöriger (Vater, Mutter) oder eines der Geschwister rechtmäßig aufhält, sofern dies dem Wohl des Minderjährigen dient. Finden sich keine unmittelbaren Familienangehörigen oder Geschwister und der Minderjährige hat einen Verwandten in einem anderen Mitgliedstaat, der für den Minderjährigen sorgen kann, so wird dieser Mitgliedstaat zuständig, sofern dies dem Wohl des Minderjährigen dient. Halten sich Verwandte, Familienangehörige oder Geschwister in mehr als einem Mitgliedstaat auf, ist das Wohl des unbegleiteten Minderjährigen ausschlaggebend dafür, welcher Mitgliedstaat zuständig ist. Hält sich kein entsprechender Angehöriger in einem Mitgliedstaat der EU auf, ist der Staat zuständig, in dem der unbegleitete Minderjährige seinen Schutzantrag gestellt hat, soweit dies dem Wohl des Kindes dient. Wurden Schutzanträge in mehreren Mitgliedstaaten gestellt, ist nach einer Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (C648/11, Entscheidung vom 6. Juni 2013) der Mitgliedstaat zuständig, in

dem sich der unbegleitete Minderjährige gegenwärtig aufhält, wenn er dort einen Asylantrag gestellt hat. Dies bedeutet in der Praxis, dass Deutschland zuständig für die Durchführung des Asylverfahrens wird, wenn ein unbegleiteter Minderjähriger hier einen Asylantrag stellt und keine Verwandten in einem anderen Mitgliedstaat hat bzw. eine Überstellung zu diesem Angehörigen nicht dem Wohl des Kindes dienen würde. Daraus ergibt sich der entscheidende Unterschied zum Dublin-Verfahren bei volljährigen Asylbewerbern. Bei unbegleiteten Minderjährigen hat der vorangegangene Antrag auf Asyl in einem anderen Mitgliedstaat keine Auswirkungen, da immer das Land zuständig wird, in dem der Jugendliche oder das Kind sich aufhält, wenn dort ein Schutzersuchen gestellt wurde und dies dem Wohl des Kindes nicht zuwider läuft. Dagegen werden volljährige Asylbewerber in den Mitgliedstaat überstellt, der für sie nach den Kriterien der Dublin-Verordnung zuständig ist. Häufig ist dies der Mitgliedstaat, in dem sie zuerst aufgegriffen wurden bzw. in dem sie den ersten Asylantrag gestellt haben.

In der Praxis soll das Wohl des unbegleiteten Minderjährigen berücksichtigt werden, indem sowohl dessen Vormund als auch das zuständige Jugend- und Sozialamt an der Entscheidung über eine Überstellung von Deutschland in andere Mitgliedstaaten beteiligt werden. Ebenso werden Jugendamt bzw. Sozialdienst des Zielstaats der Überstellung beteiligt, um zu überprüfen, ob der Verwandte, dem der unbegleitete Minderjährige übergeben werden soll, für den Jugendlichen sorgen kann.

Das Bundesamt sieht grundsätzlich von der Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat ab, bis ein Vormund bestellt wurde, damit dieser sich zu den Belangen des Minderjährigen und Kindeswohlaspekten äußern kann.

Umgekehrt kann Deutschland verpflichtet sein, einen unbegleiteten Minderjährigen von einem anderen Mitgliedstaat zu übernehmen, wenn ein unbegleiteter Minderjähriger ein Schutzgesuch in einem anderen Mitgliedstaat stellt und Deutschland eines der oben genannten Kriterien erfüllt.

Im Zusammenhang mit unbegleiteten Minderjährigen im Dublinverfahren wird von Hilfsorganisationen bemängelt, dass es zu „Überstellungen in die Volljährigkeit“ kommen kann, wenn ein unbegleiteter

<sup>6</sup> Sie trat am 19. Juli 2013 in Kraft und ist in den Mitgliedstaaten unmittelbar geltendes Recht; sie ersetzt die Verordnung (EG) Nr. 343/2003 des Rates vom 18. Februar 2003 („Dublin II-Verordnung“).



Minderjähriger zwar in einem Staat als minderjährig eingestuft wird, jedoch der für die Durchführung des Asylverfahrens zuständige Staat diesen z. B. aufgrund unterschiedlicher Altersfeststellungsverfahren als volljährig einstuft. Nach Auffassung von Nichtregierungsorganisationen könnte dies dazu führen, dass die Verfahrensgarantien für unbegleitete Minderjährige sowie deren besondere Rechte mit der Überstellung wegfallen, sodass z. B. nach der Überstellung kein kindgerechtes Verfahren gewährleistet ist (Deutscher Caritasverband 2014a: 95f.). Dies könnte u. a. bedeuten, dass dem Jugendlichen kein Vormund zur Verfügung gestellt wird und er keine Leistungen der Jugendhilfe erhält. Da nach der Entscheidung des EuGH vom 6. Juni 2013 (C648/11) jedoch keine Überstellungen von unbegleiteten Minderjährigen aufgrund eines früher in einem anderen Mitgliedstaat gestellten Asylanspruchs mehr erfolgen, dürfte dies in der Praxis mittlerweile als ausgeschlossen gelten.<sup>7</sup>

### Das Asylverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen

Wenn nach der „Dublin-Prüfung“ die Zuständigkeit Deutschlands bejaht wird, führt das BAMF im Rahmen des Asylverfahrens die Anhörung des minderjährigen Asylsuchenden in der jeweils zuständigen Außenstelle des Bundesamts durch. In jedem Bundesland verfügt das BAMF über mindestens eine Außenstelle, in denen Asylanträge geprüft werden. Die Außenstellen spezialisieren sich dabei auf bestimmte Herkunftsländer. In jeder Außenstelle sind „sonderbeauftragte Entscheider“ benannt, die besonders für den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Asyl Antragstellern geschult wurden. So entspricht Deutschland der Vorgabe von Art. 17 (4) (a) der Verfahrensrichtlinie

(Richtlinie 2005/85/EG),<sup>8</sup> nach der die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die persönliche Anhörung eines unbegleiteten minderjährigen Asyl Antragstellers von einer Person durchgeführt wird, die mit den besonderen Bedürfnissen Minderjähriger vertraut ist.

Die Hauptaufgabe der „sonderbeauftragten Entscheider für unbegleitete Minderjährige“ ist, die Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen in eigener oder übertragener Zuständigkeit zu bearbeiten. Dazu gehört zum einen die Anhörung der minderjährigen Antragsteller und zum anderen die Entscheidung über diese Asylanträge. Zusätzlich informiert der „Sonderbeauftragte für unbegleitete Minderjährige“ die Vorgesetzten und Kollegen in der jeweiligen Außenstelle und berät andere „Sonderbeauftragte“ und Entscheider in schwierigen Einzelfällen.

Die Schulungen für Mitarbeiter mit der Sonderaufgabe „unbegleitete Minderjährige“ beinhalten u. a. folgende Elemente:

- Vermittlung rechtlicher Besonderheiten, z. B. bei der Aufnahme und dem Asylverfahren unbegleiteter Minderjähriger;
- Vermittlung einer kinder- bzw. jugendgerechten Gestaltung der Anhörung;
- Vermittlung kinderspezifischen Wissens in Bezug auf das Herkunftsland;
- Sensibilisierung für den Umgang mit traumatisierten Minderjährigen während der Anhörung;
- Berücksichtigung von kinderspezifischen Fluchtgründen im Asylverfahren;

Die Anhörung minderjähriger Asyl Antragsteller verläuft weniger formal als bei volljährigen Asylbewerbern und die Sachbearbeiter sind gehalten, besonders

<sup>7</sup> Im sogenannten Aufgriffsverfahren sind Überstellungen unbegleiteter Minderjähriger weiterhin möglich, solange diese kein Schutzgesuch stellen. Dies dürfte jedoch in der Praxis keine Rolle spielen, da in der Regel bei einem Aufgriff durch die Behörden ein Schutzgesuch geltend gemacht wird. Im Rahmen des Aufgriffsverfahrens überprüft die Bundespolizei, ob ein illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger bereits in einem anderen Mitgliedstaat registriert worden ist.

<sup>8</sup> Die angegebene Vorschrift bezieht sich auf die Richtlinie aus dem Jahr 2005; in der bis 2015 umzusetzenden Neufassung (Richtlinie 2013/32/EU) finden sich diese Bestimmungen mit leicht veränderter Formulierung in Art. 25 Abs. 3 Buchst. a.

sensibel auf die spezifischen Bedürfnisse der Minderjährigen einzugehen. Unbegleitete Minderjährige im Alter von 16 und 17 Jahren sind zwar nach dem AsylVfG handlungsfähig, das BAMF wünscht dennoch die Anwesenheit des Vormunds bei der Anhörung und kommt somit den in der Verfahrensrichtlinie genannten Garantien für unbegleitete Minderjährige nach.<sup>9</sup> Zusätzlich kann an der Anhörung auch der Betreuer des Minderjährigen (aus der Jugendhilfeeinrichtung) teilnehmen. Die Entscheidungen des BAMF werden je nach Alter der Minderjährigen an den Vormund (unter 16-Jährige) oder an sie selbst (16- und 17-Jährige) gestellt, allerdings erhält der Vormund mindestens eine Kopie der Entscheidung.

Falls Zweifel am Alter eines Asylantragstellers bestehen, klären die „Sonderbeauftragten für unbegleitete Minderjährige“ den Fall mit den zuständigen Behörden, z. B. Jugendamt oder Ausländerbehörde.

Im Hinblick auf die Prüfung des Flüchtlingsschutzes (§ 3 AsylVfG), der Asylgründe (Art. 16 a GG), des subsidiären Schutzes (§ 4 AsylVfG) sowie der Abschiebungsverbote (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG) gelten für unbegleitete Minderjährige dieselben Kriterien und Voraussetzungen wie für erwachsene Antragsteller.

Neben dem internationalen Schutz (Flüchtlingsschutz und subsidiärer Schutz) ist bei minderjährigen Flüchtlingen jedoch das Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG von besonderer Bedeutung, wenn ihre Abschiebung gegen die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention verstoßen würde, weil sie im Zielstaat einer extremen Gefahr ausgesetzt wären.

**Tabelle 1: Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2013**

Die 12 wichtigsten Herkunftsländer	Erstanträge
Afghanistan	691
Somalia	354
Syrien	287
Eritrea	138
Ägypten	119
Pakistan	88
Irak	86
Guinea	73
Äthiopien	53
Russische Föderation	47
Serbien	46
Iran	41
<b>Gesamt (einschl. übrige HKL)</b>	<b>2.486</b>

Quelle: BAMF

Tabelle 1 enthält Informationen über die zwölf Hauptherkunftsländer von asylsuchenden Minderjährigen im Jahr 2013. Die mit Abstand meisten asylsuchenden unbegleiteten Minderjährigen kamen 2013 aus Afghanistan (691), gefolgt von Somalia (354), Syrien (287) und Eritrea (138). Insgesamt beantragten 2.486 unbegleitete Minderjährige Asyl in Deutschland. Davon waren 638 jünger als 16 Jahre und 1.848 16 oder 17 Jahre alt.

<sup>9</sup> Gemäß § 42 SGB VIII ist auch für 16- und 17-jährige unbegleitete Minderjährige ein Vormund zu bestellen (zur Inobhutnahme und der Bestellung eines Vormunds siehe Abschnitt 4.1). Diese gelten nach § 12 Abs. 1 AsylVfG sowie nach § 80 Abs. 1 AufenthG in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Belangen als handlungsfähig und können daher sowohl eigenständig einen Asylantrag stellen als auch bei der Ausländerbehörde vorsprechen. Bei unbegleiteten Minderjährigen unter 16 Jahren ist dies nur durch den gerichtlich bestellten Vormund möglich. Voraussichtlich wird die Altersgrenze für die Handlungsfähigkeit in aufenthalts- und asylrechtlichen Verfahren im Laufe dieser Legislaturperiode auf 18 Jahre angehoben werden (CDU/CSU/SPD 2013: 77).

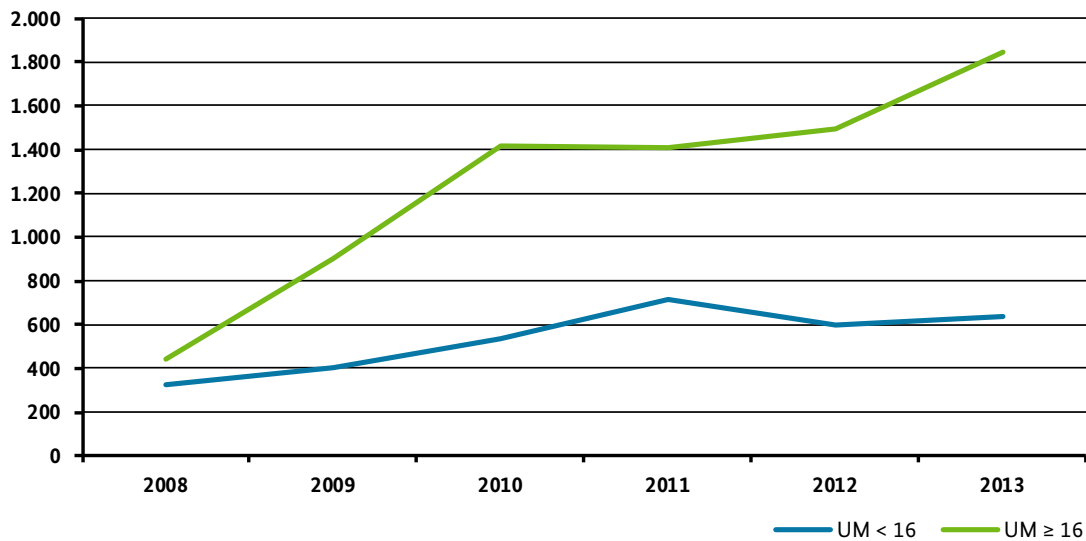


Tabelle 2: Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger ab 2008

		2008	2009	2010	2011	2012	2013
Alle Erstantragsteller		22.085	27.649	41.332	45.741	64.539	109.580
UM	< 16	324	405	535	714	598	638
	≥ 16	439	899	1.413	1.412	1.498	1.848
Gesamt		763	1.304	1.948	2.126	2.096	2.486

Quelle: BAMF

Abbildung 1: Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013



Quelle: BAMF

Tabelle 2 und Abbildung 1 bieten einen Überblick über die Anzahl der Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen seit 2008. Ab diesem Jahr wurden erstmals alle asylsuchenden, unbegleiteten Minderjährigen, also auch 16- und 17-Jährige, statistisch erfasst. Die Entwicklung der Asylantragszahlen bei unbegleiteten Minderjährigen folgt weitgehend der allgemeinen

Tendenz der Entwicklung der Asylantragszahlen in Deutschland. Nach einem fast kontinuierlichen Rückgang zwischen 1993 und 2007 ist seit 2008 ein Ansteigen sowohl der Gesamtzahl an Asylanträgen als auch der Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger zu verzeichnen.

Tabelle 3: Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2009-2013 nach wichtigsten Herkunftsländern, Geschlecht und Alter<sup>10</sup>

Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2013							
	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre	Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre
Afghanistan	690	30	165	435	15	10	30
Somalia	355	5	60	240	0	15	35
Syrien	285	35	35	120	40	15	40
Eritrea	140	5	20	85	0	5	20
Ägypten	120	5	10	105	0	0	0
Pakistan	90	0	5	75	0	0	5
Irak	85	10	10	40	5	0	20
Guinea	75	0	10	45	0	5	15
Äthiopien	55	5	5	15	5	10	20
Serbien	45	0	0	15	0	5	25
Russische Föderation	45	5	0	25	0	0	15
Iran	40	5	5	20	0	5	10
Gesamt (alle HKL)	2.485	110	370	1.535	75	80	310

Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2012							
	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre	Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre
Afghanistan	1.005	45	200	610	40	35	75
Irak	150	20	25	60	10	5	30
Syrien	135	15	15	60	10	10	20
Somalia	125	5	10	90	5	5	20
Pakistan	110	5	10	85	5	5	5
Guinea	60	0	5	35	0	0	15
Äthiopien	45	0	5	5	5	15	20
Iran	40	5	0	20	0	5	5
Ägypten	30	0	5	25	0	0	0
Eritrea	30	0	0	10	5	5	10
Indien	30	0	5	25	0	0	0
Gambia	25	0	0	15	0	0	5
Gesamt (alle HKL)	2.095	100	315	1.240	80	100	260

<sup>10</sup> Dass die Gesamtzahl die Summe der jeweiligen Altersgruppen übersteigt, liegt daran, dass hier die Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen mit unbekanntem Alter nicht aufgeführt ist. Die statistischen Angaben von Eurostat sind in Fünferschritten gerundet, wodurch sich die Differenz zu den nationalen Statistiken ergibt.

Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2011							
	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre	Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre
Afghanistan	1.090	55	265	635	30	35	70
Irak	200	25	30	80	10	10	45
Somalia	110	0	20	65	0	5	15
Syrien	85	5	15	35	0	5	25
Äthiopien	55	0	5	10	5	15	20
Guinea	55	0	10	25	0	10	10
Pakistan	55	5	10	25	5	5	5
Iran	45	0	5	30	0	5	0
Eritrea	30	0	5	10	0	0	10
Russische Föderation	25	0	0	10	0	0	10
Nigeria	20	0	5	10	0	0	5
Indien	20	0	5	15	0	0	0
Gesamt (alle HKL)	2.125	110	415	1.145	70	115	265

Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2010							
	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre	Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre
Afghanistan	800	35	180	520	15	10	45
Somalia	255	10	30	180	0	5	25
Irak	200	15	20	105	5	10	45
Syrien	55	0	5	30	5	10	10
Äthiopien	45	0	0	5	5	20	10
Eritrea	40	5	10	10	5	5	10
Guinea	40	0	10	20	0	0	5
Nigeria	35	0	5	20	0	5	5
Iran	30	0	5	15	5	0	0
Vietnam	30	0	0	20	0	0	5
Algerien	25	0	5	20	0	0	0
Serbien	20	0	0	10	0	0	10
Gesamt (alle HKL)	1.950	75	315	1.165	50	95	245

Unbegleitete minderjährige Asylantragsteller 2009							
	Insgesamt	Männer			Frauen		
		Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre	Jünger als 14 Jahre	14 bis 15 Jahre	16 bis 17 Jahre
Afghanistan	455	40	120	225	15	15	40
Irak	225	10	25	165	0	5	20
Vietnam	60	0	5	45	0	0	15
Guinea	50	5	10	25	0	0	5
Äthiopien	45	0	5	5	5	20	15
Nigeria	40	0	5	25	0	5	5
Somalia	35	0	5	20	0	0	5
Algerien	30	0	5	30	0	0	0
Eritrea	25	0	0	5	5	10	5
Iran	25	0	5	15	0	0	0
Kenia	20	0	0	5	0	5	5
Indien	20	0	5	20	0	0	0
<b>Gesamt (alle HKL)</b>	<b>1.305</b>	<b>65</b>	<b>230</b>	<b>740</b>	<b>35</b>	<b>75</b>	<b>155</b>

Quelle: Eurostat, abgerufen am 10. Juli 2014

Tabelle 3 veranschaulicht die Entwicklung der Anzahl der Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger in den Jahren 2009 bis 2013, aufgeschlüsselt nach den jeweils zwölf wichtigsten Herkunftsländern, nach dem Geschlecht der Asylantragsteller sowie nach Altersgruppen (bis 13 Jahre, 14 bis 15 Jahre, 16 bis 17 Jahre). Erkennbar ist, dass bei fast allen Herkunftsländern die Zahl der männlichen minderjährigen Asylsuchenden die Zahl der weiblichen übersteigt. Eine signifikante Ausnahme stellt jedoch Äthiopien dar: Hier suchten jeweils deutlich mehr unbegleitete Mädchen als Jungen um Asyl nach. Mädchen, die aus Äthiopien nach Deutschland kommen, machen oft drohende oder bereits erlittene geschlechtsspezifische Verfolgung geltend, etwa Beschneidung (Parusel 2009). Seit einigen Jahren nehmen nach Beobachtung des UNHCR Fälle zu, in denen äthiopische Mädchen angeben, in den Golfstaaten als Hausmädchen ausgebeutet worden und auch häufig sexuellen Übergriffen ausgesetzt gewesen und von dort nach Europa geflohen zu sein.

Deutlich wird auch, dass die meisten unbegleiteten Minderjährigen zwischen 16 und 17 Jahre alt sind, der Anteil 14- und 15-Jähriger erheblich geringer ist und Kinder unter 14 Jahren nur einen sehr kleinen Anteil

der unbegleiteten minderjährigen Asylbewerber ausmachen. Dies dürfte u. a. auf die Strapazen der illegalen Einreise zurückzuführen sein, denen ältere Jugendliche vermutlich eher gewachsen sind als Kinder. Ebenso dürfte die Fallkonstellation, dass Minderjährige von ihren Eltern auf die Flucht geschickt werden, häufiger bei älteren Jugendlichen auftreten.

### Entscheidungen des BAMF

Aus der Entscheidungsstatistik des BAMF (siehe Tabelle 4 und Abbildung 2) geht hervor, dass unbegleitete Minderjährige nur in Einzelfällen als Asylberechtigte nach Art. 16 a Abs. 1 GG anerkannt werden; sie erfüllen nur selten den Tatbestand der politischen Verfolgung im Sinne des Art. 16a Abs. 1 GG. Ist dies dennoch der Fall, scheitert die Asylberechtigung im Falle der Einreise über einen sicheren Drittstaat an der sogenannten Drittstaatenregelung (Art. 16 a Abs. 2 Satz 1 GG, § 26a AsylVfG). Häufiger ist daher die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach § 3 AsylVfG. Auch subsidiärer Schutz nach § 4 AsylVfG sowie Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG werden häufiger festgestellt.

Tabelle 4: Entscheidungen über Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger nach Geschlecht 2009-2013

Aufschlüsselung nach Geschlecht	Entscheidungen über Erstanträge							
	Insgesamt	Anerkennungen als Asylberechtigte (Art. 16a u. Famil.asyl)	Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft*	Subsidiärer Schutz**	Abschiebungsverbot***	Ablehnungen (unbegr. abgel./offens. unbegr. abgel.)	formelle Verfahrenserledigungen (z. B. Rücknahmen)	Schutzquote
				01.01. - 31.12.2009				
Männlich	674	10	164	25	114	325	36	46,40%
Weiblich	154	2	56	5	32	54	5	61,70%
Gesamt	828	12	220	30	146	379	41	49,30%
				01.01. - 31.12.2010				
Männlich	1.155	4	98	32	274	693	54	35,30%
Weiblich	299	3	65	7	45	171	8	40,10%
Gesamt	1.454	7	163	39	319	864	62	36,30%
				01.01. - 31.12.2011				
Männlich	1.072	5	94	66	266	574	67	40,20%
Weiblich	242	4	52	8	39	128	11	42,60%
Gesamt	1.314	9	146	74	305	702	78	40,60%
				01.01. - 31.12.2012				
Männlich	914	5	90	99	160	498	62	38,70%
Weiblich	255	3	48	49	33	105	17	52,20%
Gesamt	1.169	8	138	148	193	603	79	41,70%
				01.01. - 31.12.2013				
Männlich	766	3	110	116	184	305	48	53,90%
Weiblich	258	2	66	63	36	75	16	64,70%
Gesamt	1.024	5	176	179	220	380	64	56,60%

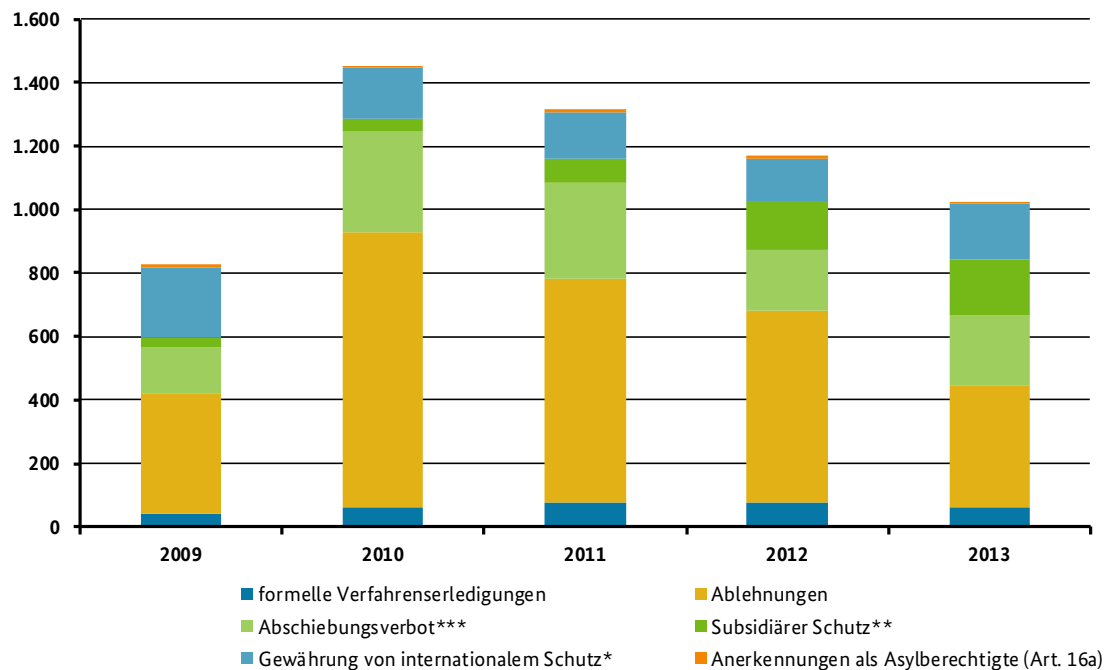
Quelle: BAMF

\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 1 AufenthG, ab 01.12.2013: § 3 AsylVfG

\*\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 2, 3, 7 Satz 2 AufenthG, ab 01.12.2013: § 4 Abs. 1 AsylVfG

\*\*\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 4, 5, 7 Satz 1 AufenthG, ab 01.12.2013: § 60 Abs. 5, 7 AufenthG

Abbildung 2: Entscheidungen über Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger 2009-2013



Quelle: BAMF

\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 1 AufenthG, ab 01.12.2013: § 3 AsylVfG

\*\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 2, 3, 7 Satz 2 AufenthG, ab 01.12.2013: § 4 Abs. 1 AsylVfG

\*\*\* Rechtsgrundlage bis 30.11.2013: § 60 Abs. 4, 5, 7 Satz 1 AufenthG, ab 01.12.2013: § 60 Abs. 5, 7 AufenthG

Zwar überwog bis 2008 die Zahl der Ablehnungen stets die Zahl der Entscheidungen zu Flüchtlingsschutz und subsidiärem Schutz, in jüngster Zeit ist die Schutzquote bei unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern jedoch deutlich gestiegen. Während 2002 nur 3,5 % aller unbegleiteten minderjährigen Asylantragsteller unter 16 Jahren als Asylberechtigte anerkannt wurden oder Abschiebungsschutz bzw. Abschiebungsverbote erhielten, lag die Gesamtschutzquote 2006 bei 13,3 %, 2009 bei 49,3 % und 2013 sogar bei 56,6 %. Der Anstieg der Schutzquote dürfte u. a. auf eine Veränderung bei den Hauptherkunftsländern sowie auf den Anstieg der Schutzquote auch bei erwachsenen Asylbewerbern aus diesen Herkunftsländern zurückzuführen sein. Zu beachten ist indes, dass auch eine Ablehnung durch das BAMF nicht zwangsläufig dazu führt, dass der Aufenthalt eines unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland tatsächlich beendet wird. So kann die Ausländerbehörde ggf. inlandsbezogene Abschiebungshindernisse feststellen und eine Duldung erteilen (siehe Abschnitt 3.6).

Tabelle 5 stellt die Entscheidungen des Bundesamts über Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger aufgeschlüsselt nach den quantitativ wichtigsten Herkunftsländern dar. Besonders häufig vertretene Herkunftsländer waren in den in der Tabelle genannten Jahren Afghanistan, Äthiopien, Eritrea, Somalia und Syrien. Stark rückläufig war hingegen die Zahl der Entscheidungen zu Asylanträgen von unbegleiteten Minderjährigen aus Vietnam. 2003 wurde über 168 Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen aus Vietnam entschieden, 2011 war dieses Land gar nicht mehr unter den zwölf Hauptherkunftsländern vertreten. 2013 lag die Schutzquote bei unbegleiteten Minderjährigen aus Syrien mit 98,3 % am höchsten. Überdurchschnittlich hohe Schutzquoten wiesen auch die Herkunftsländer Eritrea (80,0 %), Somalia (65,8 %) und Afghanistan (64,9 %) auf.

Tabelle 5: Entscheidungen über Asylerstanträge unbegleiteter Minderjähriger nach Hauptherkunftsländern 2009-2013

Unbegleitete Minderjährige Asylantragsteller 2013								
Herkunftsländer	Entscheidungen über Erstanträge unbegl. Minderjähriger							
	Insgesamt	Anerkennungen (Art. 16a GG u. Familienasyl)	Flüchtlings- schutz gemäß § 3 AsylVfG	Subsidiärer Schutz gemäß § 4 I AsylVfG	Abschiebungsver- bote gemäß § 60 V und VII AufenthG	Ableh- nungen	formelle Erledi- gungen	Schutz- quote
Afghanistan	422	1	67	33	173	132	16	64,90%
Somalia	38	0	12	10	3	12	1	65,80%
Syrien	176	1	50	122	0	0	3	98,30%
Eritrea	15	0	7	2	3	2	1	80,00%
Ägypten	24	0	0	0	0	20	4	0,00%
Pakistan	32	2	12	0	1	15	2	46,90%
Irak	63	0	8	1	9	43	2	28,60%
Guinea	24	0	4	1	5	14	0	41,70%
Äthiopien	21	0	3	1	4	13	0	38,10%
Russische Föderation	14	0	1	0	0	6	7	7,10%
Serbien	26	0	0	0	1	23	2	3,80%
Iran	12	0	4	1	1	6	0	50,00%
Gesamt (einschließ- lich übr. HKL)	1.024	5	176	179	220	380	64	56,60%

Unbegleitete Minderjährige Asylantragsteller 2012								
Herkunftsländer	Entscheidungen über Erstanträge unbegl. Minderjähriger							
	Insgesamt	Anerkennungen (Art. 16a GG u. Familienasyl)	Flüchtlings- schutz gemäß § 60 I AufenthG	Abschiebungsverbot		Ableh- nungen	formelle Erledi- gungen	Schutz- quote
				europarechtlich § 60 II, III, VII S. 2. AufenthG	national § 60 V, VII S. 1 AufenthG			
Afghanistan	627	1	46	29	165	347	39	38,40%
Irak	88	0	13	1	3	64	7	19,30%
Syrien	94	3	25	65	0	0	1	98,90%
Somalia	49	0	9	29	0	2	9	77,60%
Pakistan	16	0	2	0	0	12	2	12,50%
Guinea	23	0	4	1	1	14	3	26,10%
Äthiopien	31	0	0	0	0	30	1	0,00%
Iran	22	3	8	1	0	10	0	54,50%
Ägypten	20	0	0	0	1	19	0	5,00%
Indien	6	0	0	0	0	5	1	0,00%
Eritrea	12	1	4	0	1	3	3	50,00%
Gambia	8	0	3	0	0	5	0	37,50%
Gesamt (einschließ- lich übr. HKL)	1.169	8	138	148	193	603	79	41,70%

Unbegleitete Minderjährige Asylantragsteller 2011								
Herkunftsländer	Entscheidungen über Erstanträge unbegl. Minderjähriger							
	Insgesamt	Anerkennungen (Art. 16a GG u. Familienasyl)	Flüchtlings- schutz gemäß § 60 I AufenthG	Abschiebungsverbot		Ableh- nungen	formelle Erledi- gungen	Schutz- quote
				europarechtlich § 60 II, III, VII S. 2. AufenthG	national § 60 V, VII S. 1 AufenthG			
Afghanistan	692	2	41	25	272	324	28	49,10%
Irak	127	0	30	0	9	86	2	30,70%
Somalia	106	1	39	43	1	1	21	79,20%
Syrien	20	0	2	0	0	18	0	10,00%
Äthiopien	28	0	2	0	3	22	1	17,90%
Guinea	29	1	6	0	1	19	2	27,60%
Pakistan	17	0	4	0	0	13	0	23,50%
Iran	18	1	7	0	0	7	3	44,40%
Eritrea	15	2	9	0	3	1	0	93,30%
Russische Föderation	14	0	0	1	0	12	1	7,10%
Nigeria	23	0	0	1	0	20	2	4,30%
Libanon	7	0	0	0	0	6	1	0,00%
Gesamt (einschließ- lich übr. HKL)	1.314	9	146	74	305	702	78	40,60%

Unbegleitete Minderjährige Asylantragsteller 2010								
Herkunftsländer	Entscheidungen über Erstanträge unbegl. Minderjähriger							
	Insgesamt	Anerkennungen (Art. 16a GG u. Familienasyl)	Flüchtlings- schutz gem. § 60 I AufenthG	Abschiebungsverbot		Ableh- nungen	formelle Erledi- gungen	Schutz- quote
				europarechtlich § 60 II, III, VII S. 2. AufenthG	national § 60 V, VII S. 1 AufenthG			
Afghanistan	602	0	27	27	282	253	13	55,80%
Somalia	55	0	29	7	2	2	15	69,10%
Irak	187	0	40	0	4	135	8	23,50%
Syrien	28	0	2	0	0	26	0	7,10%
Äthiopien	69	0	2	0	5	62	0	10,10%
Eritrea	27	3	22	1	1	0	0	100,00%
Guinea	45	0	5	0	4	31	5	20,00%
Nigeria	44	0	1	2	2	36	3	11,40%
Vietnam	37	0	1	0	0	36	0	2,70%
Iran	27	1	11	1	0	10	4	48,10%
Algerien	34	0	0	0	1	31	2	2,90%
Pakistan	14	0	2	0	2	10	0	28,60%
Gesamt (einschließ- lich übr. HKL)	1.454	7	163	39	319	864	62	36,30%



Herkunftsländer	Unbegleitete Minderjährige Asylantragsteller 2009							
	Entscheidungen Erstanträge unbegl. Minderjähriger							Schutz- quote
	Insgesamt	Anerkennungen (Art. 16a GG u. Familienasyl)	Flüchtlings- schutz gem. § 60 I AufenthG	Abschiebungsverbot		Ableh- nungen	formelle Erledi- gungen	
				europarechtlich § 60 II, III, VII S. 2. AufenthG	national § 60 V, VII S. 1 AufenthG			
Afghanistan	190	0	18	12	116	41	3	76,80%
Irak	228	0	144	0	2	75	7	64,00%
Vietnam	60	0	0	1	1	58	0	3,30%
Guinea	37	0	2	0	1	32	2	8,10%
Äthiopien	17	0	3	0	4	10	0	41,20%
Nigeria	19	0	2	1	0	14	2	15,80%
Somalia	29	0	19	5	1	2	2	86,20%
Algerien	21	0	0	0	0	18	3	0,00%
Eritrea	33	1	16	6	9	1	0	97,00%
Iran	11	3	0	0	0	7	1	27,30%
Indien	15	0	0	0	0	13	2	0,00%
Sri Lanka	18	8	6	3	0	1	0	94,40%
Gesamt (einschließ- lich übr. HKL)	828	12	220	30	146	379	41	49,30%

Quelle: BAMF

### 3.6 Aufenthaltstitel für unbegleitete Minderjährige und aufenthaltsrechtliches Verfahren

Vergleicht man die Zahl der Inobhutnahmen (zur Inobhutnahme siehe Abschnitt 4.1) unbegleiteter Minderjähriger mit der Anzahl der von ihnen gestellten Asylanträge, so wird deutlich, dass ein relevanter Anteil dieser Kinder und Jugendlichen auf einen Asylantrag verzichtet und sie – bzw. ihre gesetzlichen Vertreter – einen anderen aufenthaltsrechtlichen Weg suchen (siehe Tabelle 6 und Abbildung 3). So wurden 2013 zwar 6.584 unbegleitete Minderjährige in Obhut genommen, es stellten jedoch nur 2.486 einen Asylantrag. Somit verblieben etwa 4.000 Kinder und Jugendliche außerhalb des Asylverfahrens. Es muss davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Minderjährigen nach der Inobhutnahme, die unmittelbar nach dem Aufgriff durch die Behörden erfolgt, untertaucht, um etwa in einen anderen Mitgliedstaat weiterzureisen, oder aus der Inobhutnahme entlassen wird, weil das Jugendamt nach einer Altersfeststellung von der Volljährigkeit ausgeht und die Inobhutnahme beendet. Ebenso kann nicht ausgeschlossen werden, dass Mehr-

fachzählungen derselben Person vorkommen. Da § 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII die Inobhutnahme unabhängig von der Staatsangehörigkeit für jedes ausländische Kind vorschreibt, das ohne Personensorge- oder Erziehungsberechtigte nach Deutschland einreist, werden hier ebenfalls Staatsangehörige anderer EU-Mitgliedstaaten mit erfasst.<sup>11</sup> Nichtsdestotrotz kann davon ausgegangen werden, dass ein zwar nicht quantifizierbarer, aber doch relevanter Teil unbegleiteter Minderjähriger außerhalb des Asylverfahrens bleibt. Für diese Personengruppe soll im Folgenden der Ablauf des aufenthaltsrechtlichen Verfahrens und dessen möglicher Ausgang skizziert werden.

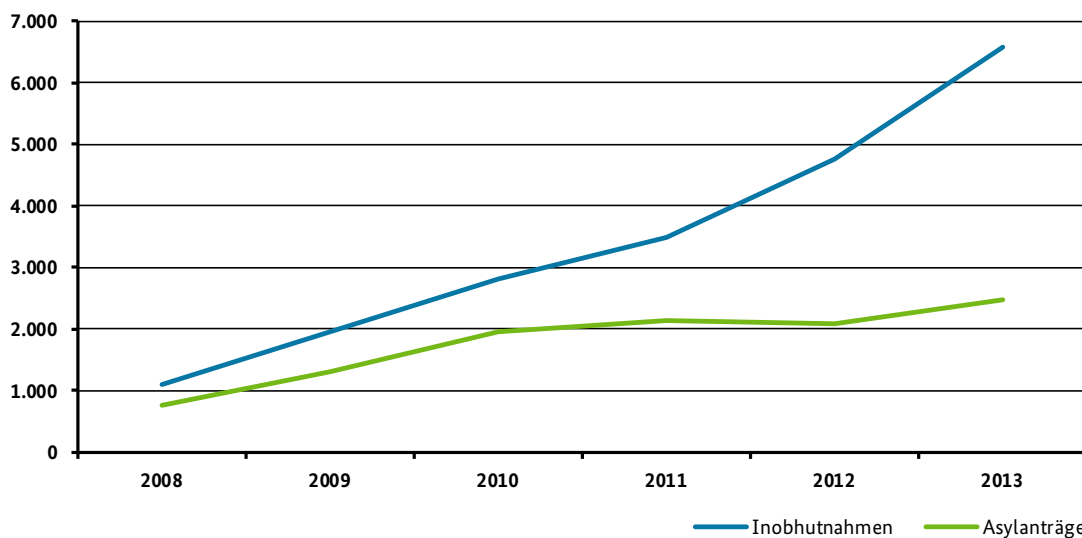
11 Diese durchlaufen jedoch ein anderes aufenthaltsrechtliches Verfahren und sind nicht Gegenstand der vorliegenden Ausarbeitung.

Tabelle 6: Asylanträge und Inobhutnahmen unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013

	2008	2009	2010	2011	2012	2013
<b>Inobhutnahmen</b>	1.099	1.949	2.822	3.482	4.767	6.584
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>	--	77,30%	44,80%	23,40%	36,90%	38,10%
<b>Asylanträge</b>	763	1.304	1.948	2.126	2.096	2.486
<b>Veränderung gegenüber dem Vorjahr</b>	--	70,90%	49,40%	9,10%	-1,40%	18,60%

Quelle: BAMF und StBA

Abbildung 3: Asylanträge und Inobhutnahmen unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013



Quelle: BAMF und StBA

Unabhängig von der späteren Stellung eines Asylantrags stellen die Ausländerbehörden einem neu eingereisten unbegleiteten Minderjährigen in der Regel eine Duldung aus. Dabei unterscheidet sich das Verfahren von Bundesland zu Bundesland. So müssen die Betroffenen in Frankfurt am Main nicht persönlich bei der Ausländerbehörde vorsprechen. Stattdessen werden die notwendigen Daten durch das Jugendamt an die Ausländerbehörde übermittelt, die daraufhin eine Duldung ausstellt (Espenhorst/Berthold 2010a). In Niedersachsen, z. B. aus Braunschweig, wird eine ähnliche Praxis der Ausländerbehörde berichtet. Dadurch soll den Kindern und Jugendlichen nach den Strapazen der Einreise eine Ruhephase gewährt werden. Gleichzeitig soll dadurch gewährleistet werden, dass keine übereilten aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen getroffen, sondern diese erst im Rahmen des Clearingverfahrens eingeleitet werden (zum Clearingverfahren siehe Abschnitt 4.1). Im Unterschied zu dieser Praxis unterscheidet die Ausländerbehörde Hamburg nicht zwischen (unbegleiteten) Minderjährigen und Volljährigen, sondern fordert ein persönliches

Vorsprechen des Jugendlichen, führt bereits während des Erstkontakts eine Befragung hinsichtlich der Einreisegründe durch (B-UMF/UNHCR 2010) und drängt auf eine zügige Stellung eines Asylantrags (Deutscher Caritasverband 2014a: 197).

### Aufenthaltsrechtliche Stellung während und nach dem Asylverfahren

Wird im Rahmen des Clearingverfahrens der Weg über das Asylverfahren gewählt und ein Schutzersuchen gestellt, wird dem unbegleiteten Minderjährigen eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Abs. 1 AsylVfG ausgestellt und der Aufenthalt im Bundesgebiet gilt als gestattet bis zum Abschluss des Asylverfahrens.

Bei unanfechtbarer Anerkennung als Asylberechtigter ist dem Ausländer gemäß § 25 Abs. 1 AufenthG eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen. Werden einem Ausländer unanfechtbar die Flüchtlingseigenschaft nach § 3 Abs. 1 AsylVfG oder subsidiärer Schutz nach

§ 4 Abs. 1 AsylVfG zuerkannt, ist ihm eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG zu erteilen. Liegen Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG vor, soll dem Ausländer eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erteilt werden. Wird das Asylgesuch eines unbegleiteten Minderjährigen vor Eintritt der Volljährigkeit abgelehnt, so vermittelt § 58 Abs. 1a AufenthG einem unbegleiteten Minderjährigen, der im Zielstaat der Abschiebung weder einem Personensorgeberechtigten noch einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung übergeben werden kann, einen effektiven Abschiebungsschutz. In diesen Fällen liegt ein rechtliches Abschiebungshindernis vor und die Ausländerbehörde stellt eine Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG aus. Dieser Abschiebungsschutz greift mindestens bis zum Eintritt der Volljährigkeit, wenn sich die Betreuungssituation im Rückkehrstaat nicht verbessert hat.

### **Unbegleitete Minderjährige außerhalb des Asylverfahrens und nach einer Ablehnung des Schutzgesuchs**

Für diejenigen unbegleiteten Minderjährigen, die nicht den Weg über das Asylverfahren wählen, gibt es im Prinzip zwei aufenthaltsrechtliche Optionen: den „isolierten Antrag“ auf Prüfung eines Abschiebungsverbotes sowie die Duldung mit der Möglichkeit einer einzelfallbezogenen Regularisierung. Letztere Option steht grundsätzlich auch unbegleiteten Minderjährigen offen, deren Schutzgesuch abgelehnt wurde.

Im Rahmen der ersten Möglichkeit wird bei der örtlich zuständigen Ausländerbehörde ein Antrag auf Prüfung eines zielstaatsbezogenen Abschiebungsverbots nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG sowie auf die Erteilung der damit verbundenen Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG gestellt. Die Entscheidung darf die Ausländerbehörde nach § 72 Abs. 2 AufenthG nur nach vorheriger Beteiligung des BAMF treffen. Dadurch kann die Sachkunde des Bundesamtes über die Verhältnisse in den Herkunftsländern in die Entscheidung einfließen. Erhält das Bundesamt während der Bearbeitung der Stellungnahme Kenntnisse von dargelegten Gründen, die zu einer Schutzgewährung (z. B. Flüchtlingsschutz, subsidiären Schutz) innerhalb eines Asylverfahrens führen könnten, wird die betroffene Person zu einer Asylantragstellung aufgefordert. Die Stellungnahme des Bundesamtes gegenüber der Ausländerbehörde ist verwaltungsintern und kann

nicht selbstständig angefochten werden. Nach Angaben des B-UMF kommt dieses Vorgehen nur in einer sehr geringen Zahl von Fällen zur Anwendung, etwa in Krankheitsfällen oder wenn dem Minderjährigen eine Gefahr aufgrund fehlenden Existenzminimums oder schlechter humanitärer Bedingungen im Herkunftsland droht. Voraussetzung für dieses Verfahren ist darüber hinaus, dass alle Gründe schriftlich vorgetragen werden. Nach der Auffassung des UNHCR ist die Einschätzung, ob die dargelegten Gründe des Minderjährigen zu einer Flüchtlingsanerkennung bzw. subsidiärem Schutz führen können oder nur zu Abschiebungshindernissen, die auch bei der Ausländerbehörde beantragt werden können, oftmals schwierig und überfordert Vormünder ohne entsprechende Schulung und Erfahrung. Nach der Beobachtung des B-UMF werden in der Praxis daher häufiger spezialisierte Anwälte beauftragt, deren Finanzierung dann aber jeweils gesichert werden muss.

Die zweite Möglichkeit stellt die Regularisierung des Aufenthalts für geduldete Jugendliche dar. Wie bereits im vorangegangenen Abschnitt dargelegt wurde, genießen unbegleitete Minderjährige einen spezifischen Abschiebungsschutz, wenn sie im Rückkehrstaat keinen Personensorgeberechtigten oder keiner geeigneten Aufnahmeeinrichtung übergeben werden können (§ 58 Abs. 1 a AufenthG). Da dies ein rechtliches Abschiebungshindernis darstellt, stellen die Ausländerbehörden eine Duldung aus und setzen die Abschiebung aus.

Stehen der Aufenthaltsbeendigung rechtliche oder tatsächliche Ausreisehindernisse entgegen, mit deren Wegfall in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist und die der Ausländer nicht selbst verschuldet hat, kann eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 25 Abs. 5 Satz 1 AufenthG); nach achtzehnmonatiger Aussetzung der Aufenthaltsbeendigung soll die Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 25 Abs. 5 Satz 2 AufenthG). Der Begriff „Ausreise“ umfasst hier sowohl die zwangsweise Rückführung als auch die freiwillige Ausreise. Unter Ausreisehindernissen aus rechtlichen Gründen sind inlandsbezogene Ausreisehindernisse zu verstehen, soweit sie nicht bereits durch Abs. 3 abgedeckt sind, z. B. schwere Krankheit oder Schwangerschaft (Art. 1, 2 GG). Wenn die in § 58 Abs. 1 a AufenthG genannten Voraussetzungen für die Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen nicht vorliegen, stellt dies ein rechtliches Ausreisehindernis dar. Tatsächliche Gründe sind z. B. Reiseunfähigkeit, Passlosigkeit oder unterbroche-

ne Verkehrsverbindungen. Wenn die Abschiebung seit achtzehn Monaten ausgesetzt ist, sollen die Ausländerbehörden eine Aufenthaltserlaubnis erteilen. Dies ist jedoch nur dann erlaubt, wenn der Ausländer unverschuldet an der Ausreise gehindert ist. Ein Verschulden des Ausländers liegt vor, wenn er beispielsweise falsche Angaben über seine Identität oder Staatsangehörigkeit macht oder zumutbare Anforderungen zur Beseitigung der Ausreisehindernisse nicht erfüllt (§ 25 Abs. 5 Satz 2, 3 und 4 AufenthG).

Daneben existiert noch die Möglichkeit der Aufenthaltsgewährung für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende nach § 25a Abs. 1 AufenthG. Dies setzt jedoch voraus, dass die Einreise vor Vollendung des 14. Lebensjahres erfolgt ist und der Betreffende sich seit sechs Jahren ununterbrochen erlaubt, geduldet oder mit Aufenthaltsgestattung (aufgrund eines Asylverfahrens) im Bundesgebiet aufhält, sowie hier erfolgreich eine sechsjährige Schulausbildung absolviert oder einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss erworben hat. Darüber hinaus muss erwartbar sein, dass er sich in die Lebensverhältnisse der Bundesrepublik einfügt und die Abschiebung nicht aufgrund falscher Angaben oder Täuschung über Identität oder Staatsangehörigkeit ausgesetzt wurde. Zudem muss der Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach Vollendung des 15. und vor Vollendung des 21. Lebensjahres gestellt werden. Werden diese Voraussetzungen mit der Altersstruktur unbegleiteter Minderjähriger kontrastiert, so lässt sich feststellen, dass die Aufenthaltsgewährung für gut integrierte Jugendliche nach § 25a AufenthG bei unbegleiteten Minderjährigen selten zur Anwendung kommt, da nur wenige von ihnen vor Vollendung des 14. Lebensjahres eingereist sind (siehe Tabelle 3). Die Regierungskoalition aus CDU, CSU und SPD beabsichtigt jedoch, im Laufe der gegenwärtigen Legislaturperiode die Anforderungen an die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25a AufenthG zu vereinfachen (CDU/CSU/SPD 2013: 76).

Eine weitere Möglichkeit, aus der Duldung heraus eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wird durch § 18a AufenthG eröffnet. Da dieser Titel jedoch eine abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildung voraussetzt, dürfte er bei unbegleiteten Minderjährigen erst während der Übergangsphase nach Erreichen der Volljährigkeit von Relevanz sein (siehe Kapitel 5).

Daneben kann § 25 Abs. 4 AufenthG für unbegleitete Minderjährige die Möglichkeit einer vorübergehenden

Aufenthaltsverlängerung bieten. Auf dieser Rechtsgrundlage kann „einem nicht vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer [...] für einen vorübergehenden Aufenthalt eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, solange dringende humanitäre oder persönliche Gründe oder erhebliche öffentliche Interessen seine vorübergehende Anwesenheit im Bundesgebiet erfordern. Eine Aufenthaltserlaubnis kann abweichend von § 8 Abs. 1 und 2 [AufenthG] verlängert werden, wenn auf Grund besonderer Umstände des Einzelfalls das Verlassen des Bundesgebiets für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde.“

Als dringende persönliche Gründe kommen z. B. die Durchführung einer Operation, die im Herkunftsland nicht gewährleistet ist, die vorübergehende Betreuung eines schwer kranken Familienangehörigen oder der Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung in Betracht. Für unbegleitete Minderjährige dürfte diese Bestimmung besonders relevant sein, weil hier der gerade für die Altersgruppe der unbegleiteten Minderjährigen typische Fall des Abschlusses einer Schul- oder Berufsausbildung subsumiert werden kann.

Mit § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG hält das Gesetz eine Verlängerungsmöglichkeit für Fälle bereit, in denen bereits ein rechtmäßiger Aufenthalt besteht und das Verlassen des Bundesgebietes für den Ausländer eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. Es handelt sich dabei um eine eigenständige Möglichkeit der Verlängerung, unabhängig von den Voraussetzungen nach § 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG.

Die hier aufgeführten Möglichkeiten, aus der Duldung heraus den Aufenthalt zu regularisieren, stehen auch unbegleiteten Minderjährigen offen, deren Schutzgesuch abgelehnt wurde. Dies setzt jedoch voraus, dass der Asylantrag nicht als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde.

Darüber hinaus haben die obersten Landesbehörden die Möglichkeit, aufgrund einer Empfehlung der Härtefallkommission des jeweiligen Bundeslandes eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG zu erteilen. Zwar weisen die veröffentlichten Berichte der Härtefallkommissionen unbegleitete Minderjährige nicht explizit aus, laut Angaben des UNHCR stellen jedoch ehemalige unbegleitete Minderjährige eine wichtige Zielgruppe dieses Verfahrens dar.

# 4 Aufnahmebedingungen

Neben den aufenthaltsrechtlichen Regelungen, die im vorangegangenen Kapitel beschrieben wurden, wird die Situation unbegleiteter Minderjähriger in Deutschland in einem erheblichen Umfang durch die Maßnahmen der Jugendhilfe geprägt. Diese bestimmen die Betreuungs- und weitestgehend die Wohnsituation und sind daneben – zusammen mit dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) – maßgeblich für die materielle Versorgung der unbegleiteten Minderjährigen.

## 4.1 Aufnahme, Altersfeststellung, Inobhutnahme und Vormundschaft

### Rechtlicher Rahmen

§ 42 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB VIII bestimmt, dass „das Jugendamt [...] berechtigt und verpflichtet [ist], ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn [...] ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.“ Im Unterschied zur Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII handelt es sich bei der Inobhutnahme um eine vorläufige Maßnahme, mit der auf eine akute Krisen- oder Notsituation reagiert werden soll.<sup>12</sup>

Anschließend ist „unverzüglich die Bestellung eines Vormunds oder Pflegers zu veranlassen“ (§ 42 Abs. 3 Satz 4 SGB VIII). Der Vormund wird jedoch nicht durch das Jugendamt, sondern durch das zuständige Familiengericht bestellt. Dieses muss in einem ersten Schritt das Ruhen der elterlichen Sorge nach § 1674 BGB feststellen, da diese faktisch nicht in der Lage sind, das Sorgerecht wahrzunehmen. Nachdem das Ruhen der elterlichen Sorge gerichtlich festgestellt wurde, bestellt das Familiengericht einen Vormund nach § 1773 BGB, der als gesetzlicher Vertreter des

unbegleiteten Minderjährigen fungiert. Eine Besonderheit stellen in diesem Zusammenhang 16- und 17-Jährige dar. Diese gelten nach § 80 Abs. 1 AufenthG sowie nach § 12 Abs. 1 AsylVfG als in aufenthalts- und asylrechtlichen Belangen handlungsfähig.<sup>13</sup> Nichtsdestotrotz wird auch für Jugendliche dieser Altersgruppe ein Vormund bestellt, der jedoch den Jugendlichen nicht in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten vertritt; hier muss der Betreffende seine Handlungen eigenständig vornehmen. Voraussichtlich im Lauf der aktuellen Legislaturperiode sollen diese Bestimmungen im Aufenthalts- sowie im Asylverfahrensgesetz dahingehend geändert werden, dass die Handlungsfähigkeit mit der Volljährigkeit beginnt (CDU/CSU/SPD 2013: 77).

Drei verschiedene Formen der Vormundschaft stehen dabei zur Verfügung: die Einzelvormundschaft, die Vereinsvormundschaft sowie die Amtsvormundschaft. Dabei genießt die ehrenamtliche Einzelvormundschaft Vorrang vor Vereins- und Amtsvormundschaft (§§ 1791a Abs. 1 und 1791b Abs. 1 BGB).<sup>14</sup>

Die Einzelvormundschaft nach § 1779 Abs. 2 BGB kann durch volljährige Personen ausgeübt werden, deren Eignung durch Jugendamt und Familiengericht bestätigt wurde. Es handelt sich dabei meist um ehrenamtlich tätige Privatpersonen – oftmals auch Verwandte oder Bekannte des unbegleiteten Minderjährigen –, die bei ihrer Tätigkeit von spezialisierten Vereinen unterstützt werden (Deutscher Caritasverband 2014a: 70f.). Bei Vereinsvormundschaften nach § 1791a BGB wird keine Person, sondern „ein Verein mit einer entsprechenden Zulassung und qualifiziertem Personal [...]“

13 „Fähig zur Vornahme von Verfahrenshandlungen nach diesem Gesetz ist auch ein Ausländer, der das 16. Lebensjahr vollendet hat, sofern er nicht nach Maßgabe des Bürgerlichen Gesetzbuches geschäftsunfähig oder im Falle seiner Volljährigkeit in dieser Angelegenheit zu betreuen und einem Einwilligungsvorbehalt zu unterstellen wäre“ (§ 12 Abs. 1 AsylVfG).

14 In der Praxis existiert ein erheblich weiter ausdifferenziertes System, sodass sich innerhalb der gesetzlich definierten Vormundschaftsarten verschiedene Formen ausgebildet haben. Für einen Überblick siehe Noske (2010).

12 Siehe <http://www.caritas.de/glossare/inobhutnahme> (06.08.2014) sowie <http://www.blja.bayern.de/themen/waechteramt/inobhutnahme/index.html> (06.08.2014).

zum Vormund bestellt, während die Vormundschaft selbst von einem Vereinsmitglied oder einem/einer Mitarbeitenden übernommen wird“ (Deutscher Caritasverband 2014a: 71).

Die am häufigsten auftretende Form der Vormundschaft stellt die Amtsvormundschaft nach § 1791b BGB dar. Hierbei bestellt das Familiengericht das Jugendamt zum Vormund, praktisch ausgefüllt wird die Aufgabe der Vormundschaft dann durch einen Mitarbeiter des Jugendamts (Deutscher Caritasverband 2014a: 71). Bei dieser Form der Vormundschaft wird jedoch eine hohe Zahl von Jugendlichen durch einen einzelnen Vormund vertreten, sodass die persönliche Betreuung des Jugendlichen durch weitere Personen gewährleistet werden muss.

Neben der Einleitung des Vormundschaftsverfahrens vor dem zuständigen Familiengericht verpflichtet die Inobhutnahme das Jugendamt dazu, ein Hilfeplanverfahren einzuleiten (§ 42 Abs. 3 Satz 5 SGB VIII).

Die Verpflichtung, den individuellen Jugendhilfebedarf zu klären sowie einen Hilfeplan zu erstellen, tritt in allen Fällen ein, in denen ein Jugendlicher in Obhut genommen wird, unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Bei unbegleiteten Minderjährigen wird dieses Vorgehen als „Clearingverfahren“ bezeichnet; der Unterschied zu anderen Jugendlichen, die in Obhut genommen werden, ergibt sich jedoch nicht aus einer unterschiedlichen Rechtsstellung, sondern aus der Praxis der Jugendämter. Während bei der Mehrzahl der betroffenen Jugendlichen aufgrund länger anhaltender Problemlagen bereits ein langjähriger Kontakt zum Jugendamt besteht, dieses mit der Situation des Jugendlichen vertraut ist und die Inobhutnahme meist nach wenigen Tagen beendet ist, gestaltet sich das Verfahren bei unbegleiteten Minderjährigen erheblich aufwendiger. Dies ist darin begründet, dass der Jugendhilfebedarf und damit die individuelle Situation komplett erfasst werden muss, ohne dass hierzu auf behördliches Vorwissen über den Einzelfall zurückgegriffen werden kann. Darüber hinaus erfordert die Situation unbegleiteter Minderjähriger langfristige Maßnahmen, da die Inobhutnahme i. d. R. keine Reaktion auf eine kurzfristig auftretende Krise ist, wie dies bei anderen Jugendlichen meist der Fall ist, sondern aufgrund einer länger anhaltenden Notsituation erfolgt.

Gesetzliche Aufgabe des Hilfeplanverfahrens ist es, zu erörtern, welche Hilfen zur Erziehung nach dem vierten Abschnitt des SGB VIII für einen unbegleiteten Minderjährigen gewährt werden müssen. Anspruchsberechtigt ist in diesen Fällen jedoch nicht der Jugendliche selbst, sondern der Personensorgeberechtigte, d. h. bei unbegleiteten Minderjährigen der Vormund (§ 27 SGB VIII). Konkret sieht das SGB VIII eine Vielzahl von Hilfen zur Erziehung vor; diese umfassen die Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII), die soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII), die Gewährung eines Erziehungsbeistands bzw. Betreuungshelfers (§ 30 SGB VIII), sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII), Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII), Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII), Heimerziehung und sonstige betreute Wohnformen (§ 34 SGB VIII) sowie die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII). Grundlage dieses Maßnahmenbündels ist § 1 Abs. 1 SGB VIII; dort heißt es: „Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.“ Aufgabe der Jugendhilfe ist es, zur Verwirklichung dieses Rechts beizutragen (§ 1 Abs. 3 SGB VIII).

Voraussetzung dafür, in den Genuss dieser Rechte zu kommen, ist die Feststellung der Minderjährigkeit. Bestehen Zweifel an der Minderjährigkeit, so ist der Betreffende nach § 82 Abs. 1 AufenthG verpflichtet, entsprechende Nachweise zu erbringen. Nach § 42 Abs. 3 und 6 AufenthG können auch medizinische Altersfeststellungen durchgeführt werden, um entsprechende Zweifel auszuräumen. Eine analoge Mitwirkungspflicht ist in den §§ 60 und 62 SGB I verankert; diese verpflichten denjenigen, der Sozialleistungen beantragt, die entsprechenden Nachweise zu bringen und sich gegebenenfalls medizinischen Untersuchungen zu unterziehen. In der Praxis – zumindest Hessens und Niedersachsens – erfolgt die Altersfeststellung im Rahmen des Clearingverfahrens durch Mitarbeiter des Jugendamts mittels Gesprächen und Inaugenscheinnahmen. Lediglich für den Fall, dass nach Inaugenscheinnahme weitere Zweifel an der Minderjährigkeit bestehen, wird eine medizinische Altersfeststellung in Auftrag gegeben (Espenhorst/Berthold 2010a: 4f.; Espenhorst et al. 2012: 7f.).<sup>15</sup>

15 Die Verlässlichkeit der verschiedenen Methoden zur Altersfeststellung ist in der Fachliteratur umstritten. Eine kritische Diskussion der gängigen Verfahren findet sich bei Berthold et al. (2011).



Die Bestimmungen des Jugendhilferechts – insbesondere des SGB VIII zur Hilfe zur Erziehung – können jedoch in Widerspruch zum Aufenthaltsrecht treten, da nach § 55 Abs. 2 Nr. 7 AufenthG ein Ausländer ausgewiesen werden kann, wenn er „Hilfe zur Erziehung außerhalb der eigenen Familie oder Hilfe für junge Volljährige nach dem Achten Buch Sozialgesetzbuch erhält; das gilt nicht für einen Minderjährigen, dessen Eltern oder dessen allein personensorgeberechtigter Elternteil sich rechtmäßig im Bundesgebiet aufhalten“. Es bestehen jedoch Zweifel, ob tatsächlich von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, da die Anwendung dieser Passage in Widerspruch zu Art. 31 der Qualifikationsrichtlinie (Richtlinie 2011/95/EU) stehen könnte (Bauer 2013a: Rn. 57).

### Clearingverfahren

Aufgabe des Clearingverfahren ist es, die Situation des Jugendlichen nach Ankunft in Deutschland zu ergründen und zu erörtern, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um ihn dabei zu unterstützen, sich zu einer selbstständigen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit auszubilden und sich im Leben zurechtzufinden. Im Rahmen des Clearingverfahrens wird überprüft, ob eine Familienzusammenführung bzw. Rückführung zu Personensorgeberechtigten möglich und aus Perspektive der Jugendhilfe erstrebenswert ist. Ist dies nicht gegeben, so soll im Rahmen dieses Verfahrens ein pädagogischer Hilfeplan gemäß dem Reifegrad des Jugendlichen entwickelt werden. Kern dieses Prozesses ist es, den Bedarf an Hilfen zur Erziehung zu ermitteln und konkret festzulegen, welche der oben genannten Hilfen im Einzelfall nötig sind. Daraus bestimmt sich auch die Art der Anschlussunterbringung nach Abschluss des Clearingverfahrens.

Darüber hinaus wird im Rahmen des Clearingverfahrens erörtert, ob und wie ein Schulbesuch möglich und sinnvoll ist, bzw. welche Maßnahmen getroffen werden müssen, um dem Jugendlichen eine Ausbildung zu ermöglichen. Aufgrund der zum Teil sehr heterogenen Fluchterfahrung unbegleiteter Minderjähriger muss das Clearingverfahren auch den Bedarf an therapeutischer Betreuung abklären.

Daneben erfolgt meist auch ein aufenthaltsrechtliches Clearing. Hier wird erörtert, ob die Stellung eines Asylanspruchs sinnvoll erscheint oder ob – die Notwendigkeit

einer Bleibeperspektive vorausgesetzt – eine alternative aufenthaltsrechtliche Vorgehensweise wie in Abschnitt 3.6 dargestellt, erfolversprechender erscheint.

Neben der Abstimmung des weiteren Vorgehens nach der Inobhutnahme dient das Clearingverfahren auch dazu, dem Jugendlichen eine Stabilisierungsphase nach den Strapazen der Flucht zu verschaffen. Wird ein Asylantrag als zielführend betrachtet, so soll dieser nach Möglichkeit erst nach Abschluss der Stabilisierungsphase gestellt werden.

Nach Angaben des Deutschen Caritasverbands dauert das Clearingverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen in der Regel zwischen drei und sechs Monaten (Deutscher Caritasverband 2014a: 62). Können die Eltern oder Personensorgeberechtigte ausfindig gemacht werden, verkürzt sich das Clearingverfahren meist erheblich, da es dann leichter ist, die Situation, die eine Inobhutnahme nötig gemacht hat, zu überwinden.

### Zuständige Behörden und beteiligte Organisationen

Zuständig für die Inobhutnahme und die Durchführung des Clearingverfahrens ist das Jugendamt der Kommune, in der der Jugendliche aufgegriffen wurde. Die konkrete Leistungserbringung erfolgt in der Regel durch freie Träger der Jugendhilfe, die meist auf lokaler Ebene aktiv sind. Von überregionaler Bedeutung sind u. a. die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Caritas. In einigen Kommunen existieren im Bereich der Vormundschaft für unbegleitete Minderjährige Vormundschaftsvereine, die ehrenamtliche Vormünder ausbilden und betreuen.

### Langfristige Perspektiven unbegleiteter Minderjähriger

Aus Sicht der Jugendhilfe sind prinzipiell zwei Entwicklungsperspektiven möglich; diese werden im Rahmen des Clearingverfahrens abhängig vom Einzelfall erörtert. Eine Perspektive kann dabei die Familienzusammenführung bieten, falls dies aus Sicht des Kindeswohls, dem die Jugendhilfe verpflichtet ist, sinnvoll erscheint. Dazu ist im Clearingverfahren abzuklären, ob und wo Personensorgeberechtigte existieren, ob diese geeignet sind, sich um den Minderjährigen zu

kümmern, sowie dessen Bedürfnisse.

Falls eine Familienzusammenführung nicht in Betracht kommt, ist es das Ziel der Jugendhilfe, den unbegleiteten Minderjährigen dabei zu unterstützen, eine eigenständige und gemeinschaftsfähige Persönlichkeit zu entwickeln. Dies impliziert, dass eine Bleibeperspektive angestrebt wird.

## 4.2 Unterbringung und Versorgung

Während die Jugendhilfe bundesweit einheitlich durch SGB VIII geregelt ist, erfolgt die konkrete Ausgestaltung auf kommunaler Ebene, wodurch sich zum Teil erhebliche Unterschiede nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Bundesländer ergeben. Daher haben die folgenden Ausführungen notwendigerweise allgemeinen bzw. exemplarischen Charakter.<sup>16</sup>

### Erstaufnahme

Nach der Inobhutnahme erfolgt die Unterbringung für die Dauer des Clearingverfahrens nach Möglichkeit in sogenannten Clearinghäusern. Diese sind auf die Erstaufnahme von unbegleiteten Minderjährigen spezialisiert und ermöglichen eine intensive pädagogische Betreuung. Sie können die nötige Ruhe für die Stabilisierungsphase gewährleisten; dort wird auch das Clearingverfahren durchgeführt. Ist eine Unterbringung in einem solchen Clearinghaus nicht möglich, etwa weil die inobhutnehmende Kommune über keine derartige Einrichtung verfügt und keine Kooperationsvereinbarungen mit anderen Clearinghäusern bzw. Kommunen abgeschlossen wurde oder weil die Plätze in den vorhandenen Clearinghäusern belegt sind, erfolgt die vorläufige Unterbringung in den dafür vorgesehenen Stellen des zuständigen Jugendamts. So werden unbegleitete Minderjährige für die Dauer der Inobhutnahme in Hannover in der regulären Clearingstelle des Jugendamts zusammen mit anderen Jugendlichen untergebracht, bis über die Anschlussunterbringung und die Gewährung von Hilfen zur Erziehung entschieden ist (Eспенhorst et al. 2012: 12). Dagegen erfolgt die

Unterbringung in Göttingen während dieser Phase in geeigneten Gastfamilien (Eспенhorst et al. 2012: 10).

Vereinzelte kommt es auch vor, dass die Inobhutnahme in Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber im Sinne des § 44 AsylVfG erfolgt. So ist gemäß einer Verfahrensempfehlung des Brandenburgischen Sozialministeriums für den Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen über 16 Jahre durch das Jugendamt zu prüfen, ob eine Unterbringung in einer Jugendhilfeeinrichtung unabdingbar ist. Ist dies nicht der Fall, wird der Minderjährige in der Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt untergebracht. Dies wird von Experten als problematisch angesehen, da zum einen keine pädagogische Betreuung bei dieser Unterbringung gewährleistet ist. Zum anderen kann dies dazu führen, dass verfahrensfähige unbegleitete Minderjährige ohne fachliche Beratung einen Asylantrag stellen, was bestimmte aufenthaltsrechtliche Optionen ausschließt (siehe Abschnitt 3.6 sowie Kapitel 5).

### Anschlussunterbringung

Die Form der Folgeunterbringung nach dem Ende der Inobhutnahme hängt davon ab, welche Hilfen zur Erziehung gewährt werden. Wird Hilfe zur Erziehung gewährt, kommt bei unbegleiteten Minderjährigen die Unterbringung bei einer Pflegefamilie (§ 33 SGB VIII), in einer Einrichtung der Heimerziehung (§ 34 SGB VIII) oder im Rahmen der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII in Betracht (Deutscher Caritasverband 2014a: 83f.).

Bei der Unterbringung in Pflegefamilien (Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII) werden Jugendliche bei einer Familie, Einzelpersonen oder auch unverheirateten Personen untergebracht. Diese Form der Unterbringung wird als Alternative zur Heimunterbringung betrachtet, sie setzt jedoch vor allem bei unbegleiteten Minderjährigen voraus, dass wenigstens ein Pflegeelternteil eine geeignete fachliche Qualifikation aufweist (Deutscher Caritasverband 2014a: 84f.).<sup>17</sup>

<sup>16</sup> Für einen Überblick über die Situation in den Bundesländern siehe die Dokumentation des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge unter <http://www.b-umf.de/> (04.08.2014) sowie Deutscher Caritasverband (2014: 171–240).

<sup>17</sup> In einzelnen Städten existieren Projekte zur Anwerbung und Qualifizierung von Pflegefamilien für unbegleitete Minderjährige, etwa in Bremen. Siehe <http://www.pib-bremen.de/kinder-im-exil> (21.08.2014).



Innerhalb der Heimunterbringung nach § 34 SGB VIII existieren unterschiedliche Formen mit unterschiedlicher Intensität der pädagogischen Betreuung. Diese werden in Abhängigkeit vom Reifegrad des Jugendlichen gewählt und reichen von der Unterbringung in Heimeinrichtungen mit rund um die Uhr gewährleisteter Betreuung vor Ort bis zu betreuten Wohngruppen, in denen selbstständigere Jugendliche untergebracht werden, wobei eine regelmäßige pädagogische Betreuung gewährleistet wird. Dabei soll die Unterbringung die Jugendlichen zur Selbstständigkeit befähigen, bei entsprechenden Erfolgen nimmt dann die Intensität der Betreuung mit dem Alter und Entwicklungsgrad des Jugendlichen ab.

Die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung nach § 35 SGB VIII entzieht sich einer schematischen Darstellung noch stärker als die anderer Hilfeformen, da sie auf Jugendliche zielt, die ein sehr individuelles Betreuungsarrangement zur Unterstützung bei der Lebensbewältigung benötigen. Sie umfasst die Vermittlung einer Unterkunft sowie deren Erhalt, die Vermittlung einer schulischen oder Berufsausbildung, Verwaltung der Finanzen und die Gestaltung der Freizeit (Bayerischer Landesjugendamt 2001).

Die Anschlussunterbringung erfolgt i. d. R. innerhalb desselben Bundeslandes; jedoch haben einige Bundesländer ein Verteilungssystem für unbegleitete Minderjährige entwickelt, mit dem die Jugendlichen innerhalb des Bundeslandes auf die Kommunen verteilt werden (z. B. Hessen und Baden-Württemberg). Wo dies nicht der Fall ist, verbleiben sie gewöhnlich am Ort der Inobhutnahme, wechseln jedoch nach deren Abschluss in eine Einrichtung entsprechend dem festgestellten Jugendhilfebedarf (Deutscher Caritasverband 2014a: 87).

Wird kein Bedarf an Hilfe zur Erziehung festgestellt, kann es bei verfahrensfähigen unbegleiteten Minderjährigen dazu kommen, dass sie nach einem Aufenthalt in der zuständigen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber nach § 44 AsylVfG in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht werden (zur Asylbewerberunterbringung siehe Müller 2013). Dies wird von Experten als problematisch erachtet, da keine adäquate pädagogische Betreuung gewährleistet ist und die Unterstützung durch die Jugendhilfe unterbleibt (B-UMF 2013: 6f.; Deutscher Caritasverband 2014a: 59f.). Es wird vermutet, dass dies auf strukturelle Probleme zurückzuführen ist, da nicht die Jugendlichen selbst,

sondern ihre Personensorgeberechtigten – also die Vormünder – anspruchsberechtigt hinsichtlich der Gewährung von Hilfen zur Erziehung sind. In Fall der Amtsvormundschaft kann dies dazu führen, dass der Amtsvormund, der Angestellter des Jugendamts ist, den Anspruch auf Hilfe zur Erziehung gegen seinen Arbeitgeber durchsetzen muss, der wiederum über diesen Anspruch entscheidet (Deutscher Caritasverband 2014a: 73; Noske 2010: 20).

Umstritten ist, ob die Verneinung des Jugendhilfebedarfs bei unbegleiteten Minderjährigen durch das Jugendamt konform mit den Bestimmungen des Jugendhilferechts ist, da der hohe Betreuungsschlüssel von Amtsvormündern – bis zu 50 Mündel pro Vormund – es nicht gestattet, Erziehungs- und Betreuungsaufgaben auszuüben (Noske 2010).

Die Ablehnung von Hilfen zur Erziehung kann sich auch negativ auf die Bleibeperspektive der Jugendlichen auswirken, falls diese keinen Asylantrag stellen oder dieser abgelehnt wird, da die Chance einer Aufenthaltverfestigung in starkem Maße von der erfolgreichen Absolvierung einer Schul- oder Berufsausbildung sowie einer gelungenen Integration abhängt. Dazu wiederum leistet die Hilfe zur Erziehung einen relevanten Beitrag.

## Versorgungssituation

Die materielle Versorgung unbegleiteter Minderjähriger hängt sowohl von der Gewährung von Hilfen zur Erziehung als auch vom aufenthaltsrechtlichen Status ab. „Wird Hilfe nach den §§ 32 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 2 bis 4 [SGB VIII] gewährt, so ist auch der notwendige Unterhalt des Kindes oder Jugendlichen außerhalb des Elternhauses sicherzustellen. Er umfasst die Kosten für den Sachaufwand sowie für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen“ (§ 39 Abs. 1 SGB VIII). Dies umfasst somit auch die für unbegleitete Minderjährige relevanten Unterbringungsformen der Pflegefamilie, der Heimerziehung bzw. des betreuten Wohnens sowie der intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung. In diesen Fällen ist den Jugendlichen auch ein „angemessene[r] Barbetrag zur persönlichen Verfügung“ zu gewähren (§ 39 Abs. 2 SGB VIII). Die konkrete Ausgestaltung erfolgt durch Landesrecht bzw. durch die nach Landesrecht zuständigen Behörden.

Erfolgt bei Abschluss des Asylverfahrens eine Schutzgewährung (siehe Abschnitt 3.5), so haben die Jugendlichen einen uneingeschränkten Anspruch auf Sozialleistungen, auch wenn kein Jugendhilfebedarf festgestellt wurde.

Anders gestaltet sich die Situation bei unbegleiteten Minderjährigen mit einer Duldung oder mit einer Aufenthaltsgestattung für die Dauer des Asylverfahrens, denen keine Hilfe zur Erziehung gewährt wurde. Diese haben lediglich einen Anspruch auf Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (zur konkreten Ausgestaltung siehe Müller 2013: 24f.).

### 4.3 Rechtsberatung

Bis Mai 2013 hatte das Familiengericht die Möglichkeit, bei Bestellung des Vormunds eine aufenthaltsrechtlich spezialisierte Ergänzungspflegschaft nach § 1909 BGB zu bestellen. Dies bot den Vormündern die Möglichkeit, das aufenthaltsrechtliche Vorgehen an einen Fachanwalt zu übertragen. Bei Jugendlichen unter 16 Jahren sowie in Hessen wurde von dieser Möglichkeit in der Regel Gebrauch gemacht (Noske 2010: 21; Espenhorst/Berthold 2010a). Seit einem diesbezüglichen Beschluss des Bundesgerichtshofs vom 29. Mai 2013 (XII ZB 530/11) besteht diese Möglichkeit nicht mehr.

Der Bedarf an einer aufenthaltsrechtlich geschulten Vertretung ergibt sich vor allem bei den Amtsvormündern, die aufgrund ihrer hohen Betreuungsquote sowie ihrer heterogenen Mündel oftmals keine ausreichenden Kenntnisse der aufenthalts- und asylrechtlichen Vorschriften haben, sowie bei den ehrenamtlichen Vormundschaften. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Beratung setzt bereits während des Clearingverfahrens ein, da hier auch darüber entschieden wird, ob im konkreten Einzelfall ein Asylantrag gestellt oder ein alternatives aufenthaltsrechtliches Vorgehen erfolgen sollte.

Die Stellung eines Asylantrags muss nicht in jedem Fall zur Bleibeperspektive des Jugendlichen beitragen, da dann die Möglichkeit wegfällt, einen Aufenthaltstitel nach dem vierten Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes zu beantragen. Kommt es sogar zu einer Ablehnung des Asylantrags als offensichtlich unbegründet, so ist es ebenfalls nicht mehr möglich, eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen oder nach § 18a

AufenthG ohne vorherige Ausreise zu erteilen, solange kein Rechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis besteht (vgl. § 10 Abs. 3 AufenthG). Aus diesem Grund betrachtet etwa der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) eine intensive aufenthaltsrechtliche Beratung im Rahmen des Clearingverfahrens als unerlässlich. In den meisten Bundesländern ist dies inzwischen auch entsprechend umgesetzt, sodass eine Asylantragstellung ohne vorherige Beratung i. d. R. nicht erfolgt. Ausnahmen hierzu treten lediglich dann auf, wenn verfahrensfähige Jugendliche nach dem Aufgriff durch die Behörden (vorübergehend) in einer Aufnahmeeinrichtung untergebracht werden. In derartigen Fällen erfolgt die Asylantragstellung meist, ohne dass vorher eine Einzelfallberatung durch asyl- und aufenthaltsrechtlich geschulte Personen stattgefunden hat. Diese Konstellation kann nur bei 16- und 17-Jährigen auftreten, da diese nach der gegenwärtigen Rechtslage als in aufenthalts- und asylrechtlichen Belangen verfahrensfähig gelten.

Bei entsprechender Rechtsberatung sollte es dagegen möglich sein, frühzeitig abzuschätzen, ob ein Asylantrag Aussicht auf Erfolg hat.

### 4.4 Gesundheitsversorgung

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung für unbegleitete Minderjährige gestaltet sich weitestgehend analog zu ihrer Versorgungssituation in Abhängigkeit des Bedarfs an Hilfe zur Erziehung sowie ihres Aufenthaltsstatus. „Wird Hilfe nach den §§ 33 bis 35 oder nach § 35a Absatz 2 Nummer 3 oder 4 [SGB VIII] gewährt, so ist auch Krankenhilfe zu leisten; für den Umfang der Hilfe gelten die §§ 47 bis 52 des Zwölften Buches entsprechend. Krankenhilfe muss den im Einzelfall notwendigen Bedarf in voller Höhe befriedigen. Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen sind zu übernehmen“ (§ 40 SGB VIII). Damit ist auch der eventuell bestehende Bedarf an psychotherapeutischer Betreuung abgedeckt.

Erfolgte bereits eine Anerkennung als Asylberechtigter oder als subsidiäre Schutzberechtigter oder wurden die Flüchtlingseigenschaft oder Abschiebeverbote festgestellt, so haben die Jugendlichen einen Anspruch auf Krankenhilfe nach den für ihre Lebenssituation einschlägigen Teilen des Sozialgesetzbuchs, auch wenn kein Jugendhilfebedarf festgestellt wurde.

Anders gestaltet sich die Situation bei unbegleiteten Minderjährigen mit einer Duldung oder mit einer Aufenthaltsgestattung für die Dauer des Asylverfahrens, denen keine Hilfe zur Erziehung gewährt wurde. Diese haben lediglich einen Anspruch auf medizinische Versorgung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (zur konkreten Ausgestaltung siehe Müller 2013: 25).

## 4.5 Schul- und Ausbildungssituation von unbegleiteten Minderjährigen

### Schulsituation

Da die Ausgestaltung des Schulbesuchs in der alleinigen Zuständigkeit der Bundesländer liegt, lassen sich über die Schulsituation unbegleiteter Minderjähriger keine das ganze Bundesgebiet abdeckenden Aussagen treffen. Prinzipiell besteht zwar auch für alle unbegleiteten Minderjährigen „ein Recht auf Schulbesuch beziehungsweise unterliegen sie der Schulpflicht“, dies stößt jedoch in der Praxis auf zum Teil erhebliche Schwierigkeiten (Deutscher Caritasverband 2014a: 138). Dies ergibt sich vor allem daraus, dass sie in einem Alter nach Deutschland kommen, das eine Einschulung u. a. aufgrund der vorhandenen Vorbildung oft problematisch macht. Für allgemeinbildende Schulen sind sie oftmals zu alt, während Berufsschulen auf diese Gruppe nicht vorbereitet sind (Deutscher Caritasverband 2014a: 175-239).

Es existieren jedoch in einigen Ballungsräumen Pilotprojekte, die unbegleiteten Minderjährigen eine Schulausbildung ermöglichen, indem sie spezifisch auf diese Zielgruppe zugeschnittene Angebote bereithalten. Ein Beispiel hierfür stellt das Münchner Projekt „Schul-analoger Unterricht für junge Flüchtlinge“ (SchlaU) dar.<sup>18</sup> Zusätzlich zum Schulunterricht erhalten die Jugendlichen dort eine intensive Einzelbetreuung mit dem Ziel, einen Zugang zum deutschen Schul- und Ausbildungssystem zu erhalten.

Darüber hinaus haben die Jugendlichen nach § 13 SGB VIII einen Rechtsanspruch darauf, durch die Jugendhilfe beim Abschluss einer Schulausbildung unterstützt zu werden.

### Ausbildungssituation

Zwar unterliegen unbegleitete Minderjährige im Asylverfahren für die ersten neun Monate einem generellen Arbeitsverbot (§ 61 Abs. 2 AsylVfG) und auch Geduldeten ist die Erwerbstätigkeit im ersten Jahr des Aufenthalts untersagt (§ 32 Abs. 1 BeschV), dies gilt jedoch nicht für eine Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbaren Ausbildungsberuf (§ 32 Abs. 2 Nr. 1 BeschV).

Spezifische Herausforderungen ergeben sich jedoch bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz für unbegleitete Minderjährige, da die befristete Dauer der Duldung bzw. der unklare Ausgang des Asylverfahrens oftmals abschreckend auf Ausbildungsbetriebe wirken und eine entsprechende Überzeugungsarbeit nötig machen. Dabei können die Jugendlichen jedoch auf die Unterstützung der Jugendhilfe zurückgreifen, zu deren Aufgaben es gehört, Jugendlichen sozialpädagogische Hilfen anzubieten, „die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern“ (§ 13 Abs. 1 SGB VIII).

Dagegen ist die Erwerbstätigkeit inklusive einer Berufsausbildung kategorisch ausgeschlossen für Geduldete, die ihre Abschiebehindernisse selbst zu vertreten haben (§ 33 BeschV).

## 4.6 Teilnahme am Arbeitsmarkt

Die Erlaubnis zur Aufnahme einer Beschäftigung richtet sich ausschließlich nach den aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen. Personen mit zuerkannter Flüchtlingseigenschaft, Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte dürfen aufgrund ihres Aufenthaltstitels uneingeschränkt am Arbeitsmarkt teilnehmen (§ 25 Abs. 1 Satz 4, Abs. 2 Satz 2 AufenthG). Personen mit festgestellten Abschiebeverboten und Personen mit einer anderen, aus humanitären Gründen erteilten Aufenthaltserlaubnis nach dem fünften Abschnitt des Aufenthaltsgesetzes dürfen eine Erwerbstätigkeit in dem Umfang ausüben, den die Aufenthaltserlaubnis ausdrücklich erlaubt, ohne dass es hierzu der Zustimmung der Arbeitsverwaltung bedarf (§ 4 Abs. 2 und 3 Satz 1 AufenthG, § 31 BeschV).

Personen, die sich im Asylverfahren befinden, ist dagegen die Erwerbstätigkeit für die ersten neun Monate untersagt; danach ist eine Beschäftigung möglich,

<sup>18</sup> <http://www.schlau-schule.de/> (07.08.2014).

wenn die Agentur für Arbeit ihre Zustimmung erteilt hat oder die konkrete Tätigkeit von der Zustimmungspflicht befreit ist (§ 61 Abs. 2 AsylVfG).<sup>19</sup> Das gleiche gilt für Personen mit einer Duldung; hier beträgt die Frist jedoch ein Jahr (§ 31 Abs. 1 und 2 BeschV).<sup>20</sup> Ausgeschlossen ist die Teilnahme am Arbeitsmarkt für Geduldete, die ihre Abschiebehindernisse selbst zu vertreten haben (§ 33 BeschV).

## 4.7 Sonstige Integrationsmaßnahmen

Auf Teilnahme an einem Integrationskurs haben unbegleitete Minderjährige keinen rechtlichen Anspruch, solange sie sich im Asylverfahren befinden oder ihnen lediglich eine Duldung ausgestellt wurde. Anerkannte Asylbewerber, Personen mit zuerkannter Flüchtlings-eigenschaft und subsidiär Schutzberechtigte im Sinne des § 4 AsylVfG haben hingegen einen Rechtsanspruch auf Teilnahme am Integrationskurs. Unabhängig von ihrer aufenthaltsrechtlichen Situation haben Kinder, Jugendliche und junge Heranwachsende, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder fortsetzen, keinen Anspruch auf die Teilnahme am Integrationskurs. Personen ohne Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs können jedoch im Rahmen freier Kursplätze zur Teilnahme zugelassen werden.

Für unbegleitete Minderjährige, denen Hilfe zur Erziehung zugesprochen wurde, dürfte die Teilnahme am Orientierungskurs nicht relevant sein, da sie im Rahmen der Jugendhilfe eine am individuellen Bedarf ausgerichtete pädagogische Betreuung erhalten, die sie auf ein selbstständiges Leben in Deutschland vorbereiten soll. Schwieriger gestaltet sich hingegen der Spracherwerb. Da aufgrund der aufenthaltsrechtlichen Situation (Aufenthalts gestattung während des Asylverfahrens bzw. Duldung) kein Anspruch auf Teilnahme am Integrationskurs besteht, können unbegleitete Minderjährige nicht an den in diesem Rahmen angebotenen Sprachkursen teilnehmen. Damit hängt die Möglichkeit des Spracherwerbs unbegleiteter Minderjähriger davon ab, ob sie in dem jeweiligen Bundesland Zugang zum Schulsystem haben und ob in diesem

Rahmen Deutschkurse angeboten werden. Darüber hinaus bieten einige Clearinghäuser Sprachkurse an (für einen Überblick siehe Deutscher Caritasverband 2014a: 175-239).

## 4.8 Rücknahme der Unterstützungsleistungen

Ändert sich etwas am Jugendhilfebedarf, etwa weil Personensorgeberechtigte ins Bundesgebiet nachgereist sind, so werden die Hilfen gegebenenfalls an die veränderte Situation angepasst.

Wird der Jugendliche nach der Altersfeststellung als volljährig betrachtet, so werden die Leistungen der Jugendhilfe i. d. R. widerrufen.

19 Nach der 2014 verabschiedeten Änderung des Asylverfahrensgesetzes ist Asylbewerbern die Erwerbstätigkeit bereits nach drei Monaten gestattet. Die übrigen Voraussetzungen bleiben erhalten.

20 Bei Geduldeten wird die Frist zur Teilnahme am Arbeitsmarkt in Zukunft nur noch drei Monate betragen.

# 5 Übergangsphase zur Volljährigkeit

## Aufenthaltsrechtliche Veränderungen durch Eintritt der Volljährigkeit

Die Ausgestaltung der Übergangsphase bei Eintritt der Volljährigkeit hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab. Neben dem Ergebnis eines eventuell gestellten Asylantrags zählt dazu auch die schulische bzw. die Ausbildungssituation des Jugendlichen. Wird der unbegleitete Minderjährige als schutzberechtigt anerkannt, so wird ihm eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG erteilt. Die Aufenthaltserlaubnis ist befristet, wobei die Dauer der Befristung von der Art der Schutzgewährung abhängt (§ 26 Abs. 1 Satz 2 AufenthG). Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge erhalten eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre; subsidiär Schutzberechtigte für ein Jahr, diese kann jedoch um zwei weitere Jahre verlängert werden. Eine Aufenthaltserlaubnis soll für mindestens ein Jahr erteilt werden, wenn ein Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 oder 7 AufenthG vorliegt (§ 26 Abs. 1 Satz 4 AufenthG).

Stellt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach Ablauf der drei Jahre fest, dass die Voraussetzungen für eine Rücknahme oder einen Widerruf nicht gegeben sind, so erhalten anerkannte Asylbewerber und Personen mit zuerkannter Flüchtlingseigenschaft eine Niederlassungserlaubnis, die ihnen ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland ermöglicht (§ 26 Abs. 1 AufenthG). Besitzt ein Ausländer seit sieben Jahren eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 Satz 1 zweite Alternative AufenthG (subsidiär Schutzberechtigte) oder § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungsverbot), kann ihm unter bestimmten Voraussetzungen ebenfalls eine Niederlassungserlaubnis erteilt werden, wobei die Aufenthaltszeit im Rahmen eines Asylverfahrens auf diese Frist angerechnet wird (§ 26 Abs. 4 AufenthG). Bei unbegleiteten Minderjährigen kann die Erteilung der Niederlassungserlaubnis in entsprechender Anwendung von § 35 AufenthG auch schon nach fünf Jahren erfolgen, da sie vor ihrem 18. Lebensjahr eingereist sind.

Schwieriger gestaltet sich die Übergangsphase bei unbegleiteten Minderjährigen nach Eintritt der Volljährigkeit, wenn der Asylantrag abgelehnt wurde oder sie keinen Asylantrag gestellt haben und ihnen eine Duldung erteilt wurde. Grundlage der Duldung ist in der Regel § 58 Abs. 1a AufenthG, nachdem sich die Ausländerbehörde „vor der Abschiebung eines unbegleiteten minderjährigen Ausländers [...] vergewissern [muss], dass dieser im Rückkehrstaat einem Mitglied seiner Familie, einer zur Personensorge berechtigten Person oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung übergeben wird.“ Ist dies nicht gegeben, besteht ein rechtliches Abschiebehindernis und dem Jugendlichen wird eine Duldung erteilt. Mit Eintritt der Volljährigkeit entfällt dieser spezifische Abschiebeschutz.

Nichtsdestotrotz bedeutet das keineswegs, dass unmittelbar nach Eintritt der Volljährigkeit die Abschiebung vollzogen wird; laut Experten des B-UMF kommt dies in der Praxis nicht vor. Relevanter sind dagegen die Möglichkeiten, aus einer Duldung heraus eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Hierzu existieren mehrere Möglichkeiten; Voraussetzung ist in allen Fällen, dass der Jugendliche bzw. Heranwachsende nicht straffällig geworden ist und sich um den Abschluss einer Schul- oder Berufsausbildung bemüht. Zu diesem Zweck kann etwa eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG wegen dringender humanitärer oder persönlicher Gründe erteilt werden, wenn der Jugendliche sich im letzten Jahr einer Schul- oder Berufsausbildung befindet (AVwV AufenthG 25.4.1.6.1). Eine weitere Möglichkeit, die für unbegleitete Minderjährige von Relevanz ist, stellt § 25 Abs. 5 AufenthG dar: „Einem Ausländer, der vollziehbar ausreisepflichtig ist, kann abweichend von § 11 Abs. 1 [AufenthG] eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden, wenn seine Ausreise aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen unmöglich ist und mit dem Wegfall der Ausreisehindernisse in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist. Die Aufenthaltserlaubnis soll erteilt werden, wenn die Abschiebung seit 18 Monaten ausgesetzt ist. Eine Aufenthaltserlaubnis darf nur erteilt werden, wenn der Ausländer

unverschuldet an der Ausreise gehindert ist.“ Nach Angaben von Experten des B-UMF machen Ausländerbehörden bei unbegleiteten Minderjährigen, die Integrationserfolge wie eine abgeschlossene Schul- oder Berufsausbildung vorweisen können, regelmäßig von dieser Möglichkeit Gebrauch. Dies verdeutlicht bereits die Relevanz der Hilfen zur Erziehung, da diese einen nachhaltigen Einfluss darauf haben, den Jugendlichen in die Lage zu versetzen, diese Ziele zu erreichen. Dies setzt jedoch voraus, dass ein eventuell gestellter Asylantrag nicht als offensichtlich unbegründet abgelehnt wurde.

Wurde kein Asylantrag gestellt, so bietet § 18a AufenthG ebenfalls eine Bleibeperspektive, die für unbegleitete Minderjährige nach Erreichen der Volljährigkeit von Relevanz sein kann. Diese Aufenthaltserlaubnis kann Personen mit einer Duldung, die im Bundesgebiet eine Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbaren Ausbildungsberuf abgeschlossen haben, erteilt werden. Voraussetzung ist unter anderem, dass genügend Wohnraum vorhanden ist, der Betreffende über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt, die Ausländerbehörde nicht über aufenthaltsrechtlich relevante Umstände getäuscht und seine Abschiebung nicht verhindert oder hinausgezögert hat. Auch hier verdeutlicht sich wiederum die Relevanz der Hilfen zur Erziehung für das Erreichen dieser Ziele. Darüber hinaus ist es laut Experten des B-UMF auch von Bedeutung, wie gut die Kooperation zwischen Jugendamt und Ausländerbehörde verläuft. Auch die Härtefallkommissionen der Länder haben Einfluss auf die Bleibeperspektive unbegleiteter Minderjähriger.

Vollzeitpflege (§ 33 SGB VIII), Heimerziehung bzw. betreutes Wohnen (§ 34 SGB VIII) sowie die intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII). Dies ist i. d. R. bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres möglich (§ 41 Abs. 1 und 2 SGB VIII).

### Jugendhilfe bei Eintritt der Volljährigkeit

Unbegleitete Minderjährige erhalten i. d. R. Unterstützung durch die Jugendhilfe bis zum Eintritt der Volljährigkeit. Prinzipiell können die Leistungen der Jugendhilfe auch über den Eintritt der Volljährigkeit hinaus als Hilfe für junge Volljährige gewährt werden, „wenn und solange die Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist“ (§ 41 Abs. 1 SGB VIII). Mögliche Hilfeformen für ehemals unbegleitete Minderjährige sind die Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII), die soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII), die Gewährung eines Erziehungsbeistands bzw. Betreuungshelfers (§ 30 SGB VIII), die



# 6 Rechtliche Rahmenbedingungen für die freiwillige und zwangsweise Rückkehr unbegleiteter Minderjähriger

Die rechtlichen Vorgaben für Zurückweisungen und Zurückschiebungen in einen Dritt- bzw. anderen Mitgliedstaat wurden bereits in Abschnitt 3.3 ausgeführt. Im Folgenden werden nun die Rahmenbedingungen für eine Abschiebung in den Herkunftsstaat sowie Maßnahmen zur zwangsweisen Durchsetzung einer vollziehbaren Ausreisepflicht beschrieben, die sowohl die Abschiebungshaft als auch Alternativen zur Abschiebungshaft umfassen. Darüber hinaus werden die Voraussetzungen für eine freiwillige Rückkehr sowie die Inanspruchnahme von Rückkehrprogrammen durch Drittstaatsangehörige dargelegt, jeweils mit besonderem Fokus auf unbegleitete Minderjährige.

## 6.1 Zwangsweise Rückkehr

In § 58 AufenthG ist festgelegt, unter welchen Umständen Drittstaatsangehörige abgeschoben werden können. Danach ist die Abschiebung „nur zulässig, dann aber auch geboten, wenn der Ausländer vollziehbar ausreisepflichtig ist, die Erfüllung der Ausreisepflicht nicht gesichert oder die Ausreise überwachungsbedürftig ist, eine erforderliche Abschiebungsandrohung ergangen, eine dem Ausländer gesetzte Ausreisefrist abgelaufen ist und keine Abschiebungshindernisse oder -verbote vorliegen (§§ 60, 60a)“ (Bauer 2013b: Rn. 4).

In § 58 Abs. 1a AufenthG finden sich darüber hinaus spezifische Vorgaben für unbegleitete Minderjährige. Demnach hat sich vor der Abschiebung eines unbegleiteten Minderjährigen die zuständige Behörde zu vergewissern, „dass dieser im Rückkehrstaat einem Mitglied seiner Familie, einer zur Personensorge berechtigten Person oder einer geeigneten Aufnahme-

einrichtung übergeben wird“. Die Ausländerbehörde prüft vor Beginn einer Abschiebung, ob der unbegleitete Minderjährige bei der Ausreise begleitet werden muss und ob die Übergabe sowie Betreuung des Minderjährigen im Herkunftsland durch eine der oben genannten Personen bzw. Einrichtungen sichergestellt ist. Sofern es sich um eine Überstellung im Rahmen der Dublin-Verordnung in einen anderen Mitgliedstaat der EU handelt und das BAMF im jeweiligen Mitgliedstaat über Liaisonpersonal<sup>21</sup> verfügt, wird dieses über die Überstellung informiert und kann – sofern als notwendig erachtet – die Empfangnahme begleiten.

## 6.2 Abschiebungs-, Zurückweisung- und Zurückschiebungshaft

Die Inhaftierung ist bei der Aufenthaltsbeendigung eines ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen gesetzlich als letztes Mittel (ultima ratio) vorgesehen, ebenso kann sie bei der Einreiseverweigerung/dem Vollzug der Zurückweisung an der Außengrenze der

21 Zur gegenseitigen Unterstützung findet zwischen dem Bundesamt und verschiedenen Partnerbehörden innerhalb der Europäischen Union ein Personalaustausch statt. Die Aufgaben dieses Liaisonpersonals sind: Beratung und Vermittlung im Dublinverfahren, gegenseitige Information über wichtige Entwicklungen auf dem Gebiet der Gesetzgebung und der Verwaltungspraxis, insbesondere zu Fragen des Asyls, der Migration und der Integration, Förderung des Informationsaustauschs über die Lage in den Herkunftsländern der Asylbewerber sowie über die dazu erfolgte Rechtsprechung.

Bundesrepublik Anwendung finden.<sup>22</sup> Eine Inhaftierung zur Durchsetzung der Abschiebung, Zurückschiebung oder Zurückweisung im Falle von unbegleiteten Minderjährigen findet nach § 62 Abs. 1 Satz 3 AufenthG nur in besonderen Ausnahmefällen sowie unter Berücksichtigung des Kindeswohles statt. In der AVwV AufenthG wird konkretisiert, dass, wenn sich die Eltern des minderjährigen Ausreisepflichtigen nicht im Bundesgebiet aufhalten, „die Ausländerbehörde mit dem zuständigen Jugendamt wegen der Unterbringung des Ausländers bis zur Abschiebung Kontakt aufzunehmen“ hat (AVwV AufenthG 62.0.5).

Zahlreiche Bundesländer haben in Erlassen und Verwaltungsvorschriften darüber hinausgehende Regelungen für die Inhaftnahme von Minderjährigen zur Durchsetzung einer Abschiebung festgelegt. In Berlin, Hessen, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen sollen grundsätzlich keine Minderjährigen unter 16 Jahren in Abschiebungshaft genommen werden (vgl. Deutscher Bundestag 2012a: 47ff), wobei in Einzelfällen Inhaftierungen dennoch vollzogen werden (vgl. Deutscher Caritasverband 2014a: 228). In Nordrhein-Westfalen dürfen auf Grundlage eines Runderlasses Minderjährige – außer bei Straffälligkeit – nicht in Haft genommen werden, wenn

- sie eine Schule besuchen, eine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle haben oder noch bei ihren Eltern leben, oder
- sie entsprechend § 42 Abs. 1 SGB VIII durch ein Jugendamt in Obhut genommen und in einer geeigneten Jugendhilfeeinrichtung untergebracht werden können oder
- ein dem Wohl des Minderjährigen entsprechender Haftplatz nicht zur Verfügung steht, oder
- sie unter 16 Jahre alt sind (AHaftRL NRW 2009).

In Rheinland-Pfalz ist geregelt, dass bei Jugendlichen, „die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,

[...] stets von der Beantragung von Abschiebungshaft abzusehen“ ist (MIFKJF Rheinland-Pfalz 2013: 3). Dies gilt ähnlich auch für Bayern (vgl. Deutscher Bundestag 2012b: 60). In Baden-Württemberg (VwV Asyl/Rückführung Nr. 3.6.7.1), Bremen (Deutscher Caritasverband 2014a: 195) und Sachsen-Anhalt (Deutscher Bundestag 2012a: 46) dürfen wiederum keine Minderjährigen vor Vollendung des 14. Lebensjahres inhaftiert werden.

Des Weiteren werden Minderjährige in einigen Bundesländern grundsätzlich oder auf Wunsch in Einzelunterkünften (z. B. Brandenburg, vgl. Deutscher Bundestag 2012a) oder in gesonderten Abschiebungshaftabteilungen im Rahmen des Jugendvollzugs (z. B. Hessen) untergebracht. Letzteres ist seit einem Urteil vom 17. Juli 2014 des EuGHs (C-473/13, C-514/13, C-474/13) nicht mehr möglich, in dem der Gerichtshof feststellt,

„dass die in Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 2008/115 vorgesehene Verpflichtung, die Haft grundsätzlich in speziellen Hafteinrichtungen zu vollziehen, den Mitgliedstaaten als solche obliegt, und zwar unabhängig von ihrer jeweiligen Verwaltungs- oder Verfassungsstruktur. Die nationalen Behörden, die die zur Umsetzung von Art. 16 der Richtlinie 2008/115 erlassenen nationalen Rechtsvorschriften anzuwenden haben, müssen daher in der Lage sein, die Haft in speziellen Hafteinrichtungen zu vollziehen. [...] Diese Auslegung von Art. 16 Abs. 1 der Richtlinie 2008/115 bedeutet aber nicht, dass ein Mitgliedstaat, der wie die Bundesrepublik Deutschland föderal strukturiert ist, verpflichtet wäre, in jeder föderalen Untergliederung spezielle Hafteinrichtungen zu errichten. Es muss jedoch insbesondere durch Vereinbarungen über die Verwaltungszusammenarbeit sichergestellt werden, dass die zuständigen Behörden einer föderalen Untergliederung, die nicht über solche Hafteinrichtungen verfügt, die abzuschiebenden Drittstaatsangehörigen in speziellen Hafteinrichtungen in anderen föderalen Untergliederungen unterbringen können“ (vgl. auch Grote 2014).

Eine statistische Erfassung der in Abschiebungshaft befindlichen unbegleiteten Minderjährigen findet weder bundesweit noch auf Landesebene in systematischer Weise statt (vgl. Deutscher Bundestag 2012b: 45ff).

<sup>22</sup> Vgl. Grote (2014) zur Organisation und Verfahrensstruktur der Abschiebungshaft und den Alternativen zur Abschiebungshaft allgemein sowie zu den Unterbringungsbedingungen in den Abschiebungshafteinrichtungen der einzelnen Bundesländer im Speziellen.



### 6.3 Alternativen zur Abschiebungshaft

Das Vorliegen von Haftgründen schließt eine Alternative zur Inhaftnahme nicht aus, wenn dem Haftgrund (z. B. Entziehungsabsicht) auch auf andere Weise (z. B. durch eine Ordnungsverfügung nach § 46 Abs. 1 AufenthG) hinreichend Rechnung getragen werden kann (§ 62 Abs. 1 Satz 1 AufenthG). Bei unbegleiteten Minderjährigen kann die Inobhutnahme durch das Jugendamt und die Unterbringung in Jugendeinrichtungen als Alternative zur Abschiebungshaft verstanden werden (AVwVAufenthG 62.0.5 i. V. m. § 62 Abs. 1 Satz 3 AufenthG; vgl. auch JRS 2011). Darüber hinaus sieht § 62 Abs. 1 Satz 1 AufenthG vor, dass Abschiebungshaft unzulässig ist, „wenn der Zweck der Haft durch ein milderes, ebenfalls ausreichendes anderes Mittel erreicht werden kann“. § 46 Abs. 1 AufenthG konkretisiert solche milderen Mittel (Ordnungsverfügungen): „Die Ausländerbehörde kann gegenüber einem vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer Maßnahmen zur Förderung der Ausreise treffen, insbesondere kann sie den Ausländer verpflichten, den Wohnsitz an einem von ihr bestimmten Ort zu nehmen.“

Weitere Alternativen sind in den AVwV AufenthG zu § 46 AufenthG bestimmt. Die darin genannten alternativen Zwangsmaßnahmen unterliegen ebenfalls dem Verhältnismäßigkeitsprinzip. Insgesamt werden unter 46.1.4 AVwV AufenthG sechs Ordnungsverfügungen aufgezählt, die zur „Förderung der Ausreise“ herangezogen werden können:

- „46.1.4.1 – die Verpflichtung, sich zur Aufenthaltsüberwachung regelmäßig bei der Ausländerbehörde zu melden,
- 46.1.4.2 – die Verpflichtung, eine Rückkehrberatung in Anspruch zu nehmen,
- 46.1.4.3 – die Verpflichtung, betragsmäßig zu bezeichnende Mittel, die nicht für die Sicherung des absoluten Existenzminimums erforderlich sind, für die Finanzierung der Rückkehr anzusparen und hierzu auf ein von der Ausländerbehörde eingerichtetes Sperrkonto einzuzahlen,
- 46.1.4.4 – die Verpflichtung zur Wohnsitznahme an einem bestimmten Ort oder in einer bestimmten Unterkunft (vgl. Nummer 61.2.1),
- 46.1.4.5 – die Verpflichtung, einen bestimmten räumlichen Bereich nicht zu verlassen (vgl. auch § 61),
- 46.1.4.6 – die Verpflichtung, Papiere der Ausländerbehörde auszuhändigen, die bei Kontrollen zu dem

falschen Eindruck führen können, der Ausländer sei zum Aufenthalt berechtigt bzw. nicht ausreisepflichtig; dies gilt insbesondere für Fiktionsbescheinigungen nach Ablehnung eines Antrags auf eine Aufenthaltserlaubnis“.

Daten zu Drittstaatsangehörigen im Allgemeinen bzw. unbegleiteten Minderjährigen im Speziellen, deren vollziehbare Ausreisepflicht unter Anwendung einer dieser alternativen Zwangsmaßnahmen durchgesetzt wurde, liegen nicht vor.

### 6.4 Freiwillige Rückkehr

Bevor eine zwangsweise Rückführung eines ausreisepflichtigen Drittstaatsangehörigen von den zuständigen Behörden in Betracht gezogen wird, wird grundsätzlich zunächst geprüft, ob die Ausreise nicht auch über eine freiwillige Rückkehr bzw. Ausreise ermöglicht werden kann. In Deutschland wird die freiwillige Rückkehr von Drittstaatsangehörigen seit 1979 durch das Programm REAG – seit 1989 ergänzt durch GARP<sup>23</sup> – gefördert. Im Jahr 2013 boten die Programme neben Reisekosten sowohl Reisebeihilfen in Höhe von 200 Euro für Erwachsene und 100 Euro für unter Zwölfjährige als auch Starthilfen – je nach Staatsangehörigkeit ausgewählter Herkunftstaaten in Höhe von 300-750 Euro für Erwachsene und die Hälfte für unter Zwölfjährige (vgl. IOM 2013: 7ff). Ergänzend bietet das BAMF mit der Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung (ZIRF) ein Beratungsangebot im Vorfeld der freiwilligen Rückkehr zu herkunftslandspezifischen Bedingungen sowie der Wiedereingliederung im Herkunftsland an.

Die Leistungen im Rahmen des REAG/GARP-Programms werden Leistungsberechtigten nach § 1 AsylbLG, anerkannten Flüchtlingen und sonstigen Drittstaatsangehörigen, denen der Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen gewährt worden ist, gewährt. Nicht gewährt

23 REAG: „Reintegration and Emigration Programme for Asylum- Seekers in Germany“; GARP: „Government Assisted Repatriation Programme“; siehe auch Schneider/Kreienbrink (2009).

werden Reisebeihilfen und Starthilfen Staatsangehörigen aus „sicheren Drittstaaten“<sup>24</sup> sowie europäischen Drittstaaten, d. h. Nicht-EU-Staaten, aus denen eine visumfreie Einreise in das Bundesgebiet möglich ist und deren Staatsangehörige nach dem Beginn der jeweiligen Visumfreiheit nach Deutschland eingereist sind (IOM 2013: 8). Eine Ausnahme von diesen Vorgaben stellen Opfer von Menschenhandel dar. Bei ihnen besteht die Sonderregelung, dass diese im REAG/GARP-Programm auch dann unterstützt werden können, wenn sie aus Mitgliedstaaten der EU (oder visa-freien EU-Drittstaaten) kommen. Sie erhalten neben der Übernahme von Reisekosten auch Reisebeihilfen.

Auch unbegleitete Minderjährige können die REAG/GARP-Leistungen in Anspruch nehmen:

„wenn sich mindestens ein Elternteil oder ein bestellter Vormund mit der Beförderung schriftlich einverstanden erklärt. Minderjährige müssen am Ankunftsort im Zielland von einem Elternteil oder von einer von den Eltern oder dem Vormund schriftlich bevollmächtigten Person abgeholt werden“ (IOM 2014: 8).

Als unbegleitete Minderjährige werden im Rahmen der REAG/GARP-Programme alle unter 18-jährigen Alleinreisende gefasst. Dagegen gelten im Kontext des Asylverfahrens Asylsuchende derzeit noch mit dem vollendeten 16. Lebensjahr als handlungsfähig (§ 12 Abs. 1 AsylVfG bzw. § 80 Abs. 1 AufenthG). Diese beiden Altersgrenzen können laut IOM in der Praxis zu Prob-

lemen führen, wenn eine Behörde beispielsweise einen Antrag auf freiwillige Rückkehr für einen 17-jährigen bei IOM stellt und IOM darauf besteht, dass bestimmte Auflagen für besonders Schutzbedürftige – in diesem Fall für unbegleitete Minderjährige – erfüllt sein müssen, um dem Antrag stattzugeben: So lässt sich IOM die Sicherstellung der Übergabe des Jugendlichen am Zielort in die Hände eines Familienangehörigen oder einer entsprechenden Jugendeinrichtung schriftlich von den antragstellenden Personen, Behörden und/oder Organisationen bestätigen. Die Prüfung des Kindeswohls, des Eigeninteresses des Jugendlichen an der Rückkehr sowie der Familiensituation im Herkunftsland wird von den antragsübermittelnden Stellen bzw. dem Vormund übernommen.

Seit Beginn des REAG- (1979) sowie des GARP-Programms (1989) reisten bis Ende 2013 über 550.000 Migranten aus Deutschland in ihre Herkunfts- oder in Drittstaaten aus (IOM 2013: 6). Im Jahr 2013 reisten 12.251 Drittstaatsangehörige im Rahmen des REAG/GARP-Programms aus Deutschland aus (vgl. Kohls 2014: 24ff). Unbegleitete Minderjährige machten dabei einen geringen Anteil aus, wie der Tabelle 7 für die Jahre 2009–2013 zu entnehmen ist. Bei den Statistiken ist zudem zwingend zu berücksichtigen, dass es sich bei den aufgelisteten unbegleiteten Minderjährigen zu einem Teil um Jugendliche handelt, die zwar im Rückkehrprozess unbegleitet waren (z. B. beim Flug ins Herkunftsland), es sich in Deutschland aus aufenthaltsrechtlicher Perspektive jedoch nicht um unbegleitete Minderjährige gehandelt haben muss. So ist es möglich, dass sich Jugendliche in Deutschland bei einem Verwandten oder auch einzelnen Elternteilen aufhalten, sie jedoch beispielsweise zu einem (anderen) Elternteil oder Sorgeberechtigten in das Herkunftsland zurückkehren wollen, wofür die Beteiligten etwa Reisekostenunterstützung im Rahmen von REAG/GARP beantragen. IOM nimmt in der Statistik keine Unterscheidung in diesem Sinne vor.

24 Als „sichere Drittstaaten“ gelten die EU-Mitgliedsländer sowie Norwegen und die Schweiz (§ 26a Abs. 2 i. V. m. Anlage I zu § 26a AsylVfG). Ist ein Asylbewerber über einen „sicheren Drittstaat“ eingereist, wird dieser grundsätzlich nicht als Asylberechtigter anerkannt. Gleichwohl wird nach erfolgter Einreise das Asylverfahren, soweit die Zuständigkeit eines anderen Staates nicht ermittelt werden kann, in Deutschland durchgeführt.

Tabelle 7: Ausgereiste unbegleitete Minderjährige im Rahmen von REAG/GARP-Programmen nach Geschlecht 2009–2013

Unbegleitete Minderjährige	2009	2010	2011	2012	2013	2009–2013
Männlich	13	11	11	7	7	49
Weiblich	7	11	14	13	5	50
Gesamt	20	22	25	20	12	99

Quelle: IOM

Es handelt sich bei allen aufgeführten Fällen um eine freiwillige Rückkehr in das Herkunftsland, eine Weiterwanderung in einen aufnahmebereiten Drittstaat fand im fraglichen Zeitraum bei unbegleiteten Min-

derjährigen nicht statt. Die in der Tabelle 8 dokumentierte Staatsangehörigkeit der ausgereisten unbegleiteten Minderjährigen steht demzufolge gleichzeitig für den jeweiligen Herkunfts- und Zielstaat.

**Tabelle 8: Ausgereiste unbegleitete Minderjährige im Rahmen von REAG/GARP-Programmen nach Staatsangehörigkeit 2009-2013**

Staatsangehörigkeit / Zielland	Anzahl ausgereister unbegleiteter Minderjähriger 2009
Angola	2
Bulgarien	1
Irak	7
Kosovo	2
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	1
Russische Föderation	3
Türkei	3
Vietnam	1
<b>Gesamt</b>	<b>20</b>

Staatsangehörigkeit / Zielland	Anzahl ausgereister unbegleiteter Minderjähriger 2010
Afghanistan	1
Armenien	1
Bulgarien	2
Irak	6
Kosovo	1
Libanon	1
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	1
Montenegro	1
Rumänien	3
Türkei	4
Vietnam	1
<b>Gesamt</b>	<b>22</b>

Staatsangehörigkeit / Zielland	Anzahl ausgereister unbegleiteter Minderjähriger 2011
Angola	1
Irak	2
Iran	1
Jordanien	1
Kosovo	3
Rumänien	2
Serbien	8
Syrien	1
Tadschikistan	1
Tschechische Republik	1
Ukraine	2
Ungarn	1
Vietnam	1
<b>Gesamt</b>	<b>25</b>

Staatsangehörigkeit / Zielland	Anzahl ausgereister unbegleiteter Minderjähriger 2012
Albanien	1
Bosnien und Herzegowina	1
Bulgarien	1
Irak	6
Iran	1
Jamaika	1
Mazedonien, ehem. jug. Rep.	2
Nigeria	1
Rumänien	1
Serbien	1
Tadschikistan	1
Türkei	1
Ukraine	1
Ungarn	1
<b>Gesamt</b>	<b>20</b>

Staatsangehörigkeit / Zielland	Anzahl ausgereister unbegleiteter Minderjähriger 2013
Albanien	2
Afghanistan	2
Bosnien und Herzegowina	1
Irak	3
Nigeria	1
Pakistan	1
Rumänien	2
<b>Gesamt</b>	<b>12</b>

Quelle: IOM

Wie den Tabellen zu entnehmen ist, reisten in den Jahren 2009-2013 insgesamt 24 irakische unbegleitete Minderjährige in ihr Herkunftsland aus, was ein Viertel aller freiwilligen unbegleiteten minderjährigen Rückkehrer ausmacht. Ein weiteres Viertel verteilt sich auf unbegleitete minderjährige serbische (9), rumänische (8) und türkische (8) Staatsangehörige. Insgesamt reisten unbegleitete Minderjährige aus 26 Nationen freiwillig in ihre Herkunftsländer aus.

## Reintegrationsmaßnahmen

Neben den finanziellen und beratenden Unterstützungsleistungen bei der freiwilligen Ausreise können im Rahmen spezieller Rückkehrprojekte unter Leitung des Bundes (z. B. im Nordirak oder das Bund-Länder-Projekt „URA2“ im Kosovo) oder einzelner Bundesländer<sup>25</sup> zusätzliche Reintegrationsmaßnahmen gewährt werden. Zu den möglichen Reintegrationsleistungen, die als Sachleistungen in Reintegrationsprojekten von IOM gewährt werden, zählen Hilfen bei der Gründung/Entwicklung von Mikrounternehmen, Unterstützung bei der Arbeitssuche, Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, Beratung und Betreuung in sozialen Fragen, weitere Sachleistungen (z. B. Möbel) als Reintegrationshilfe, spezielle Hilfe für besonders Schutzbedürftige, wie z. B. Suche nach einer Schule, adäquater medizinischer Versorgung oder psychologischer Beratung (vgl. IOM 2013: 22ff). Reintegrationsmaßnahmen stehen grundsätzlich auch unbegleiteten Minderjährigen offen. Wie von IOM zu erfahren war, würde ein Antrag eines unbegleiteten Minderjährigen auch prioritär geprüft, allerdings habe es in der Praxis bisher keinen Antrag eines unbegleiteten Minderjährigen in einem der letztjährigen Reintegrationsprojekte gegeben.<sup>26</sup> Auch im Rahmen der vom BAMF durchgeführten Reintegrationsprojekte wurden keine freiwilligen Ausreisen unbegleiteter Minderjähriger gefördert.

---

25 Spezielle Rückkehr- und Reintegrationsprojekte führte die IOM beispielsweise in den vergangenen Jahren im Nordirak (Autonome Region Kurdistan), in Vietnam und in Ghana durch (vgl. IOM 2013: 24ff). Finanziert und unterstützt werden solche Reintegrationsprojekte für freiwillige Rückkehrer meist von mehreren Akteuren, wie beispielsweise dem BAMF, dem Europäischen Rückkehrfonds oder einzelnen Landesbehörden (z. B. der Senatsverwaltung für Inneres und Sport in Berlin).

26 Es liegen keine Informationen darüber vor, in welchem Umfang unbegleitete Minderjährige Reintegrationsunterstützung durch die Programme der Bundesländer ohne Beteiligung von IOM erhalten haben.

## 7 Schlussbemerkung

Unbegleitete Minderjährige, die in Deutschland Schutz suchen oder hier auf der Durchreise aufgegriffen werden, stellen in Bezug auf das gesamte Migrationsgeschehen nur eine kleine Gruppe unter den Drittstaatsangehörigen dar; ihre Zahl steigt jedoch seit Jahren kontinuierlich an. Dieser Anstieg muss vor dem Hintergrund zahlreicher ungelöster Konflikte, Kriege und politisch-sozialer Verwerfungen in den Herkunftsländern betrachtet werden – im Jahr 2013 kamen fast zwei Drittel aus Afghanistan, Somalia, Syrien, Eritrea und Ägypten. Wenngleich es innerhalb der Gruppe der Hauptherkunftsländer Rangverschiebungen gegeben hat, ist nicht absehbar, dass die Zahl unbegleiteter Minderjähriger kurzfristig zurückgehen wird.

Es handelt sich um eine Gruppe von Migranten, die spezielle Unterstützung benötigt, nicht nur wegen der traumatischen Erfahrungen, die viele von ihnen haben machen und verarbeiten müssen, sondern auch weil aufgrund der Minderjährigkeit von einem speziellen Entwicklungsbedarf ausgegangen wird. Dieser Unterstützungsbedarf soll durch die im Jugendrecht verankerten Maßnahmen abgedeckt werden.

An diesem Punkt berühren sich die Vorgaben der seit 2010 in Deutschland uneingeschränkt geltenden UN-Kinderrechtskonvention mit den Bestimmungen des deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechts sowie mit denen des Jugendhilferechts. Der gesetzliche Rahmen des Jugendhilferechts sieht schon heute umfangreiche materielle und immaterielle Unterstützungsleistungen vor, die von der Inobhutnahme über die Erstellung eines Hilfeplanes (im Rahmen des Clearingverfahrens) und Unterbringung bis hin zur Gesundheitsversorgung und zum Schulbesuch reichen.

Die allgemeine Entwicklung sowie der Anstieg der Einreisezahlen und die damit verbundene stärkere Sichtbarwerdung des Problems haben jedoch auch gezeigt, dass es in Detailbereichen des Aufenthaltsrechts sowie im Bereich der Unterbringung und Integration weiterhin offene Fragen gibt, für die noch keine endgültigen Antworten gefunden wurden, die aber nichtsdestotrotz einer Klärung bedürfen.

# Literaturverzeichnis

**Bauer, Ina** (2013a): § 55 AufenthG, in: Renner, Günther/Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus (Hg.): Ausländerrecht. Kommentar, München: C.H. Beck, 966-993.

**Bauer, Ina** (2013b): § 58 AufenthG, in: Renner, Günther/Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus (Hg.): Ausländerrecht. Kommentar, München: C.H. Beck, 1016-1028.

**Bayerisches Landesjugendamt** (2001): Empfehlungen zur Intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung (§ 35 SGB VIII), München: Zentrum Bayern Familien und Soziales. Online: [http://www.blja.bayern.de/themen/erziehung/einzelbetreuung/TextOffice\\_Empfehlungen35.html](http://www.blja.bayern.de/themen/erziehung/einzelbetreuung/TextOffice_Empfehlungen35.html) (21.08.2014).

**Berthold, Thomas/Espenhorst, Niels/Rieger, Uta** (2011): Eine erste Bestandsaufnahme der Inobhutnahme und Versorgung von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland, in: Dialog Erziehungshilfe, Nr. 3/2011, 23-30.

**B-UMF – Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge** (2013): Bericht zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland an die Vereinten Nationen zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge.

**B-UMF/UNHCR** (2010): Evaluierung der Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Hamburg. Durchgeführt vom 20.-22. Oktober 2010, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge/UNHCR.

**CDU/CSU/SPD** (2013): Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 18. Legislaturperiode.

**Deutscher Bundestag** (2012a): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Agnes Alpers, Matthias W. Birkwald, Dr. Martina Bunge, Sevim Dağdelen, Klaus Ernst, Nicole Gohlke, Diana Golze, Annette Groth, Heidrun Dittrich, Inge Höger, Katja Kipping, Jutta Krellmann, Cornelia Möhring, Kornelia Möller, Petra Pau, Jens Petermann, Yvonne Ploetz, Dr. Ilja Seifert, Kathrin Senger-Schäfer, Raju Sharma, Frank Tempel, Kathrin Vogler, Halina Wawzyniak, Harald Weinberg, Katrin Werner, Jörn Wunderlich, Sabine Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE. Drucksache 17/7446. Umsetzung der Abschiebungsrichtlinie der Europäischen Union und die Praxis der Abschiebungshaft, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10597, Berlin: Deutscher Bundestag.

**Deutscher Bundestag** (2012b): Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Memet Kilic, Volker Beck (Köln), weitere Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Drucksache 17/7442. Situation in deutschen Abschiebungshaftanstalten, 17. Wahlperiode, Drucksache 17/10596, Berlin: Deutscher Bundestag.

**Deutscher Bundestag** (2013): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE, Abschiebungen im Jahr 2012, Drucksache 17/12442, Berlin: Deutscher Bundestag.

- Deutscher Bundestag** (2014a): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das Jahr 2013. Drucksache 18/433. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag** (2014b): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Ergänzende Informationen zur Asylstatistik für das erste Quartal 2014. Drucksache 18/1228. Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Bundestag** (2014c): Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dağdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE. Abschiebungen im Jahr 2013, Drucksache 18/782, Berlin: Deutscher Bundestag.
- Deutscher Caritasverband** (2014a): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland. Rechtliche Vorgaben und deren Umsetzung, Freiburg: Lambertus.
- Deutscher Caritasverband** (2014b): Flughafenverfahren. In: Flucht Punkte. Fakten – Positionen – Lösungen, Freiburg: Deutscher Caritasverband e. V.
- Espenhorst, Niels/Berthold, Thomas** (2010a): Evaluierung der Aufnahmebedingungen von unbegleiteten Minderjährigen in Hessen, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge/UNHCR.
- Espenhorst, Niels/Berthold, Thomas** (2010b): Asyl- und aufenthaltsrechtliches Clearing bei unbegleiteten Minderjährigen, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge.
- Espenhorst, Niels/Berthold, Thomas/Kühnreich, Sophia/Rieger, Uta** (2012): Evaluierung der Aufnahmebedingungen von unbegleiteten Minderjährigen in Niedersachsen, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge/UNHCR.
- Grote, Janne** (2014): Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft. Working Paper 59 des Forschungszentrums des Bundesamts, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- IOM – Internationale Organisation für Migration** (2013): Bericht über die Programme zur unterstützten freiwilligen Rückkehr der Internationalen Organisation für Migration Deutschland 2012. Online: [http://germany.iom.int/sites/default/files/REAG/131213\\_AVR%20Report%202012%20FINAL.pdf](http://germany.iom.int/sites/default/files/REAG/131213_AVR%20Report%202012%20FINAL.pdf) (01.08.2014).
- IOM – International Organisation für Migration** (2014): REAG/GARP-Programm 2014. Online: <http://germany.iom.int/sites/default/files/REAG/REAG-GARP%202014%20-%20Merkblatt%20-%20lang.pdf> (01.08.2014).
- JRS – Jesuite Refugee Service Europe** (2011): From Deprivation to Liberty. Alternatives to detention in Belgium, Germany and the United Kingdom, Brüssel.
- Kohls, Martin** (2014): Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen, Working Paper 57 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Müller, Andreas** (2013): Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland. Working Paper 55 der Forschungsgruppe des Bundesamts, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Müller, Andreas** (2014): Governing Mobility Beyond the State. Centre, Periphery and the EU's External Borders, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

**Noske, Barbara** (2010): Herausforderungen und Chancen. Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, Berlin: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge.

**Parusel, Bernd** (2009): Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland – Aufnahme, Rückkehr und Integration. Working Paper 26 der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

**Schneider, Jan/Kreienbrink, Axel** (2009): Rückkehrunterstützung in Deutschland. Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten. Working Paper 31 der Forschungsgruppe des Bundesamtes, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

**Scholz, Antonia** (2013): Warum Deutschland? Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche von Asylbewerbern - Ergebnisse einer Expertenbefragung. Forschungsbericht 19, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.



# Abkürzungsverzeichnis

AHaftRL NRW	Richtlinien für den Abschiebegewahrsam im Land Nordrhein-Westfalen
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
AVwV	Allgemeine Verwaltungsvorschrift
AWO	Arbeiterwohlfahrt
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BeschV	Beschäftigungsverordnung
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BPol	Bundespolizei
BPolG	Bundespolizeigesetz
B-UMF	Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge
CDU	Christlich Demokratische Union
CSU	Christlich-Soziale Union
EG	Europäische Gemeinschaft
EMN	Europäisches Migrationsnetzwerk
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
GFK	Genfer Flüchtlingskonvention
GG	Grundgesetz
HKL	Herkunftsländer
IOM	Internationale Organisation für Migration
JRS	Jesuit Refugee Service
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
MIFKJF	Ministerium für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz
PDV	Polizeiliche Dienstvorschrift
REAG/GARP	Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany/Government Assisted Repatriation Programme
Rn	Randnote
SchlaU	Schulanaloger Unterricht für junge Flüchtlinge
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StBA	Statistisches Bundesamt
UM	Unbegleitete Minderjährige
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen
VO	Verordnung
VwV	Verwaltungsvorschrift
ZIRF	Zentralstelle für Informationsvermittlung zur Rückkehrförderung

# Tabellen-/Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1:	Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger im Jahr 2013	20
Tabelle 2:	Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger ab 2008	21
Tabelle 3:	Unbegleitete minderjährige Asylersantragsteller 2009-2013 nach wichtigsten Herkunftsländern, Geschlecht und Alter	22
Tabelle 4:	Entscheidungen über Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger nach Geschlecht 2009-2013	25
Tabelle 5:	Entscheidungen über Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger nach Hauptherkunftsländern 2009-2013	27
Tabelle 6:	Asylanträge und Inobhutnahmen unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013	30
Tabelle 7:	Ausgereiste unbegleitete Minderjährige im Rahmen von REAG/GARP-Programmen nach Geschlecht 2009-2013	46
Tabelle 8:	Ausgereiste unbegleitete Minderjährige im Rahmen von REAG/GARP-Programmen nach Staatsangehörigkeit 2009-2013	47
Abbildung 1:	Asylanträge unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013	21
Abbildung 2:	Entscheidungen über Asylersanträge unbegleiteter Minderjähriger 2009-2013	26
Abbildung 3:	Asylanträge und Inobhutnahmen unbegleiteter Minderjähriger 2008-2013	30

# Publikationen des Forschungszentrums Migration, Integration und Asyl

## Working Paper

		<b>9/2007</b>	Migration von Hochqualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland Verfasserinnen: Barbara Heß und Lenore Sauer
<b>1/2005</b>	Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung Verfasserin: Sonja Haug		
<b>2/2005</b>	Illegalität von Migranten in Deutschland Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany	<b>10/2007</b>	Familiennachzug in Deutschland Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
<b>3/2005</b>	Jüdische Zuwanderer in Deutschland Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany	<b>11/2007</b>	Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland Verfasser: Christian Babka von Gostomski
<b>4/2005</b>	Die alternde Gesellschaft Verfasser: Peter Schimany		
<b>5/2006</b>	Integrationskurse Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger	<b>12/2008</b>	Kriminalität von Aussiedlern Eine Bestandsaufnahme Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina, Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
<b>6/2006</b>	Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz	<b>13/2008</b>	Schulische Bildung von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1 Verfasser: Manuel Siegert
<b>7/2006</b>	Einheitliche Schulkleidung in Deutschland Verfasser: Stefan Theuer	<b>14/2008</b>	Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2 Verfasserin: Sonja Haug
<b>8/2007</b>	Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf	<b>15/2008</b>	Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten Eine Bestandsaufnahme Verfasser: Martin Kohls

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>16/2008</b>    Leben Migranten wirklich länger?<br/>Eine empirische Analyse der Mortalität<br/>von Migranten in Deutschland<br/>Verfasser: Martin Kohls</p> <p><b>17/2008</b>    Die Einbürgerung von Ausländern in<br/>Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3<br/>Verfasserin: Susanne Worbs</p> <p><b>18/2008</b>    Die Datenlage im Bereich der internatio-<br/>nalen Migration in Europa und seinen<br/>Nachbarregionen<br/>Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit<br/>von Wiebke Breustedt</p> <p><b>19/2008</b>    Das Integrationspanel<br/>Ergebnisse zur Integration von Teilneh-<br/>mern zu Beginn ihres Integrationskurses<br/>Verfasserin: Nina Rother</p> <p><b>20/2008</b>    Aspekte der Arbeitsmarktintegration von<br/>Frauen ausländischer Nationalität<br/>in Deutschland<br/>Eine vergleichende Analyse über tür-<br/>kische, italienische, griechische und<br/>polnische Frauen sowie Frauen aus den<br/>Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugos-<br/>lawiens<br/>Verfasserin: Anja Stichs</p> <p><b>21/2008</b>    Wohnen und innerstädtische Segregati-<br/>on von Zuwanderern in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4<br/>Verfasserin: Lena Friedrich</p> <p><b>22/2009</b>    Berufliche und akademische Ausbildung<br/>von Migranten in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5<br/>Verfasser: Manuel Siegert</p> <p><b>23/2009</b>    Das Integrationspanel<br/>Entwicklung von alltagsrelevanten<br/>Sprachfertigkeiten und Sprachkompe-<br/>tenzen der Integrationskursteilnehmer<br/>während des Kurses<br/>Verfasserin: Nina Rother</p> | <p><b>24/2009</b>    Förderung der Bildungserfolge von<br/>Migranten: Effekte familienorientierter<br/>Projekte<br/>Abschlussbericht zum Projekt Bildungs-<br/>erfolge bei Kindern und Jugendlichen<br/>mit Migrationshintergrund durch Zu-<br/>sammenarbeit mit den Eltern<br/>Verfasser: Lena Friedrich und<br/>Manuel Siegert unter Mitarbeit von<br/>Karin Schuller</p> <p><b>25/2009</b>    Die Organisation der Asyl- und Zuwan-<br/>derungspolitik in Deutschland<br/>Studie I/2008 im Rahmen des Europäi-<br/>schen Migrationsnetzwerks (EMN)<br/>(2. Auflage 2012)<br/>Verfasser: Jan Schneider</p> <p><b>26/2009</b>    Unbegleitete minderjährige Migranten in<br/>Deutschland<br/>Aufnahme, Rückkehr und Integration<br/>Studie II/2008 im Rahmen des Europäi-<br/>schen Migrationsnetzwerks (EMN)<br/>Verfasser: Bernd Parusel</p> <p><b>27/2009</b>    Grunddaten der Zuwandererbevolkerung<br/>in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6<br/>Verfasser: Stefan Rühl</p> <p><b>28/2009</b>    Zuwanderung von Hochqualifizierten<br/>aus Drittstaaten nach Deutschland<br/>Ergebnisse einer schriftlichen Befragung<br/>Verfasserin: Barbara Heß</p> <p><b>29/2010</b>    Das Integrationspanel<br/>Ergebnisse einer Befragung von<br/>Teilnehmenden zu Beginn ihres<br/>Alphabetisierungskurses<br/>Verfasserin: Nina Rother</p> <p><b>30/2010</b>    Europäische und nationale Formen der<br/>Schutzgewährung in Deutschland<br/>Studie II/2009 im Rahmen des Europäi-<br/>schen Migrationsnetzwerks (EMN)<br/>Verfasser: Bernd Parusel</p> |
|--|---|

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>31/2010</b> Rückkehrunterstützung in Deutschland<br/>Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten<br/>Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)<br/>Verfasser: Jan Schneider und Axel Kreienbrink</p> <p><b>32/2010</b> Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider</p> <p><b>33/2010</b> Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7<br/>Verfasserin: Sonja Haug</p> <p><b>34/2010</b> Mediennutzung von Migranten in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8<br/>Verfasserin: Susanne Worbs</p> <p><b>35/2011</b> Zirkuläre und temporäre Migration<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel</p> <p><b>36/2011</b> Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland<br/>aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9<br/>Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert</p> <p><b>37/2011</b> Der Einfluss des Integrationskurses auf die Integration russisch- und türkischstämmiger Integrationskursteilnehmerinnen<br/>Verfasserin: Karin Schuller</p> <p><b>38/2011</b> Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen<br/>Verfasserin: Barbara Heß</p> | <p><b>39/2011</b> Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten<br/>Verfasser: Waldemar Lukas</p> <p><b>40/2011</b> Visumpolitik als Migrationskanal<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider</p> <p><b>41/2012</b> Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Jan Schneider</p> <p><b>42/2012</b> Das Integrationspanel<br/>Entwicklung der Deutschkenntnisse und Fortschritte der Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen<br/>Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother unter Mitarbeit von Denise Hörner</p> <p><b>43/2012</b> Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Andreas Müller</p> <p><b>44/2012</b> Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland<br/>Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten<br/>Verfasserin: Barbara Heß</p> <p><b>45/2012</b> Klimamigration<br/>Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion<br/>Verfasser: Bettina Müller, Marianne Haase, Axel Kreienbrink und Susanne Schmid</p> |
|---|---|

- |   |   |
|---|---|
| <p><b>46/2012</b> Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland<br/>Verfasserinnen: Stephanie Müssig und Susanne Worbs</p> <p><b>47/2012</b> Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Matthias M. Mayer, Sakura Yamamura, Jan Schneider und Andreas Müller</p> <p><b>48/2012</b> Zuwanderung von selbständigen und freiberuflichen Migranten aus Drittstaaten nach Deutschland<br/>Verfasser: Andreas H. Block und Isabell Klingert</p> <p><b>49/2012</b> Migration und Entwicklung<br/>Verfasser: Tatjana Baraulina, Doris Hilber und Axel Kreienbrink</p> <p><b>50/2013</b> Ausländische Wissenschaftler in Deutschland<br/>Verfasser: Isabell Klingert und Andreas H. Block</p> <p><b>51/2013</b> EU-Binnenmobilität von Drittstaatsangehörigen<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Andreas Müller</p> <p><b>52/2013</b> Das Integrationspanel<br/>Langfristige Integrationsverläufe von ehemaligen Teilnehmenden an Integrationskursen<br/>Verfasser: Susanne Lochner, Tobias Büttner und Karin Schuller</p> <p><b>53/2013</b> Gewinnung von hochqualifizierten und qualifizierten Drittstaatsangehörigen<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Matthias M. Mayer</p> | <p><b>54/2013</b> Türkei - Migrationsprofil und migrationspolitische Entwicklungen<br/>Verfasser: Marianne Haase und Johannes Obergfell</p> <p><b>55/2013</b> Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland<br/>Verfasser: Andreas Müller</p> <p><b>56/2013</b> Die Identifizierung von Opfern von Menschenhandel im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasserin: Ulrike Hoffmann</p> <p><b>57/2014</b> Soziale Absicherung von Drittstaatsangehörigen in Deutschland<br/>Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Andreas Müller, Matthias M. Mayer, Nadine Bauer</p> <p><b>58/2014</b> Wirksamkeit von Wiedereinreisesperren und Rückübernahmeabkommen<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Martin Kohls</p> <p><b>59/2014</b> Abschiebungshaft und Alternativen zur Abschiebungshaft in Deutschland<br/>Fokus-Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)<br/>Verfasser: Janne Grote</p> |
|---|---|

**Forschungsberichte**

		<b>10/2011</b>	Generatives Verhalten und Migration Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
<b>1/2005</b>	Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany	<b>11/2011</b>	Das Integrationspanel Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother
<b>2/2005</b>	Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und Hans Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von Michael Wolf	<b>12/2012</b>	Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migranten im demographischen Wandel Verfasser: Martin Kohls
<b>3/2007</b>	Abschlussbericht Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer	<b>13/2012</b>	Islamisches Gemeindeleben in Deutschland Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer, Jana Schmidt und Anja Stichs
<b>4/2007</b>	Rückkehr aus Deutschland Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Currle, Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und Birgit Behrens unter Mitarbeit von Magdalena Wille und Mirjam Laaser	<b>14/2012</b>	Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen: Potenziale für die Integration in Deutschland? Verfasserinnen: Marianne Haase und Bettina Müller
<b>5/2007</b>	Migration und demographischer Wandel Verfasser: Peter Schimany	<b>15/2012</b>	Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011 Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und Christian Babka von Gostomski
<b>6/2009</b>	Muslimisches Leben in Deutschland Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs		
<b>7/2009</b>	Vor den Toren Europas? Das Potenzial der Migration aus Afrika Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit von Kevin Borchers	<b>16/2012</b>	Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen Qualitative Studie Verfasserinnen: Susanne Worbs, Antonia Scholz und Stefanie Blicke
<b>8/2010</b>	Fortschritte der Integration Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen Verfasser: Christian Babka von Gostomski	<b>17/2012</b>	Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union Verfasserin: Susanne Schmid
<b>9/2011</b>	Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland Verfasser: Martin Kohls	<b>18/2012</b>	Ältere Migrantinnen und Migranten Entwicklungen, Lebenslagen, Perspektiven Verfasser: Peter Schimany, Stefan Rühl und Martin Kohls

- |   |  |
|---|--|
| <p><b>19/2013</b>    Warum Deutschland?<br/>Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche<br/>von Asylbewerbern - Ergebnisse einer<br/>Expertenbefragung<br/>Verfasserin: Antonia Scholz</p> <p><b>20/2013</b>    (Spät-)Aussiedler in Deutschland<br/>eine Analyse aktueller Daten und<br/>Forschungsergebnisse<br/>Verfasser: Susanne Worbs, Eva Bund,<br/>Martin Kohls und Christian Babka von<br/>Gostomski</p> <p><b>21/2014</b>    Geschlechterrollen bei Deutschen und<br/>Zuwanderern christlicher und muslimi-<br/>scher Religionszugehörigkeit<br/>Verfasserinnen: Inna Becher und<br/>Yasemin El-Menouar</p> <p><b>22/2014</b>    Die Integration von zugewanderten Ehe-<br/>gattinnen und Ehegatten in Deutschland<br/>BAMF-Heiratsmigrationsstudie 2013<br/>Verfasser: Tobias Büttner und Anja Sticks</p> <p><b>23/2014</b>    Beschäftigung ausländischer Absolven-<br/>ten deutscher Hochschulen<br/>Ergebnisse der BAMF-Absolventenstudie<br/>2013<br/>Verfasserinnen: Elisa Hanganu und<br/>Barbara Heß</p> | <p><b>04/2013</b>    Rückkehr und Reintegration<br/>Herausgeber: Tatjana Baraulina und<br/>Axel Kreienbrink</p> <p><b>05/2014</b>    Fachkräftemigration aus Asien<br/>nach Deutschland und Europa<br/>Herausgeber: Axel Kreienbrink</p> <p><b>06/2014</b>    Abwanderung von Türkei-<br/>stämmigen<br/>Herausgeber: Stefan Alscher und<br/>Axel Kreienbrink</p> <p><b>07/2014</b>    Bürger auf Zeit<br/>Die Wahl der Staatsangehörigkeit im<br/>Kontext der deutschen Optionsregelung<br/>Verfasserin: Susanne Worbs</p> |
|---|--|

## Beitragsreihe

- 01/2010**    Muslim Organisations and the State -  
European Perspectives  
Herausgeber: Axel Kreienbrink und  
Mark Bodenstein
- 02/2011**    Potenziale der Migration zwischen  
Afrika und Deutschland  
Herausgeber: Tatjana Baraulina,  
Axel Kreienbrink und Andrea Riester
- 03/2011**    Hemmnisse der Arbeitsmarktintegration  
von niedrigqualifizierten Frauen mit  
Migrationshintergrund  
Verfasserin: Judith Schmolke



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Nationale EMN Kontaktstelle und  
Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl  
90461 Nürnberg

**Gesamtverantwortung:**

Dr. Axel Kreienbrink (Forschungszentrum)  
Birgit Gößmann (Nationale EMN-Kontaktstelle)

**Bezugsquelle:**

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge  
Referat 230  
Frankenstraße 210  
90461 Nürnberg  
[www.bamf.de](http://www.bamf.de)  
E-Mail: [info@bamf.de](mailto:info@bamf.de)

**Verfasser:**

Dr. Andreas Müller

**Stand:**

August 2014

**Layout:**

Gertraude Wichtrey

**Bildnachweis:**

iStock/digitalskillet

**Zitat:**

Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland, Working Paper 60 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

**ISSN:**

1865-4770 Printversion

**ISSN:**

1865-4967 Internetversion

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.



# **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – eine Herausforderung für die Jugendhilfe**

**Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung der *Aufnahmegruppe für junge Migranten (AJUMI)* und der *Aufnahmegruppe für Kinder und Jugendliche (AKJ)* des Kinder- und Jugendhilfezentrums der Heimstiftung Karlsruhe**

**Karlsruhe, Dezember 2009**

**Dr. Renate Breithecker und Oliver Freesemann**

## 1. Einleitung

### 1.1 Ausgangspunkt für die Einrichtung der AJUMI

Sie kommen aus den Krisenregionen der Welt – aus Afghanistan und dem Irak, aus Sri Lanka und Kaschmir, aus Nigeria und Gambia. Auf verschlungenen Wegen, die sie meist selbst nicht mehr nachvollziehen können, landen Kinder und Jugendliche in Deutschland. Für einige war die Bundesrepublik von Beginn an Fluchtziel, weil hier Verwandte leben, die sie aufnehmen können; andere sind eher zufällig hier gestrandet – etwa auf dem Weg nach Skandinavien. Immer wieder kommen minderjährige Flüchtlinge alleine, ohne ihre Eltern oder Sorgeberechtigten nach Deutschland – und bedürfen daher der besonderen Unterstützung durch die Kinder- und Jugendhilfe.

Bis 2005 wurden unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) ab dem 16. Lebensjahr wie erwachsene Flüchtlinge behandelt und lebten in Gemeinschaftsunterkünften (GU). Nur ganz wenige Bundesländer hatten spezielle Jugendhilfeeinrichtungen für diese Zielgruppe entwickelt. Bis heute werden minderjährige Flüchtlinge im Ausländerrecht ab dem vollendeten 16. Lebensjahr mit Erwachsenen gleichgesetzt. Diese Rechtsauffassung hat für die betroffenen Jugendlichen gravierende Folgen, so müssen sie sich z.B. in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verfahren selbst vertreten und werden in manchen Bundesländern immer noch auf GUs verteilt.

Mit der Novellierung des SGB VIII und der Einführung des Kinder- und Jugendhilfe-weiterentwicklungsgesetz (KICK) zum 1. Oktober 2005 kam es zu einer verpflichtenden jugendhilferechtlichen Neuregelung in Bezug auf ausländische Kinder und Jugendliche. Nach § 42, Abs.1, Satz 1, Nr. 3 gilt nun: *„Das Jugendamt ist berechtigt und verpflichtet, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen, wenn ... 3. ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich weder Personensorge- noch Erziehungsberechtigte im Inland aufhalten.“*<sup>1</sup> Diese Neuregelung entspricht der von vielen Seiten erhobenen Forderung, das Kindeswohl auch im Umgang mit jungen Flüchtlingen in den Mittelpunkt zu stellen.<sup>2</sup>

Die Bundespolizei, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), die Landes- bzw. die örtlichen Ausländerbehörden sollen dem zuständigen Jugendamt UMF melden, die dann in Obhut genommen und in entsprechende Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe weitervermittelt werden. Da sich in Karlsruhe mit der Landesaufnahmestelle (LAST) die einzige Erstaufnahmeeinrichtung in Baden-Württemberg für Asylbewerber und sonstige Flüchtlinge befindet, kommen hier auch viele minderjährige Flüchtlinge an. Aufgrund dieser besonderen Situation und des damit verbundenen hohen Aufkommens an UMF wurde in Karlsruhe im Februar 2007 die zunächst auf zwei Jahre befristete Einrichtung einer besonderen *Aufnahmegruppe für*

---

<sup>1</sup> Mit der Neuregelung besteht kein Ermessensspielraum mehr bezüglich der Inobhutnahme, vielmehr ist diese verpflichtend und dient der Sicherstellung einer kind- bzw. jugendgerechten Betreuung, vgl., zur Neuregelung Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S. 2f.

<sup>2</sup> Vgl. dazu Angenendt 2000, S. 13, Jordan 2000, S. 153, Separated Children in Europe Programme 2005, S. 7 und Riedelsheimer/Wiesinger 2006, S. 10.

*junge Migranten (AJUMI)* beschlossen, die männliche Flüchtlinge zwischen 16 und 18 Jahren aufnimmt. Die AJUMI startete im Februar 2007. Weibliche sowie jüngere männliche UMF werden in die *Aufnahmegruppe für Kinder und Jugendlichen (AKJ)* vermittelt. Träger beider Gruppen ist das Kinder- und Jugendhilfzentrum der Heimstiftung Karlsruhe.

## **1.2 Hintergrund: Flüchtlinge weltweit und in Deutschland**

Kriege, Bürgerkriege und anhaltender Terror, Natur- und Umweltkatastrophen, politische, ethnische oder religiöse Verfolgung zwingen Menschen in einer wachsenden Zahl von „Krisenregionen“ ihre Heimat zu verlassen, um das eigene Leben und das ihrer Familie zu sichern. Wie die neuesten Daten des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)<sup>3</sup> zeigen, hat sich die Zahl der Flüchtlinge im vergangenen Jahr auf hohem Niveau stabilisiert: Ende 2008 standen 25,1 Mio. Menschen (2007: 25,2 Mio.) unter dem Schutz des UNHCR, insgesamt geht man von 42 Mio. Flüchtlingen weltweit aus, darunter rd. 26 Mio. Binnenflüchtlinge, die in sichere Regionen ihres Heimatlandes fliehen. Ein weiterer großer Teil sucht Schutz in Nachbarländern und nur wenigen gelingt die Flucht nach Europa, Australien oder Amerika.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten – auch vor dem Hintergrund ihrer neueren Geschichte – zahlreichen Menschen Asyl gewährt. Zu Beginn der 1990er Jahre kam es allerdings zu einer nachhaltigen Veränderung des Asylrechts. Insbesondere die Grundgesetzänderung trug in Kombination mit dem Schengenabkommen und der Dublin II–Zuständigkeitsverordnung zu einem massiven Rückgang der Asylsuchenden wie auch der positiven Asylbescheide bei.<sup>4</sup> In der Folge sank die Zahl der Flüchtlinge, die es nach Deutschland schafften, kontinuierlich und erreichte 2007 ihren tiefsten Stand seit 1977.<sup>5</sup> Im vergangenen Jahr kam es erstmals wieder zu einem leichten Anstieg der Asylsuchenden, die Zahl der Erstanträge lag bei 22.085 (2007: 19.164). Nach den vorliegenden Daten des Bundesinnenministeriums zeichnet sich für 2009 ein weiterer Anstieg ab, der insbesondere auf hohe und weiter wachsende Flüchtlingszahlen aus dem Irak und Afghanistan, aber auch aus Vietnam und dem Kosovo zurückzuführen ist.<sup>6</sup>

Unter den Flüchtlingen stellen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren eine große Gruppe dar – sie machten im vergangenen Jahr weltweit 44 % aller Flüchtlinge aus. Ein Teil dieser jungen Menschen flüchtet alleine oder wird auf der Flucht von anderen Familienmitgliedern getrennt.<sup>7</sup> Einige wenige dieser getrennten Flüchtlingskinder schaffen es nach Deutschland: Im vergangenen Jahr stellten 324

<sup>3</sup> Vgl. UNHCR 2009, S. 2

<sup>4</sup> Zur Entwicklung der Asylbewerberzahlen und ihrer Anerkennung vgl. BAMF 2009, S. 8ff. und 42ff.

<sup>5</sup> Trotz dieses starken Rückgangs nimmt Deutschland hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen den ersten Platz unter den entwickelten Ländern ein, wenn man die Ausgaben im Verhältnis zum GDP betrachtet. Damit liegt Deutschland insgesamt „nur“ auf dem 26. Rang, denn es sind vor allem Entwicklungsländer in Asien (Pakistan) und Afrika (Kongo, Tansania), die die große Last der Flüchtlinge tragen, vgl. UNHCR 2009, S. 2.

<sup>6</sup> Bundesministerium des Inneren, Pressemitteilung vom 14.07.2009, aktuelle Daten finden sich unter: [www.bmi.bund.de](http://www.bmi.bund.de).

UMF unter 16 Jahre und 403 UMF zwischen 16 und 18 Jahren einen Antrag auf Asyl in der Bundesrepublik.<sup>8</sup>

### **1.3 Zielsetzung der wissenschaftlichen Begleitung**

Die Aufnahmegruppe für junge Migranten (AJUMI) wurde von Beginn an wissenschaftlich begleitet, um systematisch Daten zu ermitteln und auf dieser Grundlage fundierte Aussagen zu ermöglichen. Ergänzend wurden Daten der weiblichen Flüchtlinge, die von der Aufnahmegruppe für Kinder und Jugendliche (AKJ) aufgenommen wurden, mit einbezogen.

Im Blickpunkt des Interesse standen einerseits die Abläufe: Wie kommen die Jugendlichen in die Aufnahmegruppen? Haben sie einen Vormund? Wie läuft es mit dem Asylverfahren? Wie gestaltet sich der Transfer – insbesondere die Verteilung auf die Stadt- und Landkreise, wie wird der weitere Verbleib in der Jugendhilfe gesichert? Zum anderen sollte die Gruppe der Jugendlichen und ihre persönliche Situation analysiert werden, um daraus Hinweise für die Betreuung und entsprechende Anforderungen an die MitarbeiterInnen zu erhalten: Wie geht es den Jugendlichen? Wie war ihre Situation zu Hause und warum sind sie geflüchtet? Was haben sie erlebt und wie gehen sie damit um? Sind insbesondere psychische Belastungen und Traumata festzustellen? Wie gestaltet sich der Alltag der Jugendlichen in AJUMI und AKJ?

Gemeinsam mit der Projektbegleitgruppe und den MitarbeiterInnen wurde ein Fragebogen entwickelt, der Informationen zu den genannten Aspekten liefern sollte. Dieser Fragebogen wurde von MitarbeiterInnen nach Abschluss der Maßnahme bzw. dem Verlassen der Aufnahmegruppe für jeden Jugendlichen ausgefüllt.<sup>9</sup> Die hier vorgestellten Daten beziehen sich auf den Zeitraum Februar 2007 – Februar 2009. Im Folgenden werden die Ergebnisse zu ausgewählten Fragen vorgestellt und ihre Implikationen für die soziale Arbeit diskutiert.

## **2. Merkmale der jungen Flüchtlinge**

### **2.1 Anzahl, Alter und Geschlecht der Inobhut genommenen UMF**

In den beiden ersten Jahren des Bestehens wurden über 100 männliche Flüchtlinge in die AJUMI aufgenommen, davon wurden 87 weitervermittelt oder verließen die Gruppe, so dass am Stichtag 28. Februar 2009 noch 19 Jugendliche in der Gruppe

---

<sup>7</sup> Im Englischen hat sich der Begriff der „separated children“ durchgesetzt, der den Aspekt der Trennung stärker betont, im Deutschen wird dagegen selten von „getrennten Kindern“ gesprochen, vgl. Separated Children in Europe Programme 2005, S. 9f. Nach Angaben des UNHCR stellten 2008 ca. 16.300 unbegleitete bzw. getrennte Kinder in 68 Ländern einen Antrag auf Asyl. Das sind knapp 2% aller weltweit gestellten Anträge, vgl. UNHCR 2009, S. 2.

<sup>8</sup> Vgl. Deutscher Bundestag 2009, S. 13; für 2007 liegt lediglich die Zahl der UMF unter 16 Jahren vor: es wurden von dieser Gruppe 180 Asylersanträge gestellt.

<sup>9</sup> Die Daten spiegeln somit das Wissen der MitarbeiterInnen und ihre Einschätzungen z.B. im Hinblick auf das Sozialverhalten und die Belastungen der UMF wider. Dies ist bei der Auswertung und der Interpretation der Ergebnisse zu berücksichtigen.

lebten. Im gleichen Zeitraum wurden 24 weibliche und ein männlicher UMF<sup>10</sup> von der AKJ aufgenommen. Für einen Teil der Flüchtlingsmädchen gibt es leider keine Fragebögen, sondern lediglich einige Basisdaten (Alter, Herkunft, Entlassungsort), die so weit als möglich berücksichtigt werden. Dies liegt zum einen daran, dass die AJUMI als neues Projekt im Mittelpunkt der Untersuchung stand und hier auch die weitaus größte Gruppe aufgenommen wurde. Zum anderen trug die Integration in die allgemeine Aufnahmegruppe sowie die teils sehr schnelle Weitervermittlung in andere Einrichtungen dazu bei, die weiblichen Flüchtlinge zu „übersehen“.

Bei der folgenden Auswertung werden alle Fragebögen berücksichtigt, wenngleich für einige Jugendliche aufgrund der kurzen Aufenthaltsdauer in den Gruppen nur sehr spärliche Angaben vorliegen. Aber auch für andere UMF fehlen häufig Angaben, denn nicht alle waren bereit oder in der Lage, über sich, ihre Geschichte und das auf der Flucht Erlebte zu reden.

**Tab. 1: Datenbasis**

Gruppe	Aufgenommene Jugendliche	Auswertbare Fragebogen
AJUMI	106	87
AKJ	25	17
Gesamt	131	104

Im Verlauf der beiden Projektjahre pendelte sich für die AJUMI eine durchschnittliche Aufnahme von fünf UMF pro Monat ein.<sup>11</sup> Für die weiblichen Jugendlichen lässt sich als Trend eine Zunahme feststellen: Die Zahl der in Obhut Genommenen stieg von 8 in 2007 auf 18 in 2008 an. Die wachsende Zahl der UMF stellte die MitarbeiterInnen beider Gruppen vor große Herausforderungen: Im Projektzeitraum kam es immer wieder zur Überbelegung der AKJ und der Notwendigkeit, die aufgenommenen Mädchen kurzfristig an andere geeignete Einrichtungen weiter zu vermitteln. In der AJUMI war die Kapazitätsgrenze auch aufgrund der gleichzeitig gestiegenen Verweildauer Ende 2007 erreicht, so dass Anfang 2008 die Anmietung weiterer Räume und im Januar 2009 die Gründung einer zweiten Gruppe erforderlich waren.

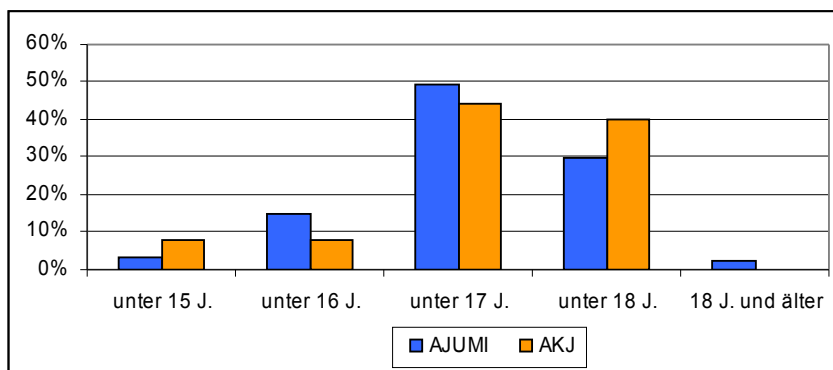
Die Daten bestätigen das zu Beginn vermutete deutliche Übergewicht männlicher UMF und untermauern damit die Notwendigkeit der Einrichtung einer gesonderten Aufnahmegruppe für diese Gruppe. Auch aus anderen Studien ist bekannt, dass junge männliche Flüchtlinge dominieren: Mehr Jungen als Mädchen werden (alleine) auf die Flucht geschickt. Dies ist u.a. darauf zurück zu führen, dass Eltern in Krisen- und Kriegsgebieten ihre Söhne aus den bewaffneten Auseinandersetzungen heraushalten und sie vor der Rekrutierung durch das Militär oder Rebellengruppen schützen wollen. Zudem wird von den Jungen eher die finanzielle Unterstützung und die Fort-

<sup>10</sup> Im AKJ wurde ein irakisches Geschwisterpaar – ein 16-jähriger Junge und seine 13-jährige Schwester – aufgenommen, der Junge wird im Folgenden nicht der AJUMI-Gruppe zugerechnet.

<sup>11</sup> Vgl. Abb. 6 im Anhang

setzung der Familientradition erwartet bzw. erhofft – eine Erwartung, die einige der Jugendlichen erheblich unter Druck setzt. Schließlich spielen kulturelle Aspekte eine wichtige Rolle, wonach Mädchen stärker geschützt werden und nicht ohne Familienangehörige reisen dürfen.<sup>12</sup> Auch die aktuellen Asylbewerberzahlen für Deutschland spiegeln diese Ungleichgewicht wider: Während bei Kindern bis 16 Jahren, die in der Regel mit ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten einreisen, keine Genderdifferenz feststellbar ist, überwiegen sowohl bei den 16 bis 18-jährigen wie auch bei den jungen Erwachsenen männliche Flüchtlinge (77,9% bzw. 79,4%).<sup>13</sup>

**Abb. 1: Alter bei Aufnahme\***



\* Datenbasis: 87 UMF der AJUMI und 25 UMF der AKJ

Bei der ganz überwiegenden Mehrheit der UMF handelt es sich um Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, nur in seltenen Fällen werden alleinreisende Kinder aufgenommen. Die Altersfeststellung erfolgt durch das Jugendamt in der LAST. Lediglich in einem Fall kam es im Verlauf des Aufenthalts in der AJUMI zu einer erneuten Prüfung, die mit der Rückführung in die LAST verbunden war. Gleiches gilt für zwei männliche UMF, bei denen neue Unterlagen auftauchten, wonach sie bereits das 18. Lebensjahr vollendet hatten. Infolge der teilweise sehr langwierigen Klärungsphase feierten einige Jugendliche in den Gruppen ihren 18. Geburtstag.

## 2.2 Herkunftsländer und Religion der Jugendlichen

Die Jugendlichen kommen aus den bekannten Krisengebieten der Welt – vor allem aus dem nahen und mittleren Osten (Irak, Afghanistan), Asien (Indien und Sri Lanka) und Afrika (Gambia, Nigeria, Sierra Leone und Algerien). Insgesamt kommen die Jugendlichen aus 31 verschiedenen Ländern (AJUMI: 27; AKJ: 10 Länder) – mit jeweils unterschiedlichen kulturellen Hintergründen.<sup>14</sup> Dies stellt hohe Anforderungen an die MitarbeiterInnen, die sich auf entsprechende kulturelle Besonderheiten einstellen müssen.<sup>15</sup> Diese Situation wird noch durch die Zugehörigkeit zu verschie-

<sup>12</sup> Vgl. Jordan 2000, S. 98ff.

<sup>13</sup> Vgl. BAMF 2009, S. 25f.; dies bestätigen auch die Zahlen des UNHCR: Zwar bilden Frauen und Mädchen knapp die Hälfte aller Flüchtlinge (47%), sie verbleiben aber eher im Land oder flüchten in einen Nachbarstaat; vgl. UNHCR 2009, S. 2

<sup>14</sup> Differenzierte Daten zu den Herkunftsländern finden sich in Tab. 6 im Anhang

<sup>15</sup> Vgl. zu diesen Anforderungen Riedelsheimer/Wiesinger 2004, S. 19ff. und 32ff.



denen ethnischen Gruppen und Glaubensgemeinschaften erschwert: In AJUMI und AKJ sind alle großen Religionen vertreten. Dabei bilden Muslime zwar die Mehrheit, aber auch viele Christen, Hindus und Sikhs sowie insbesondere Yesiden<sup>16</sup> aus dem Irak leben in den Aufnahmegruppen.

**Tab. 2: Herkunft der Jugendlichen\***

Herkunft	AJUMI	AKJ	Gesamt
Afrika	33,3 %	60,0 %	39,3 %
Asien	23,0 %	4,0 %	18,7 %
Naher und mittlerer Osten	39,1 %	24,0 %	35,7 %
Europa	4,6 %	12,0 %	6,3 %
Gesamt	100 %	100 %	100 %

\* Datenbasis: 87 UMF der AJUMI und 25 UMF der AKJ

Bei den Daten fällt die genderspezifische Verteilung bezüglich der Herkunftsländer ins Auge: Während die männlichen Jugendlichen vor allem aus dem Irak, Indien und Sri Lanka nach Deutschland flüchten, finden sich im AKJ vor allem afrikanische Mädchen. Zudem überwiegen unter den männlichen Jugendlichen Muslime und Yeziden, die weiblichen UMF kommen häufiger aus christlich geprägten Ländern und gehören auch zur Hälfte einer christlichen Glaubensgemeinschaft an (männlichen UMF: 16 %).<sup>17</sup>

Die größte nationale Gruppe stellen Jugendliche aus dem Irak (29 männliche und 6 weibliche UMF) dar. Dies entspricht den Zahlen von AsylersantragstellerInnen in Deutschland insgesamt. Dagegen weicht die weitere Zusammensetzung der Herkunftsländer von den Gesamtdaten ab.<sup>18</sup> Besonders auffällig sind dabei zum einen die wenigen UMF aus Afghanistan und der Türkei und zum anderen der relativ hohe Anteil afrikanischer Jugendlicher. Dieser Befund kann ein Hinweis auf die spezifische Wahl einzelner Bundesländer als Fluchtziel sein, weil sich hier besondere Unterstützungsstrukturen befinden. Er verweist aber auch auf kinder- und jugendspezifische Fluchtgründe in einzelnen Ländern, die Eltern dazu veranlassen, ihre Kinder alleine auf die Flucht zu schicken.<sup>19</sup>

<sup>16</sup> Das Yezidentum ist eine ausschließlich unter Kurden verbreitete, monotheistische Religion mit langer Tradition. Yeziden sahen und sehen sich der Verfolgung durch den Islam ausgesetzt, sie sind als im Irak verfolgte religiöse Minderheit anerkannt, zuvor unterlagen sie in der Türkei als Kurden und Yeziden einer doppelten Verfolgung. Die Zahl der Yeziden wird weltweit auf ca. 800.000 Mitglieder geschätzt, in Deutschland leben derzeit 40.000 bis 60.000 Yeziden, die mehrheitlich aus der Türkei stammen; vgl. Yesidisches Forum e.V. und Zentralrat der Yesiden in Deutschland unter [www.yezidi.org](http://www.yezidi.org)

<sup>17</sup> Ähnliche Ergebnisse finden sich bei Jordan 2000, S. 102f., vgl. auch BAMF 2009, S. 29,

<sup>18</sup> Zur länderspezifischen Verteilung vgl. BAMF 2009, S. 27ff.

<sup>19</sup> Vgl. dazu auch Jordan 2000, S. 21ff. und 101ff.

### **3. Hintergrund: Fluchtmotive und Zielland**

Warum verlassen junge Menschen ihre Heimat und flüchten in weit entlegene Länder, die sie nicht kennen, deren Kultur ihnen fremd ist und deren Sprache sie nicht verstehen? Warum schicken Eltern ihre Kinder, Verwandte ihre Nichten und Neffen fort, organisieren ihre Flucht und gehen damit hohe Risiken ein?<sup>20</sup> Über die Situation im Heimatland und die Fluchtmotive, die Erlebnisse auf der Flucht und die Gründe für die Wahl Deutschlands als Zielland gibt es oft nur spärliche Informationen. Die Jugendlichen äußern sich meist nur ungern, möchten über Erlebtes nicht reden, weil es zu schmerzhaft ist, sie ihre Familien nicht gefährden möchten und/oder sie entsprechend instruiert wurden. Insofern geben die hier ausgewerteten Aussagen der Jugendlichen zwar Hinweise auf die Hintergründe der Flucht, sie sind aber nicht erschöpfend.

#### **3.1 Fluchtmotive: Die Situation im Heimatland**

Ein Blick auf die Herkunftsländer der Jugendlichen macht deutlich: Sie flüchten aus Krisenregionen, in denen bewaffnete Auseinandersetzungen dominieren, Minderheiten verfolgt werden und große Not herrscht. Viele Familien haben direkt unter dieser Situation zu leiden: Zahlreiche Jugendliche haben ein Elternteil, manche beide Eltern<sup>21</sup> sowie Geschwister und andere Verwandte verloren. Oft wurden Familienmitglieder ermordet oder Opfer von Krieg und Terror. Zudem sind in elf Fällen Mutter oder Vater „verschwunden“, so dass die Jugendlichen auf sich gestellt waren, wenn sie nicht von der erweiterten Familie aufgenommen wurden. Hier spielen Onkel sowie Großeltern eine wichtige Rolle.

Die Jugendlichen kommen meist nicht aus eigenem Antrieb, sondern weil die Familie dies für das Beste hält: In einem Fünftel der Fälle möchten die Eltern oder andere Verwandte (insbesondere Onkel) die Kinder in Sicherheit bringen und ihnen eine (bessere) Zukunft sichern. Dies gelingt – so scheint es – eher gut gestellten Familien: Knapp ein Viertel der männlichen und gut ein Sechstel der weiblichen UMF entstammen der Ober- oder der Mittelschicht. Ein lediglich leicht höherer Anteil (27,6 % der männlichen und 23,5 % der weiblichen UMF) kommt aus einfachen bis ärmlichen Verhältnissen. Dies im Bezug auf die Herkunftsländer erstaunliche Verteilung ist u.a. darauf zurück zu führen, dass die Flucht oft teuer ist und ihre Organisation gute Kontakte voraussetzt.

Soweit die Fluchtmotive bekannt sind, scheinen politische Gründe sowie Terror und Bürgerkrieg im Heimatland die zentrale Rolle zu spielen: Oft sind die Eltern oder andere Verwandte politisch engagiert oder werden aufgrund vermuteter Aktivitäten verfolgt. Hinzu kommt in Sri Lanka die Rekrutierung junger Männer durch die Tamil

---

<sup>20</sup> Nur in drei Fällen flüchteten die alleinreisenden Jugendlichen gemeinsam mit den Eltern oder anderen Verwandten, wurden aber im Verlauf der Flucht von diesen getrennt.

<sup>21</sup> Im einzelnen haben 26 männliche und 3 weibliche UMF ihre Mutter, 31 männliche und 2 weibliche UMF ihren Vater verloren, darunter 17 männliche sowie eine weibliche UMF beide Eltern. Das Bild ist aber insofern unvollständig, als vielfach Angaben zur Familie fehlen. Zudem besteht die Möglichkeit, dass Jugendliche entsprechend instruiert werden, um die Chancen zu verbessern, in Deutschland bleiben zu dürfen.

Tiger und in Afrika durch Rebellengruppen. Religiöse Verfolgung trifft insbesondere die Yesiden im Irak, aber auch Christen in muslimischen Ländern. Immerhin 12 Jugendliche geben an, vor ihrer Flucht selbst im Gefängnis gewesen und z.T. gefoltert und/oder misshandelt worden zu sein. Der Verlust der Familie spielt ebenso eine Rolle wie Probleme der Familie mit ihrem sozialen Umfeld (Landschaftsstreit, Schikanen durch „mächtige Männer“ etc.). Schließlich geben einige Mädchen auch innerfamiliäre Gründe an: drohende Beschneidung, Missbrauch und Gewalt sowie Zwangsprostitution. Wirtschaftliche Gründe, der Wunsch nach einer besseren beruflichen Perspektive und die gute medizinische Versorgung sind nur in wenigen Fällen als Fluchtmotiv erkennbar. In der Literatur werden als weitere kinderspezifische Fluchtgründe genannt: Zwangsheirat, staatliche Umerziehungsmaßnahmen, Menschenhandel und schwerwiegende Entbehrungen im Heimatland (Obdachlosigkeit, Verwahrlosung), die von den UMF nicht explizit erwähnt werden. In den meisten Fällen dürften mehrere Ursachen zusammenspielen, die zur Fluchtentscheidung führen.<sup>22</sup>

### 3.2 Zielland Deutschland: Warum kommen die Jugendlichen hierher?

Die Flucht nach Deutschland wurde häufig von Verwandten organisiert – und in Deutschland finden sich wiederum Familienmitglieder, die sich um die Jugendlichen kümmern können. Auch aus diesem Grund führt der Fluchtweg z.T. gezielt nach Baden-Württemberg<sup>23</sup>: Immerhin 36 männliche und sieben weibliche Jugendliche haben hier Verwandte, an die sie sich wenden können und die sie oft auch aufnehmen (vgl. Punkt 5). Dabei überwiegen erneut die Onkel, die Verantwortung für ihre Nefen und Nichten übernehmen. Daneben gibt es aber auch zahlreiche Geschwister sowie drei Mütter und einen Vater, die in Deutschland leben und von denen die UMF z.T. während der Flucht getrennt wurden.<sup>24</sup>

**Tab. 3: UMF mit Verwandten in Deutschland\***

Herkunft	Männlich	Weiblich
Afrika	6,9 %	0 %
Asien ohne Sri Lanka	21,4 %	0 %
Sri Lanka	100 %	-
Naher und mittlerer Osten	40,0 %	0 %
Irak	72,4 %	100 %
Europa	50,0 %	100 %
<b>Durchschnitt</b>	<b>41,4 %</b>	<b>35,0 %</b>

\* Basis: 87 männliche und 18 weibliche UMF

<sup>22</sup> Vgl. dazu Angenendt 2000, S. 29ff., Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S. 23f. und Riedelsheimer/Wiesinger 2004, S. 8f.

<sup>23</sup> In drei Fällen ist es tatsächlich so, dass die UMF zunächst in einem anderen Bundesland ankamen und dann nach Karlsruhe reisten, weil hier Verwandte leben.

<sup>24</sup> Differenzierte Daten nach Herkunftsländern und Art des Verwandtschaftsverhältnisses finden sich in Tab. 7.1 und 7.2 im Anhang.

Deutlich wird, dass die Jugendlichen je nach Herkunft unterschiedlich große Chancen haben, in Deutschland Verwandte anzutreffen. So sind insbesondere afrikanische Flüchtlinge auf sich alleine gestellt, während UMF aus dem Irak und Sri Lanka ganz überwiegend auf familiäre Netzwerke zurück greifen können. Daher scheint es wichtig, gerade für afrikanische und asiatische Jugendliche Kontakte zur jeweiligen Community in der näheren Umgebung herzustellen, damit sie in entsprechende Netzwerke integriert werden, Unterstützung erhalten, ihre Muttersprache praktizieren und ihre kulturellen Traditionen weiter leben können.<sup>25</sup>

#### **4. Die Jugendlichen in den Aufnahmegruppen: Zwischen Alltag, Vergangenheitsbewältigung und Klärung der weiteren Perspektive**

Nach ihrer Ankunft in Deutschland werden die jungen Flüchtlinge entsprechend der neuen jugendhilferechtlichen Regelung durch das Jugendamt Karlsruhe in Obhut genommen und in die AJUMI bzw. die AKJ vermittelt. Im Rahmen des nun einsetzenden Clearingverfahrens sollen der Hilfebedarf der Jugendlichen unter Berücksichtigung ihres flüchtlingsspezifischen Situation festgelegt und ihr weiterer Verbleib geklärt werden. Weitere Aufgaben sind die medizinische Grundversorgung, das Erlernen der deutschen Sprache sowie die angemessene pädagogische und psychologische Betreuung. Parallel wird durch das Jugendamt ein Vormund ernannt, der für die Asylantragstellung zuständig ist und in das Hilfeplanverfahren sowie die Entscheidungen zum weiteren Verbleib einbezogen wird.<sup>26</sup> Wie werden diese vielfältigen Aufgaben wahrgenommen? Wie lange verbleiben die Jugendlichen in den Aufnahmegruppen? Und wie gestaltet sich die Situation der jungen Flüchtlinge?

##### **4.1 Aufenthaltsdauer**

Die Jugendlichen bleiben zwischen wenigen Tagen und sieben Monaten in den Aufnahmegruppen. Der Durchschnitt liegt bei ca. 3 Monaten für männliche und knapp 2 Monaten für weibliche UMF und entspricht damit dem auch von anderen Stellen berichteten Zeitraum für das Clearingverfahren.<sup>27</sup> Die unterschiedliche lange Dauer hängt insbesondere mit dem weiteren Verbleib bzw. der Art aufnehmenden Einrichtung zusammen: Werden die Jugendlichen von Verwandten aufgenommen, geht dies i.d.R. recht schnell, die Vermittlung in eine Jugendhilfemaßnahme dauert dagegen erheblich länger und hängt u.a. von der Zusammenarbeit mit aufnehmenden Landkreisen bzw. Einrichtungen ab. Eine Rolle spielt auch der Vormund: nimmt er bzw. sie nachhaltigen Einfluss auf den weiteren Verbleib seines Mündels, kann sich die Weitervermittlung ebenfalls zeitlich hinaus zögern.

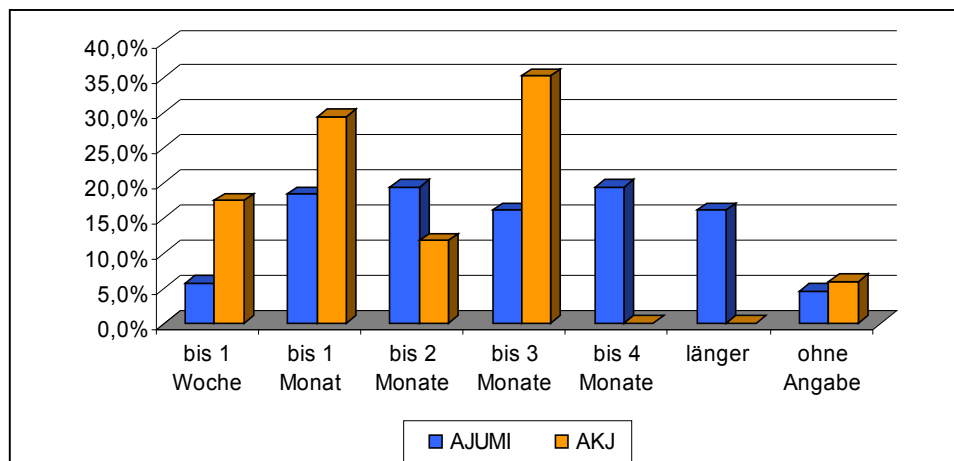
---

<sup>25</sup> Die Anerkennung und Stärkung der kulturellen Identität gehört zu einem der Standards im Umgang mit UMF, vgl. Separated Children in Europe Programme 2005, S. 17f.

<sup>26</sup> Zum Clearingverfahren, seinen Aufgaben und zum Vorgehen vgl. auch Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S.9ff., Riedelsheimer/Wiesinger 2004, S. 15 ff. und Separated Children in Europe Programme 2005, S. 15ff.

<sup>27</sup> Vgl. dazu Jordan 2000, S. 118f., Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S. 16 und Separated Children in Europe Programme 2005, S. 39.

**Abb. 2: Aufenthaltsdauer in der AJUMI und AKJ\***



\* Basis: 87 männliche und 17 weibliche UMF

Die teilweise sehr kurze Aufenthaltsdauer von unter einer Woche ist darauf zurückzuführen, dass einige Jugendliche nach der Aufnahme darauf bestanden, wieder in die LAST zurück zu kehren, weil dort Verwandte, Freunde oder andere Landsleute lebten. Einige Jugendliche sind abgängig: Sie verlassen die Aufnahmegruppen bereits nach kurzer Zeit auf eigene Faust, ihr weiterer Verbleib ist unklar. Zudem wurden zwei weibliche Jugendlichen aufgrund einer akuten Überbelegung in eine andere Einrichtung weitervermittelt.

Die Erfahrungen gerade der AJUMI zeigen: Die Klärungsphase braucht Zeit. Dies führt bei einigen Jugendlichen zu Ungeduld, sie können mit der großen Unsicherheit nur schwer umgehen. Und wenn sie nach einem längeren Aufenthalt die Gruppe und auch Karlsruhe verlassen müssen, fällt es vielen schwer, sich auf die neue Situation, eine neue Einrichtung oder Pflegeeltern einzustellen. Daher sollten alle Beteiligten daran arbeiten, das Clearingverfahren so zügig wie möglich durchzuführen.

## **4.2 Schulische und berufliche Perspektive**

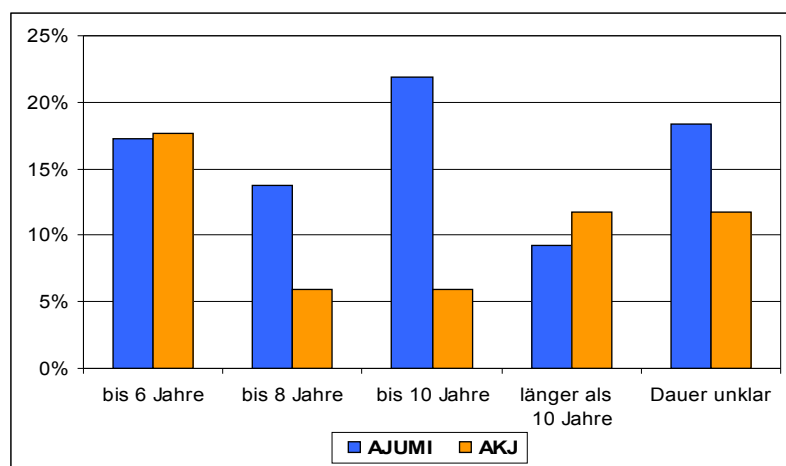
Wie bereits oben anklang, entstammen viele Jugendliche der Mittel- und Oberschicht. Sie haben in ihren Heimatländern weiterführende Schulen besucht und sind sehr motiviert, in Deutschland einen Abschluss zu machen, zu studieren bzw. einen Beruf zu erlernen. Ein anderer Teil der jungen Flüchtlinge stammt aus armen Familien, hat keine Eltern mehr und musste sich alleine „durchkämpfen“. Viele dieser Jugendlichen mussten viele früh arbeiten bzw. im elterlichen Betrieb mithelfen, um das Überleben zu sichern. Trotz aller Unterschiede: Nach eigenen Angaben haben die meisten eine Schule besucht und dies oft über einen längeren Zeitraum. Wenngleich häufig Informationen zur Art der besuchten Schule fehlen, wird aufgrund der Dauer des Schulbesuchs deutlich, dass ein nicht unerheblicher Teil der jungen Flüchtlinge eine weiterführende Schule besucht hat.

**Tab. 4: Schulbesuch im Herkunftsland\***

Schulbesuch	AJUMI	AKJ
ja	80,5 %	52,9 %
nein	9,2 %	11,8 %
ohne Angabe	10,3 %	35,3 %

\* Basis: 87 männliche und 17 weibliche UMF

Diese insgesamt gute Bildungssituation schlägt sich in einer hohen Alphabetisierungsquote nieder: Lediglich fünf männliche und zwei weibliche UMF können nicht schreiben und lesen. Außerdem sind vielfach Fremdsprachenkenntnisse vorhanden: Knapp drei Viertel der Jugendlichen (73,6% der männlichen und 70,6% der weiblichen UMF) verfügen zumindest über Grundkenntnisse in einer Fremdsprache – meist Englisch, gefolgt von Arabisch und Französisch.<sup>28</sup> Dennoch stellt die große Sprachenvielfalt hohe Anforderungen an die MitarbeiterInnen und behindert die Verständigung auch zwischen den Jugendlichen.

**Abb. 3: Dauer des Schulbesuchs im Herkunftsland**

\* Basis: 70 männliche und 9 weibliche UMF

Die vorhandenen Kenntnisse stellen eine gute Basis für das Erlernen der deutschen Sprache dar, ein zentrales Aufgabenfeld der Clearingphase. Und die relativ hohe Bildungsbeteiligung im Herkunftsland bildet einen Anknüpfungspunkt für die Beschulung der jungen Flüchtlinge. Viele mussten aufgrund von Terror oder Bürgerkrieg die Schule verlassen, bei anderen führte die Flucht zum Schulabbruch. Gefragt nach der weiteren Perspektive geben weibliche wie männliche Jugendliche an, in Deutschland zunächst ihren Schulabschluss machen zu wollen. Diese deutlich vorhandenen Motivation sollte stärker als bisher genutzt werden, um neben Deutsch auch weitere Fächer zu unterrichten. Dabei ist die Teilnahme am Regelunterricht anzustreben, die nicht nur die Integration der Jugendlichen fördert, sondern als Fortführung der zu Hause begonnenen Bildung zu verstehen ist. Der Zugang zum deut-

<sup>28</sup> Vgl. dazu auch Tab. 8 im Anhang.

schen Bildungs- und Ausbildungssystem hilft den Jugendlichen bei einem längeren Verbleib in Deutschland perspektivisch ein selbstständiges Leben zu führen. Im Falle einer Rückkehr verbessert dies aber auch die Lebenschancen im Heimatland.<sup>29</sup>

Auch im Hinblick auf ihre weitere berufliche Perspektive zeigen gerade die männlichen Jugendlichen Interesse: Ganz oben stehen der Wunsch nach einer Ausbildung in einem technischen Beruf oder ein Studium, einige Jugendliche möchten im Bankwesen arbeiten und einen Traumberuf stellt Profisportler/-fußballer dar. Nur von einem der Mädchen ist der Berufswunsch bekannt – sie möchte Krankenschwester werden. Dies kann auch mit der oben angesprochenen Erwartung an die Jungen zusammenhängen, die Familie im Herkunftsland perspektivisch zu unterstützen, wohingegen dies von Mädchen seltener erwartet wird.<sup>30</sup>

### **4.3 Alltagsgestaltung, Sozialverhalten und neue soziale Kontakte**

Wengleich Fragen zum Asyl und die Klärung der weiteren Perspektive sowie die Situation der Familie zu Hause die Jugendlichen am meisten beschäftigen, widmen sie sich doch auch ihrer neuen Umgebung und müssen den Alltag in einer ihnen fremden Kultur bewältigen. Neben alltagspraktischen Fähigkeiten wie Kochen, Einkaufen und Zimmer aufräumen, stehen das Einleben in die Gruppe und neue soziale Kontakte im Mittelpunkt.

Alltagspraktische Fähigkeiten sind nicht bei allen männlichen Jugendlichen vorhanden: Zwar hilft die Mehrheit bei Kochen, Putzen und Einkaufen. Einige Jugendliche sind aber sehr unselbständig, brauchen Anleitung, helfen erst nach Aufforderung mit oder weigern sich ganz. Die Mädchen zeigen dagegen eine hohe Kompetenz und große Selbstständigkeit im häuslichen Bereich. Ihre Freizeit verbringen die männlichen UMF mit jugendtypischen Aktivitäten: in die Stadt gehen, Freunde treffen, Musik hören, am PC spielen bzw. im Internet surfen oder Lesen. Sport nimmt eine herausragende Stellung ein, dabei steht Fußball an erster Stelle gefolgt von Cricket. Die Jugendlichen sind dabei nicht nur Zuschauer, sondern selbst aktiv und in Vereinen engagiert. Die wenigen Daten, die für die Mädchen vorliegen, deuten gleichfalls auf alterstypische Interessen hin: Mode, Kosmetik, Shoppen und Freundinnen treffen sowie telefonieren, an Sport sind die Mädchen mit zwei Ausnahmen nicht interessiert.

Den meisten Jugendlichen gelingt es, freundliche bis freundschaftliche Beziehungen zu den Mitbewohnern aufzubauen. Die weiteren sozialen Kontakte konzentrieren sich auf Landsleute vor allem in der LAST sowie auf Verwandte. Nur wenige lernen etwa über den Sport andere deutsche Jugendliche kennen, einige Jungen haben aber eine deutsche Freundin bzw. treffen sich mit deutschen Mädchen. Die weiblichen UMF sind dagegen eher zurückhaltend und vorsichtig im Kontaktaufbau.

---

<sup>29</sup> Vgl. Jordan 2000, S. 149ff. und Separated Children in Europe Programme 2005, S. 38f.

<sup>30</sup> So verweist auch Jordan darauf, dass die Jugendlichen unter einem erheblichen Druck stehen, Erfolg zu haben, denn die Flucht war oft teuer und muss sich „lohnen“, vgl. Jordan 2000, S. 24.

Auch wenn der Alltag in den Gruppen eine gewisse Normalität für die jungen Flüchtlinge herstellt, befinden sich doch weiterhin in einer schwierigen Lebensphase, die hohe Anforderungen an sie stellt. Diese Belastungen sind für die MitarbeiterInnen zwar spürbar, sie schätzen das Sozialverhalten der Jugendlichen aber ganz überwiegend positiv ein: Insgesamt 55 männliche und 8 weibliche UMF werden als höflich, hilfsbereit, zuverlässig, offen und kommunikativ beschrieben. Sie integrieren sich in ihre Gruppe und kommen mit den BetreuerInnen gut zurecht. Andererseits sind bei 20 männlichen und 6 weiblichen Jugendlichen negative Verhaltensweisen fest zu stellen: Sie haben massive Probleme mit der langen Wartezeit, ziehen sich zurück oder werden ungeduldig bis aggressiv. Daneben halten sich einige Jungs nicht an die Regeln, konsumieren Alkohol oder andere Drogen und agieren z.T. aggressiv – gegenüber anderen Jugendlichen und/oder den MitarbeiterInnen. Im Laufe ihres Aufenthalts zeigen zahlreiche Jugendliche eine positive Entwicklung, sie werden offener und blühen auf. Nur zwei verändern sich in eine negative Richtung, ziehen sich zunehmend zurück und werden aggressiv.

Insgesamt gilt: Vor dem Hintergrund des Erlebten, der Situation im Heimatland, der Fluchterfahrungen und der unsicheren Perspektive ist das Verhalten der Jugendlichen überaus positiv zu bewerten. Der überwiegenden Mehrheit gelingt es gut, das schwierige Zusammenleben in einer gemischten Gruppe und einer fremden Umgebung zu meistern. Die bei vielen männlichen und noch stärker bei den weiblichen UMF vorhandene Selbstständigkeit hilft den Jugendlichen dabei, sich in ihrer neuen Umgebung zurecht zu finden. Dies sollte aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die jungen Flüchtlinge die Hilfe und Unterstützung durch das pädagogische Personal brauchen.<sup>31</sup> Die Probleme, die die Jugendlichen bewegen, sind oft erst nach einiger Zeit erkennbar, wenn diese sich gegenüber den BetreuerInnen öffnen und langsam ein Vertrauensverhältnis entsteht. Auch wenn die Zahl der „Problemfälle“ in den ersten beiden Jahren der AJUMI relativ klein war, so traten in einigen Fällen doch (massive) Störungen auf, die die gesamte Gruppe belasteten.

#### **4.4 Gesundheitliche Situation**

Die Situation im Heimatland und die Flucht sind mit erheblichen Risiken für die physische und psychische Gesundheit verbunden. Daher gehört die medizinische Erstversorgung zu einer zentralen Aufgabe des Clearingsverfahrens. Die Auswertung der Fragebögen zeigt auch hier ein erfreulich positives Bild: Den meisten Jugendlichen scheint es zumindest körperlich gut zu gehen. Sie kommen nur selten mit „alten“ Krankheiten und Verletzungen in Deutschland an, lediglich 17 UMF (darunter zwei Mädchen) bringen eine längere Krankengeschichte mit und sind auch in Karlsruhe weiter in Behandlung. Dabei dominieren Verletzungen infolge von Unfällen und Misshandlungen, hinzu kommen häufig Zahnprobleme.

Während sich die Jugendlichen von den physischen Strapazen der Flucht relativ schnell erholen, bleibt die psychische Belastung bestehen und wird oft erst nach einiger Zeit deutlich: Die Erlebnisse im Heimatland und während der Flucht, die Sor-

<sup>31</sup> Vgl. Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S. 5.



gen um Eltern, Geschwister und andere Verwandte belasten viele. Daneben leiden einige unter Schuldgefühlen, weil sie sich in Sicherheit befinden, während andere Familienmitglieder weiterhin Gefahren ausgesetzt sind.<sup>32</sup> So scheint die Zahl von fünf Jungen und zwei Mädchen, die in psychiatrischer Behandlung sind, eher niedrig. Allerdings neigen zahlreiche Jugendliche dazu, sich zurückzuziehen, viele leiden unter Schlafstörungen, Panikattacken und anderen Auffälligkeiten, die auf eine Traumatisierung hindeuten. Und gerade weil es schwierig ist, die fluchtbedingten Belastungen und eventuelle Störungen der Jugendlichen zu erkennen, kommt der angemessenen psychischen und pädagogischen Betreuung durch geschultes Fachpersonal besondere Bedeutung zu.

Fasst man die Ergebnisse zur Situation der Jugendlichen während ihrer Zeit in den Aufnahmegruppen zusammen, so werden einerseits die Belastungen, andererseits aber auch die Hoffnungen der Jugendlichen deutlich: Sie haben es mit Hilfe ihrer Familie und anderer HelferInnen nach Deutschland geschafft, sind Terror und Bürgerkrieg entkommen und hoffen nun auf eine bessere Zukunft. Zugleich leiden sie unter der Ungewissheit, wie es für sie, aber auch für ihren Familien zu Hause weitergehen wird. Einige sind dabei einem erheblichen Erwartungsdruck seitens ihrer Familien ausgesetzt: Sie müssen es schaffen, in Deutschland zu bleiben und von hier aus ihre Familie zu Hause zu unterstützen oder sie nachzuholen. Für die MitarbeiterInnen stellen die starke Mischung der Gruppen – hinsichtlich ihres kulturellen Hintergrundes, ihrer Religion, ihrer Sprache und ihrer sozialen Zugehörigkeit – wie auch die oft belastenden Fluchterlebnisse und der ständige Wechsel eine große Herausforderung dar.

## **5. Weitervermittlung und Verbleib der Jugendlichen**

Eine wichtige Aufgabe der Clearingphase besteht darin, die weitere Perspektive der jungen Flüchtlinge zu klären: Während ihres Aufenthalts wird geprüft, ob Verwandte in Deutschland leben, die die Jugendlichen aufnehmen können und wollen. Gibt es keine Verwandten, dann muss geprüft werden, welcher Hilfebedarf im Einzelfall besteht. Dabei sind auch die Wünsche der jungen Flüchtlinge zu berücksichtigen.<sup>33</sup> Zudem sollten bei der Bedarfsermittlung und der Entscheidung über den weiteren Verbleib auch die fluchtbedingten Bedarfsbereiche wie etwa die Aufarbeitung des Fluchtgeschehens und daraus resultierende Belastungen, die Auseinandersetzung mit der neuen Situation und die Unterstützung bei der Identitätsfindung im neuen gesellschaftlichen Kontext Beachtung finden.<sup>34</sup> Auf dieser Grundlage werden eine aufnehmende Stelle gesucht, der Kontakt zu dieser Einrichtung hergestellt und der Transfer organisiert.

Im Anschluss an die Inobhutnahme werden die meisten Jugendlichen in Jugendhilfemaßnahmen vermittelt – in Betreutes Wohnen, zu Pflegeeltern oder in stationäre Gruppen. An zweiter Stelle folgt bei den männlichen Jugendlichen die GU mit immer-

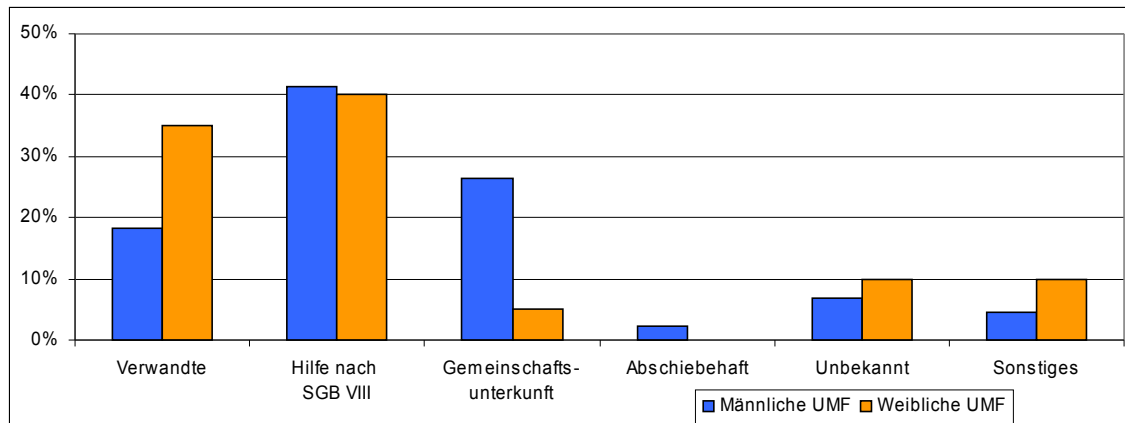
<sup>32</sup> Vgl. Jordan 2000, S. 27f.

<sup>33</sup> Vgl. Separated Children in Europe Programme 2005, S. 17.

<sup>34</sup> Vgl. Diakonie Schleswig-Holstein 2008, S. 13.

hin einem Viertel des Transfers. Bei den Mädchen liegt dagegen die Familie mit gut einem Drittel der Vermittlungen an zweiter Stelle, von den Jungen kann nur knapp ein Fünftel zu Verwandten. Insgesamt sechs UMF verlassen die Aufnahmegruppen auf eigene Faust und tauchen unter.

**Abb. 4: Verbleib nach Abschluss des Clearingverfahrens\***



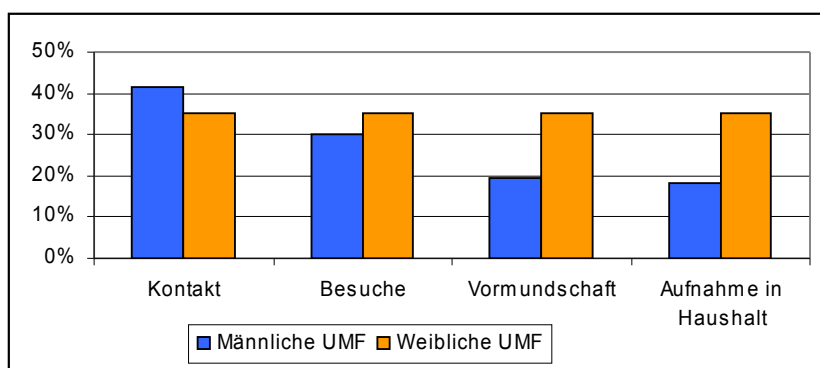
\* Basis: 87 männliche und 20 weibliche UMF

Bezüglich der Hilfen nach SGB VIII erfolgt in Baden-Württemberg eine Verteilung der UMF auf die Stadt- und Landkreise nach Vorgabe durch das Regierungspräsidium, da an dieser Stelle wiederum das Asyl- und Ausländerrecht Vorrang hat. Im Einzelfall war es aber nicht immer möglich, Jugendliche in diesem Schlüssel zu vermitteln – teilweise verweigerten die Städte und Landkreise die Aufnahme, teils fehlten passende Angebote. Wenngleich aus (finanz-) politischen Gründen ein Verteilung sinnvoll erscheint, ist sie doch im Hinblick auf die UMF zumindest kritisch zu sehen: Sie kommen als „Einzelfall“ in eine Einrichtung, finden dort i.d.R. keine Landsleute, mit denen sie sich austauschen und ihre kulturellen Traditionen pflegen können. Zudem kann nicht davon ausgegangen werden, dass die MitarbeiterInnen mit der besonderen Situation von UMF vertraut sind und über entsprechende Kompetenzen verfügen. Beim Transfer ist daher auf eine gut vorbereitete Übergabe zu achten, um den Jugendlichen den Wechsel zu erleichtern und eine an ihren besonderen Bedarfen orientierte Betreuung sicher zu stellen.

Für Jugendliche mit Verwandten dürfte der Abschied aus AJUMI und AKJ dagegen leicht fallen: In zahlreichen Fällen gelang es, Kontakte zu Verwandten herzustellen. Es war jedoch nicht immer möglich, dass diese auch die Vormundschaft übernehmen. Dies gilt insbesondere für männliche UMF: Zwar haben gut 40 % von ihnen Kontakt zu Verwandten oder Bekannten, aber nur in knapp der Hälfte dieser Fälle übernehmen sie auch die Vormundschaft<sup>35</sup>. Bei den weiblichen UMF ergibt sich ein anderes Bild: Lediglich ein gutes Drittel hat hier Verwandte, aber in allen Fällen übernehmen diese die Vormundschaft für die Mädchen, die auch in ihrem Haushalt leben können.

<sup>35</sup> In einem Fall übernahm der Onkel die Vormundschaft. Da er aber selbst noch in einer GU lebte, war keine Aufnahme in den Haushalt möglich.

**Abb. 5: Kontakt zu und Verbleib bei Verwandtem\***



\* Basis: 87 männliche und 20 weibliche UMF

Die Auswertung des Verbleibs macht die besondere Bedeutung der Vormünder für die jungen männlichen Flüchtlinge deutlich. Haben sie einen Vormund, der sich um ihre Belange kümmert und das Kindeswohl im Blick hat, dann ist es sehr viel wahrscheinlicher, dass die Jugendlichen im Anschluss an die Inobhutnahme in eine Jugendhilfemaßnahme weitervermittelt werden. Fehlt dagegen ein Vormund, erfolgt erheblich öfter ein (Rück-) Transfer in eine GU. Die Rückverlegung in die LAST hat daneben aber auch fallspezifische Ursachen: So kam es bei einem Jugendlichen zu einer erneuten Altersfeststellung, ein anderer wurde während des Aufenthalts volljährig. Zwei Jugendliche zeigten gewalttätiges Verhalten in der AJUMI und wurden deshalb in die LAST verlegt. Schließlich hängt es bei allem Einsatz von Vormund und MitarbeiterInnen auch vom aufnehmenden Landkreis ab, in welche Einrichtung die Jugendlichen kommen. So wurden einige UMF entgegen vorherigen Absprachen nach ihrem Transfer (zunächst) in einer GU untergebracht.

**Tab. 5: Vormundschaft und Verbleib – AJUMI**

Vormund	SGB VIII	GU	Verwandte	Anderes
Jugendamt**	32	10	12	6
Verwandte	-	1	4	-
Keiner /o.A.	4	12	-	6
Gesamt	36	23	16	12

\* Basis: 87 männliche Jugendliche

\*\* In elf Fällen übernahm zunächst das Jugendamt die Vormundschaft, übertrug diese später aber auf Verwandte.

Wie bereits oben angesprochen, besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Verbleib und der Aufenthaltsdauer in den Aufnahmegruppen: Haben die Jugendlichen Verwandte in Deutschland, die sie aufnehmen können, dann gelingt die Vermittlung meist in ein bis zwei Monaten. Erfolgt dagegen der Transfer in eine Jugendhilfemaßnahme, dann dauert dies in der Regel drei bis vier Monate, bei den männ-

lichen UMF häufig noch länger.<sup>36</sup> Ein Grund dafür liegt in der sorgfältigen Bedarfs-ermittlung und der darauf basierenden Hilfeplanung. Ursache ist aber vor allem die Zuweisung auf Stadt- und Landkreise entsprechend den Vorgaben des Regierungspräsidiums. Erst im Anschluss daran werden Jugendhilfeaspekte berücksichtigt und Einrichtungen gesucht, die dem Hilfebedarf des Jugendlichen entsprechen. Dies erfordert deutlich mehr Zeit, wie auch die Erfahrungen anderer Einrichtungen zeigen.

## **7. Fazit und Ausblick**

Mit der Schaffung der AJUMI hat die Stadt Karlsruhe schnell auf die jugendhilferechtliche Neuregelung reagiert. Und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitung zeigen: Die Einrichtung einer auf minderjährige Flüchtlinge spezialisierten Aufnahme-gruppe hat sich bewährt: Tatsächlich kam es im Untersuchungszeitraum zu einem hohen und wachsenden Auftreten insbesondere männlicher UMF. Die für diese jungen Flüchtlinge geschaffene AJUMI ermöglichte eine „angstfreie“ und jugendge-rechte Unterbringung, besonders geschultes Fachpersonal sicherte eine angemessene pädagogische und psychologische Betreuung. Der Zustrom junger Flüchtlinge und die z.T. langwierigen Klärungsprozesse trugen dazu bei, dass die AJUMI wäh-rend des Projektzeitraums fast durchgehend überbelegt war, auch die Gründung der zweiten Gruppe brachte nur wenig Entlastung. Heute werden fast 30 minderjährige Flüchtlinge in Karlsruhe in den beiden Aufnahmegruppen versorgt.

Bezüglich der weiblichen UMF zeigt sich wie erwartet ein deutlich geringerer Bedarf. Die Bildung einer eigenen Betreuungsgruppe für diese jungen Flüchtlinge scheint derzeit wenig sinnvoll, so dass sie weiterhin in die AKJ vermittelt werden sollten. Dies verbessert einerseits ihre Integrationschancen und trägt zum schnellen Erlernen der deutschen Sprache bei. Andererseits können fluchtbedingte Bedarfe eventuell nicht oder nicht angemessen gedeckt werden, die Flüchtlingsmädchen gehen dann in der Gruppe „unter“. Hier haben allerdings eine enge Zusammenarbeit, die Teilnahme an Weiterbildungen und ein kontinuierlicher Austausch zwischen den MitarbeiterInnen von AJUMI und AKJ zu einer deutlichen Verbesserung der Betreuungssituation ge-führt. Dennoch sollte die Entwicklung der Fallzahlen wie auch die Situation der weib-lichen UMF weiter genau beobachtet werden, um gegebenenfalls ein eigene Auf-nahmegruppe zu installieren.

Nachhaltigen Einfluss auf die Arbeit in den Gruppen hatte die Einführung qualifizier-ter Vormundschaften durch das Jugendamt Karlsruhe. Dies war mit positiven Verän-derungen für die minderjährigen Flüchtlinge verbunden: Ihr Hilfebedarf wird nun mit Unterstützung der Vormünder ermittelt und bei der Auswahl der Folgeeinrichtung steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Berücksichtigt werden eine angemessene Betreuung, Unterbringung, Bildung sowie die gesundheitliche Versorgung der UMF – alles Anforderungen, die Gemeinschaftsunterkünfte nicht erfüllen und in die Jugend-liche nur noch in Ausnahmefällen transferiert werden. Ein Problem stellt aber weiter-

---

<sup>36</sup> Detaillierte Angaben zur Aufenthaltsdauer im Zeitverlauf und in Abhängigkeit zum Verbleib finden sich in den Tab. 9 bis 11 im Anhang.

hin der Verteilungsschlüssel in Baden-Württemberg dar: Bei der Auswahl der Anschlussunterbringung sollte dieser keine Rolle mehr spielen. Vielmehr sollten die jungen Flüchtlinge nur solchen Städten und Landkreisen zugewiesen werden, in denen freie Träger über die notwendige Infrastruktur und die fachliche Kompetenz im Umgang mit UMF verfügen. Denn die positiven Ergebnisse zur gesundheitlichen Situation wie auch zum Sozialverhalten dürfen nicht darüber hinweg täuschen, dass viele der jungen Flüchtlinge auch weiterhin qualifizierte Hilfe und fachliche Betreuung benötigen. Zugleich sollte die hohe Motivation der Jugendlichen im schulischen Bereich genutzt und der Zugang zu Bildung und Ausbildung für diese Gruppe erleichtert werden – auch vor dem Hintergrund der aktuellen Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt.

In AJUMI und AKJ finden sich Jugendliche aus zahlreichen Ländern mit unterschiedlichem kulturellen und religiösen Hintergrund. Um den Jugendlichen, die hier keine Landsleute antreffen und auch keine Verwandten in Deutschland haben, Hilfe und Orientierung in einer für sie fremden Gesellschaft zu geben, bietet sich die Kooperation mit entsprechenden Netzwerken oder Gruppen an. Durch solche Kontakt könnten zudem die Traditionen der Heimat erhalten bzw. eingeübt sowie die Ausübung der Religion und der Erhalt der Muttersprache ermöglicht werden.

## Literatur

Angenendt, Steffen: Kinder auf der Flucht. Minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, Opladen 2000

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Asyl in Zahlen 2008, Nürnberg 2009; Download unter: [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

Deutscher Bundestag, Drucksache 16/11960, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dagdelen, Jörn Wunderlich und der Fraktion DIE LINKE, Berlin 13.02.2009

Diakonie Schleswig-Holstein u.a.: Handreichung zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Schleswig-Holstein, Kiel 2008, Download unter: [http://www.diakonie-sh.de/fix/files/doc/UMF\\_handreichung\\_12\\_2008\\_download.pdf](http://www.diakonie-sh.de/fix/files/doc/UMF_handreichung_12_2008_download.pdf)

Jordan, Silke: FluchtKinder. Allein in Deutschland, Karlsruhe 2000

Riedelsheimer, Albert und Irmela Wiesinger (Hrsg.): Der erste Augenblick entscheidet. Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, Karlsruhe 2004

Separated Children in Europe Programme – Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (Hrsg.): „Statement of good practice“ Standards für den Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen, Karlsruhe 2006

UNHCR: 2008 Global Trends: Refugees, Asylum-seekers, Returnees, Internally Displaced and Stateless Persons, Genf 2009; Download unter: <http://www.unhcr.org/statistics>

Yesidisches Forum e.V. und Zentralrat der Yesiden in Deutschland unter [www.yezidi.org](http://www.yezidi.org)

## Anhang: Tabellen und Abbildungen

**Tab. 6: Herkunft der Jugendlichen**

Herkunft	AJUMI	AKJ	Gesamt
<b>Afrika</b>	<b>29</b>	<b>15</b>	<b>44</b>
darunter:- Algerien	6	-	6
- Gambia	7	3	10
- Nigeria	4	3	7
- Sierra Leone	2	4	6
<b>Asien</b>	<b>20</b>	<b>1</b>	<b>21</b>
darunter: - Indien	9	-	9
- Sri Lanka	6	-	6
<b>Naher und mittlerer Osten</b>	<b>34</b>	<b>6</b>	<b>40</b>
darunter: Irak	29	6	35
<b>Europa</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>7</b>
<b>Gesamt</b>	<b>87</b>	<b>25</b>	<b>112</b>

**Tab. 7: Fremdsprachenkenntnisse**

Fremdsprache	Grundkenntnisse		Vertiefte Kenntnisse	
	Männlich	Weiblich	Männlich	Weiblich
Englisch	38	4	15	3
Arabisch	9	1	2	1
Französisch	4	1	6	-
Spanisch	4	1	-	-
Deutsch	3	1	-	-
andere	4	-	5	-
Keine	13	5	-	-

\* Basis: 87 männliche und 17 weibliche UMF

**Tab. 8.1: Jugendliche mit Verwandten in Deutschland – AJUMI**

Herkunft	Eltern	Geschwister	Onkel / Tante	Cousin / Cousine	Be-kannte	keine	Anteil mit Verwandten
<b>Afrika</b>	1	0	1	0	0	27	6,9%
<b>Asien ohne S.L.</b>	0	1	2	0	0	11	21,4%
<b>Sri Lanka</b>	0	0	5	1	0	0	100%
<b>Naher und mittlerer Osten</b>	0	1	1	0	0	3	40%
<b>Irak</b>	1	5	11	3	1	8	72,4%
<b>Europa</b>	1	0	0	0	1	2	50%

<b>Gesamt</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>20</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>51</b>	<b>41,4%</b>
---------------	----------	----------	-----------	----------	----------	-----------	--------------

**Tab. 8.2: Jugendliche mit Verwandten in Deutschland – AKJ**

<b>Herkunft</b>	<b>Eltern</b>	<b>Geschwister</b>	<b>Onkel / Tante</b>	<b>Cousine / Cousin</b>	<b>keine</b>	<b>Anteil mit Verwandten</b>
<b>Afrika</b>	0	0	0	0	11	0%
<b>Irak*</b>	1	0	1	2	0	100%
<b>Europa</b>	0	1	1	0	0	100%
<b>Gesamt</b>	<b>1</b>	<b>1</b>	<b>2</b>	<b>2</b>	<b>11</b>	<b>35,3%</b>

\* Hinzu kommt ein irakisches Geschwisterpaar mit Verwandten, hier war aber die Art der Verwandtschaft unklar.

**Tab. 9: Aufenthaltsdauer in der AJUMI im zeitlichen Verlauf**

<b>Dauer</b>	<b>02-07/2007</b>	<b>08/07-01/08</b>	<b>02-07/2008</b>	<b>08/08-02/09</b>
bis 1 Woche	1	2	1	1
bis 1 Monat	2	4	4	6
bis 2 Monate	4	6	4	3
bis 3 Monate	6	1	3	4
bis 4 Monate	1	5	8	3
länger	1	5	5	3
unklar/o.A.	3	1	-	-
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>24</b>	<b>25</b>	<b>20</b>

**Tab. 10: Verbleib – Veränderungen im Zeitverlauf der AJUMI:**

<b>Zeitraum</b>	<b>Verwandte</b>	<b>SGB VIII</b>	<b>GU</b>	<b>Anderes</b>
02-07/2007	0	6	10	2
08/07-01/08	5	11	4	4
02-07/2008	6	12	2	5
08/08-02/09	5	7	7	1
<b>Gesamt</b>	<b>16</b>	<b>36</b>	<b>23</b>	<b>12</b>



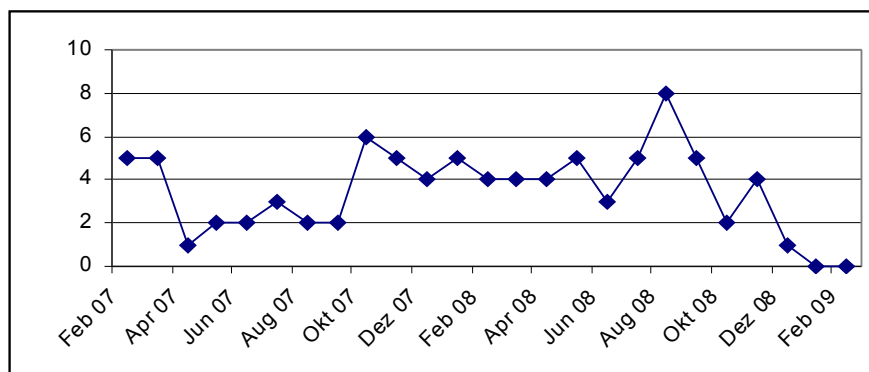
**Tab. 11.1: Aufenthaltsdauer in AJUMI und Verbleib**

Transfer zu:	Verwandten	Jugendhilfe	GU	Anderes	Summe
bis 1 Monat	8	1	6	6	21
bis 2 Monate	7	3	6	1	17
bis 3 Monate	1	6	5	2	14
bis 4 Monate		14	3	3	20
länger		11			11
unklar		1	3		4
<b>Gesamt</b>	<b>16</b>	<b>36</b>	<b>23</b>	<b>12</b>	<b>87</b>

**Tab. 11.2: Aufenthaltsdauer in AKJ und Verbleib**

Transfer zu:	Verwandten	Jugendhilfe	GU	Anderes	Summe
bis 1 Monat	5	2		1	8
bis 2 Monate		2			2
bis 3 Monate	1	5			6
unklar				1	1
<b>Gesamt</b>	<b>6</b>	<b>9</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>17</b>

**Abb. 6: Neuzugänge zur AJUMI im Zeitverlauf\***



\* N = 87; da in die Auswertung nur weitervermittelte UMF eingehen und die Aufenthaltsdauer oft bei vier Monaten und mehr liegt, sind die Daten ab Okt. 2008 nur sehr eingeschränkt aussagekräftig.



**Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge  
vom 28. Juli 1951**

**(In Kraft getreten am 22. April 1954)**

**Protokoll über die Rechtsstellung  
der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967**

**(In Kraft getreten am 4. Oktober 1967)**



**UNHCR**

**United Nations High Commissioner for Refugees**  
Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

# **Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951**

verkündet mit Gesetz vom 01.09.1953 (BGB. II S. 559), in Kraft getreten am 22.04.1954 gemäß Bekanntmachung des Bundesministers des Auswärtigen vom 25.04.1954 (BGB 1. II S. 619)

## **Präambel**

### *Die hohen vertragschließenden Teile*

*in der Erwägung*, dass die Satzung der Vereinten Nationen und die am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung angenommene Allgemeine Erklärung der Menschenrechte den Grundsatz bestätigt haben, dass die Menschen ohne Unterschied die Menschenrechte und Grundfreiheiten genießen sollen,

*in der Erwägung*, dass die Organisation der Vereinten Nationen wiederholt die tiefe Verantwortung zum Ausdruck gebracht hat, die sie für die Flüchtlinge empfindet, und sich bemüht hat, diesen in möglichst großem Umfange die Ausübung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten zu sichern,

*in der Erwägung*, dass es wünschenswert ist, frühere internationale Vereinbarungen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge zu revidieren und zusammenzufassen und den Anwendungsbereich dieser Regelungen sowie den dadurch gewährleisteten Schutz durch eine neue Vereinbarung zu erweitern,

*in der Erwägung*, dass sich aus der Gewährung des Asylrechts nicht zumutbare schwere Belastungen für einzelne Länder ergeben können und dass eine befriedigende Lösung des Problems, dessen internationalen Umfang und Charakter die Organisation der Vereinten Nationen anerkannt hat, ohne internationale Zusammenarbeit unter diesen Umständen nicht erreicht werden kann,

*in dem Wunsche*, dass alle Staaten in Anerkennung des sozialen und humanitären Charakters des Flüchtlingsproblems alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu vermeiden, dass dieses Problem zwischenstaatliche Spannungen verursacht,

*in Anerkenntnis* dessen, dass dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge die Aufgabe obliegt, die Durchführung der internationalen Abkommen zum Schutz der Flüchtlinge zu überwachen, und dass eine wirksame Koordinierung der zur Lösung dieses Problems getroffenen Maßnahmen von der Zusammenarbeit der Staaten mit dem Hohem Kommissar abhängen wird,

*haben Folgendes vereinbart:*

## Kapitel I - Allgemeine Bestimmungen

### Artikel 1

#### **Definition des Begriffs “Flüchtling”**

##### **A.**

Im Sinne dieses Abkommens findet der Ausdruck “Flüchtling” auf jede Person Anwendung:

1. Die in Anwendung der Vereinbarungen vom 12. Mai 1926 und 30. Juni 1928 oder in Anwendung der Abkommen vom 28. Oktober 1933 und 10. Februar 1938 und des Protokolls vom 14. September 1939 oder in Anwendung der Verfassung der Internationalen Flüchtlingsorganisation als Flüchtling gilt.

Die von der internationalen Flüchtlingsorganisation während der Dauer ihrer Tätigkeit getroffenen Entscheidungen darüber, dass jemand nicht als Flüchtling im Sinne ihres Statuts anzusehen ist, stehen dem Umstand nicht entgegen, dass die Flüchtlingseigenschaft Personen zuerkannt wird, die die Voraussetzungen der Ziffer 2 dieses Artikels erfüllen;

2. die infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will; oder die sich als staatenlose infolge solcher Ereignisse außerhalb des Landes befindet, in welchem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hatte, und nicht dorthin zurückkehren kann oder wegen der erwähnten Befürchtungen nicht dorthin zurückkehren will.

Für den Fall, dass eine Person mehr als eine Staatsangehörigkeit hat, bezieht sich der Ausdruck “das Land, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt,” auf jedes der Länder, dessen Staatsangehörigkeit diese Person hat. Als des Schutzes des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie hat, beraubt, gilt nicht eine Person, die ohne einen stichhaltigen, auf eine begründete Befürchtung gestützten Grund den Schutz eines der Länder nicht in Anspruch genommen hat, deren Staatsangehörigkeit sie besitzt.

##### **B.**

1. Im Sinne dieses Abkommens können die im Artikel 1 Abschnitt A enthaltenen Worte “Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind,” in dem Sinne verstanden werden, dass es sich entweder um
  - a) “Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa eingetreten sind” – oder
  - b) “Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 in Europa oder anderswo eingetreten sind”, handelt. Jeder vertragschließende Staat wird zugleich mit der Unterzeichnung, der Ratifikation oder dem Beitritt eine Erklärung abgeben, welche Bedeutung er diesem Ausdruck vom Standpunkt der von ihm aufgrund dieses Abkommens übernommenen Verpflichtung zu geben beabsichtigt.

2. Jeder vertragschließende Staat, der die Formulierung zu a) angenommen hat, kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation seine Verpflichtungen durch Annahme der Formulierung b) erweitern.

### **C.**

Eine Person, auf die die Bestimmungen des Absatzes A zutrifft, fällt nicht mehr unter dieses Abkommen,

1. wenn sie sich freiwillig erneut dem Schutz des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, unterstellt; oder
2. wenn sie nach dem Verlust ihrer Staatsangehörigkeit diese freiwillig wiedererlangt hat; oder
3. wenn sie eine neue Staatsangehörigkeit erworben hat und den Schutz des Landes, dessen Staatsangehörigkeit sie erworben hat, genießt; oder
4. wenn sie freiwillig in das Land, das sie aus Furcht vor Verfolgung verlassen hat oder außerhalb dessen sie sich befindet, zurückgekehrt ist und sich dort niedergelassen hat; oder
5. wenn sie nach Wegfall der Umstände, aufgrund derer sie als Flüchtling anerkannt worden ist, es nicht mehr ablehnen kann, den Schutz des Landes in Anspruch zu nehmen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt. Hierbei wird jedoch unterstellt, dass die Bestimmung dieser Ziffer auf keinen Flüchtling im Sinne der Ziffer 1 des Abschnittes A dieses Artikels Anwendung findet, der sich auf zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe berufen kann, um die Inanspruchnahme des Schutzes des Landes abzulehnen, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt;
6. wenn es sich um eine Person handelt, die keine Staatsangehörigkeit besitzt, falls sie nach Wegfall der Umstände, aufgrund derer sie als Flüchtling anerkannt worden ist, in der Lage ist, in das Land zurückzukehren, in dem sie ihren gewöhnlichen Wohnsitz hat. Dabei wird jedoch unterstellt, dass die Bestimmung dieser Ziffer auf keinen Flüchtling im Sinne der Ziffer 1 des Abschnittes A dieses Artikels Anwendung findet, der sich auf zwingende, auf früheren Verfolgungen beruhende Gründe berufen kann, um die Rückkehr in das Land abzulehnen, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte.

### **D.**

Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Personen, die zurzeit den Schutz oder Beistand einer Organisation oder einer Institution der Vereinten Nationen mit Ausnahme des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge genießen. Ist dieser Schutz oder diese Unterstützung aus irgendeinem Grunde weggefallen, ohne dass das Schicksal dieser Person endgültig gemäß den hierauf bezüglichen Entschlüssen der Generalversammlung der Vereinten Nationen geregelt worden ist, so fallen diese Personen ipso facto unter die Bestimmungen dieses Abkommens.

## **E.**

Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf eine Person, die von den zuständigen Behörden des Landes, in dem sie ihren Aufenthalt genommen hat, als eine Person anerkannt wird, welche die Rechte und Pflichten hat, die mit dem Besitz der Staatsangehörigkeit dieses Landes verknüpft sind.

## **F.**

Die Bestimmungen dieses Abkommens finden keine Anwendung auf Personen, in Bezug auf die aus schwer wiegenden Gründen die Annahme gerechtfertigt ist,

- a) dass sie ein Verbrechen gegen den Frieden, ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sinne der internationalen Vertragswerke begangen haben, die ausgearbeitet worden sind, um Bestimmungen bezüglich dieser Verbrechen zu treffen;
- b) dass sie ein schweres nichtpolitisches Verbrechen außerhalb des Aufnahmelandes begangen haben, bevor sie dort als Flüchtling aufgenommen wurden;
- c) dass sie sich Handlungen zuschulden kommen ließen, die den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwiderlaufen.

## Artikel 2

### **Allgemeine Verpflichtungen**

Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere der Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten.

## Artikel 3

### **Verbot unterschiedlicher Behandlung**

Die vertragschließenden Staaten werden die Bestimmungen dieses Abkommens auf Flüchtlinge ohne unterschiedliche Behandlung aus Gründen der Rasse, der Religion oder des Herkunftslandes anwenden.

## Artikel 4

### **Religion**

Die vertragschließenden Staaten werden den in ihrem Gebiet befindlichen Flüchtlingen in Bezug auf die Freiheit der Religionsausübung und die Freiheit des Religionsunterrichts ihrer Kinder eine mindestens ebenso günstige Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren.

## Artikel 5

### **Unabhängig von diesem Abkommen gewährte Rechte**

Rechte und Vergünstigungen, die unabhängig von diesem Abkommen den Flüchtlingen gewährt werden, bleiben von den Bestimmungen dieses Abkommens unberührt.

## Artikel 6

### **Der Ausdruck “unter den gleichen Umständen”**

Im Sinne dieses Abkommens ist der Ausdruck “unter den gleichen Umständen” dahingehend zu verstehen, dass die betreffende Person alle Bedingungen erfüllen muss (einschließlich derjenigen, die sich auf die Dauer und die Bedingungen des vorübergehenden oder des dauernden Aufenthalts beziehen), die sie erfüllen müsste, wenn sie nicht Flüchtling wäre, um das in Betracht kommende Recht in Anspruch zu nehmen, mit Ausnahme der Bedingungen, die ihrer Natur nach ein Flüchtling nicht erfüllen kann.

## Artikel 7

### **Befreiung von der Gegenseitigkeit**

1. Vorbehaltlich der in diesem Abkommen vorgesehenen günstigeren Bestimmungen wird jeder vertragschließende Staat den Flüchtlingen die Behandlung gewähren, die er Ausländern im Allgemeinen gewährt.
2. Nach dreijährigem Aufenthalt werden alle Flüchtlinge in dem Gebiet der vertragschließenden Staaten Befreiung von dem Erfordernis der gesetzlichen Gegenseitigkeit genießen.
3. Jeder vertragschließende Staat wird den Flüchtlingen weiterhin die Rechte und Vergünstigungen gewähren, auf die sie auch bei fehlender Gegenseitigkeit beim Inkraft-Treten dieses Abkommens für diesen Staat bereits Anspruch hatten.
4. Die vertragschließenden Staaten werden die Möglichkeit wohlwollend in Erwägung ziehen, bei fehlender Gegenseitigkeit den Flüchtlingen Rechte und Vergünstigungen außer denen, auf die sie nach Ziffer 2 und 3 Anspruch haben, sowie Befreiung von dem Erfordernis der Gegenseitigkeit den Flüchtlingen zu gewähren, welche die Bedingungen von Ziffer 2 und 3 nicht erfüllen.
5. Die Bestimmungen der Ziffern 2 und 3 finden nicht nur auf die in den Artikeln 13, 18, 19, 21 und 22 dieses Abkommens genannten Rechte und Vergünstigungen Anwendung, sondern auch auf die in diesem Abkommen nicht vorgesehenen Rechte und Vergünstigungen.

## Artikel 8

### **Befreiung von außergewöhnlichen Maßnahmen**

Außergewöhnliche Maßnahmen, die gegen die Person, das Eigentum oder die Interessen der Staatsangehörigen eines bestimmten Staates ergriffen werden können, werden von den vertragschließenden Staaten auf einen Flüchtling, der formell ein Staatsangehöriger dieses Staates ist, allein wegen seiner Staatsangehörigkeit nicht angewendet. Die vertragschließenden Staaten, die nach dem bei ihnen geltenden Recht den in diesem Artikel aufgestellten allgemeinen Grundsatz nicht anwenden können, werden in geeigneten Fällen Befreiung zugunsten solcher Flüchtlinge gewähren.

## Artikel 9

### **Vorläufige Maßnahmen**

Keine der Bestimmungen dieses Abkommens hindert einen vertragschließenden Staat in Kriegszeiten oder bei Vorliegen sonstiger schwer wiegender und außergewöhnlicher Umstände daran, gegen eine bestimmte Person vorläufig die Maßnahmen zu ergreifen, die dieser Staat für seine Sicherheit für erforderlich hält, bis dieser vertragschließende Staat eine Entscheidung darüber getroffen hat, ob diese Person tatsächlich ein Flüchtling ist und die Aufrechterhaltung dieser Maßnahmen im vorliegenden Falle im Interesse der Sicherheit des Staates notwendig ist.

## Artikel 10

### **Fortdauer des Aufenthalts**

1. Ist ein Flüchtling während des Zweiten Weltkrieges zwangsverschickt und in das Gebiet eines der Vertragsstaaten verbracht worden und hält er sich dort auf, so wird die Dauer dieses Zwangsaufenthaltes als rechtmäßiger Aufenthalt in diesem Gebiet gelten.
2. Ist ein Flüchtling während des Zweiten Weltkrieges aus dem Gebiet eines Vertragsstaates zwangsverschickt worden und vor In-Kraft-Treten dieses Abkommens dorthin zurückgekehrt, um dort seinen dauernden Aufenthalt zu nehmen, so wird die Zeit vor und nach dieser Zwangsverschickung für alle Zwecke, für die ein ununterbrochener Aufenthalt erforderlich ist, als ein ununterbrochener Aufenthalt gelten.

## Artikel 11

### **Geflüchtete Seeleute**

Bei Flüchtlingen, die ordnungsgemäß als Besatzungsangehörige eines Schiffes angeheuert sind, das die Flagge eines Vertragsstaates führt, wird dieser Staat die Möglichkeit wohl wollend in Erwägung ziehen, diesen Flüchtlingen die Genehmigung zur Niederlassung in seinem Gebiet zu erteilen und ihnen Reiseausweise auszustellen oder ihnen vorläufig den Aufenthalt in seinem Gebiet zu gestatten, insbesondere um ihre Niederlassung in einem anderen Land zu erleichtern.



## Kapitel II - Rechtsstellung

### Artikel 12

#### **Personalstatut**

1. Das Personalstatut jedes Flüchtlings bestimmt sich nach dem Recht des Landes seines Wohnsitzes oder, in Ermangelung eines Wohnsitzes, nach dem Recht seines Aufenthaltslandes.
2. Die von einem Flüchtling vorher erworbenen und sich aus seinem Personalstatut ergebenden Rechte, insbesondere die aus der Eheschließung, werden von jedem vertragschließenden Staat geachtet, gegebenenfalls vorbehaltlich der Formalitäten, die nach dem in diesem Staat geltenden Recht vorgesehen sind. Hierbei wird jedoch unterstellt, dass das betreffende Recht zu demjenigen gehört, das nach den Gesetzen dieses Staates anerkannt worden wäre, wenn die in Betracht kommende Person kein Flüchtling geworden wäre.

### Artikel 13

#### **Bewegliches und unbewegliches Eigentum**

Die vertragschließenden Staaten werden jedem Flüchtling hinsichtlich des Erwerbs von beweglichem und unbeweglichem Eigentum und sonstiger diesbezüglicher Rechte sowie hinsichtlich von Miet-, Pacht- und sonstigen Verträgen über bewegliches und unbewegliches Eigentum eine möglichst günstige und jedenfalls nicht weniger günstige Behandlung gewähren, als sie Ausländern im Allgemeinen unter den gleichen Umständen gewährt wird.

### Artikel 14

#### **Urheberrecht und gewerbliche Schutzrechte**

Hinsichtlich des Schutzes von gewerblichen Rechten, insbesondere an Erfindungen, Mustern und Modellen, Warenzeichen und Handelsnamen, sowie des Schutzes von Rechten an Werken der Literatur, Kunst und Wissenschaft genießt jeder Flüchtling in dem Land, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, den Schutz, der den Staatsangehörigen des Landes gewährt wird. Im Gebiete jedes anderen vertragschließenden Staates genießt er den Schutz, der in diesem Gebiet den Staatsangehörigen des Landes gewährt wird, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

### Artikel 15

#### **Vereinigungsrecht**

Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhalten, hinsichtlich der Vereinigungen, die nicht politischen und nicht Erwerbszwecken dienen, und den Berufsverbänden die günstigste Behandlung wie den Staatsangehörigen eines fremden Landes unter den gleichen Umständen gewähren.

## Artikel 16

### **Zugang zu den Gerichten**

1. Jeder Flüchtling hat in dem Gebiet der vertragschließenden Staaten freien und ungehinderten Zugang zu den Gerichten.
2. In dem vertragschließenden Staat, in dem ein Flüchtling seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, genießt er hinsichtlich des Zugangs zu den Gerichten einschließlich des Armenrechts und der Befreiung von Sicherheitsleistung für Prozesskosten dieselbe Behandlung wie ein eigener Staatsangehöriger.
3. In den vertragschließenden Staaten, in denen ein Flüchtling nicht seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, genießt er hinsichtlich der in Ziffer 2 erwähnten Angelegenheit dieselbe Behandlung wie ein Staatsangehöriger des Landes, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

## Kapitel III – Erwerbstätigkeit

### Artikel 17

#### **Nichtselbstständige Arbeit**

1. Die vertragschließenden Staaten werden hinsichtlich der Ausübung nichtselbstständiger Arbeit jedem Flüchtling, der sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhält, die günstigste Behandlung gewähren, die den Staatsangehörigen eines fremden Landes unter den gleichen Umständen gewährt wird.
2. In keinem Falle werden die einschränkenden Maßnahmen, die für Ausländer oder für die Beschäftigung von Ausländern zum Schutz des eigenen Arbeitsmarktes bestehen, Anwendung auf Flüchtlinge finden, die beim In-Kraft-Treten dieses Abkommens durch den betreffenden Vertragsstaat bereits davon befreit waren oder eine der folgenden Bedingungen erfüllen:
  - a) wenn sie sich drei Jahre im Lande aufgehalten haben;
  - b) wenn sie mit einer Person, die die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltslandes besitzt, die Ehe geschlossen haben. Ein Flüchtling kann sich nicht auf die Vergünstigung dieser Bestimmung berufen, wenn er seinen Ehegatten verlassen hat;
  - c) wenn sie ein oder mehrere Kinder haben, die die Staatsangehörigkeit des Aufenthaltslandes besitzen.
3. Die vertragschließenden Staaten werden hinsichtlich der Ausübung nichtselbstständiger Arbeit Maßnahmen wohl wollend in Erwägung ziehen, um alle Flüchtlinge, insbesondere diejenigen, die im Rahmen eines Programms zur Anwerbung von Arbeitskräften oder eines Einwanderungsplanes in ihr Gebiet gekommen sind, den eigenen Staatsangehörigen rechtlich gleichzustellen.

### Artikel 18

#### **Selbstständige Tätigkeit**

Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Gebiet befinden, hinsichtlich der Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit in Landwirtschaft, Industrie, Handwerk und Handel sowie der Errichtung von Handels- und industriellen Unternehmen eine möglichst günstige und jedenfalls nicht weniger günstige Behandlung gewähren, als sie Ausländern im Allgemeinen unter den gleichen Umständen gewährt wird.

### Artikel 19

#### **Freie Berufe**

1. Jeder vertragschließende Staat wird den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in seinem Gebiet aufhalten, Inhaber von durch die zuständigen Behörden dieses Staates anerkannten Diplomen sind und einen freien Beruf auszuüben wünschen, eine möglichst günstige und jedenfalls nicht weniger günstige Behandlung gewähren, als sie Ausländern im Allgemeinen unter den gleichen Umständen gewährt wird.

2. Die vertragschließenden Staaten werden alles in ihrer Macht Stehende tun, um im Einklang mit ihren Gesetzen und Verfassungen die Niederlassung solcher Flüchtlinge in den außerhalb des Mutterlandes gelegenen Gebieten sicherzustellen, für deren internationale Beziehungen sie verantwortlich sind.

## Kapitel IV – Wohlfahrt

### Artikel 20

#### **Rationierung**

Falls ein Rationierungssystem besteht, dem die Bevölkerung insgesamt unterworfen ist und das die allgemeine Verteilung von Erzeugnissen regelt, an denen Mangel herrscht, werden Flüchtlinge wie Staatsangehörige behandelt.

### Artikel 21

#### **Wohnungswesen**

Hinsichtlich des Wohnungswesens werden die vertragschließenden Staaten insoweit, als die Angelegenheit durch Gesetz oder sonstige Rechtsvorschriften geregelt ist oder der Überwachung öffentlicher Behörden unterliegt, den sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhaltenden Flüchtlingen eine möglichst günstige und jedenfalls nicht weniger günstige Behandlung gewähren, als sie Ausländern im Allgemeinen unter den gleichen Bedingungen gewährt wird.

### Artikel 22

#### **Öffentliche Erziehung**

1. Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen dieselbe Behandlung wie ihren Staatsangehörigen hinsichtlich des Unterrichts in Volksschulen gewähren.
2. Für über die Volksschule hinausgehenden Unterricht, insbesondere die Zulassung zum Studium, die Anerkennung von ausländischen Studienzeugnissen, Diplomen und akademischen Titeln, den Erlass von Gebühren und Abgaben und die Zuerkennung von Stipendien, werden die vertragschließenden Staaten eine möglichst günstige und in keinem Falle weniger günstige Behandlung gewähren, als sie Ausländern im Allgemeinen unter den gleichen Bedingungen gewährt wird.

### Artikel 23

#### **Öffentliche Fürsorge**

Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Staatsgebiet aufhalten, auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge und sonstigen Hilfeleistungen die gleiche Behandlung wie ihren eigenen Staatsangehörigen gewähren.

## Artikel 24

### **Arbeitsrecht und soziale Sicherheit**

1. Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhalten, dieselbe Behandlung gewähren wie ihren Staatsangehörigen, wenn es sich um folgende Angelegenheiten handelt:
  - a) Lohn einschließlich Familienbeihilfen, wenn diese einen Teil des Arbeitsentgelts bilden, Arbeitszeit, Überstunden, bezahlter Urlaub, Einschränkungen der Heimarbeit, Mindestalter für die Beschäftigung, Lehrzeit und Berufsausbildung, Arbeit von Frauen und Jugendlichen und der Genuss der durch Tarifverträge gebotenen Vergünstigungen, soweit alle diese Fragen durch das geltende Recht geregelt sind oder in die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden fallen;
  - b) Soziale Sicherheit (gesetzliche Bestimmungen bezüglich der Arbeitsunfälle, der Berufskrankheiten, der Mutterschaft, der Krankheit, der Arbeitsunfähigkeit, des Alters und des Todes, der Arbeitslosigkeit, des Familienunterhalts sowie jedes anderen Wagnisses, das nach dem im betreffenden Land geltenden Recht durch ein System der sozialen Sicherheit gedeckt wird) vorbehaltlich
    - i) geeigneter Abmachungen über die Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte und Anwartschaften,
    - ii) besonderer Bestimmungen, die nach dem im Aufenthaltsland geltenden Recht vorgeschrieben sind und die Leistungen oder Teilleistungen betreffen, die ausschließlich aus öffentlichen Mitteln bestritten werden, sowie Zuwendungen an Personen, die nicht die für die Gewährung einer normalen Rente geforderten Bedingungen der Beitragsleistung erfüllen.
2. Das Recht auf Leistung, das durch den Tod eines Flüchtlings infolge eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit entsteht, wird nicht dadurch berührt, dass sich der Berechtigte außerhalb des Gebietes des vertragschließenden Staates aufhält.
3. Die vertragschließenden Staaten werden auf die Flüchtlinge die Vorteile der Abkommen erstrecken, die sie hinsichtlich der Aufrechterhaltung der erworbenen Rechte und Anwartschaften auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit untereinander abgeschlossen haben oder abschließen werden, soweit die Flüchtlinge die Bedingungen erfüllen, die für Staatsangehörige der Unterzeichnerstaaten der in Betracht kommenden Abkommen vorgesehen sind.
4. Die vertragschließenden Staaten werden wohlwollend die Möglichkeit prüfen, die Vorteile ähnlicher Abkommen, die zwischen diesen vertragschließenden Staaten und Nichtvertragsstaaten in Kraft sind oder sein werden, so weit wie möglich auf Flüchtlinge auszudehnen.

## Kapitel V – Verwaltungsmaßnahmen

### Artikel 25

#### **Verwaltungshilfe**

1. Würde die Ausübung eines Rechts durch einen Flüchtling normalerweise die Mitwirkung ausländischer Behörden erfordern, die er nicht in Anspruch nehmen kann, so werden die vertragschließenden Staaten, in deren Gebiet er sich aufhält, dafür sorgen, dass ihm diese Mitwirkung entweder durch ihre eigenen Behörden oder durch eine internationale Behörde zuteil wird.
2. Die in Ziffer 1 bezeichneten Behörden werden Flüchtlingen diejenigen Urkunden und Bescheinigungen ausstellen oder unter ihrer Aufsicht ausstellen lassen, die Ausländern normalerweise von den Behörden ihres Landes oder durch deren Vermittlung ausgestellt werden.
3. Die so ausgestellten Urkunden oder Bescheinigungen werden die amtlichen Schriftstücke ersetzen, die Ausländern von den Behörden ihres Landes oder durch deren Vermittlung ausgestellt werden; sie werden bis zum Beweis des Gegenteils als gültig angesehen.
4. Vorbehaltlich der Ausnahmen, die zugunsten Bedürftiger zuzulassen wären, können für die in diesem Artikel erwähnten Amtshandlungen Gebühren verlangt werden; diese Gebühren sollen jedoch niedrig sein und müssen denen entsprechen, die von eigenen Staatsangehörigen für ähnliche Amtshandlungen erhoben werden.
5. Die Bestimmungen dieses Artikels berühren nicht die Artikel 27 und 28.

### Artikel 26

#### **Freizügigkeit**

Jeder vertragschließende Staat wird den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in seinem Gebiet befinden, das Recht gewähren, dort ihren Aufenthalt zu wählen und sich frei zu bewegen, vorbehaltlich der Bestimmungen, die allgemein auf Ausländer unter den gleichen Umständen Anwendung finden.

### Artikel 27

#### **Personalausweise**

Die vertragschließenden Staaten werden jedem Flüchtling, der sich in ihrem Gebiet befindet und keinen gültigen Reiseausweis besitzt, einen Personalausweis ausstellen.

## Artikel 28

### **Reiseausweise**

1. Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen, die sich rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhalten, Reiseausweise ausstellen, die ihnen Reisen außerhalb dieses Gebietes gestatten, es sei denn, dass zwingende Gründe der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung entgegenstehen; die Bestimmungen des Anhangs zu diesem Abkommen werden auf diese Ausweise Anwendung finden. Die vertragschließenden Staaten können einen solchen Reiseausweis jedem anderen Flüchtling ausstellen, der sich in ihrem Gebiet befindet; sie werden ihre Aufmerksamkeit besonders jenen Flüchtlingen zuwenden, die sich in ihrem Gebiet befinden und nicht in der Lage sind, einen Reiseausweis von dem Staat zu erhalten, in dem sie ihren rechtmäßigen Aufenthalt haben.
2. Reiseausweise, die aufgrund früherer internationaler Abkommen von den Unterzeichnerstaaten ausgestellt worden sind, werden von den vertragschließenden Staaten anerkannt und so behandelt werden, als ob sie den Flüchtlingen aufgrund dieses Artikels ausgestellt worden wären.

## Artikel 29

### **Steuerliche Lasten**

1. Die vertragschließenden Staaten werden von den Flüchtlingen keine anderen oder höheren Gebühren, Abgaben oder Steuern, gleichviel unter welcher Bezeichnung, erheben, als unter ähnlichen Verhältnissen von ihren eigenen Staatsangehörigen jetzt oder künftig erhoben werden.
2. Die Bestimmungen der vorstehenden Ziffer schließen nicht aus, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften über Gebühren für die Ausstellung von Verwaltungsurkunden einschließlich Personalausweisen an Ausländer auf Flüchtlinge anzuwenden.

## Artikel 30

### **Überführung von Vermögenswerten**

1. Jeder vertragschließende Staat wird in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften des Landes den Flüchtlingen gestatten, die Vermögenswerte, die sie in sein Gebiet gebracht haben, in das Gebiet eines anderen Landes zu überführen, in dem sie zwecks Wiederansiedlung aufgenommen worden sind.
2. Jeder vertragschließende Staat wird die Anträge von Flüchtlingen wohlwollend in Erwägung ziehen, die auf die Erlaubnis gerichtet sind, alle anderen Vermögenswerte, die zu ihrer Wiederansiedlung erforderlich sind, in ein anderes Land zu überführen, in dem sie zur Wiederansiedlung aufgenommen worden sind.



### Artikel 31

#### **Flüchtlinge, die sich nicht rechtmäßig im Aufnahmeland aufhalten**

1. Die vertragschließenden Staaten werden wegen unrechtmäßiger Einreise oder Aufenthalts keine Strafen gegen Flüchtlinge verhängen, die unmittelbar aus einem Gebiet kommen, in dem ihr Leben oder ihre Freiheit im Sinne von Artikel 1 bedroht waren und die ohne Erlaubnis in das Gebiet der vertragschließenden Staaten einreisen oder sich dort aufhalten, vorausgesetzt, dass sie sich unverzüglich bei den Behörden melden und Gründe darlegen, die ihre unrechtmäßige Einreise oder ihren unrechtmäßigen Aufenthalt rechtfertigen.
2. Die vertragschließenden Staaten werden den Flüchtlingen beim Wechsel des Aufenthaltsortes keine Beschränkungen auferlegen, außer denen, die notwendig sind; diese Beschränkungen werden jedoch nur so lange Anwendung finden, wie die Rechtsstellung dieser Flüchtlinge im Aufnahmeland geregelt oder es ihnen gelungen ist, in einem anderen Land Aufnahme zu erhalten. Die vertragschließenden Staaten werden diesen Flüchtlingen eine angemessene Frist sowie alle notwendigen Erleichterungen zur Aufnahme in einem anderen Land gewähren.

### Artikel 32

#### **Ausweisung**

1. Die vertragschließenden Staaten werden einen Flüchtling, der sich rechtmäßig in ihrem Gebiet befindet, nur aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung ausweisen.
2. Die Ausweisung eines Flüchtlings darf nur in Ausführung einer Entscheidung erfolgen, die in einem durch gesetzliche Bestimmungen geregelten Verfahren ergangen ist. Soweit nicht zwingende Gründe für die öffentliche Sicherheit entgegenstehen, soll dem Flüchtling gestattet werden, Beweise zu seiner Entlastung beizubringen, ein Rechtsmittel einzulegen und sich zu diesem Zweck vor einer zuständigen Behörde oder vor einer oder mehreren Personen, die von der zuständigen Behörde besonders bestimmt sind, vertreten zu lassen.
3. Die vertragschließenden Staaten werden einem solchen Flüchtling eine angemessene Frist gewähren, um ihm die Möglichkeit zu geben, in einem anderen Lande um rechtmäßige Aufnahme nachzusuchen. Die vertragschließenden Staaten behalten sich vor, während dieser Frist diejenigen Maßnahmen anzuwenden, die sie zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung für zweckdienlich erachten.

### Artikel 33

#### **Verbot der Ausweisung und Zurückweisung**

1. Keiner der vertragschließenden Staaten wird einen Flüchtling auf irgendeine Weise über die Grenzen von Gebieten ausweisen oder zurückweisen, in denen sein Leben oder seine Freiheit wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit, seiner Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Überzeugung bedroht sein würde.

2. Auf die Vergünstigung dieser Vorschrift kann sich jedoch ein Flüchtling nicht berufen, der aus schwer wiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit des Landes anzusehen ist, in dem er sich befindet, oder der eine Gefahr für die Allgemeinheit dieses Staates bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder eines besonders schweren Vergehens rechtskräftig verurteilt wurde.

#### Artikel 34

#### **Einbürgerung**

Die vertragschließenden Staaten werden so weit wie möglich die Eingliederung und Einbürgerung der Flüchtlinge erleichtern. Sie werden insbesondere bestrebt sein, Einbürgerungsverfahren zu beschleunigen und die Kosten dieses Verfahrens so weit wie möglich herabzusetzen.

## **Kapitel VI – Durchführungs- und Übergangsbestimmungen**

### Artikel 35

#### **Zusammenarbeit der staatlichen Behörden mit den Vereinten Nationen**

1. Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge oder jeder ihm etwa nachfolgenden anderen Stelle der Vereinten Nationen bei der Ausübung seiner Befugnisse, insbesondere zur Erleichterung seiner Aufgabe, die Durchführung der Bestimmungen dieses Abkommens zu überwachen.
2. Um es dem Amt des Hohen Kommissars oder jeder ihm etwa nachfolgenden anderen Stelle der Vereinten Nationen zu ermöglichen, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen Berichte vorzulegen, verpflichten sich die vertragschließenden Staaten, ihm in geeigneter Form die erbetenen Auskünfte und statistischen Angaben zu liefern über
  - a) die Lage der Flüchtlinge,
  - b) die Durchführung dieses Abkommens und
  - c) die Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die in Bezug auf Flüchtlinge jetzt oder künftig in Kraft sind.

### Artikel 36

#### **Auskünfte über innerstaatliche Rechtsvorschriften**

Die vertragschließenden Staaten werden dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den Wortlaut der Gesetze und sonstiger Rechtsvorschriften mitteilen, die sie etwa erlassen werden, um die Durchführung dieses Abkommens sicherzustellen.

### Artikel 37

#### **Beziehung zu früher geschlossenen Abkommen**

Unbeschadet der Bestimmungen seines Artikels 28 Ziffer 2 tritt dieses Abkommen im Verhältnis zwischen den vertragschließenden Staaten an die Stelle der Vereinbarungen vom 5. Juli 1922, 31. Mai 1924, 12. Mai 1926, 30. Juni 1928 und 30. Juli 1935 sowie der Abkommen vom 28. Oktober 1933, 10. Februar 1938, des Protokolls vom 14. September 1939 und der Vereinbarung vom 15. Oktober 1946.

## Kapitel VII - Schlussbestimmungen

### Artikel 38

#### **Regelung von Streitfällen**

Jeder Streitfall zwischen den Parteien dieses Abkommens über dessen Auslegung oder Anwendung, der auf andere Weise nicht beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer der an dem Streitfall beteiligten Parteien dem Internationalen Gerichtshof vorgelegt.

### Artikel 39

#### **Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt**

1. Dieses Abkommen liegt in Genf am 28. Juli 1951 zur Unterzeichnung auf und wird nach diesem Zeitpunkt beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt. Es liegt vom 28. Juli bis 31. August 1951 im Europäischen Büro der Vereinten Nationen zur Unterzeichnung auf, sodann erneut vom 17. September 1951 bis 31. Dezember 1952 am Sitz der Organisation der Vereinten Nationen.
2. Dieses Abkommen liegt zur Unterzeichnung durch alle Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen, durch jeden Nicht-Mitgliedstaat, der zur Konferenz der Bevollmächtigten über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und Staatenlosen eingeladen war, sowie durch jeden anderen Staat auf, den die Vollversammlung zur Unterzeichnung einlädt. Das Abkommen ist zu ratifizieren; die Ratifikationsurkunden sind beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu hinterlegen.
3. Die in Ziffer 2 dieses Artikels bezeichneten Staaten können diesem Abkommen vom 28. Juli 1951 an beitreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

### Artikel 40

#### **Klausel zur Anwendung auf andere Gebiete**

1. Jeder Staat kann im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation oder des Beitritts erklären, dass sich die Geltung dieses Abkommens auf alle oder mehrere oder eins der Gebiete erstreckt, die er in den internationalen Beziehungen vertritt. Eine solche Erklärung wird zu dem Zeitpunkt wirksam, an dem dieses Abkommen für den betreffenden Staat in Kraft tritt.
2. Eine Ausdehnung des Geltungsbereichs zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtende Mitteilung und wird am neunzigsten Tage nach dem Zeitpunkt wirksam, zu dem der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Mitteilung erhalten hat, oder zu dem Zeitpunkt, an dem dieses Abkommen für den betreffenden Staat in Kraft tritt, wenn dieser letztgenannte Zeitpunkt später liegt.

3. Bei Gebieten, für die dieses Abkommen im Zeitpunkt der Unterzeichnung, Ratifikation oder des Beitritts nicht gilt, wird jeder beteiligte Staat die Möglichkeit prüfen, sobald wie möglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den Geltungsbereich dieses Abkommens auf diese Gebiete auszudehnen, gegebenenfalls unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Regierungen dieser Gebiete, wenn eine solche aus verfassungsmäßigen Gründen erforderlich ist.

#### Artikel 41

##### **Klausel für Bundesstaaten**

Im Falle eines Bundes- oder Nichteinheitsstaates werden nachstehende Bestimmungen Anwendung finden:

- a) Soweit es sich um die Artikel dieses Abkommens handelt, für die der Bund die Gesetzgebung hat, werden die Verpflichtungen der Bundesregierung dieselben sein wie diejenigen der Unterzeichnerstaaten, die keine Bundesstaaten sind.
- b) Soweit es sich um die Artikel dieses Abkommens handelt, für die die einzelnen Länder, Provinzen oder Kantone, die aufgrund der Bundesverfassung zur Ergreifung gesetzgeberischer Maßnahmen nicht verpflichtet sind, die Gesetzgebung haben, wird die Bundesregierung sobald wie möglich diese Artikel den zuständigen Stellen der Länder, Provinzen oder Kantone befürwortend zur Kenntnis bringen.
- c) Ein Bundesstaat als Unterzeichner dieses Abkommens wird auf das ihm durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelte Ersuchen eines anderen vertragschließenden Staates hinsichtlich einzelner Bestimmungen des Abkommens eine Darstellung der geltenden Gesetzgebung und ihrer Anwendung innerhalb des Bundes und seiner Glieder übermitteln, aus der hervorgeht, inwieweit diese Bestimmungen durch Gesetzgebung oder sonstige Maßnahmen wirksam geworden sind.

#### Artikel 42

##### **Vorbehalte**

1. Im Zeitpunkt der Unterzeichnung, der Ratifikation oder des Beitritts kann jeder Staat zu den Artikeln des Abkommens, mit Ausnahme der Artikel 1, 3, 4, 16 (1), 33, 36 bis 46 einschließlich, Vorbehalte machen.
2. Jeder vertragschließende Staat, der gemäß Ziffer 1 dieses Artikels einen Vorbehalt gemacht hat, kann ihn jederzeit durch eine diesbezügliche, an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtende Mitteilung zurücknehmen.

#### Artikel 43

##### **In-Kraft-Treten**

1. Dieses Abkommen tritt am neunzigsten Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der sechsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

2. Für jeden der Staaten, die das Abkommen nach Hinterlegung der sechsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifizieren oder ihm beitreten, tritt es am neunzigsten Tage nach dem Zeitpunkt der Hinterlegung der Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Staates in Kraft.

#### Artikel 44

##### **Kündigung**

1. Jeder vertragschließende Staat kann das Abkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtende Mitteilung kündigen.
2. Die Kündigung wird für den betreffenden Staat ein Jahr nach dem Zeitpunkt wirksam, an dem sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen eingegangen ist.
3. Jeder Staat, der eine Erklärung oder Mitteilung gemäß Artikel 40 gegeben hat, kann jederzeit später dem Generalsekretär der Vereinten Nationen mitteilen, dass das Abkommen auf ein in der Mitteilung bezeichnetes Gebiet nicht mehr Anwendung findet. Das Abkommen findet sodann ein Jahr nach dem Zeitpunkt, an dem diese Mitteilung beim Generalsekretär eingegangen ist, auf das in Betracht kommende Gebiet keine Anwendung mehr.

#### Artikel 45

##### **Revision**

1. Jeder vertragschließende Staat kann jederzeit mittels einer an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zu richtenden Mitteilung die Revision dieses Abkommens beantragen.
2. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen empfiehlt die Maßnahmen, die gegebenenfalls in Bezug auf diesen Antrag zu ergreifen sind.

#### Artikel 46

##### **Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen macht allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den im Artikel 39 bezeichneten Nicht-Mitgliedstaaten Mitteilung über:

- a) Erklärungen und Mitteilungen gemäß Artikel 1, Abschnitt B;
- b) Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitrittserklärungen gemäß Artikel 39;
- c) Erklärungen und Anzeigen gemäß Artikel 40;
- d) gemäß Artikel 42 erklärte oder zurückgenommene Vorbehalte;
- e) den Zeitpunkt, an dem dieses Abkommen gemäß Artikel 43 in Kraft tritt;
- f) Kündigungen und Mitteilungen gemäß Artikel 44;
- g) Revisionsanträge gemäß Artikel 45.

*Zu Urkund dessen* haben die unterzeichneten gehörig beglaubigten Vertreter namens ihrer Regierungen dieses Abkommen unterschrieben.

*Geschehen* zu Genf, am achtundzwanzigsten Juli neunzehnhunderteinundfünfzig, in einem einzigen Exemplar, dessen englischer und französischer Wortlaut in gleicher Weise maßgebend ist, das in den Archiven der Organisation der Vereinten Nationen hinterlegt wird, und von dem beglaubigte Ausfertigungen allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den im Artikel 39 bezeichneten Nicht-Mitgliedstaaten übermittelt werden.

## Liste der Vertragsstaaten

Stand: 1. Februar 2004

des *Abkommens* vom 28. Juli 1951 und/oder des *Protokolls* vom 31. Januar 1967  
über die *Rechtsstellung der Flüchtlinge*

Die folgenden 145 Staaten sind der Konvention von 1951 und/oder dem Protokoll von 1967 beigetreten. Staaten, die nur Vertragspartei der Konvention von 1951 sind, wurden mit (K) gekennzeichnet, jene, die nur dem Protokoll von 1967 beigetreten sind, mit (P).

\* diese Staaten haben gemäß Artikel 1 B1 der Konvention erklärt, dass sie unter "Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951" eingetreten sind, nur Ereignisse verstehen, "die vor dem 1. Januar 1951 *in Europa* eingetreten sind", d.h., dass sie *keine nichteuropäischen* Flüchtlinge als Konventionsflüchtlinge anerkennen/ aufnehmen.

Ägypten	Gabun	Malta *	Somalia
Äquatorialguinea	Gambia	Marokko	Spanien
Äthiopien	Georgien	Mauretanien	St. Kitts und Nevis (K)
Albanien	Ghana	Mazedonien (ehem. Jug. Rep.)	St. Vincent und die Grenadinen (K)
Algerien	Griechenland	Mexiko	Südafrika
Angola	Guatemala	Moldau (Republik)	Sudan
Antigua u. Barbuda	Guinea	Monaco (K) *	Surinam
Argentinien	Guinea-Bissau	Mosambik	Swasiland
Armenien	Haiti	Namibia (K)	Tadschikistan
Aserbajdschan	Heiliger Stuhl (Vatikan)	Neuseeland	Tansania, Vereinigte Republik
Australien	Honduras	Nicaragua	Timor-Leste
Bahamas	Iran, Islamische Rep.	Niederlande	Togo
Belarus (P)	Irland	Niger	Trinidad und Tobago
Belgien	Island	Nigeria	Tschad
Belize	Israel	Norwegen	Tschechische Republik
Benin	Italien	Österreich	Tunesien
Bolivien	Jamaika	Panama	Türkei *
Bosnien und Herzegowina	Japan	Papua-Neuguinea	Turkmenistan
Botsuana	Jemen	Paraguay	Tuvalu
Brasilien	Kambodscha	Peru	Ukraine
Bulgarien	Kamerun	Philippinen	Uganda
Burkina Faso	Kanada	Polen	Ungarn *
Burundi	Kap Verde (P)	Portugal	Uruguay
Chile	Kasachstan	Ruanda	Venezuela (P)
China	Kenia	Rumänien	Vereinigte Staaten von Amerika (P)
Costa Rica	Kirgisistan	Russische Föderation	Vereinigtes Königreich
Côte d'Ivoire	Kolumbien	Salomonen	Großbritannien und Nordirland
Dänemark	Kongo *	Sambia	Zentralafrikanische Republik
Deutschland	Dem. Rep Kongo	Samoa	Zypern
Dominica	Korea (Republik)	São Tomé und Príncipe	
Dominikanische Republik	Kroatien	Schweden	
Dschibuti	Lesotho	Schweiz	
Ecuador	Lettland	Senegal	
El Salvador	Liberia	Serbien und Montenegro	
Estland	Liechtenstein	Seychellen	
Fidschi	Litauen	Sierra Leone	
Finnland	Luxemburg	Simbabwe	
Frankreich	Madagaskar (K) *	Slowakei	
	Malawi	Slowenien	
	Mali		



<b>Anhang</b>
---------------

### **Paragraf 1**

1. Der im Artikel 28 dieses Abkommens vorgesehene Reiseausweis hat dem anliegenden Muster zu entsprechen.
2. Der Ausweis ist in mindestens zwei Sprachen abzufassen, von denen eine englisch oder französisch ist.

### **Paragraf 2**

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Ausstellungslandes können die Kinder auf dem Ausweis eines der Elternteile, oder unter besonderen Umständen, eines anderen erwachsenen Flüchtlings aufgeführt werden.

### **Paragraf 3**

Die für die Ausstellung des Ausweises zu erhebenden Gebühren dürfen den für die Ausstellung von nationalen Pässen geltenden Mindestsatz nicht überschreiten.

### **Paragraf 4**

Soweit es sich nicht um besondere oder Ausnahmefälle handelt, wird der Ausweis für die größtmögliche Anzahl von Ländern ausgestellt.

### **Paragraf 5**

Die Geltungsdauer des Ausweises beträgt je nach Wahl der ausstellenden Behörde ein oder zwei Jahre.

### **Paragraf 6**

1. Zur Erneuerung oder Verlängerung der Geltungsdauer des Ausweises ist die ausstellende Behörde zuständig, solange der Inhaber sich rechtmäßig nicht in einem anderen Gebiet niedergelassen hat und rechtmäßig im Gebiet der genannten Behörde wohnhaft ist. Zur Ausstellung eines neuen Ausweises ist unter den gleichen Voraussetzungen die Behörde zuständig, die den früheren Ausweis ausgestellt hat.
2. Diplomatische oder konsularische Vertreter, die zu diesem Zweck besonders ermächtigt sind, haben das Recht, die Geltungsdauer der von ihren Regierungen ausgestellten Reiseausweise für eine Zeitdauer, die sechs Monate nicht überschreiten darf, zu verlängern.

3. Die vertragschließenden Staaten werden die Möglichkeit der Erneuerung oder Verlängerung der Geltungsdauer der Reiseausweise oder der Ausstellung neuer wohl wollend prüfen, wenn es sich um Flüchtlinge handelt, die sich nicht mehr rechtmäßig in ihrem Gebiet aufhalten und nicht in der Lage sind, von dem Lande, in dem sie rechtmäßig wohnhaft sind, einen Reiseausweis zu erhalten.

### **Paragraf 7**

Die vertragschließenden Staaten werden die Gültigkeit der im Einklang mit den Bestimmungen des Artikels 28 dieses Abkommens ausgestellten Ausweise anerkennen.

### **Paragraf 8**

Die zuständigen Behörden des Landes, in welches der Flüchtling sich zu begeben wünscht, werden, wenn sie zu seinem Aufenthalt bereit sind und ein Sichtvermerk erforderlich ist, einen Sichtvermerk auf seinem Ausweis anbringen.

### **Paragraf 9**

1. Die vertragschließenden Staaten verpflichten sich, den Flüchtlingen, die den Sichtvermerk ihres endgültigen Bestimmungsgebietes erhalten haben, Durchreisesehtvermerke zu erteilen.
2. Die Erteilung dieses Sichtvermerks darf aus Gründen verweigert werden, die jedem Ausländer gegenüber zur Verweigerung eines Sichtvermerks berechtigen würden.

### **Paragraf 10**

Die Gebühren für die Erteilung von Ausreise-, Einreise- oder Durchreisesehtvermerken dürfen den für ausländische Pässe geltenden Mindestsatz nicht überschreiten.

### **Paragraf 11**

Wechselt ein Flüchtling seinen Wohnort oder lässt er sich rechtmäßig im Gebiet eines anderen vertragschließenden Staates nieder, so geht gemäß Artikel 28 die Verantwortung für die Ausstellung eines neuen Ausweises auf die zuständige Behörde desjenigen Gebietes über, bei welcher der Flüchtling seinen Antrag zu stellen berechtigt ist.

### **Paragraf 12**

Die Behörde, die einen neuen Ausweis ausstellt, hat den alten Ausweis einzuziehen und an das Land zurückzusenden, das ihn ausgestellt hat, wenn in dem alten Ausweis ausdrücklich bestimmt ist, dass er an das Ausstellungsland zurückzusenden ist; im

anderen Fall wird die Behörde, die den neuen Ausweis ausstellt, den Alten einziehen und ihn vernichten.

### **Paragraf 13**

1. Jeder der vertragschließenden Staaten verpflichtet sich, dem Inhaber eines Reiseausweises, der ihm vom Staat gemäß Artikel 28 dieses Abkommens ausgestellt wurde, die Rückkehr in sein Gebiet zu einem beliebigen Zeitpunkt während der Geltungsdauer des Ausweises zu gestatten.
2. Vorbehaltlich der Bestimmungen der vorstehenden Ziffer kann ein vertragschließender Staat verlangen, dass sich der Inhaber dieses Ausweises allen Formalitäten unterwirft, die für aus- oder einreisende Personen jeweils vorgeschrieben sind.
3. Die vertragschließenden Staaten behalten sich das Recht vor, in Ausnahmefällen oder in Fällen, in denen die Aufenthaltsgenehmigung des Flüchtlings für eine ausdrücklich bestimmte Zeitdauer gültig ist, zum Zeitpunkt der Ausstellung des Ausweises den Zeitabschnitt zu beschränken, während dessen der Flüchtling zurückkehren darf; diese Zeit darf jedoch nicht weniger als drei Monate betragen.

### **Paragraf 14**

Unter alleinigem Vorbehalt der Bestimmungen des Paragrafen 13 berühren die Bestimmungen des Anhangs in keiner Weise die Gesetze und Vorschriften, die in den Gebieten der vertragschließenden Staaten die Voraussetzungen für die Aufnahme, Durchreise, den Aufenthalt, die Niederlassung und Ausreise regeln.

### **Paragraf 15**

Die Ausstellung des Ausweises und die darin angebrachten Vermerke bestimmen und berühren nicht die Rechtsstellung des Inhabers, insbesondere nicht seine Staatsangehörigkeit.

### **Paragraf 16**

Die Ausstellung des Ausweises gibt dem Inhaber keinen Anspruch auf den Schutz der diplomatischen und konsularischen Vertreter des Ausstellungslandes und verleiht diesen Vertretern kein Schutzrecht.

## Anlage

### Muster-Reiseausweis

Der Ausweis hat die Form eines Heftes (etwa 15x10cm).

Es wird empfohlen, ihn so zu bedrucken, dass Rasuren oder Veränderungen durch chemische oder andere Mittel leicht zu erkennen sind und dass die Worte "Abkommen vom 28. Juli 1951" in fortlaufender Wiederholung auf jede Seite in der Sprache des ausstellenden Landes gedruckt werden.

*(Umschlag des Heftes)*  
REISEAUSWEIS  
*(Abkommen vom 28. Juli 1951)*

Nr. \_\_\_\_\_

(1)  
REISEAUSWEIS  
(Abkommen vom 28. Juli 1951)

Dieser Ausweis wird ungültig am, wenn er nicht verlängert wird.

Name .....

Vorname(n) .....

begleitet von ..... Kind(ern).

1. Dieser Ausweis wird lediglich zu dem Zweck ausgestellt, dem Inhaber als Reiseausweis anstelle eines nationalen Reisepasses zu dienen. Er stellt keine Entscheidung über die Staatsangehörigkeit des Inhabers dar und berührt diese nicht.
2. Es ist dem Inhaber gestattet, nach ..... (Angabe des Landes, dessen Behörden den Ausweis ausstellen) bis zum ..... zurückzukehren, es sei denn, dass nachstehend ein späterer Zeitpunkt genannt ist. (Der Zeitraum, innerhalb dessen es dem Inhaber gestattet ist, zurückzukehren, darf nicht weniger als drei Monate betragen.)
3. Lässt sich der Inhaber in einem anderen Lande als demjenigen nieder, das den Ausweis ausgestellt hat, so hat der Inhaber, wenn er eine neue Reise antreten will, bei den zuständigen Behörden seines Aufenthaltslandes einen neuen Ausweis zu beantragen. (Der frühere Ausweis ist der Behörde, die den neuen Ausweis ausstellt, zwecks Rücksendung an die Behörde, die ihn ausgestellt hat, zu übergeben.)<sup>\*)</sup>

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

\*) Dieser in Klammern gesetzte Satz kann von Regierungen, die dies wünschen, eingefügt werden.

(2)

Geburtsort und -datum .....

Beruf .....

Gegenwärtiger Wohnort .....

\*) Mädchenname und Vorname(n) der Ehefrau .....

\*) Name und Vorname(n) des Ehemannes .....

### Beschreibung

Größe .....

Haarfarbe .....

Farbe der Augen .....

Nase .....

Gesichtsform .....

Hautfarbe .....

Besondere Kennzeichen .....

\*) Nicht Zutreffendes streichen.

### Kinder, die den Inhaber des Ausweises begleiten

Name	Vorname(n)	Geburtsort u. -datum	Geschlecht
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....
.....	.....	.....	.....

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

(3)

Lichtbild des Inhabers  
und Stempel der ausstellenden Behörde

Fingerabdrücke des Inhabers (falls erforderlich)

Unterschrift des Inhabers

.....

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

(4)

1. Dieser Ausweis gilt für folgende Länder:

.....  
.....  
.....

2. Urkunde oder Urkunden, aufgrund derer dieser Ausweis ausgestellt wird:

.....  
.....  
.....

Ausgestellt in: .....

Datum: .....

Unterschrift und Stempel der  
ausstellenden Behörde

Gebühr bezahlt:

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

(5)

Verlängerung oder Erneuerung  
der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: von .....  
bis .....

Geschehen zu: ..... Datum: .....

Unterschrift und Stempel der  
Behörde, die die Gültigkeit  
verlängert oder erneuert.

Verlängerung oder Erneuerung  
der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: von .....  
bis .....

Geschehen zu: ..... Datum: .....

Unterschrift und Stempel der  
Behörde, die die Gültigkeit  
verlängert oder erneuert.

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

(6)

Verlängerung oder Erneuerung  
der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: von .....  
bis .....

Geschehen zu: ..... Datum: .....

Unterschrift und Stempel der  
Behörde, die die Gültigkeit  
verlängert oder erneuert.

Verlängerung oder Erneuerung  
der Gültigkeit

Gebühr bezahlt: von .....  
bis .....

Geschehen zu: ..... Datum: .....

Unterschrift und Stempel der  
Behörde, die die Gültigkeit  
verlängert oder erneuert.

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)

(7-32)

Sichtvermerke

Der Name des Inhabers des Ausweises muss auf jedem Sichtvermerk wiederholt werden.

(Dieser Ausweis enthält ... Seiten ohne Umschlag.)



<p style="text-align: center;"><b>Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967</b></p>
---

*Die Vertragsstaaten dieses Protokolls,*

*In der Erwägung, dass das am 28. Juli 1951 in Genf beschlossene Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (im Folgenden als das Abkommen bezeichnet) nur auf Personen Anwendung findet, die infolge von vor dem 1. Januar 1951 eingetretenen Ereignissen Flüchtlinge geworden sind,*

*In der Erwägung, dass seit Annahme des Abkommens neue Kategorien von Flüchtlingen entstanden sind und dass die betreffenden Flüchtlinge daher möglicherweise nicht unter das Abkommen fallen,*

*In der Erwägung, dass es wünschenswert ist, allen Flüchtlingen im Sinne des Abkommens unabhängig von dem Stichtag des 1. Januar 1951 die gleiche Rechtsstellung zu gewähren -*

*sind wie folgt übereingekommen:*

Artikel 1

**Allgemeine Bestimmung**

1. Die Vertragsstaaten dieses Protokolls verpflichten sich, die Artikel 2 bis 34 des Abkommens auf Flüchtlinge im Sinne der nachstehenden Begriffsbestimmung anzuwenden.
2. Außer für die Anwendung des Absatzes 3 dieses Artikels bezeichnet der Ausdruck "Flüchtling" im Sinne dieses Protokolls jede unter die Begriffsbestimmung des Artikels 1 des Abkommens fallende Person, als seien die Worte "infolge von Ereignissen, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten sind, und ..." sowie die Worte "... infolge solcher Ereignisse" in Artikel 1 Abschnitt A Absatz 2 nicht enthalten.
3. Dieses Protokoll wird von seinen Vertragsstaaten ohne jede geografische Begrenzung angewendet; jedoch finden die bereits nach Artikel 1 Abschnitt B Absatz 1 Buchstabe a) des Abkommens abgegebenen Erklärungen von Staaten, die schon Vertragsstaaten des Abkommens sind, auch aufgrund dieses Protokolls Anwendung, sofern nicht die Verpflichtungen des betreffenden Staates nach Artikel 1 Abschnitt B Absatz 2 des Abkommens erweitert worden ist.

## Artikel 2

### **Zusammenarbeit der staatlichen Behörden mit den Vereinten Nationen**

1. Die Vertragsstaaten dieses Protokolls verpflichten sich zur Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen oder jeder ihm etwa nachfolgenden anderen Stelle der Vereinten Nationen bei der Ausübung ihrer Befugnisse, insbesondere zur Erleichterung ihrer Aufgabe, die Anwendung des Protokolls zu überwachen.
2. Um es dem Amt des Hohen Kommissars oder jeder ihm etwa nachfolgenden anderen Stelle der Vereinten Nationen zu ermöglichen, den zuständigen Organen der Vereinten Nationen Berichte vorzulegen, verpflichten sich die Vertragsstaaten dieses Protokolls, ihnen in geeigneter Form die erbetenen Auskünfte und statistischen Angaben zu liefern über
  - a) die Lage der Flüchtlinge,
  - b) die Durchführung dieses Protokolls,
  - c) die Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, die in Bezug auf Flüchtlinge jetzt in Kraft sind oder künftig in Kraft sein werden.

## Artikel 3

### **Auskünfte über innerstaatliche Rechtsvorschriften**

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls teilen dem Generalsekretär der Vereinten Nationen den Wortlaut der Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften mit, die sie gegebenenfalls erlassen werden, um die Anwendung dieses Protokolls sicherzustellen.

## Artikel 4

### **Beilegung von Streitigkeiten**

Jede Streitigkeit zwischen Vertragsstaaten dieses Protokolls über dessen Auslegung oder Anwendung, die nicht auf andere Weise beigelegt werden kann, wird auf Antrag einer der Streitparteien dem Internationalen Gerichtshof unterbreitet.

## Artikel 5

### **Beitritt**

Dieses Protokoll liegt für alle Vertragsstaaten des Abkommens und jeden anderen Mitgliedstaat der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen sowie für jeden Staat zum Beitritt auf, der von der Vollversammlung eingeladen wurde, dem Protokoll beizutreten. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

## Artikel 6

### **Bundesstaatsklausel**

Für Bundes- oder Nichteinheitsstaaten gelten folgende Bestimmungen:

- a) Soweit für bestimmte Artikel des Abkommens, die nach Artikel I Absatz 1 dieses Protokolls anzuwenden sind, der Bund die Gesetzgebungszuständigkeit besitzt, hat die Bundesregierung die gleichen Verpflichtungen wie die Vertragsstaaten, die nicht Bundesstaaten sind;
- b) Soweit für bestimmte Artikel des Abkommens, die nach Artikel I Absatz 1 dieses Protokolls anzuwenden sind, die einzelnen Länder, Provinzen oder Kantone, die Gesetzgebungszuständigkeiten besitzen, ohne nach der Verfassungsordnung des Bundes zum Erlass von Rechtsvorschriften verpflichtet zu sein, bringt die Bundesregierung diese Artikel den zuständigen Stellen der einzelnen Länder, Provinzen oder Kantone so bald wie möglich befürwortend zur Kenntnis;
- c) Richtet ein Vertragsstaat dieses Protokolls über den Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Anfrage hinsichtlich des Rechts und der Praxis des Bundes und seiner Glieder in Bezug auf einzelne Bestimmungen des Abkommens, die nach Artikel I Absatz 1 des Protokolls anzuwenden sind, an einen Bundesstaat, der Vertragsstaat des Protokolls ist, so legt dieser eine Darstellung vor, aus der ersichtlich ist, inwieweit diese Bestimmungen durch den Erlass von Rechtsvorschriften oder durch sonstige Maßnahmen wirksam geworden sind.

## Artikel 7

### **Vorbehalte und Erklärungen**

- 1. Im Zeitpunkt seines Beitritts kann jeder Staat zu Artikel IV dieses Protokolls und zur Anwendung jeder Bestimmung des Abkommens - mit Ausnahme der Artikel 1, 3, 4, 16 Absatz 1 und 33 - nach Artikel I des Protokolls Vorbehalte machen, jedoch unter der Voraussetzung, dass im Falle eines Vertragsstaates des Abkommens die nach dem vorliegenden Artikel gemachten Vorbehalte sich nicht auf Flüchtlinge erstrecken, für die das Abkommen gilt.
- 2. Die von Vertragsstaaten des Abkommens nach dessen Artikel 42 gemachten Vorbehalte finden, sofern sie nicht zurückgezogen werden, hinsichtlich ihrer Verpflichtungen aus diesem Protokoll Anwendung.
- 3. Jeder Staat, der einen Vorbehalt nach Absatz 1 dieses Artikels macht, kann ihn jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete diesbezügliche Mitteilung zurückziehen.
- 4. Erklärungen, die ein diesem Protokoll beitretender Vertragsstaat des Abkommens nach dessen Artikel 40 Absätze 1 und 2 abgibt, gelten auch in Bezug auf das Protokoll, sofern nicht der betreffende Vertragsstaat bei seinem Beitritt eine gegenteilige Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen richtet.

Artikel 40 Absätze 2 und 3 und Artikel 44 Absatz 3 des Abkommens gelten entsprechend für dieses Protokoll.

#### Artikel 8

##### **In-Kraft-Treten**

1. Dieses Protokoll tritt am Tage der Hinterlegung der sechsten Beitrittsurkunde in Kraft.
2. Für jeden Staat, der dem Protokoll nach Hinterlegung der sechsten Beitrittsurkunde beitrifft, tritt es an dem Tage in Kraft, und dem der betreffende Staat seine Beitrittsurkunde hinterlegt.

#### Artikel 9

##### **Kündigung**

1. Jeder Vertragsstaat dieses Protokolls kann es jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation kündigen.
2. Die Kündigung wird für den betreffenden Vertragsstaat ein Jahr nach dem Tage wirksam, an dem sie dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zugegangen ist.

#### Artikel 10

##### **Notifikation durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen**

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert allen in Artikel V bezeichneten Staaten den Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens dieses Protokolls, des Beitritts sowie der Hinterlegung und Zurücknahme von Vorbehalten zu demselben, der Kündigung sowie der darauf bezüglichen Erklärungen und Notifikationen.

#### Artikel 11

##### **Hinterlegung des Protokolls im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen**

Eine Ausfertigung dieses Protokolls, dessen chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird nach Unterzeichnung durch den Präsidenten der Vollversammlung und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen im Archiv des Sekretariats der Vereinten Nationen hinterlegt. Der Generalsekretär übermittelt allen Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und den anderen in Artikel V bezeichneten Staaten beglaubigte Abschriften.

Gemäß Artikel 11 des Protokolls haben wir dasselbe am einunddreißigsten Januar Neunzehnhundertsiebenundsechzig unterschrieben.

R. Pazhwak, Präsident der Vollversammlung der Vereinten Nationen  
U Thant, Generalsekretär der Vereinten Nationen



**Der Hohe Flüchtlingskommissar  
der Vereinten Nationen (UNHCR)**  
Amt des Vertreters in der Bundesrepublik Deutschland  
Wallstraße 9-13  
10179 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 20 22 02-26  
Telefax: +49 (0) 30 / 20 22 02-23

E-Mail: [gfrbe@unhcr.ch](mailto:gfrbe@unhcr.ch)

Internet: [www.unhcr.de](http://www.unhcr.de)

## Anlage 9:

Bundeszentrale für  
politische BildungURL: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68760/60-jahre-genfer-fluechtlingskonvention-27-07-2011>

Pfad: Politik | Hintergrund aktuell | Juli 2011 | 60 Jahre Genfer Flüchtlings-konvention (27.07.2011)

## 60 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention

**Am 28. Juli 1951 wurde in Genf die UN-Flüchtlingskonvention (GFK) verabschiedet. Auch sechs Jahrzehnte später sind weltweit laut UNHCR mehr als 43 Millionen Menschen auf der Flucht – vor religiöser, ethnischer oder politisch motivierter Verfolgung.**

Sie fliehen vor Krieg, Gewalt oder Unterdrückung: Flüchtlinge verlassen ihre Heimat, um in anderen Staaten ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Würde zu führen. Diesen Verfolgten spricht das "Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge" – so der offizielle Titel der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) – eindeutige Schutzrechte zu.

Die internationale Gemeinschaft handelte die GFK angesichts der Fluchtbewegungen im Zuge des Zweiten Weltkriegs aus. Verabschiedet wurde sie am 28. Juli 1951 auf einer Sonderkonferenz der UN in Genf und trat am 22. April 1954 in Kraft. Ziel der Konvention ist es, Menschen weltweit rechtliche Anerkennung zu verschaffen, die gezwungen sind, ihr Land zu verlassen, um in einem anderen Zuflucht zu suchen.

Schlüsselement der Konvention ist die Definition des Flüchtlingsbegriffs. So ist im Sinne der Konvention jede Person ein Flüchtling, die "aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will [...]" (Art. 1A Abs. 2).

Ein weiteres Kernprinzip der GFK ist das Verbot der Ausweisung und Zurückweisung. Kein Flüchtling darf in ein Gebiet abgeschoben werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit bedroht sind. (Art. 33 Abs. 1). Gleichzeitig definiert die GFK auch Rechte von Flüchtlingen wie die Religions- und Bewegungsfreiheit, das Recht auf Zugang zu Bildung sowie das Recht auf Arbeit. Sie fixiert zugleich die Pflichten, die Flüchtlinge gegenüber ihrem Gastland erfüllen müssen und schließt bestimmte Gruppen, wie etwa Kriegsverbrecher, vom Flüchtlingsstatus aus.

## Tradition internationaler Menschenrechtsdokumente

Mit dem allgemeingültigen, individuellen Flüchtlingsbegriff steht die Genfer Flüchtlingskonvention in der Tradition internationaler Menschenrechtsdokumente, die nach den Erfahrungen zweier Weltkriege den Schutz des Individuums zur universellen Aufgabe erklärten.

Zunächst war die GFK jedoch hauptsächlich beschränkt auf Flüchtlinge in Europa und auf Ereignisse, die vor dem 1. Januar 1951 eingetreten waren. Mit dem Protokoll von New York wurde 1967 die zeitliche und geographische Begrenzung aufgehoben und die Konvention zu einem universellen Instrument erweitert.

Mittlerweile wurde die Genfer Konvention und/oder das nachfolgende Protokoll aus dem Jahr 1967 von insgesamt 147 Staaten unterzeichnet. Zudem ist die Beachtung der Konvention im Vertrag von Lissabon und in der EU-Grundrechtecharta festgeschrieben.

## Entwicklungsländer tragen Hauptlast

Laut aktuellem Bericht des UNHCR "Global Trends 2010" ist die Zahl der Vertriebenen weltweit Ende 2010 auf 43,7 Millionen (2009: 43,3 Millionen) gestiegen – der höchste Stand seit 15 Jahren. Davon leben etwa 15,4 Millionen Menschen als Flüchtlinge in anderen Ländern. 27,5 Millionen Menschen wurden innerhalb des eigenen Landes vertrieben und gelten somit als Binnenflüchtlinge. Hinzu kommen weltweit etwa 850.000 Asylbewerber, davon fast ein Fünftel allein in Südafrika.

Die meisten grenzüberschreitenden Flüchtlinge kommen aus Afghanistan, Irak und Somalia. Entwicklungsländer sind Zufluchtsort für 80 Prozent aller grenzüberschreitenden Flüchtlinge. Die Länder mit der größten Flüchtlingsbevölkerung waren 2010 Pakistan, Iran und Syrien. Die Bundesrepublik folgte auf Platz vier.

Anlässlich der Vorstellung des Berichts Ende Juni in Rom rief der UN-Hochkommissar für Flüchtlinge António Guterres die Industrieländer dazu auf, sich noch stärker an der Aufnahme von Flüchtlingen zu beteiligen: "Ängste vor angeblichen Massenbewegungen von Flüchtlingen in den Industrieländern sind stark übertrieben". Entwicklungsländer hätten weiterhin die Hauptlast der weltweiten Flüchtlingsbewegungen zu tragen.

## Mehr zum Thema

---

Migration und Bevölkerung Ausgabe 6/2011

### UNHCR: Zahl der Flüchtlinge weltweit gestiegen

Die Zahl der Flüchtlinge weltweit ist 2010 auf den höchsten Stand seit 15 Jahren gestiegen. Die ärmeren Länder tragen die Hauptlast bei ihrer Aufnahme. Das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR appellierte erneut an die Industriestaaten, mehr Flüchtlinge aufzunehmen. Weiter...

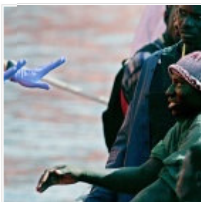
---

Hintergrund aktuell (12.07.2011)

### Hungersnot am Horn von Afrika

Am Horn von Afrika droht eine Jahrhundertkatastrophe. Infolge starker Dürren sind zehn Millionen Menschen von einer Hungersnot betroffen. Vor allem die Bevölkerung Somalias ist nach 20 Jahren Bürgerkrieg dem Hunger schutzlos ausgeliefert. Hier ist ein Viertel der Bevölkerung auf der Flucht. Weiter...

---



Hendrik Cremer

### Festung Europa – Zur Flüchtlingspolitik der EU

In der EU gelten umfassende menschenrechtliche Verpflichtungen für alle Mitgliedstaaten. Die Realität sieht indes häufig anders aus – insbesondere an den EU-Außengrenzen: Hier werden zunehmend Maßnahmen getroffen, um Menschen gar nicht erst Zutritt zum Hoheitsgebiet der EU zu gewähren. Weiter...

---

## **Convention on the Rights of the Child**

**Adopted and opened for signature, ratification and accession by General Assembly  
resolution 44/25 of 20 November 1989**

**entry into force 2 September 1990, in accordance with article 49**

### **Preamble**

The States Parties to the present Convention,

Considering that, in accordance with the principles proclaimed in the Charter of the United Nations, recognition of the inherent dignity and of the equal and inalienable rights of all members of the human family is the foundation of freedom, justice and peace in the world,

Bearing in mind that the peoples of the United Nations have, in the Charter, reaffirmed their faith in fundamental human rights and in the dignity and worth of the human person, and have determined to promote social progress and better standards of life in larger freedom,

Recognizing that the United Nations has, in the Universal Declaration of Human Rights and in the International Covenants on Human Rights, proclaimed and agreed that everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth therein, without distinction of any kind, such as race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national or social origin, property, birth or other status,

Recalling that, in the Universal Declaration of Human Rights, the United Nations has proclaimed that childhood is entitled to special care and assistance,

Convinced that the family, as the fundamental group of society and the natural environment for the growth and well-being of all its members and particularly children, should be afforded the necessary protection and assistance so that it can fully assume its responsibilities within the community,

Recognizing that the child, for the full and harmonious development of his or her personality, should grow up in a family environment, in an atmosphere of happiness, love and understanding,

Considering that the child should be fully prepared to live an individual life in society, and brought up in the spirit of the ideals proclaimed in the Charter of the United Nations, and in particular in the spirit of peace, dignity, tolerance, freedom, equality and solidarity,

Bearing in mind that the need to extend particular care to the child has been stated in the Geneva Declaration of the Rights of the Child of 1924 and in the Declaration of the Rights of the Child adopted by the General Assembly on 20 November 1959 and recognized in the Universal Declaration of Human Rights, in the International Covenant on Civil and Political Rights (in particular in articles 23 and 24), in the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights (in particular in article 10) and in the statutes and relevant instruments of specialized agencies and international organizations concerned with the welfare of children,

Bearing in mind that, as indicated in the Declaration of the Rights of the Child, "the child, by reason of his physical and mental immaturity, needs special safeguards and care, including appropriate legal protection, before as well as after birth",

Recalling the provisions of the Declaration on Social and Legal Principles relating to the Protection and Welfare of Children, with Special Reference to Foster Placement and Adoption Nationally and Internationally; the United Nations Standard Minimum Rules for the Administration of Juvenile Justice (The Beijing Rules) ; and the Declaration on the Protection of Women and Children in Emergency and Armed Conflict, Recognizing that, in all countries in the world, there are children living in exceptionally difficult conditions, and that such children need special consideration,



Taking due account of the importance of the traditions and cultural values of each people for the protection and harmonious development of the child, Recognizing the importance of international co-operation for improving the living conditions of children in every country, in particular in the developing countries,

Have agreed as follows:

## **PART I**

### **Article 1**

For the purposes of the present Convention, a child means every human being below the age of eighteen years unless under the law applicable to the child, majority is attained earlier.

### **Article 2**

1. States Parties shall respect and ensure the rights set forth in the present Convention to each child within their jurisdiction without discrimination of any kind, irrespective of the child's or his or her parent's or legal guardian's race, colour, sex, language, religion, political or other opinion, national, ethnic or social origin, property, disability, birth or other status.

2. States Parties shall take all appropriate measures to ensure that the child is protected against all forms of discrimination or punishment on the basis of the status, activities, expressed opinions, or beliefs of the child's parents, legal guardians, or family members.

### **Article 3**

1. In all actions concerning children, whether undertaken by public or private social welfare institutions, courts of law, administrative authorities or legislative bodies, the best interests of the child shall be a primary consideration.

2. States Parties undertake to ensure the child such protection and care as is necessary for his or her well-being, taking into account the rights and duties of his or her parents, legal guardians, or other individuals legally responsible for him or her, and, to this end, shall take all appropriate legislative and administrative measures.

3. States Parties shall ensure that the institutions, services and facilities responsible for the care or protection of children shall conform with the standards established by competent authorities, particularly in the areas of safety, health, in the number and suitability of their staff, as well as competent supervision.

### **Article 4**

States Parties shall undertake all appropriate legislative, administrative, and other measures for the implementation of the rights recognized in the present Convention. With regard to economic, social and cultural rights, States Parties shall undertake such measures to the maximum extent of their available resources and, where needed, within the framework of international co-operation.

### **Article 5**

States Parties shall respect the responsibilities, rights and duties of parents or, where applicable, the members of the extended family or community as provided for by local custom, legal guardians or other persons legally responsible for the child, to provide, in a manner consistent with the evolving capacities of the child, appropriate direction and guidance in the exercise by the child of the rights recognized in the present Convention.

### **Article 6**

1. States Parties recognize that every child has the inherent right to life. 2. States Parties shall ensure to the maximum extent possible the survival and development of the child.

### **Article 7**

1. The child shall be registered immediately after birth and shall have the right from birth to a name, the right to acquire a nationality and, as far as possible, the right to know and be cared for by his or her parents.

2. States Parties shall ensure the implementation of these rights in accordance with their national law and their obligations under the relevant international instruments in this field, in particular where the child would otherwise be stateless.

### **Article 8**

1. States Parties undertake to respect the right of the child to preserve his or her identity, including nationality, name and family relations as recognized by law without unlawful interference.

2. Where a child is illegally deprived of some or all of the elements of his or her identity, States Parties shall provide appropriate assistance and protection, with a view to re-establishing speedily his or her identity.

### **Article 9**

1. States Parties shall ensure that a child shall not be separated from his or her parents against their will, except when competent authorities subject to judicial review determine, in accordance with applicable law and procedures, that such separation is necessary for the best interests of the child. Such determination may be necessary in a particular case such as one involving abuse or neglect of the child by the parents, or one where the parents are living separately and a decision must be made as to the child's place of residence.

2. In any proceedings pursuant to paragraph 1 of the present article, all interested parties shall be given an opportunity to participate in the proceedings and make their views known.

3. States Parties shall respect the right of the child who is separated from one or both parents to maintain personal relations and direct contact with both parents on a regular basis, except if it is contrary to the child's best interests.

4. Where such separation results from any action initiated by a State Party, such as the detention, imprisonment, exile, deportation or death (including death arising from any cause while the person is in the custody of the State) of one or both parents or of the child, that State Party shall, upon request, provide the parents, the child or, if appropriate, another member of the family with the essential information concerning the whereabouts of the absent member(s) of the family unless the provision of the information would be detrimental to the well-being of the child. States Parties shall further ensure that the submission of such a request shall of itself entail no adverse consequences for the person(s) concerned.

### **Article 10**

1. In accordance with the obligation of States Parties under article 9, paragraph 1, applications by a child or his or her parents to enter or leave a State Party for the purpose of family reunification shall be dealt with by States Parties in a positive, humane and expeditious manner. States Parties shall further ensure that the submission of such a request shall entail no adverse consequences for the applicants and for the members of their family.

2. A child whose parents reside in different States shall have the right to maintain on a regular basis, save in exceptional circumstances personal relations and direct contacts with both parents. Towards that end and in accordance with the obligation of States Parties under article 9, paragraph 1, States Parties shall respect the right of the child and his or her parents to leave any country, including their

own, and to enter their own country. The right to leave any country shall be subject only to such restrictions as are prescribed by law and which are necessary to protect the national security, public order (ordre public), public health or morals or the rights and freedoms of others and are consistent with the other rights recognized in the present Convention.

### **Article 11**

1. States Parties shall take measures to combat the illicit transfer and non-return of children abroad.
2. To this end, States Parties shall promote the conclusion of bilateral or multilateral agreements or accession to existing agreements.

### **Article 12**

1. States Parties shall assure to the child who is capable of forming his or her own views the right to express those views freely in all matters affecting the child, the views of the child being given due weight in accordance with the age and maturity of the child.
2. For this purpose, the child shall in particular be provided the opportunity to be heard in any judicial and administrative proceedings affecting the child, either directly, or through a representative or an appropriate body, in a manner consistent with the procedural rules of national law.

### **Article 13**

1. The child shall have the right to freedom of expression; this right shall include freedom to seek, receive and impart information and ideas of all kinds, regardless of frontiers, either orally, in writing or in print, in the form of art, or through any other media of the child's choice.
2. The exercise of this right may be subject to certain restrictions, but these shall only be such as are provided by law and are necessary:
  - (a) For respect of the rights or reputations of others; or
  - (b) For the protection of national security or of public order (ordre public), or of public health or morals.

### **Article 14**

1. States Parties shall respect the right of the child to freedom of thought, conscience and religion.
2. States Parties shall respect the rights and duties of the parents and, when applicable, legal guardians, to provide direction to the child in the exercise of his or her right in a manner consistent with the evolving capacities of the child.
3. Freedom to manifest one's religion or beliefs may be subject only to such limitations as are prescribed by law and are necessary to protect public safety, order, health or morals, or the fundamental rights and freedoms of others.

### **Article 15**

1. States Parties recognize the rights of the child to freedom of association and to freedom of peaceful assembly.
2. No restrictions may be placed on the exercise of these rights other than those imposed in conformity with the law and which are necessary in a democratic society in the interests of national security or public safety, public order (ordre public), the protection of public health or morals or the protection of the rights and freedoms of others.

### **Article 16**

1. No child shall be subjected to arbitrary or unlawful interference with his or her privacy, family, home or correspondence, nor to unlawful attacks on his or her honour and reputation.
2. The child has the right to the protection of the law against such interference or attacks.

### **Article 17**

States Parties recognize the important function performed by the mass media and shall ensure that the child has access to information and material from a diversity of national and international sources, especially those aimed at the promotion of his or her social, spiritual and moral well-being and physical and mental health.

To this end, States Parties shall:

- (a) Encourage the mass media to disseminate information and material of social and cultural benefit to the child and in accordance with the spirit of article 29;
- (b) Encourage international co-operation in the production, exchange and dissemination of such information and material from a diversity of cultural, national and international sources;
- (c) Encourage the production and dissemination of children's books;
- (d) Encourage the mass media to have particular regard to the linguistic needs of the child who belongs to a minority group or who is indigenous;
- (e) Encourage the development of appropriate guidelines for the protection of the child from information and material injurious to his or her well-being, bearing in mind the provisions of articles 13 and 18.

### **Article 18**

1. States Parties shall use their best efforts to ensure recognition of the principle that both parents have common responsibilities for the upbringing and development of the child. Parents or, as the case may be, legal guardians, have the primary responsibility for the upbringing and development of the child. The best interests of the child will be their basic concern.
2. For the purpose of guaranteeing and promoting the rights set forth in the present Convention, States Parties shall render appropriate assistance to parents and legal guardians in the performance of their child-rearing responsibilities and shall ensure the development of institutions, facilities and services for the care of children.
3. States Parties shall take all appropriate measures to ensure that children of working parents have the right to benefit from child-care services and facilities for which they are eligible.

### **Article 19**

1. States Parties shall take all appropriate legislative, administrative, social and educational measures to protect the child from all forms of physical or mental violence, injury or abuse, neglect or negligent treatment, maltreatment or exploitation, including sexual abuse, while in the care of parent(s), legal guardian(s) or any other person who has the care of the child.
2. Such protective measures should, as appropriate, include effective procedures for the establishment of social programmes to provide necessary support for the child and for those who have the care of the child, as well as for other forms of prevention and for identification, reporting, referral, investigation, treatment and follow-up of instances of child maltreatment described heretofore, and, as appropriate, for judicial involvement.

### **Article 20**

1. A child temporarily or permanently deprived of his or her family environment, or in whose own best interests cannot be allowed to remain in that environment, shall be entitled to special protection and assistance provided by the State.
2. States Parties shall in accordance with their national laws ensure alternative care for such a child.
3. Such care could include, inter alia, foster placement, kafalah of Islamic law, adoption or if necessary placement in suitable institutions for the care of children. When considering solutions, due regard shall be paid to the desirability of continuity in a child's upbringing and to the child's ethnic, religious, cultural and linguistic background.

## **Article 21**

States Parties that recognize and/or permit the system of adoption shall ensure that the best interests of the child shall be the paramount consideration and they shall:

- (a) Ensure that the adoption of a child is authorized only by competent authorities who determine, in accordance with applicable law and procedures and on the basis of all pertinent and reliable information, that the adoption is permissible in view of the child's status concerning parents, relatives and legal guardians and that, if required, the persons concerned have given their informed consent to the adoption on the basis of such counselling as may be necessary;
- (b) Recognize that inter-country adoption may be considered as an alternative means of child's care, if the child cannot be placed in a foster or an adoptive family or cannot in any suitable manner be cared for in the child's country of origin;
- (c) Ensure that the child concerned by inter-country adoption enjoys safeguards and standards equivalent to those existing in the case of national adoption;
- (d) Take all appropriate measures to ensure that, in inter-country adoption, the placement does not result in improper financial gain for those involved in it;
- (e) Promote, where appropriate, the objectives of the present article by concluding bilateral or multilateral arrangements or agreements, and endeavour, within this framework, to ensure that the placement of the child in another country is carried out by competent authorities or organs.

## **Article 22**

1. States Parties shall take appropriate measures to ensure that a child who is seeking refugee status or who is considered a refugee in accordance with applicable international or domestic law and procedures shall, whether unaccompanied or accompanied by his or her parents or by any other person, receive appropriate protection and humanitarian assistance in the enjoyment of applicable rights set forth in the present Convention and in other international human rights or humanitarian instruments to which the said States are Parties.
2. For this purpose, States Parties shall provide, as they consider appropriate, co-operation in any efforts by the United Nations and other competent intergovernmental organizations or non-governmental organizations co-operating with the United Nations to protect and assist such a child and to trace the parents or other members of the family of any refugee child in order to obtain information necessary for reunification with his or her family. In cases where no parents or other members of the family can be found, the child shall be accorded the same protection as any other child permanently or temporarily deprived of his or her family environment for any reason, as set forth in the present Convention.

## **Article 23**

1. States Parties recognize that a mentally or physically disabled child should enjoy a full and decent life, in conditions which ensure dignity, promote self-reliance and facilitate the child's active participation in the community.
2. States Parties recognize the right of the disabled child to special care and shall encourage and ensure the extension, subject to available resources, to the eligible child and those responsible for his or her care, of assistance for which application is made and which is appropriate to the child's condition and to the circumstances of the parents or others caring for the child.
3. Recognizing the special needs of a disabled child, assistance extended in accordance with paragraph 2 of the present article shall be provided free of charge, whenever possible, taking into account the financial resources of the parents or others caring for the child, and shall be designed to ensure that the disabled child has effective access to and receives education, training, health care services, rehabilitation services, preparation for employment and recreation opportunities in a manner conducive to the child's achieving the fullest possible social integration and individual development, including his or her cultural and spiritual development
4. States Parties shall promote, in the spirit of international cooperation, the exchange of appropriate information in the field of preventive health care and of medical, psychological and functional treatment of disabled children, including dissemination of and access to information concerning methods of rehabilitation, education and vocational services, with the aim of enabling States Parties to improve their capabilities and skills and to widen their experience in these areas. In this regard, particular account shall be taken of the needs of developing countries.

## **Article 24**

1. States Parties recognize the right of the child to the enjoyment of the highest attainable standard of health and to facilities for the treatment of illness and rehabilitation of health. States Parties shall strive to ensure that no child is deprived of his or her right of access to such health care services.
2. States Parties shall pursue full implementation of this right and, in particular, shall take appropriate measures:
  - (a) To diminish infant and child mortality;
  - (b) To ensure the provision of necessary medical assistance and health care to all children with emphasis on the development of primary health care;
  - (c) To combat disease and malnutrition, including within the framework of primary health care, through, inter alia, the application of readily available technology and through the provision of adequate nutritious foods and clean drinking-water, taking into consideration the dangers and risks of environmental pollution;
  - (d) To ensure appropriate pre-natal and post-natal health care for mothers;
  - (e) To ensure that all segments of society, in particular parents and children, are informed, have access to education and are supported in the use of basic knowledge of child health and nutrition, the advantages of breastfeeding, hygiene and environmental sanitation and the prevention of accidents;
  - (f) To develop preventive health care, guidance for parents and family planning education and services.
3. States Parties shall take all effective and appropriate measures with a view to abolishing traditional practices prejudicial to the health of children.
4. States Parties undertake to promote and encourage international co-operation with a view to achieving progressively the full realization of the right recognized in the present article. In this regard, particular account shall be taken of the needs of developing countries.

## **Article 25**

States Parties recognize the right of a child who has been placed by the competent authorities for the purposes of care, protection or treatment of his or her physical or mental health, to a periodic review of the treatment provided to the child and all other circumstances relevant to his or her placement.

## **Article 26**

1. States Parties shall recognize for every child the right to benefit from social security, including social insurance, and shall take the necessary measures to achieve the full realization of this right in accordance with their national law.

2. The benefits should, where appropriate, be granted, taking into account the resources and the circumstances of the child and persons having responsibility for the maintenance of the child, as well as any other consideration relevant to an application for benefits made by or on behalf of the child.

## **Article 27**

1. States Parties recognize the right of every child to a standard of living adequate for the child's physical, mental, spiritual, moral and social development.

2. The parent(s) or others responsible for the child have the primary responsibility to secure, within their abilities and financial capacities, the conditions of living necessary for the child's development.

3. States Parties, in accordance with national conditions and within their means, shall take appropriate measures to assist parents and others responsible for the child to implement this right and shall in case of need provide material assistance and support programmes, particularly with regard to nutrition, clothing and housing.

4. States Parties shall take all appropriate measures to secure the recovery of maintenance for the child from the parents or other persons having financial responsibility for the child, both within the State Party and from abroad. In particular, where the person having financial responsibility for the child lives in a State different from that of the child, States Parties shall promote the accession to international agreements or the conclusion of such agreements, as well as the making of other appropriate arrangements.

## **Article 28**

1. States Parties recognize the right of the child to education, and with a view to achieving this right progressively and on the basis of equal opportunity, they shall, in particular:

- (a) Make primary education compulsory and available free to all;
- (b) Encourage the development of different forms of secondary education, including general and vocational education, make them available and accessible to every child, and take appropriate measures such as the introduction of free education and offering financial assistance in case of need;
- (c) Make higher education accessible to all on the basis of capacity by every appropriate means;
- (d) Make educational and vocational information and guidance available and accessible to all children;
- (e) Take measures to encourage regular attendance at schools and the reduction of drop-out rates.

2. States Parties shall take all appropriate measures to ensure that school discipline is administered in a manner consistent with the child's human dignity and in conformity with the present Convention.

3. States Parties shall promote and encourage international cooperation in matters relating to education, in particular with a view to contributing to the elimination of ignorance and illiteracy

throughout the world and facilitating access to scientific and technical knowledge and modern teaching methods. In this regard, particular account shall be taken of the needs of developing countries.

### **Article 29**

1. States Parties agree that the education of the child shall be directed to:

(a) The development of the child's personality, talents and mental and physical abilities to their fullest potential;

(b) The development of respect for human rights and fundamental freedoms, and for the principles enshrined in the Charter of the United Nations;

(c) The development of respect for the child's parents, his or her own cultural identity, language and values, for the national values of the country in which the child is living, the country from which he or she may originate, and for civilizations different from his or her own;

(d) The preparation of the child for responsible life in a free society, in the spirit of understanding, peace, tolerance, equality of sexes, and friendship among all peoples, ethnic, national and religious groups and persons of indigenous origin;

(e) The development of respect for the natural environment.

2. No part of the present article or article 28 shall be construed so as to interfere with the liberty of individuals and bodies to establish and direct educational institutions, subject always to the observance of the principle set forth in paragraph 1 of the present article and to the requirements that the education given in such institutions shall conform to such minimum standards as may be laid down by the State.

### **Article 30**

In those States in which ethnic, religious or linguistic minorities or persons of indigenous origin exist, a child belonging to such a minority or who is indigenous shall not be denied the right, in community with other members of his or her group, to enjoy his or her own culture, to profess and practise his or her own religion, or to use his or her own language.

### **Article 31**

1. States Parties recognize the right of the child to rest and leisure, to engage in play and recreational activities appropriate to the age of the child and to participate freely in cultural life and the arts.

2. States Parties shall respect and promote the right of the child to participate fully in cultural and artistic life and shall encourage the provision of appropriate and equal opportunities for cultural, artistic, recreational and leisure activity.

### **Article 32**

1. States Parties recognize the right of the child to be protected from economic exploitation and from performing any work that is likely to be hazardous or to interfere with the child's education, or to be harmful to the child's health or physical, mental, spiritual, moral or social development.

2. States Parties shall take legislative, administrative, social and educational measures to ensure the implementation of the present article. To this end, and having regard to the relevant provisions of other international instruments, States Parties shall in particular:

(a) Provide for a minimum age or minimum ages for admission to employment;

(b) Provide for appropriate regulation of the hours and conditions of employment;



(c) Provide for appropriate penalties or other sanctions to ensure the effective enforcement of the present article.

### **Article 33**

States Parties shall take all appropriate measures, including legislative, administrative, social and educational measures, to protect children from the illicit use of narcotic drugs and psychotropic substances as defined in the relevant international treaties, and to prevent the use of children in the illicit production and trafficking of such substances.

### **Article 34**

States Parties undertake to protect the child from all forms of sexual exploitation and sexual abuse. For these purposes, States Parties shall in particular take all appropriate national, bilateral and multilateral measures to prevent:

- (a) The inducement or coercion of a child to engage in any unlawful sexual activity;
- (b) The exploitative use of children in prostitution or other unlawful sexual practices;
- (c) The exploitative use of children in pornographic performances and materials.

### **Article 35**

States Parties shall take all appropriate national, bilateral and multilateral measures to prevent the abduction of, the sale of or traffic in children for any purpose or in any form.

### **Article 36**

States Parties shall protect the child against all other forms of exploitation prejudicial to any aspects of the child's welfare.

### **Article 37**

States Parties shall ensure that:

- (a) No child shall be subjected to torture or other cruel, inhuman or degrading treatment or punishment. Neither capital punishment nor life imprisonment without possibility of release shall be imposed for offences committed by persons below eighteen years of age;
- (b) No child shall be deprived of his or her liberty unlawfully or arbitrarily. The arrest, detention or imprisonment of a child shall be in conformity with the law and shall be used only as a measure of last resort and for the shortest appropriate period of time;
- (c) Every child deprived of liberty shall be treated with humanity and respect for the inherent dignity of the human person, and in a manner which takes into account the needs of persons of his or her age. In particular, every child deprived of liberty shall be separated from adults unless it is considered in the child's best interest not to do so and shall have the right to maintain contact with his or her family through correspondence and visits, save in exceptional circumstances;
- (d) Every child deprived of his or her liberty shall have the right to prompt access to legal and other appropriate assistance, as well as the right to challenge the legality of the deprivation of his or her liberty before a court or other competent, independent and impartial authority, and to a prompt decision on any such action.

### **Article 38**

1. States Parties undertake to respect and to ensure respect for rules of international humanitarian law applicable to them in armed conflicts which are relevant to the child.

2. States Parties shall take all feasible measures to ensure that persons who have not attained the age of fifteen years do not take a direct part in hostilities.

3. States Parties shall refrain from recruiting any person who has not attained the age of fifteen years into their armed forces. In recruiting among those persons who have attained the age of fifteen years but who have not attained the age of eighteen years, States Parties shall endeavour to give priority to those who are oldest.

4. In accordance with their obligations under international humanitarian law to protect the civilian population in armed conflicts, States Parties shall take all feasible measures to ensure protection and care of children who are affected by an armed conflict.

### **Article 39**

States Parties shall take all appropriate measures to promote physical and psychological recovery and social reintegration of a child victim of: any form of neglect, exploitation, or abuse; torture or any other form of cruel, inhuman or degrading treatment or punishment; or armed conflicts. Such recovery and reintegration shall take place in an environment which fosters the health, self-respect and dignity of the child.

### **Article 40**

1. States Parties recognize the right of every child alleged as, accused of, or recognized as having infringed the penal law to be treated in a manner consistent with the promotion of the child's sense of dignity and worth, which reinforces the child's respect for the human rights and fundamental freedoms of others and which takes into account the child's age and the desirability of promoting the child's reintegration and the child's assuming a constructive role in society.

2. To this end, and having regard to the relevant provisions of international instruments, States Parties shall, in particular, ensure that:

(a) No child shall be alleged as, be accused of, or recognized as having infringed the penal law by reason of acts or omissions that were not prohibited by national or international law at the time they were committed;

(b) Every child alleged as or accused of having infringed the penal law has at least the following guarantees:

(i) To be presumed innocent until proven guilty according to law;

(ii) To be informed promptly and directly of the charges against him or her, and, if appropriate, through his or her parents or legal guardians, and to have legal or other appropriate assistance in the preparation and presentation of his or her defence;

(iii) To have the matter determined without delay by a competent, independent and impartial authority or judicial body in a fair hearing according to law, in the presence of legal or other appropriate assistance and, unless it is considered not to be in the best interest of the child, in particular, taking into account his or her age or situation, his or her parents or legal guardians;

(iv) Not to be compelled to give testimony or to confess guilt; to examine or have examined adverse witnesses and to obtain the participation and examination of witnesses on his or her behalf under conditions of equality;

(v) If considered to have infringed the penal law, to have this decision and any measures imposed in consequence thereof reviewed by a higher competent, independent and impartial authority or judicial body according to law;

(vi) To have the free assistance of an interpreter if the child cannot understand or speak the language used;

(vii) To have his or her privacy fully respected at all stages of the proceedings.

3. States Parties shall seek to promote the establishment of laws, procedures, authorities and institutions specifically applicable to children alleged as, accused of, or recognized as having infringed the penal law, and, in particular:

(a) The establishment of a minimum age below which children shall be presumed not to have the capacity to infringe the penal law;

(b) Whenever appropriate and desirable, measures for dealing with such children without resorting to judicial proceedings, providing that human rights and legal safeguards are fully respected. 4. A variety of dispositions, such as care, guidance and supervision orders; counselling; probation; foster care; education and vocational training programmes and other alternatives to institutional care shall be available to ensure that children are dealt with in a manner appropriate to their well-being and proportionate both to their circumstances and the offence.

#### **Article 41**

Nothing in the present Convention shall affect any provisions which are more conducive to the realization of the rights of the child and which may be contained in:

(a) The law of a State party; or

(b) International law in force for that State.

### **PART II**

#### **Article 42**

States Parties undertake to make the principles and provisions of the Convention widely known, by appropriate and active means, to adults and children alike.

#### **Article 43**

1. For the purpose of examining the progress made by States Parties in achieving the realization of the obligations undertaken in the present Convention, there shall be established a Committee on the Rights of the Child, which shall carry out the functions hereinafter provided.

2. The Committee shall consist of ten experts of high moral standing and recognized competence in the field covered by this Convention. The members of the Committee shall be elected by States Parties from among their nationals and shall serve in their personal capacity, consideration being given to equitable geographical distribution, as well as to the principal legal systems.

3. The members of the Committee shall be elected by secret ballot from a list of persons nominated by States Parties. Each State Party may nominate one person from among its own nationals.

4. The initial election to the Committee shall be held no later than six months after the date of the entry into force of the present Convention and thereafter every second year. At least four months before the date of each election, the Secretary-General of the United Nations shall address a letter to States Parties inviting them to submit their nominations within two months. The Secretary-General shall subsequently prepare a list in alphabetical order of all persons thus nominated, indicating States Parties which have nominated them, and shall submit it to the States Parties to the present Convention.

5. The elections shall be held at meetings of States Parties convened by the Secretary-General at United Nations Headquarters. At those meetings, for which two thirds of States Parties shall constitute

a quorum, the persons elected to the Committee shall be those who obtain the largest number of votes and an absolute majority of the votes of the representatives of States Parties present and voting.

6. The members of the Committee shall be elected for a term of four years. They shall be eligible for re-election if renominated. The term of five of the members elected at the first election shall expire at the end of two years; immediately after the first election, the names of these five members shall be chosen by lot by the Chairman of the meeting.

7. If a member of the Committee dies or resigns or declares that for any other cause he or she can no longer perform the duties of the Committee, the State Party which nominated the member shall appoint another expert from among its nationals to serve for the remainder of the term, subject to the approval of the Committee.

8. The Committee shall establish its own rules of procedure.

9. The Committee shall elect its officers for a period of two years.

10. The meetings of the Committee shall normally be held at United Nations Headquarters or at any other convenient place as determined by the Committee. The Committee shall normally meet annually. The duration of the meetings of the Committee shall be determined, and reviewed, if necessary, by a meeting of the States Parties to the present Convention, subject to the approval of the General Assembly.

11. The Secretary-General of the United Nations shall provide the necessary staff and facilities for the effective performance of the functions of the Committee under the present Convention.

12. With the approval of the General Assembly, the members of the Committee established under the present Convention shall receive emoluments from United Nations resources on such terms and conditions as the Assembly may decide.

#### **Article 44**

1. States Parties undertake to submit to the Committee, through the Secretary-General of the United Nations, reports on the measures they have adopted which give effect to the rights recognized herein and on the progress made on the enjoyment of those rights

(a) Within two years of the entry into force of the Convention for the State Party concerned;

(b) Thereafter every five years.

2. Reports made under the present article shall indicate factors and difficulties, if any, affecting the degree of fulfilment of the obligations under the present Convention. Reports shall also contain sufficient information to provide the Committee with a comprehensive understanding of the implementation of the Convention in the country concerned.

3. A State Party which has submitted a comprehensive initial report to the Committee need not, in its subsequent reports submitted in accordance with paragraph 1 (b) of the present article, repeat basic information previously provided.

4. The Committee may request from States Parties further information relevant to the implementation of the Convention.

5. The Committee shall submit to the General Assembly, through the Economic and Social Council, every two years, reports on its activities.

6. States Parties shall make their reports widely available to the public in their own countries.

#### **Article 45**

In order to foster the effective implementation of the Convention and to encourage international co-operation in the field covered by the Convention:

(a) The specialized agencies, the United Nations Children's Fund, and other United Nations organs shall be entitled to be represented at the consideration of the implementation of such provisions of the present Convention as fall within the scope of their mandate. The Committee may invite the specialized agencies, the United Nations Children's Fund and other competent bodies as it may consider appropriate to provide expert advice on the implementation of the Convention in areas falling within the scope of their respective mandates. The Committee may invite the specialized agencies, the United Nations Children's Fund, and other United Nations organs to submit reports on the implementation of the Convention in areas falling within the scope of their activities;

(b) The Committee shall transmit, as it may consider appropriate, to the specialized agencies, the United Nations Children's Fund and other competent bodies, any reports from States Parties that contain a request, or indicate a need, for technical advice or assistance, along with the Committee's observations and suggestions, if any, on these requests or indications;

(c) The Committee may recommend to the General Assembly to request the Secretary-General to undertake on its behalf studies on specific issues relating to the rights of the child;

(d) The Committee may make suggestions and general recommendations based on information received pursuant to articles 44 and 45 of the present Convention. Such suggestions and general recommendations shall be transmitted to any State Party concerned and reported to the General Assembly, together with comments, if any, from States Parties.

### **PART III**

#### **Article 46**

The present Convention shall be open for signature by all States.

#### **Article 47**

The present Convention is subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

#### **Article 48**

The present Convention shall remain open for accession by any State. The instruments of accession shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

#### **Article 49**

1. The present Convention shall enter into force on the thirtieth day following the date of deposit with the Secretary-General of the United Nations of the twentieth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying or acceding to the Convention after the deposit of the twentieth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after the deposit by such State of its instrument of ratification or accession.

#### **Article 50**

1. Any State Party may propose an amendment and file it with the Secretary-General of the United Nations. The Secretary-General shall thereupon communicate the proposed amendment to States Parties, with a request that they indicate whether they favour a conference of States Parties for the purpose of considering and voting upon the proposals. In the event that, within four months from the date of such communication, at least one third of the States Parties favour such a conference, the Secretary-General shall convene the conference under the auspices of the United Nations. Any

amendment adopted by a majority of States Parties present and voting at the conference shall be submitted to the General Assembly for approval.

2. An amendment adopted in accordance with paragraph 1 of the present article shall enter into force when it has been approved by the General Assembly of the United Nations and accepted by a two-thirds majority of States Parties.

3. When an amendment enters into force, it shall be binding on those States Parties which have accepted it, other States Parties still being bound by the provisions of the present Convention and any earlier amendments which they have accepted.

#### **Article 51**

1. The Secretary-General of the United Nations shall receive and circulate to all States the text of reservations made by States at the time of ratification or accession.

2. A reservation incompatible with the object and purpose of the present Convention shall not be permitted.

3. Reservations may be withdrawn at any time by notification to that effect addressed to the Secretary-General of the United Nations, who shall then inform all States. Such notification shall take effect on the date on which it is received by the Secretary-General

#### **Article 52**

A State Party may denounce the present Convention by written notification to the Secretary-General of the United Nations. Denunciation becomes effective one year after the date of receipt of the notification by the Secretary-General.

#### **Article 53**

The Secretary-General of the United Nations is designated as the depositary of the present Convention.

#### **Article 54**

The original of the present Convention, of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations. IN WITNESS THEREOF the undersigned plenipotentiaries, being duly authorized thereto by their respective governments, have signed the present Convention.



# Übereinkommen über die Rechte des Kindes

**VN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien**





# Übereinkommen über die Rechte des Kindes

## **VN-Kinderrechtskonvention im Wortlaut mit Materialien**

am 26. Januar 1990  
von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet  
(Zustimmung von Bundestag und Bundesrat durch  
Gesetz vom 17. Februar 1992 – BGBl. II S. 121)

am 6. März 1992  
Hinterlegung der Ratifikationsurkunde  
beim Generalsekretär der Vereinten Nationen

am 5. April 1992  
für Deutschland in Kraft getreten  
(Bekanntmachung vom 10. Juli 1992 – BGBl. II S. 990)

am 15. Juli 2010  
Rücknahme der Vorbehalte zum Übereinkommen  
(Beschluss Bundesrat vom 26. März 2010; Kabinettsbeschluss vom  
3. Mai 2010; formale Übergabe des Rücknahmeschreibens an die  
Vereinten Nationen am 15. Juli 2010)



## Vorwort

Alle Kinder – egal wo sie leben, von wo sie kommen, wie alt sie sind, wie sie aussehen oder welcher Religion sie angehören – haben das Recht auf Schutz vor Gewalt, auf Beteiligung, auf Bildung, auf Gesundheit, auf eine eigene Meinung und viele weitere Rechte, die im Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (VN-Kinderrechtskonvention) und in seinen beiden Zusatzprotokollen verankert sind.



Im Jahr 2014 fällt auf die Kinderrechte ein besonderes Licht: Am 20. November 2014 feiert die Kinderrechtskonvention ihr 25-jähriges Jubiläum. Dies ist für mich ein guter Anlass, uns allen – ich meine der Politik, der Wirtschaft, den Medien, den Eltern, den Lehrerinnen und Lehrern und nicht zuletzt den Kindern selbst – einmal mehr die Frage zu stellen: Kennen wir die Kinderrechte? Achten wir sie im Alltag? Wo können die Rechte von Kindern noch besser umgesetzt werden?

Ich freue mich sehr, dass wir in diesem Jubiläumsjahr bereits einen wichtigen Schritt zur besseren Umsetzung der Kinderrechte vollzogen haben: In Deutschland und neun weiteren Staaten gilt seit dem 14. April 2014 das dritte Zusatzprotokoll. Wir haben es in diese Neuauflage der Broschüre aufgenommen. Es regelt ein Beschwerdeverfahren für Kinder und verleiht den Kinderrechten damit mehr Durchsetzungskraft. Kinder können sich danach an den VN-Ausschuss für die Rechte des Kindes in Genf wenden und Verletzungen ihrer Rechte rügen. Voraussetzung dafür ist, dass der Staat, in dem sie wohnen, nicht selbst gegen die Rechtsverletzung vorgeht. Damit sich alle Kinder weltweit gegen die Verletzungen ihrer Rechte wehren können, sollten in Zukunft noch viele weitere Staaten diesem Verfahren zustimmen.

Es ist mir ein Anliegen, mit dieser Broschüre über die Rechte von Kindern zu informieren und hoffentlich auch einen Anstoß zur Diskussion über die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland zu geben.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, reading 'Manuela Schwesig' in a cursive script.

Manuela Schwesig  
Bundesministerin für Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend

# Inhalt

## I. Übereinkommen über die Rechte des Kindes

Wortlaut der amtlichen Übersetzung

Präambel .....	10
----------------	----

### Teil I

Artikel 1	Geltung für das Kind; Begriffsbestimmung .....	12
Artikel 2	Achtung der Kindesrechte; Diskriminierungsverbot .....	12
Artikel 3	Wohl des Kindes .....	12
Artikel 4	Verwirklichung der Kindesrechte .....	13
Artikel 5	Respektierung des Elternrechts .....	13
Artikel 6	Recht auf Leben .....	13
Artikel 7	Geburtsregister, Name, Staatsangehörigkeit .....	13
Artikel 8	Identität .....	13
Artikel 9	Trennung von den Eltern; persönlicher Umgang .....	14
Artikel 10	Familienzusammenführung; grenzüberschreitende Kontakte .....	14
Artikel 11	Rechtswidrige Verbringung von Kindern ins Ausland .....	15
Artikel 12	Berücksichtigung des Kindeswillens .....	15
Artikel 13	Meinungs- und Informationsfreiheit .....	15
Artikel 14	Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit .....	16
Artikel 15	Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit .....	16
Artikel 16	Schutz der Privatsphäre und Ehre .....	16
Artikel 17	Zugang zu den Medien; Kinder- und Jugendschutz .....	16
Artikel 18	Verantwortung für das Kindeswohl .....	17
Artikel 19	Schutz vor Gewaltanwendung, Misshandlung, Verwahrlosung .....	17
Artikel 20	Von der Familie getrennt lebende Kinder; Pflegefamilie; Adoption ...	18
Artikel 21	Adoption .....	18
Artikel 22	Flüchtlingskinder .....	19
Artikel 23	Förderung behinderter Kinder .....	19
Artikel 24	Gesundheitsvorsorge .....	20
Artikel 25	Unterbringung .....	21
Artikel 26	Soziale Sicherheit .....	21

Artikel 27	Angemessene Lebensbedingungen; Unterhalt.....	21
Artikel 28	Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung.....	22
Artikel 29	Bildungsziele; Bildungseinrichtungen .....	22
Artikel 30	Minderheitenschutz .....	23
Artikel 31	Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben; staatliche Förderung.....	23
Artikel 32	Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung.....	23
Artikel 33	Schutz vor Suchtstoffen.....	24
Artikel 34	Schutz vor sexuellem Missbrauch.....	24
Artikel 35	Maßnahmen gegen Entführung und Kinderhandel.....	24
Artikel 36	Schutz vor sonstiger Ausbeutung.....	24
Artikel 37	Verbot von Folter, Todesstrafe, lebenslanger Freiheitsstrafe; Rechtsbeistandschaft .....	24
Artikel 38	Schutz bei bewaffneten Konflikten; Einziehung zu den Streitkräften .....	25
Artikel 39	Genesung und Wiedereingliederung geschädigter Kinder.....	26
Artikel 40	Behandlung des Kindes in Strafrecht und Strafverfahren.....	26
Artikel 41	Weitergehende inländische Bestimmungen .....	27

## Teil II

Artikel 42	Verpflichtung zur Bekanntmachung .....	28
Artikel 43	Einsetzung eines Ausschusses für die Rechte des Kindes.....	28
Artikel 44	Berichtspflicht.....	29
Artikel 45	Mitwirkung anderer Organe der Vereinten Nationen .....	30

## Teil III

Artikel 46	Unterzeichnung.....	31
Artikel 47	Ratifikation .....	31
Artikel 48	Beitritt .....	31
Artikel 49	Inkrafttreten.....	31
Artikel 50	Änderungen.....	31
Artikel 51	Vorbehalte .....	32

Artikel 52 Kündigung.....	32
Artikel 53 Verwahrung.....	32
Artikel 54 Urschrift, verbindlicher Wortlaut .....	32
 II. Anhang .....	33
Denkschrift zu dem Übereinkommen.....	33
A. Allgemeines (Entstehungsgeschichte) .....	33
B. Zu den einzelnen Bestimmungen.....	41
 Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes Ratifikationsgesetz vom 17. Februar 1992 .....	86
 Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 10. Juli 1992 .....	87
 III. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten.....	89
 IV. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie .....	95
 V. Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungs- verfahren .....	104

# I.

## Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20. November

### Wortlaut der amtlichen Übersetzung

#### Präambel

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

in der Erwägung, dass nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

eingedenk dessen, dass die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die Grundrechte und an Würde und Wert des Menschen bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen in größerer Freiheit zu fördern,

in der Erkenntnis, dass die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und in den Internationalen Menschenrechtspakten verkündet haben und übereingekommen sind, dass jeder Mensch Anspruch hat auf alle darin verkündeten Rechte und Freiheiten ohne Unterscheidung, etwa nach der Rasse, der

Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen oder sozialen Herkunft, dem Vermögen, der Geburt oder dem sonstigen Status,

unter Hinweis darauf, dass die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet haben, dass Kinder Anspruch auf besondere Fürsorge und Unterstützung haben, überzeugt, dass der Familie als Grundeinheit der Gesellschaft und natürlicher Umgebung für das Wachsen und Gedeihen aller ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder, der erforderliche Schutz und Beistand gewährt werden sollte, damit sie ihre Aufgaben innerhalb der Gemeinschaft voll erfüllen kann,

in der Erkenntnis, dass das Kind zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Familie und umgeben von Glück, Liebe und Verständnis aufwachsen sollte,

in der Erwägung, dass das Kind umfassend auf ein individuelles Leben in der Gesellschaft vorbereitet und im Geist der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Ideale und insbesondere im Geist des Frie-



dens, der Würde, der Toleranz, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität erzogen werden sollte,

eingedenk dessen, dass die Notwendigkeit, dem Kind besonderen Schutz zu gewähren, in der Genfer Erklärung von 1924 über die Rechte des Kindes und in der von der Generalversammlung am 20. November 1959 angenommenen Erklärung der Rechte des Kindes ausgesprochen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (insbesondere in den Artikeln 23 und 24), im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (insbesondere in Artikel 10) sowie in den Satzungen und den in Betracht kommenden Dokumenten der Sonderorganisationen und anderen internationalen Organisationen, die sich mit dem Wohl des Kindes befassen, anerkannt worden ist,

eingedenk dessen, dass, wie in der Erklärung der Rechte des Kindes ausgeführt ist, „das Kind wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutzes und besonderer Fürsorge, insbesondere eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt, bedarf“,

unter Hinweis auf die Bestimmungen der Erklärung über die sozialen und rechtlichen Grundsätze für den Schutz und das Wohl von Kindern unter besonderer Berücksichtigung der Aufnahme in eine Pflegefamilie und der Adoption auf nationaler und internationaler Ebene, der Regeln der Vereinten Nationen über die Mindestnormen für die Jugendgerichtsbarkeit (Beijing-Regeln) und

der Erklärung über den Schutz von Frauen und Kindern im Ausnahmezustand und bei bewaffneten Konflikten,

in der Erkenntnis, dass es in allen Ländern der Welt Kinder gibt, die in außerordentlich schwierigen Verhältnissen leben, und dass diese Kinder der besonderen Berücksichtigung bedürfen,

unter gebührender Beachtung der Bedeutung der Traditionen und kulturellen Werte jedes Volkes für den Schutz und die harmonische Entwicklung des Kindes,

in Anerkennung der Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Kinder in allen Ländern, insbesondere den Entwicklungsländern –

haben folgendes vereinbart:

# Teil I

## Artikel 1

### **Geltung für das Kind; Begriffsbestimmung<sup>1</sup>**

Im Sinne dieses Übereinkommens ist ein Kind jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt.

## Artikel 2

### **Achtung der Kindesrechte; Diskriminierungsverbot**

(1) Die Vertragsstaaten achten die in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte und gewährleisten sie jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass das Kind vor allen Formen der Diskriminierung oder Bestrafung wegen des Status,

der Tätigkeiten, der Meinungsäußerungen oder der Weltanschauung seiner Eltern, seines Vormunds oder seiner Familienangehörigen geschützt wird.

## Artikel 3

### **Wohl des Kindes**

(1) Bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, gleichviel ob sie von öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge, Gerichten, Verwaltungsbehörden oder Gesetzgebungsorganen getroffen werden, ist das Wohl des Kindes ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Kind unter Berücksichtigung der Rechte und Pflichten seiner Eltern, seines Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen den Schutz und die Fürsorge zu gewährleisten, die zu seinem Wohlergehen notwendig sind; zu diesem Zweck treffen sie alle geeigneten Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass die für die Fürsorge für das Kind oder dessen Schutz verantwortlichen Institutionen, Dienste und Einrichtungen den von den zuständigen Behörden festgelegten Normen entsprechen, insbesondere im Bereich der Sicherheit und der Gesundheit sowie hinsichtlich der Zahl und der fachlichen Eignung des Personals und des Bestehens einer ausreichenden Aufsicht.

---

<sup>1</sup> Überschriften von der Redaktion hinzugefügt; gehören nicht zum amtlichen Dokument

## Artikel 4

### Verwirklichung der Kindesrechte

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte. Hinsichtlich der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte treffen die Vertragsstaaten derartige Maßnahmen unter Ausschöpfung ihrer verfügbaren Mittel und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit.

## Artikel 5

### Respektierung des Elternrechts

Die Vertragsstaaten achten die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Eltern oder gegebenenfalls, soweit nach Ortsbrauch vorgesehen, der Mitglieder der weiteren Familie oder der Gemeinschaft, des Vormunds oder anderer für das Kind gesetzlich verantwortlicher Personen, das Kind bei der Ausübung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise angemessen zu leiten und zu führen.

## Artikel 6

### Recht auf Leben

(1) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat.

(2) Die Vertragsstaaten gewährleisten in größtmöglichem Umfang das Überleben und die Entwicklung des Kindes.

## Artikel 7

### Geburtsregister, Name, Staatsangehörigkeit

(1) Das Kind ist unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen und hat das Recht auf einen Namen von Geburt an, das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben, und soweit möglich das Recht, seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden.

(2) Die Vertragsstaaten stellen die Verwirklichung dieser Rechte im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit ihren Verpflichtungen aufgrund der einschlägigen internationalen Übereinkünfte in diesem Bereich sicher, insbesondere für den Fall, dass das Kind sonst staatenlos wäre.

## Artikel 8

### Identität

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Recht des Kindes zu achten, seine Identität, einschließlich seiner Staatsangehörigkeit, seines Namens und seiner gesetzlich anerkannten Familienbeziehungen, ohne rechtswidrige Eingriffe zu behalten.

(2) Werden einem Kind widerrechtlich einige oder alle Bestandteile seiner Identität genommen, so gewähren die Vertrags-

staaten ihm angemessenen Beistand und Schutz mit dem Ziel, seine Identität so schnell wie möglich wiederherzustellen.

## Artikel 9

### **Trennung von den Eltern; persönlicher Umgang**

(1) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird, es sei denn, dass die zuständigen Behörden in einer gerichtlich nachprüfbaren Entscheidung nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren bestimmen, dass diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist. Eine solche Entscheidung kann im Einzelfall notwendig werden, wie etwa wenn das Kind durch die Eltern misshandelt oder vernachlässigt wird oder wenn bei getrennt lebenden Eltern eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist.

(2) In Verfahren nach Absatz 1 ist allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, am Verfahren teilzunehmen und ihre Meinung zu äußern.

(3) Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes, das von einem oder beiden Elternteilen getrennt ist, regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen, soweit dies nicht dem Wohl des Kindes widerspricht.

(4) Ist die Trennung Folge einer von einem Vertragsstaat eingeleiteten Maßnahme, wie etwa einer Freiheitsentziehung, Freiheitsstrafe, Landesverweisung oder Abschiebung oder des Todes eines oder beider Elternteile oder des Kindes (auch eines Todes, der aus

irgendeinem Grund eintritt, während der Betreffende sich in staatlichem Gewahrsam befindet), so erteilt der Vertragsstaat auf Antrag der Eltern, dem Kind oder gegebenenfalls einem anderen Familienangehörigen die wesentlichen Auskünfte über den Verbleib des oder der abwesenden Familienangehörigen, sofern dies nicht dem Wohl des Kindes abträglich wäre. Die Vertragsstaaten stellen ferner sicher, dass allein die Stellung eines solchen Antrags keine nachteiligen Folgen für den oder die Betroffenen hat.

## Artikel 10

### **Familienzusammenführung; grenzüberschreitende Kontakte**

(1) Entsprechend der Verpflichtung der Vertragsstaaten nach Artikel 9 Absatz 1 werden von einem Kind oder seinen Eltern zwecks Familienzusammenführung gestellte Anträge auf Einreise in einen Vertragsstaat oder Ausreise aus einem Vertragsstaat von den Vertragsstaaten wohlwollend, human und beschleunigt bearbeitet. Die Vertragsstaaten stellen ferner sicher, dass die Stellung eines solchen Antrags keine nachteiligen Folgen für die Antragsteller und deren Familienangehörige hat.

(2) Ein Kind, dessen Eltern ihren Aufenthalt in verschiedenen Staaten haben, hat das Recht, regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen. Zu diesem Zweck achten die Vertragsstaaten entsprechend ihrer Verpflichtung nach Artikel 9 Absatz 1 das Recht des Kindes und

seiner Eltern, aus jedem Land einschließlich ihres eigenen auszureisen und in ihr eigenes Land einzureisen. Das Recht auf Ausreise aus einem Land unterliegt nur den gesetzlich vorgesehenen Beschränkungen, die zum Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), der Volksgesundheit, der öffentlichen Sittlichkeit oder der Rechte und Freiheiten anderer notwendig und mit den anderen in diesem Übereinkommen anerkannten Rechten vereinbar sind.

## Artikel 11

### Rechtswidrige Verbringung von Kindern ins Ausland

(1) Die Vertragsstaaten treffen Maßnahmen, um das rechtswidrige Verbringen von Kindern ins Ausland und ihre rechtswidrige Nichtrückgabe zu bekämpfen.

(2) Zu diesem Zweck fördern die Vertragsstaaten den Abschluss zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte oder den Beitritt zu bestehenden Übereinkünften.

## Artikel 12

### Berücksichtigung des Kindeswillens

(1) Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.

(2) Zu diesem Zweck wird dem Kind insbesondere Gelegenheit gegeben, in allen das Kind berührenden Gerichts- oder Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter oder eine geeignete Stelle im Einklang mit den innerstaatlichen Verfahrensvorschriften gehört zu werden.

## Artikel 13

### Meinungs- und Informationsfreiheit

(1) Das Kind hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, ungeachtet der Staatsgrenzen Informationen und Gedankengut jeder Art in Wort, Schrift oder Druck, durch Kunstwerke oder andere vom Kind gewählte Mittel sich zu beschaffen, zu empfangen und weiterzugeben.

(2) Die Ausübung dieses Rechts kann bestimmten, gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die erforderlich sind

- a) für die Achtung der Rechte oder des Rufes anderer oder
- b) für den Schutz der nationalen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (*ordre public*), der Volksgesundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit.

## Artikel 14

### Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit

(1) Die Vertragsstaaten achten das Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit.

(2) Die Vertragsstaaten achten die Rechte und Pflichten der Eltern und gegebenenfalls des Vormunds, das Kind bei der Ausübung dieses Rechts in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise zu leiten.

(3) Die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung zu bekunden, darf nur den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, Ordnung, Gesundheit oder Sittlichkeit oder der Grundrechte und -freiheiten anderer erforderlich sind.

## Artikel 15

### Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, sich frei mit anderen zusammenzuschließen und sich friedlich zu versammeln.

(2) Die Ausübung dieses Rechts darf keinen anderen als den gesetzlich vorgesehenen Einschränkungen unterworfen werden, die in einer demokratischen Gesellschaft im Interesse der nationalen oder der öffentlichen Sicherheit, der öffentlichen Ordnung (ordre public), zum Schutz der Volksge-

sundheit oder der öffentlichen Sittlichkeit oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer notwendig sind.

## Artikel 16

### Schutz der Privatsphäre und Ehre

(1) Kein Kind darf willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.

(2) Das Kind hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen solche Eingriffe oder Beeinträchtigungen.

## Artikel 17

### Zugang zu den Medien; Kinder- und Jugendschutz

Die Vertragsstaaten erkennen die wichtige Rolle der Massenmedien an und stellen sicher, dass das Kind Zugang hat zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen, insbesondere derjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben. Zu diesem Zweck werden die Vertragsstaaten

a) die Massenmedien ermutigen, Informationen und Material zu verbreiten, die für das Kind von sozialem und kulturellem Nutzen sind und dem Geist des Artikels 29 entsprechen;

- b) die internationale Zusammenarbeit bei der Herstellung, beim Austausch und bei der Verbreitung dieser Informationen und dieses Materials aus einer Vielfalt nationaler und internationaler kultureller Quellen fördern;
- c) die Herstellung und Verbreitung von Kinderbüchern fördern;
- d) die Massenmedien ermutigen, den sprachlichen Bedürfnissen eines Kindes, das einer Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, besonders Rechnung zu tragen;
- e) die Erarbeitung geeigneter Richtlinien zum Schutz des Kindes vor Informationen und Material, die sein Wohlergehen beeinträchtigen, fördern, wobei die Artikel 13 und 18 zu berücksichtigen sind.

## Artikel 18

### Verantwortung für das Kindeswohl

- (1) Die Vertragsstaaten bemühen sich nach besten Kräften, die Anerkennung des Grundsatzes sicherzustellen, dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind. Für die Erziehung und Entwicklung des Kindes sind in erster Linie die Eltern oder gegebenenfalls der Vormund verantwortlich. Dabei ist das Wohl des Kindes ihr Grundanliegen.
- (2) Zur Gewährleistung und Förderung der in diesem Übereinkommen festgelegten Rechte unterstützen die Vertragsstaaten die Eltern und den Vormund in angemessener Weise bei der Erfüllung ihrer Aufgabe, das Kind zu erziehen, und sorgen für den Ausbau von Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern.

- (3) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Kinder berufstätiger Eltern das Recht haben, die für sie in Betracht kommenden Kinderbetreuungsdienste und -einrichtungen zu nutzen.

## Artikel 19

### Schutz vor Gewaltanwendung, Misshandlung, Verwahrlosung

- (1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um das Kind vor jeder Form körperlicher oder geistiger Gewaltanwendung, Schadenzufügung oder Misshandlung, vor Verwahrlosung oder Vernachlässigung, vor schlechter Behandlung oder Ausbeutung einschließlich des sexuellen Missbrauchs zu schützen, solange es sich in der Obhut der Eltern oder eines Elternteils, eines Vormunds oder anderen gesetzlichen Vertreters oder einer anderen Person befindet, die das Kind betreut.
- (2) Diese Schutzmaßnahmen sollen je nach den Gegebenheiten wirksame Verfahren zur Aufstellung von Sozialprogrammen enthalten, die dem Kind und denen, die es betreuen, die erforderliche Unterstützung gewähren und andere Formen der Vorbeugung vorsehen sowie Maßnahmen zur Aufdeckung, Meldung, Weiterverweisung, Untersuchung, Behandlung und Nachbetreuung in den in Absatz 1 beschriebenen Fällen schlechter Behandlung von Kindern und gegebenenfalls für das Einschreiten der Gerichte.

## Artikel 20

### Von der Familie getrennt lebende Kinder; Pflegefamilie; Adoption

(1) Ein Kind, das vorübergehend oder dauernd aus seiner familiären Umgebung herausgelöst wird oder dem der Verbleib in dieser Umgebung im eigenen Interesse nicht gestattet werden kann, hat Anspruch auf den besonderen Schutz und Beistand des Staates.

(2) Die Vertragsstaaten stellen nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts andere Formen der Betreuung eines solchen Kindes sicher.

(3) Als andere Form der Betreuung kommt unter anderem die Aufnahme in eine Pflegefamilie, die Kafala nach islamischem Recht, die Adoption oder, falls erforderlich, die Unterbringung in einer geeigneten Kinderbetreuungseinrichtung in Betracht. Bei der Wahl zwischen diesen Lösungen sind die erwünschte Kontinuität in der Erziehung des Kindes sowie die ethnische, religiöse, kulturelle und sprachliche Herkunft des Kindes gebührend zu berücksichtigen.

## Artikel 21

### Adoption

Die Vertragsstaaten, die das System der Adoption anerkennen oder zulassen, gewährleisten, dass dem Wohl des Kindes bei der Adoption die höchste Bedeutung zugemessen wird; die Vertragsstaaten

- a) stellen sicher, dass die Adoption eines Kindes nur durch die zuständigen Behörden bewilligt wird, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren und auf der Grundlage aller verlässlichen einschlägigen Informationen entscheiden, dass die Adoption angesichts des Status des Kindes in Bezug auf Eltern, Verwandte und einen Vormund zulässig ist und dass, soweit dies erforderlich ist, die betroffenen Personen in Kenntnis der Sachlage und auf der Grundlage einer gegebenenfalls erforderlichen Beratung der Adoption zugestimmt haben;
- b) erkennen an, dass die internationale Adoption als andere Form der Betreuung angesehen werden kann, wenn das Kind nicht in seinem Heimatland in einer Pflege- oder Adoptionsfamilie untergebracht oder wenn es dort nicht in geeigneter Weise betreut werden kann;
- c) stellen sicher, dass das Kind im Fall einer internationalen Adoption in den Genuss der für nationale Adoptionen geltenden Schutzvorschriften und Normen kommt;
- d) treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass bei internationaler Adoption für die Beteiligten keine unstatthaften Vermögensvorteile entstehen;
- e) fördern die Ziele dieses Artikels gegebenenfalls durch den Abschluss zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte und bemühen sich in diesem Rahmen sicherzustellen, dass die Unterbringung des Kindes in einem anderen Land durch die zuständigen Behörden oder Stellen durchgeführt wird.



## Artikel 22

### Flüchtlingskinder

(1) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um sicherzustellen, dass ein Kind, das die Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird, angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe bei der Wahrnehmung der Rechte erhält, die in diesem Übereinkommen oder in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen, denen die genannten Staaten als Vertragsparteien angehören, festgelegt sind, und zwar unabhängig davon, ob es sich in Begleitung seiner Eltern oder einer anderen Person befindet oder nicht.

(2) Zu diesem Zweck wirken die Vertragsstaaten in der ihnen angemessen erscheinenden Weise bei allen Bemühungen mit, welche die Vereinten Nationen und andere zuständige zwischenstaatliche oder nicht-staatlichen Organisationen, die mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, unternehmen, um ein solches Kind zu schützen, um ihm zu helfen und um die Eltern oder andere Familienangehörige eines Flüchtlingskinds ausfindig zu machen mit dem Ziel, die für eine Familienzusammenführung notwendigen Informationen zu erlangen. Können die Eltern oder andere Familienangehörige nicht ausfindig gemacht werden, so ist dem Kind im Einklang mit den in diesem Übereinkommen enthaltenen Grundsätzen derselbe Schutz zu gewähren wie jedem anderen Kind, das

aus irgendeinem Grund dauernd oder vorübergehend aus seiner familiären Umgebung herausgelöst ist.

## Artikel 23

### Förderung behinderter Kinder

(1) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass ein geistig oder körperlich behindertes Kind ein erfülltes und menschenwürdiges Leben unter Bedingungen führen soll, welche die Würde des Kindes wahren, seine Selbstständigkeit fördern und seine aktive Teilnahme am Leben der Gemeinschaft erleichtern.

(2) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des behinderten Kindes auf besondere Betreuung an und treten dafür ein und stellen sicher, dass dem behinderten Kind und den für seine Betreuung Verantwortlichen im Rahmen der verfügbaren Mittel auf Antrag die Unterstützung zuteil wird, die dem Zustand des Kindes sowie den Lebensumständen der Eltern oder anderer Personen, die das Kind betreuen, angemessen ist.

(3) In Anerkennung der besonderen Bedürfnisse eines behinderten Kindes ist die nach Absatz 2 gewährte Unterstützung soweit irgend möglich und unter Berücksichtigung der finanziellen Mittel der Eltern oder anderer Personen, die das Kind betreuen, unentgeltlich zu leisten und so zu gestalten, dass sichergestellt ist, dass Erziehung, Ausbildung, Gesundheitsdienste, Rehabilitationsdienste, Vorbereitung auf das Berufsleben und Erholungsmöglichkeiten dem behinderten Kind tat-

sächlich in einer Weise zugänglich sind, die der möglichst vollständigen sozialen Integration und individuellen Entfaltung des Kindes einschließlich seiner kulturellen und geistigen Entwicklung förderlich ist.

(4) Die Vertragsstaaten fördern im Geist der internationalen Zusammenarbeit den Austausch sachdienlicher Informationen im Bereich der Gesundheitsvorsorge und der medizinischen, psychologischen und funktionellen Behandlung behinderter Kinder einschließlich der Verbreitung von Informationen über Methoden der Rehabilitation, der Erziehung und der Berufsausbildung und des Zugangs zu solchen Informationen, um es den Vertragsstaaten zu ermöglichen, in diesen Bereichen ihre Fähigkeiten und ihr Fachwissen zu verbessern und weitere Erfahrungen zu sammeln. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

## Artikel 24

### Gesundheitsvorsorge

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit an sowie auf Inanspruchnahme von Einrichtungen zur Behandlung von Krankheiten und zur Wiederherstellung der Gesundheit. Die Vertragsstaaten bemühen sich sicherzustellen, dass keinem Kind das Recht auf Zugang zu derartigen Gesundheitsdiensten vorenthalten wird.

(2) Die Vertragsstaaten bemühen sich, die volle Verwirklichung dieses Rechts sicherzustellen, und treffen insbesondere geeignete Maßnahmen, um

- a) die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu verringern;
- b) sicherzustellen, dass alle Kinder die notwendige ärztliche Hilfe und Gesundheitsfürsorge erhalten, wobei besonderer Nachdruck auf den Ausbau der gesundheitlichen Grundversorgung gelegt wird;
- c) Krankheiten sowie Unter- und Fehlernährung auch im Rahmen der gesundheitlichen Grundversorgung zu bekämpfen, unter anderem durch den Einsatz leicht zugänglicher Technik und durch die Bereitstellung ausreichender vollwertiger Nahrungsmittel und sauberen Trinkwassers, wobei die Gefahren und Risiken der Umweltverschmutzung zu berücksichtigen sind;
- d) eine angemessene Gesundheitsfürsorge für Mütter vor und nach der Entbindung sicherzustellen;
- e) sicherzustellen, dass allen Teilen der Gesellschaft, insbesondere Eltern und Kindern, Grundkenntnisse über die Gesundheit und Ernährung des Kindes, die Vorteile des Stillens, die Hygiene und die Sauberhaltung der Umwelt sowie die Unfallverhütung vermittelt werden, dass sie Zugang zu der entsprechenden Schulung haben und dass sie bei der Anwendung dieser Grundkenntnisse Unterstützung erhalten;
- f) die Gesundheitsvorsorge, die Elternberatung sowie die Aufklärung und die Dienste auf dem Gebiet der Familienplanung auszubauen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle wirksamen und geeigneten Maßnahmen, um überlieferte Bräuche, die für die Gesundheit der Kinder schädlich sind, abzuschaffen.

(4) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die internationale Zusammenarbeit zu unterstützen und zu fördern, um fortschreitend die volle Verwirklichung des in diesem Artikel anerkannten Rechts zu erreichen. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

## Artikel 25

### Unterbringung

Die Vertragsstaaten erkennen an, dass ein Kind, das von den zuständigen Behörden wegen einer körperlichen oder geistigen Erkrankung zur Betreuung, zum Schutz der Gesundheit oder zur Behandlung untergebracht worden ist, das Recht hat auf eine regelmäßige Überprüfung der dem Kind gewährten Behandlung sowie aller anderen Umstände, die für seine Unterbringung von Belang sind.

## Artikel 26

### Soziale Sicherheit

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf Leistungen der sozialen Sicherheit einschließlich der Sozialversicherung an und treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die volle Verwirklichung

dieses Rechts in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht sicherzustellen.

(2) Die Leistungen sollen gegebenenfalls unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der sonstigen Umstände des Kindes und der Unterhaltspflichtigen sowie anderer für die Beantragung von Leistungen durch das Kind oder im Namen des Kindes maßgeblicher Gesichtspunkte gewährt werden.

## Artikel 27

### Angemessene Lebensbedingungen; Unterhalt

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes auf einen seiner körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung angemessenen Lebensstandard an.

(2) Es ist in erster Linie Aufgabe der Eltern oder anderer für das Kind verantwortlicher Personen, im Rahmen ihrer Fähigkeiten und finanziellen Möglichkeiten die für die Entwicklung des Kindes notwendigen Lebensbedingungen sicherzustellen.

(3) Die Vertragsstaaten treffen gemäß ihren innerstaatlichen Verhältnissen und im Rahmen ihrer Mittel geeignete Maßnahmen, um den Eltern und anderen für das Kind verantwortlichen Personen bei der Verwirklichung dieses Rechts zu helfen, und sehen bei Bedürftigkeit materielle Hilfs- und Unterstützungsprogramme insbesondere im Hinblick auf Ernährung, Bekleidung und Wohnung vor.

(4) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen des Kindes gegenüber den Eltern oder anderen finanziell für das Kind verantwortlichen Personen sowohl innerhalb des Vertragsstaats als auch im Ausland sicherzustellen. Insbesondere fördern die Vertragsstaaten, wenn die für das Kind finanziell verantwortliche Person in einem anderen Staat lebt als das Kind, den Beitritt zu internationalen Übereinkünften oder den Abschluss solcher Übereinkünfte sowie andere geeignete Regelungen.

## Artikel 28

### Recht auf Bildung; Schule; Berufsausbildung

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Bildung an; um die Verwirklichung dieses Rechts auf der Grundlage der Chancengleichheit fortschreitend zu erreichen, werden sie insbesondere

- a) den Besuch der Grundschule für alle zur Pflicht und unentgeltlich machen;
- b) die Entwicklung verschiedener Formen der weiterführenden Schulen allgemeinbildender und berufsbildender Art fördern, sie allen Kindern verfügbar und zugänglich machen und geeignete Maßnahmen wie die Einführung der Unentgeltlichkeit und die Bereitstellung finanzieller Unterstützung bei Bedürftigkeit treffen;
- c) allen entsprechend ihren Fähigkeiten den Zugang zu den Hochschulen mit allen geeigneten Mitteln ermöglichen;
- d) Bildungs- und Berufsberatung allen Kindern verfügbar und zugänglich machen;

e) Maßnahmen treffen, die den regelmäßigen Schulbesuch fördern und den Anteil derjenigen, welche die Schule vorzeitig verlassen, verringern.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass die Disziplin in der Schule in einer Weise gewahrt wird, die der Menschenwürde des Kindes entspricht und im Einklang mit diesem Übereinkommen steht.

(3) Die Vertragsstaaten fördern die internationale Zusammenarbeit im Bildungswesen, insbesondere um zur Beseitigung von Unwissenheit und Analphabetentum in der Welt beizutragen und den Zugang zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen und modernen Unterrichtsmethoden zu erleichtern. Dabei sind die Bedürfnisse der Entwicklungsländer besonders zu berücksichtigen.

## Artikel 29

### Bildungsziele; Bildungseinrichtungen

(1) Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes darauf gerichtet sein muss,

- a) die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen;
- b) dem Kind Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verkankten Grundsätzen zu vermitteln;
- c) dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nati-

onalen Werten des Landes, in dem es lebt, und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln;

- d) das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz, der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorzubereiten;
- e) dem Kind Achtung vor der natürlichen Umwelt zu vermitteln.

(2) Dieser Artikel und Artikel 28 dürfen nicht so ausgelegt werden, dass sie die Freiheit natürlicher oder juristischer Personen beeinträchtigen, Bildungseinrichtungen zu gründen und zu führen, sofern die in Absatz 1 festgelegten Grundsätze beachtet werden und die in solchen Einrichtungen vermittelte Bildung den von dem Staat gegebenenfalls festgelegten Mindestnormen entspricht.

## Artikel 30

### Minderheitenschutz

In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden.

## Artikel 31

### Beteiligung an Freizeit, kulturellem und künstlerischem Leben; staatliche Förderung

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit an, auf Spiel und altersgemäße aktive Erholung sowie auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben.

(2) Die Vertragsstaaten achten und fördern das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben und fördern die Bereitstellung geeigneter und gleicher Möglichkeiten für die kulturelle und künstlerische Betätigung sowie für aktive Erholung und Freizeitbeschäftigung.

## Artikel 32

### Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht des Kindes an, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte.

(2) Die Vertragsstaaten treffen Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um die Durchführung dieses Artikels sicherzustellen. Zu diesem Zweck und unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen anderer internatio-

naler Übereinkünfte werden die Vertragsstaaten insbesondere

- a) ein oder mehrere Mindestalter für die Zulassung zur Arbeit festlegen;
- b) eine angemessene Regelung der Arbeitszeit und der Arbeitsbedingungen vorsehen;
- c) angemessene Strafen oder andere Sanktionen zur wirksamen Durchsetzung dieses Artikels vorsehen.

## Artikel 33

### Schutz vor Suchtstoffen

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen einschließlich Gesetzgebungs-, Verwaltungs-, Sozial- und Bildungsmaßnahmen, um Kinder vor dem unerlaubten Gebrauch von Suchtstoffen und psychotropen Stoffen im Sinne der diesbezüglichen internationalen Übereinkünfte zu schützen und den Einsatz von Kindern bei der unerlaubten Herstellung dieser Stoffe und beim unerlaubten Verkehr mit diesen Stoffen zu verhindern.

## Artikel 34

### Schutz vor sexuellem Missbrauch

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, das Kind vor allen Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs zu schützen. Zu diesem Zweck treffen die Vertragsstaaten insbesondere alle geeigneten innerstaatlichen, zweiseitigen und mehrseitigen Maßnahmen, um zu verhindern, dass Kinder

- a) zur Beteiligung an rechtswidrigen sexuellen Handlungen verleitet oder gezwungen werden;
- b) für die Prostitution oder andere rechtswidrige sexuelle Praktiken ausgebeutet werden;
- c) für pornographische Darbietungen und Darstellungen ausgebeutet werden.

## Artikel 35

### Maßnahmen gegen Entführung und Kinderhandel

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten innerstaatlichen, zweiseitigen und mehrseitigen Maßnahmen, um die Entführung und den Verkauf von Kindern sowie den Handel mit Kindern zu irgendeinem Zweck und in irgendeiner Form zu verhindern.

## Artikel 36

### Schutz vor sonstiger Ausbeutung

Die Vertragsstaaten schützen das Kind vor allen sonstigen Formen der Ausbeutung, die das Wohl des Kindes in irgendeiner Weise beeinträchtigen.

## Artikel 37

### Verbot von Folter, Todesstrafe, lebenslanger Freiheitsstrafe; Rechtsbeistandschaft

Die Vertragsstaaten stellen sicher,

- a) dass kein Kind der Folter oder einer anderen grausamen, unmenschlichen

oder erniedrigenden Behandlung oder Strafe unterworfen wird. Für Straftaten, die von Personen vor Vollendung des achtzehnten Lebensjahrs begangen worden sind, darf weder die Todesstrafe noch lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit vorzeitiger Entlassung verhängt werden;

- b) dass keinem Kind die Freiheit rechtswidrig oder willkürlich entzogen wird. Festnahme, Freiheitsentziehung oder Freiheitsstrafe darf bei einem Kind im Einklang mit dem Gesetz nur als letztes Mittel und für die kürzeste angemessene Zeit angewendet werden;
- c) dass jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, menschlich und mit Achtung vor der dem Menschen innewohnenden Würde und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Personen seines Alters behandelt wird. Insbesondere ist jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, von Erwachsenen zu trennen, sofern nicht ein anderes Vorgehen als dem Wohl des Kindes dienlich erachtet wird; jedes Kind hat das Recht, mit seiner Familie durch Briefwechsel und Besuche in Verbindung zu bleiben, sofern nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen;
- d) dass jedes Kind, dem die Freiheit entzogen ist, das Recht auf umgehenden Zugang zu einem rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand und das Recht hat, die Rechtmäßigkeit der Freiheitsentziehung bei einem Gericht oder einer anderen zuständigen, unabhängigen und unparteiischen Behörde anzufragen, sowie das Recht auf alsbaldige Entscheidung in einem solchen Verfahren.

## Artikel 38

### **Schutz bei bewaffneten Konflikten; Einziehung zu den Streitkräften**

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die für sie verbindlichen Regeln des in bewaffneten Konflikten anwendbaren humanitären Völkerrechts, die für das Kind Bedeutung haben, zu beachten und für deren Beachtung zu sorgen.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen, um sicherzustellen, dass Personen, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen.

(3) Die Vertragsstaaten nehmen davon Abstand, Personen, die das fünfzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, zu ihren Streitkräften einzuziehen. Werden Personen zu den Streitkräften eingezogen, die zwar das fünfzehnte, nicht aber das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, so bemühen sich die Vertragsstaaten, vorrangig die jeweils ältesten einzuziehen.

(4) Im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem humanitären Völkerrecht, die Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zu schützen, treffen die Vertragsstaaten alle durchführbaren Maßnahmen, um sicherzustellen, dass von einem bewaffneten Konflikt betroffene Kinder geschützt und betreut werden.

## Artikel 39

### Genesung und Wiedereingliederung geschädigter Kinder

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um die physische und psychische Genesung und die soziale Wiedereingliederung eines Kindes zu fördern, das Opfer irgendeiner Form von Vernachlässigung, Ausbeutung und Misshandlung, der Folter oder einer anderen Form grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder aber bewaffneter Konflikte geworden ist. Die Genesung und Wiedereingliederung müssen in einer Umgebung stattfinden, die der Gesundheit, der Selbstachtung und der Würde des Kindes förderlich ist.

## Artikel 40

### Behandlung des Kindes in Strafrecht und Strafverfahren

(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht jedes Kindes an, das der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird, in einer Weise behandelt zu werden, die das Gefühl des Kindes für die eigene Würde und den eigenen Wert fördert, seine Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten anderer stärkt und das Alter des Kindes sowie die Notwendigkeit berücksichtigt, seine soziale Wiedereingliederung sowie die Übernahme einer konstruktiven Rolle in der Gesellschaft durch das Kind zu fördern.

(2) Zu diesem Zweck stellen die Vertragsstaaten unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen internationaler Übereinkünfte insbesondere sicher,

- a) dass kein Kind wegen Handlungen oder Unterlassungen, die zur Zeit ihrer Begehung nach innerstaatlichem Recht oder Völkerrecht nicht verboten waren, der Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt wird;
- b) dass jedes Kind, das einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt oder beschuldigt wird, Anspruch auf folgende Mindestgarantien hat:
  - i) bis zum gesetzlichen Nachweis der Schuld als unschuldig zu gelten,
  - ii) unverzüglich und unmittelbar über die gegen das Kind erhobenen Beschuldigungen unterrichtet zu werden, gegebenenfalls durch seine Eltern oder seinen Vormund, und einen rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand zur Vorbereitung und Wahrnehmung seiner Verteidigung zu erhalten,
  - iii) seine Sache unverzüglich durch eine zuständige Behörde oder ein zuständiges Gericht, die unabhängig und unparteiisch sind, in einem fairen Verfahren entsprechend dem Gesetz entscheiden zu lassen, und zwar in Anwesenheit eines rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistands sowie – sofern dies nicht insbesondere in Anbetracht des Alters oder der Lage des Kindes als seinem Wohl widersprechend angesehen wird – in Anwesenheit seiner Eltern oder seines Vormunds,
  - iv) nicht gezwungen zu werden, als Zeuge auszusagen oder sich schuldig zu bekennen.



- nen, sowie die Belastungszeugen zu befragen oder befragen zu lassen und das Erscheinen und die Vernehmung der Entlastungszeugen unter gleichen Bedingungen zu erwirken,
- v) wenn es einer Verletzung der Strafgesetze überführt ist, diese Entscheidung und alle als Folge davon verhängten Maßnahmen durch eine zuständige übergeordnete Behörde oder ein zuständiges höheres Gericht, die unabhängig und unparteiisch sind, entsprechend dem Gesetz nachprüfen zu lassen,
  - vi) die unentgeltliche Hinzuziehung eines Dolmetschers zu verlangen, wenn das Kind die Verhandlungssprache nicht versteht oder spricht,
  - vii) sein Privatleben in allen Verfahrensabschnitten voll geachtet zu sehen.
- (3) Die Vertragsstaaten bemühen sich, den Erlass von Gesetzen sowie die Schaffung von Verfahren, Behörden und Einrichtungen zu fördern, die besonders für Kinder, die einer Verletzung der Strafgesetze verdächtigt, beschuldigt oder überführt werden, gelten oder zuständig sind;
- insbesondere
- a) legen sie ein Mindestalter fest, das ein Kind erreicht haben muss, um als strafmündig angesehen zu werden,
  - b) treffen sie, soweit dies angemessen und wünschenswert ist, Maßnahmen, um den Fall ohne ein gerichtliches Verfahren zu regeln, wobei jedoch die Menschenrechte und die Rechtsgarantien uneingeschränkt beachtet werden müssen.

(4) Um sicherzustellen, dass Kinder in einer Weise behandelt werden, die ihrem Wohl dienlich ist und ihren Umständen sowie der Straftat entspricht, muss eine Vielzahl von Vorkehrungen zur Verfügung stehen, wie Anordnungen über Betreuung, Anleitung und Aufsicht, wie Beratung, Entlassung auf Bewährung, Aufnahme in eine Pflegefamilie, Bildungs- und Berufsbildungsprogramme und andere Alternativen zur Heimerziehung.

## Artikel 41

### Weitergehende inländische Bestimmungen

Dieses Übereinkommen lässt zur Verwirklichung der Rechte des Kindes besser geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind

- a) im Recht eines Vertragsstaats oder
- b) in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht.

## Teil II

### Artikel 42

#### Verpflichtung zur Bekanntmachung

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Grundsätze und Bestimmungen dieses Übereinkommens durch geeignete und wirksame Maßnahmen bei Erwachsenen und auch bei Kindern allgemein bekannt zu machen.

### Artikel 43

#### Einsetzung eines Ausschusses für die Rechte des Kindes

(1) Zur Prüfung der Fortschritte, welche die Vertragsstaaten bei der Erfüllung der in diesem Übereinkommen eingegangenen Verpflichtungen gemacht haben, wird ein Ausschuss für die Rechte des Kindes eingesetzt, der die nachstehend festgelegten Aufgaben wahrnimmt.

(2) Der Ausschuss besteht aus zehn Sachverständigen von hohem sittlichen Ansehen und anerkannter Sachkenntnis auf dem von diesem Übereinkommen erfassten Gebiet. Die Mitglieder des Ausschusses werden von den Vertragsstaaten unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt und sind in persönlicher Eigenschaft tätig, wobei auf eine gerechte geographische Verteilung zu achten ist sowie die hauptsächlichen Rechtssysteme zu berücksichtigen sind.

(3) Die Mitglieder des Ausschusses werden in geheimer Wahl aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten vorgeschlagen worden sind. Jeder Vertragsstaat kann einen seiner eigenen Staatsangehörigen vorschlagen.

(4) Die Wahl des Ausschusses findet zum ersten Mal spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens und danach alle zwei Jahre statt. Spätestens vier Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, ihre Vorschläge innerhalb von zwei Monaten einzureichen. Der Generalsekretär fertigt sodann eine alphabetische Liste aller auf diese Weise vorgeschlagenen Personen an unter Angabe der Vertragsstaaten, die sie vorgeschlagen haben, und übermittelt sie den Vertragsstaaten.

(5) Die Wahlen finden auf vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen einberufenen Tagungen der Vertragsstaaten statt. Auf diesen Tagungen, die beschlussfähig sind, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten die Kandidaten als in den Ausschuss gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

(6) Die Ausschussmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Auf erneuten Vorschlag können sie wieder gewählt werden. Die Amtszeit von fünf der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder läuft nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser fünf Mitglieder vom Vorsitzenden der Tagung durch das Los bestimmt.

(7) Wenn ein Ausschussmitglied stirbt oder zurücktritt oder erklärt, dass es aus anderen Gründen die Aufgaben des Ausschusses nicht mehr wahrnehmen kann, ernennt der Vertragsstaat, der das Mitglied vorgeschlagen hat, für die verbleibende Amtszeit mit Zustimmung des Ausschusses einen anderen unter seinen Staatsangehörigen ausgewählten Sachverständigen.

(8) Der Ausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

(9) Der Ausschuss wählt seinen Vorstand für zwei Jahre.

(10) Die Tagungen des Ausschusses finden in der Regel am Sitz der Vereinten Nationen oder an einem anderen vom Ausschuss bestimmten geeigneten Ort statt. Der Ausschuss tritt in der Regel einmal jährlich zusammen. Die Dauer der Ausschusstagungen wird auf einer Tagung der Vertragsstaaten mit Zustimmung der Generalversammlung festgelegt und wenn nötig geändert.

(11) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuss das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, die dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen benötigt.

(12) Die Mitglieder des nach diesem Übereinkommen eingesetzten Ausschusses erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen zu den von der Generalversammlung zu beschließenden Bedingungen.

## Artikel 44

### Berichtspflicht

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Ausschuss über den Generalsekretär der Vereinten Nationen Berichte über die Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte getroffen haben, und über die dabei erzielten Fortschritte vorzulegen, und zwar

- a) innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Vertragsstaat,
- b) danach alle fünf Jahre.

(2) In den nach diesem Artikel erstatteten Berichten ist auf etwa bestehende Umstände und Schwierigkeiten hinzuweisen, welche die Vertragsstaaten daran hindern, die in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verpflichtungen voll zu erfüllen. Die Berichte müssen auch ausreichende Angaben enthalten, die dem Ausschuss ein umfassendes Bild von der Durchführung des Übereinkommens in dem betreffenden Land vermitteln.

(3) Ein Vertragsstaat, der dem Ausschuss einen ersten umfassenden Bericht vorgelegt hat, braucht in seinen nach Absatz 1 Buchstabe b vorgelegten späteren Berichten die früher mitgeteilten grundlegenden Angaben nicht zu wiederholen.

(4) Der Ausschuss kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung des Übereinkommens ersuchen.

(5) Der Ausschuss legt der Generalversammlung über den Wirtschafts- und Sozialrat alle zwei Jahre einen Tätigkeitsbericht vor.

(6) Die Vertragsstaaten sorgen für eine weite Verbreitung ihrer Berichte im eigenen Land.

## Artikel 45

### Mitwirkung anderer Organe der Vereinten Nationen

Um die wirksame Durchführung dieses Übereinkommens und die internationale Zusammenarbeit auf dem von dem Übereinkommen erfassten Gebiet zu fördern,

- a) haben die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere Organe der Vereinten Nationen das Recht, bei der Erörterung der Durchführung derjenigen Bestimmungen des Übereinkommens vertreten zu sein, die in ihren Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuss kann, wenn er dies für angebracht hält, die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere zuständige Stellen einladen, sachkundige Stellungnahmen zur Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten abzugeben, die in ihren jeweiligen Aufgabenbereich fallen. Der Ausschuss kann die Sonderorganisationen, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und andere Organe der Vereinten Nationen einladen, ihm Berichte über die Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen;
- b) übermittelt der Ausschuss, wenn er dies für angebracht hält, den Sonderorganisationen, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen Berichte der Vertragsstaaten, die ein Ersuchen um fachliche Beratung oder Unterstützung oder einen Hinweis enthalten, dass ein diesbezügliches Bedürfnis besteht; etwaige Bemerkungen und Vorschläge des Ausschusses zu diesen Ersuchen oder Hinweisen werden beigelegt;
- c) kann der Ausschuss der Generalversammlung empfehlen, den Generalsekretär zu ersuchen, für den Ausschuss Untersuchungen über Fragen im Zusammenhang mit den Rechten des Kindes durchzuführen;
- d) kann der Ausschuss aufgrund der Angaben, die er nach den Artikeln 44 und 45 erhalten hat, Vorschläge und allgemeine Empfehlungen unterbreiten. Diese Vorschläge und allgemeinen Empfehlungen werden den betroffenen Vertragsstaaten übermittelt und der Generalversammlung zusammen mit etwaigen Bemerkungen der Vertragsstaaten vorgelegt.

## Teil III

### Artikel 46

#### Unterzeichnung

Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

### Artikel 47

#### Ratifikation

Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

### Artikel 48

#### Beitritt

Dieses Übereinkommen steht allen Staaten zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

### Artikel 49

#### Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

### Artikel 50

#### Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung vorschlagen und sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann den Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, wird der Generalversammlung zur Billigung vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 angenommene Änderung tritt in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung der Vereinten Nationen gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten angenommen worden ist.

(3) Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Übereinkommens und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

## Artikel 51

### Vorbehalte

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt den Wortlaut von Vorbehalten, die ein Staat bei der Ratifikation oder beim Beitritt anbringt, entgegen und leitet ihn allen Staaten zu.

(2) Vorbehalte, die mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbar sind, sind nicht zulässig.

(3) Vorbehalte können jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete diesbezügliche Notifikation zurückgenommen werden; dieser setzt alle Staaten davon in Kenntnis. Die Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär wirksam.

## Artikel 52

### Kündigung

Ein Vertragsstaat kann dieses Übereinkommen durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

## Artikel 53

### Verwahrung

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

## Artikel 54

### Urschrift, verbindlicher Wortlaut

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die unterzeichneten, von ihren Regierungen hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

# II.

## Anhang

### **Denkschrift zu dem Übereinkommen Bundestags Drucksache 12/42 (vom 24.01. 1991, S. 29–53)**

#### **A. Allgemeines**

##### **I. Entstehungsgeschichte des Übereinkommens**

###### *1. Die „Genfer Erklärung“*

In dem von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1989 verabschiedeten Übereinkommen über die Rechte des Kindes treffen sich zwei Entwicklungslinien:

- a) Das Übereinkommen ist zunächst Ausdruck des Bestrebens, den Schutz der Menschenrechte in völkerrechtlichen Verträgen zu kodifizieren und damit auf Dauer in einem Normengeflecht internationaler Bindungen immer fester zu verankern. Dieses seit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 beherrschende Thema der internationalen Menschenrechtspolitik hat mittlerweile dazu

geführt, dass eine Vielzahl von Menschenrechtsverträgen in Kraft treten konnte, unter denen die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen vom 19. Dezember 1966, nämlich der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) und der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. II S. 1569) neben den allgemeinen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 (BGBl. 1952 II S. 685), nachfolgend als „Europäische Menschenrechtskonvention“ oder „EMRK“ bezeichnet, besondere Erwähnung verdienen. Schon frühzeitig sind diese Verträge, die einen Katalog allgemeiner Menschenrechte garantieren, um andere Übereinkommen ergänzt worden, denen es um die Regelung spezifischer Menschenrechtsprobleme geht (z. B. um die Bekämpfung der Rassendiskriminierung) oder die sich der Menschenrechte bestimmter, besonders schutzbedürftiger Gruppen annehmen, z. B. der Flüchtlinge, der Inhaftierten oder von Frauen. In diesen Rahmen fügt sich das vorliegende Übereinkommen ein, weil es der beson-

deren Lage von Kindern und Jugendlichen und ihrer sich daraus ergebenden Schutzbedürftigkeit Rechnung trägt.

- b) Das Übereinkommen steht ferner in der Tradition der internationalen Kinderschutzbewegung, die sich im „Jahrhundert des Kindes“ (so der Titel des 1902 erschienenen Buches der schwedischen Pädagogin Ellen Key) dazu aufgerufen fühlte, die Probleme der Jugendhilfe einem Erfahrungsaustausch und Lösungsansätzen über die nationalen Grenzen hinwegzuführen. Schon der Erste Internationale Kinderschutz-Kongress, der 1913 in Brüssel durchgeführt wurde, diskutierte über internationale Verträge zum Schutz des Kindes, so über die Ausarbeitung einer Konvention zur Durchsetzung von Unterhaltstiteln im Ausland. Diese Aufgaben wurden nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund übernommen. Die Fünfte Versammlung des Völkerbundes verabschiedete – gleichzeitig mit der Beschlussfassung zur Übernahme der Aufgaben des internationalen Kinderschutzes – am 26. September 1924 eine Erklärung (sog. „Genfer Erklärung“), die als Leitlinie dienen sollte und mit der die Belange der Kinder- und Jugendhilfe erstmals als Anliegen der internationalen Gemeinschaft anerkannt wurden. Die Erklärung lautet:

#### „Genfer Erklärung

- I. Das Kind soll in der Lage sein, sich sowohl in materieller wie in geistiger Hinsicht in natürlicher Weise zu entwickeln.
- II. Das hungernde Kind soll genährt werden; das kranke Kind soll gepflegt

werden; das zurückgebliebene Kind soll ermuntert werden; das verirrte Kind soll auf den guten Weg geführt werden; das verwaiste und verlassene Kind soll aufgenommen und unterstützt werden.

- III. Dem Kind soll in Zeiten der Not zuerst Hilfe zuteil werden.
- IV. Das Kind soll in die Lage versetzt werden, seinen Lebensunterhalt zu verdienen und soll gegen jede Ausbeutung geschützt werden.
- V. Das Kind soll in dem Gedanken erzogen werden, seine besten Kräfte in den Dienst seiner Mitmenschen zu stellen.“

#### 2. Erklärung der Rechte des Kindes vom 20. November 1959

Das internationale Interesse an Fragen der Rechte des Kindes und der Jugendlichen hat dazu geführt, dass schon früh völkerrechtliche Verträge zustande kamen, die dem Schutz des Kindes und der Wahrnehmung seiner Rechte dienen sollten, so bereits das Haager Abkommen vom 12. Juni 1902 zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige (RGBl. 1904 S. 240) oder das internationale Übereinkommen vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels (RGBl. 1913 S. 31). Nach dem Zweiten Weltkrieg sind eine Vielzahl internationaler Verträge oder internationalrechtlicher Regelungen hinzugekommen, denen es ebenfalls um einzelne Belange junger Menschen geht; beispielhaft anzuführen sind etwa das für die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen von Kindern bedeutsame VN-Übereinkommen vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. 1959 II S. 149) und das Haager Übereinkommen vom 5. Oktober



1961 über die Zuständigkeit der Behörden und das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen (BGBl. 1971 II S. 217).

Kinder wurden als eine besonders schutzbedürftige Gruppe von Menschen zunehmend auch in den internationalen Kodifikationen der Menschenrechte berücksichtigt. Schon Artikel 25 Abs. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte proklamierte: „Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und uneheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.“

Auch die Menschenrechtspakte der Vereinten Nationen, die ausgehend von den Programmsätzen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte den internationalen Menschenrechtsschutz im Vertragsvölkerrecht verankert haben, haben die besondere Lage des Kindes berücksichtigt. So räumt Artikel 24 Abs. 1 des Internationalen Paktes vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) jedem Kind ohne Diskriminierung „das Recht auf diejenigen Schutzmaßnahmen durch seine Familie, die Gesellschaft und den Staat (ein), die seine Rechtsstellung als Minderjähriger erfordert“.

Über diese internationalrechtlichen Einzelregelungen zum Schutz des Kindes hinaus entstand alsbald auch das Bedürfnis, die Leitgedanken für den dem Kinde gebührenden rechtlichen Schutz nach dem Vorbild der Genfer Erklärung von 1924 in einer allgemeinen Erklärung zusammenzufassen. Eine solche Erklärung ist zwar nicht wie ein internationales Übereinkommen völker-

rechtlich verbindlich. Sie bietet aber den Vorteil, dass sie sich als Empfehlung an sämtliche Staaten richtet. Nach jahrelangen Beratungen hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. November 1959 als Resolution 1386 (IV) folgenden Beschluss gefasst:

„Erklärung der Rechte des Kindes

### **Präambel**

Da die Völker der Vereinten Nationen in der Charta ihren Glauben an die Grundrechte des Menschen und an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und einen besseren Lebensstandard in größerer Freiheit zu fördern;

da die Vereinten Nationen in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verkündet haben, dass jeder Mensch Anspruch auf die darin verkündeten Rechte und Freiheiten hat, ohne irgendeine Unterscheidung wie etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer und sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen;

da das Kind wegen seiner mangelnden körperlichen und geistigen Reife besonderen Schutz und besonderer Fürsorge einschließlich eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt bedarf;

da die Notwendigkeit solcher besonderen Schutzmaßnahmen in der Genfer Erklärung der Rechte des Kindes von 1924 ausgesprochen und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte sowie in den Satzungen

der mit dem Wohl des Kindes befassten Sonderorganisationen und anderen internationalen Organisationen anerkannt worden ist;

da die Menschheit dem Kind das Beste schuldet, das sie zu geben hat,

verkündet die Generalversammlung die vorliegende Erklärung der Rechte des Kindes mit dem Ziel, dass es eine glückliche Kindheit haben und zu seinem eigenen Nutzen und zum Nutzen der Gesellschaft die hierin aufgeführten Rechte und Freiheiten genießen möge, und fordert Eltern, Männer und Frauen als Einzelpersonen sowie Wohlfahrtsverbände, Kommunalbehörden und nationale Regierungen auf, diese Rechte anzuerkennen und sich durch im Einklang mit den nachstehenden Grundsätzen schrittweise zu treffende gesetzgeberische und andere Maßnahmen für die Einhaltung dieser Rechte einzusetzen:

### Artikel 1

Das Kind genießt alle in dieser Erklärung aufgeführten Rechte. Alle Kinder ohne jede Ausnahme haben ohne Unterschied oder Diskriminierung auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der Sprache, der Religion, der politischen oder sozialen Herkunft, des Eigentums, der Geburt oder der sonstigen Umstände, die in der eigenen Person oder in der Familie begründet sind, Anspruch auf diese Rechte.

### Artikel 2

Das Kind genießt besonderen Schutz und erhält kraft Gesetzes oder durch andere Mittel Chancen und Erleichterungen, so dass es sich körperlich, geistig, moralisch, seelisch und gesellschaftlich gesund und normal in Freiheit und Würde entwickeln kann. Bei der Einführung von Gesetzen zu diesem Zweck sind die Interessen des Kindes ausschlaggebend.

### Artikel 3

Das Kind hat von Geburt an Anspruch auf einen Namen und eine Staatsangehörigkeit.

### Artikel 4

Das Kind genießt die Leistungen der sozialen Sicherheit. Es hat einen Anspruch darauf, gesund aufzuwachsen und sich zu entwickeln; zu diesem Zweck erhalten sowohl das Kind als auch seine Mutter besondere Fürsorge und besonderen Schutz einschließlich einer angemessenen Betreuung vor und nach der Geburt. Das Kind hat ein Recht auf angemessene Ernährung, Unterbringung, Erholung und ärztliche Betreuung.

### Artikel 5

Das Kind, das körperlich, geistig oder sozial behindert ist, erhält die besondere Behandlung, Erziehung und Fürsorge, die seine besondere Lage erfordert.

## Artikel 6

Das Kind braucht zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit Liebe und Verständnis. Es wächst, soweit irgendwie möglich, in der Obhut und unter der Verantwortung seiner Eltern, auf jeden Fall aber in einem Klima der Zuneigung und der moralischen und materiellen Sicherheit auf; ein Kleinkind darf – außer in außergewöhnlichen Umständen – nicht von seiner Mutter getrennt werden. Die Gesellschaft und die öffentlichen Stellen haben die Pflicht, Kindern, die keine Familie haben, und Kindern ohne ausreichenden Lebensunterhalt besondere Fürsorge zuzuwenden. Staatliche Geldleistungen und andere Unterhaltshilfen für Kinder aus kinderreichen Familien sind wünschenswert.

## Artikel 7

Das Kind hat Anspruch auf unentgeltliche Pflichtunterrichtung, zumindest in der Elementarstufe. Ihm wird eine Erziehung zuteil, die seine allgemeine Bildung fördert und es auf der Grundlage der Chancengleichheit in die Lage versetzt, seine Fähigkeiten, sein persönliches Urteilsvermögen, seinen Sinn für moralische und soziale Verantwortung zu entwickeln und ein nützliches Glied der Gesellschaft zu werden.

Die Interessen des Kindes sind die Richtschnur für alle, die für seine Erziehung und Anleitung verantwortlich sind; diese Verantwortung liegt in erster Linie bei den Eltern. Das Kind hat volle Gelegenheit zu Spiel und Erholung, die den gleichen Zielen wie die

Erziehung dienen sollen; die Gesellschaft und die öffentlichen Stellen bemühen sich, die Durchsetzung dieses Rechts zu fördern.

## Artikel 8

Das Kind gehört in jeder Lage zu denen, die zuerst Schutz und Hilfe erhalten.

## Artikel 9

Das Kind wird vor allen Formen der Vernachlässigung, Grausamkeit und Ausbeutung geschützt. Es darf nicht Handelsgegenstand in irgendeiner Form sein.

Das Kind wird vor Erreichung eines angemessenen Mindestalters nicht zur Arbeit zugelassen; in keinem Fall wird es veranlasst oder wird ihm erlaubt, einen Beruf oder eine Tätigkeit auszuüben, die seine Gesundheit oder Erziehung beeinträchtigen oder seine körperliche, geistige oder sittliche Entwicklung hemmen würden.

## Artikel 10

Das Kind wird vor Praktiken geschützt, die eine rassische, religiöse oder andere Form der Diskriminierung fördern können. Es wird erzogen im Geist der Verständigung, der Toleranz, der Freundschaft zwischen den Völkern, des Friedens und der weltweiten Brüderlichkeit sowie im vollen Bewusstsein, dass es seine Kraft und seine Fähigkeiten in den Dienst an seinen Mitmenschen stellen soll.“

### 3. Ausarbeitung des Übereinkommens

Im Zusammenhang mit dem 20. Jahrestag der Verkündung der „Erklärung der Rechte des Kindes“ führten die Vereinten Nationen das „Jahr des Kindes“ 1979 durch, nachdem diese Aktion, wie sich in der Vorbereitungsphase gezeigt hatte, von einer großen Zahl internationaler und nationaler Jugendwohlfahrtsverbände gefordert oder begrüßt worden war. Auch die Regierungen der VN-Mitgliedstaaten hatten ihre Bereitschaft erklärt, an den Veranstaltungen im „Jahr des Kindes“ mitzuwirken. In diesem Zusammenhang hatte die polnische Regierung vorgeschlagen, die 1959 verabschiedete „Erklärung der Rechte des Kindes“, ergänzt um einige vertragstechnische Artikel, als „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ in einen völkerrechtlichen Vertrag umzuwandeln, der im „Jahr des Kindes“ zur Unterzeichnung aufgelegt werden sollte, (VN-Dokument E/CN/4/L. 1366 vom 7. Februar 1978). Andere Regierungen, darunter auch die Bundesregierung, hatten allerdings Bedenken dagegen, der Konvention den – vielfach als unbefriedigend, zumindest unvollständig angesehenen – Wortlaut der Erklärung von 1959 zugrunde zu legen. Auch bei der im Januar 1979 durchgeführten „Warschauer Konferenz über den gesetzlichen Schutz des Kindes“, die außer von der Polnischen Juristenvereinigung von der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen und von der Internationalen Juristenkommission durchgeführt wurde, zeigte sich, dass das Spektrum der Probleme, die in einer Kinderkonvention aufzugreifen wären, im Vergleich zur Erklärung von 1959 wesentlich umfangreicher sein würde. Zum selben

Ergebnis kam auch die Arbeitsgruppe, die von der Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen mit der Ausarbeitung des Übereinkommensentwurfs betraut worden war und die erstmals im Februar 1979 in Genf zusammentrat. Die Beratungen der Arbeitsgruppe wurden sodann in den folgenden Jahren fortgesetzt, und zwar in der Weise, dass die Arbeitsgruppe vor dem Beginn der jeweiligen Frühjahrstagung der Menschenrechtskommission anfangs nur für jeweils eine Woche, später bis zu zwei Wochen in Genf zusammentrat, um die einzelnen Entwurfsartikel zu beraten. Die Tagungen wurden unter dem Vorsitz des jeweils zum Vorsitzenden wiedergewählten Professors Lopatka aus Warschau durchgeführt. Dieser Beratungsrhythmus hatte zur Folge, dass der Entwurf des Übereinkommens über die Rechte des Kindes von der Arbeitsgruppe erst am 9. Dezember 1988 im Konsens einstimmig angenommen werden konnte.

Trotz des erreichten Konsenses wurden in der Folgezeit vereinzelt Forderungen nach Wiederaufnahme der Sachdiskussion zu einigen Artikeln laut. Dies galt vor allem für den weithin als misslungen empfundenen Artikel 38 Abs. 2 des Übereinkommens, der die Teilnahme von Personen an Feindseligkeiten davon abhängig macht, dass diese das 15. Lebensjahr vollendet haben. Forderungen nach Nachbesserung des Artikels 38 (und weiterer Übereinkommensbestimmungen) haben sich aber nicht durchsetzen können, weil der Eindruck vorherrschte, dass eine Wiederaufnahme der Sachdiskussion eine Verbesserung des Entwurfs insgesamt nicht erwarten ließ. Die Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats der

Vereinten Nationen hat darum den von der Arbeitsgruppe vorgelegten Entwurf am 9. März 1989 ohne jede Änderung gebilligt. Auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat sich darauf beschränkt, die von der Arbeitsgruppe in Form eines Alternativvorschlags offengelassene Frage der Finanzierung des nach dem Übereinkommen zu errichtenden Ausschusses für die Rechte der Kinder zu entscheiden, indem sie in Artikel 43 Abs. 11 und 12 des Übereinkommens bestimmt hat, dass die Kosten insoweit aus den allgemeinen Haushaltsmitteln der Vereinten Nationen getragen werden. Im Übrigen hat die Generalversammlung den von der Arbeitsgruppe vorgelegten Übereinkommensentwurf am 20. November 1989 – dem 30. Jahrestag der Erklärung der Rechte des Kindes – ohne jede Änderung einstimmig angenommen.

Das Übereinkommen wurde am 25. Januar 1990 in New York zur Zeichnung aufgelegt und bei dieser Gelegenheit von der Bundesrepublik Deutschland und weiteren 58 Staaten gezeichnet.

## **II. Verhältnis zu anderen Übereinkommen**

Das vorliegende Übereinkommen steht der Sache nach in engem Zusammenhang mit Artikel 24 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Nach dieser Bestimmung, die auch für die Bundesrepublik Deutschland verbindlich ist, hat jedes Kind ohne Diskriminierung (nach näher bezeichneten Merkmalen) ein Recht auf diejenigen Schutzmaßnahmen, die seine Rechtsstellung als Minderjähriger

erfordert. Angesichts der Unbestimmtheit dieser Garantie steht den Paktstaaten bei der Umsetzung des Artikels 24 Abs. 1 ein weiter Ermessensspielraum zu, den das vorliegende Übereinkommen erheblich einengt, indem es die konkreten Maßnahmen, auf die Kinder zu ihrem Schutz ein Recht haben sollen, spezifiziert und im Einzelnen regelt. Das Übereinkommen ist insofern ein Spezialübereinkommen zu Artikel 24 Abs. 1 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte. An die Schutzgarantien für das Kind in anderen internationalen Vertragswerken lehnt sich das vorliegende Übereinkommen dabei vielfach an. Doppelregelungen nimmt es in Kauf; im Übrigen ist es aber bestrebt, Normkonflikte und -widersprüche zu vermeiden, indem es über anderenorts verbrieft Garantien, die den Schutz des Kindes betreffen, nicht hinausgeht. Im Übrigen bestimmt Artikel 41 des Übereinkommens, dass zur Verwirklichung der Rechte des Kindes besser geeignete Bestimmungen unberührt bleiben, gleichviel ob sie im innerstaatlichen Recht oder in dem für den betreffenden Vertragsstaat geltenden Völkerrecht enthalten sind.

## **III. Würdigung des Übereinkommens**

Das Übereinkommen verankert erstmals in der Geschichte des Völkerrechts die Rechte des Kindes umfassend in einem internationalen Vertragswerk mit weltweitem Geltungsanspruch. Es leistet dadurch einen für die rechtliche und gesellschaftliche Stellung junger Menschen wichtigen Beitrag. Es will der Jugendhilfe in aller Welt neue Impulse vermitteln und ist geeignet, die Lage des Kindes vor allem auch in den Drittwelt-

ländern zu verbessern, indem es Maßstäbe mit universalem Geltungsanspruch setzt. Die Bundesregierung hat an dem Zustandekommen des Übereinkommens in der Genfer Arbeitsgruppe, in der sie von Anfang an Mitglied war, aktiv mitgewirkt. Die mit der Jugendhilfe in der Bundesrepublik Deutschland befassten Institutionen und Verbände begrüßen das Übereinkommen und fordern, dass es möglichst rasch auch von der Bundesrepublik Deutschland ratifiziert wird. Eine ebenso positive Haltung hat die Kinderkommission des Deutschen Bundestages eingenommen, in der sämtliche Fraktionen vertreten sind.

Das Übereinkommen setzt Standards, die in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht sind, und bietet keinen Anlass, grundlegende Änderungen oder Reformen des innerstaatlichen Rechts zu betreiben. Allerdings hat sich bei näherer Prüfung der einzelnen Bestimmungen ergeben, dass einige Übereinkommensartikel die Grundlage für Fehlinterpretationen bieten könnten, die zum Teil weitreichende Konsequenzen für die innerstaatliche Rechtsordnung hätten. Die Länder haben deshalb der Zeichnung des Übereinkommens nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die Bundesregierung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eine völkerrechtliche Erklärung abgibt, durch welche die aufgetretenen Zweifelsfragen ausgeräumt werden und durch die klargestellt wird, inwieweit das Übereinkommen völkerrechtlich bindet. Die Ständige Vertragskommission der Länder hat dementsprechend den Landesregierungen die Zustimmung zur Zeichnung des Übereinkommens unter der Voraussetzung empfohlen, dass folgende Erklärung abgegeben wird:

„Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland behält sich das Recht vor, bei der Ratifizierung diejenigen Erklärungen mitzuteilen, die sie – insbesondere im Hinblick auf die Auslegung der Artikel 9, 10, 18 und 22 – für erforderlich hält.“

Dem hat auch der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages in seiner 62. Sitzung am 17. November 1989 einstimmig mit folgender Stellungnahme zugestimmt: „Der Rechtsausschuss erhebt keine verfassungsrechtlichen oder sonstigen rechtlichen Bedenken gegen die Zeichnung der UNO-Konvention über die Rechte des Kindes durch die Bundesregierung. Dabei geht er von der Erwartung aus, dass die vorgesehene völkerrechtliche Erklärung zum Auslegungsvorbehalt abgegeben wird.“

Die Bundesregierung hat die vorerwähnte völkerrechtliche Erklärung im Zusammenhang mit der Zeichnung des Übereinkommens dem Generalsekretär der Vereinten Nationen notifiziert. Sie beabsichtigt zudem, bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde die sich aus der Anlage zur Denkschrift ergebende und mit den Bundesländern abgestimmte völkerrechtliche Erklärung abzugeben.

Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes ist bereits am 2. September 1990 völkerrechtlich in Kraft getreten. Vertragsstaaten sind derzeit (Stand: 21. August 1990) Ägypten, Bangladesch, Belize, Benin, Bhutan, Bolivien, Ekuador, El Salvador, Ghana, Guatemala, Guinea, Kenia, Mauritius, Mongolei, St. Kitts und Nevis, Senegal, Sierra Leone, Sudan, Schweden, Togo, Vatikan, Vietnam.

Mit der von der Bundesregierung nunmehr vorgeschlagenen Ratifizierung des Übereinkommens durch die Bundesrepublik Deutschland wird unterstrichen, dass sie die mit dem Übereinkommen verfolgten Ziele mit Nachdruck unterstützt.

## B. Zu den einzelnen Bestimmungen

### Vorbemerkung

Zum allgemeinen Verständnis des Übereinkommens ist auf folgendes hinzuweisen:

#### I. Begründung von Staatenverpflichtungen

Nach Artikel 4 Satz 1 sind die Vertragsstaaten gehalten, zur Verwirklichung der in dem Übereinkommen anerkannten Rechte „alle geeigneten Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen zu ergreifen“. Einer solchen allgemeinen Verpflichtung bedarf es, weil das Übereinkommen sich durch die Ratifizierung in dem betreffenden Vertragsstaat nicht von selbst verwirklicht. Das Übereinkommen begründet lediglich Staatenverpflichtungen, wonach die Vertragsstaaten das Übereinkommen und die in ihm anerkannten Kindesrechte in ihrem innerstaatlichen Recht umsetzen müssen. Das Übereinkommen bietet aber keine Grundlage für die rechtliche Geltendmachung unmittelbar auf einzelne Übereinkommensartikel gestützter individueller Rechtsansprüche. Solche Ansprüche können vielmehr nur geltend gemacht werden, soweit das innerstaatliche Recht – das freilich im Einklang

mit dem Übereinkommen stehen muss – dies vorsieht. Die Bundesregierung wird bei der Hinterlegung der Ratifikationsurkunde eine Erklärung abgeben, die das klarstellt. Mit ihr soll auch verdeutlicht werden, dass das innerstaatliche Recht im Einklang mit dem Übereinkommen steht. Auf die im Anhang zur Denkschrift wiedergegebene Erklärung wird dazu verwiesen.

### II. Zum Begriff der „Rechte des Kindes“

Wenn das Übereinkommen von den „Rechten des Kindes“ spricht, so will es damit nicht sagen, dass das Kind über dieses „Recht“ in jedem Fall aus eigenem autonomen Willen eine Verfügung treffen oder dass es dieses Recht durch einen Vertreter stets einklagen könnte. Dem stünde bereits der Umstand entgegen, dass sich zahlreiche der im Übereinkommen verankerten Kindesrechte ihrer Unbestimmtheit wegen als klageweise durchsetzbare Individualansprüche nicht eignen und darum auch nicht so verstanden werden können. Der Sprachgebrauch des Übereinkommens folgt insoweit demjenigen des Artikels 24 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Nach dieser Bestimmung – auf die das Übereinkommen in Absatz 8 der Präambel ausdrücklich Bezug nimmt – hat jedes Kindes ein „Recht auf diejenigen Schutzmaßnahmen durch seine Familie, die Gesellschaft und den Staat, die seine Rechtsstellung als Minderjähriger erfordert“. Das vorliegende Übereinkommen präzisiert zu einem wesentlichen Teil, was unter den gebotenen Schutzmaßnahmen zu verstehen ist. Pauschal als „Recht“ wird das Verhältnis des Kindes zu diesen Schutzmaßnahmen

umschrieben, weil sie dem Wohl des Kindes dienen und weil sie ihm darum gebühren. Es ist Sache des Vertragsstaates und des innerstaatlichen Rechts, zu bestimmen, inwieweit Schutzmaßnahmen, die nach dem Übereinkommen zum Wohle des Kindes zu treffen sind, von dem Kind oder seinem gesetzlichen Vertreter durch gerichtliche Klage erzwungen werden können.

### III. Verhältnis zum Elternrecht

Das Übereinkommen verfolgt – obgleich manche Bestimmungen auf den ersten Blick diesen Eindruck vermitteln könnten – nicht das Anliegen, Kinder und Jugendliche, die unter der Obhut ihrer Eltern oder anderer personensorgeberechtigter Personen stehen, zu emanzipieren und für den vom Übereinkommen erfassten Regelungsbe-  
reich Erwachsenen gleichzustellen. Wäre dies der Fall, würden sich ernsthafte Zweifel ergeben, ob das Übereinkommen mit dem in Artikel 6 Abs. 2 GG verfassungsrechtlich als Grundrecht verbürgten Elternrecht vereinbar wäre. Indessen ist auch das elterliche Sorgerecht – und das damit verbundene Recht, das minderjährige Kind zu erziehen – eine durch Artikel 24 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte legitimierte Schutzmaßnahme der staatlichen Gesetzgebung, auf die das Kind ein Recht hat und die durch das vorliegende Übereinkommen nicht in Frage gestellt werden soll. Vielmehr ergibt sich aus Artikel 5 des Übereinkommens deutlich, dass das Übereinkommen es als selbstverständlich voraussetzt, dass Kinder und Jugendliche bei der Wahrnehmung ihrer Rechte Beschränkungen unterliegen, die sich aus dem Erziehungsrecht ihrer Eltern

oder anderer personensorgeberechtigter Personen ergeben. Allerdings haben die Entwurfsverfasser von einer umfassenden Beschreibung der Rechte erziehungsberechtigter Personen im vorliegenden Übereinkommen abgesehen. Dies beruht indessen nicht auf der Absicht, das elterliche Erziehungsrecht zu verkürzen, sondern lediglich auf der Erwägung, dass ein Übereinkommen über die Rechte des Kindes nicht der geeignete Rahmen ist, um Recht der Eltern zu garantieren. Die Bundesregierung wird, um dies klarzustellen, in der Erklärung, die sie bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde abgeben wird, darauf hinweisen, dass die innerstaatlichen Vorschriften über die gesetzliche Vertretung des Kindes bei der Wahrnehmung seiner Rechte unberührt bleiben. Auf die Anlage zur Denkschrift wird Bezug genommen.

### IV. Vereinbarkeit des Übereinkommens mit dem innerstaatlichen Recht

Bei der zu den einzelnen Übereinkommensbestimmungen nachfolgend zu erörternden Fragen nach ihrer Vereinbarkeit mit dem innerstaatlichen Recht wird vom Recht der Bundesrepublik Deutschland ausgegangen, weil dieses nach Artikel 8 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 (BGBl. II S. 889) seit dem 3. Oktober 1990 grundsätzlich auch im Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gilt. Soweit ausnahmsweise nach dem Einigungsvertrag, insbesondere nach dessen Anlage II, das DDR-Recht fortgilt, wird darauf eingegangen, soweit dazu Veranlassung besteht.



## Zu Artikel 1

1. Die Bestimmung sagt, welche Personen das Übereinkommen schützt, indem es näher umschreibt, wer im Sinne des Übereinkommens als „Kind“ angesehen wird. Kinder sind danach grundsätzlich alle Menschen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, vgl. § 2 BGB. Die nach dem Übereinkommen zu treffenden Maßnahmen brauchen in keinem Fall für Personen getroffen zu werden, die älter sind als 18 Jahre. Artikel 1 enthält eine Einschränkung für solche Personen, deren Volljährigkeit „nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht“ früher eintritt. Dabei ist an die Fälle zu denken, in denen ein Minderjähriger vorzeitig durch gerichtliche Entscheidung für volljährig erklärt wird, aber auch an junge Menschen, die nach ihrem Heimatrecht früher als in § 2 BGB vorgesehen, volljährig geworden sind (Artikel 7 EGBGB). Jedoch haben diese Ausnahmen gegenüber dem vorgesehenen Regelfall, wonach als „Kind“ im Sinne des Übereinkommens gilt, wer das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, für die Bundesrepublik Deutschland kaum praktische Bedeutung. Denn die Möglichkeit, einen Minderjährigen für volljährig zu erklären, ist im innerstaatlichen Recht nicht mehr vorgesehen. Im Übrigen können innerstaatliche Maßnahmen zugunsten junger Menschen ohne Rücksicht auf deren Alter getroffen werden, ohne dass das Übereinkommen insoweit ein Hindernis bildet.
2. Eingehend diskutiert wurde bei den Beratungen in der Arbeitsgruppe, ob die vom Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen, insbesondere soweit sie das „angeborene“ Recht des Kindes auf Leben („inherent right to life“) betreffen (Artikel 6 Abs. 1), auch zugunsten des noch nicht geborenen Kindes ergriffen werden müssen.
3. Viele der in der Arbeitsgruppe vertretenen Staaten haben sich gegen die Einbeziehung des ungeborenen Lebens in den Schutz der Konvention erklärt, weil es ihnen nicht möglich erschien, in der schwierigen, meist auch innerstaatlich stark umstrittenen Frage nach der Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs oder nach den Grenzen seiner Strafbarkeit eine Einigung herbeizuführen. Zwar hatte die Erklärung über die Rechte des Kindes vom 20. November 1959 die Notwendigkeit „eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor und nach der Geburt“ anerkannt. Über eine entsprechende Regelung im Übereinkommens-text war indessen kein Konsens zu erzielen. Ein früherer Entwurf des Übereinkommens ging sogar so weit, in einem Präambelabsatz den wesentlichen Inhalt der Erklärung von 1959 wiederzugeben und dabei den vorzitierten Hinweis auszusparen, so dass der Eindruck entstehen konnte, das Übereinkommen wolle dem vorgeburtlichen Schutz des Kindes eine Absage erteilen.
4. Diese für viele Staaten unbefriedigende Entwurfslage hat dazu geführt, dass die Frage des Schutzes des ungeborenen Lebens aus Anlass eines von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland gestellten Änderungsantrags in der Zweiten Lesung des Entwurfs durch die Arbeitsgruppe nochmals eingehend

beraten worden ist, und zwar mit folgendem Ergebnis: Einerseits wurde in das Übereinkommen der Präambelabsatz 9 aufgenommen, in dem der Hinweis der Erklärung von 1959 auf die Notwendigkeit eines angemessenen Schutzes „vor und nach der Geburt“ ausdrücklich wörtlich wiedergegeben wird. Andererseits hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe auf Vorschlag des Redaktionskomitees und im Konsens mit der Arbeitsgruppe folgende Erklärung zu Protokoll gegeben (Übersetzung):

„Mit der Annahme dieses Präambelabsatzes verfolgt die Arbeitsgruppe nicht die Absicht, der Auslegung des Artikels 1 oder einer anderen Übereinkommensbestimmung durch die Vertragsstaaten vorzugreifen.“

Vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 11.

Vor diesem Hintergrund kann nicht angenommen werden, dass das Übereinkommen bindende Verpflichtungen zum Schutz des ungeborenen Lebens begründet.

5. In der Bundesrepublik Deutschland genießt das ungeborene Kind Schutz nach Maßgabe verschiedener gesetzlicher Vorschriften. Zwar wird ein Mensch grundsätzlich erst mit der Vollendung seiner Geburt rechtsfähig (§ 1 BGB). Das noch nicht geborene Kind ist jedoch bereits erbfähig (§ 1923 Abs. 2 BGB), es wird als „anderer“ im Sinne des § 823 Abs. 1 BGB gegen vorgeburtliche Schädigungen geschützt, hat im Falle der

Tötung des Unterhaltspflichtigen Ersatzansprüche nach § 844 Abs. 2 BGB und kann außerdem durch Verträge zugunsten Dritter oder mit Schutzwirkung zugunsten Dritter begünstigt werden. Ihm kann zur Wahrung seiner künftigen Rechte bereits vor der Geburt ein Pfleger bestellt werden (§ 1912 BGB). In der Bundesrepublik Deutschland ist somit die Notwendigkeit „eines angemessenen rechtlichen Schutzes vor ... der Geburt“ (Präambelabsatz 9) anerkannt.

## Zu Artikel 2

1. Die Nichtdiskriminierungsklausel des Artikels 2 gehört zu den üblichen Bestandteilen internationaler Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte. Artikel 2 entspricht darum ähnlichen Bestimmungen in anderen Vertragswerken, insbesondere dem Artikel 2 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und dem Artikel 2 Abs. 2 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Artikel 2 Abs. 1 des vorliegenden Übereinkommens entspricht überdies dem innerstaatlich als Grundrecht garantierten Gebot der Gleichbehandlung in Artikel 3 des Grundgesetzes. Dieses Grundrecht stellt zugleich auch sicher, dass die von den Vertragsstaaten nach Absatz 2 zu treffenden Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland den Anforderungen des Absatzes 1 entsprechen.
2. Eine unterschiedliche Behandlung zwischen Kindern deutscher und fremder

Staatsangehörigkeit, die bei ausländerrechtlichen Maßnahmen (z. B. Erteilung der Einreise- oder Aufenthaltserlaubnis) unvermeidlich ist, wird durch Artikel 2 Abs. 1 nicht ausgeschlossen. Dies ergibt sich bereits aus dem Wortlaut der Nichtdiskriminierungsklausel selbst, in dem zwar die „nationale Herkunft“ („national origin“) als eines der Merkmale angeführt wird, die eine unterschiedliche Behandlung als diskriminierend erscheinen lassen, nicht aber auch die „Staatsangehörigkeit“ („nationality“) als solche. In diesem Zusammenhang ist auch das Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (BGBl. 1969 II S. 961) anzuführen, das nach seinem Artikel 1 Abs. 2 keine Anwendung findet auf Unterscheidungen, Ausschließungen, Beschränkungen oder Bevorzugungen, die ein Vertragsstaat zwischen eigenen und fremden Staatsangehörigen vornimmt. Nach seinem Artikel 1 Abs. 3 ist das Rassendiskriminierungsübereinkommen überdies nicht so auszulegen, „als berühre es die Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten über Staatsangehörigkeit, Staatsbürgerschaft oder Einbürgerung, sofern diese Vorschriften nicht Angehörige eines bestimmten Staates diskriminieren“. Diese Ausformungen der Nichtdiskriminierungsklausel gelten auch für das vorliegende Übereinkommen: Die Entstehungsgeschichte des Übereinkommens bietet keinen Anhaltspunkt dafür, dass die mit seiner Ausarbeitung befasste Arbeitsgruppe von dem Rahmen hätte abweichen wollen, der in den geltenden Instrumenten zum Schutz der Menschenrechte gezogen ist. Die Arbeits-

gruppe hat im Gegenteil Bedacht darauf genommen, den Artikel 2 den bestehenden Diskriminierungsklauseln anzupassen, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, S. 10 TZ 41. Das Diskriminierungsverbot gebietet im Übrigen dann keine Gleichbehandlung, wenn für eine unterschiedliche Behandlung sachliche Gründe vorliegen, die die differenzierende Regelung nicht als willkürlich erscheinen lassen. Es steht darum z. B. nicht im Widerspruch zu Artikel 2, wenn Kinder, die sich nur vorübergehend im Bundesgebiet aufhalten (z. B. Kinder von Asylbewerbern), hier der Schulpflicht nicht unterliegen.

3. Ob und inwieweit das Übereinkommen ohne Unterschied für eheliche und nicht-eheliche Kinder gilt, ist bei Ausarbeitung des Textes mehrfach erörtert worden: Der ursprüngliche polnische Entwurf hatte eine Nichtdiskriminierungsklausel vorgesehen, die bei dem Merkmal „Geburt“ ausdrücklich einen Zusatz „ehelich oder nichtehelich“ („birth in lawful wedlock or out of wedlock“) enthielt. Nachdem dieser Zusatz durch die Anpassung des Artikels 2 Abs. 1 an die bestehenden Nichtdiskriminierungsklauseln entfallen war, blieb zweifelhaft, ob das Merkmal der „Geburt“ auch den Statusunterschied erfasst, der zwischen ehelicher und nichtehelicher Geburt gemacht wird. Bei der Arbeitsgruppentagung im Jahr 1986 hatten unabhängig voneinander die chinesische und die österreichische Delegation die Einfügung eines besonderen Artikels (nach damaliger Zählung: Artikel 4 bis) beantragt, mit dem ausdrücklich gesagt werden sollte, dass

nichteheliche Kinder dieselben Rechte genießen wie eheliche, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1986/39 vom 13. März 1986, S. 4/5. Diese Vorschläge erwiesen sich jedoch als nicht konsensfähig. Verschiedene Delegationen erklärten sich gegen die vorgesehene Gleichstellung der nichtehelichen Kinder, weil diese mit dem innerstaatlichen Erbrecht der von ihnen vertretenen Staaten nicht vereinbar sei. Die Frage ist sodann im Jahr 1988 bei der Erörterung eines von der Delegation der Bundesrepublik Deutschland vorgelegten und nach dem Vorbild des Europäischen Übereinkommens über die Rechtsstellung nichtehelicher Kinder differenzierenden Vorschlags zur Einfügung eines nichteheliche Kinder betreffenden besonderen Artikels nochmals beraten worden, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1988/28 vom 6. April 1988, S. 47. Auch dieser Vorschlag musste zurückgenommen werden, weil sich kein Konsens erzielen ließ. Es wurde zum Teil geltend gemacht, dass schon die 1986 in der Arbeitsgruppe geführte Diskussion gezeigt habe, dass über eine Schutzbestimmung für nichteheliche Kinder kein Einvernehmen zu erzielen sei. Zum Teil wurde aber auch darauf hingewiesen, dass die von der Arbeitsgruppe angenommene Nichtdiskriminierungsklausel bereits den Grundsatz der Nichtdiskriminierung wegen der Geburt vorsehe.

4. Vor dem Hintergrund dieser Entstehungsgeschichte geht die Bundesregierung davon aus, dass die von den Vertragsstaaten nach dem Übereinkommen zu ergreifenden Maßnahmen zwar grundsätzlich, insbesondere im Bereich des öffentlichen Rechts, keinen diskriminierenden

Unterschied danach machen dürfen, ob sie einem ehelich oder nichtehelich geborenen Kind zugutekommen. Andererseits kann indessen nach dem Willen der Entwurfsverfasser nicht angenommen werden, dass die Vertragsstaaten nach Artikel 2 verpflichtet wären, die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse eines nichtehelichen Kindes so auszugestalten, dass sie denen eines ehelichen Kindes entsprechen. Die Bundesregierung wird diese Auslegung, die Bedeutung vor allem für Artikel 9 und 18 des Übereinkommens hat, durch Abgabe einer Erklärung klarstellen. Auf die der Denkschrift beigefügte Anlage wird insoweit verwiesen.

5. Absatz 2 verbietet eine Diskriminierung und Bestrafung des Kindes wegen bestimmter Handlungen seiner Eltern oder anderer Dritter. Diesen Anforderungen entspricht das innerstaatliche Recht.

### Zu Artikel 3

1. Absatz 1 bestimmt das Kindeswohl zur Leitlinie der Auslegung und Umsetzung des Übereinkommens. Die Bestimmung richtet sich an die Stellen, die durch (allgemeinwirkende) „Maßnahmen, die Kinder betreffen“, dazu berufen sind, die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die der Vertragsstaat mit der Ratifizierung des Übereinkommens übernimmt, zu erfüllen. Außer den Gerichten, Verwaltungsbehörden und Gesetzgebungsorganen rechnet Absatz 1 hierzu auch die öffentlichen oder privaten Einrichtungen der sozialen Fürsorge. Eltern und Vormund werden dagegen nicht

genannt. Dies hängt damit zusammen, dass dieser Personenkreis der besonderen Bestimmung des Artikels 18 Abs. 1 Satz 3 unterliegt. Für Eltern und Vormund ist das Wohl des Kindes nicht nur ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt unter anderen, sondern ein „Grundanliegen“.

2. Das Wohl des Kindes ist dagegen nach Artikel 3 Abs. 1 „ein Gesichtspunkt, der vorrangig zu berücksichtigen ist“. Absoluter Vorrang gegenüber allen anderen Belangen sollte dem Wohl des Kindes nicht eingeräumt sein. Im ursprünglichen polnischen Entwurf war allerdings ein weitergehender Vorschlag enthalten („... the best interests of the child shall be the paramount consideration“), angenommen wurde indessen ein Formulierungsvorschlag der Vereinigten Staaten („... the best interests of the child shall be a primary consideration“), nachdem in der Diskussion geltend gemacht worden war, dass es Fälle geben könne, in denen die Interessen anderer Beteiligter gleichgewichtig oder sogar als vorrangig zu bewerten sind, so z. B. die Belange der Mutter bei einem während der Geburt eintretenden Notfall, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, Seite 5–7. Durch Artikel 3 Abs. 1 ist darum ein Vertragsstaat nicht gehindert, bei der Regelung der Strafbarkeit des Schwangerschaftsabbruchs die Belange der Mutter in einem von ihm zu bestimmenden Rahmen als schutzwürdig mitzuberoücksichtigen. Dies folgt auch daraus, dass das Übereinkommen eine völkerrechtlich bindende Verpflichtung zum Schutz des ungeborenen Lebens nicht vorsieht, vgl. Nummer 4 der Bemerkungen zu Artikel 1.
3. Absatz 2 geht auf einen australischen Vorschlag zurück. Die Bestimmung verleiht dem Gedanken Ausdruck, dass die Rechte des Kindes durch Unterstützung seiner Familie gesichert werden, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, S. 8 TZ 32. Ähnlich werden die besondere Verantwortung der Eltern und anderer für die Betreuung des Kindes berufener Personen in Artikel 5 und 18 betont. Die Subsidiarität des staatlichen Handelns in diesem Bereich ergibt sich in der Bundesrepublik Deutschland aus der Verfassungsgarantie des Elternrechts (Artikel 5 Abs. 2 Satz 1 GG). Aus ihr folgt nicht nur, dass staatliche Schutz- und Fürsorgemaßnahmen, die dem Kind dienen sollen, die Rechte und Pflichten seiner Eltern „berücksichtigen“ müssen, wie dies in Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens vorausgesetzt wird. Vielmehr ist darüber hinausgehend innerstaatlich anerkannt, dass die Pflege und Erziehung der Kinder ein natürliches Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht ist, über deren Betätigung allerdings die staatliche Gemeinschaft wacht. Diese innerstaatliche Schutzgarantie entspricht dem Sinn und Zweck des Artikels 3 Abs. 2 des Übereinkommens.
4. Nach Absatz 3 müssen die Vertragsstaaten dafür Sorge tragen, dass die dem Schutz des Kindes dienenden innerstaatlichen Normen von den zu ihrer Anwendung berufenen Institutionen, Diensten und Einrichtungen tatsächlich auch angewendet werden.

Insbesondere sollen solche Normen, die Auswirkungen auf die Sicherheit und Gesundheit der Kinder haben oder die die Zahl und fachliche Eignung des Personals betreffen, eingehalten werden, was die Vertragsstaaten insbesondere durch die Einrichtung einer „ausreichenden Aufsicht“ (z. B. Dienstaufsicht) sicherstellen sollen. Dies sind Anforderungen, denen die rechtsstaatliche Ordnung im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland genügt.

### Zu Artikel 4

1. Satz 1 verdeutlicht, dass das Übereinkommen selbst keine Grundlage für individuelle Rechte ist. Es verpflichtet vielmehr die Vertragsstaaten, die im Übereinkommen anerkannten Rechte durch „alle geeigneten Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen“ innerstaatlich zu verwirklichen. Solange dies nicht geschehen ist, hat der betreffende Vertragsstaat das Übereinkommen nicht erfüllt und die Rechte, zu deren Verwirklichung er völkerrechtlich verpflichtet ist, können, soweit das Übereinkommen noch nicht umgesetzt ist, innerstaatlich nicht in Anspruch genommen werden. Insbesondere können sich bei dieser Rechtslage das Kind oder sein gesetzlicher Vertreter nicht unmittelbar auf das Übereinkommen berufen. Als Anspruchsgrundlage dient allein das innerstaatliche Recht, das in der Bundesrepublik Deutschland, wie die Bundesregierung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde klarzustellen beabsichtigt (vgl. Anlage zur Denkschrift

unter Ziffer I), den Anforderungen des Übereinkommens entspricht. Eine Änderung oder Anpassung innerstaatlicher Rechtsvorschriften erübrigt sich damit.

2. Aus Satz 2 ergibt sich eine Unterscheidung danach, ob die vom Übereinkommen vorgesehenen Rechte ihrer Art nach bürgerliche oder politische Rechte sind oder solche, die als wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte anzusprechen sind. Da die letztgenannten Rechte regelmäßig nur mit einem mehr oder weniger großen Kostenaufwand zu verwirklichen sind, brauchen diese Rechte nur nach Ausschöpfung (und damit nach Maßgabe) der dem Vertragsstaat verfügbaren Mittel „und erforderlichenfalls im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit“ innerstaatlich verwirklicht zu werden. Diese Klausel hat ein Vorbild in Artikel 2 Abs. 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

### Zu Artikel 5

1. Artikel 5 stellt klar, dass das Übereinkommen eine Herauslösung des Kindes (oder Jugendlichen) aus der Erziehungsverantwortung seiner Eltern oder sonstiger Personensorgeberechtigter anstrebt. Im Präambelabsatz 5 wird im Gegenteil die Familie als elementare gesellschaftliche Gruppe gewürdigt, die das natürliche Umfeld für das Wachsen und Gedeihen insbesondere der Kinder darstellt und die darum im erforderlichen Maße geschützt und unterstützt werden soll. Präambelabsatz 6 betont,

dass das Kind in einer familiären Umgebung aufwachsen sollte, und Präambel-satz 7 gibt dazu Hinweise auf die Erziehungsbedürftigkeit des Kindes. Trotzdem bereitete die Einfügung einer Bestimmung über das Erziehungsrecht der Eltern während der Entwurfsberatungen erhebliche Schwierigkeiten. Es wurde insbesondere geltend gemacht, dass ein „Übereinkommen über die Rechte des Kindes“ nicht geeignet sei, Rechte der Eltern zu regeln.

2. Vor diesem Hintergrund hat der Wortlaut des Artikels 5 Kompromisscharakter. Die Bestimmung besagt nicht etwa, dass sich die Erziehungsverantwortlichkeit und elterliche Sorge darauf beschränken, dem Kind bei Ausübung seiner Rechte Anweisungen und Anleitungen zu geben. Vielmehr können die Eltern oder ein anderer Personensorgeberechtigter in Angelegenheiten des Kindes selbst entscheiden, weil sich dies aus der Natur des Sorgerechts ergibt. Ferner ist vorausgesetzt, dass die Eltern auch in Vertretung und anstelle des Kindes handeln können, zumal sich da die Frage einer eigenständigen Rechtsausübung durch das Kind bei jüngeren Kindern mangels Altersreife vernünftigerweise gar nicht stellen kann. Ist das Kind in einem Alter, in dem es als Jugendlicher über die Wahrnehmung seiner Rechte eine Entscheidung bereits selbst treffen könnte, so sollen ihm nach Artikel 5 Anweisungen und Anleitungen durch die Eltern oder sonst personensorgeberechtigten Personen „in einer seiner Entwicklung entsprechenden Weise“ zu erteilen sein. Dies entspricht sinngemäß § 1626 Abs. 2 BGB, wonach die Eltern bei
- der Pflege und Erziehung die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbstständigem verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen haben: Fragen der elterlichen Sorge sollen sie, soweit es nach dem Entwicklungsstand des Kindes angezeigt ist, mit diesem besprechen, und dabei sollen sie Einvernehmen mit ihm anstreben. Die in Artikel 5 gesetzten Maßstäbe entsprechen somit dem innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik Deutschland.
3. Artikel 5 betrifft die Ausübung der Konventionsrechte durch das „Kind“ schlechthin, so dass unter Berücksichtigung des Artikels 1 des Übereinkommens das Anleitungs- und Anweisungsrecht der Eltern für alle Geschäfte und Handlungen des Minderjährigen gilt. Das Übereinkommen geht auf innerstaatliche Regelungen der Vertragsstaaten, wonach ein Minderjähriger unter bestimmten Voraussetzungen – meist nach Erreichung eines unterhalb der Volljährigkeit liegenden Alters – bestimmte Rechtsgeschäfte selbstständig und rechtswirksam ohne vorherige oder nachfolgende elterliche Zustimmung vornehmen kann, nicht ein. Derartige „Teilmündigkeiten“ stehen indessen nicht im Widerspruch zum Übereinkommen, da dieses die Vertragsstaaten hinsichtlich des Alters, das ein Minderjähriger zur Erreichung seiner Volljährigkeit erreicht haben muss, nicht festlegt (Artikel 1). Den Vertragsstaaten ist es somit auch freigestellt, den Minderjährigen für den Abschluss bestimmter Rechtsgeschäfte einem Volljährigen gleichzustellen. Eine Änderung der entsprechenden Regelungen des innerstaat-

lichen Rechts, die z. B. im Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 939) oder in den §§ 113, 2229 BGB enthalten sind, ist darum nicht veranlasst.

## Zu Artikel 6

1. Die durch Absatz 1 begründete Verpflichtung der Vertragsstaaten, anzuerkennen, „dass jedes Kind ein angeborenes Recht auf Leben hat“ („the inherent right to life“), ergibt sich bereits aus dem in Artikel 6 Abs. 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte anerkannten allgemeinen Menschenrechts auf Leben. Das Übereinkommen lässt es auch bei Zugrundelegung der authentischen fremdsprachigen Texte offen, ob das Lebensrecht des Kindes schon vor seiner Geburt besteht; eine für alle Vertragsstaaten verbindliche Auslegung des Präambelsatzes 9 war nicht zu erreichen, vgl. die Bemerkungen zu Artikel 1 oben. In der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Leben als Grundrecht in Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes geschützt. Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts genießt auch das ungeborene Kind diesen Schutz, BVerfGE 39, 1 (S. 36 ff.).
2. Welche Folgerungen aus dem Präambelhinweis zu ziehen sind, stellt Artikel 6 Abs. 2 in das Ermessen der Vertragsstaaten. Diese haben nach Absatz 2 „das Überleben und die (gesundheitliche) Entwicklung des Kindes im größtmöglichen Maß“ sicherzustellen. Diese Zielvorgabe sagt nicht, welche Maßnahmen im Einzelnen zur Erreichung des gesteckten Zieles ergriffen werden müssen. Allerdings wird Artikel 6 Abs. 2 durch die mit Artikel 24 übernommenen Verpflichtungen konkretisiert. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang vor allem die Verpflichtung, Maßnahmen zur Verringerung der Säuglings- und Kindersterblichkeit zu treffen sowie Vorkehrungen, die der Erhaltung der Gesundheit sowie der Bekämpfung und Heilung von Kinderkrankheiten dienen, vgl. Artikel 24 Abs. 2 Buchstabe a sowie Buchstabe b bis e des Übereinkommens.
3. Da das Übereinkommen das ungeborene Leben in seinen Schutz nicht explizit einbezieht, sind die Vertragsstaaten nicht verpflichtet, die Schwangerschaftsunterbrechung unter Strafe zu stellen. Überdies bedürfte eine solche Pönalisierungsverpflichtung einer besonderen Vertragsgrundlage, wie etwa das Beispiel des Artikels 4 des VN-Übereinkommens gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (BGBl. 1990 II S. 246) zeigt. Die den Schwangerschaftsabbruch betreffenden Strafvorschriften der §§ 218 ff. StGB stehen darum ebenso im Einklang mit Artikel 6 des Übereinkommens wie das DDR-Recht über die Unterbrechung der Schwangerschaft, das nach Anlage II Kapitel III Sachgebiet C Abschnitt I Nr. 4 und 5 des Einigungsvertrags für das Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zunächst in Kraft geblieben ist. Da sich aus Artikel 6 Abs. 1 des vorliegenden Übereinkommens keine Verpflichtung ergibt, den Abbruch der Schwangerschaft unter Strafe zu stellen, liegt es im Ermessen der Vertrags-



staaten, über die innerstaatliche Voraussetzungen der Strafbarkeit zu bestimmen.

## Zu Artikel 7

1. Absatz 1 gewährt dem Kind bestimmte im Zusammenhang mit seiner Geburt besonders wichtige Rechte. So ist das Kind, wie dies schon in Artikel 24 Abs. 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte vorgesehen ist, unverzüglich nach seiner Geburt in ein Register einzutragen. Diese Aufgabe obliegt in der Bundesrepublik Deutschland den Standesämtern nach Maßgabe des Personenstandsgesetzes (PStG). Die Geburt eines Kindes muss dem Standesbeamten, in dessen Bezirk es geboren ist, binnen einer Woche angezeigt werden, § 16 PStG. Bei einer Geburt in einem öffentlichen Krankenhaus, einem öffentlichen Entbindungsheim oder in ähnlichen öffentlichen Einrichtungen obliegt die Anzeige der Geburt ausschließlich dem Leiter der Anstalt oder aber dem dazu besonders ermächtigten Beamten oder Angestellten, § 18 Abs. 1 PStG. Die in anderen Fällen zur Anzeige verpflichteten Personen werden in den §§ 17 ff. PStG genannt. Die Verletzung der Anzeigepflicht kann mit der Verhängung eines Bußgelds geahndet werden, § 68 PStG.
2. Das in Absatz 1 weiterhin vorgesehene Recht des Kindes auf einen Namen „von Geburt an“ wird im Allgemeinen dadurch verwirklicht, dass bei der Anzeige der Geburt eines Kindes auch dessen Vorname und Familienname angegeben werden müssen, § 21 Nr. 4 PStG. Kann der Anzei-
- gende die Vornamen des Kindes nicht angeben, so müssen sie binnen Monatsfrist angezeigt werden, § 22 PStG. Notfalls – bei Findelkindern und bei Kindern mit nicht feststellbarem Personenstand – werden Vor- und Familiennamen des Kindes behördlich von Amts wegen festgesetzt, §§ 25, 26 PStG. Der Familienname des Kindes ergibt sich im Übrigen aus dem Gesetz (§§ 1616, 1617 BGB).
3. Absatz 1 gibt dem Kind ferner das Recht, eine Staatsangehörigkeit zu erwerben. Bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland kann dies nur als ein Recht auf Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit ausgelegt werden, weil die Vertragsstaaten des vorliegenden Übereinkommens nach den Grundsätzen des Völkerrechts Regelungen nur für den Erwerb ihrer eigenen Staatsangehörigkeit treffen können. Die deutsche Staatsangehörigkeit wird von einem Kind mit der Geburt erworben, wenn ein Elternteil oder – bei einem nichtehelichen Kind – seine Mutter zur Zeit der Geburt des Kindes deutsche Staatsangehörige sind.
4. Ein Kind nichtdeutscher Eltern oder – bei einem nichtehelichen Kind – einer nichtdeutschen Mutter, das in der Bundesrepublik Deutschland geboren wird, ist staatenlos, wenn es nicht nach ausländischen Rechtsnormen eine fremde Staatsangehörigkeit mit der Geburt erwirbt. Dasselbe gilt, wenn ein solches Kind an Bord eines Schiffes oder Flugzeuges geboren wird, das die Bundesflagge zu führen berechtigt ist bzw. das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland führt. Um auch in solchen Fällen den Anspruch des Kindes

auf Erwerb einer Staatsangehörigkeit zu gewährleisten, ist dieses nach Artikel 2 des Gesetzes zur Verminderung der Staatenlosigkeit vom 29. Juni 1977 (BGBl. I S. 1101) auf seinen Antrag einzubürgern. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass das Kind seit fünf Jahren rechtmäßig seinen dauernden Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland gehabt hat und den Einbürgerungsantrag vor Vollendung des 21. Lebensjahres stellt. Außerdem ist der Einbürgerungsanspruch ausgeschlossen, wenn der Antragsteller rechtskräftig zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe von fünf Jahren oder mehr verurteilt worden ist. Diese Einschränkungen sind in dem von der Bundesrepublik Deutschland ratifizierten Übereinkommen vom 30. August 1961 zur Verminderung der Staatenlosigkeit (BGBl. 1977 II S. 597) vorgesehen und stehen darum nach Absatz 2 „im Einklang“ mit diesem. Den Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 30. August 1961 sollten weitergehende Verpflichtungen durch das vorliegende Übereinkommen nicht auferlegt werden. Bei den Beratungen in der Genfer Arbeitsgruppe bestand vielmehr Einvernehmen darüber, dass kein Staat, der das vorliegende Übereinkommen ratifiziert, verpflichtet sein soll, den Rechtssatz zu übernehmen, wonach mit der Geburt die Staatsangehörigkeit des Staates erwirbt, wer in dessen Hoheitsgebiet geboren wird („*ius soli*“), vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 19/20. Aus diesem Grund ist in Artikel 7 Abs. 2 bestimmt worden, dass die Vertragsstaaten die Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Rechte im Einklang mit ihrem innerstaatlichen Recht und mit

ihren Verpflichtungen aufgrund der einschlägigen internationalen Übereinkünfte in diesem Bereich sicherstellen sollen. Der Fall, „dass das Kind sonst staatenlos würde“, ist in Anspielung auf das Übereinkommen vom 30. August 1961 dabei besonders hervorgehoben worden.

5. Absatz 1 gibt dem Kind schließlich „soweit möglich“ das Recht, „seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden“. Wächst das Kind bei seinen Eltern auf und damit innerhalb seiner Familie, wie dies wünschenswert ist (vgl. Präambelabsatz 5 und 6), verwirklicht sich dieses Recht des Kindes von selbst und es bedarf innerstaatlich keiner besonderen gesetzlichen oder administrativen Maßnahmen. Die Betreuung des Kindes in der Familie ist verfassungsrechtlich durch die Garantie des Elternrechts (Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG) gewährleistet. Die Verwirklichung des Rechts, von den eigenen Eltern betreut zu werden, kann an tatsächlichen Gegebenheiten scheitern (z. B. weil ein Elternteil oder beide gestorben sind). Sie kann auch aus rechtlichen Gründen nicht möglich sein, etwa wenn dem Kind der Verbleib in seiner familiären Umgebung im eigenen Interesse nicht gestattet werden kann (Artikel 20 Abs. 1) und wenn es einer „anderen Form der Betreuung“ zugeführt werden muss (Artikel 20 Abs. 2), worunter das Übereinkommen neben der Aufnahme in einer Pflegefamilie auch die Adoption oder die Heimunterbringung versteht (Artikel 20 Abs. 3). Der Anspruch auf Betreuung durch die eigenen Eltern entfällt in solchen Fällen nach Absatz 1 ohne weiteres. Ein Kind von sechzehn

Jahren kann im Übrigen nach Maßgabe des § 61 PStG selbst Einsicht in die Personenstandsbücher nehmen und sich damit über die Person seiner Eltern Gewissheit verschaffen.

6. Absatz 2 gibt den Vertragsstaaten bei der Verwirklichung der in Absatz 1 genannten Rechte einen betont weiten Ermessensspielraum, der dazu führt, dass Absatz 1 in den einzelnen Vertragsstaaten je nach innerstaatlicher Rechts- und internationaler Vertragslage unterschiedlich wirkt, wie sich zum Beispiel bei der Umsetzung des Rechts auf Erwerb einer Staatsangehörigkeit zeigt. Im Übrigen stellt Absatz 2 klar, dass Absatz 1 keine rechtliche Grundlage für auf diese Bestimmung zu stützende individuelle Ansprüche ist, sondern dass (auch) Artikel 7 lediglich Staatenverpflichtungen zur Konventionskonformität des innerstaatlichen Rechts begründet.

## Zu Artikel 8

1. Artikel 8 verpflichtet die Vertragsstaaten, das Recht des Kindes auf den Schutz seiner „Identität“ zu achten. Die beispielhafte Aufzählung der die Identität konstituierenden Merkmale wie Staatsangehörigkeit, Name und gesetzlich anerkannte Familienbeziehungen verdeutlicht, dass Artikel 8 in erster Linie den Schutz des rechtlichen Status des Kindes meint. Die Anerkennung der Familienangehörigkeit eines Kindes hängt nach Artikel 8 darum nicht davon ab, dass der Nachweis der biologischen Abstammung geführt ist. Den Vertragsstaaten steht es vielmehr frei, die verwandtschaftlichen
- Beziehungen des Kindes auf eine Beiwohnungsvermutung – wie im Fall des § 1591 Abs. 2 Satz 1 BGB – sowie auf eine Anerkennungserklärung oder eine gerichtliche Feststellung – vgl. § 1600 a BGB – zu gründen. Inwieweit die so begründete „Identität“ im Anfechtungswege beseitigt werden kann, liegt ebenfalls im rechtspolitischen Ermessen der Vertragsstaaten. Dies gilt auch hinsichtlich der Zulässigkeitsvoraussetzungen für gentechnische Eingriffe oder eine künstliche Befruchtung.
2. Identitätsschutz ist nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts zu gewähren; denn nur bei Zugrundelegung des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten lässt sich beurteilen, ob ein „rechtswidriger“ Eingriff vorliegt, vor dem das Kind geschützt werden muss. Dabei sind die Vertragsstaaten an Artikel 3 des Übereinkommens gebunden: Eingriffe in den Rechtsstatus werden darum darauf zu überprüfen sein, ob sie dem Kindeswohl entsprechen. Ein Beispiel dafür bietet die Annahme als Kind, die, wenn ein Minderjähriger durch Ehegatten angenommen wird, nach Maßgabe der §§ 1751 bis 1757 BGB dazu führt, dass die Rechtsbeziehungen des Kindes, die sich aus seinen bisherigen Verwandtschaftsverhältnissen ergeben, erlöschen, dass das angenommene Kind die rechtliche Stellung eines ehelichen Kindes der Annehmenden erlangt, dass es den Familiennamen der Annehmenden erwirbt, dass ihm unter Umständen durch das Vormundschaftsgericht ein anderer Vorname erteilt wird und dass es nach den Vorschriften des Staatsangehörigkeitsrechts bei einer

Annahme durch einen Deutschen die deutsche Staatsangehörigkeit erwirbt. Diese und andere familienrechtliche Regelungen, die zum Wohle des Kindes dessen Rechtsstatus verändern, werden durch Artikel 8 des Übereinkommens nicht ausgeschlossen.

3. Das Recht der Bundesrepublik Deutschland entspricht den Anforderungen des Artikels 8 des Übereinkommens vor allem durch § 169 des Strafgesetzbuches (StGB), wonach mit Strafe bedroht wird, wer ein Kind unterschleibt oder dessen Personenstand gegenüber der zur Führung von Personenstandsbüchern oder zur Feststellung des Personenstands zuständigen Behörde falsch angibt oder unterdrückt. In solchen Fällen trifft das deutsche Recht auch angemessene Vorkehrungen, dass der unterdrückte Personenstand („die Identität des Kindes“) schnell wiederhergestellt wird, wozu die Vertragsstaaten nach Artikel 8 Abs. 2 in Fällen einer rechtswidrigen Personenstandsunterdrückung oder -verfälschung verpflichtet sind. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang besonders auf die Vorschriften des Personenstandsgesetzes über die Berichtigung von Eintragungen (§§ 46 a, 46 b, 47 PStG).

### Zu Artikel 9

1. Das Übereinkommen geht davon aus, „dass das Kind zur vollen und harmonischen Entfaltung seiner Persönlichkeit in einer Familie und umgeben von Glück, Liebe und Verständnis aufwachsen soll“ (Präambelabsatz 6); es hat darum ein Recht, „seine Eltern zu kennen und von ihnen betreut zu werden“ (Artikel 7 Abs. 1). In diesem Zusammenhang steht es, wenn Absatz 1 die Vertragsstaaten dazu verpflichtet, sicherzustellen, „dass ein Kind nicht gegen den Willen seiner Eltern von diesen getrennt wird“. Dabei kann das Übereinkommen nicht ignorieren, dass nicht alle Familien die in sie gesetzten Erwartungen erfüllen und dass es im Einzelfall notwendig sein kann – „etwa wenn das Kind durch die Eltern misshandelt oder vernachlässigt wird“ (Satz 2) – das Kind von seinen Eltern zu trennen, um es einer anderen Form der Betreuung zuzuführen (Artikel 20 Abs. 2 und 3). Eine solche Maßnahme muss den in Absatz 1 Satz 1 gestellten Anforderungen entsprechen: sie muss von der (innerstaatlich) zuständigen Behörde in einer gerichtlich nachprüfaren Entscheidung getroffen werden und sie darf nur ergehen, wenn „diese Trennung zum Wohl des Kindes notwendig ist“. Dieser Gewichtung entspricht die innerstaatliche Grundrechtslage, die das in Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG verbrieft Elternrecht unter das Wächteramt des Staates stellt (Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG).
2. Mit der „Trennung“ meint Absatz 1 Satz 1 behördliche Eingriffe, die darauf abzielen, das Kind aus seiner familiären Umgebung zu lösen, weil der Verbleib des Kindes in dieser Umgebung seinem Wohl zuwiderliefe. Andere Maßnahmen, die lediglich eine Trennung von Eltern (Elternteil) und Kind zur Folge haben (Freiheitsentziehung, Freiheitsstrafe, Landesverweisung oder Abschiebung) begründen nur Ansprüche auf Auskunft über den Verbleib nach Artikel 9 Abs. 4. Außer den genannten, in Absatz 4 Satz 1 angeführten Beispielen gehört dazu auch

der Fall, dass ein Elternteil oder das Kind zum Wehrdienst eingezogen wird. Auch dies wäre kein Anwendungsfall des Artikels 9 Abs. 1 Satz 1. Auf die Frage, ob die „Trennung“ bewirkende Maßnahme zum Wohl des Kindes notwendig ist, kommt es mithin insoweit nicht an.

3. Den Anforderungen des Artikels 9 Abs. 1 des vorliegenden Übereinkommens wird im innerstaatlichen Recht vor allem durch die in den §§ 1666, 1666 a BGB eröffnete Möglichkeit des Vormundschaftsgerichts entsprochen, die zum Schutz des Kindes erforderlichen Maßnahmen zu treffen einschließlich solcher, „mit denen eine Trennung des Kindes von der elterlichen Familie verbunden ist“. Die Voraussetzungen, unter denen dies geschehen darf, sind freilich innerstaatlich erheblich enger gefasst als in Artikel 9 Abs. 1 Satz 1 des vorliegenden Übereinkommens umschrieben. Für die Anwendung der §§ 1666, 1666 a BGB reicht es insbesondere nicht aus, dass die Trennung des Kindes von seiner familiären Umgebung „zum Wohl des Kindes notwendig ist“. Nach § 1666 Abs. 1 BGB ist vielmehr vorausgesetzt, dass das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Kindes durch missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge, durch Vernachlässigung des Kindes, durch unverschuldetes Versagen der Eltern oder durch das Verhalten eines Dritten gefährdet ist und dass außerdem die Eltern nicht gewillt oder nicht in der Lage sind, die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Selbst bei Vorliegen dieser Voraussetzungen darf überdies eine Trennung des Kindes von seiner Familie nur durchgeführt werden, „wenn der Gefahr nicht auf

andere Weise, auch nicht durch öffentliche Hilfen, begegnet werden kann“. Damit wird im innerstaatlichen Recht deutlicher als im Übereinkommen zum Ausdruck gebracht, dass die Trennung des Kindes von der Familie ihres besonders einschneidenden Charakters wegen nur als allerletztes Mittel in Betracht kommt. Die §§ 1666, 1666 a BGB gehen damit über die Anforderungen des Artikels 9 Abs. 1 des Übereinkommens hinaus. Die vergleichsweise strengerer Eingriffsvoraussetzungen dienen dem Schutz des Kindes und seinem Interesse, nicht von seiner Familie getrennt zu werden, solange dafür keine wirklich zwingenden Gründe bestehen; diese innerstaatliche Rechtslage bleibt darum nach Artikel 41 Buchstabe a des Übereinkommens unberührt. Absatz 1 Satz 1 räumt den Vertragsstaaten für die Umsetzung der mit dieser Bestimmung übernommenen völkervertraglichen Verpflichtung einen besonders weiten Ermessensspielraum ein mit der Bezugnahme auf die (innerstaatlich) „anzuwendenden Rechtsvorschriften und Verfahren“. Das innerstaatliche Recht erfüllt auch die Anforderung, dass die Entscheidung „gerichtlich nachprüfbar“ sein muss. Sie wird gemäß §§ 1666, 1666 a BGB vom Vormundschaftsgericht getroffen; gegen einen solchen Beschluss kann nach Maßgabe der §§ 19 ff. FGG Beschwerde eingelegt werden, über die das Landgericht entscheidet.

4. Zu den von Absatz 1 erfassten Anwendungsfällen gehört nach ausdrücklicher Bestimmung des Absatzes 1 Satz 3 auch der Fall, dass „bei getrennt lebenden Eltern eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist“.

Daraus ist zu folgern, dass der in Artikel 18 Abs. 1 Satz 1 hervorgehobene „Grundsatz“, „dass beide Elternteile gemeinsam für die Erziehung und Entwicklung des Kindes verantwortlich sind“, dann nicht gilt, wenn keine intakte Familiengemeinschaft vorliegt, sondern wenn die Eltern getrennt leben und darum eine Entscheidung über den Aufenthaltsort des Kindes zu treffen ist oder, um einen gleichliegenden Beispielsfall anzuführen, eine Entscheidung über sonstige das Kindeswohl berührende Fragen. Innerstaatlich sind diese Fälle durch die §§ 1671, 1672 BGB geregelt. Nach § 1671 bestimmt, wenn die Ehe der Eltern geschieden wird, das Familiengericht, welchem Elternteil die elterliche Sorge für das gemeinschaftliche Kind zustehen soll; nach der Nichtigerklärung des § 1671 Abs. 4 Satz 1 BGB durch das Bundesverfassungsgericht (BGBl. 1982 I S. 1596) können dies unter Umständen auch beide Eltern sein, wobei das Gericht in jedem Fall die Regelung treffen soll, die dem Wohle des Kindes am besten entspricht (§ 1671 Abs. 2 BGB). Leben die Eltern nicht nur vorübergehend getrennt, ohne geschieden zu sein, so kann auf Antrag eines Ehegatten ebenfalls bestimmt werden, dass das elterliche Sorgerecht nur einem Ehegatten zusteht, § 1672 in Verbindung mit § 1671 BGB. In beiden Fällen bedeutet die Entscheidung, dass der Elternteil, dem die elterliche Sorge für das gemeinschaftliche Kind allein zusteht, auch das Recht hat, den Aufenthaltsort des Minderjährigen zu bestimmen (§ 1631 Abs. 1 BGB).

5. Absatz 2 verpflichtet die Vertragsstaaten, in den Verfahren nach Absatz 1 „allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, am

Verfahren teilzunehmen und ihre Meinung zu äußern“. Das hier konkretisierte Recht auf Gehör ist bereits in Artikel 6 Abs. 1 EMRK, ferner innerstaatlich als grundrechtsgleiches Recht durch Artikel 103 Abs. 1 GG gewährleistet. Für Verfahren, die die Personensorge für das Kind betreffen, ist dieses Recht überdies im Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) in einer den Anforderungen des Übereinkommens entsprechenden Weise näher bestimmt: In solchen Verfahren hat das Gericht die Eltern anzuhören, und zwar in der Regel persönlich; in den Fällen der §§ 1666 und 1666 a BGB sind überdies die Eltern stets persönlich zu hören, um mit ihnen zu klären, wie die Gefährdung des Kindeswohls abgewendet werden kann, § 50 a Abs. 1 FGG. Kinder, die das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, werden persönlich angehört, „wenn die Neigungen, Bindungen oder der Wille des Kindes für die Entscheidung von Bedeutung sind oder wenn es zur Feststellung des Sachverhalts angezeigt erscheint, dass sich das Gericht von dem Kind einen unmittelbaren Eindruck verschafft“; ein Kind, das das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat und nicht geschäftsunfähig ist, ist in solchen Verfahren stets anzuhören, § 50 b Abs. 1 und 2 FGG.

6. Nach Absatz 3 müssen die Vertragsstaaten das Recht des Kindes achten, regelmäßige persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu unterhalten. Innerstaatlich wird dieser Anforderung durch § 1634 BGB entsprochen; nach dieser Vorschrift behält ein Elternteil, dem die

Personensorge nicht zusteht (z. B. weil sie ihm nach den §§ 1666, 1666 a, 1671, 1672 BGB entzogen worden ist), „die Befugnis zum persönlichen Umgang mit dem Kind“, wobei das Familiengericht über den Umfang der Befugnis entscheiden und ihre Ausübung auch gegenüber Dritten näher regeln kann.

7. Absatz 3 verpflichtet nach Auffassung der Bundesrepublik Deutschland die Vertragsstaaten nicht, den Umfang des nichtsorgeberechtigten Elternteils mit dem Kind ohne jede Rücksicht auf die familienrechtliche Lage als grundsätzlich im Interesse des Kindes liegend anzuerkennen mit der Folge, dass eine Unterbindung des Umgangs nur ausnahmsweise in Betracht kommt, wenn positiv dargetan ist, dass der Umgang im Einzelfall dem Wohl des Kindes widerspricht. Eine am Kindeswohl orientierte typisierende Interessenwertung durch den innerstaatlichen Gesetzgeber wird durch Absatz 3 nicht ausgeschlossen.
8. Absatz 3 gilt nicht für das Umgangsrecht des nichtehelichen Kindes zu seinem Vater. Insoweit wird auf die Ausführungen oben bei Nummern 3 und 4 zu Artikel 2 hingewiesen. Die Bundesregierung wird, wie dort erwähnt, bei der Niederlegung der Ratifikationsurkunde durch Abgabe der in der Anlage zur Denkschrift wiedergegebenen Erklärung klarstellen, dass die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts über die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse des nichtehelichen Kindes unberührt bleiben.
9. Absatz 4 verpflichtet die Vertragsstaaten zur Erteilung von Auskünften über den

Verbleib von Familienangehörigen, deren „Trennung“ von der Familie Folge einer staatlich eingeleiteten Maßnahme ist. Die Bestimmung ist ein Reflex auf das in einigen Ländern in den letzten Jahren aufgetretene Problem der „verschwundenen“ (d. h. illegal verschleppten und getöteten) Personen. Derartige Probleme gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Nach Artikel 104 Abs. 4 GG ist von jeder richterlichen Entscheidung über die Anordnung oder Fortdauer einer Freiheitsentziehung ein Angehöriger des Festgehaltenen oder eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Dementsprechend schreibt § 114 b Abs. 1 der Strafprozessordnung (StPO) vor, dass von der Verhaftung und jeder weiteren Entscheidung über die Fortdauer der Haft ein Angehöriger des Verhafteten oder eine Person seines Vertrauens unverzüglich benachrichtigt wird, und zwar auf Anordnung des dafür zuständigen Richters. Außerdem ist dem Verhafteten selbst Gelegenheit zu geben, einen Angehörigen oder eine Person seines Vertrauens von der Verhaftung zu benachrichtigen, sofern der Zweck der Untersuchung dadurch nicht gefährdet wird (§ 114 b Abs. 2 StPO). Diese Regelung gewährleistet, dass die in Artikel 9 Abs. 4 des Übereinkommens vorgeschriebenen Auskünfte erteilt werden, soweit die Umsetzung dieser Übereinkommensbestimmung für die Bundesrepublik Deutschland praktisch ins Gewicht fällt. Sollte darüber hinaus in einem Einzelfall einmal ein Bedürfnis für die Erteilung einer in Absatz 4 vorgesehenen Auskunft bestehen, kann davon ausgegangen werden, dass die

betroffenen innerstaatlichen Behörden die Auskunft erteilen, ohne dass ihnen dies durch innerstaatliche Rechtsnormen förmlich vorgeschrieben sein müsste.

## Zu Artikel 10

1. Für eine Regelung der Familienzusammenführung über die Staatsgrenzen hinweg besteht ein besonderes Bedürfnis. Denn dieses Problem stellt sich in der ausländerbehördlichen Praxis sehr häufig – etwa dann, wenn Ausländer, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, darauf dringen, dass Kinder in das Gastland nachziehen. Bei der Behandlung des die Familienzusammenführung über die Staatsgrenzen hinweg regelnden Artikels 10 in der Arbeitsgruppe hat sich herausgestellt, dass konsensfähig nur solche Garantien sind, die über die bereits bestehenden einschlägigen Garantien nicht hinausgehen. Artikel 12 Abs. 2 und 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte garantiert das Recht jedes Menschen, jedes Land, auch wenn er dessen Staatsangehöriger ist, zu verlassen und außerdem in das Land einzureisen, dem er als Staatsangehöriger angehört. Ein Recht auf Freizügigkeit in dem Sinne, dass jedermann nach eigenem Belieben in ein fremdes Land einreisen darf, ist nicht anerkannt und nicht möglich. Jeder Staat muss darüber entscheiden, ob und inwieweit er fremde Staatsangehörige einreisen lässt und ihnen den Aufenthalt erlaubt.
2. Vor diesem Hintergrund gibt Absatz 1 dem Kind oder seinen Eltern keinen Anspruch auf Einreise in die oder auf Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland. Die Vertragsstaaten übernehmen vielmehr nur die Verpflichtung, Anträge, die dem Zweck der Familienzusammenführung dienen, „aufgeschlossen, human und beschleunigt“ zu bearbeiten. Dies besagt nicht, dass dem Antrag auf Familienzusammenführung stattgegeben werden müsste. Er ist vielmehr nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts unter Berücksichtigung auch des Aspekts der wünschenswerten Familienzusammenführung zu bescheiden.
3. Nach Absatz 1 Satz 2 sollen die Vertragsstaaten ferner sicherstellen, dass allein die Stellung eines Antrags auf Familienzusammenführung für den oder die Betroffenen keine Nachteile hat. Diese Anforderungen sind innerstaatlich erfüllt. Abgesehen davon, dass ein solcher Antrag der Ablehnung verfallen kann, sind irgendwelche nachteiligen Folgen im innerstaatlichen Recht mit der Antragstellung als solcher nicht verbunden.
4. Absatz 2 sieht für Kinder, deren Eltern in verschiedenen Staaten ihren Aufenthalt haben, das Recht vor, persönliche Beziehungen und unmittelbare Kontakte zu beiden Elternteilen zu pflegen. Im Unterschied zu dem in Absatz 1 behandelten Fall der Familienzusammenführung reicht es zur Verwirklichung des Absatzes 2 aus, dass sich Kinder und (oder) Eltern regelmäßig als Touristen im anderen Land besuchen. Die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für derartige Besuche ist dessen ungeachtet Sache der Vertragsstaaten. Bei ihren Entscheidungen unterliegen sie den Beschränkungen, die –



implizit – auch für die nach Absatz 1 zu treffende Entscheidung gelten; sie müssen das in Artikel 12 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verankerte Recht des Kindes und seiner Eltern achten, aus jedem Land, einschließlich ihres eigenen, auszureisen und in ihr eigenes Land einzureisen.

5. Im Zusammenhang mit der Diskussion der Artikel 9 und 10 in der Arbeitsgruppe ist die Besorgnis geäußert worden, dass das Übereinkommen die Freiheit der Vertragsstaaten, über den Zuzug von Ausländern zu entscheiden, einengen könnte. Zwar folgt eine solche Einengung nicht aus dem Wortlaut des Artikels. Aber die Verweisung auf Artikel 9 Abs. 1, die sowohl in Artikel 10 Abs. 1 als auch in Artikel 10 Abs. 2 enthalten ist, könnte Zweifel entstehen lassen. Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland hatte darum bei der Zweiten Lesung beantragt, dem Artikel 9 folgenden Absatz anzufügen (Rückübersetzung): „Die gesetzlichen Vorschriften der Vertragsstaaten über die Einwanderung und den Aufenthalt fremder Staatsangehöriger werden durch dieses Übereinkommen nicht berührt.“ (Vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 33 TZ 191). Die zur Prüfung u. a. dieses Antrags eingesetzte Redaktionsgruppe hat den Vorschlag nicht übernommen, jedoch veranlasst, dass der Vorsitzende der Arbeitsgruppe die nachfolgende, vom allgemeinen Konsens getragene Erklärung zu Protokoll gab (Rückübersetzung): „Nach dem Verständnis der Arbeitsgruppe soll Artikel 6 (entspricht Artikel 9 neuer Zählung) auf Trennungsfälle Anwendung finden, die auf innerstaatlichen Vorgängen beruhen,

wohingegen Artikel 6 (entspricht Artikel 10 neuer Zählung) auf Trennungsfälle Anwendung finden soll, die verschiedene Länder und Fälle der Familienzusammenführung betreffen. Artikel 6 (entspricht Artikel 10 neuer Zählung) soll nicht das allgemeine Recht von Staaten antasten, ihre jeweiligen Einwanderungsgesetze im Einklang mit ihren internationalen Verpflichtungen zu erlassen und auszugestalten.“ (Vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 36 TZ 203.) Später hat der britische Delegierte bei der Verabschiedung des Übereinkommens durch die Arbeitsgruppe eine Erklärung zu Protokoll gegeben, mit der festgestellt wurde, dass die Einwanderungs- und Staatsangehörigkeitsgesetzgebung im Vereinigten Königreich von dem Übereinkommen unberührt bleibt, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 7 TZ 21. Um vor dem Hintergrund dieser Erklärung über die Haltung der Bundesregierung zu dieser Frage keinen Zweifel aufkommen zu lassen, hat der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland daraufhin bei der Annahme des Berichts über die Zweite Lesung des Übereinkommensentwurfs in der Arbeitsgruppe am 23. Februar 1989 folgende Erklärung zu Protokoll gegeben (Rückübersetzung), vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 139 TZ 721: „Nichts in dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes kann dahin ausgelegt werden, dass die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, dass sie das Recht der Bundes-

republik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthalts zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.“ Die Bundesregierung beabsichtigt, die Erklärung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zu wiederholen, vgl. Anhang zur Denkschrift.

### Zu Artikel 11

1. Nach Absatz 1 übernehmen die Vertragsstaaten die Verpflichtung, die unerlaubte Verbringung von Kindern ins Ausland und ihre Nichtrückgabe zu bekämpfen. Innerstaatlich genügt diesen Anforderungen vor allem der § 235 StGB. Nach dieser Vorschrift wird bestraft, „wer eine Person unter achtzehn Jahren durch List, Drohung oder Gewalt ihren Eltern, ihrem Vormund oder ihrem Pfleger entzieht“. Diese Strafandrohung gilt für jede Art von Kindesentziehung, gleichviel ob das betroffene Kind ins Ausland verbracht wird oder ob es im Inland verbleibt. Zivilrechtlich kann überdies der personensorgeberechtigte Elternteil die Herausgabe des Kindes von jedem verlangen, der es ihm widerrechtlich vorenthält, § 1632 Abs. 1 BGB (§ 1705 Satz 2 BGB).
2. Eine Bekämpfung der Kindesentführung ins Ausland setzt freilich eine enge Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Staaten voraus. Die Vertragsstaaten sollen daher nach Absatz 2 den Abschluss einschlägiger zwei- oder mehrseitiger Übereinkünfte fördern oder solchen Übereinkünften beitreten. Solche Über-

einkünfte sind das Europäische Übereinkommen vom 20. Mai 1980 über die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen über das Sorgerecht für Kinder und die Wiederherstellung des Sorgeverhältnisses sowie das Haager Übereinkommen vom 25. Oktober 1980 über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung. Die Bundesrepublik Deutschland hat beide Übereinkommen ratifiziert. Auf das Vertragsgesetz vom 5. April 1990 (BGBl. II S. 206) sowie auf das Sorgerechtsübereinkommens-Ausführungsgesetz – Artikel 1 des Gesetzes vom 5. April 1990 (BGBl. I S. 701) – wird hingewiesen.

### Zu Artikel 12

1. Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten, dem Kind das Recht auf freie Meinungsäußerung zuzusichern. Dieses soll in zweierlei Hinsicht beschränkt sein: Es soll nur solchen Kindern zugesichert sein, die fähig sind, sich eine eigene Meinung zu bilden. Außerdem soll dieses Recht nur gelten „in allen das Kind berührenden Angelegenheiten“. Demgegenüber sichert der nachfolgende Artikel 13 Abs. 1 dem Kind das Recht auf freie Meinungsäußerung in allen Angelegenheiten und unabhängig davon zu, ob es schon fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden.
2. Das Schergewicht der in Artikel 12 Abs. 1 verankerten Garantie liegt darum nicht in der Gewährung der bereits in Artikel 13 Abs. 1 umfassend garantierten Meinungsfreiheit, sondern im Recht des Kindes auf eine angemessene und seinem

Alter und seiner Reife entsprechenden Berücksichtigung seiner Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten – vorausgesetzt, dass das Kind zur Meinungsbildung fähig ist. Mit diesen Formulierungen ist den Vertragsstaaten ein weiter Ermessensspielraum eingeräumt, in welchen Fällen und inwieweit sie der Meinung des Kindes Rechnung tragen. Innerstaatlich ist besonders auf das Beispiel des § 1671 BGB zu verweisen, der die Maßstäbe setzt, nach denen im Scheidungsfall (bei nicht nur vorübergehendem Getrenntleben der Eltern gilt nach § 1672 Satz 1 BGB entsprechendes) darüber zu bestimmen ist, welchem Elternteil die elterliche Sorge für ein gemeinschaftliches Kind zustehen soll. Grundsätzlich ist das Gericht dabei an einen übereinstimmenden Vorschlag der Eltern gebunden; von ihm darf es nur abweichen, „wenn dieses zum Wohl des Kindes erforderlich ist“, § 1671 Abs. 3 Satz 1. Handelt es sich jedoch um ein Kind, welches das vierzehnte Lebensjahr vollendet hat, und macht dieses einen abweichenden Vorschlag, dann trifft das Gericht ohne Bindung an den Vorschlag der Eltern die Regelung, die dem Wohle des Kindes, insbesondere auch unter Berücksichtigung seiner Bindungen an einen bestimmten Elternteil, am besten entspricht, § 1671 Abs. 3 Satz 2 und 3 BGB.

3. Es hätte in der Logik des Absatzes 1 gelegen, wenn Absatz 2 ein Recht des Kindes postuliert hätte, in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren persönlich gehört zu werden. Der in diese Richtung zielende ursprüngliche Vorschlag war aber – offensichtlich

wegen der in den verschiedenen Staaten sehr unterschiedlichen Rechtslage – nicht konsensfähig, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, S. 6/7 TZ 18, 28. Die Entscheidung der Frage, ob in den genannten Verfahren das Kind persönlich oder durch einen Vertreter gehört werden soll, bleibt damit, wie in Absatz 2 ausdrücklich gesagt, den „Verfahrensvorschriften des innerstaatlichen Rechts“ vorbehalten. Nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland ist die persönliche Anhörung des Kindes z. B. in § 50 b FGG vorgesehen. Ist das Kind Partei oder Beteiligter eines Gerichts- oder Verwaltungsverfahrens, kann es sich durch seinen gesetzlichen Vertreter äußern (vgl. z. B. § 51 ZPO). Nach § 8 Abs. 1 des Sozialgesetzbuchs Achtes Buch (SGB VIII) – Kinder- und Jugendhilfe – (BGBl. 1989 I S. 1163) sind Kinder und Jugendliche entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Vormundschaftsgericht hinzuweisen.

### Zu Artikel 13

1. Das in Artikel 14 garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung steht nicht nur dem Kind, sondern nach Artikel 19 Abs. 2 und 3 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte „jedermann“ zu und damit auch Kindern. Artikel 13 hat damit eigenständige Bedeutung nur für die Staaten, die Vertragsstaaten des vorliegenden Übereinkom-

mens sind oder werden, ohne zugleich Vertragsstaaten des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte zu sein. Eine Einschränkung des Sorge- und Erziehungsrechts der Eltern ist mit Artikel 13 nicht verbunden. Die Verpflichtung der Eltern, das Kind in der seiner Entwicklung entsprechenden Weise angemessen zu leiten und zu führen (Artikel 5), bleibt ebenfalls unberührt.

2. Innerstaatlich ist die Meinungsfreiheit in einer den Anforderungen des Artikels 19 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte – und damit auch des Artikels 13 des vorliegenden Übereinkommens – entsprechenden Weise durch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung in Artikel 5 GG geschützt.

### Zu Artikel 14

1. Das in Artikel 14 verankerte Recht des Kindes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit wiederholt im Wesentlichen das in Artikel 18 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verbürgte allgemeine Menschenrecht auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Insoweit ist auf die Bemerkungen zu Nummer 1 bei Artikel 13 zu verweisen.
2. Beim Vergleich der im vorliegenden Übereinkommen mit den im Pakt gegebenen Parallelgarantien ergibt sich ein bedeutender Unterschied. Artikel 14 enthält keine dem Artikel 18 Abs. 4 des Paktes entsprechende Bestimmung, wonach die Paktstaaten verpflichtet sind, die Freiheit der Eltern zu achten, die religiöse und sittliche Erziehung ihrer Kinder in Übereinstimmung mit ihren eigenen Überzeugungen sicherzustellen. Dies hängt mit der im Übereinkommen über die Rechte des Kindes insgesamt verfolgten Linie zusammen, Rechte der Eltern in einer die Rechte des Kindes betreffenden Konvention nicht zu regeln. Anstatt dessen erlegt Artikel 14 Abs. 2 des vorliegenden Übereinkommens den Eltern eine dem Artikel 5 dieses Übereinkommens entsprechende Verpflichtung auf. Beide Regelungen sind nebeneinander sinnvoll und anwendbar: Solange das Kind sich in Fragen der Religion keine eigene Meinung bilden kann, entscheiden die Eltern (oder sonstigen personensorgeberechtigten Personen) über die religiöse Erziehung des Kindes nach ihren Vorstellungen (Artikel 18 Abs. 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte). Bei älteren Kindern, die sich eine eigene religiöse Meinung bilden, müssen Eltern und sonstige Personensorgeberechtigte diese Meinung berücksichtigen (Artikel 14 Abs. 2 des vorliegenden Übereinkommens).
3. Innerstaatlich ist das Problem durch das Gesetz über die religiöse Kindererziehung vom 15. Juli 1921 (RGBl. S. 939) wie folgt gelöst: Nach Vollendung seines zwölften Lebensjahres kann ein Kind gegen seinen Willen nicht mehr in einem anderen Bekenntnis als bisher erzogen werden; nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres steht ihm selbst die Entscheidung darüber zu, welchem religiösen oder weltanschaulichen Bekenntnis es sich anschließen will. Im Übrigen ist innerstaatlich die Glaubens-

und Gewissensfreiheit durch Artikel 4 GG als Grundrecht gewährleistet. Dies entspricht den von Artikel 14 gestellten Anforderungen. Das Gesetz über die religiöse Kindererziehung ist darum auch künftig uneingeschränkt anzuwenden.

## Zu Artikel 15

1. Das in Artikel 15 verankerte Recht des Kindes auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit wiederholt für Kinder das in Artikel 21 und 22 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte jedermann verbürgte entsprechende Recht auf Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit. Auf die Bemerkungen zu Nummer 1 bei Artikel 13 wird insoweit verwiesen.
2. Innerstaatlich wird den Anforderungen des Artikels 15 vor allem durch die – für Deutsche geltenden – Grundrechte auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (Artikel 8, 9 GG) entsprochen. Ausländern stehen entsprechende Rechte nach Maßgabe der Vorschriften des Versammlungsgesetzes sowie des Vereinsgesetzes zu.

## Zu Artikel 16

1. Das in Artikel 16 vorgesehene Recht des Kindes auf Privatleben entspricht dem jedermann als allgemeines Menschenrecht gewährleisteten entsprechenden Recht nach Artikel 17 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Da das Kind bereits nach der letztgenannten Bestimmung in sei-

nem Privatleben geschützt wird, kommt dem Artikel 16 des vorliegenden Übereinkommens jedenfalls für die Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat keine eigenständige Bedeutung zu. Auf die Bemerkungen zu Nummer 1 des Artikels 13 wird im Übrigen verwiesen.

2. Innerstaatlich wird den Anforderungen des Artikels 16 des vorliegenden Übereinkommens – wie schon denjenigen des Artikels 17 des Paktes – durch verschiedene Verfassungsgarantien entsprochen. So ist aus Artikel 1 i.V.m. Artikel 2 Abs. 1 GG abzuleiten, dass jedem Menschen ein autonomer Bereich privater Lebensgestaltung zusteht (BverfGE 35, 220). Die Familie genießt besonderen Schutz nach Artikel 6 Abs. 1 GG. Für den Schutz der Wohnung, des Schriftverkehrs und der Ehre ist insbesondere auf die Artikel 13, 10 Abs. 1 GG sowie auf die §§ 201 bis 203, 354, 123, 124, 185 ff. StGB hinzuweisen.

## Zu Artikel 17

1. Der überarbeitete politische Entwurf, der den Ausgangspunkt der Beratungen der Genfer Arbeitsgruppe bildete, hatte (in seinem Artikel 9) eine elterliche, aber auch staatliche Verpflichtung begründen wollen, das Kind vor schädlichen Einflüssen der Massenmedien zu schützen. Artikel 17 in der vorliegenden Fassung ist von der Überzeugung getragen, dass der positive Einfluss der Massenmedien auf Kinder größer ist als der schädliche und dass darum eine positive Fassung der Bestimmung vorzuziehen sei, vgl. UNO-Dokument E/BCN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, S. 21.

2. Artikel 17 erlegt darum den Vertragsstaaten die Verpflichtung auf, auf die Ausstrahlung von Kindersendungen und auf die Verbreitung von Kinderbüchern hinzuwirken, insbesondere in der Form, dass die Massenmedien zur Verbreitung geeigneter Sendungen „ermutigt“ oder dass die Verbreitung von Kinderbüchern „gefördert“ werden soll. Ob ein Bedürfnis besteht, in der in den Buchstaben a bis d im einzelnen genannten Weise „ermutigend“ oder „fördernd“ tätig zu werden, liegt im Beurteilungsermessen des Vertragsstaates.
3. In der Bundesrepublik Deutschland werden eine Vielzahl von Kinder- und Jugendsendungen verbreitet und eine Vielzahl von Kinder- und Jugendbüchern sowie entsprechende Zeitschriften angeboten. Das Kind hat hier im Sinne des Artikels 17 „Zugang“ zu diesem Material. Ein Recht des Kindes auf Fernsehempfang oder auf die Lektüre von Schriften ergibt sich dagegen aus Artikel 13 Abs. 1 des Übereinkommens, wobei gleichzeitig aus Artikel 5 zu schließen ist, dass Kinder von diesem Recht nur insoweit Gebrauch machen können und dürfen, als ihnen dies von ihren Eltern in Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrags gestattet wird.
4. Das ursprünglich verfolgte Anliegen, das Kind vor schädlichen Einflüssen zu schützen, die von den Medien ausgehen können, hat seinen Niederschlag lediglich in Artikel 17 Buchstabe e gefunden. Innerstaatlich wird dem durch das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften Rechnung getragen. § 14 SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe – verpflichtet die Träger der öffentlichen Jugendhilfe,

jugenden Menschen und Erziehungsberechtigten Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes zu machen.

## Zu Artikel 18

1. Mit dem in Absatz 1 bekräftigten Grundsatz der Verantwortlichkeit beider Elternteile für die Erziehung und Entwicklung des Kindes übernimmt das Übereinkommen einen Standard, der bereits in anderen Vertragswerken zum Schutz der Menschenrechte verankert ist. Insoweit ist z. B. auf Artikel 23 Abs. 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte zu verweisen, wonach die Ehegatten „während“ und „bei Auflösung der Ehe“ gleiche Rechte und Pflichten haben müssen. Bei den Beratungen wurde im Zusammenhang mit Absatz 1 vor allem auf das Vorbild des Artikels 5 Buchstabe b des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II. S.647) verwiesen, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, TZ 85. Danach treffen die Vertragsstaaten jenes Übereinkommens alle geeigneten Maßnahmen, „um sicherzustellen, dass die Erziehung in der Familie zu einem richtigen Verständnis der Mutterschaft als einer sozialen Aufgabe und zur Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung von Mann und Frau für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder beiträgt, wobei davon ausgegangen wird, dass das Interesse der Kinder in allen Fällen vorrangig zu berücksichtigen ist.“
2. Absatz 1 Satz 1 soll, wie bei den Beratungen in der Genfer Arbeitsgruppe betont wurde, die Eltern gegen den aus-

ufern den Eingriff des Staates schützen und auch zum Ausdruck bringen, dass die Eltern nicht auf einen staatlichen Eingriff warten dürfen, weil die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder vorrangig in ihre Verantwortung fällt, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/L.1560/Add. 14 vom 11. März 1981, TZ 89. Innerstaatlich entspricht dem die Garantie des Elternrechts in Artikel 6 Abs. 2 Satz 1 GG: „Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.“

3. In der innerstaatlichen Diskussion ist die Befürchtung laut geworden, dass Absatz 1 eine völkerrechtliche Verpflichtung begründete, den Grundsatz gleicher Elternverantwortlichkeit für die Erziehung und Entwicklung des Kindes auch für nichteheliche Kinder einzuführen sowie für solche, deren Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind. Die Auslegung trifft indessen nicht zu. Aus der Entstehungsgeschichte und aus dem Zusammenhang der Bestimmung mit den Parallelgarantien in Artikel 23 Abs. 4 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte und Artikel 5 Buchstabe b des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau ergibt sich vielmehr, dass der „Grundsatz“ der gemeinsamen Elternverantwortung uneingeschränkt nur für die intakte Ehe verwirklicht werden kann. Für alle anderen Fälle – z. B. im Scheidungsfall, bei dauerndem Getrenntleben der Ehegatten und bei nichtehelichen Kindern – sind die Vertragsstaaten nicht daran gehindert, insbesondere für das Sorge- und Umgangsrecht die Regelungen zu treffen, die durch das Interesse

des Kindes geboten erscheinen, (Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens). Die Bundesregierung wird die insoweit aufgetretenen Zweifel zum Anlass nehmen, um in der bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde von ihr abzugebenden Erklärung eine entsprechende Klarstellung vorzunehmen; auf die Anlage zu dieser Denkschrift wird insoweit Bezug genommen.

4. Die in Absatz 2 genannten Verpflichtungen sind allgemein gefasst. Die Vertragsstaaten, die für den Ausbau von „Institutionen, Einrichtungen und Diensten für die Betreuung von Kindern“ sorgen sollen, haben ein weites Ermessen, wie sie dabei vorgehen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es zahlreiche „Institutionen, Einrichtungen und Dienste“, die sich mit den Angelegenheiten von Kindern und Jugendlichen befassen, zum Teil auf privater, zum Teil auf Verbands- und zum Teil auf staatlicher Ebene. Für den staatlichen Bereich ist insbesondere auf die Organe der öffentlichen Jugendhilfe wie z. B. die Jugendämter hinzuweisen. Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Jugendämter, aber auch für die Förderung freier Träger in diesem Bereich, ist das Achte Buch SGB (Kinder- und Jugendhilfe), das ein weites Spektrum allgemeiner Förderungsleistungen und individueller Erziehungshilfen vorsieht.
5. Dass berufstätige Eltern das Recht haben, die für sie in Betracht kommenden Kinderbetreuungsdienste und -einrichtungen (soweit vorhanden) zu benutzen – wozu Absatz 3 die Vertragsstaaten verpflichtet – ist selbstverständlich und wirft kein Problem auf. Pro-

bleme rühren vielmehr daher, dass in der Bundesrepublik Deutschland eine ausreichende Zahl von Kindergartenplätzen bisher noch fehlt. Das Übereinkommen verpflichtet die Vertragsstaaten nicht dazu, derartige Einrichtungen für alle Kinder zu schaffen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Berufstätigkeit der Eltern und insbesondere der Mutter nicht das einzige Kriterium für die fortschreitende Verwirklichung des in Absatz 3 umschriebenen Rechts ist. Denn die Einrichtungen zur Tagesbetreuung von Kindern, insbesondere Kindergärten, tragen der veränderten Lebenswirklichkeit von Kindern Rechnung, die sich in der immer häufiger fehlenden Geschwistererfahrung, fehlenden Spiel- und Begegnungsräumen auf Straßen und Plätzen für gleichaltrige Kindergruppen und einer starken Erwachsenenkonzentriertheit der Alltagssituation von Kindern zeigt. Die Bereitstellung solcher Einrichtungen ist aber eine der Voraussetzungen, um Erwerbstätigkeit und Familienerziehung besser miteinander verbinden zu können. Für alleinerziehende Elternteile ist eine kindgerechte Betreuungsform die Voraussetzung dafür, weiterhin selbst den Lebensunterhalt erwirtschaften zu können. Die Erwerbstätigkeit der Eltern ist daher ein, jedoch nicht der ausschließliche Grund für die Verpflichtung von Ländern und kommunalen Gebietskörperschaften zum bedarfsgerechten Ausbau der verschiedenen Formen der Tagesbetreuung für Kinder nach § 24 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe. Die Darstellung der Versorgungssituation in der Bundesrepublik Deutschland in den verschiedenen Formen der Tagesbetreuung kann im Einzel-

nen dem Bericht nach Artikel 44 überlassen bleiben.

## Zu Artikel 19

1. Die Vertragsstaaten müssen nach Absatz 1 Schutzmaßnahmen zugunsten von Kindern treffen, die sich in der Obhut von Eltern oder anderen Sorgeberechtigten befinden. Den in Absatz 1 genannten Zielen dienen insbesondere die vielfältigen Hilfen im Rahmen des Achten Buches des Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe. Schutzmaßnahmen werden in der Bundesrepublik Deutschland im Übrigen vor allem aufgrund des Gesetzes zum Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit sowie des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften getroffen. Zudem genießen Kinder und Jugendliche gegenüber den Gefahren, die ihnen durch die Familie drohen, einen besonderen Schutz durch das Strafrecht. Zu nennen sind hier als einschlägige Strafvorschriften besonders § 223 b (Misshandlung Schutzbefohlener), § 170 d (Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht), § 174 (Sexueller Missbrauch von Schutzbefohlenen), § 177 (Vergewaltigung), § 178 (Sexuelle Nötigung), § 179 (Sexueller Missbrauch Widerstandsunfähiger) und § 180 a Abs. 4 StGB (Förderung der Prostitution bei Personen unter 21 Jahren).
2. Absatz 1 verlangt Maßnahmen gegen „jede Form körperlicher Gewaltanwendung“. Dies bedeutet nicht, dass die Vertragsstaaten gehalten wären, jede auch maßvolle körperliche Züchtigung als Erziehungsmittel zu verbieten. Ein so



weitgehendes Verbot hat bei den Beratungen des Artikels in der Genfer Arbeitsgruppe nicht zur Diskussion gestanden. Es ergibt sich auch nicht aus dem Wortlaut, weil der im authentischen englischen Text verwendete Begriff „violence“ so viel bedeutet wie „unlawful use of force“, also rechtswidrige Gewaltanwendung (Oxford Dictionary of Current English). Letztlich obliegt es damit den Vertragsstaaten, den Inhalt des Gewaltbegriffs näher zu bestimmen.

3. Absatz 2 gibt eine Aufzählung der in Betracht kommenden Schutzmaßnahmen. Hierbei geht es vor allem auch um vorbeugende Maßnahmen, die ergriffen werden sollen, um die in Absatz 1 beschriebene schlechte Behandlung von Kindern möglichst zu verhindern. Das neue Achte Buch des Sozialgesetzbuchs – Kinder- und Jugendhilfe – enthält eine Vielzahl von allgemeinen Förderungsleistungen und individuellen Erziehungshilfen mit dem Ziel, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Erziehung zu beraten und zu unterstützen und Kinder und Jugendliche vor Gefahren für ihr Wohl zu schützen. Einen Schwerpunkt bilden dabei ambulante Hilfen zur Erziehung (wie z. B. die sozialpädagogische Familienhilfe). Sozialpädagogische Familienhilfe soll durch intensive Betreuung und Begleitung Familien in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen, in Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe geben (§ 31 SGB VIII). Für akute Konflikte sieht das Gesetz auch die Möglichkeit der Beratung von Kindern und Jugendlichen

ohne Kenntnis des Personensorgeberechtigten vor (§ 8 Abs. 3) sowie die Verpflichtung des Jugendamts, ein Kind oder einen Jugendlichen in seine Obhut zu nehmen (§ 42 Abs. 2 und 3). Ist die Beschränkung bzw. der Entzug der Personensorge notwendig, so ist das Vormundschaftsgericht anzurufen, das die notwendigen Maßnahmen nach § 1666 BGB zu treffen hat.

### Zu Artikel 20

1. Das Übereinkommen geht davon aus, dass grundsätzlich die Familie die natürliche Umgebung „für das Wachsen und Gedeihen ihrer Mitglieder, insbesondere der Kinder“, ist; dort soll den Kindern „der erforderliche Schutz und Beistand gewährt werden“, vgl. Präambelabsatz 5. Ein Kind, das nicht – oder nicht mehr – in seiner Familie aufwachsen kann, ist darum besonders schutzbedürftig. Nach Absatz 1 soll das Kind dann „Anspruch auf den besonderen Schutz und Beistand des Staates“ haben. Praktisch wird dieser Schutz vor allem dadurch verwirklicht, dass staatliche Behörden wie z. B. die Jugendämter und Vormundschaftsgerichte eingreifen, wenn die besondere Schutzbedürftigkeit des aus seiner familiären Umgebung herausgelösten Kindes dies erfordert. Dies soll vor allem zu dem Zweck geschehen, das schutzbedürftige Kind einer anderen Form der Betreuung zuzuführen, Absatz 2.
2. Welche „andere Form der Betreuung“ vorgesehen wird, bleibt dem Vertragsstaat überlassen. Absatz 3 führt vier Beispiele solcher Formen anderer Betreu-

ung an. Abgesehen von der Kafala nach islamischem Recht sind sämtliche der genannten Betreuungsformen dem Recht der Bundesrepublik Deutschland geläufig. Dies gilt für die Unterbringung in einer Pflegefamilie (vgl. § 33 SGB VIII), für die Heimunterbringung (§ 34 SGB VIII) und für die Adoption (vgl. §§ 1741 ff. BGB).

## Zu Artikel 21

1. Artikel 21 stellt Mindestanforderungen an die von den Vertragsstaaten bei der Adoption von Kindern zu beobachtende Praxis. Dabei wird vorausgesetzt, dass es sich um Vertragsstaaten handelt, „die das System der Adoption anerkennen oder zulassen“. Zu diesen Staaten gehört die Bundesrepublik Deutschland. Nach § 1741 Abs. 1 BGB ist die Adoption („Annahme als Kind“) zulässig, „wenn sie dem Wohl des Kindes dient und zu erwarten ist, dass zwischen dem Annehmenden und dem Kind ein Eltern-Kind-Verhältnis entsteht“. Damit ist zugleich gewährleistet, dass im innerstaatlichen Recht, wie in Artikel 21 Halbsatz 1 des vorliegenden Übereinkommens vorgesehen, „dem Wohl des Kindes bei der Adoption die höchste Bedeutung zugemessen wird“. Zu den einzelnen Buchstaben des Halbsatzes 2 ist folgendes zu bemerken:
2. Buchstabe a verlangt, dass die Adoption eines Kindes nur durch die zuständigen Behörden auf der Grundlage eines gesetzlichen Verfahrens über die Zulässigkeit der Adoption entschieden wird, nachdem insbesondere auch die nach innerstaatlichem Recht betroffenen Personen der Adoption „auf der Grundlage einer gegebenenfalls erforderlichen Beratung“ zugestimmt haben. Diesen Anforderungen wird durch § 1752 BGB Rechnung getragen, wonach die Adoption („Annahme als Kind“) auf Antrag des Annehmenden vom Vormundschaftsgericht ausgesprochen wird. Das Vormundschaftsgericht muss zunächst prüfen, ob die Voraussetzungen für die Adoption vorliegen. Dazu gehört auch, ob die erforderlichen Einwilligungen in die Adoption erteilt sind; einwilligen müssen außer dem Kind (§ 1746 BGB) nach Maßgabe der §§ 1747 bis 1749 BGB auch die Eltern des Kindes sowie der Ehegatte des Annehmenden. Die Einwilligungserklärung ist notariell zu beurkunden; § 1750 Abs. 1 Satz 2 BGB. Damit ist gewährleistet, dass die einwilligenden Personen über die rechtliche Tragweite ihrer Erklärung belehrt werden, wie dies in § 17 Abs. 1 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl I. S. 1513) vorgesehen ist.
3. Buchstabe b will dem Handel mit Kindern zu Adoptionszwecken entgegenwirken. Eine internationale Adoption soll darum möglichst nur dann vorgenommen werden, „wenn das Kind nicht in seinem Heimatland in einer Pflege- oder Adoptionsfamilie untergebracht oder wenn es dort nicht in geeigneter Weise betreut werden kann“. Dies bedeutet indessen nicht, dass die Vertragsstaaten nach Buchstabe b verpflichtet wären, die Zulässigkeit der Adoption eines Kindes mit fremdem Heimatland an das Vorliegen der genannten Voraussetzungen zu knüpfen. Denn dem Wortlaut des Buch-

staben b lässt sich ein zwingendes Adoptionshindernis nicht entnehmen. Die Bestimmung spricht lediglich davon, dass bei fehlender anderweitiger Unterbringungsmöglichkeit des Kindes die internationale Adoption „als andere Form der Betreuung“ angesehen werden kann (vgl. auch Artikel 20 Abs. 3). Dies besagt noch nicht, dass sie als eine solche Betreuungsform nicht angesehen werden darf, wenn eine andere Unterbringungsmöglichkeit im Heimatland bestanden hätte. Diese Auslegung steht mit dem Zweck der Bestimmung im Einklang. Denn das in Buchstabe b angesprochene Ziel kann nur verwirklicht werden, wenn der Heimatstaat des Kindes mitwirkt, indem er sich um eine anderweitige Unterbringung bemüht oder jedenfalls bescheinigt, dass die Unterbringung im Heimatland nicht möglich ist. Dies aber lässt sich nur im Rahmen internationaler Übereinkünfte erreichen, zu deren Abschluss die Vertragsstaaten in Buchstabe e angehalten werden.

4. Buchstabe c will sicherstellen, dass bei internationalen Adoptionen gleichwertige Schutzvorschriften eingehalten werden, wie sie für innerstaatliche Adoptionen gelten. Dem ist dadurch genügt, dass das dem Schutz des anzunehmenden Kindes besonders förderliche Verfahren mit Prüfung der Adoptionsvoraussetzungen von Amts wegen durch das Vormundschaftsgericht einheitlich auch für internationale Adoptionen in der Bundesrepublik Deutschland gilt, vgl. insbesondere Artikel 23 EGBGB einschließlich seines Satzes 2 in Verbindung mit § 1746 Abs. 1 Satz 4 BGB und Bericht

des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages in Bundestags-Drucksache 10/5632, S. 44.

5. Buchstabe d hält im Interesse der Bekämpfung von Missbräuchen dazu an, die Entstehung unstatthafter Vermögensvorteile für die Beteiligten zu unterbinden. Dem wird insbesondere durch § 14 a des Adoptionsvermittlungsgesetzes in der Neufassung vom 27. November 1989 (BGBl. I S. 2016) Rechnung getragen.
6. Buchstabe e verpflichtet die Vertragsstaaten, zur Förderung der Ziele des Artikels 21 internationale Übereinkünfte abzuschließen. Dem steht die Bundesrepublik Deutschland aufgeschlossen gegenüber. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf das von ihr ratifizierte Europäische Übereinkommen vom 24. April 1967 über die Adoption von Kindern (BGBl. 1980 II S. 1093) sowie auf die unter Beteiligung der Bundesregierung durchgeführten Vorarbeiten für ein Übereinkommen über die Adoption von Kindern aus dem Ausland, das auf der Siebzehnten Tagung der Haager Konferenz für internationales Privatrecht 1993 zeichnungsreif ausgehandelt werden soll.

## Zu Artikel 22

1. Die Rechte des vorliegenden Übereinkommens stehen jedem Kind innerhalb der Hoheitsgewalt eines Vertragsstaates zu (Artikel 1, 2 Abs. 1); sie können somit ohne weiteres auch von einem in das Bundesgebiet eingereisten Kind in Anspruch genommen werden, „das die

- Rechtsstellung eines Flüchtlings begehrt oder nach Maßgabe der anzuwendenden Regeln und Verfahren des Völkerrechts oder des innerstaatlichen Rechts als Flüchtling angesehen wird“. Flüchtlingskinder sind besonders schutzbedürftig. Damit sie ihre Rechte effektiv wahrnehmen können, sollen ihnen die Vertragsstaaten nach Absatz 1 „angemessenen Schutz und humanitäre Hilfe“ zuwenden. Dies soll die Flüchtlingskinder auch zur Wahrnehmung der Rechte befähigen, die in anderen internationalen Übereinkünften über Menschenrechte oder über humanitäre Fragen festgelegt sind, soweit sie für den Vertragsstaat völkerrechtlich bindend sind.
2. Die Bundesrepublik Deutschland ist Vertragsstaat des Genfer Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge (BGBl. 1953 II S. 559) sowie des dazu vereinbarten Protokolls vom 31. Januar 1967 (BGBl. 1969 II S. 1293). Flüchtlingskinder genießen darum hier alle Rechte, die sich durch die Anwendung des Genfer Abkommens ergeben. Sie sind z. B. nach Artikel 23 des Genfer Abkommens in die öffentliche Fürsorge einbezogen; sie genießen insoweit wie auch beim Empfang sonstiger Hilfeleistungen grundsätzlich die gleiche Behandlung wie Staatsangehörige des Aufnahme Staates. Die Rechte nach dem Genfer Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge decken sich im Übrigen weit hin mit den Parallelgarantien des vorliegenden Übereinkommens bzw. gehen jenen als die spezielleren vor.
  3. Hilfe zur Rechtswahrnehmung kann insbesondere notwendig sein, wenn ein Flüchtlingskind unbegleitet eingereist ist oder wenn es aus anderen Gründen durch keinen Elternteil oder sonst Sorgeberechtigten betreut wird. In solchen Fällen ist es Aufgabe der Jugendbehörde und des Vormundschaftsgerichts, die zur Abwendung von Gefahren für das Kind gebotenen Maßnahmen zu treffen. Diese können z. B. darin bestehen, dass das Kind in einer Familie oder in einem Heim untergebracht wird. Zu diesem Zweck kann ihm nach § 1666 BGB ein Vormund bestellt werden. Eine internationale Zuständigkeit für eine solche Maßnahme ergibt sich aus Artikel 9 des Haager Minderjährigenschutzübereinkommens (BGBl. 1971 II S. 217).
  4. Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten nicht, Kindern, die unbegleitet in einen Vertragsstaat einreisen wollen, um dort die Rechtsstellung eines Flüchtlings zu begehren, die Einreise zu erleichtern oder zu ermöglichen. Artikel 22 Abs. 1 des Übereinkommens wirkt sich auf die innerstaatlichen Vorschriften über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern nicht aus; er hindert insbesondere die Bundesrepublik Deutschland als Vertragsstaat des vorliegenden Übereinkommens nicht daran, einen Sichtvermerkszwang für Kinder vorzusehen (vgl. auch Nummer 5 zu Artikel 10). Um jeden denkbaren Zweifel darüber auszuschließen, wird die Bundesregierung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde in der von ihr abzugebenden Erklärung eine entsprechende Klarstellung vornehmen; auf die Erklärung im Anhang dieser Denkschrift wird dazu Bezug genommen.

5. Die Bundesregierung ist bereit, bei der Lösung von Flüchtlingsfragen international zu kooperieren. Absatz 2, der die Vertragsstaaten dazu anhält, wirft darum für die Ratifizierung keine Probleme auf.

## Zu Artikel 23

1. Eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung wirkt sich für denjenigen, der von ihr betroffen ist, als eine besondere Belastung aus, die besondere Hilfen erfordert. Der Gedanke, dass gerade dem behinderten Kind solche Hilfen zugewendet werden müssen, findet sich darum andeutungsweise schon in der Genfer Erklärung von 1924 (Nr. II) und vor allem in Artikel 5 der Erklärung der Rechte des Kindes von 1959, wo gesagt wird, dass das körperlich, geistig oder sozialbehinderte Kind „die besondere Behandlung, Erziehung und Fürsorge (erhält), die seine besondere Lage erfordert“.
2. Mit dem durch Artikel 23 anerkannten Recht des behinderten Kindes auf besondere Hilfe zieht das Übereinkommen eine sich aus Artikel 5 der Erklärung der Rechte des Kindes ergebende Konsequenz und konkretisiert insoweit ein Recht, das als allgemeines Menschenrecht in gewisser Weise bereits Anerkennung in Artikel 12 Abs. 1 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gefunden hat. Denn auf das dort verankerte „Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit“ kann sich auch das behinderte Kind berufen.
3. Innerstaatlich wird ein dem Artikel 23 entsprechendes soziales Recht durch § 10 des Sozialgesetzbuches – Allgemeiner Teil – (BGBl. 1975 I S. 3015) anerkannt. Die Anwendung dieser Vorschrift ist allerdings nicht auf behinderte Kinder beschränkt, sondern sie räumt jedem, der körperlich, geistig oder seelisch behindert ist, „ein Recht auf diejenige Hilfe (ein), die notwendig ist, um
  1. die Behinderung abzuwenden, zu beseitigen, zu bessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern,
  2. ihm einen seinen eigenen Neigungen und Fähigkeiten entsprechenden Platz in der Gemeinschaft, insbesondere im Arbeitsleben, zu sichern“.
 Darin liegt kein Widerspruch zu Artikel 23 des vorliegenden Übereinkommens. Denn soweit das Übereinkommen international anerkannte allgemeine Menschenrechte, darunter die bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte, als „Recht des Kindes“ verbürgt, will es diese Rechte nicht dem Kind vorbehalten wissen, sondern lediglich unterstreichen, dass sie auch dem Kind zustehen. Im Übrigen sollen die im Sozialgesetzbuch gewährten sozialen Rechte nach § 1 des Sozialgesetzbuches – Allgemeiner Teil – dazu beitragen, „gleiche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit, insbesondere auch für junge Menschen, zu schaffen“.
4. Das Recht auf Behindertenhilfe ist ein soziales Recht. Nach § 2 Abs. 1 Satz 2 des Sozialgesetzbuches – Allgemeiner Teil – können aus den dort genannten sozialen Rechten (klagbare) Ansprüche nur inso-

weit hergeleitet werden, als deren Voraussetzungen und Inhalt durch besondere gesetzliche Vorschriften bestimmt sind. Dies gilt auch für die Verpflichtung nach Artikel 23 des vorliegenden Übereinkommens, die die Vertragsstaaten durch innerstaatliche Maßnahmen zu erfüllen haben; sie haben dabei einen Ermessensspielraum. In der Bundesrepublik Deutschland wird den Maßnahmen zur Hilfe der Behinderten besondere öffentliche Aufmerksamkeit gewidmet. Dies zeigt sich auch darin, dass die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag seit 1982 einmal in der Legislaturperiode einen Bericht über die Lage der Behinderten vorlegt. Auf die Berichte in Bundestagsdrucksachen 10/1233 und 11/4455 wird dazu verwiesen.

### Zu Artikel 24

1. Das in Absatz 1 genannte Recht des Kindes „auf das erreichbare Höchstmaß an Gesundheit“ wird für jeden Menschen bereits in Artikel 12 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte garantiert. Artikel 24 bekräftigt, dass dieses allgemeine soziale Menschenrecht auf Gesundheit auch Kindern zusteht und führt in Absatz 2 und 3 eine Vielzahl weiterer Beispielfälle für Maßnahmen an, die die Vertragsstaaten ergreifen sollen, um das Recht des Kindes auf Gesundheit zu verwirklichen.
2. Maßnahmen, wie sie Artikel 24 vorschreibt oder empfiehlt, um das Recht des Kindes auf Gesundheit zu verwirklichen, sind in der Bundesrepublik

Deutschland Teil der auf allen staatlichen Ebenen und in den Gemeinden verfolgten Gesundheitspolitik, über die im Einzelnen nach Artikel 44 berichtet werden wird. Dies gilt auch für die in Absatz 4 angesprochene internationale Zusammenarbeit mit besonderer Berücksichtigung der Hilfsaktionen für Entwicklungsländer.

### Zu Artikel 25

Die Bestimmung legt fest, dass ein behördlich untergebrachtes Kind Anspruch darauf hat, dass die ihm gewährte Behandlung sowie alle anderen für seine Unterbringung sowie alle anderen für seine Unterbringung belangvollen Umstände regelmäßig überprüft werden; dem wird innerstaatlich insbesondere durch die nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches vorgesehene Überprüfung der Pflegeperson (§ 37 Abs. 3 SGB VIII), bei privat vereinbarten Pflegeverhältnissen durch die Pflegekinderaufsicht (§ 44 SGB VIII) und bei Heimen und anderen Einrichtungen durch die örtliche Prüfung (§ 46 SGB VIII) entsprochen.

### Zu Artikel 26

1. Das soziale Menschenrecht auf Zugang zur Sozialversicherung ist bereits in Artikel 9 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert und von der Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat anerkannt. Als ein jedermann zustehendes soziales Recht wird es innerstaatlich in § 4 des Sozialgesetzbuches – Allgemeiner Teil – gewährleistet. Absatz 1 bekräftigt, dass das Recht „auf Leistungen der sozia-

len Sicherheit einschließlich der Sozialversicherung“ auch Kindern zusteht.

Ob und inwieweit die Vertragsstaaten Leistungen aus der Sozialversicherung oder ob sie andere „Leistungen der sozialen Sicherheit“ gewähren, wird in Absatz 1 nicht präzisiert und ist darum dem Ermessen der Vertragsstaaten anheimgestellt.

2. In der Bundesrepublik Deutschland sind Kinder in vielfältiger Weise in das System der sozialen Leistungen und insbesondere auch in das Sozialversicherungssystem einbezogen, selbst wenn sie dort – insbesondere in Ermangelung eines Beschäftigungsverhältnisses – keinen eigenständigen Versicherungsschutz genießen. In solchen Fällen haben sie regelmäßig einen aus der Versicherung der Eltern oder eines Elternteils abgeleiteten Leistungsanspruch. So erhalten Kinder z.B. in der gesetzlichen Rentenversicherung beim Tod der Eltern oder eines Elternteils eine Waisenrente. Die nähere Darstellung bleibt dem Bericht nach Artikel 44 des vorliegenden Übereinkommens vorbehalten. Dies gilt auch für die in Absatz 2 angesprochenen Modalitäten der Leistungsbemessung.

### Zu Artikel 27

1. Das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard ist als ein allgemeines, jedermann zustehendes soziales Menschenrecht bereits in Artikel 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte anerkannt und für die Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat verbindlich. Artikel 27 des vorliegenden Übereinkommens bekräftigt, dass dieses Recht auch und insbesondere Kindern zusteht; diese Bestimmung konkretisiert überdies das allgemeine Recht auf angemessenen Lebensstandard unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse des Kindes. Dies ergibt sich daraus, dass Absatz 1 auf den Lebensstandard abstellt, der nach der körperlichen, geistigen, seelischen, sittlichen und sozialen Entwicklung des Kindes angemessen ist.
2. Da ein Kind in der Regel in seiner Familie aufwachsen soll (Präambelabsatz 5, 6), ist es nach Absatz 2 in erster Linie Aufgabe der Eltern, für den Unterhalt des Kindes aufzukommen. Innerstaatlich trägt diesem Erfordernis Artikel 6 Abs. 2 GG Rechnung; außerdem ist auf die Regelung der Unterhaltungspflicht der Eltern gegenüber ihren Kindern zu verweisen (§§ 1601 ff. BGB und – für nichteheliche Kinder – §§ 1615 a ff. BGB).
3. Sind die Eltern nicht in der Lage, für den Unterhalt des Kindes zu sorgen, und erfüllen sie die ihnen obliegenden Unterhaltungspflichten nur teilweise oder gar nicht, so soll nach Absatz 3 die Bedürftigkeit des Kindes durch die von den Vertragsstaaten ergriffenen Maßnahmen behoben werden. Für die Bundesrepublik Deutschland ist hier vor allem auf die nach dem Bundessozialhilfegesetz zu gewährende Sozialhilfe zu verweisen, die eingreift, wenn anders der Bedarf des Kindes nicht gedeckt werden kann. Das Bundessozialhilfegesetz will jedem, der in der Bundesrepublik Deutschland lebt, die Möglichkeit geben, ein der Würde des Menschen entsprechendes Leben zu führen. Das Kind hat hiernach, wenn die gesetz-

lichen Voraussetzungen vorliegen, auf die meisten der vorgesehenen Leistungen einen klagbaren Rechtsanspruch.

4. Dem Kind muss nach Absatz 4 die Geltendmachung und gerichtliche Durchsetzung seiner Unterhaltsansprüche von den Vertragsstaaten erleichtert werden. In der Bundesrepublik Deutschland geschieht dies z. B. in der Weise, dass dem auf Unterhalt klagenden Kind Prozesskostenhilfe gewährt wird und dass Unterhaltsansprüche in bestimmten Abständen den veränderten Lebenshaltungskosten angepasst werden, insbesondere durch die Regelunterhalt-Verordnung vom 27. Juni 1970 (BGBl. I S. 1010). Ferner ist besonders auf das Unterhaltsvorschussgesetz vom 23. Juli 1979 (BGBl. I S. 1184) hinzuweisen, durch das der Unterhalt von Kindern alleinstehender Mütter oder Väter sichergestellt wird. Der Eingehung internationaler Verpflichtungen zu den in Absatz 4 genannten Zwecken steht die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen gegenüber, wie sich z. B. daraus ergibt, dass sie Vertragsstaat des New Yorker Übereinkommens vom 20. Juni 1956 über die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Ausland (BGBl. 1959 II S. 149) ist.

### Zu Artikel 28

1. Das Recht auf Bildung ist als allgemeines kulturelles Menschenrecht bereits in Artikel 13 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert und von der Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat anerkannt. Dieses Recht, das nach Artikel 13 des Paktes für jedermann gilt, seiner Natur nach aber für Kinder von besonderer Bedeutung ist, ist in Artikel 28 des vorliegenden Übereinkommens bekräftigt und zum Teil konkretisiert worden. Zu Absatz 1 Buchstabe a bis e ist auf Folgendes hinzuweisen:
  - zu Buchstabe a: Alle Kinder werden mit der Vollendung des 6. Lebensjahres schulpflichtig. Es besteht Schulgeldfreiheit.
  - zu Buchstabe b: Auf der für alle Kinder gemeinsamen Grundschule bauen die allgemeinbildenden Sekundarschulen auf, so die Hauptschule, die Realschule, das Gymnasium. Daneben gibt es in allen Bundesländern Gesamtschulen. Schüler der Sekundarschulen im allgemeinbildenden und berufsbildenden Bereich haben ab Jahrgangsstufe 10 einen Anspruch auf staatliche finanzielle Unterstützung in Form eines Zuschusses, wenn dringende Gründe einen auswärtigen Schulbesuch erfordern.
  - zu Buchstabe c: Das Zeugnis der allgemeinen oder fachgebundenen Hochschulreife für ein Studium in einem Universitätsstudiengang wird nach 13 aufsteigenden Schuljahren am Ende der Oberstufe des Gymnasiums oder der berufsbezogenen Bildungsgänge der Sekundarstufe II, die auch zur allgemeinen Hochschulreife führen, erworben. Abendgymnasien für Berufstätige, Einstufungsprüfungen sowie Kollegs und besondere Prüfungen für den Hochschulzugang besonders befähigter Berufstätiger sind weitere Möglichkeiten, die allgemeine Hochschulreife



- zu erwerben. Ein Zeugnis mit Fachhochschulreife, das zu einem Studium in einem Fachhochschulstudiengang berechtigt, wird grundsätzlich nach einer zwölfjährigen schulischen Ausbildung (u. a. durch den Abschluss an einer Fachoberschule) erworben. Diese Berechtigung kann auch auf besonderen Wegen (u. a. aufgrund einer Prüfung für besonders befähigte Berufstätige) erworben werden.
- zu Buchstabe d: In der Bundesrepublik Deutschland wird den Anforderungen des Buchstaben d durch Beratungsdienste entsprochen, die sowohl von den Bildungsverwaltungen (Kultusministerien und Wissenschaftsministerien der Bundesländer) als auch von der Arbeitsverwaltung (Bundesanstalt für Arbeit) eingerichtet sind.
  - zu Buchstabe e: Verstöße gegen die bestehende Schulpflicht kommen nur vereinzelt vor. Zur Förderung schwächerer Schüler besteht in den Schulen eine Vielzahl von Förderungsmaßnahmen.

Die Darstellung weiterer Einzelheiten bleibt dem Bericht nach Artikel 44 des vorliegenden Übereinkommens vorbehalten.

2. Die nach Absatz 2 vorgeschriebene Einhaltung der Schuldisziplin unter Wahrung der Menschenwürde des Kindes wird innerstaatlich dadurch verwirklicht, dass bei einem Verstoß des Schülers gegen Pflichten, die ihm innerhalb des Schulverhältnisses obliegen, Erziehungsmaßnahmen Vorrang vor Ordnungsmaßnahmen haben. Reichen Erziehungsmaßnahmen (Gespräch mit dem Schüler, Ermahnung, Beauftragung mit zusätz-

lichen Aufgaben, Nachholen versäumten Unterrichts usw.) nicht aus, kommen als Ordnungsmaßnahmen in Betracht: schriftlicher Verweis, Umsetzung in eine Parallelklasse, zeitweiser Ausschluss vom Unterricht oder Verweisung von der Schule. Körperliche Züchtigung ist ausdrücklich untersagt.

3. Der in Absatz 3 geforderten internationalen Zusammenarbeit im Bildungswesen misst die Bundesrepublik Deutschland große Bedeutung bei. Als Mitglied weltweiter, überregionaler und regionaler Organisationen (z. B. UNESCO, OECD, EG und Europarat) ist sie aktiv an allen Maßnahmen beteiligt, die im Rahmen dieser Organisationen zur Förderung der Kooperation, des Austausches, des Wissenstransfers und des gleichen Zugangs zu wissenschaftlichen und technischen Kenntnissen unternommen werden.

### Zu Artikel 29

1. Absatz 1 erklärt eine Reihe von Erziehungszielen als für die Schulerziehung verbindlich, die – wenngleich nicht in derselben Weise spezifiziert – bereits in Artikel 26 Abs. 2 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte postuliert und in Artikel 13 Abs. 1 Satz 2 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, verbindlich auch für die Bundesrepublik Deutschland als Paktstaat, verankert sind. Die in den Buchstaben a bis e im Einzelnen genannten Ziele sind darum für die Bundesrepublik Deutschland nicht neu und durch eine Reihe von Beschlüssen der Kultusministerkonferenz innerstaat-

lich verbindlich festgelegt worden.

Die Darstellung der Einzelheiten kann dem Bericht nach Artikel 44 dieses Übereinkommens vorbehalten bleiben.

2. Aus Absatz 1 Buchstabe c, wonach die Erziehung des Kindes u. a. auf die Achtung vor „seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten“ sowie die Achtung „gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt“, gerichtet sein soll, kann nicht gefolgert werden, dass Kinder von Gastarbeiterfamilien oder Kinder sonst fremder Herkunft einen Anspruch darauf hätten, im Aufenthaltsland in ihrer Muttersprache unterrichtet zu werden. Ein von Jugoslawien eingebrachter Antrag, mit dem eine Verpflichtung der Vertragsstaaten begründet werden sollte, Kindern aus Gastarbeiterfamilien mit staatlichen Maßnahmen zu helfen, sich in ihrer Muttersprache zu üben und kulturelle Bindungen mit ihrem Heimatland zu pflegen, fand keinen Konsens, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 138/139. Die dafür ausschlaggebenden Bedenken dürften letztlich in der Überzeugung gelegen haben, dass den Vertragsstaaten die Entscheidung über diese für die künftige Struktur der Nation wesentliche Frage im Rahmen und nach Maßgabe ihrer jeweiligen Integrationspolitik vorbehalten bleiben muss. Aus denselben Gründen ist auch eine Erstreckung der Schulpflicht auf nicht anerkannte Asylbewerber vom Übereinkommen nicht gefordert. Dies wird mit Ziffer II Nr. 2 der von der Bundesregierung bei Niederlegung der Ratifikationsurkunde abzugebenden Erklärung (Anlage zur Denkschrift) klargestellt.
3. Das Recht zur Errichtung von Privat-

schulen, das in Absatz 2 in Anlehnung an Artikel 13 Abs. 4 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte angesprochen wird, ist innerstaatlich durch das Grundrecht nach Artikel 7 Abs. 4 GG garantiert.

### Zu Artikel 30

Die Minderheitenrechte, die Artikel 30 für die Kinder ethnischer, religiöser oder sprachlicher Minderheiten garantiert, entsprechen den Minderheitenrechten nach Artikel 27 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte. Für Artikel 30 des vorliegenden Übereinkommens ist daher vorauszusetzen, dass eine Minderheit im Sinne des Artikels 27 des Paktes vorliegt. Diese Voraussetzungen werden in der Bundesrepublik Deutschland allein von der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und von der sorbischen Minderheit in der Lausitz erfüllt. Diese Minderheiten verfügen über eigene Schulen, die die Kinder dieser Minderheiten ungehindert besuchen dürfen. Auch sonst sind die Angehörigen dieser Minderheiten frei, ihre in Artikel 30 angeführten Rechte auszuüben. Die Bundesrepublik Deutschland geht mit den von ihr zusammen mit Dänemark getroffenen Regelungen der Rechte der dänischen Minderheit über die Anforderungen des Artikels 30 dieses Übereinkommens überdies erheblich hinaus.

### Zu Artikel 31

1. Das in Absatz 1 anerkannte Recht des Kindes auf Ruhe und Freizeit sowie auf Spiel und altersgemäße Freizeitbeschäfti-

gung hat in den Garantien der geltenden internationalen Übereinkommen zum Schutz der Menschenrechte kein unmittelbares Vorbild. Es steht jedoch in innerer Beziehung zu dem in Artikel 7 Buchstabe d des Internationalen Paktes über wirtschaftliche und soziale Rechte verankerten Anspruch auf Arbeitspausen, Freizeit, eine angemessene Begrenzung der Arbeitszeit, regelmäßigen bezahlten Urlaub sowie Vergütung gesetzlicher Feiertage, indem es den diesem Recht zugrunde liegenden Gedanken für die besondere Lage eines Kindes, das noch nicht in einem Arbeitsverhältnis steht, nutzbar macht. Das in Absatz 1 weiterhin garantierte Recht auf freie Teilnahme am kulturellen und künstlerischen Leben bekräftigt dagegen für das Kind im Wesentlichen ein schon in Artikel 15 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte anerkanntes kulturelles Menschenrecht, das jedermann zusteht.

2. Absatz 2 verpflichtet die Vertragsstaaten, das in Absatz 1 genannte Recht zu fördern. Wie alle im vorliegenden Übereinkommen garantierten Rechte können auch die Rechte nach Artikel 31 vom Kind nur nach Maßgabe der den Eltern oder sonstigen erziehungsberechtigten Personen vorbehaltenen Befugnisse ausgeübt werden (vgl. Artikel 5 des Übereinkommens). In der Bundesrepublik Deutschland wird daher zwar das Recht des Kindes auf Ruhe und Erholung, auf Spiel und altersgemäße Freizeitbeschäftigung sowie auf freie Teilnahme am Kulturleben durch staatliche oder staatlich geförderte Maßnahmen freier Träger (Jugendverbände, Jugendwohlfahrtsverbände) gefördert, seine Verwirklichung fällt überwiegend aber in den

Tätigkeits- und Verantwortungsbereich des Elternhauses. Als staatliche Maßnahmen sind die Ferienregelungen besonders zu erwähnen, die für Kinder von Bedeutung sind, die die Schule besuchen, sowie die Durchführung und Förderung von Klassenfahrten. Außerschulische Maßnahmen der Jugendbildung und der Kinder- und Jugenderholung sieht insbesondere § 11 des Achten Buches des Sozialgesetzbuches vor.

### Zu Artikel 32

1. Artikel 32 konkretisiert Artikel 10 Nr. 3 Satz 2 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche und soziale Rechte („Kinder und Jugendliche sollen vor wirtschaftlicher und sozialer Ausbeutung geschützt werden.“). Dementsprechend erkennen die Vertragsstaaten in Absatz 1 das Recht des Kindes auf Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung und vor seiner Heranziehung zu einer seiner Entwicklung schädlichen Arbeit an. Dies bedeutet, wie sich aus Absatz 2 der Bestimmung ergibt, praktisch vor allem, dass die Vertragsstaaten Maßnahmen auf dem Gebiete des Jugendarbeitsschutzes ergreifen müssen, und zwar auch „unter Berücksichtigung internationaler Übereinkünfte“. Diese Formulierung meint, wie dies auch sonst im Übereinkommen der Fall ist, nur solche internationalen Verträge, denen die Vertragsstaaten des vorliegenden Übereinkommens beigetreten sind. Um jedes Missverständnis über die Tragweite des Artikel 32 Abs. 2 unter diesem Aspekt auszuschließen, hat die Delegation der Bundesrepublik Deutschland nach Abschluss der Beratungen des vorliegenden Übereinkommens eine ent-

sprechende Interpretationserklärung zu Protokoll gegeben, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1989/48 vom 2. März 1989, S. 139 TZ 721.

2. Den Anforderungen des Absatzes 2 trägt innerstaatlich vor allem das Jugendarbeitsschutzgesetz vom 12. April 1976 (BGBl. I S. 965) Rechnung. Absatz 2 Buchstabe a verlangt nicht, dass für die Zulassung zur Beschäftigung ein einheitliches, ausnahmslos für alle Minderjährigen und für alle Beschäftigungen geltendes Mindestalter festzulegen wäre. Die „Feststellung eines Mindestalters“ liegt auch vor, wenn je nach Art der Beschäftigung für Jugendliche über vierzehn Jahren und für Kinder unterhalb dieses Alters unterschiedliche Mindestalter festgesetzt werden. Auch insoweit hat die Delegation der Bundesrepublik Deutschland nach Abschluss der Beratungen eine Interpretationserklärung zu Protokoll gegeben, vgl. wie bei Nummer 1 angegeben.

### Zu Artikel 33

Der Missbrauch von Betäubungsmitteln und Rauschgiften ist kein Problem, das allein Kinder betrifft. Andererseits ist anerkannt, dass Kinder bei der Bekämpfung des Betäubungsmittelmissbrauchs eines besonderen Schutzes bedürfen, zumal da die Abgabe von Rauschgift an Kinder oder deren Einbeziehung in die Drogenkriminalität als besonders verwerflich zu beurteilen ist. Nach § 29 Abs. 3 Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 Nr. 3 des Betäubungsmittelgesetzes vom 28. Juli 1981 (BGBl. I S. 681) ist es daher in der Regel als ein mit Freiheitsstrafe von nicht unter einem Jahr bis zu 15 Jahren bedrohter besonders schwerer Fall an-

zusehen, wenn der Täter „als Person über 21 Jahre Betäubungsmittel an eine Person unter 18 Jahren abgibt, verabreicht oder zum unmittelbaren Verbrauch überlässt“. Die Bestimmung verlangt Maßnahmen auch des Sozialwesens und der Erziehung. Sie werden in der Bundesrepublik Deutschland in vielfältiger Weise getroffen, etwa im Rahmen der Schule, durch Aufklärung der Öffentlichkeit, durch besondere Hilfsangebote für junge Süchtige oder durch Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach § 14 SGB VIII.

### Zu Artikel 34

Nach dieser Bestimmung sind die Vertragsstaaten verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um Kinder vor allen Formen sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs zu schützen. Für die Bundesrepublik Deutschland sind insbesondere die Strafvorschriften der §§ 174, 176, 180, 180a, 182 und 184 StGB zu erwähnen. Aus Satz 2 Buchstabe a kann nicht gefolgert werden, dass der durch § 182 Abs. 1 StGB vorgesehene Schutz eines Mädchens unter sechzehn Jahren vor Verführung entsprechend der Begriffsbestimmung des Kindes in Artikel 1 des vorliegenden Übereinkommens auf achtzehn Jahre und unter Einbeziehung auch männlicher Jugendlicher (vgl. Artikel 2 Abs. 1 „ohne Unterschied des Geschlechts“) erweitert werden müsste. Denn nach Satz 2 Buchstabe a sollen Kinder nur davor geschützt werden, zur Beteiligung an „rechtswidrigen“ sexuellen Handlungen überredet zu werden. Den Vertragsstaaten bleibt damit die Ausübung eines kriminalpolitischen Ermessens bei der Bestimmung der Strafbarkeit solcher Handlungen vorbehalten, wenngleich dieses

Ermessen unter Berücksichtigung der Grundsätze des Artikels 3 Abs. 1 des Übereinkommens auszuüben ist. In diesem Zusammenhang versteht es sich von selbst, dass das Problem des sexuellen Missbrauchs von Kindern vielfältige Aspekte bietet, die über den Einsatz des Strafrechts hinausgehen. In Betracht kommen auch die Angebote des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes sowie die Hilfen zur Erziehung nach dem Achten Buch des Sozialgesetzbuchs.

### Zu Artikel 35

Nach Artikel 35 haben die Vertragsstaaten Maßnahmen zu ergreifen, um die Entführung und den Handel mit Kindern zu verhindern. Dem wird innerstaatlich insbesondere durch die §§ 234 ff. StGB sowie durch § 14 des Adoptionsvermittlungsgesetzes Rechnung getragen, im Einzelfall bietet auch § 181 StGB (Menschenhandel) Schutz. Zur Verhinderung des Handels mit Kindern, insbesondere Mädchen, ist die Bundesrepublik Deutschland auch internationale Bindungen eingegangen. Auf das Protokoll vom 4. Mai 1949 (BGBl. 1972 II S. 1074) wird in diesem Zusammenhang besonders verwiesen.

### Zu Artikel 36

Die durch Artikel 36 begründete Verpflichtung der Vertragsstaaten, das Kind vor allen „sonstigen“, das Wohl des Kindes in irgendeiner Weise beeinträchtigenden Formen der „Ausbeutung“ zu schützen, hat in das Übereinkommen Eingang gefunden, um es gegenüber anderen internationalrechtlichen Garantien des Kindesschutzes nicht zu ver-

kürzen. Zwar verlangt Artikel 32 den Schutz vor „wirtschaftlicher“ und Artikel 34 den Schutz des Kindes vor „sexueller“ Ausbeutung. Daraus soll aber nicht gefolgert werden, dass andere denkbare Formen der Ausbeutung des Kindes von dem Übereinkommen nicht erfasst werden. Dies wurde bei den Verhandlungen insbesondere für den in Artikel 10 Nr. 3 Satz 2 des Internationalen Paktes für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte genannten Fall der „sozialen Ausbeutung“ betont, vgl. UNO-Dokument E/CN.4/1987/25 vom 9. März 1987, S. 22 TZ 91. Wegen des unbestimmten Inhalts dieses Begriffs ist davon auszugehen, dass den Vertragsstaaten durch die Bestimmung ein weitgespannter Regelungsspielraum eingeräumt ist. Eine konkret-aktuelle Bedeutung wird ihr derzeit für die Bundesrepublik Deutschland angesichts der Vielzahl sonst vorgesehener Schutzmaßnahmen kaum zukommen.

### Zu Artikel 37

1. Artikel 37 bekräftigt, dass die allgemeinen Menschenrechtsgarantien, die für das Strafverfahren von Bedeutung sind, auch im Strafverfahren gegen Kinder zu beachten sind. Dies geschieht in der Weise, dass die für das Straf- und Strafverfahrensrecht wesentlichen Menschenrechtsgarantien des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte in Artikel 37 mit der Maßgabe wiederholt werden, dass als Rechtsinhaber das Kind genannt wird. Ein Rechtsangleichungsbedarf ergibt sich darum nicht, weil zu den Vertragsstaaten des genannten Paktes auch die Bundesrepublik Deutschland gehört. Über die Erfüllung der mit dem Pakt übernom-

menen Verpflichtungen hat die Bundesregierung dem Ausschuss für Menschenrechte nach Artikel 40 des zitierten Paktes mehrfach berichtet. Die Bundesregierung geht darum davon aus, dass die Bundesrepublik Deutschland mit Artikel 37 des vorliegenden Übereinkommens keine weitergehenden Verpflichtungen übernimmt, als sie diese mit der Ratifizierung des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte übernommen hat.

2. Das in Buchstabe a Satz 1 aufgestellte Verbot, das Kind zu foltern oder es grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe zu unterwerfen, ist als allgemeines Menschenrecht in Artikel 7 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte verankert. Satz 2 wiederholt das Verbot der Verhängung der Todesstrafe für Straftaten, die von Personen unter achtzehn Jahren begangen worden sind; dieses ergibt sich bereits aus Artikel 6 Abs. 5 des Paktes. Über die Paktgarantien hinaus geht das in Nummer 1 ebenfalls vorgesehene Verbot, für derartige Taten eine lebenslange Freiheitsstrafe ohne die Möglichkeit vorzeitiger Entlassung zu verhängen. Für die Bundesrepublik Deutschland spielt dies keine Rolle, weil nach § 18 Abs. 1 des Jugendgerichtsgesetzes das Höchstmaß der Jugendstrafe zehn Jahre beträgt.
3. Buchstabe b Satz 1 wiederholt die sich bereits aus Artikel 6 Abs. 1 des Paktes ergebenden Garantien. Satz 2 geht über Artikel 6 Abs. 3 des Paktes hinaus und gibt dem Kind Anspruch auf Strafhaft „als letztes Mittel und für die kürzeste Zeit“. Diese Bestimmung ist nicht so zu verstehen, dass Jugendstrafen nur von möglichst kurzer absoluter Dauer verhängt werden dürften. Dagegen spräche nicht nur die durch Buchstabe a Satz 2 eröffnete Möglichkeit, auch gegen einen Jugendlichen eine lebenslange Freiheitsstrafe zu verhängen. Eine solche Auslegung stünde vor allem mit dem – auch durch Artikel 40 Abs. 1 des vorliegenden Übereinkommens anerkannten – erzieherischen Zweck der Jugendstrafe nicht in Einklang, der es erforderlich machen kann, die Dauer der Jugendstrafe nicht möglichst kurz zu bemessen, sondern so, dass der mit ihr verfolgte erzieherische Zweck möglichst umfassend erreicht wird. § 18 des Jugendgerichtsgesetzes entspricht diesen Anforderungen.
4. Buchstabe c Satz 1 bekräftigt Menschenrechtsgarantien, die sich für jedermann bereits aus Artikel 10 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 2 des Paktes ergeben. Das in Artikel 10 Abs. 3 Satz 2 des Paktes aufgestellte Gebot, jugendliche Straffällige beim Strafvollzug von Erwachsenen zu trennen, wird in Satz 2 mit der Maßgabe bekräftigt, dass von der Trennung abgesehen werden kann, wenn dies als dem Wohl des Kindes dienlich angesehen wird. In Halbsatz 2 wird ein Anspruch des Kindes auf Aufrechterhaltung des Kontakts mit seiner Familie begründet, soweit nicht außergewöhnliche Umstände vorliegen.
5. Die in Buchstabe d anerkannten Rechte des Kindes ergeben sich zum Teil bereits aus Artikel 9 Abs. 4 des Paktes. Das Recht auf umgehenden Zugang zu einem

geeigneten Beistand ergibt sich im Wesentlichen schon aus Artikel 14 Abs. 3 des Paktes, der die Gelegenheit zum Verkehr mit einem Verteidiger (Buchstabe b) sowie auf freie Verteidigerwahl (Buchstabe d) garantiert. Artikel 37 Buchstabe d des vorliegenden Übereinkommens schreibt nicht vor, dass dem Kind in jedem Strafverfahren ein Pflichtverteidiger beigeordnet werden müsste. Es ist Sache des Vertragsstaats, darüber zu entscheiden, ob dem jugendlichen Straftäter ein Pflichtverteidiger oder „ein anderer geeigneter Beistand“ beigeordnet wird; das „Recht auf umgehenden Zugang zu einem rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand“ ist im Übrigen dadurch erfüllt, dass das Kind – oder seine Eltern oder sonstige Personensorgeberechtigte – einen Anwalt eigener Wahl mit der Verteidigung beauftragen können.

### Zu Artikel 38

1. Die Bestimmung bekräftigt Garantien, die das Kind im Falle kriegsrischer Auseinandersetzungen schützen sollen. Wegen der Schwierigkeit dieser Materie beschränken sich die Absätze 1 und 4 darauf, die Vertragsstaaten auf die Einhaltung der sie bindenden Verpflichtungen des humanitären Völkerrechts zu verpflichten. Artikel 38 des vorliegenden Übereinkommens hat insofern deklaratorischen Charakter.
2. Im Einklang mit den bestehenden humanitären Regeln des Kriegsvölkerrechts, insbesondere mit Artikel 77 Abs. 2 des Zusatzprotokolls vom 8. Juni 1977 zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) bestimmt Absatz 2, dass Kinder unter fünfzehn Jahren nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen dürfen. Die Übernahme dieser Altersgrenze ist gegen Bedenken zustande gekommen, die mehrere Delegationen in den Schlussberatungen der Genfer Arbeitsgruppe vorgebracht haben. Auch die Delegation der Bundesrepublik Deutschland hat nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die Altersgrenze von fünfzehn Jahren unangemessen niedrig liegt. Die der Annahme des Absatzes 2 widersprechenden Staaten haben sich gleichwohl nicht durchsetzen können. Die von der Arbeitsgruppe getroffene Entscheidung, die sich – um nicht das Übereinkommen als Ganzes zu gefährden – in der Menschenrechtskommission des Wirtschafts- und Sozialrats sowie im 3. Ausschuss der Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht mehr hat revidieren lassen, bildet zwar für die Bundesrepublik Deutschland kein Ratifizierungshindernis; denn die insoweit unzureichende Mindestgarantie hindert nicht daran, innerstaatliche weitergehende Schutzvorschriften zu erlassen. Die Bundesregierung bedauert aber, dass es nicht gelungen ist, in dem Übereinkommen eine höhere Altersgrenze festzulegen. Sie befindet sich dabei in Übereinstimmung mit der Kinderkommission des Deutschen Bundestages, die die Bundesregierung aufgefordert hat, dieses Bedauern auch nach außen zum Ausdruck zu bringen. Dies wird die Bundesregierung im Zusammenhang mit der

von ihr bei Niederlegung der Ratifikationsurkunde abzugebenden Erklärung tun; auf den Anhang zu dieser Denkschrift wird insoweit Bezug genommen.

3. Nach Absatz 3 darf nicht zu den Streitkräften eingezogen werden, wer nicht das Alter von 15 Jahren erreicht hat. Auch insoweit bietet das innerstaatliche Recht weitergehenden Schutz. In die Bundeswehr kann frühestens eingestellt werden, wer das 17. Lebensjahr vollendet hat, vgl. § 7 Abs. 1 Nr. 1, § 11 Abs. 1 Nr. 1, § 18 Abs. 1 Nr. 1 der Soldatenlaufbahnverordnung i. d. F. vom 4. Juli 1988 (BGBl. I S. 996). Der Wehrpflicht unterliegen Männer vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an, Artikel 12 a Abs. 1 GG.

### Zu Artikel 39

Die Bestimmung verpflichtet die Vertragsstaaten zu Maßnahmen, die der Therapie und Rehabilitation von Kindern dienen, die als Opfer von Vernachlässigung, Ausbeutung, Misshandlung, Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe oder bei bewaffneten Konflikten Schaden an ihrer seelischen oder körperlichen Gesundheit erlitten haben. Innerstaatlich entspricht diesen Anforderungen insbesondere § 5 des Sozialgesetzbuchs – Allgemeiner Teil –. Auch auf die Hilfen zur Erziehung nach dem achten Buch des Sozialgesetzbuchs ist in diesem Zusammenhang hinzuweisen.

### Zu Artikel 40

1. Absatz 1 verpflichtet die Vertragsstaaten, das Verfahren gegen straffällig gewordene Jugendliche mit besonderer Betonung der erzieherischen und resozialisierenden Aspekte durchzuführen. Dies entspricht der Zielsetzung, die auch die Bundesrepublik Deutschland innerstaatlich mit dem Jugendgerichtsgesetz verfolgt.
2. Im Zusammenhang mit der in Absatz 1 genannten Zielsetzung legt Absatz 2 besonderen Nachdruck darauf, dass die allgemeinen Menschenrechte, die jedem Beschuldigten vor Gericht zustehen, auch respektiert werden, wenn sich ein Kind strafrechtlich verantworten muss. So gilt auch für das Kind nach Buchstabe a der Grundsatz „nulla poena sine lege“, der als allgemeines Menschenrecht bereits durch Artikel 15 Abs. 1 Satz 1 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie durch Artikel 7 Abs. 1 EMRK und innerstaatlich durch Artikel 103 Abs. 2 GG garantiert ist.
3. Buchstabe b listet sodann die speziellen Rechte des Kindes weitgehend im Einklang mit den speziellen Rechten auf, die dem Beschuldigten nach dem Pakt und im Wesentlichen auch nach der Europäischen Menschenrechtskonvention zustehen.
4. Ziffer i bekräftigt, dass die Unschuldsvermutung (Artikel 14 Abs. 2 des Paktes, Artikel 6 Abs. 2 EMRK) auch für das beschuldigte Kind gilt.



5. Ziffer ii wiederholt Garantien des Artikels 14 Abs. 3 Buchstabe a und b des Paktes (vgl. auch Artikel 6 Abs. 3 Buchstabe a und c EMRK). Aus Ziffer ii lässt sich nicht zwingend herleiten, dass die Vertragsstaaten verpflichtet wären, einem Jugendlichen im Jugendgerichtsverfahren in ausnahmslos allen Fällen einen Verteidiger oder Beistand beizuordnen; denn ein Pflichtverteidiger muss nach dem Pakt nur bestellt werden, „wenn dies im Interesse der Rechtspflege erforderlich ist“. Um jeden Zweifel insoweit auszuschalten, wird die Bundesregierung bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde erklären, dass Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b des vorliegenden Übereinkommens derart angewandt wird, dass bei Straftaten von geringer Schwere nicht in allen Fällen ein Anspruch darauf besteht, einen Beistand zur Wahrnehmung und Vorbereitung der Verteidigung zu erhalten. In derartigen Fällen reicht es aus, dass die Eltern oder sonstigen Erziehungsberechtigten an der Hauptverhandlung teilnehmen, so wie dies innerstaatlich vorgesehen ist (§ 50 Abs. 2, §§ 67 und 69 JGG).
6. Der in Ziffer iii anerkannte Anspruch des Kindes auf mündliche Verhandlung vor einem zuständigen unabhängigen Gericht ergibt sich bereits aus Artikel 14 Abs. 1 des Paktes und Artikel 6 Abs. 1 Satz 1 EMRK, jedoch ist abweichend davon eine öffentliche Verhandlung hier nicht vorgesehen, was sich aus der besonderen Lage des jungen Straftäters im Jugendgerichtsverfahren und durch den Gesichtspunkt des Kindeswohls erklärt. Dass ein Strafverfahren anstatt vor einem Gericht nach Ziffer iii auch vor einer zuständigen, unabhängigen und unparteiischen Behörde (Verwaltungsbehörde) durchgeführt werden dürfte, hat für die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf Artikel 19 Abs. 4 GG keine Bedeutung.
7. Ziffer iv wiederholt Garantien, die sich für alle Beschuldigten bereits aus Artikel 14 Abs. 3 Buchstabe e und g des Paktes sowie zum Teil aus Artikel 6 Abs. 3 Buchstabe d EMRK ergeben.
8. Ziffer v entspricht im Wesentlichen Artikel 14 Abs. 5 des Paktes, jedoch hat die Bundesrepublik Deutschland den dort vorgesehenen Anspruch des wegen einer Straftat Verurteilten, „das Urteil entsprechend dem Gesetz durch ein Gericht höherer Instanz nachprüfen lassen“, nicht uneingeschränkt akzeptiert. Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte hat sie vielmehr zu Artikel 14 Abs. 5 des Paktes einen Vorbehalt angebracht, wonach „bei Straftaten von geringer Schwere die Überprüfung eines nicht auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils durch ein Gericht höherer Instanz nicht in allen Fällen ermöglicht werden muss“, vgl. Ziffer I Nr. 3 Buchstabe b der Bekanntmachung vom 14. Juni 1976 (BGBl. II S. 1068). Die Bundesregierung wird darum bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde zum vorliegenden Übereinkommen klarstellen, dass der Paktvorbehalt sinngemäß auch für Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffer v gilt, (vgl. Anlage zur Denkschrift).

9. Wegen Ziffer vi wird auf die Parallelgarantien in Artikel 14 Abs. 3 Buchstabe f des Paktes sowie in Artikel 6 Abs. 3 Buchstabe e EMRK verwiesen.
10. Der Anspruch auf Achtung der Privatsphäre in Ziffer vii ist für das gerichtliche Verfahren auch in Artikel 14 Abs. 1 Satz 3 des Paktes, Artikel 6 Abs. 1 Satz 2 EMRK verankert; nach dieser Bestimmung kann im Interesse der Achtung des Privatlebens die Öffentlichkeit von der Verhandlung ausgeschlossen werden. Allgemein ist auf Artikel 17 des Paktes sowie auf Artikel 8 Abs. 1 EMRK hinzuweisen. Das innerstaatliche Recht trägt dem Schutz der Privatsphäre im Strafverfahren insbesondere dadurch Rechnung, dass nach § 48 des Jugendgerichtsgesetzes die Hauptverhandlung gegen den angeklagten Jugendlichen nicht öffentlich ist. Dies gilt nicht, wenn gleichzeitig auch Erwachsene oder Heranwachsende angeklagt sind, jedoch kann in solchen Fällen die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden, „wenn dies im Interesse der Erziehung jugendlicher Angeklagter geboten ist“ (§ 48 Abs. 3 Satz 2 JGG).
11. Nach Absatz 3 müssen die Vertragsstaaten ein Mindestalter festlegen, das die Vermutung der Strafunmündigkeit begründet. Den Anforderungen des Absatzes 3 wird innerstaatlich durch das Jugendgerichtsgesetz entsprochen, aus dessen § 1 sich ergibt, dass ein Kind unter vierzehn Jahren nicht strafmündig ist.
12. Im Einklang mit Absatz 4 sieht das Jugendgerichtsgesetz eine Vielfalt von Maßnahmen vor, die dazu dienen, die besonderen erzieherischen und auf Wiedereingliederung gerichteten Zwecke des Jugendgerichtsverfahrens zu erfüllen.

### Zu Artikel 41

Artikel 41 ist dem Artikel 23 des Übereinkommens vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 1985 II S. 647) nachgebildet. Die Bestimmung verfolgt, indem sie alle dem Kind noch günstigeren Regelungen im innerstaatlichen Recht und in internationalen Verträgen unberührt lässt, eine Tendenz, die sich in internationalen Verträgen zum Schutz der Menschenrechte auch sonst – z. B. in Artikel 60 EMRK – findet: der Schutzstandard soll angehoben und nicht vermindert werden.

### Zu Artikel 42

Wie die sich aus Artikel 42 ergebende Verpflichtung zur Bekanntmachung des Übereinkommens erfüllt wird, wird zu gegebener Zeit zu entscheiden sein. Der Text des Übereinkommens ist schon vor Einbringung des Entwurfs des Vertragsgesetzes der interessierten Öffentlichkeit in einer mit der früheren DDR, mit Österreich und der Schweiz abgestimmten deutschen Übersetzung zugänglich gemacht worden.

## Zu den Artikel 43 bis 54

1. Diese Bestimmungen des Übereinkommens betreffen vor allem die Frage der internationalen Kontrolle, die ausgeübt wird, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der von den Vertragsstaaten übernommenen Verpflichtungen zu prüfen. Zu diesem Zweck wird ein „Ausschuss für die Rechte des Kindes“ gebildet, der nach dem Vorbild ähnlicher Gremien nach anderen internationalen Menschenrechtsverträgen (vgl. z. B. Artikel 40 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte) die von den Vertragsstaaten nach Artikel 44 vorzulegenden Berichte prüft. Einzelheiten des Prüfungsverfahrens regelt Artikel 45. Die Artikel 46 ff. haben als Schlussbestimmungen vertragstechnischen Charakter. Nach dem Vorbild anderer Übereinkommen werden Einzelheiten insbesondere des Beitritts zu dem Übereinkommen, der Änderung des Übereinkommens und der Kündigung geregelt. Vorbehalte gegen einzelne Artikel können nur eingeschränkt eingelegt werden (Artikel 51).
2. Die Kosten des Ausschusses für die Rechte des Kindes werden nach einer Entscheidung, die erst von der Generalversammlung getroffen wurde, aus allgemeinen Haushaltsmitteln der Vereinten Nationen getragen, Artikel 43 Abs. 11 und 12. Eine Belastung für den Bundeshaushalt tritt dadurch ein, dass die von den Vereinten Nationen nach dem Übereinkommen zu erbringenden Mehraufwendungen über erhöhte Beiträge letztlich von den Mitgliedstaaten getragen werden müssen. Die sich daraus für den Bundeshaushalt ergebende Mehrbelastung ist voraussichtlich geringfügig; sie kann derzeit nicht beziffert werden.

**Gesetz zu dem Übereinkommen  
vom 20. November 1989 über  
die Rechte des Kindes  
Ratifikationsgesetz vom  
17. Februar 1992 (BGBl. II S. 121)**

Der Bundestag hat mit Zustimmung  
des Bundesrates das folgende Gesetz  
beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in New York am 26. Januar 1990  
von der Bundesrepublik Deutschland  
unterzeichneten Übereinkommen vom  
20. November 1989 über die Rechte des  
Kindes wird zugestimmt. Das Überein-  
kommen wird nachstehend mit einer  
amtlichen deutschen Übersetzung  
veröffentlicht.

**Artikel 2**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner  
Verkündigung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen  
nach seinem Artikel 49 für die Bundesrepu-  
blik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bun-  
desgesetzblatt bekannt zu geben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit  
ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt  
verkündet.

Bonn, den 17. Februar 1992

## **Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes vom 10. Juli 1992 (BGBl. II S. 990)**

Nach Artikel 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 17. Februar 1992 zu dem Übereinkommen vom 20. November 1989 über die Rechte des Kindes (BGBl. II S. 121) wird bekannt gegeben, dass das Übereinkommen nach seinem Artikel 49 Abs. 2 für Deutschland

am 5. April 1992 in Kraft getreten ist; die Ratifikationsurkunde ist am 6. März 1992 bei dem Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt worden.\*

Bei Hinterlegung der Ratifikationsurkunde hat Deutschland folgendes erklärt.\*\*

„I.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland erklärt, dass sie das Übereinkommen über die Rechte des Kindes als einen Meilenstein der Entwicklung des internationalen Rechts begrüßt und die Ratifizierung des Übereinkommens zum Anlass nehmen wird, Reformen des innerstaatlichen Rechts in die Wege zu leiten, die dem Geist des Übereinkommens entsprechen und die sie nach Artikel 3 Abs. 2 des Übereinkommens für geeignet hält, dem Wohlergehen des Kindes zu dienen. Zu den geplanten Maßnahmen gehört ins-

besondere eine Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge für Kinder, deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, die als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind. Hierbei wird es insbesondere darum gehen, auch in solchen Fällen die Voraussetzungen für die Ausübung der elterlichen Sorge durch beide Eltern zu verbessern. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zugleich, dass das Übereinkommen innerstaatlich keine unmittelbare Anwendung findet. Es begründet völkerrechtliche Staatenverpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland nach näherer Bestimmung ihres mit dem Übereinkommen übereinstimmenden innerstaatlichen Rechts erfüllt.

II.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ist der Auffassung, dass aus Artikel 18 Abs. 1 des Übereinkommens nicht abgeleitet werden kann, mit dem Inkrafttreten dieser Bestimmung stehe das elterliche Sorgerecht auch bei Kindern, deren Eltern keine Ehe eingegangen sind, die als verheiratete Eltern dauernd getrennt leben oder geschieden sind, automatisch und ohne Berücksichtigung des Kindeswohls im Einzelfall beiden Eltern zu. Eine derartige Auslegung wäre unvereinbar mit Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens. Besonders im Hinblick auf die Fälle, in denen die Eltern über die gemeinsame Ausübung des Sorgerechts nicht einig sind, sind Einzelfallprüfungen notwendig. Die Bundesrepublik Deutschland erklärt

\*) Am 2. Oktober 1990 hatte die ehemalige Deutsche Demokratische Republik ihre Ratifikationsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt; infolge des am 3. Oktober 1990 wirksam gewordenen Beitritts der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland kam die Bestimmung des Artikels 49 Abs. 2 des Übereinkommens, nach welcher das Übereinkommen für die ehemalige Deutsche Demokratische Republik am 1. November 1990 in Kraft getreten wäre, nicht mehr zum Zuge.

\*\*) Anmerkung der Redaktion dieser Broschüre: Die in den I. bis IV. genannten Vorbehalte hat Deutschland am 15. Juli 2010 zurückgenommen.

darum, dass die Bestimmungen des Übereinkommens auch die Vorschriften des innerstaatlichen Rechts

- a) über die gesetzliche Vertretung Minderjähriger bei der Wahrnehmung ihrer Rechte,
- b) über das Sorge- und Umgangsrecht bei ehelichen Kindern und
- c) über die familien- und erbrechtlichen Verhältnisse nichtehelicher Kinder

nicht berühren; dies gilt ungeachtet der geplanten Neuordnung des Rechts der elterlichen Sorge, deren Ausgestaltung in das Ermessen des innerstaatlichen Gesetzgebers gestellt bleibt.

### III.

Entsprechend den Vorbehalten, welche die Bundesrepublik Deutschland zu den Parallelgarantien des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte angebracht hat, erklärt sie zu Artikel 40 Abs. 2 Buchstabe b Ziffer ii und v des Übereinkommens, dass diese Bestimmungen derart angewandt werden, dass bei Straftaten von geringer Schwere nicht in allen Fällen

- a) ein Anspruch darauf besteht, „einen rechtskundigen oder anderen geeigneten Beistand“ zur Vorbereitung und Wahrnehmung der Verteidigung zu erhalten,
- b) die Überprüfung eines nicht auf Freiheitsstrafe lautenden Urteils durch eine „zuständige übergeordnete Behörde oder ein zuständiges höheres Gericht“ ermöglicht werden muss.

### IV.

Die Bundesrepublik Deutschland bekräftigt ferner ihre am 23. Februar 1989 in Genf abgegebene Erklärung: Nichts in dem Übereinkommen kann dahin ausgelegt werden, dass die widerrechtliche Einreise eines Ausländers in das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland oder dessen widerrechtlicher Aufenthalt dort erlaubt ist; auch kann keine Bestimmung dahin ausgelegt werden, dass sie das Recht der Bundesrepublik Deutschland beschränkt, Gesetze und Verordnungen über die Einreise von Ausländern und die Bedingungen ihres Aufenthalts zu erlassen oder Unterschiede zwischen Inländern und Ausländern zu machen.

### V.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland bedauert, dass nach Artikel 38 Abs. 2 des Übereinkommens bereits Fünfzehnjährige als Soldaten an Feindseligkeiten teilnehmen dürfen, weil diese Altersgrenze mit dem Gesichtspunkt des Kindeswohls (Artikel 3 Abs. 1 des Übereinkommens) unvereinbar ist. Sie erklärt, dass sie von der durch das Übereinkommen eröffneten Möglichkeit, diese Altersgrenze auf fünfzehn Jahre festzusetzen, keinen Gebrauch machen wird.“

### VI.

(Auflistung der Staaten, für die das Übereinkommen zum Zeitpunkt der Bekanntmachung in Kraft getreten ist.)

# III.

## Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

ermutigt durch die überwältigende Unterstützung für das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, in der die allgemeine Entschlossenheit zum Ausdruck kommt, auf die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes hinzuwirken,

erneut bekräftigend, dass die Rechte des Kindes eines besonderen Schutzes bedürfen, und dazu aufrufend, die Situation der Kinder ohne jeden Unterschied stetig zu verbessern und ihre Entwicklung und Erziehung in Frieden und Sicherheit zu ermöglichen,

beunruhigt über die schädlichen und weitreichenden Auswirkungen bewaffneter Konflikte auf Kinder und über die langfristigen Folgen, die diese auf die Erhaltung des Friedens sowie auf die dauerhafte Sicherheit und Entwicklung haben,

unter Verurteilung der Tatsache, dass Kinder in bewaffneten Konflikten zu Zielen werden und völkerrechtlich geschützte Objekte, darunter Örtlichkeiten, an denen sich gewöhnlich eine bedeutende Zahl von Kindern aufhält, wie Schulen und Krankenhäuser, direkt angegriffen werden,

unter Hinweis auf die Annahme des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, insbesondere auf die Einstufung der Zwangsverpflichtung oder Eingliederung von Kindern unter fünfzehn Jahren oder ihrer Verwendung zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten sowohl in internationalen als auch in nicht internationalen bewaffneten Konflikten als Kriegsverbrechen,

daher in der Erwägung, dass zur wirksameren Durchsetzung der im Übereinkommen über die Rechte des Kindes anerkannten Rechte die Notwendigkeit besteht, den Schutz von Kindern vor einer Beteiligung an bewaffneten Konflikten zu verbessern,

unter Hinweis darauf, dass in Artikel 1 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes festgelegt ist, dass im Sinne des Übereinkommens ein Kind jeder Mensch ist, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt,

in der Überzeugung, dass ein Fakultativprotokoll zum Übereinkommen, mit dem die Altersgrenze für eine mögliche Einziehung

von Personen zu den Streitkräften und ihre Teilnahme an Feindseligkeiten angehoben wird, wirksam zur Umsetzung des Grundsatzes beitragen wird, dass bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist,

unter Hinweis darauf, dass die 26. Internationale Konferenz des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds im Dezember 1995 unter anderem die Empfehlung abgegeben hat, dass die an einem Konflikt beteiligten Parteien alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, dass Kinder unter 18 Jahren nicht an Feindseligkeiten teilnehmen, erfreut darüber, dass im Juni 1999 das Übereinkommen Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit einstimmig angenommen wurde, das unter anderem die zwangsweise und die im Rahmen der Wehrpflicht erfolgende Einziehung von Kindern zum Einsatz in bewaffneten Konflikten verbietet,

mit grösster Beunruhigung verurteilend, dass bewaffnete Gruppen, die sich von den Streitkräften eines Staates unterscheiden, Kinder einziehen, ausbilden und innerhalb der nationalen Grenzen sowie grenzüberschreitend in Feindseligkeiten einsetzen, und im Bewusstsein der Verantwortung derjenigen, die Kinder in diesem Sinne einziehen, ausbilden und einsetzen,

unter Hinweis darauf, dass jede an einem bewaffneten Konflikt beteiligte Partei verpflichtet ist, die Bestimmungen des humanitären Völkerrechts einzuhalten,

unter Hinweis darauf, dass dieses Protokoll die in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Ziele und Grundsätze, einschließlich des Artikels 51, sowie die einschlägigen Normen des humanitären Rechts unberührt lässt,

in dem Bewusstsein, dass Frieden und Sicherheit auf der Grundlage der uneingeschränkten Achtung der in der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen Ziele und Grundsätze sowie der Einhaltung der anwendbaren Übereinkünfte auf dem Gebiet der Menschenrechte unabdingbar für den umfassenden Schutz von Kindern sind, insbesondere in bewaffneten Konflikten oder während fremder Besetzung, in Anerkennung der besonderen Bedürfnisse jener Kinder, die auf Grund ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Stellung oder ihres Geschlechts besonders gefährdet sind, im Widerspruch zu diesem Protokoll eingezogen oder in Feindseligkeiten eingesetzt zu werden,

eingedenk der Notwendigkeit, die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ursachen zu berücksichtigen, die der Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten zugrunde liegen,

überzeugt von der Notwendigkeit, die internationale Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Protokolls sowie die physische und psychosoziale Rehabilitation und die soziale Wiedereingliederung von Kindern, die Opfer bewaffneter Konflikte geworden sind, zu verstärken,

dazu anregend, dass die Gemeinschaft, insbesondere Kinder und kindliche Opfer, an der Verbreitung von Informations- und



Aufklärungsprogrammen betreffend die Durchführung des Protokolls mitwirken –  
haben Folgendes vereinbart:

## Artikel 1

Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen um sicherzustellen, dass Angehörige ihrer Streitkräfte, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht unmittelbar an Feindseligkeiten teilnehmen.

## Artikel 2

Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, nicht obligatorisch zu ihren Streitkräften eingezogen werden.

## Artikel 3

(1) Die Vertragsstaaten heben das in Artikel 38 Absatz 3 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes festgelegte Mindestalter für die Einziehung von Freiwilligen zu ihren nationalen Streitkräften in Lebensjahren an; sie berücksichtigen dabei die in jenem Artikel enthaltenen Grundsätze und anerkennen, dass nach dem Übereinkommen Personen unter 18 Jahren Anspruch auf besonderen Schutz haben.

(2) Jeder Vertragsstaat hinterlegt bei der Ratifikation dieses Protokolls oder dem Beitritt dazu eine verbindliche Erklärung, in der das Mindestalter festgelegt ist, ab dem er die Einziehung von Freiwilligen zu seinen

nationalen Streitkräften gestattet, sowie eine Beschreibung der von ihm getroffenen Schutzmaßnahmen, mit denen er sicherstellt, dass eine solche Einziehung nicht gewaltsam oder zwangsweise erfolgt.

(3) Vertragsstaaten, welche die Einziehung von Freiwilligen unter 18 Jahren zu ihren nationalen Streitkräften gestatten, treffen Schutzmaßnahmen, durch die mindestens gewährleistet wird, dass

- a) die Einziehung tatsächlich freiwillig erfolgt;
- b) die Einziehung mit der in Kenntnis der Sachlage abgegebenen Zustimmung der Eltern oder des Vormunds der Person erfolgt;
- c) die Person über die mit dem Militärdienst verbundenen Pflichten umfassend aufgeklärt wird;
- d) die Person vor Aufnahme in den staatlichen Militärdienst einen verlässlichen Altersnachweis erbringt.

(4) Jeder Vertragsstaat kann seine Erklärung jederzeit verschärfen, indem er eine entsprechende Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen richtet, der alle Vertragsstaaten davon in Kenntnis setzt. Die Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs beim Generalsekretär wirksam.

(5) Die in Absatz 1 vorgesehene Verpflichtung zur Anhebung des Mindestalters gilt nicht für Schulen im Sinne der Artikel 28 und 29 des Übereinkommens über die Rechte des Kindes, die von den Streitkräften der Vertragsstaaten betrieben werden oder ihrer Aufsicht unterstehen.

## Artikel 4

(1) Bewaffnete Gruppen, die sich von den Streitkräften eines Staates unterscheiden, sollen unter keinen Umständen Personen unter 18 Jahren einziehen oder in Feindseligkeiten einsetzen.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen, um eine solche Einziehung und einen solchen Einsatz zu verhindern, einschließlich der notwendigen rechtlichen Maßnahmen für ein Verbot und eine strafrechtliche Ahndung eines solchen Vorgehens.

(3) Die Anwendung dieses Artikels berührt nicht die Rechtsstellung einer an einem bewaffneten Konflikt beteiligten Partei.

## Artikel 5

Dieses Protokoll ist nicht so auszulegen, als schlösse es Bestimmungen im Recht eines Vertragsstaats oder in internationalen Übereinkünften und im humanitären Völkerrecht aus, die zur Verwirklichung der Rechte des Kindes besser geeignet sind.

## Artikel 6

(1) Jeder Vertragsstaat trifft alle erforderlichen rechtlichen, verwaltungsbezogenen und sonstigen Maßnahmen, um die wirksame Durchführung und Durchsetzung der Bestimmungen dieses Protokolls innerhalb seines Hoheitsbereichs sicherzustellen.

(2) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die Grundsätze und Bestimmungen dieses Protokolls durch geeignete Maßnahmen bei Erwachsenen und auch bei Kindern allgemein bekannt zu machen und zu fördern.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen um sicherzustellen, dass ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Personen, die im Widerspruch zu diesem Protokoll eingezogen oder in Feindseligkeiten eingesetzt worden sind, demobilisiert oder auf andere Weise aus dem Militärdienst entlassen werden. Die Vertragsstaaten gewähren diesen Personen erforderlichenfalls jede geeignete Unterstützung zu ihrer physischen und psychischen Genesung und ihrer sozialen Wiedereingliederung.

## Artikel 7

(1) Die Vertragsstaaten arbeiten bei der Durchführung dieses Protokolls zusammen, so bei der Verhütung von Verstößen gegen das Protokoll sowie bei der Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung von Personen, die Opfer von Verstößen gegen das Protokoll geworden sind, einschließlich technischer Zusammenarbeit und finanzieller Unterstützung. Diese Unterstützung und Zusammenarbeit erfolgt in Absprache zwischen den betreffenden Vertragsstaaten und den zuständigen internationalen Organisationen.

(2) Vertragsstaaten, die hierzu in der Lage sind, leisten diese Unterstützung im Rahmen bestehender mehrseitiger, zweiseitiger oder sonstiger Programme oder, unter

anderem, durch einen in Übereinstimmung mit den Regeln der Generalversammlung eingerichteten freiwilligen Fonds.

## Artikel 8

(1) Jeder Vertragsstaat legt dem Ausschuss für die Rechte des Kindes innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten des Protokolls für den betreffenden Vertragsstaat einen Bericht mit umfassenden Angaben über die Maßnahmen vor, die er zur Durchführung der Bestimmungen des Protokolls, einschließlich derjenigen betreffend Teilnahme und Einziehung, ergriffen hat.

(2) Nach Abgabe des umfassenden Berichts nimmt jeder Vertragsstaat in die Berichte, die er dem Ausschuss für die Rechte des Kindes nach Artikel 44 des Übereinkommens vorlegt, alle weiteren Angaben in Bezug auf die Durchführung des Protokolls auf. Die anderen Vertragsstaaten des Protokolls legen alle fünf Jahre einen Bericht vor.

(3) Der Ausschuss für die Rechte des Kindes kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung des Protokolls ersuchen.

## Artikel 9

(1) Dieses Protokoll liegt für alle Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind oder es unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation und steht allen Staaten zum Beitritt offen. Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden

werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(3) Der Generalsekretär unterrichtet in seiner Eigenschaft als Verwahrer des Übereinkommens und des Protokolls alle Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie alle Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, über jede gemäß Artikel 3 hinterlegte Erklärungsurkunde.

## Artikel 10

(1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll nach seinem Inkrafttreten ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es einen Monat nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

## Artikel 11

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen; der Generalsekretär unterrichtet sodann die übrigen Vertragsstaaten des Übereinkommens und alle Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam. Ist jedoch bei Ablauf dieses Jahres der kündigende Vertragsstaat in einen bewaffneten Konflikt verwickelt, so wird die Kündigung erst nach Ende des bewaffneten Konflikts wirksam.

(2) Die Kündigung enthebt den Vertragsstaat in Bezug auf Handlungen, die sich vor dem Wirksamwerden der Kündigung ereignet haben, nicht seiner Verpflichtungen aus diesem Protokoll. Die Kündigung berührt auch nicht die weitere Prüfung einer Angelegenheit, mit welcher der Ausschuss bereits vor dem Wirksamwerden der Kündigung befasst war.

### Artikel 12

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung vorschlagen und sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann den Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, wird der Generalversammlung zur Billigung vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 angenommene Änderung tritt in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten angenommen worden ist.

(3) Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Protokolls und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

### Artikel 13

(1) Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Vertragsstaaten des Übereinkommens sowie allen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

## IV.

### Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

in der Erwägung, dass es zur weiteren Verwirklichung der Ziele des Übereinkommens über die Rechte des Kindes und zur weiteren Durchführung seiner Bestimmungen, insbesondere der Artikel 1, 11, 21, 32, 33, 34, 35 und 36, angebracht wäre, die Maßnahmen zu erweitern, welche die Vertragsstaaten ergreifen sollen, um den Schutz des Kindes vor Verkauf von Kindern, Kinderprostitution und Kinderpornographie zu gewährleisten,

ferner in der Erwägung, dass das Übereinkommen über die Rechte des Kindes das Recht des Kindes anerkennt, vor wirtschaftlicher Ausbeutung geschützt und nicht zu einer Arbeit herangezogen zu werden, die Gefahren mit sich bringen, die Erziehung des Kindes behindern oder die Gesundheit des Kindes oder seine körperliche, geistige, seelische, sittliche oder soziale Entwicklung schädigen könnte,

ernsthaft darüber besorgt, dass der internationale Kinderhandel zum Zweck des Verkaufs von Kindern, der Kinderprostitution und der Kinderpornographie beträchtliche Ausmaße angenommen hat und im Zunehmen begriffen ist,

zutiefst besorgt über die weitverbreitete und andauernde Praxis des Sextourismus, der Kinder besonders gefährdet, weil er den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie unmittelbar fördert,

in der Erkenntnis, dass eine Reihe besonders gefährdeter Gruppen, namentlich Mädchen, in höherem Maße dem Risiko der sexuellen Ausbeutung ausgesetzt sind und dass Mädchen einen unverhältnismäßig hohen Anteil der Opfer sexueller Ausbeutung ausmachen,

besorgt über die zunehmende Verfügbarkeit von Kinderpornographie über das Internet und andere neue Technologien und unter Hinweis auf die 1999 in Wien abgehaltene Internationale Konferenz zur Bekämpfung der Kinderpornographie im Internet und insbesondere auf die Schlussfolgerung der Konferenz, in der sie fordert, die Herstellung, den Vertrieb, die Ausfuhr, die Übermittlung, die Einfuhr und den vorsätzlichen Besitz von Kinderpornographie sowie die Werbung dafür weltweit unter Strafe zu stellen, und unter Hinweis auf die Bedeutung einer engeren Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen den Regierungen und der Internetindustrie,

in der Überzeugung, dass die Beseitigung des Verkaufs von Kindern, der Kinderprostitution und der Kinderpornographie durch einen ganzheitlichen Ansatz erleichtert werden wird, der die begünstigenden Umstände wie Unterentwicklung, Armut, wirtschaftliche Ungleichheiten, ungerechte sozioökonomische Strukturen, gestörte Familienverhältnisse, fehlende Bildung, Landflucht, Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, verantwortungsloses Sexualverhalten Erwachsener, schädliche traditionelle Praktiken, bewaffnete Konflikte und Kinderhandel einbezieht,

sowie in der Überzeugung, dass Anstrengungen zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit unternommen werden müssen, um die Nachfrage, die zum Verkauf von Kindern, zur Kinderprostitution und zur Kinderpornographie führt, zu verringern, und ferner in der Überzeugung, dass es wichtig ist, die weltweite Partnerschaft zwischen allen Handelnden zu fördern und die Rechtsdurchsetzung auf nationaler Ebene zu verbessern,

unter Hinweis auf die internationalen Übereinkünfte betreffend den Schutz von Kindern, einschließlich des Haager Übereinkommens über den Schutz von Kindern und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der internationalen Adoption, des Haager Übereinkommens über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung, des Haager Übereinkommens über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung, Vollstreckung und Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elterlichen Verantwortung und der Maßnahmen zum Schutz von Kindern sowie des Über-

einkommens Nr. 182 der Internationalen Arbeitsorganisation über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit,

ermutigt durch die überwältigende Unterstützung für das Übereinkommen über die Rechte des Kindes, in der die allgemeine Entschlossenheit zum Ausdruck kommt, auf die Förderung und den Schutz der Rechte des Kindes hinzuwirken,

in der Erkenntnis, wie wichtig es ist, die Bestimmungen des Aktionsprogramms zur Verhütung von Kinderhandel, Kinderprostitution und Kinderpornographie sowie der Erklärung und des Aktionsplans des vom 27. bis 31. August 1996 in Stockholm abgehaltenen Weltkongresses gegen die gewerbsmäßige sexuelle Ausbeutung von Kindern sowie anderer einschlägiger Beschlüsse und Empfehlungen zuständiger internationaler Organe durchzuführen,

unter gebührender Beachtung der Bedeutung der Traditionen und kulturellen Werte jedes Volkes für den Schutz und die harmonische Entwicklung des Kindes –

haben Folgendes vereinbart:

## Artikel 1

Die Vertragsstaaten verbieten den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie nach Maßgabe dieses Protokolls.

## Artikel 2

Im Sinne dieses Protokolls bedeutet

- a) „Verkauf von Kindern“ jede Handlung oder jedes Geschäft, mit denen ein Kind gegen Bezahlung oder für eine andere Gegenleistung von einer Person oder Personengruppe an eine andere übergeben wird;
  - b) „Kinderprostitution“ die Benutzung eines Kindes bei sexuellen Handlungen gegen Bezahlung oder jede andere Art der Gegenleistung;
  - c) „Kinderpornographie“ jede Darstellung eines Kindes, gleichviel durch welches Mittel, bei wirklichen oder simulierten eindeutigen sexuellen Handlungen oder jede Darstellung der Geschlechtsteile eines Kindes zu vorwiegend sexuellen Zwecken.
- b. der Übertragung von Organen des Kindes zur Erzielung von Gewinn;
  - c. der Heranziehung des Kindes zur Zwangsarbeit;
  - ii) als Vermittler, das unstatthafte Herbeiführen der Zustimmung zur Adoption eines Kindes unter Verstoß gegen die anwendbaren internationalen Übereinkünfte betreffend die Adoption;
  - b) das Anbieten, Beschaffen, Vermitteln oder Bereitstellen eines Kindes zur Kinderprostitution im Sinne des Artikels 2;
  - c) das Herstellen, Vertreiben, Verbreiten, Einführen, Ausführen, Anbieten, Verkaufen oder Besitzen von Kinderpornographie im Sinne des Artikels 2 zu den genannten Zwecken.

## Artikel 3

(1) Jeder Vertragsstaat stellt sicher, dass mindestens die folgenden Handlungen und Tätigkeiten in vollem Umfang von seinem Strafrecht erfasst werden, gleichviel ob diese Straftaten im Inland oder grenzüberschreitend von einem Einzelnen oder auf organisierte Weise begangen werden:

- a) in Bezug auf den Verkauf von Kindern im Sinne des Artikels 2:
  - i) das Anbieten, Übergeben oder Annehmen eines Kindes, gleichviel durch welches Mittel, zum Zwecke
    - a. der sexuellen Ausbeutung des Kindes;

(2) Vorbehaltlich der innerstaatlichen Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats gilt dies auch für den Versuch, eine dieser Handlungen zu begehen, sowie für die Mitäterschaft oder Teilnahme an einer dieser Handlungen.

(3) Jeder Vertragsstaat bedroht diese Straftaten mit angemessenen Strafen, die der Schwere der Taten Rechnung tragen.

(4) Vorbehaltlich seiner innerstaatlichen Rechtsvorschriften trifft jeder Vertragsstaat gegebenenfalls Maßnahmen, um die Verantwortlichkeit juristischer Personen für die Straftaten nach Absatz 1 zu begründen. Vorbehaltlich der Rechtsgrundsätze des Vertragsstaats kann diese Verantwortlichkeit juristischer Personen straf-, zivil- oder verwaltungsrechtlicher Natur sein.

(5) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten rechtlichen Maßnahmen und Verwaltungsmaßnahmen um sicherzustellen, dass alle an der Adoption eines Kindes beteiligten Personen im Einklang mit den anwendbaren internationalen Übereinkünften handeln.

## Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat trifft die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Straftaten zu begründen, wenn die Straftaten in seinem Hoheitsgebiet oder an Bord eines in diesem Staat eingetragenen Schiffes oder Luftfahrzeugs begangen worden sind.

(2) Jeder Vertragsstaat kann die notwendigen Maßnahmen treffen, um seine Gerichtsbarkeit über die in Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Straftaten in den folgenden Fällen zu begründen:

- a) wenn der Verdächtige ein Angehöriger dieses Staates ist oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt im Hoheitsgebiet dieses Staates hat;
- b) wenn das Opfer ein Angehöriger dieses Staates ist.

(3) Jeder Vertragsstaat trifft ferner die notwendigen Maßnahmen, um seine Gerichtsbarkeit über die genannten Straftaten zu begründen, wenn der Verdächtige sich in seinem Hoheitsgebiet befindet und er ihn nicht an einen anderen Vertragsstaat ausliefert, weil die Straftat von einem seiner Staatsangehörigen begangen worden ist.

(4) Dieses Protokoll schließt die Ausübung einer Strafgerichtsbarkeit nach innerstaatlichem Recht nicht aus.

## Artikel 5

(1) Die in Artikel 3 Absatz 1 bezeichneten Straftaten gelten als in jeden zwischen den Vertragsstaaten bestehenden Auslieferungsvertrag einbezogene auslieferungsfähige Straftaten und werden als auslieferungsfähige Straftaten in jeden später zwischen ihnen geschlossenen Auslieferungsvertrag im Einklang mit den in diesen Verträgen niedergelegten Bedingungen aufgenommen.

(2) Erhält ein Vertragsstaat, der die Auslieferung vom Bestehen eines Vertrags abhängig macht, ein Auslieferungsgesuchen von einem anderen Vertragsstaat, mit dem er keinen Auslieferungsvertrag hat, so kann er dieses Protokoll als Rechtsgrundlage für die Auslieferung in Bezug auf diese Straftaten ansehen. Die Auslieferung unterliegt den im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

(3) Vertragsstaaten, welche die Auslieferung nicht vom Bestehen eines Vertrags abhängig machen, erkennen unter sich diese Straftaten als auslieferungsfähige Straftaten an, vorbehaltlich der im Recht des ersuchten Staates vorgesehenen Bedingungen.

(4) Diese Straftaten werden für die Zwecke der Auslieferung zwischen Vertragsstaaten so behandelt, als seien sie nicht nur an dem Ort, an dem sie sich ereignet haben, sondern auch in den Hoheitsgebieten der Staaten begangen worden, die in Übereinstimmung mit Artikel 4 ihre Gerichtsbarkeit zu begründen haben.

(5) Wird in Bezug auf eine in Artikel 3 Absatz 1 beschriebene Straftat ein Auslieferungsgesuchen gestellt und liefert der ersuchte Vertragsstaat den Täter wegen seiner Staats-



angehörigkeit nicht aus oder will ihn deswegen nicht ausliefern, so trifft dieser Staat geeignete Maßnahmen, um den Fall seinen zuständigen Behörden zum Zweck der Strafverfolgung zu unterbreiten.

## Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten gewähren einander größtmögliche Hilfe im Zusammenhang mit Ermittlungen oder mit Straf- oder Auslieferungsverfahren, welche die in Artikel 3 Absatz 1 genannten Straftaten zum Gegenstand haben, einschließlich der Hilfe bei der Beschaffung der ihnen zur Verfügung stehenden und für das Verfahren notwendigen Beweismittel.

(2) Die Vertragsstaaten erfüllen ihre Verpflichtungen nach Absatz 1 im Einklang mit den gegebenen- falls zwischen ihnen bestehenden Verträgen oder sonstigen Vereinbarungen über Rechtshilfe. Bestehen solche Verträge oder Vereinbarungen nicht, so leisten die Vertragsstaaten einander Hilfe nach ihrem innerstaatlichen Recht.

## Artikel 7

Vorbehaltlich ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften werden die Vertragsstaaten

- a) Maßnahmen treffen, um gegebenenfalls die Beschlagnahme und Einziehung in Bezug auf Folgendes vorzusehen:
  - i) Gegenstände, wie Material, Vermögenswerte und andere Tatwerkzeuge, die verwendet wurden, um Straftaten

nach diesem Protokoll zu begehen oder ihre Begehung zu erleichtern;<sup>1</sup>

- ii) Erträge aus solchen Straftaten;
- b) Ersuchen eines anderen Vertragsstaats um Beschlagnahme oder Einziehung der unter Buchstabe a bezeichneten Sachen oder Erträge nachkommen;
- c) Maßnahmen zur vorübergehenden oder endgültigen Schließung der Räumlichkeiten treffen, die zur Begehung solcher Straftaten benutzt wurden.

## Artikel 8

(1) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um die Rechte und das Wohl von Kindern, die Opfer von nach diesem Protokoll verbotenen Praktiken wurden, in allen Abschnitten des Strafverfahrens zu schützen, indem sie insbesondere

- a) die Verletzlichkeit kindlicher Opfer anerkennen und die Verfahren so anpassen, dass ihren besonderen Bedürfnissen, namentlich in ihrer Eigenschaft als Zeugen, Rechnung getragen wird;
- b) kindliche Opfer über ihre Rechte und ihre Rolle, über Umfang, zeitlichen Ablauf und Stand des Verfahrens sowie über die in ihrem Fall getroffene Entscheidung unterrichten;
- c) zulassen, dass die Ansichten, Bedürfnisse und Sorgen kindlicher Opfer in Verfahren, die ihre persönlichen Interessen berühren, in Übereinstimmung mit den Verfahrensvorschriften des

<sup>1</sup> Für die Schweiz gilt folgende Übersetzung: „i) Güter, wie Dokumente, Vermögenswerte und andere Hilfsmittel, die verwendet wurden, um Straftaten nach diesem Protokoll zu begehen oder ihre Begehung zu erleichtern.“

innerstaatlichen Rechts vorgetragen und geprüft werden;

- d) kindlichen Opfern während des gesamten Gerichtsverfahrens geeignete Hilfsdienste zur Verfügung stellen;
- e) die Privatsphäre und die Identität kindlicher Opfer erforderlichenfalls schützen und in Übereinstimmung mit dem innerstaatlichen Recht Maßnahmen treffen, um die Verbreitung von Informationen zu verhindern, die zur Identifikation kindlicher Opfer führen könnten;
- f) gegebenenfalls dafür Sorge tragen, dass kindliche Opfer und ihre Familien sowie Belastungszeugen vor Einschüchterung und Vergeltung sicher sind;
- g) unnötige Verzögerungen bei der Entscheidung von Fällen und der Durchführung von Beschlüssen oder Entscheidungen vermeiden, mit denen kindlichen Opfern eine Entschädigung gewährt wird.

(2) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass Ungewissheit in Bezug auf das tatsächliche Alter des Opfers die Einleitung strafrechtlicher Ermittlungen, einschließlich Ermittlungen zur Feststellung des Alters des Opfers, nicht verhindert.

(3) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass in Strafverfahren mit Beteiligung von Kindern, die Opfer der in diesem Protokoll genannten Straftaten geworden sind, das Wohl des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt ist.

(4) Die Vertragsstaaten treffen Maßnahmen, um eine geeignete, insbesondere juristische und psychologische Ausbildung der Personen sicherzustellen, die mit Opfern von

nach diesem Protokoll verbotenen Straftaten arbeiten.

(5) Die Vertragsstaaten treffen gegebenenfalls Maßnahmen, um die Sicherheit und Unversehrtheit der Personen und/oder Organisationen zu gewährleisten, die an der Verhütung solcher Straftaten und/oder am Schutz und an der Rehabilitation ihrer Opfer beteiligt sind.

(6) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt er das Recht des Beschuldigten auf ein faires und unparteiisches Verfahren oder als sei er mit diesem Recht unvereinbar.

## Artikel 9

(1) Die Vertragsstaaten werden Gesetze, Verwaltungsmaßnahmen sowie sozialpolitische Leitlinien und Programme zur Verhütung der in diesem Protokoll bezeichneten Straftaten beschließen oder verstärken, durchführen und bekannt machen. Besondere Beachtung ist dem Schutz von Kindern zu schenken, die durch diese Praktiken besonders gefährdet sind.

(2) Die Vertragsstaaten fördern durch Informationstätigkeit mit allen geeigneten Mitteln sowie durch Aufklärung und Schulung das Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit, einschließlich der Kinder, in Bezug auf vorbeugende Maßnahmen und schädliche Folgen der in diesem Protokoll bezeichneten Straftaten. Bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen nach diesem Artikel fördern die Vertragsstaaten die Mitwirkung der Gemeinschaft und insbesondere der

Kinder und kindlichen Opfer an solchen Informations-, Aufklärungs- und Schulungsprogrammen, einschließlich auf internationaler Ebene.

(3) Die Vertragsstaaten treffen alle durchführbaren Maßnahmen, um jede geeignete Hilfe für die Opfer solcher Straftaten sicherzustellen, einschließlich ihrer vollständigen sozialen Wiedereingliederung und ihrer vollständigen körperlichen und psychischen Genesung.

(4) Die Vertragsstaaten stellen sicher, dass alle kindlichen Opfer der in diesem Protokoll bezeichneten Straftaten Zugang zu Verfahren haben, die ihnen ermöglichen, ohne Diskriminierung von den gesetzlich Verantwortlichen Schadensersatz zu verlangen.

(5) Die Vertragsstaaten treffen geeignete Maßnahmen, um die Herstellung und Verbreitung von Material, mit dem für die in diesem Protokoll bezeichneten Straftaten geworben wird, wirksam zu verbieten.

## Artikel 10

(1) Die Vertragsstaaten unternehmen alle notwendigen Schritte zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, indem sie mehrseitige, regionale und zweiseitige Vereinbarungen schließen, um den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution, die Kinderpornographie und den Kindersextourismus zu verhüten und die für diese Handlungen Verantwortlichen aufzuspüren, gegen sie zu ermitteln, sie strafrechtlich zu verfolgen und zu bestrafen. Die Vertragsstaaten fördern ferner die internationale Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen ihren Behör-

den, den nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen sowie den internationalen Organisationen.

(2) Die Vertragsstaaten fördern die internationale Zusammenarbeit zur Unterstützung kindlicher Opfer bei ihrer körperlichen und psychischen Genesung sowie ihrer sozialen Wiedereingliederung und Rückführung in die Heimat.

(3) Die Vertragsstaaten fördern die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, um die tieferen Ursachen, wie Armut und Unterentwicklung, zu beseitigen, die zu der Gefährdung von Kindern durch den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und den Kindersextourismus beitragen.

(4) Die Vertragsstaaten, die dazu in der Lage sind, stellen im Rahmen bestehender mehrseitiger, regionaler, zweiseitiger oder anderer Programme finanzielle, technische oder andere Hilfe zur Verfügung.

## Artikel 11

Dieses Protokoll lässt zur Verwirklichung der Rechte des Kindes besser geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind

- a) im Recht eines Vertragsstaats oder
- b) in dem für diesen Staat geltenden Völkerrecht.

## Artikel 12

(1) Jeder Vertragsstaat legt dem Ausschuss für die Rechte des Kindes innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Proto-

kolls für den betreffenden Vertragsstaat einen Bericht mit umfassenden Angaben über die Maßnahmen vor, die er zur Durchführung des Protokolls getroffen hat.

(2) Nach Vorlegen des umfassenden Berichts nimmt jeder Vertragsstaat in die Berichte, die er dem Ausschuss für die Rechte des Kindes nach Artikel 44 des Übereinkommens vorlegt, alle weiteren Angaben in Bezug auf die Durchführung des Protokolls auf. Die anderen Vertragsstaaten des Protokolls legen alle fünf Jahre einen Bericht vor.

(3) Der Ausschuss für die Rechte des Kindes kann die Vertragsstaaten um weitere Angaben über die Durchführung des Protokolls ersuchen.

### Artikel 13

(1) Dieses Protokoll liegt für alle Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind oder es unterzeichnet haben, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation und steht allen Staaten, die Vertragsparteien des Übereinkommens sind oder es unterzeichnet haben, zum Beitritt offen. Die Ratifikations- oder Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

### Artikel 14

(1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll nach seinem Inkrafttreten ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es einen Monat nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

### Artikel 15

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen; der Generalsekretär unterrichtet sodann die übrigen Vertragsstaaten des Übereinkommens und alle Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Die Kündigung enthebt den Vertragsstaat in Bezug auf Straftaten, die sich vor dem Wirksamwerden der Kündigung ereignet haben, nicht seiner Verpflichtungen aus diesem Protokoll. Die Kündigung berührt auch nicht die weitere Prüfung einer Angelegenheit, mit welcher der Ausschuss bereits vor dem Wirksamwerden der Kündigung befasst war.

### Artikel 16

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung vorschlagen und sie beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt sodann den Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm mitzuteilen, ob sie eine Konferenz der Vertragsstaaten zur Beratung und Abstimmung über den

Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten eine solche Konferenz, so beruft der Generalsekretär die Konferenz unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von der Mehrheit der auf der Konferenz anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten angenommen wird, wird der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Billigung vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 angenommene Änderung tritt in Kraft, wenn sie von der Generalversammlung gebilligt und von einer Zweidrittelmehrheit der Vertragsstaaten angenommen worden ist.

(3) Tritt eine Änderung in Kraft, so ist sie für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich, während für die anderen Vertragsstaaten weiterhin die Bestimmungen dieses Protokolls und alle früher von ihnen angenommenen Änderungen gelten.

## Artikel 17

(1) Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Vertragsstaaten des Übereinkommens und allen Staaten, die das Übereinkommen unterzeichnet haben, beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.

# V.

## Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend ein Mitteilungsverfahren

Die Vertragsstaaten dieses Protokolls –

in der Erwägung, dass nach den in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsätzen die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft innewohnenden Würde und der Gleichheit und Unveräußerlichkeit ihrer Rechte die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden in der Welt bildet,

davon Kenntnis nehmend, dass die Vertragsstaaten des Übereinkommens über die Rechte des Kindes (im Folgenden als „Übereinkommen“ bezeichnet) die darin festgelegten Rechte für jedes ihrer Hoheitsgewalt unterstehende Kind ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, dem Vermögen, einer Behinderung, der Geburt oder dem sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds anerkennen,

bekräftigend, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten allgemein gültig und unteilbar sind, einander bedingen und miteinander verknüpft sind,

außerdem in Bekräftigung des Status des Kindes als Träger von Rechten und als Mensch mit Würde und sich entwickelnden Fähigkeiten,

in der Erkenntnis, dass die besondere und abhängige Situation von Kindern ihnen beim Einlegen von Rechtsbehelfen wegen einer Verletzung ihrer Rechte erhebliche Schwierigkeiten bereiten kann,

in der Erwägung, dass dieses Protokoll die nationalen und regionalen Mechanismen verstärken und ergänzen wird, die es Kindern ermöglichen, Beschwerden wegen einer Verletzung ihrer Rechte einzulegen,

in der Erkenntnis, dass das Wohl des Kindes beim Einlegen von Rechtsbehelfen wegen einer Verletzung der Rechte des Kindes ein vorrangig zu berücksichtigender Gesichtspunkt sein sollte und dass dabei auf allen Ebenen der Notwendigkeit kindgerechter Verfahren Rechnung getragen werden sollte,

die Vertragsstaaten dazu ermutigend, geeignete nationale Mechanismen einzurichten, um einem Kind, dessen Rechte verletzt wurden, den Zugang zu wirksamen Rechtsbehelfen auf innerstaatlicher Ebene zu ermöglichen,

unter Hinweis auf die wichtige Rolle, die die nationalen Menschenrechtsinstitutionen und andere mit der Förderung und dem Schutz der Rechte des Kindes betraute zuständige Fachinstitutionen in dieser Hinsicht spielen können,

in der Erwägung, dass es zur Verstärkung und Ergänzung dieser nationalen Mechanismen und zur weiteren Verbesserung der Durchführung des Übereinkommens und gegebenenfalls der dazugehörigen Fakultativprotokolle betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie sowie betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten angebracht wäre, dem Ausschuss für die Rechte des Kindes (im Folgenden als „Ausschuss“ bezeichnet) die Wahrnehmung der in diesem Protokoll vorgesehenen Aufgaben zu ermöglichen –

haben Folgendes vereinbart:

## Teil I

### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 1

##### **Zuständigkeit des Ausschusses für die Rechte des Kindes**

- (1) Ein Vertragsstaat dieses Protokolls erkennt die in diesem Protokoll vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses an.
- (2) Der Ausschuss übt seine Zuständigkeit gegenüber einem Vertragsstaat dieses Protokolls nicht in Angelegenheiten aus, die die Verletzung von Rechten aus einer Übereinkunft betreffen, der dieser Staat nicht als Vertragspartei angehört.
- (3) Der Ausschuss nimmt keine Mitteilung entgegen, die einen Staat betrifft, der nicht Vertragspartei dieses Protokolls ist.

#### Artikel 2

##### **Allgemeine Grundsätze für die Wahrnehmung der Aufgaben des Ausschusses**

Bei der Erfüllung der ihm durch dieses Protokoll übertragenen Aufgaben lässt sich der Ausschuss vom Grundsatz des Wohls des Kindes leiten. Er trägt außerdem den Rechten sowie der Meinung des Kindes Rechnung, wobei die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend dem Alter und der Reife des Kindes zu berücksichtigen ist.

## Artikel 3

### Verfahrensordnung

(1) Der Ausschuss gibt sich eine Verfahrensordnung, die bei der Erfüllung der ihm durch dieses Protokoll übertragenen Aufgaben zu beachten ist. Dabei berücksichtigt er insbesondere Artikel 2, um zu gewährleisten, dass die Verfahren kindgerecht sind.

(2) Der Ausschuss nimmt in seine Verfahrensordnung Schutzbestimmungen auf, um einer Manipulation des Kindes durch diejenigen, die in seinem Namen handeln, vorzubeugen; er kann die Prüfung jeder Mitteilung ablehnen, die seiner Auffassung nach nicht dem Wohl des Kindes entspricht.

## Artikel 4

### Schutzmaßnahmen

(1) Ein Vertragsstaat trifft alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, dass seiner Hoheitsgewalt unterstehende Einzelpersonen nicht infolge einer Mitteilung an oder einer Zusammenarbeit mit dem Ausschuss einer Menschenrechtsverletzung, Misshandlung oder Einschüchterung ausgesetzt werden.

(2) Die Identität einer betroffenen Einzelperson oder Personengruppe darf ohne deren ausdrückliche Zustimmung nicht öffentlich bekannt gemacht werden.

## Teil II

### Mitteilungsverfahren

## Artikel 5

### Mitteilungen von Einzelpersonen

(1) Mitteilungen können von oder im Namen einer der Hoheitsgewalt eines Vertragsstaats unterstehenden Einzelperson oder Personengruppe eingereicht werden, die behauptet, Opfer einer Verletzung eines Rechts aus einer der nachstehenden Übereinkünfte, denen der Staat als Vertragspartei angehört, durch diesen Vertragsstaat zu sein:

- a) dem Übereinkommen;
- b) dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie;
- c) dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten.

(2) Wird eine Mitteilung im Namen einer Einzelperson oder Personengruppe eingereicht, so hat dies mit ihrer Zustimmung zu geschehen, es sei denn, der Verfasser kann rechtfertigen, ohne eine solche Zustimmung in ihrem Namen zu handeln.

## Artikel 6

### Vorläufige Maßnahmen

(1) Der Ausschuss kann jederzeit nach Eingang einer Mitteilung und bevor eine Entscheidung in der Sache selbst getroffen worden ist, dem betreffenden Vertrags-



staat ein Gesuch zur sofortigen Prüfung übermitteln, in dem er aufgefordert wird, die vorläufigen Maßnahmen zu treffen, die unter außergewöhnlichen Umständen gegebenenfalls erforderlich sind, um einen möglichen nicht wiedergutzumachenden Schaden für das oder die Opfer der behaupteten Verletzung abzuwenden.

(2) Übt der Ausschuss sein Ermessen nach Absatz 1 aus, so bedeutet das keine Entscheidung über die Zulässigkeit der Mitteilung oder in der Sache selbst.

## Artikel 7

### Zulässigkeit

Der Ausschuss erklärt eine Mitteilung für unzulässig,

- a) wenn sie anonym ist;
- b) wenn sie nicht schriftlich eingereicht wird;
- c) wenn sie einen Missbrauch des Rechts auf Einreichung solcher Mitteilungen darstellt oder mit den Bestimmungen des Übereinkommens und/oder der dazugehörigen Fakultativprotokolle unvereinbar ist;
- d) wenn dieselbe Sache bereits vom Ausschuss untersucht worden ist oder in einem anderen internationalen Untersuchungs- oder Streitregelungsverfahren geprüft worden ist oder geprüft wird;
- e) wenn nicht alle zur Verfügung stehenden innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft worden sind. Dies gilt nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung solcher Rechtsbehelfe unangemessen lange dauert oder keine wirksame Abhilfe erwarten lässt;

- f) wenn die Mitteilung offensichtlich unbegründet ist oder nicht hinreichend begründet wird;
- g) wenn die der Mitteilung zugrunde liegenden Tatsachen vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls für den betreffenden Vertragsstaat eingetreten sind, es sei denn, dass sie auch nach diesem Zeitpunkt weiterbestehen;
- h) wenn die Mitteilung nicht innerhalb eines Jahres nach der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe eingereicht wird, außer in Fällen, in denen der Verfasser nachweisen kann, dass eine Einreichung innerhalb dieser Frist nicht möglich war.

## Artikel 8

### Übermittlung der Mitteilung

- (1) Sofern nicht der Ausschuss eine Mitteilung für unzulässig erachtet, ohne sich dabei an den betreffenden Vertragsstaat zu wenden, bringt er jede ihm nach diesem Protokoll zugegangene Mitteilung dem betreffenden Vertragsstaat so bald wie möglich vertraulich zur Kenntnis.
- (2) Der Vertragsstaat übermittelt dem Ausschuss schriftliche Erklärungen oder Darlegungen zur Klärung der Sache und der gegebenenfalls von ihm getroffenen Abhilfemaßnahmen. Der Vertragsstaat übermittelt seine Antwort so bald wie möglich innerhalb von sechs Monaten.

## Artikel 9

### Gütliche Einigung

(1) Der Ausschuss stellt den beteiligten Parteien seine guten Dienste zur Verfügung, um in der Sache eine gütliche Einigung auf der Grundlage der Achtung der in dem Übereinkommen und/oder den dazugehörigen Fakultativprotokollen niedergelegten Verpflichtungen herbeizuführen.

(2) Mit Zustandekommen einer gütlichen Einigung unter der Ägide des Ausschusses wird die Prüfung der Mitteilung nach diesem Protokoll eingestellt.

## Artikel 10

### Prüfung der Mitteilungen

(1) Der Ausschuss prüft die ihm nach diesem Protokoll zugegangenen Mitteilungen so schnell wie möglich unter Berücksichtigung aller ihm unterbreiteten Unterlagen, wobei diese Unterlagen den betreffenden Parteien zuzuleiten sind.

(2) Der Ausschuss berät über die ihm nach diesem Protokoll zugegangenen Mitteilungen in nichtöffentlicher Sitzung.

(3) Hat der Ausschuss um vorläufige Maßnahmen ersucht, führt er die Prüfung der Mitteilung beschleunigt durch.

(4) Bei der Prüfung von Mitteilungen, in denen Verletzungen wirtschaftlicher, sozialer oder kultureller Rechte behauptet werden, prüft der Ausschuss die Angemessenheit der von dem Vertragsstaat im

Einklang mit Artikel 4 des Übereinkommens getroffenen Maßnahmen. Dabei berücksichtigt der Ausschuss, dass der Vertragsstaat zur Verwirklichung der in dem Übereinkommen niedergelegten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte eine Reihe möglicher Maßnahmen treffen kann.

(5) Nachdem der Ausschuss eine Mitteilung geprüft hat, übermittelt er den betreffenden Parteien umgehend seine Auffassungen zusammen mit etwaigen Empfehlungen.

## Artikel 11

### Folgemaßnahmen

(1) Der Vertragsstaat zieht die Auffassungen des Ausschusses zusammen mit etwaigen Empfehlungen gebührend in Erwägung und unterbreitet dem Ausschuss eine schriftliche Antwort, einschließlich Angaben über alle unter Berücksichtigung der Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses getroffenen und ins Auge gefassten Maßnahmen. Der Vertragsstaat übermittelt seine Antwort so bald wie möglich innerhalb von sechs Monaten.

(2) Der Ausschuss kann den Vertragsstaat auffordern, weitere Angaben über alle Maßnahmen vorzulegen, die der Vertragsstaat als Reaktion auf die Auffassungen oder Empfehlungen des Ausschusses getroffen hat, oder gegebenenfalls über die Anwendung einer Vereinbarung zur gütlichen Einigung; soweit es vom Ausschuss als geeignet erachtet wird, schließt dies auch Angaben in den späteren Berichten des Vertragsstaats nach Artikel 44 des Übereinkommens, nach Artikel 12 des Fakultativ-

protokolls zum Übereinkommen betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie oder nach Artikel 8 des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten ein.

## Artikel 12

### Zwischenstaatliche Mitteilungen

(1) Ein Vertragsstaat dieses Protokolls kann jederzeit erklären, dass er die Zuständigkeit des Ausschusses für die Entgegennahme und Prüfung von Mitteilungen anerkennt, in denen ein Vertragsstaat geltend macht, ein anderer Vertragsstaat komme seinen Verpflichtungen aus einer der folgenden Übereinkünfte, deren Vertragspartei er ist, nicht nach:

- a) dem Übereinkommen;
- b) dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie;
- c) dem Fakultativprotokoll zum Übereinkommen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten.

(2) Der Ausschuss darf keine Mitteilungen entgegennehmen, die einen Vertragsstaat betreffen oder von einem Vertragsstaat ausgehen, der keine derartige Erklärung abgegeben hat.

(3) Der Ausschuss stellt den beteiligten Vertragsstaaten seine guten Dienste zur Verfügung, um in der Sache eine gütliche Regelung auf der Grundlage der Achtung der in dem Übereinkommen und den dazugehörigen Fakultativprotokollen niedergelegten Verpflichtungen herbeizuführen.

(4) Eine Erklärung nach Absatz 1 wird von den Vertragsstaaten beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt; dieser übermittelt den anderen Vertragsstaaten Abschriften davon. Eine Erklärung kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Eine solche Rücknahme berührt nicht die Prüfung einer Sache, die Gegenstand einer nach diesem Artikel bereits übermittelten Mitteilung ist; nach Eingang der Notifikation über die Rücknahme der Erklärung beim Generalsekretär wird keine weitere Mitteilung eines Vertragsstaats entgegengenommen, es sei denn, dass der betroffene Vertragsstaat eine neue Erklärung abgegeben hat.

## Teil III

### Untersuchungsverfahren

#### Artikel 13

#### Untersuchungsverfahren im Falle schwerwiegender oder systematischer Verletzungen

(1) Erhält der Ausschuss glaubhafte Angaben, die auf schwerwiegende oder systematische Verletzungen der in dem Übereinkommen oder den dazugehörigen Fakultativprotokollen betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie oder betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten niedergelegten Rechte durch einen Vertragsstaat hinweisen, so fordert der Ausschuss den Vertragsstaat auf, bei der Prüfung dieser Angaben mitzuwirken und zu diesem Zweck umgehend zu den Angaben Stellung zu nehmen.

(2) Der Ausschuss kann unter Berücksichtigung der von dem betreffenden Vertragsstaat abgegebenen Stellungnahmen sowie aller sonstigen ihm zur Verfügung stehenden glaubhaften Angaben eines oder mehrerer seiner Mitglieder beauftragen, eine Untersuchung durchzuführen und ihm sofort zu berichten. Sofern geboten, kann die Untersuchung mit Zustimmung des Vertragsstaats einen Besuch in seinem Hoheitsgebiet einschließen.

(3) Eine solche Untersuchung ist vertraulich durchzuführen; die Mitwirkung des Vertragsstaats ist auf allen Verfahrensstufen anzustreben.

(4) Nachdem der Ausschuss die Ergebnisse einer solchen Untersuchung geprüft hat, übermittelt er sie zusammen mit etwaigen Bemerkungen und Empfehlungen umgehend dem betreffenden Vertragsstaat.

(5) Der Vertragsstaat unterbreitet so bald wie möglich innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der vom Ausschuss übermittelten Ergebnisse, Bemerkungen und Empfehlungen dem Ausschuss seine Stellungnahmen.

(6) Nachdem das Verfahren hinsichtlich einer Untersuchung gemäß Absatz 2 abgeschlossen ist, kann der Ausschuss nach Konsultation des betreffenden Vertragsstaats beschließen, eine Zusammenfassung der Ergebnisse des Verfahrens in seinen in Artikel 16 vorgesehenen Bericht aufzunehmen.

(7) Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation dieses Protokolls oder seines Beitritts dazu erklären, dass er die in diesem Artikel vorgesehene Zuständigkeit des Ausschusses bezüglich der Rechte, die in einigen oder allen der in Absatz 1 genannten Übereinkünfte niedergelegt sind, nicht anerkennt.

(8) Jeder Vertragsstaat, der eine Erklärung nach Absatz 7 abgegeben hat, kann diese Erklärung jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurücknehmen.

## Artikel 14

### Folgebmaßnahmen nach dem Untersuchungsverfahren

(1) Sofern erforderlich, kann der Ausschuss nach Ablauf des in Artikel 13 Absatz 5 genannten Zeitraums von sechs Monaten den betreffenden Vertragsstaat auffordern, ihn über die Maßnahmen zu unterrichten, die als Reaktion auf eine nach Artikel 13 durchgeführte Untersuchung getroffen oder ins Auge gefasst wurden.

(2) Der Ausschuss kann den Vertragsstaat auffordern, weitere Angaben über alle Maßnahmen vorzulegen, die der Vertragsstaat als Reaktion auf eine nach Artikel 13 durchgeführte Untersuchung getroffen hat; soweit es vom Ausschuss als geeignet erachtet wird, schließt dies auch Angaben in den späteren Berichten des Vertragsstaats nach Artikel 44 des Übereinkommens, nach Artikel 12 des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie oder nach Artikel 8 des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten ein.

## Teil IV

### Schlussbestimmungen

## Artikel 15

### Internationale Unterstützung und Zusammenarbeit

(1) Der Ausschuss kann mit Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats den Sonderorganisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen und anderen zuständigen Stellen seine Auffassungen oder Empfehlungen zu Mitteilungen und Untersuchungen, die einen Bedarf an fachlicher Beratung oder Unterstützung erkennen lassen, übermitteln und etwaige Stellungnahmen und Vorschläge des Vertragsstaats zu den Auffassungen oder Empfehlungen beifügen.

(2) Der Ausschuss kann diesen Stellen außerdem mit Zustimmung des betreffenden Vertragsstaats alles aus den nach diesem Protokoll geprüften Mitteilungen zur Kenntnis bringen, was ihnen helfen kann, in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich über die Zweckmäßigkeit internationaler Maßnahmen zu entscheiden, die den Vertragsstaaten dabei behilflich sein können, Fortschritte bei der Verwirklichung der in dem Übereinkommen und/oder den dazugehörigen Fakultativprotokollen anerkannten Rechte zu erzielen.

## Artikel 16

### Bericht an die Generalversammlung

Der Ausschuss nimmt in seinen nach Artikel 44 Absatz 5 des Übereinkommens alle zwei Jahre der Generalversammlung vorzulegenden Bericht eine Zusammenfassung seiner Tätigkeit nach diesem Protokoll auf.

## Artikel 17

### Verbreitung des Fakultativprotokolls und Informationen über das Fakultativprotokoll

Jeder Vertragsstaat verpflichtet sich, dieses Protokoll weithin bekannt zu machen und zu verbreiten und Erwachsenen wie auch Kindern, einschließlich solcher mit Behinderungen, durch geeignete und wirksame Mittel und in barrierefreien Formaten den Zugang zu Informationen über die Auffassungen und Empfehlungen des Ausschusses zu erleichtern, insbesondere in Sachen, die den Vertragsstaat betreffen.

## Artikel 18

### Unterzeichnung, Ratifikation und Beitritt

(1) Dieses Protokoll liegt für jeden Staat, der das Übereinkommen oder eines der ersten beiden dazugehörigen Fakultativprotokolle unterzeichnet oder ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Protokoll bedarf der Ratifikation, die von allen Staaten vorgenommen werden

kann, die das Übereinkommen oder eines der ersten beiden dazugehörigen Fakultativprotokolle ratifiziert haben oder ihm beigetreten sind. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(3) Dieses Protokoll steht jedem Staat, der das Übereinkommen oder eines der ersten beiden dazugehörigen Fakultativprotokolle ratifiziert hat oder ihm beigetreten ist, zum Beitritt offen.

(4) Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

## Artikel 19

### Inkrafttreten

(1) Dieses Protokoll tritt drei Monate nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der dieses Protokoll nach Hinterlegung der zehnten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde ratifiziert oder ihm beitrifft, tritt es drei Monate nach Hinterlegung seiner eigenen Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

## Artikel 20

### Nach dem Inkrafttreten begangene Verletzungen

(1) Der Ausschuss ist nur zuständig für Verletzungen eines in dem Übereinkommen und/oder den ersten beiden dazu-

gehörigen Fakultativprotokollen niedergelegten Rechts durch den Vertragsstaat, die nach dem Inkrafttreten dieses Protokolls begangen werden.

(2) Wird ein Staat nach Inkrafttreten dieses Protokolls dessen Vertragspartei, so betreffen seine Verpflichtungen gegenüber dem Ausschuss nur Verletzungen eines in dem Übereinkommen und/oder den ersten beiden dazugehörigen Fakultativprotokollen niedergelegten Rechts, die nach Inkrafttreten dieses Protokolls für den betreffenden Staat begangen wurden.

## Artikel 21

### Änderungen

(1) Jeder Vertragsstaat kann eine Änderung dieses Protokolls vorschlagen und beim Generalsekretär der Vereinten Nationen einreichen. Der Generalsekretär übermittelt jeden Änderungsvorschlag den Vertragsstaaten mit der Aufforderung, ihm zu notifizieren, ob sie die Einberufung eines Treffens der Vertragsstaaten zur Beratung und Entscheidung über den Vorschlag befürworten. Befürwortet innerhalb von vier Monaten nach dem Datum der Übermittlung wenigstens ein Drittel der Vertragsstaaten ein solches Treffen, so beruft der Generalsekretär das Treffen unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen ein. Jede Änderung, die von einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden und abstimmenden Vertragsstaaten beschlossen wird, wird vom Generalsekretär der Generalversammlung zur Genehmigung und danach allen Vertragsstaaten zur Annahme vorgelegt.

(2) Eine nach Absatz 1 beschlossene und genehmigte Änderung tritt am dreißigsten Tag nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Anzahl der hinterlegten Annahmearkunden zwei Drittel der Anzahl der Vertragsstaaten zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über die Änderung erreicht. Danach tritt die Änderung für jeden Vertragsstaat am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner eigenen Annahmearkunde in Kraft. Eine Änderung ist nur für die Vertragsstaaten, die sie angenommen haben, verbindlich.

## Artikel 22

### Kündigung

(1) Jeder Vertragsstaat kann dieses Protokoll jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation kündigen. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär wirksam.

(2) Die Kündigung berührt nicht die weitere Anwendung dieses Protokolls auf Mitteilungen nach Artikel 5 oder 12 oder Untersuchungen nach Artikel 13, die vor dem Wirksamwerden der Kündigung eingegangen oder begonnen worden sind.

## Artikel 23

### Verwahrer und Unterrichtung durch den Generalsekretär

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen ist Verwahrer dieses Protokolls.

- (2) Der Generalsekretär unterrichtet alle Staaten von
- a) den Unterzeichnungen, Ratifikationen und Beitritten nach diesem Protokoll;
  - b) dem Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Protokolls und seiner Änderungen nach Artikel 21;
  - c) Kündigungen nach Artikel 22.

## Artikel 24

### Sprachen

- (1) Dieses Protokoll, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird im Archiv der Vereinten Nationen hinterlegt.
- (2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelt allen Staaten beglaubigte Abschriften dieses Protokolls.



Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung;  
sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

**Herausgeber:**

Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
Referat Öffentlichkeitsarbeit  
11018 Berlin  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)



**Bezugsstelle:**

Publikationsversand der Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 030 182722721  
Fax: 030 18102722721  
Gebärdentelefon: [gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de](mailto:gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de)  
E-Mail: [publikationen@bundesregierung.de](mailto:publikationen@bundesregierung.de)  
[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 030 20179130

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

Fax: 030 18555-4400

E-Mail: [info@bmfsfjservice.bund.de](mailto:info@bmfsfjservice.bund.de)

Einheitliche Behördennummer: 115\*

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: [115@gebaerdentelefon.d115.de](mailto:115@gebaerdentelefon.d115.de)

**Artikelnummer:** 5BR90

**Stand:** November 2014, 5. Auflage

**Gestaltung:** [www.avitamin.de](http://www.avitamin.de)

**Bildnachweis Frau Schwesig:** Bundesregierung/Denzel

**Bildnachweis:** Titelbild: [www.gettyimages.de/](http://www.gettyimages.de/)© George Doyle

**Druck:** Silber Druck oHG, Niestetal

\* Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung. Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter [www.115.de](http://www.115.de).



## ÜBEREINKOMMEN ÜBER DIE ZUSTÄNDIGKEIT DER BEHÖRDEN UND DAS ANZUWENDENDE RECHT AUF DEM GEBIET DES SCHUTZES VON MINDERJÄHRIGEN\* <sup>1</sup>

vom 5. Oktober 1961

Die Unterzeichnerstaaten dieses Übereinkommens -

in dem Wunsch, gemeinsame Bestimmungen über die Zuständigkeit der Behörden und über das anzuwendende Recht auf dem Gebiet des Schutzes von Minderjährigen festzulegen;

haben beschlossen, zu diesem Zweck ein Übereinkommen zu schließen, und haben die folgenden Bestimmungen vereinbart:

### **Artikel 1**

Die Behörden, seien es Gerichte oder Verwaltungsbehörden, des Staates, in dem ein Minderjähriger seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, sind vorbehaltlich der Bestimmungen der Artikel 3, 4 und 5 Absatz 3 dafür zuständig, Maßnahmen zum Schutz der Person und des Vermögens des Minderjährigen zu treffen.

### **Artikel 2**

(1) Die nach Artikel 1 zuständigen Behörden haben die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Maßnahmen zu treffen.

(2) Dieses Recht bestimmt die Voraussetzungen für die Anordnung, die Änderung und die Beendigung dieser Maßnahmen. Es regelt auch deren Wirkungen sowohl im Verhältnis zwischen dem Minderjährigen und den Personen oder den Einrichtungen, denen er anvertraut ist, als auch im Verhältnis zu Dritten.

### **Artikel 3**

Ein Gewaltverhältnis, das nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, dem der Minderjährige angehört, kraft Gesetzes besteht, ist in allen Vertragsstaaten anzuerkennen.

---

\* Zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Österreich im Jahr 1965 abgestimmte Übersetzung.

<sup>1</sup> Dieses Übereinkommen, sowie diesbezügliche Dokumente sind auf der Internetseite der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht ([www.hcch.net](http://www.hcch.net)) in der Rubrik „Übereinkommen“ verfügbar. Weitere Informationen zur Geschichte des Übereinkommens finden Sie in *Conférence de La Haye de droit international privé, Actes et documents de la Neuvième session (1960)*, Tome IV, *Protection des mineurs* (253 pp.).

#### **Artikel 4**

(1) Sind die Behörden des Staates, dem der Minderjährige angehört, der Auffassung, daß das Wohl des Minderjährigen es erfordert, so können sie nach ihrem innerstaatlichen Recht zum Schutz der Person oder des Vermögens des Minderjährigen Maßnahmen treffen, nachdem sie die Behörden des Staates verständigt haben, in dem der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(2) Dieses Recht bestimmt die Voraussetzungen für die Anordnung, die Änderung und die Beendigung dieser Maßnahmen. Es regelt auch deren Wirkungen sowohl im Verhältnis zwischen dem Minderjährigen und den Personen oder den Einrichtungen, denen er anvertraut ist, als auch im Verhältnis zu Dritten.

(3) Für die Durchführung der getroffenen Maßnahmen haben die Behörden des Staates zu sorgen, dem der Minderjährige angehört.

(4) Dies nach den Absätzen 1 bis 3 getroffenen Maßnahmen treten an die Stelle von Maßnahmen, welche die Behörden des Staates getroffen haben, in dem der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat.

#### **Artikel 5**

(1) Wird der gewöhnliche Aufenthalt eines Minderjährigen aus einem Vertragsstaat in einen anderen verlegt, so bleiben die von den Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts getroffenen Maßnahmen so lange in Kraft, bis die Behörden des neuen gewöhnlichen Aufenthalts sie aufheben oder ersetzen.

(2) Die von den Behörden des Staates des früheren gewöhnlichen Aufenthalts getroffenen Maßnahmen dürfen erst nach vorheriger Verständigung dieser Behörden aufgehoben oder ersetzt werden.

(3) Wird der gewöhnliche Aufenthalt eines Minderjährigen, der unter dem Schutz der Behörden des Staates gestanden hat, dem er angehört, verlegt, so bleiben die von diesen nach ihrem innerstaatlichen Recht getroffenen Maßnahmen im Staate des neuen gewöhnlichen Aufenthalts in Kraft.

#### **Artikel 6**

(1) Die Behörden des Staates, dem der Minderjährige angehört, können im Einvernehmen mit den Behörden des Staates, in dem er seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder Vermögen besitzt, diesen die Durchführung der getroffenen Maßnahmen übertragen.

(2) Die gleiche Befugnis haben die Behörden des Staates, in dem der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, gegenüber den Behörden des Staates, in dem der Minderjährige Vermögen besitzt.

#### **Artikel 7**

Die Maßnahmen, welche die nach den vorstehenden Artikeln zuständigen Behörden getroffen haben, sind in allen Vertragsstaaten anzuerkennen. Erfordern diese Maßnahmen jedoch Vollstreckungshandlungen in einem anderen Staat als in dem, in welchem sie getroffen worden sind, so bestimmen sich ihre Anwendung und ihre Vollstreckung entweder nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, in dem die Vollstreckung beantragt wird, oder nach zwischenstaatlichen Übereinkünften.

## **Artikel 8**

(1) Die Artikel 3, 4 und 5 Absatz 3 schließen nicht aus, daß die Behörden des Staates, in dem der Minderjährige seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, Maßnahmen zum Schutz des Minderjährigen treffen, soweit er in seiner Person oder in seinem Vermögen ernstlich gefährdet ist.

(2) Die Behörden der anderen Vertragsstaaten sind nicht verpflichtet, diese Maßnahmen anzuerkennen.

## **Artikel 9**

(1) In allen dringenden Fällen haben die Behörden jedes Vertragsstaats, in dessen Hoheitsgebiet sich der Minderjährige oder ihm gehörendes Vermögen befindet, die notwendigen Schutzmaßnahmen zu treffen.

(2) Die nach Absatz 1 getroffenen Maßnahmen treten, soweit sie keine endgültigen Wirkungen hervorgebracht haben, außer Kraft, sobald die nach diesem Übereinkommen zuständigen Behörden die durch die Umstände gebotenen Maßnahmen getroffen haben.

## **Artikel 10**

Um die Fortdauer der dem Minderjährigen zuteil gewordenen Betreuung zu sichern, haben die Behörden eines Vertragsstaats nach Möglichkeit Maßnahmen erst dann zu treffen, nachdem sie einen Meinungsaustausch mit den Behörden der anderen Vertragsstaaten gepflogen haben, deren Entscheidungen noch wirksam sind.

## **Artikel 11**

(1) Die Behörden, die auf Grund dieses Übereinkommens Maßnahmen getroffen haben, haben dies unverzüglich den Behörden des Staates, dem der Minderjährige angehört, und gegebenenfalls den Behörden des Staates seines gewöhnlichen Aufenthalts mitzuteilen.

(2) Jeder Vertragsstaat bezeichnet die Behörden, welche die in Absatz 1 erwähnten Mitteilungen unmittelbar geben und empfangen können. Er notifiziert diese Bezeichnung dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten der Niederlande.

## **Artikel 12**

Als „Minderjähriger“ im Sinne dieses Übereinkommens ist anzusehen, wer sowohl nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, dem er angehört, als auch nach dem innerstaatlichen Recht des Staates seines gewöhnlichen Aufenthalts minderjährig ist.

## **Artikel 13**

(1) Dieses Übereinkommen ist auf alle Minderjährigen anzuwenden, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem der Vertragsstaaten haben.

(2) Die Zuständigkeiten, die nach diesem Übereinkommen den Behörden des Staates zukommen, dem der Minderjährige angehört, bleiben jedoch den Vertragsstaaten vorbehalten.

(3) Jeder Vertragsstaat kann sich vorbehalten, die Anwendung dieses Übereinkommens auf Minderjährige zu beschränken, die einem der Vertragsstaaten angehören.

#### **Artikel 14**

Stellt das innerstaatliche Recht des Staates, dem der Minderjährige angehört, keine einheitliche Rechtsordnung dar, so sind im Sinne dieses Übereinkommens als „innerstaatliches Recht des Staates, dem der Minderjährige angehört“ und als „Behörden des Staates, dem der Minderjährige angehört“ das Recht und die Behörden zu verstehen, die durch die im betreffenden Staat geltenden Vorschriften und, mangels solcher Vorschriften, durch die engste Bindung bestimmt werden, die der Minderjährige mit einer der Rechtsordnungen dieses Staates hat.

#### **Artikel 15**

(1) Jeder Vertragsstaat, dessen Behörden dazu berufen sind, über ein Begehren auf Nichtigkeitserklärung, Auflösung oder Lockerung des zwischen den Eltern eines Minderjährigen bestehenden Ehebandes zu entscheiden, kann sich die Zuständigkeit dieser Behörden für Maßnahmen zum Schutz der Person oder des Vermögens des Minderjährigen vorbehalten.

(2) Die Behörden der anderen Vertragsstaaten sind nicht verpflichtet, diese Maßnahmen anzuerkennen.

#### **Artikel 16**

Die Bestimmungen dieses Übereinkommens dürfen in den Vertragsstaaten nur dann unbeachtet bleiben, wenn ihre Anwendung mit der öffentlichen Ordnung offensichtlich unvereinbar ist.

#### **Artikel 17**

(1) Dieses Übereinkommen ist nur auf Maßnahmen anzuwenden, die nach seinem Inkrafttreten getroffen worden sind.

(2) Gewaltverhältnisse, die nach dem innerstaatlichen Recht des Staates, dem der Minderjährige angehört, kraft Gesetzes bestehen, sind vom Inkrafttreten des Übereinkommens an anzuerkennen.

#### **Artikel 18**

(1) Dieses Übereinkommen tritt im Verhältnis der Vertragsstaaten zueinander an die Stelle des am 12. Juni 1902 im Haag unterzeichneten Abkommens zur Regelung der Vormundschaft über Minderjährige.

(2) Es läßt die Bestimmungen anderer zwischenstaatlicher Übereinkünfte unberührt, die im Zeitpunkt seines Inkrafttretens zwischen den Vertragsstaaten gelten.

#### **Artikel 19**

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vertretenen Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Es bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden sind beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.

## **Artikel 20**

- (1) Dieses Übereinkommen tritt am sechzigsten Tag nach der in Artikel 19 Absatz 2 vorgesehenen Hinterlegung der dritten Ratifikationsurkunde in Kraft.
- (2) Das Übereinkommen tritt für jeden Unterzeichnerstaat, der es später ratifiziert, am sechzigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikationsurkunde in Kraft.

## **Artikel 21**

- (1) Jeder bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht nicht vertretene Staat kann diesem Übereinkommen beitreten, nachdem es gemäß Artikel 20 Absatz 1 in Kraft getreten ist. Die Beitrittsurkunde ist beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu hinterlegen.
- (2) Der Beitritt wirkt nur im Verhältnis zwischen dem beitretenden Staat und den Vertragsstaaten, die erklärt haben, diesen Beitritt anzunehmen. Die Annahmeerklärung ist dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.
- (3) Das Übereinkommen tritt zwischen dem beitretenden Staat und dem Staat, der diesen Beitritt anzunehmen erklärt hat, am sechzigsten Tag nach der in Absatz 2 vorgesehenen Notifikation in Kraft.

## **Artikel 22**

- (1) Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung, bei der Ratifizierung oder beim Beitritt erklären, daß dieses Übereinkommen auf alle oder auf einzelne der Hoheitsgebiete ausgedehnt werde, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt. Eine solche Erklärung wird wirksam, sobald das Übereinkommen für den Staat, der sie abgegeben hat, in Kraft tritt.
- (2) Später kann dieses Übereinkommen auf solche Hoheitsgebiete durch eine an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande gerichtete Notifikation ausgedehnt werden.
- (3) Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der das Übereinkommen unterzeichnet und ratifiziert hat, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Hoheitsgebiete gemäß Artikel 20 in Kraft. Wird die Erklärung über die Ausdehnung durch einen Staat abgegeben, der dem Übereinkommen beigetreten ist, so tritt das Übereinkommen für die in Betracht kommenden Hoheitsgebiete gemäß Artikel 21 in Kraft.

## **Artikel 23**

- (1) Jeder Staat kann spätestens bei der Ratifizierung oder beim Beitritt die in den Artikeln 13 Absatz 3 und Artikel 15 Absatz 1 vorgesehenen Vorbehalte erklären. Andere Vorbehalte sind nicht zulässig.
- (2) Ebenso kann jeder Vertragsstaat bei der Notifikation einer Ausdehnung des Übereinkommens gemäß Artikel 22 diese Vorbehalte für alle oder einzelne der Hoheitsgebiete, auf die sich die Ausdehnung erstreckt, erklären.
- (3) Jeder Vertragsstaat kann einen Vorbehalt, den er erklärt hat, jederzeit zurückziehen. Diese Zurückziehung ist dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

(4) Die Wirkung des Vorbehalts erlischt am sechzigsten Tag nach der in Absatz 3 vorgesehenen Notifikation.

#### **Artikel 24**

(1) Dieses Übereinkommen gilt für die Dauer von fünf Jahren, gerechnet von seinem Inkrafttreten gemäß Artikel 20 Absatz 1, und zwar auch für Staaten, die es später ratifiziert haben oder ihm später beigetreten sind.

(2) Die Geltungsdauer des Übereinkommens verlängert sich, außer im Fall der Kündigung, stillschweigend um jeweils fünf Jahre.

(3) Die Kündigung ist spätestens sechs Monate, bevor der Zeitraum von fünf Jahren jeweils abläuft, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande zu notifizieren.

(4) Sie kann sich auf bestimmte Hoheitsgebiete, auf die das Übereinkommen anzuwenden ist, beschränken.

(5) Die Kündigung wirkt nur für den Staat, der sie notifiziert hat. Für die anderen Vertragsstaaten bleibt das Übereinkommen in Kraft.

#### **Artikel 25**

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Niederlande notifiziert den in Artikel 19 bezeichneten Staaten sowie den Staaten, die gemäß Artikel 21 beigetreten sind:

- a) die Notifikationen gemäß Artikel 11 Absatz 2;
- b) die Unterzeichnungen und die Ratifikationen gemäß Artikel 19;
- c) den Tag, an dem dieses Übereinkommen gemäß Artikel 20 Absatz 1 in Kraft tritt;
- d) die Beitritts- und die Annahmeerklärungen gemäß Artikel 21 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
- e) die Erklärungen über die Ausdehnung gemäß Artikel 22 sowie den Tag, an dem sie wirksam werden;
- f) die Vorbehalte und die Zurückziehung von Vorbehalten gemäß Artikel 23;
- g) die Kündigungen gemäß Artikel 24 Absatz 3.

Zu Urkund dessen haben die gehörig bevollmächtigten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen in Den Haag am 5. Oktober 1961 in einer Urschrift, die im Archiv der Regierung der Niederlande hinterlegt und von der bei der Neunten Tagung der Haager Konferenz für Internationales Privatrecht vertretenen Staaten eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Weg übermittelt wird.



# Vorläufige Inobhutnahme – Was ändert sich zum 01.11.2015?

## Eine Arbeitshilfe des Bundesfachverbands UMF über das Gesetz und die Gesetzesbegründung

Aufgrund der großen Nachfrage gibt der Bundesfachverband UMF einen Überblick über das neue Verfahren zur vorläufigen Inobhutnahme und der Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Die Arbeitshilfe enthält keine Beurteilung des Gesetzes und orientiert sich stark an dem Wortlaut des Gesetzes. Auch werden keine Auskünfte über eine fachliche Begleitung und Ausgestaltung des Verfahrens getroffen. Wir übernehmen keine Gewähr für die korrekte Darstellung der Abläufe, die im Einzelnen von dem hier vorgestellten Schema abweichen können.

### 1. Verpflichtung zur Inobhutnahme

Wie bisher hat das Jugendamt ab dem 01.11.2015 die Verpflichtung, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in seine Obhut zu nehmen. Die vorläufige Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII greift, wenn die Einreise in die Bundesrepublik festgestellt wird. Diese umfasst auch wie bisher die Befugnis, ein Kind oder einen Jugendlichen bei einer geeigneten Person, in einer geeigneten Einrichtung oder in einer sonstigen Wohnform vorläufig unterzubringen. Ebenfalls gilt, dass dem Kind oder dem Jugendlichen unverzüglich Gelegenheit zu geben ist, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen. Das Jugendamt hat während der vorläufigen Inobhutnahme für das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen zu sorgen und dabei den notwendigen Unterhalt und die Krankenhilfe sicherzustellen. Neu ist, dass das Jugendamt im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII nicht den Klärungsauftrag nach § 42 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII hat, welcher eine umfangreiche Klärung der Situation und die Suche nach geeigneten Hilfen umfasst.

### 2. Was wird im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme geprüft?

Vielmehr ist der Klärungsauftrag nach § 42a Abs. 2 SGB VIII wesentlich enger gefasst: Das Jugendamt hat während der vorläufigen Inobhutnahme zusammen mit dem Kind oder dem Jugendlichen fünf zentrale Punkte einzuschätzen:

1. Würde das Wohl des Minderjährigen durch die Durchführung des Verteilungsverfahrens gefährdet, im Hinblick sowohl auf die physische als auch auf die psychische Belastung? (S. 23 Gesetzesbegründung)
2. Halten sich verwandte Person im Inland oder im Ausland auf?
3. Erfordert das Wohl des Minderjährigen eine gemeinsame Inobhutnahme mit Geschwistern oder anderen unbegleiteten ausländischen Kindern oder Jugendlichen?
4. Schließt der Gesundheitszustand des Minderjährigen die Durchführung des Verteilungsverfahrens innerhalb von 14 Werktagen nach Beginn der vorläufigen Inobhutnahme aus? Hierzu soll eine ärztliche Stellungnahme eingeholt werden.
5. Alterseinschätzung (s.u.)



Wenn keine Gründe gegen die Verteilung des Minderjährigen sprechen, meldet das Jugendamt den Minderjährigen zur Verteilung an. Verweigert sich das Kind oder der Jugendliche der Durchführung eines Verteilungsverfahrens und ist aufgrund seines seelischen Zustands zu befürchten, dass eine Durchführung der Verteilung entgegen dieser starken Ablehnungshaltung mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer (Re-)Traumatisierung führen kann, dann ist beispielsweise von der Durchführung des Verteilungsverfahrens abzusehen, so die Gesetzesbegründung (S. 24).

### **3. Die rechtliche Vertretung während der vorl. Inobhutnahme**

Problematisch ist die Frage der rechtlichen Vertretung während der vorläufigen Inobhutnahme. Zwar ist laut Gesetzesbegründung (S.34f) das Jugendamt kraft öffentlichen Rechts verpflichtet und befugt, während der vorläufigen Inobhutnahme die Vertretung des Minderjährigen zu übernehmen, um die Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder Jugendlichen notwendig sind. Bei der Wahrnehmung der Vertretung muss aber der mutmaßliche Wille der Personen- oder des Erziehungsberechtigten angemessen Berücksichtigung finden. Das Kind oder der Jugendliche ist zu beteiligen, d.h. er ist über die Vertretung zu informieren und hinsichtlich aller seine Person betreffenden Fragen einzubeziehen.

In der Gesetzesbegründung wird explizit darauf verwiesen, dass durch entsprechende organisatorische und personelle Vorkehrungen eine Kollision zwischen den Interessen des Jugendamtes als Vertretung des unbegleiteten Minderjährigen und als Behörde, die maßgebliche Entscheidungen im Hinblick auf die Altersfeststellung und Verteilung sowie die Durchführung von Maßnahmen und die Gewährung von Leistungen für das Kind oder den Jugendlichen zu treffen hat, zu verhindern ist.

Das Jugendamt wird durch die öffentlich-rechtliche Kompetenz zur Vertretung des Minderjährigen jedoch nicht zum Personensorgeberechtigten. Da die Wahrnehmung und Ausübung der Personensorge zur umfassenden und dauerhaften Sicherung des Kindeswohls unabdingbar ist, muss sichergestellt sein, dass anschließend möglichst zeitnah ein Vormund oder Pfleger bestellt wird.

Die rechtliche Vertretung wird zudem dadurch erschwert, dass gegen die Verteilungsentscheidungen kein Widerspruch stattfindet und eine Klage keine aufschiebende Wirkung hat.

### **4. Alterseinschätzung**

Im § 42f SGB VIII ist jetzt ein behördliches Verfahren zur Altersfeststellung aufgenommen worden. Dieses regelt, dass das Jugendamt im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme die Minderjährigkeit durch Einsichtnahme in die Ausweispapiere festzustellen oder hilfsweise mittels einer qualifizierten Inaugenscheinnahme einzuschätzen und festzustellen hat. Dabei gelten explizit sowohl § 8 Absatz 1 SGB VIII (*Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen. Sie sind in geeigneter Weise auf ihre Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.*) als auch § 42 Absatz 2 Satz 2 SGB VIII (*Dem Kind oder dem Jugendlichen ist unverzüglich Gelegenheit zu geben, eine Person seines Vertrauens zu benachrichtigen.*)

Das Jugendamt bedient sich dabei der Beweismittel, die es nach pflichtgemäßem Ermessen zur Ermittlung des Sachverhalts für erforderlich hält. In der Gesetzesbegründung wird explizit das Kindeswohl bzw. das Wohl der ausländischen Person als Maßstab zur Festsetzung des Alters festgelegt. Das bedeutet unter anderem, dass die Festsetzung unter Achtung ihrer Menschenwürde und ihrer körperlichen Integrität erfolgen muss. Ferner muss die Altersfeststellung auf der Grundlage



von Standards erfolgen, wie sie beispielsweise die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter in ihren „Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtigen“ auf ihrer 116. Arbeitstagung beschlossen hat (Mai 2014). Die Gesetzesbegründung führt ferner aus, dass eine qualifizierte Inaugenscheinnahme den Gesamteindruck würdigt, der neben dem äußeren Erscheinungsbild insbesondere die Bewertung der im Gespräch gewonnenen Informationen zum Entwicklungsstand umfasst. Daneben kann zu einer qualifizierten Inaugenscheinnahme im Sinne der Vorschrift auch gehören, Auskünfte jeder Art einzuholen, Beteiligte anzuhören, Zeugen und Sachverständige zu vernehmen oder die schriftliche oder elektronische Äußerung von Beteiligten, Sachverständigen und Zeugen einzuholen sowie Dokumente, Urkunden und Akten beizuziehen.

Die ausländische Person ist in das Verfahren einzubeziehen. Sie ist vom Jugendamt über die Vornahme der Alterseinschätzung, die Methode der Alterseinschätzung sowie über die möglichen Folgen der Alterseinschätzung und die Folgen einer Verweigerung der Mitwirkung bei der Sachverhaltsermittlung umfassend zu informieren und über ihre Rechte aufzuklären. Es ist sicherzustellen, dass diese Informationen der ausländischen Person in einer ihr verständlichen Sprache mitgeteilt werden. Zudem ist der ausländischen Person die Möglichkeit zu geben, eine Person ihres Vertrauens zu benachrichtigen.

Nur in Fällen, in denen Zweifel an der Minderjährigkeit der ausländischen Person nicht auf andere Weise beseitigt werden, kann das Jugendamt von Amts wegen eine ärztliche Untersuchung zur Alterseinschätzung veranlassen. Die ärztliche Untersuchung ist mit den „schonendsten Methoden“ von qualifizierten medizinischen Fachkräften durchzuführen. Dies schließt explizit Genitaluntersuchungen laut Gesetzesbegründung aus. Die betroffene Person ist umfassend über die Untersuchungsmethode und über die möglichen Folgen des Untersuchungsergebnisses aufzuklären. Weiter darf die Untersuchung nur nach Einwilligung der betroffenen Person und ihres Vertreters erfolgen, auch wenn eine Mitwirkungspflicht zugrunde gelegt werden kann, die im äußersten Fall zur Verweigerung von Leistungen führen kann.

## **5. Ende der vorläufigen Inobhutnahme**

Die vorläufige Inobhutnahme endet mit der Übergabe 1. an die Personensorgeberechtigten, 2. an das aufgrund der Verteilentscheidung zuständig gewordenen Jugendamt oder 3. im Fall von Vorliegen von Verteilungshindernissen oder Fristüberschreitung mit dem Beginn der Inobhutnahme durch das Jugendamt, das die vorläufige Inobhutnahme durchgeführt hat.

Bei Feststellung der Volljährigkeit der ausländischen Person wird diese aus der Obhut des Jugendamtes entlassen, da die Voraussetzungen für diese Schutzmaßnahme nicht erfüllt sind.

## **6. Das Verteilverfahren**

Die vorläufige Inobhutnahme muss durch das zuständige Jugendamt innerhalb von sieben Werktagen an die Landesstelle gemeldet werden und die Landesstelle hat innerhalb von drei Werktagen der Bundesstelle mitzuteilen, ob Verteilungshindernisse vorliegen oder ob der Minderjährige verteilt werden kann. Das Bundesverwaltungsamt benennt innerhalb von zwei Werktagen nach Anmeldung des Minderjährigen das zur Aufnahme verpflichtete Land. Vorrangig soll das Land benannt werden, in dessen Bereich das Jugendamt liegt, das den Minderjährigen nach § 42a SGB VIII vorläufig in Obhut genommen hat. Hat dieses Land die Aufnahmequote bereits erfüllt, soll das nächstgelegene Land benannt werden, welches seine Quote noch nicht erfüllt hat.



Nach der Benennung des Landes durch das Bundesverwaltungsamt hat die Landesstelle zur Verteilung zwei Werktage Zeit, den Minderjährigen einem Jugendamt innerhalb des Landes zuzuweisen. Die aufnehmende Landesstelle entscheidet ihrerseits über die landesinterne Verteilung und informiert sowohl die von ihr bestimmten Jugendämter als auch die abgebende Landesstelle hierüber. Hierzu heißt es in § 42b Abs. 3 SGB VIII, dass für die Zuweisung die spezifischen Schutzbedürfnisse und Bedarfe unbegleiteter ausländischer Minderjähriger maßgeblich sind. Dadurch soll sichergestellt werden, dass die Zuweisungsentscheidung an das konkrete Jugendamt durch die zuständige Landesstelle sachgerecht und ausgerichtet auf die spezifischen Schutzbedürfnisse und Bedarfslagen unbegleiteter ausländischer Kinder und Jugendlicher erfolgt. Wie das ohne die Übermittlung von personenbezogenen Daten möglich sein soll, ist gegenwärtig noch fraglich.

Die abgebende Landesstelle informiert ihrerseits die abgebenden Jugendämter, damit zwischen diesen und den aufnehmenden Jugendämtern der Austausch der personenbezogenen Daten erfolgen und das weitere Verfahren zur Übergabe der UMF eingeleitet werden kann. Wenn eine Verteilung stattfindet, muss das abgegebene Jugendamt den Minderjährigen bei der Verteilung durch eine geeignete Person begleiten.

Nach § 88a SGB VIII kann auch ein anderer Träger aus Gründen des Kindeswohls oder aus sonstigen humanitären Gründen die örtliche Zuständigkeit von dem zuständigen Träger übernehmen. Dieser Passus soll Familienzusammenführungen oder Wohnortswechsel wegen medizinischer Versorgung ermöglichen.

## 7. Schematischer Ablauf

Jugendämter	Landesstellen zur Verteilung	Bundesstelle zur Verteilung
1a Werktägliche Meldung des aktuellen Inobhutnahmestands an Bundesstelle (bis 10 Uhr)	1d Wacht über fristgerechte Meldungen	2. Erarbeitung einer Bundestabelle und Landeslisten
1b Meldung der personenbezogenen Daten derjenigen, die zur Verteilung anstehen an die Landesstelle	4.a Bei Überauslastung Anmeldung von uM zur Verteilung	3. Meldet an Landesstellen die Landesliste (bis 14 Uhr)
1c Antrag auf Kostenerstattung an Landesstelle	4b Bei Unterauslastung erfolgt eine landesinterne Verteilentscheidung und Zuweisung	5. bundesweite Verteilentscheidung an abgebende und aufnehmende Landesstelle (bis 15 Uhr)
	6. Aufnehmende Landesstelle informiert aufnehmendes Jugendamt und das abgebende Jugendamt.	
	7. Abgebende Landesstelle informiert aufnehmende Landesstelle mit personenbezogenen Daten	
8. Übergabe des Minderjährigen		



## 8. Kostenerstattung

Alle Kosten, die für uM vor dem 01.11.2015 angefallen sind, werden von dem bisher für die Erstattung zuständigen Bundesland übernommen. Diese Kosten sind innerhalb von neun Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes dem zuständigen Land anzuzeigen.

Alle Kosten, die für uM nach dem 01.11.2015 anfallen, unabhängig davon, wann sie eingereist sind, werden von dem Land erstatten, in dem sich der örtliche Träger befindet, sofern innerhalb eines Monats nach der Einreise Jugendhilfe gewährt wird.

Für den Ausgleich der Länder untereinander erfolgt die Zahlung eines Pauschalbetrages in Höhe von 175 Euro je unbegleiteten Minderjährigen und Tag für einen Zeitraum von 182 Tagen, mithin 31.850 Euro je UMF.

## 9. Die Aufnahmequote

Bis auf weiteres gilt der Königsteiner Schlüssel für die Verteilung von UMF. Folgendes Rechenbeispiel illustriert die Sollverteilung bei einer fiktiven Größe von 20.000 UMF, die in Deutschland Jugendhilfe erhalten, bzw. in Obhut genommen sind. Es werden aber nur UMF zur Verteilung angemeldet, die nach dem 01.11.2015 vorläufig in Obhut genommen werden.

	Königsteiner Schlüssel	Sollverteilung
Baden- Württemberg	12,9%	2.580
Bayern	15,2%	3.040
Berlin	5,1%	1.020
Brandenburg	3,1%	620
Bremen	0,9%	180
Hamburg	2,6%	520
Hessen	7,3%	1.460
Mecklenburg-Vorp.	2,1%	420
Niedersachsen	9,4%	1.880
Nordrhein- Westfalen	21,2%	4.240
Rheinland-Pfalz	4,8%	960
Saarland	1,2%	240
Sachsen	5,1%	1.020
Sachsen-Anhalt	2,9%	580
Schleswig-Holstein	3,4%	680
Thüringen	2,8%	560
Gesamt	100%	20.000

Für Länder, die die Anforderungen des Gesetzes aufgrund fehlender Kapazitäten nicht erfüllen können, gibt es nach § 42d SGB VIII Übergangsfristen. Diese sehen eine Reduzierung der



Aufnahmequote um zwei Drittel im ersten Monat und um ein Drittel im zweiten Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes vor.

Die „Altfälle“ (so der offizielle Duktus), die vor dem 01.11.2015 in einem Bundesland untergebracht waren, werden auf die Quoten angerechnet. Bis zum 18. Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes wird die Aufnahmepflicht durch einen Abgleich der aktuellen Anzahl Minderjähriger in den Ländern mit der Aufnahmequote werktäglich ermittelt. Die im Land verbleibenden Minderjährigen werden auf die Aufnahmequote angerechnet.

Da offizielle Zahlen nicht zur Verfügung stehen, schätzt der Bundesfachverbands UMF aufgrund von eigenen Erhebungen, dass die Aufnahmezahlen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im September und Oktober jahreszeitlich bedingt angestiegen sind. Wir schätzen, dass im September etwa 5.000 UMF neu in Deutschland aufgenommen wurden. Davon haben die Bundesländer Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen etwa 3.500 Aufnahmen von UMF zu bewältigen. Da vorgesehen ist, dass diese Länder mit besonders hoher Aufnahmezahlen ihre interne Quote schon als erfüllt ansehen können, werden voraussichtlich vorrangig UMF aus diesen Ländern verteilt. Der Bundesfachverband UMF geht aber davon aus, dass 3.500 Inobhutnahmen nicht 3.500 Umverteilungen entsprechen werden. Denn etwa bei 25% der Jugendlichen wird die Volljährigkeit festgestellt, weitere 25% sind wieder abgängig, ein kleiner Teil wird bei Verwandten untergebracht und es gibt sonstige Verteilungshindernisse wie gesundheitliche Beeinträchtigungen. D.h. dass weniger als 50% der ankommenden UMF tatsächlich verteilt werden. Welche Bundesländer wie viele UMF aufnehmen müssen, ist bislang aber unklar.

Berlin, 19.10.2015

# Herausforderungen und Chancen

Vormundschaften für  
unbegleitete minderjährige  
Flüchtlinge in Deutschland

Eine Studie von  
Barbara Noske



Bundesfachverband  
Unbegleitete Minderjährige  
Flüchtlinge e.V.





Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (Hg.)

# Herausforderungen und Chancen

Vormundschaften für unbegleitete  
minderjährige Flüchtlinge in Deutschland

Eine Studie von  
Barbara Noske

München 2010



Der Bundesfachverband *Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.* unterstützt und fördert die Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Hierzu werden regelmäßig Tagungen durchgeführt, um den fachlichen Austausch zu fördern. Die Geschäftsstelle in München bietet Beratung rund um das Thema unbegleitete minderjährige Flüchtlinge an und gibt Studien, Ratgeber und Handlungsempfehlungen heraus. Durch die ehrenamtliche Mitarbeit von Landeskoordinatorinnen sowie regelmäßige Besuche in Einrichtungen wird die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in den Ländern und Kommunen evaluiert. Die Vernetzung von Fachkräften auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene und die Zusammenarbeit mit anderen Menschenrechtsorganisationen, zunehmend auch im Rahmen der EU, nehmen einen hohen Stellenwert ein. In allen Fragen wird Wert gelegt auf die Partizipation von jungen Flüchtlingen. Weitere Informationen unter [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de).

Die Autorin *Barbara Noske* studierte an der Universität Passau (BA European Studies) und an der Universität van Amsterdam (MSc Sociology/Migration and Ethnic Studies). Für das von der Europäischen Kommission finanzierte DAPHNE-Projekt ‚Closing a protection gap – Core standards for guardians of separated children‘ untersuchte sie das Thema Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland. Die vorliegende Studie ist die adaptierte Übersetzung des National Report - Germany, der im Rahmen des DAPHNE-Projekts entstanden ist.

Die ‚Closing a protection gap‘ Partner sind: Defence for Children-ECPAT (Niederlande), Plate-form Mineurs en exil – Service Droit des Jeunes (Belgien), Save the Children (Schweden), Defence for Children (Italien), Save the Children (Dänemark), Slovene Philanthropy (Slowenien), Refugee Council (Irland), Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (Deutschland).

1. Auflage, 2010

Redaktion: Thomas Berthold, Niels Espenhorst, Thomas Gittrich

Titelfoto: Flo Jäger

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie.

ISBN 978-3-9814145-0-9

Der Druck der deutschen Version der Studie wurde ermöglicht mit Unterstützung des UNHCR Deutschland



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Herausgeber	5
1. EINLEITUNG	7
2. VERORTUNG DER VORMUNDSCHAFT IN DEUTSCHLAND	9
2.1 FORSCHUNGSSTAND	9
Unbegleitete Minderjährige	9
Vormundschaften	10
2.2 GESETZLICHER RAHMEN MIT INTERPRETATIONSSPIELRAUM	12
Der Weg zum heutigen System	12
Aktuelle Gesetzesgrundlage	13
Die Organisation der deutschen Jugendhilfe	16
2.3 VORMUNDSCHAFTSARTEN	16
Einzelvormundschaft	17
Vereinsvormundschaft	19
Amtsvormundschaft	20
Ergänzungspflegschaft	21
3. DIE VIELEN GESICHTER DER VORMUNDSCHAFT: ERKENNTNISSE AUS DER PRAXIS	22
3.1 FORSCHUNGSDESIGN UND METHODOLOGIE	22
Auswahl der Interviewpartner	22
Die Forschungsmethode	22
Interviewpartner	23
Auswertung	26
Beirat	26
Ethische Erwägungen	27
3.2 DER VORMUND UND SEIN MÜNDEL	27
Der Vormund: Eine mysteriöse Institution	27
Der Weg zur Vormundschaft	30
Das erste Treffen	30
Nach dem ersten Treffen	33
Das Ende der Vormundschaft	45
Kurze Zusammenfassung des Kapitels	46
3.3 DER VORMUND IM KONTEXT	46
Vormund und sozialpädagogische Fachkräfte	47
Verwandte und Bekannte des Jugendlichen	51
3.4 DIE ZUTATEN EINES ‚GUTEN‘ VORMUNDS	52
Aus Sicht der Jugendlichen	53
Aus Sicht der Vormünder	54
4. ZUSAMMENFASSUNG	56
5. STANDARDS FÜR DIE VORMUNDSCHAFTSARBEIT	59
6. Bibliographie	62



## VORWORT

„Man muss alles können. Wir müssen Mediziner sein. Wir müssen Juristen sein. Wir müssen Sozialpädagogen sein und wir müssen eine Verwaltungsausbildung haben. Alles, was im Leben von Geburt bis Tod vorkommt, kommt bei uns vor.“ (Zitat eines befragten Vormunds)

Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) verlangen viel vom einzelnen Vormund. Die Kinder und Jugendlichen waren oft lange auf sich alleine gestellt, sie haben einen anderen kulturellen Hintergrund, die Kommunikation ist zu Beginn in der Regel nur per Sprachmittler möglich und die vielen verschiedenen beteiligten Behörden und Institutionen sind für sie kaum auseinanderzuhalten. Dennoch und gerade deshalb bietet die Vormundschaft eine große Chance für die, die als unbegleitete Minderjährige nach Deutschland kommen.

Die vorliegende Studie ist der übersetzte und überarbeitete deutsche Beitrag des EU-geförderten Projekts ‚Closing a protection gap - standards for guardians for separated children‘ des Separated Children in Europe Program (SCEP). Gefördert mit Mitteln des DAPHNE-Fonds wurden, basierend auf einer qualitativen Erhebung in acht EU-Mitgliedsstaaten, grundlegende Standards für das Vormundschaftswesen für UMF erarbeitet.

Mit der Veröffentlichung der deutschen Studie verfolgen wir verschiedene Ziele: Wir wollen erstens ein grundlegendes Defizit in der wissenschaftlichen Bearbeitung des Themas Vormundschaft verringern. Zweitens sollen die Meinungen und Interessen der jungen Flüchtlinge in der Fachdiskussion Gehör finden. Und drittens möchten wir die fachliche Diskussion um Vormundschaften weiterentwickeln – für eine qualitative, Kindeswohl-orientierte Ausgestaltung der Vormundschaft.

Die am Ende der Studie stehenden Standards sind das Ergebnis der geführten Interviews

und der Diskussionen, die im Beirat des Projektes die Entstehung der Studie begleitet haben. Die Standards basieren auf rechtlichen Grundlagen, bestimmen fachliche bzw. persönliche Voraussetzungen und skizzieren die notwendigen Haltungen gegenüber dem Mündel.

Die Studie erhält ihren spezifischen Charakter und ihre Legitimation durch die Befragung sowohl von Vormündern als auch von Mündeln. Das eigene Erleben von Vormundschaft, die Schilderung der Möglichkeiten und die Beschreibung des alltäglichen Umgangs zwischen Vormund und Mündel geben Einblicke in die Praxis und lassen qualitative Schlüsse für den Umgang mit UMF zu.

Die Notwendigkeit der Vormundschaftsbestellung für UMF wurde mit der Revision des KJHG im Oktober 2005 explizit festgestellt. Wenn junge Flüchtlinge ohne sorgeberechtigten Person einreisen, ist für sie gemäß § 42 SGB VIII generell eine Vormundschaft zu veranlassen. Mittlerweile wird diese Vorgabe des Gesetzgebers auch weitgehend umgesetzt. Das heißt aber nicht, dass damit auch die vorrangige Berücksichtigung des Kindeswohls immer garantiert ist.

Vormundschaften bergen elementare Chancen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland. Und Vormundschaften bergen erhebliche Herausforderungen. Denn die unterschiedlichen Gesichter, die eine Vormundschaft haben kann, sind geprägt von vielfältigen Strukturen und gesetzlichen Vorgaben. Eine gelingende Vormundschaft setzt viel Gestaltungswille und -fähigkeit voraus.

So banal diese beiden Erkenntnisse erscheinen, so zentral und wichtig ist es, dieses Verständnis in die tägliche Praxis und in die institutionellen Rahmenbedingungen einfließen zu lassen. Vormundschaft ist ein zentraler Puzzlestein im Umgang mit UMF. Oder um es in den Worten eines befragten Jugendlichen zu sagen:

„Ich habe mich einfach gut mit ihm gefühlt, der hat mir...der hat mich auch so schnell verstanden! So, es gab auch Fragen, die ich nicht beantworten wollte und darüber reden wollte, das Thema, und der hat mich immer gefragt, hat er einfach langsam gemacht, mit Zeit, einfach über andere Sache gesprochen, dass ich manchmal mein Asyl vergessen habe.“

Dieses kurze Zitat gibt Hinweise auf das, was ein Vormund leisten kann: ein Ansprechpartner sein, der sich nicht auf die Regelung von rechtlichen Begebenheiten zurückzieht, sondern auch menschlich für sein Mündel greifbar ist. Dabei spielt die Vormundschaftsform eine untergeordnete Rolle, entscheidend ist das Rollenverständnis des einzelnen Vormunds.

Die vorliegende Studie ist nicht nur die Grundlage für Standards für die Vormünder, vielmehr ergeben sich auch Forderungen an die politisch Verantwortlichen. Drei Kernbereiche haben sich dabei als dringend reformbedürftig dargestellt:

1) Die Fallzahl je Vormund muss drastisch beschränkt werden. Wenn ein Vormund all seinen Aufgaben verantwortungsbewusst nachkommen soll, darf er nicht mehr als 30 Mündel zu versorgen haben. Der Gesetzgeber und die Kommunen müssen ihre Verantwortung gegenüber den Kindern und Jugendlichen wahrnehmen und die Vormünder deutlich entlasten, um die Qualität der Vormundschaftsarbeit zu sichern.

2) Die Häufigkeit des Kontakts und die Erreichbarkeit des Vormunds dürfen nicht durch die Arbeitsbelastung des Vormunds determiniert werden. Der Gesetzgeber ist gefordert, einen Rahmen zu ermöglichen, der der Bedeutung der persönlichen Kommunikation zwischen Vormund und Mündel Rechnung trägt.

3) Die bereits existierende Verpflichtung für die Jugendämter, andere Vormundschaftsformen zu unterstützen, muss flächendeckend stärker Eingang in die Praxis finden. Bund, Länder und Kommunen sind gefordert, finanzielle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um verschiedene Formen von Vormundschaft zu ermöglichen und weiterzuentwickeln. Allen betroffenen Kindern und Jugendlichen muss die für sie geeignete Form der Vormundschaft geboten werden können. Eine vielfältige Vormundschaftslandschaft kann positive Synergieeffekte hervorbringen, von denen nicht nur die Mündel, sondern auch die Vormünder profitieren können.

Der Titel der Studie „Herausforderungen und Chancen“ beinhaltet die Aussage, dass sich eine Vormundschaft positiv oder negativ entwickeln kann. Dies ist oft genug vom Zufall abhängig – es muss im Interesse aller Beteiligten sein, die Gesetze, Strukturen und Haltungen gegenüber den Mündeln so zu beeinflussen, dass alle Mündel die enorme Chance, die die Vormundschaft bietet, nutzen können.

München, November 2010

Thomas Berthold  
Niels Espenhorst  
Thomas Gittrich

*Bundesfachverband Unbegleitete  
Minderjährige Flüchtlinge e.V.*

# 1. EINLEITUNG

*Frage: Wenn du Vormund für einen Jugendlichen wärst, was würdest du machen? Wie würdest du arbeiten?*

*Antwort: Mit dem Junge? Genauso, was mein Vormund mit mir hat gemacht, das würde ich auch mit dem Jugendlichen machen. Weil ich habe schon die Erfahrung, wow, so geht es. Genauso wie Mutter, verstehst du? Ich habe keine Eltern hier, keine Vater, sie war meine Mutter und meine Vater. Beides. So wie [mein Vormund] würde ich es mit den Jugendlichen auch machen. Also auch, was weiß ich, zum Arzt gehen, zum Amt gehen, untersuchen, wenn sie Problem haben, ich bin immer da für sie, aber Vormund will ich nicht werden! Aber Vormund will ich nicht, so ein Stress, Mann!*

(18-jährige Nigerianerin, München)

Der Vormund<sup>1</sup> nimmt im Hilfesystem für unbegleitete Minderjährige eine zentrale Position ein. Wie die oben zitierte Interviewpartnerin andeutet ist die Tätigkeit mit vielfältigen Aufgaben und einer weit reichenden Verantwortung verbunden. Dass das, so wie sie es darstellt, in der Praxis mitunter sehr anstrengend sein kann, würden wohl auch die meisten Vormünder unterstreichen.

Um ein besseres Verständnis von der Rolle des Vormunds und den damit verbundenen Herausforderungen zu bekommen, ist es notwendig, gründlich zu untersuchen, welche Aufgaben der Vormund zu erfüllen hat. Es ist gelegentlich zu beobachten, dass es nicht nur dem Laien, sondern auch Fachkräften schwer fällt zu erklären was ein Vormund ist und macht. Diese Überlegung und ihre Erkundung bestimmen große Teile des Berichts. Ein genaueres Verständnis der Institution Vormund und ihrer Aufgaben ist notwendig, um Schlüsse darüber ziehen zu können, wie der Vormund seine Arbeit machen muss um sie ‚gut‘ zu machen.

Die Informationen, auf denen dieser Bericht beruht, wurden primär durch Interviews mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und Vormündern von unbegleiteten Minderjährigen gewonnen. Die Erhebung fand im Rahmen des von der Europäischen Kommission finanzierten Projekts ‚Closing a protection gap – core standards for guardians of sepa-

rated children‘ statt. Während des zweijährigen Projekts wurden in acht europäischen Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Holland, Irland, Italien, Slowenien und Schweden) Jugendliche und Vormünder mit dem Ziel interviewt, länderübergreifende Standards zu formulieren. Die in Deutschland geführten Interviews ermöglichen es, die wesentlichen Züge der Vormundschaft für unbegleitete Minderjährige in Deutschland zu beschreiben. Durch den empirischen Ansatz können sowohl aktuell bestehende Schwachstellen als auch positive Beispiele hervorgehoben werden. Basierend auf den Ergebnissen der Interviews wurden Standards für den deutschen Kontext erarbeitet.

Um die Informationen der Interviewpartner im Zusammenhang betrachten und analysieren zu können, sind Grundkenntnisse des deutschen Vormundschaftssystems notwendig. Der Bericht ist deswegen folgendermaßen gegliedert:

Bevor die Interviews analysiert werden soll dem Leser das notwendige Hintergrundwissen sowohl zu unbegleiteten Minderjährigen als auch zur Vormundschaft in Deutschland vermittelt werden. Ein Überblick über Publikationen zu beiden Themen führt deshalb in den Bericht ein. Die Darstellung des aktuellen Forschungsstands wird zeigen, dass dieses Querschnittsthema bisher kaum wissenschaftlich behandelt wurde. Die Relevanz des Projekts für den deutschen Kontext wird dadurch unterstrichen. Im Anschluss daran werden die relevanten rechtlichen Grundla-

---

<sup>1</sup> Die verwendete maskuline Form wurde aus Gründen der Lesbarkeit gewählt, meint aber immer beide Geschlechter.

gen der Vormundschaft behandelt. Das beinhaltet unter anderem die Beschreibung der Aufgaben des Vormunds, wie sie aus dem Gesetzestext abgeleitet werden können. Ferner wird kurz auf die Organisation der deutschen Jugendhilfe und die unterschiedlichen Vormundschaftstypen eingegangen. Beides ist notwendig, um lokale Abweichungen in der praktischen Vormundschaftsarbeit verstehen zu können.

Ausgestattet mit diesem Hintergrundwissen werden im folgenden Kapitel die Interviews analysiert. Forschungsdesign und methodologisches Vorgehen werden vorgestellt, wobei auf die Auswahl der Interviewpartner, die Interviewpartner selbst, die Erhebungs- und Auswertungsmethode, die beratende Unterstützung des Beirats und ethische Überlegungen eingegangen wird. Im darauf folgenden Unterkapitel wird die zentrale Frage behandelt, was von Vormündern und Jugendlichen als Aufgabe des Vormunds verstanden wird. Dabei wird klar werden, dass die gesetzliche Grundlage in der Praxis teils sehr verschiedenartig interpretiert und Aufgaben auf unterschiedliche Art und Weise wahrgenommen werden. Es widmet sich außerdem der Beziehung zwischen Vormund und Jugendlichen. Da die Vormundschaft der elterlichen Sorge nachgebildet ist, ist es interessant zu sehen, wie sich diese tatsächlich entwickelt und inwiefern sie Elemente einer Eltern-Kind-Beziehung enthält. Dies beinhaltet, mit welcher

Regelmäßigkeit Jugendlicher und Vormund sich treffen; wie sie sich gegenseitig kontaktieren; wo die Vormundschaft zwischen der rein professionellen und privaten Ebene zu verorten ist; und wie die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe die Beziehung beeinflussen. Der Kontakt zwischen Mündel und Vormund wird außerdem maßgeblich dadurch beeinflusst, welche Aufgaben von Dritten wahrgenommen werden. Es wird deshalb ausführlich auf die Zusammenarbeit von Vormund und Sozialen Dienst bzw. pädagogischem Personal in Jugendwohneinrichtungen eingegangen. Allerdings beeinflusst nicht nur die Kooperation mit anderen Akteuren des deutschen Helfersystems, sondern auch mit Verwandten und Bekannten des Jugendlichen die Vormundschaftsarbeit – weswegen auch dieser Aspekt miteinbezogen wird. Zum Abschluss des Kapitels wird wiedergegeben, was Jugendliche und Vormünder unter einem ‚guten‘ Vormund verstehen. Die Meinungen von Mündeln und Vormündern werden dabei getrennt voneinander aufgeführt, um die unterschiedliche Schwerpunktsetzung zu verdeutlichen.

Abschließend werden Standards für Vormünder von unbegleiteten Minderjährige vorgestellt, die auf den empirisch gewonnen Erkenntnissen, dem ‚Leistungsprofil der Amtsvormünderin und des Amtsvormundes‘ (Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 1999) und den Diskussionen im Beirat basieren.

## 2. VERORTUNG DER VORMUNDSCHAFT IN DEUTSCHLAND

### 2.1 FORSCHUNGSSTAND

#### Unbegleitete Minderjährige

Forschungsarbeiten zu unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland sind bisher selten zu finden unter deutschen Publikationen zum Thema Migration. Im Jahr 2003 veröffentlichte das Deutsche Jugendinstitut eine Expertise zum Forschungsstand über die Situation junger Flüchtlinge in Deutschland (DJI, 2003). Dabei wurden große Wissensdefizite aufgezeigt. Die Expertise unterstreicht den ‚Bedarf an einer empirischen sozialwissenschaftlichen Untersuchung, die verlässliche und systematische Informationen zur Lebenssituation junger Flüchtlinge gibt und dabei die Perspektive der Kinder und Jugendlichen einbezieht‘ (ebenda: 20). Dem Deutschen Jugendinstitut zufolge sollten folgende Themen sowohl in Bezug auf unbegleitete, als auch auf begleitete junge Flüchtlinge in Deutschland weiter untersucht werden:

- Asylverfahren, (drohende) Abschiebung und Illegalität
- Lebensbedingungen und deren Auswirkungen auf die Jugendlichen
- Familiäres Zusammenleben, möglicherweise unter besonderer Berücksichtigung neuer Rollen, die sich durch die veränderten Rahmenbedingungen für die Familienmitglieder ergeben
- Strategien zur Bewältigung von Traumatisierungen
- Bildung und Ausbildung.

Vormundschaft findet gelegentlich Erwähnung, spielt aber nur eine marginale Rolle und wird nicht als vorrangig zu bearbeitendes Thema identifiziert.

Trotz des vom Deutschen Jugendinstitut identifizierten Forschungsdefizits darf nicht übersehen werden, dass der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF e.V.) und einige seiner Mitglieder seit etwa 10 Jahren die Öffentlichkeit über die Situation unbegleiteter Minderjähriger infor-

mieren und Anregungen für die praktische Arbeit geben. In Positionspapieren, Handlungsleitlinien, Fachbeiträgen, Vorträgen, Studien und Büchern werden verschiedene Aspekte, die unbegleitete Minderjährige betreffen, behandelt (vgl. z.B. B-UMF e.V., 2009; Berthold und Espenhorst, 2010b; Zito, 2009). Der Verein veröffentlicht außerdem Dokumentationen von regelmäßig stattfindenden Fachtagungen, wie zum Beispiel der Fachtagung Vormundschaft im Jahr 2008. Diese Dokumentation ist eine der wenigen Veröffentlichungen die sich explizit mit Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige auseinandersetzt (B-UMF e.V., 2008). Im Rahmen der Fachtagung des Bundesfachverbands im darauf folgenden Jahr beschäftigte sich Wolfgang Rütting in seinem Vortrag mit der Qualitätssicherung in der Vormundschaftsarbeit mit unbegleiteten Minderjährigen (Rütting, 2009). Er geht unter anderem auf Kompetenzen wie Empathie, Reflexionsfähigkeit oder Verantwortungsbereitschaft ein, die er für die Tätigkeit als Vormund für notwendig hält. Gleichzeitig verliert er die Bedeutung des Umfelds auf die Arbeit des Vormunds nicht aus den Augen und betont, wie wichtig die Zusammenarbeit mit verschiedenen Einrichtungen und Behörden ist. Riedelsheimer und Wiesinger (2004) legen den Fokus ihres Buches auf das Clearingverfahren, das die Jugendlichen nach ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen. Das Thema Vormundschaft wird dabei in einem kurzen Kapitel erwähnt. Sie gehen hauptsächlich auf die Bestellung des Vormunds und die Aufgaben des Vormunds ein. Diese leiten sie zum einen aus dem BGB, zum anderen aus einem Schulungshandbuch des Programms „Separated Children in Europe“ ab. Auch die Publikationen von Erich Peter (2004) und Silke Jordan (2000) konzentrieren sich auf die ausführliche Beschreibung des rechtlichen Rahmens und die Auswirkungen desselben auf die Zielgruppe. Trotzdem basiert Jordans Studie in



Teilen auf einer empirischen Behebung, da sich einige Folgerungen aus der Analyse von Fragebögen ableiten, die an verschiedene Jugendwohneinrichtungen geschickt wurden. Sie merkt allerdings an, dass die Fragebögen von Sozialarbeitern in den Einrichtungen und nicht von den Jugendlichen selbst ausgefüllt werden. Die unmittelbare Einbeziehung der Jugendlichen selbst in den Forschungsprozess bleibt somit aus. Auch „Kinderflüchtlinge“, herausgegeben von Petra Dieckhoff (2010), behandelt in einem ausführlich die rechtlichen Grundlagen, die für unbegleitete Minderjährige von Bedeutung sind, Krankheiten und psychischen Störungen und pädagogische Konzepte für die Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Vormundschaften finden keine besondere Erwähnung.

Das wachsende Interesse an der Gruppe der unbegleiteten Minderjährigen zeigt sich unter anderem daran, dass mittlerweile auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge eine Studie veröffentlicht hat, der sich ausschließlich auf diese Gruppe konzentriert (Parusel, 2009). Es werden dabei verschiedenste Themen behandelt, wie Einreise, Erstaufnahme, Verteilung, Integrationsmaßnahmen und Rückkehr. Bezüglich des Themas Vormundschaft werden nur einzelne Aspekte besprochen. So wird zum Beispiel auf die Bestellung des Vormunds oder seine Rolle in der Anfangszeit in Deutschland eingegangen. Die Studie hebt ehrenamtliche Vormundschaften als wichtige Alternative zu Amtsvormundschaften hervor und stellt sie außerdem als integrationsfördernd dar.

### **Vormundschaften**

Die Fachliteratur zum Thema Vormundschaft in Deutschland ist auffallend gering. Helga Oberloskamp ist eine der wenigen Autoren, die sich intensiv mit dem Thema auseinandergesetzt haben. Vor kurzem erschien die dritte Auflage ihres äußerst informativen Buches über Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft (Oberloskamp, 2010). Es richtet sich an Verwaltungsfachkräfte, Sozialarbeiter,

Sozialpädagogen, Familienrichter, Rechtspfleger, Rechtsanwälte und Verfahrensbeistände. Das Handbuch hat den Anspruch, Praktikern Fragen zu beantworten, die sich ihnen im Arbeitsalltag stellen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die erste Studie in Auftrag gegeben, die die Amtsvormundschaft empirisch untersucht (Hansbauer/Mutke/Oelerich, 2004). Die Studie zeichnet ein detailliertes Bild der strukturellen Gegebenheiten der Vormundschaft, der Ausbildung der Vormünder und deren Arbeitserfahrung. Sie untersucht das eigene Rollenverständnis der Vormünder, ihre Arbeitsroutinen und die Zusammenarbeit von Vormund und sozialem Dienst. Ferner informiert sie über die Lebensumstände der Mündel, betrachtet die Beziehung zwischen Mündel und Vormund und geht darauf ein, wie die Mündel Vormundschaft wahrnehmen. Unbegleitete Minderjährige werden im Grunde nicht mit einbezogen. Außerdem wird nur die Amtsvormundschaft erforscht, alternative Vormundschaftsarten finden keine Beachtung. Dadurch wird es versäumt, zu untersuchen, ob aktuell bestehende Probleme durch eine Stärkung der anderen Vormundschaftsarten gelöst werden können. Einige Akteure in Nordrhein-Westfalen waren maßgeblich daran beteiligt, dass die Debatte über Vormundschaften ins Rollen kam. Die Ergebnisse der Diskussionen wurden in verschiedenen kurzen Veröffentlichungen und Arbeitshilfen festgehalten.

Im Jahr 1999 kritisierte der *Landschaftsverband Westfalen-Lippe* gemeinsam mit dem Verein *Kinder haben Rechte e.V.*, dass Vormundschaft in der deutschen Kinder- und Jugendhilfe vernachlässigt wird. Sie sahen großen Handlungsbedarf und erarbeiteten deswegen eine Arbeits- und Orientierungshilfe für VormünderInnen (vgl. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 1999). Diese setzt sich mit dem Wesen der Vormundschaft auseinander, zeichnet die gesetzlichen Grundlagen nach, nennt notwendige fachliche Qualifikationen der Vormünder und diskutiert, wie eine qua-

litativ hochwertige Vormundschaftsarbeit auf Dauer sichergestellt werden kann. Sie deutet bereits an, dass die Aufgaben des Vormunds sehr unterschiedlich interpretiert werden und dass viel vom jeweiligen Jugendamt abhängt. Die Arbeits- und Orientierungshilfe sollte in einem Pilotprojekt in der Praxis getestet werden. Der diesbezügliche Abschlussbericht kam zu dem Schluss, dass sich die in Jugendämtern existierenden Strukturen ändern müssen, um ‚gute‘ Vormundschaft möglich zu machen (vgl. Landschaftsverband Westfalen-Lippe, 2003).

Seit 2006 werden Vormundschaft und die strukturellen Gegebenheiten, in die sie eingebettet ist, auch auf Bundesebene diskutiert. Der Koalitionsvertrag zwischen den Bundestagsfraktionen von CDU, CSU und SPD legte 2005 fest, dass eine Arbeitsgruppe geschaffen werden sollte, die sich mit familiengerichtlichen Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls beschäftigt. Diese nahm 2006 ihre Arbeit auf. Amtsvormundschaften, die auf Grund der hohen Arbeitsbelastung nicht zufrieden stellend geführt werden können, sollten in diesem Rahmen diskutiert werden. Der Abschlussbericht der Arbeitsgruppe wurde 2009 veröffentlicht (Arbeitsgruppe ‚Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls - § 1666 BGB, 2009). Vormundschaften und deren aktuelle Herausforderungen werden in einem ausführlichen Kapitel behandelt. Die Arbeitsgruppe kommt zu dem Schluss, dass eine Reform des Vormundschaftsrechts unbedingt notwendig ist und fordert den Gesetzgeber auf, diesbezüglich tätig zu werden. In einem Referentenentwurf des Justizministeriums werden Anfang Januar 2010 Änderungen vorgeschlagen. Hauptziel ist es dabei, den persönlichen Kontakt zwischen Mündel und Vormund und damit die Personensorge zu stärken. Der Entwurf schlägt deshalb vor, gesetzlich festzulegen, dass der Vormund das Mündel einmal im Monat in der üblichen Umgebung des Jugendlichen treffen soll. Darüber hinaus soll die Aufsichtspflicht stärker im Gesetz hervor-

gehoben werden und das Familiengericht soll die Arbeit des Vormunds stärker überwachen. Eine bedeutende Neuerung ist außerdem, dass die Fallzahl auf 50 Mündel pro Mitarbeiter beschränkt werden soll. Damit würden die bisher üblichen Fallzahlen mindestens halbiert werden. Nach Beratungen im Bundesrat wurde sowohl die Fallzahlbegrenzung als auch die Festlegung der monatlichen Kontakte gestrichen. Es bleibt abzuwarten, mit welchen Formulierungen das Gesetz letztendlich verabschiedet wird. Dies soll voraussichtlich im Jahr 2011 geschehen.

Die Reform des deutschen Vormundschaftsrechts wird im Allgemeinen als überfällig betrachtet. Vor allem die deutlich geringere Mündelzahl wird von vielen Vormündern positiv bewertet (vgl. DIJuF e.V. 2010b). Trotzdem blieben kritische Äußerungen nicht aus. Das *Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.* (DIJuF e.V.) beanstandet, dass der Entwurf die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen der Amtsvormünder nicht ausreichend beachtet (DIJuF e.V., 2010). Angesichts der vielfältigen Aufgaben, die Vormünder zu bewältigen haben, finden sie eine Mündelzahl von 50 immer noch zu hoch. Der Verein schlägt vor, vorerst zu untersuchen, ob eine Verringerung der Mündelzahl nicht schlichtweg dazu führen würde, dass Aufgaben an andere Abteilungen des Jugendamts übertragen werden würden. Außerdem ändert sich die Zahl der zu betreuenden Kinder und Jugendlichen je nach Jugendamt, weshalb eine strikte Begrenzung nur wenig Sinn zu machen scheint. Auch die angestrebte starre Regelung bezüglich Häufigkeit und Ort der Treffen wird von DIJuF e.V. kritisiert. Zum einen kann ein monatlicher Kontakt bei 50 Mündeln pro Vormund nicht gewährleistet werden. Zum anderen wird bezweifelt, dass starr festgelegte Treffen den Bedürfnissen der Mündel gerecht werden. Wichtiger scheint, dass der Vormund bei Krisen gut erreichbar ist. Die *Arbeitsgemeinschaft für die Kinder- und Jugendhilfe* hat ähnliche Bedenken (AGJ, 2010). Sie fordert außerdem eine Stärkung der ehrenamtlichen,

Vereins- und Berufsvormundschaft. Die AGJ betont, dass für eine erfolgreiche Umsetzung der Reform die Kommunen über die notwendigen finanziellen Mittel verfügen müssen. Auch der Verein *Kinderrechtekommission des deutschen Familiengerichtstags e.V.* (2010) bewertet die Reform grundsätzlich positiv, aber hält es für notwendig, dem Entwurf in den oben angeführten Bereichen zu überarbeiten.

Unbegleitete Minderjährige fanden in den Diskussionen, die im Rahmen der Reform des Vormundschaftsrechts bisher stattgefunden haben, kaum Erwähnung. Die vorliegende Studie ist deshalb auch Ausgangspunkt für Forderungen, die die Qualität der Vormundschaftsarbeit für unbegleitete Minderjährige betreffen. Außerdem stellt sie die erste empirische Arbeit zu diesem Themenkomplex dar und beinhaltet Standards, die sich unmittelbar an Vormünder von unbegleiteten Minderjährigen richten.

## 2.2 GESETZLICHER RAHMEN MIT INTERPRETATIONSSPIELRAUM

Im *Bürgerliche Gesetzbuch* (BGB) sind die Rahmenbedingungen der Vormundschaft geregelt. Der Gesetzestext stammt aus dem Jahr 1900 und richtete sich ursprünglich an eine soziale Realität, die sich sehr von der heutigen unterscheidet. Wesentlich für die Vormundschaft war außerdem das Kinder- und Jugendhilferecht. Seit dem Reichsjugendwohlfahrtsgesetz aus dem Jahre 1921 gab es natürlich verschiedene Novellierungen in diesem Bereich, allerdings führten sie bis auf die Novelle zur rechtlichen Stellung der nichtehelichen Kinder aus dem Jahre 1970 meist zu keinen einschneidenden gesetzlichen Veränderungen im Vormundschaftswesen (vgl. Hansbauer/Mutke/Oelerich 2004: 37/38). Die 2010 angestoßenen Reformbemühungen tragen dem Umstand Rechnung, dass die veraltete Gesetzgebung teilweise nur schwer mit aktuellen Gegebenheiten vereinbar ist. Bevor der gegenwärtige rechtliche Rahmen genauer be-

schrieben wird, wird kurz auf die Entstehung des Vormundschaftssystems eingegangen, um die heutige Komplexität des Systems besser verstehen zu können.

### Der Weg zum heutigen System

Seit Jahrhunderten musste sich das Vormundschaftssystem immer wieder sich ändernden sozialen Strukturen anpassen. Bis ins 19. Jahrhundert übernahmen meist Familienangehörige oder Personen aus dem Bekanntenkreis der Eltern die Vormundschaft für Waisen.<sup>2</sup> Der Vormund war dabei sowohl für die gesetzliche Vertretung als auch für die Personensorge zuständig. Erst später kam die Frage auf, wie Aufgaben zwischen staatlichen Behörden und anderen Akteuren verteilt werden sollten (cp. Hansbauer/Mutke/Oelerich 2004: 21): im Zuge der Industrialisierung, damit verbundener Armut und zunehmender Migration lockerte sich der familiäre Zusammenhalt (vgl. ebenda: 29). Es wurde schwieriger, Vormünder aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis des Kindes zu gewinnen. Der Staat wurde somit bedeutender in Situationen, in denen sich Eltern nicht um ihre Kinder kümmern konnten. Es mussten vermehrt Personen zum Vormund bestellt werden, die dem Kind unbekannt waren. In vielen Fällen war die Wahl der Einzelvormünder, die die Vormundschaft nur mit triftigen Gründen ablehnen konnten, ziemlich willkürlich. Spann schrieb dazu im Jahr 1912:

„Man muss sich nur vor Augen halten, wie bei der großen Not an Vormündern in Deutschland von den Gemeindewaisenräten tatsächlich vorgegangen wird, um die nötige Anzahl von Vorschlägen an die Vormundschaftsrichter aufzubringen. Man greift etwa straßen-

---

2 Es herrscht Unklarheit darüber, ob die korrekte weibliche Berufsbezeichnung ‚Vormündin‘ oder ‚Vormünderin‘ heißt. Das ist wohl darauf zurückzuführen, dass Vormundschaften ursprünglich nur von Männern übernommen wurden und sich die Frage nach der weiblichen Form somit nicht stellte.

weise aus dem Adressbuch beliebige Namen heraus und schlägt sie dem Vormundschaftsrichter vor, der es dann meist mit sehr unangenehm überraschten, nur widerwillig ihrer Bürgerpflicht nachkommenden Persönlichkeiten zu tun hat.' (Spann 1912 in Hansbauer/Mutke/Oelerich 2004: 30).

Der in § 1791 b BGB gesetzlich festgeschriebene Vorrang der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft wird auch heute noch regelmäßig von Befürwortern dieses Typs betont. Die heutigen ehrenamtlichen Vormünder sind allerdings meist Bürger, die sich um die Vormundschaft bemühen und unterscheiden sich von denen, die vom Vormundschaftsgericht dazu verpflichtet wurden.

Erst zu einem späteren Zeitpunkt etablierten sich die heute vorherrschenden Vormundschaftsarten. Mit dem Inkrafttreten des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes im Jahre 1922 wurden im ganzen Land Jugendämter eingerichtet. Im Zuge dessen wurden vermehrt Mitarbeiter des Jugendamts Vormund. Diese Integration des Vormunds in die Strukturen des Jugendamts brachte einen Konflikt mit sich, der auch heute noch besteht: der Amtsvormund ist bei derselben Behörde angestellt, von der er Leistungen für sein Mündel bezieht. Es wird deshalb immer wieder diskutiert, ob der Amtsvormund der Verpflichtung zur Parteilichkeit seinem Mündel gegenüber gerecht werden kann und ob die Einbettung in Hierarchien im Jugendamt und diplomatisches Verhalten innerhalb der eigenen Behörde zu einem Nachteil für die Mündel werden können.

Die Zusammenarbeit von Sozialdienst und Vormund unter einem Dach macht es für Außenstehende oft schwer, beide auseinander zu halten. Die Frage danach, wo die Trennungslinie bezüglich der gesetzlichen Vertretung, der Organisation und der Ausführung von Erziehung und Personensorge verlaufen sollten, ist nicht eindeutig geregelt. Im Laufe des 20. Jahrhunderts wurde es in vielen Jugendämtern zur gängigen Praxis, dass der

Vormund lediglich die gesetzliche Vertretung übernahm. Die tatsächliche Personensorge wurde von anderen Akteuren übernommen. Der Spielraum, den das Gesetz Akteuren in der Praxis gibt, macht Vormundschaft zu einer schwer fassbaren Institution.

### Aktuelle Gesetzesgrundlage

Im BGB sind die gesetzlichen Grundlagen der Vormundschaft geregelt. Es ordnet an, dass Kinder und Jugendliche, die nicht unter elterlicher Sorge stehen oder deren Eltern nicht zur Vertretung berechtigt sind, einen Vormund bekommen (vgl. § 1773 Abs. 1 BGB; nach Abs. 2 auch dann, wenn der Familienstand nicht zu ermitteln ist). Bei unbegleiteten Minderjährigen sind die Eltern per definitionem zwar nicht anwesend, sie sind aber immer noch sorgeberechtigt, auch wenn sie im Ausland sind. Um einen Vormund zu bestellen muss darum das Gericht das Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlchem (§ 1673 BGB) oder tatsächlchem Hindernis (§ 1674 BGB) feststellen.

Das BGB unterscheidet zwischen den folgenden drei Vormundschaftsarten (vgl. Oberloskamp 2010: 11):

1. *Einzelvormund*: die Vormundschaft wird weder im Rahmen einer Anstellung bei einem Verein noch bei einer Behörde übernommen
2. *Vereinsvormund*: die Vormundschaft wird entweder an ein Mitglied oder einen Angestellten eines Vereins übertragen
3. *Amtsvormund*: die Vormundschaft wird von einem Angestellten des Jugendamts wahrgenommen

Leider trägt diese scheinbar klare Dreiteilung, da sich innerhalb jeder dieser drei Vormundschaftsarten verschiedene Untertypen herausgebildet haben. Oberloskamp zählt insgesamt zwölf Vormundschaftsformen auf. Sie identifiziert sechs Formen der Einzelvormundschaft, zwei Formen der Vereinsvormundschaft und vier Formen der Amtsvor-

mundschaft (vgl. ebenda: 11/12). Obwohl ihre Liste sehr ausführlich scheint, so zeigen die Gespräche, die mit Vormündern im Rahmen dieses Projekts geführt wurden, dass es in der Praxis sogar noch mehr Formen gibt als die, die von Oberloskamp aufgeführt werden. Selbst wenn es im Gesetz also eine Untergliederung in Einzel-, Vereins- und Amtsvormundschaft gibt, so gibt es innerhalb jeder Art Unterschiede in der Organisation und Ausführung. Das führt zu einer großen Unübersichtlichkeit und erschwert es, allgemein geltende Aussagen über ‚den‘ Vormund im Allgemeinen und ‚den‘ Einzel-, Vereins- oder Amtsvormund im Besonderen zu treffen.

Das BGB legt hinsichtlich der Bestellung eine Rangfolge der Vormundschaftsarten fest. Wie oben bereits angedeutet wird diese vom ehrenamtlichen Vormund angeführt. Entweder schlägt das Jugendamt dem Gericht Ehrenamtliche vor oder Interessierte können sich selbst an das Gericht wenden. Ein Verein darf nur dann zum Vormund bestellt werden, wenn keine Person verfügbar ist, die als ehrenamtlicher Einzelvormund geeignete ist (vgl. § 1791a BGB). Auch dem Jugendamt, d.h. dem Amtsvormund, ist ein ehrenamtlicher (vgl. § 1791b BGB) und ein Vereinsvormund (vgl. § 1781a BGB) vorzuziehen. Der bisher noch nicht erwähnte Berufsvormund hat in der Rangfolge die schwächste Position. Er kann von Gerichten gewählt werden, wenn ‚sie den Berufsvormund bezogen auf eine konkrete Vormundschaft für geeigneter als einen Verein oder das Jugendamt halten und kein geeigneter ehrenamtlicher Vormund zur Verfügung steht‘ (Oberloskamp 2010: 22). Trotz der vorrangigen Stellung des Einzel- und des Vereinsvormundes wird meist ein Amtsvormund bestellt.<sup>3</sup> Dies wird häufig kritisiert,

da die stärkere Involvierung alternativer Vormundschaftsarten überlasteten Amtsvormündern entgegen kommen könnte.

Die Aufgaben eines Vormunds sind im BGB folgendermaßen geregelt:

‚Der Vormund hat das Recht und die Pflicht für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere den Mündel zu vertreten.‘ (§ 1793 Abs. 1 BGB)

‚Die Personensorge umfasst insbesondere die Pflicht und das Recht, das Kind zu pflegen, zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen.‘ (§ 1631 Abs. 1 BGB)

Demzufolge trägt der Vormund eine umfassende Verantwortung sowohl hinsichtlich der Personensorge als auch der Vermögenssorge des Mündels. Wie diese in der Praxis tatsächlich wahrgenommen wird, d.h. *inwiefern* der Vormund in den genannten Bereichen tatsächlich involviert ist, wird unterschiedlich gehandhabt.

Weitere Regelungen zur Vormundschaft finden sich im Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB VIII), im Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) und im Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) geregelt.

Dank der Bemühungen einiger Nichtregierungsorganisationen werden unbegleitete Minderjährige seit 2005 explizit im Sozialgesetzbuch – Achtes Buch – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) erwähnt. Dort wird festgelegt, dass die Bestellung eines Vormunds unverzüglich zu veranlassen ist, wenn ein ausländisches Kind oder ein ausländischer Jugendlicher unbegleitet nach Deutschland kommt und sich die Personensorge- oder Erziehungsberechtigten nicht in Deutschland aufhalten (vgl. § 42 Abs. 1 Nr. 3, Abs. 3 Nr. 4 SGB VIII). Ein zentraler Punkt der Vormundschaft, der durch das SGB VIII geregelt wird,

27% einen Einzelvormund und 4% einen Vereinsvormund (vgl. Hansbauer/Mutke/Oelerich 2004: 46). Wie sich der quantitative Umfang entwickelt hat, ist nicht statistisch erfasst.

3 Die Amtsvormundschaft ist die Vormundschaftsart, die in der öffentlichen Diskussion am präsentesten ist. Es gibt aber leider keine aktuellen Zahlen über den Gesamtumfang der unter Vormundschaft stehenden Jugendlichen. Eine Erhebung des Bundesamts für Statistik aus dem Jahre 1981 zeigt, dass damals 69% der Mündel einen Amtsvormund hatten,



ist der so genannte Hilfeplan. Dieser soll in einer halbjährlich stattfindenden Konferenz erarbeitet werden (vgl. § 36 Abs. 2 SGB VIII). Jugendlicher, Vormund, Sozialdienst und Sozialarbeiter der Einrichtung besprechen dabei die Entwicklung des Jugendlichen, prüfen die gewährte Hilfeart und diskutieren deren mögliche Optimierung. Das SGB VIII legt fest, dass der Personensorgeberechtigte – im Fall von unbegleiteten Minderjährigen der Vormund – an Entscheidungen über Hilfeleistungen zu beteiligen ist (vgl. § 36 SGB VIII). Der Vormund muss über Art und Umfang der Hilfe informiert und beraten werden. Er soll auf mögliche Folgen für die Entwicklung des Kindes oder des Jugendlichen hingewiesen werden. Das SGB VIII sieht also eine intensive Involvierung des Vormunds in Entscheidungen bezüglich der Hilfgewährung vor.

Auch das Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG), das seit 2009 in Kraft ist, ist von Relevanz für den Bereich Vormundschaften. Es klärt zum Beispiel die Frage, welches Familiengericht bei Kindschaftssachen örtlich zuständig ist (vgl. § 152 FamFG). Zu Kindschaftssachen gehören gem. § 151 Nr. 4 FamFG auch die dem Familiengericht zugewiesenen Verfahren der Vormundschaft. Eine Neuerung von größerem Gewicht aber ist die Anhörung des Jugendlichen in Angelegenheiten, die ihn betreffen (vgl. § 159 FamFG), u.a. bezüglich der Wahl des Vormunds. Damit ist das Gericht verpflichtet, das Kind persönlich anzuhören, wenn dieses das 14. Lebensjahr vollendet hat. Nur aus schwerwiegenden Gründen kann ein Gericht von der Anhörung absehen. Das FamFG berücksichtigt also stärker die Perspektive des unbegleiteten Minderjährigen. In der Praxis allerdings wird die Anhörung des Jugendlichen von den Gerichten unterschiedlich gehandhabt und bisher nicht überall umgesetzt.

Auch das Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) sowie das Aufenthaltsgesetz (AufenthG) wirken sich auf Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige aus, da in beiden Bereichen

eine ausländerrechtliche Handlungsfähigkeit von 16- und 17-jährige begründet wird (§ 12 AsylVfG, § 80 AufenthG). Diese Regelungen werden stark kritisiert, da hierdurch eine vormundschaftliche Vertretung in Asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren nicht vorgesehen ist. Es wird vielmehr davon ausgegangen, dass 16- und 17-jährige aufgrund ihrer Handlungsfähigkeit selbst tätig werden können. Dies hat zur Folge, dass Vormündern von 16- und 17-jährigen Mündeln ihre Zuständigkeit bezüglich des Asylverfahrens sehr unterschiedlich definieren und ausgestalten. Für die Vormünder unterscheidet sich damit ihre Arbeit mit Unter-16-jährigen von der mit Über-16-jährigen. Bei letzteren sind die Vormünder häufig weniger stark ins Asylverfahren involviert, d.h. zum Beispiel dass der Vorbereitung auf die Anhörung beim Bundesamt weniger Beachtung geschenkt wird oder dass die Jugendlichen nicht zu Terminen beim Bundesamt oder bei der Ausländerbehörden begleitet werden.

Die Rahmenbedingungen für Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige werden also durch verschiedene Gesetze vorgegeben. Das BGB bestimmt die gesetzlichen Voraussetzungen für die Bestellung des Vormunds, die Beendigung der Vormundschaft, die verschiedenen Arten von Vormundschaften und deren Rangfolge und gibt die Verpflichtung zur Personen- und Vermögenssorge für das Mündel vor. Im SGB VIII werden die Aufgaben des Vormunds konkretisiert. Der Hilfeplan wird als zentrales Instrument der Jugendhilfe vorgestellt und die Beteiligung des Vormunds an der Erstellung desselben wird hervorgehoben. Das FamFG hat ebenfalls Bedeutung für die Vormundschaftsbestellung, indem es vorgibt, dass Jugendliche über 14 Jahren bezüglich Angelegenheiten, die sie selbst betreffen und damit auch der Wahl des Vormunds grundsätzlich angehört werden. Außerdem haben das Asylverfahrensgesetz und das Aufenthaltsgesetz meist konkrete Auswirkungen auf die praktische Vormundschaftsarbeit, da sie die Handlungsfähigkeit der 16- und 17-jäh-

rigen in asyl- und ausländerrechtlichen Fragen begründen.

### **Die Organisation der deutschen Jugendhilfe**

Auf Grund ihrer dezentralen Organisation weist die deutsche Jugendhilfe große regionale und lokale Unterschiede auf. Diese Fragmentierung wirkt sich auch auf Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige aus. Für ein besseres Verständnis des Vormundschaftssystems ist es notwendig, kurz auf das deutsche Verwaltungssystem im Allgemeinen und die Organisation der Jugendhilfe im Besonderen einzugehen.

Das deutsche Verwaltungssystem ist im Grunde auf drei Ebenen unterteilt: die Bundes-, die Landes- und die kommunale Ebene. Jede Ebene ist für bestimmte Bereiche zuständig, die sie größtenteils losgelöst von den anderen beiden Ebenen regeln kann. Die Unabhängigkeit gilt dabei nicht nur vertikal, sondern auch horizontal: Bundesländer sind in ihren Aufgabenbereichen unabhängig von anderen Bundesländern, Kommunen sind unabhängig von anderen Kommunen. Das führt zu einer beachtlichen Zersplitterung des deutschen Verwaltungssystems, wovon die Jugendhilfe eine Organisationseinheit ist.

Das SGB VIII gilt bundesweit, zahlreiche Kompetenzen bezüglich der Jugendhilfe werden aber auf die Landes- und Kommunalebene übertragen. Jedes Bundesland richtet ein Landesjugendamt ein, welches Aktivitäten der Jugendämter anregt und sie in der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt (vgl. § 82 SGB VIII). Sowohl die Jugendämter als auch die Landesjugendämter sind souverän in Sachen Personal, interne Organisation und Finanzen und haben somit Handlungsspielraum in ihrer Arbeit.

Die Verantwortung der Jugendhilfe liegt letztlich in den Händen der Jugendämter. Sie arbeiten aber in der praktischen Umsetzung ihrer Dienste mit verschiedensten freien Trägern der Jugendhilfe zusammen (vgl. § 26 SGB VIII). Die Vielfalt an Ausrichtungen und Kon-

zepten der freien Träger führt zu einer weiteren Verästelung der Jugendhilfe.

Die heterogene Organisation der Jugendhilfe führt zu einer heterogenen Organisation der Vormundschaft. Dieses uneinheitliche Vormundschaftssystem gewinnt außerdem durch die Existenz verschiedener Vormundschaftsarten noch zusätzlich an Komplexität. Diese werden im folgenden Abschnitt näher beleuchtet.

### **2.3 VORMUNDSCHAFTSARTEN**

Es wurde bereits erwähnt, dass es in Deutschland drei verschiedene Formen der Vormundschaft gibt, die allerdings jeweils in verschiedenen Ausprägungen existieren. Da es nicht möglich ist, im Rahmen dieser Studie sämtliche Typen zu untersuchen und aufzuschlüsseln, werden hier vier Typen betrachtet, die im Kontext der unbegleiteten Minderjährigen besonders relevant sind. Es ist dabei zu beachten, dass die interviewten Amtsvormünder sehr unterschiedliche Arten der Amtsvormundschaften vertreten. Nichtsdestotrotz werden sie in einer Kategorie zusammengefasst.

Der vorliegende Bericht wird sich auf folgende fettgedruckten Vormundschaftsarten konzentrieren:

1. Einzelvormund:
  - a. **Ehrenamtlicher Vormund**
  - b. **Berufsvormund**
2. **Vereinsvormund**
3. **Amtsvormund**

Außerdem beinhaltet das Kapitel einen kurzen Abschnitt zur **Ergänzungspflegschaft**.

Im Folgenden sollen die Vormundschaftsarten vorgestellt und deren Charakteristika diskutiert und verglichen werden.

## **Einzelvormundschaft**

### *Ehrenamtliche Vormundschaft*

Es besteht die Möglichkeit für Privatpersonen, ehrenamtlich Vormundschaften zu übernehmen. Gelegentlich bemühen sich Verwandte der Jugendlichen um eine solche Vormundschaft. Auf Grund mangelnder Sprachkenntnisse und unzureichender Vertrautheit mit dem Umgang mit deutschen Behörden geschieht das allerdings relativ selten. Vielmehr bemühen sich Vereine darum, ehrenamtliche Vormünder zu gewinnen. Diese haben sich meist auf die Vermittlung und Beratung ehrenamtlicher Vormünder spezialisiert. Im Normalfall wird ein Ehrenamtlicher Vormund von nur einem Jugendlichen. Mehrere Vormundschaften zur gleichen Zeit sind die Ausnahme. Das ermöglicht es dem ehrenamtlichen Vormund, auf sein Mündel individueller einzugehen als andere Vormünder.

Von den Städten, in denen Interviews geführt wurden<sup>4</sup>, sind nur in Berlin ehrenamtliche Vormundschaften ein etablierter Pfeiler des Vormundschaftssystems. Das Projekt ‚Akinda‘ nimmt dabei eine zentrale Rolle ein. Es wirbt und informiert (potentielle) ehrenamtliche Vormünder und steht ihnen beratend zur Seite. Unabhängig von ‚Akinda‘ übernehmen in Berlin vermehrt einige Anwälte ehrenamtliche Vormundschaften. Sie legen allerdings einen klaren Schwerpunkt auf die Aufenthalts-sicherung des Jugendlichen. An sonstigen Aspekten der Personensorge beteiligen sie sich eher am Rande.

Die Jugendlichen erfahren in der Regel von Freunden, Betreuern in der Jugendwohneinrichtung oder Beratungsstellen von der Möglichkeit, einen Einzelvormund zu bekommen. Meist bedarf es auch deren Hilfe um den Wechsel vom Amtsvormund zum ehrenamtlichen Vormund in Angriff zu nehmen, was unter Umständen ein langwieriger Prozess sein kann. Als Grund dafür wurden von einigen

Interviewpartnern die langsam mahelnden Mühlen der Familiengerichte genannt. Infolgedessen überlegen sich die involvierten Akteure gut, ob sich ein Vormundschaftswechsel lohnt. Besonders bei Jugendlichen, die kurz vor ihrem 18. Geburtstag stehen, wird genau abgewägt, ob der Wechsel Sinn macht.

Das Münchner Jugendamt unternahm vor einigen Jahren den Versuch, ein Projekt zur Förderung ehrenamtlicher Vormundschaften auf die Beine zu stellen. Allerdings wurden die Bemühungen nach relativ kurzer Zeit wieder eingestellt. Zum einen wurde es als Herausforderung empfunden, die ‚richtigen‘ Jugendlichen zu finden. Es kam zu Unmut, da manche Jugendliche als ‚zu fordernd‘ wahrgenommen wurden und einige Ehrenamtliche nicht die Dankbarkeit bekamen, die sie erwarteten. Zum anderen bedeutete es einen großen Arbeitsaufwand, die Ehrenamtlichen zu suchen und, vor allem, zu beraten wenn sie die Vormundschaft übernommen hatten. Es erschien ihnen deshalb sinnvoller und zeitsparender, die Vormundschaften selbst zu übernehmen. Einige Interviewpartner stehen der ehrenamtlichen Vormundschaft kritisch gegenüber. Ein Kritikpunkt ist, dass ehrenamtlichen Vormündern das nötige Fachwissen fehle, besonders hinsichtlich des Asylverfahrens. Einige Befürworter dieser Vormundschaftsart hingegen stellen diesem Vorwurf entgegen, dass auch Amtsvormünder sich zu Beginn ihrer Tätigkeit dieses Wissen erst aneignen müssen. Manche Sozialarbeiter in Jugendwohneinrichtungen erwähnten, dass sie die Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vormündern anstrengend fänden. Sie nehmen die Ehrenamtlichen als überengagiert wahr und empfinden deren Präsenz als unnötigen Eingriff in ihren eigenen Tätigkeitsbereich und ihre Kompetenzen. Andere wiederum assoziieren ehrenamtliche Vormünder nicht mit ebendiesem Kompetenzgerangel, sondern schätzen deren Engagement. Die Tatsache, dass eine außen stehende Person die Arbeit in den Jugendwohneinrichtungen beobachtet und ge-

4 Interviews mit Vormündern wurden in München, Berlin, Frankfurt, Gießen und Nürnberg geführt. Mehr Informationen zum Forschungsdesign sind im folgenden Kapitel zu finden.



gebenenfalls kritisiert, wird von einigen Sozialpädagogen durchaus positiv gewertet.

Trotz der kritischen Haltungen hat die ehrenamtliche gegenüber den anderen Vormundschaftsarten einige Vorteile. Erstens hat ein Ehrenamtlicher im Normalfall nur wenige Mündel und kann sich somit auf diese Jugendlichen konzentrieren. Das lässt erwarten, dass der Vormund leichter erreichbar für den Jugendlichen ist. Zweitens können die Ehrenamtlichen – falls es von beiden Seiten gewollt ist – mit den Jugendlichen Ausflüge o.ä. unternehmen oder sie zu Familienfesten einladen, was den Jugendlichen das ‚Ankommen‘ in Deutschland erleichtern kann. Drittens verfügen die Ehrenamtlichen oft über ein soziales Netzwerk, das im Interesse des Jugendlichen mobilisiert werden kann, zum Beispiel um Praktikums- oder Ausbildungsplätze zu finden.

### *Berufsvormundschaft*

Die Berufsvormundschaft ist eine andere Art der Einzelvormundschaft. Wie bei der ehrenamtlichen Vormundschaft übernimmt eine Einzelperson weder als Mitglied/Angestellter eines Vereins noch als Angestellter einer Behörde Vormundschaften. Im Gegensatz zu ehrenamtlichen Vormündern allerdings werden Berufsvormünder für ihre Tätigkeit entlohnt. Die Zahl der Berufsvormünder ist schwer zu schätzen. Dem B-UMF e.V. waren Ende 2010 ca. 30 Personen bekannt, die sich selbstständig gemacht haben und als Berufsvormünder für unbegleitete Minderjährige tätig sind. Die Familiengerichte können laut Gesetz (vgl. § 1887 BGB) darüber entscheiden, ob ein Berufsvormund eingesetzt werden soll. Dieser kann bestellt werden, wenn er als besser geeignet erachtet wird, die Vormundschaft zu übernehmen, als ein Amts- oder Vereinsvormund und wenn kein ehrenamtlicher Vormund verfügbar ist. Da es im Ermessen des Gerichts liegt, ob das der Fall ist, kommt es durchaus vor, dass die Gerichte den Antrag

eines Berufsvormunds auf Übernahme der Vormundschaft ablehnen.

Im Raum Nürnberg/Fürth hat sich die Berufsvormundschaft zu einer Säule des lokalen Vormundschaftssystems entwickelt. Zum Zeitpunkt der Studie waren dort vierzehn Berufsvormünder tätig. In Fürth schlägt das Kreisjugendamt meist Berufsvormünder vor, so dass Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige fast ausschließlich über diesen Vormundschaftstyp versorgt sind. In Nürnberg gestaltet sich die Situation etwas anders. Vorerst wird immer ein Amtsvormund bestellt. Nur wenn kein geeigneter ehrenamtlicher Vormund verfügbar ist und der Fall sich als besonders komplex darstellt, kann ein Berufsvormund bestellt werden.

Wenn das Amtsgericht beschließt, dass ein Berufsvormund bestellt wird, sind sie zur Vergütung berechtigt. Die erste Vergütung kann normalerweise frühestens nach drei Monaten beantragt werden. Der Vormund muss seine Arbeit genau dokumentieren, um später eine Vergütung verlangen zu können. Ob eine bestimmte Aktivität allerdings bezahlt wird, hängt davon ab, was das Gericht als Aufgabe des Vormunds versteht. Es kann also vorkommen, dass ‚pädagogische Aufgaben‘ nicht vergütet werden, da der Vormund nach Ansicht des Gerichts lediglich für die rechtliche Vertretung des Jugendlichen zuständig ist.

Trotz der komplizierten Vergütungssituation und der finanziellen Abhängigkeit vom Gericht weist die Berufsvormundschaft wichtige Vorteile gegenüber der Amtsvormundschaft auf: Berufsvormünder können selbst entscheiden, wie viele Vormundschaften sie führen wollen. Eine geringere Mündelzahl hat selbstverständlich zur Folge, dass der Vormund mehr Zeit für jedes einzelne Mündel hat. Außerdem sind Berufsvormünder nicht in das Jugendamt eingebettet und können somit unabhängig von den dortigen Strukturen und Arbeitsabläufen agieren. Zum einen sind sie freier in ihrer Schwerpunktsetzung. Zum anderen sind sie nicht mit der Interessenskollision konfrontiert, die sich daraus ergibt,

dass der Amtsvormund als Leistungsempfänger beim Leistungsträger beschäftigt ist. Der Vollständigkeit halber soll erwähnt sein, dass die Selbständigkeit und damit institutionelle Unabhängigkeit des Berufsvormundes auch eine besondere Herausforderung sein kann. Der Berufsvormund ist an keine Institution angeschlossen und kann somit nicht automatisch auf ein bereits etabliertes Netzwerk aus Kontakten zu anderen Behörden und Akteuren zurückgreifen – vor allem wenn er davor noch nicht in diesem Bereich tätig war. Falls bei Amtsantritt noch keine Vernetzung auf Grund von früherer Tätigkeiten besteht, ist es deshalb wichtig, Kontakte zu Ämtern, Anwälten, Sprachkursanbietern, Ausbildungsstätten u.ä. zu schaffen und zu pflegen, um die Zusammenarbeit zu optimieren. Außerdem ist es für den Berufsvormund wichtig, mit anderen Vormündern in Kontakt zu sein, um sich kollegialen Rat holen zu können.

### **Vereinsvormundschaft**

Auch eingetragene Vereine können Vormundschaften führen. Der Verein wird dabei zum Vormund bestellt, die Vormundschaft selbst wird von einem Mitglied oder einem angestellten Mitarbeiter geführt. Eine zentrale Voraussetzung ist, dass das Landesjugendamt dem jeweiligen Verein die Erlaubnis erteilt hat, Vormundschaften zu übernehmen. Ein Verein wird dann als geeignet angesehen, wenn er über genügend Mitarbeiter verfügt, die er berät, weiterbildet und versichert (vgl. Oberloskamp 2010: 22). Laut Oberloskamp (vgl. 2010: 12) gibt es zwei verschiedene Arten von Vereinsvormundschaft: erstens, nicht-professionelle Mitglieder eines Vereins übernehmen Vormundschaften. Sie kooperieren in ihrer Tätigkeit mit Angestellten des Vereins. Zweitens, Angestellte des Vereins führen die Vormundschaft, werden aber von Ehrenamtlichen unterstützt. In München gibt es außerdem eine dritte Version der Vereinsvormundschaft: Angestellte des Vereins übernehmen

die Vormundschaft und werden dabei nicht von Ehrenamtlichen unterstützt.

Wie Berufsvormünder können Vereine die Mündelzahl pro Vormund festlegen. Vereinsvormünder haben deshalb im Normalfall weniger Mündel als Amtsvormünder. Im Jahr 2010 gibt es in München zwei Vereine, die Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige führen. Im Vergleich zu Amtsvormündern haben die Münchner Vereine mit 40 Jugendlichen pro Vollzeit-Vormund eine weitaus niedrigere Mündelzahl pro Vormund festgesetzt. Das ermöglicht eine intensivere Beschäftigung mit jedem Jugendlichen. Wie bereits erwähnt, ist es gesetzlich festgelegt, dass Vereinsvormundschaften Amtsvormundschaften vorzuziehen sind. Aus diesem Grund werden die Vereine vorrangig kontaktiert, wenn neue Jugendliche in München ankommen. Die Vereinsvormünder haben somit die Möglichkeit, eine gewisse Auswahl unter ihren zukünftigen Mündeln zu treffen. Erst wenn die Vereine keine Kapazitäten mehr haben, wird ein Amtsvormund bestellt. Sowohl der Vorrang vor der Amtsvormundschaft als auch die Möglichkeit, die Mündelzahl vergleichsweise gering zu halten, ist sicher von Vorteil für den Vereinsvormund selbst. Strukturellen Problemen der Vormundschaft wird dadurch aber nicht entgegengewirkt: wenn bei steigenden Einreisezahlen die Zahl der Vereinsvormünder und die Mündelzahl dieser Vormünder gleich bleibt, führt das zwangsläufig zu einem Anstieg der Fallzahlen der Amtsvormundschaft.

Die Finanzierung der Vormundschaftsvereine ist noch nicht endgültig geregelt. In München, zum Beispiel, werden Vereinsvormundschaften zum größten Teil (in etwa 80%) von den Jugendämtern finanziert, bis Oktober 2010 übernahmen Gerichte gelegentlich Teile der Finanzierung. Mit einem Wegfall der Unterstützung durch die Gerichte müssen die Vereine eigene Mittel aufbringen. Die komplizierte Finanzierungssituation ist ein Grund dafür, wieso es so wenige Vereine in Deutschland

gibt, die Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige führen.

### **Amtsvormundschaft**

Die meisten unbegleiteten Minderjährigen bekommen einen Amtsvormund. Das Jugendamt wird dabei zum Vormund bestellt, die Führung der Vormundschaft selbst wird an einen Angestellten des Jugendamts übertragen. Vor allem seit dem Tod des unter Amtsvormundschaft stehenden zweijährigen Kevin im Jahr 2006 ist diese Vormundschaftsart stark in die Kritik geraten. Der zentrale Kritikpunkt ist, dass die meisten Amtsvormünder für eine kaum zu bewältigende Mündelzahl verantwortlich sind. Hundert bis zweihundert Mündel sind die Regel, gelegentlich wird diese Zahl sogar überschritten (vgl. DIJuF e.V., 2010<sup>2</sup>).

Wie bereits erwähnt, werden immer wieder Bedenken hinsichtlich der Eingliederung des Vormunds in die Strukturen des Jugendamts geäußert. Es wird zum Beispiel befürchtet, dass die Nähe von Vormund und sozialem Dienst die geforderte Parteilichkeit des Vormunds beeinträchtigen. Allerdings haben sich in der Praxis unterschiedliche Arten entwickelt, mit dieser Nähe umzugehen: während in manchen Jugendämtern die Tätigkeit von Vormund und sozialem Dienst sehr eng miteinander verwoben sind, wird in anderen eine klare Abgrenzung der Dienste angestrebt. Dadurch, dass in München und Berlin die beiden Abteilungen in unterschiedlichen Stadtteilen angesiedelt sind, wird die inhaltliche durch die örtliche Trennung unterstrichen. In Frankfurt und Gießen hingegen befinden sich beide im gleichen Gebäude. In Gießen ist eine Vormündin außerdem in Personalunion in beiden Bereichen tätig.

Ein weiterer Unterschied zwischen Amtsvormündern in verschiedenen Städten ist, dass manche ausschließlich Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige übernehmen, während andere sowohl von unbegleiteten Minderjährigen als auch von deutschen Jugendlichen Vormund sind. In Berlin gibt es

drei Amtsvormünder, die nur für unbegleitete Minderjährige zuständig sind. Wenn es nicht zu einem Wechsel zur ehrenamtlichen Vormundschaft kommt, besteht die Amtsvormundschaft in der Regel bis zur Volljährigkeit. Auch in Frankfurt und Gießen sind mittlerweile fünf Amtsvormünder tätig, die sich vor allem auf diese besondere Personengruppe konzentrieren. In Hessen werden die Jugendlichen nach der Clearingphase in Frankfurt oder Gießen im ganzen Bundesland verteilt. Die Jugendlichen, die nach den ersten Monaten im Umland untergebracht werden, bekommen einen neuen Amtsvormund vor Ort, der im Normalfall nicht auf unbegleitete Minderjährige spezialisiert ist, sondern primär mit Jugendlichen deutscher Nationalität arbeitet. In München gibt es ein Team aus sechzehn Amtsvormündern, die sowohl mit deutschen Jugendlichen als auch mit unbegleiteten Minderjährigen arbeiten. Wechsel zu einer anderen Vormundschaftsart finden normalerweise nicht statt.

Beide Versionen, d.h. Fokussierung auf unbegleitete Minderjährige bzw. die Arbeit sowohl mit jungen Flüchtlingen als auch mit deutschen Jugendlichen, haben Vor- und Nachteile. Einerseits sind junge Flüchtlinge eine sehr spezielle Zielgruppe mit besonderen Bedürfnissen und Problemen. Vor allem Traumatisierungen und aufenthaltsrechtliche Fragen verlangen spezifische Kenntnisse und eine ausgeprägte Sensibilität. Vormünder, die nur sporadisch mit unbegleiteten Minderjährigen arbeiten, verfügen möglicherweise nur über rudimentäres Wissen in diesen Bereichen. Es besteht somit die Gefahr, dass junge Flüchtlinge bei nicht spezialisierten Vormündern unter den anderen Mündeln untergehen und nicht die Betreuung erfahren, die auf Grund ihrer besonderen Lebensumstände notwendig ist. Andererseits machen unbegleitete Minderjährige nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Mündel der Amtsvormünder aus. Falls sich Jugendämter wie in Berlin, Frankfurt und Gießen, dafür entscheiden, einigen wenigen Vormündern ausschließlich Vormundschaft-

ten für unbegleitete Minderjährige zu übertragen, ist zwar die Spezialisierung gewährt, aber die Wahlmöglichkeit wird logischerweise eingeschränkt: Jugendliche können nicht zwischen Vormündern wählen, Vormünder nicht zwischen Jugendlichen. Ein größerer Pool an Amtsvormündern für unbegleitete Minderjährige, wie in München, ermöglicht es darüber hinaus, schwankende Einreisezahlen leichter auszugleichen. Die Arbeitsbelastung wird auf mehrere Vormünder aufgeteilt. Auswahlmöglichkeiten erlauben außerdem, dass Jugendliche sich unter den Vormündern für den entscheiden könnten, der ihnen am geeignetsten erscheint und dass Vormünder je nach ihren jeweiligen Kenntnissen, Fähigkeiten und Vorlieben Vormundschaften übernehmen. Die Einarbeitungszeit in einen neuen ‚Fall‘ wird dadurch reduziert, was wiederum Zeit für andere Aufgaben gibt.

### **Ergänzungspflegschaft**

Das Gesetz bietet die Möglichkeit, Pflegschaften für Kinder und Jugendliche einzurichten – unabhängig davon, ob diese unter Vormundschaft stehen oder nicht. Durch Pflegschaften werden Professionelle mit bestimmten Aufgaben betraut, die der Vormund oder die Eltern nicht wahrnehmen können (vgl. § 1909 BGB). Im Fall von unbegleiteten Minderjährigen kann es für den Vormund eine besondere Erleichterung sein, den aufenthaltsrechtlichen Teil auszulagern. Vormünder sind im Normalfall nicht auf diesem Rechtsgebiet ausgebildet. Die komplexe Materie erfordert eine intensive Einarbeitung, um eine professionelle Unterstützung des Jugendlichen zu gewährleisten und keine der vielen und äußerst wichtigen Fristen im Asylverfahren zu verpassen.

Anwälte, die im Ausländerrecht spezialisiert sind, können zum Ergänzungspfleger bestellt werden und diesen Tätigkeitsbereich übernehmen.

Trotz dieser im BGB vorgesehenen Möglichkeit wird von Ergänzungspflegschaften für unbegleitete Minderjährige in Deutschland bisher nur selten Gebrauch gemacht. In Frankfurt jedoch existiert seit circa fünfzehn Jahren ein System, das die Unterstützung des Vormunds durch einen Ergänzungspfleger in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten etabliert hat. Unter-16-Jährige bekommen in aller Regel einen Ergänzungspfleger. Auf Grund der ‚Handlungsfähigkeit‘ des Asylverfahrensgesetzes wird den Über-16-jährigen allerdings häufig ein Ergänzungspfleger vor-enthalten. In Frankfurt gibt es zwei Gerichte, die über die Bestellung eines Ergänzungspflegers entscheiden. Dabei wurde von verschiedenen Akteuren in Frankfurt die Beobachtung gemacht, dass Richter des Amtsgerichts Frankfurt-Höchst dazu tendieren, nur für Unter-16-Jährige einen Ergänzungspfleger zu bestellen, während Richter des Amtsgerichts Frankfurt-Mitte diese Möglichkeit auch Über-16-Jährigen eröffnen. Inzwischen bestellen aber auch viele Richter des Amtsgerichts Frankfurt-Höchst Ergänzungspfleger für Über-16-Jährige – auf Antrag auch nachträglich. Neben diesen Unregelmäßigkeiten hinsichtlich der Bestellung sorgt außerdem die Vergütung der Ergänzungspfleger für Diskussionen. Im Juli 2010 war der Stand allerdings so, dass Ergänzungspfleger nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz über die Gerichtskasse abrechnen können. Weder für das Jugendamt noch für den Jugendlichen selbst fallen somit Kosten wegen der Ergänzungspfleger an.

### 3. DIE VIELEN GESICHTER DER VORMUNDSCHAFT: ERKENNTNISSE AUS DER PRAXIS

#### 3.1 FORSCHUNGSDESIGN UND METHODOLOGIE

Die vorliegende Studie hat nicht den Anspruch, statistisch repräsentativ zu sein und ein allgemeingültiges Bild der Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige in Deutschland zu zeichnen. Sie basiert auf den Informationen einer vergleichsweise geringen Anzahl von Befragten und zeigt somit Ausschnitte eines äußerst heterogenen Systems. Im Sinne einer qualitativen Herangehensweise legt sie Wert auf die genaue Untersuchung der Darstellungen und Berichte der Befragten. Das vermittelt dem Leser ein Verständnis der Komplexität und Vielschichtigkeit der Materie.

#### Auswahl der Interviewpartner

Die Auswahl der Interviewpartner erforderte genaue Überlegungen und Abwägungen. Wie bereits erklärt wurde, wird das deutsche Vormundschaftssystem nicht national einheitlich, sondern auf Länder- bzw. Kommunalebene organisiert. Noch dazu eröffnet das Gesetz die Wahl zwischen verschiedenen Arten der Vormundschaft. Als Folge dessen haben sich lokal unterschiedlich gestaltete Systeme entwickelt. Um aussagekräftige Einblicke in die jeweiligen Mikrosysteme zu bekommen, war es erforderlich, sich auf einige wenige Standorte zu konzentrieren. Dort sollten neben den Jugendlichen die jeweils relevanten Akteure interviewt werden. Die Wahl fiel auf Berlin, München und Frankfurt. Es stellte sich allerdings bald heraus, dass im Flächenstaat Hessen Vormundschaften in Frankfurt sehr eng mit anderen Gemeinden verwoben sind, weshalb es wenig Sinn machte, sich nur auf Frankfurt zu konzentrieren. Interviews wurden auch in Gießen und einem kleinen Ort namens Kiedrich geführt. Indem der Fokus auf Berlin, München und Hessen gelegt wurde,

konnten verschiedene Vormundschaftsarten miteinbezogen werden: Amtsvormundschaften werden in Berlin mit ehrenamtlichen Vormundschaften kombiniert, in München mit Vereinsvormundschaften und in Hessen mit Ergänzungspflegschaften. Um außerdem die in letzter Zeit erstarkende Berufsvormundschaft in die Studie mit einzubeziehen, wurde ein Interview mit einer Berufsvormündin in Nürnberg geführt.

#### Die Forschungsmethode

Informationen wurden durch semi-strukturierte Interviews gewonnen. Die Projektpartner des europäischen Projekts ‚Closing a protection gap – standards for guardians of separated children‘ erarbeiteten einen Fragebogen, an dem sich die Interviews orientieren sollten. Dieser wurde an den deutschen Kontext angepasst, indem Fragen integriert wurden, die auf Besonderheiten im deutschen Kontext eingehen (z.B. hinsichtlich des Übergangs von einer Vormundschaftsart zur anderen). Die Fragen wurden nicht in einer strikten Reihenfolge, sondern an der jeweils passenden Stelle im Interview gestellt.

Die Interviews fanden an unterschiedlichen Orten statt. Die Gespräche mit Vormündern wurden zum größten Teil in deren Büros geführt. Die Interviews mit ehrenamtlichen Vormündern fielen aus der Reihe, da sie in einem informelleren Umfeld erfolgten. In drei Gesprächen wurden zwei bzw. drei Personen zeitgleich befragt. Die Jugendlichen wurden in ihren Jugendwohneinrichtungen, in ihrer Schule oder im Café interviewt. Da die Deutschkenntnisse der Jugendlichen ein Auswahlkriterium gewesen war, sprachen die meisten gutes bis sehr gutes Deutsch. Zwölf Interviews wurden auf deutsch geführt, zwei auf englisch. Für das Gespräch mit einem vietnamesischen Jugendlichen erklärte sich eine

Angestellte der Jugendwohneinrichtung bereit, zu übersetzen.

Mit Ausnahme von zwei unbegleiteten Minderjährigen, die bevorzugten, dass die Interviews nicht aufgezeichnet wurden, wurden alle Gespräche auf Band aufgenommen und im Anschluss transkribiert. Die Interviews mit den Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen dauerten zwischen zwanzig Minuten und eineinhalb Stunden. Die unterschiedliche Dauer hängt unter anderem mit den Deutschkenntnissen der Befragten, ihrem Alter und der Aufenthaltsdauer in Deutschland zusammen. Die Interviews mit Vormündern nahmen zwischen einer Stunde und zweieinhalb Stunden in Anspruch.

### **Interviewpartner**

In Berlin, München und Hessen sollten fünf Jugendliche und mindestens ein Vormund jeder dort vertretenen Vormundschaftsart interviewt werden. Um ein noch besseres Verständnis der Situation vor Ort zu bekommen, sollten außerdem informelle Gespräche mit pädagogischem Personal der Jugendwohneinrichtungen geführt werden. Dank der guten Vernetzung des B-UMF e.V. und der Unterstützung des Beirats konnten die relevanten Vormünder leicht gefunden und kontaktiert werden. Es stellte sich als etwas komplizierter heraus, unbegleitete Minderjährige bzw. junge Erwachsene, die als Minderjährige nach Deutschland eingereist sind, für die Interviews zu finden. Die Art und Weise, wie potentielle Interviewpartner gefunden wurden, war an jedem der Standorte unterschiedlich. Bezüglich der Jugendlichen wurde eine kurze Liste an Kriterien erarbeitet, die bei der Auswahl beachtet werden sollten.

Es sollten:

- sowohl männliche als auch weibliche Jugendliche/junge Erwachsene und
- sowohl Minderjährige als auch Volljährige und
- Mündel von Amts-, Vereins- ehrenamtlichen Vormündern

interviewt werden. Außerdem wurde es als Vorteil gewertet, wenn das Interview auf deutsch oder englisch geführt werden konnte und kein Dolmetscher nötig war. Im Rekrutierungsprozess wurde es als wesentlich wichtiger erachtet, die Kanäle sorgsam auszuwählen, über die die Interviewpartner angesprochen wurden, als Personen zu suchen, die genau vordefinierten Kriterien entsprechen sollten. Deshalb wurde es vermieden, Jugendliche über ihre Vormünder anzusprechen. Dem lag die Annahme zu Grunde, dass das die Jugendlichen hemmen könnte, über die Erfahrungen mit ihrem Vormund zu sprechen. In Berlin sprach die Interviewerin zwei Jugendliche im Rahmen von Freizeitaktivitäten an, die ein Verein wöchentlich für junge Flüchtlinge organisiert. Mit den anderen drei jungen Interviewpartnern wurde der Kontakt über die (frühere) Jugendwohneinrichtung der Jugendlichen hergestellt: nach Gesprächen mit Sozialarbeitern wurden diese gebeten, bei der Kontaktaufnahme mit potentiellen Interviewpartnern behilflich zu sein. Die Auswahl dieser Jugendlichen wurde somit letztendlich den Sozialarbeitern überlassen. Neben den fünf Jugendlichen/jungen Erwachsenen wurden in Berlin ein Amtsvormund und drei ehrenamtliche Vormünder interviewt.

In München wurde ein Jugendlicher von seinem Sozialarbeiter angesprochen, nachdem dieser um Unterstützung bei der Rekrutierung gebeten worden war. Die anderen vier Jugendlichen wurden von einer Sozialarbeiterin einer Schule für unbegleitete Minderjährige angesprochen, die die Interviewerin besucht hatte. Drei der Jugendlichen wurden von der Interviewerin auf Grund des Eindrucks, den sie im Unterricht hinterlassen hatten, ausgewählt. Die vierte der Jugendlichen wurde von der Schulsozialarbeiterin ausgewählt. Außerdem wurden eine Amtsvormündin und ein Vereinsvormund interviewt.

In Hessen war ein Beiratsmitglied eine wesentliche Unterstützung darin, Interviewpartner zu finden. Sie kontaktierte Sozialarbeiter einer Jugendwohneinrichtung in Frankfurt



und einer in einem kleinen Dorf ca. 50 km von Frankfurt entfernt. Die Auswahl der Jugendlichen wurde letztlich von den Sozialarbeitern vorgenommen. Neben den Jugendlichen wurden vier Amtsvormünder und ein Ergänzungspfleger interviewt.

Diese Beschreibung zeigt, dass die Wahl der jungen Interviewpartner zu einem beachtlichen Grad selektiv war. Zum einen wählte die Interviewerin einige Jugendliche auf Grund des Eindrucks, den sie in informellen Gesprächen gemacht hatten. Diese Jugendlichen haben gemein, dass sie vergleichsweise extrovertiert, gesprächsfreudig und reflektiert sind. Es ist etwas schwieriger nachzuvollziehen, warum die Wahl der Sozialarbeiter auf bestimmte Jugendliche fiel. Es ist durchaus möglich, dass die Sympathie für den Jugendlichen eine Rolle spielt. Trotzdem bleibt es nur eine Annahme. Es war auffällig, dass die meisten Sozialarbeiter als zentrales Auswahlkriterium erwähnten, dass der Jugendliche ‚etwas zu seinem Vormund sagen kann‘. Das lässt vermuten, dass der Vormund im Leben vieler unbegleiteter Minderjähriger wenig präsent ist und die jungen Interviewpartner mögli-

cherweise einen etwas intensiveren Kontakt zu ihrem Vormund hatten als der Durchschnitt der unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland. Das sollte bei der Lektüre dieses Berichts genauso im Hinterkopf behalten werden wie andere Einschränkungen, die sich aus der spezifischen Zusammensetzung der Gruppe der Interviewpartner ergeben.

Im Ganzen wurden 15 Personen, die alleine minderjährig nach Deutschland einreisten, 11 Vormünder und ein Ergänzungspfleger interviewt. Die Interviews wurden durch acht Gespräche mit pädagogischem Personal aus Jugendwohneinrichtungen/Clearingstellen ergänzt.

### Unbegleitete Minderjährige

Acht der jungen Interviewpartner waren minderjährig, sieben volljährig; sie waren zwischen 15 und 23. Es wurden fünf weibliche und zehn männliche Jugendliche/junge Erwachsene interviewt. Sie kamen ursprünglich aus Afghanistan (6), Vietnam (3), Angola, China, Kamerun, Nigeria und Sierra Leone. Zum Zeitpunkt der Interviews bezogen 12 Jugend-

Jugendliche	Geschlecht	Alter	Herkunftsland	Vormund	Wohnort
G1	M	18	Betreutes Wohnen	Amtsvormund	Berlin
G2	M	17	WG	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
G3	W	19	WG	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
G4	M	23	Unabhängig	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
G5	M	15	Heim	Amtsvormund	Berlin
G6	M	22	Unabhängig	Amtsvormund	Hessen
G7	M	20	Unabhängig	Amtsvormund	Hessen
G8	W	17	Betreutes Wohnen	Amtsvormund	Hessen
G9	W	16	Betreutes Wohnen	Amtsvormund	Hessen
G10	M	18	Unabhängig	Amtsvormund	Hessen
G11	M	17	Heim	Amtsvormund	München
G12	M	17	Heim	Vereinsvormund	München
G13	M	17	Heim	Vereinsvormund	München
G14	W	18	WG	Amtsvormund	München

Vormünder	Geschlecht	Arbeitserfahrung als Vormund in Jahren	Vormundschaftsart	Stadt
GG1	M	15	Amtsvormund	Berlin
GG2	M	4	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
GG3	W	11	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
GG4	M	11	Ehrenamtl. Vormund	Berlin
GG5	W	7	Amtsvormund	Gießen
GG6	W	8	Amtsvormund	Gießen
GG7	W	3 1/2	Amtsvormund	Frankfurt
GG8	M	9	Amtsvormund	Frankfurt
GG9	W	9	Amtsvormund	München
GG10	M	18	Vereinsvormund	München
GG11	W	21	Berufsvormund	Nürnberg

hilfe und lebten in speziellen Jugendhilfeeinrichtungen. Drei hatten eigene Wohnungen, aber waren noch mit ihren früheren Sozialarbeitern in Kontakt. Bis auf zwei kamen alle der jungen Befragten im Alter von 15 oder 16 nach Deutschland.

### Vormünder

Aus Mangel an Statistiken über die Berufsgruppe der Vormünder, ist es schwierig, Aussagen über ‚den‘ deutschen Vormund zu treffen. Obwohl im Rahmen dieses Projekts nur eine kleine Zahl an Vormündern interviewt wurde, so kann diese Gruppe doch dazu dienen, grobe Tendenzen aufzuzeigen.

Oelerich und Wunsch (2004: 107) stellen basierend auf ihrer empirischen Erhebung fest, dass Amtsvormünder in der Mehrzahl über eine Verwaltungsausbildung verfügen. Daneben wird der Beruf vor allem von Sozialpädagogen ausgeübt. Sie bestätigen damit die Einschätzung einer Untersuchung von Münchener aus dem Jahr 2000 (vgl. ebenda). Eine klare Tendenz in die eine oder andere Richtung lässt sich bei den elf Vormündern, die für die vorliegende Studie interviewt wurden (sechs Amtsvormünder, drei ehrenamtliche Vor-

münder und je eins mit einem Vereins- und Berufsvormund), nicht erkennen. Von den Fachkräften, die beruflich Vormundschaften führen, sind drei Verwaltungsfachkräfte, drei haben eine sozialpädagogische Ausbildung und zwei absolvierten ein Studium der Pädagogik bzw. Erziehungswissenschaften. Zwei der ehrenamtlichen Vormünder hatten vor dem Ruhestand im öffentlichen Dienst gearbeitet, der dritte war Jurist.<sup>5</sup> Wie aus der untenstehenden Tabelle herauszulesen ist, scheinen die meisten Vormünder ihrer Tätigkeit über Jahre hinweg treu zu bleiben. Es war dabei außerdem auffällig, dass alle der interviewten Amtsvormünder früher in einem anderen Bereich des Jugendamts tätig waren. Drei von ihnen arbeiten als Amtsvormund für

5 Die Vormünder wurden gefragt, ob sie eine bestimmte Ausbildung für die Tätigkeit als Vormund für wichtig hielten. Interessanterweise bezogen sich ihre Antworten auf ihr eigenes Arbeitsumfeld. Beispielsweise betonten Vormünder, die in einem von Sozialpädagogen dominierten Umfeld arbeiten, die Notwendigkeit einer sozialpädagogischen Ausbildung. Vormünder, deren Kollegen unterschiedliche fachliche Hintergründe hatten, meinten hingegen, dass die Ausbildung nicht darüber entscheide, ob jemand ein ‚guter‘ Vormund sei oder nicht, sondern dass vielmehr die Fähigkeit und Bereitschaft, sich die notwendigen Kenntnisse anzueignen, erforderlich sei.



Ergänzungspfleger	Geschlecht	Arbeitserfahrung	Stadt
GC1	M	15 Jahre	Frankfurt

unbegleitete Minderjährige, seitdem dieser Arbeitsbereich an ihrem Jugendamt eingerichtet wurde.

Die Mündelzahl eines Vormunds ist der Punkt, der im aktuellen Reformprozess am meisten diskutiert wird. Im Schnitt hatte ein Vollzeitvormund in Berlin, Frankfurt oder Gießen im Sommer 2010 in etwa 100 Mündel. Wegen der hohen Einreisezahlen wurde zur Zeit der Interviews damit gerechnet, dass die Zahlen bis zum Ende des Jahres sogar noch weiter steigen werden. Die Münchner Amtsvormündin hatte ca. 70 Mündel, die Berufsvormündin ca. 50 und der Vereinsvormund ca. 40. Die ehrenamtlichen Vormünder hatten über die Jahre insgesamt für drei beziehungsweise zwei Jugendliche eine Vormundschaft übernommen.

Zudem wurde noch ein Ergänzungspfleger aus Frankfurt befragt.

### Auswertung

Sowohl transkribierte Interviews als auch Notizen wurden, größtenteils nach Paragraphen, kodiert. Neben den Codes, die sich aus den Texten ergaben, wurden die Interviews auf die Fragen hin untersucht, die am Anfang des Forschungsprozesses gestellt worden waren. Codes wurden thematisch zusammengefasst. Das ermöglichte es, inhaltlich verwandte Abschnitte aus Interviews und Notizen zu vergleichen und Konzepte zu identifizieren. Natürlich ist die soziale Welt nicht in sich schlüssig, weswegen Widersprüche innerhalb und zwischen den Interviews beobachtet werden konnten. Diese Widersprüche werden im Laufe des Berichts immer wieder zum Vorschein kommen. Trotzdem ist es die Absicht, wenn möglich Tendenzen nachzuzeichnen. In einigen Bereichen wurden die Antworten von Vormündern und Jugendlichen einander gegenübergestellt, damit deren Ansichten und

Wahrnehmungen verglichen werden konnten. Außerdem wurde besonderes Augenmerk auf Aussagen gelegt, die auf die verschiedenen Vormundschaftsarten bzw. die verschiedenen Gegebenheiten in den unterschiedlichen Standorten zurückgeführt werden konnten. Die kurzen Zusammenfassungen am Ende eines jeden Kapitels und die Zusammenfassung am Ende des Berichts abstrahieren die Beschreibung der Antworten der Befragten und sollen die Punkte hervorheben, die mit den Standards adressiert werden sollen.

### Beirat

Der Forschungsprozess wurde von einem Beirat begleitet und unterstützt. Der Beirat sollte eine möglichst heterogene Gruppe sein, um verschiedene Erfahrungen und Sichtweisen mit einbringen zu können. Da er außerdem bei der Rekrutierung von Interviewpartnern behilflich sein und, falls nötig, ein lokales Vormundschaftssystem erklären sollte, kommen fünf der sieben Beiratsmitglieder aus Berlin, Frankfurt und München.

Der Beirat setzte sich folgendermaßen zusammen:

- Thomas Gittrich, KJSW, München: Vereinsvormund für unbegleitete Minderjährige. Deutscher Projektkoordinator des DAPHNE-Projekts 'Closing a protection gap – core standards for guardians of separated children' und Europakoordinator des B-UMF e.V.
- Hassan Ali Djan, München: reiste als unbegleiteter Minderjähriger nach Deutschland ein.
- Thomas Berthold, B-UMF e.V., München: Referent des Projekts 'Sicherung der Qualität beim Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland'.

- Claudia Schippel, Akinda c/o Xenion e.V., Berlin: ehrenamtliche Vormündin/Leiterin des Projekts ‚Akinda‘, das ehrenamtliche Vormünder vermittelt und berät.
- Irmela Wiesinger, Jugendamt Main Taunus Kreis: Sozialdienst des Jugendamts; ehemals Vereinsvormündin für unbegleitete Minderjährige.
- Prof. Dr. Peter Hansbauer, FH Münster: Durchführung einer umfassenden empirischen Studie zu Vormundschaften in Deutschland, die vom BMFSFJ in Auftrag gegeben wurde.
- Katrin Löffelhardt, Diakonie Wuppertal, Bereich Migrationsdienste: Leiterin eines Projekts, das ehrenamtliche Vormünder vermittelt und berät.

Der Beirat trat dreimal zusammen. Der rechtliche Rahmen der Vormundschaft in Deutschland war Thema des ersten Treffens. Auch die Aufgaben des Vormunds wurden diskutiert – besonders in Abgrenzung zum Personal der Jugendwohneinrichtungen. Das zweite Treffen wurde genutzt, um den Beirat über den Sachstand des Projekts zu informieren. Außerdem wurde überlegt, welche Standards für die Arbeit von Vormündern für unbegleitete Minderjährige formuliert werden sollten. Abschließend wurden Strategien zur Verbreitung der Ergebnisse/Standards erarbeitet. Das dritte Treffen diente der Diskussion des ersten Entwurfs des Berichts. Auch außerhalb der Treffen wurde regelmäßige Rücksprache mit den Beiratsmitgliedern gehalten, um Beobachtungen und Fragen zu diskutieren.

### **Ethische Erwägungen**

Jedes empirische Forschungsprojekt bringt ethische Erwägungen mit sich. Der Vorsatz, den Befragten keinen Schaden zuzufügen, hat dabei höchste Priorität. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mussten oft besonders traumatische Erfahrungen machen und befinden sich auch in Deutschland häufig in schwierigen Lebenssituationen. Interviews

mit unbegleiteten Minderjährigen verlangen einen sensiblen Umgang mit deren Vergangenheit, ihren momentanen Lebenswirklichkeiten und, damit einhergehend, Themen, über die die Jugendlichen nur ungern sprechen. Natürlich ist das von Person zu Person unterschiedlich, weshalb es notwendig war, konstant darauf zu achten, dass die Interviewsituation keine zu große Belastung für den Jugendlichen darstellte.

Die Informationen der Interviewpartner werden vertraulich behandelt. Transkribierte Interviews wurden lediglich an den jeweiligen Befragten weitergeleitet, falls das von der Person gewünscht wurde, um Gesagtes zu korrigieren oder zu präzisieren. Im Bericht werden keine Namen erwähnt und Informationen, die Rückschlüsse auf den jeweiligen Interviewpartner zulassen könnten, werden soweit wie möglich vermieden. Zitate aus den Interviews mit Vormündern werden nur einem Kürzel der Tabelle des Abschnitts 3.1.3. zugeordnet. Wann immer im Auswertungsprozess Unklarheiten aufkamen, wurden die Interviewpartner im Nachhinein kontaktiert, um diese zu klären. Das Projekt hat den Anspruch, Informationen aufmerksam zu untersuchen, damit das, was die Befragten sagten, auch so wiedergegeben wird, wie sie es meinten.

## **3.2 DER VORMUND UND SEIN MÜNDEL**

### **Der Vormund: Eine mysteriöse Institution**

Die Tatsache, dass die Institution Vormund und die damit verbundenen Aufgaben im Gesetz nur grob umrissen sind, hat zur Folge, dass es verschiedenste Auffassungen davon gibt, was ein Vormund macht und tut. Das wird außerdem dadurch verstärkt, dass es verschiedene Vormundschaftsarten gibt. Wie eingangs erwähnt, ist die Aufgabenbeschreibung des Vormunds im BGB sehr umfassend, da das Gesetz dem Vormund das Recht und die Pflicht gibt, für das Mündel zu sorgen, es zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen (vgl. § 1631 Abs. 1

BGB). Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der praktischen Umsetzung bzw. Deutung dieser Vorschrift: es wird untersucht, was sowohl die Jugendlichen als auch die Vormünder als Aufgaben des Vormunds verstehen. Die meisten Jugendlichen fanden es schwer, die Rolle des Vormunds zu beschreiben.

Interviewerin: Weißt Du denn, was ein Vormund ist oder was er macht?  
G2: Äh, ja, ein Vormund muss, muss nicht, keine Ahnung, ich weiß nur, wenn ich zum Jugendamt gehe, wie ein, keine Ahnung Vater oder Mutter, keine Ahnung, so? Ich weiß es nicht so gut.

Interviewerin: Hat [deine Vormündin] dir mal erklärt, was sie macht? Was ihre Aufgaben sind?

G2: Ja, sie hat mir gesagt, sie wird auf mich aufpassen. Wenn ich brauche eine Unterschrift, sie wird immer unterschreiben, wenn es gut ist. Wenn es nicht ist, sie macht überhaupt nicht. Ja, ich bin ganz zufrieden von meinem Vormund.

Obwohl der Jugendliche sich nicht ganz sicher über die Rolle des Vormunds ist, so enthält das Zitat doch einige der Punkte, die sowohl von Vormündern als auch von anderen Jugendlichen als Aufgaben des Vormunds erwähnt wurden. Dass der Vormund auf den Jugendlichen ‚aufpassen‘ wird, ist im Grunde eine andere Beschreibung der häufig zitierten ‚Personensorge‘. Der Jugendliche erwähnt außerdem, dass der Vormund Unterschriften zu leisten hat. Er verdeutlicht dadurch, wie der Auftrag der ‚gesetzlichen Vertretung‘ in der Praxis aussehen kann.

Am auffälligsten an den Antworten der Jugendlichen ist allerdings, dass der Vormund wiederholt als ‚Vater‘ oder ‚Mutter‘ beschrieben wird. Das ist besonders interessant, da der Großteil der Vormünder betont, dass sie bewusst vermeiden, ihre eigene Rolle mit der der Eltern zu vergleichen. Für sie ist die Beziehung zum Mündel in erster Linie professioneller Natur. Sie wollen verhindern,

dass falsche Erwartungen geweckt werden. Es scheint nahe liegend, dass Sozialarbeiter, Dolmetscher und unbegleitete Minderjährige selbst dazu beitragen, dass die Jugendlichen diese Beschreibung weiterhin so regelmäßig gebrauchen. Dabei kann angenommen werden, dass die Begriffe ‚Vater‘ und ‚Mutter‘ aus zwei verschiedenen Gründen verwendet werden: zum einen wird die unbekannte Institution Vormund mit der den Mündeln bekannten Rolle der Eltern in Verbindung gebracht. Der Jugendliche bekommt dadurch ein (wenn auch wenig präzises) Grundverständnis von der Institution Vormund vermittelt. Tiefer gehende Erklärungen scheinen deswegen unnötig. Zum anderen wird ein Begriff aus dem kulturellen Kontext der Jugendlichen in den deutschen übertragen. Es kann dabei zu Missverständnissen kommen, da die jeweiligen Konnotationen nicht übereinstimmen. In Deutschland beziehen sich die Begriffe ‚Vater‘/‚Mutter‘ auf eine konkrete Person. In vielen anderen Kulturen allerdings sind die beiden Wörter bzw. die entsprechenden Übersetzungen Ausdruck von Vertrauen und Höflichkeit einer älteren Person gegenüber. Sie werden nicht nur für die leiblichen Eltern benutzt, sondern auch für andere Erwachsene, denen die Jugendlichen vertrauen und die sie respektieren. Der Vergleich des Vormunds mit Vater oder Mutter bedeutet deshalb nicht unbedingt, dass die Jugendlichen annehmen, dass der Vormund ihre Eltern ersetzen wird. Ein Jugendlicher erklärt:

G12: Und dann sagte [mein Vormund], dass er den Platz meiner Eltern nehmen wird, ja, wie meine Eltern, meine Mutter, er wird diesen Platz einnehmen, und ja, was auch immer passiert, ich kann zu ihm kommen. Ja.

Interviewerin: Und ist er tatsächlich wie ein Vater für dich?

G12: Nein, weil ich fühle nicht...weil ich sehe ihn nicht so oft. Das sind eher die Sozialarbeiter.<sup>6</sup>

Mit diesem letzten Satz schneidet der Jugendliche bereits ein Thema an, das von zentraler Bedeutung für die Aufgaben des Vormunds ist: die Rolle der Sozialarbeiter/des pädagogischen Personals in den Jugendwohneinrichtungen. Dieses Thema wird im Abschnitt 3.4.2. eingehender behandelt werden.

Für die Jugendlichen schien es außerdem schwer zu sein, den Vormund im Helfersystem zu verorten. Es war den meisten nicht klar, für wen ihr Vormund arbeitet. Die Frage nach dem Arbeitgeber ihres Vormunds generierte zum Beispiel folgende Antworten:

Dolmetscher von G1: Er weiß nicht, für wen sie arbeitet, aber er weiß ungefähr, dass sie der Vormund von fast allen Vietnamesen hier in Deutschland ist.

G15: Keine Ahnung, aber beim Ostbahnhof. Beim Ostbahnhof.

G12: Ich denke bei den Vereinten Nationen oder so...aber ich weiß es nicht, vielleicht... ich weiß es nicht.<sup>7</sup>

Es ist jedoch zu betonen, dass das deutsche Vormundschaftssystem äußerst komplex ist und nicht alle Vormünder beispielsweise vom Jugendamt angestellt sind. Die Verwirrung unter den Jugendlichen sollte deswegen nicht als Forderung gelesen werden, die Jugendlichen besser über den Arbeitgeber des Vormunds zu informieren. Vielmehr ist es als Beispiel dafür zu verstehen, dass der Vormund für viele Jugendliche eine schwer einzuordnende Institution ist.

Auch die Vormünder selbst sehen es als Herausforderung, ihre Aufgabe den Jugendlichen leicht verständlich mitzuteilen:

Interviewerin: Wie erklären Sie denn den Jugendlichen, was ein Vormund ist?

---

Das Zitat ist eine Übersetzung der Autorin.

GG6: Das ist schwierig.

GG5: Das ist ein Wort, das es in fast keiner anderen Sprache gibt, Amtsvormund...

GG6: Also, im Prinzip erkläre ich ihnen, dass sie noch nicht volljährig sind, dass es bestimmte Dinge gibt, die sie noch nicht alleine entscheiden können, ähm, und dass sie, weil sie haben ja auch keine Eltern, die mitentscheiden...und dass es ersatzweise quasi hier einen Vormund gibt, der mit ihnen bestimmte Dinge entscheidet und auch bestimmte Dinge, Wege mit ihnen geht. Im Groben. Ich versuche auf jeden Fall immer zu vermeiden, das Wort ‚Eltern‘ mit ins Spiel zu bringen, Ersatzmama oder Ersatzpapa, weil das einfach nicht stimmt. Sondern das etwas auf die formale Ebene zu bringen.

GG5: Dass wir ihre Rechte wahrnehmen, solange sie hier in Deutschland sind, minderjährig sind und ihre Eltern nicht da sind. Und dass sie, wenn sie Probleme haben, jederzeit zu uns kommen können.

Andere Vormünder neigen noch mehr dazu als die beiden Vormündinnen, bei ihren Beschreibungen Schlüsselbegriffe aus dem Gesetzestext zu verwenden. So erklären sie, dass Personen unter 18 Jahren einen gesetzlichen Vertreter brauchen, der Verträge und Dokumente unterzeichnen kann und die Interessensvertretung des Jugendlichen innehat. Eine Vormündin wählt eine ‚lebensnahe‘ Erklärung, um die sonst eher abstrakt formulierten Aufgaben des Vormunds verständlich zu machen. Sie unterscheidet sich von den meisten anderen Interviewpartnern darin, dass sie ihre Rolle bewusst mit der der Eltern vergleicht:

GG11: Ich bin halt wie eure Mama, aber ihr könnt nicht bei mir wohnen, ich putz nicht für euch, ich koch nicht für euch, ihr kriegt kein Geld von mir und ihr habt noch 49 Geschwister.

Es gibt also keine einheitliche Art und Weise, wie Vormünder und Jugendliche die Rolle des

Vormunds beschreiben. Die Erklärungen der Jugendlichen hängen zum einen davon ab, welche Erfahrungen sie selbst mit dem Vormund gemacht haben. Zum anderen wird von ihnen häufig der Vergleich zwischen Vormund und Eltern gezogen. Vormünder hingegen bedienen sich meist einiger abstrakter Begriffe des Vormundschaftsdiskurses und beschreiben, dass sie die Interessen des Jugendlichen vertreten, seine Rechte wahrnehmen und Ansprechpartner bei Problemen sind. Da es allerdings unklar bleibt, was diese Aufgaben in der Praxis tatsächlich beinhalten, soll sich der folgende Abschnitt dieser Frage widmen.

### **Der Weg zur Vormundschaft**

An den Standorten, die in dieser Studie betrachtet werden, wird der Antrag auf Vormundschaft innerhalb der ersten Tage nach Ankunft des Jugendlichen gestellt. In Berlin, Frankfurt und Gießen ist die Bestellung eines Amtsvormunds die Regel. In München wird zuerst geprüft, ob ein Vereinsvormund verfügbar ist. Nur wenn das nicht der Fall ist, wird ein Amtsvormund bestellt. Ebenso wird in Fürth die Berufsvormündin vorrangig zum Amtsvormund behandelt.

Den Vormündern zufolge hängt die Länge der Zeitspanne zwischen Antragstellung und Bestallung vom zuständigen Familiengericht ab. Die Wartedauer ist in Frankfurt am geringsten. Für Jugendliche, die über den Flughafen einreisen, wird gelegentlich am Tag der Einreise das Jugendamt zum vorläufigen Pfleger bestimmt. Bei Selbstmeldern, d.h. Jugendlichen die bereits eingereist sind, dauert es ein bis zwei Wochen. In Gießen vergehen zwischen zwei Wochen und zwei Monaten bis zur Bestallung. Das wird als wesentliche Verbesserung zu früher gewertet, als die Bestallung sich gelegentlich über mehrere Monate ziehen konnte. In München unterscheiden sich die Erfahrung von Vereins- und Amtsvormund leicht: während bis zur Bestallung eines Vereinsvormunds etwa ein Monat vergeht, können es im Fall eines Amtsvormunds

durchaus zwei sein. Letzteres trifft auch auf die Amtsvormundschaften in Berlin zu. Dort verlangt allerdings der Wechsel vom Amtszum ehrenamtlichen Vormund immer wieder viel Geduld. Ein ehrenamtlicher Vormund berichtete, dass acht Monate verstrichen, bevor er seine Bestallungsurkunde in Händen hielt. Um Aussagen über die genauen Ursachen der unterschiedlichen Zeitspannen bis zur Bestallung zu treffen, wären weitere Untersuchungen erforderlich.

### **Das erste Treffen**

Die Interviews legten nahe, dass die Mündelzahl maßgeblich beeinflusst, wann der Vormund den Jugendlichen zum ersten Mal trifft und wie sich dieses Treffen gestaltet. Die Vormünder mit der größten Mündelzahl, d.h. die Amtsvormünder in Berlin, Frankfurt und Gießen, blieben etwas vage hinsichtlich des ersten Treffens. Wann und ob sie überhaupt ein neues Mündel kennen lernen, hängt von mehreren Faktoren ab. Häufig geschieht das erst im Rahmen eines Hilfeplangesprächs. Außerdem wartet der Vormund unter Umständen, bis es mehrere Jugendliche gibt, die die gleiche Sprache sprechen. Neben den sprachlichen Gründen erklärt er seine zurückhaltende Herangehensweise folgendermaßen:

GG1: Die Jugendlichen kommen ja meistens traumatisiert [...] in eine völlig neue Umgebung und da sagt man, die müssen erst mal ankommen. Und ich lass die wirklich erst mal ankommen. Ich sprech immer mit den Sozialarbeitern ab, wann die...wann man sich mit denen unterhalten kann, wann die in der Lage sind, sich auch ein bisschen zu offenbaren. Und da vergeht immer ne ganze Weile. Dazu kommt [bei afrikanischen Jugendlichen], dass sie auch sehr viele Einzelvormünder haben und dass ich wirklich immer erst mal sag, ich wart erst mal 1-2 Monate, ob da ein Einzelvormund aktiv wird, weil dann halt ich mich da zurück.

Wann sich Vormund und Mündel kennen lernen, hängt also in diesem Fall auch von der Einschätzung des Betreuers des Jugendlichen und von Informationen über einen geplanten Wechsel zum ehrenamtlichen Vormund ab. Wenn es unplanmäßige Vorfälle gibt, d.h. wenn ein Jugendlicher beispielsweise nicht zur Schule geht oder straffällig wird, findet eine erste Begegnung zwischen Vormund und Jugendlichem zwangsläufig früher statt. Dem Vormund zufolge kann das erste Treffen einen Monat nach der Bestallung stattfinden, genauso ist es aber möglich, dass ein Jahr vergeht. Dass es durchaus lange dauern kann, bis der Jugendliche seinen Vormund kennen lernt, wurde durch die Erfahrung eines jugendlichen Interviewpartners bestätigt. Zum Zeitpunkt des Interviews war er bereits seit acht Monaten in Berlin. Seinen Vormund hatte er aber noch nie gesehen. Auch ein anderer Jugendlicher, der mittlerweile einen ehrenamtlichen Vormund hat, erinnert sich nicht an seinen früheren Amtsvormund:

Interviewerin: Hattest du denn zuerst einen Amtsvormund hier in Berlin?

G2: Einen...Amtsvormund? Frau [Name seiner jetzigen Vormündin] ist Amtsvormund oder so? Sie ist nicht Amtsvormund. Privatvormund.

Interviewerin: Genau.

G2: Ja, ich hatte gar keinen. Ich wusste nichts, ich wusste nichts! Deswegen. Bestimmt ich hatte einen, oder bestimmt ich hatte auch keinen. Ich denke, ich hatte gar keinen. Ich weiß es auch nicht. Ich hatte gar keinen, ich denke so.

Laut Amtsvormund laufen die ersten Treffen folgendermaßen ab:

GG1: Meistens ist es also so, dass wir uns bei der ersten Helferkonferenz treffen. Dann stellt sich also der Sozialarbeiter vor, dann stell ich mich vor als Vormund, dann erzählt der Jugendliche ein bisschen aus seinem Leben, seine Vorgeschichte, dann wird halt im

Rahmen der Hilfeplanung ein Vorgespräch geführt.

Interviewerin: D.h. es findet nicht unbedingt nur ein Treffen zwischen Ihnen und dem Jugendlichen statt?

GG1: Nee. Wir machen auch hier Vorgespräche, aber meistens ist es so, dass der Sozialarbeiter von der Einrichtung mit dabei ist, die behalten sich das vor, und ich wüsste auch nicht, wieso die draußen sein sollten und insofern sind das immer kleine Helferkonferenzen.

Das erste Treffen zwischen ehrenamtlichen Vormund, der über Akinda vermittelt wird, und Jugendlichen findet meist vor der Bestallung statt. Dadurch können beide einen Eindruck voneinander bekommen und sich entscheiden, ob sie die Vormundschaft wollen oder nicht. Der potentielle Vormund und der Jugendliche treffen sich meist im Beisein eines Betreuers in der Jugendwohneinrichtung des Jugendlichen. Ein ehrenamtlicher Vormund wertet diese Art des ersten Kennenlernens positiv:

GG2: Das [erste Treffen] wird von Akinda auch immer so organisiert, dass man dann eben mit den Betreuern in der Regel den Jugendlichen in der Einrichtung trifft. Also, das ist mir auch lieber und ich bin auch nach wie vor vorsichtig damit, mich mit dem Jugendlichen komplett allein zu treffen.

Interviewerin: Wieso?

GG2: Also, ich hab die Erfahrung gemacht, dass dann auch, wenn ich mich mit dem Jugendlichen allein getroffen hab, die Befangenheit schon sehr groß war und das ist dann fast einfacher, wenn da noch andere Jugendliche mit dabei sind oder der zuständige Betreuer oder die Betreuerin.

Eine Amtsvormündin in Frankfurt beschreibt ihre momentane Arbeitssituation, um zu erklären, dass es nicht möglich ist, jeden Jugendlichen kennen zu lernen:



GG7: Sie können sich das ja ausrechnen, wenn das jetzt dieses Jahr 200 Neufälle sein werden und bei in der Regel 220 Arbeitstagen, dann wäre ich ja jeden Tag unterwegs. Das ist ja gar nicht machbar. Speziell bei den UMF, die aus Asylländern kommen, da ist es so, dass ich nur die Flüchtlinge kennen lerne, die entweder in einer Krise oder krank sind (eine Einverständniserklärung erforderlich ist, wichtige Operationen oder andere Eingriffe anstehen). Das sind im Moment schon einige. Es sind viele Mündel erkrankt und brauchen auch stationäre Hilfe. Und die, die ins Asylverfahren gehen und keinen Anwalt haben. Aufgrund der hohen Fallzahlen kann ich nicht alle Flüchtlinge und Mündel persönlich kennen.

Wie im Fall des Berliner Amtsvormundes ist sie also eher mit den Jugendlichen in Kontakt, die Probleme haben, als mit Jugendlichen, bei denen alles glatt läuft. Auch wenn es ihr nicht möglich ist, die Mündel zeitnah kennen zu lernen, so betont sie doch, dass der Sozialdienst die Jugendlichen kurz nach deren Ankunft treffe und sie über die Möglichkeit informiere, mit ihrem Vormund in Kontakt zu treten. Der Amtsvormund in Frankfurt, der für die Langzeitbetreuung der Mündel zuständig ist, versucht, seine neuen Mündel innerhalb von zwei bis drei Wochen zu treffen. Er fügt allerdings hinzu, dass es auch bei ihm von seiner Arbeitsbelastung abhängt, ob er wirklich Zeit findet, die Jugendlichen so bald zu treffen. In diesem Zusammenhang ist es auch von Bedeutung, wie weit die Jugendlichen von Frankfurt entfernt wohnen und wie viel Zeit folglich die Anfahrt in Anspruch nimmt. Eine der Amtsvormündinnen in Gießen befindet sich in der außergewöhnlichen Situation, dass sie sowohl im Sozialen Dienst ihres Jugendamtes als auch als Vormündin tätig ist. Auf Grund dieser Konstellation lernt sie die Jugendlichen meist schon als Mitarbeitende des Sozialen Dienstes kennen bevor sie sie als Amtsvormündin trifft. Die zweite Amtsvormündin in Gießen geht zu Treffen in den

Jugendwohneinrichtungen oder informiert die Jugendlichen per Post über ihre Bestallung zur Vormündin. Auch die Amtsvormündinnen in Gießen bringen die Tatsache, dass sie ihre Mündel teilweise sehr spät oder gar nicht kennen lernen können mit der hohen Arbeitsbelastung in Verbindung. Ebenso sind sie vermehrt mit ‚Problemfällen‘ in Kontakt:

GG6: Aber momentan ist es auch so, dass einfach die Masse...dass man kaum noch jemanden kennen lernt.

GG7: Außer die Problemfälle dann.

GG6: Es gibt auch ganz viele Andere Angenehme, wo es gut läuft. Oder es ist auch so, am Anfang ist es problematisch, dann hat man ganz viel Kontakt und dann auf einmal läuft es und man hat dann kaum noch Kontakt. Dann haben sie sich meistens irgendwie in der Einrichtung eingefunden und dann brauchen sie auch nicht mehr so den Kontakt.

Für die interviewten Vormünder in München ist ein erstes Treffen ein fester Bestandteil ihrer Arbeit. Die Amtsvormündin versendet Einladungen an die Wohneinrichtungen der Jugendlichen. Das Treffen findet dann in ihrem Büro statt. Anwesend sind neben Vormund und Mündel ein Dolmetscher und gelegentlich ein Verwandter.

GG9: Ich mach das immer so, wenn ein Fall bei uns anläuft, dann gibt's erst mal ein erstes Gespräch, standardmäßig, möglichst schnell, wo erst mal so geklärt wird, was macht ein Vormund, warum hast du einen Vormund, man versucht erst mal, sich ein bisschen kennen zu lernen.

Auch der Vereinsvormund lädt seine neuen Mündel (und einen Dolmetscher) in sein Büro ein, so dass man einen ersten Eindruck voneinander bekommen kann. Das Gespräch wird genutzt, um zu erklären,

GG10: [...] welche Bereiche wir bearbeiten [...] und ich erklär, dass ich grundsätzlich auf

seiner Seite bin, seine Vertretung bin, dass es mir wichtig ist, eine gewisse Offenheit zu haben...stell ein paar Fragen, die mir notwendig erscheinen, also, wie's ihm geht, wo er wohnt, sag ihm auch das, was ich weiß, was ich nicht weiß, bei vielen weiß ich GAR nichts bei diesem ersten Gespräch, sondern ich hab dann drei Stück Papier, wo dann noch die Namen der Eltern drauf stehen, wo noch drauf steht, ob die Eltern leben oder tot sind. [...] Und ich biete auch an, dass sie mich einfach Dinge fragen können.

Die Untersuchung der Interviews zeigt, dass die ersten Gespräche zwischen Vormund und Jugendlichen nicht einheitlich geplant und durchgeführt werden. Amtsvormünder mit hoher Fallzahl lernen die Jugendlichen entweder im Rahmen von Hilfeplankonferenzen oder bei akut auftretenden Problemen kennen. Die Vormünder mit einer geringeren Zahl an Mündeln tendieren dazu, ein gesondertes Treffen zu organisieren, dass das primäre Ziel verfolgt, sich einen ersten Eindruck voneinander zu verschaffen.

## **Nach dem ersten Treffen**

### Kontaktaufnahme mit dem Vormund

Es war eine wichtige Frage in den Interviews, wie die Jugendlichen mit dem Vormund Kontakt aufnehmen. Über welche Kanäle kontaktieren sie ihren Vormund? Und wie bewerten sie die Verfüg- und Erreichbarkeit des Vormunds? Es zeigte sich, dass die Betreuer in den Einrichtungen ein wichtiges Bindeglied zwischen Vormund und Mündel sind, da der Kontakt oft durch sie hergestellt wird. Ein Jugendlicher erklärte:

G12: Ich komme zum Büro hier [in der Jugendwohneinrichtung] und dann werden sie [meinen Vormund] anrufen und er wird mir Zeit geben.<sup>8</sup>

Dass meist der Weg über die Betreuer der Jugendlichen gewählt wird, beschreibt auch diese Amtsvormündin:

GG9: Also, entweder sie melden sich von sich aus, also entweder direkt, wenn sie englisch sprechen, oder dann über die Betreuer vor Ort. Dann macht man halt wieder einen Termin aus mit Dolmetscher. [...] Und wenn wir irgendein Anliegen haben, dann geht das halt auch über die Schiene Betreuer.

Nur drei Jugendliche gaben an, dass sie ihren Vormund auch selbst anrufen. Wenn man allerdings der Frage nachgeht, ob das mit der Vormundschaftsart zusammenhängen kann, ergibt sich eine interessante Beobachtung. Einer der Jugendlichen, der seinen Vormund eigenständig kontaktiert, hatte nämlich einen Amts-, einen Vereins- und einen ehrenamtlichen Vormund. Ob die Jugendlichen selbst mit ihrem Vormund Kontakt aufnehmen, scheint also nicht so sehr von der Vormundschaftsart, sondern eher von anderen Faktoren abzuhängen, wie z.B. der Persönlichkeit des Jugendlichen (z.B. ist es ihm unangenehm, mit dem Vormund am Telefon in gebrochenem Deutsch zu sprechen?); den Informationen, die dem Jugendlichen über die Rolle des Vormunds gegeben wurden und ob der Vormund ihm mitgeteilt hat, wie er zu erreichen ist; und der Vertrautheit zwischen Jugendlichen und Betreuer bzw. zwischen Jugendlichen und Vormund.

### Kontaktfrequenz

Solange keine akuten Krisen im Leben der Jugendlichen auftreten, sehen sich Vormund und Jugendlicher nach dem ersten Treffen meist im Rahmen der Hilfeplankonferenz wieder. Die Jugendlichen erwähnten außerdem, dass sie ihren Vormund kontaktieren, wenn sie aufenthaltsrechtliche Fragen haben, eine Unterschrift brauchen oder ein Konto eröffnen wollen. Gelegentlich besucht ein Vor-

---

<sup>8</sup> Das Interview wurde auf Englisch geführt. Das Zitat ist eine Übersetzung der Autorin.



mund sein Mündel in dessen Einrichtung. Treffen außerhalb der Arbeitsumgebung des Vormunds sind für die meisten Vormünder aber eine große Ausnahme. Lediglich unter ehrenamtlichen Vormündern kommt es durchaus vor, dass sie sich mit ihrem Mündel in einem Café oder Restaurant verabreden. Die Jugendlichen, die diese Erfahrung machten, scheinen sie positiv zu bewerten. Ein Jugendlicher der einen ehrenamtlichen Vormund hatte, unterschied zwischen formellen Treffen, wie der Hilfeplankonferenz, und informelleren Treffen, wo man sich beispielsweise zum Eisessen verabredete und in einer entspannten Atmosphäre über die aktuelle Situation des Jugendlichen sprach.

Die meisten Vormünder waren der Meinung, dass es sehr vom Jugendlichen und dessen spezifischer Situation und Vorgeschichte abhängt, wie oft sie sich sehen. Ein Amtsvormund verdeutlicht das an folgendem Beispiel:

Interviewerin: Wie oft sehen Sie die Jugendlichen dann?

GG8: Das ist ganz unterschiedlich. Seltener die, bei denen es rund läuft. Die sehe ich einmal im halben Jahr. Es gibt aber wenige, bei denen es wirklich rund läuft. Es gibt Mündel, die sehe ich zweimal pro Woche. Speziell die nordafrikanischen Jugendlichen sehe ich sehr häufig. Es gibt Gesprächsbedarf von Seiten der Einrichtung wegen der Regeln. Es sind meistens Straßenkinder, die zum ersten Mal feste Regeln und Strukturen vorgesetzt bekommen, die ihnen natürlich an allen Ecken und Enden zu eng sind. Um neun Uhr schon zuhause sein, in Marokko sind sie um die Uhrzeit erst weggegangen, um sich da irgendwo aufzuhalten. Da wird es natürlich Konflikte geben. [...] Diese Konflikte liegen auch in der Zusammensetzung der Gruppe – die Minderjährigen sind nicht ausschließlich in UMF Einrichtungen untergebracht, sondern in ganz regulären Einrichtungen. Da gibt es, wie gesagt, einen erhöhten Gesprächsbedarf.

Auch wenn die Vormünder darin übereinstimmen, dass der Kontakt mit dem Jugendlichen von dessen spezifischen Problemen und Bedürfnissen abhängt, so gibt es doch einen anderen Faktor, der die Häufigkeit der Treffen maßgeblich zu beeinflussen scheint: die Vormundschaftsart. Unter Amtsvormündern kann es durchaus vorkommen, dass sie ihre Mündel nur ein- bis zweimal pro Jahr sehen. Der Vereinsvormund gab an, seine Mündel mindestens alle zwei bis drei Monate zu treffen, im Normalfall allerdings monatlich. Auch für die Berufsvormündin sind drei Monate ohne Kontakt das Maximum. Die Zahl der Treffen von ehrenamtlichen Vormündern und Mündeln schwankt: zwei der ehrenamtlichen Vormünder berichteten, dass sie ihre Mündel zeitweise dreimal pro Woche sahen, zu einem späteren Zeitpunkt der Vormundschaft aber wesentlich seltener. Der andere ehrenamtliche Vormund, der interviewt wurde, beschreibt:

Interviewerin: Wie oft hatten Sie im Schnitt mit dem Jugendlichen Kontakt?

GG2: Kann man nur ganz schwer sagen, also beim letzten Fall hab ich halt schon noch probiert, wöchentlich vielleicht jetzt nicht, aber zumindest telefonischen Kontakt zur Betreuerin zu halten, das auf jeden Fall. Und die Betreuerin hat, was ich auch sehr gut fand, eigentlich so feste Rituale gehabt, so Dienstag nachmittags Treffen in der WG bei den Jugendlichen um so zu besprechen, was liegt an, und da bin ich dann auch häufiger hinzugekommen. Dann unabhängig von den Terminen, die sowieso angefallen sind, mit dem Jugendamt oder so. Und dazwischen hab ich dann telefonisch Kontakt gehalten. Auch war es dann so, dass am Anfang der Jugendliche mich häufig zurückgerufen hat und mich angerufen hat und mir erzählt hat, wie's in der Schule war oder so. Und das ist dann natürlich auch irgendwann abgeebbt.

Die Häufigkeit der Treffen hängt also sehr stark von der Vormundschaftsart ab und liegt

zwischen dreimal in der Woche und einmal im Jahr. Allem Anschein nach nimmt der Kontakt ab, je länger die Jugendlichen in Deutschland sind.

### Aspekte der Personensorge

Ein wichtiges Instrument in der Arbeit der Vormünder sind also die so genannten Hilfeplangespräche. Die Personensorge, die den Vormündern übertragen wird, wird wesentlich durch diese Treffen wahrgenommen. Das geschieht, indem Themen, wie z.B. Unterbringung, Schule oder Freizeitgestaltung, mit den Jugendlichen und anderen Involvierten diskutiert werden, um die bestmögliche Versorgung des Jugendlichen zu ermöglichen. Die Vormünder haben in unterschiedlichem Maße auch außerhalb der Hilfeplangespräche Kontakt mit ihren Mündeln und nehmen die Personensorge also nicht nur durch diese Treffen wahr. Die Hilfeplangespräche sind allerdings bis dato durch die vorgeschriebene Regelmäßigkeit eine besonders wichtige Konstante der Beziehung zwischen Vormund und Jugendlichem. Deren zentrale Stellung zeigt sich auch daran, dass auch die Jugendlichen, die vergleichsweise wenig Kontakt mit ihrem Vormund haben, ihn doch zumindest mit den Hilfeplankonferenzen in Verbindung bringen. Die Gespräche sollen halbjährlich stattfinden. Anwesend sind im Normalfall der Jugendliche, ein Mitarbeiter des sozialen Diensts des Jugendamts, der zuständige Betreuer der Jugendwohneinrichtung und der Vormund. Es kommt bedauerlicherweise gelegentlich vor, dass der Vormund nicht am Treffen teilnimmt – entweder, weil er sich, meist aus Zeitmangel, dagegen entschieden hat, oder weil er nicht über das Treffen informiert wurde.

Die Vormünder bringen sich auf sehr verschiedene Art und Weise in die Gespräche ein. Einige Jugendliche beschreiben ihren Vormund als sehr interessiert an ihrem Leben und schätzen, wenn er sich bemüht, ihnen gute Ratschläge zu geben. Andere nehmen ihren Vormund als sehr zurückhaltend und

passiv wahr. Die folgenden beiden Beispiele verdeutlichen diese gegensätzlichen Erfahrungen:

G8: Wir haben alle sechs Monate. [Wir besprechen] zum Beispiel Schule, Gesundheit, Freizeit und so was. [...Sie stellen] auch Fragen, aber meistens so mit einem reden. Nicht so einfach fragen und dann du musst antworten nur über diese Themen. Wir reden zum Beispiel über Gesundheit, dann reden wir so, wie geht es...ich weiß nicht, wie sagen...zum Beispiel Schule, dann sagen sie, Realschulabschluss ist besser. Ich weiß nicht...nicht so viele Fragen, normales Reden. Ein paar Fragen, aber nicht nur. Ganz locker.

Es gefällt der Jugendlichen, dass ihre Hilfeplangespräche eher einer natürlichen Gesprächssituation gleichen als einem formellen Interview. Sie wertet es als positiv, dass die Atmosphäre entspannt ist und ihr Vormund die Situation gelegentlich durch einen Witz auflockert. Sie wird nicht dazu gedrängt, über Dinge zu reden, über die sie eigentlich nicht sprechen möchte. Außerdem werden ihr Ratschläge, wie zum Beispiel bezüglich ihres schulischen Werdegangs, gegeben. Einige Jugendliche jedoch machen eine gänzlich andere Erfahrung:

G7: Ich habe Vormund auch gehabt. [...] Vormund habe ich auch nicht oft gesehen. Das ist nur wenn manchmal etwas war mit Jugendamt, dann Vormund war auch dabei. Und dann wir haben immer geredet, zufrieden hier auch, wie läuft Schule und so was hat immer gefragt. Mit der Ausbildung, was wir jetzt machen. Dann Vormund war immer dabei, sonst nichts. [...] Ich habe nur jeden Monat einmal gesehen und das auch nur eine Stunde, und nur habe ich gewusst, er ist mein Vormund. ‚Hallo hallo‘, und danach nicht so viel. Und er hat auch nicht so viel gefragt. ‚Ja, was musst du machen, das ist gut‘. Noch eine Frau war vom Jugendamt, sie hat viel immer gefragt und ich hatte Antwort gegeben. Zum

Beispiel zur Ausbildung, wo ich arbeiten will und ‚du hast viel Stress in der Arbeit oder nicht, kriegst du frei, kriegst du dein Geld pünktlich‘ und so was. Sie hat alles gefragt. Aber Vormund hat nichts gefragt.

Im Gegensatz zum vorigen Zitat beteiligt sich der Vormund dieses Jugendlichen nicht aktiv am Hilfeplangespräch. Er tritt hinter der Mitarbeiterin des Jugendamts zurück, was leicht den Eindruck vermitteln kann, dass der Vormund seine Hauptaufgabe darin sieht, Unterschriften zu leisten. Auf Grund der Passivität des Vormunds, der scheinbar geringen Bemühungen, auf den Jugendlichen zuzugehen und des seltenen Kontakts besteht kein Vertrauensverhältnis zwischen Vormund und Jugendlichen. Vor allem im Kontrast zum ersten der beiden Zitate wird dadurch die Vermutung nahe gelegt, dass die Vormünder ihre Rolle in den Hilfeplangesprächen sehr unterschiedlich füllen.

Die Hilfeplankonferenzen sind zwar ein wichtiges Instrument, jedoch nicht die einzige Art und Weise, wie die Vormünder ihrer Verpflichtung zur Personensorge nachkommen. Es gibt darüber hinaus anlassbezogene Treffen, Telefonate und schriftliche Kommunikation mit Jugendlichen, Einrichtungen, Behörden, Ärzten etc. Die dabei diskutierten Themen sind alle Teil der Personensorge und spiegeln sich in den Inhalten des Hilfeplans wider. Die Hauptthemen der Hilfeplangespräche geben deshalb die weitere Struktur dieses Abschnitts vor.

### *Aufenthaltsstatus*

Mit Ausnahme der vietnamesischen Jugendlichen assoziierten die jungen Interviewpartner in München und Berlin ihren Vormund sehr stark mit dem Asylverfahren. Dass gerade die beiden Vietnamesen hierbei aus der Reihe fallen, ist keine sonderlich große Überraschung: sie haben vergleichsweise schlechte Chancen, einen sicheren Aufenthaltstitel zu bekommen. Die Arbeit mit vietnamesischen Mün-

deln unterscheidet sich deshalb von der mit Jugendlichen anderer Herkunftsländer. Die meisten anderen Jugendlichen aber sehen die Aufenthaltssicherung als zentrale Aufgabe des Vormunds:

Interviewerin: Hat [deine Vormündin] dir erklärt, was Sie macht? Was ihr Job ist?

G15: Ja, sie hat gesagt, wenn du ein Problem hast mit dem Bundesamt, ich kann. Und die andere, von Schule, Heimen oder andere, die Betreuerin kann.

Die interviewten Vormünder in München stellen für die meisten ihrer Mündel einen Asylantrag. Eine regelmäßige Ausnahme bilden die 16- und 17-jährigen, da diese teilweise schon vor der Vormundschaftsbestellung einen Asylantrag gestellt haben. Oft werden diese Jugendlichen außerdem im Gegensatz zu den Unter-16-jährigen nicht zur Anhörung begleitet.

Auch in Berlin brachten die drei nicht-vietnamesischen Jugendlichen den Vormund mit ihrem Asylantrag in Verbindung. Zwei dieser Jugendlichen hatten einen ehrenamtlichen Vormund, der dritte wartete gerade auf den Wechsel vom Amts- zum ehrenamtlichen Vormund. Es ist notwendig, das zu erwähnen, da der interviewte Amtsvormund angab, dass er die Erfolgsaussichten in den meisten Fällen für zu gering halte um einen Asylantrag zu stellen. Nach seinen Schätzungen macht er das lediglich bei 2-3% seiner Unter-16-jährigen Mündel. Zwei der ehrenamtlichen Vormünder unterstützen ihre Mündel recht engagiert im Asylverfahren. Trotzdem sahen sie es nicht als so zentrale Aufgabe in der Vormundschaft wie die Jugendlichen das taten. Der Aufenthaltsstatus sei natürlich für die Vormundschaft wichtig, weil man ständig Angst vor einer Abschiebung habe. Im Mittelpunkt der Vormundschaft stand für sie aber das zwischenmenschliche Verhältnis zwischen Vormund und Jugendlichen.

In Frankfurt und Umgebung stellte sich die Lage anders dar. Im Vergleich zu Berlin und

München war der Vormund in den Interviews mit den Jugendlichen auffällig abwesend, wenn es um den Aufenthaltsstatus ging. Auf Grund des bestehenden Vormundschaftssystems überrascht das allerdings nicht weiter: der Ergänzungspfleger, der für viele Jugendliche bestellt wird, übernimmt diese Aufgabe. Er ist teilweise auch schon vor dem Vormund mit dem Jugendlichen in Kontakt. Das ist bedingt durch die besonders große Zahl Jugendlicher, die über den Flughafen in Frankfurt einreisen. Wie eine Vormündin sagte: ‚Am Flughafen sind wir eigentlich im Asylverfahren nicht beteiligt.‘ Der Ergänzungspfleger hingegen gab an, dass der Antrag auf Pflegerschaft für die Jugendlichen, die noch am Flughafen sind, sehr schnell gestellt wird und er deswegen zeitnah mit vielen in Kontakt kommt.

Wegen der Bestellung des Ergänzungspflegers und noch dazu der beschränkten Involvierung des Vormunds, wenn die Einreise über den Flughafen erfolgt, beschränkt sich die Rolle des Vormunds in aufenthaltsrechtlichen Fragen bei den Unter-16-jährigen und einigen 16- und 17-Jährigen darauf, sich beim Ergänzungspfleger über die neuesten Entwicklungen zu informieren. Falls Zeitkapazitäten zur Verfügung stehen, können möglicherweise beratende und aufmunternde Gespräche stattfinden. Wenn kein Ergänzungspfleger dem Jugendlichen zur Seite gestellt wird, werden die Vormünder auch in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten aktiv. Vormünder in Hessen hatten zum Zeitpunkt der Interviews im Juli 2010 allerdings mit einer besonders großen Mündelzahl und damit einhergehend mit einer extremen Arbeitsbelastung zu kämpfen. Sie überlegen sich deshalb genau, welche Mündel sie zu Anhörungen begleiten. In der Praxis kosten außerdem die so genannten ‚Dublin-II-Fälle‘<sup>9</sup> besonders viel

Zeit. Es war auffällig, dass ‚Dublin-II‘ in Hessen mehr Raum in den Interviews einnehmen als in München oder Berlin, auch wenn die Gründe dafür nicht offensichtlich waren. ‚Dublin-II-Fälle‘ sind oft äußerst komplex und erfordern intensive Kommunikation mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Die investierte Zeit kann sich aber auszahlen: In Gießen sehen die beiden Amtsvormündinnen die Tatsache, dass einer der Mündel nicht in ein anderes europäisches Land rückgeführt wurde darin begründet, dass sie sich konstant präsent zeigten und Informationen verlangten.

Die Anwesenheit des Vormunds in der Anhörung kann den Jugendlichen wichtigen Halt geben. Der Vormund kann Einfluss auf das Interview nehmen, indem er spezifische Fragen stellt oder Anmerkungen macht, die dazu beitragen, die Darstellung des Jugendlichen zu verdeutlichen. Ein Jugendlicher beschreibt die aufreibende Situation der Anhörung folgendermaßen:

G13: Wenn ich in Baierbrunnerstraße [Erstaufnahmeeinrichtung –Anmerkung der Autorin] war, hatte ich sehr Angst. Okay, jetzt musst du zum Bundesamt, ich habe keine Ahnung und in Afghanistan ich bin nie so alleine gegangen mit einer offiziellen Person, aber hier nach eine oder zwei Wochen oder drei Wochen musst du zum Bundesamt gehen, und hier kommt ein Dolmetscher, hier kommt eine offizielle Person, so, und du weißt nicht, okay, du hast so gemacht und so gemacht, warum nicht so? Warum nicht so gemacht? Und...und wenn das so ist, mein Kopf ist total leer und ich weiß nicht, was habe ich gemacht. [...] Zum Beispiel bei Matheprüfung, ich weiß, dass 100:10 ist 10, aber in der Prüfung habe ich vergessen. Und bei Bundesamt ist genauso.

In dieser Situation kann der Vormund eine wichtige Unterstützung sein.

9 Ein Dublin-II-Fall liegt vor, wenn ein Jugendlicher bereits in einem anderen europäischen Land seine Fingerabdrücke abgeben musste und somit polizeilich registriert ist. Deutschland prüft dann, ob dieses andere europäische Land den Jugendlichen übernehmen muss.

G13: Wenn sie sagen, okay, morgen musst du zum Bundesamt gehen, in der Nacht kann man nicht so gut schlafen, ja [...] aber wenn jemand mitgeht, jemand älterer, wenn ich denke, ich habe etwas falsch gesagt, er korrigiert es. [...] Wenn ich mit [meiner Vormündin] gesprochen habe, dann hatte ich ein gutes Gefühl. Ja, so ich habe jemanden, ich bin nicht alleine.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten einen zentralen Aspekt der Personensorge für unbegleitete Minderjährige ausmachen – auch wenn dieser Punkt nicht explizit im Gesetz als Aufgabe des Vormunds festgehalten ist. Es ist fundamental für die Jugendlichen, einen guten Aufenthaltsstatus zu bekommen und sie messen deswegen der Unterstützung des Vormunds einen hohen Stellenwert bei. Für die Jugendlichen in Berlin und München scheint die Begleitung durch den Vormund im Asylverfahren einen zentralen Aspekt der Personensorge auszumachen. Die Arbeit des Vormunds gestaltet sich etwas anders, wenn die Jugendlichen einen Anwalt an ihrer Seite haben. Auf Grund des Ergänzungspflegersystems nehmen aufenthaltsrechtliche Fragen in Hessen einen anderen Raum in der Vormundschaftsarbeit ein als in München oder Berlin. Trotz der oft großen Erwartungen an den Vormund in aufenthaltsrechtlichen Fragen, ist die erhoffte Hilfe nicht garantiert. Die Vorbereitung und Begleitung zur Anhörung ist beispielsweise nicht gewährleistet. Das hängt zum einen von der Vormundschaftsart (z.B. extrem hohe Arbeitsbelastung der Amtsvormünder), zum anderen wohl auch von der Person des jeweiligen Vormunds ab.

### *Unterbringung*

Auch wenn es laut Gesetz Pflicht des Vormunds ist, den Aufenthalt des Mündels zu bestimmen (vgl. § 1631 Abs. 1 BGB), so übernimmt eher der Sozialdienst des Jugendamts diese Aufgabe. Eine Vormündin beschreibt

ihre Rolle hinsichtlich der Unterbringung des Mündels folgendermaßen:

GG5: Wir Amtsvormünder kommen dann ins Spiel, wenn die Kollegen [vom Sozialdienst] was rausgesucht haben für den Jugendlichen und der Jugendliche will da nicht hin. Dann ist es auch so, dass die Jugendlichen sich an den Vormund wenden und sagen, kannst du mir nicht helfen. Und wir würden vielleicht schon gern helfen, aber wenn ich keinen Platz hab, dann kann ich auch keinen aus dem Boden stampfen. [...] Aber grundsätzlich sind wir schon recht d'accord mit der Auswahl [des Sozialdiensts].

Die Jugendlichen bestätigten diese Handhabung. Jugendliche, die mit ihrer Unterbringung unzufrieden waren, assoziierten ihren Vormund verstärkt mit diesem Thema. Sie informierten ihren Vormund über ihre aktuelle Wohnsituation und baten um Hilfe bei einem Wechsel in eine andere Einrichtung. Die Vormünder gingen mit dieser Bitte bzw. Forderung unterschiedlich um. Es hängt maßgeblich davon ab, wie gravierend sie die Situation einschätzen und ob Plätze in einer anderen Einrichtung vorhanden sind. Zum Zeitpunkt der Interviews stellte der Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten ein ernsthaftes Problem dar, weshalb es oft schwierig ist, den Wünschen der Jugendlichen zu entsprechen. Ehrenamtliche Vormünder gehen unter Umständen etwas weiter in ihrem Engagement hinsichtlich der Unterbringung ihres Mündels. Das Ehepaar, das gemeinsam Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige führte, wurde wegen ihres Mündels Mitglied bei einer Wohnungsbaugenossenschaft, was mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist. Dadurch war es ihnen möglich, schnell eine geeignete Wohnung für den Jugendlichen zu finden. Als die Wohnung gefunden war, packten sie außerdem beim Umzug mit an. Mit Ausnahme der ehrenamtlichen Vormünder ist also die Beteiligung der interviewten Vormünder in Sachen Unterkunft meist be-

grenzt, da diesbezügliche Aufgaben vermehrt vom jeweiligen Sozialdienst wahrgenommen werden.

### *Gesundheit*

Jugendliche mit schwerwiegenden Krankheiten oder psychischen Problemen brachten den Vormund mit diesem Aufgabenbereich in Verbindung. Es überrascht nicht weiter, dass es auch hier sowohl vom Vormund als auch vom Kontext abhängt, was der Vormund letztendlich tatsächlich macht. Eine Jugendliche erinnerte sich zum Beispiel an eine Magen-spiegelung. Sie erwähnte ihren Vormund in diesem Zusammenhang, allerdings lediglich deswegen, weil dieser schriftlich sein Einverständnis erklären musste. Eine andere Jugendliche im Gegensatz betonte, wie wichtig es für sie war, dass ihr Vormund sie anrief und besuchte, als sie in die Psychiatrie eingewiesen wurde. Die Involvierung reicht also vom Leisten einer Unterschrift bis zum persönlichen Kontakt während eines Krankenhausaufenthalts.

Die Vormünder sehen sich nicht primär verantwortlich dafür, die Jugendlichen zu ihren Arztterminen zu begleiten. Ob ein Vormund zu einem Termin mitgeht hängt wesentlich von der Verfügbarkeit der Mitarbeiter der Jugendwohneinrichtungen ab:

Interviewerin: Das heißt, Sie gehen dann mit zu Arztterminen, wenn kein Betreuer verfügbar ist?

GG9: Ja, wenn die sagen, sie können auch nicht mitgehen, weil unterbesetzt oder weil der Arzt unbedingt will, dass der Vormund dabei ist. Es gibt manche Kliniken, die da ein bisschen streng sind[...]Meistens kriegt man das dann hin, wenn man sagt, faxen Sie das doch mal. Man muss ja den Aufklärungsbogen und so unterschreiben. Meistens kann man es regeln, dass die einem das dann faxen, manchmal geht es eben nicht, dann muss man da halt begleiten.

Im Bereich Gesundheit kooperieren Vormünder also sehr stark mit dem Personal der Jugendwohneinrichtungen. Meistens beschränkt sich die Rolle des Vormunds darauf, eine Unterschrift zu leisten. Nur in Ausnahmefällen begleiten sie den Jugendlichen zu Terminen.

### *Bildung*

Fast allen der jungen Interviewpartner war es sehr wichtig, zur Schule zu gehen und eine gute Ausbildung zu bekommen.<sup>10</sup> Obwohl die Jugendlichen sehr motiviert waren und Bildung als bedeutender Baustein der Personensorge verstanden werden kann, so war es doch auffällig, dass die Jugendlichen meist keine direkte Verbindung zwischen ihrer (schulischen) Ausbildung und ihrem Vormund herstellten. Nur ein Jugendlicher erwähnte, dass der Vormund ihm im ersten Gespräch mitteilte, dass er ihm dabei helfen würde, zur Schule gehen zu können. Im Gegensatz dazu merkten zwei andere Jugendliche an, dass ihr Vormund sie in Fragen zur Ausbildung an ihre Betreuer oder andere Beratungsstellen verwies:

Interviewerin: Redest du mit [deiner Vormündin] auch über die Schule?

G2: Ja, sie hat gesagt ich muss wieder zu [Name eines Mitarbeiters einer Beratungsstelle] gehen, wenn ich die Schule nicht schaffe, dann kann er mir helfen.

Die Vormündin dieses Jugendlichen ist Anwältin und half ihm dabei, einen guten Aufenthaltsstatus zu bekommen. Das kann erklären, wieso der Jugendliche primär folgenden Zu-

---

10 Es sollte allerdings nicht vergessen werden, dass die Auswahl der Jugendlichen wie oben beschrieben zu einem gewissen Grad selektiv war. Möglicherweise hat die Suche nach Jugendlichen mit guten Deutschkenntnissen, die im Interview ihre Erfahrungen und Meinungen verständlich wiedergeben können, dazu beigetragen, dass vor allem besonders motivierte Jugendliche ausgewählt wurden.



sammenhang zwischen seinem Vormund und seiner schulischen Ausbildung sah:

G2: Ich bin einfach zu [meiner Vormündin] gegangen und dann haben die mir eine Aufenthaltserlaubnis gegeben. Weil, ich wollte am ersten so zur Schule gehen, Abitur machen, alles machen, danach meine Lehrerin hat mir erzählt, dass wenn ich eine so Duldung habe und keinen normalen Ausweis, ich darf nicht weitermachen mit der Schule. Und ich war so froh, dass ich zur Schule gehen konnte. Mit der Aufenthaltserlaubnis. Das war mir eine Überraschung.

Durch seine Aufenthaltserlaubnis, an deren Erhalt seine Vormündin wesentlich beteiligt war, verbessern sich also die schulischen Möglichkeiten des Jugendlichen.

Die anderen Jugendlichen erinnerten sich außerdem, dass das Thema Schule Bestandteil der Hilfeplangespräche war und ihr Vormund sich erkundigte, ob sie mit der Schule zufrieden seien. Ein junger Erwachsener, der eine ehrenamtliche Vormündin hatte, fügte hinzu, dass diese sehr wichtig dafür gewesen sei, die Motivation nicht zu verlieren. Eine aktivere Rolle wurde den Vormündern allerdings nicht zugeschrieben.

Die Jugendlichen bringen ihren Vormund also wenn überhaupt auf eine eher abstrakte Art und Weise mit ihrer Ausbildung in Verbindung. Die eher alltäglichen Probleme, die im Zusammenhang mit Schule und Ausbildung anfallen, wie z.B. die Suche nach einer geeigneten Schule oder Hilfe mit den Hausaufgaben, wird vielmehr als Aufgabe der Betreuer gesehen.

Die Vormünder hingegen erwähnten alle, dass Bildung einer ihrer Arbeitsschwerpunkte sei. Was von einigen Jugendlichen als gelegentliche Gespräche über deren Schulbesuch gewertet werden kann, ist für die Vormünder eine wichtige Arbeitsgrundlage. Wie es ein Interviewpartner sagte: in den Hilfeplankonferenzen ‚wird ja auch die schulische Karriere geplant‘ (GG8). Im Gespräch soll herausgefun-

den werden, ob der Jugendliche einen Bedarf an Nachhilfe hat, ob er Konzentrationsschwierigkeiten hat, ob er ein Problem mit dem Lehrer hat oder vielleicht von anderen Schülern gemobbt wird.

Auch hier gibt es wieder unterschiedliche Umsetzungen in der Praxis gibt. Wie im Bereich Gesundheit hängt vieles von der Kooperation mit den Betreuern der Jugendwohneinrichtungen ab. Die meisten Vormünder überlassen ihnen den direkten Kontakt mit Schulen und Lehrern. Nur die ehrenamtlichen Vormünder erwähnten, dass sie wiederholt auch an Elternabenden teilgenommen haben. Dass Aufgaben zwischen Betreuern und Vormündern meist nicht explizit verteilt sind, führt immer wieder zu Zwistigkeiten. Ein ehrenamtlicher Vormund veranschaulicht die unklaren Zuständigkeiten und den damit verbundenen Ärger. Er bewertet die Tatsache, dass er von der Betreuerin nicht darüber informiert wurde, dass sein Mündel nicht mehr zur Schule geht, folgendermaßen:

GG2: Für mich war das eindeutig ein klassischer Fall, wo der Vormund entscheiden muss, ja? WIE zur Schule gegangen wird, OB zur Schule gegangen wird und WO zur Schule gegangen wird. Und die [Betreuerin] hat halt meiner Ansicht nach nach eigener Kompetenzüberschreitung gedacht, okay, gehst du halt jetzt nicht zur Schule. [...] Und ich hab das dann halt hinterher erfahren, dass er nicht zur Schule geht und warum er nicht zur Schule geht.

Allerdings wird das eigenverantwortliche Tätigwerden der Betreuer nicht immer negativ bewertet. Andere Vormünder begrüßen es beispielsweise, wenn Betreuer einen Schulwechsel vorantreiben und verstehen es als Entlastung.

Die Jugendlichen assoziierten ihren Vormund also nicht unbedingt unmittelbar mit ihrer schulischen Ausbildung. Die Vormünder hingegen erwähnten das Thema Bildung als

wichtigen Punkt ihrer Arbeit. Sie *können* bei entsprechendem Engagement eine zentrale Rolle spielen, indem sie aus der Ferne kontrollieren und beobachten, ob der Jugendliche bezüglich seiner Schulbildung umfassend versorgt ist. Allerdings scheint das Engagement der Vormünder zu variieren.

### *Freizeit*

Bei einem umfassenden Verständnis der Personensorge könnte man annehmen, dass die Vormünder auch in die Freizeitgestaltung involviert sein sollten. Für alle Amtsvormünder war es allerdings unvorstellbar, mit den Jugendlichen Freizeitaktivitäten zu unternehmen. Sie nehmen gegebenenfalls die Einladung zum Tag-der-offenen-Tür der Jugendwohneinrichtung wahr, zeitintensivere Ereignisse, wie zum Beispiel ein Tagesausflug, sind allerdings nicht machbar. Auch der Vereinsvormund erklärte, dass er das Organisieren von Freizeitaktivitäten nicht als seine Aufgabe sieht. Es findet allerdings jährlich eine mehrtägige Fahrt der Vormünder des Vereins mit den Jugendlichen statt. Darauf wird Wert gelegt, da es die Möglichkeit bietet, die Jugendlichen außerhalb des Büros zu erleben und sich einen Eindruck zu verschaffen, der nicht zu großen Teilen auf den Erzählungen der Betreuer der Jugendlichen beruht. Die Berufsvormündin organisiert Parties, lädt die Jugendlichen zum Essen ein oder trifft ehemalige Mündel auch abends, um sich mit ihnen zu unterhalten und über deren aktuelle Probleme zu sprechen. Auch wenn es unterschiedlichste Formen der ehrenamtlichen Vormundschaft gibt, so ist es doch am wahrscheinlichsten, dass ehrenamtliche Vormünder mit ihren Mündeln Freizeitaktivitäten unternehmen. Ein ehrenamtlicher Vormund berichtete, dass er seine Mündel mehrmals in der Woche zu deren Fußballtraining begleitete und die Jugendlichen danach zu seiner Familie mit nach Hause kamen. Eine Jugendliche erwähnte, dass ihre Vormündin sich mit ihr traf, um an ihrem Deutsch zu arbeiten oder um einen Ausflug zu machen.

Damit stellte diese Jugendliche eine Ausnahme unter den jungen Interviewpartnern dar, da die meisten ihren Vormund nicht mit ihrer Freizeit in Verbindung brachten.

Die Freizeitgestaltung der Jugendlichen sollte auch Thema des Hilfeplangesprächs sein. Im besten Fall verschafft sich der Vormund durch gezielte Fragen und aufmerksames Zuhören einen Einblick in die momentane Situation und sucht gegebenenfalls gemeinsam mit dem Jugendlichen und anderen Helfern nach Verbesserungsmöglichkeiten. Ein Vormund beschreibt, welche Fragen sich ihm hinsichtlich der Freizeitgestaltung der Jugendlichen stellen:

GG10: Es ist zum Teil einfach auch wichtig, dass man weiß, dass der im Fußballverein ist und nicht nur die Unterschrift leistet. Aber der Weg dahin ist sehr individuell. Das klingt jetzt alles sehr hochgestochen, aber die Frage ist halt, in welchen Fußballverein geht er eigentlich und was macht Sinn. Das ist ein Diskussionsprozess. [...] Wenn jemand in Pasing wohnt, aber er hat 'nen Freund in Milbertshofen, dann ist die Frage, was ist jetzt wichtiger und was macht für diesen Jugendlichen Sinn. Macht Sinn, dass er sich in Pasing integriert [...] und in den Pasinger Verein geht, oder macht's bei dem Jugendlichen Sinn, weil er totale Probleme hat, sich auf irgendjemand einzulassen, dass er mit dem einzigen Freund, den er in den letzten drei Jahren gefunden hat, in den Milbertshofener Verein geht. Und vielleicht die Gruppe im Gegenzug darauf verzichtet, dass er einmal die Woche beim Abendessen pünktlich da ist. [...] Ich unterschreibe den Antrag, aber ich unterschreibe den Antrag nicht einfach so, ohne mit der Gruppe noch mal zu sprechen. [...] Es ist auch die Frage, ob die Trainingszeiten in den Alltag des Jugendlichen passen. Sind die Trainingszeiten immer dann, wenn die Gruppe Gruppenabend hat. Immer mittwochs gehen die zusammen zum Billiardspielen [...], dann kann er nicht genau in diesen Fußballverein gehen, wo ausgerechnet Mittwochabend das



Pflichttraining ist. Also wirklich solche Dinge zu überlegen und dann auch im Extremfall einen Kompromiss zu finden.

Für diesen Vormund ist also auch die Freizeitgestaltung ein ernstzunehmendes Thema, das genaue Überlegungen und Rücksprachen erfordert. Gespräche mit anderen Interviewpartnern legten allerdings die Vermutung nahe, dass nicht jeder Vormund diesen Aspekt so gewissenhaft behandelt wie der eben zitierte Vormund. Auf die Frage, ob er mit seiner Vormündin auch über seine Freunde und damit seine Freizeit rede, antwortete ein Jugendlicher:

G2: Sie hat gar keine Zeit für das. Wenn ich sie treffe rede ich mit ihr 10 Minuten oder 5 Minuten, danach gehe ich nach Hause. Machen ich alles fertig, wenn ich etwas zu unterschreiben habe, dann gehe ich mit Bus, sie unterschreibt.

Seine Vormündin konzentriert sich also auf die gesetzliche Vertretung, während es für sie keinen großen Stellenwert zu haben scheint, den Jugendlichen auf einer persönlicheren Ebene besser kennen zu lernen. Es gibt keine genau definierte Verpflichtung für den Vormund, wie mit dem Thema Freizeit umzugehen ist. Der Vormund hat deswegen eine beachtliche Entscheidungsfreiheit darüber, zu welchem Grad er sich tatsächlich einbringt. Wenn man die Beziehung zwischen Vormund und Jugendlichem genauer betrachtet stellt sich auch die Frage, was der Vormund dem Mündel über sich selbst erzählt. Die meisten Vormünder erklärten, dass sie dabei Berufliches klar von Privatem trennen. Nur zwei ehrenamtliche Vormünder machten diese Trennlinie dadurch durchlässig, dass sie ihre Mündel zu sich nach Hause einluden und zu Familienfeiern mitnahmen – was für die anderen Vormünder unvorstellbar war. Ein Vormund führte an, dass es sinnvoll ist, zwischen Privatem und Persönlichem zu unterscheiden:

GG10: Also, ich denke, die [Beziehung zwischen Vormund und Mündel] wird persönlich, aber nicht privat. [...] Wir fahren auch auf Ferienfreizeit, da geht es auch drum, diese persönliche Bindung zu haben. Da geht es drum, zu sehen, wie ist denn ein Jugendlicher im Alltag. Ist er jetzt wirklich so, wie die Wohngruppe mir das beschreibt? [...] Da gibt's dann also 'nen persönlichen Kontakt. Ich nehm aber jetzt keine Jugendlichen mit nach Hause. Das würde mir jetzt so gar nicht einfallen. Da bin ich auch ziemlich klar. Sie haben auch nicht meine Privatnummer. Ein paar haben durch Zufall meine Handynummer, auf Freizeiten geht das relativ schnell, wenn man die Nummer nicht unterdrückt, aber ich sag auch ziemlich klar, dass meine Handynummer im Grunde tabu ist und nur für den absoluten Notfall. [...] Die Frage ist, wo fängt das Private an. [...] Es darf jeder wissen, wenn er mich fragt, dass ich zwei Kinder habe. Das ist auch privat, aber da sag ich nicht, das gehört hier nicht zur Sache. Ich würde aber nicht jeden Konflikt, den ich mit meinen Kindern habe, preisgeben. [...] Aber ich glaube, das wissen die Jugendlichen auch, ich habe nie das Gefühl, dass sie mich ausfragen.

Das verdeutlicht nochmals die Unterschiede zwischen den Vormundschaftsarten: Vormünder, die die Tätigkeit professionell ausführen, trennen strikt zwischen Beruflichem und Privatem, während ehrenamtliche Vormünder das Mündel unter Umständen in ihr Privatleben zu integrieren versuchen.

Keiner der Jugendlichen beantwortete die Frage, ob er denn seinen Vormund gerne öfter treffen würde, mit einem enthusiastischen „Ja“. Das mag besonders in Anbetracht der Tatsache überraschen, dass gerade der geringe Kontakt zwischen Vormund und Mündel in der aktuellen Diskussion zur Vormundschaft zentraler Kritikpunkt ist. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, die Reaktion der Jugendlichen zu deuten. Zum einen muss nochmals auf das Samplingverfahren verwiesen werden: einige Betreuer tendierten dazu, Jugendliche auszu-

wählen, die einen ‚guten‘ Vormund hatten. Ein Vormund wurde dann als ‚gut‘ wahrgenommen, wenn er sehr engagiert war und es ausreichend Kontakt zum Mündel gab. Was allerdings als ‚ausreichend‘ empfunden wurde ist eine subjektive Einschätzung und kann in der Praxis von Jugendlichem zu Jugendlichem sehr unterschiedlich gewesen sein. Wichtig ist aber, dass sie mit der Frequenz zufrieden waren und nicht mehr Kontakt für nötig hielten. Bei den anderen Jugendlichen ist es möglich, dass die Tatsache, dass sie nicht mehr Kontakt mit dem Vormund wünschen, aus einer gegensätzlichen Erfahrung mit dem Vormund herrührt. Die Vormünder dieser Jugendlichen waren wenig präsent im Leben ihrer Mündel. Da diese also keine besonders intensive Beziehung zu ihrem Vormund hatten, zeigten sie kein großes Interesse an häufigeren Treffen. Auch hatten sie oft ein gutes Verhältnis zu ihrem Betreuer, der viele Aufgaben wahrnahm und eine intensivere Betreuung durch den Vormund somit unnötig erschien. Außerdem ist es wahrscheinlich, dass die Jugendlichen die Frage nicht bejahten, da ihnen nur vage klar war, für welche Aufgaben ein Vormund zuständig ist. Folglich wussten sie nicht, in welchen Situationen es angemessen wäre, den Vormund zu kontaktieren. Auch ein Mangel an Vergleichen kann zum geringen Interesse der Jugendlichen beigetragen haben. Wenn sie am Beispiel anderer Jugendlicher hätten beobachten können, wie eine Vormundschaft auch verlaufen kann, hätten sie vielleicht andere Ansprüche an ihren eigenen Vormund gestellt (z.B. persönlicherer Kontakt, gemeinsame Ausflüge etc.). So aber betonten sie, dass es wichtiger war, den Vormund zu erreichen, wenn sie ihn brauchten, als sich in größerer Regelmäßigkeit mit ihm zu treffen.

### Interkulturelle Beziehung

Die Vormünder, die Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige hauptamtlich führen, arbeiten tagtäglich mit Menschen

unterschiedlichster Herkunft. Um einen umfassenden Eindruck der Vormundschaftsarbeit zu bekommen, ist es deshalb wichtig zu untersuchen, wie diese Gegebenheit die Tätigkeit beeinflusst bzw. welche Beachtung die Vormünder ihr schenken.

Vormund und Jugendlicher sprechen nicht die gleiche Muttersprache. Die Arbeit mit den Jugendlichen beinhaltet deswegen zwangsläufig die Kooperation mit Dolmetschern – vor allem in der Anfangsphase. In den Interviews zeigte sich, dass es für Amts-, Vereins- und Berufsvormund eine Selbstverständlichkeit ist, wenn notwendig, einen Dolmetscher zu den Treffen einzuladen. Sie greifen dabei im Allgemeinen auf einen Pool an verfügbaren Dolmetschern zurück. Es muss allerdings gesagt werden, dass das für die Standorte gilt, die im Rahmen dieser Studie besucht wurden. Erschreckenderweise stellte sich durch Gespräche mit Fachkräften anderer Städte heraus, dass das nicht immer der Fall ist. So gibt es mitunter die Praxis, dass Jugendliche einer Erstaufnahmeeinrichtung für andere Jugendliche, die gerade erst angekommen sind, als Dolmetscher fungieren müssen.

Gelegentlich geht die Rolle des Dolmetschers über das reine Übersetzen des Gesagten hinaus: sie können dem Jugendlichen die Aufgaben ihres Vormunds erklären, dabei ein positives Bild von ihm vermitteln und somit Ängste und Zweifel nehmen. Sie können den Vormund mit Hintergrundinformationen zum Herkunftsland des Jugendlichen versorgen und bestimmte Aspekte des Verhaltens des Jugendlichen erklären. Der Dolmetscher spielt unter Umständen eine wichtige Rolle darin, wie sich die Beziehung zwischen Jugendlichem und Vormund entwickelt bzw. welcher Weg im Asylverfahren eingeschlagen wird: die Einschätzung des Dolmetschers darüber, ob die vom Jugendlichen erzählte Geschichte glaubhaft ist oder nicht, kann die Meinung des Vormunds wesentlich beeinflussen.

Die Jugendlichen waren gespalten in ihren Meinungen über Dolmetscher. Einige erwähnten, dass der Dolmetscher ihnen z.B. wichtige

Informationen über den Vormund gab. Gleichzeitig fanden sie es aber nicht immer leicht, mit Dolmetschern zu arbeiten. Mehrere Jugendliche erklärten, dass sie Schwierigkeiten mit ihrem Dolmetscher bei der Anhörung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hatten. Bei afrikanischen Jugendlichen, die eine seltene Muttersprache sprechen, kommt es immer wieder vor, dass sie das Interview auf Englisch führen müssen. Mehrere afghanische Jugendliche berichteten, dass sie in ihrem Interview einen iranischen Dolmetscher bekamen, der nicht sehr vertraut mit der (aktuellen) Situation in Afghanistan zu sein schien. Noch besorgniserregender ist, dass diese Jugendlichen das Gefühl hatten, der Dolmetscher übersetze nicht, was sie sagen.

G10: Die Dolmetscher am Flughafen war ein Iraner. Die haben nicht so...afghanisch gekonnt. Manche Sachen falsch hat er gesagt.

Ein anderer Jugendlicher erklärt etwas genauer:

G12: Dolmetscher hat anderes gesagt. Zum Beispiel, bist du in die Schule gegangen? Und ich habe gesagt, ich bin zum Beispiel in die Schule nicht gegangen, dann hat er gesagt, ja er ist in die Schule gegangen. [...] Ich bin in die Schule nicht gegangen, [sondern in einen] Korankurs. Aber dort kann man ein bisschen schreiben und lesen lernen. Und ich habe gesagt, ich bin nicht in die Schule gegangen, aber Korankurs. Und er hat gesagt, wie viele Jahre? In welche Klasse? Ich habe gesagt, keine! Ich bin in Kurs gegangen.

Über die Anwesenheit des Dolmetschers in Gesprächen mit ihrem Vormund sagte außerdem ein Jugendlicher, dass sie einer vertrauensvollen Kommunikation zwischen Vormund und Mündel im Wege stehe.

Die Kommentare hinsichtlich sprachlicher Schwierigkeiten zwischen Jugendlichem und *ehrenamtlichem* Vormund waren verschiedenartig. Einerseits kritisierte ein Jugendli-

cher, dass er selbst einen Dolmetscher für das Treffen mit seinem ehrenamtlichen Vormund organisieren musste. Andererseits unterstützen manche ehrenamtlichen Vormünder ihre Mündel auf eine praktischere Art und Weise bei Sprachschwierigkeiten als es Amts-, Vereins- oder Berufsvormündern möglich wäre: hin und wieder üben sie mit dem Jugendlichen Deutsch und können somit eine wertvolle Ergänzung zum Deutschunterricht sein. Die Vormünder blieben etwas vage hinsichtlich der Frage, inwiefern die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe von Mündel und Vormund die Vormundschaft beeinflussen. Sie gingen auf verschiedene Art und Weise darauf ein, was zu der Annahme führt, dass sie unterschiedlich für das Thema sensibilisiert sind. Ein Vormund erwähnt zum Beispiel:

GG2: Klar, dass es manchmal Sprachprobleme gibt, aber das gibt sich dann auch bei den Jugendlichen relativ schnell. Danach ist eigentlich auch egal, aus welchem Umfeld sie kommen, ne? Das war so meine Erfahrung, dass die Probleme, die auftreten, mit der Kultur und der Identität wenig zu tun haben. Sind halt eigentlich immer dieselben Probleme, wie Schulbesuch. Typische Probleme.

Der Vormund scheint nicht sehr intensiv in die besondere Biographie des Jugendlichen einzutauchen, um dort nach Erklärungen und auch Lösungen für den Widerwillen des Jugendlichen, zur Schule zu gehen, zu finden. Anderen Vormündern ist es sehr wichtig, mehr über den kulturellen Hintergrund der Jugendlichen zu lernen und ihre eigenen Annahmen zu hinterfragen, um ihre Arbeit in einen realistischeren Kontext zu bringen. Eine Vormündin beschreibt außerdem, wie sie ihr eigenes Verhalten je nach Herkunftsland ändert:

GG9: Das mache ich zum Beispiel bei irakischen Jugendlichen, da bin ich sehr autoritär, was ich normalerweise nicht so bin von der Persönlichkeit her. Weil man da auch weiß,

die kommen aus einem sehr autoritären System, wo nicht mit Jugendlichen groß verhandelt wird oder pädagogisch gesprochen wird, weil das finden die sofort als Verhandlungsangebot, wenn man da anfängt, zu besprechen. Da muss man manchmal einfach sagen, so, Schluss, oder wenn die mit irgendeinem Zettel kommen, ruf da mal an, dann sage ich, lass das mal da, ich mach das, wenn ich Zeit habe, ich ruf dich an. Weil dann, sonst haben die wirklich das Gefühl, ich bin hier die Sekretärin, er macht so und ich hüpfte, man muss dann schon teilweise autoritär auftreten. Da habe ich ganz gute Erfahrungen gemacht, mehr als wenn man sich auf irgendein Palaver einlässt. Das bringt gar nichts.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Kooperation mit qualifizierten Dolmetschern nicht immer gewährleistet ist. Außerdem scheinen die Vormünder unterschiedlich für die verschiedenen kulturellen Hintergründe ihrer Mündel sensibilisiert zu sein.

### **Das Ende der Vormundschaft**

Die Vormünder gaben an, dass die meisten Vormundschaften mit dem 18. Geburtstag des Jugendlichen enden. Einige Vormünder probieren, ein letztes Treffen zu organisieren, um die Beziehung formell abzuschließen. Falls es verfügbare finanzielle Mittel gibt, bekommt der Jugendliche ein kleines Geschenk. Es ist allerdings auch möglich, dass die Vormundschaft vor oder nach dem 18. Geburtstag endet. Erstens ist es möglich, dass Jugendliche verschwinden. In diesem Fall ist es aber nur möglich, die Vormundschaft zu beenden, wenn bekannt ist, wo sich der Jugendliche aufhält und dass es einen neuen Vormund gibt. Zweitens sehen bestimmte lokale Vormundschaftssysteme die Möglichkeit vor, dass eine Vormundschaft an einen anderen Vormund übertragen wird. Von den hier betrachteten Standorten geschieht das, wie bereits erwähnt, in Berlin, Nürnberg und Hessen. In Berlin kann es zu einem Wechsel

vom Amts- zum ehrenamtlichen Vormund kommen. In Nürnberg kommt es vor, dass die Vormundschaft vom Amts- an einen Berufsvormund übergeben wird. In Hessen gibt es Amtsvormünder, die für die Jugendlichen während ihrer ersten Monate zuständig sind. Mit der Verteilung werden die Vormundschaft an andere Amtsvormünder übergeben, die für die Langzeitbetreuung zuständig sind. Drittens kann das Familiengericht entscheiden, dass eine Vormundschaft erst endet, wenn der Jugendliche 21 wird, da dann erst im Herkunftsland die Volljährigkeit erreicht wird. Das Ende der Vormundschaft bedeutet allerdings nicht automatisch ein Ende der Beziehung zwischen Vormund und Jugendlichen. Bei entsprechender Sympathie für und Interesse an einander kann es durchaus vorkommen, dass der Kontakt gehalten wird. Von den sieben volljährigen Jugendlichen waren zwei immer noch in Kontakt mit ihrem Vormund. Auch wenn die Häufigkeit der Treffen abgenommen hatte, so schätzen die beiden jungen Männer ihre Vormünder noch immer sehr und trafen sie hin und wieder:

G6: Der hat ganz viel für mich gemacht. Der war wie ein Vater. Der wollte auch so gern mit mir bis 21 bleiben. [...] Wenn ich etwas brauche oder Rat, dann kann ich immer da gehen. Er hat immer Zeit für mich. [...] Vor drei Wochen war ich auch in Frankfurt, habe ich auch noch getroffen, reden...

Die anderen volljährigen Interviewpartner waren mit ihrem Vormund nicht mehr in Kontakt. Eine junge Frau meinte allerdings, dass sie sich immer noch sehr freut, wenn ihre Betreuerin ihr sage, dass ihre frühere Vormündin nach ihr gefragt habe. Nach dem Interview sagte eine andere junge Erwachsene, dass sie mit dem Gedanken spiele, ihre Betreuerin nach der Nummer ihrer Vormündin zu fragen, um wieder Kontakt aufzunehmen.

## Kurze Zusammenfassung des Kapitels

Die Analyse der Interviews hat also gezeigt, dass die im Gesetz grob formulierten Pfeiler der Vormundschaft von Vormündern unterschiedlich interpretiert und mit Leben gefüllt werden. Wie sich die Vormundschaften in der Praxis gestalten, hängt außerdem von den lokal existierenden Strukturen des Helfersystems ab.

Die Bestellung des Vormunds dauert unterschiedlich lange. In Hessen geht es zum Beispiel recht zügig (u.U. gleich am Tag der Einreise, sonst ca. zwei Wochen), in den anderen Städten nimmt das Verfahren ein bis zwei Monate in Anspruch. Einige Vormünder machen es zu einem festen Bestandteil ihrer Arbeit, neue Mündel kurz nach der Bestellung kennen zu lernen. Andere schaffen das auf Grund ihrer hohen Arbeitsbelastung nicht und treffen den Jugendlichen oft im Rahmen eines Hilfeplangesprächs zum ersten Mal. Nach dem ersten Treffen ist es sehr unterschiedlich, wie oft sich Vormund und Jugendlicher treffen: von dreimal in der Woche bis einmal im Jahr ist alles möglich. Die großen Unterschiede bezüglich der Kontaktfrequenz werden kontrastiert mit der auffälligen Übereinstimmung hinsichtlich der Kontaktaufnahme: in den meisten Fällen wird der Kontakt über die Betreuer hergestellt. Dass der Jugendliche seinen Vormund selbst kontaktiert, ist eher selten.

Wie die Verantwortung zur Personensorge wahrgenommen wird, unterscheidet sich nicht nur in der Häufigkeit des Kontakts, sondern auch in der Art und Weise, wie die Vormünder sich in den einzelnen Arbeitsbereichen einbringen. Es wurde gezeigt, dass der Vormund sehr verschiedenartig beispielsweise mit den Themen Asylverfahren, Freizeitgestaltung oder kultureller Hintergrund umgehen kann (z.B. nur Vorbereitung zur Anhörung oder auch Ansprechpartner bei Ängsten und Fragen zum Asylverfahren sein? Thema Freizeit als ein Punkt des Hilfeplanverfahrens oder Miteinbeziehen des Jugendlichen in das eigene Privatleben?). Dabei zeigen sich wiederholt Unterschiede zwischen haupt- und ehrenamt-

lichen Vormündern. Außerdem können Teilbereiche an Dritte abgegeben werden, wie Betreuer in den Jugendwohneinrichtungen (z.B. Gesundheit und Bildung), Sozialdienst des Jugendamts (z.B. Unterbringung) und Anwälte (Asylverfahren). Trotz dieser Tendenzen ist es in jeder Stadt und bei jeder Personenkonstellation anders, wer tatsächlich welche Aufgaben wahrnimmt. Um ein noch besseres Verständnis von der Kooperation mit Dritten zu bekommen, widmet sich das folgende Kapitel diesem Themenkomplex.

## 3.3 DER VORMUND IM KONTEXT

Der Erfolg der Vormundschaft hängt nur bis zu einem gewissen Grad von der Person des Vormunds ab. Externe Faktoren sind von großer Bedeutung. Die *Fallzahl* bestimmt, wie viel Zeit für den einzelnen Jugendlichen zur Verfügung steht und mit welcher Intensität der Vormund sich folglich jedem Jugendlichen widmen kann. Die Regelungen des *Asylverfahrensgesetzes* haben zur Folge, dass der Vormund mit Unter- und Über-16-jährigen unterschiedlich arbeiten muss. Stark erhöhte *Einreisezahlen* führen dazu, dass ein Vormund für noch mehr Jugendliche verantwortlich ist; außerdem führen sie zu einem Mangel an Unterbringungsmöglichkeiten, was es dem Vormund erschwert, seiner Verantwortung hinsichtlich einer angebrachten Unterbringung des Jugendlichen nachzukommen. Verlangsamte Arbeitsprozesse in *Familiengerichten* haben zur Folge, dass die Bestellung des Vormunds oft sehr lange dauert. Es ist wichtig, all diese Aspekte im Hinterkopf zu behalten. Im Folgenden aber soll die Kooperation des Vormunds mit Dritten behandelt werden, vornehmlich (sozial-)pädagogischem Personal und Verwandten. Das wird ein noch präziseres Bild der Vormundschaftsarbeit zeichnen und somit hilfreiche Informationen für die Standards, die erarbeitet werden sollen, geben.



## Vormund und sozialpädagogische Fachkräfte

Hinsichtlich der Zusammenarbeit von Vormund und ‚sozialpädagogischen Fachkräften‘ sollte zwischen drei Gruppen unterschieden werden: Mitarbeitern der Erstaufnahmeeinrichtungen; Mitarbeitern des Sozialdienstes der Jugendämter und pädagogischem Personal der Nachfolgeeinrichtungen.

### *Erstaufnahmeeinrichtungen*

Der Kontakt zwischen Vormündern und Erstaufnahmeeinrichtungen gestaltet sich in den verschiedenen Städten unterschiedlich. In Gießen, zum Beispiel, hat das Jugendamt eine Abteilung eingerichtet, deren Mitarbeiter konkret für die Clearingphase unbegleiteter Minderjähriger zuständig ist. Amtsvormünder, Sozialdienst und Erstaufnahmeeinrichtung arbeiten sehr nah zusammen, was nicht zuletzt durch die zeitnahe Bestellung des Vormunds ermöglicht wird. In Berlin hingegen verstreicht bis zur Bestellung des Vormunds mehr Zeit, weshalb dort der Kontakt zwischen Vormund und Erstaufnahmeeinrichtung begrenzt ist.

Ein wichtiger Pfeiler in der Zusammenarbeit von Vormund und Erstaufnahmeeinrichtung ist ein Bericht, den die Erstaufnahmeeinrichtung über jeden Jugendlichen anfertigen soll. Der Vormund kann sich dadurch einen ersten Eindruck vom Jugendlichen verschaffen und trifft darauf aufbauend Entscheidungen, wie weiter vorgegangen werden soll. Ein Vormund erklärte, dass er den Zeitpunkt des ersten Treffens mit dem Jugendlichen unter anderem von diesem Entwicklungsbericht abhängig macht. Ein anderer Vormund in München stellte fest, dass die Berichte, die er für die 16- und 17-Jährigen bekommt, wesentlich ungenauer sind als für die Unter-16-jährigen.<sup>11</sup> Es kann für den Vormund sehr mühsam

sein und bedeutet einen großen zeitlichen Aufwand, die fehlenden Informationen nachträglich zu besorgen. Die Kooperation mit den Erstaufnahmeeinrichtungen bzw. die Qualität der Berichte über die einzelnen Jugendlichen hat einen großen Einfluss auf die Anfangsphase einer neu übernommenen Vormundschaft. Je präziser der Bericht, umso leichter ist es für den Vormund, sich dafür einzusetzen, dass der Jugendliche die Hilfe bekommt, die er braucht.

### *Der Soziale Dienst*

Die interviewten Vormünder stimmten darin überein, dass der Soziale Dienst des Jugendamts neben den Jugendwohneinrichtungen die Institution ist, mit der sie am häufigsten in Kontakt stehen. Es überrascht dabei nicht weiter, dass beispielsweise Amtsvormünder, die Tür an Tür mit dem Sozialen Dienst arbeiten, einen anderen Austausch haben als ehrenamtliche Vormünder. Eine Amtsvormündin in Frankfurt beschreibt die Zusammenarbeit:

GG7: Wir haben im Clearingverfahren eine sehr standardisierte Aufgabenteilung. Unser Sozialdienst ist für die Unterbringung zuständig, so wie für die Erstgespräche, die Erstellung des Hilfeplans. Es liegt in der Natur der Dinge, dass man mit den Kollegen des Sozialdienstes ganz eng zusammenarbeitet und dass sie ihre Vorgehensweise auch mit uns absprechen, Rücksprache halten. [...] Außerdem sind wir im gleichen Haus. Sozialdienst und die Amtsvormundschaft. Wir sitzen zwar nicht nebeneinander, aber es ergeben sich natürlich auch zwischen Tür und Angel Gespräche. In den gemeinsamen Besprechungen werden auch grundsätzliche Dinge geklärt, wer macht was, wer übernimmt welche Aufgabe.

<sup>11</sup> Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Studie gab es beträchtliche Unterschiede in der Erstaufnahme von 16- und 17-jährigen und Unter-16-jährigen in München. Unter-16-jährige werden in einer Jugendhilfeeinrichtung in München untergebracht, 16- und

Auch wenn das Frankfurter Jugendamt für sich die jeweiligen Zuständigkeiten von Vor-

17-jährige bleiben in der Erstaufnahmeeinrichtung in der Baierbrunnerstraße, wo auch Erwachsene untergebracht sind.

mund und Sozialem Dienst definiert hat, so bleibt diese Unterteilung doch nach außen hin oft schwer verständlich. Das wird durch die örtliche Nähe der beiden Dienste verstärkt. Dass die Grenzen zwischen Vormund und sozialem Dienst trotzdem oft fließend sind, zeigt ein Beispiel aus einem anderen Jugendamt in Hessen. Eine Mitarbeiterin des Sozialen Dienstes erklärte, dass der Bericht ans Gericht, der eigentlich vom Vormund geschrieben werden sollte, in der Praxis vom Sozialen Dienst verfasst wird. Der Vormund fügt, wenn überhaupt, noch einen Satz hinzu.

Nicht überall gibt es eine so klare Aufgabenteilung wie sie von der zuletzt zitierten Vormündin beschrieben wird. Aus diesem Grund ist es sowohl den Jugendlichen als auch anderen Professionellen des Hilfesystems (wie hier einem Ergänzungspfleger) oft unklar, wie sich Vormund und Sozialer Dienst unterscheiden:

GC1: Ich nehm [den Sozialdienst und den Vormund] eigentlich hier in Frankfurt nicht unterschiedlich wahr. Ich weiß nur, dass das eine der Sozialdienst ist und der andere der Vormund, aber die Aufgaben, die sie bewältigen, überschneiden sich.

Eine Jugendliche bringt ihre Verwirrung über die unterschiedlichen Zuständigkeiten folgendermaßen zum Ausdruck:

Interviewerin: Hat deine Betreuerin [deinen Vormund] schon einmal für dich angerufen?

G8: Ja. Schon oft. Ich glaube, sie ruft mein Jugendamt an. Ich glaube, Herr [Name des zuständigen Mitarbeiters des Sozialen Dienstes]. Nicht meinen Vormund. Aber Vormund auch. Zum Beispiel die Magenspiegelung oder ich war im Krankenhaus oder so was, dann muss er unterschreiben und so. Und schon anderes zu Sachen ruft sie mein Jugendamt an. Ich glaube. Ich weiß auch nicht so genau.

Ein Vormund äußert sich zu diesem Thema:

GG1: Na, was auch passiert ist, dass die Jugendlichen die Rolle von Vormund und Jugendamt verwechseln. Dass also gedacht wird, dass ich quasi der Kostenträger bin. [...] Dass zum Beispiel die Frage kommt, wo ist mein Bekleidungsgeld, ja oder die Wohnform gefällt mir nicht, das ist ja in erster Linie mit dem Jugendamt zu klären. Und da schalt ich mich dann schon auch ein, aber da merkt man schon, die denken, ich bin das Jugendamt und nicht der Vormund.

Interviewerin: Wie erklären Sie den Jugendlichen dann, was der Unterschied ist?

GG1: Na, ich sag, dass ich also keine Kasse hab und kein Konto, sondern dass sein Geld vom Jugendamt kommt und wenn er also Probleme damit hat, dann muss er das eben mit dem Jugendamt klären... und dass meine Aufgaben also mehr so die rechtlichen sind.

Die Arbeit von Amtsvormündern, die in einem anderen Stadtteil arbeiten als der Soziale Dienst des Jugendamts, Vereinsvormündern, Berufsvormündern und ehrenamtlichen Vormünder ist mit dem Sozialen Dienst weniger eng verwoben. Sie sind vor allem telefonisch, via E-Mail oder in den Hilfeplangesprächen in Kontakt. Ein Amtsvormund teilte sogar mit, dass er immer wieder das Jugendamt verklagt, wenn es sich weigere, Jugendhilfe zu gewähren. Er findet sich somit in der etwas seltsam anmutenden Situation wieder, dass er gegen seinen eigenen Arbeitgeber rechtliche Schritte einleitet.

Die Gespräche mit den Jugendlichen machten deutlich, dass verschiedene Konstellationen im Dreieck Jugendlicher-Vormund-Sozialer Dienst möglich sind. Manche Jugendliche sind in engeren Kontakt mit dem zuständigen Mitarbeiter des sozialen Dienstes und bevorzugen, ihn anstelle ihres Vormunds wegen ihrer Anliegen zu kontaktieren. Andere finden das Jugendamt auf eine gewisse Art und Weise einschüchternd und wenden sich zum Beispiel vor Treffen mit dem Jugendamt an ihren Vormund, um sich zu beruhigen.

Diese Beispiele zeigen, dass es kein einheitliches Verfahren gibt, sondern dass Zuständigkeiten unterschiedlich verstanden und immer wieder neu verhandelt werden. Eine Gesprächspartnerin sagte, dass die Lücken aber, trotz der nur vage formulierten Aufgabenteilung, ihrer Erfahrung nach irgendwie gefüllt werden. Um aber zu vermeiden, dass das möglicherweise nicht geschieht, sollte genauer definiert werden, wer für was zuständig ist.

### *Betreuer in den Jugendwohneinrichtungen*

Auf Grund der Tatsache, dass die Betreuer in den Jugendwohneinrichtungen die Personen sind, mit denen die Jugendlichen am meisten in Kontakt sind, sind sie eine zentrale Kontaktinstanz der Vormünder. Die Betreuer informieren die Vormünder in halbjährlichen Berichten über die Entwicklung der Mündel. Außerdem sind sie es meist, die den Vormund kontaktieren, falls der unvorhergesehene Bedarf für ein Treffen entstehen sollte. Wie im vorhergehenden Abschnitt beschrieben ist es auch im Falle der Jugendwohneinrichtungen so, dass oft von Situation zu Situation neu verhandelt wird, welche Aufgabe der Betreuer und welche Aufgabe der Vormund übernimmt.

In Frankfurt wird versucht, die Zuständigkeitsbereiche genauer zu definieren und schriftlich festzuhalten. Das Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt hat ein kurzes Dokument verfasst, das kontinuierlich erweitert und präzisiert wird. Es wird darin festgelegt, dass die *Angelegenheiten des täglichen Lebens* an die Jugendwohneinrichtungen übertragen werden. Diese Angelegenheiten seien dabei weit auszulegen, wenn, so das Dokument, von einer vernünftigen Handhabung ausgegangen werden kann. Eine Liste der Situationen, in denen diese Übertragung von Aufgaben vom gesetzlichen Vertreter an die Jugendwohneinrichtung greifen, ist mit eingeschlossen. Sie beinhaltet z.B. die tatsächliche Pflege, Erziehung und Beaufsichtigung, aber auch Aspekte wie die Aufnahme in einen Verein. Der Vor-

mund behält sich aber die Verantwortung in Entscheidungen von erheblicher Bedeutung vor.

Sowohl diese Liste als auch die Interviews mit Vormündern, Betreuern und Jugendlichen legen nahe, dass die tatsächliche Personensorge zu großen Teilen an die Betreuer übertragen wird. Das erklärt auch, dass einige Betreuer die Meinung vertreten, dass sie für den Jugendlichen weitaus wichtiger sind als der Vormund. Auch einige Jugendliche bestätigten, dass sie sich ihrem Betreuer näher fühlen:

G7: Ich muss wirklich sagen, alles Sachen hat mich geholfen Frau [Name seiner Betreuerin]. Die hat mir so viel geholfen. Ich kann nie vergessen in meinem Leben. Echt, ich habe mit Null angefangen, und diese Frau hat mich ganz...bis jetzt sie hilft mir. Seit lange Zeit bin ich fertig mit Ausbildung, aber noch habe ich bisschen mit Kleinigkeiten Probleme. Und sie hilft mir, ja, und mit meiner Ausbildung sie hat mir geholfen, das vergesse ich nie nie. Sie hat mir, ich habe Prüfung gehabt, ja? Zwei Monate sie ist immer gekommen und hat mit mir gelernt. [...] Und sie war richtig müde. Und sie hat es extra gemacht. [...] Sie hat gesagt, ich will, dass du das schaffst. Ich helfe dir. Und jeden Abend haben wir gesessen und gelernt und gelernt, weil es war echt schwierig. [...] sie hat mir so viel geholfen. Viele, ja. Deswegen ich habe meine Ausbildung geschafft und alles, wenn Frau [Name der Betreuerin] war nicht, ich glaube war alles schwieriger. [...] Sie ist die beste Frau, muss ich ehrlich sagen.

Auch wenn die Mehrzahl der interviewten Jugendlichen ein enges Verhältnis zu ihren Betreuern hatte, so muss doch angemerkt werden, dass das natürlich nicht immer der Fall ist. Ein Mädchen beschrieb zum Beispiel, dass sie ihre Betreuerin nur wenig sympathisch fand. Sie erklärte, dass sie zu ihrer Vormünderin größeres Vertrauen hatte und sich deshalb vermehrt an sie wandte. Ein Jugendlicher merkte an, dass der Vormund eine gute Al-



ternative zum Betreuer/zur Betreuerin sein kann:

G13: Zum Beispiel wenn ich Probleme habe oder so oder ich bin traurig, dann gehe ich zu meinem Vormund... aber bei mir, weil ich Frau [Name der Betreuerin] oder meine Betreuerin immer näher bei mir, dann gehe ich zu ihr. Und deswegen, wenn ich mit Frau [Name der Betreuerin] nicht so freundlich bin, dann geh ich zu meinem Vormund.

Ein Vormund sah einen Zusammenhang zwischen dem Verhältnis Vormund-Jugendlicher beziehungsweise Betreuer-Jugendlicher:

GG10: Es kommt auch manchmal ein Stück weit drauf an, wie gut die Harmonie ist zwischen Vormund und Mündel, also das rein emotionale, und auf der anderen Seite zwischen Bezugsbetreuern und Jugendlichen. Und wenn das zwischen Vormund und Mündel sehr eng ist und zwischen Bezugsbetreuer und Jugendlichen einfach ein bisschen schwieriger ist, dann ist er halt öfters hier. Der Austausch, der ist in beiden Fällen wichtig zwischen Bezugsbetreuer und Vormund. Und auch, dass klar ist, dass da keine Konkurrenz ist. Und wenn der Jugendliche mir leichter zählen kann, dass er Albträume hat als dem Bezugsbetreuer, dann ist das jetzt erstmal kein Schaden.

Aber nicht nur die Vormünder fühlten, dass ihre Arbeit auf eine gewisse Art und Weise von den Bezugsbetreuern abhängt. Auch die Betreuer erwähnten, dass die Aufgaben, die sie zu erledigen haben und die Arbeitsbelastung mitunter davon abhängt, ob der Jugendliche einen Amts-, Vereins- oder ehrenamtlichen Vormund hat.<sup>12</sup> In München, beispielsweise, beobachteten die Betreuer, dass sie mehr gebraucht werden, wenn ein Jugendlicher einen

Amtsvormund hat, als wenn er einen Vereinsvormund hat. Auch in der Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Vormündern wurden große Unterschiede zur Arbeit mit Amtsvormündern festgestellt. Allerdings gab es dabei Ansichten, die stark verändert abweichen. Einige Betreuer fühlten sich in ihrer Arbeit beobachtet und kontrolliert, wenn der Jugendliche einen ehrenamtlichen Vormund hatte. Sie fanden deshalb die Arbeit mit Ehrenamtlichen weitaus anstrengender als mit Amtsvormündern. Andere, im Gegensatz, schätzten die Arbeit der Ehrenamtlichen sehr, da diese viel leichter verfügbar sind und dem Betreuer hin und wieder Aufgaben abnehmen können, wie zum Beispiel die Begleitung zu Arztbesuchen oder Ämtern. Außerdem bewerteten sie es positiv, dass sie gelegentlich kritisches Feedback zu ihrer Arbeit bekamen.

Ein weiterer Aspekt, der die Zusammenarbeit von Vormund und Betreuern beeinflusst, ist die Tatsache, dass die Jugendwohneinrichtungen ihre Wirtschaftlichkeit im Blick haben und dafür sorgen müssen, dass die Plätze belegt sind. Konstanter Austausch über die Kapazitäten und gute Beziehungen mit dem Vormund sind deshalb wichtig für die Betreuer. Vormünder könnten sonst Einfluss darauf nehmen, dass Jugendliche nicht mehr in einer bestimmten Einrichtung untergebracht werden. Es lässt sich also folgern, dass es von großer Bedeutung für die Arbeit des Vormunds ist, wie der Jugendliche untergebracht ist. Intensive und qualifizierte Betreuung durch die Jugendwohneinrichtung sowie guter Kontakte zwischen Jugendlichen und Betreuer erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass der Vormund weniger involviert ist/wird.

### **Verwandte und Bekannte des Jugendlichen**

Auch wenn der Vormund mit *unbegleiteten* Minderjährigen arbeitet, so bedeutet das natürlich nicht, dass der Jugendliche nicht mit Verwandten oder Bekannten aus dem Heimatland, die auch in Deutschland wohnen, in Kontakt ist. Die Bezeichnung deutet ledig-

12 Keiner der Betreuer, mit denen ein Gespräch geführt wurde, hatte Erfahrungen mit Berufsvormündern, weshalb diese hier außen vor gelassen werden.

lich darauf hin, dass die Person, die die Personensorge innehat, nicht anwesend ist. Ein Gesprächspartner äußerte die Meinung, dass etwa 50 % der Jugendlichen Verwandte in Deutschland hat.

Die Ansichten darüber, ob die Verwandten in die Hilfeplanung des deutschen Helfersystems involviert werden sollten, gingen auseinander. Einige Fachkräfte kritisieren, dass es oft (absichtlich) vernachlässigt wird, dass Verwandte des Jugendlichen sich daran beteiligen wollen. Andere vertreten die Meinung, dass Verwandte kein Interesse an einer Beteiligung hätten, da sie zusätzliche Kosten befürchten.

Ungeachtet der Interessen von Verwandten oder Fachkräften sollte bedacht werden, welche Vorteile eine stärkere Kooperation für die Jugendlichen bringen könnte. Die deutsche Jugendhilfe kann für Jugendliche zum Drahtseilakt werden, da sie zwischen den Erwartungen aus ihrer *Community* und denen der deutschen Fachkräfte balancieren müssen. Voneinander abweichende Meinungen bezüglich Erziehung und einem erfolgreichen Übergang ins Erwachsenenalter können zur Folge haben, dass die Jugendlichen sich zwischen zwei Extremen wiederfinden. Eine genauere Untersuchung dieses Aspekts könnte zu wichtigen Einsichten für die deutsche Jugendhilfe führen. Die Interviews mit den Jugendlichen hatten einen anderen Fokus; einige der Vormünder aber gingen auf die Zusammenarbeit mit Verwandten und Bekannten der Jugendlichen ein. Die Themen, die dabei angesprochen wurden, werden im Folgenden dargestellt.

Im Großen und Ganzen sahen die Vormünder die Kooperation mit Verwandten und Bekannten der Jugendlichen eher problematisch. Es wird meist nicht ernsthaft versucht, die Vormundschaft an einen Verwandten zu übertragen. Die Vormünder erklärten, dass diese Möglichkeit im Allgemeinen recht schnell verworfen wird, da die Verwandten nicht gut genug Deutsch sprechen und nicht ausreichend mit den Abläufen in deutschen

Behörden vertraut seien. Außerdem merken sie an, dass die Verwandten oft recht schnell das Interesse verlieren, sobald ihnen bewusst wird, wie viel Arbeit und Verantwortung an die Tätigkeit als Vormund gebunden sei. Der Berliner Amtsvormund berichtete außerdem, dass es besonders häufig unter bangladeschischen, indischen und pakistanischen Jugendlichen vorkomme, dass ein Verwandter einen Jugendlichen adoptieren wolle. Er selbst sieht das kritisch, die letzte Entscheidungsinstanz ist allerdings das Gericht.

Darüber hinaus sehen einige Vormünder es als Vorteil der Arbeit mit unbegleiteten Minderjährigen an, dass das oft komplizierte Verhältnis zwischen Vormund und Familie des Mündels wegfalle:

GG5: So schlimm wie immer auch alles ist, wir haben den großen Vorteil, wenn ich hier einfach sehe, wenn dieser Jugendliche herkommt, da ist es ja ganz schlimm für ihn, dass er allein ist, aber für uns ist das einfacher. Das ist so. Wir haben keine Oma, keine Tante, die hier ständig anruft und sagt, der Papa hat heute wieder dies gemacht, die Mama hat dies gemacht, gucken sie, also, das ist dann nicht der Fall. Kindeswohlgefährdung hat man auch nicht. Man ist als [Vormund von deutschen Kindern] oftmals Vormund von Kindern, die noch in der Familie sind. [...] Das war immer schwierig. Oder auch die Misshandlungen innerhalb der Familie, das hat mir schwer zu schaffen gemacht. Und danach mit dieser Herkunftsfamilie sozusagen auch noch in Kontakt zu sein, das war nicht so toll. Das macht es hier schon einfacher. Dafür haben wir andere Sachen, die die anderen Vormünder wieder nicht haben.

Wenn es doch zu einer Zusammenarbeit mit Verwandten kommt, dann haben die Vormünder oft das Gefühl, dass das mit Druck von Seiten der Verwandten zusammenhängt und der Forderung, sich noch mehr für die Interessen des Jugendlichen einzusetzen. Natürlich sind die Verwandten sehr um den Aufenthaltssta-

tus des Jugendlichen besorgt und wollen sicher gehen, dass der Vormund alle in seiner Macht stehenden Möglichkeiten ausschöpft. Einige Vormünder haben allerdings das Gefühl, dass die Verwandten ihnen in diesem Verfahren Macht zusprechen, die sie gar nicht haben.

Der Kontakt mit Verwandten oder anderen Mitgliedern der *Community* ist nicht nur für manche Vormünder mit Druck verbunden, sondern auch für manche Jugendliche. Eine afghanische Jugendliche erklärt, warum sie es oft vermeidet, andere Afghanen zu treffen:

G15: Aber ich kann nicht mit afghanischer Leute gehen. Alle fragen, warum bist du? Warum kommst du hier? Warum bist du allein? Ich kann nicht erzählen. Weil afghanische Leute denken andere. Sage, ja ich bin allein hier und dann sie denken anderen. Ich mag nicht erzählen. Wenn ich zum Beispiel mit einer afghanischen Frau gehe, die erste Frage ist, warum bist du da. Warum bist du allein. Bist du allein oder mit Familie oder andere. Ich mag nicht sagen, ja? Ich mag nicht andere denken über mich schlecht, denken schlecht über mich. Ja, ich habe hier so traurig.

Die bisher erwähnten Punkte weisen also vor allem auf Schwierigkeiten, die aus der Kooperation mit oder der Nähe zu Verwandten und Bekannten aus der *Community* entstehen können. Es sollte aber trotzdem nicht vergessen werden, dass eine engere Zusammenarbeit zwischen Verwandten und Jugendhilfe das Potential in sich trägt, die Jugendhilfe besser an die Bedürfnisse des Jugendlichen anzupassen. Tiefergehender Austausch über den kulturellen Hintergrund der Jugendlichen würde dazu beitragen, unterschiedliche Ansichten bewusster in die Hilfeplanung zu integrieren.

### 3.4 DIE ZUTATEN EINES ‚GUTEN‘ VORMUNDS

Die Beschreibung verschiedener Aspekte der Vormundschaft im vorangegangenen Kapitel, vor allem die damit verbundenen Aufgaben, sollten dazu beigetragen haben, dass die Institution nun etwas weniger mysteriös erscheint. Trotzdem bleibt die Frage, was denn einen ‚guten‘ Vormund ausmacht. ‚Gute Frage, nächste Frage‘, meinte ein Vormund dazu. Im Endeffekt hatten aber doch alle Interviewpartner etwas dazu zu sagen. Sie führten verschiedenste ‚Zutaten‘ auf und legten dabei unterschiedliche Schwerpunkte. In diesem Kapitel sollen all diese Kriterien erwähnt und somit ein Bild des ‚perfekten‘ Vormunds gezeichnet werden.

Die Entscheidung, dabei jedem Statement der Interviewpartner die gleiche Gewichtung zu geben, scheint hierbei ein vernünftiger Ansatz, um ‚gute‘, ‚qualitativ hochwertige‘ Vormundschaftsarbeit zu skizzieren – im Grunde, da eine allgemeingültige Definition von Qualität in diesem Arbeitsfeld nicht existiert. Es gibt keine generell akzeptierten Leitlinien. Handlungen können also nicht anhand bestimmter Beurteilungskriterien bewertet werden. Es könnte verschiedene Ansätze geben, wie die Arbeit des Vormunds evaluiert werden kann. Zum Beispiel könnte von ‚guter‘ Arbeit gesprochen werden, wenn die Ausübung der Vormundschaftsarbeit internationalen Verträgen entspricht. Auch könnte der Maßstab sein, die Wünsche des Kindes/Jugendlichen zu erfüllen. In dem besonderen Fall der unbegleiteten Minderjährigen wäre es auch denkbar, dass ein Vormund dann als ‚gut‘ bezeichnet wird, wenn besonders viele seiner Mündel einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen. Auf Grund der fehlenden Beurteilungskriterien werden also alle Vorschläge und Anmerkungen bezüglich der Interviewpartner ‚guter‘ Vormundschaftsarbeit hier zusammengefasst. Sie werden letztendlich dazu beitragen, die Standards zu formulieren, die bisher fehlen.

## Aus Sicht der Jugendlichen

Die Jugendlichen brachten sehr bodenständige Aspekte vor, die ihrer Meinung nach einen ‚guten‘ Vormund ausmachen. Die Grundlagen von freundlicher, respektvoller und taktvoller Kommunikation waren den meisten sehr wichtig.

Es war den Jugendlichen sehr wichtig, dass der Vormund *nett* ist. Eine Jugendliche erwähnte zum Beispiel, dass sie es schätzte, wenn der Vormund durch kleine Späße versuchte, das Eis zu brechen. Wenn es in den Treffen immer nur ausschließlich um die Probleme der Jugendlichen geht, können sie schnell als ermüdend und unangenehm wahrgenommen werden. Wenn der Vormund es schafft, eine lockerere Atmosphäre zu schaffen, ist es wahrscheinlicher, dass der Jugendliche sich öffnet und somit besser auf bestehende Schwierigkeiten eingegangen werden kann. Dadurch können die Jugendhilfeleistungen besser angepasst werden. Die Art der Konversationsführung ist folglich sehr wichtig und geht über die konkrete Gesprächssituation hinaus.

Ein Aspekt, der fundamental für die Beziehung zwischen Vormund und Jugendlichen ist, ob der Jugendliche das Gefühl hat, dem Vormund *vertrauen* zu können.

G6: Die erste Person, der ich vertraut habe, war mein Vormund. Ja, das war die erste. Betreuer kamen dann später.

Interviewerin: Wieso hast du dem Vormund vertraut?

G6: Ich habe mich einfach gut mit ihm gefühlt, der hat mir...der hat mich auch so schnell verstanden! So, es gab auch Fragen, die ich nicht beantworten wollte und darüber reden wollte, das Thema, und der hat mich immer gefragt, hat er einfach langsam gemacht, mit Zeit, einfach über andere Sache gesprochen, dass ich manchmal mein Asyl vergessen habe.

Es ist also sehr wichtig, eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen. Es scheint allerdings unmöglich eine Anleitung dafür in Worte zu

fassen. Im Fall dieses Jugendlichen hing es stark mit dem sensiblen Umgang des Vormunds mit der Vergangenheit des Jugendlichen zusammen. Es wird immer wieder von Vormündern von unbegleiteten Minderjährigen erwähnt, dass diese Gruppe mehr Probleme als andere Gleichaltrige haben, dem Vormund zu vertrauen. Das scheint verbunden mit Enttäuschungen und Vertrauensbrüchen, die viele von ihnen in der Vergangenheit erleben mussten - sei es in ihrem Heimatland, auf ihrer Flucht oder während ihrer Zeit in Deutschland.

Die Jugendlichen werten außerdem die Verlässlichkeit des Vormunds positiv:

G14: Wenn ich Problem habe, [meine Vormündin] ist immer da für mich. Sie ist immer da. Ich kann sagen, sie ist die beste Betreuerin. Sie war die beste Betreuerin. Mein bester Vormund. Wenn du sie anrufen, sie ist immer da, verstehst du mich? Sie sagt nicht, ich hab keine Zeit, ich habe etwas vor, sie muss Tag suchen, ok, ich komme diese Woche, ich komm heute oder morgen. Weil das ist wichtig, und das ein Vormund immer da für mich.

Die Verlässlichkeit des Vormunds, also das Wissen, dass der Vormund für den Jugendlichen da ist, ist sehr eng mit der *Verfügbarkeit* des Vormunds verbunden. Ein Jugendlicher schlägt Folgendes vor, für den Fall, dass ein Vormund zu beschäftigt ist:

G13: Und mancher Vormund sagt einfach, ich habe keine Zeit. Und mancher [Jugendliche] sagt, ich habe einen Monat versucht, aber ich habe nicht mit meinem Vormund einen Termin ausmachen können, ‚ich hab keine Zeit‘ und so, dann denke ich, [...] wenn jemand, ein Vormund sehr beschäftigt ist, dann kann ich anderen Vormund holen, oder so.

Der Vormund kann auch *Ängste verringern* oder *nehmen*.

G14: sie kommt, sie besucht mich oft und fragt, wie geht es dir jetzt? Schlecht oder nicht gut? Du musst die Wahrheit sagen. Hab keine Angst vor niemand, ich bin deine Unterstützung. Du darfst keine Angst.

Das deutet bereits auf einen weiteren Punkt hin, den die Jugendlichen erwähnt haben: dass der Vormund *nachfragt*, wie es ihnen geht, dass er sie *ernst nimmt* und sich um sie *sorgt*. Die Jugendlichen schätzten es, wenn der Vormund sich interessiert an ihrem Leben zeigte. Einige beobachteten, ob ihr Vormund in den Hilfspflichtgesprächen nur physisch anwesend war oder ihnen auch konkreten Rat gab oder Vorschläge machte.

Wie also bereits am Anfang dieses Abschnitts erwähnt wurde, drehen sich die Anmerkungen der Jugendlichen bezüglich des ‚guten‘ Vormunds zu einem Großteil um die Art der Kommunikation zwischen Vormund und Mündel. Sie weisen darauf hin, wie wichtig es ist, dass der Vormund freundlich ist; dass er für eine lockere Atmosphäre sorgt; dass er verlässlich und verfügbar ist; dass er empfänglich für ihre Ängste ist und sich nach ihrem Wohlbefinden erkundigt.

### Aus Sicht der Vormünder

Die Meinungen der Vormünder bezüglich dessen, was ein ‚guter‘ Vormund sei, beinhalteten mehrere Themenkomplexe.

Wie oben beschrieben, haben Vormünder in Deutschland unterschiedliche Ausbildungen. Ein Kurs, der speziell auf die Bedürfnisse von Vormündern von unbegleiteten Minderjährigen ausgerichtet wäre, besteht derzeit nicht. Es wurde klar, dass kein Kausalzusammenhang zwischen der Ausbildung des Vormunds und qualitativ hochwertiger Vormundschaftsarbeit besteht. Vielmehr ist die Tätigkeit so vielseitig, dass mehrere Ausbildungen notwendig wären:

GG9: Man muss alles können. Wir müssen Mediziner sein. Wir müssen Juristen sein.

Wir müssen Sozialpädagogen sein und wir müssen eine Verwaltungsausbildung haben. Alles, was im Leben von Geburt bis Tod vorkommt, kommt bei uns vor.

Ein anderer Vormund präzisierte, dass in Sachen rechtliches Wissen Kenntnisse im Aufenthaltsrecht, (Jugend-)strafrecht und im Kinder- und Jugendhilferecht von Nöten seien. Ein dritter ergänzte, dass der Vormund Wissen über die Herkunftsländer der Jugendliche haben sollte. In diesem Zusammenhang erwähnte er außerdem, dass der Vormund in der Lage sein sollte, bestehende Probleme - falls zutreffend - über den jeweiligen kulturellen Hintergrund zu erklären und mit diesem Wissen nach einer Lösung zu suchen. Eine Vormündin wollte es nicht als Voraussetzung für eine Einstellung definieren, aber sie merkte an, dass es ihr in ihrer Tätigkeit als Vormündin sehr half, dass sie selber Kinder hatte.

Die Vormünder zählten außerdem einige Prinzipien auf, die ihre Arbeit leiten sollen. So führten sie zum Beispiel an, der Vormund müsse dem Jugendlichen gegenüber *parteilich* sein. Die Komplexität dieser Aufgabe zeigte sich wiederholt im Laufe der Interviews: wann ist ein Vormund parteilich, wann lässt er zuviel durchgehen? Oder wie kann das Kindeswohl mit dem Kindeswillen vereint werden? Im Sinne der Parteilichkeit sei es außerdem wichtig, so eine Vormündin, *gegen Beschlüsse vorzugehen*, die einen Nachteil für ein Mündel darstellen. Als weiteren Leitsatz für ihre Arbeit wurde erwähnt, dass der Vormund den Anspruch haben sollte, den Jugendlichen zu *kennen* und *kennen zu lernen*. Als letzter Punkt kann zu dieser sicherlich nicht vollständigen Aufzählung hinzugefügt werden, dass ein ‚guter‘ Vormund seinen Mündeln eine *moralische Unterstützung* sein solle.<sup>13</sup>

Auch die Vormünder nannten einige Punkte, die sich auf die Kommunikation zwischen Vormund und Mündel bezogen und somit denen der Jugendlichen ähnelten. Einige interview-

te Vormünder erwarten von ihren Kollegen, dass sie ein *feines Gespür für den Umgang mit Jugendlichen* haben. Sie halten es außerdem für wichtig, *offen* gegenüber all den Anliegen zu sein, mit denen die Jugendlichen sich an sie wenden. Das bedeutet auch, das ernst zu nehmen, was ihnen selbst auf den ersten Blick banal erscheinen mag. Als eigentlich offensichtliches aber sehr wichtiges Charakteristikum eines ‚guten‘ Vormunds führten sie außerdem die Fähigkeit auf, zuhören zu können. Mit der Betonung des Schlüsselworts *Empathie* hoben sie die Bedeutung der Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen, hervor. Nicht zuletzt wurde gesagt, dass der Vormund nicht zuviel *Dankbarkeit* im Umgang mit den Jugendlichen erwarten solle.

Die Interviewpartner hatten außerdem Vorschläge, die sich auf die Arbeitsweise der Vormünder bezogen. Um zumindest ansatzweise mit der oftmals immensen Arbeitsbelastung umgehen zu können, sollten die Vormünder über ein gutes *Zeitmanagement* verfügen und

*organisiert* sein. In Anbetracht der Tatsache, dass ihre Arbeit oft unerwartete Ereignisse mit sich bringt und der Vormund in Krisensituationen auch kurzfristig zur Verfügung stehen sollte, sollte der Vormund eine gewisse *Gelassenheit* mitbringen. Außerdem muss der Vormund in der Lage sein, in unvorhergesehenen Situationen *flexibel* zu sein. Eine Vormündin betonte, dass der Vormund keine Probleme damit haben sollte, *Entscheidungen zu treffen*. Auch sollte der Vormund *keine Hemmungen* haben, seine Kollegen oder andere Fachkräfte *um Rat zu fragen*, wenn er nicht mehr weiter weiß.

Die Vorstellungen der Vormünder darüber, was ein ‚guter‘ Vormund sei, drehten sich also um verschiedene Achsen: die Ausbildung des Vormunds und sein Fachwissen; die Orientierung an bestimmten Arbeitsgrundsätzen; die Art der Kommunikation mit dem Mündel und die notwendigen Fähigkeiten, um das Arbeitspensum zu meistern.



## 4. ZUSAMMENFASSUNG

In der Einleitung dieses Berichts wurde die Frage nach den Aufgaben eines Vormunds von unbegleiteten Minderjährigen gestellt. Es ging dabei nicht nur darum, *was* der Vormund macht, sondern auch *wie* er es machen muss, damit es als ‚gut‘ angesehen wird. Um sowohl Schwierigkeiten als auch Erfolge im Kontext zu sehen und damit besser bewerten zu können, folgte eine Einführung in das deutsche Vormundschaftssystem für unbegleitete Minderjährige.

Durch den Vergleich von gesetzlich festgelegten und tatsächlich durchgeführten Aufgaben wurde verdeutlicht, wie groß der Interpretationsspielraum ist und dass die Institution momentan in Deutschland unterschiedlich gelebt wird. Das BGB bestimmt, dass der Vormund ‚das Recht und die Pflicht [hat,] für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere den Mündel zu vertreten‘ (§ 1793 Abs. 1 BGB).

Ferner steht darin geschrieben, dass ‚[d]ie Personensorge [...] insbesondere die Pflicht und das Recht [umfasst], das Kind zu pflegen, zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen‘ (§ 1631 Abs. 1 BGB). Die Tatsache, dass die Pflichten dabei nur grob definiert sind, kann als einer der Gründe gesehen werden, wieso Vormundschaften in der Praxis so unterschiedlich geführt werden. Ein anderer Grund ist, dass es drei Vormundschaftstypen gibt: Einzel-, Vereins- und Amtsvormundschaft. Jede Form bietet unterschiedliche Möglichkeiten, die Personensorge wahrzunehmen.

Das zentrale Unterscheidungsmerkmal ist dabei die Mündelzahl. Diese beeinflusst unmittelbar, wie viel Zeit der Vormund für die einzelnen Mündel hat und wie intensiv er sich mit ihnen auseinandersetzen kann. Überarbeitete Vormünder – in der Praxis meist Amtsvormünder – tendieren vermehrt dazu, sich auf die dringendsten Angelegenheiten zu konzentrieren und andere Aufgaben entweder zu

vernachlässigen oder an andere Akteure zu übertragen. Sie werden häufig wegen ihrer geringen Verfügbarkeit und Abwesenheit im Leben der Jugendlichen kritisiert.

Wie Vormünder ihre Aufgaben ausfüllen hängt nicht nur von der jeweiligen Vormundschaftsart ab. In der Jugendhilfe und somit auch im Bereich Vormundschaft wird viel Entscheidungsmacht auf die Kommunen übertragen. Das hat dazu geführt, dass sich auf kommunaler Ebene im Laufe der Zeit Vormundschaftssysteme herausgebildet haben, die sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden. Es wird dabei jeweils (leicht) verschieden gehandhabt, wie mit anderen Akteuren zusammengearbeitet wird und wer welche Zuständigkeiten hat.

Die Erstaufnahmeeinrichtungen schreiben (unterschiedlich ausführliche) Berichte, die eine wichtige Arbeitsgrundlage des Vormunds sind. Die Betreuer in den Jugendwohneinrichtungen sind verantwortlich für alltägliche Angelegenheiten und stehen den Jugendlichen meist näher als der Vormund. Es konnte beobachtet werden, dass die Art der Unterbringung und das Verhältnis zwischen Betreuer und Jugendlichen einen Einfluss auf das Verhältnis von Vormund und Jugendlichen haben kann. Die Nähe von Sozialem Dienst und Vormund ist unterschiedlich, geht aber teilweise so weit, dass Sozialer Dienst und Vormund beinahe identisch zu sein scheinen. Die Zusammenarbeit mit Verwandten/Bekannten des Jugendlichen und Vormund ist begrenzt.

Auch wenn die lokal bestimmte Aufgabenverteilung an einigen Standorten gut funktionieren mag und alle Lücken bezüglich der Personensorge des Jugendlichen gefüllt werden, so lässt sich doch bezweifeln, dass das überall der Fall ist. Die Ergebnisse dieses Projekts legen nahe, dass eine konkretere Definition der Rolle des Vormunds notwendig ist. Es sollte hervorgehoben werden, dass der Vormund

dafür verantwortlich ist, dass der Jugendliche umfassend versorgt ist.

Im Laufe des Projekts kristallisierten sich folgende Aufgabenbereiche von Vormündern für unbegleitete Minderjährige heraus: sowohl Jugendliche als auch Vormünder identifizierten die *Aufenthaltssicherung* des Jugendlichen als zentrale Aufgabe des Vormunds. Allerdings wurde deutlich, dass es von unterschiedlichen Faktoren abhing, in welchem Maße sich die Vormünder tatsächlich einbrachten. Maßgeblich war zum Beispiel, ob ein Anwalt involviert war, aus welchem Herkunftsland der Jugendliche kam (z.B. Vietnam), welche Erfolgsaussichten ein Verfahren nach Meinung des Vormunds hat und wie er sich demnach engagiert. Auch ob der Vormund sein Mündel zur Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge begleitet, ist nicht standardisiert. Das wird einerseits sehr durch das Asylverfahrensgesetz und die dort festgeschriebene Handlungsfähigkeit der 16- und 17-jährigen beeinflusst. Andererseits spielt auch hier die Mündelzahl und damit die Arbeitsbelastung eine große Rolle.

Die *Unterbringung* der Jugendlichen wurde als weiterer Aufgabenbereich der Vormünder genannt. Allerdings hat der Vormund hier tatsächlich am ehesten eine Kontrollfunktion inne. Die Suche nach einer geeigneten Unterkunft wird oft vom Sozialen Dienst übernommen. Alltägliche und praktische Fragen bezüglich der Unterbringung werden mit den Betreuern der Jugendwohneinrichtungen geklärt. Der Vormund kommt vor allem dann ins Spiel, wenn ein Jugendlicher in seiner Einrichtung unzufrieden ist und gerne umziehen möchte.

Auch hinsichtlich der *Gesundheit* des Jugendlichen werden die damit verbundenen alltäglichen und weniger gravierenden Entscheidungen an die Betreuer der Einrichtungen übertragen. Vormünder behalten sich allerdings meist vor, bei Operationen oder anderen schwerwiegenden Eingriffen ihr schriftliches Einverständnis zu geben. Wenn kein Betreuer

verfügbar ist, dann begleiten sie ihr Mündel gelegentlich auch zu Arztterminen.

Die meisten Jugendlichen brachten ihren Vormund nicht unmittelbar mit ihrer *Bildung* in Verbindung – auch wenn dies für die Vormünder ein wichtiger Aufgabenbereich ist. Das ist wohl maßgeblich der Tatsache geschuldet, dass die Vormünder in diesem Bereich meist im Hintergrund agieren. Sie besprechen das Thema in Hilfeplankonferenzen, um zu überprüfen, ob etwas an der momentanen Schul- oder Ausbildungssituation zu verbessern ist und können somit eine große Rolle spielen. Die Einflussmöglichkeiten der Vormünder durch diese Gespräche werden aber von den Jugendlichen nicht unbedingt als solche wahrgenommen.

Außerdem spielt die *Freizeitgestaltung* der Jugendlichen eine Rolle. Auch hier scheint allerdings wieder zu gelten, dass die Vormünder ihr unterschiedlich viel Bedeutung beimessen. Unter ehrenamtlichen Vormündern kommt es auch vor, dass sie mit ihren Mündeln Freizeitaktivitäten unternehmen. Es lässt sich also beobachten, dass die Vormünder ihre Aufgaben auf eine sehr heterogene Weise wahrnehmen, was sowohl durch die Vormundschaftsart als auch schlichtweg durch die Persönlichkeit des Vormunds beeinflusst zu sein scheint.

Die Uneinheitlichkeit in der Vormundschaft zieht sich auch durch Verfahren wie die Bestellung des Vormunds, das erste Treffen zwischen Mündel und Vormund und die Häufigkeit und Intensität der Treffen nach dem ersten Kennenlernen. Wieder spielt die zeitliche Verfügbarkeit des Vormunds eine zentrale Rolle. Amtsvormünder sehen ihre Mündel weniger häufig als ehrenamtliche, Vereins- und Berufsvormünder. Die meisten Jugendlichen stellen den Kontakt zu ihrem Vormund über ihren Betreuer in der Jugendwohneinrichtung her. Es gibt aber auch Jugendliche, die eigenständig Kontakt aufnehmen. Auch das Ende der Vormundschaft verläuft nicht immer gleich: die Vormundschaft kann enden, wenn der Jugendliche verschwindet, wenn er einen



anderen Vormund bekommt, wenn er 18 oder 21 Jahre alt wird.

Nachdem auf die Aufgaben des Vormunds eingegangen wurde, wurde der Fokus darauf gelegt, was einen Vormund zu einem ‚guten‘ Vormund werden lässt. Es wurde dabei zwischen Statements der Jugendlichen und der Vormünder unterschieden. Die Jugendlichen betonten, wie groß die Bedeutung der Kommunikation zwischen Vormund und Jugendlichem ist. So ist ihnen wichtig, dass der Vormund freundlich ist, in den Gesprächen eine entspannte Atmosphäre schafft, verfügbar und verlässlich ist, die Ängste der Jugendlichen ernst nimmt und sich nach ihrem Wohlbefinden erkundigt. Die Meinungen der Vormünder bezogen sich auf vier Themenkomplexe, nämlich Ausbildung und Fachwissen der Vormünder, die Beachtung bestimmter Arbeitsprinzipien, die Kommunikation mit dem Jugendlichen und die Arbeitsweise der Vormünder.

Es hat sich gezeigt, dass Vormundschaften für unbegleitete Minderjährige ein komplexes Thema sind. Der ungenaue rechtliche Rahmen, die Koexistenz verschiedener Vormundschaftssysteme, ein uneinheitliches Rollenverständnis und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Jugendlichen machen es zu einer Herausforderung, allgemein gültige Standards für die Arbeit der Vormünder zu formulieren.

Um sicher zu gehen, dass all diese Faktoren ausreichend berücksichtigt werden, wurden ‚Experten‘ mit unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen direkt oder indirekt in die Erarbeitung des Standards mit einbezogen. Zum einen gaben die interviewten Jugendlichen und Vormünder wichtige Hinweise darauf, was von Vormündern verlangt werden sollte. Einige der Fragen zielten konkret darauf ab, welche Qualifikationen notwendig seien. Allerdings zeigte sich auch an anderen Stellen der Interviews, was unter einem ‚guten‘ Vormund verstanden wird. Die Standards, die im Folgenden vorgestellt werden, basieren auf den zentralsten Themen, die sich in den Interviews abzeichneten. Sie sind deshalb in vier Bereiche unterteilt, auch wenn nicht vergessen werden sollte, dass die Übergänge fließend sind und die Standards auch unter anderen Überschriften geordnet werden könnten. Außerdem spielte der Beirat, der die Studie begleitet hat, eine wichtige Rolle darin, die Standards zu formulieren. Die unterschiedlichen Hintergründe der Mitglieder machten ihn zu einem kompetenten Beratungsorgan. Schon vor der Analyse der Interviews fand ein erstes Brainstorming bezüglich der Standards statt. Die Ergebnisse wurden dann zum einen mit den Interviews abgeglichen, zum anderen mit dem Leitfaden des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe aus dem Jahr 1999.

## 5. STANDARDS FÜR DIE VORMUNDSCHAFTSARBEIT

### 1. VERANTWORTUNG FÜR DIE PERSONENSORGE

Der Vormund ist für die Personensorge des Mündels zuständig (vgl. § 1793 Abs. 1 BGB und § 1631 Abs. 1 BGB). Diese beinhaltet das Recht und die Pflicht, das Mündel zu pflegen, zu erziehen, zu beaufsichtigen und seinen Aufenthalt zu bestimmen. Der Vormund ist also für das physische und psychische Wohlbefinden des Mündels verantwortlich und ausschließlich den parteilichen Interessen des Mündels verpflichtet. Er muss deshalb sicherstellen, dass der unbegleitete Minderjährige

1. in aufenthaltsrechtlichen Angelegenheiten beraten und begleitet wird,
2. genug Unterstützung bekommt, um die deutsche Sprache zu lernen,
3. gesundheitlich versorgt ist,
4. Zugang zu (Aus-)Bildung erhält und
5. angemessen untergebracht ist.

### 2. KOORDINATION UND KLÄRUNG VON KOMPETENZEN

Der Vormund kann seine Entscheidungsmacht in bestimmten Bereichen an Dritte übertragen (vgl. § 1688 BGB). Er bleibt allerdings der Letztverantwortliche und hat zu überwachen, ob sein Mündel auch in den an Dritte delegierten Bereichen umfassend versorgt ist. Der Vormund muss also die Personensorge koordinieren. Es ist deshalb wichtig, dass der Vormund die anderen Akteure, die an der Personensorge des Mündels beteiligt sind, kennt. Um Kompetenzgerangel zu vermeiden, sollten die Zuständigkeiten und die Aufgabenverteilung zwischen Vormund und Jugendwohneinrichtung/Sozialer Dienst/anderen Akteuren geklärt werden. Der Vormund sollte auch Verwandte des Jugendlichen kontaktieren, sie über ihre Rolle informieren und mit ihnen zusammenarbeiten. In seiner Kooperation mit Dritten soll der Vormund gegenüber dem Ju-

gendlichen parteilich sein. Gleichzeitig sollte der Vormund auch dazu in der Lage sein, Probleme mit dem Jugendlichen zu diskutieren und Konfrontationen nicht zu vermeiden.

### 3. AKTIVE BETEILIGUNG AM HILFEPLANVERFAHREN

Der Hilfeplan ist ein zentrales Instrument der Personensorge, da dadurch Art und Umfang der Hilfe festgelegt werden. Es ist deshalb fundamental, dass sich der Vormund am Verfahren beteiligt und die Bedürfnisse des Mündels kennt. Die reine Präsenz des Vormunds bei Hilfeplankonferenzen ist ungenügend. Da der Vormund koordinierend tätig ist, muss er sich aktiv einbringen und mit allen Beteiligten, vor allem dem Mündel, Rücksprache halten. Er muss sich über die (möglichen) Hilfeleistungen informieren und Folgen für die Entwicklung des Mündels im Blick haben.

### 4. FÖRDERUNG DER PARTIZIPATION DES JUGENDLICHEN

Das Mündel soll in alle wichtigen Entscheidungen, die sein Leben betreffen, dem Entwicklungsstand entsprechend involviert werden (vgl. § 1626 Abs. 2 BGB). Um im Interesse und zum Wohl des Mündels handeln zu können, muss der Vormund deshalb sein Mündel persönlich kennen, sich mit ihm austauschen und seinen Willen respektieren.

### 5. SICHERUNG DES AUFENTHALTS

Im Fall von unbegleiteten Minderjährigen ist die Klärung des Aufenthaltsstatus ein besonders wichtiger Aspekt der Personensorge. Der Vormund muss deshalb sicherstellen, dass sein Mündel bezüglich seines Aufenthaltsstatus und ggf. seines Asylantrags angemessen unterstützt und vertreten wird. Anhörungen

beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind für den Jugendlichen besonders belastend. Der Vormund sollte sein Mündel darauf vorbereiten und zur Anhörung begleiten. Falls er dieser Aufgabe nicht nachkommen kann, soll er sich um einen kompetenten Vertreter kümmern. Zwischen Über- und Unter-16-jährigen soll nicht unterschieden werden.

## **6. UMFASSENDE INFORMATION DES MÜNDELS**

Es ist sehr schwer für das Kind/den Jugendlichen, zu verstehen, was ein Vormund ist und in welchen Fällen er kontaktiert werden kann. Der Vormund sollte jeden Mündel zeitnah nach der Bestellung treffen und in einer kind-/jugendgerechten Art und Weise erklären, was seine Aufgaben sind. In diesem ersten Treffen sollte der Vormund dem Mündel seine Kontaktdaten geben und die Information, dass der Mündel ihn auch eigenständig kontaktieren kann, ohne dass z.B. der Betreuer als Mittler fungiert,

## **7. REGELMÄSSIGER UND PERSÖNLICHER KONTAKT MIT DEM MÜNDEL**

Um den Aufgaben als Vormund gerecht zu werden, muss der Vormund sein Mündel persönlich kennen. Auch ausserhalb der Hilfeplangespräche sollte er sich um regelmäßige Treffen bemühen. Es ist außerdem wichtig, dass der Vormund leicht erreichbar ist und sich Zeit nimmt, wenn der Jugendliche ein besonders dringendes Anliegen hat. Vor allem wenn der Jugendliche Fragen wegen seines Aufenthaltsstatus hat, sollte der Vormund kurzfristig verfügbar sein. Wartezeiten von mehreren Wochen für einen Termin sind nicht akzeptabel.

## **8. RESPEKTVOLLE UND SENSIBLE KOMMUNIKATION MIT DEM MÜNDEL**

Die Art und Weise, wie der Vormund mit dem Mündel kommuniziert, hat große Auswirkun-

gen auf den Erfolg der Arbeit des Vormunds. Er soll sich darum bemühen, das Mündel kennen zu lernen und eine vertrauensvolle Beziehung zu schaffen. Der Vormund soll sein Mündel respektvoll behandeln und ihm mit einer offenen und unvoreingenommenen Haltung begegnen. Er soll ein Gespür für den Umgang mit Jugendlichen haben und sich seiner verbalen und non-verbalen Kommunikation bewusst sein. Er sollte einfühlsam sein und Interesse am Leben der Jugendlichen zeigen, ohne dabei zu aufdringlich zu sein. Er sollte außerdem seinem Mündel zuhören und seine Anliegen ernst nehmen, auch wenn die Angelegenheit ihm selbst banal erscheint. In Anbetracht der Tatsache, dass sich unbegleitete Minderjährige in einer sehr spezifischen Situation befinden, sollte er sich bemühen, sich in die Situation des Mündels hinein zu versetzen, indem er dessen momentane und frühere Lebenssituation im Blick hat. Er sollte besonders sensibel für Ängste sein, die mit der Flucht des Mündels zusammenhängen.

## **9. ERFÜLLUNG FACHLICHER VORAUSSETZUNGEN**

Der Vormund sollte praktische Erfahrung und theoretisches Wissen mit Verwaltungsabläufen haben. Rechtliche Kenntnisse in den Bereichen Aufenthaltsrecht/Asylverfahrensgesetz, Kinder- und Jugendhilferecht und im (Jugend-)Strafrecht sind vonnöten. Außerdem soll der Vormund psychologische, pädagogische und soziologische Kenntnisse haben. Interkulturelle Kompetenzen und Wissen zu den Themen Migration und Flucht sind erforderlich. Ferner sollte er Erfahrung darin haben, Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen zu unterstützen und zu beraten. Der Vormund soll sich vor und während seiner Tätigkeit in den Bereichen fortbilden, die für die kompetente Ausführung seiner Aufgaben nötig sind.

## **10. PERSÖNLICHE INTEGRITÄT DES VORMUNDS**

Der Vormund muss eine stabile Persönlichkeit haben, um mit aufreibenden Situationen, Frustrationen und Anfeindungen durch Dritte umgehen zu können. Er muss organisiert sein, ein gutes Zeitmanagement haben und flexibel mit unerwarteten Situationen umgehen können. Er sollte sich kultureller Unterschiede bewusst sein und die Bereitschaft haben, sich (Grund-)Wissen über die Herkunftsländer der Mündel anzueignen. Ferner sollte er bereit und fähig dazu sein, mit Dritten zusammenzuarbeiten, eigenständig Entscheidungen zu treffen und Verantwortung zu tragen. Er sollte sich bei Problemen und Schwierigkeiten rechtzeitig Beratung und Hilfe holen.

## 6. Bibliographie

Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) (2010). *Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vormundschaftsrechts. Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ*. Berlin: AGJ.

Arbeitsgruppe 'Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls - § 1666 BGB (2009). *Abschlussbericht*. [http://www.bmj.de/files/-/3908/Abschlussbericht\\_Kindeswohl\\_Juli2009.pdf](http://www.bmj.de/files/-/3908/Abschlussbericht_Kindeswohl_Juli2009.pdf) (Stand 17.08.2010).

Berthold, Thomas; Espenhorst, Niels (2010). 'Alt aussehen lassen.' in *Hinterland* Nr. 14/2010, S. 47-49.

Bundeszentrale für politische Bildung (BPB) (2010). *Träger der öffentlichen Verwaltung*. [http://www.bpb.de/themen/YHCl2T,0,0,Tr%E4ger\\_der\\_%F6ffentlichen\\_Verwaltung.html](http://www.bpb.de/themen/YHCl2T,0,0,Tr%E4ger_der_%F6ffentlichen_Verwaltung.html) (Stand 21.09.2010).

B-UMF e.V. (2008). *Machen wir's den Mündeln Recht? Perspektiven und Möglichkeiten der Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge*. München: B-UMF e.V.

B-UMF e.V. (2009). *Standards für den Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Handlungsleitlinien zur Inobhutnahme gemäß § 42 SGB VIII*. München: B-UMF e.V.. <http://b-umf.de/images/stories/dokumente/handlungsleitfaden-4.auflage-2009.pdf> (Stand 17.08.2010).

B-UMF e.V.. *Inobhutnahmen von UMF im Jahr 2009. Eine Auswertung des Bundesfachverband UMF e.V.* (2010). <http://b-umf.de/images/stories/dokumente/inobhutnahmen%202009%20b-umf.pdf> (Stand 30.09.2010).

Bundesministerium der Justiz (2009). *Referentenentwurf. Gesetz zur Änderung des*

*Vormundschaftsrechts*. Bundesministerium der Justiz: Berlin. [http://www.dijuf.de/de/foren/vormundschaft/RefE\\_Aenderung\\_Vormundschaftsrecht\\_04\\_12\\_2009.pdf](http://www.dijuf.de/de/foren/vormundschaft/RefE_Aenderung_Vormundschaftsrecht_04_12_2009.pdf) (Stand 17.08.2010).

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e.V. (2010a), *Zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts vom 04.12.2009*. DIJuF: Heidelberg.

Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (DIJuF) e.V. (2010b), *DIJuF Forum Vormundschaftsrecht*. <http://dijuf.de/de/foren/vormundschaft/index.php> (23.11.2010).

Dieckhoff, Petra (ed.) (2010). *Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Hansbauer, Peter; Mutke, Barbara; Oelerich, Gertrud (2004). *Vormundschaft in Deutschland. Trends und Perspektiven*. Opladen: Leske+Budrich.

Jordan, Silke (2000). *Fluchtkinder. Allein auf der Flucht*. Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag.

Kinderrechtekommission des deutschen Familiengerichtstags e.V. (2010). *Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung der Vormundschaft*. [www.agsp.de/.html/a114.html](http://www.agsp.de/.html/a114.html) (18.08.2010).

Klingelhöfer, Susanne und Rieker, Peter (2003). *Junge Flüchtlinge in Deutschland. Expertise zu vorliegenden Informationen, zum Forschungsstand und zum Forschungsbedarf*. Halle: Deutsches Jugendinstitut.

Landschaftsverband Rheinland/Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2002). *Leitfaden für die Amtsvormünderin und den Amtsvormund zur Beteiligung des von ihnen vertretenen Kindes oder Jugendlichen. Arbeits- und Orientierungshilfe, erarbeitet vom überregionalen Arbeitskreis der Amtsvormünderinnen und Amtsvormünder*. [http://www.arbeitskreis-vormundschaft.de/images/Dokumente/20020401\\_leifaden\\_beteiligungkind.pdf](http://www.arbeitskreis-vormundschaft.de/images/Dokumente/20020401_leifaden_beteiligungkind.pdf) (Stand 15.06.2010).

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (1999). *Das Leistungsprofil der Amtsvormünderin und des Amtsvormundes. Arbeits- und Orientierungshilfe*. [http://www.lwl.org/lja-download/datei-download2/LJA/erzhilf/Schaften/1248339642\\_1/Leistungsprofil\\_Amtsvormund\\_Stand\\_26\\_04\\_99.pdf](http://www.lwl.org/lja-download/datei-download2/LJA/erzhilf/Schaften/1248339642_1/Leistungsprofil_Amtsvormund_Stand_26_04_99.pdf) (Stand 15.06.2010).

Landschaftsverband Westfalen-Lippe (2003). *Abschlussbericht zum Modellprojekt. Qualitätsentwicklung im Bereich Vormundschaften und Pflegschaften*. Münster: Landschaftsverband Westfalen-Lippe.

Marburger, Horst (2010). *SGB VIII. Kinder- und Jugendhilfe*. Regensburg: Walhalla Fachverlag.

Meißner, Andreas (2010). ‚Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge‘, in Petra Dieckhoff (ed.), *Kinderflüchtlinge. Theoretische Grundlagen und berufliches Handeln*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Oberloskamp, Helga (2010). *Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige*. München: Verlag C.H. Beck oHG.

Oelerich, Gertrud und Wunsch, Robert (2004). ‚Amtsvormundschaft in Deutschland – Ergebnisse einer repräsentativen Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Amtsvormundschaft‘, in Peter Hansbauer,

Barbara Mutke und Gertrud Oelerich, *Vormundschaft in Deutschland. Trends und Perspektiven*. Opladen: Leske+Budrich.

Parusel, Bernd (2009). *Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland. Aufnahme, Rückkehr und Integration*. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Peter, Erich (2004). *Zusammenfassung der Studie „Das Recht der Flüchtlingskinder“ und Stellungnahme zur Rücknahme des deutschen Ausländervorbehalts zur UN-Kinderrechtskonvention im Spannungsfeld verfassungsrechtlicher Kompetenzzuweisung*. Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag.

Riedelsheimer, Albert und Wiesinger, Irma (2004). *Der erste Augenblick entscheidet. Clearingverfahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland*. Karlsruhe: Von Loeper Literaturverlag.

Rütting, Wolfgang (2009). ‚Qualitätssicherung in der Vormundschaftsarbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen‘, in B-UMF e.V. (ed.), *Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. Dokumentation der Fachtagung in Hofgeismar 2009*. München: B-UMF e.V.

Zitelmann, Maud (2001). *Kindeswohl und Kindeswille im Spannungsfeld von Pädagogik und Recht*. Münster: Votum.

Zito, Dima (2009). *Zwischen Angst und Hoffnung. Kindersoldaten als Flüchtlinge in Deutschland*. Ibbenbüren: IVD.



# Weitere Publikationen des Bundesfachverbands UMF e.V.

## Broschüre [Willkommen in Deutschland!] Ein Wegweiser für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

In der Broschüre finden junge Flüchtlinge wichtige Informationen zu ihrer ersten Zeit in Deutschland. Es wird erläutert, mit welchen Behörden, Ämtern und Organisationen man zu tun hat. In jugendgerechter Sprache werden vor allem die grundlegenden (Kinder-)Rechte dargestellt. Die Broschüre gibt es auf deutsch, englisch und dari. Weitere Sprachen sind in Planung.

## Handlungsleitlinien zur Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII

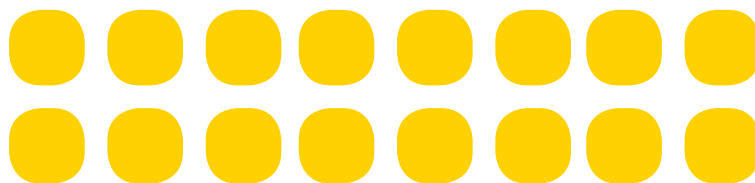
Die Inobhutnahme ist eine der wichtigsten Schutzmechanismen für unbegleitete Minderjährige. Der Handlungsleitfaden beschreibt detailliert, welche Schritte bei der Inobhutnahme von unbegleiteten Minderjährigen einzuhalten sind und welche Rechte zu berücksichtigen sind.

## Studie Zwischen Angst und Hoffnung. Kindersoldaten als Flüchtlinge in Deutschland

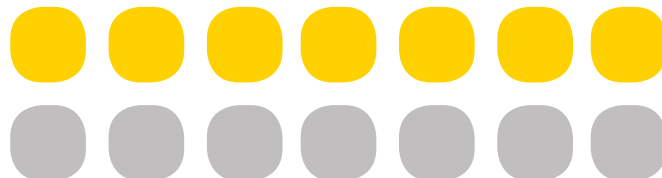
Die Studie von Dima Zito untersucht die Situation junger Flüchtlinge, die vor ihrer Flucht nach Deutschland als Kindersoldaten missbraucht wurden. Sie beschreibt die Auswirkungen des Krieges auf die Jugendlichen und die Lebensumstände nach der gelungenen Flucht in Deutschland. Die Studie wurde erstellt im Auftrag des Bundesfachverbands Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. und terre des hommes Deutschland e.V.

## Dokumentation der Frühjahrstagung „Betreuung von UMF in Deutschland“

Die Ergebnisse der wichtigsten jährliche stattfindenden Fachtagung zum Thema junge Flüchtlinge finden sich in der Dokumentation zusammengefasst. Die Beiträge handeln von dem Umgang mit schwierigen Jugendlichen, Standards für die Altersfestsetzung, Partizipation im Bereich der Hilfen zur Erziehung, dem Rechtsanspruch auf Hilfen für junge Volljährige u.v.a.m.

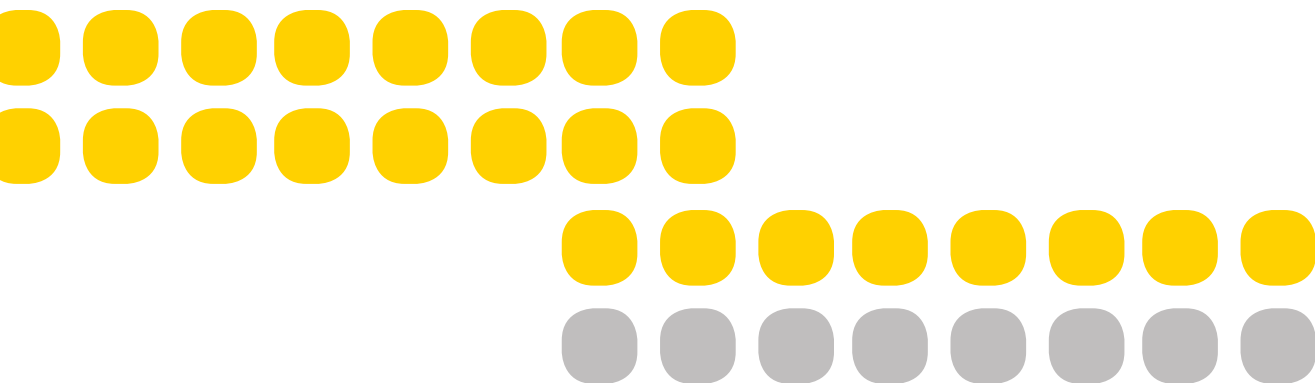


*Diese und weitere Publikationen können beim Bundesfachverband UMF e.V., Nymphenburger Straße 47, 80335 München bestellt werden. Gerne schicken wir Ihnen weitere Informationen zum Bundesfachverband UMF e.V. zu. Oder besuchen Sie uns im Internet unter [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)*





Die unterschiedlichen Gesichter, die eine Vormundschaft haben kann, sind geprägt von vielfältigen Strukturen und gesetzlichen Vorgaben. Eine gelingende Vormundschaft setzt daher viel Gestaltungswille und -fähigkeit voraus. Sie stellt Herausforderungen und bietet Chancen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland.



Bundesfachverband Unbegleitete  
Minderjährige Flüchtlinge e.V.  
Nymphenburger Str. 47  
80335 München

Telefon 089/20244013  
e-Mail [info@b-umf.de](mailto:info@b-umf.de)  
Internet [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)

Spendenkonto 8899800  
BLZ 70020500  
Bank für Sozialwirtschaft

ISBN  
978-3-9814145-0-9



Mit finanzieller Unterstützung des  
europäischen DAPHNE III Programms

# Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

**Eine Aufgabenbeschreibung zur Entwicklung von  
neuen Perspektiven der Aufgabenwahrnehmung  
durch den Amtsvormund / die Amtsvormundin bzw.  
den Amtspfleger / die Amtspflegerin**

## Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Inhalte der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft	5
1.1. Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen für den Eintritt einer Vormundschaft / Pflegschaft	5
1.2. Formen und Rangfolgen der Vormundschaften	7
1.3. Die Rolle des Pflegers	8
2. Führung der Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften	9
2.1. Rechtliche Stellung des Amtsvormundes	9
2.2. Aufgaben des Amtsvormundes	10
2.3. Beteiligung des Kindes und Jugendlichen	12
2.4. Zusammenarbeit mit Dritten	14
2.5. Haftung des Amtsvormundes	16
2.6. Spezialisierung des Amtsvormundes	18
3. Qualifikation des Amtsvormundes	20
3.1. Rechtliche Anforderungen	20
3.2. Persönliche Eignung / Anforderung	20
3.3. Anforderungen an die Ausbildung	22
3.4. Kollegiale Beratung, Fort- und Weiterbildung, Supervision	23
4. Zielsetzung	23
4.1. Persönliche Beziehung	23
4.2. Handlungsgrundsätze des Amtsvormundes	24
4.3. Optimierung der Rahmenbedingungen	26
5. Schlussbemerkungen	27

## Präambel

*„...die Welt ist im Wandel. Ich spüre es im Wasser.  
Ich spüre es in der Erde. Ich rieche es in der Luft.“*

Dieses Zitat aus dem berühmten Werk "Der Herr der Ringe" von J. R. R. Tolkien lässt sich durchaus auch für die Veränderung verwenden, welche spätestens seit Beginn des neuen Jahrtausends in vielen Jugendämtern landauf und landab vonstatten geht. Erlebbar ist seit dieser Zeit die schrittweise Ablösung von der verwaltenden Fallbearbeitung hin zur gestaltenden Beziehungsarbeit.

Durch mehrere dramatische Fälle von Kindesmisshandlung in der jüngeren Vergangenheit wurde der Staat nachdrücklich auf seine grundrechtliche Wächterfunktion hingewiesen. Die höhere Aufmerksamkeit in Sachen Kinderschutz erreichte nun auch die Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft, welche durch die Übernahme der elterlichen Sorge mehr zur Sicherheit seiner Mündel beitragen soll. Durch das Gesetz vom 29.06.2011 zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts werden die Anforderungen an den Amtsvormund / Amtspfleger konkretisiert.

Die Übernahme der gesetzlichen Vertretung für ein Kind bedeutet nicht nur die formale Abarbeitung behördlicher Angelegenheiten, sondern beinhaltet insbesondere die persönliche Beziehung des Vormundes / Pflegers zu seinem Mündel. Der Vormund / Pfleger hat in der ganzen Zeit seiner Tätigkeit die Fürsorge für sein Mündel durch eine aktiv gestaltende Rolle wahrzunehmen. Partizipation und Kommunikation sind daher wichtige Elemente bei der Entscheidungsfindung mit dem Mündel.

Trotz der gesetzlichen Fallzahlenbegrenzung besteht die Herausforderung, die Arbeitsplätze im Bereich AV / AP so zu gestalten, dass die verantwortungsvolle Ausübung dieser wichtigen Aufgabe möglich ist. Die Vertretung der Kinder und Jugendlichen unter Wahrung der Mündelinteressen einerseits, und die Qualifikation der Mitarbeiter sowie deren Schutz vor Überlastung andererseits, müssen bei der Arbeitsplatzgestaltung berücksichtigt werden.

Die nachfolgende Aufgabenbeschreibung soll dazu dienen, die vielfältigen Inhalte dieses Arbeitsgebietes zu verdeutlichen. Sie soll dazu anregen, Veränderungsprozesse zu beginnen und/oder weiterzuentwickeln. Eine wesentliche Grundlage dieses Papiers stellt die so genannte Dresdner Erklärung aus dem Jahr 2000 dar. Die aus Sicht der Betroffenen dort formulierten Thesen 1 bis 5 sollen an dieser Stelle nochmals verdeutlichen, woraufhin Veränderungsprozesse gegebenenfalls überprüft werden sollten.

*These 1*

*Ich will von meinem Vormund alles (regelmäßige persönliche Kontakte, Zeit zum Reden und für Unternehmungen, Zuwendung, Fürsprache und Schutz)*

*These 2*

*Ich, will dass mein Vormund alles weiß und kann*

*These 3*

*Ich will meinen Vormund immer behalten (wenn ich ihn mag)*

*These 4*

*Ich will, dass mein Vormund seine Entscheidungen mit mir bespricht (vorher oder nachher)*

*These 5*

*Ich erwarte, dass mein Vormund sich in mich einfühlt und danach sein Handeln für mich ausrichtet.*

Um die Lesbarkeit der Ausführungen zu erleichtern, ist im Folgenden zumeist die männliche Form der Personenbezeichnung gewählt worden. Unabhängig davon beziehen sich die Ausführungen jedoch auf Frauen und Männer.

# 1. Inhalte der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft

## 1.1. Voraussetzungen und Rechtsgrundlagen für den Eintritt einer Vormundschaft / Pflegschaft

Art. 6 Abs. 2 GG, § 1 Abs. 1 SGB VIII bestimmen "Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gesellschaft."

Kommen die Eltern dieser Pflicht nicht oder nicht zum Wohle des Kindes nach, muss der Staat den Schutz der Kinder sicherstellen.

In § 1773 Abs. 1 BGB heißt es: "Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind".

Die Vormundschaft ist dem Elternrecht angeglichen und deckt die entsprechenden Inhalte ab. Die Rolle des Amtsvormundes und das Verständnis der einzelnen mit dieser Aufgabe betreuten Personen hat sich in den letzten Jahrzehnten erheblich gewandelt. So hat sich die Arbeit der Amtsvormünder vom reinen "Schreibtisch-Vormund" aus den 70er- und 80er-Jahren des letzten Jahrhunderts entfernt und entwickelt sich - spätestens seit Inkrafttreten der Reform im Jahr 2011 - hin zum Vormund, der sich seiner Rolle als Elternersatz stellt.

Der Amtsvormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Biografie, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen.

In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass die Amtsvormundschaften bisher in der Regel von Mitarbeitern geführt werden, die nicht nur in diesem Aufgabenbereich tätig sind, sondern im Rahmen eines so genannten Mischarbeitsplatzes noch folgende Tätigkeitsfelder abdecken:

- Führung von Beistandschaften nach §§ 1712 ff BGB
- Durchführung von Beratung und Unterstützungstätigkeiten (§§ 18 Abs. 1, 2 und 4, 52 a SGB VIII)
- Beurkundungstätigkeiten (§ 59 SGB VIII)

Diese Tatsache bewirkt für den einzelnen Amtsvormund, dass die Arbeitszeit nicht allein für Tätigkeiten, die im Rahmen der Führung einer Amtsvormundschaft anfallen, zur Verfügung steht. Nachdem die Rolle des Amtsvormundes als Elternersatz immer mehr an Bedeutung gewinnt und in diesem Zusammenhang immer wieder Akutkonfliktsituationen zu bewältigen sind, müssen die betroffenen Mitarbeiter in der Lage sein, Prioritäten in der Reihenfolge ihrer Aufgabenerfüllung zu setzen. Qualitätsabstriche dürfen bei der Führung der Amtsvormundschaften nicht erfolgen.

Mit Inkrafttreten der Vormundschaftsreform entsteht immer mehr die Notwendigkeit, den Bereich Vormundschaft / Pflegschaft von den anderen Bereichen zu trennen. Eine Spezialisierung bietet eine Vielzahl von Vorteilen.

Die Schwierigkeiten in der Führung der Amtsvormundschaft liegen u. a. im Umfeld der Herkunftsfamilie eines Kindes oder Jugendlichen, den gesellschaftspolitischen Veränderungen der jüngsten Vergangenheit und nicht zuletzt in der Tatsache, dass eine Amtsvormundschaft des Jugendamtes grundsätzlich erst dann eintritt, wenn alle anderen Unterstützungsmöglichkeiten für die Familie ausgeschöpft und/oder bereits gescheitert sind.

Das Kind / der Jugendliche erhält z. B. in folgenden Fällen einen Vormund / Pfleger:

<b>Anlass</b>	<b>Rechtsgrundlagen</b>	<b>Folgen</b>
	<b>Vormundschaft § 1773 BGB</b>	
Tod beider Eltern	§§ 1680, 1681 BGB	bestellte Vormundschaft
Tod des allein sorgeberechtigten Elternteils, wenn das Gericht dem anderen Elternteil die Sorge nicht überträgt	§ 1680 BGB	bestellte Vormundschaft
Vollständiger Entzug der elterlichen Sorge	§§ 1666, 1666a, BGB	bestellte Vormundschaft
Anonyme Geburt / Abgabe eines Kindes in einer Babyklappe / Findelkind (unbekannte Eltern)	§ 1773 (2) BGB	bestellte Vormundschaft
<u>Ruhen</u> der elterlichen Sorge bei <u>tatsächlichem Hindernis</u> (Einreise eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings)	§ 1674 BGB	bestellte Vormundschaft
<u>Ruhen</u> der elterlichen Sorge bei <u>rechtlichem Hindernis</u> (Kind einer minderjährigen Mutter)	§ 1673 BGB	gesetzliche Vormundschaft
Abgabe der Einwilligung der Eltern in die Adoption und Zugang der Einwilligung bei Gericht	§§ 1747, 1750 (1), 1751 BGB	gesetzliche Vormundschaft
	<b>(bestellte) Pflegschaft § 1909 BGB</b>	
Rechtliche Verhinderung an der Ausübung von Teilbereichen der elterlichen Sorge z. B. teilweiser Entzug des Sorgerechts	§§ 1666, 1666 a BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat

Interessenkollision	§§ 1629 (2), 1795, 1796, 181 BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Verbot des Zuwendenden	§§ 1638, 1803 BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Tatsächliche Verhinderung an der Ausübung von Teilbereichen der elterlichen Sorge und Erforderlichkeit der Regelung einer Angelegenheit	§§ 1666, 1666a BGB	Pflegschaft für die Teilbereiche, die der Richter entzogen hat
Feststellung der Vaterschaft und Regelung der Unterhaltsansprüche vor Geburt eines Kindes	§ 1912 BGB	Pflegschaft für die Leibesfrucht
Regelung des Umgangs eines Kindes oder Jugendlichen ohne Entzug oder teilweisen Entzug der elterlichen Sorge	§ 1684 Abs. 3 BGB	Umgangspflegschaft

## 1.2. Formen und Rangfolgen der Vormundschaften

Aus den gesetzlichen Bestimmungen (§§ 1773 ff BGB und §§ 53 ff SGB VIII) sind folgende Formen der Vormundschaft abzuleiten:

- die Einzelvormundschaft (Bestellung einer natürlichen Person)
- die Vereinsvormundschaft (Bestellung eines rechtsfähigen Vereins)
- die Amtsvormundschaft (Bestellung des Jugendamtes)

Durch den Gesetzgeber ist die Form der Einzelvormundschaft klar als die erste Lösung herausgestellt worden.

Nach § 53 Absatz 1 SGB VIII ist das Jugendamt verpflichtet, dem Familiengericht eine Person oder einen Verein vorzuschlagen, der sich zur Führung der Vormundschaft im Sinne der §§ 1779 ff BGB eignet, also vom Familiengericht als Vormund ausgewählt werden kann.

Es hat zudem selbst geeignete Personen zu gewinnen. (§ 79 Absatz 2 SGB VIII).

Die Einzelvormundschaft ist kein Instrument zur Kosten- und Personaleinsparung im Jugendamt.



Es ist allerdings sehr schwierig, für die anspruchsvollen und umfangreichen Aufgabengebiete der Vormundschaft geeignete und zur Führung bereit Einzelpersonen zu finden. In diesem Zusammenhang müsste in Zukunft intensive Informationsarbeit etwa durch Pressemitteilungen, Verteilen von Flyern oder Anbieten von Informationsveranstaltungen erfolgen. Die Mitarbeiter der Jugendämter sind aufgrund der Arbeitsüberlastung allerdings nicht oder nur in stark eingeschränktem Rahmen in der Lage, diese Arbeit zu leisten. Hier bietet die Reform der Vormundschaft die Chance im Rahmen einer Neuorganisation der Vormundschaften, sich auf diesem Gebiet mehr einzubringen.

In der Praxis bestehen jedoch weit mehr Amtsvormundschaften als Einzel- und Vereinsvormundschaften.

### **1.3. Die Rolle des Pflegers**

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen für die Pflegschaft finden sich in den §§ 1909 bis 1921 BGB; außerdem sind gem. § 1915 BGB die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften anzuwenden, soweit sich nicht aus dem Gesetz etwas anderes ergibt. Das Familiengericht ist zuständig für die Entscheidung über Pflegschaften und deren Wirkungskreise.

Die Pflegschaft umfasst einen oder mehrere Wirkungskreise aus der gesamten Bandbreite der elterlichen Sorge. Sie ist bei den Fällen anzuordnen, in denen ein Fürsorgebedürfnis nicht allgemein, sondern nur für bestimmte personen- und sachbezogene Angelegenheiten besteht. Der Pfleger übt die gesetzliche Vertretung des Kindes oder Jugendlichen somit immer nur für einen klar umrissenen Wirkungskreis aus.

Wegen der hohen Voraussetzungen, die bei einem Entzug der gesamten elterlichen Sorge (§ 1666 BGB) vorliegen müssen und wegen des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit (§ 1666 a BGB), erfolgt zunächst oft nur ein Teilentzug bestimmter Wirkungskreise und deren Übertragung auf den Pfleger. Dies kann nur für die Abgabe einer einzigen Willenserklärung bis hin zur Ausübung der Personensorge sein.

Wie der Vormund ist auch der Pfleger ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen. Es darf insbesondere der zeitliche Aufwand der Pflegschaften für die Abstimmung mit den leiblichen Eltern nicht unterschätzt werden, da diese weiterhin Teile des Sorgerechts innehaben.

## 2. Führung der Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften

Wenn im Folgenden der Begriff "Amtsvormund" gebraucht wird, treffen die Aussagen in der Regel auch auf den Amtspfleger zu.

### 2.1. Rechtliche Stellung des Amtsvormundes

Das Jugendamt kann nach § 1791 b BGB zum Amtsvormund bestellt werden, wenn eine geeignete Einzelperson nicht gefunden werden kann. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass das Jugendamt von den Eltern des Kindes oder Jugendlichen weder benannt noch ausgeschlossen werden kann.

Der Vormund erhält mit der Übertragung der Vormundschaft das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes oder Jugendlichen zu sorgen.

Der Vormund vertritt in allen rechtlichen Angelegenheiten das Mündel und hat sich bei seinen Entscheidungen allein von den Belangen des Mündels leiten zu lassen.

Eine Besonderheit besteht bei der gesetzlichen Amtsvormundschaft nach § 1791 c BGB. Für das Kind einer minderjährigen, nicht verheirateten Mutter tritt sie kraft Gesetzes mit der Geburt ein und endet mit der Volljährigkeit der Mutter. Das Sorgerecht der Mutter ruht nach außen hin aufgrund der Minderjährigkeit (beschränkt geschäftsfähig). Gemäß § 1673 Abs. 2 BGB muss die minderjährige Mutter im Innenverhältnis in alle Entscheidungsprozesse mit einbezogen werden und ihre Meinung hat Vorrang gegenüber der des Amtsvormundes. Ist z. B. gegen den Willen der Mutter Hilfe zur Erziehung fürs Kind erforderlich, muss der Gewährung der Hilfe erst ein Sorgerechtsentzug durch das Familiengericht vorausgehen.

Nach § 55 SGB VIII überträgt das Jugendamt die Aufgaben des Beistands, des Amtspflegers oder Amtsvormundes einzelnen seiner Beamten oder Angestellten. Vor Übertragung der Aufgaben des Vormundes auf einen Mitarbeiter bei der Amtsvormundschaft, soll das Jugendamt den Mündel mündlich anhören. Entscheiden wird das Kind oder der Jugendliche nicht.

In dem durch die Übertragung festgestellten Rahmen ist der einzelne Beamte / Angestellte gesetzlicher Vertreter des Mündels und nicht Vertreter des Jugendamtes. Durch die Übertragung soll eine Annäherung der Amtsvormundschaft an die Einzelvormundschaft erfolgen. An Stelle einer anonymen Amtsführung soll auch der Amtsvormund eine persönliche Beziehung zum Mündel aufbauen. In diesem Rahmen hat der Amtsvormund persönlichen Kontakt zum Mündel zu pflegen und soll in der Regel einmal im Monat mit dem Mündel in dessen üblicher Umgebung zusammentreffen.

Der Amtsvormund ist privatrechtlich tätig und in der Ausübung des Amtes unabhängig. Im Rahmen der Aufgabenausübung ist der Amtsvormund nur begrenzt weisungsgebunden. Die zur Führung der Vormundschaft bestellte Person untersteht der Fachaufsicht des Familiengerichts (§ 1837 BGB) und der Dienstaufsicht und Richtlinienkompetenz des Dienstherrn (Jugendamts- und Behördenleiter). Vorgesetzte sind im Einzelfall berechtigt Weisungen zu erteilen, wenn diese zur Vermeidung rechtswidrigen Handelns oder eines unmittelbar bevorstehenden Schadens erforderlich sind.

Der Amtsvormund vertritt das Mündel in eigener Verantwortung und ist in seinem Beurteilungsspielraum am Kindeswohl ausgerichtet. Hierbei sind selbstverständlich die rechtlichen Vorgaben einzuhalten. Insofern stößt hier die Weisungsbefugnis im Rahmen der Fachaufsicht an Grenzen.

Hier wird deutlich, dass es in Einzelfällen nicht ausbleiben kann, dass Entscheidungen auch entgegen der Interessen der Verwaltung und zu Gunsten des Kindes oder Jugendlichen getroffen werden müssen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn ein Antrag auf Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 ff SGB VIII vom Jugendhilfeträger abgelehnt wird und der Anspruch dann vom Amtsvormund ggf. gerichtlich durchgesetzt werden muss. Von der Rechtsprechung ist mittlerweile anerkannt, dass es sich in diesen Fällen der Interessenkollision nicht um einen "Insichprozess" im Streitverfahren handelt.

## **2.2. Aufgaben des Amtsvormundes**

Die elterliche Sorge teilt sich in die Personensorge und die Vermögenssorge. Der Amtsvormund übernimmt die Aufgaben, die ihm übertragen wurden, nachdem die Eltern nicht oder nicht mehr zu deren Wahrnehmung in der Lage bzw. berechtigt sind. Insofern hat die Wahrnehmung der Vormundschaft Auswirkungen auf alle Belange des täglichen Lebens des Mündels. Dabei hat der Amtsvormund nicht nur die rechtlichen Interessen des Kindes oder Jugendlichen zu vertreten. Er hat sich auch um dessen persönliche Belange zu kümmern sowie den Mündel persönlich zu fördern und seine Erziehung zu gewährleisten. Diese Aufgabe kann nicht an die Mitarbeiter/innen des Sozialen Dienstes oder die Pflegeperson übertragen werden.

Es sind im Einzelnen beispielhaft folgende Aufgaben wahrzunehmen, die nicht den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes oder den Pflegepersonen überlassen werden können:

### **a) Im Rahmen der Personensorge**

- **Bestimmung des Aufenthalts**
  - Bestimmung von Wohnort und Wohnung (z. B. Abschluss von Mietverträgen)
  - Unterbringung bei Pflegepersonen oder Verwandten, in Einrichtungen der Jugendhilfe usw.
  - Antrag auf Genehmigung einer geschlossenen Unterbringung (§ 1631b BGB)

- Wahrnehmung der Meldepflichten
- Beantragung von Ausweisen
- Entscheidungsbefugnis über die Herausgabe des Kindes oder Jugendlichen
- Regelung des Umgangs
- Sicherstellung des Lebensunterhalts und Versicherungsschutz
  - Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen
  - Regelung aller Rentenangelegenheiten (Ansprüche nach dem Opferentschädigungsgesetz)
  - Beantragung sonstiger Ansprüche (z. B. Kindergeld, BAföG, BAB)
  - Abschluss von Versicherungsverträgen (z. B. Kranken-, Haftpflichtversicherung)
- Geltendmachung der Unterhaltsansprüche
- Sicherstellung von Pflege und Erziehung
  - Bestimmung der Erziehungsziele
  - Beaufsichtigung der Erziehung durch regelmäßige Kontakte zur Pflegeperson und zum Mündel
  - Teilnahme an Hilfeplangesprächen als Personensorgeberechtigter (§ 36 SGB VIII)
  - Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts (§ 5 SGB VIII)
  - Beachtung des Selbstbestimmungsrechts des Mündels durch regelmäßige Gespräche und gegenseitige Information zur Vertrauensbildung
  - Einwilligung zur Taufe, Kommunion, Konfirmation usw.
- Sicherstellung der Gesundheitsfürsorge
  - Sorge für die notwendige medizinische Betreuung
  - Regelmäßige Gesundheitsvorsorge
  - Einwilligung zu medizinischen Maßnahmen und Eingriffen (z. B. Operationen, Impfungen, Bluttransfusionen usw.)
  - Veranlassung notwendiger medizinischer Untersuchungen
  - Beantragung medizinischer Hilfsmittel
- Sicherstellung von Schul- und Berufsausbildung
  - Auswahl des Kindergartens und der Schule
  - Entscheidungsfindung zum Schul- und Berufsweg
  - evtl. notwendige persönliche Gespräche mit Betreuern, Lehrern oder Ausbildern
  - Auswahl von Ausbildungsstellen und Abschluss von Ausbildungsverträgen
- Klärung status- und namensrechtlicher Fragen
  - Klärung der Vaterschaft durch Zustimmung zur Anerkennung (§ 1595 Abs. 2 BGB)
  - Vertretung des Mündels im gerichtlichen Feststellungs- oder Anfechtungsverfahren (§§ 1600, 1600 e BGB)
  - Mitwirkung im Adoptionsverfahren (§§ 1746, 1748 BGB)

- Vertretung bei Namensänderung (§§ 1616 ff, 1757 BGB)
- bei ausländischen Mündeln: Asyl-, Aufenthaltsberechtigung, usw.

#### b) Im Rahmen der Vermögenssorge

- Prüfung, Geltendmachung und Regelung von Erbensprüchen einschließlich der Entscheidung über die Erbausschlagung und die Nachlassinsolvenz
- Anlage eines Vermögensverzeichnisses
- Anlage des Mündelvermögens (mündelsicher)
- ggf. Verwaltung von bebauten/unbebauten Grundstücken
- Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen

### **2.3. Beteiligung des Kindes und Jugendlichen**

Beteiligung ist die Möglichkeit des Mündels, sich mit seinen Rechten und Problemen Gehör zu verschaffen, Meinungen und Wünsche zu Planungs- und Entscheidungsprozessen äußern und im Sinne von Mitbestimmung und Selbstbestimmung etwas zu bewirken.

Die Beteiligung beruht auf regelmäßigen persönlichen Kontakten von Vormund und Mündel

#### Rechtsgrundlagen für die Beteiligung

Die Verpflichtung des Amtsvormunds zur Beteiligung des Mündels ergibt sich aus:

- den Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Rechte der Kinder (KRK):
  - (Artikel 12) Meinungsäußerung und Berücksichtigung entsprechend Alter und Reife / rechtliches Gehör
- dem Grundgesetz (GG):
  - (Artikel 2) Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit
  - (Artikel 3) Gleichheitsgrundsatz
  - (Artikel 5) Meinungsfreiheit
- dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB):
  - (§1626 Abs.2) Beteiligung des Kindes in Fragen der elterlichen Sorge gemäß seinem Entwicklungsstand
  - (§ 1793 Abs 1, Satz 1a) Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten.
- dem Achten Buch des Sozialgesetzbuches (SGB VIII):
  - (§ 5) Grundsätzliches Wunsch- und Wahlrecht der Klienten, zwischen den Einrichtungen und Dienstleistungen der verschiedenen Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe

zu äußern. Der Vormund hat das Wunsch- und Wahlrecht in Übereinstimmung mit den Interessen des Kindes wahrzunehmen.

- (§ 8 Abs. 1) Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand zu beteiligen.
- (§ 8 Abs. 2) Die Jugendämter, damit auch der Vormund, sind verpflichtet ein Mündel auf seine Rechte imungsverfahren, sowie in den Verfahren vor dem Familiengericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen.
- (§ 9 Nr.2) Daraus ergibt sich bei der Ausgestaltung der Leistungen und der Erfüllung der Aufgaben, dass die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen, die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien im Auge zu behalten sind.
- (§ 36) Mündel und Vormund sind bei der Gewährung von Hilfe zu Erziehung zu beteiligen. Vor der Inanspruchnahme oder einer beabsichtigten Änderung der Hilfe ist sowohl das Kind oder der Jugendliche wie auch der Vormund entsprechend zu beraten und über mögliche Folgen für die Entwicklung des Mündels zu informieren. Mitwirkung von Vormund und Mündel an der Aufstellung und Fortschreibung des Hilfeplans sind vorgeschrieben.
- (§ 55 Abs.2) Vor der Übertragung der Aufgaben des AP oder des AV soll das Jugendamt das Kind oder den Jugendlichen zur Auswahl des Beamten oder Angestellten mündlich anhören soweit dies durch Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen möglich ist. Eine ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung ist unverzüglich nachzuholen.

### Ziel der Beteiligung

Gemeinsam mit dem Mündel ist die am besten geeignete Hilfe/Perspektive zu finden. Ihm ist jede Unterstützung zu geben, die seine persönliche Entwicklung fördert (§ 1 SGB VIII).

Deshalb ist anzustreben:

- Akzeptanz beim Kind/Jugendlichen
- Ein beteiligtes Mündel fühlt sich ernst genommen und gleichberechtigt behandelt. Dies kann sich positiv auf die Beziehung zwischen Amtsvormund und Mündel und auf dessen Entwicklung auswirken.
- Wissen über Wünsche und Vorstellungen des Mündels
- Dadurch können Widerstände verstanden und Vorstellungen des Amtsvormunds von denen des Mündels unterschieden werden. Das bietet dem Amtsvormund die Chance, seine Rolle und eigene Wertvorstellungen zu hinterfragen.
- Identifikation mit der Hilfe

- Hilfen und Entscheidungen werden besser mitgetragen und akzeptiert, wenn sich das Mündel darin wiederfindet.
- Effizienz der Hilfe
- Findet ein Aushandlungsprozess zwischen Mündel und Fachkräften statt, ergibt sich die Möglichkeit einer verbesserten Orientierung an der Lebenswirklichkeit des Mündels und damit die Chance einer verbesserten Wirksamkeit.

### Formen der Beteiligung

Jedes Kind und jeder Jugendliche ist entsprechend seinem Entwicklungsstand zu beteiligen. Vom Mündel gewünschte Personen sind grundsätzlich einzubeziehen.

Die mit der Vormundschaftsreform vorgesehene Anhörung des Mündels vor der Auswahlentscheidung des Vormunds ist jedoch nur als rechtliche Beteiligung zu sehen.

Die Beteiligung des Mündels setzt zwingend voraus, dass es seinen Amtsvormund kennt. Häufige Kontakte bieten die Chance für ein verbessertes Vertrauensverhältnis. Durch persönliche Begegnungen, schriftliche und telefonische Kontakte kann sich der Amtsvormund einen Überblick über Wünsche und Vorstellungen des Mündels verschaffen und die zu treffenden Entscheidungen auf eine stabile Grundlage stellen. Vom Amtsvormund verlangt dies eine entsprechende Grundeinstellung und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsfähigkeit. Je intensiver das Vertrauensverhältnis ist, desto eher ist es möglich, dass Wünsche und Vorstellungen geäußert werden und Berücksichtigung finden. Kontinuierliche Kontakte des Amtsvormunds mehrfach im Jahr sind deshalb die Mindestanforderung.

Eine Teilnahme am Hilfeplangespräch soll dem Alter und der Reife des Mündels entsprechend erfolgen. Teilhabe des Kindes am Hilfeplanungsprozess zwingt die Fachkräfte zu erhöhter Transparenz.

Neben dieser individuellen Beteiligung des Mündels sind auch Beteiligungsformen wie Seminare, Zukunftswerkstätten oder Ähnliches möglich.

## **2.4. Zusammenarbeit mit Dritten**

Die Zusammenarbeit mit Dritten ist von einer Parteilichkeit für das Mündel getragen. Die Weitergabe von Informationen an Dritte soll sich am Wohl des Mündels orientieren.

### - Eltern

Der Amtsvormund sollte die Eltern des Kindes nach Möglichkeit kennen. Durch den Amtsvormund sind die Eltern zeitnah über die Aufgaben und Funktion des Vormundes zu informieren. Als Inhaber der Personensorge bestimmt der Vormund unter Berücksichtigung des § 1684 BGB Umfang und Qualität des Umgangs. Nach § 1686 BGB erhalten

die Eltern Auskunft über die Entwicklung des Kindes. Unter Berücksichtigung des Kindeswohls sind die Eltern zu beteiligen.

- Familiengericht

Das Familiengericht bestellt den Vormund nach § 1791 b Abs. 2 BGB. Nach § 1840 Abs. 1 BGB berichtet der Vormund einmal jährlich über die persönlichen Verhältnisse und legt ggf. die Vermögensrechnung vor. Der Bericht hat auch Angaben zu den persönlichen Kontakten des Vormunds zum Mündel zu enthalten.

Nach § 87 c Abs. 3 SGB VIII hat der Amtsvormund einen Entlassungsantrag zu stellen, wenn sich der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes oder Jugendlichen ändert.

- Sozialer Dienst

Die Zusammenarbeit zwischen Amtsvormündern und Mitarbeitern des Sozialen Dienstes soll durch eine Kooperationsvereinbarung verbindlich geregelt werden.

Der Amtsvormund ist wie die sorgeberechtigten Eltern zu behandeln und hat Anspruch auf Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff SGB VIII. Er ist nach § 36 Abs. 1 SGB VIII über die geeignete Hilfeform bzw. vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen hinzuweisen (§ 36 Abs. 1 SGB VIII).

Der nach § 36 SGB VIII vorgeschriebene Hilfeplan wird vom Sozialen Dienst unter Beteiligung des Amtsvormunds und des Mündels erstellt.

- Wirtschaftliche Jugendhilfe

Bei stationärer Hilfe zur Erziehung nach §§ 27 SGB VIII wird der Lebensunterhalt des Kindes oder Jugendlichen durch die Jugendhilfe sichergestellt. Die Wirtschaftliche Jugendhilfe erhebt bei den Eltern Kostenbeiträge. Der Amtsvormund hat sicherzustellen, dass dem Mündel zustehende Ansprüche (z. B. OEG-Leistungen, Waisenrente, Schadensersatzansprüche, Berufs- und Ausbildungsbeihilfe, BAföG) geltend gemacht werden.

Die von der Wirtschaftlichen Jugendhilfe gewährten Leistungen sind vom Amtsvormund zu überprüfen, bei nicht antragsgemäßer Bewilligung ist Widerspruch einzulegen.

- Adoptionsvermittlungsstelle

Das Jugendamt wird gem. § 1751 Abs. 1 BGB Vormund sobald die Eltern oder ein Elternteil gem. § 1747 BGB in die Adoption ihres Kindes eingewilligt haben; dies gilt auch bei Ersetzung der elterlichen Einwilligung (§ 1748 BGB). Der Amtsvormund kooperiert mit der Adoptions-



vermittlungsstelle und stimmt nach Kenntnis der Verhältnisse der vorgesehenen Adoption zu.

- Sonstige

Um das Mündel angemessen vertreten und in seinem Sinne entscheiden zu können, sollte der Amtsvormund die Personen kennen, die aktiv an der Erziehung des Kindes oder Jugendlichen beteiligt sind bzw. kann die Kontaktaufnahme zu weiteren Personen wie zum Beispiel Pflegeeltern, Mitarbeiter von Einrichtungen der Jugendhilfe, Kindergärten, Lehrer/innen, Ausbilder/innen usw. erforderlich sein.

## 2.5. Haftung des Amtsvormundes

Wird eine Einzelperson oder Verein zum Vormund bestellt, benötigen diese für viele Rechtsgeschäfte für das Mündel eine Genehmigung des Familiengerichtes. Das Jugendamt als Amtsvormund ist für nahezu alle Rechtsgeschäfte von diesem Genehmigungsvorbehalt befreit. Darin zeigt sich, dass der Gesetzgeber eine entsprechende Qualifikation in Rechts- und Sachfragen des Amtsvormundes voraussetzt.

Nachstehende Aufstellung führt den Umfang der Genehmigungs- bzw. Aufsichtsfreiheit des Amtsvormundes beispielhaft auf:

Rechtsgeschäft	Rechtsgrundlage der Genehmigungs- Aufsichtsbefreiung
Abgabe eines Vermögensverzeichnisses § 1802 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG, § 56 SGB VIII
Verwaltung eines Erbes § 1803 Abs. 2 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Anlage von Mündelvermögen § 1811 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Kauf von Wertpapieren § 1812 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Hinterlegung von Wertpapieren § 1818 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Verfügung über Hypothekenforderungen § 1819 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Umwandlung von Inhaberpapieren § 1820 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechtsgeschäfte über Grundstücke und Schiffe, § 1821 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG

Vertragsverhältnisse § 1822 Nr. 1 – 11 und Nr. 13 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Abschluss von Lehr- und Arbeitsverträgen, § 1822 Nr. 6 + 7 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG Keine Genehmigung erforderlich, § 56 SGB VIII
Abschluss von Vergleichen § 1822 Nr. 12 BGB	Von der Aufsicht in vermögensrechtlicher Hinsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Aufnahme eines Erwerbsgeschäftes § 1823 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Überlassung von Gegenständen aus Verträgen, § 1824 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechnungslegung § 1854 Abs. 2 BGB	Von der Aufsicht ausgenommen, § 24 LKJHG
Rechnungsprüfung § 1892 Abs. 1 BGB	Keine Rechnungslegung, die Einreichung einer zusammenfassenden Darstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie der Vermögensentwicklung ist ausreichend, § 24 LKJHG

Anlässlich der Wahrnehmung der Aufgaben mit Elternersatzfunktion für Kinder und Jugendliche durch die entsprechend bestellten Mitarbeiter des Jugendamtes wird schnell die Frage nach der Verantwortlichkeit für jegliches Handeln des Jugendamtes zu stellen sein. Hier kommt die "Garantenstellung des Jugendamtes als Vormund" zur Sprache. Die strafrechtliche Garantenpflicht der zur Schutzgewährung unmittelbar tätigen Mitarbeiter des Jugendamtes leitet sich aus § 1 Abs. 3 Nr. 3 SGB VIII ab.

Im Rahmen der Ausübung der Personensorge nach § 1631 Abs. 1 BGB handelt der bestellte Mitarbeiter als gesetzlicher Vertreter des Kindes oder des Jugendlichen. In der Regel werden Aufgaben nicht selbst wahrgenommen, sondern auf Dritte (z: B. Pflegefamilien, Jugendhilfeeinrichtungen) übertragen.

Dem Amtsvormund verbleiben im Rahmen seiner Aufsichtspflicht aber zumindest folgende Aufgaben:

- Teilnahme an Hilfeplangesprächen
- Überwachung der Hilfe und ihre Durchführung an Hand des Hilfeplans
- Mitwirkung bei der Auswahl der Einrichtung oder Pflegefamilie
- Inanspruchnahme der notwendigen Hilfen durch die jeweiligen Fachdienste
- In der Regel monatliche Kontakte mit dem Mündel
- Persönliche Inaugenscheinnahme der Ausführung der Hilfe vor Ort

Die Verletzung dieser Pflichten kann für den Amtsvormund sowohl haftungsrechtliche wie auch strafrechtliche Folgen haben.

Bei unsachgemäßer Wahrnehmung der Amtsvormundschaft durch die nach § 55 Abs. 2 SGB VIII beauftragte Person und damit zusammenhängendem Schadenseintritt werden Schadensersatzpflichten ausgelöst. Die Haftungsansprüche richten sich gegen das Jugendamt.

Bei Pflichtverletzungen gegenüber dem Minderjährigen kommen als Anspruchsgrundlagen sowohl Amtshaftungsansprüche nach § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG sowie Ansprüche nach den für den Vormund allgemein geltenden Bestimmungen des § 1833 BGB in Betracht.

Bei Schädigung Dritter durch die Pflichtverletzung kommt in der Regel ein reiner Amtshaftungsanspruch in Frage. In Fällen von grob fahrlässigem Verhalten und Vorsatz kann die Behörde (das Jugendamt) auf den einzelnen Mitarbeiter zurückgreifen.

Strafrechtliche Konsequenzen für den einzelnen Mitarbeiter können sich insbesondere aus Unterlassungshandlungen im Sinne des § 13 Strafgesetzbuches (StGB) ergeben.

Eine unsachgemäße Wahrnehmung der Aufgaben durch den Amtsvormund kann nicht nur weitreichende Schadensersatzansprüche auslösen, sondern auch (persönliche) strafrechtliche Konsequenzen für das Jugendamt und den Mitarbeiter nach sich ziehen.

Aus diesen Gründen sollte es nachvollziehbar und im Interesse der Behörde sein, diese Aufgaben nur entsprechend qualifiziertem Personal anzuvertrauen.

## 2.6. Spezialisierung des Amtsvormundes

Die Wahrnehmung der gesetzlichen und bestellten Amtsvormundschaften ist in den Jugendämtern organisatorisch sehr unterschiedlich geregelt.

Verschiedene Zuständigkeitskonstellationen bzw. die Verbindung mit der Wahrnehmung werden in den Jugendämtern unterschiedlich praktiziert:

- Amtsvormünder, die auch als Beistand und Urkundsperson tätig sind und
- Amtsvormünder, die ausschließlich Vormundschaften und Pflegschaften führen

### Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Eine Untersuchung von Hansbauer u. a. aus dem Jahr 2004<sup>1</sup> hatte ergeben, dass die am häufigsten vorkommende Organisationsform die Zuständigkeitskombination mit den Aufgaben der Beistandschaft und dem Aufgabengebiet Beurkundungen war. Nur zirka jeder 5. Amtsvormund war ausschließlich mit der Wahrnehmung von Amtsvormundschaften befasst.

---

<sup>1</sup> Hansbauer, Muttke und Oelerich: Vormundschaften in Deutschland

Ein wesentlicher Unterschied in der Fallherangehensweise besteht darin, dass der Beistand eine Dienstleistung ausführt auf Grund einer freiwilligen Willensäußerung des allein Sorgeberechtigten oder des Elternteils, in dessen Obhut sich das Kind befindet. Der Amtsvormund tritt dagegen als alleiniger Entscheider und Interessenvertreter (kraft Gesetzes oder durch Bestellung des Gerichts) des Kindes auf.

In der Prioritätenliste eines Anforderungsprofils, das in der Fachdiskussion bis hin zu Äußerungen aus dem Bundesjustizministeriums, (Zypries 17.8.9 SZ: Forderung nach gesetzlicher Verankerung eines Kontakts von Vormund zu Mündel) bestätigt wird, steht die Fähigkeit einer längerfristigen, tragfähigen Bindung, die die Basis darstellen soll, um die Erziehung des Mündels zu sichern, in seinem Interesse zu entscheiden und ihm eine Stütze zu sein, an vorderster Stelle. Neben dieser persönlichen Eignung, sollte ein Amtsvormund sozialpädagogische Kenntnisse, Rechtskenntnisse und Wissen um die Funktionsweise von Verwaltungen mitbringen. Diese Kenntnisse sollen ihn in die Lage versetzen, als Interessenvertreter und Entscheider für das Kind zu handeln.

Gelingt es einem Amtsvormund in diesen umfangreichen Aufgabenstellungen, Wissen und Erfahrung anzusammeln, sind die Grenzen einer Spezialisierung erreicht.

Die verschiedenen Zuständigkeitskonstellationen sind unterschiedlich häufig anzutreffen. Einerseits historisch gewachsen - hier ist nicht zuletzt die Kindschaftsreform im Jahr 1998 zu nennen, die wesentlichen Einfluss auf die Ausformung der Zuständigkeiten im Bereich der Amtsvormundschaft hatte - andererseits auch abhängig u. a. von Größe und Strukturen der jeweiligen Verwaltung in den Jugendämtern. Eine Spezialisierung des Amtsvormundes wird sich, je intensiver sich diese gestaltet, auf die gegebene bzw. angestrebte Struktur in seinem Arbeitsbereich, wohl aber auch auf die Struktur im Jugendamt insgesamt auswirken. Mit wachsender Spezialisierung kann sich für den Amtsvormund i. d. R. auch die Gefahr von auftretenden Zielkonflikten minimieren.

#### Amtsvormundschaften- und Amtspflegschaften als alleinige Aufgabenstellung

In dieser Form ist aus Sicht des Mündels die Idealform der Zuständigkeitsausformung eines Amtsvormundes erreicht. Eine Spezialisierung ermöglicht die Vertiefung von Kenntnissen in folgenden Bereichen:

- Psychologie, Sozialpädagogik und Soziologie
- Gesprächsführung
- Spezielle und umfassende Rechtskenntnisse (z.B. SGB, OEG usw.)
- Jugendhilfeangeboten und deren Inhalte und Qualität

Fazit:

Die Frage der Spezialisierung und mithin die Entscheidung für eine Organisationsform wird sich ausrichten an:

- rechtlichen Vorgaben
- personellen Ressourcen (z. B. kollegiale Vertretung)
- Organisationsstrukturen (Außenstellen)

### **3. Qualifikation des Amtsvormundes**

Es ist unerlässlich, dem Mündel eine qualifizierte, erfahrene Person als Amtsvormund zur Seite zu stellen. Die Mitarbeiter müssen Fachkräfte sein, die eine für diese Aufgaben entsprechende Ausbildung haben, sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen.

#### **3.1. Rechtliche Anforderungen**

Im Rahmen der Organisationshoheit bestimmen die öffentlichen Träger der Jugendhilfe eigenständig über die personelle Ausstattung der Jugendämter.

Durch die Neufassung des § 55 Abs. 2 SGB VIII, die zum 05.07.2012 in Kraft treten wird, sind die Träger der Jugendhilfe in ihrer Eigenständigkeit insoweit eingeschränkt, dass vom Gesetzgeber eine Fallzahlbegrenzung festgeschrieben wurde.

Nach § 72 SGB VIII sind hauptberuflich nur Personen zu beschäftigen, "die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder aufgrund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgabe zu erfüllen".

#### **3.2. Persönliche Eignung / Anforderung**

Neben den fachlichen und rechtlichen Anforderungen ist auch das Kriterium der "persönlichen Eignung" der zum Amtsvormund bestellten Person als Eignungskriterium zu beachten. Die bestellten Personen müssen durch eine entsprechende Grundeinstellung und persönliche Lebenserfahrung die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben gewährleisten. Dazu gehören insbesondere:

##### Kooperationsbereitschaft

Im Interesse des Kindes oder Jugendlichen ist es unbedingt notwendig mit Fachkräften, Eltern oder anderen Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen zusammenzuarbeiten. Nur so ist sichergestellt, dass alle für die Entwicklung und Förderung des Mündels notwendigen Informationen in die Entscheidungsfindung mit einfließen können.

### Flexibilität

Handlungsstrategien und Problemlösungskonzepte müssen flexibel an der Persönlichkeit, den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen ausgerichtet sein, bzw. angepasst werden. Hier ist es von besonderer Bedeutung, dass jedes Mündel eine andere Geschichte hat und deshalb auch keine Entscheidungen nach vorgegebenen Mustern getroffen werden können.

### Physische und psychische Belastbarkeit

Durch die Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen in schwierigen Lebensverhältnissen kommt es immer wieder zu Frustrationserlebnissen unterschiedlichster Art. Diese müssen vom Amtsvormund ausgehalten und verarbeitet werden. Es müssen trotzdem und immer wieder neue Denk- und Handlungsansätze erarbeitet werden, um die Entwicklung des Mündels zu fördern. Es müssen belastende Situationen ausgehalten und damit umgegangen werden, z. B. massive Anfeindungen Dritter (durch Eltern, Presse, Politik). Der Amtsvormund "muss immer präsent sein". Nachdem die meisten Amtsvormünder neben dieser Tätigkeit auch weitere Aufgabenbereiche abdecken müssen, entsteht durch die Arbeitsbelastung ein erheblicher Druck, der ausgehalten werden muss.

### Verantwortungsbereitschaft

Vom Amtsvormund sind als gesetzlichem Vertreter der Kinder oder Jugendlichen Entscheidungen in wichtigen Lebensfragen der Mündel zu treffen. Der Amtsvormund muss sich bewusst sein, dass die Entscheidungen die zukünftige Entwicklung der Kinder oder Jugendlichen erheblich beeinflussen. Dieser Verantwortung muss sich der Amtsvormund bei allen Entscheidungen, die von ihm alleinverantwortlich getroffen werden, immer wieder vor Augen führen, da ansonsten eine verantwortliche Führung der Amtsvormundschaft nicht möglich ist.

### Respekt vor der Person des Kindes oder Jugendlichen

Grundsätzlich ist die Wertschätzung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen die Basis zur qualifizierten Führung der Amtsvormundschaft. Der Amtsvormund sollte sich nicht an den Defiziten, sondern an den beim Mündel vorhandenen Kompetenzen orientieren. Stärkung der Persönlichkeit und Gestaltung eines für das jeweilige Mündel entwicklungsfördernden Umfeldes stehen im Vordergrund.

Die Herkunftsfamilie sollte unter Würdigung ihrer Ressourcen und Kompetenzen einbezogen werden.

### Entsprechendes und glaubwürdiges (kongruentes) Verhalten

Da die Entscheidungen im Regelfall wichtige Lebensfragen des Mündels betreffen, sind die Kinder oder Jugendlichen entsprechend ihrem Alter und der geistigen Entwicklung an den Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Die Entscheidungen sollten offen erfolgen und für alle Beteiligten nachvollziehbar sein.

### Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen

Der Amtsvormund sollte sich seiner persönlichen und fachlichen Grenzen bewusst sein. Er muss in der Lage sein, sich ggf. Beratung und Hilfestellung zu holen.

### **3.3. Anforderungen an die Ausbildung**

Die personelle Ausstattung der Jugendämter wird durch die öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestimmt. Es sollen nach § 72 SGB VIII nur Personen hauptberuflich beschäftigt werden, die sich für diese Aufgaben eignen und eine dieser Aufgaben entsprechende Ausbildung haben. Der Gesetzgeber verwendet ausdrücklich den Begriff der Fachkraft, um die besonderen Anforderungen an die Geeignetheit eines Amtsvormunds hervorzuheben.

Im Vordergrund steht hierbei die Ausbildung mit einem abgeschlossenen Studium im Bereich der Verwaltung oder der Sozialpädagogik. Ein Abschluss in beiden Bereichen wäre optimal.

Fachkenntnisse und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet des Rechts, der Verwaltung, der Pädagogik, Psychologie und Soziologie sind unabdingbar.

Dies gilt ebenso für die Kenntnis von Aufbau- und Ablauforganisationen von Verwaltungen und Gerichten, insbesondere für Familiengerichte.

Besondere Kenntnisse sind im Zivil- und Verwaltungsrecht erforderlich. Hervorzuheben sind dabei die nachstehenden Rechtsbereiche:

- BGB ( Familienrecht, Erbrecht, Unterhaltsrecht )
- FamFG
- ZPO
- SGB, besonders die Teile I, VIII, X
- Allgemeines und besonderes Verwaltungsrecht, z. B. Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht.

Neben spezifischen Kenntnissen in den aufgeführten Rechtsgebieten, muss ein pädagogisches, psychologisches und soziologisches Grundwissen über die Entwicklung und die Erziehung von jungen Menschen vorhanden sein.

Damit deren Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und Interessen erfolgreich erkannt und gefördert werden können, sollen darüber hinaus Kenntnisse

- in der Kommunikationspsychologie
- bei Trennungs- und Verlusterlebnissen von Kindern
- bei sexuellem Missbrauch
- bei Vernachlässigung
- bei Misshandlung von Kindern
- über Schul- und Berufsausbildung

- in ambulanten und stationären erzieherischen und therapeutischen Hilfen für Kinder und Jugendliche

vorhanden sein.

### **3.4. Kollegiale Beratung, Fort- und Weiterbildung, Supervision**

Zur Erarbeitung von Lösungen ist in Einzelfällen die kollegiale Beratung ein wichtiges Element. Durch fachlichen Austausch innerhalb des Kollegenkreises wird sichergestellt, dass die Kompetenzen des Teams zur Geltung kommen und der Amtsvormund nicht zum "Einzelkämpfer" wird. Handlungsmotive und -schritte können gegebenenfalls gemeinsam reflektiert und/oder erarbeitet werden. Jeder Amtsvormund sollte mindestens einmal wöchentlich die Möglichkeit haben, kollegiale Beratung mit mehreren Kollegen in Anspruch zu nehmen. Dies kann auch unter Zuhilfenahme von externer Begleitung geschehen. Die Möglichkeit zur kollegialen Beratung besteht im Anschluss an die wöchentliche Teamsitzung zur Fallverteilung. Die Teilnahme ist verbindlich.

Um die an die Ausbildung und Qualifikation des Amtsvormunds geknüpften Voraussetzungen zu erreichen, zu optimieren und zu aktualisieren, muss der Vormund zur ständigen Fort- und Weiterbildung bereit sein. Soweit nicht vorhanden, müssen Qualifikationen zusätzlich erworben werden. Eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen, die Fragestellungen aus verschiedenen Rechts- und sozialpädagogischen Bereichen, aber auch sonstige spezifische Themen der Vormundschaft zum Inhalt haben, wird vorausgesetzt.

Das Jugendamt ist dafür verantwortlich, den Amtsvormündern die Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen und die notwendigen Geldmittel bereitzustellen. Zur Förderung des Teams sind gemeinsame Fortbildungen mit dem Sozialen Dienst anzustreben.

Durch die Arbeit mit Kindern oder Jugendlichen in schwierigen Lebensverhältnissen kommt es immer wieder zu Belastungen und Konflikten unterschiedlichster Art, z. B. massive Anfeindungen durch Dritte (durch Eltern, Presse, Politik). Diese müssen vom Amtsvormund ausgehalten und verarbeitet werden. Der Amtsvormund muss immer „präsent“ sein d. h. er kann sich nicht zurücknehmen. Zur Belastungsprophylaxe muss daher Supervision zur Verfügung stehen, einerseits, um dem Amtsvormund oder dem Team eine Möglichkeit zu bieten, mit den Belastungssituationen umzugehen, und andererseits, um immer wieder neue Denk- und Handlungsansätze zum Wohl der Mündel zu entwickeln.

## **4. Zielsetzung**

### **4.1. Persönliche Beziehung**

Die Vormundschaftsreform stellt die Praxis vor große Herausforderungen, da sie sich nicht nur auf die Beziehung zum Mündel sondern auf das gesamte sonstige Beziehungsgeflecht erheblich auswirken kann. Dabei ist



immer abzuwägen inwiefern der monatliche Besuch des Vormunds von Pflegeeltern oder Einrichtungen z. B. als Kontrolle empfunden wird und der angestrebten Zielsetzung eher entgegen wirkt. Entscheidet sich der Vormund im Einzelfall längere Besuchsabstände durchzuführen, muss er sich mit der gegenwärtigen Situation des Mündels intensiv auseinandersetzen, Vor- und Nachteile abwägen und mögliche Auswirkungen aufzeigen, um dies auch gegenüber dem Familiengericht nachvollziehbar begründen zu können.

Für den Vormund sind die Kenntnis der Lebensgeschichte des Mündels und eine grundsätzlich wertschätzende Haltung nicht nur dem Mündel sondern auch den Eltern gegenüber von großer Bedeutung. Damit dies erreicht werden kann, muss sich der Vormund intensiv mit seinem Mündel beschäftigen (Beziehungsarbeit), den Willen und die Wünsche des Kindes ernst nehmen, sich mit ihm auseinandersetzen, ihm bei der Durchsetzung seiner Wünsche zur Seite stehen und ihn unterstützen (Bedürfnisbefriedigung). Der Vormund muss in Krisenzeiten präsent sein und zur Konfliktbewältigung aktiv beitragen.

Weiterhin wird für den Vormund immer wichtiger, sich seiner Rolle bewusst zu sein und sich gegenüber den Aufgaben des Sozialen Dienstes abzugrenzen, damit es nicht zu einer Aufgabenvermischung kommt.

Der Amtsvormund soll für sein Mündel die Kontinuität in den Beziehungen außerhalb des Elternhauses darstellen. Andere Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen in Einrichtungen der Jugendhilfe sowie die zuständigen Mitarbeiter des Sozialen Dienstes wechseln während des Bestehens einer Amtsvormundschaft, wie Erfahrungswerte zeigen, häufig. Umso wichtiger ist eine dauerhafte, eigenständige und vertrauensvolle Beziehung zwischen Mündel und Vormund.

Bei dauerhaftem Wechsel des Wohnorts des Kindes oder Jugendlichen in den Zuständigkeitsbereich eines anderen Jugendamts sollte entsprechend den gesetzlichen Regelungen des SGB VIII grundsätzlich eine Abgabe der Amtsvormundschaft erfolgen, da der Amtsvormund für das Mündel vor Ort und damit leicht erreichbar sein muss. Wenn eine Abgabe der Amtsvormundschaft erfolgen sollte, ist es wünschenswert vorher eine Übernahmeanfrage an das künftig zuständige Jugendamt zu richten. Hierbei sollte eine umfassende Information an das örtliche Jugendamt erfolgen. Soweit aufgrund des Entwicklungsstandes und der persönlichen Situation des Mündels ein Erhalt der Beziehung zum bisherigen Vormund wichtig erscheint, soll eine Amtsvormundschaft trotz Wechsels des gewöhnlichen Aufenthalts nach Möglichkeit vom bisherigen Vormund fortgeführt werden.

#### **4.2. Handlungsgrundsätze des Amtsvormunds**

Der Vormund handelt parteiisch für das Kind oder den Jugendlichen. Um seine Interessen angemessen vertreten zu können, ist es erforderlich, seine Biografie, Lebenssituation sowie Bedürfnisse und Interessen zu kennen, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln.

Daraus resultieren die folgenden Grundsätze:

#### Der Amtsvormund

- handelt ausschließlich im Interesse seines Mündels und wahrt die ihm zustehenden Rechte
- schafft und erhält ein gegenseitiges Vertrauensverhältnis
- achtet sein Mündel und bringt ihm Wertschätzung entgegen
- beschafft sich alle notwendigen Kenntnisse über sein Mündel sowie dessen soziale und rechtliche Situation und berücksichtigt die persönliche Biografie seines Mündels
- hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten (§ 1800 BGB)
- pflegt regelmäßige Kontakte zu seinem Mündel (§1793 Abs. 1a BGB)
- steht seinem Mündel als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung
- richtet die Intensität der Beziehungen nach der individuellen Situation seines Mündels aus
- bezieht sein Mündel, aktiv in alle Hilfeplan- und Entscheidungsprozesse ein und prüft, ob der Wille des Mündels mit seinem Wohl vereinbar ist
- wählt eine dem Alter und dem Entwicklungsstand des Mündels entsprechende Gesprächs- und Kommunikationsform und stellt sicher, dass die Entscheidungen und Verwaltungsabläufe durchschaubar und nachvollziehbar für sein Mündel gestaltet werden
- bezieht bei Verständigungs- und/oder Sprachproblemen in Absprache mit dem Mündel eine aus seiner Sicht geeignete Vertrauensperson mit ein
- formuliert Ziele und Notwendigkeiten offen und verständlich
- sichert den Anspruch des Mündels auf Vertrauensschutz
- hält Kontakt zu den Pflegeeltern, Heimen und Fachdiensten, möglichst auch zu Kindergarten, Schule und Ausbildungsstätte, um sich laufend über die Entwicklung seines Mündels zu informieren
- achtet darauf, dass andere Beteiligte die Grundrechte des Kindes nicht verletzen
- erörtert die Bedarfssituation des Mündels mit beteiligten Personen und Stellen. Er kooperiert eng mit den Sozialen Diensten und mit den Mitarbeitern der Wirtschaftlichen Jugendhilfe und anderen Fachdiensten, um alle für sein Mündel erforderlichen Leistungen und Hilfen realisieren zu können

- wird auch bei innerbehördlichen Interessenkollisionen immer die Mündelinteressen vertreten.

### **4.3. Optimierung der Rahmenbedingungen**

Die gesetzlichen Neuerungen im Bereich der Vormundschaften, die in einem ersten Schritt am 06.07.2011 in Kraft getreten sind und zum 05.07.2012 vollständig in Kraft treten werden, verpflichten die Landkreise und Städte mit eigenem Jugendamt, die notwendigen organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Aufgabenstellung des Vormunds und das neue Rollenverständnis sind im Zusammenwirken mit den anderen Fachdiensten des Jugendamts neu zu definieren.

#### Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung

Die Amtsvormünder sind auf eine Kooperation mit anderen Aufgabenbereichen innerhalb des Jugendamts angewiesen. Er braucht detaillierte und umfassende Informationen. Insbesondere eine gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Sozialen Dienstes ist von erheblicher Bedeutung. Der Soziale Dienst vermittelt in der Regel den Erstkontakt mit der Herkunftsfamilie.

Im Zusammenhang mit dem Erstkontakt zur Herkunftsfamilie und damit auch zum Kind oder Jugendlichen ist zu klären, in welcher Form das Kind oder Jugendliche an der Auswahl der Person des Vormundes beteiligt werden kann, wie dies vom Gesetzgeber ab Juli 2012 vorgeschrieben ist.

An der Schnittstelle Sozialer Dienst / Amtsvormundschaft ist eine klare Trennung der Aufgaben erforderlich, um Interessenkollisionen, Überschneidungen und damit Konflikte zu vermeiden. Eindeutige und unmissverständliche Kooperationsvereinbarungen zwischen der Amtsvormundschaft und dem Sozialen Dienst innerhalb eines Jugendamtes sind unerlässlich. Dabei ist insbesondere dem Umstand Rechnung zu tragen, dass der Vormund, unabhängig von den weiterhin bestehenden Aufgaben des Sozialen Dienstes, die Pflege und Erziehung des Mündels zu fördern und zu gewährleisten hat.

Der Amtsvormund als Inhaber der elterlichen Sorge (§ 7 Abs. 1 Nr. 5 SGB VIII) ist Anspruchsberechtigter für Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff SGB VIII. Er tritt hier als Antragsteller und somit Interessenvertreter des Kindes oder Jugendlichen auf und hat sicherzustellen, dass die Rechte des Kindes oder Jugendlichen gewahrt werden.

Die Aufgabe des Amtsvormunds als Antragsteller für Hilfen zur Erziehung erfordert eine Trennung der Führung der Amtsvormundschaft von der Stelle, die über die Gewährung der Hilfe entscheidet und den Leistungsbescheid zustellt.

Das SGB VIII ist Bestandteil des Sozialgesetzbuches. Aus diesem Grunde sind auch die Vorschriften des SGB I (Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil) und des SGB X (Sozialgesetzbuch Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz) anzuwenden. Nach § 16 SGB X dürfen Personen, die im Verwaltungsverfahren als Beteiligte auftreten, an Entscheidungen in diesem Verfahren nicht beteiligt sein. Der Vormund als Antragsteller auf Hilfen zur Erziehung ist Verfahrensbeteiligter. Damit trifft den Amtsvormund das Mitwirkungsverbot im Sinne der genannten Vorschrift. Rechtlich sind beide Aufgabenbereiche bereits dadurch getrennt, dass die Hilfen zur Erziehung zu den "Leistungen der Jugendhilfe" nach § 2 Abs. 2 SGB VIII und die Vormundschaften zu den "Anderen Aufgaben der Jugendhilfe" nach § 2 Abs. 3 SGB VIII gehören.

### Fachlicher Austausch in Teams

Um die beruflichen Aufgaben im Rahmen der Führung einer Amtsvormundschaft verantwortlich erfüllen zu können, ist regelmäßiger fachlicher Austausch zwischen den Amtsvormündern einerseits und den anderen Fachdienste im Jugendamt notwendig.

Regelmäßig wöchentlich sollten Einzelfallbesprechungen mit allen Amtsvormündern stattfinden. Empfehlenswert wäre, in diesen Besprechungen auch die Neufälle zu verteilen.

Durch die immer umfassendere und umfangreichere Betreuung der Mündel ist Selbstevaluation im Rahmen einer Supervision für die Sachbearbeiter unbedingt erforderlich.

### Fallzahlbemessung

Mit der Fallzahlbegrenzung nach § 55 Abs. 2 SGB VIII soll angestrebt werden, dass einerseits der Vormund den intensiven Kontakt zu seinem Mündel sicherstellt und andererseits der Vormund seiner Verantwortung zur Pflege und Erziehung gerecht wird.

In der Praxis wird es deutlich, dass es schwierig sein wird bei einer Fallzahl von 50 den Anspruch eine persönliche Beziehung aufzubauen und gleichzeitig Maßnahmen zur Förderung der Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen zu gewährleisten.

## **5. Schlussbemerkungen**

Bei vielen der Jugendämter in Baden-Württemberg erfolgt die Bearbeitung der Amtsvormundschaften im Rahmen sog. Mischarbeitsplätze d. h. es sind neben den Amtsvormundschaften auch weitere Arbeitsgebiete (Beistandschaften, Pflegerschaften, Beurkundungen und Beratungen) wahrzunehmen.

Mit den jetzt in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen und Neuregelungen setzt in den Jugendämtern eine Diskussion darüber ein, ob weiterhin an den Mischarbeitsplätzen festgehalten werden kann. Die inhaltliche Neuausrichtung

der Aufgaben des Amtsvormunds muss mittel- bis langfristig zwangsläufig zu einer Trennung der Aufgaben führen.

In der bisherigen Organisationsform ist die Anzahl der Beistandschaften wesentlich höher als die der Vormundschaften pro Mitarbeiter. Durch das Festhalten an dem bisher vorrangigen Mischarbeitsplatzes führt die hohe Erwartungshaltung der beauftragenden Elternteile einerseits, sowie der erweiterte Verantwortungsbereich für den Amtsvormund zu erheblichen Spannungen bei der alltäglichen Aufgabenbewältigung.

In Städten wie Mannheim gibt es seit 2001 eine spezialisierte Wahrnehmung des Aufgabengebietes Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft. Dies hat sich bewährt. Eine umfangreiche Kenntnis von Einrichtungen der Jugendhilfe, von Pflege- und Erziehungsstellen sowie der sie begleitenden Dienste, hat zu einer erhöhten Kompetenz bei der Auswahl der Hilfen und der Mitwirkung in der Hilfeplanung geführt. Der häufige Kontakt mit den Familiengerichten gibt Sicherheit im Auftreten und eine verbesserte Akzeptanz. Die Konzentration auf Amtsvormundschaften, unbelastet von anderen Aufgaben, führt dazu, dem vom Gesetzgeber vorgegebenen neuen Rollenverständnis eines Amtsvormunds gerecht zu werden.

Die Zuteilung der Amtsvormundschaften auf die einzelnen Mitarbeiter erfolgt nach unterschiedlichen Grundsätzen, wobei zunehmend festzustellen ist, dass die Jugendämter das reine Buchstabenprinzip bzw. das reine Regionalprinzip verlassen und neue Verteilungsgrundsätze anwenden. Dabei sollte auf die Eigenheiten des Einzelfalls, eine Spezialisierung und die Fallbelastung der Mitarbeiter geachtet werden.

Die Führung der Amtsvormundschaften ist eine Pflichtaufgabe der örtlichen Jugendämter nach § 2 Abs. 3 SGB VIII. Die Ausgestaltung dieser Pflichtaufgabe unterliegt der Entwicklung von Standards, die in den bisherigen Ausführungen beschrieben werden.

Die gesellschaftliche Entwicklung zeigt eine Zunahme an Eingriffen in die elterliche Sorge. Dieser Entwicklung hat der Gesetzgeber mit den jetzt in Kraft getretenen Änderungen und Neuerungen im Vormundtschaftswesen Rechnung getragen. Jetzt gilt den Arbeitsbereich der Amtsvormundschaften in den Jugendämtern mit ausreichend Personal auszustatten.

In den Jugendämtern in denen die Vormundschaften bisher ausschließlich von Beamten des gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienstes wahrgenommen wurden, ist die Ergänzung des Teams der Vormünder durch sozialpädagogische Fachkräfte empfehlenswert.

**Mit der Reform des Vormundschaftsrechts sind langgelegte Forderungen und Rahmenbedingungen geschaffen worden, die es nun in der Praxis mit Leben zu erfüllen gilt. Allerdings ist zu hoffen, dass diesem ersten Schritt weitere gesetzgeberische Schritte folgen werden.**

Diese Aufgabenbeschreibung wurde von der Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften (AG AV/AP BaWÜ) erstellt. Die Arbeitsgruppe wurde auf Anregung des Facharbeitskreises der Fachbereichs- bzw. Sachgebietsleiter/innen BPV bzw. BAV der Stadt- und Kreisjugendämter in Baden-Württemberg gebildet.

Der Landesarbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften Baden-Württemberg gehören an:

Claudia Brendle	Stadt Villingen-Schwenningen
Klaus Budeck	Stadt Mannheim
Susanne Cope-Link	Stadt Heilbronn
Irmgard Hader	Landratsamt Biberach
Hans Peter Kirgis	Landratsamt Rems-Murr-Kreis in Waiblingen
Diethelm Mauthe	Landratsamt Esslingen
Beate Mitschke	Landratsamt Ostalbkreis in Aalen
Peter Nied	Landeshauptstadt Stuttgart
Monika Peinel	Stadt Ulm

## **Pflegschaft als „Teil-Sorge“: Kooperation und Konflikt zwischen Eltern und Pfleger/in**

Prof. Dr. Helga Oberloskamp, Bonn (Bericht)

Reinhard Prenzlau, BAG Verfahrensbeistandschaft/Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche e. V., Garbsen

### **Inhaltsübersicht**

1. Elterliche Sorge
2. Ersatzrechtinstitute der Vormundschaft und Pflegschaft
  - 2.1. Vormundschaft
  - 2.2. Pflegschaft
3. Kategorien von Pflegschaft
  - 3.1. Einheitsbegriff
  - 3.2. Vier Funktionen mit vier Kategorien
    - Ergänzungspflegschaft
    - Personensorgerechtpflegschaft
    - Ersatzpflegschaft
    - Pflegepersonenpflegschaft
4. Verfahren der Reduzierung des Sorgerechts und der Pflegerbestellung
  - 4.1. Einrichtung des Instituts der Pflegschaft und der Bestellung des Pflegers
  - 4.2. Pfleger bei automatischem „Loch“
  - 4.3. Pfleger bei gerichtlich verursachtem „Loch“
5. § 1796
6. § 1666
7. § 1630 III
  - 7.1. Familienrichter oder Rechtspfleger
  - 7.2. Pflegerauswahl
8. Die automatische Rechtsmacht von Pflegepersonen
  - 8.1. Voraussetzungen
  - 8.2. Umfang der Kompetenzen
9. Einzelfragen bei Vorhandensein eines Pflegers
  - 9.1. Umfang der Pflegschaft hinsichtlich Gegenständen (Aufgabenkreise)
  - 9.2. Umfang der Pflegschaft hinsichtlich Zeit (unbefristet – befristet)
  - 9.3. Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts und Belassung in der elterlichen Familie

## Ausführungen

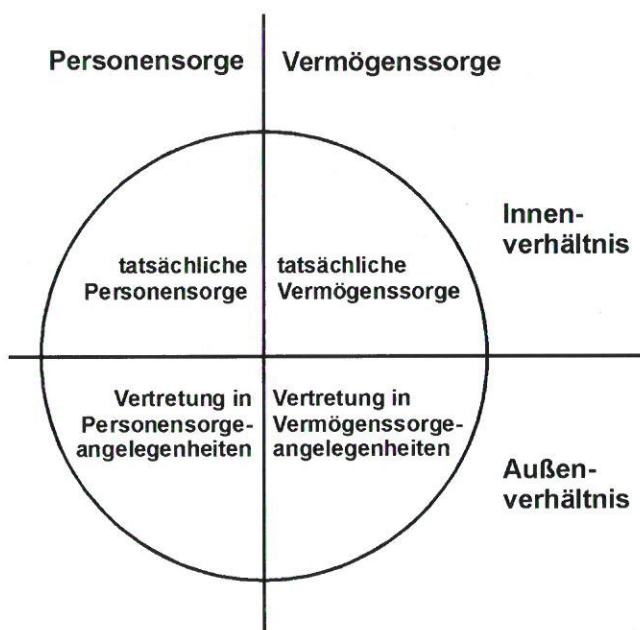
### 1. Elterliche Sorge

Wie Ihnen allen bekannt und wie auch die Überschrift noch einmal verdeutlicht, ist Pflegschaft ein Teil der elterlichen Sorge (e.S.). Traditionell wird die e.S. als Kreis dargestellt, der nach den Vorgaben des Gesetzes (§§ 1626 I, 1629 I 1 BGB) aus vier Teilen besteht:

- der Personensorge und der Vermögenssorge, die jeweils wieder
- in einen tatsächlichen und einen rechtlichen Teil zerfallen.

Die tatsächliche Sorge betrifft das faktische Innenverhältnis Eltern – Kind, die rechtliche Sorge oder Vertretung das juristische Außenverhältnis Kind – Dritter.

### Elterliche Sorge und Vormundschaft



Innerhalb dieses Kreises und damit auch innerhalb jedes Viertels sind Einzelbestandteile der e.S. (Rechte und Pflichten) angesiedelt, die das Gesetz nirgendwo abschließend aufzählt und die folglich auch nicht statisch und ein für alle Mal festliegend sind. Vielmehr können sie sich – neben den seit Jahrzehnten bekannten - aus den gesellschaftlichen Gegebenheiten neu entwickeln oder aufgrund von rechtlichen und sozialen Verschiebungen aus einem Schattendasein auf einmal ins Rampenlicht



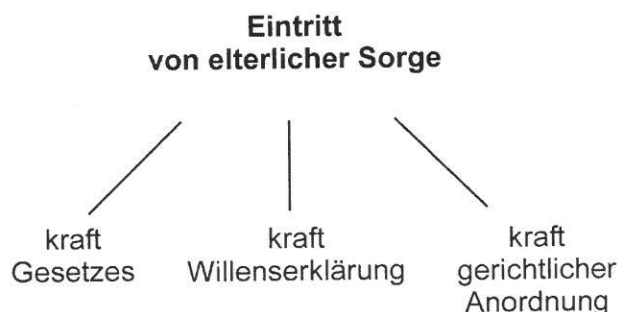
rücken. So hat die Jugendhilfepraxis z.B. 1991 nach Inkrafttreten des SGB VIII das Recht, erzieherische Hilfe zu beantragen (§ 27 SGB VIII), neu entdeckt. Es vergeht dann immer eine gewisse Zeit, bis auch die Gerichte hiervon Kenntnis nehmen und das Pflichtrecht in ihre Rechtsprechung einbeziehen.

Folgende Rechte lassen sich im Sektor Personensorge u.a. feststellen:

- Pflege
- Gesundheitsfürsorge
- Erziehung
- Beaufsichtigung
- Aufenthaltsbestimmung
- Umgangsbestimmung
- Herausgaberecht
- Namengebungsrecht
- Religionsbestimmungsrecht
- Datenpreisgaberecht
- mediales Verwertungsrecht
- Schwangerschaftsabbruchsrecht.

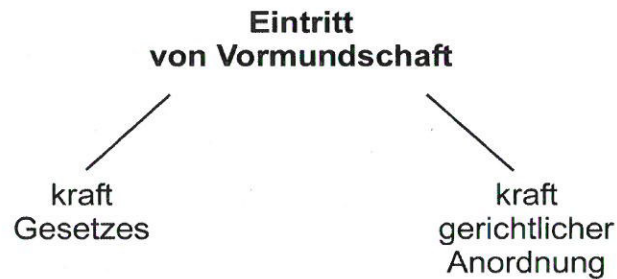
Das Gesetz, das besonders in § 1631 I einige dieser Rechte namentlich aufzählt, kennzeichnet die offene, nicht abschließende Benennung durch das Wort „insbesondere“. Dieses Wort bedeutet in der Rechtssprache, dass die genannten Bestandteile keine sind, die besondere im Sinne von herausragende Bedeutung haben, sondern vielmehr dass es sich um eine beispielhafte Aufzählung handelt, die beliebig ergänzt werden kann.

E. S. entsteht – so wie Rechte in unserer Rechtsordnung schlechthin – entweder kraft Gesetzes oder kraft Willenserklärung. Darüber hinaus kann sie – wie viele andere Familienrechte – auch durch richterliche Anordnung begründet werden.



## 2. Ersatzrechtinstitute der Vormundschaft und Pflegschaft

2.1 Der e.S. in ihrer Gänze entspricht das **Rechtsinstitut der Vormundschaft**. Ein Vormund hat alle Befugnisse und Pflichten, die Eltern haben (§ 1773 I Alt.1 BGB), oder zumindest die komplette gesetzliche Vertretung (§ 1773 I Alt.2 BGB). § 1793 I 1 BGB spricht dies ausdrücklich aus, indem er auf die §§ 1626, 1629 BGB verweist. Allerdings kann Vormundschaft nicht kraft Willenserklärung begründet werden.



Der Hauptfall des Entstehens der Vormundschaft kraft Gesetzes ist die Amtsvormundschaft für eine minderjährige nicht verheiratete Mutter, Hauptfälle der Entstehung kraft Anordnung nach Entzug des Sorgerechts oder nach Tod der Eltern.

2.2 Das **Rechtsinstitut der Pflegschaft** ist vorgesehen für Fälle, in denen die e.S. nur teilweise nicht ausgeübt werden kann, wobei es gleichgültig ist, um welchen Teil es sich handelt. Die heute im Gesetz vorhandene Pflegschaft entsteht nur noch durch richterliche Anordnung, nicht mehr – wie vor 1998 – kraft Gesetzes und schon gar nicht aufgrund Willenserklärung, selbst dann nicht, wenn Eltern Teile der e.S. freiwillig an Pflegeeltern abgeben (§ 1630 III BGB).

### Eintritt von Pflegschaft

kraft  
gerichtlicher  
Anordnung.

Einen Hauptfall der Anordnung von Pflegschaften gibt es wohl nicht, die Anlässe hierfür sind zu unterschiedlich. Es lassen sich allerdings Kategorien bilden. Mit diesen möchte ich mich im Folgenden auseinandersetzen.

### 3. Kategorien von Pflegschaften

3.1 Das Gesetz benutzt keine unterschiedlichen Begriffe für die verschiedenen Konstellationen, in denen eine Pflegschaft nötig wird. Es spricht einfach von Pflegschaft. Als eigenständiges Rechtsinstitut kommt sie im 4. Buch des BGB, d.h. dem Familienrecht, im Abschnitt 3 (Vormundschaft, Rechtliche Betreuung, Pflegschaft) vor, den man mit „Staatliche Rechtsfürsorge“ überschreiben könnte, und wird dort im Titel 3 in den §§ 1909 – 1921 behandelt. Hier sind auch in den Überschriften (die an dieser Stelle tatsächlich der Gesetzgeber gemacht hat, die also, wie wir sagen, authentisch sind) charakterisierende Wörter vorhanden wie „Ergänzungspflegschaft“, „Abwesenheitspflegschaft“, „Pflegschaft für eine Leibesfrucht“ etc. An anderen verstreuten Stellen im Gesetz kommt nur das Wort Pfleger vor, z.B. in § 1630 BGB. Vielleicht lässt sich eine Kategorisierung je nach unterschiedliche Funktionen von Pflegschaften feststellen.

3.2 Ich persönlich finde im Minderjährigenbereich, und nur der interessiert uns hier, vier Kategorien, wobei – wie häufig – die letzte keine einheitliche ist, sondern ein gewisses Sammelsurium in sich vereinigt.

- Die erste ist die Pflegschaft, die in einem Einzelfall nötig wird, weil die Sorgeberechtigter in einer bestimmten Angelegenheit nicht tätig werden können. Diese Pflegschaft ist ganz punktuell und in der Regel zeitlich sehr überschaubar. Hier scheint es gerechtfertigt zu sein, von **Ergänzungspflegschaft** zu sprechen, weil der Pfleger die Rechtsmacht der Eltern, die in einem bestimmten Sektor sozusagen gelähmt ist (so Brüggemann), ergänzt. Ihre Rechtsgrundlage ist § 1909 I 1 BGB.
- Die zweite ist eine Pflegschaft, deren zeitliche Dauer völlig ungewiss ist und die sich oft auf ganze Bereiche bezieht, in denen keine genau vorhersehbaren Einzelaktionen anstehen. Hier von Ergänzungspflegschaft zu sprechen, ist zwar nicht falsch, aber wenig hilfreich. Eindeutiger wäre etwa Sorgerechts-, noch genauer **Personensorgerechtspflegschaft**. Allerdings sind dann die Ausschnitte, auf die sich die Pflegschaft bezieht, nicht ohne weiteres erkennbar. Ihre Rechtsgrundlage ist wohl auch § 1909 I 1 BGB.
- Die dritte Pflegschaft, die das Gesetz sehr eindeutig beschreibt, ist die sog. **Ersatzpflegschaft**. Sie kann angeordnet werden in Fällen, in denen zweifelsfrei ein Vormund benötigt wird, seine Bestellung aber noch längere Zeit beanspruchen



wird. Hier kann zur zeitlichen Überbrückung ein Pfleger bestellt werden, der das Nötigste regeln soll. Ihre Rechtsgrundlage ist § 1909 III BGB.

- Die vierte Kategorie von Pflegschaften betrifft keine echte Pflegschaft. Sie bezieht sich eindeutig nur auf Pflegeeltern oder Pflegepersonen und könnte daher **Pflegepersonenpflegschaft** heißen, was aber weder sprachlich schön noch inhaltlich richtig ist. Sie kommt in zwei Varianten vor; dem § 1630 III BGB („Die Pflegeperson hat die Rechte und Pflichten eines Pflegers.“) und dem § 1688 I BGB („... die Pflegeperson (ist) berechtigt, in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu entscheiden sowie den Inhaber der elterlichen Sorge in solchen Angelegenheiten zu vertreten“). Im ersten Fall hat die Ersatzperson oder -institution nur die Rechte eines Pflegers, ist aber kein Pfleger. Im zweiten Fall ist die Pflegeperson nicht Pfleger des Kindes, sondern kraft Gesetzes Bevollmächtigter der sorgeberechtigten Eltern.

#### 4. Verfahren der Reduzierung des Sorgerechts und der Pflegerbestellung

4.1 Die Pflegschaften der ersten drei Kategorien und die Pflegepersonenpflegschaft des § 1630 III sind Pflegschaften, bei denen man scharf zwischen der **Einrichtung des Instituts** der Pflegschaft und der **Bestellung des Pflegers** unterscheiden muss. Zur Verdeutlichung kann man wieder unseren Kreis der e.S. bemühen, den ich persönlich immer als Kuchen bezeichne. Bevor eine Person ausgesucht und mit bestimmten Aufgaben betraut wird, muss den Eltern zuvor etwas weggenommen werden. Aus ihrem Kuchen der e.S. wird ein Kuchenstück – warum auch immer – herausgeschnitten. Erst wenn dies geschehen ist, kann das entstandene Loch wieder mit einer Person oder Institution, die die weggefallenen Funktionen übernimmt, aufgefüllt werden. Das Herausschneiden des Kuchenstücks kann kraft Gesetzes oder kraft gerichtlicher Feststellung geschehen.

4.2 Wenn wir die Ersatzpflegschaft, die praktisch sowieso kaum vorkommt, einmal außer Betracht lassen, so haben wir als Fall des automatischen Entstehens eines Lochs den § 1795 BGB. Ihm zufolge sind die Eltern und der Vormund in einer Reihe von Fällen außerstande, das Kind zu vertreten, nämlich bei Rechtsgeschäften zwischen dem Kind und nahen Angehörigen des Vormunds.

*Beispiel:* Das Kind erbt ein Haus. Der Vormund des Kindes kann das Haus nicht an seinen Ehegatten verkaufen.

Diese rechtliche Unmöglichkeit tritt ein, ohne dass ein Gericht sie aussprechen müsste. Das Gesetz unterstellt einfach, dass der Vormund sich in einem Interessenkonflikt befindet, egal ob das wirklich so ist oder nicht. Es nimmt an, dass der Vormund nicht gleichzeitig die Interessen seiner Ehefrau und des Kindes wahrnehmen kann. Daher ist das trotzdem vorgenommene Rechtsgeschäft nichtig. Es

kann gerettet werden, wenn anstelle der Eltern ein **Ergänzungspfleger** ausgewählt und bestellt wird.

4.3 In allen anderen Fällen der Notwendigkeit eines Pflegers ist zunächst durch das Gericht ein Kuchenstück aus dem Kuchen der e.S. herausgeschnitten worden. Das trifft zu für die Fälle

- des § 1796 BGB
- des § 1666 BGB sowie
- des 1630 III BGB.

a) Anders als im Fall des § 1795, der Rechtsgeschäfte bei einer abstrakten Interessenkollision unmöglich macht, erfordert der § 1796 BGB eine konkrete Interessenkollision. Er stellt jedoch nicht auf Rechtsgeschäfte ab, sondern meint eine irgendwie geartete Interessenkollision.

*Beispiel:* Der Stiefvater will das durch seine ledige Mutter gesetzlich vertretene Kind adoptieren. Die Adoption ist kein Rechtsgeschäft, deshalb ist § 1795 nicht anwendbar. Nach § 1796 kann die Mutter nur dann nicht für das Kind handeln, wenn eine konkrete Interessenkollision vorliegt. Das wäre etwas dann der Fall, wenn der 10jährige Junge vom Stiefvater nicht adoptiert werden will, die Mutter die Adoption aber möchte, um zu verbergen, dass das Kind von einem anderen Mann stammt.

In diesem Fall muss das Gericht zunächst die konkrete Interessenkollision feststellen und aussprechen, dass die Mutter nicht für das Kind handeln kann. In einem zweiten Schritt kann ein Pfleger bestellt werden, der dann entscheidet, ob er als gesetzlicher Vertreter des Kindes in dessen Adoption durch den Stiefvater einwilligt.

b) Ähnlich verhält es sich mit § 1666 BGB. In einem ersten Schritt stellt das Gericht fest, dass das Kind im Bereich der Gesundheitsfürsorge gefährdet ist und die Eltern nichts zur Abwendung der Gefahr unternehmen. Es entzieht den Eltern daher insoweit die e.S.. Anschließend bestellt es für diesen Bereich einen Pfleger.

c) In § 1630 III BGB schließlich sind auch diese zwei Schritte vorhanden, wenn sie auch nicht so deutlich werden. Zunächst geben die leiblichen Eltern Teile der elterlichen Sorge frei, sodann überträgt das FamG diese auf die Pflegeperson.

4.4 In den Fällen, in denen die Plegschaft kraft gerichtlicher Anordnung eintritt, ist zu prüfen, welches Rechtspflegeorgan - **Familienrichter oder Rechtspfleger** - funktionell zuständig ist. Die Abgrenzung der Zuständigkeiten findet sich im RPflG, das in Familiensachen grundsätzlich den Rechtspfleger zuständig sein lässt. Untersteht



die Angelegenheit allerdings dem sog. Richtervorbehalt, so kann § 14 die Angelegenheit doch wieder dem Richter übertragen.

a) Im Fall des § 1796 BGB entscheidet der Rechtspfleger über das Vorliegen der Interessenkollision, und ggfs. wählt er einen Pfleger aus und bestellt ihn.

b) Im Fall des § 1666 BGB entscheidet der Richter über die Kindeswohlgefährdung und den Eingriff in das Sorgerecht (§ 14 I Nr. 2 RPflG). Er darf auch schon den Pfleger auswählen. Der Rechtspfleger wählt einen Pfleger aus, wenn dies der Richter nicht getan hat, und in jedem Fall bestellt er ihn.

c) Im Fall des § 1630 III BGB entscheidet der Richter über die Übertragung des Sorgerechts auf die Pflegeeltern (§ 14 I Nr. 4 RPflG). Da als neue Teil-Sorgeberechtigte nur die Pflegeeltern in Betracht kommen, gibt es keine Auswahl und Bestellung.

4.5 In den Fällen, in denen ein **Pflegerauswahl** ist, hat der Rechtspfleger die Wahl zwischen

- ehrenamtlichem Einzelvormund
- professionellem Einzelvormund
- Vereinsvormund
- Amtsvormund.

Wie diese Möglichkeiten sich zueinander verhalten, ist nicht Thema unserer Arbeitsgruppe.

## 5. Die automatische Rechtsmacht von Pflegepersonen

5.1 Anders als alle bisher erörterten Fälle, in denen das Gericht prüft und entscheidet, treten die Rechte und Pflichten von Pflegepersonen in § 1688 kraft Gesetzes ein, sofern die entsprechenden **Voraussetzungen** erfüllt sind: Diese sind:

a) Ein Kind lebt in Familienpflege (Abs. 1) oder Einrichtung (Abs. 2). Hier kommt es nur auf den faktischen Zustand der Pflege an, rechtliche Erfordernisse wie Pflege-erlaubnis oder dgl. sind bedeutungslos, solange es sich nicht um einen sorgeberechtigten Elternteil handelt.

b) Das Kind lebt dort längere Zeit. Wann dies vorliegt, lässt das Gesetz offen. Die Praxis nimmt eine längere Zeit spätestens an, wenn das Kind die Hälfte seines Lebens dort lebt. Der Zeitraum kann jedoch bei diversen Widrigkeiten im Leben des Kindes auch durchaus kürzer sein.

c) Die sorgeberechtigten Eltern haben nichts anderes erklärt (Abs.3).

5.2 Der **Umfang der Kompetenzen** der Pflegeperson ergibt sich aus dem Begriff der „Angelegenheiten des täglichen Lebens“ (AtL), den auch § 1687 BGB verwendet. Dort dient er dazu, die Rechtsmacht zwischen Elternteilen, die trotz Trennung ein gemeinsames Sorgerecht ausüben, klarzustellen. In AtL entscheidet der obhutsberechtigte Elternteil allein, in allen anderen Fällen die Eltern gemeinsam (§§ 1627, 1628 BGB). Ebenso soll es zwischen sorgeberechtigten Eltern und Pflegeperson sein. Letztere entscheidet in AtL allein, ansonsten die Eltern. § 1687 versucht zu klären, was AtL sind: es sind in der Regel solche Angelegenheiten, die häufig vorkommen und die keine schwer abzuändernden Auswirkungen auf die Entwicklung des Kindes haben (Abs. 1 Satz 3).

## **6. Einzelfragen bei Vorhandensein eines Pflegers**

### **6.1 Umfang der Pflegschaft hinsichtlich Gegenständen (Aufgabenkreise)**

In den §§ 1795, 1796 BGB ergibt sich der Aufgabenkreis von alleine. Im Umfang der Interessenkollision ist die Pflegschaft nötig.

Im Fall des § 1666, der uns in dieser Veranstaltung wohl am meisten bewegt, ist es Aufgabe des Jugendamtes, dem Gericht einen entsprechenden Vorschlag zu machen (§ 50 SGB VIII). Er muss dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Das bedeutet nicht zwingend, dass der Aufgabenkreis möglichst klein sein muss. Mit ihm muss es dem Pfleger möglich sein, vernünftig im Interesse des Pflegelings tätig zu werden, ohne ständig das Gericht erneut anzurufen.

In der Konstellation des § 1630 III hängt der Aufgabenkreis vom Willen des Sorgerechtsinhabers ab. Von diesem Willen kann das Gericht allerdings abweichen und ein Weniger übertragen.

Zum Umfang der Befugnisse bei § 1630 III ist schon etwas gesagt worden. In Abweichung von den AtL können die Eltern der Pflegeperson weniger Kompetenzen einräumen. Dies gilt nicht bei § 1632 IV BGB. Hier kann nur der Richter den Zugschnitt verändern (§ 1688 IV BGB).

### **6.2 Umfang der Pflegschaft hinsichtlich Zeit (unbefristet – befristet)**

Die Fälle der §§ 1795, 1796 können wieder vernachlässigt werden. Die Pflegschaft erschöpft sich, wenn die Angelegenheiten, für die die Pflegschaft angeordnet worden ist, erledigt sind.

Anders ist es bei § 1666. Hier ist es gerichtliche Praxis, keine Befristungen vorzusehen. Unter erzieherischen Gesichtspunkten ist dies sehr ungeschickt. Eine Befris-

tung wäre besser, auch um den Eltern eine Perspektive einzuräumen. Es sollte darüber nachgedacht werden, wie bei der Betreuung immer zu befristen und auch Höchstfristen im Gesetz vorzusehen.

Im Fall des § 1630 III hängt die zeitliche Vorgabe nur am Willen der sorgeberechtigten Eltern. Wenn sie Ihre Kompetenzen zurück wollen, wird sie der Richter im Normalfall zurück übertragen müssen. Hält der dies für schädlich für ein Kind, muss er auf ein Verfahren nach § 1666 „umsteigen“.

In der Konstellation des § 1688 ist die Dauer der Befugnisse der Pflegeperson an die Fremdunterbringung geknüpft.

### 6.3 Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts und Belassung in der elterlichen Familie

In der Praxis findet man nicht selten das Vorgehen, dass ein Kind auch nach Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts in seiner elterlichen Familie belassen wird. Rechtlich ist dies ohne weiteres möglich. Wenn man dieses Recht hat, so bedeutet dies ja gerade, dass man entscheidungsbefugt ist und keinesfalls verpflichtet ist, das Kind herauszunehmen. Wiederum als erzieherische Maßnahme kann es sinnvoll sein, den Eltern sozusagen eine letzte Chance zu geben. Fraglich ist, ob das Gericht die Verpflichtung aussprechen könnte, das Kind woanders unterzubringen.



## Arbeits- und Orientierungshilfen

# Qualitätsstandards für Vormünder



### Leistungsprofil des Amtsvormundes

### Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Einzelvormündern

### Beteiligung des Mündels

### Entlassungsantrag gem. § 87c Abs. 3 SGB VIII, Aktenübergabe und Datenschutz

### Namensänderung bei Pflegekindern

### Öffentlichkeitsarbeit

### Aufgabenteilung

### Gesetzliche Amtsvormundschaft



Herausgegeben von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Das Leistungsprofil des Amtsvormundes**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

Auftrag Kindeswohl



Qualität für Menschen

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Das Leistungsprofil des Amtsvormundes**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

**Arbeits- und Orientierungshilfe für eine  
qualifizierte Aufgabenwahrnehmung,  
erarbeitet vom überregionalen Arbeitskreis  
der Amtsvormünder in NRW**



## Inhalt

<b>Vorwort</b>	9
<b>1. Das Wesen der Vormundschaft</b>	13
<b>2. Grundlagen, Führung und Aufgaben der Vormundschaft</b>	19
<b>2.1 Gesetzliche Grundlagen</b>	19
2.1.1 Vormundschaft kraft Gesetzes	19
2.1.2 Vormundschaft kraft richterlicher Anordnung	20
<b>2.2 Führung der Vormundschaft</b>	20
<b>2.3 Aufgaben der Vormundschaft</b>	22
<b>3. Fachliche Qualifikationen</b>	25
<b>3.1 Ausbildung/Fortbildung</b>	25
3.1.1 Ausbildung	25
3.1.2 Fortbildung	26
<b>3.2 Kenntnisse und Erfahrungen</b>	26
3.2.1 Recht und Verwaltung	27
3.2.2 Pädagogik, Psychologie und Soziologie	27
3.2.3 Praxiserfahrungen	28
<b>3.3 Fähigkeiten</b>	28
<b>3.4 Persönliche Grundeinstellungen und Anforderungen</b>	29

<b>4. Qualitätsentwicklung</b>	33
<b>4.1 Strukturqualität: Organisatorische Rahmenbedingungen optimieren</b>	35
4.1.1 Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung	35
4.1.2 Fallzahlbemessung	38
4.1.3 Bildung eines „Fachgremiums Vormundschaften“	39
4.1.4 Fachlicher Austausch in Fachteams (Reflexion / Intervention)	41
<b>4.2 Prozessqualität: Geeignete fachliche Aktivitäten ausbilden</b>	43
4.2.1 Handlungskriterien	43
<b>4.3 Ergebnisqualität: Beurteilung des Erreichten</b>	47
 <b>Die Geschichte des überregionalen Arbeitskreises und seine Mitglieder</b>	 49
 <b>Literatur</b>	 51



## Vorwort

Diese Arbeits- und Orientierungshilfe ist eine Grundlage, um nach dem Inkrafttreten des „Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011“ (BGBl.2011, I S.1306 ff) örtliche Strukturen zu überdenken und zu verändern. Das in den einzelnen Kapiteln dieser Arbeitshilfe abgebildete Raster kann dafür genutzt werden, Überlegungen für notwendige neue strukturelle und fachliche Orientierungen anzustellen.

Das vorliegende Leistungsprofil beschäftigt sich in vier Kapiteln

- mit dem **Wesen der Vormundschaft**,
- der **Leistungsbeschreibung des Arbeitsfeldes** auf der Grundlage der geltenden Gesetze,
- den **fachlichen Qualifikationen**, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jugendamtes besitzen müssen, die in diesem Arbeitsbereich tätig sind und
- mit den Fragen, in welcher **Qualität** diese **Leistung** des Jugendamtes zu erbringen und wie sicherzustellen ist, dass die Qualität dieser Leistung auch auf Dauer gewährleistet werden kann.

Die aktuell in Kraft getretenen Änderungen im SGB VIII und im BGB bedeuten für den Bereich des Vormundschafts- und Pflegschaftsrechts eine Neuausrichtung in der Praxis der Jugendhilfe – die zugleich deren weitere fachliche und rechtliche Entwicklungen vorzeichnet<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> Prof. Dr. Barbara Veit, Was muss die große Reform der Vormundschaft noch bewegen? In: FamRZ, Heft 23, 2012, S. 1841 ff.

Kinder und Jugendliche, die noch nicht in der Lage sind, sich selber zu vertreten, brauchen eine wirksame Interessenvertretung. Jugendhilfe versteht sich deswegen auch als "Anwalt von Kindern und Jugendlichen". In der **Person eines Vormundes oder Pflegers** hat das Jugendamt diese Aufgabe als deren gesetzlicher Vertreter wahrzunehmen – die durch die Reform nun in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen stellen dessen Pflichten nochmals heraus.

In der ausschließlichen Interessenwahrnehmung und Vertretung des Mündels drückt sich das Wesen der Vormundschaft aus.

Um dem Anspruch und der Zielsetzung gerecht werden zu können, sind in dieser Arbeits- und Orientierungshilfe die Aufgaben des Jugendamtes auf der Grundlage der nunmehr geltenden Rechtsvorschriften dargestellt. Diese betreffen im Wesentlichen die Führung der Vormundschaft und Pflegschaft sowie die Rechtsstellung des Amtsvormundes oder –pflegers bzw. der Amtspflegerin.

Die Aufgaben der Vormundschaft/Pflegschaft sind durch das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) und das Sozialgesetzbuch, Achtes Buch, Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) vorgegeben. Das Leistungsprofil des Aufgabengebietes leitet sich hieraus direkt ab. Dieses bestimmt, in welcher Qualität die Aufgabe wahrzunehmen ist. Sie wird ferner maßgeblich dadurch bestimmt, welche soziale Struktur örtlich vorzufinden ist, welche Hilfeangebote vor diesem Hintergrund insbesondere im präventiven, ambulanten und auch im stationären Bereich bestehen und gewollt sind und ob es sich um einen städtischen oder eher ländlich strukturierten Bereich handelt.

Die Arbeits- und Orientierungshilfe kommt zu Aussagen zu den für notwendig erkannten fachlichen Qualifikationen, die bestimmt werden durch Ausbildung, Fortbildung, die Erweiterung fachlicher Grundkenntnisse im pädagogischen, rechtlichen, psychologischen und soziologischen Bereich und durch praktische Erfahrungen mit Umgangsformen und Strukturen in der Verwaltung, mit den Gerichten sowie durch Fähigkeiten, die sich als Anforderungen an die einzelne Fachkraft aus der Arbeit ergeben. Erheblichen Einfluss können auch persönliche Grundeinstellungen des Einzelnen haben, die z. B. das eigene Selbstverständnis, seine Kooperationsbereitschaft, Flexibilität, Belastbarkeit etc. betreffen.

Einen großen Raum nehmen dann die Überlegungen zur Qualitätsentwicklung ein. Eingegangen wird auf die Aspekte:

- Strukturqualität: Wie können organisatorische Rahmenbedingungen optimiert werden?
- Prozessqualität: Wie können geeignete fachliche Aktivitäten ausgebildet werden?
- Ergebnisqualität: Wie kann das Erreichte beurteilt werden?

Der seit 1997 bestehende überregionale Arbeitskreis der Amtsvormünder in NRW hat dem Prozess der Qualitätsentwicklung bereits durch Veröffentlichung mehrerer Arbeits- und Orientierungshilfen seit dem Jahr 1999 Rechnung getragen:

- Leistungsprofil für den Amtsvormund,
- Beteiligung des Mündels,
- Entlassungsantrag nach § 87c SGB VIII,
- Gesetzliche Amtsvormundschaften,
- Aufgabenentmischung,

- Gewinnung, Schulung und Beratung von ehrenamtlichen Vormündern,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Namensänderung bei Pflegekindern.

Wesentliche Inhalte der genannten Arbeits- und Orientierungshilfen, insbesondere fachliche Standards des „Leistungsprofils“, sind bei den aktuellen Gesetzesänderungen des Vormundschaftsrechts berücksichtigt worden<sup>2</sup>.

---

<sup>2</sup> Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter hat ebenfalls auf der 97. Arbeitstagung vom 10. - 12.11.2004 in Erfurt nach Beschluss eine Arbeits- und Orientierungshilfe „Amtsvormundschaften und -pflegschaften“ verabschiedet, die aus den seinerzeit vorliegenden Arbeitsprofilen der Bundesländer erstellt wurde. Zu finden als pdf - Datei auf der Homepage der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter ([www.bagljae.de](http://www.bagljae.de)).

## 1. Das Wesen der Vormundschaft

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.“ (vgl. Art. 6 Abs. 2 GG, § 1 Abs. 1 SGB VIII)

Wenn die Eltern dieser Pflicht nicht oder nicht zum Wohle der Kinder nachkommen, muss der Staat den Schutz der Kinder gewährleisten. Er hat dieses mit Einführung der Vormundschaft in unsere Rechtsordnung getan.

„Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind.“ ( vgl. § 1773 Abs. 1 BGB)

Die Vormundschaft ist dem Elternrecht nachgebildet und orientiert sich an deren Inhalten. Der Vormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. **Geht man davon aus, dass Minderjährige nur dann einen Vormund erhalten, wenn die Eltern als Sorgerechtsinhaber ausfallen, ist es unerlässlich, dass dem Mündel eine qualifizierte, interessierte, erfahrene Fachkraft als Vormund oder Pfleger zur Verfügung steht.**

Die Vormundschaft geht zurück auf römisches Recht. Bereits dort kannte man die „Tutela“ (Fürsorge, Vormundschaft), bei der nichtgeschlechtsreife Mädchen und Jungen, soweit sie nicht unter väterlicher Gewalt standen, von einem „Tutor“ (Vormund) betreut wurden.

Er hatte die Aufgabe, die gesetzliche Vertretung und die Vermögensverwaltung seines Mündels wahrzunehmen und dessen Erziehung zu überwachen. Das Amt des Tutors wurde meist durch Verwandte, aber auch durch vom Gerichtsherrn ernannte Personen ausgeübt.

Im deutschen Recht hat sich ähnliches herausgebildet. Die Fürsorge und Aufsicht stand der gesamten Sippe („munt“) zu, wurde jedoch von einem einzelnen, dem nächsten männlichen Verwandten ausgeübt. Der Vormund wurde zunächst durch die Sippe, später auch durch Verwandte, durch Testament oder durch die Obervormünder bestimmt. Auch hier waren es grundsätzlich die Verwandten, die dieses Amt ausübten.

Mit der Einführung der Vormundschaft in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) im Jahre 1900 wurde das damalige Vormundschaftsgericht quasi zum Obervormund. Ihm stand als Helfer der Gemeindewaisenrat zur Seite. Dort wurden die Vormundschaften, die nicht von Verwandten wahrgenommen wurden, geführt. 1922 wurden die Aufgaben des Gemeindewaisenrates dem Jugendamt übertragen. Mit dem Familienrechtsänderungsgesetz von 1961 und dem im selben Jahr in Kraft getretenen Jugendwohlfahrtsgesetz entstand die heutige Form der Vormundschaft.

Obwohl das Arbeitsgebiet damit seit über 50 Jahren besteht, gab und gibt es kaum einen Bereich der öffentlichen Jugendhilfe, über den mit Blick auf die Tätigkeit des Amtsvormundes weniger bekannt war und über den es eine geringere Menge an Informationen und Publikationen gab, außer zu rechtlichen Fragestellungen.

Lange Zeit bestand die Gefahr, dass diejenigen, um die es geht, nämlich die Kinder und Jugendlichen, aus dem Blickfeld geraten. Die Fachöffentlichkeit und Wissenschaft haben sich erst in jüngerer Zeit diesem Bereich verstärkt gewidmet. Es gibt neuere Untersuchungen und Beiträge von z.B. Hoffmann, Köckeritz, Münder, Oehlerich / Mutke, Sünderhauff und Zenz / Salgo - um einige zu nennen<sup>34</sup>.

Die daraus zu entnehmenden Hinweise und Entwicklungen sind um so wichtiger, als sich in der öffentlichen Jugendhilfe mit der Einführung des SGB VIII und fortgesetzt durch die Kindschaftsrechtsreform im Jahr 1998 ein Paradigmenwechsel - eine neue Betrachtungsweise - ergeben hat: Die Abkehr von der eingriffs- und ordnungsrechtlich geprägten Intervention, hin zur helfenden Beziehung, weg vom Diktat der Jugendhilfe, hin zum partnerschaftlichen Miteinander, der Mitwirkung und Mitbestimmung der Betroffenen, prägt das moderne Bild der Jugendhilfe. Dieser Wandel machte auch vor dem Arbeitsfeld der Vormundschaft nicht halt.<sup>5</sup>

---

<sup>3</sup> Vgl. Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft, Votum Verlag 2002; Zitelmann, Schweppe, Zenz; Vormundschaft und Kindeswohl, Bundesanzeiger-Verlag 2004; Vormundschaft zum Wohle des Mündels, Dokumentation des 1. NRW Vormundschaftstages 2008;

Salgo / Zenz,; Amtsvormundschaft zum Wohle des Mündels, Anmerkungen zu einer längst überfälligen Reform; FamRZ 2009, Heft 16, S. 1378 ff. ; Flemming; Es ist an der Zeit, über Vormundschaft neu nachzudenken, ZKJ, 2010, S. 97 ff.; Sünderhoff, Fallzahlbingo, 30, 40 oder 50? Für wie viele Mündel kann eine Amtsvormundin in persönlicher Verantwortung Pflege und Erziehung fördern und Gewährleisten? JAmt 2011, S. 293 ff.

<sup>4</sup> Technische Universität Berlin, Prof. Dr. Johannes Münder: Das Vormundschaftswesen aus der Sicht der Vormundschaftsgerichte; Johann Wolfgang Goethe Universität, Frankfurt, Prof Dr. Gisela Zenz: Die Situation des Mündels und professionsrelevante Aspekte des Vormundschafts-/Pflegschaftswesens.

<sup>5</sup> Weiterführend zur Entwicklung des Rechts der Vormundschaft: H. Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, München 2010, § 1, Rdnr. 26 ff.

Das **Leistungsprofil des Amtsvormundes** soll als Orientierung für diejenigen dienen, die im Fachbereich Vormundschaft / Pflegschaft tätig sind. Ziel ist es vor allem, Leitungskräften sowie Praktikerinnen und Praktikern fachliche Kriterien und Hinweise für eine Qualitätsentwicklung in der Vormundschaftspraxis anzubieten und dazu beizutragen, dass das am Mündel orientierte professionelle Selbstverständnis des Vormundes gestärkt wird. Die zum 06.07.2011 und 05.07.2012 in Kraft getretenen gesetzlichen Änderungen fordern in besonderer Weise eine fachliche Neuorientierung und Veränderung bisheriger Rollenwahrnehmung.

Basis für dieses Leistungsprofil sind die gesetzlichen Grundlagen des Bürgerlichen Gesetzbuches - § 1773 ff. BGB. Den Vorschriften ist zu entnehmen, dass der Vormund oder Pfleger an Stelle der Eltern die elterliche Sorge für das Kind oder den Jugendlichen übernimmt.

Der Vormund muss bei seiner Arbeit ausschließlich Partei für das Mündel sein. Dies ist eine Besonderheit der Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgabe. Dazu ist erforderlich das Mündel selbst, seine Lebenssituation, seine Interessen und Bedürfnisse zu kennen, und das Kind oder den Jugendlichen bzw. die Jugendliche zum Ausgangspunkt des fachlichen Handelns zu machen, und seine Pflege und Erziehung „persönlich zu fördern und zu gewährleisten“ (§ 1800 S. 2 BGB).

Die bekannt gewordenen Fälle von Kindesgefährdungen, -misshandlungen und -tötungen seit dem Jahrtausendwechsel, haben dazu geführt, dass der Gesetzgeber verstärkt den Schutz von Kindern in den Blick genommen hat.



Der 2009 erschienene Abschlussbericht der beim Bundesministerium für Justiz im Jahr 2006 eingerichteten Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdungen des Kindeswohls“ empfahl u.a. eine Novellierung der Vorschrift des § 1666 BGB – und war letztlich auch Ausgangspunkt für die 2011 und 2012 in Kraft getretenen Neuregelungen im Vormundschaftsrecht.<sup>6</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. <https://pfad.wordpress.com/2009/10/12/abschlussbericht-2009-der-arbeitsgruppe-familiengerichtliche-masnahmen-bei-gefahrung-des-kindeswohls-%C2%A7-1666-bgb/>



## 2. Grundlagen, Führung und Aufgaben der Vormundschaft

### 2.1 Gesetzliche Grundlagen

Wenn die Eltern ihr Recht auf Pflege und Erziehung ihrer Kinder missbrauchen oder nicht ausüben können oder wollen, ist die staatliche Gemeinschaft als Wächter über das Wohl der Kinder aufgerufen. Dieses – staatliche – Wächteramt des Artikels 6 Abs. 2 GG wird in der Regel durch das Jugendamt und das Familiengericht wahrgenommen.

In bestimmten Fällen kommt es kraft Gesetzes oder durch richterliche Anordnung dazu, dass die Eltern die elterliche Sorge nicht mehr ausüben können oder dürfen. An ihre Stelle tritt ein Vormund<sup>7</sup>, der die elterliche Sorge ausübt (§§ 1773 ff., 1793 ff., 1626 Abs. 2, 1800 i. V. m. §§ 1631 ff.; § 1751 Abs. 1 BGB).

#### 2.1.1 Vormundschaft kraft Gesetzes

- Eintritt der gesetzlichen Amtsvormundschaft bei Geburt eines Kindes einer nicht verheirateten minderjährigen Mutter (§ 1791c Abs. 1 BGB), s. gesonderte Arbeits- und Orientierungshilfe „Gesetzliche Amtsvormundschaft“;
- beim Ruhen der elterlichen Sorge mit der Einwilligung zur Adoption, (§ 1751 Abs. 1 BGB).

<sup>7</sup> bzw. bei teilweisem Entzug der elterlichen Sorge im Rahmen des gerichtlich bestellten Wirkungskreises entsprechend der Pfleger/die Pflegerin, §§ 1909 ff. BGB, § 1915 ff. BGB.

### 2.1.2 Vormundschaft kraft richterlicher Anordnung

- Beim Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem oder tatsächlichem Hindernis (z. B. unbekannter Aufenthalt, Inhaftierung) (§§ 1673, 1674, 1773 BGB);
- bei Tod des sorgeberechtigten Elternteils oder der sorgeberechtigten Eltern (§ 1773 Abs. 1 BGB);
- bei einem Entzug der elterlichen Sorge bei Gefährdung des Kindeswohls (§ 1666 BGB);
- Familienstand des Kindes oder Jugendlichen ist nicht zu ermitteln (§ 1773 Abs. 2 BGB).

## 2.2 Führung der Vormundschaft

Vormund kann eine natürliche Person, ein Verein oder das Jugendamt werden (§ 1773 ff. BGB, § 55 Abs. 1 SGB VIII). Im Einzelfall geeignete Personen oder Vereine werden dem Vormundschaftsgericht nach § 53 Abs. 1 SGB VIII vom Jugendamt vorgeschlagen. Diese haben Anspruch auf regelmäßige, individuelle Beratung und Unterstützung (§ 53 Abs. 2 SGB VIII).

Wird ein Vormund durch das Jugendamt gestellt, hat das betroffene Kind oder der/die Jugendliche einen Amtsvormund. Das Jugendamt als Amtsvormund kann nur durch natürliche Personen tätig werden. Aus diesem Grund werden die Aufgaben des Vormundes nach § 55 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII einzelnen Angestellten oder Beamten des Jugendamtes übertragen. Dabei soll grundsätzlich **vor** dieser Übertragung das Mündel zur Auswahl des Amtsvormunds angehört werden sonst ist diese Anhörung unverzüglich nachzuholen (§ 55 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII)<sup>8</sup>.

---

<sup>8</sup> Vgl. Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“

Das Jugendamt bleibt als Institution allerdings gesetzlicher Vertreter des Kindes (§ 1791b BGB). Der Amtsvormund ist den Erziehungsgrundsätzen des § 1 Abs. 1 SGB VIII verpflichtet.

Die Tätigkeit eines jeden Vormundes wird vom Familiengericht beaufsichtigt (Fachaufsicht, § 1837 BGB);, mindestens einmal jährlich muss dieser Bericht erstatten – nach der Gesetzesreform im Vormundschaftsrecht nunmehr auch über die Anzahl der persönlichen Kontakte mit dem Mündel (Erweiterung der Berichtspflicht, § 1837, Abs. 2 Satz 2 BGB).

Gesetzliche Grundlage der Aufgabenwahrnehmung für alle Vormünder ist neben dem BGB u.a. auch das Gesetz über die religiöse Erziehung eines Kindes.

Bei der Amtsvormundschaft übt der Dienstherr, begründet durch § 55 Abs. 2 SGB VIII, gegenüber dem Vormund die Dienstaufsicht im Rahmen der Übertragung aus. Im Übrigen handelt der Vormund bei der fachlichen Aufgabenwahrnehmung weisungsfrei.

Entsprechend sollten die allgemeinen Geschäftsanweisungen auch die Aktenführung regeln, Dokumentationspflichten festlegen sowie die Einhaltung der Datenschutzbestimmungen berücksichtigen.

Der Vormund erledigt seine Aufgaben selbstständig und eigenverantwortlich zum Wohl des von ihm vertretenen Kindes oder Jugendlichen. *Kindeswohl* ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Er orientiert sich an der individuellen Lebenssituation und den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen. Bei Entscheidungen des Vormundes dürfen nur die berechtigten Interessen des Mündels handlungsleitend sein.

Dies gilt auch in Bezug auf die Beantragung von Hilfen zur Erziehung gem. §§ 27 ff. SGB VIII. Als Antragsteller stehen ihm in diesem Verfahren die Rechte wie jedem anderen Personensorgeberechtigten zu.

Steht für das Kind eine geeignete Einzelperson oder ein Verein als Vormund zur Verfügung **ist** das Jugendamt als Vormund zu entlassen, wenn dies dem Wohl des Kindes dient (§ 1887 Abs. 1 BGB). Dies hat das Jugendamt jährlich zu prüfen (§ 56 Abs. 4 SGB VIII). Es muss damit auch organisatorisch – z.B. im Rahmen der Geschäftsverteilung – festgelegt sein, wer diese Aufgaben wahrnimmt.<sup>9</sup>

Die Amtsvormundschaft endet durch Entlassungsbeschluss des Familiengerichts; ansonsten endet sie bei Wegfall der gesetzlichen Voraussetzungen – (§ 1882 BGB).

### 2.3 Aufgaben der Vormundschaft

Kraft Gesetzes oder richterlicher Anordnung hat der Vormund folgende Aufgaben:

- Wahrnehmung der elterlichen Sorge für das Kind/den oder die Jugendliche/n durch Kontakt und Beziehung (Mündelbeteiligung) sowie die Umsetzung der Leitlinien für Erziehung und des religiösen Bekenntnisses sowie des Umgangs gem. § 1626 BGB, § 1 Abs. 1 SGB VIII (s. a. Ziff. 4.2, Kontakt zum Mündel);
- persönliche Förderung und Gewährleistung der Pflege und Erziehung des Mündels gem. § 1800 S. 2 BGB (s. a. Ziff. 4.2, Kontakt zum Mündel);

<sup>9</sup> Vgl. hierzu: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung der Neuregelungen des Vormundschaftsrechts, Stand: November 2012; [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de),

- Wahrnehmung der Personen- und Vermögenssorge des Kindes nach außen – gesetzliche Vertretung - (§ 1800 i.V.m. §§ 1631 - 1633 BGB);
- Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen, z. B. Antrag auf Hilfe zur Erziehung, Mitwirkung bei der Planung und Entscheidung über die zu gewährende Hilfe (Wunsch- und Wahlrecht), Mitwirkung im Hilfeplanverfahren, Sicherstellen der Beteiligung des vertretenen Kindes.

Die Wahrnehmung der elterlichen Sorge umfasst im Einzelnen folgende Bereiche:

- *Aufenthalt*: Bestimmung von Wohnort und Wohnung;
- *Pflege*: Sorge für das leibliche Wohl z. B. Nahrung, Kleidung, Unterkunft, Körperpflege, Gesundheit);
- *Medizinische Betreuung*: z. B. Sorge für die notwendige medizinische Betreuung, Verantwortung für die Gesundheit, Einwilligung in Operationen, regelmäßige Gesundheitsvorsorge;
- *Erziehung*: Sorge für die sittliche und geistige Entwicklung (z. B. Bestimmung der Erziehungsziele, Beaufsichtigung der Erziehung, Wahl des Kindergartens u. Geltendmachung (und ggf. Durchsetzung des) Anspruchs auf Kindertagesbetreuung, Wahl der Schule, Antragstellung auf Gewährung von Hilfe zur Erziehung, Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts gem. § 5 SGB VIII, Beteiligung im Hilfeplanverfahren als Personensorgeberechtigter);
- *Religion*: z. B. Einwilligung zur Taufe;

- *Aufsicht:* z. B. Schutz vor Schäden an Leib und Leben, an seelischer Entwicklung auch durch Dritte, die Mündel erleiden oder verursachen;
- *Ausbildung:* z. B. Auswahl von Ausbildungsstellen und Abschluss von Ausbildungsverträgen;
- *Vermögen:* Anlage und Verwaltung des Mündelvermögens;
- *Unterhalt:* z. B. Geltendmachung und Realisierung des Unterhaltsanspruches des Mündels;
- *Versicherung:* z. B. Abschluss von Versicherungsverträgen;
- *Versorgung:* z. B. Geltendmachung von Renten- oder Entschädigungsansprüchen; Beantragung von Sozialleistungen;
- *Erbschaft:* z. B. Regelung von Erbschaftsangelegenheiten.



### 3. Fachliche Qualifikationen

An die Aufgabenwahrnehmung des Amtsvormundes werden spezifische Anforderungen gestellt<sup>10</sup>, die sich beziehen auf

- eine Ausbildung mit abgeschlossenem Fachhochschulstudium, vorzugsweise im Bereich Sozialarbeit/Sozialpädagogik oder im Bereich Verwaltung (s. Ziff. 3.1),
- besondere Kenntnisse und Erfahrungen in den Bereichen Pädagogik, Recht und Verwaltung, Psychologie, Soziologie (s. Ziff. 3.2),
- besondere fachliche Fähigkeiten (s. Ziff. 3.3) und
- persönliche Grundeinstellungen und Anforderungen (s. Ziff. 3.4).

#### 3.1 Ausbildung und Fortbildung

##### 3.1.1 Ausbildung

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestimmen im Rahmen ihrer Organisationshoheit die personelle Ausstattung der Jugendämter. Sie beschäftigen hauptberuflich Personen, die eine für diese Aufgaben entsprechende Ausbildung haben (Fachkräfte), sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen (§ 72 SGB VIII).

<sup>10</sup> S. FN 2; vgl. auch: Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Umsetzung der Neuregelungen des Vormundschaftsrechts, Stand: November 2012; [www.deutscher-verein.de](http://www.deutscher-verein.de),

Zur Führung der Vormundschaft bedarf es kompetenter Fachkräfte, die auf Grund ihrer Ausbildung nicht nur spezifische Rechts- und Verwaltungskenntnisse haben, sondern vor allem auch umfassendes pädagogisches, psychologisches und soziologisches Wissen besitzen. Insofern ist ein abgeschlossenes Fachhochschulstudium im Bereich Sozialpädagogik/Sozialarbeit bzw. der Verwaltung oder eine vergleichbare Ausbildung im Angestelltenbereich erforderlich.

Dabei sollten Diplom-Verwaltungswirtinnen und -wirte bzw. Verwaltungsangestellte unbedingt zusätzliche sozialpädagogische, psychologische und soziologische Kenntnisse, Diplom-Sozialpädagoginnen und -pädagogen bzw. -Sozialarbeiterinnen und -arbeiter rechtliche und verwaltungstechnische Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, bevor sie zum Amtsvormund bestellt werden.

Fehlen Teile dieser Voraussetzungen, ist eine entsprechende berufs begleitende Zusatzausbildung - möglichst - mit Zertifizierung anzustreben.

### **3.1.2 Fortbildung**

Ferner sollten regelmäßig einschlägige Fortbildungsangebote wahrgenommen werden, die sich auf alle Bereiche der elterlichen Sorge (Ausübung der Personensorge, Vermögenssorge, gesetzliche Vertretung) erstrecken und spezifische Fragen und Probleme der Vormundschaft aufgreifen (§ 72 Abs. 3 SGB VIII).

## **3.2 Kenntnisse und Erfahrungen**

Fachkenntnisse und praktische Erfahrungen sind in spezifischen Bereichen des Rechts und der Verwaltung sowie der Pädagogik, Psychologie und Soziologie erforderlich.

### 3.2.1 Recht und Verwaltung

Im Zivil- und Verwaltungsrecht sind sichere Kenntnisse, insbesondere in folgenden Rechtsbereichen erforderlich:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB),
- Sozialgesetzbücher (SGB), und zwar insbesondere in den Teilen I, II, VIII und XII SGB,
- Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG),
- Zivilprozessordnung (ZPO),
- Besonderes Verwaltungsrecht u. a. im Aufenthalts- und Asylrecht,
- Kenntnisse und Erfahrungen mit der Aufbau- und Ablauforganisation von Verwaltungen und bei den Gerichten und hier insbesondere bei den Jugendämtern und Familiengerichten, sind vorteilhaft.

### 3.2.2 Pädagogik, Psychologie und Soziologie

Neben pädagogischem, psychologischem und soziologischem Grundwissen über die Entwicklung und Erziehung von Mädchen und Jungen, insbesondere zu der Frage, auf welche Weise Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und Interessen von Kindern und Jugendlichen erkannt und gefördert werden können, sollten gute Fachkenntnisse u. a. zu folgenden Themenbereichen vorhanden sein:

- Kommunikationspsychologie, vor allem über die Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen;
- Trennungs- und Verlusterlebnisse von Kindern;
- Sexueller Missbrauch;
- Folgen von Vernachlässigung;

- Misshandlung von Kindern;
- Schule;
- Berufsausbildung;
- ambulante und stationäre erzieherische und therapeutische Hilfen für Kinder und Jugendliche und deren spezifische Problematik, z. B. Vollzeitpflege.

### **3.2.3 Praxiserfahrungen**

Praktische Erfahrungen sind in folgenden Bereichen erforderlich:

- Beratung und pädagogische Begleitung von Kindern und Jugendlichen, insbesondere in belasteten Lebenssituationen;
- Hilfeplanung und Mitwirkung unter Berücksichtigung der Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nach §§ 36 und 37 SGB VIII.

### **3.3 Fähigkeiten**

Vormünder sollten weiter folgende persönliche Fähigkeiten besitzen:

- Sensibilität und Wertschätzung im Umgang mit Kindern/Jugendlichen, ihren Eltern und anderen Personen ihres Umfeldes;
- Verbale, nonverbale und spielerische Kommunikationsfähigkeit mit Kindern und Jugendlichen;
- Kompetenzen des aktiven und empathischen Zuhörens (im Gespräch nicht nur die sachliche, sondern auch die gefühlsmäßige Ebene der Beteiligten wahrnehmen);
- Kreativität bei der Gestaltung von Kontakten, aber auch bei den Angeboten zur Kontaktaufnahme seitens der Kinder/Jugendlichen;

- allein verantwortlich Entscheidung zu treffen und diese transparent machen zu können;
- Kooperations- und Verhandlungsfähigkeit;
- Fähigkeit zur selbstkritischen Auseinandersetzung und Reflexion der beruflichen Rolle und des eigenen Handelns (professionelle Distanz halten zu können).

### 3.4 Persönliche Grundeinstellungen und Anforderungen

- **Grundeinstellungen**

Die grundlegende Bereitschaft zur regelmäßigen Reflexion, zur kollegialen Praxisberatung, Supervision, Fort- und Weiterbildung muss vorhanden sein.

- **Anforderungen**

⇒ **Respekt vor der Person des Kindes**

Grundsätzlich ist die Wertschätzung gegenüber den Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen die Basis für eine qualifizierte Führung der Vormundschaft (keine Defizit-, sondern Kompetenzorientierung), d. h. im Zentrum des Erziehungsverständnisses steht nicht die Veränderung bestimmter Verhaltensweisen des Mündels, sondern die Förderung und Stärkung seiner Persönlichkeit sowie Gestaltung eines entwicklungsfördernden, sozialen und materiellen Umfelds.<sup>11</sup>

---

<sup>11</sup> Vgl. z.B. grundlegend zum neuen Rollenverständnis: Prof. Dr. K. Laudien, Die Kontinuität des Gegenübers. Ethische und sozialisationstheoretische Aspekte im neuen Vormundschaftsgesetz, in: JAmt 06, 2012, S. 300 ff.

⇒ **Selbstverständnis als Interessenvertreter des Kindes**

Der Vormund vertritt ausschließlich die Interessen des Kindes/Jugendlichen, auch gegen den Widerstand von Eltern, anderer Personen und Institutionen.

⇒ **Kooperationsbereitschaft**

Die Bereitschaft mit Fachkräften, Eltern oder anderen Bezugspersonen des Mündels zusammenzuarbeiten ist vor allem notwendig, um mit Hilfe unterschiedlicher Informationen zum Aufbau entwicklungsfördernder Beziehungen und Bedingungen für das Kind oder den Jugendlichen beizutragen.

⇒ **Flexibilität**

Handlungsstrategien und Problemlösungskonzepte müssen flexibel an der Persönlichkeit, den Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand von Kinder bzw. Jugendlichen ausgerichtet sein bzw. diesen angepasst werden.

⇒ **Physische und psychische Belastbarkeit**

Der Vormund muss belastende Situationen aushalten und damit umgehen können, z. B. Anfeindungen und Druck durch Dritte (Eltern, Presse, Politik). Frustrationserlebnisse unterschiedlichster Art, vor allem auch bedingt durch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in sehr schwierigen Lebensverhältnissen, sind emotional zu verarbeiten und weiterführende und neue Motivationsansätze zu entwickeln.

⇒ **Verantwortungsbereitschaft**

Entscheidungen für wichtige Lebensfragen des Kindes oder des bzw. der Jugendlichen sind zu treffen. Der Vormund muss bereit sein, für diese Entscheidungen die alleinige und umfassende Verantwortung zu übernehmen.

⇒ **Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen – interdisziplinäre Zusammenarbeit**

Der Vormund sollte sich seiner persönlichen und fachlichen Grenzen bewusst sein. Er muss in der Lage sein, sich ggf. Beratung und Hilfestellung zu holen.

⇒ **Kongruentes Verhalten**

Entscheidungsprozesse in Bezug auf wichtige Lebensfragen des Mündels müssen offen erfolgen, transparent gestaltet werden, nachvollziehbar sein und können nur unter Beteiligung der Kinder oder Jugendlichen erfolgen.





## 4. Qualitätsentwicklung

Um Qualität und Qualitätskriterien in der Aufgabenwahrnehmung der Vormünder entwickeln zu können ist es notwendig, sich mit beruflichen Vorstellungen und beruflicher Praxis auseinander zu setzen. Verbesserung von Qualität ist eng verbunden mit den Möglichkeiten der Vormünder zum fachlichen Austausch über das Thema. Es ist notwendig die komplexen Probleme im Berufsalltag der Vormünder in kontinuierlich stattfindenden fachlichen Aushandlungsprozessen zu reflektieren. Dabei muss die Perspektive der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Orientierung bleiben.

Wird dementsprechend ein professionelles Selbstverständnis zu Grunde gelegt, in dem die Mündelperspektive bzw. der auf Vertrauen aufbauende persönliche Kontakt zum Mündel Handlungsbasis ist, besitzt das professionelle Handeln dann Qualität,

- wenn sensibel und respektvoll mit Kindern und Jugendlichen und ihrer Herkunftsfamilie sowie mit anderen Bezugspersonen umgegangen wird (**Adressatenorientierung**),
- wenn vor allem die Förderung der kindlichen und jugendlichen Fähigkeiten und Interessen und weniger die Beseitigung ihrer Defizite im Vordergrund des Interesses stehen (**Kompetenzorientierung**),
- wenn im Vorhinein der fachlichen Entscheidungen Offenheit und Ungewissheit akzeptiert werden (**Prozessorientierung**),
- wenn Kinder oder Jugendliche an den Entscheidungsprozessen des Jugendamtes (z. B. bei den Hilfeplangesprächen) altersentsprechend beteiligt werden (**Beteiligung**).

Diese Kriterien sind variabel, d.h. sie sind selbst in einem Prozess der Qualitätsentwicklung befindlich und veränderbar.

Bei der Differenzierung des Qualitätsbegriffs hat sich die Aufteilung in Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität durchgesetzt.

Deshalb soll diese hier Anwendung finden:

- **Strukturqualität** (s. Ziff. 4.1) bezieht sich auf die organisatorischen Rahmenbedingungen, d.h. die Voraussetzung für eine verantwortliche Aufgabenwahrnehmung in den Jugendämtern sowie die Möglichkeiten des fachlichen Austausches in regionalen Arbeitskreisen und die Möglichkeiten des fachlichen Austausches in Fachteams.
- **Prozessqualität** (s. Ziff. 4.2.) meint die Aktivitäten, die geeignet und notwendig sind, um ein bestimmtes Ziel - hier die Umsetzung des Rechts von Kindern und Jugendlichen auf Förderung ihrer Entwicklung und Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu erreichen. Mit der Umsetzung des § 1 SGB VIII sind auch die Aktivitäten gemeint, die die Beteiligung der Kinder und Jugendlichen nach § 8 SGB VIII ermöglichen.
- **Ergebnisqualität** (s. Ziff. 4.3) ist angesprochen, wenn der erzielte Zustand, also ein sichtbarer Erfolg oder Misserfolg betrachtet wird. Auch hier spielen immer zwei Perspektiven eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung, nämlich zum einen die betroffenen Kinder und Jugendlichen und zum anderen die zuständigen Fachkräfte.

#### 4.1 Strukturqualität: Organisatorische Rahmenbedingungen optimieren

In der praktischen Umsetzung eines professionellen Selbstverständnisses nehmen

- **der auf Vertrauen aufbauende persönliche Kontakt zum Mündel sowie**
- **die gesetzlichen Grundlagen**

einen zentralen Stellenwert ein. Ohne die geeigneten organisatorischen Rahmenbedingungen ist diese Umsetzung nur schwer möglich. Notwendig ist vor allem die Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Jugendamt und die Bildung von Fachteams, bestehend aus den Personen, die mit der Führung von Vormundschaften beauftragt sind.

##### 4.1.1 Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung

Vormünder müssen mit anderen Fachdiensten innerhalb und außerhalb des Jugendamtes kooperieren. Vor allem die Zusammenarbeit mit dem Sozialdienst, durch den der Erstkontakt zur Herkunftsfamilie zustande kommt, ist für die Arbeit des Vormundes von Bedeutung. Besonders an dieser Schnittstelle im Jugendamt ist eine Aufgabentrennung erforderlich, um Interessenkollisionen, Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden.<sup>12</sup>

---

<sup>12</sup> Weiterführend hierzu: Kaufmann, Ferdinand, „Das Jugendamt als Vormund und Sozialleistungsbehörde – Probleme der Doppelfunktion“; Klinkhardt, H.: „Zur Zulässigkeit einer Organisatorischen Koppelung von Amtsvormundschaft und Wirtschaftlicher Jugendhilfe“; Arbeits- und Orientierungshilfe „Aufgabentrennung“.

Gemäß §§ 1793 ff, 1626 ff. BGB, § 7 Abs. 1, Nr. 5 SGB VIII ist der Vormund Personensorgeberechtigter und hat demzufolge Anspruch auf Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII. Insofern ist der Vormund Antragsteller und damit für die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des Kindes bzw. des Jugendlichen und vor allem für seine Beteiligungsrechte z. B. bei der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII (ferner auch im gerichtlichen Verfahren, § 7 FamFG) verantwortlich.

Der Sozialdienst bleibt für die Arbeit mit der Herkunftsfamilie zuständig. Daran orientiert prüfen der Mitarbeiter/die Mitarbeiterin des Sozialdienstes und der Vormund, welche Aufgabenteilung vorgenommen und welche Vorhaben, z.B. Besuche in Heimen oder Pflegefamilien, sinnvollerweise gemeinsam durchgeführt werden sollen.

Wegen der durch die neuen Gesetze festgeschriebenen regelmäßigen Besuchspflichten des Amtsvormundes empfehlen sich verbindliche Kooperationsvereinbarungen zwischen der Amtsvormundschaft und den Fachdiensten im Jugendamt (Pflegekinderdienst, Allgemeiner Sozialer Dienst, ...) sowie die Entwicklung fachlicher („Schnittstellen“-) Standards für die Zusammenarbeit.<sup>13</sup>

Rechtlich sind die beiden Aufgabenbereiche dadurch getrennt, dass die Hilfen zur Erziehung zu den „Leistungen der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 2 SGB VIII) gehören und die Vormundschaften zu den „Anderen Aufgaben der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 3 SGB VIII) - siehe Ziff. 2.1.

---

<sup>13</sup> Vgl. hierzu die Hinweise zur Arbeitshilfe des überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in NRW zur Beteiligung des Mündels mit Blick auf die Kontakthäufigkeit - § 1793 Abs. 1a BGB, Anlage zur Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“.

Die Aufgabe des Vormundes als gesetzlicher Vertreter und Antragsteller von Hilfen zur Erziehung zu fungieren erfordert, dass die Führung der Vormundschaft von der die Hilfe gewährenden Stelle, die über die Gewährung der Hilfe entscheidet und den Leistungsbescheid zustellt (Gewährleister der Hilfe), zu trennen ist (zur Dienst- und Fachaufsicht s. Ziff. 2.2).<sup>14</sup>

Mit dem SGB VIII als Bestandteil des SGB sind auch die Vorschriften des SGB I und SGB X anzuwenden. § 16 SGB X regelt, dass Personen, die Beteiligte am Verwaltungsverfahren sind, an Entscheidungen in diesem Verfahren nicht mitwirken dürfen. Der Vormund stellt als Personensorgeberechtigter den Antrag auf Gewährung von Hilfe zur Erziehung nach dem SGB VIII. Damit ist er Beteiligter im Sinne von § 16 SGB X und vom Mitwirkungsverbot betroffen. Daraus folgt, dass Mitarbeiter der sozialen Dienste nicht gleichzeitig auch Vormünder sein können; soziale Dienste und Vormundschaft sind daher strikt zu trennen (vgl. Kaufmann).<sup>15</sup>

Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe sollen nach § 72 Abs. 1 SGB VIII hauptberuflich nur Personen beschäftigen, die sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen und eine dieser Aufgabe entsprechende Ausbildung erhalten haben (Fachkräfte) oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind die Aufgabe zu erfüllen. Diese Personen müssen auch fortgebildet werden. § 79 Abs. 2 SGB VIII verpflichtet die Träger der öffentlichen Jugendhilfe, die zur Erfüllung der Aufgaben nach dem SGB VIII erforderlichen Dienste, also auch Vormünder, zur Verfügung zu stellen.

---

<sup>14</sup> Ebd.

<sup>15</sup> Ebd.

#### 4.1.2 Fallzahlbemessung

Wesentliche Kriterien für eine Fallzahlbemessung – bei der Aufgabenwahrnehmung als „reiner“ Vormund – sind:

- der Schwierigkeitsgrad der Einzelfälle,
- der Umfang und die Intensität der Einzelfallbetreuung,
- Häufigkeit und Dauer der Kontakte mit dem Mündel – i-d-R. monatlich,
- Kontakte zu
  - leiblichen Eltern,
  - Familienrichterinnen und -richtern,
  - Fachkräften des Jugendamtes,
  - Fachkräften in Einrichtungen,
  - Pflegepersonen,
  - Lehrerinnen und Lehrern,
  - Ärztinnen und Ärzten
  - etc.,
- Häufigkeit von Stellungnahmen und Berichten;
- Wegezeiten.

§ 55 Abs. 2 Satz 4 SGB VIII bestimmt, dass ein in Vollzeit tätiger Vormund, der ausschließlich mit der Führung von Vormundschaften/Pflegschaften betraut ist, **höchstens** 50 Mündel betreuen darf. <sup>16</sup>

<sup>16</sup> Dass es sich hierbei um eine **absolute Höchstgrenze** handelt, verdeutlicht u.a. der bereits 2011 erschienene Beitrag von Prof. Dr. Hildegund Sünderhauf „Fallzahlenbingo: 30, 40, oder 50? Für wie viele Mündel kann eine Amtsvormundin in persönlicher Verantwortung die Pflege und Erziehung fördern? Rechnerische Anmerkungen zur Fallzahlobergrenze für Amtsvormundschaften in § 55 Abs. 2 Satz 4 SGB VIII“ in: JAmt 7/8 2011, S. 293 ff., der die Fallzahlbelastung in Relation zu den monatlichen Besuchskontakten des Vormunds stellt.

Es handelt sich damit um eine Fallzahl**obergrenze**, deren Einhaltung durch die Personal- und Organisationsverantwortlichen und den Vormund zu beachten ist. Ein Unterschreiten dieser Fallzahl ist im Zusammenhang mit der in § 1793 Abs. 1a BGB ebenfalls geforderten i.d.R. monatlichen Besuchsverpflichtung<sup>17</sup> geboten, sofern diese aufgrund der Fallzahlauslastung (absehbar längerfristig oder dauernd) nicht zu erfüllen wäre.

Auch die gesetzlich geforderte persönliche Förderung und Gewährleistung der Erziehung und Pflege des Mündels (§ 1800 S. 2 BGB) kann ein Unterschreiten dieser gesetzlichen Fallzahl**obergrenze** gebieten – z.B. wenn Mündel in besonderer Weise einer Förderung und des Kontaktes bedürfen.

Bei Mischarbeitsplätzen bzw. bei Arbeitsplätzen, denen weitere Aufgaben zugewiesen sind, wie z.B. Gewinnung und Schulung bzw. Beratung von Einzelvormündern oder Öffentlichkeitsarbeit, sind die Fallzahlen entsprechend dem prozentualen Anteilen dieser weiteren Aufgaben anzupassen.

#### 4.1.3 Bildung eines „Fachgremiums Vormundschaften“

Beim Jugendamt sollte analog zu § 4 Landesbetreuungsgesetz NRW **ein** Fachgremium gebildet werden, um die Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben regional besser aufeinander abstimmen und vereinheitlichen zu können. Mitglieder dieses „Fachgremiums Vormundschaften“ sollten örtliche Richterinnen/Richter und Rechtspflegerinnen/Rechtspfleger, ehrenamtliche Einzelvormünder sowie die Vormünder des Jugendamtes und die Vormünder bei den freien Trägern, Berufsvormünder (vgl. § 1836 Abs. 2 BGB) und ggf. Gäste sein.

---

<sup>17</sup> Vgl. 4.2.1

Die strukturellen Unterschiede in den einzelnen Kommunen, z. B. Anzahl der zuständigen Gerichte oder die Größe der Jugendamtsbezirke, sind dabei zu berücksichtigen.

Das Fachgremium hat das Ziel, die Qualitätsentwicklung und die Qualitätssicherung im Bereich der Vormundschaftsaufgaben zu gewährleisten. Gleichzeitig soll dieses Fachgremium zur Verbesserung der Kommunikation und Kooperation aller im Vormundschaftswesen tätigen Berufsgruppen dienen und die Interessen der unterschiedlichen Professionen vernetzen.

Für eine Optimierung der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben kann das Fachgremium folgende Aufgaben übernehmen:

- Es kann die Form und den Inhalt der Berichte nach § 1840 BGB abklären.
- Es kann durch verbindliche Absprachen und/oder Erstellung eines Kriterienkatalogs dafür Sorge tragen, dass bei der Überprüfung der Geeignetheit von Personen als Vormund einheitliche Maßstäbe angelegt werden.
- Es kann sich im Bereich der Aus- und Fortbildung als ein Bindeglied zwischen Praxis und Fortbildungsinstitutionen begreifen. Es soll den örtlichen Fortbildungsbedarf ermitteln, ggf. unterscheiden nach Personen, die in die Problematik eingeführt werden und solche, die Kenntnisse auffrischen und vertiefen möchten. Das Fachgremium kann Impulse für Fortbildungskonzepte geben und entsprechenden Fortbildungsbedarf beim Landesjugendamt anmelden.
- Es kann, unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften, zur Vorbereitung auf Beruf oder Ehrenamt Interessierten die Möglichkeit vermitteln, bei geeigneten Institutionen zu hospitieren.



- Es kann sowohl an der Erstellung von Konzepten berufsbegleitender Aus- und Fortbildung zum Vormund mitarbeiten, als auch eigene Ressourcen nutzen und fremde Angebote sammeln und darüber informieren.
- Bezogen auf Einzelvormünder, die ehrenamtlich oder beruflich tätig werden können, kann es die Aufgabe der Gewinnung, Schulung, Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit anregen und fördern.
- Da die Einzelvormünder einer intensiven und fachgerechten Vorbereitung auf ihre Tätigkeit bedürfen, kann es die Aufgabe übernehmen, diese Vorbereitung und Begleitung konzeptionell vorzubereiten und deren Durchführung ggf. zu begleiten. Besonderer Wert sollte darauf gelegt werden, dass auch Vormünder für Personen mit speziellem Betreuungsbedarf, z. B. für ausländische Kinder und Jugendliche, gefunden werden.
- Um für eine am Mündel orientierte Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben bessere Voraussetzungen zu schaffen, ist es empfehlenswert, dass es regelmäßig gemeinsame strukturierte Veranstaltungen mit Mündeln organisiert und in diesem direkten Kontakt zu Kindern und Jugendlichen in einer ihrem Alter entsprechenden Umgebung und vertrauensvollen Atmosphäre eine einzelfallunabhängige Austauschmöglichkeit erhält.

#### 4.1.4 Fachlicher Austausch in Fachteams (Reflexion/Intervision)

Um die beruflichen Aufgaben der Vormundschaft erfüllen zu können ist ein regelmäßiger fachlicher Austausch - **Supervision, Intervision und kollegiale Beratung** (s. Literaturhinweise) - notwendig. Leitgedanke ist, die individuellen Vorgehensweisen des Vormundes durch eine eingeübte und eigene 'Gütekontrolle' oder Überprüfung zu begleiten.

Im professionellen Austausch bringt der Vormund seinen Handlungsprozess in einem spezifischen Fall zur Sprache und vergegenwärtigt sich sein Vorgehen. Er ist nicht mehr Akteur, sondern wird zum Beobachter seiner eigenen beruflichen Erfahrung. Auf diese Weise werden beispielsweise Belastungen des beruflichen Alltags, die den Zugang zum Fall verstellen können, erkennbar.

Die neue Position des Beobachters ermöglicht es, die eigenen Erfahrungen zu durchdenken, ihnen eine neue Bedeutung zu geben und u. U. Ideen zur Weiterführung oder Änderung zu entwickeln. Diese Reflexion bzw. Intervision des eigenen beruflichen Handelns kann auf verschiedene Weise, zu Anfang mit Hilfe von externen Team- oder Organisationsberatern bzw. -beraterinnen oder Supervisorinnen bzw. Supervisoren, eingeübt werden.

## 4.2 Prozessqualität: Geeignete fachliche Aktivitäten ausbilden

Der Vormund entwickelt eigene Aktivitäten, die der Umsetzung eines professionellen Selbstverständnisses gerecht werden und in dem der auf Vertrauen aufbauende Kontakt zum Mündel einen zentralen Stellenwert hat. Dies ist notwendig, um den Arbeitsalltag mit einem sicheren beruflichen Selbstverständnis bewerkstelligen und optimieren zu können. Die eigenen Voraussetzungen für die Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben sollten anhand des folgenden Kriterienkatalogs überprüft werden. Sie bilden die Grundlage der Tätigkeit. Es handelt sich um Schlüsselprozesse der Leistungserbringung. Diese bedürfen der konkreten Beschreibung und eignen sich dann auch als Maßstab und Bezugsgrößen der Qualitätsentwicklung.

### 4.2.1 Handlungskriterien

#### - **Kontakt und Beziehung zum Mündel**

Grundvoraussetzung für die qualifizierte Führung einer Vormundschaft ist, dass der Vormund das Kind oder den Jugendlichen persönlich kennt. Getragen von der Wertschätzung der Person des Kindes oder Jugendlichen sollen regelmäßig Treffen zur schrittweisen Entwicklung einer auf Vertrauen aufbauenden Beziehung auch über die Hilfeplangespräche hinaus stattfinden. Gesetzlich vorgeschrieben ist ein persönlicher Kontakt, der in der Regel ein monatlicher Besuch in der üblichen Umgebung des Mündels sein soll (§ 1793 Abs. 1a BGB).

Hierfür ist auch die personelle Kontinuität in diesem Verhältnis eine Voraussetzung – bei einem Wechsel in der Person des Vormunds ist eine Abwägung im Einzelfall zu treffen<sup>18</sup>.

<sup>18</sup> s. FN 12, K. Laudien, Die Kontinuität des Gegenübers, a.a.O.; vgl. ferner: Arbeits- und Orientierungshilfe „Entlassungsantrag“.

Im Hinblick auf die technischen Möglichkeiten der Kommunikation und Vernetzung muss ein Vormund für seine Arbeit – auch für die Mündelkontakte und deren Pflege – aktuelle technische bzw. elektronische Kommunikationsmöglichkeiten nutzen können (z.B. – derzeit - Smartphones, Tablets, Laptops etc.).

- **Kontakt zu Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen**

Um das Kind oder den Jugendlichen angemessen vertreten und in seinem Sinne entscheiden zu können, ist auch der Kontakt zu wichtigen Bezugspersonen des Kindes oder Jugendlichen von Bedeutung. In jedem Fall sollte der Vormund die Personen kennen, die aktiv an der Erziehung des Kindes oder Jugendlichen beteiligt sind.

- **Parteilichkeit im Sinne des Kindeswohls**

Der Vormund nimmt insofern eine Sonderstellung im Jugendamt ein, als er unabhängig von organisatorischen Vorgaben und Pflichten parteilich für das Kind oder den Jugendlichen und in dessen Sinne zu entscheiden hat.

- **Reflektieren der eigenen Rolle**

Der Prozesscharakter der zu fällenden Entscheidung macht es erforderlich die eigene Rolle und Aufgabe immer wieder neu zu reflektieren. Dieses erfordert eine fachliche Distanz und Offenheit für den Prozess sowie eine ständige Bereitschaft zur Aktualisierung von Fachkenntnissen.

## - **Kooperation und Kommunikation**

Wichtiger Bestandteil der Aufgabe des Vormundes ist der Austausch und die Zusammenarbeit mit allen im Einzelfall Beteiligten. Grundsätzlich ist es notwendig, die unterschiedlichen Aufgaben der agierenden Personen zu akzeptieren.

Für die Zusammenarbeit mit den anderen – internen – Fachdiensten, insbesondere mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst und dem Pflegekinderdienst, sind gemeinsame, verbindliche und schriftliche Kooperationsvereinbarungen erforderlich (s.o.).

Die regelmäßige Zusammenarbeit mit Institutionen und Einrichtungen sowie den dort tätigen Kräften, über das Hilfeplanverfahren hinaus, ist anzustreben, und zwar mit

- Fachdiensten externer Jugendämter,
- Fachdiensten freier Träger,
- Erziehungshilfeeinrichtungen öffentlicher und freier Träger,
- Pflegepersonen (§ 1688 BGB),
- Schulen,
- Kindergärten,
- Verfahrensbeiständen,
- Gerichten,
- etc.

Der Vormund ist Beteiligter im Hilfeplangespräch gem. § 36 SGB VIII<sup>19</sup>. Als gesetzlicher Vertreter des Kindes ist er ein Muss-Beteiligter im familiengerichtlichen Verfahren i. S. d. § 7 FamFG.

---

<sup>19</sup> Ebd.

Damit ist auch die Klärung der Zusammenarbeit des Jugendamtes mit dem Familiengericht – und der Rolle des Vormunds erforderlich.<sup>20</sup>

- **Fachlicher überregionaler und regionaler Austausch**

Der Vormund sollte zu einer qualifizierten Praxisentwicklung beitragen und dazu den Austausch mit Fachkolleginnen und -kollegen anregen und wahrnehmen.

- **Regelmäßige Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen**

Es ist notwendig, für den Bereich Vormundschaften den eigenen Fortbildungsbedarf festzustellen, z. B. in Bezug auf spezielles pädagogisches, psychologisches, soziologisches und rechtliches Grundlagenwissen und an Fortbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

- **Beteiligungsmöglichkeiten an organisatorischen Entscheidungsprozessen**

Der besonderen Rechtstellung und **Aufgabenzuweisung** sollte der Vormund Rechnung tragen und zu wichtigen organisatorischen Fragen die speziellen fachlichen Anliegen einbringen.

---

<sup>20</sup> Vgl. hierzu: Rechtspfl. Uwe Harm u.a.: „Amtsvormundschaft und Familiengericht im Spannungsfeld der unterschiedlichen Aufgabenwahrnehmung vor dem Hintergrund der Vormundschaftsrechtsreform“; in: .FamRZ 2012, Heft 23, S. 1850 ff.; Hoffmann, B., FamFG und Vormundschaft: Mögliche Auswirkungen auf die Tätigkeit von Vormündern und Pflegern, In: JAmt 2009, 413-419.

- **Qualitätsentwicklung durch Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

Ein Kind oder Jugendlicher hat oft konkrete Vorstellungen von seinen eigenen Bedürfnissen, Plänen und Wünschen und äußert sich entsprechend gegenüber seinem Vormund, wenn dieser die Voraussetzungen für einen vertrauensvollen Kontakt schafft...

Es ist zu erwarten, dass sich neue Formen der Beteiligung durch die geforderte Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe entwickeln (müssen), die u.a. durch die neue Regelung des § 79a SGB VIII „Qualitätsentwicklung in der Kinder- und Jugendhilfe“, nunmehr festgeschrieben sind.

#### **4.3 Ergebnisqualität: Beurteilung des Erreichten**

Ergebnisqualität bezieht sich auf die Frage, inwiefern fachliche Ziele, d.h. Ergebnisse erreicht worden sind. Hierfür ist es notwendig, dass alle Entscheidungen, Prozesse und Ereignisse ausreichend dokumentiert worden sind.

Zu Beginn des Entscheidungsprozesses, in dem über eine Unterstützung durch die Jugendhilfe mit Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern und/oder gesetzlichen Vertretern verhandelt wird, sind Vereinbarungen über das zu erreichende Ziel und/oder das Ergebnis zu treffen. Dies kann vorläufig sein und für einen bestimmten Zeitraum mit Einverständnis aller Beteiligten festgelegt werden.

Für die Vormundschaft können folgende Ziele als Ergebnisqualität gelten, die aus dem Blickwinkel aller Beteiligten beurteilt werden. Exemplarische Ziele - z. B. im Hinblick auf Qualitätsentwicklung für die Kinder und Jugendlichen - könnten sein:

- Steigerung des Selbstwertgefühls,
- Verbesserung der Beziehungsfähigkeit,
- verbesserte Alltagsbewältigung,
- Besuch von Schule bzw. Ausbildungsstätte,
- Steigerung der subjektiven Zufriedenheit,
- Verbesserung der Lebensqualität,
- ...

Werden die vorab ausgehandelten Ziele (für einen bestimmten Zeitraum) festgelegt, stehen messbare Kategorien zur Verfügung. In diesem Zusammenhang muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass Ziele revidierbar sind und dass ihre Überprüfung aus der Sicht aller Beteiligten, insbesondere der der Kinder und Jugendlichen, die von der Jugendhilfemaßnahme betroffen sind, vorgenommen wird.



## Die Geschichte des überregionalen Arbeitskreises

Die Initiative zur Gründung eines überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in Nordrhein-Westfalen ging von dem Verein "Kinder haben Rechte e. V.", in Münster aus. Die Kooperation mit dem LWL-Landesjugendamt Westfalen begann im Jahre 1997. Am 30.06.1997 fand im Plenarsaal des LWL-Landeshauses in Münster eine Fachveranstaltung statt, die sich mit den Perspektiven für die bestellte Vormundschaft und Pflegschaft befasste. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Veranstaltung regten an, einen überregionalen Fachaustausch zu ermöglichen. Der Verein "Kinder haben Rechte" und das LWL-Landesjugendamt Westfalen griffen diese Anregung auf. So kam es am 30. Oktober 1997 zur Gründung des "Überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in NRW". Mitglieder des Arbeitskreises waren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Jugendämter in Westfalen und aus dem Rheinland, die beiden Landesjugendämter Westfalen, Münster, und Rheinland, Köln, sowie - anfangs noch - Vertreterinnen und Vertreter des Vereins „Kinder haben Rechte e.V.“

Die Mitglieder des überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in NRW (Stand 01.01.2013):

Balkenborg, Gabriele	Kreis Wesel
Bisten, Matthias	Stadt Bonn
Bollen, Petra	Stadt Düsseldorf
Bußmann, Beate	Stadt Werne
Bruns, Andreas	Stadt Hamm
Dölle, Brigitte	Stadt Dortmund
Donatin, Manfred	Stadt Hamm
Draber, Joachim	Stadt Soest

Dyes-Barkouni, Sabine	Stadt Wuppertal
Fabis, Ursula	Stadt Herten
Franken, Maria	Kreis Düren
Heddier, Detlef	Kreis Borken
Heybutzki, Monika	Stadt Köln
Hütten, Horst	Stadt Aachen
Kloppert, Heidi	Stadt Duisburg
König, Bodo	Stadt Düren
König, Monika	Stadt Herten
Krebs, Antje	LWL Landesjugendamt Westfalen
Peters, Klaus	Stadt Dinslaken
Pütz, Hans-Werner	LVR Landesjugendamt Rheinland
Schillack, Markus	Stadt Dortmund
Schiller, Marianne	Kreis Siegen-Wittgenstein
Schürmann, Rolf	Kreis Warendorf
Solle, Desiree	Kreis Lippe
Szillat, Marion	Stadt Herford
Tiedeken, Josefine	Stadt Essen
Vetten, Annette	Stadt Emmerich
vor der Brüggen, Alwin	Stadt Münster
Wallbaum, Karin	Kreis Coesfeld
Weeke-Schmidt, Martina	Stadt Iserlohn
Wilbers, Gisela	Stadt Krefeld
Wollmann, Kerstin	Stadt Herten

## Literatur

Dokumentation des 1. Nordrhein-Westfälischen Vormundschaftstages „Vormundschaft zum Wohle des Mündels – Strukturen und Inhalte einer funktionierenden Vormundschaft, Köln, 12. - 14. November 2008, LVR-Landesjugendamt Köln u. LWL-Landesjugendamt Westfalen (Hrsg.), 2009; [www.lvr.de](http://www.lvr.de)

Dokumentation des 2. Vormundschaftstages in NRW „Vormundschaft in Bewegung“, Köln, 04. -06.Juli 2012, LVR Landesjugendamt Köln (Hrsg.), 2013; zu beziehen:  
[http://www.lvr.de/de/nav\\_main/jugend\\_2/metanavigation/service\\_1/dokumentationen\\_1/dokumentationen\\_3.html](http://www.lvr.de/de/nav_main/jugend_2/metanavigation/service_1/dokumentationen_1/dokumentationen_3.html)

Fröschele, T., Studienbuch Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht, Fälle mit Lösungen, Bundesanzeigerverlag, 2012

Hansbauer, P./Mutke, B./Oelerich, G.: Vormundschaft in Deutschland, Trends und Perspektiven, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2004

Hoffmann, B.; Personensorge: Erläuterungen und Gestaltungsvorschläge für die rechtliche Beratung, Nomos Verlag, 2009

Kaufmann, F.: Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde – Probleme der Doppelfunktion. Zugleich ein Beitrag zur Kritik an jugendamtsinternen Organisationsstrukturen. Der Amtsvormund, Nr. 6 (1998), S. 481 ff.

Klinkhardt, H.: Zur Zulässigkeit einer organisatorischen Koppelung von Amtsvormundschaft und Wirtschaftlicher Jugendhilfe. Der Amtsvormund, Nr. 4 (2000), S. 295 ff.

Kunkel, P. C.; Jugendhilferecht, Systematische Darstellung für Studium und Praxis, 7. völlig neu bearbeitete Auflage 2013

Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe (Hrsg.): Empfehlungen der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe zum Hilfeplanverfahren gem. § 36 SGB VIII, Münster und Köln, 2001

Münder/Meysen/Trenczek: Frankfurter Kommentar zum SGB VIII, 7. Aufl., 2012

Oberloskamp, H., (Hsrg.), Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Auflage, C. H. Beck, München 2010

Spanl, R.; Vermögensverwaltung durch Vormund und Betreuer, Mündel- und Betreutengeld sicher anlegen und Vermögen verwalten, 2., überarb. Auflage, Walhala Fachverlag, 2009

Wabnitz, R.J.; Grundkurs Kinder- und Jugendhilferecht für die Soziale Arbeit, UTB, 3. Auflage, 2012

Wiesner, R., SGB VIII - Kinder und Jugendhilfe- Kommentar- 4. überarb. Aufl., 2011

Wolf, Ch.: Die Zukunft des Amtsvormundes im Jugendamt. Bericht über eine Tagung (vom 22. – 24. März in Dresden). KindPrax (Kindschaftsrechtliche Praxis), Köln: Bundesanzeiger; 3 (2000) Nr. 3, S. 86 ff.









## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Vormündern**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl



## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Vormündern**

**Stand 01.07.2013**



## **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

## Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	7
<b>2. Ausgangssituation</b>	8
<b>3. Konzept und Umsetzung</b>	10
3.1 Werbung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vormündern	10
3.2 Fallkonstellationen im Bereich von Vormundschaften und Pflegschaften	12
3.3 Schulung	14
3.4 Beratung und Unterstützung	15
<b>4. Die Weiterentwicklung der Aufgaben des Fachdienstes Vormundschaften</b>	16



## Einleitung

Die ehrenamtlichen Einzelvormundschaften haben nach der gesetzlichen Regelung des § 1791 b Vorrang vor allen anderen Formen der Vormundschaft. Leitprinzip: Ehrenamtliche Einzelvormundschaften vor Vereinsvormundschaften und grundsätzliche Nachrangigkeit der Amtsvormundschaft (§ 1791 b BGB).

Das Amt der Vormundschaft ist damit grundsätzlich als ehrenamtliche Einzelvormundschaft konzipiert. Die Jugendämter sind gehalten, ehrenamtliche Einzelvormundschaften zu fördern (§ 53 SGB VIII i. V. m. § 4, Abs. 2 SGB VIII, Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 18./ 19.05. 2006). Das erfordert ein innovatives, konzeptionell handelndes Jugendamt, das durch die Vormundschaftsabteilung mit der Jugendhilfeplanung in Kooperation mit anderen Trägern die Gewinnung von ehrenamtlichen Einzelvormündern realisiert.

## Merkmale entwicklungsorientierter Gestaltung der Einzelvormundschaft

- Kind als Subjekt eigener Rechte und Interessenslagen - § 12 der UN Kinderrechtskonvention
- Beteiligung des Kindes/Jugendlichen (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe Beteiligung des Mündels**)
- Persönlicher Kontakt mit dem Kind/Jugendlichen
- Klares Rollen- und Haltungskonzept des Vormundes

## 2. Ausgangssituation

### **Merkmale nicht gesetzeskonformer Vormundschaftsführung:**

- Vormundschaft als Mündelverwaltung
- Kind als Objekt
- Amtsvormundschaft als vorrangiges Organisationsprinzip
- Hohe Fallzahlen (zwischen 80 und 200)
- Trennung von Betreuung / Beziehung zum „Mündel“ und administrativer Führung der Vormundschaft
- Institutionelle Konflikthäufigkeit
- Ausblendung alternativer Formen des Führens einer Vormundschaft
- Geringes Rollen-, Haltungs- und Fachverständnis
- Mischarbeitsplatz bei Verbindung mit leistungsgewährenden Aufgaben (§ 16 SGB X)
- Automatismus bei der Bestellung des Amtsvormundes

### **Verteilung nach der bisherigen Praxis<sup>1</sup>:**

- Einzelvormundschaften 10 %
- Vereinsvormundschaften 4 - 5 %
- **Amtsvormundschaften ca. 85 %**

### **Was qualifiziert Einzelvormünder?**

*Ehrenamtliche Einzelvormünder sind engagierte Bürgerinnen und Bürger. Sie bringen vielfältige Erfahrungen und Qualifikationen aus ihren beruflichen/persönlichen Hintergründen in die Führung der Vormundschaft hinein.*

---

<sup>1</sup> Nach Erhebungen im Forschungsbericht zu Einzelvormundschaften des ISA 2006

Ehrenamtliche Einzelvormünder investieren viel Zeit für ihre Mündel, in der Regel mehr als Hauptberufler dies tun können. Die Beziehungsintensität zwischen Vormund und Mündel, die Kenntnis vom und über das Kind / den Jugendlichen wird hierdurch nachhaltig gefördert. Die Mündel profitieren von den Ressourcen ihrer ehrenamtlichen Einzelvormünder. Ehrenamtlichen Einzelvormündern ist die persönliche Beziehung zum Mündel wichtig. Das setzt sich häufig auch nach Erreichen der Volljährigkeit fort. Sie sind konstante Bezugspersonen, die sich durch das „Persönliche“ auszeichnen.

Jedoch:

*Einzelvormundschaft ist kein Instrument  
zur Kosten- und Personaleinsparung.*



### 3. Konzept und Umsetzung

#### 3.1 Werbung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vormündern

Ehrenamtliche Vormünder müssen durch das Jugendamt in Kooperation mit anderen freien Trägern der Jugendhilfe (Vereinen, Organisationen, Kirchengemeinden, etc.) gewonnen werden. Dafür sollen durch die örtliche Tagespresse, das Lokalradio/ -fernsehen etc. Einzelpersonen angesprochen werden (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“**).

Im Rahmen einer ersten Informationsveranstaltung, welche durch das Jugendamt und/oder von den Kooperationspartnern organisiert und durchgeführt wird, sollen Interessierte zunächst über die Arbeit des Vormundes informiert werden. Hierzu gehören die gesetzlichen Aufgabenbereiche, u.a. die Wahrnehmung der elterlichen Sorge für das Kind/den Jugendlichen durch Kontakt und Beziehung; die Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch einen Vormund.

Die zukünftigen Vormünder müssen gem. § 72a SGB VIII nach Vorlage der notwendigen Unterlagen (Bewerberbogen, polizeiliches Führungszeugnis, ärztliches Attest etc.) in Einzelgesprächen überprüft und sollen im Rahmen von Gruppenarbeit und Schulungen auf die neue Aufgabe vorbereitet werden.

§ 1779 BGB schreibt die Auswahl und Eignung des Vormundes vor. Als Vormund ist geeignet, wer ferner die folgenden persönlichen Voraussetzungen erfüllen kann:

- Soziale und pädagogische Kompetenz.
- Kooperationsbereitschaft: Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Fachkräften, Eltern, oder anderen Bezugspersonen.
- Flexibilität: Ausrichtung des Handelns an den persönlichen Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand des Kindes/Jugendlichen.
- Physische und psychische Belastbarkeit: belastende Situation aushalten können.
- Verantwortungsbereitschaft: Treffen von Entscheidungen für wichtige Lebensfragen des Kindes
- Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen: Spannung zwischen eigenem Tun und Einholung fremder Hilfe.
- Respekt vor der Person des Kindes: Wertschätzung gegenüber den Fähigkeiten des Kindes; Förderung der Persönlichkeit des Kindes...
- Selbstverständnis als Interessensvertreter des Kindes: Die Interessen und Rechte des Kindes/Jugendlichen stehen im Mittelpunkt.
- Kongruentes Verhalten: Offene Entscheidungsprozesse, Transparenz und Beteiligung des Kindes/Jugendlichen an allen Fragen.

### 3.2 Fallkonstellationen im Bereich von Vormundschaften und Pflegschaften

Ob eine Einzelperson, ein Verein oder das Jugendamt dem Familiengericht als Vormund/Pfleger vorgeschlagen werden kann, ist von der „Schwere“ und den Anforderungen des Einzelfalls abhängig und bedarf daher der vorherigen Prüfung.

Im Folgenden wird dargestellt, welche Zuordnungen aus fachlicher Sicht für sinnvoll erachtet werden:

	Vormundschaften/Pflegschaften	Einzel-vormund	Freie Träger	Jugendamt (Amtvormundschaft)
<b>Gesetzliche Amtvormundschaften</b>	Kind einer nicht verheirateten minderjährigen Mutter (§1791 c BGB)	nein	nein	ja
	Ruhen der elterlichen Sorge bei Adoption	nein	nein	ja <sup>3</sup>
<b>Bestellte Vormundschaften</b>	Bestellung durch Gericht nach Entzug der elterlichen Sorge gem. § 1666 BGB	ja <sup>4</sup>	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>
(Prüfung im Einzelfall)	Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	ja <sup>1</sup>	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>
	Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem Hindernis (z.B.: psychische Erkrankung von Sorgeberechtigten)	ja	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>

<b>Bestellte Pfleg- schaften</b> (Prüfung im Einzelfall)	Personensorgerechtpflegschaften (Entzug gem. § 1666 BGB)	<b>ja<sup>4</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>
	Aufenthaltsbestimmungspflegschaften (Entzug nach § 1666 BGB) **	<b>ja<sup>4</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>
	Vermögenspflegschaften *	<b>ja<sup>1</sup></b>	<b>ja</b>	<b>ja</b>
	sonstige Ergänzungspflegschaften (Aussage, Prozess etc.)	<b>ja<sup>1</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>

**Legende:**

1. Vorrangiges Betätigungsfeld von Einzelvormündern/-pflegern
2. In besonderen Einzelfällen
3. Hochkomplexe und schwierige Fallkonstellationen
4. nach Lage des Einzelfalls

**Erläuterungen:**

\* Vermögenspflegschaften sollten vorzugsweise fachkundigen Einzelpflegern (Rechtsanwälte, Steuerberater, Finanzbeamte, Betriebswirte u. a.) übertragen werden.

\*\*Kinder und Jugendliche, welche zu diesem Personenkreis zählen, haben aufgrund ihrer Vorerfahrungen einen besonders hohen Bedarf an Hilfe und Unterstützung durch den gesetzlichen Vertreter.

Jugendhilfemaßnahmen werden von den Betroffenen oftmals abgelehnt oder greifen nicht. In schwierigen Fällen kommt es daher häufig bei älteren Kindern und Jugendlichen zu Konflikten mit einzelnen Mitarbeitern der Einrichtung oder auch zu körperlichen Auseinandersetzungen mit anderen Bewohnern einer Heimgruppe.

Zur Vermeidung von Eigen- und Fremdgefährdung ist häufig eine vorübergehende Unterbringung des Mündels in die Kinder- und Jugendpsychiatrie notwendig. Diese Situation erfordert ein hohes Maß an Einsatzfähigkeit und Belastbarkeit des Vormundes/Pflegers. In diesen Fällen sollte daher von einer Einzelvormundschaft abgesehen werden. Die ausschließliche Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts hat zur Folge, dass der Pfleger in vielen Fällen sehr eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeit für sein Mündel hat und sich die Zusammenarbeit mit den Eltern als sehr schwierig erweist. Die Übertragung der Pflegschaft sollte daher auf einen Träger der Jugendhilfe oder das Jugendamt erfolgen.

### **3.3 Schulung**

Die Bestandteile der Schulung für zukünftige ehrenamtliche Vormünder sind u.a.: Das Informationsgespräch (Einzelgespräch) im Jugendamt.

Die Gruppenarbeit:

Die zu vermittelnden Inhalte müssen sich auf alle Formen der Vormundschaften und deren Aufgabenbereiche beziehen:

- Vermittlung von gesetzlichen Grundlagen für die Aufgabenerledigung des Vormundes
- Die Aufgaben des Vormundes (Beteiligung, Hilfeplanung, Berichterstattung, etc.)
- Die Rolle des Vormundes gegenüber dem Mündel (Kontakte, Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, Parteilichkeit, etc.)
- Die Rolle des Vormundes in der Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten (Jugendhilfe, Familiengericht, Einrichtungen, Eltern etc.)
- Vermittlung von sozialpädagogischen und psychologischen Inhalten

Das Abschlussgespräch (Auswertung der Schulung) in Form von Einzelgesprächen.

Es bedarf einer sorgfältigen Auswahl und Anbahnung bei einer Einzelvormundschaft unter Beachtung des Datenschutzes, sowohl auf Seiten des Kindes und Jugendlichen als auch mit Blick auf den potentiellen Vormund.

### 3.4 Beratung und Unterstützung

Der Fachdienst Amtsvormundschaft des Jugendamtes ist zentraler Ansprechpartner für alle im Bereich der Vormundschaften tätigen Personen und Institutionen.

Ist eine Einzelperson zum Vormund bestellt, so kann sie jederzeit auf das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Jugendamtes zurückgreifen (§ 53 Abs. 2 SGB VIII).

Der Fachdienst organisiert und führt **Sonderveranstaltungen und Fortbildungen** für Einzelvormünder in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern durch.

Er stellt den regelmäßigen Austausch zwischen den Beteiligten im Rahmen eines **örtlichen Arbeitskreises** sicher (Qualitätsentwicklung). Ständige Teilnehmer sind: Familienrichter, Rechtspfleger, freie Träger der Jugendhilfe, das Jugendamt u a. Beteiligte.

Der Fachdienst übernimmt die Geschäftsführung und ist für die Organisation und Durchführung verantwortlich.

Der „Amtsvormund“ wird zum Praxisberater.

#### 4. Die Weiterentwicklung der Aufgaben des Fachdienstes Vormundschaften Zukünftig sollen folgende Aufgaben verstärkt umgesetzt werden:

Neben der Führung von Vormundschaften und Pflegschaften ist die Gewinnung, Überprüfung, Schulung, Beratung und Unterstützung von Einzel- und Vereinsvormündern Aufgabe des Fachdienstes.

**Er unterstützt das Familiengericht** im Rahmen des Verfahrens bei Entscheidungen über die Einrichtung einer Vormundschaft oder die Umwandlung einer Amtsvormundschaft in eine Einzelvormundschaft durch Sachverhaltsklärung und sozialpädagogische Stellungnahme. Er macht durch kontinuierliche Werbung und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit den Aufgabenbereich des Vormundes bekannt (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“**).


Umsetzung in einem festgelegten Zeitraum.

Übersicht der Arbeitsschritte	Inhalt
Eignungsprüfung des Vormundes	Welcher Vormund passt zu welchem Kind? Prinzip: der Bedarf des Kindes ist vorrangig!
Information	Der in Aussicht genommene Vormund wird ausführlich informiert und mit allen Informationen zum Kind versorgt. Frage: Bereitschaft?
Beteiligung d. Kindes	Das Kind wird mit der Möglichkeit einer Einzelvormundschaft vertraut gemacht. Wille des Kindes? Der Erfolg einer Einzelvormundschaft hängt insbesondere von der Bereitschaft des Kindes hierzu ab.
1. Kontakt	Erster Kontakt: Vormund und Kind lernen sich persönlich kennen. 1. Eindruck. Der Amtsvormund begleitet das Treffen.
Probezeit / Gründungsphase	Das Kind gibt den Rhythmus und die Zeit vor.
Helfersystem	Vertraut machen mit dem Helfersystem u. Integration in den Helferkontext.
Kontrakt / Vereinbarung	Wie arbeiten beide zusammen. Was sind Ziele und Aufgaben. Was können beide voneinander erwarten?
Praxisberatung Vormundschaft	Begleitung d Amtsvormund (oder Vereinsvormund), Coachingangebot, Fortbildung, Stammtisch, Administration

Anlage: Schaubild zur Konzeptgestaltung



Konzeptgestaltung zur Werbung, Schulung und Begleitung ehrenamtlicher Einzelvormünderinnen und Einzelvormünder									
Gewinnung		Öffentlichkeitsarbeit							
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Pressemitteilungen</li> <li>- Presstetermine</li> <li>- Auftaktveranstaltung</li> </ul>							
		↓		↓		↓		↓	
Beratung / Schulung		<b>1. Abend</b>		<b>2. Abend</b>		<b>3. Abend</b>		<b>4. Abend</b>	
		Einführung Was ist eine Vormundschaft? Was ist zu beachten? Fallbeispiele		Sozialpädagogische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft		Juristische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft		Psychologische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft	
		↓		↓		↓		↓	
		<b>Vermittlung Einzelvormünderinnen, Einzelvormünder - Mündel</b>							
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Berücksichtigung des Mündelwunsches</li> <li>- Organisation der Kontaktaufnahme zu potenziellen Mündeln</li> <li>- Stellungnahme an das Amtsgericht</li> <li>- Bestellung des / der Ehrenamtlichen</li> </ul>							
Unterstüt-				↓					

	<b>Coaching der ehrenamtlichen Einzelvormünderinnen und Einzelvormünder</b>					
	Beratung und Beteiligung durch - das Jugendamt - freie Träger der Jugendhilfe					
						
	<b>Weiterbildung zu relevanten Themenbereichen</b>					







## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Beteiligung des Mündels**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl



Qualität für Menschen

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Beteiligung des Mündels**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013



## Inhalt

<b>1. Einleitung / Vorwort</b>	<b>7</b>
<b>2. Welche Rechtsgrundlagen gelten für die Beteiligung?</b>	<b>7</b>
<b>3. In welcher Form findet Beteiligung statt?</b>	<b>9</b>
<b>4. Welche Rahmenbedingungen müssen für Beteiligung geschaffen werden?</b>	<b>11</b>
<b>5. Welche Ziele hat Beteiligung?</b>	<b>14</b>

## Anlage:

Arbeitshilfe des überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in NRW zur Beteiligung des Mündels mit Blick auf die Kontakthäufigkeit - § 1793 Abs. 1a BGB



## 1. Einleitung / Vorwort

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten ist von zentraler Bedeutung. Die Beteiligung des Mündels ist als fachliche Leitnorm der Jugendhilfe in § 8 SGB VIII allgemein festgeschrieben. Maßstab der Beteiligung ist die Reife, das Alter und der Entwicklungsstand der Mündel. Dafür sind auch soziale, kulturelle und biographische Faktoren und Lebensumstände mit einzubeziehen. Eine rechtzeitige und umfassende Beteiligung hat entscheidenden Einfluss auf die Gewährung, Gestaltung, Fortführung und den Erfolg einer Hilfe. Die unterschiedlichen Kompetenzen des Mündels, seine Potentiale und Pläne müssen im dauernden Beteiligungs**prozess** durch die Entwicklung von Zielen und möglichen Wegen dorthin unterstützt und gefördert werden.

**Erfolgreiche, effektive und Kindeswohlorientierte Jugendhilfe setzt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voraus.**

## 2. Welche Rechtsgrundlagen gelten für die Beteiligung?

Der Vormund ist zur Beteiligung seines Mündels verpflichtet. Diese Verpflichtung ergibt sich aus:

- ⇒ den multinationalen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Rechte von Kindern (Artikel 12);
- ⇒ dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes (Art. 2: Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit; Art. 3: Gleichheitsgrundsatz; Art. 5: Recht auf Meinungsfreiheit);

⇒ dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), das in Fragen der elterlichen Sorge die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen entsprechend seinem individuellen Entwicklungsstand verlangt (§ 1626 Abs. 2 BGB);

Ferner ist die Beteiligung des Kindes / Jugendlichen im Verfahren in den umfassenden Regelungen des SGB VIII verankert:

- § 5 SGB VIII regelt das Wunsch- und Wahlrecht, das der Vormund in Übereinstimmung mit den Interessen des Kindes wahrzunehmen hat; § 1626 BGB ist zu beachten;
- § 8 SGB VIII als zentrale Vorschrift, die schon in ihrer Überschrift auf die Pflicht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hinweist. Sie verpflichtet die Jugendämter und damit den Vormund, das Mündel auf seine Rechte im verwaltungs- und familiengerichtlichen Verfahren hinzuweisen;
- § 55 Abs. 2 Satz 2 und 3 SGB VIII normiert ergänzend nunmehr die mündliche Anhörung des Mündels, die in der Regel **vor** der Übertragung der Aufgabenwahrnehmung im Jugendamt stattfinden soll, sonst unverzüglich nachzuholen ist. Diese Regelung stärkt den rechtlichen Subjektstatus der Kinder und Jugendlichen in diesen Verfahren (Inkrafttreten zum 05.07.2012) <sup>1</sup>.
- § 9 Nr. 2 SGB VIII ergänzt die Bestimmungen des § 1626 Abs. 2 BGB;

---

<sup>1</sup> Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011, BGBl. I, Nr. 34, S. 1306 ff.

- § 17 Abs. 2 SGB VIII schreibt die Beteiligung des betroffenen Kindes im Rahmen eines Trennungs- oder Scheidungsverfahrens vor. Es soll an der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzeptes für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge beteiligt werden.
- § 36 SGB VIII regelt die Beteiligung des Mündels bei der Gewährung von Hilfe zur Erziehung. Es ist vor Inanspruchnahme oder einer beabsichtigten Änderung der Hilfe wie der Vormund zu beraten. Außerdem ist die Mitwirkung an der Aufstellung des Hilfeplanes vorgeschrieben.

### 3. In welcher Form findet Beteiligung statt?

#### 3.1 Was ist Beteiligung?

Beteiligung ist die Möglichkeit des Mündels, sich mit seinen Rechten und Problemen Gehör zu verschaffen, Meinungen und Wünsche zu Planungs- und Entscheidungsprozessen zu äußern und im Sinne von Mitbestimmung und Selbstbestimmung etwas bewirken zu können.

#### 3.2 Wer ist zu beteiligen?

Jedes Kind und jeder Jugendliche ist entsprechend seinem Entwicklungsstand zu beteiligen. Vom Mündel gewünschte Personen sind grundsätzlich ebenfalls zu beteiligen.

#### 3.3 Wann ist zu beteiligen?

Das Kind oder der Jugendliche ist bei allen seine Person betreffenden Fragen und Entscheidungen frühestmöglich zu informieren.

### 3.4 Wie ist zu beteiligen?

Beteiligung findet in der Regel durch Gespräche statt. Diese können im persönlichen Lebensumfeld des Mündels, im Jugendamt oder bei gemeinsamen Freizeitunternehmungen geführt werden. Grundsätzlich soll ein Gespräch *vor* dem Hilfeplangespräch geführt werden. Weitere Möglichkeiten zur Beteiligung durch verschiedene altersentsprechende Kommunikationsformen sind z.B. Briefe, Telefonate, Spielen und Zeichnen.

Neben dieser individuellen Beteiligung des Mündels sind auch Beteiligungsformen in Gruppen wie Seminaren, Zukunftswerkstätten oder ähnliches möglich.

Die Beteiligung des Mündels setzt zwingend voraus, dass es „seinen“ Vormund persönlich kennt und erlebt. Es sollte ein Vertrauensverhältnis zwischen Mündel und Vormund bestehen. Nur so können sich Kinder oder Jugendliche verstanden und ernstgenommen fühlen und an Entscheidungen teilnehmen. Vom Vormund verlangt dies eine entsprechende Grundeinstellung und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsfähigkeit (s. hierzu „Das Leistungsprofil des Vormundes“, Ziffer 3.4). Die in § 1793 Abs. 1a BGB seit dem 06.07.2011<sup>2</sup> vorgegebenen – in der Regel – monatlichen Besuchskontakte in der Umgebung des Mündels sollen auch der Entwicklung dieser vertrauensvollen Beziehung dienen.

---

<sup>2</sup> Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011, BGBl. I, Nr. 34, s. 1306 f.

## 4. Welche Rahmenbedingungen müssen für Beteiligung geschaffen werden?

### 4.1 Inhaltlich

Es muss sichergestellt werden, dass

- gesetzliche Regelungen der Beteiligung des Mündels durch Klärung der Zuständigkeiten und Vereinbarungen der Fachdienste innerhalb der Organisation Anwendung finden (§ 55 Abs. 2 Satz 2 und 3 SGB VIII)
- das Mündel ernst genommen wird;
- Entscheidungsprozesse und Verwaltungsabläufe durchschaubar und nachvollziehbar gestaltet werden;
- Zugang zu Informationen besteht;
- die Handlungs- und Entscheidungskompetenz durch Beratung, Anleitung und Begleitung gestärkt und gesichert wird;
- mit Kind- und jugendgerechten Methoden gearbeitet wird;
- Ziele offen und verständlich formuliert werden, um allen Beteiligten eine Erfolgskontrolle zu ermöglichen;
- die Beteiligung des Mündels so wenig wie möglich durch Rahmenvorgaben behindert wird.

### 4.2 Personell

⇒ *Qualifiziertes Fachpersonal*

mit fundierten Rechts- und Verwaltungskenntnissen sowie umfassendem Fachwissen in Pädagogik und Psychologie ist Voraussetzung. Kenntnisse in Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen, Beratung usw. sind unerlässlich.

- ⇒ *Fachliches Selbstverständnis,*  
das sich an den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen der Kinder oder Jugendlichen orientiert. Handlungsmaxime ist das berechnigte Interesse des Mündels und nicht das Interesse der Behörde / Institution.
- ⇒ *Kollegiale Praxisberatung/Supervision und Fortbildung*  
Reflexion der Arbeit im Rahmen von kollegialer Beratung und Supervision muss gewährleistet und die Teilnahme an spezifischen Fortbildungen zur Weiterentwicklung der Arbeit gesichert sein.

#### 4.3 Organisatorisch

- ⇒ *Entwicklung fachlicher Standards*  
für die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen sind fachliche Standards zu entwickeln und im jeweiligen Arbeitsbereich konzeptionell zu verankern.
- ⇒ *Fallzahlen*  
sind so zu bemessen, dass eine kontinuierliche Beziehungsarbeit möglich ist<sup>3</sup>.
- ⇒ *Kind- und jugendgerechte räumliche Ausstattung*  
Der Besprechungsraum muss so ausgestattet sein, dass sich das Kind oder der Jugendliche wohlfühlen kann.

---

<sup>3</sup> Die bundesweite Fachtagung in Dresden vom 22. bis 24.03.2000 hat in der „Dresdner Erklärung“ für einen Arbeitsplatz, an dem ausschließlich Vormundschaften geführt werden, einen Vorschlag zur Fallzahlbemessung erarbeitet. Die Betreuung von 50 Mündeln wird als oberste Grenze angesehen („Der Amtsvormund“ Heft 5/2000, Seite 437); vgl. auch die Arbeits- und Orientierungshilfe „Aufgabenentmischung“ sowie den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen gem. § 1666 BGB“ des Bundesministeriums für Justiz vom 14.07.2009. Ab 05.07.2012 ist durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts vom 29.06.2011 eine Fallzahlobergrenze von 50 Mündeln pro Vollzeitkraft in § 55 Abs. 2, Satz 4 SGB VIII festgeschrieben.



#### 4.4 Qualitätsentwicklung

Die erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfordert, dass die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen bestimmten Qualitätserfordernissen genügen. Die nachfolgenden Differenzierungen des Qualitätsbegriffes sind der Arbeits- und Orientierungshilfe „Leistungsprofil des Amtsvormundes“<sup>4</sup> entnommen.

- ⇒ **Strukturqualität** beinhaltet die erforderlichen und geeigneten organisatorischen Rahmenbedingungen für die verantwortliche Aufgabenwahrnehmung des Vormundes im Jugendamt.
- ⇒ **Prozessqualität** beinhaltet die geeigneten und notwendigen Aktivitäten, das Recht des Kindes oder der Jugendlichen auf die Förderung seiner Entwicklung und seine Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit umzusetzen.
- ⇒ **Ergebnisqualität** beinhaltet, dass der geplante Zustand sowohl aus der Perspektive des betroffenen Mündels als auch der beteiligten Fachkräfte erreicht wurde.

---

<sup>4</sup> Siehe „Der Amtsvormund“ Heft 07-08/1999, Seite 546 ff.

## 5. Welche Ziele hat Beteiligung?

Ziel der Beteiligung ist es, mit dem Mündel die am besten geeignete Hilfe / Perspektive zu finden und jede Unterstützung zu geben, die seine persönliche Entwicklung fördert (§ 1 SGB VIII).

Dazu ist anzustreben:

- ⇒ *die Akzeptanz beim Kind/Jugendlichen (⇒ positive Beziehung).*  
Ein beteiligtes Mündel erlebt ernstgenommen und gleichberechtigt behandelt zu werden. Eine solche Akzeptanz wirkt sich nachhaltig positiv auf die Beziehung zwischen Vormund und Mündel und dessen Entwicklung aus.
- ⇒ *die Wünsche und Vorstellungen des Mündels zu erfahren (⇒ gemeinsame Plattform).*  
Nur durch die entsprechende Beteiligung lässt sich die Perspektive des Kindes oder Jugendlichen entdecken. So können Widerstände verstanden und Vorstellungen des Vormundes von denen des Mündels unterschieden werden. Das bietet dem Vormund die Chance, seine Rolle und eigene Wertvorstellungen zu hinterfragen.
- ⇒ *die Identifikation mit der Hilfe (⇒ größerer Erfolg).*  
Ein beteiligtes Mündel, dessen Vorstellungen und Wünsche berücksichtigt worden sind, wird Hilfen und Entscheidungen viel stärker akzeptieren und mittragen.

- ⇒ die „Passform“ der Hilfe zu verbessern (⇒ Steigerung der Effizienz).  
 Wenn Kinder oder Jugendliche eigene Bedürfnisse und die beteiligten Fachkräfte den erzieherischen Bedarf formulieren können, wird das Ergebnis des Aushandlungsprozesses der Lebenswirklichkeit des Mündels gerechter.

### Anlage:

Arbeitshilfe des überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünder in NRW zur *Beteiligung des Mündels mit Blick auf die Kontakthäufigkeit - § 1793 Abs. 1a BGB*

### **Hinweise zur Arbeits- und Orientierungshilfe „Beteiligung des Mündels“ mit Blick auf § 1793 BGB - Kontakthäufigkeit:**

§ 1793 Abs. 1a BGB:

*„Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten. Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn, im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten.“*

Bei der Bemessung der Kontakte ist nach dem Wortlaut des Gesetzes damit grundsätzlich der gesetzliche Regelfall anzusetzen. Im begründeten Einzel- bzw. Ausnahmefalles sind Sachverhalte denkbar, in denen der Vormund (ggf. nach Rücksprache mit anderen fallverantwortlichen Fachkräften) bei bestimmten Sachverhalten weniger Besuchskontakte fachlich verantworten bzw. befürworten kann.

Für eine Einschätzung, in welchen Einzelfällen (zeitweise) **längere oder kürzere** Besuchsabstände nach dem gesetzlich eröffneten Ermessen gem. § 1793 Abs. 1 a BGB aufgrund der konkreten Sachlage/Fallgestaltung in Betracht kommen könnten, stellt diese Arbeitshilfe einen Ermittlungsbogen zur Verfügung. Hierbei sind Indikatoren aufgenommen, die eine fachliche Beurteilung zu einem gesetzlich möglichen Ausnahmefall geben können. Sie soll zudem die Dokumentation der fachlichen Entscheidungsfindung erleichtern.

Es bleibt **ausschließlich** bei der Verantwortung bzw. persönlichen Einschätzung des Vormundes, im Einzelfall hierzu eine fachliche Einschätzung vorzunehmen. Diese gilt auch vorrangig gegenüber der Leitung des Jugendamtes, der es insoweit nicht möglich ist, außer generellen Vorgaben fachliche Weisungen im Einzelfall z.B. zu den Besuchskontakten oder -frequenzen zu erteilen (siehe auch Kinkel: Kindschaftsrecht und Jugendhilfe, Nr. 6/2011, S. 204 ff.). **Ferner können außer den im Bewertungsbogen aufgenommenen Kriterien natürlich auch andere Umstände des Einzelfalls andere Besuchsfrequenzen und ein Abweichen vom gesetzlichen Regelfall begründen.**

Unabhängig von der gesetzlichen Regelung in § 1793 Abs. 1a BGB und fachlichen Kriterien wird ein weiteres wichtiges Entscheidungskriterium im Einzelfall der Wunsch des Mündels nach mehr oder weniger Kontakten zum Vormund sein. Eine Berücksichtigung dieses Wunsches kann in einem Bewertungsbogen nur als genereller Indikator (7. Wunsch des Mündels) ohne eine Bewertung mit aufgenommen werden, da die Umstände des Einzelfalles hier maßgeblich für die Gewichtung sein müssen.

Die angegebenen Bewertungspunkte sollen Anhaltspunkte darstellen - ob diese für die Umstände des Einzelfalls zutreffen, ist kritisch abzuschätzen. Ferner sollte eine Beurteilung von Risikofaktoren und der Besuchsfrequenz immer dann (wenigstens) aktualisiert werden, wenn sich Umstände, Sachverhalte oder Lebensverhältnisse des Mündels ändern.

© überregionaler Arbeitskreis Vormundschaften NRW

[www.arbeitskreis-vormundschaft.de](http://www.arbeitskreis-vormundschaft.de) Stand: 09.12.2011

Stand 09.12.2011

www.arbeitskreis-vormundschaft.de

© überregionaler Arbeitskreis Vormundschaften NRW

**Einschätzung der erforderlichen Besuchskontakte gem. § 1793 BGB**

	Punkte / Summen	
1. Alter:		
<input type="checkbox"/> 0 - 6 Jahre (5 Punkte)	5	
<input type="checkbox"/> 6 - 15 Jahre (4 Punkte)	4	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> 16 - 18 Jahre (3 Punkte)	3	
2. Wirkungskreis:		
<input type="checkbox"/> gesetzliche Amtsvormundschaft	3	
<input type="checkbox"/> bestellte Amtsvormundschaft	5	
<input type="checkbox"/> bestellte Personensorgerechtspflegschaft	5	
<input type="checkbox"/> bestellte Pflegschaften / Ergänzungspflegschaften		
<input type="checkbox"/> Aufenthalt / Gesundheit / Hilfen zur Erziehung	5	
<input type="checkbox"/> Vermögen / Unterhalt	1	
<input type="checkbox"/> Schule / Kindergarten	2	
<input type="checkbox"/> § 1909 BGB (Genehmigung Erbe)	0	
<input type="checkbox"/> Umgang	3	
<input type="checkbox"/> Zeugnisverweigerung	2	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
3. Aufenthaltsort:		
<input type="checkbox"/> Herkunftsfamilie	5	
<input type="checkbox"/> Herkunftsfamilie i.V.m. § 1909, Unterh., Zeugnisverw, Vermögen	0	
<input type="checkbox"/> Bereitschaftspflege	2	
<input type="checkbox"/> Dauerpflege	3	
<input type="checkbox"/> Diagnosegruppe / Clearing	3	
<input type="checkbox"/> Einrichtung	3	
<input type="checkbox"/> Erziehungsstelle (Familie)	3	
<input type="checkbox"/> Eigener Haushalt	5	
<input type="checkbox"/> Verwandtenpflege	4	
<input type="checkbox"/> Auslandsprojekt	1	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
4. Krisen / Besonderheiten des Kindes (Mehrfachnennung möglich):		
<input type="checkbox"/> Psychische Erkrankung des Kindes	3	
<input type="checkbox"/> Suchterkrankung / -gefährdung des Kindes	3	
<input type="checkbox"/> Gewalt in der Herkunftsfamilie	3	
<input type="checkbox"/> Häufiger Wechsel von Hilfeart oder -ort	3	
<input type="checkbox"/> Behinderung des Kindes	2	
<input type="checkbox"/> Umgang mit Eltern / Bezugspersonen	2	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	—	
5. Einbindung in Hilfen (Mehrfachnennung möglich):		
<input type="checkbox"/> Sozialpädagogische Familienhilfe	-1	
<input type="checkbox"/> Erziehungsbeistandschaft	-1	
<input type="checkbox"/> Familienentlastende Hilfen	-1	
<input type="checkbox"/> Therapie	-1	
<input type="checkbox"/> Tagesgruppe für das Kind	-1	
<input type="checkbox"/> Besondere Absprachen mit Kindergarten / Schule	-1	
<input type="checkbox"/> Besondere Angebote für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge	-1	<input type="checkbox"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiges (_____)	-1	
6. Neufall:		
<input type="checkbox"/> Extra-Punkte für ca. 6 Monate	5	
<input type="checkbox"/> Neufall i.V.m. § 1909, Unterh., Zeugnisverw, Vermögen	0	<input type="checkbox"/>
7. Kontaktwunsch (+) oder Kontaktablehnung (-) des Mündels	—	<input type="checkbox"/>
über 24 Punkte = Mehr als 12 Kontakte 15 - 24 Punkte = 6 - 12 Kontakte 0 - 14 Punkte = weniger als 6 Kontakte jährlich		

Von der so errechneten Punktzahl wird abgewichen, weil:

---



---



---



---

Datum / Unterschrift

---



---









## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Entlassungsantrag**

## **§ 87 c Abs. 3 SGB VIII**

### **Aktenübergabe und Datenschutz**

**Stand 01.07.2013**



## **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

Auftrag Kindeswohl



Qualität für Menschen

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Entlassungsantrag**

## **§ 87 c Abs. 3 SGB VIII**

### **Aktenübergabe und Datenschutz**

**Stand 01.07.2013**



## **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

## Inhalt

### Teil 1: Entlassungsantrag gem. § 87c Abs. 3 SGB VIII

1.	Zuständigkeitsregelungen im SGB VIII	7
2.	§ 87 c Abs. 3 S. 1 SGB VIII (gewöhnlicher Aufenthalt)	8
3.	§ 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII (kein gewöhnlicher Aufenthalt)	11
4.	Schlussbemerkung	13

### Teil 2: Aktenübergabe und Datenschutz

#### I. Aktenführung

1.	Fachliche Standards bei der Aktenführung / Datenschutz	15
1.1	Generelle Pflicht zur Dokumentation des Verwaltungshandelns	15
1.2	Verpflichtung des Vormunds zur Aktenführung	16
1.3	Generelle Standards bei der Aktenführung – zweckmäßige Aufteilung	17
1.4	Mehrere Aktenstücke – Aktenaufbewahrung	17
1.5	Welche besonderen Datenschutzbestimmungen sind bei der Aktenführung zu beachten – § 68 SGB VIII?	18
1.6	Akteninhalt und Beispiel für die Aktenorganisation	22
2.	Besonderheiten bei Urkunden	23

## **II. Aktenübergabe bei Zuständigkeitswechsel**

- |   |    |
|---|----|
| 1. Umgang mit Akten und Aktenstücken bei Beendigung einer Vormundschaft beim Jugendamt                              | 26 |
| 1.1 wegen eines Zuständigkeitswechsels bei Übernahme der Vormundschaft durch ein anderes Jugendamt                  | 26 |
| 1.2 wegen Übernahme der Vormundschaft durch einen Einzelvormund, einen Berufs- oder einen im Verein tätigen Vormund | 27 |

## **Teil 3: Aktenaufbewahrung**

<b>Aktenaufbewahrungsfristen</b>	28
----------------------------------	----

## Teil 1: Entlassungsantrag gem. § 87c Abs. 3 SGB VIII

### 1. Zuständigkeitsregelungen im SGB VIII

Das SGB VIII enthält für die Bereiche „Leistungen der Jugendhilfe und andere Aufgaben“ insgesamt 13 Paragraphen mit einer Fülle von Regelungen zu Zuständigkeiten. Nach den Rechtsunsicherheiten bis zum Inkrafttreten des Ersten Änderungsgesetzes zum SGB VIII am 01.04.1993 war diese Vielzahl der Vorschriften notwendig.

Für jedes Jugendamt ist es wichtig, nur dann tätig zu werden, wenn es auch zuständig ist. Mit einer Zuständigkeit verbinden sich die Übernahme von Kosten und der Einsatz von Personal. Dieses gilt auch, wenn das Jugendamt zum Amtspfleger oder Amtsvormund bestellt ist bzw. wenn eine gesetzliche Amtsvormundschaft eintritt, § 1791c BGB.

Das Gesetz sieht in diesen Fällen bei einem Wechsel des Aufenthalts des Mündels einen Antrag des Jugendamtes auf Entlassung zwingend vor; § 87 c Abs. 3 SGB VIII.

Weil die strikte Anwendung des § 87 c Abs. 3 SGB VIII das Wohl des Kindes außer Acht lässt, soll diese Arbeits- und Orientierungshilfe - unter Einbeziehung der aktuellen Rechtsprechung und der Kommentierungen zu § 87 c Abs. 3 SGB VIII - Hinweise für die Praxis geben, damit das Kindeswohl (§ 1887 BGB) bei der Familiengerichtlichen Entscheidung über den Entlassungsantrag berücksichtigt wird.

## 2. § 87 c Abs. 3 S. 1 SGB VIII (gewöhnlicher Aufenthalt)

### Regelfall:

§ 87 c Abs. 3 S.1 SGB VIII ist eindeutig: Bei einer bestellten Amtsvormundschaft ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche seinen **gewöhnlichen** Aufenthalt hat (siehe Schlussbemerkung).

Sinn und Zweck der Regelung des § 87 c Abs. 3 SGB VIII ist der besonderen Interessenlage des Kindes oder des Jugendlichen gerecht zu werden. „Bei der bestellten Amtspflegschaft/ Amtsvormundschaft steht die Vertretung der Kindesinteressen anstelle und gegen die (z. B. nach § 1666 BGB versagenden) Eltern im Vordergrund. Kind oder Jugendlicher und Eltern leben i. d. Regel nicht mehr in einem Haushalt zusammen. Deshalb erscheint es sachgerecht, dass das Jugendamt Angelegenheiten der elterlichen Sorge anstelle der Eltern ausübt, in dessen Bereich sich das Kind oder der Jugendliche gewöhnlich aufhält“ (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 13).

Aufgrund dieser Regelung soll eine ortsnahe Betreuung des Kindes oder Jugendlichen durch den Vormund gewährleistet werden.

Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts wird in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I definiert: „Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.“

„Ob ein Kind oder ein Jugendlicher einen gewöhnlichen Aufenthalt in einer Einrichtung begründet, wird nach den Feststellungen im Hilfeplan über die Zielsetzung der Hilfe im Einzelfall zu beurteilen sein“ (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 13).



Wechselt ein Kind oder ein Jugendlicher seinen gewöhnlichen Aufenthalt, wechselt die Zuständigkeit zu dem Jugendamt des neuen Aufenthaltsortes des Kindes oder des Jugendlichen. Das bisher zuständige Jugendamt hat beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen (§ 87 c Abs. 3 S.3 SGB VIII).

Der Zuständigkeitswechsel setzt eine neue Entscheidung des Familiengerichts voraus. Eine Übernahme der bestellten Amtspflegschaft/Amtsvormundschaft unmittelbar von Jugendamt zu Jugendamt ist nicht möglich (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 15).

Ob das Familiengericht dem Entlassungsantrag des Jugendamtes entspricht, ist abhängig von den Voraussetzungen des § 1887 Abs. 1 BGB.

#### **Ausnahme:**

Einen Wechsel der Zuständigkeit kann das Familiengericht ablehnen, wenn im Einzelfall gewichtige Gründe einem Wechsel der Pflegschaft oder Vormundschaft entgegenstehen und das Wohl des Kindes oder Jugendlichen einen Zuständigkeitswechsel verbietet (OLG Hamm, 22. Februar 2012, 14 UF 72/12).

Ein gewichtiger Grund wird darin gesehen, wenn die „größere Sachnähe“ (Kontinuitätssicherung) den Vorteil der „Ortsnähe“ überwiegt, so dass das bisher zuständige Jugendamt auch nach dem Aufenthaltswechsel die Betreuung weiterführen kann und tatsächlich auch weiterführt (Palandt/Diederichsen, § 1887 Rz. 1).

Ferner kann bei der Prüfung des Kindeswohls auch das Gewicht der Kontinuitätssicherung zu einer Weiterführung der Vormundschaft führen, wenn das bisher zuständige Jugendamt, und der neue gewöhnliche Aufenthalt des Kindes oder Jugendlichen nur geringfügig voneinander entfernt liegen (OLG Karlsruhe, DAVorm 1993, 89, 92).

Dem Kindeswohl kann es damit entsprechen, dass der bisherige Vormund auch der zukünftige bleibt, wenn er mit den Verhältnissen des Kindes in besonderem Maße vertraut ist (vgl. hierzu auch: OLG Zweibrücken, FamRZ 2002, 1064, 1065).

Mit in die fachliche Abwägung, ob die Entlassung dem Kindeswohl dient – die auch seitens des Jugendamtes als Fachbehörde im Rahmen der gerichtlichen Anhörung gem. § 1887 Abs. 3 BGB, § 50 Abs. 1 SGB VIII als Argumente im Einzelfall vorgetragen werden könnten - dürfte daher gehören,

- wie lange die Vormundschaft bereits besteht,
- wie alt das Kind bzw. der/die Jugendliche ist,
- wie weit entfernt der neue gewöhnliche Aufenthalt des Kindes/Jugendlichen ist,
- wohin das Kind wechselt (vertraute Person, Heimeinrichtung, Pflegefamilie)
- und wie viele Wechsel von Bezugspersonen das Kind/der Jugendliche bereits erlebt hat.

### **Praktische Vorgehensweise:**

Hat das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt gewechselt, hat das bisher zuständige Jugendamt beim Familiengericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen (§ 87 c Abs. 3 S. 3, 1. HS SGB VIII).

Sprechen gewichtige Gründe und das Wohl des Kindes, was vom Vormund im Einzelfall zu prüfen ist, gegen die Entlassung des bisher zuständigen Jugendamtes, so sind dem Familiengericht diese Gründe darzulegen, aufgrund derer ein Zuständigkeitswechsel nicht erfolgen sollte (§ 1887 Abs. 1 und 3 BGB § 50 SGB VIII).

Ist eine Abgabe an das Jugendamt geplant, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche nun seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, und ein Entlassungsantrag beim Familiengericht gestellt, so sollte ein Übergabegespräch mit abgebendem und annehmendem Vormund und, wenn möglich und sinnvoll, im Beisein des Kindes bzw. Jugendlichen stattfinden. Dabei ist auch die mit der Reform des Vormundschaftsgesetzes neu hinzugekommene Beteiligungsregelung des § 55 Abs. 2 Satz 2 SGB VIII zu beachten, wonach das Kind oder der Jugendliche vor der Übertragung der Vormundschaft angehört werden soll.

**Grundsätzlich falsch ist es, den Entlassungsantrag nicht zu stellen, wenn der gewöhnliche Aufenthalt wechselt.**

### 3. § 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII (kein gewöhnlicher Aufenthalt)

#### **Regelfall:**

Die Regelung des § 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII ist ebenfalls eindeutig: „Hat das Kind oder der Jugendliche **keinen gewöhnlichen Aufenthalt**, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem **tatsächlichen Aufenthalt** zum Zeitpunkt der Bestellung“. D.h. dass, der Wechsel eines tatsächlichen Aufenthaltes nicht zu einem Wechsel der Zuständigkeit führt, sondern zuständig bleibt das Jugendamt, bei dem das Kind / bzw. die/der Jugendliche im Zeitpunkt der Bestellung seinen tatsächlichen Aufenthalt (noch) hatte.

#### **Ausnahme:**

Erfordert das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen mit tatsächlichen geändertem Aufenthalt (aber) einen Wechsel der Zuständigkeit so hat das bisher zuständige Jugendamt dann einen Antrag auf Entlassung beim zuständigen Familiengericht zu stellen (§ 87 c Abs. 3 S. 3, 2. HS SGB VIII).

### Praktische Vorgehensweise:

Hat das Kind oder der Jugendliche **keinen** gewöhnlichen Aufenthalt (§ 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII), so bleibt das bisherige Jugendamt zuständig. Ein Antrag auf Entlassung beim Familiengericht wäre zu stellen, wenn das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen dies aber erfordert (§ 87 Abs. 3 S. 3, 2. HS SGB VIII). Damit sind die oben genannten Abwägungen hier vor der Antragstellung durch das Jugendamt zu treffen und das Ergebnis wäre für die Frage **ob** ein Antrag gestellt wird entscheidend.

Ist ein Wechsel geplant und ein Entlassungsantrag beim Familiengericht gestellt, so sollte auch hier ein Übergabegespräch stattfinden.

### Generelle Hinweise:

Auch in diesem Fall ist das Mündel vor dem Entlassungsantrag durch den Amtsvormund/Amtspfleger zu beteiligen. Ein möglicher Zuständigkeitswechsel ist im Hilfeplanverfahren einzubringen.

Nach § 159 des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) wird das Mündel vor der Entscheidung über den Entlassungsantrag durch das Gericht angehört. Gemäß § 164 FamFG ist ihm die Entscheidung durch das Gericht bekannt zu geben, wenn ihm ein Beschwerderecht zusteht (§§ 58 ff. FamFG).

#### 4. Schlussbemerkung:

##### **Gewöhnlicher Aufenthalt**

Das SGB VIII enthält keine eigene Definition des für die Klärung der örtlichen Zuständigkeit maßgeblichen (unbestimmten) Rechtsbegriffs des „gewöhnlichen Aufenthalts“ (g. A.). Nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte ist die Begriffsdefinition des g. A. in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I und ebenso im Jugendhilferecht – unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck sowie im Regelungszusammenhang der Zuständigkeitsnormen der §§ 86 ff. SGB VIII auszulegen, dieses gilt damit auch für § 87 c Abs. 3 SGB VIII.

Die Formulierung „unter Umständen aufhält, die erkennen lassen“ macht deutlich, dass die Definition in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I primär auf die **objektiven Verhältnisse abstellt** und sich der Aufenthalt damit **überwiegend an tatsächlichen Umständen** orientiert. Gleichwohl bleibt der geäußerte Wille beachtlich.

In Abgrenzung zum „tatsächlichen Aufenthalt“ und zum „Wohnsitz“ hat jemand seinen g. A. an dem Ort (Zuständigkeitsbereich eines Jugendamtes), „den er für eine gewisse Dauer, d. h., bis auf weiteres, zukunfts offen, zeitlich von vornherein nicht begrenzt, also nicht nur vorübergehend oder besuchsweise, zum Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen gewählt hat“ (ebd.).

Ein Kind oder Jugendlicher hat in der Regel an dem Ort seinen g. A., an dem es/er erzogen wird, d. h., dieser kann auch am Pflegestellen- oder Heimatort begründet sein. Grundsätzlich bestimmen die Personensorgeberechtigten – auch aufenthaltsbestimmungsberechtigte Vormünder und Pfleger – den g. A. von Kindern. Dazu sind sie gem. § 1631 Abs. 1 BGB berechtigt.

Wurde im Rahmen der Hilfeplanung eine Hilfe zur Erziehung auf Dauer angelegt, so wechselt mit dem Aufenthaltsort in der Regel auch der g. A. des Mündels zum Pflegestellen- oder Heimatort.

Kinder unter sieben Jahren sind geschäftsunfähig und daher regelmäßig nicht fähig, selbst einen g. A. zu verwirklichen. Ältere Kinder und Jugendliche können einen eigenständigen g. A. realisieren, wenn sie ihren Willen gegen den des Aufenthaltsbestimmungsberechtigten tatsächlich durchsetzen.

## Teil 2: Aktenübergabe und Datenschutz

### I. Aktenführung

#### 1. Fachliche Standards bei der Aktenführung /Datenschutz

##### 1.1 Generelle Pflicht zur Dokumentation des Verwaltungshandelns

Grundsätzlich dient die Aktenführung in der öffentlichen Verwaltung dazu, Verwaltungsvorgänge zu dokumentieren und diese sowie die getroffenen Entscheidungen nachvollziehbar werden zu lassen.

Eine Verpflichtung zur Aktenführung besteht nicht kraft einer besonderen gesetzlichen Grundlage, sondern aus dem im Grundgesetz normierten Vorrang und Vorbehalt gesetzlichen Handelns der Behörden, die ohne eine entsprechende nachvollziehbare Dokumentation des Behördenhandelns nicht überprüfbar wäre (BverfGE v. 06.06.1993 - 2 BvR 244, 310/83 -). Die Pflicht zur wahrheitsgemäßen und vollständigen Aktenführung dient damit mittelbar der Sicherung der Gesetzmäßigkeit des Verwaltungshandelns.

In der Akte soll nachprüfbar festgehalten sein, welche Verfahrensentscheidungen und -vorgänge getroffen bzw. geregelt wurden. Die Dokumentation in der Akte dient dabei verschiedenen Stellen/Interessen:

- Dem Interesse der Behörde selbst an der Nachprüfbarkeit ihres gesetzmäßigen Verwaltungshandelns,
- dem Interesse des Beteiligten/der Beteiligten an der Wahrung seiner verfassungsmäßigen Rechte
- und dem Interesse der übergeordneten Dienst-, Rechts- und Fachaufsicht ( - weitergehender noch - der gerichtlichen und / oder parlamentarischen Kontrolle des Verwaltungshandelns).

Im Interesse der Behörde soll die Akte daher alle für das Verwaltungshandeln maßgeblichen Umstände enthalten. Vorbeugend soll diese Verpflichtung rechtswidriges Verwaltungshandeln verhindern. Nachträglich kann sie nur wirken, wenn die Behörde auch die Pflicht hat, die Vorgänge/Akten zur Wahrung der Rechtsschutzinteressen der Beteiligten aufzubewahren. Für die Archivierungsdauer von Akten gibt es, im Gegensatz zur Führung von Akten, Regelungen die sich überwiegend an den gesetzlichen Verjährungsfristen orientieren.

Damit sind Bedienstete der Behörde generell zur Aktenführung verpflichtet.

## **1.2 Verpflichtung des Vormunds zur Aktenführung**

Diese Verpflichtung und ihr Umfang trifft den als Amtsvormund tätigen Bediensteten, auch wenn die Rechtsbeziehung zwischen Vormund / Mündel und Familiengerichtgericht privatrechtlicher Natur ist (vgl. Wiesner, SGB VIII, § 55, Rn. 26, 31 ff.).

Sonst würde das Jugendamt, das mit Führung der Amtsvormundschaft oder bestellten Vormundschaft gem. §§ 1791b, 1791c BGB, § 55 SGB VIII eine öffentliche Aufgabe wahrnimmt, kraft (öffentlich-rechtlichem) Bestellungsakt (§ 55 Abs. 2 SGB VIII) der Aufgabe die Qualität des öffentlich-rechtlichen Handelns nehmen. Dann wäre der verfassungsmäßige Schutz des Einzelnen vor gewillkürtem Handeln der öffentlichen Hand nicht mehr gewährleistet.

In der Person des Vormunds einen sich die Funktionen: Behördenmitarbeiter, Beauftragter und privatrechtlich handelnder Vormund. Im Rahmen der ersten beiden Rollen besteht die beschriebene Verpflichtung zur Dokumentation des Verwaltungshandelns, auch wenn die Ausübung der Aufgaben des Vormunds fiskalischer Natur ist.



Schließlich ergibt sich die Verpflichtung zur Führung von Akten auch im Umkehrschluss aus der Bestimmung des § 68 Abs. 1 und 3 SGB VIII.

Dokumentiert werden sollten z.B.:

- Mündelkontakte: Gespräche, Telefonate, Hausbesuche
- Fachberatungen
- Kollegiale Fallberatungen
- Rücksprachen mit der Fachleitung
- Vorgänge in Vermögensangelegenheiten

### **1.3 Generelle Standards bei der Aktenführung - zweckmäßige Aufteilung**

Zu empfehlen ist die Aufteilung der Akte sowie die fortlaufende Nummerierung der einzelnen Blätter. Bei Geschwistern sollte für jedes Kind eine eigene Akte angelegt werden. Im Falle, dass dennoch eine gemeinsame Hauptakte angelegt wurde, richtet sich die Aufbewahrungsfrist nach dem jüngsten Kind.

Mit der Fachleitung ist zu klären, wo Originaldokumente, wie z.B. Pass des Mündels und Mündelgeld oder Wertgegenstände des Mündels, aufbewahrt werden (z.B. Dienstanweisung über die Einlieferung in das Wertegelass).

### **1.4 Mehrere Aktenstücke - Aktenaufbewahrung**

Die Akte muss die Verwaltungsvorgänge vollständig und wahrheitsgemäß wiedergeben. Bei der Anlage von Zweit- oder Drittakten ist darauf zu achten, dass diese Ansprüche erfüllt werden. Es gibt keine Regelung oder Vorschrift, die bestimmt, wie viele Akten zu einem Vorgang angelegt werden dürfen. Weitere Akten (Zweit- oder Nebenakten) müssen die Inhalte der Hauptakte exakt wiedergeben.

Darunter fallen auch Kopien, Scans oder Durchschriften von Aktenteilen oder eine gesamte Kopie der Hauptakte. Sonst könnten Zweifel an den Verwaltungsvorgängen bzw.-abläufen oder biografischen Ereignissen bereits aus einer mehrfachen Aktenführung bzw. -archivierung entstehen.

Eine Begrenzung bei der Anlage von weiteren Akten/Nebenakten kann man aus § 68 SGB VIII ableiten. Um dem Datenschutz Rechnung zu tragen, sollten nur so viele Einzelakten zu einem Fall angelegt werden, dass hierdurch keine Gefahr des Zugangs zu vertraulichen Daten entsteht. Weitere Beschränkungen können sich aus Dienstanweisungen oder internen Verwaltungsvorschriften ergeben und letztlich auch aus dem Gedanken der „Zweckmäßigkeit des Verwaltungshandelns“, der neben dem Gebot der Rechtmäßigkeit bei allen Entscheidungen zu beachten ist.

Der Vormund bzw. Pfleger hat sicher zu stellen, dass kein Unberechtigter Zugriff auf oder Einsicht in Akten nehmen kann. Die verschlossene Aufbewahrung ist aus Datenschutzgründen erforderlich.

### **1.5 Welche besonderen Datenschutzbestimmungen sind bei der Aktenführung zu beachten - § 68 SGB VIII**

Die **datenschutzrechtliche Sonderregelung für die Amtsvormundschaften** (und -pflegschaften, Beistandschaften, Gegenvormundschaften) ist **§ 68 SGB VIII**. Hintergrund für diese Sonderregelung ist die besondere Aufgabe und Rolle des Vormunds, die in erster Linie die gesetzliche Vertretung des Kindes oder Jugendlichen ist und zugleich eine Aufgabe der Jugendhilfe (§ 2 Abs. 3 Nr. 11 SGB VIII).

Im Vergleich zu den Bestimmungen der § 61 ff. SGB VIII sind die Befugnisse des § 68 SGB VIII, die Erhebung, Nutzung und Verarbeitung der Daten betreffend weitergehend, als die sonst für die Jugendhilfe geltenden Bestimmungen. Sie sind auch privilegiert in Bezug auf die Zugriffsverweigerung gegenüber anderen Behörden wie z.B. Strafverfolgungs- und Ausländerbehörden, als auch innerhalb des Jugendamts, etwa gegenüber der Behördenleitung.

Die allgemeinen datenschutzrechtlichen Bestimmungen der §§ 61 bis 67 SGB VIII, die §§ 67 ff. SGB X sowie § 35 Abs. 2 und Abs. 5 SGB I kommen wegen des Vorrangs der Bestimmung des § 68 SGB VIII über § 61 Abs. 2 SGB VIII nicht zur Anwendung (vgl. Jans / Happe / Saurbier / Maas, KJHG, Erl. 1 § 68, Rz. 2, 3 ff. - allerdings mit der Einschränkung, dass die in § 67 SGB X enthaltenen Legal-Definitionen durch § 68 SGB VIII nicht ersetzt werden, sondern diese daran anknüpfen).

Es ist aber weiter auch § 35 Abs. 3 SGB I zu beachten, so dass sich aus §§ 35 Abs. 3 SGB I, 68 SGB VIII ein im Sozialrecht gründendes Recht zur Zeugnisverweigerung für Vormundschaften führende Fachkräfte ergeben kann.

Die Erweiterung der Möglichkeit zur **Aufnahme und Speicherung der Daten**, die § 68 SGB VIII einräumt, setzt wegen der Sonderstellung des Amtsvormunds voraus, dass die „Abschottung“ der gewonnenen Daten – auch innerhalb des Jugendamtes – gewährleistet sein muss. Informationen dürfen nicht aus Gründen des Verwaltungsablaufs weiter gegeben werden (Wiesner / Mörsberger, a.a.O., Rz. 4). Der Vormund darf Daten innerhalb des Jugendamtes nur nach Prüfung und Abwägung weitergeben, sofern die Voraussetzungen des § 68 SGB VIII gegeben sind – vor allem die Erforderlichkeit und die Einzelfallbezogenheit (§ 68 Abs. 1 SGB VIII).

Die **Erhebung und Verwendung** von Sozialdaten durch den Amtsvormund setzt voraus, dass im Einzelfall ein Bezug zu den Aufgaben gegeben ist und dass die Erhebung, Nutzung und Verarbeitung zur Erfüllung der konkreten Aufgabe/n erforderlich ist (Wiesner / Mörsberger, SGB VIII, § 68, Rz. 6). Nur zu diesem Zweck dürfen durch den Vormund Daten verwendet werden. Die Aufgabe des Vormunds ist die Interessenvertretung des Kindes oder Jugendlichen. Erforderlichkeit i. S. d. § 68 Abs. 1 SGB VIII ist daher unzweifelhaft dann gegeben, wenn die Erhebung, Nutzung und Verarbeitung der Daten im Interesse des Mündels liegt. Auch bei anderen Interessen von weiteren Beteiligten oder anderer Fachstellen im Jugendamt hat er zu beachten, dass die Erhebung und vor allem die Weitergabe von Daten auch die innerbehördliche – nur begründet ist, wenn sie im Interesse des Kindes liegt.

Gem. § 68 Abs. 1, Satz 2 SGB VIII ist die Nutzung von Sozialdaten zum Zweck der Aufsicht, Kontrolle oder Rechnungsprüfung durch die dafür zuständigen Stellen und die Übermittlung an diese nur im Hinblick auf den Einzelfall zulässig.

Das Erfordernis der Einzelfallbezogenheit ist auch zu beachten, wenn Informationen gewonnen werden, die aber verschiedene „Fälle“, z.B. die Vorgänge in einer Familie betreffen. Es müssen die gewonnenen Daten daher selbständig auf einen Einzelfall erhoben, genutzt, verarbeitet werden (können) und im weiteren Verlauf auch gesperrt, gelöscht oder archiviert worden sein bzw. werden können (Wiesner / Mörsberger, a.a.O., Rz. 8). Dieses Erfordernis ist durch den Vormund bei der Anlage von Akten und Anfertigung auch mehrerer Aktenvorgänge zu beachten (siehe Ziff. 1.4).

Informationen, die nicht direkt die eigenen Tätigkeiten oder weiteren Personen betreffen, sollten daher gesondert, z.B. in einem Umschlag in der Akte aufbewahrt werden, so dass sie bei Bedarf herausgenommen werden können.

In § 68 Abs. 2 SGB VIII wird hinsichtlich der Verpflichtung zur Sperrung und Löschung der erhobenen Daten die allgemeine Regelung des § 84 Abs. 2 und 3 SGB X für entsprechend anwendbar erklärt. Anders als bei den allgemeinen Sozialdaten beinhalten die Akten des Vormunds, Beistands etc. neben der Dokumentation der Verwaltungsvorgänge und den – natürlich anders zu behandelnden privaten Urkunden, die im Eigentum des Mündels oder Dritter stehen – auch Aktenstücke, die Auskunft über biografische Verläufe geben und deren Kenntnis damit für das Kind bzw. den Jugendlichen, jungen Erwachsenen wesentlich sein können.

Unabhängig von der Möglichkeit der Löschung sollte von der Sperrung von Akten Gebrauch gemacht werden und dem Mündel ein Zugang zur möglichst vollständigen Akte ermöglicht werden, wenn es das 18. Lebensjahr erreicht hat (vgl. hierzu: Wiesner / Mörsberger, a.a.O., § 68, Rz. 11.).

Neben den in § 68 SGB VIII für den Vormund besonders geregelten Fragen des Umgangs mit Daten ist der vom Vormund (Beistand etc.) im Jugendamt wahrzunehmende Arbeitsauftrag nicht losgelöst von der Zusammenarbeit, dem fachlichem Austausch oder der Kooperation mit Mitarbeitern aus anderen Fachbereichen im Jugendamt oder mit freien Träger der Jugendhilfe.

Diese Zusammenarbeit ist ebenfalls gesetzlich festgeschrieben, z.B. in § 36 Abs. 1 und Abs. 2 SGB VIII die fachliche Zusammenarbeit im Hilfeplanverfahren, in § 17 Abs. 3 SGB I für die Pflicht zur Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe. Hier ist besonders kritisch zu prüfen, wann es zu einer – auch datenschutzrechtlich – problematischen Aufgabenvermischung kommt (vgl. hierzu Wiesner / Mörsberger, SGB VIII, Vor § 61, Rz. 29 f.).

## **1.6 Akteninhalt und Beispiel für die Aktenorganisation**

### **1.6.1 Aktendeckel:**

Name, Geburtsdatum und -ort, Aktenzeichen

### **1.6.2 Vorblatt**

Staatsangehörigkeit/en, Besonderheiten (z.B. Aufenthaltsstatus, Hinweis auf weitere Akten – Geschwister, Nebenakten für Abteilung, Bandnummer bei Aktenteilung, Datum der Ablage und Aufbewahrungsfrist bei Abschluss, Vormerkungen / Termine (lfd. Aktualisierung), Liste der Ansprechpartner mit Daten (lfd. Aktualisierung) sowie Auflistung / Darstellung von Familienangehörigen / Verwandtschaft, ggf. Genogramm,

### **1.6.3 Grundakte:**

Aktenübersicht (Inhaltsübersicht mit Nummer), Fotografie des Mündels, Bestellung, Übersicht Mündelkontakte und deren Dokumentation, Gerichtsbeschlüsse, sonst. Urkunden, z.B. Sorgeerklärung, Vorsorgeheft, Impfpässe, etc., Unterhaltsberechnungen Unterlagen zu/r Mündelgeld/-verwaltung, Liste, der ggf. anderweitig aufbewahrten Urkunden (lfd. Aktualisierung), weitere Aktenstücke zum Verfahren, HPGs, Schreiben, Gutachten, Briefe, Fotos, ...

### **1.6.4 Anlage einer Nebenakte:**

- z.B. bei umfangreichen Nachlassangelegenheiten oder
- bei Abgabe einer Unterakte für Unterhaltsangelegenheiten an die Beistandschaft mit ausschließlich unterhaltsrelevantem Inhalt entsprechend
- bei Abgabe einer Unterakte an die Beurkundungsstelle ,
- bei Abgabe einer Unterakte an den Adoptions- und Pflegekinderdienst, Beschriftung: Nebenakte für...

#### 1.6.5 Aktenteilung:

- Anlegung einer weiteren Hauptakte
- Nummerierung: Ende des 1. Bandes mit Vermerk: „Akte geteilt  
– Ende Band I“
- Aufnahme der Nummer des Aktenbandes auf dem Aktendecke mit Blattnummern des jeweiligen Bandes
- Übernahme des Grundaktenteils in den neuen Aktenband

## 2. Besonderheiten bei Urkunden

Werden durch den Vormund private (Original-)Urkunden des Kindes oder Jugendlichen verwahrt, dann ändert die Verwahrung für das Mündel nichts an den Eigentumsverhältnissen. Sie sind dem Mündel spätestens mit Erreichen der Volljährigkeit auszuhändigen, wenn die Herausgabe nicht früher verlangt wird. Anspruchsgrundlage bei eigenen Urkunden des Mündels ist § 985 BGB.

Urkunden sind im weitesten Sinne „in Schriftzeichen verkörperte Gedankenäußerungen“ (vgl. Rechtswörterbuch, begr. v. C. Creifelds, hrsg. v. H. Kaufmann, 20. neubearbeitete Aufl., München 2010). Im Strafrecht ist der Begriff der Urkunde weiter gefasst („Urkunde = verkörperte Gedankenerklärung, die zum Beweis im Rechtsverkehr bestimmt und geeignet ist und einen Aussteller erkennen lässt“).

Zu unterscheiden sind öffentliche Urkunden von privaten Urkunden. Öffentliche sind solche, die von einer Behörde innerhalb ihrer Amtsbefugnisse oder von einer mit öffentlichem Glauben versehenen Person innerhalb des ihr zugewiesenen Geschäftskreises in der jeweils vorgeschriebenen Form errichtet worden sind (vgl. Zöller, Zivilprozessordnung, ZPO, 29. Aufl., Köln, 2011 § 415, Rn. 1 ff.). Private sind alle anderen, nicht öffentlichen Urkunden, auch dann, wenn die Unterschrift öffentlich beglaubigt worden ist.

Private Briefe, unterschriebene oder handgeschriebene Lebensläufe und –berichte oder beschriebene Fotos, sind Urkunden, da zu erkennen ist, wer sie „hergestellt“ hat. Auch eine Kinderzeichnung mit einem Namen ist eine private Urkunde.

Sofern die Aktenstücke oder Urkunden einem Dritten gehören, haben diese einen Herausgabeanspruch gegen den Vormund als Besitzer. Die tatsächlichen Eigentumsverhältnisse, die Bedeutung der Urkunde für die Interessen des Mündels (an weiterer Aufbewahrung) und der Anspruch auf Herausgabe, sofern er geltend gemacht wird, ist durch den Vormund zu prüfen – bzw. gerichtlich überprüfen zu lassen. In Akten sollten herausgenommene Urkunden durch Kopien oder Scans ersetzt werden.

Von der Frage der Herausgabe wegen Eigentumsansprüchen an Urkunden unabhängig ist die Frage, wer Originalurkunden in Akten einsehen darf und wie dieses Recht ggf. mit der Datenschutzbestimmung des § 68 SGB VIII vereinbar ist. Ob einzelne Urkunden in der Akte durch das Kind / den Jugendlichen oder Dritte eingesehen werden können, beantwortet sich nicht nach der Regelung des § 68 Abs. 3 SGB VIII, sondern nach § 810 BGB, wenn geltend gemacht wird, dass ein rechtliches Interesse an besonderen Aktenstücken, also Urkunden vorliegt (vgl. Brüggemann / Kunkel in: Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, § 16, Rz. 60).

Gem. § 810 BGB kann derjenige, der ein rechtliches Interesse hat, eine in fremdem Besitz befindliche Urkunde einsehen, wenn die Urkunde in seinem eigenen Interesse errichtet wurde oder in der Urkunde ein zwischen ihm und einem anderen bestehendes Rechtsverhältnis beurkundet wurde oder diese „Verhandlungen über ein Rechtsgeschäft enthält, das zwischen ihm und einem anderem oder zwischen einem von beiden und einem gemeinschaftlichen Vermittler gepflogen worden ist“.



Das Recht aus § 810 BGB ist unabhängig von dem Recht auf Akteneinsicht eines Verfahrensbeteiligten, dass nach § 25 SGB X nur den Beteiligten eines Verwaltungsverfahrens (§ 12 SGB X) zusteht.

Das Recht auf Akteneinsicht aus § 810 BGB wird durch die Möglichkeit, Kopien von erbetenen Urkunden anzufertigen erfüllt (DIJuF-Rechtsgutachten, JAmt 04/2005, S. 180 f. (180)). Das Einsichtsrecht, das gem. § 810 BGB auf einem rechtlichen Interesse beruht, ist auch immer „erforderlich“ i.S.d. § 68 Abs. 1 SGB VIII – sofern es bejaht wird. Im Zweifel muss ein Zivilgericht über dieses Interesse nach einer Feststellungsklage entscheiden.

Ist dem Berechtigten auf Akteneinsicht aus § 810 BGB unklar, welche Aktenstücke er einsehen darf, hat er aus § 810 BGB gegenüber dem Vormund einen Anspruch auf Aktenauskunft. So kann er sich über den Inhalt der Akte und der dort befindlichen Urkunden Gewissheit verschaffen, wenn er ein rechtliches Interesse nachweist.

## **II. Aktenübergabe bei Zuständigkeitswechsel**

### **1. Umgang mit Akten und Aktenstücken bei Beendigung einer Vormundschaft beim Jugendamt**

#### **1.1 wegen eines Zuständigkeitswechsels bei Übernahme der Vormundschaft durch ein anderes Jugendamt**

Dieser Zuständigkeitswechsel führt dazu, dass dem neuen Vormund Akteneinsicht zu gewähren ist. Daten können übermittelt werden. Grundlage ist § 68 Abs. 1 Satz 2 SGB VIII (s.o.).

Zur Akteneinsicht gehören Kopien. Die ursprüngliche Akte verbleibt beim bisherigen Jugendamt, ist dort aufzubewahren, ggf. zu sperren oder sogar zu löschen (unter Beachtung von Aufbewahrungsfristen und des ArchivG NW).

Von der bisherigen Akte getrennt werden alle Aktenstücke, die zum Eigentum des Mündels gehören. Sie werden dem neuen gesetzlichen Vertreter des Mündels im Original übergeben, da die Rechtsbeziehung des alten Vormunds und die Vertretungsrechte (entsprechend daraus abgeleitet die Aufbewahrungsrechte) für das Mündel enden.

Über die Weitergabe der Eigentumsstücke muss der Vormund entsprechende Vermerke und ggf. Kopien der Originale anfertigen (- hierbei ist der Datenschutz beachten -) sofern „erforderlich“ i. S. d. § 68 Abs. 1 SGB VIII. Die entsprechenden Empfangsbestätigungen sind zur Akte nehmen.

Mit Urkunden, die Dritten gehören, ist wie mit Urkunden des Mündels zu verfahren, da die Rechtsbeziehung des „alten“ Vormunds zum Mündel endet.

### **1.2 wegen Übernahme der Vormundschaft durch einen Einzelmund, einen Berufs- oder einen im Verein tätigen Vormund**

Hier ist wie unter II.1.1 beschrieben zu verfahren. Ist die Übernahme der Vormundschaft durch das Gericht wirksam angeordnet worden, kann gem. § 68 Abs. 1 SGB VIII auch einzelnen Personen zu den gesetzlichen Zwecken Akteneinsicht gewährt und Daten an diese in der entsprechenden Form übermittelt werden. Zudem gibt es hier aus § 17 Abs. 3 SGB I noch das Gebot der Kooperation mit den freien Trägern (s.o.).

Diese Personen oder Stellen sind nicht zur Aktenführung nach den für die öffentliche Verwaltung genannten Grundsätzen verpflichtet. Das hat keine Auswirkungen auf die gem. § 68 Abs. 1 und Abs. 3 SGB VIII bestehenden Rechte und Pflichten zur Datenübermittlung.

Diese Stellen und Einzelpersonen sind durch die Bestimmungen des BGB, die die Ausübung des Amtes des Vormunds und die die Überwachung der Vormundschaft durch das Familiengericht regeln, gehalten, die Vormundschaft gewissenhaft und professionell zu führen. Dazu gehört auch die nachvollziehbare Dokumentation ihrer Aufgabenwahrnehmung.

## Teil 3: Aktenaufbewahrung

### Aktenaufbewahrungsfristen

Fristen für die Aufbewahrung von Vormundschaftsakten (Amts- und bestellte Vormundschaft, Beistandschaft, Pflegschaft) müssten in Ermangelung bundesgesetzlicher Regelungen durch Landesrecht geregelt werden. Eine NRW Regelung zur Aufbewahrung von Akten gibt es nicht.

Damit ist es grundsätzlich dem öffentlichen Jugendhilfeträger bzw. seiner Körperschaft überlassen, die Fristen zur Aufbewahrung und der Form Archivierung von Akten zu regeln.

Im Interesse des Mündels muss sich die Frist zur Aktenaufbewahrung an den Verjährungsfristen für Schadensersatzansprüche aus Verletzungen des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit orientieren. Diese zivilrechtlichen Ansprüche haben eine Verjährungsfrist von 30 Jahren (§ 199 Abs. 2 BGB).

Andere Ansprüche z.B. Eigentumsverletzung aus unerlaubter Handlung, § 823 BGB, § 839 BGB i. V. m. Art. 34 GG, unterliegen der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren (vgl. §§ 194 ff, § 195 BGB). Allerdings beginnt im zweiten Fall die Verjährung erst mit Kenntnis des Berechtigten vom schadensbegründenden Umstand (diese Kenntnis wäre ggf. damit erst nach einer Akteneinsicht durch das Mündel nach Erreichen des 18. Lebensjahres gegeben, (vgl. § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB).

Im ersten Fall – bei der dreißigjährigen Verjährungsfrist gem. § 199 Abs. 2 BGB – kommt es nicht auf den Zeitpunkt der Kenntnis an, diese Frist beginnt ab dem Zeitpunkt des schädigenden Ereignisses.

Um sämtliche möglichen Rechte des Mündels wahren zu können ist die Akte wenigstens dreißig Jahre lang aufzubewahren (so auch im Ergeb-

nis: Brüggemann / Kunkel in: Oberloskamp, a.a.O., § 16 Rn. 68). Vielfach wird jedoch eine längere Aufbewahrung im Interesse der Betroffenen liegen, wie ein Vergleich mit der üblichen Dauer der Aufbewahrung von Akten aus der Adoptionsvermittlung - dort regelmäßig 60 Jahre ab Geburtsdatum des Kindes (§ 9b Abs. 1 AdVermiG) - belegt.

Soweit Akten Adoptionsvormundschaften betreffen, wäre daher analog eine 60 jährige Aufbewahrung der geschlossenen Akte sachdienlich, sofern Inhalte wesentlich und nicht bereits in der Unterakte für den Adoptions- und Pflegekinderdienst enthalten sind.









## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Namensänderung bei Pflegekindern**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

Auftrag Kindeswohl



## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Namensänderung bei Pflegekindern**

**Stand 01.07.2013**



## **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

## Inhalt

<b>0.</b>	<b>Fundstellennachweis</b>	<b>6</b>
<b>1.</b>	<b>Das Verfahren zu einer beabsichtigten Namensänderung des Pflegekindes</b>	<b>7</b>
<b>2.</b>	<b>Mitwirkung</b>	<b>8</b>
<b>3.</b>	<b>Kriterien, die erfüllt und für den Antrag auf Namensänderung bedacht sein müssen</b>	<b>9</b>
	<b>Anlagen</b>	<b>10</b>

In der Praxis des Amtsvormundes, dessen Mündel sich in einer Pflegefamilie befindet, kommt es in regelmäßigen Abständen zum Wunsch der Pflegeeltern oder des Mündels auf Erteilung des Namens der Pflegeeltern. Vor einer etwaigen Umsetzung dieses Wunsches bedarf es einer gewissenhaften Abwägung der jeweiligen Interessen.

### Fundstellennachweis

- Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (Namensänderungsgesetz –NamÄndG);
- Allgemeine Verwaltungsvorschriften zum Gesetz über die Änderung von Familiennamen und Vornamen (NamÄndVwV) – Bundesanzeiger, Nr. 78, vom 25.04.1986;
- BVerwGE: In FamRZ 1987, S. 807;
- Gutachen des Deutschen Institutes für Jugendhilfe- und Familienrecht, Heidelberg, (DIJuF) vom 29.07.2004, in: Das Jugendamt, Heft 12/2004, S. 585 ff.;
- Urteil des VerwG Arnsberg vom 28.05.1999, Az. 12 K 4594/98.

## 1. Das Verfahren zu einer beabsichtigten Namensänderung des Pflegekindes

- **Legitimation:**

- Der Vormund als Antragsteller muss die bestehende Vormundschaft nachweisen (§ 2 Abs. 1, 1. Halbsatz NamÄndG).

- **Genehmigung durch das Familiengericht:**

- Der Vormund bedarf für die Antragstellung der Genehmigung durch das Familiengericht (§ 2 Abs. 2 NamÄndG).

- **Antrag mit Begründung:**

- Danach muss der schriftliche Antrag bei der unteren Verwaltungsbehörde (Standes- oder Ordnungsamt) mit Begründung eingereicht werden (§ 5 Abs. 1 NamÄndG).

- **Entscheidung durch Kreisfreie Stadt oder Kreise, bei kreisangehörigen Gemeinden durch den Kreis (§ 11 NamÄndG):**

- Für die Entscheidung sind nach Nr. 17 NamÄndVwV die dort genannten Unterlagen vorzulegen. Nach Nr. 18 Abs. 1 c) beschafft die untere Verwaltungsbehörde selbst unter anderem die Stellungnahme des Jugendamtes. Bei Ablehnung nochmalige Anhörung des Antragstellers (Nr. 22 NamÄndVwV).

- Wirksamwerden mit Bekanntgabe der Entscheidung - mit Rechtsbehelf - an gesetzlichen Vertreter.

- Urkunde über die Namensänderung durch Namensänderungsbehörde.

## 2. Mitwirkung

Unbedingte Voraussetzung für eine Namensänderung ist die Mitwirkung aller möglichen Beteiligten. Dabei muss eine langfristig angelegte Planung – Hilfeplanverfahren – vorliegen.

Mitwirkende und bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen sind:

- Pflegekinderdienst
- ASD
- Kind
- Pflegeeltern
- soziales Umfeld (Vereine, Kindergarten, Schule)

Die Information über die Namensänderung ergeht nach der Entscheidung nur an den gesetzlichen Vertreter. Dieser informiert die Pflegeeltern.

### 3. Kriterien, die erfüllt und für den Antrag auf Namensänderung bedacht sein müssen

Nach Nr. 42 der NamÄndVwV muss:

⇒ **Die Namensänderung förderlich für das Kindeswohl sein.**

- Kriterien für das Kindeswohl sind:
  - das Alter des Kindes,
  - der tatsächliche Wille des Kindes – notfalls Klärung durch Gutachten,
  - das evtl. Interesse an Namensbeibehaltung,
  - die Förderung der Identifizierung des Kindes mit „seiner (sozialen) Familie“,

⇒ **Das Pflegeverhältnis muss auf Dauer zum Zeitpunkt des Antrages bestehen.**

- Vorherige Prüfung - keine Rückkehroption in die Herkunftsfamilie:
- Ist die Kontinuität des Pflegeverhältnisses ist? Hier entstehen oft Probleme mit Beginn der Pubertät des Pflegekindes, die auch zum Abbruch eines Pflegeverhältnisses führen können.

⇒ **Eine Annahme als Kind (Adoption) kommt nicht oder noch nicht in Frage.**

Folgende weitere Kriterien können für die Frage, ob eine Namensänderung zum Wohl des Kindes in Betracht kommt, Anhaltspunkte vermitteln:

- Integration in die Pflegefamilie ist unbedingt Voraussetzung (Familiennamen, Bezugsperson, soziales Umfeld) s. Identität.



- Verwirkung der elterlichen Namensrechte, in der Regel durch Entzug der elterlichen Sorge wegen Erziehungsunfähigkeit und damit verbundenem Kontaktabbruch zum Kind.

Weitere Hinweise und Entscheidungshilfen für den Antrag ergeben sich evtl. aus und durch

- Gutachten
- Berichte
- Stellungnahmen
- Äußerungen
- mündliche Hinweise vertrauter Dritter
- oder durch Verhaltensbeschreibungen.

Empfehlenswert ist weiterhin das Urteil des Verwaltungsgerichtes Arnsberg 28.05.1999 – 12 K 4594/98, das zwar die Namensänderung in diesem Fall zuließ, in der Begründung aber auch die Argumente liefert, die gegen eine Namensänderung sprechen können.







## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Öffentlichkeitsarbeit**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl



Qualität für Menschen

# **Arbeits- und Orientierungshilfe**

## **Öffentlichkeitsarbeit**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

## Ziele der Öffentlichkeitsarbeit in der Vormundschaft und Pflegschaft

Diese Arbeits- und Orientierungshilfe versteht sich als ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit des gesamten Jugendamtes und der Städte und Kreise.

Öffentlichkeitsarbeit des Dienstes Vormundschaften und Pflegschaften macht diese gesetzlichen Aufgaben des Jugendamtes bekannt und transparent.

Sie soll den Bürgerinnen und Bürgern verdeutlichen, dass der Vormund/Pfleger die Interessen und Rechte seiner Mündel autonom und unabhängig von den übrigen Diensten des Jugendamtes vertritt.

Die Präsenz der Vormundschaft / Pflegschaft in der Öffentlichkeit verbessert die Chancen von Kindern und Jugendlichen zur Durchsetzung ihrer Rechte.

Eine verbesserte Wahrnehmung des Arbeitsgebietes Vormundschaften und Pflegschaften führt zu einer Stärkung des beruflichen Selbstverständnisses und der Zivilcourage der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ist gleichzeitig ein weiteres wichtiges Motiv für den Auf- und Ausbau der Öffentlichkeitsarbeit (Public Relation).

Ein Budget für die Öffentlichkeitsarbeit ist ein absolutes Muss für den modernen **„Dienstleister Jugendamt“**.





## Inhalt

### 0. Einleitung

### 1. Interne Öffentlichkeitsarbeit 11

1.1 Jugendhilfeausschuss –Vorlage/mündlicher Bericht/Präsentation 11

1.2 Amts-, Abteilungs- o. Sachgebietsbesprechungen 11

1.3 Intranet 12

1.4 Hauspostille 12

1.5 Flyer 12

1.6 Entscheidung und Vorbereitung der externen Öffentlichkeitsarbeit 12

### 2. Externe Öffentlichkeitsarbeit (siehe grundlegend 1.6) 13

2.1 Schreiben und Vordrucke 13

2.2 Funk und Fernsehen (privat, öffentlich-rechtlich, regional und überregional) 13

2.3 Internet 13

2.4 Presse 13

2.5	Flyer	14
2.6	Info-Veranstaltungen	14
2.7	Öffentlichkeitswirksames Event für alle Mündel	14
2.8	Vernetzung	15
2.9	Präsentation (Türschild, Visitenkarte, Wegweiser) = corporate design	15
2.10	Mündelbefragung, Feedback von Beteiligten	16
2.11	Sonstiges	16

## Anlagen

zu Ziffer 1.1:	Muster einer Jugendhilfeausschuss- Präsentation der Stadt Herford Muster einer Präsentation des Kreises Lippe	17
	Das neue Vormundschaftsgesetz Die Praxis im Kreisjugendamt Lippe	23
zu Ziffer 1.5 u. 2.5	Beispiel für einen Flyer der Stadt Düsseldorf und der Stadt Geldern	35
zu Ziffer 2.3	Tipps zur Homepage-Erstellung, Muster eines Internetauftritts	40
zu Ziffer 2.9:	Foto des Roll-Up der Stadt Aachen	47



## 1. Interne Öffentlichkeitsarbeit

### 1.1 Jugendhilfeausschuss –Vorlage/mündlicher Bericht

Grundsätzlich soll sich die Verwaltung des Jugendamtes im Jugendhilfeausschuss präsentieren.

Mindestens einmal in jeder Legislatur sollte im Jugendhilfeausschuss über die Tätigkeit durch jeden Arbeitsbereich berichtet werden. Eine Anreicherung der Berichtsvorlage mit statistischen Auswertungen, die die Effizienz der Arbeit widerspiegelt, kann für bleibende Eindrücke sorgen.

Sofern zwischen Verwaltung des Jugendamtes und Jugendhilfeausschuss Zielvereinbarungen getroffen werden, sollte die Vormundschaft und Pflegschaft anstreben, Bestandteil einer solchen Vereinbarung zu werden.

Das Muster einer Berichtsvorlage als PowerPoint-Präsentation und einer Präsentation der praktischen Umsetzung der Änderung des Vormundschaftsrechts sind als Anlagen zu 1.1. beigelegt.

### 1.2 Amts-, Abteilungs- oder Sachgebietsbesprechungen

Das Arbeitsfeld sollte allen Leitungskräften und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes in Sachgebiets-, Abteilungs- und Amtsbesprechungen bekannt gemacht werden. Bezüge zu anderen Arbeitsfeldern sollen herausgearbeitet und verdeutlicht werden (Schnittstellen erkennen und benennen, Kooperationsvereinbarungen schließen).

### **1.3 Intranet**

Der hausinterne Netzauftritt sollte in allen die Mündel betreffenden Bereichen mit dem Internet-Auftritt der Kommune verlinkt sein.

### **1.4 Hauspostille**

In allen Arten von vor Ort installierten Mitteilungsblättern und Zeitungen sollen Beiträge zur/über die Arbeit des Arbeitsbereiches geschaltet werden.

### **1.5 Flyer**

Siehe beigefügte Beispiele der Städte Düsseldorf und Geldern.

### **1.6 Entscheidung und Vorbereitung der externen Öffentlichkeitsarbeit**

Innerhalb der Hierarchie Zustimmung für externe Öffentlichkeitsarbeit einholen. Klären, wer spricht/interviewt wird, wer die Grundlagen erarbeitet und anschließend den Kontakt aufrecht erhält (Kontinuität der Öffentlichkeitsarbeit).

## 2. Externe Öffentlichkeitsarbeit (siehe grundlegend 1.6)

### 2.1 Schreiben und Vordrucke

Sachlich und verständlich, bestimmt, freundlich, ggf. mit Gesprächs- und/oder Terminangebot, einzelfallbezogene Sprache („Mein Mündel ...“), den „richtigen Ton“ treffen. Hinweis auf die autonome Stellung und Aufgabenwahrnehmung.

### 2.2 Funk und Fernsehen (privat, öffentlich-rechtlich, regional und überregional)

- Kontakt zur Redaktion aufnehmen
- Themen aufbereiten
- konkrete Anlässe nutzen (z.B. Änderung des Vormundschaftsrechts)
- einmaliger Auftritt oder Mehrteiler als Bericht oder Interview

### 2.3 Internet

Ein beispielhafter Internetauftritt (der Stadt Aachen) ist als Anlage beigelegt.

### 2.4 Presse

Für eine Veröffentlichung in der Presse sind gleiche Vorbereitungen wie unter Ziff. 1.6 notwendig.



## **2.5 Flyer**

Wenn diese erstellt werden, muss der Adressatenkreis festgelegt sein. Broschüren für Mündel müssen in altersangemessener Sprache und Aufmachung publiziert werden (s. Flyer / Kampagne „Dein Vormund vertritt dich“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Beispiele aus Düsseldorf und Geldern sind als Anlagen beigelegt (siehe Anlagen zu 1.5).

## **2.6 Info-Veranstaltungen**

Sie dienen bei entsprechender Ausrichtung dazu, über das Arbeitsgebiet aufzuklären oder Werbung von Einzelvormündern zu unterstützen. Adressaten können Mündel, Pflegeeltern, Schulklassen, Heimerzieherinnen und -erzieher, Ärzte/innen, Anwältinnen/e etc. sein.

## **2.7 Öffentlichkeitswirksames Event für alle Mündel**

Ein mindestens einmal jährlich durchgeführtes Treffen aller Mündel in einem anregenden Umfeld (z.B. Klettergarten, Spielparadies, Wald) fördert den Austausch zwischen den Mündeln und den persönlichen Kontakt zum Mündel. Zur Imageförderung der Vormundschaft / Pflegschaft gehört dazu unbedingt eine medienwirksame Begleitung, sofern keine schutzbedürftigen Interessen entgegenstehen.

## 2.8 Vernetzung

Koordination, Kooperation mit internen und externen Diensten und örtlichen Trägern, z.B. örtlich vertretene Verbände und Träger der freien Jugendhilfe und sonstige thematisch verbundene Institutionen. Dies gilt grundsätzlich bei gesetzlicher Amtsvormundschaft (Kinder minderjähriger, unverheirateter Mütter, § 1791 c BGB).

## 2.9 Präsentation (Türschild, Visitenkarte, Wegweiser) = corporate design

Zur Erhöhung der Aufmerksamkeit für das Arbeitsgebiet Vormundschaften und Pflegschaften ist die Bezeichnung von Bedeutung. Es kann der Begriff „Vormundschaften und Pflegschaften“ verwandt oder die zu tätigen Aufgaben zum Ausdruck gebracht werden, z.B.: „Gesetzlicher Vertreter für Kinder und Jugendliche“. Letzteres ist zu bevorzugen.

In Aachen wurden bspw. im Rahmen eines gemeinsamen Präsentations- und Marketingkonzeptes des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule und des Bündnisses für Familie für alle Arbeitsbereiche Flyer mit einer Kurzbeschreibung der jeweiligen Tätigkeitsbereiche unter einem einheitlichen Layout erstellt. Für jeden Bereich wurde zusätzlich ein thematisches Banner (Roll Up) gefertigt. Ziel war, den Fachbereich Kinder, Jugend und Schule oder Teilbereiche davon durch ein prägnantes Gestaltungskonzept hausintern und auf Veranstaltungen, z.B. „Tag der Integration“, Bildungskongress etc., zu präsentieren. Das Foto des „Roll-up“ verdeutlicht diese Art der Präsentation (siehe Anlage).

## **2.10 Mündelbefragung und Feedback von Beteiligten**

Unter Hinweis auf Ziffer 3.4 und 4. des Leitfadens für die Amtsvormünderin und den Amtsvormund zur Beteiligung des von ihnen vertretenen Kindes oder Jugendlichen ist die Ergebnisqualität direkt bei den Mündeln und anderen Beteiligten abzufragen.

## **2.11 Sonstiges**

Neben den unter den vorstehenden Textziffern aufgeführten Möglichkeiten kommen weitere Instrumente zur Öffentlichkeitsarbeit in Frage, die nicht gesondert aufgelistet werden. Beispielhaft sei hier die Einrichtung eines Servicetelefons genannt. In der örtlichen Organisationsstruktur und deren Dokumentation sollte der Bereich „Vormundschaften und Pflegschaften“ direkt dem Jugendamtsleiter zugeordnet sein.

**Zu Ziff. 1.1**

**Muster einer Jugendhilfeausschussvorlage der Stadt Herford  
und Muster einer Präsentation des Kreises Lippe**

---

**O!** herford

## Jugendamt

Amtsvormundschaften  
Amtspflegschaften  
Beurkundungen

**D!**

Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften,  
Beurkundungen

### Voraussetzungen für die Einrichtung von Vormundschaften und Pflegschaften

Wenn die Eltern eines Kindes die elterliche Sorge nicht ausüben können oder dürfen, tritt **kraft Gesetzes** oder **durch richterliche Anordnung** eine Vormundschaft oder Pflegschaft ein.



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Formen der Vormundschaften und Pflegschaften

- Gesetzliche Amtsvormundschaft
- Adoptionsvormundschaft
- Ergänzungspflegschaften
- Bestellte Vormundschaften und Pflegschaften

Seite 3



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Formen der Vormundschaften und Pflegschaften

#### Gesetzliche Amtsvormundschaft

- Das Jugendamt wird kraft Gesetzes Vormund eines Kindes, wenn seine Mutter minderjährig und nicht verheiratet ist.
- Die gesetzliche Amtsvormundschaft ergänzt die elterliche Sorge der eingeschränkt geschäftsfähigen minderjährigen Mutter.

Seite 4



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Formen der Vormundschaften und Pflegschaften

#### Adoptionsvormundschaft

- Die leiblichen Eltern erklären ihre Einwilligung zur Adoption, oder die Einwilligung der leiblichen Eltern zur Adoption wird gerichtlich ersetzt.
- Für den Zeitraum von der Freigabe zur Adoption bis zur rechtskräftigen Adoption bedarf das Kind eines gesetzlichen Vertreters.

Seite 5



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Formen der Vormundschaften und Pflegschaften

#### Bestellte Vormundschaften und Pflegschaften

- Ruhen der elterlichen Sorge
- Ableben der Eltern
- Entzug der elterlichen Sorge

Rechtliche Vertretung in Teilen oder der gesamten elterlichen  
Sorge aufgrund richterlicher Beschlussfassung

Seite 6



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Formen der Vormundschaften und Pflegschaften

#### Ergänzungspflegschaften

- Vaterschaftsanfechtungen
- Vaterschaftsfeststellungen
- Vertretung der Kinder in Strafverfahren gegen die leiblichen Eltern und ggf. Vermittlung von Hilfen, z.B. Prozessvorbereitung u. -begleitung durch EB, Beratung/Therapie Femina Vita

Seite 7



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Aufgaben des Vormunds/Pflegers

- § 1793 Abs.1 BGB „Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere den Mündel zu vertreten.“
- Die Wahrnehmung der elterlichen Sorge umfasst im Einzelnen folgende Bereiche: Aufenthalt, Pflege, Medizinische Betreuung, Erziehung, Vermögen, Religion, Unterhalt, Versorgung, Erbschaft
- Vormundschaften und Pflegschaften dienen der rechtlichen und persönlichen Interessenvertretung der Mündel
- Persönlicher Kontakt, regelmäßige Termine, Beteiligung des Mündels an Entscheidungen u. Planungen

Seite 8



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Gesetzliche Änderungen

#### Im BGB

- Verpflichtender Kontakt zum Mündel in der üblichen Umgebung 1x monatlich
- Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten

#### Im SGB VIII

- Fallzahlbegrenzung pro Vollzeitstelle max. 50 Fälle
- Anhörung des Kindes o. Jugendlichen vor Auswahl des Vormunds

Seite 9



## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Übergeordnete Aufgaben

§ 1791 b BGB Abs. 1. „Ist eine als ehrenamtlicher Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden, so kann auch das Jugendamt zum Vormund bestellt werden.“

- Kooperation mit Vereinsvormundschaften laut Vereinbarung Stadt HF u.SKF/SKM
- Einzelvormundschaften (ehrenamtlich), Anspruch auf Beratung und Unterstützung durch das JA gem. § 53 SGB VIII
- Teilnahme an regionalen und überregionalen Arbeitskreisen

Seite 10





## Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften Beurkundungen

### Beurkundungen

- Vaterschaftsanerkennungen(vor/nach d. Geburt)
- Zustimmungserklärungen z.  
Vaterschaftsanerkennung durch Kindesmutter,  
gesetzliche Vertreter d. minderjährigen Mutter/  
des Vaters, gesetzlichen Amtsvormunds,  
Ehemannes
- Mutterschaftsanerkennungen (vor/nach d. Geburt)
- Gemeinsame Sorgeerklärungen (vor/nach d.  
Geburt)
- Unterhalt
- Teilausfertigungen von Unterhaltsurkunden

# Das neue Vormundschaftsgesetz

---

## Die Praxis im Kreisjugendamt Lippe

Désirée Solle, Kreis Lippe  
06.09.2012



D. Solle

## Begriffserläuterung

---

### Elterliche Sorge

#### Personensorge

z.B. Erziehung,  
Beaufsichtigung,  
Gesundheitsfürsorge,  
Aufenthaltsbestimmungsrecht,  
Bestimmung des Umgangs mit  
anderen Personen...

#### Vermögenssorge

Vermögensverwaltung  
z.B. Grundbesitz,  
Wertpapiere...

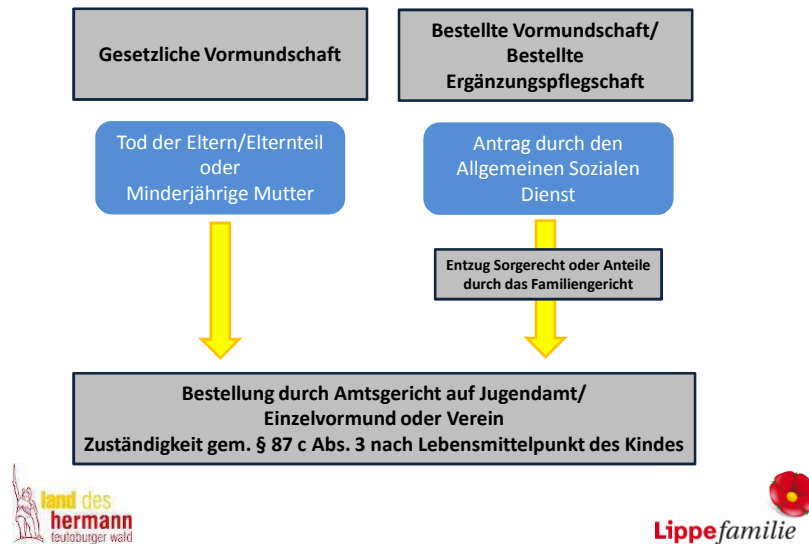
#### Gesetzliche Vertretung

z.B. Einwilligung in Operationen,  
Zustimmung zur Adoption,  
Anträge bei Behörden...

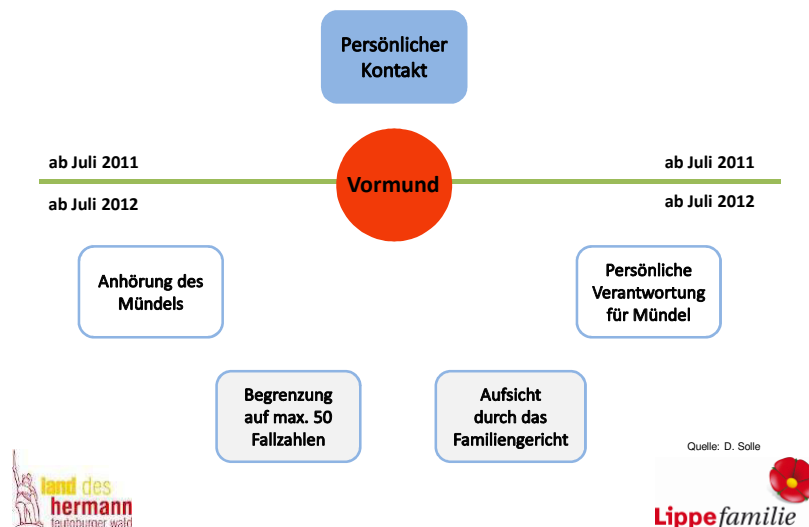
Quelle: D. Solle



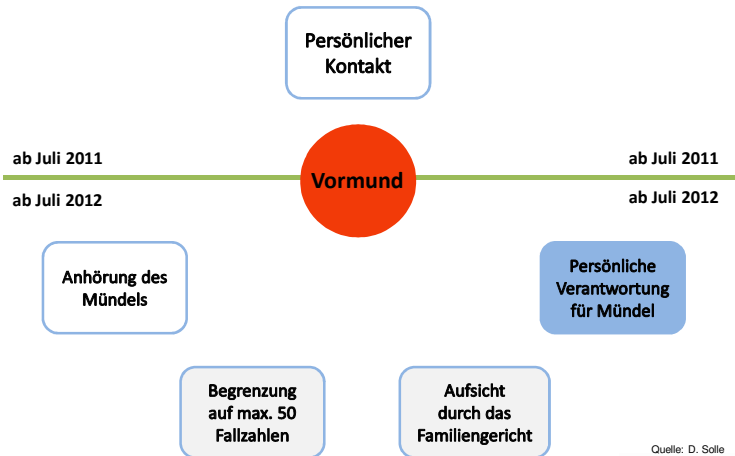
## Verfahrensweise



## Gesetzesänderung



## Gesetzesänderung



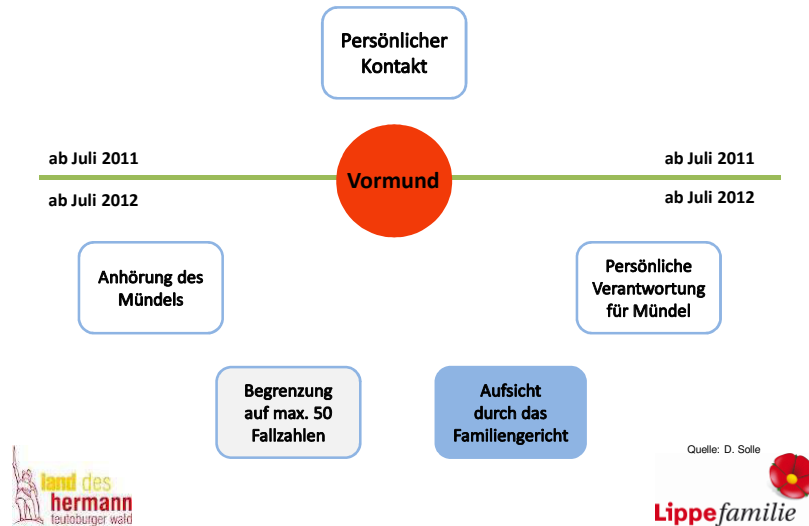
## Gesetzesänderung

### ***Persönlicher Kontakt zwischen Vormund und Mündel***

„Der Vormund hat mit dem Mündel persönlichen Kontakt zu halten.  
Er soll den Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, **es sei denn**, im Einzelfall **sind kürzere oder längere** Besuchsabstände oder ein anderer Ort **geboten**.“ § 1793 Abs. 1a BGB

- **Vormund soll mit Mündel persönlichen Kontakt halten**  
§ 1793 Abs. 1a S. 1 BGB
- **In der Regel einmal im Monat in dessen Umgebung**  
§ 1793 Abs. 1a S. 2 BGB

## Gesetzesänderung



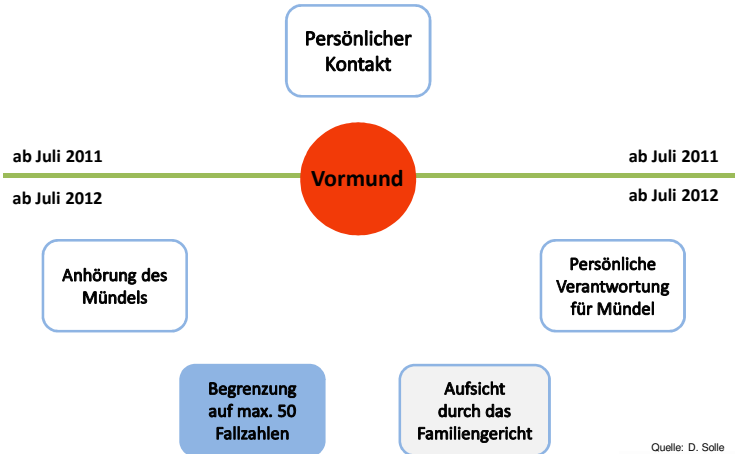
## Gesetzesänderung

### Persönliche Verantwortung des Vormunds

*„Der Vormund hat die Pflege und Erziehung des Mündels **persönlich** zu fördern und zu gewährleisten.“ § 1800 BGB*

- Unterstützend durch § 55 Abs. 3 SGB VIII  
Übertragung auf Fachkräfte des Jugendamtes für die  
Führung einer Amtsvormundschaft/ Pflegschaft

## Gesetzesänderung



Quelle: D. Solle



## Gesetzesänderung

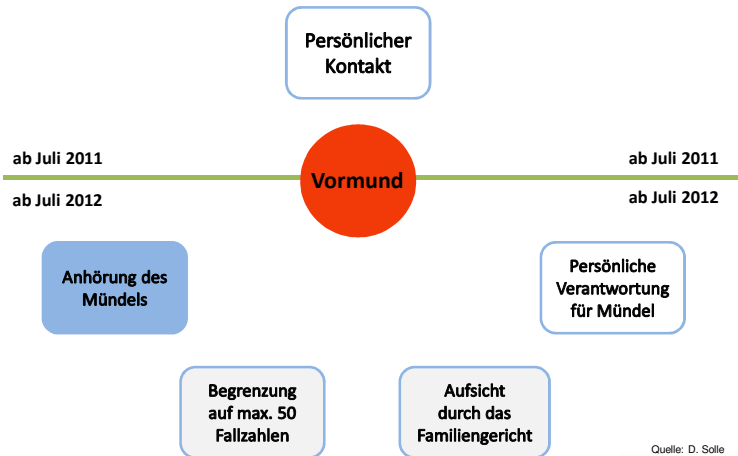
### Aufsicht durch das Familiengericht

„...Es hat **insbesondere** die Einhaltung der erforderlichen persönlichen Kontakte des Vormunds zu dem Mündel zu **beaufsichtigen**.“ § 1837 Abs. 2 Satz 2 BGB

- **Aufsicht des Familiengerichts über die Amtsführung des Vormunds**, auch bezogen auf persönliche Kontakte mit dem Mündel § 1840 BGB
- Der **jährliche Bericht** hat neben den persönlichen Verhältnissen des Mündels auch **Angaben zu den persönlichen Kontakten** zu enthalten



## Gesetzesänderung



## Gesetzesänderung

### Begrenzung auf max. 50 Fallzahlen

„Ein **vollzeitbeschäftigter** Beamter oder Angestellter, der nur mit der Führung von Vormundschaften oder Pflegschaften betraut ist, **soll höchstens 50** und bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben **entsprechend weniger** Vormundschaften oder Pflegschaften führen.“

§ 55 Abs. 2 SGB VIII

- **Max. 50 Fälle für einen vollzeitbeschäftigten Mitarbeiter**

## Gesetzesänderung

---

### Anhörung des Mündels vor Übertragung der Vormundschaft

*„Vor der Übertragung der **Aufgaben des Amtspflegers oder des Amtsvormunds** soll das Jugendamt das Kind oder den Jugendlichen zur Auswahl des Beamten oder Angestellten mündlich anhören, soweit dies nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes oder Jugendlichen möglich ist. **Eine ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung ist unverzüglich nachzuholen.**“ § 55 Abs. 2 SGB VIII*

- Mündliche Anhörung des Kindes/Jugendlichen durch spezielle Fachkraft, angepasst an Alter und Entwicklungsstand
- Ausnahme im Einzelfall, wenn schnelles Eingreifen und Handeln erforderlich ~~ist~~ → Anhörung wird nachgeholt



## Organisation der Vormundschaften

---

- Der Bereich Vormundschaften ist im Fachgebiet 3.1 - Controlling, Kindertagesbetreuung, Verwaltung direkt dem Fachgebietsleiter unterstellt; bewusste Trennung mit den Sozialen Diensten
- Spezialisierung der Vormundschaften seit Mai 2009
- 3,73 Stellen für den Bereich Vormundschaften aufgeteilt auf eine Dipl. Verwaltungswirtin (Teilzeit), eine Sozialpädagogin, einem Verwaltungsfachangestellten (jeweils Vollzeit) und derzeit einer unbesetzten Stelle (kurzfristige Nachbesetzung)
- Seit dem 13.08.2012 Entlastung durch Dipl. Verwaltungswirtin (15 Wochenstd.) für den Bereich Beurkundungen
- Aktuelle Fallzahlen: 193 Vormund- und Pflegschaften (1:52)





## Vollzeitstelle eines Angestellten mit 39 Wochenstunden und 50 Fällen

zu betreuende Mündel:	<b>50</b>		
Nettoarbeitszeit	Stunden:	132	100%
<b>Tätigkeit AV pro Monat (39Stunden wöchentlich)</b>	<b>.</b>	<b>Std./ Monat</b>	<b>% der Gesamtarbeitszeit (ca.)</b>
Mündelbesuche		50	37,88
Vorbereitung/ Nachbereitung		25	18,94
Fahrtzeit		37,5	28,41
Bürotätigkeit Arbeitsvorbereitung Teilnahme an Arbeitskreisen, DB, Fortbildung Vertretung von Kollegen,		13,2	10,00
Kollegiale Beratung/ Fallbesprechung/ Supervision		4	3,03
Maßnahmen zu persönlichen Förderung		50	37,88
		<b>179,7</b>	<b>136,14</b>
<b>Differenz:</b>		<b>47,70</b>	<b>36,14</b>
* nach KGSt. 1575 Nettoarbeitsstunden pro Jahr; 1575/ 12= 131,25 Std. (Nettoarbeitszeit) pro Monat			



**Lippefamilie**



## Vollzeitstelle eines Angestellten mit 39 Wochenstunden und 36 Fällen

zu betreuende Mündel:	<b>36</b>		
Nettoarbeitszeit	Stunden:	132	100%
<b>Tätigkeit AV pro Monat (39Stunden wöchentlich)</b>	<b>.</b>	<b>Std./ Monat</b>	<b>% der Gesamtarbeitszeit (ca.)</b>
Mündelbesuche		36	27,27
Vorbereitung/ Nachbereitung		18	13,64
Fahrtzeit		27	20,45
Bürotätigkeit Arbeitsvorbereitung Teilnahme an Arbeitskreisen, DB, Fortbildung Vertretung von Kollegen,		13,2	10,00
Kollegiale Beratung/ Fallbesprechung/ Supervision		4	3,03
Maßnahmen zu persönlichen Förderung		36	27,27
		<b>134,2</b>	<b>101,67</b>
<b>Differenz:</b>		<b>2,20</b>	<b>1,67</b>
* nach KGSt. 1575 Nettoarbeitsstunden pro Jahr; 1575/ 12= 131,25 Std. (Nettoarbeitszeit) pro Monat			



**Lippefamilie**



# Von der Theorie zur Praxis...

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag			
08.00	Vor-/Nachbereitung M1	Vor-/Nachbereitung M3	Vor-/Nachbereitung M5	Vor-/Nachbereitung M7	Beurkundungen			
08.30	Vor-/Nachbereitung M2	Vor-/Nachbereitung M4	Vor-/Nachbereitung M6	Vor-/Nachbereitung M8				
09.00	Persönliche Förderung M1	Persönliche Förderung M3	Persönliche Förderung M5	Vor-/Nachbereitung M9				
09.30				Persönliche Förderung M7				
10.00								
10.30	Persönliche Förderung M2	Persönliche Förderung M4	Persönliche Förderung M6			Persönliche Förderung M8		
11.00	Bürotätigkeit	Bürotätigkeit	Bürotätigkeit	Persönliche Förderung M9				
11.30								
12.00	½ Std. Mittag	½ Std. Mittag	½ Std. Mittag	Supervision/ Kolleg. Beratung				
12.30	Anreise	Anreise	Anreise		½ Std. Mittag			
13.00	Kontakt M1	Kontakt M3	Kontakt M5	Anreise	Quelle: D. Solle			
13.30				Kontakt M7				
14.00								
14.30				Kontakt M8				
15.00						Kontakt M2	Kontakt M4	Kontakt M6
15.30				Fahrtzeit		Fahrtzeit	Fahrtzeit	Kontakt M9
16.00								
16.30								
17.00								
17.30								
Durchschnittliches Arbeitsaufkommen einer Vollzeitkraft (39 Stunden) in einer Woche bei 36 Vormundschaften/Pflegschaften inkl. 10 % Beurkundungen								

Durchschnittliches Arbeitsaufkommen einer Vollzeitkraft (39 Stunden) in einer Woche bei 36 Vormundschaften/Pflegschaften inkl. 10 % Beurkundungen

# Von der Theorie zur Praxis...

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8.00	Anreise	Telefon			Telefon
8.30		Anreise	Bürotätigkeit	Telefon	Kollegiale Beratung
9.00	Krisengespräch Mündel Z.	Therapiegespräch		Anreise	
9.30			Anreise	Gespräch in Schule	
10.00		Rückfahrt	Termin Amtsgericht		Anreise
10.30	Rückfahrt			Rückfahrt	
11.00		Bürotätigkeit		Bürotätigkeit	
11.30	Bürotätigkeit		Rückfahrt		HPG Mündel Hildesheim
12.00			Mittag	Mittag	
12.30		Mittag		Anreise	
13.00		Bürotätigkeit	Bürotätigkeit	Interne Erziehungsplanung	Rückfahrt
13.30	Anreise				
14.00	HPG Mündel	Anreise	Dienstbesprechung Fachbereich	HPG Mündel	
14.30		Mündelbesuch			
15.00	Anreise			HPG Mündel	
15.30	Mündelbesuch	Fahrzeit	Bürotätigkeit		
16.00		Gespräch mit Arzt wegen Operation	Anreise	Fahrzeit	
16.30			Mündelbesuch	Mündelbesuch	
17.00	Fahrzeit	Fahrzeit			
17.30	Mündelbesuch		Fahrzeit	Fahrzeit	
18.00			Mündelbesuch	Mündelbesuch	
18.30	Rückfahrt				
19.00			Rückfahrt	Rückfahrt	

Quelle: D. Solle

## Veränderungen und Probleme durch das neue Vormundschaftsgesetz

---

- großes Einzugsgebiet → Lange Fahrtzeiten, daher großer Zeitaufwand für Mündelbesuche
- weniger Zeit für die anfallende Büroarbeit
- deutlich mehr „Arbeitsaufträge“ durch die Mündel und Einrichtungen bzw. Pflegeeltern
- Arbeitszeitschwerpunkt im Nachmittags- bis Abendbereich
- schwierige/schlechte telefonische Erreichbarkeit



## Veränderungen und Probleme durch das neue Vormundschaftsgesetz

---

- veränderte Aufgabenwahrnehmung:
  - Übertragung der Anhörung der Mündel auf eine Fachkraft mit gleichzeitiger Fallkoordination
  - Überprüfung Fallannahme und –abgabe
- durch die Wahrnehmung der Spezialisierung der Anhörung der Kinder auf eine Fachkraft werden weitere zeitlichen Ressourcen benötigt
- keine Übertragungen an Vereine und freie Träger im Kreisgebiet Lippe möglich
- erhöhter Stellenbedarf



---

**Vielen Dank für Ihre  
Aufmerksamkeit!**





## zu Ziff. 1.5: Flyer Stadt Düsseldorf



### Liebe Düsseldorferinnen und Düsseldorfer,

Düsseldorf ist eine familienfreundliche Stadt. Sie zeichnet sich durch eine große Vielfalt an Angeboten aus. Aber auch hier gibt es Familien, die weitergehende Unterstützung brauchen. Beispielsweise gibt es Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind. Hier springt dann das Jugendamt ein und übernimmt zum Beispiel die Vormundschaft. Kinder brauchen aber einen persönlichen Ansprechpartner. Deshalb suchen wir Menschen, die bereit sind, sich auf ein Kind einzulassen und als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen. Wenn Sie sich als Einzelvormund zur Verfügung stellen, helfen Sie diesen Kindern, ihren Lebensweg zu meistern. Dabei lässt Sie das Jugendamt nicht allein: Wir begleiten Sie und geben Ihnen die Unterstützung, die Sie brauchen.

Bitte melden Sie sich und lassen Sie uns über die Einzelheiten reden. Ich würde mich freuen, bald von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

*Johannes Horn*

Johannes Horn  
Leiter des Jugendamtes



Landeshauptstadt  
Düsseldorf

### Einzelvormund für Kinder und Jugendliche Voraussetzungen und Möglichkeiten

Herausgegeben von der  
Landeshauptstadt Düsseldorf  
Der Oberbürgermeister  
Jugendamt

Verantwortlich Johannes Horn  
Redaktion Petra Bollen  
Gestaltung Pauline Denecke  
Fotos (Photocase): © bit.it, stop-sells,  
linus64, ginger, eurytos, Mr. Nico, mami;  
Fotolia: © Galina Borkaya, Buegi, Anykay;  
Stockphoto: © © mammaMarkt, Steve Cole,  
mzley999

06/11-1  
[www.duesseldorf.de/jugendamt](http://www.duesseldorf.de/jugendamt)



### Die Interessen von Kindern und Jugendlichen wahrnehmen

Kinder und Jugendliche erhalten einen **Pfleger oder Vormund**, wenn ihre Eltern sich nicht oder nur unzureichend um sie kümmern können oder wollen. Zum Beispiel können Eltern längerfristig erkranken, aber auch mangelnde Fürsorge und Erziehung können dazu führen, dass Eltern ihr Sorgerecht gegenüber ihren Kindern teilweise oder gänzlich verlieren.

In solchen Fällen bestimmt das Familiengericht, wer zukünftig die Interessen der Kinder und Jugendlichen an Stelle ihrer Eltern vertritt. Finden sich keine geeigneten Personen im privaten Umfeld der Kinder, benennt das Gericht einen sogenannten **Amts- oder einen Vereinsvormund**, der diese Aufgabe professionell ausführt, allerdings eine Vielzahl von Mündeln zu betreuen hat.

Für Kinder und Jugendliche mit belastenden Erlebnissen und ohne familiären Rückhalt ist es aber wünschenswert, dass sie einen Menschen an ihrer Seite haben, der ausschließlich für sie da ist. Dies trifft beispielsweise auf Kinder zu, die in Heimen oder Wohngruppen zuhause sind oder als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Düsseldorf leben. Leider gibt es bisher nicht genügend Menschen, die sich als Einzelvormund zur Verfügung stellen.



### Ehrenamtliche Einzelvormünder sind gefragt



Das Jugendamt Düsseldorf sucht sozial engagierte, abgeschlossene, zuverlässige und flexible Menschen, die sich vorstellen können, ehrenamtlicher Einzelvormund für ein Kind zu werden.

Diese Kinder und Jugendlichen brauchen jemanden, der Anteil an ihrem Leben nimmt, aber auch mit ihnen oder für sie Entscheidungen trifft. Hierzu gehört zum Beispiel die Auswahl der Schule oder die Einschätzung, welche medizinischen und therapeutischen Behandlungen für das Kind erforderlich sind. Das Kind lebt dabei nicht im Haushalt des Vormunds, sondern weiter in einer stationären Einrichtung, die auch seine Erziehung übernimmt.

Für diese Aufgabe ist es wünschenswert, dass Sie

- mit Engagement dabei sind, einem Kind mit schwierigen Startbedingungen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen und es auf seinem Weg ins Erwachsenwerden zu begleiten,
- ein hohes Maß an Verantwortungsbereitschaft leben,
- eine hohe Kooperationsbereitschaft mitbringen,
- bereit sind, einen Teil ihrer Freizeit ehrenamtlich für die Belange eines Kindes einzusetzen.

In dieser Rolle sorgen Sie für Kontinuität im Leben der Kinder und treffen Entscheidungen zum Wohl des Kindes anstelle der Eltern. Sie übernehmen die rechtliche Vertretung Ihres Mündels und tragen zur Stabilisierung seiner Lebensverhältnisse bei.

### Das Jugendamt steht Ihnen zur Seite



Für dieses Ehrenamt brauchen Sie keine pädagogische Ausbildung oder juristische Vorkenntnisse. Zu Ihrer Unterstützung und Begleitung bietet Ihnen das Jugendamt

- ein ausführliches Einführungsgespräch,
- Schulung für die Aufgaben eines Vormunds,
- ständige Fachberatung bei konkreten Einzelfragen,
- Themenabende,
- Stammtisch zum Erfahrungsaustausch mit anderen Vormündern,
- Hotline und Online-Beratung bei akuten Fragen.

Bei Interesse melden Sie sich beim

Jugendamt Düsseldorf  
Anteilsvormundschaft  
Wilhelm-Becker-Allee 7  
40227 Düsseldorf



Petra Bollen  
Telefon: 0211.89-98933  
Telefax: 0211.89-38933  
E-Mail: [petra.bollen@duesseldorf.de](mailto:petra.bollen@duesseldorf.de)  
[www.duesseldorf.de/jugendamt](http://www.duesseldorf.de/jugendamt)

## Flyer Stadt Geldern

### Gesetzliche Amtsvormundschaft - für Kinder von minderjährigen Müttern -



Gemeinsam den Weg gehen



**Informationsblatt für**  
betreuende Institutionen

Es kommt regelmäßig vor, dass **junge Frauen unter 18 Jahren Mutter** werden. So haben in Deutschland im Jahr 2011 laut Angaben des Statistischen Bundesamts 4219 minderjährige Frauen ein Kind geboren.



### **Aufgaben der gesetzlichen Amtsvormundschaft**

Aufgrund des Amtes, das Kind rechtlich zu vertreten, ergeben sich vielfältige Aufgaben.

Die jungen Mütter (und natürlich in vielen Fällen auch Väter) müssen in folgenden Punkten unterstützt und beraten werden:

- *Gesundheitsfürsorge, Sicherstellung des Krankenversicherungsschutzes*
- *Beantragung von Sozialleistungen, evtl. Hilfen zur Erziehung*
- *Vaterschaftsfeststellung, notfalls auch durch Klage beim Familiengericht, Sicherung von Unterhalt*
- *Klärung der eventuell außerhäuslichen Betreuung während des Schulbesuchs / Ausbildung der jungen Mutter*
- *Kontakt zu und Umgang mit dem Kindesvater*
- *Bei ausländischen jungen Müttern: Aufenthaltsstatus klären usw.*

Die weiteren Beratungs- und Hilfsangebote richten sich nach der jeweiligen Fallkonstellation.

Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass minderjährige Frauen, die schwanger sind und ihr Kind bekommen wollen, über die Existenz einer gesetzlichen Amtsvormundschaft informiert sind. In vielen Fällen erfahren die jungen Mütter erst nach der Geburt durch den/die zuständigen Mitarbeiter/in des Jugendamtes, dass ihr Kind nun unter Vormundschaft steht.

Diese Mitteilung kann verständlicherweise ein **Gefühl von Ratlosigkeit bis hin zu Angst** auslösen. Um dies zu vermeiden, sowie eventuell auftauchende Fragen möglicherweise schon vor der Geburt des Kindes abklären zu lassen, dient der Flyer „Kinder minderjähriger Mütter - Informationsblatt über die gesetzliche Amtsvormundschaft“.

Dieser soll durch alle Anlaufstellen, wo (minderjährige) Schwangere betreut und beraten werden, verteilt werden, wie z.B. Gynäkologe/in, das Krankenhaus, das Geburtshaus, die Erziehungsberatungsstellen, die AWO u.a.

Sie erhalten so die Gelegenheit, den/die bald zuständige/n Amtsvormund/-vormundin persönlich kennen zu lernen, Schwellenängste abzubauen, Vertrauen zu schaffen und sämtliche mit der Vormundschaft verbundene Fragen zu erläutern.

Das Jugendamt wird durch das Kranken- oder Geburtshaus zeitnah über die Geburt des Kindes und alle weiteren relevanten Informationen in Kenntnis gesetzt.

Eine für das Kindeswohl notwendige Kommunikation zwischen Mutter und dem zuständigen Jugendamt wird somit erleichtert.

#### Rechtliche Grundlagen:

Kraft § 1791 (c) Abs. 1, S. 1 BGB (Bürgerliches Gesetzbuch) tritt automatisch die **gesetzliche Amtsvormundschaft** für das Neugeborene durch das örtlich zuständige Jugendamt ein.

Dies begründet sich in der mangelnden vollen Geschäftsfähigkeit der noch minderjährigen Mutter (§ 106 BGB). Sie ist zur **gesetzlichen Vertretung** des Kindes nicht berechtigt. Demzufolge bedarf das Kind eines Vormunds.

Dies bedeutet jedoch nicht, dass die junge Mutter nicht mit ihrem Kind alleine oder bei ihren Eltern leben darf. Zur Versorgung, Pflege, Betreuung und Erziehung des Kindes ist sie nach wie vor berechtigt und verpflichtet.

Was die persönlichen Verhältnisse des Kindes, bzw. wichtige Entscheidungen in der Personensorge betreffen, hat die Meinung der Mutter gegenüber dem gesetzlichen Vormund sogar Vorrang (§ 1673 Abs. 2, S. 3 BGB).

Die gesetzliche Amtsvormundschaft **endet kraft Gesetz** beim Eintritt der Volljährigkeit der minderjährigen Mutter, bei der Heirat der Mutter mit dem volljährigen Kindesvater oder durch eine gemeinsame Sorgeerklärung der Eltern gemäß § 1626a BGB, wenn der Kindesvater volljährig ist.

### **Bei Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.**

Stadt Geldern

Amt für Jugend, Schule und Sport

Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften

Herr Markus Nellen

Issumer Tor 36

47608 Geldern

Tel.: 02831 / 398 – 705

E-mail: [Markus.Nellen@geldern.de](mailto:Markus.Nellen@geldern.de)



*\* Die Angaben auf der ersten Seite basieren auf den „Qualitätsstandards für Vormünder“, herausgegeben von den Landesjugendämtern Rheinland und Westfalen*

## zu Ziff. 2.3:

### Tipps zur Homepage-Erstellung

#### Textgestaltung:

Inhalte kurz und prägnant darstellen, müssen schnell erfasst werden können - kurze Texte, kurze überschaubare Sätze.

#### Anordnung der Informationen (Pyramidenstil)

Überschrift: kurz und einprägsam - soll Interesse erwecken

dann: Kurzübersicht (2 bis 3 Sätze)

Hauptteil: evtl. als Link, Extrablatt (stark strukturiert, überschaubare kurze Sätze, adressatengerechtes Sprachniveau)

#### Strukturierung des Textes

- Nummerierungen und Listen
- Setzen von Absätzen
- Hervorhebung von wichtigen Satzteilen (z.B. fett schreiben)
- evtl. Grafiken

#### Seitendesign

- Übersichtlichkeit
- Ordnung auf dem Bildschirm
- Gleichförmigkeit
- kein technischer Schnickschnack

#### Corporate Design

Alle Seiten im gleichen Layout

## Farbenkonzept

- gute Farbkontraste sorgen für bessere Lesbarkeit
- mit wenigen Farben arbeiten
- die inhaltliche Gliederung kann durch Farben visuell unterstützt werden

## Navigation

### Startseite

- Interesse wecken und Ausblick geben
- Verlinkung zu untergeordneten Seiten (nicht zu viele Ebenen)
- Links müssen genau betitelt werden, damit der User weiß, was ihn erwartet auf jeder Seite sollte eine Schaltfläche mit direkter Verknüpfung zur Startseite vorhanden sein
- der Besucher soll ohne große Umwege zu Zielen kommen
- keine Hyperlinks in Fließtexten (Unterbrechung)

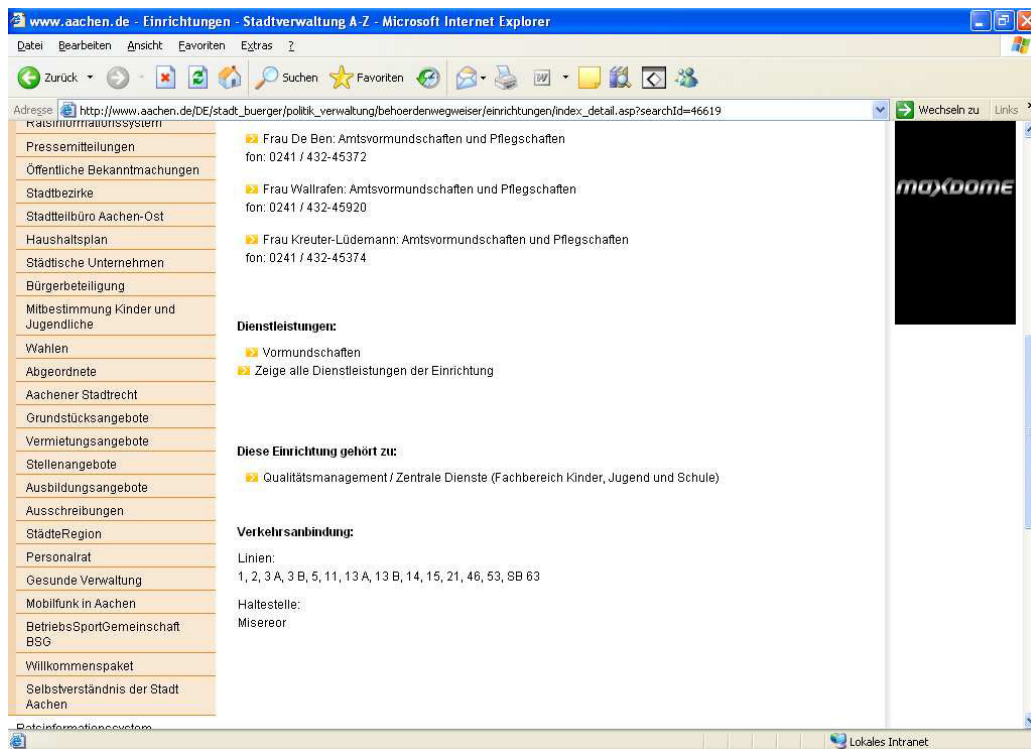
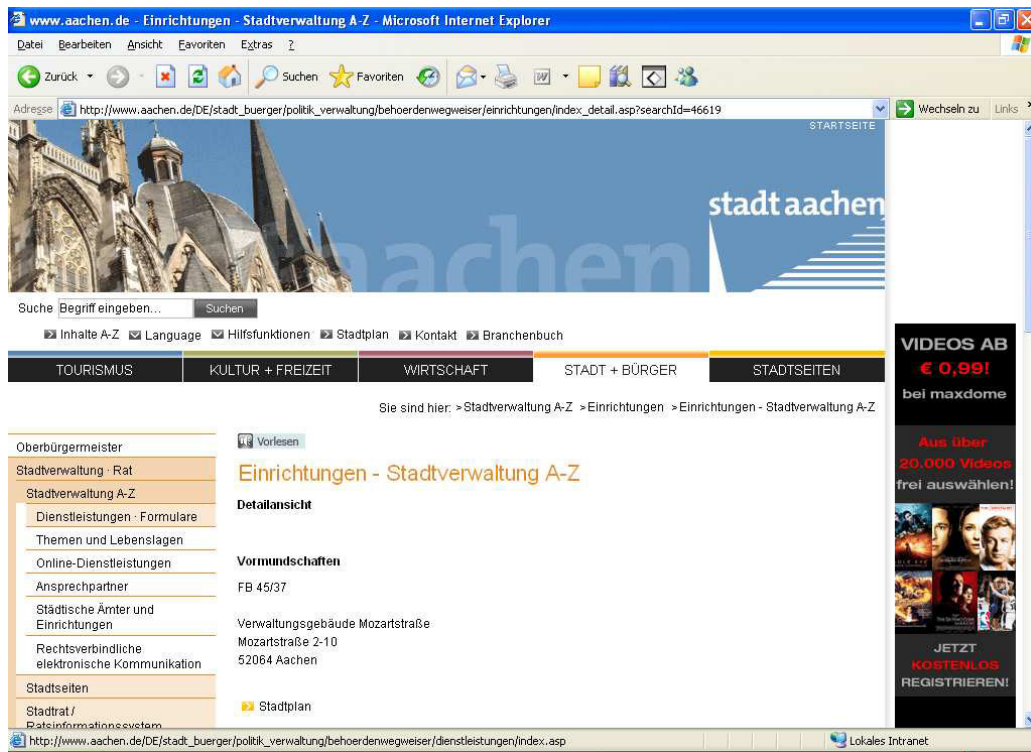
### Suche

Auf der Startseite muss es durch eine gut sichtbare Suchfunktion (wichtigste Suchbegriffe müssen verbunden sein) möglich sein direkt zur gesuchten Seite zu kommen

### Suchwörter:

- Vormundschaften
- Pflegschaften
- Minderjährige Mütter
- Gesetzliche Vertretung
- Personensorge
- Vermögenssorge
- Aufenthaltsbestimmungsrecht
- Gesundheitsfürsorge

## Muster eines Internetauftritts (Stadt Aachen)



www.aachen.de - Dienstleistungen - Stadtverwaltung A-Z - Microsoft Internet Explorer

Adresse: http://www.aachen.de/DE/stadt\_buerger/politik\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\_detail1.asp?searchID=3692

Suche Begriff eingeben... Suchen

Inhalte A-Z Language Hilfsfunktionen Stadtplan Kontakt Branchenbuch

TOURISMUS KULTUR + FREIZEIT WIRTSCHAFT STADT + BÜRGER STADTSEITEN

Sie sind hier: >Stadtverwaltung A-Z >Dienstleistungen >Formulare >Dienstleistungen - Stadtverwaltung A-Z

**Dienstleistungen - Stadtverwaltung A-Z**

**Detailsicht**

**Vormundschaften**

**Wenn Kinder einen Vormund brauchen**

So lange Kinder noch nicht 18 Jahre alt sind, muss es jemanden geben, der die Verantwortung für sie übernimmt. Normalerweise ist dies die Aufgabe der Eltern, aber manchmal können, dürfen oder wollen diese die Aufgabe nicht übernehmen.

In einem solchen Fall wird vom Gericht ein anderer Erwachsener mit dieser Aufgabe betraut. Dies ist

**Links:** JILSANDER

www.aachen.de - Dienstleistungen - Stadtverwaltung A-Z - Microsoft Internet Explorer

Adresse: http://www.aachen.de/DE/stadt\_buerger/politik\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\_detail1.asp?searchID=3692

**Links:** Ratinformationssystem, Pressemitteilungen, Öffentliche Bekanntmachungen, Stadtbezirke, Stadtteilbüro Aachen-Ost, Haushaltsplan, Städtische Unternehmen, Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung Kinder und Jugendliche, Wahlen, Abgeordnete, Aachener Stadtrecht, Grundstücksangebote, Vermietungsangebote, Stellenangebote, Ausbildungsangebote, Ausschreibungen, StädteRegion, Personalrat, Gesunde Verwaltung, Mobilfunk in Aachen, BetriebsSportGemeinschaft BSG, Willkommenspaket, Selbstverständnis der Stadt Aachen

dann der Vormund.

Der Vormund ist der rechtliche Vertreter des Kindes oder des Jugendlichen und soll für dessen Wohlergehen sorgen.

Wird den Eltern nur ein Teil der elterlichen Verantwortung / elterlichen Sorge entzogen, dann spricht man von einer Pflegschaft.

Eine Pflegschaft kann unterschiedliche Teile der elterlichen Sorge beinhalten, z.B. die Personensorge, die Vermögenssorge, die Gesundheitsfürsorge, das Aufenthaltsbestimmungsrecht, etc..

Die Vormünder des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule sind Ansprechpartner für die betroffenen Minderjährigen, deren Eltern, Bezugspädagogen in den Einrichtungen, Pflegeeltern, für Gerichte, Vereine, Schulen, soziale Dienste und andere Institutionen und Personen, die mit den Minderjährigen in Kontakt stehen.

- Wir üben die gesetzliche Vertretung für Kinder und Jugendliche aus und nehmen deren Interessen wahr.
- Wir sorgen für die Gesundheit der Minderjährigen.
- Wir pflegen regelmäßig persönlichen Kontakt mit den Minderjährigen.
- Wir entscheiden über ihren Lebensort und wählen den Kindergarten, die Schule oder die Ausbildungsstätte.
- Wir legen mit den Minderjährigen und deren Bezugspersonen die Erziehungsziele fest und beaufsichtigen deren Umsetzung.
- Wir wählen die notwendigen erzieherischen Hilfen aus und beantragen sie.
- Wir verwalten Vermögen von Kindern und Jugendlichen, die unter Vormundschaft / Pflegschaft stehen, regeln ihre Erbschaftsangelegenheiten und machen Sozialleistungen geltend.
- Wir vertreten sie in gerichtlichen Verfahren und sorgen für eine angemessene Anhörung und Beteiligung.
- Wir begleiten minderjährige Mütter als Vormund ihrer Kinder und unterstützen sie in Fragen der Erziehung und Versorgung der Kinder sowie bei der Regelung behördlicher Angelegenheiten.

**Stadt Aachen**  
Der Oberbürgermeister  
Fachbereich Kinder, Jugend und Schule  
Vormundschaften, Pflegschaften  
Mozartstraße 2-10  
52064 Aachen

Christine De Ben  
Dipl. Sozialpädagogin  
Tel.: 0241 / 432-45372

**Links:** Versandkostenfrei bestellen ab 25€!, Douglas, VIDEOS AB € 0,99! bei maxdome, Aus über 20.000 Videos frei auswählen!, JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!



www.aachen.de - Dienstleistungen - Stadtverwaltung A-Z - Microsoft Internet Explorer

Adresse: [http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/politik\\_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail1.asp?searchID=3692](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/politik_verwaltung/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail1.asp?searchID=3692)

Fachbereich Kinder, Jugend und Schule

Mobilfunk in Aachen	Vormundschaften, Pflegschaften
BetriebsSportGemeinschaft BSG	Mozartstraße 2-10
Willkommenspaket	52064 Aachen
Selbstverständnis der Stadt Aachen	Christine De Ben
Ratsinformationssystem	Dipl. Sozialpädagogin
Bildung - Schule	Tel.: 0241 / 432-45372
Hochschulen	E-Mail: <a href="mailto:christine.deben@mail.aachen.de">christine.deben@mail.aachen.de</a>
Stadt der Wissenschaft	Albertine Kreuter-Lüdemann
Aachen in Europa	Dipl. Sozialarbeiterin
Aachen Profil	Tel.: 0241 / 432-45374
Bauen - Planen	E-Mail: <a href="mailto:albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de">albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de</a>
Verkehr - Straße	Daniela Wallrafen
Umwelt	Dipl. Sozialarbeiterin
Familie	Tel.: 0241 / 432-45920
Gesellschaft - Soziales	E-Mail: <a href="mailto:daniela.wallrafen@mail.aachen.de">daniela.wallrafen@mail.aachen.de</a>
Wohnen	Fax: 0241 / 432-45593
Gesundheit	Internet: <a href="http://www.aachen.de">www.aachen.de</a>
Aachen Agenda 21	Termine nach Vereinbarung

**Zuständige Ansprechpartner:**

Ihre Postleitzahl:  ►

zurück | zum Seitenanfang | Seite drucken | Seite empfehlen

Newsletter | RSS-Feed | Impressum | © Stadt Aachen

Lokales Intranet

JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!

maxdome



**Intranet:**

Adresse http://www.intra.aachen.de/DE/info\_auskunft/behoerdenwegweiser/einrichtungen/index\_detail.asp?searchID=46619

Home | Impressum | Kontakt

Top 1  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
**Suche im Intranet**  
 ▶ ok

Intranet Stadt Aachen  
 ▶ Aktuelles  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
 ▶ Verwaltung + Organisation  
 ▶ Mitarbeiterservice  
 ▶ Rat + Ausschüsse  
 ▶ Recht + Fachliches  
 ▶ Info + Auskunft  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
 ▶ Polizei Aachen  
 ▶ Fahrgemeinschaften online  
 ▶ Anwendungen  
 ▶ TEAM online  
 ▶ Personalrat  
 ▶ BetriebsSport BSG  
 ▶ www.aachen.de

**Jetzt oder nie!**  
 das neue **MitarbeiterTicket**  
 «Cool, günstig! Work mit man fahren wir alle gemeinsam in die Stadt.»

**das mitarbeiterportal**

Info + Auskunft / Stadtverwaltung A-Z / Einrichtungen

**Detailsansicht**

**Vormundschaften FB 45/37**

Verwaltungsgebäude Mozartstraße  
 Mozartstraße 2-10  
 52064 Aachen

- ▶ Frau Christine De Ben: Amtsvormundschaften und Pflegschaften  
 fon: 0241 / 432-45372
- ▶ Frau Daniela Wallrafen: Amtsvormundschaften und Pflegschaften  
 fon: 0241 / 432-45920
- ▶ Frau Albertine Kreuter-Lüdemann: Amtsvormundschaften und Pflegschaften  
 fon: 0241 / 432-45374

**Dienstleistungen:**  
 ▶ Vormundschaften  
[Zeige alle Dienstleistungen der Einrichtung](#)

**Diese Einrichtung gehört zu:**  
 ▶ Qualitätsmanagement / Zentrale Dienste (Fachbereich Kinder, Jugend und Schule)

**Verkehrsanbindung:**  
 Linien:

Fertig

Adresse http://www.intra.aachen.de/DE/info\_auskunft/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\_detail.asp?searchID=3692

Home | Impressum | Kontakt

Top 1  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
**Suche im Intranet**  
 ▶ ok

Intranet Stadt Aachen  
 ▶ Aktuelles  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
 ▶ Verwaltung + Organisation  
 ▶ Mitarbeiterservice  
 ▶ Rat + Ausschüsse  
 ▶ Recht + Fachliches  
 ▶ Info + Auskunft  
 ▶ Stadtverwaltung A-Z  
 ▶ Polizei Aachen  
 ▶ Fahrgemeinschaften online  
 ▶ Anwendungen  
 ▶ TEAM online  
 ▶ Personalrat  
 ▶ BetriebsSport BSG  
 ▶ www.aachen.de

**Jetzt oder nie!**  
 das neue **MitarbeiterTicket**  
 «Klasse, da mach' ich mit, auch wenn ich es nicht täglich nutze.»

**das mitarbeiterportal**

Info + Auskunft / Stadtverwaltung A-Z / Dienstleistungen · Formulare

**Detailsansicht**

**Vormundschaften**

**Wenn Kinder einen Vormund brauchen**

So lange Kinder noch nicht 18 Jahre alt sind, muss es jemanden geben, der die Verantwortung für sie übernimmt. Normalerweise ist dies die Aufgabe der Eltern, aber manchmal können, dürfen oder wollen diese die Aufgabe nicht übernehmen.

In einem solchen Fall wird vom Gericht ein anderer Erwachsener mit dieser Aufgabe betraut. Dies ist dann der Vormund.

Der Vormund ist der rechtliche Vertreter des Kindes oder des Jugendlichen und soll für dessen Wohlergehen sorgen.

Wird den Eltern nur ein Teil der elterlichen Verantwortung / elterlichen Sorge entzogen, dann spricht man von einer Pflegschaft.

Eine Pflegschaft kann unterschiedliche Teile der elterlichen Sorge beinhalten, z.B. die Personensorge, die Vermögenssorge, die Gesundheitsfürsorge, das Aufenthaltsbestimmungsrecht, etc..

Die Vormünder des Fachbereiches Kinder, Jugend und Schule sind Ansprechpartner für die betroffenen Minderjährigen, deren Eltern, Bezugspädagogen in den Einrichtungen, Pflegeeltern, für Gerichte, Vereine, Schulen, soziale Dienste und andere Institutionen und Personen, die mit den Minderjährigen in Kontakt stehen.

- Wir üben die gesetzliche Vertretung für Kinder und Jugendliche aus und nehmen deren Interessen wahr.

Adresse [http://www.intra.aachen.de/DE/info\\_auskunft/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail.asp?searchID=3692](http://www.intra.aachen.de/DE/info_auskunft/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail.asp?searchID=3692) Wechseln zu Links





**Nicht gefunden oder eine Anregung? Die Online-Redaktion freut sich über Ihre Hinweise.**

- Wir sorgen für die Gesundheit der Minderjährigen.
- Wir pflegen regelmäßig persönlichen Kontakt mit den Minderjährigen.
- Wir entscheiden über ihren Lebensort und wählen den Kindergarten, die Schule oder die Ausbildungsstätte.
- Wir legen mit den Minderjährigen und deren Bezugspersonen die Erziehungsziele fest und beaufsichtigen deren Umsetzung.
- Wir wählen die notwendigen erzieherischen Hilfen aus und beantragen sie.
- Wir verwalten Vermögen von Kindern und Jugendlichen, die unter Vormundschaft / Pflegschaft stehen, regeln ihre Erbschaftsangelegenheiten und machen Sozialleistungen geltend.
- Wir vertreten sie in gerichtlichen Verfahren und sorgen für eine angemessene Anhörung und Beteiligung.
- Wir begleiten minderjährige Mütter als Vormund ihrer Kinder und unterstützen sie in Fragen der Erziehung und Versorgung der Kinder sowie bei der Regelung behördlicher Angelegenheiten.

Stadt Aachen  
Der Oberbürgermeister  
Fachbereich Kinder, Jugend und Schule  
Vormundschaften, Pflegschaften  
Mozartstraße 2-10  
52064 Aachen

Christine De Ben  
Dipl. Sozialpädagogin  
Tel.: 0241 / 432-45372  
E-Mail: [christine.deben@mail.aachen.de](mailto:christine.deben@mail.aachen.de)

Albertine Kreuter-Lüdemann  
Dipl. Sozialarbeiterin  
Tel.: 0241 / 432-45374  
E-Mail: [albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de](mailto:albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de)

Daniela Wallrafen  
Dipl. Sozialarbeiterin  
Tel.: 0241 / 432-45920  
E-Mail: [daniela.wallrafen@mail.aachen.de](mailto:daniela.wallrafen@mail.aachen.de)  
Fax.: 0241 / 432-45593

Internet: [www.aachen.de](http://www.aachen.de)

Lokales Intranet

Adresse [http://www.intra.aachen.de/DE/info\\_auskunft/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index\\_detail.asp?searchID=3692](http://www.intra.aachen.de/DE/info_auskunft/behoerdenwegweiser/dienstleistungen/index_detail.asp?searchID=3692) Wechseln zu Links

Christine De Ben  
Dipl. Sozialpädagogin  
Tel.: 0241 / 432-45372  
E-Mail: [christine.deben@mail.aachen.de](mailto:christine.deben@mail.aachen.de)

Albertine Kreuter-Lüdemann  
Dipl. Sozialarbeiterin  
Tel.: 0241 / 432-45374  
E-Mail: [albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de](mailto:albertine.kreuter-luedemann@mail.aachen.de)

Daniela Wallrafen  
Dipl. Sozialarbeiterin  
Tel.: 0241 / 432-45920  
E-Mail: [daniela.wallrafen@mail.aachen.de](mailto:daniela.wallrafen@mail.aachen.de)  
Fax.: 0241 / 432-45593

Internet: [www.aachen.de](http://www.aachen.de)

Termine nach Vereinbarung

**Zuständige Ansprechpartner:..**  
Ihre Postleitzahl:

» zurück | » drucken

« Home | « Mitarbeiterportal | « Verwaltung + Organisation | « Rat + Ausschüsse + W | « Formulare + Dienstleistungen | « Fachanwendungen

» Aktuelles | » Info + Auskunft | » Recht + Fachliches | » Personalrat | » Stadtplan | » Impressum | » Kontakt

© 2003-2007 Stadt Aachen

Lokales Intranet

zu Ziffer 2.9:

The infographic is a vertical poster with a yellow top half and a brown bottom half. At the top, a red banner reads 'FACHBEREICH KINDER, JUGEND UND SCHULE'. Below it is a circular logo with a crown and the text 'FAMILIENFREUNDLICH' and 'KINDERREICH AACHEN'. The main title 'LEISTUNGEN FÜR EIN FAMILIENFREUNDLICHES AACHEN' is in large, bold, black letters. Below the title, the subtitle 'VORMUNDSCHAFTEN UND PFLEGSCHAFTEN' is in smaller, bold, black letters. A paragraph states: 'Wir üben die gesetzliche Vertretung für Kinder und Jugendliche aus und nehmen deren Interessen wahr.' Below this is a bulleted list of services: Gesundheitsfürsorge, Aufenthaltsbestimmung, Vermögensverwaltung, Gerichtliche Vertretung, Hilfeplanung, Sozialpädagogische Beratung und Begleitung, and Persönliche Kontakte. The bottom section features the 'stadt aachen' logo with the tagline 'BÜNDNIS FÜR KAMMEL' and the website 'WWW.AACHEN.DE'.

FACHBEREICH KINDER, JUGEND UND SCHULE

FAMILIENFREUNDLICH  
KINDERREICH AACHEN

**LEISTUNGEN FÜR EIN  
FAMILIENFREUNDLICHES  
AACHEN**

**VORMUNDSCHAFTEN UND  
PFLEGSCHAFTEN**

Wir üben die gesetzliche Vertretung  
für Kinder und Jugendliche aus und  
nehmen deren Interessen wahr.

- Gesundheitsfürsorge
- Aufenthaltsbestimmung
- Vermögensverwaltung
- Gerichtliche Vertretung
- Hilfeplanung
- Sozialpädagogische Beratung  
und Begleitung
- Persönliche Kontakte

stadt aachen  
BÜNDNIS FÜR KAMMEL

WWW.AACHEN.DE

**zu 2.10:**

Aus dem Buch Vormundschaft und Kindeswohl von Zitelmann, Schweppe und Zenz, Teil 3 Vormundschaft aus der Sicht von Kindern und Jugendlichen – Eine Interviewstudie mit Mündeln von Maud Zitelmann, ab S. 35







## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Aufgabentmischung**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

AuftragKindeswohl



Qualität für Menschen



# **Arbeits- und Orientierungshilfe**

## **Aufgabentmischung**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013

## Inhalt

<b>O</b>	<b>Einleitung</b>	<b>7</b>
<b>I.</b>	<b>Qualitäts(-mindest-)standards bei der Aufgabenwahrnehmung in der Amtsvormundschaft</b>	<b>9</b>
<b>II.</b>	<b>Ergebnisqualität durch ausschließliche Aufgabenwahrnehmung als Vormund</b>	<b>11</b>
<b>III.</b>	<b>Ein Beistand ist kein Vormund</b>	<b>14</b>

***„Die Wahrnehmung der Aufgaben des Amtsvormundes hat funktionell, organisatorisch und personell derart getrennt von der Wahrnehmung der sonstigen Aufgaben des Jugendamtes zu erfolgen, dass die Pflicht des Vormunds, die Erziehung des Kindes sicherzustellen, unter keinen Gesichtspunkt gefährdet wird. ....“ (OVG NRW, 25.04.2001, Az. 12 A 924/99)***



## Einleitung

Die bundesweiten Entwicklungen beim Kinderschutz und den Kinderrechten, die auch zu den gesetzlichen Neuregelungen im Vormundschaftsrecht geführt haben, zwingen auch zu einer Korrektur eingefahrener Organisationsstrukturen.

Die derzeitige Praxis in den Jugendämtern zeigt abweichend von der Qualitätsdiskussion zur Wahrnehmung von Amtsvormundschaften, die seit Mitte der 90er Jahre geführt wird, dass dem Amtsvormund neben seinen gesetzlichen Aufgaben weitere unterschiedlichste Arbeitsbereiche übertragen werden.

Regionale, strukturelle und z. T. finanzielle Gegebenheiten sowie personelle Ressourcen haben über lange Zeit vorrangig die Konzepte zur Organisation der Vormundschaften und deren Aufgabenwahrnehmung geprägt. Dabei zeigt sich, dass die Umsetzung der zum 06.07. 2011 und 05.07.2012 in Kraft getretenen gesetzlichen Regelungen nun auch durch bestehende strukturelle Voraussetzungen in manchen Jugendämtern erschwert wird.

Eine gesetzeskonforme Aufgabenwahrnehmung ist in der Praxis nicht oder kaum zu leisten, wenn zusätzlich weitere Aufgaben, wie z. B. Beistandschaften oder Beurkundungen, ausgeübt werden müssen. Die tatsächlichen Arbeitsauslastungen lassen sich bei einem Mischarbeitsplatz nicht eindeutig feststellen.

Diese Praxis entspricht nicht den jetzt geltenden gesetzlichen Erfordernissen, soweit darin vorgesehene Aufgaben durch diese Organisationsformen fachlich und zeitlich nicht übernommen bzw. bewältigt werden *können* (§ 53 Abs. 1, 2 u. 4, 79 Abs. 2 Satz 2<sup>1</sup>, Hs. 2 SGB VIII<sup>2</sup>). Sie können ferner eine rechtswidrige Aufgabenwahrnehmung bedeuten, soweit die Wahrnehmung verschiedener Aufgabenbereiche im Jugendamt zu Befangenheit oder Interessenkollisionen (§ 1795 Abs. 2 i. V. m. § 181 BGB) oder zu einer verbotenen Beteiligung (§ 16 SGB X) führen<sup>3</sup>.

Dies kann zu haftungs- und strafrechtlichen Konsequenzen führen, wenn dem Mündel persönliche oder finanzielle Nachteile oder Schäden entstehen.

Diese Arbeits- und Orientierungshilfe zeigt eine gesetzeskonforme und den Interessen der Kinder und Jugendlichen angemessene Wahrnehmung des Arbeitsbereiches der Amtsvormundschaft auf.

---

<sup>1</sup> Vgl. Wiesner, SGB VIII, § 79 Abs. 2, Rdnr. 11.

<sup>2</sup> Dazu wird angemerkt, dass allein durch organisatorische Prozesse oder Umstrukturierungen die neue gesetzlich aufgegebene Aufgabenwahrnehmung in der Vormundschaft nicht umzusetzen sein wird. Hierzu werden auch u. a. die weitere Entwicklung des fachlichen Aufgabenverständnisses, Kooperationen und ggf. rechtliche Weiterentwicklungen durch eine weitergehende Reform des Vormundschaftsrechts erforderlich sein.

<sup>3</sup> Weiterführend: Kunkel in: Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, § 15, Rdnr. 135, München 2010.

## I. Qualitäts(-mindest-)standards bei der Aufgabenwahrnehmung in der Amtsvormundschaft

- Unabhängige Interessenvertretung

Gemäß §§ 1773, 1800, 1626, 1631 ff. BGB, ist der Vormund Personensorgeberechtigter. Der Vormund ist Antragsteller von erzieherischen Hilfen (§§ 27 ff SGB VIII), für die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des Kindes bzw. des/der Jugendlichen und für die Beteiligungsrechte des Mündels z. B. bei der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII - verantwortlich. Er ist ausschließlich den Interessen des Mündels verpflichtet.

Demgegenüber ist der Sozialdienst für die Arbeit mit der Herkunftsfamilie zuständig. Im Rahmen der Gesamtverantwortung und Qualitätsentwicklung zur Aufgabenwahrnehmung der Vormundschaften und Sozialen Dienste sind gem. §§ 79, 79a SGB VIII Kooperationsvereinbarungen geboten.

Rechtlich sind die beiden Aufgabenbereiche dadurch qualifiziert, dass die Hilfen zur Erziehung zu den „Leistungen der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 2 SGB VIII) - damit zur sozialleistungsgewährenden Jugendhilfe gehören - die Vormundschaften hingegen zu den „Andere Aufgaben der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 3 SGB VIII) - damit zum Spektrum des von Amts wegen auszufüllenden staatlichen Wächteramtes Diese dienen dem besonderen Schutz und der Stärkung der Rechte des Kindes/Jugendlichen bzw. Berechtigten.

- Einhaltung der gesetzlichen Fallzahl**ober**grenze bei unbedingter persönlicher Kenntnis des Mündels mit i. d. R. monatlichen Besuchskontakten, § 1793 Abs. 1a, § 55 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII.

- Umsetzung der gesetzlichen Vorgaben, insbesondere §§ 1623 ff., 1773 ff. BGB, §§ 53 - 56, 72, 79, 79a SGB VIII, Beachtung der §§ 1795 Abs. 2 i. V. m. § 181 BGB, § 16 SGB X.

Einarbeitung, eigene Fortbildung, Supervision - zwingend auf Grund der Regelung in § 72 Abs. 3 und § 79 Abs. 3 SGB VIII<sup>4</sup>.

- Eigene Öffentlichkeitsarbeit des Arbeitsbereichs, insbesondere für die Gewinnung von ehrenamtlichen Einzelvormündern<sup>5</sup>.
- Werbung, Schulung, Beratung und Unterstützung von Einzelvormündern sowie Beratung und Unterstützung von Vereinen, die Vormundschaften führen, § 53 SGB VIII<sup>6</sup>.
- Vernetzung in regionalen Arbeitskreisen, Kooperationen mit anderen Fachdiensten und Disziplinen sowie Beteiligten.
- Einbindung in eine konzeptionelle Weiterentwicklung des Aufgabengebietes auf der Basis der geltenden Bestimmungen (§ 79a SGB VIII).

Die Umsetzung dieser fachlichen Anforderungen an die Prozess- und Strukturqualität<sup>7</sup> ist nur möglich, wenn die Organisation des Aufgabengebietes sie in entsprechender Weise und im Rahmen des zu Verfügung stehenden Arbeitszeitvolumens vorsieht.

---

<sup>4</sup> Nach dieser Regelung haben die Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Fortbildung und Praxisberatung sicherzustellen, vgl. hierzu: Wiesner, SGB VIII, § 72 Abs. 3, Rdnr. 17 f.,

<sup>5</sup> S. gesonderte Arbeits- und Orientierungshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“.

<sup>6</sup> S. gesonderte Arbeits- und Orientierungshilfe „Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Vormündern“.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu gesonderte Arbeits- und Orientierungshilfe „Das Leistungsprofil des Amtsvormundes“, Ziff. 4.1, 4.2.



## II. Ergebnisqualität durch ausschließliche Aufgabenwahrnehmung als Vormund

Die in der Arbeits- und Orientierungshilfe „Das Leistungsprofil des Amtsvormundes“ beschriebene Ergebnisqualität<sup>8</sup>, kann nur erreicht werden, wenn diese Aufgaben des Vormunds nicht durch die Wahrnehmung weiterer Aufgaben im Jugendamt beeinträchtigt wird – zeitlich oder fachlich. Daneben soll auch das Mitwirkungsverbot des § 16 SGB X sowie des § 1795 Abs. 2 i. V. m. § 181 BGB die fachliche und unabhängige Interessenwahrnehmung gewährleisten. Danach sollten – im Einzelfall dürfen – die nachstehend aufgeführten Aufgaben nicht zusätzlich durch den Vormund ausgeübt werden:

- Leistungsgewährende Dienste des Jugendamtes, z.B. Allgemeiner Sozialer Dienst, Pflegekinderdienst, wirtschaftliche Jugendhilfe
- Beistandschaften (s. hierzu ausführlich III.)
- Unterhaltsvorschusskasse  
In den seltenen Fällen eines bestehenden UVG-Anspruches und gleichzeitiger Amtsvormundschaft schließt sich aufgrund öffentlich-rechtlicher Leistungsgewährung auch diese Kombination von Aufgaben gesetzlich aus.
- Beurkundungen, gesetzlich ausgeschlossen in den Fällen, wo das Mündel selbst betroffen ist (§ 59 Abs. 2 SGB VIII).
- Leitungsfunktion im Jugendamt  
Soweit sie über den Bereich der Vormundschaft hinausgeht, ist diese Aufgabe gesetzlich ausgeschlossen.

---

<sup>8</sup> Ebd., Ziff. 4.3.

- Adoptionsvermittlungsstelle

Das Adoptionsvermittlungsgesetz sieht in § 3 Abs. 2 AdVermiG vor, dass die Aufgaben nach diesem Gesetz (AdVermiG) durch Adoptionsvermittlungsfachkräfte wahrgenommen werden müssen, die nicht überwiegend mit vermittlungsfremden Aufgaben befasst sein sollen.

### **§ 16 SGB X (Ausgeschlossene Personen)**

(1) In einem Verwaltungsverfahren darf für eine Behörde nicht tätig werden,

1. **wer selbst Beteiligter ist;**
2. wer Angehöriger eines Beteiligten ist;
3. **wer einen Beteiligten kraft Gesetzes oder Vollmacht allgemein oder in diesem Verwaltungsverfahren vertritt;**
4. wer Angehöriger einer Person ist, die einen Beteiligten in diesem Verfahren vertritt;
5. wer bei einem Beteiligten gegen Entgelt beschäftigt ist oder bei ihm als Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrates oder eines gleichartigen Organs tätig ist; dies gilt nicht für den, dessen Anstellungskörperschaft Beteiligte ist, und nicht für Beschäftigte bei Betriebskrankenkassen;
6. wer außerhalb seiner amtlichen Eigenschaft in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.

Dem Beteiligten steht gleich, wer durch die Tätigkeit oder durch die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil erlangen kann.

Dies gilt nicht, wenn der Vor- oder Nachteil nur darauf beruht, dass jemand einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

(2)....

### **§ 1795 BGB Ausschluss der Vertretungsmacht**

(1) Der Vormund kann den Mündel nicht vertreten ...

(2) Die Vorschrift des § 181 bleibt unberührt.

### **§ 181 BGB Insichgeschäft**

Ein Vertreter kann, soweit nicht ein anderes ihm gestattet ist, im Namen des Vertretenen mit sich im eigenen Namen oder als Vertreter eines Dritten ein Rechtsgeschäft nicht vornehmen, es sei denn, dass das Rechtsgeschäft ausschließlich in der Erfüllung einer Verbindlichkeit besteht.

Im Ergebnis besteht die Gefahr der konkreten Interessenkollision oder zumindest der Befangenheit bei der Verbindung von Aufgaben der Vormundschaft mit Leitungsfunktionen außerhalb der Vormundschaft und bei Leistungen gem. § 2 Abs. 2 SGB VIII.

Nur wenige Aufgaben können ohne diese fachlichen und rechtlichen Bedenken mit der Tätigkeit des Vormundes verbunden werden.

Möglich wäre z.B. Jugendhilfeplanung, Administration in der IT-Sachbearbeitung, Geschäftsführung im Jugendhilfeausschuss. Auch dann ist aber zu bedenken, dass die Aufgabenwahrnehmung so gestaltet sein muss, dass das für die Vormundschaft zur Verfügung stehende Arbeitszeitvolumen eine Aufgabenerfüllung entsprechend den Vorgaben des § 1793 Abs. 1a, § 55 Abs. 2 SGB VIII ermöglicht<sup>9</sup>.

### III. Ein Beistand ist kein Vormund

Eine in der Praxis der Jugendämter besonders häufig anzutreffende Kombination von Aufgabenbereichen findet sich bei den Aufgaben Beistandschaft und Amtsvormundschaft/-pflegschaft<sup>10</sup>. Dies ist angesichts des absolut unterschiedlichen Rollenverständnisses dieser beiden Professionen ist dies keine sinnvolle Aufgabenverbindung.

Gegen eine Bündelung der Aufgabenwahrnehmung in einer Person spricht:

Die Beistandschaft ist ein freiwilliges Beratungs- und Unterstützungsangebot, das bis zur Einrichtung einer Beistandschaft auf Antrag für allein erziehende Elternteile reicht (§§ 18, 52a, 55 SGB VIII). Inhalt der Tätigkeiten des Beistandes sind die Vaterschaftsfeststellung und die Geltendmachung des Unterhaltsanspruchs des minderjährigen Kindes und die Beratung und Unterstützung junger Volljähriger bezüglich ihres Unterhaltsanspruchs.

---

<sup>9</sup> Vgl. OVG NRW v. 25.04.2001 12 A 924/99.

Adressat des Beistandes ist der gleichberechtigte Elternteil. Bei einer eingerichteten Beistandschaft tritt der Beistand neben dem Elternteil als gesetzlicher Vertreter für das Kind in Verfahren auf, die zu seinem Aufgabenkreis gehören. Die Einrichtung und Fortführung der Beistandschaft hängen allein von der Willensentscheidung des Elternteils ab.



Adressat des Amtsvormundes ist ausschließlich das von ihm vertretene Kind bzw. der von ihm vertretene Jugendliche. Die bestellte Vormundschaft für ein Mündel beruht auf einem gerichtlichen Eingriff in die elterliche Sorge. Der Vormund als unabhängiger Interessenvertreter des Mündels steht damit häufig den Interessen/Wünschen der Eltern des Kindes gegenüber.

Neben den gesetzlichen Gründen – im Falle einer konkreten Interessenkollision – führt auch das unterschiedliche Aufgabenspektrum und Rollenverständnis dieser Kombination zu Schwierigkeiten.

Die verpflichtende persönliche Förderung der Erziehung und Pflege des Mündels durch den Vormund führt dazu, dass das Aufgabenverständnis von vielen als Vormund Tätigen verändert und neu entwickelt werden muss. Dies fordert persönliche, zeitliche und fachliche Ressourcen, die durch eine Aufgabentrennung für eine Spezialisierung effektiv genutzt werden sollten.

Tarif- und besoldungsrechtliche Bewertungen, die oft den Grund für eine solche Aufgabenvermischung sind, dürfen keine Rolle spielen.











## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Gesetzliche Amtsvormundschaft**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**



LVR-Landesjugendamt

Auftrag Kindeswohl



Qualität für Menschen

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Gesetzliche Amtsvormundschaft**

**Stand 01.07.2013**



### **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, im Juli 2013

## Inhalt

<b>1.</b>	<b>Rechtliche Grundlagen, Eintritt der gesetzlichen Amtsvormundschaft</b>	<b>7</b>
<b>2.</b>	<b>Inhalte und wahrzunehmende Aufgabenbereiche</b>	<b>9</b>
<b>3.</b>	<b>Zusammenarbeit mit anderen Diensten</b>	<b>10</b>
<b>4.</b>	<b>Beendigung der gesetzlichen Amtsvormundschaft</b>	<b>10</b>



## 1. Rechtliche Grundlagen, Eintritt der gesetzlichen Amtsvormundschaft

Das – örtlich zuständige – Jugendamt wird kraft Gesetzes mit der Geburt des Kindes einer minderjährigen Mutter dessen Vormund (§ 1791 c Abs. 1 S. 1 BGB). Da eine minderjährige nicht verheiratete Mutter zum Zeitpunkt der Geburt ihres Kindes mangels eigener voller Geschäftsfähigkeit (§ 106 BGB) nicht zur gesetzlichen Vertretung des Kindes berechtigt ist, bedarf das Kind eines Vormunds (§ 107, § 1773 Abs. 1, Alt. 2 BGB). Die örtliche Zuständigkeit richtet sich dabei nach dem gewöhnlichen Aufenthalt der Mutter (§ 87 c Abs. 1 S. 1 SGB VIII).

Ein vollständiges Ruhen der elterlichen Sorge der Mutter tritt nicht ein. Vielmehr steht ihr die Personensorge für das Kind neben dem Vormund als gesetzlicher Vertreter zu (§ 1673 Abs. 2 S. 2 Hs. 1 BGB). Lediglich zur gesetzlichen Vertretung des Kindes ist sie wegen ihrer beschränkten Geschäftsfähigkeit nicht berechtigt (§ 1673 Abs. 2 S. 2 Hs. 2 BGB). Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Vormund und der minderjährigen Mutter in Angelegenheiten der **Personensorge** für das Kind geht die Meinung der minderjährigen Mutter vor (§ 1673 Abs. 2 S. 3 BGB).

Ein weiterer Fall der gesetzlichen Amtsvormundschaft ist in § 1751 BGB geregelt. Im Falle der elterlichen Einwilligung in die Adoption ruht die elterliche Sorge der abgebenden Eltern / des abgebenden Elternteils kraft Gesetzes mit Wirksamwerden der Erklärung (§ 1751 BGB). In diesem Fall der gesetzlichen Amtsvormundschaft, geht die elterliche Sorge für die Zeit der Adoptionspflege des Kindes bis zum wirksamen Adoptionsbeschluss auf den Amtsvormund vollständig über.

Gemäß §§ 1751 und 1791 c BGB wird das Jugendamt kraft Gesetz – also ohne richterlichen Beschluss - zum Vormund. Es erhält hierüber eine Bescheinigung über den Eintritt der gesetzlichen Vormundschaft um dies zu dokumentieren.

Eine Bestellung von Verwandten zum „gesetzlichen Vormund“ ist nicht möglich. Eine Bestellung von Verwandten zum (gerichtlich) bestellten Vormund des Kindes (z.B. die Eltern der minderj. Mutter) würde immer auch die gerichtliche Übertragung des Sorgerechts bedeuten. Würde eine gesetzliche Amtsvormundschaft in eine gerichtlich bestellte Vormundschaft umgewandelt, mit der das Sorgerecht der minderjährigen Mutter endet, wären die Voraussetzungen des § 1791c BGB nicht mehr gegeben mit der Folge, dass die gesetzliche Amtsvormundschaft automatisch endet.



## 2. Inhalte und wahrzunehmende Aufgabenbereiche

Beratung und Unterstützung der jungen Mütter:

- Krankenversicherung des Kindes, Bereich gesundheitlichen Vorsorge
- Beantragung von Sozialleistungen, evtl. Hilfen zur Erziehung
- Vaterschaftsfeststellung, Unterhalt des Kindes sicherstellen,
- Klärung der Betreuung des Kindes während Schulbesuches/Ausbildung
- Kontakt zu und Umgang mit dem Vater des Kindes,
- Bei ausländischen Müttern Aufenthaltsstatus klären, informieren, dass bestimmte Sozialleistungen nur mit einem Aufenthaltstitel beantragt werden können.

Bei der Beantragung von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII ist zu beachten, dass eine minderjährige, unverheiratete Mutter, ungeachtet dessen, ob sie bei den eigenen Eltern oder in einer eigenen Wohnung lebt, einen eigenständigen Anspruch auf Leistungen hat. Das Vermögen der Eltern der Mutter darf bei der Berechnung nicht herangezogen werden.

Sofern das Kind nicht bei den Großeltern, der Mutter oder dem Vater familienversichert ist, kann die Krankenversicherung über SGB II sichergestellt werden.

Die Intensität der Beratungs- und Hilfsangebote ist abhängig von der Fallkonstellation!

### 3. Zusammenarbeit mit anderen Diensten

Zur Führung der gesetzlichen Amtsvormundschaft ist häufig eine Zusammenarbeit mit sozialen Diensten erforderlich. Dabei ist der Vormund für die Aufnahme der Kontakte verantwortlich. Bei einem erforderlichen Austausch von Informationen zwischen sozialen Diensten und Amtsvormund sind die Bestimmungen des Datenschutzes zu beachten (§§ 61 ff. SGB VIII, 69 SGB X).

### 4. Beendigung der gesetzlichen Amtsvormundschaft

Die gesetzliche Amtsvormundschaft endet, wenn das rechtliche Hindernis bzw. die rechtliche Grundlage wegfällt weil:

- die Mutter volljährig wird,
- die Mutter den volljährigen Vater des Kindes heiratet,
- die Eltern eine einvernehmliche Sorgeerklärung gem. § 1626 a BGB abgeben und der Vater des Kindes volljährig ist,
- einem Antrag des Vaters auf gemeinsame elterliche Sorge stattgegeben wird und der Vater des Kindes volljährig ist,
- sie in eine gerichtlich bestellte Vormundschaft umgewandelt wird,
- die Adoption rechtswirksam ausgesprochen ist.

Auf die Möglichkeiten der Beratung und Unterstützung durch den Fachdienst Beistandschaft und auf den Rechtsanspruch der Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge nach § 18 SGB VIII durch den sozialen Dienst sollte hingewiesen werden.









## Ablauf der Bestellung eines Vormunds bei UMF

Was	Wer	Rechtsgrundlage
Feststellen des Ruhens der elterlichen Sorge (nach Mitteilung des ASD)	Rechtspfleger beim Familiengericht	§ 1674 BGB

Was	Wer	Rechtsgrundlage
Anordnung der Vormundschaft	Richter	§§ 1773, 1774 BGB § 14 Nr. 10 RPflG

Was	Wer	Rechtsgrundlage
Auswahl eines Vormunds	Rechtspfleger	§ 1779 BGB

Das Familiengericht kann folgende Form einer Vormundschaft auswählen:

1. Einzelvormundschaft (ehrenamtlich)
2. Berufsvormundschaft
3. Vereinsvormundschaft
4. Amtsvormundschaft

Das Familiengericht soll eine Person auswählen, die nach ihren persönlichen Verhältnissen und ihrer Vermögenslage sowie nach den sonstigen Umständen zur Führung der Vormundschaft geeignet ist. Die Vorgaben beziehen sich auf die Eignung einer natürlichen Person. Unerheblich ist, ob die Person das Amt ehrenamtlich, als Vereinsvormund oder als Berufsvormund führen würde.

## Vergleich der Formen einer Vormundschaft

Form	Rechtsgrundlage	Kosten / Finanzierung
Einzelvormundschaft (ehrenamtlich)	§ 1835a BGB	Aufwandsentschädigung pauschal 399 Euro pro Fall und Jahr oder Abrechnung der konkreten Aufwendungen auf Nachweis ➔ Kosten trägt die Justiz
Berufsvormundschaft	§§ 1835 ff BGB § 1 VBVG (=Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz)	Der Vergütungsanspruch richtet sich gegen das Mündel. Wenn dieses mittellos ist, kann der Vormund Vergütung aus der Staatskasse verlangen. Der Stundensatz beträgt – je nach Ausbildung – 19,50 Euro / 25 Euro / 33,50 Euro
Vereinsvormundschaft	§ 54 SGB VIII (=Erlaubnis des Landesjugendamts erforderlich)	Sofern der Mitarbeiter des Vereins persönlich bestellt wird, kann der Verein eine Vergütung aus der Staatskasse erhalten (BGH-Entscheidung vom 25.05.2011 – XII ZB 625/10) Außerdem i.d.R. Zuschuss von der Kommune
Amtsvormundschaft		Die Kosten werden von der Kommune getragen

## Rangfolge bei der Auswahl eines Vormunds (durch das Familiengericht)

1. Einzelvormundschaft (ehrenamtlich)	Ein ehrenamtlicher Einzelvormund ist bei der Auswahl vorrangig vor dem Vereins- oder Amtsvormund zu berücksichtigen, §§ 1791 a Abs. 1 Satz 2, 1791 b Abs. 1 Satz 1 BGB. (Beschluss OLG Karlsruhe vom 26.06.2013 – 18 UF 296/11 - )
2. Amtsvormundschaft Berufsvormundschaft Vereinsvormundschaft	(OLG Karlsruhe vom 05.03.2012 – 18 UF 274/11 - ) Wenn weder ein ehrenamtlicher Einzelvormund, noch ein rechtsfähiger Verein zur Verfügung steht, hat das Gericht nach seinem pflichtgemäßen Ermessen zwischen der Amtsvormundschaft und der Berufsvormundschaft auszuwählen. Amts- und Berufsvormundschaft stehen insoweit gleichrangig nebeneinander. Dabei ist für die Frage der Geeignetheit nicht maßgeblich, dass die Berufsvormundschaft entgeltlich geführt wird und die Staatskasse in Hinblick auf die Mittellosigkeit des UMF die Kosten für die Vormundschaft tragen muss, während dem Amtsvormund weder eine Vergütung, Aufwendungsersatz noch Aufwandsentschädigung gewährt werden. Die Auswahl bestimmt sich vielmehr nach der Eignung, das heißt der Fähigkeit, das Amt im Interesse des Mündels zu führen.  <u>Prof. Hoffmann (Mannheim) in FamRZ 2014, 1084:</u> In Übereinstimmung mit der neueren Rechtsprechung besteht daher nach hier vertretener Ansicht bei gleicher Eignung kein Rangverhältnis zwischen Vereinsvormündern, Berufsvormündern, Vormundschaftsvereinen und dem Jugendamt.

Das Familiengericht hat bei der Auswahl eines Vormunds Ermessen. Es muss dieses Ermessen auch ausüben.

## Gibt es die Möglichkeit, eine Vormundschaft abzulehnen?

Form	Rechtsgrundlage	
Ehrenamtliche Einzelvormundschaft	§ 1786 BGB	Die Übernahme einer Vormundschaft kann bei Vorlage von bestimmten Voraussetzungen abgelehnt werden
Vereinsvormundschaft	§ 1791 a BGB	Die Bestellung bedarf der Einwilligung des Vereins
Amtsvormundschaft		Die Auswahl und Bestellung des Jugendamts setzt keine Einwilligung des JA voraus. Das JA kann gegen seine Bestellung nur dann mit Aussicht auf Erfolg Beschwerde einlegen, wenn es der Ansicht ist, dass eine geeignete Einzelperson vorhanden ist. Hingegen wird eine Beschwerde, dass das JA keine weiteren Fachkräfte zur Verfügung hat, keinen Erfolg haben. Vielmehr hat das JA durch Versetzungen und/oder Neueinstellungen dann für eine hinreichende Anzahl an geeigneten Fachkräften Sorge zu tragen. (DIJuF-Gutachten vom 13.09.2011)



## **Zwangsmaßnahmen des Familiengerichts**

Gem. § 1837 BGB hat das Familiengericht über die Tätigkeit des Vormunds die Aufsicht zu führen. Bei Pflichtwidrigkeiten kann es geeignete Gebote und Verbote erlassen. Das Familiengericht kann den Vormund – zur Befolgung seiner Anordnungen – durch Festsetzung von Zwangsgeld anhalten. Gegen das Jugendamt oder einen Verein wird kein Zwangsgeld festgesetzt.

## **Vorschlagsrecht und Vorschlagspflicht des Jugendamts**

Nach § 53 SGB VIII ist das Jugendamt verpflichtet, dem Familiengericht Personen und Vereine vorzuschlagen, die sich im Einzelfall zur Führung der Vormundschaft eignen., also vom Familiengericht als Vormund ausgewählt werden können. Das Jugendamt kann nicht verlangen, dass das Gericht seinem Vorschlag folgt. Das Gericht muss das Jugendamt aber anhören.

## **Beratung und Unterstützung eines Vormunds**

Vormünder haben einen Anspruch auf Beratung und Unterstützung gegenüber

	Rechtsgrundlage
Familiengericht	§ 1837 Abs. 1 BGB
Jugendamt	§ 53 Abs. 2 SGB VIII

28.10.15

## **Vormundschaft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge<sup>1</sup>**

### **I. Kurzer geschichtlicher Überblick und Abgrenzung**

Bereits das Römische Recht kannte die Vormundschaft für Minderjährige. Im germanischen Recht hieß die Vormundschaft noch „Munt“ und das Mündel „Muntling“. Die Vormundschaft in heutiger Form ist seit Inkrafttreten des BGB im Jahr 1900 im Wesentlichen rechtlich unverändert geblieben und sehr ausführlich geregelt. Die Vormundschaft umfasste früher sowohl Minderjährige als auch Volljährige, die sich nicht um eigene Belange kümmern können und deshalb „entmündigt“ werden konnten.

Die Entmündigung Volljähriger wurde zugunsten einer größeren Selbstbestimmung 1992 aufgegeben und die rechtliche Betreuung eingerichtet.

Von der Pflegschaft unterscheidet sich die Vormundschaft dadurch, dass die Pflegschaft nur einzelne Bereiche der Sorge für Minderjährige betrifft, während die Vormundschaft umfassend sowohl die Personen- als auch die Vermögenssorge beinhaltet.

Die Beistandschaft betrifft die Ausübung von Sorgebefugnissen neben dem Sorgeberechtigten, z.B. Unterstützung Alleinsorgeberechtigter bei der Vaterschaftsfeststellung und Geltendmachung von Unterhalt oder Unterstützung des Kindes in Sorge- und Abstammungsverfahren (Verfahrensbeistandschaft).

### **II. Rechte und Pflichten des Vormunds**

Der Vormund hat gemäß § 1793 BGB das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere das Mündel zu vertreten.

#### **1. Personensorge**

##### *a) Aufenthalt und Unterkunft*

Die Personensorge für den unbegleiteten Minderjährigen beinhaltet zunächst, seinen Aufenthalt zu bestimmen (§§ 1800, 1631 BGB) und für seine Unterkunft zu sorgen. In der Regel ist das Mündel bereits durch die Jugendhilfe untergebracht, aber soweit es das Wohnheim wechseln soll oder will, ist hierfür ein Antrag des Vormunds

---

<sup>1</sup> Der Text wurde unter dem Titel „Vormundschaft für ausländische unbegleitete Minderjährige“ zum Stand Frühjahr 2011 von Dr. Stephan Hammer ausgearbeitet und zum Stand November 2015 von Christiane Abel und Dr. Stephan Hammer überarbeitet und ergänzt.

erforderlich. Die Unterbringung des Mündels durch das Jugendamt in einer Jugendhilfeeinrichtung (Wohnheim, betreute WG o.ä.) erfolgt gemäß § 34 SGB VIII im Rahmen eines Hilfeplans. Das Jugendamt vereinbart dabei mit einem (meist freien) Träger der Jugendhilfe die Unterbringung und die Übernahme der (erheblichen) Kosten. Die Bewilligung erfolgt für 6 Monate nach Durchführung einer Hilfekonferenz. Bei dieser wird der Verlauf der letzten 6 Monate besprochen und Ziele für die nächsten 6 Monate vereinbart. Die Hilfekonferenz findet entweder im Jugendamt oder häufiger in der Wohneinrichtung statt. Teilnehmer sind das Jugendamt, das Mündel, der Vormund und Vertreter der Einrichtung. Im Jugendamt ist grundsätzlich der Regionale Sozialdienst (RSD) zuständig, wobei in der Regel bestimmte Mitarbeiter für alle dem Bezirk zugewiesenen unbegleiteten Minderjährigen zuständig sind. Vorgesetzter des jeweiligen Mitarbeiters bei evtl. Problemen oder Beschwerden ist der Regionaldienstleiter.

Der Vormund kann zwar grundsätzlich bestimmen, wo das Mündel sich aufhält. Soweit die Unterbringung jedoch in einer Einrichtung auf Kosten des Jugendamtes erfolgen soll, steht ihm lediglich ein Mitspracherecht im Rahmen der Hilfekonferenz zu, es besteht kein Anspruch auf Unterbringung in einer bestimmten Einrichtung. Der Vormund kann eine Einrichtung lediglich aus besonderen Gründen ablehnen (z.B. wenn keine altersgerechte Unterbringung erfolgt o.ä.).

Sollte sich das Mündel ohne Zustimmung bei einer dritten (erwachsenen) Person aufhalten, kann der Vormund gemäß § 1632 BGB die Herausgabe verlangen und diese notfalls mithilfe der Polizei bzw. durch Antrag bei dem Familiengericht durchsetzen.

Ein Sonderfall ist die geschlossene Unterbringung des Mündels in einer geschlossenen Jugendhilfeeinrichtung oder in einer psychiatrischen Klinik. Eine solche kann das Jugendamt (außer bei Gefahr im Verzug) nicht ohne Zustimmung des Vormunds veranlassen. Der Vormund seinerseits benötigt hierzu eine Genehmigung des Familiengerichts, die er beantragen muss (nach § 1631b BGB oder dem Berliner PsychKG). Voraussetzung ist grundsätzlich eine Eigen- oder Fremdgefährdung und es bedarf eines diesbezüglichen psychiatrischen Gutachtens.

### *b) Aufsicht und Alltagssorge*

Solange das Mündel in einer Einrichtung untergebracht ist, steht dieser gemäß § 1688 Abs. 2 BGB ein Alleinentscheidungsrecht einschließlich Vertretungsrecht in Angelegenheiten des täglichen Lebens zu. Das sind Angelegenheiten, die zwar eine Entscheidung des Sorgeberechtigten erfordern, deren Auswirkungen auf die Entwicklung des Minderjährigen aber ohne Aufwand wieder abänderbar sind. Das betrifft etwa Entscheidungen des Schulalltags (Entschuldigung vom Unterricht o.ä., Teilnahme an Elternabenden), die Erlaubnis, abends wegzugehen, Anmeldung im Sportverein, gewöhnliche medizinische Versorgung (Zahnarzt, Routineimpfungen u.ä.), Verwaltung des Taschengeldes, Handyverträge und Handybenutzung und (§ 1688 Abs. 1 S. 2 BGB) die Beantragung von Versicherungs-, Versorgungs- und Sozialleistungen, also etwa die Krankenversicherung. Die Krankenversicherungskarte verbleibt daher grundsätzlich auch in der Einrichtung.

Nicht erfasst und damit der alleinigen Entscheidung des Vormunds obliegen größere medizinische Eingriffe (z.B. Operationen, Narkose, Behandlung von ADHS mit Ritalin), Schulwechsel, Ausbildungsverträge, Piercings und Tätowierungen. Selbstverständlich ist der Vormund aber berechtigt, sich selbst um einen Sportverein für das Mündel zu kümmern und Termine in der Schule wahrzunehmen, z.B. Elternabende oder Schulkonferenzen wegen Problemen des Mündels an der Schule.

In der Regel wird die Einrichtung zur Absicherung den Vormund um eine zusätzliche Vollmachtserteilung bitten.

Den Vormund trifft grundsätzlich die Pflicht, das Mündel zu beaufsichtigen. Ist der Minderjährige – wie regelmäßig – in einer Jugendhilfeeinrichtung, so trifft diese im Rahmen der o.g. Alltagssorge auch die Aufsichtspflicht. Hierzu zählt auch, dass die Einrichtung das Mündel mithilfe der Polizei sucht, wenn es nicht in die Einrichtung zurückkehrt.

### *c) Aufenthalts- und asylrechtliche Angelegenheiten*

Unbegleitete Minderjährige haben in der Regel keinen berechtigten Aufenthalt in Deutschland, sondern werden grundsätzlich nur geduldet. Die Duldung wird grundsätzlich nur befristet ausgesprochen und muss in der Regel halbjährlich verlängert werden. Meist werden die Minderjährigen von der Einrichtung zu den

Terminen bei der Ausländerbehörde begleitet. Grundsätzlich fallen aufenthaltsrechtliche Angelegenheiten allerdings in die Zuständigkeit des Vormunds. Dies gilt jedenfalls sicher dann, wenn die Duldung nicht erteilt werden sollte und die Ausweisung bzw. Abschiebung des Kindes droht. Dies kommt etwa in Betracht, wenn die Behörde das Alter des Mündels in Zweifel zieht („Altersfeststellung“). Auch die Vertretung des Kindes im verwaltungsgerichtlichen Verfahren ist Sache des Vormunds, der allerdings einen Rechtsanwalt beauftragen und für das Kind Prozesskostenhilfe beantragen kann. Dies gilt auch für andere Gerichtsverfahren, an denen das Mündel beteiligt ist.

Minderjährige galten bisher im Aufenthaltsrecht bereits mit 16 Jahren als handlungsfähig (§ 80 AufenthG), d.h. sie mussten diese Angelegenheiten grundsätzlich selbst regeln. Der Vormund konnte den Minderjährigen in diesen Angelegenheiten unterstützen und sich von diesem bevollmächtigen lassen.

Seit dem 24. Oktober 2015 ist die Handlungsfähigkeit Minderjähriger im Asylverfahren (§ 12 AsylVerfG) und seit dem 1. November 2015 auch im Aufenthaltsrecht (§ 80 AufenthG) entfallen. Minderjährige müssen daher auch in diesen Angelegenheiten vom Vormund vertreten werden.

## **2. Vermögenssorge**

Mit Ausnahme der o.g. Alltagsangelegenheiten obliegt auch die Vermögensverwaltung dem Vormund. Meist wird hierzu bei unbegleiteten Minderjährigen nichts zu entscheiden sein, weil größeres Vermögen nicht vorhanden ist. Hierunter fällt aber etwa die Einrichtung eines Bankkontos und die Genehmigung von Verträgen, die der Minderjährige geschlossen hat. Denn ab 7 Jahren sind Kinder nur beschränkt geschäftsfähig. Sie könnten Verträge, durch die sie sich zu einer Leistung (insbesondere: Zahlung von Geld verpflichten) nur mit vorheriger Einwilligung oder nachträglicher Genehmigung des Vormunds verpflichten, sofern es sich nicht nur im „Taschengeldgeschäfte“ handelt (§§ 106ff. BGB). Sieht sich das Mündel daher etwa Zahlungsforderungen aus einer sog. „Abofalle“ im Internet ausgesetzt oder hat es einen Kaufvertrag über ein Moped abgeschlossen, so ist dieser ohne Genehmigung des Vormunds nicht wirksam und das Mündel daher zur Zahlung nicht verpflichtet.

Sollte doch ein größerer Geldbetrag des Mündels vorhanden sein, ist er „mündelsicher“ verzinslich anzulegen. Hierfür gibt es etwa bei den Sparkassen Sparkonten mit Mündelsperrvermerk.

Für einige Verträge oder Rechtsgeschäfte, die der Vormund in Vertretung des Mündels vornimmt, bedarf er der Genehmigung des Familiengerichts (§§ 1821, 1822 BGB). Das sind im Allgemeinen besonders wichtige Vermögensgeschäfte (wie etwa Grundstücksgeschäfte, Erbausschlagung u.ä.), die bei unbegleiteten Minderjährigen nur äußerst selten vorkommen werden. Am relevantesten dürfte noch der Abschluss eines Berufsausbildungsvertrages sein, wenn dessen Beendigung nicht vor Ablauf eines Jahres möglich ist. Die weiteren Vermögensgeschäfte sind auf dem Info-Blatt der Senatsverwaltung verzeichnet.

Die Vermögenssorge des Vormunds steht historisch bedingt unter besonderer staatlicher Aufsicht und ist besonders ausführlich im Gesetz geregelt. Da bei den unbegleiteten Minderjährigen in der Regel kein großes Vermögen vorhanden ist, besteht hier für den Vormund jedoch auch wenig Aufwand. Die Aufsicht erfolgt durch das Familiengericht, § 1837 BGB. Zuständig ist dort der Rechtspfleger. Bei Antritt der Vormundschaft ist ein Verzeichnis des Mündelvermögens auf einem vom Gericht zur Verfügung gestellten Formular zu erstellen. Darüber hinaus ist das Familiengericht einmal im Jahr über die persönlichen Verhältnisse sowie Vermögensverhältnisse des Mündels zu unterrichten. Auch hierzu wird dem Vormund vom Gericht ein Vordruck zur Verfügung gestellt. Unabhängig davon hat der Vormund dem Gericht auf Verlangen jederzeit Auskunft zu erteilen (§ 1839 BGB), was jedoch selten vorkommt.

Sollten aus konkretem Anlass Unsicherheiten oder Fragen insbesondere zur Vermögenssorge bestehen, so stehen neben dem Selbststudium grundsätzlich auch das Gericht und das Jugendamt zur Unterstützung zur Verfügung.

### **3. Persönlicher Kontakt zum Mündel**

Der Vormund hat mit dem Mündel Kontakt zu halten und soll das Mündel in der Regel einmal im Monat in dessen üblicher Umgebung aufsuchen, es sei denn, im Einzelfall sind kürzere oder längere Besuchsabstände oder ein anderer Ort geboten (§ 1793 Abs. 1a BGB). Diese Regelung ist seit Juli 2011 in Kraft und gilt für ehrenamtliche Vormünder ebenso wie für den Amtsvormund. Sie soll den Vormund

dazu anhalten, sich in regelmäßigen Abständen selbst ein Bild von den persönlichen Lebensumständen des Mündels zu verschaffen.

#### **4. Zivilrechtliche Haftung des Vormunds**

Aus seiner Aufsichtspflicht für das Mündel und der Pflicht zur Vermögenssorge kann grundsätzlich eine Haftung des Vormunds für dem Mündel entstandene Schäden (§ 1833 BGB) bzw. Dritten durch das Mündel zugefügte Schäden (§ 832 BGB) erwachsen. Die Präsidentin des Kammergerichts hat für ehrenamtliche Vormünder jedoch eine für den Vormund kostenfreie Sammelversicherung bei der Versicherungskammer Bayern abgeschlossen, die Vermögensschäden bis 100.000,00 EUR und allgemeine Haftpflichtschäden bis 1.000.000,00 EUR abdeckt. Weiteres hierzu kann dem Merkblatt (BS 171) zur Haftpflichtversicherung für ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer, Vormünder, Pflegerinnen und Pfleger (Stand 4.15) entnommen werden.

Vormünder sowie Pflegerinnen und Pfleger dürfen ihr Mündel im Rahmen ihres Aufgaben- und Zuständigkeitsbereichs rechtlich beraten (§ 8 Abs. 1 Nr. 1 RDG – „gerichtlich bestellte Person“).

#### **5. Zeugnisverweigerungsrecht des Vormunds und strafrechtliche Haftung**

Selbst wenn eine besonders enge Beziehung zwischen Vormund und Mündel besteht, steht dem Vormund weder in Strafverfahren (§§ 52ff. StPO), aufenthaltsrechtlichen Verwaltungsverfahren (§ 98 VwGO iVm. §§ 383ff. ZPO) noch in anderen Verfahren ein Zeugnisverweigerungsrecht zu, d.h. er müsste grundsätzlich in Verfahren, die das Mündel betreffen, aussagen.

Der Vormund hat auch in strafrechtlicher Hinsicht eine Garantenstellung für das Mündel (§ 13 StGB). Droht also dem Mündel Gefahr an Leib oder Leben, trifft den Vormund nicht nur die allgemeine Pflicht zur Hilfeleistung (§ 323c StGB), sondern eine erhöhte Pflicht, die erforderlichen und ohne Eigengefährdung möglichen Maßnahmen zur Gefahrenabwendung zu treffen. Andernfalls macht er sich nicht nur wegen unterlassener Hilfeleistung, sondern wegen fahrlässiger oder vorsätzlicher Körperverletzung bzw. eines Tötungsdelikts strafbar (§§ 223ff, 211ff. StGB)

## **6. Anspruch des ehrenamtlichen Vormunds auf Aufwendungsersatz § 1835 BGB**

Der ehrenamtliche Vormund hat keinen Anspruch auf Vergütung. Er kann jedoch Ersatz der Aufwendungen verlangen, die für die Führung der Vormundschaft notwendig waren. Hierzu zählen Portokosten, Telefongebühren, Fotokopien, Dolmetscherkosten und Reisekosten. Keine notwendigen Aufwendungen sind die eigene Arbeitskraft, Fortbildungskosten und der für die Führung der Vormundschaft erforderliche Zeitaufwand. Grundsätzlich sind die Aufwendungen aus dem Vermögen des Mündels zu zahlen, wobei bei unbegleiteten Minder-jährigen regelmäßig kein über das Schonvermögen gemäß § 90 SGB XII von 2.600,00 EUR hinausgehendes Vermögen vorhanden ist. In diesem Fall kann der Aufwendungsersatz von der Staatskasse verlangt werden. Ein entsprechender Antrag ist an das Familiengericht zu richten. Wenn die Aufwendungen nicht ohnehin so gering sind, dass man sich eine Geltend-machung spart, wird die Abrechnung dadurch erleichtert, dass gemäß § 1835a BGB eine pauschalierte Aufwandsentschädigung von derzeit 399,00 EUR pro Jahr ohne konkreten Nachweis von Kosten geltend gemacht werden kann. Der Anspruch erlischt, wenn er nicht innerhalb von 3 Monaten nach Ablauf des Jahres, in dem er entsteht, geltend gemacht wird (§ 1835a Abs. 4 BGB).

### **III. Bestellung des Vormunds**

#### **1. Allgemeines zur Bestellung**

Ein Vormund wird bestellt, wenn der Minderjährige keinen Sorgeberechtigten hat (§ 1773 BGB). Im Falle unbegleiteter Minderjähriger wird hierzu in der Regel zunächst festgestellt, dass die elterliche Sorge der Eltern ruht, weil sie ihre elterliche Sorge mangels Aufenthalts in Deutschland nicht ausüben können (§ 1674 BGB). Ein entsprechender Beschluss erfolgt durch den Rechtspfleger des Familiengerichts.

Bei ausländischen Minderjährigen ist sodann das Eintreten der Vormundschaft durch den Familienrichter durch Beschluss festzustellen bzw. die Vormundschaft anzuordnen (§ 14 Abs. 1 Nr. 10 RPflG). Da es sich um ein Kindschaftsverfahren handelt, ist dabei grundsätzlich der Minderjährige auch persönlich anzuhören (§ 159 FamFG).



Die Auswahl und Bestellung des Vormunds erfolgt durch den Rechtspfleger des Familiengerichts. Das örtlich zuständige Gericht ergibt sich dabei aus dem gewöhnlichen Aufenthalt des Kindes bei Antragstellung. Lebt es (wie bislang meistens) noch in der Clearingstelle in Steglitz-Zehlendorf, so ist das Amtsgericht Schöneberg zuständig. Nur wenn es in einem anderen Bezirk lebt, sind alternativ das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg oder das Amtsgericht Pankow-Weißensee zuständig. Der Rechtspfleger ist im Übrigen auch für alle übrigen Anordnungen (Beaufsichtigung des Vormunds, familiengerichtliche Genehmigung von Rechtsgeschäften, Entlassung des Vormunds) zuständig. Rechtspfleger sind Beamte des gehobenen Justizdienstes, die ein 3-jähriges Fachhochschulstudium mit entsprechender Prüfung absolviert haben.

Da derzeit sehr viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Berlin ankommen, leben diese in sämtlichen Berliner Bezirken. Daher sind alle Berliner Familiengerichte mit Vormundschaften für unbegleiteten Minderjährigen befasst. Meist werden zurzeit Vormundschaften im Wege der einstweiligen Anordnung gemäß § 1693 BGB angeordnet, um die Vertretung des Kindes sicherzustellen. Dabei wird zunächst regelmäßig das Jugendamt als Amtsvormund zum Vormund bestellt. Erst im weiteren Verlauf wird der Vormund erforderlichenfalls ausgewechselt und z.B. ein ehrenamtlicher Vormund eingesetzt.

## **2. Auswahl des Vormunds**

Grundsätzlich können als Vormund bestellt werden:

- Einzelvormünder (ehrenamtlich oder Berufsvormund)
- Vereinsvormünder (in Berlin z.B. die Arbeiterwohlfahrt)
- Amtsvormünder (d.h. das Jugendamt, bei unbegleiteten Minderjährigen in der Regel das Jugendamt Steglitz-Zehlendorf).

Bei unbegleiteten Minderjährigen wird in der Regel zunächst das Jugendamt als Vormund bestellt, da zunächst kein Einzelvormund bekannt ist, der zur Übernahme der Vormundschaft bereit ist. Das Gesetz bevorzugt jedoch die ehrenamtliche Einzelvormundschaft als einer persönlichen Betreuung des Mündels. Ein Amtsvormund darf daher nur bestellt werden, wenn eine als ehrenamtlicher

Richter am Amtsgericht Dr. Stephan Hammer, Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg, z.Zt. BMJV

Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden ist (§ 1791b Abs. 1 BGB). Gleiches gilt für die Einsetzung eines Vereinsvormundes (§ 1791a Abs. 1 S. 2 BGB).

Ob der ehrenamtliche Einzelvormund geeignet ist, obliegt dem pflichtgemäßen Ermessen des Rechtspflegers, der hierzu auch (schriftlich) das Jugendamt anzuhören hat. Das Gesetz sieht im Übrigen (außer der Geschäftsfähigkeit) keine bestimmten Voraussetzungen vor, die ein Vormund zu erfüllen hat. In der Regel ist die Bestellung unproblematisch, wenn dem Gericht neben dem Antrag ein Lebenslauf mit Zeugnissen eingereicht wird sowie eine schriftliche Erklärung des Mündels, das die Vormundschaft befürwortet.

Richterinnen und Richter, die eine unentgeltliche Vormundschaft übernehmen möchten, benötigen nach dem Berliner Landesrecht keine Nebentätigkeitsgenehmigung. Sie müssen die Wahrnehmung der Vormundschaft auch nicht anzeigen.

Für Beamte gilt § 60 Abs. 4 Landesbeamtengesetz. Danach besteht für die Wahrnehmung einer unentgeltlichen Vormundschaft, Betreuung oder Pflegschaft keine Anzeigepflicht.

### **3. Bestellung**

Die eigentliche Bestellung des Vormunds erfolgt durch Beschluss, wobei der Vormund persönlich verpflichtet wird, die Vormundschaft treu und gewissenhaft zu führen. Dabei sieht § 1789 S. 2 BGB sogar vor, dass die Verpflichtung mittels Handschlag an Eides statt erfolgt, was von den Rechtspflegern auch mehr oder weniger formell vollzogen wird. Der Vormund erhält zum Nachweis seiner Vormundschaft einen entsprechenden Ausweis.

## **IV. Aufhebung der Vormundschaft**

Die Vormundschaft endet kraft Gesetzes mit der Volljährigkeit des Mündels (§ 1882 BGB). Soweit das Mündel zuvor unzutreffende Angaben über sein Alter gemacht hat, muss das wahre Alter ggf. über die aus dem Heimatland zu beschaffende Geburtsurkunde nachgewiesen werden. Die Vormundschaft endet auch, wenn die sorgeberechtigten Eltern des Kindes wieder auftauchen und in der Lage sind, die elterliche Sorge wieder auszuüben. Es muss dazu zunächst der Beschluss, mit dem

Richter am Amtsgericht Dr. Stephan Hammer, Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg, z.Zt. BMJV

das Ruhen der elterlichen Sorge festgestellt wurde, auf entsprechenden Antrag wieder aufgehoben werden.

Die Entlassung des Vormunds wird durch Beschluss des Familiengerichts festgestellt. Der Vormund wird aufgefordert, abschließend über das Vermögen des Mündels Rechnung zu legen (§ 1890 BGB) sowie den Ausweis zurückzureichen.

Der Vormund kann gemäß § 1889 Abs. 1 BGB auch auf eigenen Antrag entlassen werden, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Hierzu zählen insbesondere die Vollendung des 60. Lebensjahres, die Betreuung von mehr als drei eigenen Kindern, schwere Erkrankung, weite Entfernung des Wohnsitzes von dem des Mündels. Dies sind allerdings nur die im Gesetz als zwingend vorgeschriebenen Fälle, auch weniger schwerwiegende Fälle können als wichtiger Grund anerkannt werden.

Richter am Amtsgericht Dr. Stephan Hammer, Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg, z.Zt. BMJV

### **Nachschlagewerk für alle Fragen im Zusammenhang mit der Vormundschaft:**

Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Auflage 2010, Beck-Verlag München. Eine Neuauflage liegt noch nicht vor.

(49,00 EUR, oder Staatsbibliothek Potsdamer Platz, Juristische Bibliothek der HU und der FU, Gerichtsbibliotheken)

### **Nützliche Links:**

- Broschüre des BMFSFJ: Dein Vormund vertritt Dich:  
[http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dein-Vormund-vertritt-Dich-Brosch\\_C3\\_BCre.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dein-Vormund-vertritt-Dich-Brosch_C3_BCre.property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf)
- Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.:  
<http://www.b-umf.de/>
- Willkommensbroschüre des Bundesfachverbands UMF:  
<http://www.b-umf.de/de/publikationen/willkommensbroschuere>
- Flüchtlingsrat Berlin e.V. – AK Junge Flüchtlinge:  
<http://www.fluechtlingsrat-berlin.de/akjungefluechtlinge.php>
- Fachanweisung Hamburg:  
<http://www.hamburg.de/contentblob/3887168/data/fachanweisung-vormundschaft.pdf>
- Fachliche Standards Landschaftsverband Rheinland:  
[http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente\\_94/jugend\\_mter\\_1/amtsvormundschaft/FoerderungMuendel\\_tabellarisch.pdf](http://www.lvr.de/media/wwwlvrde/jugend/service/arbeitshilfen/dokumente_94/jugend_mter_1/amtsvormundschaft/FoerderungMuendel_tabellarisch.pdf)
- Fachliche Empfehlungen Bayerisches Landesjugendamt:  
[http://www.blja.bayern.de/service/bibliothek/fachliche-empfehlungen/persoenuelichekontakte\\_vormundschaft.php](http://www.blja.bayern.de/service/bibliothek/fachliche-empfehlungen/persoenuelichekontakte_vormundschaft.php)
- Broschüre des BAMF: „Das deutsche Asylverfahren – ausführlich erklärt“:  
[https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf?__blob=publicationFile)
- Diakonie: Thema Kompakt: Unbegleitete Minderjährigen Flüchtlinge::  
<http://www.diakonie.de/thema-kompakt-unbegleitete-minderjaehrige-fluechtlinge-16189.html>

Anlage 20:

LVR-Landesjugendamt Rheinland  
LWL-Landesjugendamt Westfalen

Arbeits- und Orientierungshilfe

# Beteiligung des Mündels

Stand 01.07.2010

Qualitätsstandards für Vormünder

gemeinsam herausgegeben:  
LVR-Landesjugendamt Rheinland  
LWL-Landesjugendamt Westfalen

**LWL**

Für die Menschen.  
Für Westfalen-Lippe.

**LVR**

Qualität für Menschen

## **Gliederung der Arbeits- und Orientierungshilfe**

1.	Einleitung/Vorwort	2
2.	Welche Rechtsgrundlagen gelten für die Beteiligung?	2
3.	In welcher Form findet Beteiligung statt?	3
3.1	Was ist Beteiligung?	3
3.2	Wer ist zu beteiligen?	3
3.3	Wann ist zu beteiligen?	3
3.4	Wie ist zu beteiligen?	3
4.	Welche Rahmenbedingungen müssen für Beteiligung geschaffen werden?	3
4.1	Inhaltlich	3
4.2	Personell	4
4.3	Organisatorisch	4
4.4	Qualitätsentwicklung	4
5.	Welche Ziele hat Beteiligung?	5

## 1. Einleitung/Vorwort

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten ist von zentraler Bedeutung. Die Beteiligung des Mündels ist als fachliche Leitnorm der Jugendhilfe in § 8 SGB VIII festgeschrieben und orientiert sich an der unterschiedlich ausgeprägten individuellen Reife von Mündeln. Dafür sind soziale, kulturelle und biographische Faktoren sowie Lebensort und Lebensumstände maßgeblich. Eine rechtzeitige und umfassende Beteiligung hat entscheidenden Einfluss auf die Gewährung, Gestaltung und Fortführung der Hilfe.

Die unterschiedlichen Kompetenzen des Mündels müssen im Beteiligungsprozess durch die Entwicklung von Zielen, Werten und Vorstellungen unterstützt und gefördert werden.

**Erfolgreiche, effektive und kostengünstige Jugendhilfe setzt die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen voraus.**

## 2. Welche Rechtsgrundlagen gelten für die Beteiligung?

Der Vormund ist zur Beteiligung seines Mündels verpflichtet. Diese Verpflichtung ergibt sich aus:

- ⇒ den multinationalen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Rechte von Kindern (Artikel 12);
- ⇒ dem Grundrechtskatalog des Grundgesetzes (Art. 2: Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit; Art. 3: Gleichheitsgrundsatz; Art. 5: Recht auf Meinungsfreiheit);
- ⇒ dem Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB), das in Fragen der elterlichen Sorge die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen entsprechend seinem individuellen Entwicklungsstand verlangt (§ 1626 Abs. 2 BGB);
- ⇒ den umfassenden Regelungen des SGB VIII:
  - § 5 SGB VIII regelt das Wunsch- und Wahlrecht, das der Vormund in Übereinstimmung mit den Interessen des Kindes wahrzunehmen hat; § 1626 BGB ist zu beachten;
  - § 8 SGB VIII als zentrale Vorschrift, die schon in ihrer Überschrift auf die Pflicht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen hinweist. Sie verpflichtet die Jugendämter und damit den Vormund, das Mündel auf seine Rechte im verwaltungs- und familiengerichtlichen Verfahren hinzuweisen;
  - § 9 Nr. 2 SGB VIII ergänzt die Bestimmungen des § 1626 Abs. 2 BGB;
  - § 17 Abs. 2 SGB VIII schreibt die Beteiligung des betroffenen Kindes im Rahmen eines Trennungs- oder Scheidungsverfahrens vor. Es soll an der Entwicklung eines einvernehmlichen Konzeptes für die Wahrnehmung der elterlichen Sorge beteiligt werden.
  - § 36 SGB VIII regelt die Beteiligung des Mündels bei der Gewährung von Hilfe zur Erziehung. Es ist vor Inanspruchnahme oder einer beabsichtigten Änderung der Hilfe wie der Vormund zu beraten. Außerdem wird die Mitwirkung an der Aufstellung des Hilfeplanes vorgeschrieben.

### **3. In welcher Form findet Beteiligung statt?**

#### **3.1 Was ist Beteiligung?**

Beteiligung ist die Möglichkeit des Mündels sich mit seinen Rechten und Problemen Gehör zu verschaffen, Meinungen und Wünsche zu Planungs- und Entscheidungsprozessen zu äußern und im Sinne von Mitbestimmung und Selbstbestimmung etwas bewirken zu können.

#### **3.2 Wer ist zu beteiligen?**

Jedes Kind und jede bzw. jeder Jugendliche ist entsprechend seinem Entwicklungsstand zu beteiligen. Vom Mündel gewünschte Personen sind grundsätzlich ebenfalls zu beteiligen.

#### **3.3 Wann ist zu beteiligen?**

Das Kind, die oder der Jugendliche ist bei allen seine Person betreffenden Fragen und Entscheidungen frühestmöglich zu informieren.

#### **3.4 Wie ist zu beteiligen?**

Beteiligung findet in der Regel durch Gespräche statt. Diese können im persönlichen Lebensumfeld des Mündels, im Jugendamt oder bei gemeinsamen Freizeitunternehmungen geführt werden. Grundsätzlich soll ein Gespräch *vor* dem Hilfeplangespräch geführt werden. Weitere Möglichkeiten zur Beteiligung durch verschiedene – kindliche - Kommunikationsformen sind z.B. Briefe zu schreiben, Telefonate, Spielen und Zeichnen.

Neben dieser individuellen Beteiligung des Mündels sind auch Beteiligungsformen in Gruppen wie Seminaren, Zukunftswerkstätten oder ähnliches möglich.

Die Beteiligung des Mündels setzt zwingend voraus, dass es „seinen“ Vormund persönlich kennt und erlebt. Es sollte ein Vertrauensverhältnis zwischen Mündel und Vormund bestehen. Nur so können sich Kinder oder Jugendliche verstanden und ernstgenommen fühlen und an Entscheidungen teilnehmen. Vom Vormund verlangt dies eine entsprechende Grundeinstellung und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsfähigkeit (s. hierzu „Das Leistungsprofil des Vormundes“, Ziffer 3.4). Kontinuierliche Kontakte zum Mündel mehrfach im Jahr sind die Mindestanforderung.

### **4. Welche Rahmenbedingungen müssen für Beteiligung geschaffen werden?**

#### **4.1 Inhaltlich**

Es muss sichergestellt werden, dass

- das Mündel ernst genommen wird;
- Entscheidungsprozesse und Verwaltungsabläufe durchschaubar und nachvollziehbar gestaltet werden;
- Zugang zu Informationen besteht;
- die Handlungs- und Entscheidungskompetenz durch Beratung, Anleitung und Begleitung gestärkt und gesichert wird;
- mit kind- und jugendgerechten Methoden gearbeitet wird;
- Ziele offen und verständlich formuliert werden, um allen Beteiligten eine Erfolgskontrolle zu ermöglichen;
- die Beteiligung des Mündels so wenig wie möglich durch Rahmenvorgaben behindert wird.



## 4.2 Personell

- ⇒ *Qualifiziertes Fachpersonal*  
mit fundierten Rechts- und Verwaltungskenntnissen sowie umfassendem Fachwissen in Pädagogik und Psychologie ist Voraussetzung. Kenntnisse in Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen, Beratung usw. sind unerlässlich.
- ⇒ *Fachliches Selbstverständnis*,  
das sich an den Interessen, Wünschen und Bedürfnissen der Kinder oder Jugendlichen orientiert. Handlungsmaxime ist das berechnete Interesse des Mündels und nicht das der Behörde/Institution.
- ⇒ *Kollegiale Praxisberatung/Supervision und Fortbildung*  
Reflexion der Arbeit im Rahmen von kollegialer Beratung und Supervision muss gewährleistet und die Teilnahme an spezifischen Fortbildungen zur Weiterentwicklung der Arbeit gesichert sein.

## 4.3 Organisatorisch

- ⇒ *Entwicklung fachlicher Standards*  
für die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen sind fachliche Standards zu entwickeln und im jeweiligen Arbeitsbereich konzeptionell zu verankern.
- ⇒ *Fallzahlen*  
sind so zu bemessen, dass eine kontinuierliche Beziehungsarbeit möglich ist.<sup>1</sup>
- ⇒ *Kind- und jugendgerechte räumliche Ausstattung*  
Der Besprechungsraum muss so ausgestattet sein, dass sich das Kind oder der Jugendliche wohlfühlen kann.

## 4.4 Qualitätsentwicklung

Die erfolgreiche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen erfordert, dass die personellen und organisatorischen Rahmenbedingungen bestimmten Qualitätserfordernissen genügen. Die nachfolgenden Differenzierungen des Qualitätsbegriffes sind dem „Leistungsprofil des Amtsvormundes“<sup>2</sup> entnommen.

- ⇒ **Strukturqualität** beinhaltet die erforderlichen und geeigneten organisatorischen Rahmenbedingungen für die verantwortliche Aufgabenwahrnehmung des Vormundes im Jugendamt.
- ⇒ **Prozessqualität** beinhaltet die geeigneten und notwendigen Aktivitäten, das Recht des Kindes oder der Jugendlichen auf die Förderung seiner Entwicklung und seine Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit umzusetzen.
- ⇒ **Ergebnisqualität** beinhaltet, dass der geplante Zustand sowohl aus der Perspektive des betroffenen Mündels als auch der beteiligten Fachkräfte erreicht wurde.

---

<sup>1</sup> Die bundesweite Fachtagung in Dresden vom 22. bis 24.03.2000 hat in der „Dresdner Erklärung“ für einen Arbeitsplatz, an dem ausschließlich Vormundschaften geführt werden, einen Vorschlag zur Fallzahlbemessung erarbeitet. Die Betreuung von 50 Mündeln wird als oberste Grenze angesehen („Der Amtsvormund“ Heft 5/2000, Seite 437); vgl. auch die Arbeits- und Orientierungshilfe „Aufgabenteilung“ sowie den Abschlussbericht der Arbeitsgruppe „Familiengerichtliche Maßnahmen gem. § 1666 BGB“ des Bundesministeriums für Justiz vom 14.07.2009.

<sup>2</sup> Siehe „Der Amtsvormund“ Heft 07-08/1999, Seite 546 ff.

## 5. Welche Ziele hat Beteiligung?

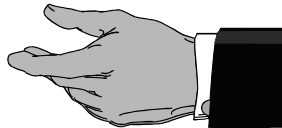
Ziel der Beteiligung ist es, mit dem Mündel die am besten geeignete Hilfe/Perspektive zu finden und jede Unterstützung zu geben, die seine persönliche Entwicklung fördert (§ 1 SGB VIII).

Dazu ist anzustreben:

- ⇒ *die Akzeptanz beim Kind/Jugendlichen (⇒ positive Beziehung).*  
Ein beteiligtes Mündel erlebt ernstgenommen und gleichberechtigt behandelt zu werden. Eine solche Akzeptanz wirkt sich nachhaltig positiv auf die Beziehung zwischen Vormund und Mündel und dessen Entwicklung aus.
- ⇒ *die Wünsche und Vorstellungen des Mündels zu erfahren (⇒ gemeinsame Plattform).*  
Nur durch die entsprechende Beteiligung lässt sich die Perspektive des Kindes oder Jugendlichen entdecken. So können Widerstände verstanden und Vorstellungen des Vormundes von denen des Mündels unterschieden werden. Das bietet dem Vormund die Chance, seine Rolle und eigene Wertvorstellungen zu hinterfragen.
- ⇒ *die Identifikation mit der Hilfe (⇒ größerer Erfolg).*  
Ein beteiligtes Mündel, dessen Vorstellungen und Wünsche berücksichtigt worden sind, wird Hilfen und Entscheidungen viel stärker akzeptieren und mittragen.
- ⇒ *die „Passform“ der Hilfe zu verbessern (⇒ Steigerung der Effizienz).*  
Wenn Kinder oder Jugendliche eigene Bedürfnisse und die beteiligten Fachkräfte den erzieherischen Bedarf formulieren können, wird das Ergebnis des Aushandlungsprozesses der Lebenswirklichkeit des Mündels gerechter.

# **L a n d e s j u g e n d a m t**

## *Arbeits- und Orientierungshilfe*



## **L e i t l i n i e n**

**zum Entlassungsantrag des Jugendamtes  
als bestellter Amtspfleger oder Amtsvormund**

**n a c h § 87 c Abs. 3 SGB VIII**

**Veränderung der Zuständigkeit ?**

### **Herausgegeben vom**

**Landschaftsverband Rheinland  
Dezernat Landesjugendamt  
50663 Köln**

Hans-Werner Pütz  
Tel.: 0221 809 6244  
Fax: 0221 82841315

**Landschaftsverband Westfalen-Lippe  
- Landesjugendamt und Westfälische Schulen -  
48133 Münster**

Reimund Wiedau  
Tel.: 0251 591 4585  
Fax: 0251 591 275

Redaktion:  
Hans-Werner Pütz

Köln, Münster im Dezember 2003

# Leitlinien

zum Entlassungsantrag des Jugendamtes  
als bestellter Amtspfleger oder Amtsvormund

**nach § 87 c Abs. 3 SGB VIII**

*Arbeits- und Orientierungshilfe,*

*erarbeitet vom überregionalen Arbeitskreis  
der Amtsvormünderinnen und Amtsvormünder<sup>1</sup>*

*Stand: 01.12.2003*

---

<sup>1</sup> Der Arbeitskreis ist mit Vertretern aus den Bereichen beider Landesjugendämter in Nordrhein-Westfalen besetzt und wird in Kooperation mit den beiden Landesjugendämtern geführt. Seine Mitglieder sind auf der nächsten Seite aufgeführt.

**Die Mitglieder des  
überregionalen Arbeitskreises der Amtsvormünderinnen und Amtsvormünder:**

Bangert, Wolfgang	Stadtjugendamt Wesel
Bohn, Klaus-Dieter	Kreisjugendamt Siegen-Wittgenstein
Ditges, Mathias	Stadtjugendamt Düsseldorf
Donatin, Manfred	Stadtjugendamt Hamm
Draber, Joachim	Stadtjugendamt Soest
Eihoff, Werner	Stadtjugendamt Gladbeck
Horster, Michael	Stadtjugendamt Düsseldorf
Kleimenhagen, Volker	Stadtjugendamt Wuppertal
Kloppert, Heidi	Stadtjugendamt Duisburg
Krause, Gregor	Stadtjugendamt Gladbeck
Kreilkamp, Walter	Stadtjugendamt Herten
Kremer, Horst	Kreisjugendamt Soest
Kuschnerus, Axel	Stadtjugendamt Gladbeck
Lammers, Lutz	Stadtjugendamt Hamm
Lochte, Gerhard	Stadtjugendamt Herford
Peters, Ulrich	Stadtjugendamt Münster
Pütz, Hans-Werner	Landesjugendamt Rheinland, Köln
Schormann, Cornelia	Stadtjugendamt Bad Salzuflen
Terp, Christel	Stadtjugendamt Lemgo
Tiedeken, Josie	Stadtjugendamt Essen
Volkenborn, Wolf	Stadtjugendamt Düsseldorf
Wiedau, Reimund	Landesjugendamt Westfalen-Lippe, Münster
Wilbers, Gisela	Stadtjugendamt Krefeld
Wolf, Christa	Stadtjugendamt Bergheim

## **Leitlinien zum Entlassungsantrag des Jugendamtes als bestellter Amtspfleger oder Amtsvormund nach § 87 c Abs. 3 SGB VIII**

### **- Veränderung der Zuständigkeit ? -**

Das SGB VIII enthält für die Bereiche „Leistungen der Jugendhilfe und andere Aufgaben“ insgesamt 13 Paragraphen mit einer Fülle von Regelungen zu Zuständigkeiten.

Nach den Rechtsunsicherheiten bis zum Inkrafttreten des Ersten Änderungsgesetzes zum SGB VIII am 1.4.1993 war diese Vielzahl der Vorschriften notwendig.

Für jedes Jugendamt ist es wichtig, nur dann tätig zu werden, wenn es auch zuständig ist.

Mit einer Zuständigkeit verbinden sich die Übernahme von Kosten und der Einsatz von Personal.

Dieses gilt auch, wenn das Jugendamt zum Amtspfleger oder Amtsvormund bestellt ist.

Das Gesetz sieht bei einem Wechsel des Aufenthalts des Mündels einen Antrag des Jugendamtes auf Entlassung zwingend vor.

Weil die strikte Anwendung des § 87 c Abs. 3 S. 1 SGB VIII das Wohl des Kindes außer acht lässt, soll diese Arbeitshilfe unter Verwendung der zur Zeit vorliegenden Rechtsprechung und der Kommentierungen zum SGB VIII klärende Hinweise für die Praxis geben, damit sichergestellt ist, dass das Wohl des Kindes bei der vormundschaftsgerichtlichen Entscheidung über den Entlassungsantrag gewürdigt wird.

### **1. § 87 c Abs. 3 S. 1 SGB VIII (gewöhnlicher Aufenthalt)**

#### **Regelfall:**

§ 87 c Abs. 3 S.1 SGB VIII ist eindeutig: Bei einer bestellten Amtsvormundschaft ist das Jugendamt zuständig, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche seinen **gewöhnlichen** Aufenthalt hat (siehe Schlussbemerkung).

Sinn und Zweck der Regelung des § 87 c Abs. 3 SGB VIII ist der besonderen Interessenlage des Kindes oder des Jugendlichen gerecht zu werden. „Bei der bestellten Amtspflegschaft/ Amtsvormundschaft steht die Vertretung der Kindesinteressen anstelle und gegen die (z. B. nach § 1666 BGB versagenden) Eltern im Vordergrund. Kind oder Jugendlicher und Eltern

leben i. d. Regel nicht mehr in einem Haushalt zusammen. ... Deshalb erscheint es sachgerecht, dass das Jugendamt Angelegenheiten der elterlichen Sorge anstelle der Eltern ausübt, in dessen Bereich sich das Kind oder der Jugendliche gewöhnlich aufhält“ (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 13).

Aufgrund dieser Regelung soll eine ortsnahe Betreuung des Kindes oder Jugendlichen durch den Vormund gewährleistet werden.

Der Begriff des gewöhnlichen Aufenthalts wird in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I definiert: „Den gewöhnlichen Aufenthalt hat jemand dort, wo er sich unter Umständen aufhält, die erkennen lassen, dass er an diesem Ort oder in diesem Gebiet nicht nur vorübergehend verweilt.“

„Ob ein Kind oder ein Jugendlicher einen gewöhnlichen Aufenthalt in einer Einrichtung begründet, wird nach den Feststellungen im Hilfeplan über die Zielsetzung der Hilfe im Einzelfall zu beurteilen sein“ (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 13).

Wechselt ein Kind oder ein Jugendlicher seinen gewöhnlichen Aufenthalt, so wechselt auch die Zuständigkeit zu dem Jugendamt, wo das Kind oder der Jugendliche nun seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat (§ 87 c Abs. 3 S.1 SGB VIII).

Der Zuständigkeitswechsel setzt eine neue Entscheidung des Vormundschaftsgerichts voraus. Eine Übernahme der bestellten Amtspflegschaft/ Amtsvormundschaft unmittelbar von Jugendamt zu Jugendamt ist nicht möglich (Wiesner, SGB VIII, § 87 c, Rz. 15).

### **Ausnahme:**

Von der eindeutigen Regelung des § 87 c Abs. 3 S.1 SGB VIII im Hinblick auf die Zuständigkeit von bestellten Amtsvormündern kann das Vormundschaftsgericht **Ausnahmen** machen, wenn im Einzelfall gewichtige Gründe einem Wechsel der Pflegschaft oder Vormundschaft entgegenstehen und wegen des Wohls des Kindes oder Jugendlichen sich ein Zuständigkeitswechsel verbietet (OLG Karlsruhe, DAVorm 1993, 89, 92).

Ein gewichtiger Grund in diesem Sinne könnte darin gesehen werden, dass das bisher zuständige Jugendamt auch nach dem Aufenthaltswechsel die Betreuung weiterführen kann und tatsächlich auch weiterführt, weil der neue gewöhnliche Aufenthalt des Kindes oder Jugendlichen nur gering entfernt liegt (OLG Karlsruhe, a. a. O.).

Dem Kindeswohl kann es entsprechen, dass der bisherige Vormund auch der zukünftige bleibt, wenn er mit den Verhältnissen des Kindes in besonderem Maße vertraut ist (vgl. OLG Zweibrücken, FamRZ 2002, 1064, 1065) oder ein besonderes Vertrauensverhältnis zwischen Kind/Jugendlichem und Vormund besteht, das einen Wechsel verbietet.



### **Praktische Vorgehensweise:**

Hat das Kind oder der Jugendliche seinen gewöhnlichen Aufenthalt gewechselt, **hat** das bisher zuständige Jugendamt beim Vormundschaftsgericht einen Antrag auf Entlassung zu stellen (§ 87 c Abs. 3 S. 3, 1. HS SGB VIII).

Sprechen gewichtige Gründe und das Wohl des Kindes, was vom Vormund im Einzelfall zu prüfen ist, gegen die Entlassung des bisher zuständigen Jugendamtes, so sind dem Vormundschaftsgericht diese Gründe darzulegen, aufgrund derer ein Zuständigkeitswechsel nicht erfolgen sollte.

Ist eine Abgabe an das Jugendamt geplant, in dessen Bereich das Kind oder der Jugendliche nun seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat, und ein Entlassungsantrag beim Vormundschaftsgericht gestellt, so sollte ein Übergabegespräch mit abgebendem und annehmendem Vormund und, wenn möglich und sinnvoll, im Beisein des Kindes bzw. Jugendlichen stattfinden.

**Grundsätzlich falsch ist es, den Entlassungsantrag nicht zu stellen.**

### **2. § 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII (kein gewöhnlicher Aufenthalt)**

#### **Regelfall:**

Die Regelung des § 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII ist ebenfalls eindeutig: „Hat das Kind oder der Jugendliche **keinen** gewöhnlichen Aufenthalt, so richtet sich die Zuständigkeit nach seinem tatsächlichen Aufenthalt zum Zeitpunkt der Bestellung“.

D.h., der Wechsel des tatsächlichen Aufenthaltes führt nicht zu einem Wechsel der Zuständigkeit.

#### **Ausnahme:**

Erfordert das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen einen Wechsel der Zuständigkeit so hat das Jugendamt dann einen Antrag auf Entlassung beim zuständigen Vormundschaftsgericht zu stellen (§ 87 c Abs. 3 S. 3 , 2. HS SGB VIII).

### **Praktische Vorgehensweise:**

Hat das Kind oder der Jugendliche **keinen** gewöhnlichen Aufenthalt ( § 87 c Abs. 3 S. 2 SGB VIII), so bleibt das bisherige Jugendamt zuständig. Das am Interesse des Mündels orientierte berufliche Selbstverständnis des Amtsvormundes gebietet es, einen Antrag auf Entlassung

beim Vormundschaftsgericht zu stellen, wenn das Wohl des Kindes oder des Jugendlichen dies erfordert (§ 87 Abs. 3 S. 3, 2. HS SGB VIII).

Ist ein Wechsel geplant und ein Entlassungsantrag beim Vormundschaftsgericht gestellt, so sollte auch hier ein Übergabegespräch erfolgen.

### **Generelle Hinweise:**

Grundsätzlich ist das Mündel vor jedem Entlassungsantrag durch den Amtsvormund/Amtspfleger zu beteiligen<sup>2</sup>. Ein möglicher Zuständigkeitswechsel ist im Hilfeplanverfahren einzubringen.

Nach § 50 b des Gesetzes über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG) wird das Mündel vor der Entscheidung über den Entlassungsantrag durch das Gericht angehört.

### **Schlussbemerkung:**

#### **Gewöhnlicher Aufenthalt**

Das SGB VIII enthält keine eigene Definition des für die Festlegung der örtlichen Zuständigkeit maßgeblichen unbestimmten Rechtsbegriffs des „gewöhnlichen Aufenthalts“ (g. A.).

Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Oberverwaltungsgerichts Nordrhein-Westfalen ist die Begriffsdefinition des g. A. in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I im Jugendhilferecht unter Berücksichtigung von Sinn und Zweck sowie Regelungszusammenhang der Zuständigkeitsnormen auszulegen, dieses gilt auch für § 87 c Abs. 3 SGB VIII.

Die Formulierung „unter Umständen aufhält, die erkennen lassen“ macht deutlich, dass die Definition in § 30 Abs. 3 S. 2 SGB I primär auf die objektiven Verhältnisse abstellt und sich der Aufenthalt damit überwiegend an tatsächlichen Umständen orientiert. Gleichwohl bleibt der geäußerte Wille beachtlich.

In Abgrenzung zum „tatsächlichen Aufenthalt“ und zum „Wohnsitz“ hat jemand seinen g. A. an dem Ort (Zuständigkeitsbereich eines Jugendamtes), den er für eine gewisse Dauer,

---

<sup>2</sup> siehe hierzu „Leitfaden für die Amtsvormünderin und den Amtsvormund zur Beteiligung des von Ihnen vertretenen Kindes oder Jugendlichen“

d. h., bis auf weiteres, zukunfts offen, zeitlich von vornherein nicht begrenzt, also nicht nur vorübergehend oder besuchsweise, zum Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen gewählt hat.

Ein Kind oder Jugendlicher hat in der Regel an dem Ort seinen g. A., an dem es/er erzogen wird, d. h., dieser kann auch am Pflegestellen- oder Heimort begründet sein. Grundsätzlich bestimmen die Personensorgeberechtigten – auch aufenthaltsbestimmungsberechtigte Vormünder und Pfleger – den g. A. von Kindern. Dazu sind sie gem. § 1631 Abs. 1 BGB berechtigt.

Wurde im Rahmen der Hilfeplanung eine Hilfe zur Erziehung auf Dauer angelegt, so wechselt mit dem Aufenthaltsort in der Regel auch der g. A. des Mündels zum Pflegestellen- oder Heimort.

Kinder unter sieben Jahren sind geschäftsunfähig und daher regelmäßig nicht fähig, selbst einen g. A. zu verwirklichen. Ältere Kinder und Jugendliche können einen eigenständigen g. A. realisieren, wenn sie ihren Willen gegen den des Aufenthaltsbestimmungsberechtigten tatsächlich durchsetzen.





**Kompetenz-Zentrum  
Pflegekinder e.V.**

Service für Fachdienste

# Jugendliche Flüchtlinge in Gastfamilien

---

Eine erste Orientierung in einem großen  
gesellschaftlichen Feld



## Impressum

Jugendliche Flüchtlinge in Gastfamilien.  
Berlin 2016

Herausgeber  
Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V.  
Stresemannstr. 78  
10963 Berlin

[www.kompetenzzentrum-pflegekinder.de](http://www.kompetenzzentrum-pflegekinder.de)

Autorinnen  
Silke Betscher  
Alexandra Szylowicki

Bearbeitung  
Gerhard Steege

Illustrationen  
Helge Windisch  
[www.flaneur-live.de](http://www.flaneur-live.de)

Satz: Werte&Issues Berlin

Titelfoto: © JimmyLung – istockphoto.com

## GLIEDERUNG

1. Ausgangslage	04
2. Ziel und Zweck der Handreichung	04
3. Die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge	06
Wer sind sie?	
Was brauchen sie?	
Für welchen Jugendlichen passt eine Gastfamilie?	
4. Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – eine besondere Pflegeform	09
Was ist das Besondere?	
Wo und wie finden?	
5. Guter Wille allein genügt nicht – Von der Bedeutung guter Begleitung	13
Eignung und Passung	
Information und Schulung	
Begleitung und Beratung	
6. Übergänge ermöglichen und gestalten	19
Erstaufnahme, Clearing, Folgeeinrichtungen	
Zugangswege, Patenschaften und Einzelvormundschaften	
Wenn die Jugendlichen volljährig werden / Care-Leaver	
7. Strukturelle Einbindung	22
Ausstattung der Gastfamilien	
Ausstattung der Dienste	
Kooperationen und Vernetzung der Dienste	

# 1. Ausgangslage

Allein im November des Jahres 2015 kamen 13.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nach Deutschland, im Jahr 2015 lag die Zahl bei ungefähr 59 000. Dies stellt die Jugendämter vor große Herausforderungen. Durch die Umverteilung der Flüchtlinge werden sich demnächst auch die Städte und Kommunen diesen Herausforderungen stellen müssen, für die unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) bislang eher ein randständiges Thema war.

Infolge der schwierigen Aufgabe der Jugendämter, in kürzester Zeit eine ausreichende Zahl an Plätzen für Inobhutnahmen und an geeigneten Anschlusshilfen zu schaffen, sind in den vergangenen Monaten an vielen Orten Initiativen und Projekte entstanden, um Gastfamilien<sup>1</sup> für jugendliche Flüchtlinge zu suchen und erste Vermittlungen durchzuführen. Beeindruckend ist das zivilgesellschaftliche Engagement vieler Menschen, helfend zu unterstützen und die Not der Geflüchteten zu lindern. Dementsprechend groß sind der Zulauf und das Interesse, wenn Jugendämter dazu aufrufen, Pflege- oder Gastfamilie für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu werden. Informationsabende sind überfüllt, die Liste derer, die sich für diese Aufgabe vorbereiten und schulen lassen wollen, ist lang.

Dennoch bestehen vielerorts bei den zuständigen Jugendämtern, Pflegekinderdiensten und Freien Trägern noch Bedenken. Wissen die Gastfamilien, was mit der Aufnahme eines Jugendlichen ggf. auf sie zukommt? Oder beziehen sich die Sorgen eher darauf, dass mühsam erreichte erste qualitative Standards der Pflegekinderhilfe (PKH) in der aktuellen Notsituation wieder verloren gehen könnten? Sind die Fachkräfte konzeptionell gut genug vorbereitet und aufgestellt, sich dieser Aufgabe qualifiziert widmen zu können? Reichen die strukturellen und personellen Voraussetzungen aus, umzusetzen, was für notwendig erachtet wird?

Ein Anliegen des Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. ist es, Gastfamilien für jugendliche Flüchtlinge als ein Angebot einer ausdifferenzierten Pflegekinderhilfe zu etablieren und die Praxis der Pflegekinderdienste durch die Entwicklung von Handreichungen und Angeboten zur Qualifizierung zu unterstützen. Gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend wollen wir mit dieser Zusammenschau von ersten Ansätzen einen Beitrag zur Lösung der dringlichen gesellschaftlichen Aufgabe leisten, sichere und förderliche Orte für junge Flüchtlinge in Familien zu schaffen. Die gesetzliche Grundlage zur Ausgestaltung und Ausweitung der Pflegekinderhilfe um Gastfamilien bildet der § 27 in Verbindung mit § 33 SGB VIII. Insofern gelten im Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und ihren Familien alle fachlichen Grundsätze, wie sie in der Vollzeitpflege zur Anwendung kommen.

## 2. Ziel und Zweck der Handreichung

Diese Zusammenfassung ist das Ergebnis eines Pilotprojektes, das das Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. mit Fördermitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zwischen September und Dezember 2015 durchführte. Eine bundesweite, internet- und telefonbasierte Recherche sollte Aufschluss über bereits bestehende Ansätze und Erfahrungen in Bezug auf Materialien, Konzeptionen, Schulungsinhalte, Eignung und Begleitung der Gastfamilien geben. Es galt zunächst, diese zu sammeln und im Hinblick auf Good Practice und vermeidbare Fehler auszuwerten.

<sup>1</sup> Die Begriffe Gast- bzw. Pflegefamilie für UMFs werden häufig synonym, an einigen Orten jedoch auch explizit definiert und in Abgrenzung zueinander verwendet. In Übereinstimmung mit dem BMFSFJ wird in dieser Handreichung der Terminus ‚Gastfamilie‘ verwendet, ohne damit jedoch eine eigenständige Form jenseits der Vollzeitpflege zu generieren.

Die im Rahmen des Projekts zusammengetragenen Daten<sup>2</sup> und das bislang erworbene Erfahrungswissen diente als Grundlage für ein Gespräch mit Fachleuten aus den Bereichen Pflegekinderhilfe und UMF im Dezember 2015, das zum Ziel hatte, auf Grundlage der Recherche erste Orientierungslinien für die Praxis zu formulieren sowie erste Eckpunkte für Standards und Curricula für die Qualifizierung von Gastfamilien und Fachkräften zu entwickeln.

Ein grundlegendes Ergebnis der geführten Gespräche ist, dass sich Fachkräfte in den Pflegekinderdiensten strukturell und qualitativ noch nicht ausreichend auf diese anspruchsvolle und komplexe Aufgabe vorbereitet und gerüstet sehen. Als erste Antwort darauf entwickelte das Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. eine aufgabenspezifisch angepasste, modular aufgebaute Weiterbildung nach dem Modell eines Zertifikatskurses. Sie kann ab Frühsommer 2016<sup>3</sup> durchgeführt werden.

Die vorliegende Handreichung ist ein erster Schritt zur Orientierung und Qualifizierung in der fachlichen Praxis und richtet sich vorrangig an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Jugendämtern, Pflegekinderdiensten und Freien Trägern der Jugendhilfe. Sie will in allererster Linie Mut machen, indem sie den Blick auf gelingende Praxisverläufe richtet. Insofern versteht sie sich als Aufforderung, Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu finden und als Anregung, wie diese bestmöglich vorbereitet und begleitet werden können. Denn Gastfamilien bieten für einen noch unterschätzten Anteil der jungen Flüchtlinge eine gute Möglichkeit der ganzheitlichen Versorgung:

- Der Aufenthalt in einer Gastfamilie kann die Chancen der jungen Menschen auf Integration in die deutsche Gesellschaft, auf Spracherwerb und Bildung in Form einer sehr persönlichen Unterstützung entscheidend fördern und ihre Biographie positiv beeinflussen.
- Der private Raum in einer Gastfamilie kann den jungen Menschen genau die Geborgenheit und den Schutz vermitteln, die sie benötigen, um gut in Deutschland anzukommen und ihre Erlebnisse während der Flucht zu verarbeiten.
- Die Vermittlung von Kindern und Jugendlichen verschiedener Alters- und Entwicklungsstufen in das privat-familiäre Arrangement einer Gastfamilie gewährt am ehesten die Möglichkeit, deren spezifischen, individuellen Bedürfnissen gerecht zu werden.
- Gastfamilien stellen mit ihrem persönlichen und sozialen Engagement für junge Flüchtlinge über mehrere Jahre hinweg auch ein erhebliches, finanziell, kommunal und individuell entlastendes Potential dar. Dieses ‚gesellschaftliche Gut‘ gilt es öffentlich wertzuschätzen, anzuerkennen, im beratenden Kontakt zu pflegen und nach Möglichkeit zu erweitern.

Die vorliegende Zusammenstellung stellt mit knappen Worten den Bezugsrahmen zur „allgemeinen“ Pflegekinderhilfe her, fasst die vorläufigen Rechercheergebnisse<sup>4</sup> mit den Einlassungen der Expertinnen und Experten am 7.12.2015 im BMFSFJ zusammen und beschreibt unter jedem Stichwort kurz:

*Worum geht es?*

*Was ist zu beachten?*

*Wie machen es andere?*

*Was macht Mut?*

*Wo gibt es weiterführende Informationen und Anregungen zum Thema?*

<sup>2</sup> Ziel der Erhebung war die Erstellung eines fundierten Überblicks, nicht eine lückenlose Gesamtdarstellung, die aufgrund der geringen zur Verfügung stehenden Zeitressource weder möglich noch angesichts des rasanten Wandels sinnvoll erschien.

<sup>3</sup> Die Weiterbildung wird als Inhouse-Veranstaltung und ab Sommer 2016 bei ausreichender Nachfrage auch frei buchbar angeboten. Für eine Inhouse-Veranstaltung empfiehlt sich ein Zusammenschluss von mehreren Kommunen / Organisationen.

<sup>4</sup> Wo einzelne Organisationen / Institutionen / Kommunen als Beispiele für „Good-Practice“ hervorgehoben sind, bedeutet dies nicht, dass es nicht auch weitere gäbe, die bereits über eine gute Praxis verfügen. Auch kann die Wiedergabe einzelner konkreter Bezüge im Detail holzschnittartig sein. Dies ist vor allem der zeitlich engen Vorgabe des Projektes und der notwendigen Komprimiertheit eines ersten Überblicks in einem sich ständig ändernden Feld geschuldet.



### 3. Die Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge (UMF)<sup>5</sup>

#### Worum geht es?

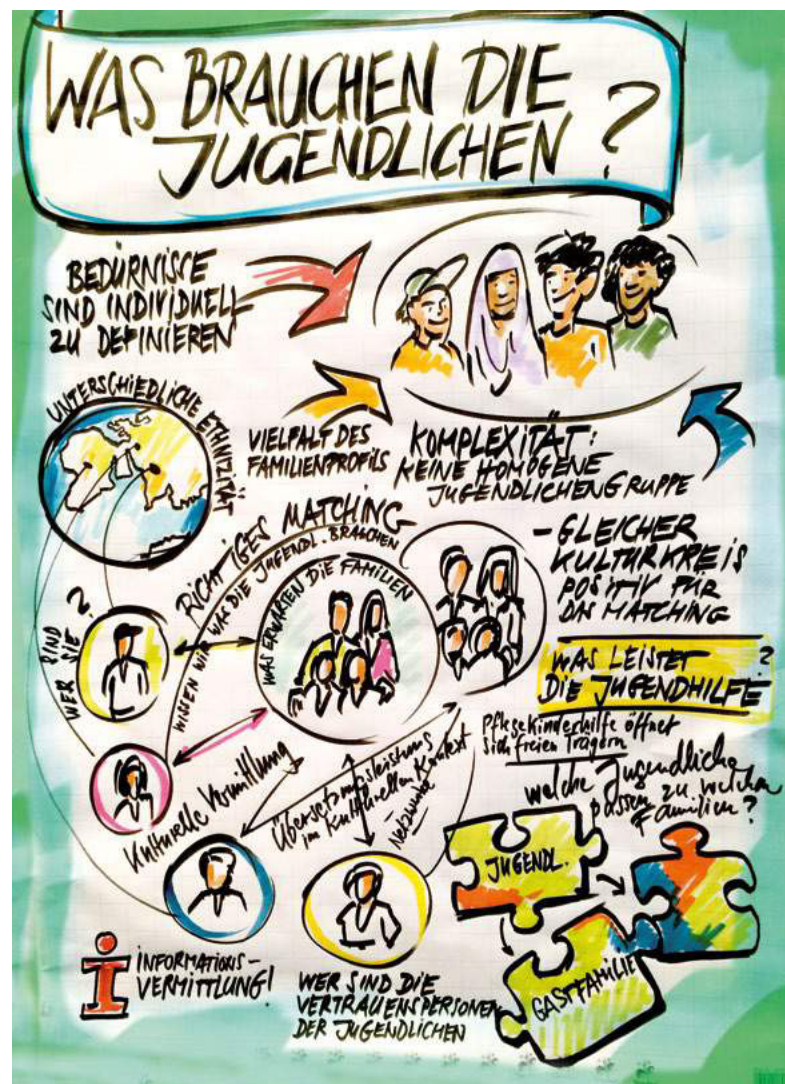
Jugendliche Flüchtlinge sind hinsichtlich ihrer Vorerfahrungen und ihrer unsicheren Lebenssituation einer Vielzahl besonderer Belastungen ausgesetzt. Viele von ihnen haben bewaffnete Konflikte, Zwangsrekrutierung, Vergewaltigung, Folter, Mord, wirtschaftliche Not und Hunger erlebt oder sind gar Zeugen des Sterbens anderer Flüchtlinge geworden. Sie müssen ohne Unterstützung vertrauter Personen den Verlust ihrer Heimat und ihrer Familie bewältigen, ggf. traumatische Erlebnisse verarbeiten, einem psychisch oftmals belastenden Verfahren zur Sicherung ihrer Aufenthaltsperspektive standhalten und sich in einem unbekannten soziokulturellen Kontext zurechtfinden.

Gleichzeitig sind sie aber auch einfach nur Jugendliche, die ihre spezifischen Entwicklungsaufgaben zu bewältigen haben: Sie befinden sich auf dem Weg in das Erwachsenenleben, haben Träume, Pläne und Ziele, die sich vor allem auf eine gute Ausbildung und die Chance auf ein „gutes Leben“ beziehen. Sie differieren hinsichtlich ihrer kulturellen Zugehörigkeit, ihrer Religion, ihres Alters, einer

möglichen Traumatisierung, ihres Entwicklungsstandes und ihrer individuellen Ziele. Nicht selten sind die Jugendlichen von ihren Familien vorausgeschickt worden und tragen in ihrem unsichtbaren Rucksack schwere Verantwortung und Loyalitäten ihren Familien gegenüber, um die sie sich sorgen. Möglicherweise leben einige der eingereisten Jugendlichen mit einer veränderten Geschichte oder Identität, um ihre Helfer und Familien zu schützen bzw. die Chance auf einen gesicherten Aufenthalt zu erhöhen. Oft haben sie auf der Flucht schon ein gehöriges Maß an Verantwortung und Selbständigkeit erlernen müssen.

Welche Jugendlichen also „passen“ in eine Gastfamilie? Wie kann das Jugendamt / der PKD jenseits der Einschätzung des Einzelfalls zu einer Reduktion der Komplexität und damit zu einer Entscheidung kommen, ob eine Gastfamilie die geeignete Hilfe darstellt?

<sup>5</sup> Die jedem Kapitel vorgestellten grafischen Mitschnitte sind live während der Diskussion des Expertengesprächs in Berlin am 7.12.2015 als „graphic recording“ durch Helge Windisch: [www.flaneur-live.de](http://www.flaneur-live.de) entstanden.



#### Was ist zu beachten?

Vieles:

- **Die** unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gibt es nicht. Die Gruppe der jungen Menschen, die unbegleitet einreisen, ist äußerst heterogen und vielfältig im Hinblick auf Ethnizität, Alter, geschlechtsspezifische Erfahrungen, Bildungsstand, Lebensziele etc..
- Vorsicht vor der 1:1-Übertragung unseres Wertesystems. Die Jugendlichen kommen z.T. aus Ländern, in denen nicht das Wollen des Einzelnen im Vordergrund steht, sondern die Entscheidung der Familie. Partizipation in Form einer Abfrage von individuellen Wünschen oder Entscheidungen greift deshalb zu kurz.
- Für die Jugendlichen sind die Peer-Groups und die Kontakte zu anderen migrantischen Communities von zentraler Bedeutung.
- Schule und Ausbildung sind für die Jugendlichen wichtige Türöffner, u.a. weil hiervon ihre Bleibensperspektive abhängen kann, vor allem aber, weil sich damit Teilhabe und eine bessere Zukunft für sich und ihre Familien verknüpfen lässt.
- Der zumeist unsichere Aufenthaltsstatus stellt für die Jugendlichen eine schwere psychische Belastung dar, die auch in den Familiensystemen zum Tragen kommt.
- Traumatisierungen und posttraumatische Störungen können die Integration in eine Familie nachhaltig stören.
- Die sich anteilmäßig in der Minderheit befindenden Mädchen (zwischen 10 und 20 %), die unbegleitet nach Deutschland kommen, sind nach Angaben der Gesprächspartnerinnen und -partner durch genderspezifische Gewalterfahrungen in ihren Herkunftsländern oder während der Flucht verhältnismäßig stärker und öfter von Traumatisierungen betroffen.
- Die Bleibensperspektive der Jugendlichen ist u.a. davon abhängig, dass sie sich „wohl verhalten“, einer (schulischen) Ausbildung nachgehen, mit möglicherweise einer angepassten Geschichte leben und/oder ggf. eine Traumatisierung nachweisen können. Hieraus können spezifische Konfliktlagen für die Gastfamilien, aber auch für die fachliche Begleitung entstehen.

#### Was haben wir vorgefunden? / Wie machen es andere?

Es herrscht übereinstimmend die Ansicht, dass eine Gastfamilie für einen Teil der Jugendlichen die geeignete Hilfeform darstellen kann. Als Gründe hierfür werden genannt:

- Die Begleitung der jungen Menschen im Alltag vermittelt schnell Normalität und ermöglicht umfangreiche Integration;
- Viele Jugendlichen suchen nach familiärem Anschluss;
- Familiär untergebrachte Jugendliche haben bessere Bildungschancen.

Als „Eignungskriterien“ für eine mögliche Vermittlung in eine Gastfamilie auf Seiten der Jugendlichen werden genannt:

- Bereitschaft, sich auf ein familiäres System mit eigenen Regeln einzulassen;
- Bereitschaft zur Offenheit in Bezug auf andere kulturelle Sitten;
- Fähigkeit, sich anzupassen.



Als Ausschlusskriterien für eine Vermittlung in eine Gastfamilie werden genannt:

- ein zu hohes Alter (kurz vor der Volljährigkeit);
- offensichtlich vorhandenes Gewaltpotenzial;
- eine offenkundige Traumatisierung. Ist von einer Traumatisierung auszugehen, sei von einer Vermittlung aufgrund des hohen Risikos einer Überforderung der Gastfamilien eher abzuraten.

### Was macht Mut?

- Viele Jugendämter und Freie Träger betonen, dass sie mit der Vermittlung von Jugendlichen in Gastfamilien sehr gute Erfahrungen insbesondere dann machen, wenn der Bedarf und die Eignung für die Aufnahme in eine Familie eingehend und mit umfassender Partizipation der Jugendlichen geprüft worden sei.
- Übereinstimmend wird betont, wie schnell diese Jugendlichen sich einfinden würden, wie rasant der Erwerb der deutschen Sprache in der Familie sei und wie hochmotiviert sie seien, im Bereich schulischer Bildung aufzuholen. In diesem Sinne unterscheide sich die Gruppe der UMF deutlich von anderen Jugendlichen in der Jugendhilfe.
- Kein Jugendamt nannte Grundkenntnisse der deutschen Sprache als Voraussetzung für eine Vermittlung. Vielmehr wurde betont, dass es Möglichkeiten der Verständigung geben müsse, dies könne aber auch durch das Beherrschen einer gemeinsamen Drittsprache (i.d.R. Englisch oder Französisch) gelöst werden.

### Wo gibt es Informationen und Anregungen zum Thema?

Allgemeine Informationen zum Thema Flüchtlingskinder in der Jugendhilfe finden sich auf der Homepage des [BUMF e.V.](#) - Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge e.V.

- In erster Linie Kinder – Flüchtlingskinder in Deutschland. [Projektbericht](#) des BUMF im Auftrag des Deutschen Komitees für UNICEF E.V. 2014
- Pflegekinder und Pflegefamilien mit Migrationshintergrund – Anregungen für die praktische Arbeit. Die [Broschüre](#) enthält sehr übersichtlich allgemeine, praxistaugliche Informationen und Anregungen zum Thema: Hrsg.: Uni Hildesheim in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Landesjugendamt, Dezember 2015
- Das Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. hat eine umfangreiche [Literaturübersicht](#) zum Themenkreis „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Kinderflüchtlinge, Kindersoldaten“ (Stand März 2016) herausgebracht.

## 4. Gastfamilien für UMF – eine besondere Pflegeform

### Worum geht es?

Für die Aufnahme eines unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings lassen sich insbesondere Personen ansprechen, deren Zugang primär über das Interesse an der Thematik Flucht und Migration und erst sekundär über das Thema Pflegekind entstanden ist.

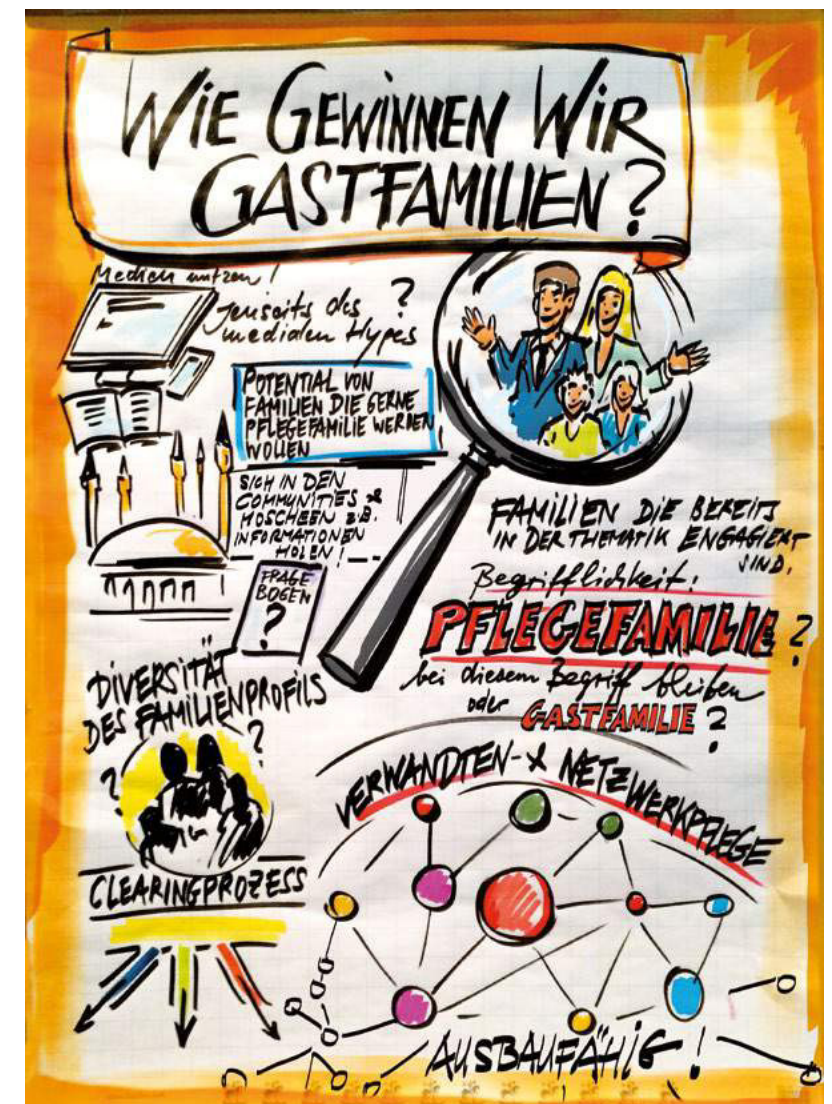
Die Suche nach Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge richtet sich demnach vorrangig auf Menschen, die eine große Offenheit für vielfältige Lebenskonzepte und -formen mitbringen oder die über eine besondere persönliche oder berufliche Affinität zur Lebensrealität von Flüchtlingen oder Migrantinnen und Migranten verfügen.

Darüber hinaus erweisen sich Erfahrungen im Zusammenleben mit (Pflege-)Kindern und Jugendlichen als hilfreich, sowie interkulturelle Kompetenz und Belastbarkeit, eigene Migrationserfahrung, ein bicultureller Hintergrund oder soziale Kompetenz in transkulturellen Kontexten.

Gastfamilien müssen sich, je nach Verfahrensstand im Asylverfahren, darauf einstellen, dass die Jugendlichen ggf. Einschränkungen hinsichtlich ihrer Mobilität unterliegen.

Unsicherheiten bzgl. kultureller, religiöser oder sprachlicher Verständigung können neben flucht- und traumabedingten Verhaltensweisen sowie bestehenden Unklarheiten über die Geschichte des Jugendlichen Belastungsfaktoren darstellen, die zu Verunsicherung und Missverständnissen auf allen Seiten führen können.

Gelingt es, diese belastbaren und motivierten Personen zu finden, sie professionell auf diese Aufgabe vorzubereiten und sie zuverlässig und kompetent zu begleiten und zu unterstützen, so ist eine gute Basis dafür geschaffen, dass die jugendlichen Flüchtlinge in diesem verlässlichen, familiären Rahmen schrittweise Sicherheitsgefühl und Vertrauen wieder aufbauen können, dass sie Normalität, Alltagsbegleitung und Hilfe bei der Orientierung in ihrem neuen gesellschaftlichen Umfeld erfahren. Durch diese Integration kann das Auftreten psychischer Symptome verringert, Zugänge und Bildungschancen gefördert und das Vertrauen in eine Zukunftsperspektive entwickelt und stabilisiert werden.



Eine wesentliche Bedeutung bei der Akquise der Gastfamilien für junge Flüchtlinge kommt vor diesem Hintergrund der Kooperation mit migrantischen Communities und NGOs der Flüchtlingshilfe zu, welche die Suche nach geeigneten Gastfamilien, aber auch nach Patinnen und Paten und ehrenamtlichen Vor-munden mit Hilfe ihres Netzwerkes fördern können. Wie aber kann die wechselseitige Information und eine gute Zusammenarbeit erreicht werden?

### Was ist zu beachten?

- Der Begriff der Gastfamilie ist vielfältig eingesetzt und besetzt. Er wird für intensive Betreuungsset-tings in der Sozialpsychiatrie ebenso verwandt wie er auch Anwendung z.B. im Schüleraustausch findet. Die Entscheidung für die Verwendung dieses Terminus Gastfamilie für Pflegefamilien, die sich für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen entscheiden, ist ausschließlich deshalb getroffen worden, um zu verdeutlichen, dass die Rolle der Pflegefami-lie in diesem Feld eine Besondere ist. Denn die Jugendlichen verfügen in der Regel über ein überdurchschnittliches Maß an Lebenserfahrung und Alltagsautonomie, agieren bereits sehr selbständig und stehen darüber hinaus oft in gutem und engem Kontakt zu ihrer Herkunftsfamilie.

Die Rolle der Gastfamilie ist also eher die eines zugewandten, kundigen, erwachsenen Beglei-ters. Hiermit werden jedoch keinesfalls niedrigere Bedarfe oder abgesenkte Standards der Pflegekinderhilfe verbunden. Eher das Gegenteil ist der Fall.

- Vor einer Vermittlung muss evtl. die Möglichkeit bestehen, das Einverständnis der Eltern / der Familie des jungen Menschen einzuholen. Das Herstellen des Kontaktes, die Kommunikation und notwendige Information ist mit zahlreichen Hürden verbunden. Wie kann dies dennoch gelingen?
- Auch bei einer sorgfältigen Bedarfs- und Hilfeplanung werden Unsicherheiten – wie zum Bei-spiel durch Recherchen in Bezug auf den Verbleib der Herkunftsfamilie oder eine mögliche Familienzusammenführung – bestehen bleiben und unter Umständen das Zusammenleben in der Pflegefamilie beeinflussen.
- Peers und Communities, aber auch das Essen (z.B. halal zu kochen) spielen im Leben vieler jun-gen Flüchtlinge eine große Rolle. Sie stellen oft das einzige Verbindungsglied zu all dem dar, das sie fluchtbedingt hinter sich lassen mussten. Bestehende Verbindungen sollten von der Gastfa-milie anerkannt, respektiert und ihr Erhalt unterstützt werden.

### Was wir vorgefunden haben / Wie machen es andere?

Einigkeit herrschte in der Beschreibung der „Besonderheit“ der interessierten Familien und Einzelperso-nen. Überwiegend handelte es sich um Menschen, die sich für die Pflegekinderhilfe sonst eher schwer motivieren ließen: sie verfügten über einen hohen Bildungsstand, seien oftmals etwas älter, häufig „empty-nest-Eltern“ mit Erziehungserfahrungen, seien sehr reflektiert und sozialpolitisch engagiert und kämen häufig aus der Flüchtlingsarbeit.

Mit der gezielten Ansprache von migrantischen Communities gibt es unterschiedliche Erfahrungen. Ei-nige Jugendämter berichten, dass sie seit mehreren Jahren in dieser Richtung relativ erfolglos für die allgemeine Pflegekinderhilfe aktiv sind und sich das Interesse auf Seiten der Communities erst mit den hohen Flüchtlingszahlen gewandelt habe.

Als spezifische, förderliche Kenntnisse / Fähigkeiten von Gastfamilien werden folgende weichen Krite-rien genannt:

- Interkulturelle Kompetenz
- Erfahrung im Umgang mit Jugendlichen
- Kenntnisse im Bereich Flucht und Asyl
- Ambiguitätstoleranz
- Bereitschaft, sich auf traumatisierte Jugendliche einzulassen, trotz begrenzter Perspektive (u.a. wegen Familiennachzug)
- Bereitschaft, den Kontakt zur Herkunftsfamilie zu begleiten bzw. das Thema Herkunft und Fami-lie zu thematisieren und zu respektieren
- Bereitschaft, sich auf schmerzhaft Realitäten einzulassen.

### Was macht Mut?

- Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es auch bei Vermittlung der zumeist schon älteren Jugendlichen in Familien mit jüngeren (Pflege-)Kindern zu ausgesprochen erfolgreichen Gast-familienkonstellationen kommt.
- Es hat sich bewährt, erfahrene Pflegefamilien anzusprechen, die bereits Pflegekinder in ihrem Haushalt betreut haben und evtl. noch für eine vorübergehende Zeit Sinnhaftes tun wollen.
- Die Zusammenarbeit mit den Bewerberinnen und Bewerbern, die sich aufgrund ihres gesell-schaftlichen Engagements als Gastfamilie bewerben, wird von einigen PKDs als sehr angenehm, kooperativ und konstruktiv beschrieben.
- An einigen Orten wird berichtet, dass ein Transfereffekt zu erzielen ist: Ein Teil der Interessierten, die sich mit „falschen Vorstellungen“ für die Aufnahme eines jugendlichen Flüchtlings engagie-ren möchten (z.B. weil sie ein jüngeres Kind aufnehmen wollen), lassen sich für die allgemeine Vollzeitpflege gewinnen. Hier besteht auch eine deutliche Chance für die Pflegekinderhilfe, ih-ren Pool an Bewerberinnen und Bewerbern mit neuem Klientel zu erweitern.

### Wo lassen sich Informationen / Anregungen zum Thema finden? Öffentlichkeitsarbeit

Eine fortlaufend aktualisierte Übersicht der Zeitungs- und Internetaufrufe zur Akquise findet sich beim

- Pflegekinder-Online-Portal [`Moses-online`](#).

#### Internetseiten zu allgemeinen Information

Die nachfolgenden JÄ/Freien Träger verfügen über eigene Internetseiten mit ausführlichen Informatio-nen für den Bereich UMF in Gastfamilien:

- Bayern: [Bayerisches Landesjugendamt](#)
- Bremen: [PiB gGmbH Bremen](#)
- Hamburg: [PFIFF gGmbH](#)



### Flyer zur Information Interessierter

Die nachfolgenden JÄ/Freie Träger haben eigene Flyer erstellt und im Internet zugänglich gemacht:

- |   |                       |
|---|-----------------------|
| • Bremen (PiB gGmbH):                                   | <a href="#">Flyer</a> |
| • Nürnberg (JA):  | <a href="#">Flyer</a> |
| • Stuttgart (JA):                                       | <a href="#">Flyer</a> |
| • Südniedersachsen (Jugendhilfe Südniedersachsen e.V.): | <a href="#">Flyer</a> |
| • Hamburg (PFIFF gGmbH):                                | <a href="#">Flyer</a> |

### Presse- und Infomappen

Ausführliche Informationen für Bewerberinnen und Bewerber haben folgende Institutionen ins Netz gestellt:

- |                       |                             |
|-----------------------|-----------------------------|
| • Jugendamt Nürnberg: | <a href="#">Infomappe</a>   |
| • PIB gGmbH Bremen:   | <a href="#">Medienmappe</a> |

## 5. Guter Wille allein genügt nicht – Von der Bedeutung guter Begleitung

### Worum geht es?

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und ihre Gastfamilien zu begleiten und zu beraten, stellt die Fachkräfte der Pflegekinderhilfe vor ganz besondere Herausforderungen, gleichwohl ist eine Gastfamilie nichts anderes als eine Pflegefamilie auf Zeit. Doch auch wenn die „Basics“ der PKH auch für den Bereich der Gastfamilien gelten, gibt es Unterschiede.

Schon die Zugangswege in das System der Jugendhilfe sind andere: Wenn sich zukünftige Pflegefamilien zu einem Informationsabend und oder zu einer vorbereitenden Schulung anmelden, dann haben sie zumeist schon eine lange Auseinandersetzung mit dem Thema hinter sich, ein fremdes Kind in ihre Familie aufzunehmen. Die Menschen, die sich für die Übernahme eines jungen Flüchtlings entscheiden, haben diesen Vorlauf an Reflexion und innerer Auseinandersetzung in der Regel nicht durchlaufen. Ihre Motivation gründet sich viel eher auf eine politisch oder gesellschaftlich motivierte Bereitschaft zu helfen und Verantwortung zu übernehmen, auf eine besondere persönliche oder berufliche Affinität zur Lebensrealität von Flüchtlingen oder über eigene Migrationserfahrung bzw. einen bi-kulturellen Hintergrund.

Mögliche Belastungsfaktoren durch die Jugendlichen und deren Verhaltensweisen (z.B. extreme Ängste, Regression, Aggression oder selbstschädigendem Verhalten) sind dabei nicht immer ausreichend im Blick, ebenso wie auch die Anforderungen der Jugendhilfe mit ihren vielen Beteiligten in unterschiedlichen Rollen, Aufgaben und Kompetenzen vielleicht unterschätzt werden.

Die Fachkräfte der Pflegekinderdienste, die sich für diesen Bereich qualifizieren wollen, müssen neben Kenntnissen im Bereich des Asyl-, Aufenthalts- und Sozialrechts für Flüchtlinge auch Kenntnisse im Bereich der Traumapädagogik und interkulturellen Kommunikation mitbringen. Sie sollten darüber hinaus über spezielle Haltungen und Persönlichkeitsmerkmale wie Reflexionsfähigkeit, Frustrationstoleranz, Toleranz und Offenheit gegenüber unterschiedlichen Familienkonzepten sowie unterschiedlichen sexuellen, weltanschaulichen oder religiösen Orientierungen verfügen. Doch reflektierte Haltungen allein genügen nicht: Da aufgrund der besonderen Belastungen sowie der besonderen sozialen und rechtlichen Situation



der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge erhöhte Anforderungen an Gastfamilien gestellt sind, benötigen die Fachkräfte Kenntnisse über spezielle Instrumente, Verfahren und Konzepte der Ansprache, Schulung, Begleitung und Unterstützung der Gastfamilien sowie in der konkreten Zusammenarbeit von Diensten und Professionen.

Als weitere notwendige Qualifikation sollten die Fachkräfte über sehr gute Kenntnisse der regional vorhandenen Beratungs- und Unterstützungsnetzwerke für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge verfügen.

### Was ist zu beachten?

- Gastfamilien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind aufgrund der oftmals spontanen Entscheidung für diese Aufgabe eher zu vergleichen mit Netzwerkpflegefamilien, die sich aufgrund persönlicher Kontakte für ein spezielles Kind in einer besonderen Situation ansprechen lassen. Es bedarf neben speziellen Formen professioneller Ansprache auch der Anleitung zu „nachholender Reflexion“ durch die fachliche Beratung. Neben den spezifischen Themen der jungen Flüchtlinge müssen auch die grundlegenden Themen der Pflegekinderhilfe (rechtliche Rahmung / Aufgaben / Rollen / Rechte / Pflichten) in eine vorbereitende Schulung integriert werden.
- Schulungen sind wichtig, aber viele Probleme tauchen erst „unterwegs“ auf. Die Beratung ist als dauerhafter, begleitender Prozess zu verstehen, der auch die Fachkräfte in notwendige Reflexionsprozesse einbindet. Mehr noch als in der sonstigen Pflegekinderhilfe geht es um den eigenen Umgang mit Fremdheit, mit anderen Ethnien, Kulturen, Sitten und Gebräuchen.
- Bei der Anbahnung eines Pflegeverhältnisses ist besonders zu beachten, dass den Beteiligten ausreichend Zeit eingeräumt und aktivitätsbezogene Formen des Kennenlernens angeregt und angeboten werden (z.B. Ausflüge, Sport, Musik).
- Ein Beratungsschwerpunkt ist der Umgang mit Unsicherheitsgefühlen im Alltag in Verbindung mit einer höchst unsicheren Zukunftsperspektive.
- Essen und Rituale haben einen besonderen Wert für viele der jungen Flüchtlinge. Dies sollte bei der Auswahl und Vorbereitung der Gastfamilien berücksichtigt werden.
- Fachkräfte brauchen die fachliche Expertise einschätzen zu können, wann ihre Möglichkeiten zur Krisenprävention und -intervention bei traumatisierten Flüchtlingen nicht genügen und eine Weiterleitung an fachkompetente Dienste wie z.B. Traumazentren erfolgen muss.
- Gruppenaktivitäten, die auf Körperwahrnehmung sowie die Stärkung von individuellen und sozialen Kompetenzen zielen, empfehlen sich besonders. Kooperationen mit z.B. Theater- oder Sportprojekten bieten den jungen Menschen die Möglichkeit eines aktiven Umgangs mit der eigenen Geschichte.
- Partizipation ist ein Schlüsselthema, gleichzeitig ist es in diesem Bereich besonders schwierig umzusetzen, da Sprachprobleme und kulturelle Verschiedenheiten einer Beteiligung im Wege zu stehen scheinen. Kreative Zugänge sind gefragt.
- Hilfreich unterstützend für Gastfamilien wird die Möglichkeit erlebt, sich in einer Gruppe auszutauschen und fachlichen Input zu den die Zielgruppe betreffenden, spezifischen Fragen zu erhalten.
- Die Pflegekinderdienste brauchen für diese anspruchsvollen Aufgaben neben Zeit und Ressour-

ce auch einen schnellen, systematisierten Zugriff auf notwendige Unterstützung (z.B. durch im Asylrecht kundige Vormunde, Traumatherapeutinnen und -therapeuten, Dolmetscherinnen und Dolmetscher, Ethnologinnen und Ethnologen etc.)

### Was wir vorgefunden haben / Wie machen es andere?

#### • Spezielle Belastungsfaktoren

Alle Fachdienste, die über erste Erfahrungen in der Vermittlung verfügen, betonen das hohe Maß an Verantwortung und Belastung für die Familien. Dabei werden vor allem drei Themenbereiche genannt, die in dieser Zielgruppe schwerer gewichtet werden als in der Pflegekinderhilfe üblich:

#### **Asyl- und Ausländerrechtliche Fragen:**

Der Status der jungen Menschen nach der Flucht ist sehr uneinheitlich und das Asyl- und Ausländerrecht ein hochkomplexes, in ständiger Veränderung begriffenes Feld. Zugleich ist die Frage nach der Bleibensperspektive für die Jugendlichen zentral in ihrer Bedeutung für deren psychische Verfassung. Eine verantwortliche Ausfüllung der Rolle des Vormundes wird deshalb von den Gastfamilien als das Pflegeverhältnis sehr entlastend beschrieben.

#### **Traumatisierungen und Traumafolgestörungen:**

Traumafolgestörungen sind überall dort, wo es spezifizierte Schulungen gibt, Schulungsthema für die Gastfamilien. Allerdings berichten die Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner über sehr unterschiedliche Erfahrungen, was die Auswirkungen von Traumafolgestörungen auf die Familiensysteme angeht: Die Erfahrungen reichen von: „extrem belastend“ bis hin zu „treten kaum in Erscheinung“.

#### **Interkulturelle Kompetenz:**

Über die spezifische Thematik Flucht und Asyl hinaus verweisen alle Fachdienste, die über erste Erfahrungen verfügen, auf die besondere Bedeutung von sozialer Kompetenz in transkulturellen Kontexten auf Seiten der Fachkräfte. An einigen Orten wird diese Lücke in der eignen fachliche Expertise dadurch ausgeglichen, dass externe Kulturvermittlerinnen und -vermittler, Ethnologinnen und Ethnologen oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ggf. anderer Abteilungen mit Migrationshintergrund hinzu gezogen werden.

#### • Eignung und Matching

Als **der zentrale Faktor für das Gelingen der Hilfeform, Gastfamilie** wird die sogenannte **Matching-Phase** beschrieben. Neben ausreichenden zeitlichen und personellen Ressourcen fordern die Fachkräfte hierzu besondere Schulungen ein.

Es gibt bereits Jugendämter und Träger, die mit speziellen Arbeitshilfen und Verfahren zur Eignungseinschätzung für Gastfamilien arbeiten:

So werden z.B. ausführliche **Fragebogen für die Bewerberinnen und Bewerber** zu Beginn des Verfahrens eingesetzt. In diesen werden neben den konkreten Vorstellungen bzgl. eines aufzunehmenden Kindes (Alter, Geschlecht, Herkunft, kultureller Kontext) detailliert eigene Motivation, Einschätzungen zur eigenen Belastbarkeit, Erfahrungen im interkulturellen Kontakt und Vorwissen in den Bereichen Flucht und Asyl (insbesondere von Kindern) erfragt. Dieser Fragebogen dient dazu, die Bewerberinnen und Bewerber zu einem frühen Zeitpunkt zur Reflexion über Themen zu veranlassen, die mit der Aufnahme eines jungen Flüchtlings verbunden sein können.



Andere haben spezielle **Leitfäden für die Gespräche zur Einschätzung der Eignung potenzieller Gastfamilien** entwickelt. Zu den Gesprächen im Verlauf des Reflexionsprozesses werden den Fachberaterinnen und Fachberatern exemplarische Fragen vorgeschlagen, die die Reflexion der Interessierten anregen sollen (z.B.: „Was bedeutet für Sie ‚Erziehung‘, wenn es um einen Jugendlichen geht?“ „Können Sie sich vorstellen, den Jugendlichen bei der Ausübung seiner Religion zu unterstützen?“) u.v.m. Im Anschluss an die Gespräche wird mit Hilfe eines Auswertungsbogens eine Reflexion und Einschätzung vorgenommen, die mit den Gastfamilien besprochen wird.

#### • Schulungen

Dort, wo Schulungen für Gastfamilien durchgeführt werden, variieren sie in Form und Umfang stark (zwischen 24 und 51 Unterrichtsstunden). An einigen Orten wird der Abschluss einer umfangreichen Grundschulung (wie für die anderen Pflegeformen) ergänzt um die Teilnahme an spezifizierten Wahlpflichtmodulen, an anderen Orten findet für Pflegeeltern von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen eine spezifizierte, curricular hinterlegte Schulung statt. Die Tendenz geht dahin, die Schulungen zukünftig von Beginn an getrennt und spezialisiert anzubieten. Dies wird zum einen mit der hohen Nachfrage und zum anderen mit den deutlich anderen inhaltlichen Schwerpunkten begründet.

Als mögliche, spezifizierte Schulungsthemen werden genannt:

- Informationen über UMF: Herkunftsländer, Fluchtursachen und -erfahrungen
- Asyl- und Ausländerrecht
- Was bedeutet und wie befördert man Integration?
- Schule und Ausbildung
- Ankommen in einem fremden Land
- Rollen im Pflegeverhältnis
- interkulturelles Training
- UMF und Jugendstrafrecht
- Umgang mit Rassismus und Diskriminierung
- Migrationssensible Biografiearbeit
- Traumatisierung, Traumafolgestörungen und Traumabewältigung
- Krisenintervention.

#### • Kooperationen mit anderen Professionen

- Einige Jugendämter begleiten die Gastfamilien in der Anfangsphase durch **auf Flüchtlinge spezialisierte Familienhelfer**.
- In einem Bundesland werden - zur Entlastung der Vormünder und um eine fachjuristische Beratung der Jugendlichen sicherzustellen - den Jugendlichen **asyl- und ausländerrechtlich ausgebildete Verfahrensbeistände** an die Seite gestellt.
- Ein Träger arbeitet mit einer Ethnologin zusammen, andere ziehen insbesondere in der Anbahnungsphase Sprach- und Kulturvermittlerinnen und -vermittler in die Matchingphase mit ein. Wiederum andere greifen auf die intern vorhandene Expertise von Kolleginnen und Kollegen mit Migrationshintergrund zurück.

## Was macht Mut?

- Die Zusammenarbeit mit den sich bewerbenden Gastfamilien wird überwiegend als sehr angenehm, kooperativ und konstruktiv beschrieben.
- Es gibt ausgesprochen gute Erfahrungen, in den Beratungen Ethnologinnen, Ethnologen, Kulturvermittlerinnen und -vermittler hinzuziehen, die kulturelle Übersetzungsarbeit leisten können.
- Die Ergänzung der Teams bei Stellenneubesetzungen mit Fachkräften, die aus anderen Kulturkreisen kommen, kann einerseits dabei helfen, eigene blinde Flecken zu erkennen und die Auseinandersetzung mit dem Thema „Fremdheit“ zu befördern, andererseits werden diese multikulturellen Teams als bereichernd erlebt.

## Wo lassen sich Informationen / Anregungen zum Thema finden?

### Eignung

Zum Thema Eignung und den Eignungskriterien,-verfahren und -abläufen finden sich grundlegende, allgemeine Anregungen, die auf Gastfamilien für UMF transformierbar sind, in:

- Weiterdenken in der Pflegekinderhilfe, herausgegeben vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJUF), Heidelberg 2015, Abschnitt: Eignung von Pflegefamilien (S. 9 – 11) ISBN 978-3-00-040766-6.
- [DJI Handbuch](#) in der Pflegekinderhilfe C 4.3. und C 4.4., S. 410 – 435
- Weiterentwicklung der Vollzeitpflege. Anregungen und Empfehlungen für die niedersächsischen Jugendämter, herausgegeben vom Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, 2. überarbeitete Auflage 8/2013 9.2.3. 9-10 bis 9-14
- [Empfehlungen niedersächsische Jugendämter](#)

### Schulungen für Gastfamilien

- Das JA Nürnberg, der KSD Hamm, PFIFF gGmbH Hamburg, und PiB gGmbH Bremen haben spezielle Schulungscurricula entwickelt, die entweder als Aufbaukurs nach einem gemeinsamen Grundkurs für alle Pflegeformen konzipiert oder als spezielles, zielgruppenspezifisches Curriculum angelegt sind.
- Das Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. hat ein Schulungscurriculum für Gastfamilien über zwei Wochenenden (36 UE) entwickelt, das als Komplettpaket (mit Referentinnen und Referenten) gebucht werden kann. [Curriculum Gastfamilien](#)

### Allgemeine Schulungen für Fachkräfte der Jugendhilfe im Bereich UMF

- Der BUMF bietet ein 2tägiges Fachseminar für Fachkräfte der Jugendhilfe an, in denen die unterschiedlichen, mit dem Aspekt Flucht und Asyl verbundenen Themen beleuchtet werden. [BUMF Grundlagenschulung](#)
- Die FH Potsdam bietet, finanziert durch das [Ministerium für Bildung, Jugend und Sport \(MBJS\)](#), eine Fortbildungsreihe an, die sich mit den jeweiligen pädagogischen und methodischen Herausforderungen in unterschiedlichen Phasen des Aufenthaltes der UMF befasst.

- St. Elisabeth Innovative Sozialarbeit gGmbH (GISA) bietet eine 6-modulige Fortbildung „Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (umF) in der Jugendhilfe professionell gestalten“ an. Es können auch einzelne Module separat gebucht werden. Infos über: [GISA Marburg](#).

#### Weiterbildung für Fachkräfte in der Pflegekinderhilfe – Schwerpunkt Gastfamilien

- Eine Weiterbildungsreihe speziell für die Themen der Pflegekinderhilfe mit Schwerpunkt Gastfamilien wird vom Kompetenz-Zentrum Pflegekinder e.V. als modulares Qualifizierungspaket angeboten. Die Weiterbildung hat einen zeitlichen Umfang von fünf jeweils 2-tägigen Modulen. [Weiterbildungsreihe Fachkräfte](#).

## 6. Übergänge ermöglichen und gestalten

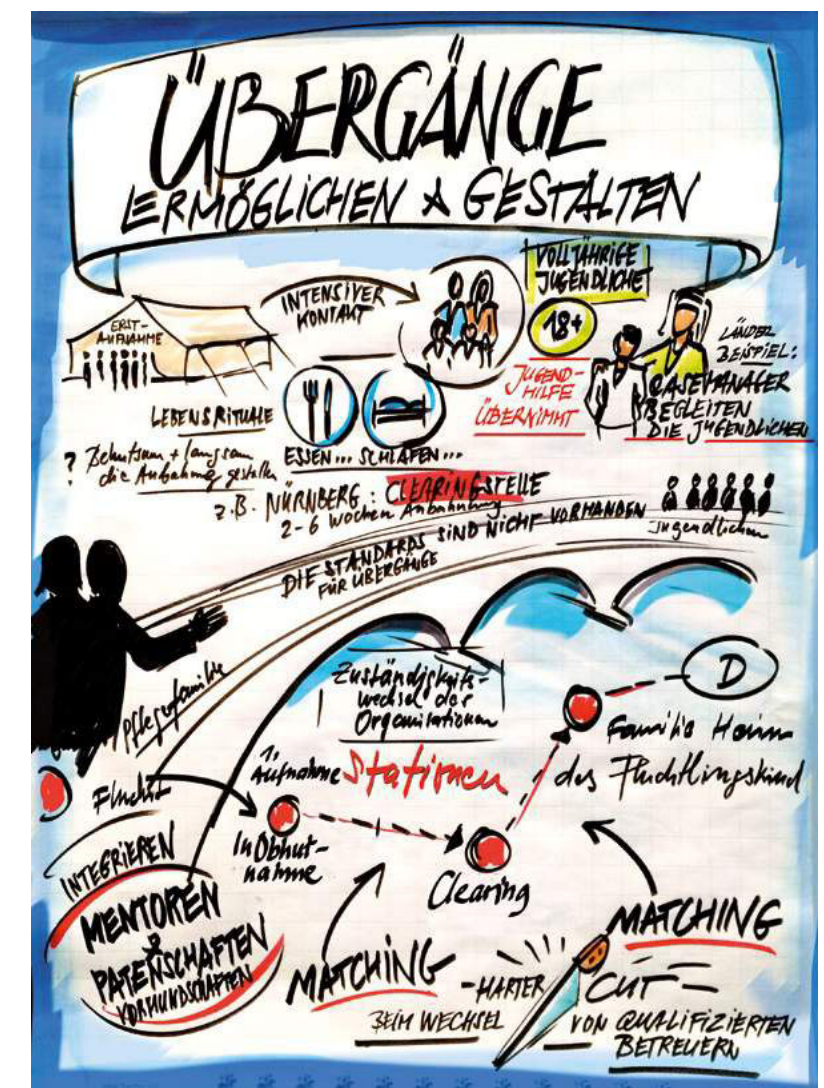
### Worum geht es?

Wir wissen von (Pflege-) Kindern, welch große Herausforderungen für sie damit verbunden sind, Übergänge zu bewältigen - seien sie entwicklungsbedingt notwendig oder biografischen Brüchen und / oder unterschiedlichen Lebensorten geschuldet. Sind Übergänge unumgänglich, müssen sie, unter Beachtung vorhandener Bezüge, behutsam vorbereitet und begleitet werden. Wechsel sollten, wann immer möglich, überlappend und ineinander verschränkt von statten gehen können. Auf dem Höhepunkt kritischer Lebensereignisse sollten Wechsel weitestgehend vermieden werden.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge haben, wenn sie in Deutschland ankommen, schon viele Brüche, Wechsel und Veränderungen erlebt. Oft haben sie mehrere Fluchtstationen hinter sich gebracht, haben immer wieder Vertrautes hinter sich gelassen. Für den Umgang mit ihnen gilt in noch stärkerem Maße als mit Kindern und Jugendlichen ohnehin, sie vor Situationen, in denen sie sich ausgeliefert oder ohnmächtig fühlen, zu schützen. Das bedeutet, sie vollumfänglich in alle Entscheidungen einzubeziehen und sie z.B. so weit als möglich an der Geschwindigkeit und Intensität einer möglichen Anbahnung zu beteiligen.

Eine gute Möglichkeit kann es sein, eine Inpflegenahme über eine Patenschaft oder eine Einzelvormundschaft einzuleiten. Wichtig ist einerseits, die mit den unterschiedlichen Aufgaben verbundenen Rollen und rechtlichen Implikationen zu definieren und zu beachten, andererseits aber Übergänge zwischen verschiedenen Formen und Intensitäten der Begleitung zu ermöglichen.

Am Beispiel des Übergangs zum Erwachsenenleben wäre sicherzustellen, dass die Weitergewährung der Hilfe in einer Gastfamilie gem. § 41 SGB VIII die Regel und nicht die Ausnahme darstellt. Jugendliche Pflegekinder bedürfen des emotionalen Rückhalts in ihrer Pflegefamilie oft noch weit über das 18. Lebensjahr hinaus. Ein Vor und Zurück ist entwicklungspsychologisch ein diese Phase begleitendes Phänomen. Ein abruptes Ende der Jugendhilfe kann positive Entwicklungen, die auf den Weg gebracht wurden, wieder zunichte machen.



## Was ist zu beachten?

- Die Fluchtgeschichte der Jugendlichen ist oft lange und von Unsicherheit und immer neuen Aufbrüchen begleitet. Die Stationen ihrer Flucht sind vielfältig, immer wieder galt es, Verbindungen, Beziehung und Vertrautes hinter sich zu lassen. Das System der Jugendhilfe (Inobhutnahme, Erstversorgung, evtl. Umverteilung, Clearingverfahren etc.) ist für die jungen Menschen oft nicht leicht zu durchschauen. Durch die verschiedenen Stationen verlängert sich die Zeitdauer der Unsicherheit und des Wartens. Ein langsames und behutsames Matching, wie es wünschenswert für die Anbahnung ist, verlängert auf der anderen Seite den Fluchtweg, schiebt ein Ankommen in die Ferne. Dieses Spannungsfeld muss im Einzelfall austariert werden.
- Das Ankommen in einer Gastfamilie ist verbunden mit Ängsten und Unsicherheiten. Angefangen bei Sprachbarrieren, kultureller Fremdheit, möglichen Loyalitäten zur Herkunftsfamilie und der Unsicherheit des Asylverfahrens fällt es den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen u.U. schwer, sich einzulassen. Insofern vergrößern Wahlmöglichkeiten im Hinblick auf die Intensität der familiären Einbindung und im Hinblick auf ein selbstbestimmtes Justieren von Nähe und Distanz die Aussicht auf Erfolg des gewählten Settings.
- Für viele Jugendliche bleibt auch während des Lebens in einer Gastfamilie die Erstaufnahmeeinrichtung ein zentraler Anlaufpunkt, an dem sie ihre Freunde und Peer-Group treffen. Dies sollte von den Gastfamilien wohlwollend begleitet werden.
- Die Jugendlichen haben wegen oder auf der Flucht bereits einschneidende Beziehungsabbrüche erlebt und können durch ein abruptes Ende der Jugendhilfe von neuem destabilisiert werden. Der andauernde Kontakt zu erwachsenen Bezugspersonen und positive Beziehungserfahrungen gelten als Schlüsselressource für einen guten Übergang in ein selbständiges Leben. Bei Bedarf sollte der Gastfamilienstatus auch nach der Volljährigkeit der jungen Menschen wieder hergestellt werden bzw. erhalten werden können.
- In Studien zu Care Leavern wird die Resilienz fördernde Wirkung von tragfähigen Beziehungen zu Peers sowie zu anderen unterstützenden Personen betont. Paten- oder Mentorenprojekte können hilfreiche Unterstützung in Übergangsphasen anbieten.

## Was haben wir vorgefunden / Wie machen es andere?

- Viele Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner berichten, dass es für die Jugendlichen sehr schwer sei, die Rollen, Aufgaben und Entscheidungskompetenzen der unterschiedlichen mit ihnen in Kontakt stehenden Akteurinnen und Akteure und Institutionen zu verstehen (Ausländerbehörde, BAMF, JA, Einrichtungen, Freie Träger, Vormunde, Betreuerinnen und Betreuer, Fachkräfte der PKD...) zu verstehen. Mancherorts wird die Broschüre des BUMF „Willkommen in Deutschland“ (s.u.) verteilt, die aber als Information allein nicht ausreicht. Vielmehr spielen die Gespräche (unter Hinzuziehen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern) eine zentrale Rolle, um den Jugendlichen das Jugendhilfesystem und die darin enthaltenen Hilfsangebote nahezubringen und damit die Voraussetzungen zur Partizipation zu schaffen.
- Die Beziehung zu einem jungen Flüchtling kann in einigen Städten / Kommunen zunächst auch als Patenschaft begonnen werden. Nach einer Phase des Kennenlernens und Aufbaus von Vertrauen kann sie später im gemeinsamen Einverständnis in eine Vormundschaft übergehen.
- Manche Jugendämter gewähren den Jugendlichen und ihren Gastfamilien für die Phase des Übergangs für einige Monate hierauf spezialisierten Familienhilfe.
- Zu den Besonderheiten einer Vermittlung in eine Gastfamilie gibt es bislang kein spezielles, für die Zielgruppe aufbereitetes Material.

- Für die Übergangsphase aus der Erstversorgungseinrichtung und für Careleaver bestehen nur ganz vereinzelt konzeptionelle Ansätze. Betont wird allerdings immer wieder die ausschlaggebende Bedeutung der Begleitung der Übergangsphase.

## Was macht Mut?

- Patenschaften und Mentorinnen und Mentoren können ein guter Beginn für einen Vertrauensaufbau sein, der evtl. in eine Inpflegenahme oder die Übernahme einer Vormundschaft mündet.
- In der Praxis finden sich wiederkehrende Berichte, dass bereits vorhandene Einzelvormunde, Betreuerinnen oder Betreuer oder Patinnen oder Paten zu Gastfamilien werden. In diesen Fällen ergab sich die Gestaltung der Übergänge nahezu folgerichtig aus der Praxis und basierte auf dem Aufbau einer gewachsenen Vertrauensbeziehung. Dort, wo unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bereits erfolgreich in Gastfamilien vermittelt wurden, zeigt sich bei den anderen jungen Flüchtlingen vor Ort eine vermehrte Nachfrage nach Gastfamilien. Die Vorteile dieser Hilfeform verbreiten sich innerhalb der Peergruppen rasant, allerdings nur, wenn andere Jugendliche gute Erfahrungen damit gemacht haben.

## Hier lassen sich Informationen / Anregungen zum Thema finden

Grundlegende Voraussetzung für eine Partizipation der Jugendlichen bei der Hilfeplanung ist, dass sie über ihre Situation sowie über ihre Rechte und Möglichkeiten (hier insbesondere in Bezug auf die in der Jugendhilfe vorgesehenen unterschiedlichen Hilfeformen) informiert sind.

- Das **JA München** hat in Kooperation mit dem [Münchener Mentoren e.V.](#), einem freien Träger mit hoher asyl- und ausländerrechtlicher Kompetenz und einem Schwerpunkt in der Akquise und Schulung von ehrenamtlichen Vormündern und Paten, ein Konzept entwickelt, bei dem **für die Phase der Anbahnung (und Abschluss der Gastfamilien-Schulung) eine Patenschaft zwischen dem Jugendlichen und den zukünftigen Gasteltern verpflichtend** ist. Durch diesen frühzeitigen Beziehungsaufbau soll die Phase des Übergangs erleichtert und das Gelingen des Pflegeverhältnisses begünstigt werden.
- Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (BUMF) hat hierzu die mehrsprachige Broschüre (Arabisch, Englisch, Deutsch) „Willkommen in Deutschland“ erstellt, die derzeit aktualisiert und zukünftig auf der Webseite des BUMF abrufbar sein wird: [Willkommensbroschüre](#).
- Eine Arbeitshilfe zur Beantragung von Hilfen für junge Volljährige findet sich unter: [Hilfen für junge Volljährige](#)



## 7. Strukturelle Einbindung

### Worum geht es?

Gastfamilien haben sich für die Übernahme einer anspruchsvollen Aufgabe entschieden. Dafür gebührt ihnen neben gesellschaftlicher Wertschätzung auch die der Aufgabe entsprechende Rahmung durch Beratung und Begleitung in Verbindung mit einer finanziell angemessenen Honorierung. Gastfamilien sind in keinem Fall „Pflegefamilien light“, vielmehr bilden sie neben anderen (wie z.B. Bereitschaftspflege, Verwandtenpflege) ein Segment in der Pflegekinderhilfe, das sich konturieren und beschreiben lässt, sowohl in seinen Anforderungen als auch in den besonderen Notwendigkeiten seiner bedarfsangemessenen Begleitung.

Es braucht eine vielfältige Vernetzung und die Etablierung von verbindlichen Kooperationen, um das Feld der Komplexität des Themas entsprechend auszuleuchten und den Gastfamilien sowie den bei ihnen untergebrachten Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrungen eine unterstützende Hilfe sein zu können. Es müssen Wege zu speziellen Beratungs- und Therapieangeboten für Flüchtlinge gebahnt werden und im Spannungsfeld zwischen Kinder- und Jugendhilfe sowie Asyl- und Aufenthaltsrecht mit Unsicherheiten und Unwägbarkeiten umgegangen werden.



Für die Begleitung von Gastfamilien sollte neben einem eigenen Konzept ein breit gefächertes fachliches Angebot vorgehalten werden, das über das in der Pflegekinderhilfe sonst übliche hinaus reicht. Neben der individuellen Beratung und Begleitung durch die zuständigen Fachkräfte sollten auch Gruppen bzw. Kurse angeboten sowie die enge Zusammenarbeit mit Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Ethnologinnen, Ethnologen und traumatherapeutischen Einrichtungen gesucht werden.

Die Erfahrungen zeigen, dass für die vielfach traumatisierten jugendlichen Flüchtlinge der Austausch mit der Peer-Group angesichts der geteilten Erfahrungen von Gewalt und Verfolgung einen bedeutsamen Schutzfaktor darstellt.

Eine Vernetzung und Kooperation mit Freien Trägern und/oder NGOs, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, bietet sich auch deshalb an, da es manche Übergänge (z.B. aus Patenschaften oder Vormundschaften) gibt, die sich durch eine Kooperation inhaltlich und methodisch qualifizieren und ausbauen lassen.

### Was ist zu beachten?

- Um eine qualitativ hochwertige Arbeit zu ermöglichen, sollte bei der Festlegung eines Betreuungsschlüssels vor allem die dem Arbeitsfeld geschuldete Intensität an Vernetzung und Zusammenarbeit bedacht werden. Zeitbedarf besteht auch durch das Angebot von Gruppen sowie die intensive Kooperation mit Dolmetscherinnen und Dolmetschern, Ethnologinnen und Ethnologen, Rechtsanwältinnen, Rechtsanwälten und Vormunden.
- Die Fachkräfte müssen selbst keine Expertinnen und Experten in asyl- und aufenthaltsrechtlichen Fragen sein. Sie sollten Gastfamilien jedoch zu den Grundzügen des Asyl- und Aufenthaltsrechtes beraten können und eng mit den betreffenden Vormunden kooperieren.
- Da im Fall der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge eine Vielzahl an Personen und institutionellen Bereichen beteiligt sind, ist die gute Vernetzung und Kooperation der Akteure vor Ort (auch über die Kinder- und Jugendhilfe hinaus) zentral, um Reibungsverluste zu minimieren. Insbesondere in Bezug auf Expertise aus den Bereichen Flucht und Asyl und interkulturelle Kompetenz kann der Austausch mit migrantischen Communities förderlich sein.

### Was haben wir vorgefunden / Wie machen es andere?

Bundesweit erfüllen einige öffentliche und Freie Träger Vorreiterfunktion. Mancherorts wurden bereits 2011/12, also bereits vor der großen Flüchtlingswelle, Gesamtkonzepte für die Akquise, Eignungsfeststellung, Schulung und Begleitung von Gastfamilien entwickelt sowie eine Anzahl von Jugendlichen vermittelt. Einige Träger bauen derzeit einen besonderen Zugang über Pflegefamilien mit Migrationshintergrund in der Flüchtlingshilfe aus.

Zahlreiche Kommunen arbeiten bislang entweder mit übernommenen Konzepten oder ohne zielgruppenspezifisches Konzept. Vielerorts wird der Bereich Gastfamilien derzeit mit den vorhandenen personellen Ressourcen der PKDs abgedeckt. Die Gesprächspartnerinnen und -partner betonen, dass dies bereits jetzt und zukünftig verstärkt schwer machbar ist und es dringenden Bedarf nach eigenen, zusätzlichen Personalstellen für diesen Bereich gäbe, auch um hier Erfahrungswissen und Expertise zu bündeln und Kontinuität im Aufbau und in bestehenden informellen Vernetzungen zu gewährleisten.

Es gibt auf der Ebene der Landesjugendämter bislang keine einheitliche Empfehlung zur Einordnung der Hilfeform ‚junge Flüchtlinge in Gastfamilien‘ als allgemeine Vollzeitpflege nach § 33 Satz 1 SGB VIII oder als „besondere Pflegeform“ nach § 33 Satz 2 SGB VIII und auch keine einheitlich definierte oder vereinheitlichte Verwendung der Begrifflichkeit (Gastfamilie oder Pflegefamilie).

#### Kooperationsverträge

An zahlreichen Orten bestehen Kooperationsverträge zwischen den Jugendämtern und Freien Trägern. Diese beziehen sich entweder auf die grundsätzliche Übertragung des gesamten Bereichs Pflegekinderhilfe für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder auf die Übertragung einzelner Elemente wie Betreuung und Begleitung der Gastfamilien. Manche Jugendämter haben für die Entwicklung von Konzepten und Kooperationen für eine definierte Projektlaufzeit sogar zusätzliche Personalressource zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus kooperieren einige Landesjugendämter (LJÄ) bei der Entwicklung von Konzepten und Empfehlungen mit Hochschulen.

#### Vernetzung und regionale Zusammenarbeit

In der Praxis haben sich darüber hinaus zahlreiche nicht formalisierte Kooperationen entwickelt, die



in ihrer Bedeutung bzw. Notwendigkeit immer wieder betont wurden. In zahlreichen Regionen finden derzeit Austausch- und Koordinationstreffen zwischen Jugendämtern, Freien Trägern und externen Fachleuten statt.

### Fallzahlen und Pflegegeld

Der Betreuungsschlüssel beträgt in den speziell auf diesen Bereich ausgelegten Diensten mit einem speziellen Konzept (bereits fertig oder in Entwicklung) zwischen 1 : 10 und 1 : 15. In den Jugendämtern, in denen bisher keine Spezialisierung erfolgt ist, lassen sich wesentlich höhere Fallzahlen finden. Hier wird auch oft davon berichtet, dass die Pflegeform an sich nicht geeignet sei, da die Jugendlichen innerhalb kurzer Zeit wieder in ihren Communities Unterschlupf suchten.

Die Einordnung dieser Hilfeform und damit ihre Ausstattung mit finanzieller und beraterischer Ressource erfolgt sehr uneinheitlich: Es wird entweder die Notwendigkeit der Einzelfallprüfung für die Festlegung des Pflegegeldes betont oder es erfolgt eine generelle Einordnung in den Bereich Sonderpflege nach § 33, Satz 2 mit einem besseren Beraterschlüssel und einer komfortableren finanziellen Ausstattung. Mancherorts wird der Terminus `Gastfamilie` benutzt, um damit Arrangements außerhalb der Vollzeitpflege auf einer unklaren Rechtsgrundlage zu generieren.

Für eine generelle Einordnung in den Bereich der besonderen Pflegeformen spricht aus der Sicht einiger Kommunen und Freier Träger die bei der Zielgruppe grundsätzlich anzunehmende erhöhte Belastung der Familien aufgrund von

- Traumatisierung und Traumafolgestörungen
- Sprachbarrieren
- Kulturfremdheit
- schwieriger Rechtssituation der Jugendlichen, durch die die gesamte Familie stark gefordert und belastet wird.

### Was macht Mut?

- An vielen Orten haben sich Organisationen und Träger bereits auf den Weg gemacht.
- Erste gute Erfahrungen mit Kooperationen zwischen verschiedenen Abteilungen einer Behörde aber auch mit Freien Trägern und/oder NGOs, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind, liegen vor.
- Die Möglichkeiten, die in einer Erweiterung der Angebotsstruktur durch eine Verschränkung und Vernetzung mit Patenschaften und ehrenamtlichen Vormundschaften liegen, sind ausgesprochen vielversprechend.
- In der Verstärkung der Kooperationen mit Organisationen jenseits der Jugendhilfe, aber auch mit Schulen und Jobcentern, liegen weitere zukunftsweisende Erfolgsfaktoren, die noch weiter ausgeschöpft werden können.

### Wo lassen sich Informationen / Anregungen zum Thema finden?

- [Handlungsempfehlung](#) der BAGLJ zum Umgang mit Minderjährigen Flüchtlingen, 2014
- Erhebung zu [Inobhutnahmen](#) von Unbegleiteten Minderjährigen des BUMF, 2015
- [Qualitätsstandards](#) Minderjährige Unbegleitete Flüchtlinge in Bremen – Erstkontakt und Unterbringung, 2013
- Niedersachsen: [Grundlagen](#) für Beratung und Arbeit mit UMF in der Jugendhilfe, 2011

Die folgenden, beispielhaft genannten Träger haben eigene Konzepte mit jeweils spezifischen Schwerpunkten entwickelt, die allerdings überwiegend nicht veröffentlicht sind:

- Das **Jugendamt Nürnberg** kooperiert mit drei Freien Trägern und hat neben einem Konzept auch umfangreiches Material im Netz zur Verfügung gestellt.
- Das Projekt **„Kinder im Exil“** des Freien Trägers **„Pflegekinder in Bremen“ (PiB gGmbH)** besteht seit 2011 und verfolgt, vergleichbar mit Nürnberg, ein eigenes Konzept, welches spezifizierte Verfahrensabläufe, Eignungskriterien und Schulungen beinhaltet.
- Für **Hamburg** hat die **PIFF gGmbH - Pflege- und Patenkinder, Fachdienst für Familien** mit Hilfe von Drittmitteln der „Aktion Mensch“ ein eigenes Konzept erstellt, nach dem erste Bewerberinnen und Bewerber geschult und nach spezifischen Eignungskriterien vorberaten werden. Die Vermittlung von jungen Flüchtlingen in Familien schließt sich ab 2016 an. Das Konzept baut auf den Qualitätsvorgaben der für Hamburg geltenden Fachanweisung in der Vollzeitpflege auf.
- In **Bochum** gibt es mit **PLAN B** einen Träger, der sich auf die Verbindung der Themen Migration und Kinder- und Jugendhilfe spezialisiert hat und dem Verbund Westfälische Pflegefamilien (WPF) angeschlossen ist. Der Schwerpunkt der interkulturellen Organisation PLAN B, der in der Akquise und Betreuung von Pflegefamilien mit Migrationshintergrund bzw. in der Schulung im Bereich kultursensible Kinder- und Jugendhilfe liegt, wird derzeit auf den Bereich unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Gastfamilien ausgeweitet.
- Der **Katholische Sozialdienst (KSD)** in Hamm hat 2011 ein Konzept zur Vermittlung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Gastfamilien entwickelt. Ebenso wie PLAN B ist der KSD Hamm dem Verbund Westfälischer Pflegefamilien (WPF) angeschlossen und damit den dort vereinbarten Qualitätsstandards verpflichtet.





**Kompetenz-Zentrum  
Pflegekinder e.V.**

Service für Fachdienste

**Kompetenz-Zentrum Pflegekinder**

Stresemannstraße 78 · 10963 Berlin

Tel. 030 / 21 00 21 - 21 · Fax 030 / 21 00 21 - 24

Email: [info@kompetenzzentrum-pflegekinder.de](mailto:info@kompetenzzentrum-pflegekinder.de)

gefördert vom



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

[www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

[www.kompetenzzentrum-pflegekinder.de](http://www.kompetenzzentrum-pflegekinder.de)

## Gastfamilien - Hilfsbereitschaft nutzen oder ausnutzen?

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge werden in Deutschland im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe betreut und untergebracht. Die Möglichkeiten der Jugendhilfe sind dabei ebenso vielfältig wie flexibel, denn Art und Umfang der Unterstützung orientiert sich an den individuellen Bedarfen der jungen Menschen. Neben den verschiedenen Wohn- und Betreuungsformen der Kinder- und Jugendhilfe (u.a. vollstationäre Angebote, Betreutes Einzelwohnen, Jugendwohnen, heilpädagogische und therapeutische Wohngruppen), wird daher auch die Betreuung und Unterbringung in einer Pflegefamilie bereits seit Jahren für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge genutzt. Für zahlreiche geflüchtete Kinder und Jugendliche konnte hierüber ein derartiges familiäres Setting zur idealen Umgebung werden, um in Deutschland eine Perspektive aufzubauen.

Seit geraumer Zeit suchen nun immer mehr Kommunen sogenannte Gastfamilien zur Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, woraufhin bundesweit viele Menschen ihre Unterstützung angeboten haben. Es lohnt sich daher, das Modell der Gastfamilien genauer zu betrachten – insbesondere wenn sich Kommunen davon versprechen, eine kostengünstige Alternative für die Betreuung, Versorgung und Unterbringung von jungen Flüchtlingen zu finden und staatliche Aufgaben in das Ehrenamt abzuschieben.

Obwohl junge Flüchtlinge unwidersprochen spezifische Bedarfe haben, sind sie doch in erster Linie Kinder und Jugendliche und benötigen daher die gleiche Unterstützung wie Jugendliche ohne Fluchterfahrung. Zu behaupten, junge Flüchtlinge brauchen weniger Hilfe oder lediglich eine niedrighschwellige Unterstützung zur Integration, der täuscht sich und der täuscht auch die gewonnenen Gastfamilien. Deswegen sollten für Gastfamilien die gleichen Anforderungen und Voraussetzungen gelten wie für Pflegefamilien als Form der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII auch. Dazu gehört insbesondere:

- Das Recht der Pflegefamilien auf angemessene und engmaschige Qualifizierung und Begleitung muss von Anfang an sichergestellt werden.
- Auch in Pflegefamilien müssen alle notwendigen und gesetzlichen Voraussetzungen des Kinderschutzes erfüllt sein, insbesondere Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten.
- Es bedarf einer unabhängigen Beratung und Begleitung von Minderjährigen, die in Pflegefamilien untergebracht sind.
- Die Pflegefamilien müssen über ausreichende Qualifikationen im Asyl- und Aufenthaltsrecht verfügen, um den jungen Menschen bei der Aufenthaltssicherung unterstützen zu können.
- Die Kinder und Jugendlichen müssen dabei unterstützt werden, die gewohnten Lebensweisen zu pflegen. Dazu gehört insbesondere die Ernährung, Religionsausübung, muttersprachliche Förderung, Anbindung an die Community, Pflege familiärer Beziehungen.

Die Unterbringung von jungen Menschen im familiären Kontext eröffnet viele Chancen. Sie muss jedoch immer eine Reaktion auf den individuellen Bedarf des jungen Menschen sein und darf nicht allein der Vermeidung von Obdachlosigkeit dienen. Eine kurzfristige Unterbringung in Gastfamilien

für wenige Wochen und Monate wird weder den Familien noch den Minderjährigen gerecht. Die vielfältige Bereitschaft zur langfristigen Beziehungsarbeit in einem engen familiären Setting sollte stattdessen für langfristige Anschlussmaßnahmen genutzt werden. Die hierüber frei werdenden Plätze in Wohngruppen können dann für Neuankommende genutzt werden.

Bei der Entscheidung ob die Gastfamilie eine geeignete Unterbringungsform darstellt, müssen die Bedarfe der jungen Flüchtlinge immer im Vordergrund stehen. Dabei geht es keinesfalls nur um das Erlernen von Sprache und eine feste Tagesstruktur, sondern um eine emotionale und soziale Stabilität, um langfristige Perspektiven entwickeln zu können. Für Gastfamilien bedeutet das vielfach eine Verantwortung weit über die Minderjährigkeit hinaus. Um eine „Fehlbelegung“ für die Familien und die jungen Menschen zu vermeiden, ist es wichtig eine Entscheidung über die Form der Unterbringung erst nach einer abgeschlossenen Clearingphase zu fällen. Zu frühe Entscheidungen sind weder für die Jugendlichen noch für die Familien hilfreich.

Das gilt im Übrigen auch für die Unterbringung von unbegleiteten Minderjährigen bei (nichtsorgeberechtigten) Verwandten, oftmals in Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende. Die Verwandten erfahren häufig keine Unterstützung und Beratung hinsichtlich des Zugangs zu Leistungen und Hilfen nach dem SGB VIII, obwohl in vielen Fällen ein Rechtsanspruch auf Leistungen besteht.

Berlin, März 2016\*

\*Stellungnahme zuerst veröffentlicht in: *neue caritas* BVkE - Info 1, März 2016, S. 5.



## **ASD – mehr als Kinderschutz!**

### **Ziele, Aufgaben, Methoden, Werte und Orientierung im Hinblick auf die Kinder- und Jugendhilfe**

#### **Diskussionspapier**

#### **der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ**

Der Allgemeine Soziale Dienst (ASD)<sup>1</sup> erlebt - nicht zuletzt ausgelöst durch die öffentliche Debatte um den Kinderschutz - einerseits eine verstärkte Aufmerksamkeit, andererseits eine steigende Belastung durch zusätzliche Aufgaben (wie Umsetzung des FamFG, Umsetzung der Kontrolle der Früherkennungsuntersuchungen für Kinder, Entwicklung von Frühen Hilfen) oder sich verändernde Anforderungen. Der ASD ist als „Basisdienst“ für die Menschen vor Ort in den Kommunen verantwortlich für vielfältige soziale Hilfeleistungen und erfüllt darüber hinaus auch hoheitliche Aufgaben. Neben den Aufgaben im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe ist der ASD manchmal auch in den Bereichen der Sozial- und Gesundheitshilfe mit unterschiedlichen Aufgabenschwerpunkten zuständig.

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ konzentriert sich im Folgenden auf die Aufgaben des ASD im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe. Sie möchte mit dem vorliegenden Diskussionspapier aktuelle fachliche Profilierungen im ASD herausarbeiten und einen Beitrag zur Fachdebatte über alte und neue Herausforderungen in diesem Bereich leisten und damit notwendige Veränderungen anstoßen.

#### **I. Organisation und Aufgaben**

Der ASD ist als Organisationseinheit in den unterschiedlichsten Leistungsbereichen der sozialen Arbeit und flächendeckend in allen Städten und Landkreisen in Deutschland zu finden. Er unterliegt der kommunalen

#### **Impressum**

Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
Mühlendamm 3  
10178 Berlin  
Tel. 0049 (0) 30 400 40-200  
Fax 0049 (0) 30 400 40-232  
E-Mail: [agj@agj.de](mailto:agj@agj.de)  
[www.agj.de](http://www.agj.de)

Die Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
wird aus Mitteln des Kinder-  
und Jugendplans des Bundes  
gefördert.

<sup>1</sup> Häufig existiert der ASD auch unter vergleichbaren Bezeichnungen, wie z. B. Kommunaler Sozialdienst.

Selbstverwaltung, seine Organisation und Aufgabenstellung orientiert sich an konzeptionellen, rechtlichen, personellen, finanziellen, strukturellen und nicht zuletzt politischen Gegebenheiten bzw. Zweckmäßigkeitsaspekten in der jeweiligen Kommune.

In den letzten Jahrzehnten hat der ASD, soweit er Teil eines kommunalen Jugendamtes (oder fachaufsichtsrechtlich ihm zugeordnet) ist, ein besonderes Profil entwickelt: er ist als Basisdienst, soweit es um die Abgrenzung zu speziellen Diensten geht, keineswegs auf die Sozialadministration beschränkt, sondern hat in hohem Maße (sozial-)pädagogische Fachkompetenz einzubringen. Er ist der zentrale Dienst für Familien in Krisen und verantwortet die Planung und Kontrolle von Hilfeprozessen. Der Facettenreichtum des Aufgabenprofils des ASD ist umfangreich: Neben der Beratung zur Förderung der Erziehung in der Familie, dem Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung und Maßnahmen zum Schutz von Kindern sowie den Hilfen zur Erziehung gehört auch die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche, die Hilfe für junge Volljährige, die Adoptionsvermittlung, die Jugendgerichtshilfe und die Mitwirkung in Verfahren vor den Familiengerichten zu den (möglichen) Aufgaben eines ASD. Dieser ist präventiv tätig und beteiligt sich an der Entwicklung neuer Hilfe- und Schutzkonzepte sowie sozialräumlicher Arbeit. Dadurch nimmt er vielfach zentrale Steuerungsfunktionen des Jugendamtes wahr. In einigen Kommunen sind Aufgaben, die früher als Spezialdienste des Jugendamtes organisiert waren, inzwischen in den ASD integriert worden, mancherorts ist aber auch die umgekehrte Entwicklung feststellbar.

Hinter dieser Vielfalt und Unterschiedlichkeit der Organisation und Aufgabenzuschnitte gibt es originäre und unverwechselbare Aufgaben, Prinzipien und Methoden des ASD (siehe Abschnitt II).

Nahezu alle ASDs arbeiten mit dem Sozialraumprinzip, d. h. jede sozialpädagogische Fachkraft deckt in einem räumlich definierten Bereich alle dem ASD zugeordneten Aufgaben ab. Darüber hinaus ist der ASD gekennzeichnet durch das Prinzip der „aufsuchenden Arbeit“ und der Vernetzung mit den wichtigsten Kooperationspartnern im jeweiligen Sozialraum und dies sind weit mehr, als der Kontext von Beratung und Erziehungshilfen auf den ersten Blick vermuten lässt (siehe Abschnitt II Punkt 9). In diesem Kontext hat die Fachkraft des ASD neben der eigenen Beratungsfunktion immer auch die eines Fallmanagers bzw. einer

Fallmanagerin inne, der/die andere mobilisiert und deren Einsatz organisiert. Auch wenn zur Bearbeitung von Problemlagen und zur Unterstützung der Adressaten die Angebote anderer Dienste und Stellen herangezogen werden, bleibt die Letztverantwortung für die Hilfe beim ASD. Dieser ist gleichzeitig mit verschiedenen Kontrollaufgaben, insbesondere im Hinblick auf mögliche Kindeswohlgefährdungen, betraut.

## **II. Leistungen und Herausforderungen**

Trotz der kommunalen Unterschiede bei Organisation, Personalausstattung und Aufgabenzuschnitten der ASDs lassen sich folgende bundesweit geltenden Herausforderungen im ASD beschreiben:

### **1) Qualität und Personal**

Der ASD ist – abgesehen von den rein administrativen Aufgaben – der personalintensivste Bereich in den Jugendämtern. Ende 2006 wurden hier bundesweit rund 8.100 Beschäftigte gezählt<sup>2</sup>; dies entspricht, bezogen auf das Gesamtpersonal der Jugendämter, einem Anteil von 24% (rechnet man das Personal mit „reinen“ Verwaltungsaufgaben sowie im hauswirtschaftlich-technischen Bereich heraus, so sind es mit fast 36% sogar mehr als ein Drittel). Das Qualifikationsprofil der Fachkräfte streut innerhalb des ASD deutlich weniger als in anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe. So sind immerhin fast 92% der Beschäftigten an einer Fachhochschule oder Universität ausgebildete Sozialarbeiter oder Sozialpädagoginnen.

Wirft man einen Blick auf das Alter der Beschäftigten, ist zu konstatieren, dass nur knapp 10% der hier tätigen Personen unter 30 Jahre alt sind und weniger als 20% sich in der Altersspanne zwischen 30 und 40 Jahren bewegen. Insgesamt ist das ASD-Personal in der Regel älter als in anderen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe<sup>3</sup>. Die Altersstruktur und die hohe Fluktuation<sup>4</sup>, insbesondere der jüngeren Beschäftigten stellen besondere Herausforderungen für ASD-Leitungen dar, vor allem im Kontext von fachlicher Weiterentwicklung, Motivation der Fachkräfte, Teamentwicklung und Generationenkonflikt. Da 75% der Beschäftigten im ASD Frauen sind,

---

<sup>2</sup> KOMDAT Heft 1+2/08, S. 12.

<sup>3</sup> KOMDAT a.a.O., S. 12.

<sup>4</sup> Siehe Seckinger, M. „Überforderung im ASD“, Sozial Extra 9/10,2008; S. 41 ff..



stellt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch immer eine weitere Herausforderung dar.

Ausgehend von der steigenden Zahl an Überlastungsanzeigen im Bereich des ASD<sup>5</sup> und den quantitativen und qualitativ ermittelten Einzelbelastungen kann eine überdurchschnittliche gesundheitliche, insbesondere psychische Belastung festgestellt werden, die bei einem Großteil der ASD-Fachkräfte zur Störung der „Work-Life-Balance“ führt<sup>6</sup>. Obwohl mancherorts - nicht zuletzt aufgrund der gewachsenen Bedeutung des Kinderschutzes - ein vereinzelt erheblicher Stellenzuwachs im ASD zu verzeichnen ist, entspannt sich die Personalsituation nicht immer<sup>7</sup>. Belastend sind vor allem die vielfach unvermeidlichen Entscheidungsunsicherheiten, insbesondere in Kinderschutzfällen, sowie die Unvorhersehbarkeit der zu lösenden Probleme. Darüber hinaus bestimmen immer mehr Koordinations- und Dokumentationsaufgaben ihre Arbeit, wobei für mittel- bzw. langfristige Beratungs- und Betreuungsarbeit weniger Zeit bleibt. Insgesamt ist eine belastende Verdichtung der Arbeit festzustellen.

Die ASD-Fachkräfte benötigen ein sehr breites Spektrum an (Handlungs-)Wissen (in pädagogischer, psychologischer und rechtlicher Hinsicht), sowohl bezogen auf schwierige Einzelfälle als auch auf gesellschaftliche Entwicklungen, die die Lebenslagen der Adressatinnen und Adressaten prägen. Es bedarf spezifischer Qualifizierung der ASD-Tätigkeit sowie entsprechender gezielter Personalentwicklungskonzepte und insbesondere Angebote für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger. Notwendig ist ferner eine angemessene Wertschätzung und Anerkennung der schwierigen und verantwortungsvollen Arbeit durch Arbeitgeber und Vorgesetzte, aber auch durch Politik, Öffentlichkeit und Medien<sup>8</sup>.

## **2) Zunahme komplexer Problemlagen**

Der ASD ist ein wichtiger Sensor der Kommunalverwaltung für die soziale Situation im Gemeinwesen. Dadurch ist er von aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Veränderungen unmittelbar tangiert. Reformen in der

---

<sup>5</sup> Seckinger M., Gragert N., Peucker C., Pluto L. „Arbeitssituation und Personalbemessung im ASD - Ergebnisse einer bundesweiten Online-Befragung“, Deutsches Jugendinstitut, München 2008.

<sup>6</sup> Siehe Ergebnisse des Projektes „Arbeitsschutz und Gefährdungsbeurteilung in der Sozialarbeit (Allgemeiner Sozialer Dienst) der Stadt Mannheim“: Rudow, B. „Überlastung im Amt. Macht Soziale Arbeit krank?“ in: Sozialmagazin 4/2010, S. 19.

<sup>7</sup> AGJ-Positionspapier „Personal in der Kinder- und Jugendhilfe – Herausforderungen und Perspektiven“, Berlin, November 2008, S. 3.

<sup>8</sup> Rudow, B. „Überlastung im Amt. Macht soziale Arbeit krank?“, a.a.O., S. 19.

Sozialgesetzgebung beeinflussen seine Aufgaben(bereiche) und seine Organisation(sstruktur) sowie die Methoden der Aufgabenwahrnehmung. So hatte der ASD in den letzten Jahren vielfache Neuerungen zu bewältigen und neue rechtliche Vorgaben in seine Praxis zu integrieren (z. B. § 8a SGB VIII, FamFG § 1666 BGB). Gleichzeitig steigen die Ansprüche sowohl der Adressaten als auch der gesellschaftlichen Auftraggeber an den ASD. Er soll den hoch komplexen Anforderungen bei gleichbleibender Zuverlässigkeit noch professioneller und schneller gerecht werden. Zudem steigen die Fallzahlen kontinuierlich und der finanzielle Spielraum wird - u. a. aufgrund der Finanzkrise - enger.

Abgesehen von der Herausforderung, mit Kinderarmut bzw. der wachsenden Armut von Familien und ihren Folgen, der Häufung sozialer Risiken, umzugehen, sind die Fachkräfte zusätzlich belastet durch „eine Zunahme besonders komplexer Hilfebedarfe“<sup>9</sup>. Hier sind exemplarisch zu nennen die wachsende Anzahl von Eltern mit psychischen Erkrankungen, mehrfach belastete Familien, die abgesehen von Hilfen zur Unterstützung bei der Erziehung ihrer Kinder einen erheblich weitergehenden Hilfebedarf haben, sowie der Umgang mit Migrantenfamilien und deren besonderen Problemlagen. Weiterhin ist eine Zunahme der Anzahl von Meldungen auf Verdacht von Kindeswohlgefährdung zu verzeichnen. Solche Meldungen führen bei den Fachkräften zu einem anspruchsvollen Abwägungsprozess der Gefährdungseinschätzung und einer emotional belastenden Entscheidungssituation und beinhalten ein hohes Maß an Verantwortung. Ob häusliche Gewalt und Aggression in Familien, ob Sucht oder Vernachlässigung, die Zuständigkeit des ASD für soziale Problemlagen von Kindern und Jugendlichen und ihrer Familien bleibt bestehen.

Das breite Aufgabenspektrum, die implizit und explizit zugeschriebenen, auch divergierenden Aufträge, die vielfältigen Problemlagen und oftmals widersprüchlichen externen sowie internen Erwartungen sowie das eigene Fachverständnis kennzeichnen in besonderem Maße die ASD-Arbeit. Damit die Fachkräfte diesen fachlichen und persönlichen Herausforderungen gewachsen sind, bedarf es einerseits kontinuierlicher struktureller

---

<sup>9</sup> Seckinger M., Gragert N., Peucker C., Pluto L. „Arbeitssituation und Personalbemessung im ASD - Ergebnisse einer bundesweiten Online-Befragung“, Deutsches Jugendinstitut, München 2008.

Weiterentwicklungen in der Organisation. Andererseits ist eine systematische Reflektion fachlichen Handelns notwendig.

### **3) Rollenerwartungen und Profilbildung**

Die verwaltungsinternen Aufträge an die Fachkräfte im ASD werden von unterschiedlichen Seiten erteilt und sind nicht selten widersprüchlich. Aufträge können zum Beispiel sein: einen bürgerfreundlichen niederschweligen Zugang zu gewährleisten, umfassend über Leistungen zu beraten, Hilfesysteme zu aktivieren, vertrauensvolle Beratungsbeziehungen aufzubauen und immer die angemessene Beteiligung aller Akteure zu gewährleisten. Diese Aufträge können kollidieren mit Anforderungen an einen sparsamen Ressourceneinsatz, einen hohen Arbeitseinsatz, niedrigen Zeitbedarf und hohe Erfolgsquoten bei Beratung, Einleitung und Steuerung der Hilfen.

Auch die Erwartungen der Familien, Fachdienste und Kooperationspartner an den ASD und damit auch die Rollenerwartungen an die einzelnen Fachkräfte sind vielfältig, widersprüchlich oder auch von unrealistischen Hoffnungen oder Ängsten bestimmt. Prägend für das berufliche Selbstverständnis ist daher auch, in wie weit Möglichkeiten geboten und genutzt werden, eigene berufliche Haltungen, fachliche Interventionen und Entscheidungen regelmäßig zu reflektieren.

Der ASD als Fachdienst vor Ort braucht ein eigenes Konzept, sowie ein klares, nach innen und außen abgestimmtes und kommuniziertes Profil. Der kommunale Kontext verbunden mit dem (sozial- und jugendhilfe-)politischen Willen und den spezifischen Zielsetzungen in der Kommune bildet die Rahmung für ein solches Profil. In die Entwicklung des eigenen ASD-Konzepts sollten neben den verantwortlichen Leitungskräften immer auch die Fachkräfte eingebunden sein. Der Prozess der Konzeptdiskussion und -entwicklung bietet Chancen der Identitätsstiftung innerhalb des ASD und innerhalb der Verwaltung sowie der Reflexion und ggf. Korrektur eingefahrener Verfahren und Standards. Ein ASD mit einem formulierten und abgestimmten eigenen Profil erhöht für die Fachkräfte Orientierung und Klarheit bezogen auf die Aufgaben, die Aufträge und die Rollen und wäre somit auch Bestandteil einer laufenden Qualitätsentwicklung.

#### **4) Ressourcenverantwortung und -steuerung**

Die Fachkräfte des ASD bewältigen die oben beschriebenen vielfältigen Problemlagen und Aufgaben mit knappen personellen und teilweise finanziellen Ressourcen der Kommunen. Sie befinden sich nicht selten in einem Dilemma zwischen dem Hilfe- und Unterstützungsbedarf der Eltern, Kinder und Jugendlichen und dem Druck zur Kostenreduzierung. Es ist zu überprüfen, inwieweit sich dieses Spannungsfeld zwischen dem gesetzlichen Leistungsauftrag und den verfügbaren, begrenzten Ressourcen auf die fachlichen Lösungen und Entscheidungen der Fachkräfte nachteilig auswirkt. Weiter bedürfen die durch den ASD zu treffenden Entscheidungen über die Eignung und Erforderlichkeit von Leistungen nachvollziehbarer Argumente und Begründungen.

Eine besondere Herausforderung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD ist darüber hinaus die in einem Teil der Kommunen vorgenommene Zusammenlegung von Fach- und Ressourcenverantwortung. Falls der ASD als Organisationseinheit gleichzeitig Budgetverantwortung trägt, so muss er neben der fachlichen Ausgestaltung der Hilfen ggf. auch mit den Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe über Kostensätze verhandeln. Die mit dieser Steuerungsaufgabe geschaffenen Möglichkeiten des eigenverantwortlichen Umgangs mit Ressourcen werden von den Fachkräften des ASD in der Regel positiv bewertet. Um die damit einhergehende Rolle des „Verhandlungsführers“ auszufüllen, bedarf es einer gezielten Qualifizierung des ASD.

#### **5) Unterstützung und Schutzauftrag**

Zentrale und originäre Aufgaben des ASD sind einerseits die Beratung, Unterstützung und Entlastung der Adressatinnen und Adressaten (z. B. der Eltern bei den Aufgaben der Versorgung und Erziehung ihrer Kinder) und andererseits der Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Gefahren. Beide Aufgabenschwerpunkte sind gleichrangig und gleichermaßen als Hilfe zu verstehen<sup>10</sup>.

Die Schutzpflicht ist regelmäßig verbunden mit Kontrollkompetenzen. In den vergangenen Jahren sind wachsende Fallzahlen von vermuteten Kindeswohlgefährdungen, resultierend aus steigenden Belastungen familiärer Netzwerke

---

<sup>10</sup> Vgl. Schone, Reinhold, Kontrolle als Element von Fachlichkeit in den sozialpädagogischen Diensten der Kinder- und Jugendhilfe, Expertise im Auftrag der AGJ, Berlin 2008.

mit Kleinkindern und den daraus entstehenden Konflikten zu verzeichnen. Mitverantwortlich für die gestiegenen Fallzahlen können aber auch verbesserte Zugangsmöglichkeiten zum Leistungsangebot der Kinder- und Jugendhilfe, einhergehend mit einer sich verändernden Wahrnehmung von Erziehungsdefiziten bei den am Hilfeprozess Beteiligten sein. Hierzu gehört sicherlich auch eine zunehmende Sensibilisierung des Jugendamtspersonals im Allgemeinen sowie der ASD-Fachkräfte im Besonderen. Darüber hinaus wird jedoch auch der Öffentlichkeit eine verstärkte Sensibilisierung und Verantwortungsübernahme bei Verdachtsfällen der Kindesvernachlässigung und Kindesmisshandlung zugeschrieben, die sich in einem veränderten Meldeverhalten niederschlägt.

Mit Kenntnisnahme einer vermuteten Beeinträchtigung oder Gefährdung des Kindeswohls erfolgt durch die zuständige Fachkraft des ASD eine erste Gefährdungseinschätzung im direkten oder mittelbaren Kontakt mit dem Kind, den Sorgeberechtigten und anderen ggf. mit den Hilfeadressaten arbeitenden sozialen Unterstützungs- und Hilfesystemen. Auch nach Durchführung der ersten Schutz- und Hilfemaßnahmen bleibt die fallverantwortliche ASD-Fachkraft weiter unmittelbar für bestimmte Aufgaben zuständig (z. B. Durchführung des Hilfeplanverfahrens, Erstellung von Schutzkonzepten, Information des Familiengerichts und Stellung von Anträgen, Steuerung der Kooperationsprozesse bei Mehrfachhilfen).

Für die ASD-Fachkräfte stellt es oftmals eine besondere Herausforderung dar, den betroffenen Eltern, Kindern und Familien zu vermitteln, dass die von den Fachkräften eingeleiteten Interventionen ihrer Unterstützung und Hilfe dienen sollen. Dies gilt auch für Inobhutnahmen und Fremdplatzierungen. Die eigene Rollenklarheit und die Transparenz im Handeln sind hier notwendige Voraussetzungen, auch wenn die Aufgabenbereiche der Vermittlung von Hilfen und des Schutzes von Kindern nahezu fließend ineinander übergehen.

## **6) Fachkräfte als „Einzelkämpfer“ und Teamarbeiter**

Trotz bestehender Teamstrukturen, Verfahrens- und Dokumentationsstandards ist die Fachkraft im ASD zunächst „Einzelkämpfer/-in“ und alleinige/r verantwortliche/r Ansprechpartner/in für die jeweilige Familie. Die Zuständigkeiten sind innerhalb der Organisation in der Regel nach regionalen

Kriterien festgelegt. Ein Wunsch- und Wahlrecht der Ratsuchenden in Bezug auf eine bestimmte Fachkraft besteht nicht.

Wann „ein Fall zum Fall wird“ und somit den jeweiligen Verfahrens- und Bearbeitungsstandards unterliegt, entscheidet die zuständige Fachkraft. Insbesondere im präventiven Bereich, bevor Hinweise auf Hilfebedarf vorliegen, spielen neben den fachlichen auch individuelle Einschätzungen der einzelnen Fachkraft eine wesentliche Rolle. Sie bestimmt, ob und wenn ja welche Hilfe-, Unterstützungs- und Teilhabemöglichkeiten eröffnet werden. Diese Professionalität muss durch die regelmäßige Auseinandersetzung im Team, im Rahmen einer Fachgruppe, oder auch im gesamten ASD mit aktuellen Fachdiskussionen, wissenschaftlichen Erkenntnissen und dem eigenen Selbstverständnis und ggf. durch die Vereinbarung verbindlicher Standards und Verfahren unterstützt werden. Dies sind wichtige Elemente der Qualifizierung des fachlichen Handelns - neben einer regelmäßigen Supervision und Fortbildung für alle Fachkräfte.

Insbesondere im Rahmen von Hilfen nach §§ 27 ff. SGB VIII, im Rahmen des Schutzauftrags nach §§ 8a und 42 SGB VIII oder etwa bei Verfahren beim Familiengericht (§ 1666 BGB) sind in der Regel Reflexion und Beratung im (kollegialen) Team, die Einbeziehung weiterer Fachkräfte und / oder auch der Leitung verbindlich vorgesehen. Qualifizierte Fallberatung im Team erfordert eine systematische Vor- und Aufbereitung des „Falls“ durch die verantwortliche Fachkraft, ebenso abgestimmte fachliche Konzepte einer strukturierten Fallberatung und -entscheidung. In Krisensituationen und bei der Klärung gewichtiger Anhaltspunkte für eine Gefährdung des Kindeswohls ist es erforderlich, eine zweite Fachkraft hinzuzuziehen. Dies erfordert bereits im Vorfeld eine gute Vorbereitung und Abstimmung hinsichtlich der jeweiligen Aufgaben.

Komplexe Familienkonstellationen, z. B. mit mehreren Hilfen, latenten Gefährdungssituationen für ein Kind, wenig bis keiner Mitwirkungsbereitschaft der Sorgeberechtigten, unklaren oder sehr ausgeprägten Problemlagen sowie psychischen Erkrankungen in der Familie erfordern die Einbeziehung weiterer Fachdienste aus unterschiedlichen Disziplinen (siehe Abschnitt II Punkt 9).

Die Komplexität der fachlichen Entscheidungen im ASD unterstreicht die besondere Bedeutung der Teamarbeit. Für eine fachlich-qualifizierte Teamkooperation einschließlich einer damit einhergehenden Diskussionskultur müssen die nötigen Zeitkontingente und Kompetenzen zur Verfügung stehen bzw. entwickelt werden.

## **7) Bürokratisierung und Dokumentationspflichten**

Die Organisation des ASD muss dafür sorgen, dass nachvollziehbar ist, was zu welchem Zweck und mit welchem Ergebnis geleistet wurde. Der Ressourceneinsatz für erbrachte Leistungen im Verhältnis von Kosten und Aufwand sollte dargestellt werden, ebenso sollte nachvollziehbar sein, welche Standards vereinbart und zuverlässig eingehalten wurden. So wird eine fachliche Steuerung unterstützt und so kann über Verfahren des Fachcontrollings die Wirksamkeit der Maßnahmen und Hilfen überprüft und nachgehalten sowie im Rahmen von Jugendhilfeplanung auf die Angebotsausgestaltung bzw. auf die soziale Infrastruktur im Gemeinwesen Einfluss genommen werden. Gerade am Beispiel der in jüngerer Zeit bekannt gewordenen und vielfach diskutierten dramatischen Fälle von Kindeswohlgefährdung bis hin zum Tod von Kindern wird im Hinblick auf die größer gewordene Mobilität der Bürgerinnen und Bürger deutlich, dass für Fallübergaben an andere Dienste eine Dokumentation des Sachverhalts und des bisherigen Vorgehens absolute Notwendigkeiten sind.

Der von ASD-Fachkräften beklagte hohe zeitliche Aufwand für Dokumentationstätigkeiten weist darauf hin, dass die Entwicklung effektiverer Verfahren zur Dokumentation des fachlichen Handelns angezeigt erscheint, wobei die Transparenz sozialarbeiterischen Handelns ihren zentralen Stellenwert behalten muss<sup>11</sup>. Für eine EDV-gestützte reibungslose Dokumentation werden EDV-Programme benötigt, die speziell für diese Tätigkeit entwickelt und funktional abgestimmt sind. Ziel ist die Kompatibilität und Verzahnung der eingesetzten Programme, um unnötige Mehr- und Doppelarbeit zu vermeiden.

---

<sup>11</sup> Seckinger M., Gragert N., Peucker C., Pluto L. „Arbeitssituation und Personalbemessung im ASD - Ergebnisse einer bundesweiten Online-Befragung“, Deutsches Jugendinstitut, München 2008.

## **8) Beratung und Fallsteuerung**

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Arbeit des ASD haben sich in den letzten Jahrzehnten gravierend verändert. Das früher oft vorhandene Verständnis von ASD-Arbeit als fallbezogene Korrektur abweichender Verhaltensmuster, mit im positiven Sinne fürsorgerischen Anteilen, um Menschen wieder erfolgreich in die Gesellschaft zu integrieren, ist kaum noch vorhanden. Dieser Normen- und Verhaltenskonsens ist gesellschaftlichen Lebensverhältnissen gewichen, die gekennzeichnet sind durch plurale Lebenssituationen, individualisierte Werte- und Normenvielfalt sowie die Notwendigkeit, sich ständig für neue Weichenstellungen in der eigenen Lebensplanung zu entscheiden. Damit ist das Risiko von Fehlentscheidungen verbunden, die die Wege eigener Lebensplanung verbauen und somit zur gesellschaftlichen Desintegration beitragen. Die Arbeit des ASD hat in diesem Zusammenhang den Auftrag, zu einem Begleiter bei der Erreichung der jeweils individuellen „Normalisierungsperspektive“ zu werden. Auf Grund der Komplexität der Problemlagen müssen die Fachkräfte in den Sozialen Diensten sich professionalisieren als kompetente und umfassend fachkundige engagierte Berater/innen für die jeweilige, individuell passende "Hilfe zur Selbsthilfe". Diese veränderte Professionalitätsanforderung an den ASD benötigt angemessene Handlungsansätze mit entsprechender methodischer Unterfütterung. So gewinnen beispielsweise Methoden des Case Management in Jugendämtern immer größere Bedeutung. Case Management erfordert das Verstehen der Problem- und Lebenssituation der Adressaten, umfassende fachliche Methodenkenntnisse, eine genaue Analyse der individuellen und Umweltressourcen der Menschen und die Bereitschaft, sich auf die vielfältigen individuellen Lebensentwürfe und -welten einzulassen, ohne dabei das eigene Profil und den persönlichen und fachlichen Standpunkt zu verlieren. Schon in der Ausbildung, aber auch in der Fort- und Weiterbildung sollte auf dieses veränderte Aufgabenprofil vorbereitet werden.

## **9) Kooperationen und Vernetzungen**

Den ASD zeichnet als Basisdienst in der Kommune unter anderem eine gute Erreichbarkeit für die Familien im Quartier durch dezentrale Standorte, Außenstellen und die sog. „Gehstruktur“ aus. Dem ASD, der vor Ort präsent



ist, kommt hier als „Aushängeschild“ des Jugendamtes eine besondere öffentliche Bedeutung zu.

Die spezielle Beratungsqualität der Fachkräfte im ASD umfasst insbesondere die Aktivierung weiterer Unterstützungssysteme und Ressourcen im Sozialraum. Diese erfordert vielfältige Vernetzungsstrukturen und Kooperationen im Quartier und der Kommune. Der ASD erhält als Kooperationspartner eine ständig steigende Bedeutung. So sind seine Kenntnisse und Kompetenzen gefragt bei der Gestaltung der sozialen Dienstleistungsinfrastruktur des Sozialraums, und er soll sich in die Entwicklung der einzelfallübergreifenden ‚Frühen Hilfen‘ einbringen. Immer häufiger wird er zum Partner anderer Jugendhilfebereiche auch außerhalb der Erziehungshilfen (wie z. B. Kindertagesstätten, Angebote der Kinder- und Jugendarbeit und der Familienbildung), sowie zu Bereichen über die Jugendhilfe hinaus, wie der Schule und (Aus)Bildung, den allgemeinen Beratungsdiensten, dem Gesundheitswesen oder der Polizei und den Gerichten. Ein wirksamer Kinderschutz gelingt beispielsweise nur dann, wenn verschiedene Institutionen, die mit Kindern und Eltern in risikoreichen Lebenssituationen zu tun haben, eng miteinander kooperieren.

Die Gestaltung verbindlicher Kooperationen braucht Zeit und Ressourcen und ist nicht nebenbei zu leisten. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen einzelner Personen aus den verschiedenen Hilfesystemen und eingespielten Kontakten zwischen ihnen bedarf es einer zentralen Koordinierung, die Vereinbarungen von verbindlichen Kooperationen und die Gestaltung der Schnittstellen zwischen den Systemen unterstützt und begleitet. Die fallübergreifenden Kooperationsstrukturen und -standards in den unterschiedlichen Zusammenhängen müssen auf Leitungsebene aufgebaut, gepflegt und weiterentwickelt werden. Dies beinhaltet immer auch den Austausch zwischen den Kooperationspartnern über die jeweiligen (gesetzlichen) Aufgaben, politischen Aufträge, die fachlichen Zielsetzungen und Perspektiven, sowie fachliche, strukturelle und relevante personelle Entwicklungen. Aus einem solchen Austausch entstehende Strukturen und Standards bilden die Grundlage für eine Zusammenarbeit, aber auch für die Bestimmung ihrer Grenzen, z. B. resultierend aus dem beruflichen Selbstverständnis oder aus Datenschutzgründen für die Fachkräfte im Einzelfall und auch für übergreifende Vernetzungsstrukturen.

Die beschriebenen Standards und Strukturen für Kooperationen und Vernetzungen haben Auswirkungen auf Profil und „Rolle“ der ASD-Fachkraft: einerseits sollte dem Interesse der Fachkräfte Rechnung getragen werden, Familien / Personen möglichst lange selber zu begleiten, andererseits sollen sie eine federführende Funktion und Rolle in der Fallsteuerung gegenüber speziellen hilfeerbringenden Diensten ausüben. Je nach Konzept und Leistungsprofil ergeben sich sowohl neue methodische Anforderungen (Fallsteuerung) als auch weitergehende Fragen nach der angemessenen Gestaltung des organisatorischen und strukturellen Rahmens.

Fazit:

Der ASD ist die kommunale Organisationseinheit, die hoch komplexen Anforderungen und Erwartungen gerecht werden und stets kompetent, schnell und zuverlässig im Hinblick auf die Erfüllung ihrer zahlreichen Aufgaben handeln muss. In der Gestaltung des Sozialraums spielt der ASD eine zentrale Rolle, in dem er eine passgenaue Infrastruktur sozialer Dienstleistungen initiiert oder mitentwickelt und somit eine umfassende „Zukunftsaufgabe“ innerhalb der Kommunalverwaltung einnimmt.

Infolge der aktuellen Kinderschutzdebatte ist der ASD in die mediale Öffentlichkeit gelangt und leider vielfach auf die ihm - neben den zahlreichen anderen Aufgaben - obliegende Erfüllung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung reduziert worden. Eine kontinuierliche Fachdebatte, die dem ASD die notwendige Aufmerksamkeit und Wertschätzung entgegenbringt und sich mit fachlichen Anforderungen, erforderlichen organisatorischen Rahmenbedingungen, politischen Ansprüchen und Professionsfragen beschäftigt, ist daher unerlässlich. Es muss deutlich gemacht werden, dass nicht nur Kinderschutz und Einzelfallhilfen in den Zuständigkeitsbereich des ASD fallen, sondern sein Aufgabenprofil viele darüber hinausgehende Facetten und Handlungsbereiche umfasst.

Der ASD braucht Unterstützung durch Akteure, die in die Belastungssituationen vor Ort nicht verstrickt sind und die einen genauen Blick haben für die Anforderungen und Bedarfe der aktuellen fachlichen Arbeit. Das vielerorts bestehende Missverhältnis von Anforderungen und personeller sowie finanzieller Ausstattung muss überwunden werden. Darüber hinaus benötigt der ASD mehr Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung, die die

Rolle und Funktion des ASD unter sich wandelnden gesellschaftlichen Bedingungen beleuchtet.

Berlin, 28. Oktober 2010

Geschäftsführender Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Aktuelle Beiträge  
zur Kinder- und Jugendhilfe 33

**Das Verhältnis von  
Sozialen Diensten und  
Amtsvormundschaft/  
Ampflegschaft  
im Jugendamt**

Dokumentation der Fachtagung des  
Deutschen Instituts für Jugendhilfe und  
Familienrecht e.V., Heidelberg,  
in Kooperation mit dem  
Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin  
am 11. und 12. Oktober 2001  
in Berlin

## **Impressum:**

Herausgeber:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Ernst-Reuter-Haus · Straße des 17. Juni 112 · 10623 Berlin

Postfach 12 03 21 · 10593 Berlin

Redaktion, Satz und Layout:

Dörte Jessen

Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe

Herstellung:

Verein für Kommunalwissenschaften e.V.

Berlin 2002

Hinweise zur Download-Ausgabe:

Der vorliegende Tagungsband wird vom Verein für Kommunalwissenschaften e.V. nicht mehr als Druckfassung aufgelegt. Seit Januar 2005 besteht die Möglichkeit, die Fachbeiträge und Diskussionen aus dem Internet herunter zu laden. Die Texte sind schreibgeschützt.

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Vorwort</b>	7
DR. THOMAS MEYSEN <i>Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg,</i> KERSTIN LANDUA <i>Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin</i>	
<b>Einführung in das Tagungsthema</b>	9
DR. THOMAS MEYSEN <i>Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg</i>	
<b><u>Fachreferat:</u></b> <b>Abgrenzung und Kooperation - eine Aufgabe für das Jugendamt oder den Gesetzgeber?</b>	11
MINISTERIALRAT DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER <i>Leiter des Referats Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn</i>	
<b>Nachfragen und Diskussion</b>	18
<b><u>Fachreferat:</u></b> <b>Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde - Probleme der Doppelfunktion</b>	29
PROF. DR. FERDINAND KAUFMANN <i>Leiter des Jugendamtes Rhein-Sieg-Kreis, Siegburg</i>	
<b>Nachfragen und Diskussion</b>	36
<b>Streitgespräch: „Was ich Ihnen schon immer einmal sagen wollte...“</b>	
<b>Für die Amtsvormundschaft:</b> DR. ANKE MAIWALD <i>Leiterin der Abteilung Vormundtschaftswesen, Fachbereich Jugend, Soziales und Wohnen - Bereich Jugendamt der Landeshauptstadt Potsdam</i>	41
<b>Für den Sozialen Dienst:</b> HOLGER GLÄSS <i>Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe, Jugendamt Rems-Murr-Kreis, Waiblingen</i>	45

**Zu(sammen)arbeit von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/  
Ampflegschaft: Wer? Wann? Wofür? Und wer hat das letzte Wort?  
Diskussion in 5 Arbeitsgruppen**

**Inputreferat in der Arbeitsgruppe 1:**  
**Ansprechpartner für Kinder und Eltern - Fragen der Beziehungsgestaltung** 49  
CHRISTA WOLF  
*Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*

**Inputreferat in der Arbeitsgruppe 2:**  
**Rollenverteilung im Hilfeplanprozess und bei Umgangsfragen** 51  
UTE ZIELINSKI  
*Stellvertretende Leiterin des ASD, Jugendamt der Stadt Kassel*

**Aufgaben- und Rollenklarheit im Hilfeplanprozess**  
**Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe 2** 56  
HEIDEROSE KIRSTEN  
*Amtsvormünderin im Jugendamt Marzahn-Hellersdorf, Berlin*

**Inputreferat in der Arbeitsgruppe 3:**  
**Zwei Stimmen bei der Anhörung im Verfahren vor dem  
Familien-/Vormundschaftsgericht** 57  
BRUNHILDE BAUMUNK  
*Familienrichterin am Amtsgericht Frankfurt/Oder*

**Inputreferat in der Arbeitsgruppe 4:**  
**„Sorgerechts-Splitting“ zwischen den Abteilungen?** 59  
MATHIAS KOHLER  
*Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaft/  
Amtsvormundschaft/Unterhaltsvorschusskasse im Fachbereich Kinder,  
Jugend und Familie - Jugendamt der Stadt Mannheim*

**Inputreferat in der Arbeitsgruppe 5:**  
**Aufgabenverteilung im Kontakt mit Pflegefamilien und Heimen** 64  
GUNDULA DEITERS-SCHNEIDER  
*Einrichtungsleiterin der Evangelischen Jugendhilfe Geltow*

**Rollen und Funktionen der Beteiligten am Prozess des Sorgerechtsentzugs**  
**Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe 5** 67  
EDMUND SICHAU  
*Leiter des Sachgebiets Erziehungsbeistandschaften/Betreutes Wohnen  
im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt der Stadt Mannheim*

**Fachreferat:**

**„Ich wusste halt, der hat zu bestimmen.“**

**Das Jugendamt und seine Mitarbeiter aus Sicht der betroffenen Kinder und Jugendlichen**

70

DR. MAUD ZITELMANN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*

**Praxisberichte: Erfahrungen mit einem Abgrenzungs- und Kooperationsmodell**

**Aus Sicht der Amtsvormundschaft: Das Mannheimer Modell**

80

MATHIAS KOHLER

*Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaft/ Amtsvormundschaft/Unterhaltsvorschusskasse im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt der Stadt Mannheim*

**Aus Sicht der Sozialen Dienste: Das Dresdener Modell**

93

DAGMAR MICHAEL

*Leiterin des Sachgebietes Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden*

**Podiumsdiskussion: Zukunft von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften im Jugendamt**

104

HOLGER GLÄSS

*Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe, Jugendamt Rems-Murr-Kreis, Waiblingen*

DR. PETER HANSBAUER

*Geschäftsführer des Instituts für Soziale Arbeit (ISA) e.V., Münster*

JUTTA OPITZ

*Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften/Beistandschaften/ Sorgeerklärungen, Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden*

CHRISTA WOLF

*Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*

DR. MAUD ZITELMANN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*

**Kinder brauchen beides: kompetente Soziale Dienste und kompetente Vormünder und Pfleger - Resümee der Fachtagung**

117

MINISTERIALRAT DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER

*Leiter des Referats Kinder- und Jugendhilferecht im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn*

**Literaturhinweise**

122





## Vorwort

Das Gesetz weist dem Jugendamt zwei Aufgaben zu, bei denen sich das Jugendamt in der einen Rolle als Verpflichteter und in der anderen als Berechtigter selbst gegenüber steht. In den Sozialen Diensten wird über die Gewährung von Leistungen der Jugendhilfe, insbesondere von Hilfen zur Erziehung entschieden. Der Amtsvormund macht die Ansprüche auf diese Leistungen im Interesse seines Mündels geltend.

Ziel dieses „doppelten“ Auftrags ist eine optimierte Geltendmachung der Rechte von Kindern und Jugendlichen. Sind die Eltern als Personensorgeberechtigte ausgefallen, übernimmt der Vormund die Aufgabe der Interessenwahrnehmung - und in den meisten Fällen ist dies mangels anderer Alternativen der Amtsvormund. Diese rechtliche Konstellation stellt an die Organisation und Aufgabenverteilung im Jugendamt besondere Anforderungen. Jugendamtsinterne Konflikte sind nicht nur mögliche Folge, sondern im Gesetz bereits angelegt.

Es liegt daher nahe, die Zuständigkeiten von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft möglichst klar gegeneinander abzugrenzen und der Zusammenarbeit institutionalisierte Regeln zu geben. Hierbei sind nicht nur die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betreffenden Abteilungen, sondern vor dem Hintergrund kommunaler Selbstverwaltung vor allen Dingen auch die Leitungsebenen in den Jugendämtern gefragt. Das überaus große Interesse an der gemeinsamen Veranstaltung des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. und des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. lässt vermuten, dass es in der Mehrheit der Jugendämter noch keine (befriedigenden) Kooperationsvereinbarungen zwischen Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft gibt.

Bei einem Vergleich der verschiedenen Jugendämter ist eine ausgesprochen breite Organisationsvielfalt zu beobachten. Je nachdem, wie die Aufgaben verteilt sind, variieren auch die Spannungen zwischen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Abteilungen im Jugendamt.

Die radikalste Form der Konfliktvermeidung findet sich in einer - doch immer wieder anzutreffenden - Organisationsform, nach der die Amtsvormundschaften in den Sozialen Diensten geführt werden und leistungsgewährende und leistungsbeanspruchende Stelle in einer Abteilung oder gar in einer Person zusammenfallen. Alle anderen Rollenaufteilungen erzeugen gegenseitige Erwartungen zwischen Sozialarbeitern und Amtsvormündern.

Ist dem Amtsvormund nach einem anderen nicht selten praktizierten Modell lediglich die Funktion einer Unterschriftsperson zugeordnet, so wird eine fachlich-inhaltliche Befassung des Amtsvormundes mit Aspekten der Hilfe zur Einmischung und sieht sich vor dem Hintergrund der gesetzlichen Aufgabenzuweisung ungewöhnlichen Rechtfertigungszwängen ausgesetzt. Werden die Aufgaben nach beruflichen Kompetenzen zwischen Sozialpädagogen und Verwaltungskräften aufgeteilt, so fehlen Konturen, ab wann ein Widersprechen als „fachlicher Übergriff“ zu werten ist oder sich im Rahmen der jeweiligen Aufgabenwahrnehmung bewegt.

Aber auch wenn die Aufgaben - scheinbar - dem Gesetz entsprechend verteilt sind, ergeben sich ohne detaillierte amtsinterne Zuständigkeitsregelungen Unklarheiten und Kompetenzgerangel. Überlässt der Amtsvormund beispielsweise die Frage des Umgangs mit den Herkunftseltern lieber den Fachkräften in den Sozialen Diensten, kann dies ebenso zu Unzufriedenheit führen, wie wenn ein Amtsvormund wieder einmal erst im Nachhinein erfährt, dass sein Mündel in eine andere Einrichtung „verlegt“ wurde und er keine Möglichkeit hatte, vom Wunsch- und Wahlrecht Gebrauch zu machen.

Die angedeuteten Konflikte und Kompetenzstreitigkeiten im Jugendamt mögen zwar im Einzelfall hinderlich sein, die geeignete Hilfe für ein Kind oder einen Jugendlichen zu gewähren beziehungsweise in Anspruch zu nehmen. Die bewusste Auseinandersetzung mit den teilweise widerstreitenden Interessen von leistungsgewährender Stelle und Amtsvormund hilft jedoch gerade die Qualität der professionellen Arbeit zu sichern. Soziale Dienste und Amtsvormundschaft sind vom Gesetz eigens dazu nebeneinander gestellt, damit sie sich gegenseitig „kontrollieren“ und im Zusammenwirken eine bestmögliche Durchsetzung der Rechte und Befriedigung der Hilfebedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gewährleisten.

Die Veranstaltung zum Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft sollte daher einer Diskussion um die betreffende Organisation in den Jugendämtern einen weiteren Impuls geben. Beispiele wie Mannheim, Dresden oder Siegburg zeigen, was im Interesse einer qualifizierten Kinder- und Jugendhilfe bewirkt werden kann. Es lohnt sich, den gesetzlichen Auftrag ernst zu nehmen und sich als Leitungskräfte sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Abteilungen im Jugendamt der Herausforderung zu stellen, sich im Miteinander und Gegeneinander dem Aushandlungsprozess zu stellen und das gegenseitige Verhältnis, die jeweiligen Kompetenzen und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit sowie deren Grenzen zu klären. Dazu sowie zur Reflexion des bereits praktizierten Modells möchten wir auch mit dieser Dokumentation ermuntern.

DR. THOMAS MEYSEN

*Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.,  
Heidelberg*

KERSTIN LANDUA

*Leiterin der Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe, Verein für  
Kommunalwissenschaften e.V., Berlin*

## Einführung in das Tagungsthema

DR. THOMAS MEYSEN

*Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.,  
Heidelberg*

Ich begrüße Sie ganz herzlich zur gemeinsamen Veranstaltung des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht in Heidelberg und des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V. in Berlin.

Zu Beginn möchte ich von zwei Liaisons berichten: Das ist einmal die Liaison zwischen dem Verein für Kommunalwissenschaften und dem Deutschen Institut.

Das Deutsche Institut hat vor fast zwei Jahren eine Satzungsänderung erfahren und sich geöffnet. Früher hieß es Deutsches Institut für Vormundtschaftswesen. Spätestens mit dem In-Kraft-Treten des KJHG musste jedem klar werden, dass die Vormundschaft für Minderjährige in den Gesamtkontext der Kinder- und Jugendhilfe integriert ist. So war es eigentlich nur folgerichtig, dass sich das Institut nicht nur in einem Teilbereich positioniert, sondern dass es sich öffnet und alle, insbesondere rechtlichen Fragestellungen aus dem Bereich der Kinder- und Jugendhilfe und dem angrenzenden Familienrecht aufgreift.

Aus vielen Gesprächen und Kontakten mit dem Verein für Kommunalwissenschaften e.V. sind die Ideen zu dieser Veranstaltung entstanden und das Programm gemeinsam konkretisiert und erarbeitet worden. Wir wünschen uns sehr eine Fortsetzung und hoffen, dass aus dieser Liaison vielleicht eine feste Beziehung wird, und danken herzlich für die gute Zusammenarbeit.

Die zweite Liaison ist die des Deutschen Instituts mit dem Thema der heutigen Veranstaltung, dem Verhältnis zwischen den Sozialen Diensten und der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft. Wir haben im Institut viele Beiträge und Rechtsgutachten dazu veröffentlicht, mit viel Elan haben wir weit mehr Rechtsanfragen dazu beantwortet und versucht, die Fachöffentlichkeit für dieses Thema zu sensibilisieren. An verschiedenen Fortbildungsveranstaltungen haben wir dieses Verhältnis ebenfalls aufgegriffen.

Gestatten Sie mir, meinen persönlichen Zugang zu diesem Thema zu erläutern. Wir haben es hier mit Kindern und Jugendlichen zu tun, die keine Eltern mehr haben, die für sie sorgen können oder für sie sorgen dürfen. Diese Kinder und Jugendlichen haben unter anderem zwei Bedürfnisse: einmal das Bedürfnis nach Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe - und auch den Anspruch darauf - und zum anderen ein Bedürfnis nach rechtlicher Vertretung. Diese zwei Bedürfnisse stehen nicht unbedingt deckungsgleich übereinander, sondern eher nebeneinander. Der Jurist denkt zunächst, wenn er zwei Bedürfnisse sieht und nach rechtlichen Regelungen im Gesetz nachschaut, das ist gar nicht so kompliziert. Schaut er sich die Praxis an, merkt er, es gibt ein „Aber“. Er merkt, da arbeiten Menschen, viel „schlimmer“ noch: Menschen in Verwaltungen. Es ist offensichtlich schwierig, das, was vielleicht in der Theorie einfach aussehen mag, praktisch umzusetzen. Das wurde auch mir sehr schnell bewusst und ich habe genauer hingeschaut.

Ich habe mich gefragt: Wie sind denn nun die Menschen in Verwaltungen, in Organisationen? In meiner Phantasie habe ich mir vorgestellt, dass sich auch dort die Menschen gut verstehen möchten, sie möchten sich eigentlich gut vertragen. Und tatsächlich: Wenn man beispielsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD oder Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Beistandschaft fragt, wie in ihrem Amt das Verhältnis untereinander sei, bekommt man häufig die Antwort: „Bei uns ist das bestens. Es klappt alles hervorragend. Wir haben keine Probleme miteinander.“ Fragt man dann nach der Zusammenarbeit, kommt die Antwort, dass es keine gäbe, keine Zusammenarbeit und keine Schnittpunkte.

Wenn man nichts miteinander zu tun hat, ist das Verhältnis natürlich unproblematisch. Wenn in dem Sachgebiet Beistandschaft gemerkt wird, es gibt in der Familie auch noch andere Probleme als die Frage der Vaterschaftsfeststellung und der Unterhaltszahlungen, wird der Klient zu den Sozialen Diensten geschickt, der Soziale Dienst schickt ihn zur Beistandschaft, wenn im Gespräch die Frage nach Unterhalt auftaucht. Man schiebt sich die Klienten gegenseitig zu, ohne konkret von deren Problemen im jeweils anderen Bereich Kenntnis zu nehmen. Man kommt damit gut aneinander vorbei und versteht sich gut dabei.

Das Verhältnis Vormundschaft und Soziale Dienste ist jedoch nicht ganz so einfach. Es mag vielleicht Jugendämter geben, die es noch schaffen, dass diese beiden Bereiche ohne viele Berührungspunkte aneinander vorbei kommen. Aber das Gesetz sieht doch wohl vor, dass zumindest an der Hilfeplanung beide irgendwie beteiligt sind. Das bringt mehr Berührungspunkte und natürlich auch Reibungspunkte mit sich. Diese Reibung kann unterschiedlich ausgestaltet sein. Die Reibungsflächen sind vom Gesetzgeber angelegt, das heißt, die Reibungen dürfen nicht vermieden werden, sie werden für die Erfüllung der Aufgaben im Jugendamt gebraucht. Das könnte auch ein Qualitätsmerkmal sein: je größer die Reibeflächen, desto größer die Qualitätssicherung. Wenn es also diese Reibeflächen geben muss, wenn man sie nicht vermeiden kann, dann muss man nach dem Material fragen. Einmal muss das Material so stabil sein, dass es sich auf Dauer nicht abnutzt. Das Material muss außerdem wärmeresistent sein, denn Reibung erzeugt Wärme. Wenn es mal hitzig wird, dann darf es nicht dazu kommen, dass die Funken sprühen und Feuer schlägt. Wenn es hitzig geworden ist, muss es sich hinterher wieder abkühlen können und nach der Abkühlung darf das Material nicht deformiert sein.

Die Veranstaltung heute dient vielleicht dazu, dass wir die richtige Form dieser Reibeflächen und das richtige Material für dieses Miteinander finden.

Ich möchte nun direkt überleiten zum Vortrag von Herrn Dr. Wiesner, den Sie sicher alle kennen. Herr Dr. Wiesner ist Ministerialrat, Leiter des Referats Kinder- und Jugendhilferecht am Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Herr Wiesner ist promovierter Jurist und seit dem 2. Juni 2001 Ehrendoktor der Universität Tübingen, dort jedoch nicht bei den Juristen, sondern bei den Erziehungswissenschaftlern. Eine großartige und ganz außergewöhnliche Auszeichnung und, wie ich meine, mehr als verdient.

# Abgrenzung und Kooperation - eine Aufgabe für das Jugendamt oder den Gesetzgeber?

MINISTERIALRAT DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER

*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht im*

*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn*

Als einer, der dem Verein für Kommunalwissenschaften und dem Deutschen Institut für Jugend- und Familienrecht und den dort tätigen Personen gleichermaßen verbunden ist, freue ich mich, als Referent an dieser ersten gemeinsamen Tagung beider Institutionen mitwirken zu dürfen. Die Liaison der beiden scheint ja recht viel versprechend zu sein, ist sie - wenn ich Herrn Dr. Meysen's Schilderung der Verhältnisse richtig deute - über den ersten Flirt und vereinzelte Dates bereits fortgeschritten. Schon wird von einem „kuscheligen Anschmiegen“ berichtet.

Aus der großen Resonanz, die die Veranstaltung erfährt, wird deutlich, dass die beiden Institutionen ein nicht unbedingt neues, aber doch offensichtlich aktuelles und möglicherweise nach neuen Lösungen verlangendes Thema aufgegriffen haben.

Mir kommt die Aufgabe zu, darüber nachzudenken - oder besser - Ihnen das, worüber ich bereits nachgedacht habe, zu vermitteln, nämlich, ob die Regelung des Spannungsverhältnisses (vielleicht ist es ja auch ein spannendes Verhältnis) zwischen Sozialen Diensten einerseits und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft andererseits dem Gesetzgeber oder der Organisationsgewalt der einzelnen kommunalen Gebietskörperschaften vorbehalten bleiben soll.

Ich will meine Ausführungen in **vier Teile** untergliedern:

- 1) Zunächst will ich mich mit den Begriffen „Soziale Dienste“ und „Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft“ und ihren Inhalten auseinandersetzen,
- 2) dann möchte ich einen Blick auf die Vielfalt der Organisationsformen in der kommunalen Praxis werfen,
- 3) im dritten Teil will ich über rechtliche und fachliche Tendenzen sprechen, die es anscheinend nahe legen, die Amtsvormundschaft in einen Sozialen Dienst zu integrieren,
- 4) schließlich will ich mich der im Thema anklingenden Frage zuwenden, wer die Vorgaben für eine richtige Organisation der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft machen soll.

## 1. Zu den Begriffen und ihren Inhalten

Wir sprechen so ohne weiteres vom Verhältnis zwischen Sozialen Diensten einerseits und der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft beziehungsweise Beistandschaft andererseits. Wissen wir wirklich so genau, was wir hier in Beziehung zueinander setzen?

Fragen wir zunächst: **Was sind Soziale Dienste?** Das Fachlexikon des Deutschen Vereins enthält dazu ein längeren Beitrag und gibt uns dazu folgende Auskunft: „*Es gibt keine allgemein gültige oder gesetzlich fixierte Definition. Der Begriff Soziale Dienste wird sehr unterschiedlich gebraucht. Er dient der Beschreibung von Dienstleistungen und Organisationsformen, wird als Synonym für Neustrukturierungen sozialer Arbeit, aber auch für tradierte Familienfürsorge verwendet*“ (S. 849).

Angesichts dieser Auskunft stellen sich Zweifel ein, ob es nun sinnvoll ist, über „Soziale Dienste“ zu reden, ohne vorab zu klären, was denn im konkreten Kontext mit dieser Begrifflichkeit gemeint sein soll: die Beschreibung von **Dienstleistungen** oder **Organisationsformen**.

Etwas besser sieht es da schon mit den Begriffen „Amtsvormundschaft“, „Amtspflegschaft“ und „Beistandschaft“ aus. Handelt es sich hier doch um Rechtsbegriffe mit zum Teil langer Tradition. So enthält das Bürgerliche Gesetzbuch allgemein verbindliche Aussagen über die Aufgaben der Vormundschaft, der Pflegschaft und der Beistandschaft, die durch Verweis - im Fall der Beistandschaft unmittelbar - auch für die Wahrnehmung dieser Aufgaben durch das Jugendamt als Behörde gelten.

Ganz allgemein lässt sich also sagen, dass die Begriffe der Amtsvormundschaft, der Amtspflegschaft sowie der Beistandschaft jeweils **gesetzlich definierte Aufgaben** beschreiben, deren Wahrnehmung dem Jugendamt zugewiesen wird. Demgegenüber handelt es sich bei dem Begriff „Sozialer Dienst“ in erster Linie - und damit greife ich wohl die übliche Definitionsalternative heraus - um eine **Organisationsform**, die für die Erfüllung sozialer Aufgaben bei kommunalen Gebietskörperschaften aber auch bei nichtstaatlichen Organisationen (Freien Trägern) vorzufinden ist.

Während der Gesetzgeber nun einerseits die Aufgaben der Amtsvormundschaft, Amtspflegschaft und der Beistandschaft relativ präzise umschreibt, begnügt er sich andererseits damit, diese Aufgaben dem Jugendamt ohne weitere Maßgaben hinsichtlich der Organisation zuzuweisen. Zwar finden wir in § 55 Abs. 2 SGB VIII noch die Verpflichtung, die Ausübung der Aufgabe einzelnen Beamten oder Angestellten im Jugendamt zu übertragen, womit der personale Charakter der Aufgabe hervorgehoben wird. Weitere organisatorische Vorgaben trifft der Gesetzgeber jedoch nicht.

Demgegenüber ist der Begriff „Soziale Dienste“ kein Rechtsbegriff, sondern eine Schöpfung der Organisationslehre. Zwar ist etwa in § 17 SGB I die Rede von „sozialen Diensten und Einrichtungen“, die zur Ausführung von Sozialleistungen rechtzeitig und ausreichend zur Verfügung stehen sollen. Der Gesetzgeber setzt die Existenz dieser Einrichtungen und Dienste aber bereits voraus.

Welche Aufgaben im Einzelnen Soziale Dienste wahrnehmen, ist, da diese Dienste in erster Linie kommunal organisiert sind, gesetzlich nicht geregelt, sondern der kommunalen Organisationshoheit überlassen. Wenn wir also vom Verhältnis zwischen sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft reden, dann reden wir vom Verhältnis einer Organisationsform, der anscheinend beliebige Aufgaben zugeordnet werden können, zu einer gesetzlich definierten Auf-

gabe, bewegen uns also auf verschiedenen Argumentationsebenen. Es bedarf also einer Entscheidung über die organisatorische Zuordnung der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft. Diese Entscheidung ist bisher nicht ausdrücklich durch den Gesetzgeber erfolgt, ergibt sich aber möglicherweise aus der Struktur der Aufgaben.

## **2. Welche Konsequenzen haben nun die kommunalen Gebietskörperschaften aus diesem Befund hinsichtlich der organisatorischen Zuordnung der Aufgaben der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft gezogen?**

*Jutta Opitz* weiß, wovon sie spricht, wenn sie in ihrem Aufsatz über „Amtsvormundschaft und Soziale Dienste“ in der Zeitschrift „Das Jugendamt“ Heft 7/8/2001 nüchtern feststellt: *„In Folge des Rechts auf kommunale Selbstverwaltung finden sich bundesweit viele unterschiedliche Strukturen und Organisationsformen in den Jugendämtern. Gleiches gilt für die Organisation und Aufgabenwahrnehmung der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft in den Jugendämtern.“*

*Jutta Opitz* bezieht sich dabei auf Ergebnisse der Untersuchung von *Münder/Mutke* und *Schöne*, die unter dem Titel „Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz“ im letzten Jahr erschienen ist. Im Hinblick auf die 20 dort untersuchten Jugendämter (also eine kleine Grundgesamtheit) werden für die Amtspflegschaft insgesamt **drei Grundtypen der Aufgabenwahrnehmung** unterschieden:

- Wahrnehmung durch Verwaltungseinheiten, in denen (Amts)Pfleger zwischen 400 und 800 bestellte und gesetzliche Pflegschaften führen und dabei durch eine Sachbearbeiterebene unterstützt werden
- die Wahrnehmung der Amtspflegschaften durch spezialisierte Fachkräfte, die den Aufgabenbereich selbst ausführen und
- Wahrnehmung der Aufgaben der bestellten Amtspflegschaften durch sozialpädagogische Dienste des Jugendamts.

Bereits diese Auswahl zeigt eine große Organisationsvielfalt, die bei einer Totalerhebung bei allen Jugendämtern wohl noch weitere - mehr oder weniger exotische - Alternativen an den Tag brächte - dies insbesondere, seit unter dem Banner der so genannten „Verwaltungsmodernisierung“ externe Berater mit schicken Präsentationskoffern und einer hohen Resistenz gegenüber fachlichen Argumenten Kommunalpolitikerinnen und -politikern schlanke Verwaltungsorganisationen schneiden, die sodann häufig ohne Diskussion mit den Betroffenen von oben implementiert werden. Das Ergebnis ist dann - außer einem hohen Beratungshonorar - häufig Frust, innerbetriebliche Opposition und der Zwang zum Überleben, bis eines Tages nach und nach der alte Zustand wieder hergestellt wird - ein Thema, das an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden kann.

Ein überzeugter Kommunalpolitiker würde sich über die dargestellte Organisationsvielfalt bei den Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften/Beistandschaften freuen - und darin einen Kerngedanken kommunaler Selbstverwaltung verwirklicht sehen, nämlich eine an den örtlichen Gegebenheiten orientierte Verwaltungsorganisation.



Dabei wäre zunächst zurückzufragen, was denn unter „örtlichen Gegebenheiten“ im Einzelnen zu verstehen ist:

- Die Steuerkraft der kreisfreien Stadt oder des Kreises,
- die Zahl der unter Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft stehenden Kinder,
- das Bedürfnis, bestimmte Personen mit bestimmten Posten in der Verwaltung zu betrauen oder sie davon fernzuhalten?

Letztlich entpuppt sich der Begriff „örtliche Verhältnisse“ als Leerformel, die mehr oder wenig beliebig füllbar ist.

### **3. Amtsvormundschaft, Amtspflegschaft und Beistandschaft als Aufgaben des Allgemeinen Sozialdienstes?**

Unabhängig von diesen Definitionsversuchen ist festzustellen, dass Organisationsvielfalt als solche weder negativ noch positiv zu bewerten ist. Organisation ist - was offensichtlich immer mehr in Vergessenheit gerät - weder Selbstzweck, noch dient sie ausschließlich der Kosteneinsparung. Primäres Ziel der Organisation ist die wirksame und wirtschaftliche Aufgabenerledigung. Um dieses Ziel richtig anzusteuern, ist es aber zunächst notwendig, die **Struktur der zu organisierenden Aufgabe** in den Blick zu nehmen. Dies ist ohne Rekurs auf etwaige rechtliche Vorgaben nicht möglich. Bei der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft gilt dies in besonderer Weise, weil es sich hier nicht im klassischen Sinn um Verwaltungsaufgaben handelt, sondern um Rechtsinstitute des Privatrechts, die nach dem Willen des Gesetzgebers hilfsweise im Rahmen der öffentlichen Verwaltung wahrgenommen werden.

Hier scheinen in den letzten Jahren Entwicklungen im Gange zu sein, die die Frage nach der richtigen Zuordnung der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft weniger bedeutsam erscheinen lassen.

- a) Über Jahrzehnte waren Amtsvormund und Amtspfleger durch die Formen der **gesetzlichen** Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft geprägt. Im Vordergrund standen also Fragen der Vaterschaftsfeststellung und des Unterhalts. Bestellte Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften machten nur einen Bruchteil davon aus. Hinzu kommt, dass die vergleichsweise wenigen Kinder und Jugendlichen, die unter bestellter Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft standen, zum größten Teil in Einrichtungen und Pflegestellen lebten und dort vor Ort pädagogische Hilfestellung erhielten - ein Bedarf für eine sozialpädagogische Hilfestellung von außen (über einen Vormund oder Pfleger) also nicht auf den ersten Blick erkennbar war. Dies erklärt, warum Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft über Jahrzehnte durch **rechtsnahe Verwaltungsaufgaben** profiliert waren.

Das Jugendamt nach der Aufgabenstruktur des Jugendwohlfahrtsgesetzes definierte sich seinerseits weitgehend über das so genannte Vormundchaftswesen, war es doch - wie *Wilhelm Polligkeit* in seinem Kommentar zum Reichsjugendwohlfahrtsgesetz feststellt - „das Kernstück des Reichsjugendwohlfahrtsgesetzes“. Jugendhilfe als Sozialleistung war damals nur in punktuellen Ansätzen, aber

nicht im Sinne einer systematischen Ausgestaltung erkennbar. Dies bedeutet, dass die Identität des Jugendamts über lange Zeit durch die Funktion der Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft geprägt war - ihr gegenüber war die Funktion als Sozialleistungsbehörde nicht einmal in Ansätzen entwickelt. Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft wiederum erhielten aufgrund der Dominanz der gesetzlichen Formen ihrerseits ihr Profil durch die rechtliche Vertretung von Interessen des Mündels, das seinerzeit weit überwiegend mit der Mutter in einem Haushalt lebte und dort die tatsächliche Erziehung genoss.

Als dann - schon unter der Geltung des Jugendwohlfahrtsgesetzes - nach und nach der präventive familienunterstützende Aspekt in der Arbeit der Jugendämter - und damit die leistungsrechtliche Komponente der Jugendhilfe - Bedeutung gewann, ergab sich die Abgrenzung zwischen den beiden Feldern: Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft einerseits und Gewährung und Erbringung sozialer Leistungen andererseits ohne weiteres aus den **unterschiedlichen fachlichen Anforderungen**, nämlich der geforderten administrativ rechtlichen Kompetenz im Bereich Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft sowie der geforderten pädagogisch fachlichen Kompetenz in den sich inzwischen bildenden Sozialen Diensten, die bis heute landes- und regionalspezifisch unterschiedliche Namen tragen. Das Unterscheidungskriterium zwischen Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft einerseits und Sozialen Diensten andererseits war also lange Zeit der **Einsatz verschiedener Fachdisziplinen**.

- b) Die mehr oder weniger friedliche Koexistenz zwischen den Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in den Sozialen Diensten und den Verwaltungsfachkräften in den Bereichen Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft geriet aber durch verschiedene Entwicklungen zunehmend ins Wanken: Im Lager der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft deutete sich eine unumkehrbare Entwicklung von den gesetzlichen zu den bestellten Formen an. Darin liegt nicht nur etwa ein formalrechtlicher Unterschied, sondern vor allem ein völlig verändertes Anforderungsprofil, das ohne pädagogische Fachkenntnisse nicht erfüllt werden kann.

Mit der **Neuordnung der Beistandschaft** wurde darüber hinaus auch rechtssystematisch gewissermaßen die letzte Entwicklungsstufe erreicht: Eine Vertretung von Kindesinteressen durch das Jugendamt erfolgt von jetzt an ohne Einschränkung der Elternrechte. Die Notwendigkeit zur Kooperation mit den Eltern, die Sensibilität für die psychosoziale Situation des Kindes und gleichzeitig auch für die der beiden Elternteile sind von nun an für die Aufgabenerfüllung unverzichtbar. Gleichzeitig gibt es auch in den Sozialen Diensten Tendenzen, Rechtsfragen stärker in den Blick zu nehmen. Bezieht man am Ende noch die Aufgabe des Jugendamts nach § 18 SGB VIII ein, Väter und Mütter bei der Ausübung des Sorgerechts und des Umgangsrechts zu beraten - *Kunkel* spricht plastisch von der „kleinen Beistandschaft“ -, dann scheinen sowohl von den fachlichen Anforderungen als auch von der Funktion her die Übergänge zwischen Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft einerseits sowie der Gewährung und Erbringung von Sozialleistungen andererseits fließend geworden zu sein. Konsequenterweise wird häufig darum gestritten, wer denn die Aufgaben nach § 18 Abs. 1 SGB VIII wahrnehmen soll: die Fachkräfte aus den Bereichen Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft oder aus den Sozialen Diensten.

Liegt es angesichts der **gegenseitigen Annäherung der Aufgabenprofile** dann nicht nahe, die Organisationsform „Soziale Dienste“ zu öffnen für die Erfüllung aller Aufgaben nach dem KJHG, wenn diese Aufgaben weder von den fachlichen Anforderungen noch von der rechtlichen Systematik her eindeutig voneinander zu trennen sind? Haben die praktische Entwicklung und der Gesetzgeber nicht eine Steilvorlage für die kommunalen Modernisierer geliefert, die nun endlich ihr neues Verwaltungsmodell im Sinne einer Integration von Sozialarbeit und Verwaltung umsetzen können?

Auch wenn, wie sich an den Beratungsaufgaben nach § 18 und § 52 a SGB VIII zeigt, die Übergänge zwischen den beiden Aufgabenfeldern fließend geworden sein mögen, so handelt es sich im Kern um unterschiedliche Funktionen, die im Interesse und zur Wahrung der Rechte des Kindes nicht in einer Organisationseinheit - erst recht nicht in einer Person - zusammengeführt werden dürfen. Darauf wird Herr Prof. Kaufmann in seinem anschließenden Referat näher eingehen. Wenn wir diesen Maßstab - also die **grundsätzliche Wesensverschiedenheit der beiden Aufgabenfelder** - an die Untersuchungsergebnisse von *Münder/Mutke* und *Schöne* anlegen, dann wird deutlich, dass ein nicht unerheblicher Teil der Jugendämter falsch organisiert ist. Wenn Fachkräfte im Allgemeinen Sozialdienst zugleich Aufgaben der Amtspflegschaft wahrnehmen müssen oder sogar als Amtspfleger bestellt sind, dann muss dies zu nicht auflösbaren Rollenkonflikten führen.

Hier ist zunächst zu fragen, warum es überhaupt zu solchen Fusionstendenzen kommen konnte. Ein Grund dürfte darin zu suchen sein, dass in der Praxis nicht immer die ausreichende Sensibilität und das ausreichende Verständnis für die unterschiedlichen Funktionen des Jugendamts als Sozialleistungsbehörde einerseits und das Jugendamt als Elternvertreter andererseits vorhanden ist. Dieser Effekt mag durch die zunehmende fachliche Verflechtung noch weiter verstärkt werden.

#### **4. Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus diesem Befund?**

Organisationsentscheidungen sind nach unserer Verfassungsordnung in erster Linie kommunale Entscheidungen. Nun zeigt aber die beschriebene Organisationsvielfalt in unserer Jugendamtspraxis, dass die Sensibilität vor Ort für diese Organisationsfrage nicht eben ausgeprägt ist. Gutachten des Deutschen Instituts für Vormundschafswesen und Aufsätze in Fachzeitschriften haben bisher wohl bestenfalls in Einzelfällen kommunale Entscheidungen beeinflussen können. Einzelne Länder haben - durch ihre Landesjugendämter - Empfehlungen zur Organisation der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft veröffentlicht. Dabei habe ich den Eindruck gewonnen, dass die neuen Länder hier problembewusster agieren als die alten. Ob und inwieweit solche Empfehlungen in der Praxis umgesetzt werden, entzieht sich allerdings meiner Kenntnis.

Prof. Kaufmann hat in seinem Beitrag im „Amtsvormund“ Heft 6/1998 überzeugend die Grenzen kommunaler Organisationshoheit dargestellt. Ich sehe nicht, dass bisher auch nur in einem Fall die so genannte Kommunalaufsicht gegen eine dysfunktionale Organisationsentscheidung zu Felde gezogen wäre - begreift sie sich entgegen

ihrer Bezeichnung offensichtlich als Hüter kommunaler Interessen, nicht als Kontrollorgan und externe staatliche Aufsicht. Sachlich befriedigende Lösungen sind also durch kommunale Entscheidungen offensichtlich nicht zu erwarten. Deshalb ist aus meiner Sicht der Gesetzgeber gefordert. Wie wir wissen, hat die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung zwar Verfassungsrang, sie steht aber unter einem sogenannten Gesetzesvorbehalt, das heißt der Gesetzgeber ist befugt, unter bestimmten Voraussetzungen, die das Bundesverfassungsgericht in verschiedenen Entscheidungen herausgearbeitet hat, in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen, so insbesondere, wenn der Eingriff für die Aufgabenerfüllung notwendig ist.

Die zentrale Aufgabe der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft ist die Erfüllung von Elternpflichten oder - anders gewendet - von Kindesrechten. Wenn wir es mit den Rechten des Kindes wirklich ernst meinen, dann dürfen wir nicht länger in Rhetorik und PR-Kampagnen verharren. Wenn der Staat im Interesse und zum Schutz von Kindern Eltern die Verantwortung für ihre Kinder ganz oder teilweise entzieht, dann darf er sich nicht mit dem Eingriff als solchen zufrieden geben, sondern muss dauerhaft Bedingungen für ein gedeihliches Aufwachsen des Kindes schaffen. Dazu gehört, dass die Elternaufgaben nicht einfach nur verwaltet, sondern wirksam wahrgenommen werden. Dieses Ziel kann nur durch eine strikte organisatorische und personelle Trennung von Eltern- und Sozialleistungsfunktionen im Jugendamt erreicht werden. Aus meiner Sicht ist deshalb eine Regelung in den §§ 52 a ff. SGB VIII, die diese Trennung vorschreibt, verfassungsrechtlich zulässig. Dass eine eigenständige Organisationseinheit Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft sowohl über rechtlich administrative als auch über pädagogische Kompetenzen verfügen muss, steht dabei für mich außer Frage. Das bedarf auch keiner ausdrücklichen gesetzlichen Regelung.

Aufgabe von Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft ist die Gewährleistung der Personen- und der Vermögenssorge für diejenigen Kinder, die nicht unter elterlicher Sorge stehen. Dafür bedarf es - dies ist meine Quintessenz - gesetzlicher Vorgaben, die die Verquickung verschiedener Funktionen zu Lasten der Rechte und Interessen von Kindern ausschließen.

## Nachfragen und Diskussion

**Dr. Thomas Meysen**, *Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg*: Herzlichen Dank, Herr Wiesner. Ich glaube, Herr Wiesner hat mit klar und scharf pointierten Äußerungen und Standpunkten nicht gespart und wir sollten die Gelegenheit zur weiteren Diskussion nutzen.

**Wolf H. Volkenborn**, *Amtsvormund/Sachgebietsleiter Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Düsseldorf*: Das Stadtjugendamt Düsseldorf hat etwa seit den siebziger Jahren eine Organisationsform der Amtsvormundschaften, die von den anderen abgetrennt ist. Das heißt, Amtsvormundschaft und Amtspflegschaft ist ein Teil, Unterhaltsbeistandschaft (früher Amtspflegschaft im Unterhaltswesen) ist ein zweiter Teil mit völlig verschieden besetzten Personen, es sind also zwei Arbeitsgruppen. Diese Entwicklung haben wir bis heute gegen immer mehr Widerstände der eigenen Verwaltung beibehalten.

Vor ungefähr 30 Jahren habe ich als Amtsvormund mit etwa 150 Amtsvormundschaften nichtehelicher Herkunft angefangen. Ich war der erste Sozialarbeiter im Jugendamt Düsseldorf, der in die Amtsvormundschaft ging, und brachte fünf bestellte Amtsvormundschaften mit, die ein Verband nicht mehr haben wollte, weil er sich als Vormund aus der Arbeit zurückzog. Inzwischen ist das Verhältnis etwa 90 % bestellte und 10 % gesetzliche Vormundschaften. Diese Entwicklungsform haben wir eigentlich für gut und richtig befunden - gegen viele Widerstände -, weil sie uns in die Situation versetzt hat, die Kinder beziehungsweise Jugendlichen direkt zu betreuen, das heißt zu schauen, wie es ihnen geht, persönlich mit ihnen zu sprechen. Im Vergleich zu den früheren 150 haben wir heute 90 als Messlatte für Fallzahlen. Die Firma Kienbaum hat nach einer Analyse in unserem Amt 78 vorgeschlagen, daraus ist aber nichts geworden. Es hat sich bei den Besuchen ergeben, dass wir jedes Kind einmal im Jahr sehen konnten und Heimkinder etwa zweimal. Mehr ist bei der gesamten Arbeit und der Verstreuung der Kinder im Umfeld nicht drin. Anfänglich war das zwischen Bayern und Schleswig-Holstein bedingt durch die Heim- und Pflegestellen.

Ich wollte einfach die Situation schildern. Die Kollegen der Partnerstadt Chemnitz sind auf einem ähnlichen „Dampfer“.

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner**: Wenn ich das richtig verstanden habe, dann ist Düsseldorf rechtstreu. Sie haben nicht die personelle und/oder organisatorische Verquickung zwischen Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft, sondern Sie haben innerhalb Ihrer Organisationseinheit noch einmal eine interne Unterteilung, gegen die ja nichts spricht, so lange die Zäsur zu den Sozialen Diensten deutlich ist.

**Wolf H. Volkenborn**: Früher war der Soziale Dienst Teil des Sozialamtes als Familienfürsorge. Später wurde er Teil des Jugendamtes als eine eigene Abteilung. Die Amtsvormundschaft hingegen war immer eine eigene Abteilung innerhalb des Großstadtyugendamtes, die bestand einmal aus der Amtsvormundschaft und aus der damaligen Unterhaltspflegschaft, jetzt -beistandschaft als eine zweite Gruppe. Die damalige Amtsvormundschaft für Erwachsene, heute Betreuungsstelle, ist eine dritte Arbeitsgruppe.

Eine vierte ist die UVK: Unterhaltsvorschuss und Kasse für die Abwicklung. Auch beim Sozialen Dienst war es anders als heute, es gab einen *Besonderen Sozialen Dienst* und einen *Allgemeinen Sozialen Dienst*. Das hat sich verändert. Wir hatten also an dieser Stelle immer eine ganz klare Aufgabentrennung.

Wir sind heute sieben Amtsvormünder, davon sind zwei Sozialarbeiter, die anderen kommen überwiegend aus dem Amtspflegschaftsbereich, sie sind Verwaltungsbeamte klassischer Ausbildung mit der Vorkenntnis der Amtspflegschaftstätigkeit. In dieser Gruppe arbeiten eine Dame und sechs Herren. Ich bin Leiter dieser Gruppe, mein Ziel war die paritätische Besetzung sowohl im Zahlenverhältnis Männer/Frauen als auch Sozialarbeiter/Sozialpädagogen und Verwaltungsleute. Das ist mir nicht geglückt.

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner:** Wie müsste denn aus Ihrer Sicht das Verhältnis Verwaltungsfachkräfte/Sozialarbeiter/Sozialpädagogen in Ihrer Organisationseinheit sein? Sie sagen, im Augenblick haben Sie zwei Sozialarbeiter und fünf Verwaltungsleute. Ist diese Relation für die Aufgabenerfüllung so richtig?

**Wolf H. Volkenborn:** Ich gehöre dem überregionalen Arbeitskreis in Nordrhein-Westfalen für Amtsvormundschaften an. Wir haben heiße Diskussionen geführt, wer die Amtsvormundschaften ausüben sollte. Wir haben uns darauf geeinigt, dass es beide Professionen können und beide gut können. Es bedarf nur entsprechender Nachschulungen für beide, weil die Tätigkeit des Amtsvormundes sehr viel Verwaltungsarbeit beinhaltet. Auch ich habe es mir als junger Sozialarbeiter über die Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie aneignen müssen.

**Ria Benz, Sachgebietsleiterin Amtsvormundschaft im Amt für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz:** Herr Volkenborn hat es schon vorweggenommen: Ich weiß nicht, was wir für Strukturen mit einer anderen Partnerstadt gehabt hätten, aber wir haben dankenswerterweise die Strukturen unserer Partnerstadt Düsseldorf in Chemnitz übernehmen können, die eine eigene Abteilung Allgemeiner Sozialdienste für den Bereich der Leistungen nach dem SGB VIII mit den Sachgebieten Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft und Kindschaftssachen (Beratung nach § 18 SGB VIII und Beistandschaften) sowie das Sachgebiet Unterhaltsvorschuss und die Betreuungsbehörde hat.

Wir haben mit diesen Strukturen sehr gute Erfahrungen gemacht. Bei uns sind die Voraussetzungen natürlich etwas anders gewesen. Die Kolleginnen und Kollegen kamen nach der Wende durchweg aus pädagogischen Berufsfeldern in den für sie neuen Bereich der Amtsvormundschaft. Die Zusatzausbildung im Verwaltungsbereich erfolgte anschließend. Die Leiterinnen hatten außerdem das Glück, dass sie in einem Pilotprojekt des damaligen Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen in Heidelberg eine berufsbegleitende Ausbildung über zwei Jahre absolvieren durften, um sich für diesen Amtsvormundschafts-/Amtspflegschaftsbereich zu qualifizieren.

**Holger Gläss, Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe im Rems-Murr-Kreis:** Ich habe eine Frage an Herrn Wiesner. In der Literatur bin ich mehrmals über den § 16 SGB X gestolpert. Der sagt, es könne nicht jemand an einem Verwaltungsakt mitwirken, wenn er selbst davon betroffen ist. Ich bin kein Jurist, sondern Sozialpädagoge und denke deshalb vielleicht etwas naiv: Wenn es dort so steht, dann kann es auch nicht so sein. Dieses Modell, dass das gemeinsam in einer Organisationsform oder gar in einer

Person durchgeführt wird, widerspricht dem ja eklatant. Sie haben ja vorhin Wege beschrieben, die möglich wären, um diesem - wenn man so will - Übel zu Leibe zu rücken. Wäre auf diesem Weg was zu bewirken oder steht der § 16 einfach nur da und wird ignoriert wie viele andere auch?

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner:** Manchmal hat man den Eindruck, viele Vorschriften stehen zwar im Gesetz, sie werden aber offensichtlich mehr oder weniger bewusst missachtet. Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, dann hat Herr *Prof. Kaufmann* auch diesen § 16 als ein Begründungselement für die Notwendigkeit einer organisatorischen Trennung angeführt, weil der Verwaltungsakt sonst fehlerhaft und rechtswidrig oder gar nichtig ist. Diese Fehlerfolge muss vermieden werden. Es gibt also verschiedene Gründe, die diese Trennung erfordern. Aber offensichtlich nehmen nur wenige Jugendämter diese Gründe ernst und ziehen daraus die Konsequenzen.

**Marita Langheim, Bezirkssozialdienst, Jugendamt der Stadt Düsseldorf:** Das Idealbild, das der Herr Volkenborn und die Kollegin aus Chemnitz gezeichnet haben, muss ich ein bisschen hinterfragen. Bei den Verbänden, sprich Diakonie und katholischer Sozialdienst, führen die Bezirkssozialarbeiterinnen und -sozialarbeiter auch Vormundschaften. Wenn ich bei unserer Abteilung Vormundschaften wegen einer Pflegschafts- oder Vormundschaftsübernahme anfrage, muss ich zunächst bei den Verbänden nachfragen, weil in unserem Amt die Kapazitäten erschöpft sind. Das habe ich erst kürzlich erfahren. Dadurch wird doch das wunderbare Modell, das wir im Jugendamt Düsseldorf haben, deutlich unterlaufen. Die Verbände handhaben das anders und müssen nun zuerst angefragt werden. Das ist in meinen Augen etwas schizophren.

**Wolf H. Volkenborn:** Von den Verbänden in Düsseldorf werden nicht *Amtsvormundschaften* geführt, sondern die beiden Wohlfahrtsverbände - Sozialdienst katholischer Männer und Frauen und Diakonie - führen auch *Vormundschaften*. Das ist laut Gesetz auch in Ordnung. Frau Langheim spricht nun Folgendes an: Es ist von der Leitung des Jugendamtes eine Reduzierung der Fallzahlen im Bereich der Amtsvormundschaften beabsichtigt. Die Verbände haben eine Mischform bei der Führung der Vormundschaften, weil sie Bezirkssozialarbeit und Vormundschaften in einer Person ausüben. Darüber haben wir bereits vor zehn Jahren gesprochen, aber die Verbände lassen sich in diesem Punkt von den Amtsvormündern nicht reinreden. Wir wollten eine klare Trennung der beiden Tätigkeiten, wie es in der Stadtverwaltung Düsseldorf üblich ist.

Unser stellvertretender Amtsleiter spricht im Moment davon, dass wir Vormundschaften „dazu kaufen“ werden. Das heißt, die Verbände sollen in ihrer Tätigkeit aufgestockt werden und sollen mehr Vormundschaften übernehmen, damit die Amtsvormundschaft aus der Überlastungssituation herauskommt, denn wir sind die Einzigen, die keine Vormundschaften ablehnen können. Der Einzelvormund und der Verband können das, das Jugendamt nicht. Dazu kommt, dass wir gerade dabei sind, eine Software „Logodata“ einzuführen, die unsere Arbeit erleichtern soll. Diese ist aber nicht auf die Düsseldorfer Tätigkeit der Amtsvormundschaft zugeschnitten. Diese Entlastung wird nicht funktionieren. Die Verbände werden zukünftig aus der Amtsvormundschaft heraus über die haushaltsrechtlichen Belange von der Stadt finanziert und das Abrechnungsverfahren dazu soll in die Amtsvormundschaft als zusätzliche Aufgabe übertragen werden. Das wird sehr schwierig, es gibt überhaupt keine Erfahrungen hierzu.

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner:** Dazu habe ich zwei Fragen: Nach dem Willen des Gesetzgebers gibt es den Vorrang der Einzelvormundschaft/-pflegschaft vor der Vereinsvormundschaft/-pflegschaft und als Ultima Ratio beziehungsweise hilfsweise die Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft. Jetzt sagen Sie zu Recht, das Jugendamt muss als Letzter diese Aufgabe übernehmen und kann nicht freiwillig entscheiden, weil diese Aufgabe sonst nicht wahrgenommen würde. Aber das Jugendamt will sich für die Erfüllung dieser Aufgabe wiederum bestimmter freier Träger bedienen. Da stellt sich mir die Frage, ob der freie Träger, der so einen Vertrag abschließt, nicht eigentlich unmittelbar verpflichtet wäre, vom Richter primär benannt zu werden. Das ist gewissermaßen eine Umgehung des Vorrangs der freien Träger. Das Gesetz will ja, dass er primär *selbst* und nicht im Auftrag des öffentlichen Trägers tätig wird.

Die zweite Frage: Wenn wir davon reden, dass die Aufgaben im Jugendamt nicht verquickt werden dürfen, dann gilt das natürlich auch für einen Verein. Der Gesetzgeber damals im BGB hat sich wahrscheinlich nicht vorstellen können, dass so ein Verein gleichzeitig Leistungserbringer im Sinne des Jugendwohlfahrtsgesetzes beziehungsweise jetzt des SGB VIII *und* Vormund oder Pfleger ist. Kritisch wird es allerdings erst, wenn der freie Träger nicht nur die Funktion des Leistungserbringers ausübt, sondern „im Auftrag des Jugendamts“ auch über die Gewährung von Leistungen entscheiden sollte. Dann stellt sich das Problem der Rollenverquickung ganz genau so wie beim Jugendamt.

**Christa Wagener, Fachbereichsleiterin Vormundtschaftswesen im Bezirksamt Neukölln, Abteilung Jugend und Familie, Berlin:** Bei uns in Berlin sind die Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften und Beistandschaften derzeit ein eigener Bereich im Fachbereich Familienunterstützende Hilfen, losgelöst vom ASD.

Mir persönlich fehlt in Berlin die Fortbildung der Mitarbeiter. Es wird meines Erachtens zu wenig Fortbildung verlangt. Es ist den Mitarbeitern letztendlich freigestellt, inwieweit sie sich als Verwaltungskräfte in den sozialpädagogischen Bereichen fortbilden oder, wenn ein Sozialpädagoge in die Amtsvormundschaft/-pflegschaft/Beistandschaft wechselt, inwieweit dieser sich dann verwaltungstechnisch fortbildet. Es müssten an dieser Stelle mehr Vorgaben gemacht werden. Es ist einfach zwingend erforderlich, dass beide Bereiche abgedeckt werden, dass auch der Verwaltungsmensch nicht dem ASD ausgeliefert ist, sondern mitreden kann.

Zur Privatisierung beziehungsweise Umstrukturierung der Jugendhilfe: Berlin hat, wie Sie alle wissen, kein Geld. Die Senatsverwaltung hat eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit der „*Neustrukturierung der Berliner Jugendhilfe*“ befasst - ein schöner Begriff für *Einsparung* in der Berliner Verwaltung. Die ersten Abhandlungen, die als Gesprächs- und Diskussionsgrundlage im Land Berlin kursieren, sprechen im Prinzip davon, dass man fast die ganze Jugendhilfe privatisieren könnte und lediglich gewisse Kernaufgaben: Leitungsfunktionen, Kontrolldienste und Finanzierungen im Jugendamt als Behörde halten muss. Ich sehe das als langjährige Jugendamtsmitarbeiterin mit Grausen, dass man glaubt, insbesondere den gesamten Bereich Amtsvormundschaft, Amtspflegschaft, Beistandschaft, den gesamten Bereich Beratung einschließlich der kindschaftsrechtlichen Beratung, also Beratung nach den §§ 17, 18 und 52 a KJHG auf freie Träger übertragen zu können. Ich weiß nicht, wie man sich das vorstellt und was



dabei herauskommt. Das sind sicherlich die Sparzwänge im Land Berlin. Vielleicht hat sich das in fünf Jahren wieder totgelaufen, aber im Moment verunsichert das natürlich die Mitarbeiter in den Jugendämtern ganz erheblich. Mich würde nun schlichtweg interessieren, ob so eine Verfahrensweise, das Jugendamt auf Aufsichtsaufgaben zu beschränken, eigentlich gesetzlich zulässig ist.

**Dr. Thomas Meysen:** Wenn ich richtig liege, habe ich hier drei Fragen herausgehört:

1. die Frage nach den Kompetenzen auf den beiden Seiten Verwaltung und Sozialpädagogik und nach dem Bedarf nach Fortbildung, wie man diese Kompetenzen erwerben kann. Wie kann man das in einer Person vereinigen? Ist das überhaupt in einer Person zu vereinigen?
  2. die Frage nach dem Outsourcing im Jugendamt: Was kann man eigentlich aus dem Jugendamt herausgeben? Was sollte dort bleiben?
  3. die Frage nach der Finanzierung. Was ist mit den Vereinen? Zahlt das Jugendamt? Wie kommt es, dass das Jugendamt bei einem Outsourcing gar keine Kosten spart?
- Ich gebe diese drei Fragen an Herrn Wiesner.

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner:** Zur 1. Frage: Ich habe versucht zu vermitteln, dass bei den heutigen Anforderungen die Wahrnehmung der Aufgaben von Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Grunde mehrere fachliche Kompetenzen vereinigen muss: verwaltungstechnische, rechtliche, administrative und pädagogische Kompetenzen. Das kann auf der anderen Seite nicht heißen, dass sie nur Personen mit einer Doppelqualifikation beschäftigen dürfen. Dazu ist auch die tarifliche Einstufung zu gering. Aber dass man sich als Verwaltungsfachkraft im Pädagogischen weiterbildet beziehungsweise umgekehrt, um eine gewisse Ergänzung zu haben, das liegt - denke ich - auf der Hand.

Das KJHG oder SGB VIII enthält auch Vorschriften über die Verpflichtung der Jugendämter, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fortzubilden. Naturgemäß sind diese Vorschriften sehr abstrakt. Aus ihnen kann man nicht entnehmen, dass die einzelne Mitarbeiterin, der einzelne Mitarbeiter einen Anspruch auf bestimmte Fortbildungsmaßnahmen hätte. Das heißt, letztendlich hängt es in der Tat von der Bereitschaft, von der Sensibilität der eigenen Amtsleitung, der „Fortbildungskultur“ in der Behörde ab, wie ernst die Aufgabe der Personalentwicklung, der Weiterbildung, der Schulung begriffen wird. Einerseits wird das Thema ständig auch im Rahmen der Verwaltungsmodernisierung diskutiert, aber wenn es um die konkrete Umsetzung geht, werden oft Kostenaspekte in den Vordergrund gerückt.

Es liegt auf der Hand, dass Sie Ihre Aufgaben effizienter erfüllen können, wenn Sie fachlich qualifizierter sind. Sicher gibt es dabei aber auch eine obere Qualifizierungsgrenze beziehungsweise ein Niveau, das zu überschreiten unwirtschaftlich wäre. Dies ist aber wohl eher Theorie. Daher ist die Rechnung der Verwaltung, dass die Ausgaben für die Fortbildung sich nicht lohnen, aus meiner Sicht eine falsche Rechnung. Sicherlich lässt sich das nicht mathematisch beweisen. Es ist aber einfach plausibel, dass angesichts veränderter Aufgaben und veränderter Anforderungen Fortbildung für beide Berufsgruppen eine Notwendigkeit ist, sonst können sie den sich wandelnden Aufgaben nicht gerecht werden. Freilich bedarf es auch maßgeschneiderter, kompetenter Fortbildungsangebote.

Zur Frage nach dem Outsourcing: Der gerade fertig gestellte elfte Kinder- und Jugendbericht - die Kommission hat den Bericht abgegeben, gegenwärtig wird die Stellungnahme der Bundesregierung erarbeitet, zu Beginn des Jahres ist damit zu rechnen, dass der Bericht und die Stellungnahme dem Parlament und damit der Öffentlichkeit vorgelegt werden - beschäftigt sich unter anderem auch mit der Frage: Was sind denn künftige Aufgaben eines Jugendamts im Verhältnis zu freien Trägern oder anderen Leistungserbringern? Wieweit kann sich das Jugendamt möglicherweise zurückziehen?

Man muss dabei eines sehen: Das gilt nun nicht gerade für die Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft, aber eben für die anderen klassischen Aufgaben. Dort befindet sich das Jugendamt in einer Doppelrolle. Es ist einerseits die Behörde, die finanziert, steuert und verantwortlich ist gegenüber den Leistungsberechtigten, und es ist gleichzeitig Leistungserbringer und damit Konkurrent aller freien Träger. Diese Konkurrenz hat man so lange Zeit nicht gesehen, sie wird jetzt gerade im Rahmen der Diskussion um Verwaltungsmodernisierung deutlicher. Es gibt Stimmen, die sagen: Wenn man mit dem Wettbewerb und der Transparenz tatsächlich ernst machen will, dann ist es gar nicht möglich, dass das Jugendamt steuernde Aufgaben hat und gleichzeitig Leistungen erbringt. Aus diesem Befund leitet unter anderem die Sachverständigenkommission zum 11. Kinder- und Jugendbericht die Forderung ab: Das Jugendamt sollte sich aus dem leistungserbringenden Teil ganz zurückziehen und die Leistungserbringung ganz freien Trägern übertragen. Vorher müsste die Arbeit des ASD analysiert und in steuernde und leistungserbringende Funktionen aufgeteilt werden. Da steht zunächst die Frage, ob es überall freie Träger gibt, die diese Aufgaben übernehmen wollen. Man kann sie ja nicht dazu zwingen. Und was bedeutet das für die Leistungsberechtigten im Hinblick auf das Wunsch- und Wahlrecht? Und wenn sich nicht genügend freie Träger finden, muss das Jugendamt nicht doch eine gewisse Leistungsreserve bereithalten, damit es rechtliche Ansprüche gegenüber den Kindern, den Jugendlichen, den Eltern tatsächlich realisieren kann? Ich will damit nur deutlich machen, dass das Thema viele Facetten hat.

Nun wird das Thema des „Outsourcing“ erst einmal für den Bereich Gewährung und Erbringung von Sozialleistungen diskutiert. Dazu gehört die Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft nicht. Das ist keine Aufgabe, bei der die freien Träger aus sich heraus tätig werden können, sondern sie können sich nur in dem engen Rahmen, in dem das Gesetz das überhaupt erlaubt, an der Aufgabenerfüllung beteiligen und das Jugendamt bleibt doch noch fachlich verantwortlich.

Während die Gewährung von Sozialleistungen eine typische Verwaltungsaufgabe ist, ist dies die Übernahme von Vormundschaften und Pflegschaften nicht. Denn hier bestimmt der Gesetzgeber das Jugendamt erst dann zur Übernahme der Aufgabe, wenn weder Einzelpersonen noch Vereine verfügbar sind - oder anders herum: Wenn Einzelpersonen oder Vereine verfügbar sind, kann es überhaupt nicht zur Bestellung des Jugendamts als Amtsvormund kommen. Damit kann sich die Frage der Übertragung vom Jugendamt auf einen freien Träger hier gar nicht stellen.

Bei vielen dieser Outsourcing-Debatten geht es zudem in Wahrheit gar nicht um Kosteneinsparung, sondern nur um buchhalterische Tricks. Die Kosten werden von einer Position nur in eine andere verschoben. Denn auch ein freier Träger will finanziert werden.

**Christa Wolf**, *Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*: Ich möchte gern auf die Schwierigkeiten zurückkommen, die eben schon angesprochen worden sind und die sicher auch noch einmal im Referat von Professor Kaufmann sehr deutlich werden, nämlich die Probleme der Rollenkonfusion und der unklaren Aufgabenverteilung, die uns in der Praxis sehr viele Schwierigkeiten bereiten. Eine Frage an Herrn Wiesner: Warum schreibt man nicht ins Gesetz: „Die Wahrnehmung der Aufgaben nach § 55 darf nicht an Personen übertragen werden, die an der Bewilligung oder Erbringung von Leistungen nach den §§ 27 SGB VIII folgende beteiligt sind“? Das würde das Problem doch auf einfache Weise lösen, oder bin ich da zu blauäugig?

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner**: Eine gewisse Blauäugigkeit ist auch immer wieder erforderlich, denke ich. Trotzdem muss man natürlich die Realität sehen. Mein Vortrag lief auch genau auf das hinaus, was Sie angesprochen haben. Ich halte angesichts der tatsächlichen Situation eine solche Regelung für erforderlich. Die andere Frage bleibt natürlich - das habe ich erst einmal ausgespart -, welche Chancen wir für ein Gesetzgebungsverfahren haben. Schließlich geht es hier um Organisationsfragen, wo die kommunalen Spitzenverbände ganz besonders sensibel sind. Ich bin nicht sicher, ob es uns gelingt, eine solche Regelung politisch durchzusetzen. Aber vielleicht muss man das ausprobieren. Dazu sollten wir uns eine Strategie überlegen.

**Christa Wolf**: Meine Sorge besteht darin, dass wir, wenn wir diese Rollenkonfusion und die Überlastung der Amtsvormünder so lassen wie sie sind, sehr schnell dahin kommen, dass wir die Rechte der Kinder beschneiden, und zwar in einer Form, die mir nicht hinnehmbar erscheint. Und in dem Augenblick, wo ich die Rechte der Kinder so eklatant beschneide, hat der Gesetzgeber der Politik gegenüber Argumente. Wenn wir so agieren, wie wir agieren, weiß ich nicht, ob wir uns da im verfassungskonformen Bereich bewegen. Und dann - meine ich - wäre der Gesetzgeber immer gefordert.

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner**: Das leuchtet mir ein. Man kann natürlich zunächst sagen, es ist den Kommunen ja überhaupt nicht verwehrt, den verfassungsmäßigen Zustand selbst herzustellen. Sie können das tun und man kann das erst einmal über Appelle, Empfehlungen usw. in die Wege leiten, bevor man sozusagen das scharfe Schwert des Bundesgesetzgebers schwingt. Es wird von der kommunalen Seite als ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung empfunden. Dann gibt es, egal, wie berechtigt das Anliegen als solches ist, immer eine Diskussion, ob es opportun ist, hier in die kommunale Selbstverwaltung einzugreifen und, wo es ohnehin schon so viele Eingriffe gibt, hier noch einen weiteren Anwendungsfall zu schaffen. Das fachliche Anliegen ist also das Eine, aber das Andere die Frage der politischen Durchsetzung.

**May-Britt Seidel**, *Amtsvormünderin, Stadt Frankfurt/Main*: Auch in Frankfurt ist sehr viel umstrukturiert worden. Früher war der Vormund gleichzeitig Leiter der Abteilung Amtsvormundschaft mit Mitarbeitern, die die Aufgaben von UVG über Verwaltungsaufgaben allgemeiner Art in diesem Bereich erfüllten. Inzwischen ist durch die Umorganisation der Stadt Frankfurt der Vormund nur noch Vormund ohne Leitungsfunktion.

Wir sind gerade an einem Punkt, wo wir so etwas wie eine Stellenbeschreibung erarbeiten möchten. Wir sind die elf Vormünder in Frankfurt. Ich habe dazu die Frage: Gibt es

andere Städte, wo differenzierte Stellenbeschreibungen schon vollzogen worden sind, mit denen man sich austauschen könnte, von deren Erfahrungen wir profitieren könnten? Ich bin seit April Vormünderin in Frankfurt und die Stellenausschreibung, auf die ich mich bewarb, besteht im Grunde nur aus Überschriften und unter diesen Überschriften müssten jetzt differenzierte Ausführungen stehen, was ich dann nun wirklich zu tun oder auch nicht zu tun habe. So lange es das nicht gibt, bestehen im Grunde genau die Konflikte, die Thema dieser Tagung sind. Ich wiederhole meine Frage, ob in anderen Städten diese Beschreibungen schon existieren, auch mit dem neuen Bild des Vormundes, der nicht nur verwaltet, sondern auch tatsächlich - wie es in unserer Stellenbeschreibung heißt - eine kontinuierliche Beziehung zu seinem Mündel pflegt. Ich selbst habe zwischen 80 und 90 Pflegschaften/Amtsvormundschaften. Ich weiß nicht genau, wie ich das bei dieser Anzahl erfüllen soll und was sich in Wirklichkeit hinter diesem Anspruch einer intensiven, kontinuierlichen Beziehung zu einem Kind mit zwei Besuchen im Jahr verbergen soll.

Mich persönlich interessiert außerdem, weil ich von Hause aus Sozialarbeiterin bin, wie die Erfahrungen mit den von Ihnen heute hier als Reibungsflächen definierten Konflikten sind: Konflikte zwischen Verwaltungskräften mit dem Allgemeinen Sozialdienst oder zwischen dem Allgemeinen Sozialdienst mit Menschen, die auch Sozialarbeit machen. Wie sind da die Erfahrungen? Ich erlebe es persönlich so, dass die Konflikte, die mit dem Sozialen Dienst auf mich zukommen, durchaus erst recht dadurch existieren, weil ich die gleiche Profession habe.

**Jürgen Kaub**, *Leiter des Jugendamtes der Stadt Neustadt/Weinstraße*: Ich bin Leiter der Verwaltung eines kleinen Jugendamtes, wir haben 50 000 Einwohner, sind eine kreisfreie Stadt. Ich möchte insbesondere auf den Diskussionsbeitrag von Frau Wolf eingehen, weil ich mich immer dagegen wende, nach dem Gesetzgeber zu rufen.

Eigentlich liegt die Verantwortung bei uns, bei den Kommunen. Ich habe Jahrzehnte mit dafür gestritten, dass Jugendhilfe kommunalisiert wird und natürlich auch kommunal organisiert wird. Deshalb ist es die Pflicht der Kommunen, damit meine ich nicht die Verwaltung des Jugendamts, sondern unsere Träger - kreisfreie Stadt oder Landkreis -, dass sie sich dieser Aufgabe so annimmt, wie sie vorher um die Zuständigkeit dafür gekämpft hat.

Ich kann jetzt nur für unser Land sprechen, in unserem Land tun die kommunalen Spitzenverbände nichts. Deshalb sage ich das besonders hier in diesem Hause des Deutschen Städtetages, in dem ich schon das Glück hatte, Veranstaltungen über Sozialraumorientierung und Jugendhilfeplanung zu erleben. Aber zu diesen Sachthemen, die uns draußen so stark beschäftigen, darüber hört man überhaupt nichts. Wohlgemerkt, ich spreche jetzt nur für Rheinland-Pfalz. Unser Landesjugendamt ist ein staatliches Amt, es hält sich vornehm zurück, weil es natürlich die Kommunalisierung achtet, aber unsere Spitzenverbände, die bringen nichts zustande. Wenn wir als Jugendämter nach Hilfestellung fragen, dann müssen wir feststellen, dass wir nur als Anhängsel gesehen werden. Ein Beweis dafür ist auch der Umstand, dass man die Jugendhilfe von Seiten der kommunalen Spitzenverbände einfach an die Sozialausschüsse angehängt hat. Wir führen jetzt bei uns eine intensive Diskussion über die Jugendhilfekommissionen und das Ergebnis ist gleich Null. Ich möchte also nicht nach gesetzlichen Änderungen rufen,

sondern ich möchte die kommunalen Spitzenverbände fragen, wann sie uns die nötigen Hilfen in die Hand geben.

**Dr. Thomas Meysen:** Es wird erkennbar, die Beiträge sind in der Mehrzahl aus dem Bereich, den Herr Wiesner schon als den Griffigeren beschrieben hat, der einen Rechtsbegriff als Grundlage hat. Im von Ihnen als „beliebigeren“ bezeichneten Bereich, bei den Sozialen Diensten, gehen die Fragen vielleicht so weit, dass man das nicht so klar festmachen kann. Aber es gibt dazu sicher noch viel mehr Fragen, weil sie durch die - nicht abwertend gemeinte - Beliebigkeit und durch die viel geringere Klarheit darüber, wie man zu einer Definition finden kann, gerade viel weiter gestreut sind. Einige Dinge zum Outsourcing wurden bereits angedeutet.

**Caroline Hoof, Amtsvormünderin, Sozialer Dienst im Jugendamt Mönchengladbach:** Die Situation in Mönchengladbach stellt sich so dar, dass wir bis vor einem Jahr praktisch einen Innendienst hatten, der die Amtsvormundschaften in bestellter Form geführt hatte, besetzt mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern. Wir hatten einen Allgemeinen Sozialen Dienst, auch mit Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern besetzt, und eine Abteilung Beistandschaften. Vor einem Jahr erfolgte die Zusammenlegung, das heißt, es gibt diese Trennung zwischen Vormundschaften in bestellter Form und dem Sozialen Dienst nicht mehr, das wird alles in Personalunion gemacht. Unter der Überschrift Synergieeffekte und schlankere Verwaltung sind im Moment zwischen 40 und 50 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter in einer äußerst schwierigen Situation, wenn man die praktische Arbeit betrachtet und besonders, wenn man die rechtliche Situation des einzelnen Kindes im Vordergrund sieht.

Bei aller Notwendigkeit kommunaler Selbstverwaltung, die ich auch schätze und darin Herrn Kaub unterstütze, ist aber der Ruf nach dem Gesetzgeber auch ein Hilferuf, so möchte ich das verstanden wissen. Das ist ein Hilferuf von Menschen, die sehr viel Verantwortung als Vormund oder Vormünderin tragen, die aber, wie in unserem speziellen Fall, tagtäglich in Rahmenbedingungen verantwortlich handeln müssen, die eigentlich gesetzwidrig sind. In diesem Moment wäre schon der Gesetzgeber gefordert, hier zumindest ein Stoppschild in Richtung kommunale Selbstverwaltung mit dem Hinweis aufzustellen, dass es so nicht geht - bei aller Achtung der kommunalen Selbstverwaltung. Denn die Kinder bleiben in ihrer rechtlichen Vertretung auf der Strecke und sind wir doch mal ehrlich: Wer sollte denn Partei für die Kinder ergreifen, wenn nicht der gesetzliche Vertreter?

**Dr. Dr. h. c. Reinhard Wiesner:** Ihr Beitrag spricht für sich und wahrscheinlich vielen von uns aus dem Herzen. Die Frage ist jetzt tatsächlich strategisch, wie man damit umgehen soll. Ich könnte mir gut vorstellen, dass selbst dadurch, dass ein Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt und möglicherweise scheitern würde, eine Diskussion in Gang käme und das Thema politisch schon einmal auf der Agenda ist. So könnte man sagen, allein die Tatsache, so etwas in Gang zu setzen, könnte schon bewusstseinsverändernd wirken, egal, wie am Ende das Ergebnis ist.

Davor steht für mich die Frage, ob man nicht eine Diskussion innerhalb der kommunalen Spitzenverbände in Gang setzen könnte. Ich weiß, dass das alles sicher sehr schwierig ist, aber wenn man einerseits diese fachlichen und rechtlichen Argumente noch einmal deutlich macht, könnten sich die kommunalen Spitzenverbände dem nicht einfach

verschließen. Andererseits gibt es auch Vertreterinnen und Vertreter der Ansicht, man müsste die Aufgabe der Vormundschaft im Grunde einer eigenständigen Behörde übertragen, sie also ganz aus dem Jugendamt herauslösen, um deutlich zu machen, dass die beiden Dinge (Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft und Sozialer Dienst) sich nicht vertragen. Das hat vieles für sich, aber das wäre meines Erachtens noch utopischer, weil in unserer Zeit niemand noch eine weitere Behörde schaffen würde.

Ich könnte mir auch vorstellen, dass aus dieser Tagung heraus ein Appell, eine Resolution zum Beispiel an die kommunalen Spitzenverbände formuliert wird, um da ein wenig mehr Druck zu machen. Ich persönlich bin gern bereit, diese Frage einer gesetzlichen Regelung ein Stück weiter zu prüfen. Irgendwann werden dann wahrscheinlich Barrieren kommen, aber das sollte uns nicht davon abhalten, da ein Stück voran zu gehen. Ich würde aber schon vorher Gespräche mit der kommunalen Seite führen, damit dort nicht der Eindruck entsteht, der Gesetzgeber wolle gegen die kommunalen Spitzenverbände agieren.

**Dr. Rolf-Peter Löhr, Geschäftsführer des Vereins für Kommunalwissenschaften e.V., Berlin:** Ich komme nicht aus der Jugendhilfe und gehöre auf gar keinen Fall zu den kommunalen Spitzenverbänden. Wir legen schon Wert auf unsere Unabhängigkeit, wenn wir auch unsere Nähe zum Deutschen Städtetag nicht verleugnen wollen.

Ich möchte ein Beispiel aus einem ganz anderen Bereich bringen, wo aber eine ähnliche Diskussion geführt worden ist und die letztendlich zu einem guten Resultat geführt hat. Im Bereich des Städtebaus gab es lange Zeit auf der Ebene des Bundesgesetzes ganz präzise Regelungen, wie die Gemeinden sich in welchen Fällen zu verhalten hatten und wie sie zu organisieren waren. Das haben die kommunalen Spitzenverbände und die politischen Vertreter der Länder sehr heftig kritisiert und gesagt, die Städte könnten das allein regeln, sie brauchten keine Vorgabe vom Bund; eine Regelung verletzte ihre verfassungsrechtlich verbrieft Organisationshoheit.

Dies ergab eine sehr lange Diskussion und es gab durchaus unterschiedliche Positionen zwischen den Beamten, die auf der fachlichen Ebene tätig waren, und den politischen Leitungen. Die politischen Leitungen waren alle für Deregulierung und die Beschäftigten auf der kommunalen Ebene wollten lieber alles im Bundesgesetz geregelt haben, weil sie sich damit sicher fühlten und Argumente gegenüber Zumutungen von anderen hätten. Im Ergebnis ist das ein Prozess gewesen, der sich über viele Jahre hingezogen hat. Nach und nach wurde immer wieder ein Stück aus der gesetzlichen Regelung heraus gebrochen, bis es heute nichts mehr gibt. Im Städtebaurecht gibt es auf der Bundesebene keinerlei organisatorische Vorkehrungen mehr und den Gemeinden ist es vollständig selbst überlassen, wie sie etwas regeln. Aber es war ein jahrelanger intensiver Prozess, so dass eigentlich jeder weiß, was rechtlich notwendig ist. Entsprechend sind die Regelungen in den Landesgesetzen oder in den kommunalen Satzungen, die die Gemeinden selbst getroffen haben. Es gibt zurzeit auf dieser Ebene keinerlei Probleme mehr, soweit ich weiß. Es hat funktioniert, dass da die kommunale Selbstverwaltung sich so vernünftig verhalten hat, wie es bisher der Gesetzgeber vorgeschrieben hat. Es gab aber, wie gesagt, eine sehr intensive Diskussion unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände, der Politiker und der Fachleute aus den Ämtern und der Wissenschaft.

Ich denke, wenn dieser Prozess in Ihrem Bereich noch nicht intensiv gelaufen ist, dann müsste das in jedem Fall vorher passieren, denn ich halte es im Augenblick wirklich für blauäugig zu glauben, dass es sich der Gesetzgeber, der auf der einen Seite den Kommunen ungeheuer viel an Aufgaben zumutet, zur Zeit traut, ihnen nun auch noch andererseits eine rechtliche Einschränkung aufzudrücken, die der gegenwärtigen Tendenz der Deregulierung, der Verantwortungsteilung zwischen staatlichen, halb- oder nicht-staatlichen Einrichtungen entgegenläuft. Ich denke, der Weg muss ein anderer sein. Der Kollege aus Rheinland-Pfalz sagte es bereits, es ist wirklich Aufgabe der kommunalen Spitzenverbände, dieses Thema aufzugreifen und deutlich zu machen, wie etwas geht. Das Thema Selbstbewusstsein auf der kommunalen Ebene und die Fähigkeit, auch hier ohne bundesgesetzliche Vorgaben rechtlich korrekt und fachlich angemessen vorzugehen, wird uns noch weiter beschäftigen.

**Dr. Thomas Meysen:** Herzlichen Dank noch einmal an Sie, Herr Wiesner, und an alle Teilnehmenden an unserer ersten Diskussionsrunde.

Einige Fragen sind offen geblieben, die im zweiten Vortrag eine Beantwortung finden könnten. Herr Professor Dr. Kaufmann wird jetzt referieren. Herr Professor Kaufmann ist Jugendamtsleiter in Siegburg, von Hause aus Jurist, seine Professur resultiert aus einem Lehrauftrag an der Katholischen Fachhochschule in Köln.

Im Jahr 1992 hat Professor Kaufmann auf einer großen Arbeitstagung des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen e.V. in Würzburg zu folgendem Thema referiert: „Das Jugendamt als Leistungsbehörde der Erziehungshilfe und als Vormundschaftsbehörde - Probleme der Gemengelage“. Das war 1992. Herr Professor Kaufmann war damit einer der Ersten, wenn nicht gar der Erste, der dieses Thema durch Aufsätze, Beiträge und Referate versucht hat, öffentlich zu machen und die Öffentlichkeit dafür zu sensibilisieren. Sie wissen alle, wie wenig Gehör das in den Folgejahren nach 1992 an vielen Orten gefunden hat und dass seine rechtlichen Feststellungen bis heute noch nicht überall hin vorgedrungen sind. Es hat sich aber seitdem sehr viel getan. Deshalb sind wir sehr froh, dass er heute auch uns noch einmal diese Entwicklung seit der Zeit, in der er zum ersten Mal damit an die Öffentlichkeit gegangen ist, schildert und seine Gedanken hierzu äußert.

# Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde - Probleme der Doppelfunktion

PROF. DR. FERDINAND KAUFMANN

*Leiter des Kreisjugendamtes Rhein-Sieg-Kreis, Siegburg*

## 1. Problembeschreibung

Die Jugendhilfe hat seit dem Inkrafttreten des SGB VIII viel Energie darauf verwandt, das Jugendamt als Sozialleistungsbehörde zu qualifizieren. Die Auseinandersetzungen mit Rechtsfragen der Jugendhilfe ebenso wie die mit sozialwissenschaftlich/methodischen Fragen haben im Vordergrund gestanden. Es gibt Themen, die weder in der Wissenschaft noch in der Rechtspolitik Interesse gefunden haben. Eines dieser Themen ist die bestellte Vormundschaft und Pflegschaft für Minderjährige. Von wenigen mehr kosmetischen Änderungen abgesehen, hat sich der Gesetzgeber diesem Bereich bis heute kaum zugewandt.

Um so mehr ist zu begrüßen, dass sich die Jugendhilfepraxis auf den Weg gemacht hat, Reformen anzustoßen. Belege dafür sind

1. die Empfehlung des Sächsischen Landesjugendamtes zur Stellung und zum Wirkungsbereich eines Amtsvormundes/Amtspflegers aus dem Jahre 1997,
2. die Dokumentation des Landesjugendamtes Rheinland „Die Zukunft des Amtsvormundes im Jugendamt“ aus dem Jahre 1999,
3. die Arbeits- und Orientierungshilfe der beiden Landesjugendämter von Nordrhein-Westfalen, ebenfalls aus dem Jahre 1999,
4. die Arbeits- und Orientierungshilfe des Landesjugendamtes Thüringen aus dem Jahre 1999,
5. die Dresdner Erklärung aus dem Jahre 2000.

Ich möchte mich in meinem Vortrag den Fragen zuwenden, die sich aus der eigenartigen Doppelstruktur des Jugendamtes ergeben: Das Jugendamt als Sozialleistungsbehörde und als Vormundschaftsbehörde.

Unkenntnis über die rechtlichen Unterschiede in den Funktionen beider Bereiche führt nicht nur zu Machtkämpfen zwischen den Professionen und zu unzulässigen Vermischungen von Aufgaben; sie führt auch zu unterschiedlicher Beurteilung der Wertigkeit der Aufgaben und damit zu unterschiedlicher Vergütung. Unkenntnis führt auch häufig zu Organisationsformen in Jugendämtern, die die vom Gesetz gewollte klare Funktions-trennung negiert.

Da trifft man den Vormund, der lediglich dort in Erscheinung tritt, wo er als gesetzlicher Vertreter rechtlich relevante Akte für sein Mündel vornimmt. Er agiert vom Schreibtisch; ich nenne ihn „Papiervormund“. Er kennt sein Mündel nicht oder kaum. Erzieherische Gestaltung liegt ausschließlich beim ASD (wer von ihnen kennt nicht Kinder oder Jugendliche, in deren Bewusstsein der Amtsvormund überhaupt nicht präsent ist oder war).



Bei einer anderen Organisationsform gibt es zwei Vormünder, den „Rechtsvormund“ und den „Erziehungsvormund“. Analog der Regelung über die Mitvormundschaft ist eine Fachkraft im Bereich der Amtsvormundschaft für Fragen zuständig, bei denen es mehr auf Rechtskenntnisse ankommt, eine andere Fachkraft für Fragen, bei denen es mehr auf pädagogische Kenntnisse ankommt.

Eine andere Organisationsform kennt nur einen Vormund: Die sozialpädagogische Fachkraft im ASD übt gleichermaßen Funktionen des Jugendamtes als Sozialleistungsbehörde aus und ist gleichzeitig Vormund.

Vor dem Hintergrund der Rolle des Jugendamtes als Vormund möchte ich mich mit der Frage auseinandersetzen, ob die jeder Kommunalbehörde zustehende Organisationskompetenz hier eine Einschränkung erfährt, die sich aus der Rechts- und Aufgabenstellung des Vormundes ergibt. Dazu ist es notwendig, die privatrechtliche Rechtstellung des Vormundes ebenso in den Blick zu nehmen wie seine Rechtstellung im jugendhilferechtlichen Verwaltungsverfahren.

## **2. Rechtliche Reichweite der Organisationskompetenz des Trägers der öffentlichen Jugendhilfe**

Zur Selbstverwaltungsgarantie gehört das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dazu gehört auch die Befugnis der Kommunalbehörde, sich eine Organisation zu geben, sie leistungsfähig auszugestalten und die verwaltungsinternen Geschäftsabläufe zu regeln. Auf das Jugendamt übertragen bedeutet dies, dass die Behörde durch Organisationsweisung Fachkräften die zu erledigenden Aufgaben übertragen kann. Allerdings ist die Behörde auch in diesem Zusammenhang an Gesetz und Recht gebunden. Wenn durch Organisationsverfügungen Interessen oder Rechte von Bürgern verletzt werden, sind diese Organisationsakte unzulässig. Deshalb ist zu untersuchen, ob die grundsätzlich bestehende Organisationskompetenz der Behörde durch die für den Vormund geltenden Sonderregelungen begrenzt wird.

## **3. Grenzen der Organisationskompetenz aus der Rechts- und Aufgabenstellung des Vormundes**

Um die Rolle des Vormundes im jugendrechtlichen Verwaltungsverfahren zu verdeutlichen, soll nun zunächst die Rechtsstellung des Vormundes allgemein und die des Jugendamtes als Vormund im Besonderen beleuchtet werden.

Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen, insbesondere das Mündel zu vertreten. Seine Rechte und Pflichten bestimmen sich nach den Rechtsvorschriften, wie sie für Eltern gelten (§ 1800, §§ 1631-1633 BGB). Er hat, wie die Eltern, das Personensorgerecht inne. Der Vormund ist als Elternersatz gedacht. Elterliche und vormundschaftliche Sorge sind weitestgehend vergleichbar. Die Rechtsbeziehungen zwischen Vormund und Mündel sind privatrechtlicher Natur.

Dies ändert sich auch dann nicht, wenn das Jugendamt als unselbständige Einheit einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft vom Vormundschaftsgericht als Vormund bestellt wird. Gemäß § 56 Abs. 1 SGB VIII sind auf die Führung der Amtsvormundschaft die Bestimmungen des BGB anzuwenden. Der Substanz nach ist damit die Rechtsstellung des Jugendamtes als Vormund die gleiche wie die des Privatvormundes. Auch das Jugendamt hat somit das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen. Das Jugendamt als Vormund nimmt also, wie der Privatvormund, Elternfunktionen für sein Mündel wahr.

Mit der in § 55 Abs. 2 SGB VIII vorgesehenen **Übertragung der Ausübung** der Aufgaben des Vormundes auf einzelne Beamte oder Angestellte wird diese Person Interessenwahrer ihres Mündels, sie ist **nicht Vertreter des Jugendamtes**, sondern **Vertreter des Kindes**. Sie tritt nicht etwa nur dann in Erscheinung, wenn sie als gesetzlicher Vertreter rechtsgestaltend für ihr Mündel auftreten muss, zum Beispiel Verträge abschließt, ihr obliegen vielmehr die Aufgaben des Vormundes in vollem Umfang.

Schwebt dem Gesetzgeber der private Einzelvormund als Ideal vor, so soll Amtsvormundschaft der privaten Einzelvormundschaft so weit wie möglich angenähert sein. An die Stelle anonymer Amtsführung soll eine persönliche Betreuung treten. Wie bei der Einzelvormundschaft soll auch bei der Amtsvormundschaft ein persönlicher Bezug bestehen; wichtig sind Lebensnähe und Kontinuität.

#### **4. Rechtsstellung des Vormundes im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung**

Überall dort, wo im SGB VIII die Rede von Personensorgeberechtigten ist, bezieht sich dies - wenn Vormundschaft besteht - auf den Vormund. Der Vormund nimmt hier die Rechtsstellung der Eltern ein, das heißt, auch für ihn ist das Recht der elterlichen Sorge ein **pflichtgebundenes** Recht. Der Vormund übt die Rechte als Treuhänder für sein Mündel aus. Damit wird zugleich seine Pflichtenstellung auch im Zusammenhang mit dem jugendrechtlichen Verwaltungsverfahren gekennzeichnet. Der Vormund ist als Personensorgeberechtigter verpflichtet, die Erziehung seines Mündels sicherzustellen. Dies verpflichtet ihn, wenn er die Erziehung nicht anderweitig sicherstellen kann, Hilfe zur Erziehung durch das Jugendamt in Anspruch zu nehmen. Wird über den Antrag auf Hilfe zur Erziehung durch das Jugendamt in Form eines Verwaltungsaktes entschieden, entsteht ein Verwaltungsverfahren (§ 8 SGB X). Der Vormund wird Beteiligter des Verwaltungsverfahrens (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 SGB X), ihm gegenüber ist der Verwaltungsakt zu erlassen und bekannt zu geben. Der Vormund ist aktiv legitimiert, gegen einen ablehnenden Bescheid Widerspruch einzulegen und Klage vor dem Verwaltungsgericht anhängig zu machen. Die frühere Rechtsprechung, wonach dem Amtsvormund bei einer Klage gegen die eigene Behörde die Vertretungsmacht entzogen und Ergänzungspflegschaft angeordnet werden musste, ist überholt. Nach heute herrschender Meinung kann das zum Amtsvormund bestellte Jugendamt durch die mit der Ausübung betraute Person gegen das eigene Jugendamt gerichtliche Verfahren zur Gewährung von Leistungen der Jugendhilfe führen.

Etwas ausführlicher möchte ich auf die **Rechte und Pflichten des Vormundes im Rahmen der Hilfeplanung** eingehen. Alle Rechte, die der Personensorgeberechtigte

gemäß § 36 SGB VIII innehat, werden zu Rechten des Vormundes. *Ihm* gegenüber besteht die gemäß § 36 Abs. 1 Satz 1 bestehende Beratungsverpflichtung des Jugendamtes. Die Fachkräfte des Jugendamtes haben gemeinsam mit *ihm* als Personensorgeberechtigten und dem Kind oder dem Jugendlichen einen Hilfeplan aufzustellen. Hier hat die Fachkraft des Allgemeinen Sozialdienstes für das Jugendamt als Leistungsbehörde verbindlich zu erklären, welche Handlungsschritte sie im Hilfeprozess leistet. Aus der Rechtsverpflichtung des Vormundes, die Erziehung seines Mündels sicherzustellen, folgt seine Verpflichtung, an der Hilfeplanung mitzuwirken. Auch er macht seine Handlungsschritte durch Erklärung im Rahmen der Hilfeplanung und Fixierung dieser Erklärung im Hilfeplan verbindlich. Somit wird der Hilfeplan für alle Beteiligten ein Instrument zur Eigenkontrolle, ebenso aber auch ein Instrument zur Kontrolle der jeweils anderen Beteiligten. So haben Personensorgeberechtigte das Recht, die im Hilfeplan festgelegten Handlungsschritte des Jugendamtes als Sozialleistungsbehörde einzufordern und zu kontrollieren, ob diese Leistungen auch erbracht worden sind. Das Jugendamt ist verpflichtet, die Mitwirkung des Vormundes einzufordern, notfalls - wenn er nicht mitwirkt - seine Eignung in Frage zu stellen.

Schließlich ist noch auf einen weiteren Aspekt hinzuweisen, nämlich den der **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**. Die in § 8 SGB VIII für das Jugendamt verpflichtende Regelung zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die in § 36 Abs. 1 und 2 SGB VIII bereichsspezifisch konkretisiert wird, ist von großer Bedeutung für den Leistungserfolg. Muss ein Kind außerhalb des eigenen Elternhauses erzogen werden, ist dies mit einem tiefen Einschnitt in das Leben des Kindes und einer grundlegenden Änderung seiner Lebenssituation verbunden. Überall dort, wo vom Beteiligungsrecht des Kindes oder Jugendlichen die Rede ist, ist der Vormund der Garant dafür, dass das Jugendamt die Beteiligungsrechte seines Mündels auch einlöst.

Welche Schlussfolgerungen sind aus dieser Pflichtenstellung des Vormundes zu ziehen?

Zu der vom Gesetz gewollten personalen Beziehung zwischen Vormund und Mündel steht es eindeutig in Widerspruch, wenn dem Vormund untersagt wird, den Kontakt zu seinem Mündel nach pflichtgemäßen Ermessen zu gestalten; (etwa nach dem Motto, es reicht aus, dass eine Fachkraft im Jugendamt Kontakt zum Mündel hat). Dem Vormund darf die Befugnis, selbst zu handeln, durch die Behörde nicht genommen werden. Welche Delegationsrechte der Vormund ausübt, entscheidet er alleine nach pflichtgemäßem Ermessen, nicht jedoch der Dienstherr durch eine Organisationsvorgabe. Zum Wesen einer am Wohl des Kindes orientierten Amtsvormundschaft gehört der persönliche Kontakt zum Mündel. Der Vormund muss sich im Rahmen der Hilfeplanung einen persönlichen Eindruck von der Situation seines Mündels verschaffen, einen Eindruck vom Hilfegeschehen, vom Erfolg oder Misserfolg der bisherigen Bemühungen aller Beteiligten. Deshalb ist es wichtig, dass der Vormund bei Hilfeplangesprächen an Ort und Stelle ist. Nur so kann die notwendige Qualität von Planungsprozessen im Einzelfall sichergestellt werden.

## **5. Grenzen der Organisationskompetenz aus dem in § 16 SGB X geregelten Mitwirkungsverbot**

Hilfe zur Erziehung ist entsprechend der in § 2 SGB VIII vorgenommenen Ordnung der Aufgaben der Jugendhilfe eine Leistung, Amtsvormundschaft ist als Wahrnehmung elterlicher Sorge eine andere Aufgabe und dementsprechend keine staatliche Sozialleistung. Unter dem Dach des Jugendamtes befinden sich also zwei Behörden, deren Aufgabenerledigung unterschiedlichen rechtlichen Regeln unterliegt.

Nach unserem rechtsstaatlichen Verständnis darf in einem Verwaltungsverfahren niemand Rechtshandlungen vornehmen und an solchen mitwirken, wenn bei ihm Umstände vorliegen, die objektiv geeignet sind, Misstrauen gegen sein sachgemäßes Verhalten zu rechtfertigen (Grundsatz der Befangenheit). Dieser Grundsatz wird konkretisiert durch den Rechtssatz, dass niemand an einem Verwaltungsverfahren mitwirken darf, wenn er selbst Beteiligter des Verfahrens ist. Für den Geltungsbereich des Sozialgesetzbuches regelt § 16 SGB X das Mitwirkungsverbot für Personen, die Beteiligte des Verwaltungsverfahrens sind. Beteiligt sind gemäß § 12 SGB X unter anderem der Antragsteller und der Antragsgegner.

Wir haben an dieser Stelle ein kleines rechtsdogmatisches Problem. Es ist nämlich zweifelhaft, ob § 16 SGB X überhaupt im Jugendhilferechtsverhältnis anwendbar ist. Das Problem ist wie folgt zu umschreiben: Die Vorschriften des Verwaltungsverfahrensrechts des SGB X gelten gemäß § 8 nur im Verwaltungsverfahren, nämlich bei der nach außen wirkenden Tätigkeit der Behörden, die auf die Prüfung der Voraussetzungen, die Vorbereitung und den Erlass eines Verwaltungsaktes gerichtet sind. Im Jugendhilferecht streitet man sich darüber, ob der Verwaltungsakt überhaupt ein taugliches Regelungsinstrument für Entscheidungsverfahren in der Jugendhilfe ist. Ist er dies nicht, ist § 16 SGB X im Jugendhilfeverfahren nicht anwendbar. Die meisten Jugendämter interessiert diese Streitfrage überhaupt nicht, sie gewähren die Hilfe zur Erziehung in Form eines Leistungsbescheides. Wenn sie Verwaltungsakte erlassen, sind auch die Regelungen über das Verwaltungsverfahren der §§ 9-38 SGB X zu beachten. Die Streitfrage ist aber letztlich irrelevant, weil sich das Mitwirkungsverbot für Personen, die Beteiligte des Verwaltungsverfahrens sind, schon aus dem Rechtsstaatsprinzip des Grundgesetzes ergibt, wonach jeder Bürger einen Rechtsanspruch auf ein faires Verfahren hat. Da dieses Recht sich aus dem Grundgesetz ergibt, muss es nicht zwingend einfach gesetzlich geregelt sein.

## **6. Die Tatbestandsmerkmale des § 16 SGB X**

Der Wortlaut: In einem Verwaltungsverfahren darf für eine Behörde nicht tätig werden, wer selbst Beteiligter ist. Der Vormund ist Beteiligter, weil er Antragsteller ist (§ 12 SGB X). Der Begriff Antrag ist hier untechnisch zu verstehen, das heißt Antrag ist die Willenserklärung, durch die das Tätigwerden des Jugendamtes ausgelöst wird. Leistungen der Jugendhilfe sind bekanntlich nicht von einem formellen Antrag abhängig.

Der Vormund ist noch aus einem weiteren Grund im Verfahren beteiligt. Beteiligter ist nämlich auch derjenige, an den die Behörde den Verwaltungsakt richten will (§ 12 Abs.

1, Nr. 3 SGB X). Die Behörde muss nämlich, wenn sie einen Verwaltungsakt erlässt, diesen an den Vormund als Adressaten richten (§ 17 SGB X).

## **7. Fazit und Schlussfolgerungen**

1. Wenn ein Amtsvormund in einem Jugendamt per Organisationsakt darauf beschränkt wird, lediglich eine Akte zu führen, vom Schreibtisch aus zu agieren und ihm der Kontakt zum Mündel untersagt ist, steht dies mit dem geltenden Recht nicht in Einklang. Der Vormund ist berechtigt und verpflichtet, den Kontakt zu seinem Mündel nach eigenem pflichtgemäßen Ermessen zu gestalten. Untersagt ihm der Dienstherr durch eine Organisationsvorgabe den Kontakt zum Mündel (auch außerhalb der Kommunalgrenzen) dann schränkt er den Handlungsspielraum des Vormundes unzulässig ein.

Vor dem Hintergrund der Pflichtenstellung des Vormundes als Beteiligter im Zusammenhang mit der Hilfestellung (Hilfeplanung) muss der Vormund die Möglichkeit haben, sich einen unmittelbaren Eindruck vom Hilfestellungsgeschehen zu machen. Eine Organisationsform, die dem Vormund seine aktiv gestaltende Rolle im Hilfeplanungsprozess beschneidet, hindert ihn daran, seine Pflichten gegenüber dem Mündel ausreichend wahrzunehmen.

2. Wenn Vormund und diejenige Fachkraft des Jugendamtes, die Entscheidungen über Anträge auf Hilfe zur Erziehung trifft, identisch sind, entscheidet bei diesem Verwaltungsakt ein- und dieselbe Person über die Leistung und sie ist zugleich Empfänger der Leistungen. Auch diese Organisationsform ist unzulässig, weil sie gegen rechtsstaatliche Vorgaben verstößt. Die Gefahr der Interessenkollision liegt auf der Hand. Die Rolle, die dem Vormund als Interessenvertreter seines Mündels im Hilfeplanungsprozess zukommt, nämlich Kontrolleur und gegebenenfalls Korrektiv sozialarbeiterischen Handelns im Jugendamt zu sein, kann er nicht wahrnehmen.

## **8. Ausblick**

Ich bin der festen Überzeugung, dass die von mir formulierten Forderungen in Jugendämtern nur dann befolgt werden, wenn sie gesetzlich verbindlich, und zwar für jeden sichtbar (bereichsspezifisch) festgeschrieben werden. Nun ist § 16 SGB X oder der aus dem Rechtsstaatsprinzip abzuleitende Anspruch auf ein faires Verfahren selbstverständlich rechtsverbindlich. Ich habe allerdings die Erfahrung gemacht, je weiter ein Gesetz von der Kernmaterie der Jugendhilfe, dem SGB VIII, entfernt ist, um so fremder wird die Materie für die Fachkräfte in Jugendämtern und um so geringer ist die Chance, dass die Vorschrift auch angewendet wird. Deshalb schlage ich vor, bei der Reform des Vormundschaftsrechts für Minderjährige dieses Thema aufzugreifen und an zentraler Stelle, nämlich im SGB VIII, zu platzieren.

Noch eine Bemerkung zu der bisher geführten Diskussion. Meine Damen und Herren, Sie haben so vehement nach dem Gesetzgeber gerufen. Rechtspolitisch scheint es eher kontraproduktiv zu sein, hier den Gesetzgeber in die Pflicht zu nehmen, obwohl ich auch manchmal annehme, wenn etwas im Gesetz steht, dann wird es doch wohl befolgt werden. Aber diesen Optimismus habe ich nicht mehr. Wir brauchen keine *neuen* recht-

lichen Regelungen. Sorgen wir doch dafür, dass die bestehenden rechtlichen Regelungen eingehalten werden, das reicht völlig aus. Vor allem bin ich sehr skeptisch gegenüber dem Ruf nach dem Gesetzgeber, denn bei dem Selbstbewusstsein der kommunalen Gebietskörperschaften, die sich ja offenbar darüber hinwegsetzen, geltende Gesetze anzuwenden, bin ich sicher, dass ein neues geltendes Gesetz auch nicht eingehalten wird. Aus diesem Grund bin ich sehr skeptisch gegenüber dem Ruf nach dem Gesetzgeber. - Danke schön.

## Nachfragen und Diskussion

**Dr. Thomas Meysen**, *Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg*: Vielen herzlichen Dank, Herr Professor Kaufmann. Sie haben noch einmal in prägnanter Form die gesetzlichen Rahmenbedingungen aufgezeigt. Auch hier wird man gemerkt haben, die gesetzlichen Rahmenbedingungen - Herr Wiesner hat das ja schon angedeutet - bestehen vor allem für das Rechtsinstitut der Vormundschaft und weniger für die Organisationsform der Sozialen Dienste. Aber es gab auch einige Ansatzpunkte für den Sozialdienst, was er rechtlich einfordern kann. Wir sollten die Gelegenheit nutzen, die eine oder andere Frage an Herrn Kaufmann zu richten.

**Michaela Hille**, *Sachbearbeiterin im Referat Grundsatzfragen der Kinder- und Jugendhilfe im Landesjugendamt Brandenburg*: Ich möchte Herrn Professor Kaufmann in dem Punkt ergänzen, dass es auch im Land Brandenburg schon seit 1996 Empfehlungen für die Arbeitsweise des Vormundtschaftswesens gibt, die zum Teil auch in die Empfehlungen anderer Bundesländer, beispielsweise in Sachsen, eingeflossen sind. Bereits in diesen Empfehlungen wurde auf die gesetzlichen Grundlagen des SGB X hingewiesen, wonach der gesetzliche Vertreter nicht in einem Verwaltungsverfahren tätig werden darf, das den Vertretenen berührt. Die Trennung von Vormundtschaftswesen und ASD wurde meines Wissens in vielen Jugendämtern des Landes Brandenburg bei der Strukturierung berücksichtigt. Es gibt wohl offensichtlich unterschiedliche Meinungen zu den gesetzlichen Regelungen. Mich würde interessieren, welchen Einfluss und welche Bedeutung in den anderen Bundesländern Empfehlungen haben.

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann**: Ich bitte um Nachsicht, wenn ich die eine oder andere Empfehlung nicht erwähnt habe. Welche Bedeutung haben nun Empfehlungen? Für mich ist zunächst das wichtigste positive Fazit, dass diese Empfehlungen die Fachdiskussion bereichern haben. Ich möchte hinzufügen: *Wir* in den Jugendämtern müssen die „Ochsentour“ der Fachdiskussion führen. Zusammenarbeit zwischen Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft auf der einen Seite und den Sozialen Diensten auf der anderen Seite kann nur gelingen, wenn jeder Klarheit über sein eigenes Fachprofil hat. Es kam hier und in anderen Fortbildungen, die ich in Jugendämtern durchführe, sehr deutlich zum Ausdruck, dass in den Jugendämtern häufig noch keine Klarheit besteht über Funktionen und Aufgabenstellungen des einen und des anderen Bereichs. Deswegen müssen *Sie*, wenn Sie Ihre eigene Kommune überzeugen wollen - denn es hat ja auch personelle Auswirkungen -, im Jugendamt die Fachdiskussion führen: der ASD mit der Amtsvormundschaft, aber auch mit der Kommune, also mit dem Landrat oder mit dem Oberbürgermeister. Es kann nicht sein, dass diese Dinge in den Jugendämtern negiert werden und wenn ich das gehört habe, was im Jugendamt Mönchengladbach passiert, dann konterkariert das nicht nur den Sinn der Vormundschaft und der Arbeit des ASD, sondern es ist auch rechtswidrig. Das zeigt mir, dass auch in den Jugendämtern selbst das rechtliche und fachliche Profil von Vormundschaft und ASD noch nicht klar ist.

Empfehlungen können eine Handreichung sein. Aber wenn Sie anfangen, auf Empfehlungen zu zeigen und darauf zu verweisen, was die Landesjugendämter gesagt haben, wird das eventuell nicht die gewünschte Wirkung zeigen. Die Landesjugendämter haben im Vergleich zu den kommunalen Spitzenverbänden eben nicht die größte Macht. Des-

halb ist eine Empfehlung Ihres Landesjugendamtes gut und schön, sie kann Ihre fachliche Diskussion bereichern, aber das fachliche Eigenprofil müssen Sie selbst in den Jugendämtern in einer manchmal quälenden, über längere Zeit dauernden Auseinandersetzung entwickeln. Da können Empfehlungen eine Hilfe sein, aber Sie können diese Empfehlungen nicht als das von Ihnen gefundene Ergebnis präsentieren. Sie müssen selbst die Auseinandersetzung im Jugendamt und in der Kommune führen.

**May-Britt Seidel**, *Amtsvormünderin, Stadt Frankfurt/Main*: Sie hatten beschrieben, dass der Amtsvormund zum Beispiel einen Antrag auf Hilfe zur Erziehung stellt, dass der dann als Verwaltungsakt ablehnend beschieden werden kann und der Amtsvormund dann in Widerspruch vor das Verwaltungsgericht gehen kann. Haben Sie das in der Praxis erlebt, dass Amtsvormünder so weit gegen ihr eigenes Jugendamt als ihren Dienstherrn gehen? Gab es solche Verfahren? Wie sind sie ausgegangen?

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann**: Das ist eine interessante Frage. Dass es solche Fälle in der Praxis gibt, zeigt die Rechtsprechung. Das ging bis zu den Oberlandesgerichten; ich glaube, das Kammergericht Berlin war die letzte mir bekannte Instanz - wobei es sich dabei um einen Fall der Erwachsenenvormundschaft handelte. Aber dies kann man übertragen auf den Bereich der Vormundschaften für Minderjährige. Hinter Ihrer Frage steht jedoch höchstwahrscheinlich das Problem des Machtgefälles in den Jugendämtern. Wenn dieser Konfliktfall bei mir im Jugendamt besteht, wird das gemeinsam mit dem Jugendamtsleiter ausgetragen. Wenn der Vormund mit der Empfehlung des Amtsleiters nicht einverstanden ist, dann würde ich ihm empfehlen, gegen die Entscheidung des Jugendamtes Widerspruch und gegebenenfalls auch Klage einzureichen. Bei uns ist es bis zum Widerspruch gekommen, allerdings noch nicht bis zur Klage.

**May-Britt Seidel**: Ist das nicht eine unglaubliche Kollision? Kann ich mich als „kleiner“ Vormund einfach der Entscheidung meines Leiters widersetzen und dagegen klagen? Ist das im Alltag überhaupt möglich?

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann**: Es gibt einen Slogan: „Ein Blick ins Gesetz erhöht die Sicherheit in der Rechtsfindung.“ Formal ist das im Gesetz alles geregelt. Sie sind der gesetzliche Vertreter des Kindes durch die Übertragung. Daher müssen Sie im Jugendamt erst einmal für ein fachliches Selbstverständnis sorgen, wonach diese Grundsätze auch beachtet werden. Wir haben nicht umsonst das Prinzip der Selbständigkeit des Vormundes. Diese Übertragung und damit die Selbständigkeit des Vormundes hat ja eine Parallele im § 1837 BGB. Das heißt, der Vormund unterliegt auch keinen Weisungen - bis zur Grenze der Pflichtwidrigkeit - von Seiten des Vormundschaftsgerichts. Ich denke schon, dass Sie bei richtigem Verständnis nicht der „kleine Vormund“ sind, sondern Sie sind der **unabhängige Vormund** - auch der vom Jugendamtsleiter unabhängige Vormund. Ich bekomme häufig Anrufe, in denen berichtet wird, dass gegen dieses Prinzip verstoßen wird. Die Machtverhältnisse in den Jugendämtern sind oft anders. Ich kann Ihnen nur sagen: Wirken Sie überzeugend und diskutieren Sie diese Rolle und geben Sie sich nicht damit zufrieden, dass Ihnen ein mächtiger Jugendamtsleiter eine Weisung gibt. Er darf es nämlich letztlich nicht.

**Monika Heybutzki**, *Amtsvormünderin, Jugendamt der Stadt Köln*: Ich muss meine Kollegin unterstützen. Wenn man Vormund wird, muss man Idealist und ein bisschen verrückt sein, sonst hält man das nicht aus. „Ochsentour“ ist ein harmloses Wort, ich



nenne es „Guerillakampf“. Man darf eines nicht unterschätzen: Wir sind in Köln neun Vormünder und im Jugendamt arbeiten insgesamt 3000 Mitarbeiter. Das heißt also maximal 9 gegen 3000. Da muss man schon ein äußerst dickes Fell haben, auch wenn Sie, Herr Professor Kaufmann, sagen, wir sollten sachlich und fachlich diskutieren. Es ist sehr, sehr schwer, darum mein Ausdruck „Guerillakampf“.

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann:** Durch die unmittelbare Nachbarschaft von Siegburg kenne ich Kölner Verhältnisse ein wenig und kann das bestätigen. In unserem Jugendamt ist diese Rollenteilung seit 20 Jahren klar. Ich hab das selbst, als ich Jugendamtsleiter wurde, auch noch nicht so richtig klar gehabt. Ich musste dort auch erst einmal hineinwachsen und die Diskussionen führen. Aber wir haben sie geführt.

**Udo Werth, Amtsvormund, Stadtjugendamt Hamm:** Wir sind ähnlich organisiert wie in Düsseldorf. Ich kann Ihre Worte nur unterschreiben. Ich komme aus dem ASD und bin seit 1987 Vormund. Ich bin damals angeworben worden, weil gesagt wurde, die Mitarbeiter der Vormundschaft seien die „Lord-Siegel-Bewahrer“, also Papiertiger, und ich reibe mich nach subjektivem Gefühl seit 14-15 Jahren genau in diesem Konfliktfeld auf.

Ich denke, dass das in dem Maße, wie Sie es hier darstellen, selbst bei Unterstützung durch die Leitung nicht lösbar ist. Es sieht zum einen so aus, dass wir nicht nur innerhalb einer Kommune diesen Konflikt führen, sondern oft auch als Vormünder mit anderen Jugendämtern kooperieren, die wieder andere Organisationsstrukturen haben. Zum zweiten können wir natürlich nicht angewiesen werden, aber man kann uns zum Beispiel einen Fall wegnehmen und einem anderen Mitarbeiter die Bearbeitung übertragen. Das ist ein Aspekt. Zum dritten: Was tue ich gegen eine hohe Fallzahl? Wir haben auf einer halben Stelle etwa 50 Vormundschaften. Wenn das irgendwann 100 sind und ich das subsidiär zu betrachten habe, dann kann ich meine Mündel nicht mehr persönlich sehen. Was können wir dann tun und wie können wir mit den Fallzahlen innerhalb der Kommune argumentieren?

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann:** Ich möchte eigentlich nichts hinzufügen, weil das ein Bericht aus der Realität ist, die sich von Jugendamt zu Jugendamt unterschiedlich darstellt. Wir sind nun einmal in der glücklichen Lage, dass wir die Diskussion geführt haben und es zu unserem fachlichen Selbstverständnis und fachlichen Eigenprofil nicht nur im Jugendamt gehört, sondern es ist auch von der Behördenspitze und vom Jugendhilfeausschuss so anerkannt, dass darüber nicht mehr diskutiert wird. Im Gegenteil: Wegen dieser Selbständigkeit war bei uns, das ist mittlerweile nivelliert worden, der Vormund auch vergütungsrechtlich in einer etwas anderen Position, weil man diese rechtliche Selbständigkeit und die Weisungsunabhängigkeit hervorheben wollte.

**Monika Ingenleuf-Linek, Amtsvormünderin, Jugendamt Bremen:** Die beiden Kolleginnen aus Köln und Frankfurt und der Kollege Werth haben mir schon aus dem Herzen gesprochen. Wir haben in Bremen diese „Ochsentour“ begonnen, und zwar ganz intensiv und auch sehr idealistisch mit vier Vormündern in der Stadt Bremen, das heißt 120 Vormundschaften für eine halbe Stelle. Ich möchte gern wissen: Wie können wir denn - auch bei diesem von Ihnen sehr klar dargestellten Selbstverständnis, das ich seit Jahren verrete, obwohl es geschäftsplanmäßig überhaupt nicht so vorgesehen ist - weiter vorgehen, ohne dass die Mündel dabei zu Grunde gehen und deren Rechte nicht mehr gewahrt werden können, wenn die Leitungsebene immer wieder mit Personaleinsparquo-

ten kommt und ich letztendlich gelernt habe, es geht nicht mehr um die Inhalte, schon gar nicht um den Menschen, sondern nur noch um Finanzen? Es wird nicht mal mehr von Menschen gesprochen, sondern von Stellenvolumen. Meine Frage ist als ein Hilferuf zu verstehen, um konstruktiv weiter arbeiten zu können, unter gegenseitiger Achtung der Partner.

**Dr. Maud Zitelmann**, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*: Bisher ist nur die eine Seite im Gespräch, nämlich die des Vormunds, der vielleicht wegen der Hilfen zur Erziehung zum Verwaltungsgericht gehen könnte, der vielleicht auch amtsintern Überlastungsanzeigen stellen könnte. Wie sieht es mit der anderen Seite, der des ASD, aus? Man entzieht Eltern die elterliche Sorge, weil sie nichts für ihr Kind tun. Der, der an ihre Stelle tritt, bleibt genauso untätig. Ruht damit nicht die elterliche Sorge? Müsste da nicht das staatliche Wächteramt greifen? Was sagen Sie als Jurist dazu?

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann**: Ich habe dem nichts hinzuzufügen. Ich gebe Ihnen Recht. Es besteht hier nicht nur ein Einforderungsrecht des Vormundes oder des Pflegers, im Hilfeplanungsprozess aktiv werden zu dürfen und aus dem Recht des Kindes zu müssen. Der ASD verkörpert das staatliche Wächteramt. Und ein Vormund, der untätig bleibt, ist vom Gesetzesprofil ungeeignet. Der § 53, Abs. 3 SGB VIII gilt sinngemäß auch hier. Das Jugendamt als Sozialleistungsbehörde oder als Behörde der Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren hat darauf zu achten, dass die Vormünder und Pfleger für die Person des Mündels, insbesondere ihre Erziehung und Pflege, Sorge tragen. Diese Vorschrift ist nicht nur für den Privatvormund gedacht. Auch der ASD hat die Mitwirkungsrechte und Mitwirkungspflichten des Vormundes einzufordern. Deswegen steht das in dem Gesetz.

Zur Frage, wie man das weitere Vorgehen planen soll: Das ist natürlich schwierig. Ich kann Sie nicht davon entbinden, im Jugendamt selbst die Diskussion zu führen. Ich hoffe, dass von dieser Tagung eine Initialzündung ausgeht, Herr Dr. Wiesner hat das heute schon angesprochen, nicht mit dem Ruf nach dem Gesetzgeber, das halte ich im Moment für fragwürdig, sondern wir müssen andere Verantwortliche mit ins Boot nehmen. Die Diskussion muss auch auf einer anderen Ebene als in dem jeweiligen Jugendamt geführt werden, Sie müssen die kommunalen Spitzenverbände und auch die Landesjugendämter mit ins Boot nehmen.

**Christa Wolf**, *Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*: Zunächst noch einmal zum Ruf nach dem Gesetzgeber. Mir ist natürlich klar, dass das höchstens die Ultima Ratio sein kann und dass zunächst einmal wir selbst gefordert sind, die kommunalen Spitzenverbände ins Boot genommen werden müssen und die Diskussion auf einer ganz breiten Ebene geführt werden muss. Aber ich habe folgende Frage: Wir sind gesetzliche Vertreter der Kinder. Wir haben festgestellt, dass durch organisatorische Mängel die Rechte der Kinder beschnitten werden. Nun ist meine Überlegung, inwieweit wir eigentlich verantwortlich sind, diesen Mangel, diese rechtliche Beschneidung auf gerichtlichem Wege für die Kinder zu beseitigen? Müssten nicht eigentlich *wir* gerichtlich für die Kinder optimale Organisationsformen erstreiten? Ich habe diese Überlegung noch nicht zu Ende geführt, vielleicht fällt den hier Anwesenden etwas dazu ein.

**Prof. Dr. Ferdinand Kaufmann:** Frau Wolf, die Frage einer gerichtlichen Auseinandersetzung möchte ich zurückstellen. Zumindest kann ich dazu nicht viel Profundes beitragen, weil das gerichtliche Einfordern einer dem Mündel entsprechenden Organisationsform sicher sehr gründlich durchdacht werden muss. Herr Dr. Wiesner hat das heute schon einmal angesprochen: Wir haben immer noch die Kommunalaufsicht. Ich möchte hier nicht aus dem Nähkästchen plaudern, aber mein unmittelbarer Vorgesetzter hat schon einmal die Kommunalaufsicht während der Abwesenheit des damaligen Oberkreisdirektors eingefordert. Er wollte den ASD, der damals als Innen- und Außendienst getrennt beim Gesundheitsamt angesiedelt war, in das Jugendamt holen und die Organisationsform ändern und hat daher eine entsprechende Verfügung der Kommunalaufsicht provoziert. Ich halte hiervon nicht so sehr viel, denn die Kommunalaufsicht bei uns hat sich im Bereich der Jugendhilfe bisher nicht mit besonderer Fachkompetenz profilieren können. Da muss wohl besser auf einem anderen Feld gearbeitet werden.

Dem eigenen Dienstherrn den Haftungsfall in Aussicht zu stellen - so habe ich das jedenfalls verstanden -, das ist legitim. Bei jeder Personalanforderung im Bereich der Amtsvormundschaft/Pflegschaft/Beistandschaft weise ich immer auf die haftungsrechtlichen Folgen einer Unterbesetzung hin. Ich denke schon, dass das Eindruck macht - jedenfalls bei mir.

**Dr. Thomas Meysen:** Vielen Dank, Herr Kaufmann. Auch Ihr Referat hat eine bewegte Diskussion ausgelöst. Wir werden nun mit einer „inszenierten“ Diskussion hier auf dem Podium fortfahren, und zwar mit einem Streitgespräch zwischen Herrn Gläss und Frau Dr. Maiwald.

Herr Gläss ist Diplompädagoge, hat an der Universität Tübingen studiert, hat dann im Jugendamt mitgearbeitet und sich aber erst mal entschieden, als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität zu bleiben. Er hat an einem Praxisprojekt zur Jugendhilfeplanung teilgenommen. Das hatte einmal zum Inhalt, einen Jugendhilfeplan für einen Landkreis zu erstellen und auf der anderen Seite, vom Bundesministerium gefördert, ein Modellraster zu entwickeln. Jetzt ist Herr Gläss Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe im Rems-Murr-Kreis.

Frau Dr. Maiwald ist Leiterin der Abteilung Vormundtschaftswesen im Jugendamt Potsdam, zurzeit auch kommissarische Amtsleiterin. Sie ist ebenfalls Leiterin des Arbeitskreises Vormundtschaftswesen im Land Brandenburg und Mitglied der Arbeitsgruppe Amtsvormundschaft beim Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht. Sie ist von Hause aus Philosophin, hat zu einem ethisch-erziehungstheoretischen Thema promoviert und hat sich in zahlreichen Fortbildungen zum Vormund qualifiziert, wo sie sich, wie sie selbst sagt, viel wohler fühlt.

## **Streitgespräch: „Was ich Ihnen schon immer einmal sagen wollte ...“**

DR. ANKE MAIWALD

*Leiterin der Abteilung Vormundschaftswesen und kommissarische Jugendamtsleiterin  
im Fachbereich Jugend, Soziales und Wohnen - Bereich Jugendamt  
der Landeshauptstadt Potsdam,*

und

HOLGER GLÄSS

*Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe im Jugendamt  
Rems-Murr-Kreis, Waiblingen*

### **Aus Sicht der Amtsvormundschaft an die Sozialen Dienste:**

**Dr. Anke Maiwald:** Als ich das Thema des Streitgespräches las, habe ich mich ein wenig über die Formulierung gewundert, da es ein wenig nach Stoßseufzer klingt oder nach Unglück. Aber wie man an der Diskussion merkt, ist es offenbar ein dringendes Bedürfnis und - kurz gesagt - ein heißes Thema. Vor dem Hintergrund sehr positiver Erfahrungen der Zusammenarbeit habe ich mich trotzdem ein wenig im Lande zu diesem Thema umgehört. Ich habe mir dabei ein paar Punkte notiert, die ich zum Thema Zusammenarbeit mit dem ASD sagen möchte.

1.) Mir hat bisher in der Arbeit und in der Zusammenarbeit mit dem ASD geholfen:

- eine klare **organisatorische Trennung** der Bereiche,
- **klare Regeln und Vereinbarungen** über die Zusammenarbeit, die Zuständigkeiten und die unterschiedlichen Aufgaben von ASD und Vormundschaftswesen.

Streit entsteht, wenn nicht klar ist, wer was macht, und wenn zum Beispiel wichtige Informationen zwischen den Bereichen nicht gegeben werden. Die klassische Frage „Wann informiert der ASD worüber?“ muss geklärt sein. Informationen sollten *rechtzeitig* erfolgen - zum Beispiel, wenn der ASD über minderjährige werdende Mütter Kenntnis hat -; nicht erst, wenn der Beschluss des Amtsgerichts im Jugendamt ankommt. Ich plädiere dafür, dass zum Beispiel Anträge zu Sorgerechtsentzügen dem Vormund vorab zur Kenntnis vorgelegt werden, damit dieser gegebenenfalls prüfen kann, worauf rechtlich noch zu achten wäre. Als Stichwort möchte ich hier die Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechtes nennen, die dem Vormund eine Antragstellung nach § 27 SGB VIII relativ schwer machen dürfte.

2.) Man hört öfter das Argument: *Vormund wird das Jugendamt und das Jugendamt sind wir alle*. Das führt in der Praxis dann oft zu dem Eindruck bei den Betroffenen, es sei ohnehin im Jugendamt vorher „schon alles abgekaspert“; die Betroffenen sehen sich einer Front gegenüber, die heißt Behörde oder Jugendamt.

Warum haben wir solche Befürchtungen, den natürlichen Interessenunterschied von Abteilungen auch im Auftreten der Fachkräfte deutlich werden zu lassen? Fast beschwörend klingt mancherorts die Formel: Das Jugendamt darf nach außen nur einheit-

lich auftreten. Wir sind zwar ein Jugendamt, sehen aber durch unterschiedliche Brillen. Die Bestellung eines Vormundes ist auch eine **Chance**, bewusst mit „verteilten Rollen“ zu arbeiten,

- wenn zum Beispiel nach Herausnahme eines Kindes aus einer Familie mit einer neu einsteigenden Person ein Neuanfang erreicht werden kann,
- wenn bei notwendigen rigiden Eingriffen der Druck vom Sozialarbeiter etwas genommen werden kann,
- gegenüber dem Gericht, wo sich der ASD eher als Gutachter äußert und der Vormund die Chance hat, subjektiv zu sein.

3.) Ich wollte immer schon mal sagen, dass eine **klare Rollenabgrenzung** in jeder Situation notwendig ist. Ich weiß, dass bei der Arbeitsbelastung in beiden Arbeitsbereichen auch schon mal einer (kleinere) Aufgaben für den anderen wahrnimmt. Das macht aber den Vormund nicht zum Sozialarbeiter und den Sozialarbeiter nicht zum Vormund. Es sollte immer klar ausgesprochen werden, in welcher Funktion man unterwegs ist. Schließlich gibt das Gesetz die Rollenabgrenzung ausdrücklich vor.

Die unterschiedlichen Rollen sollten allen am Hilfeplanprozess Beteiligten bekannt sein, von Außenstehenden - gleich von den Eltern und den Mündeln selbst - kann man dies nicht verlangen. Jeder Vormund weiß, wie schwierig es ist, einem Kind, noch dazu, wenn es jünger ist, zu erklären, was Vormundschaft bedeutet und was der Vormund für es ist. Hier wünsche ich mir eine Sprache, die auch Kinder verstehen, und ich wünsche mir außerdem, dass **Formen gefunden werden, die Erklärungen und Beteiligungen von Mündeln zu sichern.**

4.) Ich wollte immer schon mal sagen, und das ganz dringend, dass mein Mündel **Anspruch auf die richtige, die geeignete Hilfe** hat, nicht den Anspruch, den gesamten Hilfekanon des KJHG auszuprobieren, bis man vielleicht bei der geeigneten Hilfe landet. Mir fehlt der Austausch darüber, dass die beschlossene Hilfe die geeignete ist. Ich wünsche mir, dass der Vormund überzeugt und nicht lediglich konfrontiert wird und dass Entscheidungswege dokumentiert und damit die Entscheidungen transparent gemacht werden.

Bei der Wahl der Hilfen wünsche ich mir vom ASD **mehr Phantasie und Rechtssicherheit**: Das Gesetz gibt keineswegs Rangfolgen von Hilfen vor, hier gibt es auch kein Ausschlussprinzip - ich denke dabei an die Kinder, die stationär mit dem Ziel der Rückführung untergebracht sind. Die Unterbringung der Kinder löst ja nicht das Problem in der Herkunftsfamilie, das heißt, hier steht oft nicht nur die Frage nach Elternarbeit, sondern gegebenenfalls nach einer parallelen Hilfe. Wenn keine von den vorhandenen Hilfen aus dem Hilfeplankanon die geeignete ist, muss eine individuelle Hilfe zugeschnitten werden.

Der Vormund hat die **Partizipation des Mündels** durchgängig zu sichern. Im Hilfeplanverfahren wünsche ich mir, dass für jedes Kind auch die seinen Möglichkeiten entsprechenden Formen in jeder Phase gefunden werden.

5.) Ich wünsche mir vom ASD mehr **gemeinsame fachliche Diskussion** zu pädagogischen, psychologischen und familienrechtlichen Problemen. Ich weiß, dass uns die Sozialen Dienste hier ein großes Stück voraus sind. Innerhalb der Vormundschaftsbereiche wünsche ich mir mehr Diskussionen fachlicher Probleme. Wir haben uns in den letzten beiden Jahren fast ausschließlich mit Unterhaltsproblematik befasst und nicht mit anderen Themen. Wie gesagt, ich wünsche mir mehr gemeinsame Diskussion - ich nenne dabei ein Stichwort: Verfahrenspflegschaft. Das Verständnis darüber ist beim Vormund und im ASD unterschiedlich. Wir müssen uns darüber einfach verständigen.

Ich wünsche mir innerhalb der Behörde „Jugendamt“ die **Entwicklung einer Streitkultur und gegenseitige fachliche Akzeptanz**. Ich wollte immer schon mal sagen: Vormünder sind auch Fachkräfte! Die Auffassung manches Sozialarbeiters - der Sozialarbeiter vertritt von Amts wegen das Kindeswohl und der Vormund ist sein Sprachrohr, er kennt die Familie viel länger und besser und kann deshalb alles viel besser und schneller entscheiden - führt in der Praxis manchmal zu Kompetenzüberschreitungen, beispielsweise bei der Zustimmung der Umgangsregelung ohne den Vormund. Nun sollte man sich nicht nur darüber beschweren, man sollte sich fragen, warum der Sozialarbeiter seine Kompetenz überschreitet. Eventuell liegt dem die Meinung des Sozialarbeiters zugrunde, der Amtsvormund vertritt das Kind nicht richtig und entscheidet falsch, und er übergeht ihn deshalb. Aus diesem Grund wünsche ich mir, dass solche Probleme in einer offenen, fairen Auseinandersetzung angesprochen und diskutiert werden.

6.) Es ist mir wichtig zu sagen: **Die fachliche Position des Amtsvormundes hat sich ausschließlich an den Belangen des Mündels zu orientieren, nicht etwa an der Haushaltssituation** bei den Hilfen zur Erziehung. Wenn wir als Vormünder nicht dafür sorgen, dass der Terror der Ökonomie aufhört, dort, wo es wirklich die Schwächsten, nämlich die Kinder, trifft, dann sind wir es nicht wert, Vormünder zu sein. Das ist sehr schwer, aber wenn wir dieses Ziel aufgeben, dann braucht es keine Vormünder mehr.

Die Orientierung an den Belangen des Mündels ist eine hohe Verantwortung, von der der Vormund auch nicht befreit ist, wenn das Kind in einem Heim oder einer Adoptions- oder Pflegefamilie untergebracht ist. (Für ausgesprochen fragwürdig halte ich zum Beispiel die Praxis eines Jugendamtes, in dem dem Vormund mit Verweis auf Datenschutz vom ASD Auskünfte zu den Eltern eines in Adoptiopflege befindlichen Mündels verweigert werden, so dass dieser keine Chance hat, die Feststellung der Vaterschaft zu betreiben, mit der Begründung, das erschwere ohnehin das Adoptionsverfahren.) Ob etwas für den Sozialarbeiter schwieriger oder einfacher ist, ob es länger dauert oder schneller zu erledigen ist, kann nicht das Kriterium sein. Jede Einwilligung, jede Entscheidung ist eben nicht bloß eine Unterschrift, sondern muss sich am Interesse des Mündels messen lassen. Sie bleibt letztlich eine persönliche Entscheidung des Vormundes, auch wenn sich der Amtsvormund vorab in seinem Team beziehungsweise von anderen Fachkräften Rat holt.

Dazu braucht er **eine Beziehung zum Mündel**, dazu muss er **Kontakte pflegen**, dazu gehört in erster Linie auch **Vertrauen**. Es weiß jeder, wie schwierig das bei den Fallzahlen ist, aber auch Argumente wie „Um die Pflegefamilie kümmert sich unser Pflegekinderdienst schon, da kann nicht dauernd noch einer auftauchen“, erschweren die Arbeit des Vormunds und die können wir nicht akzeptieren.

Letztlich wollte ich immer schon mal sagen: Wir als Vormünder erkennen ein hohes fachliches Niveau unserer Partner beim ASD. Aber ich bin ebenso dafür, dass auch Sozialarbeiter sich **mehr rechtliche Kenntnisse** aneignen. Falsche Beratung und falsche Auskünfte resultieren oft daraus, dass diese rechtlichen Kenntnisse fehlen. Ich plädiere außerdem ganz vehement für eine **Ausbildung von Vormündern**.

## Aus Sicht der Sozialen Dienste an die Amtsvormundschaft

**Holger Gläss:** Ich gehe zunächst nicht auf die von Frau Maiwald angesprochenen Punkte ein. Ich möchte fünf Punkte darlegen, die ich schon immer mal der Amtsvormundschaft sagen wollte. Ich bitte im Voraus um Nachsicht: Ich werde das nicht in diplomatische Watte packen. Ich halte diese übertriebene political correctness eher für einen Beitrag zur Langeweile.

1.) An der Entstehung der Diskussion um das „Outsourcing“ ist die Vormundschaft zum Teil selbst schuld. Ich wünsche mir, dass hier viel **mehr Profil und Eigenständigkeit** entwickelt wird, dass diese eigenständige Rolle und die Kompetenzen in der Praxis eingefordert werden. Ich sehe allerdings, dass es neben den Vormünderinnen und Vormündern noch zwei andere „Schuldige“ gibt, nämlich erstens die Jugendamtsbehörde insgesamt - mit ihrer Politik sowohl der Personalausstattung als auch der Nichtakzeptanz dieser eigenständigen Rolle - und zweitens der ASD.

Es ist natürlich auch die Aufgabe des ASD, diese eigenständige Rolle beim Vormund einzufordern. Das wurde schon mit der Frage des Wächteramtes angesprochen oder mit der Frage der Mitwirkung beim Familiengericht bei Anträgen auf Sorgerechtsentziehung bei den Eltern, wenn diese das Sorgerecht nicht ausüben. Der ASD kann nicht zuschauen, wenn auch der Amtsvormund das nicht ausübt. Ich fürchte allerdings, dass der ASD sich teilweise in seiner Rolle als derjenige, der alle fachlichen Fragen allein entscheidet, gefällt oder es sich bequem gemacht hat.

2.) Ich wünsche mir bei der Vormundschaft deutlich mehr Profil hinsichtlich der **Qualifikation**. Meiner Meinung nach reicht es keineswegs, davon zu reden, dass der Beruf des Vormundes eine Berufung ist. Es macht auch keinen Sinn, die Anforderungen in Richtung Doppelqualifikation hochzuschrauben. Meine Antwort wäre eine ganz andere, nämlich die Spezialisierung - wie es heute schon am Beispiel Düsseldorf genannt wurde - mit **multiprofessionell besetzten Teams**. Ich weiß noch nicht einmal, ob in diesem Team Verwaltungsfachkräfte und Sozialpädagogen/Sozialarbeiter die einzigen Professionen bleiben sollten oder ob nicht eine dritte Richtung hinzukommen kann. Teams, die sich gegenseitig unterstützen und beraten, wie es in den Allgemeinen Sozialen Diensten schon längst gang und gäbe ist.

3.) Ich würde gern Vormundschaften sehen, die **offensiver auftreten** und sich viel **besser darstellen**. Ich habe in der Vorbereitung auf diese Tagung lange gesucht und keinerlei Daten und Informationen zu Vormundschaften gefunden. Es gibt eine Zahl vom Statistischen Bundesamt von Ende 1998, wie viele Kinder unter gesetzlicher Vormundschaft, unter Amtsvormundschaft und -pflegschaft stehen, sonst gibt es keine Aussagen, wie viele Mündel ein Vormund hat, wie viele Kontakte er hat, ob die Kinder in Heimen, in Pflegefamilien oder sonst wo untergebracht sind. Darüber gibt es nichts. Ich denke, es ist Aufgabe der Vormundschaft, dies zu ändern. Die Vormundschaft muss sich besser darstellen.

4.) Ich habe teilweise das Gefühl, dass sich die Vormünder nicht im Klaren sind, was ihre Aufgaben sind, beziehungsweise diese Aufgaben zu wenig ernst nehmen. In der Praxis erlebe ich häufig, dass die von ihnen einzunehmende **Elternrolle**, wie es Herr



Kaufmann vorhin so treffend beschrieben hat, nicht eingenommen und auch nicht eingeklagt wird. Wenn, um es mal drastisch auszudrücken, der ASD den Vormund zum Hilfeplangespräch tragen muss, wenn der ASD einklagen muss, dass der Vormund auch am Hilfeplangespräch teilnimmt, dann ist das ein deutliches Zeichen dafür, dass von Seiten der Vormundschaft einfach zu wenig getan wird. Das gilt meines Erachtens für die Fragen des persönlichen Bezugs, das gilt für Kontinuität, Garantie für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Frau Maiwald sagte gerade, sie wünsche sich, dass der ASD besser darauf achtet. Gleichzeitig betonte sie, der Vormund sei der Garant dafür. Wenn also der ASD nicht darauf achtet, muss der Vormund etwas tun, damit die Beteiligung gewährleistet ist. Im ASD gibt es eine Leitung. Der Vormund kann sich an diese Leitung wenden, wenn er mit der Arbeit von Kollegen im ASD nicht zufrieden ist.

5.) Die Vormünder und Vormünderinnen müssen aufhören, sich aus der **Fachdiskussion**, aus der Hilfeplanung und auch aus der Jugendhilfeplanung rauszuhalten. Ich erlebe es selten, dass **Vormünder in der Jugendhilfeplanung eine aktive Rolle spielen**. Auch in der Fachdiskussion muss sich die Vormundschaft einbringen, Frau Maiwald erwähnte es vorhin bereits, zum Beispiel zum Thema Verfahrenspflegschaft. Es gibt noch viele andere Themen. Wann hat sich zum Beispiel ein Vormund das letzte Mal etwas zu ISE-Projekten (Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung) im Ausland oder zur Sozialraumorientierung oder anderen solcher Themen geäußert? Die Vormundschaft ist zu diesen Themen nicht aktiv und ich würde mir als ASD einen viel aktiveren, auch kritischen und kontroversen Gesprächspartner wünschen.

**Dr. Anke Maiwald:** Vieles von dem Gesagten geht ja in eine ähnliche Richtung: mehr Profil in jeder Hinsicht, mehr Fachdiskussion, offensiveres Auftreten. Darüber müssen wir uns gar nicht streiten. Ich bin genau dieser Meinung. Die Bereiche der Amtsvormundschaft spielen ein Schattendasein. Wir sind die, die vor sich hin arbeiten, und fallen nur auf, wenn es im Einzelfall Probleme gibt. Ansonsten spielt das in den Jugendämtern, wenn man als Ausschnitt den Jugendhilfeausschuss nimmt, keine Rolle. Der Jugendhilfeausschuss kümmert sich um Jugendförderung und Kitas, weil das politisch brisante Themen sind, um Hilfen zur Erziehung, weil es enorm viel Geld kostet. Die Amtsvormundschaften interessieren höchstens mal als eine kurze Statistik, sie sind ein wenig exotisch. Das ist aber auch Schuld der Vormundschaftsabteilung selbst. Ich denke, da kann man niemandem sonst die Schuld geben. Wenn wir uns nicht selbst darstellen, müssen wir uns nicht beschweren, wenn wir nicht wahrgenommen werden. Dazu muss ich Ihnen überhaupt nicht widersprechen.

Was das Wahrnehmen von Vormündern in der Fachdiskussion betrifft, sehe ich auch, dass bestimmte fachliche Positionen aus der speziellen Sicht von Vormündern fehlen. Wenn wir hier aber die Fallzahlen hören, frage ich mich, wann nun so ein Vormund noch einen Artikel schreiben soll. Ich will damit nicht sagen, dass Sozialarbeiter mehr Zeit als Vormünder haben. Aber ich denke schon, dass vielleicht Sozialarbeiter mehr zum Reflektieren und zum „Darüber-Reden“ neigen als Vormünder, die sich für fachliche Belange in ihrem konkreten Fall interessieren und dann nicht mehr für die „abgehobene“ Reflexion zu ihrer Arbeit. Ich halte es aber auch für wichtig, um eine nötige fachliche Sicherheit zu bekommen.

Das offensive Auftreten der Amtsvormundschaft hängt meines Erachtens sehr von den Personen ab. Über das Machtgefälle und die daraus resultierenden Probleme innerhalb des Jugendamtes haben wir bereits gesprochen. Ich nehme es so wahr, dass das in den einzelnen Jugendämtern sehr unterschiedlich ist, ob sich jemand durchsetzt oder sich auch mal an den Leiter oder an den Jugendamtsleiter wendet, um gegen eine Entscheidung vorzugehen. Das Selbstbewusstsein in den Vormundschaftsabteilungen hat manchmal auch etwas mit mangelnder Ausbildung oder Fortbildung und mit der Sicherheit, gefeilte Argumente vorzutragen und seine Positionen begründen zu können, zu tun, und Letzteres nicht nur in Verwaltungsakten, sondern auch in fachlicher Diskussion mit dem Sozialpädagogen.

**Holger Gläss:** Zwei Dinge möchte ich gern aufgreifen. Zum einen stimmt es nicht, dass der Vormund keine Zeit hat, Artikel zu schreiben. Die Fachliteratur ist voll mit Artikeln von Vormündern, nur nicht zu sozialpädagogischen und sozialpolitischen Themen, sondern zur Frage der Anrechnung von irgendwelchen Tabellen oder zum neuen Beistandschaftsrecht oder sonstigen Dingen. Die Frage lautet nicht so sehr, ob er die Zeit hat oder nicht, sondern um welche Themen man sich kümmert, wo man sich einbringt. Da bleibe ich bei meiner Meinung, sie stecken das Terrain viel zu eng ab. Man muss sich nicht über solche Meinungen, ob man Amtsvormünder überhaupt braucht und ob es Vereinsvormünder oder Privatvormünder nicht besser machen, wundern, wenn man sich in der Fachwelt nicht stärker positioniert. Durch dieses Positionieren kommt man viel stärker ins Bewusstsein von Jugendhilfeausschüssen oder in die Jugendhilfeplanung als Instrument in der Kommune, wo es ja auch um Stellenfragen, um Ausstattung und ähnliche Dinge geht. Der erste Schritt müsste nach meiner Erfahrung sein zu sagen: Das ist unser Selbstverständnis, so sind unsere Aufgaben, so sind sie rechtlich begründet, das ist unsere Konzeption. Auf einer solchen Basis kann man sich auch politisch dafür einsetzen und darum kämpfen, dass man beispielsweise Stellen bekommt.

Zum anderen hoffe ich, dass niemand im ASD Ihre Aussage bestreitet, Vormünder seien auch Fachkräfte. Ich würde mir wünschen, dass tatsächlich eine Gleichbehandlung und Gleichberechtigung besteht. Möglicherweise liegt das am Nord-Süd-Gefälle, dass ich umgekehrt die Erfahrung gemacht habe, dass in den Kreisen, die ich kenne, gesagt wird, der Vormund wird besser bezahlt und vom Ansehen her höher eingestuft, weil er diese Stellung als weisungsunabhängiger Mitarbeiter hat. Darüber kann man streiten. Aber wenn er schon höher eingruppiert wird, mag ich mir nicht dauernd von der Vormundschaft anhören, dass sie hier nicht so kompetent seien und zu dem Thema nichts sagen könnten. Da erwarte ich auch mehr Selbstbewusstsein in den Debatten sowie die Forderung der Amtsvormundschaft, angehört zu werden.

Eine Kritik nehme ich gern an, Frau Maiwald: Ich glaube wie Sie, dass im ASD und insgesamt im Jugendamt noch sehr viel getan werden kann, die geeignete Hilfe zu finden. Ich halte überhaupt nichts von dieser Strategie, erst mal klein - sprich: billig - anzufangen und dann zu schauen, ob es vielleicht reicht oder mehr sein muss. Im Gesetz steht klipp und klar: Die Hilfe, die notwendig und sinnvoll ist, muss geleistet werden. Nur: Auch das entscheidet nicht der ASD. Der Vormund ist Antragsteller und als solcher wirkt er im Hilfeplan mit. Wenn der Vormund der Meinung ist, diese angebotene, billige Hilfe ist nicht geeignet, kann er dagegen protestieren und einen Antrag auf eine andere Hilfe stellen. Insofern kann man das nicht allein dem ASD zuschieben; der Vor-

mund müsste dabei viel aktiver und offensiver werden. Wie gesagt, auch beim ASD würde ich mir mehr Phantasie wünschen. Das ist nicht nur eine Geldfrage, das ist auch eine Frage der Entwicklung von vielleicht unorthodoxen, flexiblen Hilfen. Das ist aber nicht allein die Aufgabe des ASD, es gehört auch der Antragsteller dazu. Das sage ich übrigens nicht nur dem Vormund, das sage ich auch Eltern, wenn die Hilfe wollen. Auch von ihnen erwarte ich eine Mitwirkung und Überlegung, wie die Hilfe aussehen könnte. Ich komme dabei wieder zu dem vorher schon genannten Schluss, möglicherweise muss, um das alles leisten zu können, das Team „Vormundschaften“ durch mehrere Professionen besetzt werden und ich glaube, ein Team lässt sich leichter installieren, wenn es einen spezialisierten Bereich Vormundschaften/Pflegschaften gibt.

**Dr. Anke Maiwald:** Vielleicht noch eine kurze Bemerkung zur geeigneten Hilfe: Nach meiner Überzeugung ist der Herr des Hilfeplanverfahrens der ASD und die Entscheidung über die geeignete Hilfe ist das Ergebnis einer sozialpädagogischen Prüfung. Ich gebe Ihnen Recht, wenn der Vormund vielleicht zu leicht dem nachgibt, was der Sozialarbeiter ihm sagt. Ich vermag nicht einzuschätzen, ob diese Gläubigkeit überall so besteht. Aber dem Vormund noch den Vorwurf zu machen, dass die Hilfe nicht die geeignete ist, das ist meines Erachtens zu weit gegriffen.

**Dr. Thomas Meysen:** Vielen herzlichen Dank Ihnen beiden. Ich glaube, Sie haben uns geholfen, dass wir jetzt nahtlos in eine offene Diskussion übergehen und uns alles direkt sagen können, denn viel direkter werden wir kaum werden können. Ich möchte daher keine Zeit verlieren und gleich in die Diskussionen in den Arbeitsgruppen einsteigen.

# **Inputreferat in der Arbeitsgruppe 1: Ansprechpartner für Kinder und Eltern - Fragen der Beziehungsgestaltung**

CHRISTA WOLF

*Leiterin der Abteilung Vormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*

Bei der Behandlung unseres Themas - Beziehung der Amtsvormünder zu Kindern und Eltern - ist es mir wichtig zu betonen, dass die Beziehung zu den Kindern eine elementare Voraussetzung für die Arbeit des Amtsvormundes ist. Es ist nicht hinnehmbar, dass es Amtsvormünder gibt, die die von ihnen vertretenen Mündel gar nicht kennen, und es ist schon gar nicht hinnehmbar, dass es Jugendämter oder Jugendamtsleiter gibt, die diese Praktiken sehenden Auges unterstützen oder gar fordern.

Amtsvormünder als gesetzliche Vertreter sind ausschließlich dem Kindeswohl verpflichtet. Das setzt aber voraus, dass sie es auch kennen. Das Kindeswohl ist nicht vom Schreibtisch aus zu beurteilen und ohne Kenntnis des Kindeswillens kaum zu erkennen. Für die Praxis der Amtsvormünder heißt das, sie müssen das Kind kennen und aus eigener Kenntnis viel über das Kind wissen. Das ist nicht möglich, wenn sie das Kind nicht kennen oder es nur einmal im Jahr beim Hilfeplangespräch sehen. Es bedarf eines kontinuierlichen Beziehungsaufbaus, der sich an den Ressourcen und Fähigkeiten des Kindes orientiert. Dazu müssen die Amtsvormünder über entsprechende Kenntnisse, insbesondere über Kommunikation mit Kindern, verfügen. Das Kind muss wissen, wer sein Amtsvormund ist und was es von ihm zu erwarten hat, aber auch, was es nicht erwarten kann. Die Beziehung zum Kind muss aber nicht nur aufgebaut, sie muss auch gepflegt werden. Das alles ist eine originäre Aufgabe der Amtsvormünder, denn letztendlich gilt dies als Qualitätsmerkmal im Rahmen einer professionellen Aufgabenwahrnehmung.

Aber nicht nur das. Die Vormünder sind dem Gericht und letztlich auch dem Kind gegenüber rechenschaftspflichtig, sie tragen allein die Verantwortung für die mitunter lebenslenkenden Entscheidungen im Leben des Kindes.

Wie ich aus vielen Gesprächen mit Kollegen im Rahmen meiner Seminare weiß, gibt es oft ungeahnte Hindernisse, wenn Vormünder ihre Arbeit in dieser Weise tun wollen. Einige Argumente sind im Streitgespräch bereits gefallen. Es bedarf hier noch einiger Überzeugungsarbeit.

Unser Thema lautet jedoch: Ansprechpartner für Kinder und Eltern.

Manch einer mag sich fragen: Wieso Eltern? Wir sind doch froh, wenn die sich raushalten?! Betrachten wir die Frage aus der Perspektive der Kinder. Alle Kinder, insbesondere die, die einen Vormund haben, haben eine Geschichte. In dieser Geschichte haben die Eltern eine wie auch immer geartete Rolle gespielt und die Kinder hatten zu ihnen eine wie auch immer geartete Beziehung. Sie waren - ob im Guten oder Bösen - wichtig für die Kinder und sind oft die Einzigen, die die ganze Geschichte der Kinder kennen, die Auskunft über die Details der Vergangenheit, Vorlieben, aber auch verwandtschaftliche Beziehungen geben können. Deshalb sind sie auch wichtig für die Vormünder.

Amtsvormünder sind parteiliche Vertreter des Kindes. Es ist ihre Aufgabe, die Rechte des Kindes zu vertreten und zu sichern. Dazu gehören insbesondere das Wunsch- und Wahlrecht, aber auch das Recht auf seine Geschichte und nicht zu vergessen das Recht auf Umgang mit seinen Eltern.

Sie sehen, es gibt vielfältige Berührungspunkte zwischen Vormündern und Eltern. Allerdings ist das Verhältnis Amtsvormund - Eltern oft von Missverständnissen und Schwierigkeiten geprägt. Sie ergeben sich zum einen aus der Situation, zum anderen aber auch aus der oft unklaren Rollenverteilung innerhalb des Jugendamtes. Oft werden Amtsvormünder von den Eltern als Konkurrenz erlebt, die ihnen vormachen will, wie es besser geht. Oft führt aber auch der Komplex Umgangsrecht zu großen Missverständnissen. Es wird oft als reines Elternrecht verstanden. Dabei wird häufig versucht, die Amtsvormünder zu instrumentalisieren, sozusagen zur Durchsetzung der Elterninteressen. Andererseits sind es auch oft die Kinder, die, sei es, um Loyalitätskonflikten zu entgehen, sei es, weil die Eltern keine eindeutige Position beziehen, ihrerseits Konflikte zwischen Amtsvormundschaft und Eltern hervorrufen oder schüren. Hier ist es unerlässlich, Position zu beziehen, und zwar eindeutig gegenüber den Eltern und dem Kind.

Dabei ist mit den Eltern die Rolle und die Erwartungen an den jeweils anderen zu klären. Hier ist es besonders wichtig, den Schnitt hinsichtlich der Zuständigkeiten innerhalb des Jugendamtes deutlich zu machen. Ist der ASD vielleicht im Rahmen der Elternarbeit eher geneigt, Besuchsansprüchen der Eltern zuzustimmen, so haben die Amtsvormünder den Fokus ausschließlich auf das Kind gerichtet. Dabei sind gute und verlässliche Absprachen innerhalb des Jugendamtes unerlässlich, weil sonst die Gefahr besteht, dass die Eltern oder auch die Kinder alle Beteiligten gegeneinander ausspielen.

Auch um diese Gratwanderung ohne Abstürze zu bewältigen, bedürfen die Amtsvormünder entsprechender Erfahrung und Kompetenz. Je mehr es gelingt, mit den Eltern einen gemeinsamen Nenner zu finden - und sei es die Erkenntnis, wir wollen alle das Beste für das Kind, nur die Wege dahin sind unterschiedlich -, desto störungsfreier kann die Entwicklung des Kindes verlaufen.

# **Inputreferat in der Arbeitsgruppe 2: Rollenverteilung im Hilfeplanprozess und bei Umgangsfragen**

UTE ZIELINSKI

*Stellvertretende Leiterin des ASD im Jugendamt der Stadt Kassel*

## **1. Hilfeplanverfahren im ASD des Jugendamtes der Stadt Kassel**

Das Hilfeplanverfahren zur Einleitung von Hilfen zur Erziehung wird im Jugendamt der Stadt Kassel seit mehreren Jahren praktiziert. **Die Arbeitsrichtlinien zur Durchführung des Hilfeplanverfahrens**, zuletzt im Jahr 1999 modifiziert, werden gegenwärtig wieder neu überarbeitet.

Die Arbeitsrichtlinien beinhalten:

### **1. die Beratungsphase.**

Die fallzuständige Fachkraft führt mit allen, die an dem Fall beteiligt sind (Eltern, Kindern/Jugendlichen, Lehrern, Ärzten, Kolleginnen und Kollegen aus anderen Abteilungen oder anderen Institutionen und anderen) Gespräche und erstellt eine Problemanalyse. Sollte es zur Einleitung einer Hilfe nach dem KJHG kommen, so hat die fallzuständige Fachkraft eine Vorlage zu fertigen, die allen am Fall Beteiligten zugestellt wird.

Diese Vorlage wird dann in

### **2. der Regionalen Hilfeplankonferenz (RHK)**

von der fallzuständigen Fachkraft vorgestellt. Die Mitglieder und die am Fall beteiligten Fachleute diskutieren und beraten diesen Fall. Danach wird eine Entscheidung über das notwendige Hilfsangebot getroffen und in einem Protokoll festgehalten. Dieses Hilfsangebot wird den Sorgeberechtigten vorgestellt. Sowohl die Sorgeberechtigten als auch die Jugendlichen oder jungen Volljährigen können, wenn sie wollen, ebenfalls an der RHK teilnehmen. Diese Form der Beteiligung nimmt immer mehr zu, die Eltern und Jugendlichen/jungen Volljährigen fühlen sich dadurch - nach eigenen Aussagen - eher in den Prozess der Entscheidungsfindung einbezogen.

Sind die Sorgeberechtigten mit dem Vorschlag einverstanden, wird

### **3. im Hilfeplangespräch**

mit allen Beteiligten - fallzuständige Fachkraft, den Sorgeberechtigten, dem Kind/Jugendlichen/jungen Volljährigen und dem auszuführenden Dienst oder der Einrichtung - der vorläufige Hilfeplan erstellt. (Die Erstellung des detaillierten Hilfeplans erfolgt nach spätestens 3 Monaten.)

Nach diesem Verlauf geht der Fall an

### **4. die Abschlusskonferenz.**

In der Abschlusskonferenz erfolgt durch die Amts- und Abteilungsleitung die rechtskräftige Bestätigung des Hilfeangebots.

Es schließen sich Schritte der Weiterbearbeitung und das Prozedere zur Überprüfung und Fortschreibung des Hilfeplanes sowie Sonderregelungen (Vorgehen bei Inobhutnahme und Entzug der elterlichen Sorge nach § 1666 BGB) an.

Unter Beachtung der Arbeitsrichtlinien zum Hilfeplanverfahren dürfte die Frage nach der Zusammenarbeit zwischen Amtsvormundschaft und ASD aus meiner Sicht gar nicht auftauchen. Festgeschrieben ist, dass alle am Verfahren Beteiligten mit einzubeziehen sind. Dies gilt im besonderen Maße für die Funktion des Amtsvormundes. Richtlinien zum Hilfeplanverfahren tragen dazu bei, Verfahrensabläufe sicherzustellen, sie garantieren noch keine Kooperation, geben jedoch eine Orientierung.

## **2. Zusammenarbeit zwischen Vormundschaftsabteilung und ASD**

Rahmenrichtlinien legen formale Abläufe fest, die Praxis sah und sieht teilweise aber anders aus. Die Zusammenarbeit im Hilfeplanverfahren wurde in den vergangenen Jahren sehr unterschiedlich praktiziert.

Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Abteilungen wird in der Regel erforderlich, wenn im Rahmen eines Sorgerechtsverfahrens elterliche Rechte entzogen und auf das Jugendamt übertragen werden.

Für den Bereich des Sorgerechtsentzuges bestehen Arbeitsabsprachen, die aus meiner Sicht von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterschiedlich wahrgenommen wurden. Allgemein ging man davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD in der konkreten Fallarbeit das „Sagen“ hatten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vormundschaftsabteilung waren zu informieren, korrespondierten mit dem Gericht und kümmerten sich um die finanziellen und rechtlichen/gesetzlichen Belange.

Es kam vor, dass die Vormundschaftsabteilung über einen Antrag zum Entzug der elterlichen Sorge nicht informiert wurde. Die Nachricht, dass sie Vormund über ein bestimmtes Kind sind, erhielten sie vom Gericht. Im anschließenden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASD durchgeführten Hilfeplanverfahren (zum Beispiel zur Aufnahme eines Kindes in einer Einrichtung) wurde der Vormund nicht mit einbezogen. Der Vormund wurde „formal“ über die Einleitung beziehungsweise Fortschreibung einer Hilfe mit einer Durchschrift des Protokolls der Konferenz informiert. Ihm wurden Schriftstücke zur Unterschrift vorgelegt beziehungsweise er wurde gebeten, finanzielle oder formal-rechtliche Dinge zu regeln. Wurde er zur Hilfeplankonferenz eingeladen, kam es vor, dass er aus Zeitgründen nicht daran teilnehmen konnte. In wenigen besonders schwierigen Einzelfällen wurden gemeinsame Gespräche mit den Kindern, Eltern und Erziehern in den Einrichtungen geführt oder auch Besuche durchgeführt. Andererseits trafen Vormünder mit Eltern, Jugendlichen oder Einrichtungen Absprachen, von denen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD nichts wussten.

Es ist offensichtlich, dass diese Form der Zusammenarbeit mehr Reibungsverluste mit sich brachte, als notwendig war und ist. Auf die Frage, warum die Zusammenarbeit so schwierig sei, kommt oft die Antwort: „Wir haben es hier mit Menschen zu tun, die einen können miteinander reden, die anderen nicht.“ Es ist nicht nur die Frage des „Mit-

einander-Könnens“, sondern die Unkenntnis über die Aufgaben, die Funktion und die Rolle der Stelleninhaber führt zu Missverständnissen, Abgrenzungen und damit zu unnötigen Reibungsverlusten innerhalb der Abteilungen.

Das Inkrafttreten des neuen Kindschafts- und Familienrechts und die Anfrage nach der Zuordnung der Aufgaben beim Jugendamt nach Entzug von Teilen der elterlichen Sorge haben dazu geführt, die Frage nach der Kooperation zwischen beiden Abteilungen neu aufzugreifen. Dies führte zu einer **Vereinbarung zur Kooperation und zum formalen Ablauf bei Einleitung und Bearbeitung von Vormundschaften**. Grundsätzlich gilt:

- Für pädagogische und erzieherische Fragen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD, für vermögensrechtliche und gesetzliche Vertretungsfragen sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vormundschaftsabteilung zuständig.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Vormundschaftsabteilung sind grundsätzlich im Vorfeld über das Vorhaben eines Sorgerechtsentzugs zu informieren und zur Hilfeplankonferenz einzuladen. Eine Teilnahme der Vormundschaftsabteilung an der Hilfeplankonferenz wird garantiert, wenn die gesamte Vormundschaft beantragt werden soll.
- Die Korrespondenz mit dem Familiengericht in Pflegschaftsangelegenheiten erfolgt direkt zwischen dem ASD und dem Familiengericht, die Vormundschaftsabteilung erhält eine Durchschrift zur Kenntnis.
- In Vormundschaftsangelegenheiten berichtet die Vormundschaftsabteilung über den Bereich des Vermögens, der ASD über den pädagogischen Bereich.
- Sollte eine andere Vorgehensweise sinnvoll erscheinen, so ist diese einvernehmlich zwischen den Sachbearbeitern beider Bereiche abzusprechen.

Es gibt somit eine Kooperationsvereinbarung bei der Beantragung eines Sorgerechtsentzugs und Einleitung einer eventuellen Hilfe, jedoch keine zur Durchführung und Begleitung der Hilfe.

### **3. Praxis der Zusammenarbeit im Hilfeplanverfahren**

Nach der getroffenen Vereinbarung ist der Vormund im Vorfeld zu informieren und er muss auch an der Hilfeplankonferenz zum Entzug der elterlichen Sorge und zur Einleitung von Hilfen anwesend sein. Festzustellen ist, dass diese Vorgehensweise immer mehr greift und von allen als positiv bewertet wird.

Zunehmend praktizieren wir auch die Durchführung von Hilfeplangesprächen mit dem Vormund vor Ort, das heißt, gemeinsam besuchen wir das Kind/den Jugendlichen in der Einrichtung. Teilweise sind die Eltern ebenfalls mit dabei.

Aus meiner eigenen Praxis kann ich sagen, dass über die jeweiligen Rollen, die jeder von uns bei Hilfeplangesprächen innehat, kein expliziter Austausch stattfand. Allgemein ist festzuhalten, dass die ASD-Mitarbeiter die Rolle der Gesprächsführer, der Moderatoren übernehmen, das Protokoll mit den aufgestellten Zielen und Vereinbarungen führen und für die Hilfeplangespräche überwiegend verantwortlich sind. Die Rolle des Vormundes beschränkt sich zurzeit überwiegend darauf, das Kind, die Einrichtung, die Er-



zieher, eventuell auch die Eltern kennen zu lernen und darüber hinaus seine rechtliche Funktion wahrzunehmen.

In meinem Fall hatten wir die „klassische“ Aufteilung: Wenn es darum ging, einen Lehr- oder Mietvertrag zu unterschreiben, die Einwilligung für eine ärztliche Behandlung zu geben oder aufenthaltsrechtliche beziehungsweise vermögensrechtliche Fragen zu klären, dann war der Vormund gefragt. Ging es aber um Fragen, wie oft das Kind nach Hause darf, welche Hilfen es zusätzlich erhalten kann, wie es mit schulischer Unterstützung aussieht beziehungsweise was das Kind an seinem Verhalten ändern muss und so weiter, dann war ich als Sozialarbeiterin in Absprache mit den Erziehern gefragt.

Die Hilfeplangespräche werden protokolliert. Dieses Protokoll, das jeder der Beteiligten erhält, bietet die Grundlage für das nächste Gespräch.

Wenn es um eine gute Kooperation mit allen Beteiligten geht, muss für alle - und hier insbesondere die Kinder/Jugendlichen, deren Eltern und den Erziehern in den Einrichtungen beziehungsweise den Pflegeeltern - nachvollziehbar und transparent sein, wer welche Rolle im Hilfeplanprozess spielt. Aussagen darüber, wer wofür zuständig ist und an wen man sich wenden kann, müssen getroffen werden. Abgrenzungen zwischen den beiden Arbeitsbereichen sind notwendig, da sie zwei unterschiedliche Funktionen auszufüllen haben. Eine klare Aufgabenteilung trägt dazu bei, Rollenkonflikte in der Aufgabenstellung zu vermeiden.<sup>1</sup>

Trotz Vereinbarungen und Absprachen können Konflikte entstehen, weil die agierenden Personen unterschiedliche Vorstellungen über Erziehung, über gesellschaftliche Normen und Werte haben, die in den Prozess des Miteinanders mit hineinspielen. Auch wenn eine Abgrenzung der Aufgabenwahrnehmung für beide Bereiche festgeschrieben ist, tauchen kritische Situationen auf, in denen die festgeschriebene Klarheit ins Wanken gerät:

Wer entscheidet

- über den Schwangerschaftsabbruch einer 14-jährigen,
- über die Ausweitung/Einschränkung des Besuchskontaktes der Kinder zu den Eltern oder Großeltern,
- über die Anmietung einer Wohnung durch einen 17-jährigen,
- über die Aussagegenehmigung wegen sexuellen Missbrauchs?

Die Aufzählung ließe sich noch weiter fortführen. Hier stellt sich letztendlich die Frage: **Wer hat dann das letzte Wort?** Ist es der Vormund? Ist es der Sozialarbeiter? Gibt es eine übergeordnete Instanz im Bereich der Verwaltung?

Nach den gesetzlichen Bestimmungen des § 55 Absatz 2 KJHG heißt es: „Das Jugendamt überträgt die Ausübung der Aufgaben ... einzelnen seiner Beamten oder Angestellten ... In dem durch die Übertragung umschriebenen Rahmen ist der Beamte oder Angestellte gesetzlicher Vertreter des Kindes oder des Jugendlichen.“

---

<sup>1</sup> siehe dazu die Ausführungen zu Qualitätssicherung in den erzieherischen Hilfen des Deutschen Städtetages vom August 1999

Es gibt Vormünder, die sich unabhängig jeglicher dienstlicher Absprachen, Vereinbarungen und Dienstverteilungsplänen fühlen und dementsprechend handeln.

Entscheidungen werden bei uns im Rahmen der Hilfeplanung in der Regionalen Hilfeplankonferenz getroffen. **Die Entscheidung treffen die Mitglieder dieser Konferenz einvernehmlich.** Mit beteiligt und stimmberechtigt sind außerdem die Abteilungsleitung und die Amtsleitung.

#### **4. Zusammenarbeit bei Umgangsfragen**

Treten Fragen zum Umgangsrecht im Rahmen von Hilfeplanverfahren auf, so unterliegen sie den Vorschriften zum Hilfeplanverfahren. Gemeinsam ist mit allen Beteiligten eine Lösung anzustreben. In der Regel kommt es aber bei der Besuchsregelung bei untergebrachten Kindern zu keinen nennenswerten Konflikten.

In wenigen Einzelfällen versuchen Eltern beziehungsweise Großeltern mit Hilfe eines Anwaltes, ein Besuchsrecht eingeräumt zu bekommen oder aber dieses zu erweitern. In diesen Fällen arbeitet der Amtsvormund mit der zuständigen Fachkraft des ASD eng zusammen, um gegenüber den Eltern/Großeltern und den Anwälten und gegenüber dem Gericht mit „einer Stimme“ aufzutreten. Es kommt auch vor, dass der Amtsvormund im Konflikt zwischen Eltern und Sozialarbeiter des ASD als „Puffer“ beziehungsweise als Vermittler fungiert.

Nach § 18 KJHG „Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge“, obliegt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vormundschaftsabteilung die Aufgabe, Müttern und Vätern, die allein für ein Kind oder einen Jugendlichen sorgen, „*Beratung und Unterstützung bei der Ausübung der Personensorge ...*“ anzubieten, darin ist auch eine Beratung zum Umgangsrecht eingeschlossen. Die Beratung zum Umgangsrecht endet oft damit, dass eine Vermittlung zwischen den Eltern herbeigeführt werden kann. Kommt es allerdings nicht zu einer Einigung, vermitteln die Mitarbeiter der Vormundschaftsabteilung an die Mitarbeiter des ASD beziehungsweise verweisen die Hilfesuchenden an das Familiengericht.

Das Familiengericht schaltet nach § 50 KJHG wiederum den ASD mit der Bitte um eine Klärung ein. In den Antragsschriften ist dann zu lesen, „das Jugendamt konnte uns nicht helfen“. Den Verweis des Gerichts beziehungsweise die Einladung des ASD an die Eltern, die Beratung des Jugendamtes in Anspruch zu nehmen, führt zu Irritationen, da eine Beratung durch das Jugendamt ja schon erfolgt ist. Für die Hilfesuchenden ist die Teilung der Aufgaben nicht durchsichtig, die Zusammenarbeit für die Mitarbeiter der beiden Bereiche des Jugendamtes unbefriedigend.

Inwieweit auch für diesen Bereich klare und eindeutige Regelungen getroffen werden können, bleibt für mich zurzeit noch offen. Wünschenswert wäre ein geregelter Kommunikationsaustausch zwischen den Bereichen Amtsvormundschaft und ASD, um sich diesen speziellen Fragen stellen zu können.

# **Rollen- und Aufgabenklarheit im Hilfeplanprozess**

## **Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe 2**

HEIDEROSE KIRSTEN

*Amtsvormünderin im Jugendamt Marzahn-Hellersdorf, Berlin*

1. Vormünder sehen sich in einigen Bundesländern überlastet und frustriert. Hohe Fallzahlen machen sie zu „Schreibtischtätern“ und erlauben ihnen nicht, den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen.
2. Sie sehen sich teilweise deshalb frustriert, weil die Strukturen in den Behörden vorgegeben sind und für die Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft keine Lobby besteht. Veränderungen herbeizuführen, ist ein schwieriger Prozess.
3. Vormünder in einigen Bundesländern, bemerkenswerterweise häufig aus dem ASD kommend, sehen sich als Einzelkämpfer. Es konnte nicht herausgearbeitet werden, ist jedoch zu vermuten, dass diese Kollegen, an Teamarbeit gewöhnt, nicht erkennen, dass auch der Vormund zu Entscheidungen in Teamarbeit, in Zusammenarbeit mit den anderen Beteiligten, gelangt.
4. Bei den Mitarbeitern aus dem ASD wurde in breitem Maße deutlich, dass die Kenntnis der gesetzlichen Aufgabe des Vormunds nicht klar war. Ansätze zum Überdenken des Herangehens an die Zusammenarbeit wurden erarbeitet. Hier bedarf es noch weiterer Diskussion und Vertiefung.
5. Die Zusammenarbeit zwischen ASD und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft ist im Hilfeplanprozess, ausgehend von Strukturen und vom Verständnis, sehr unterschiedlich. In einigen Jugendämtern gibt es Festlegungen und Absprachen zu den Abläufen der Zusammenarbeit. In anderen werden diese gegenwärtig erarbeitet. Der Bedarf ist gegeben. Zur Gestaltung der Rollenverteilung konnten nur Ansätze diskutiert werden. Eine Fortführung der Diskussion wäre sinnvoll.

Fazit:

1. Es besteht Bedarf an der Diskussion zu Struktur, Transparenz und Wahrnehmung der Aufgaben im Bereich Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft. Sie ist für das Selbstverständnis der Mitarbeiter in den Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften, für ihr Aufgabenverständnis in der Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten und im Prozess von Strukturveränderungen erforderlich.
2. Es besteht Bedarf an der Diskussion der Gestaltung der Zusammenarbeit zwischen ASD und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft und zur Rollenverteilung im Hilfeplanprozess. Dabei geht es zum einen um die Klärung der gesetzlichen Aufgaben, Kompetenzen, Abgrenzung zum einen und zum anderen um die Erarbeitung von klaren Strukturen.

## **Inputreferat in der Arbeitsgruppe 3: Zwei Stimmen bei der Anhörung im Verfahren vor dem Familien-/Vormundschaftsgericht**

BRUNHILDE BAUMUNK

*Familienrichterin am Amtsgericht Frankfurt/Oder*

Die Themenstellung ist für die Familienrichter relativ unbekannt, denn Verfahrensbeteiligter ist für den Richter das Jugendamt als Behörde. Er erwartet beziehungsweise erwartete bisher, dass das Jugendamt mit „einer Stimme“ auftritt. Dabei wurde oder wird nicht zur Kenntnis genommen, ob und welche Probleme es zwischen dem ASD und der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft gibt. Es war höchst interessant, durch das heutige Plenum etwas über die Problematik in Erfahrung zu bringen und diese bei der künftigen Herangehensweise und Entscheidungsfindung zu berücksichtigen.

Soweit die Anregung auf Eingriff in das elterliche Sorgerecht vom Jugendamt selbst kommt, wird durch den Familienrichter vorausgesetzt, dass die angeregte Maßnahme zwischen dem ASD und dem Amtspfleger/Amtsvormund abgestimmt wurde und einzel-fallbezogene Lösungen vorgeschlagen werden.

Bei der Verwirklichung der gesetzlichen Zielrichtung, den Eingriff in die elterliche Sorge auf das notwendige Maß zu beschränken, kann es zu Problemen bei der Sicherung der Handlungsfähigkeit des Pflegers für das Kind kommen, wenn es an der Abstimmung zwischen ASD und Amtspfleger mangelt. Zum Beispiel ist es wichtig, im Vorfeld zu entscheiden, ob der Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts ausreichend ist oder auch das Recht, Hilfen zur Erziehung beantragen zu können, zu entziehen ist. Des Weiteren muss im Vorfeld abgestimmt werden, ob die Hilfen, die notwendig sind, vorhanden und zum rechten Zeitpunkt verfügbar sind.

Der Entzug von Teilen der elterlichen Sorge ist immer nur ein Schritt der zu treffenden Entscheidung. Der zweite und nicht weniger wichtige Schritt ist die Übertragung des entzogenen Teils der elterlichen Sorge auf einen Pfleger. Obwohl der erste Schritt dem Richter vorbehalten ist und der zweite Schritt Aufgabe des Rechtspflegers ist, gibt es in der überwiegenden Zahl der Fälle eine einheitliche Entscheidung, getroffen durch den Richter. Dort, wo kein Pfleger aus dem familiären Umfeld zur Verfügung steht, wird das Jugendamt bestellt. Damit ist das Verfahren zunächst abgeschlossen. Für den Amtspfleger beginnt hier die eigentliche Arbeit. Es ist die Arbeit, die über Wohl und Wehe des Kindes entscheidet und seinen Entwicklungsweg nicht unerheblich beeinflusst.

Das Gericht ist gehalten, die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Maßnahme regelmäßig zu überprüfen. Nach Ablauf der für die Überprüfung gesetzten Frist wird das Jugendamt zur Stellungnahme aufgefordert. Spätestens zu diesem Zeitpunkt muss die Stimme des Amtsvormundes/Amtspflegers gleichrangig zur Stimme des ASD gehört werden. Der Amtsvormund/Amtspfleger ist vordergründig der Interessenvertreter des Kindes, der ASD muss die Entwicklung der Sorgeberechtigten und die Wirksamkeit der für sie eingesetzten Hilfen einschätzen. Beide Stimmen des Jugendamtes müssen durch den Familienrichter gehört und bei der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden.

Ich würde diesen Zeitpunkt der Kontrolle der angeordneten Maßnahmen als den Zeitpunkt ansehen wollen, zu dem das Jugendamt tatsächlich mit zwei Stimmen wahrgenommen werden sollte. Auch wenn nur ein Vertreter erscheint, sollten die unterschiedlichen Blickwinkel auf den Sachverhalt, zum einen der des ASD und zum anderen der des Pflegers beziehungsweise Vormundes, deutlich herausgearbeitet werden.

Wer gegenüber dem Gericht schriftlich angeforderte Berichte erarbeitet, sollte durch das Jugendamt als Behörde entschieden werden, es sei denn, der Familienrichter fordert einen speziellen Bericht des Pflegers.

Die Zahl der zu fordernden Berichte beziehungsweise der Zeitabstand hängt vom Einzelfall ab und wird vom Interesse der Sorgeberechtigten und des Kindes bestimmt. Besteht die Aussicht, dass sich die Verhältnisse im elterlichen Haushalt kurzfristig ändern? Wie ist die Einflussnahme auf die Eltern angelegt?

Die Diskussion, ob der Vormund beziehungsweise Pfleger durch die Bestellung eines Verfahrenspflegers für das Kind nach § 50 FGG an Bedeutung verliert, verkennt die unterschiedlichen Aufgaben von Pflegern und Verfahrenspflegern: Der Verfahrenspfleger ist der Interessenvertreter des Kindes im Stadium der Durchführung des gerichtlichen Verfahrens. Seine Tätigkeit endet mit der getroffenen Entscheidung, es sei denn, die Verfahrenssituation erfordert eine andere Herangehensweise. Die Aufgaben des Pflegers sind sehr viel weitgehender und längerfristig.

Die diskutierte Problematik der Ausgliederung der Pflegschaft aus dem Jugendamt und Vergabe an Einzelvormünder beziehungsweise Wohlfahrtsverbände, die im Auftrage des Gerichts oder des Jugendamtes (analog Betreuungsrecht) tätig werden, ist eigentlich nicht denkbar, weil dies keine Verbesserung der Qualität der Pflegschaft, sondern ausschließlich eine Kostenexplosion zur Folge hätte.

Das Jugendamt wird auch in Zukunft die notwendigen Ermittlungsdienste für das Gericht leisten müssen, weil sich dies aus seiner gesetzlichen Aufgabe ergibt. Das Jugendamt ist immer Beteiligter am Verfahren. Das Gericht kann für seine Ermittlungen auch jede andere Quelle nutzen, eine Entscheidung ohne Anhörung des Jugendamtes ist aber undenkbar.

Der Amtsermittlungsgrundsatz setzt das Gericht in die Lage, nicht nur das zu werten und zu verwerten, was die Beteiligten vortragen, sondern es kann darüber hinausgehende Ermittlungen anstellen, Schulen, Kindergärten, Verwandte, Bekannte und Sachverständige hören. Der Amtsermittlungsgrundsatz trägt wesentlich dazu bei, das Umfeld des beteiligten Kindes zu beleuchten und daraus ableitend die zur Sicherung des Wohles des Kindes notwendige Entscheidungen zu treffen.

Auch unter dem Blickwinkel dieses Grundsatzes sollten die Familienrichter dazu übergehen, den zwei Stimmen aus dem Jugendamt Gehör zu verschaffen.

## Inputreferat in der Arbeitsgruppe 4: „Sorgerechts-Splitting“ zwischen den Abteilungen?

MATHIAS KOHLER

*Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaft/Amtsvormundschaft und Unterhaltsvorschusskasse im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie – Jugendamt der Stadt Mannheim*

Den Begriff „*Splitting*“ kennen wir überwiegend aus dem Steuerrecht: Lassen sich Eheleute zusammen zur Einkommensteuer veranlagen, kommen sie im Normalfall zu einem günstigeren Ergebnis, als wenn sie sich für eine getrennte Veranlagung entscheiden. Den Begriff „*Splitting*“ kennen wir aber auch aus der Psychologie. Dort heißt es, dass die Ambivalenz zum menschlichen Leben gehört, aber auch, dass meist nur eine Seite verbal vorgetragen wird und die andere unausgesprochen agiert. Das Risiko bestünde darin, dass der Therapeut sich nur auf eine (die meist vorgetragene) Seite stellt. Im Englisch-Deutsch-Wörterbuch wird „*split*“ mit „*Spalt*“, „*Spaltung*“, „*Riss*“ und „*Spagat*“ übersetzt. „*Splitting*“ wird als „*sehr heftig*“ und als „*rasend schnell*“ übersetzt. Sie sehen also schon jetzt, dass ein „*Splitting*“ nicht unproblematisch ist und eigentlich nur im Steuerrecht Vorteile bringt, allerdings nur, weil sich Eheleute gemeinsam veranlagen lassen.

Wenn schon beim Steuerrecht der gemeinsame Weg der erträglichere ist, stellt sich für mich die Frage, ob dies nicht auch beim Sorgerecht der erträglichere - das heißt der für das Kind bessere - Weg ist.

Die Frage der Trennung der sorgerechtlichen Verantwortung des Jugendamtes lässt sich meines Erachtens aus zwei Perspektiven betrachten:

Die eine Perspektive ist die Organisationsstruktur des Amtes und die Konzentrierung unterschiedlicher fachlicher Kompetenzen in unterschiedlichen Abteilungen. Die zweite Perspektive ist der Blickwinkel des Mündels, dem strukturelle und Zuständigkeitsfragen des Jugendamtes eigentlich völlig gleichgültig sind.

### Organisationsformen im Jugendamt

Es gibt sehr unterschiedliche Organisationsformen. Münder/Mutke und Schöne haben in ihrem im letzten Jahr erschienenen Buch einige Modelle beschrieben (**siehe Tabelle 1**).

Bei den Sozialen Diensten sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter beschäftigt, deren Schwerpunkte in der Beziehungs- und der pädagogischen Arbeit liegen. In ihrer Ausbildung haben Psychologie, Pädagogik und Kommunikation eine wichtige Rolle gespielt. Bei den Beiständen sind überwiegend Verwaltungsfachleute beschäftigt, in deren Ausbildung rechtliche und verwaltungsmäßige Fragen eine größere Rolle gespielt haben.

## Die verschiedenen Organisationsformen der Amtsvormundschaft<sup>1</sup>:

Beistandschaft:	Sozialer Dienst (ASD):	Fallzahlen:	Persönlicher Kontakt zum Mündel ?	Sorge-rechts-splittung?
Ein nach § 55 bestellter Mitarbeiter des Jugendamtes ist als Pfleger/Vormund für (alle) bestellten Pfllegschaften/Vormundschaften zuständig und delegiert Aufgaben an die Sachbearbeitungs- und Zuarbeitungsebene.		400 bis 800	Nein.	<b>Ja.</b>
Spezialisierte Fachkräfte sind ausschließlich für die bestellten und gesetzlichen Pfllegschaften/Vormundschaften zuständig.		60 bis 160	Ja.	Nein.
Spezialisierte Fachkräfte sind ausschließlich für Pfllegschaften/Vormundschaften zuständig. Sie beschränken sich jedoch auf die gesetzliche Vertretung und delegieren die anderen Teile ihrer Aufgaben an den ASD.		60 bis 160	Eher nein.	<b>Ja.</b>
Die gesetzlichen Vormundschaften werden von den Beiständen wahrgenommen.	Spezialisierte Fachkräfte sind ausschließlich für die bestellten Pfllegschaften/Vormundschaften zuständig.	60 bis 160	Ja.	Nein.
Die gesetzlichen Vormundschaften werden von den Beiständen wahrgenommen.	Die bestellten Pfllegschaften/Vormundschaften werden von unterschiedlichen Bereichen des Sozialen Dienstes wahrgenommen (Leitungskräfte, Pflegekinderdienst, ASD).		Unterschiedlich.	<b>Zum Teil.</b>

<sup>1</sup> Zusammengefaßt aus Münder, Mutke und Schone "Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz", Münster 2000 (Votum-Verlag)

Durch die veränderte Aufgabenentwicklung im Rahmen der Kindschaftsrechtsreform haben jedoch auch bei den Beiständen Beratungs- und damit auch Beziehungskompetenzen einen größeren Stellenwert bekommen. Die unterschiedlichen beruflichen Qualifikationen führen beziehungsweise verführen manchmal zur Frage und zur Entscheidung, die praktische Ausgestaltung des Sorgerechts im Jugendamt aufzuteilen.

Dieses „Splitting“ lässt sich per se allerdings nicht aus dem Gesetz ableiten. Der § 55 des SGB VIII spricht nur davon, dass „*das Jugendamt Beistand, Pfleger oder Vormund in den durch das BGB vorgesehenen Fällen wird*“. Das Jugendamt, das heißt der Amtsleiter, überträgt dann die Ausübung der Aufgaben „*einzelnen seiner Beamten oder Angestellten*“. Diese Formulierung impliziert eigentlich eine ganzheitliche und keine geteilte Aufgabenwahrnehmung.

Das Prinzip der Ganzheitlichkeit ist ein Prinzip, dass sich spätestens mit der Einführung des KJHG in fast allen Bereichen der Jugendhilfe durchgesetzt hat. Die Trennung zwischen Innen- und Außendienst wird immer mehr abgebaut. Wer im Jugendamt für eine Hilfe oder eine Maßnahme zuständig ist, führt diese in Regel von Anfang bis zum Ende auch selbst durch, auch dann, wenn er an einigen Stellen Beratung und Unterstützung anderer Fachkräfte benötigt. Ich verwende an dieser Stelle gerne das Bild der „Produktionskette“. Die Qualität des „Produkts“ und die Motivation sowie die Identifikation des Arbeitnehmers mit seiner Arbeit wachsen, wenn er von Anfang bis zum Ende daran selbst arbeiten kann und das Ergebnis seiner Arbeit auch selbst sieht. Ich sehe keinen Grund, dieses Prinzip gerade bei der Amtsvormundschaft in Frage zu stellen.

## Die elterliche Sorge

Amtsvormünder beziehungsweise Pfleger sind berufen, für eine befristete Zeit oder auf Dauer anstelle der Eltern die privatrechtliche elterliche Verantwortung oder Teile dieser Verantwortung zu übernehmen. Die Lebensrealität der meisten Eltern sieht jedoch nicht so aus, dass sie sich die elterliche Sorge aufteilen. Es ist sicher nicht so, dass beispielsweise der Vater über ärztliche Eingriffe alleine entscheidet und die Mutter alleine den Umgang des Kindes mit Dritten bestimmt (**siehe Praxisbericht, Anlage 2, Seite 90**).

Wir haben im Mannheimer Jugendamt „**Leitsätze für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften**“ formuliert, die vor wenigen Tagen vom Jugendhilfeausschuss mit großer Zustimmung zur Kenntnis genommen worden sind (**siehe Praxisbericht, Seite 83**):

*„Der Vormund steht für sein Mündel als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung und pflegt zu ihm von sich aus Kontakte, damit er seine Aufgaben auch in dessen Interesse ausüben kann<sup>1</sup>. Die persönliche Beziehung ist nicht delegierbar und soll möglichst konstant und langfristig an eine Person gebunden sein. Der Vormund kennt aus eigener Anschauung die Wünsche und Bedürfnisse des Kindes und bespricht mit ihm unter Berücksichtigung seiner altersgemäßen Entwicklung die erforderlichen Entscheidungen.*

---

<sup>1</sup> Dazu gehören bspw. auch Kontakte an persönlichen Festtagen des Kindes (z.B. Geburtstag, Kommunion, Konfirmation) und besonderen Anlässen (Weihnachten, Sommerfest des Heimes u.ä.m.). Persönliche Kontakte zum Mündel, die sich auf die Hilfeplangespräche beschränken, sind nicht ausreichend.



*Er nimmt sich die erforderliche Zeit zum Reden, für Unternehmungen, für Zuwendung, Fürsprache und Schutz seines Mündels.“*

Wir haben aber auch an anderer Stelle dieser Leitsätze formuliert:

*„Der Vormund beantragt zur Erreichung der Erziehungs- und Entwicklungsziele sowie zur Sicherstellung einer ausreichenden und angemessenen wirtschaftlichen Versorgung gegebenenfalls die Hilfe Dritter, z.B. Hilfen zur Erziehung, finanzielle Leistungen oder holt sich bei internen und externen Fachdiensten und Fachkräften Unterstützung.“*

Das heißt, dass der Vormund nicht alleine steht beziehungsweise alleine gelassen werden soll, sondern dass er sich die Hilfe, die er - gleichsam den Eltern - benötigt, auch dort holen kann, wo die entsprechende Fachlichkeit vorhanden ist. Der Vormund behält jedoch die Gesamtverantwortung für sein Mündel und bleibt gegenüber dem Kind oder gegenüber Dritten der alleinige Ansprechpartner.

Ich habe davon gesprochen, dass die zweite Perspektive der Blickwinkel des Mündels ist, dem strukturelle und Zuständigkeitsfragen des Jugendamtes eigentlich völlig gleichgültig sind. Wie oft habe ich von Erwachsenen gehört, die früher unter Vormundschaft standen, dass sie eigentlich nie ihren Vormund bewusst erlebt haben und darunter auch gelitten haben. Wie oft hört ein Kind, das sich im Heim befindet, dass die eine oder die andere Frage „seinem“ Vormund zur Entscheidung vorzulegen ist. Was bedeutet es jedoch für das Kind, wenn der Vormund nicht erlebbar, nicht greifbar ist, oder wenn er aus unterschiedlichen Funktionsträgern besteht, bei denen die Rollenteilung untereinander zwar abgesprochen sein mag - für das Kind aber völlig undurchschaubar ist? Deswegen ist meine These die, dass der Blickwinkel des Mündels ein Sorgerechtsplitting geradezu verbietet.

Bei der Frage des Sorgerechtsplittings zwischen den Abteilungen benutze ich gerne - genauso wie bei den anderen Fragen der Abgrenzung beziehungsweise Kooperation zwischen Amtsvormund und Sozialem Dienst - folgende Hilfsfrage: *„Wie würden wir verfahren, wenn wir anstelle eines Amtsvormundes eine Person aus der Verwandtschaft oder dem sozialen Umfeld als Vormund gewonnen hätten?“* Die Abgrenzung beziehungsweise Kooperation, die wir als Jugendamt mit dem Einzelvormund praktizieren, lässt sich meines Erachtens grundsätzlich auch auf die Abgrenzung und Kooperation zwischen Amtsvormund und Sozialem Dienst übertragen.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zur Frage, wer denn im Jugendamt dann eigentlich am Besten geeignet ist, die Amtsvormundschaften oder Pflegschaften zu führen: Verwaltungsfachangestellte oder SozialarbeiterInnen? Meine Antwort ist die, dass es grundsätzlich beide sind. Entscheidend ist dabei die persönliche Qualifikation. Stichpunkte dazu sind unter anderem:

- ausreichende berufliche Erfahrung und persönliche Stabilität,
- Sensibilität und Wertschätzung im Umgang mit den Minderjährigen und ihren Familien sowie dem sozialen Umfeld,
- Kommunikationsfähigkeiten mit Kindern und Jugendlichen sowie die Kreativität bei der Kontaktaufnahme und Kontaktpflege mit den Mündeln,

- Bereitschaft, Entscheidungen allein verantwortlich zu treffen und diese auch transparent zu machen,
- Kooperations- und Verhandlungsgeschick und die
- Fähigkeit der Selbstreflexion und Selbstkritik.

Das sind alles Merkmale, die keiner Berufsgruppe von Geburt an zugewachsen sind. Das sind Qualifikationen, die eng mit der Person beziehungsweise der Persönlichkeit verbunden sind. Bezeichnend ist ja auch, dass Programme, die gegenwärtig zur Qualifikation von Amtsvormündern diskutiert werden, sowohl sozialarbeiterische als auch rechtliche beziehungsweise verwaltungsmäßige Module haben. Und das ist auch gut so.

## **Inputreferat in der Arbeitsgruppe 5: Aufgabenverteilung im Kontakt mit Pflegefamilien und Heimen**

GUNDULA DEITERS-SCHNEIDER

*Einrichtungsleiterin der Evangelischen Jugendhilfe Geltow*

Zum überwiegenden Teil kommt es zum Entzug der elterlichen Sorge und zur Bestellung eines Vormundes aufgrund einer Kindeswohlgefährdung nach § 1666 BGB. Zum Zeitpunkt des (teilweisen) Sorgerechtsentzugs leben die Kinder häufig nicht mehr bei den Eltern. Hier beginnt bei uns in der Einrichtung die Aufnahme eines Kindes.

Es sind immer schwerwiegende Gründe, wenn Kinder und Jugendliche fremduntergebracht werden. Häufig sind die Kinder und Jugendlichen verwahrlost oder unterernährt, sexuell missbraucht oder körperlich misshandelt worden oder die Eltern können aufgrund von Alkoholabhängigkeit, Drogenmissbrauch oder psychischer Erkrankung die Erziehung der Kinder - vorübergehend oder auf Dauer - nicht gewährleisten, so dass die weitere Entwicklung gefährdet ist.

Diese Kinder brauchen dringend Erwachsene, die sich ihrer zuverlässig annehmen. Zuverlässige Erwachsene sind im Kontext der Jugendhilfe, auf der Ebene des Jugendamtes, das heißt, beim ASD und bei der Amtsvormundschaft, zu suchen. Die Zuverlässigkeit für das Kind oder den Jugendlichen beinhaltet auch eine Sicherheit in einer klaren Rollenverteilung der zuständigen Fachkräfte. Aus Sicht der Jugendhilfe gibt es in der Praxis häufig Verunsicherung aufgrund von ungeklärten Zuständigkeiten zwischen den Abteilungen Sozialdienst und Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften sowie aus einem nicht eindeutigen professionellen Selbstverständnis eventuell beider Fachkräfte.

### **Nimmt wirklich der Kontakt zum Mündel einen zentralen Stellenwert ein?**

Unsere Erfahrung zeigte in der Vergangenheit, dass die Interessenvertretung des Kindes und der zuverlässige Kontakt zum Mündel nicht eindeutig geregelt sind. Für die Kinder und Jugendlichen in unserer Einrichtung ist die Funktion und Aufgabe des Vormundes schwer zu erkennen. Kleine Geschenke und Anrufe zu Geburtstagen der Kinder und Jugendlichen werden bei den Pädagogen als absolute Seltenheit beschrieben. In einem Fall erlebte eine Jugendliche in den letzten dreieinhalb Jahren der Unterbringung in der Jugendhilfe den Wechsel von drei Vormündern. Der Erste war längerfristig krank, der Zweite die Krankheitsvertretung und der Dritte begann mit einer Krankschreibung von einem halben Jahr. Zuverlässigkeit? Wer definiert die Zuverlässigkeit im Hinblick auf das Kind oder den Jugendlichen? Hat die Jugendhilfeeinrichtung den Auftrag der Rollenverteilung vorzunehmen? Wo werden die Interessen des Mündels vertreten?

Häufige Signale von Überforderung und permanenter Arbeitsüberlastung von Seiten einiger Vormünder erschweren eine konstruktive Zusammenarbeit und Kommunikation zwischen Jugendhilfe und Amtsvormundschaft. Eine sehr langsame Bearbeitung von gut vorbereiteten Anträgen vergrößert das Spannungsfeld in der Kooperation. Es fallen in der Praxis immer wieder Problembereiche auf, wo es schwierig ist, mit dem Vor-

mund in einen sozialpädagogischen, fachlichen Austausch zu treten. Beim Thema sexueller Missbrauch ist die Einrichtung darauf angewiesen, dass alle zuständigen Fachkräfte den gleichen Ansatz zum Wohl des Kindes vertreten. Hier ist es absolut wichtig, dass - bei aller Komplexität und Kompliziertheit eines solchen Falles - der Vormund seine Rolle klärt.

Im Prozess der Hilfeplanung werden fehlende Abgrenzungen und klare Zuständigkeitsregelungen in der Zusammenarbeit deutlich. Die Interessenvertretung der betroffenen Kinder und Jugendlichen in Bezug auf deren Rechte und Anforderungen muss fachlich und strukturell gesichert sein. Ein Beispiel: Ein stark behindertes, einjähriges Kind wurde in unserer Einrichtung aufgenommen. Diese Unterbringung wurde nach KJHG vorgenommen. Die Begutachtung zur Einschätzung der Pflegestufe im Hinblick auf den Erhalt der Pflegeversicherung für den Jungen verursachte bei den zuständigen Fachkräften eine maximale Überforderung; kritisch angemerkt: ein Chaos! Wer beantragt die Pflegeversicherung? Wer verwaltet das Geld, wozu wird es verwendet, wer hat die Entscheidungsbefugnis? Die Verantwortung für diesen Entscheidungsprozess wurde von der betreuenden Pädagogin übernommen. Sie informierte sich und gab die Informationen an die zuständigen Fachdienste weiter. Sie gab Handlungssicherheit. Die federführende Verantwortung in Bezug auf wichtige Lebensfragen des Mündels liegt in der Jugendhilfe.

Eine wichtige Frage ist meines Erachtens: **Wer kontrolliert die Arbeit, die Professionalität des Vormunds? Welches Gremium oder welche Instanz kann angesprochen werden, wenn es Diskrepanzen im Hinblick auf die Aufgabenwahrnehmung des Vormundes gibt?**

Ein Fall aus der Praxis: Ein Vormund eines freien Trägers der Jugendhilfe ist zuständig für vier Geschwisterkinder, die in einer Gruppe unserer Einrichtung untergebracht wurden. Im Laufe der Zeit wurden von ihm immer mehr die Belange seiner Mündel außer Acht gelassen. Er nahm nicht an Hilfeplangesprächen, an Helferkonferenzen oder anderen wichtigen Terminen teil. Die Interessenvertretung der Mündel trat in den Hintergrund. Seinen persönlichen Auftrag definierte er neu. Er stand den Pädagoginnen immer dann zur Seite, wenn es darum ging, pädagogische Prozesse nicht nachvollziehbar zu machen. Er mischte sich in Personalangelegenheiten ein und nahm hinter dem Rücken unseres Trägers Kontakt mit einem anderen Jugendhilfeträger auf, um einen Trägerwechsel vorzubereiten. Der Vormund überschritt sämtliche Kompetenzgrenzen. Der ASD war durch einen Kollegen vertreten, der durch häufige Krankheiten und anschließender Berentung nicht greifbar war. Erst durch eine detaillierte Dokumentation dieses Prozesses in unserer Einrichtung und das Einschalten nächsthöherer Instanzen konnte dieser Vormund von seinen Aufgaben in diesem Fall entbunden werden. Während des gesamten Prozesses wurde seine grenzüberschreitende Art und Weise vom Verband geduldet, sogar akzeptiert. Er ist weiter als Vormund tätig, obwohl eine Prüfung seiner Kompetenz angebracht wäre. Hier stellt sich die Frage nach der Parteilichkeit.

### Schlussfolgerungen:

- Wünschenswert wäre ein **monatlicher Kontakt** zwischen Jugendhilfeeinrichtung und Vormundschaft.
- Eine **klare Zuständigkeitsregelung** wäre wichtig.
- Eine klare Darstellung der unterschiedlichen **Schnittstellen** wäre erforderlich.
- Konkrete Zeitvorgaben der **Ansprechbarkeit** wären notwendig.
- Bei der Veränderung von Zuständigkeiten wäre es wünschenswert, **zeitnahe Informationen** zu erhalten.
- Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit zwischen ASD und Vormundschaft dürfen sich nicht auf die Arbeit mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen auswirken.

# Rollen und Funktionen der Beteiligten am Prozess des Sorgerechtsentzugs

## Zusammenfassung der Diskussion in der Arbeitsgruppe 5

EDMUND SICHAU

*Leiter des Sachgebiets Erziehungsbeistandschaften/Betreutes Wohnen im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie, der Stadt Mannheim*

Die Teilnehmenden an der Arbeitsgruppe waren mehrheitlich Amtsvormünder. Daneben nahmen Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich des ASD sowie eine Kollegin aus dem Pflegekinderdienst teil. Es wurden unterschiedliche Organisationsmodelle dargestellt, die anwesenden Amtsvormünder waren stets funktional und/oder organisatorisch vom Sozialen Dienst getrennt. Allerdings wurde von Tendenzen berichtet, im Rahmen von Umorganisationen die Funktionen wieder zusammenzuführen. Dies wurde als bedenklich und rechtlich unzulässig bezeichnet. Es zeigte sich, dass die Arbeitsstrukturen meist nicht zufrieden stellend sind. Die Kombination von Vormundschaften mit Beistandschaften führt zum Beispiel zu einer Prioritätensetzung zu Ungunsten der Vormundschaften. Auch die hohen Fallzahlen und die fehlende Bereitschaft, Vormünder besser auszustatten, wurden bemängelt. Die Arbeitsgruppe stellte sich zur Aufgabe, Rollen und Funktionen der am Prozess Beteiligten zu untersuchen. Diese Positionierung erschien als wichtige Voraussetzung und notwendige Basis für die notwendige Kooperation. Die gefundenen Stichpunkte sind in der **Tabelle 1** vermerkt.

### Funktion und Rolle aller am Prozess Beteiligten

Beteiligter	Funktion	Rolle
Kind/Jugendlicher	„soll funktionieren“	zentrale Rolle; „Opfer“, Symptomträger; Subjekt - Objekt
Eltern	einbeziehen, Umgangsrecht	Versagerrolle
ASD	Hilfeplaner, Organisator/Manager der Hilfe, Rückkehroption	Hilfe-/Leistungsgewährer, Garant / Wächterrolle; „Eltern beteiligen“
AV	persönliche, eigenständige Bindung zum Mündel	Fürsprecher, Vertreter des Kindes, „Anwalt“
Heim	Lebenswelt erhalten, Erziehungsauftrag/-ziele, Ausübung der elterlichen Sorge, „Rückkehr“	Serviceangebot der Jugendhilfe
Pflegestelle	„privater“ Leistungserbringer	„Pflege-Ersatzeltern?“
Pflegestellenvermittlung	Eignungsprüfung, Qualifizierung	Vermittlung von Pflegestellen, Gewinnung von Pflegestellen

*Tabelle 1*

© E. Sichau

## Beziehungsfunktionen der Beteiligten

Die Vielfalt der Beziehungen und Verbindungen der Beteiligten untereinander wurde in der Arbeitsgruppe anhand des folgenden Schaubildes sichtbar gemacht (**Abbildung 1**):

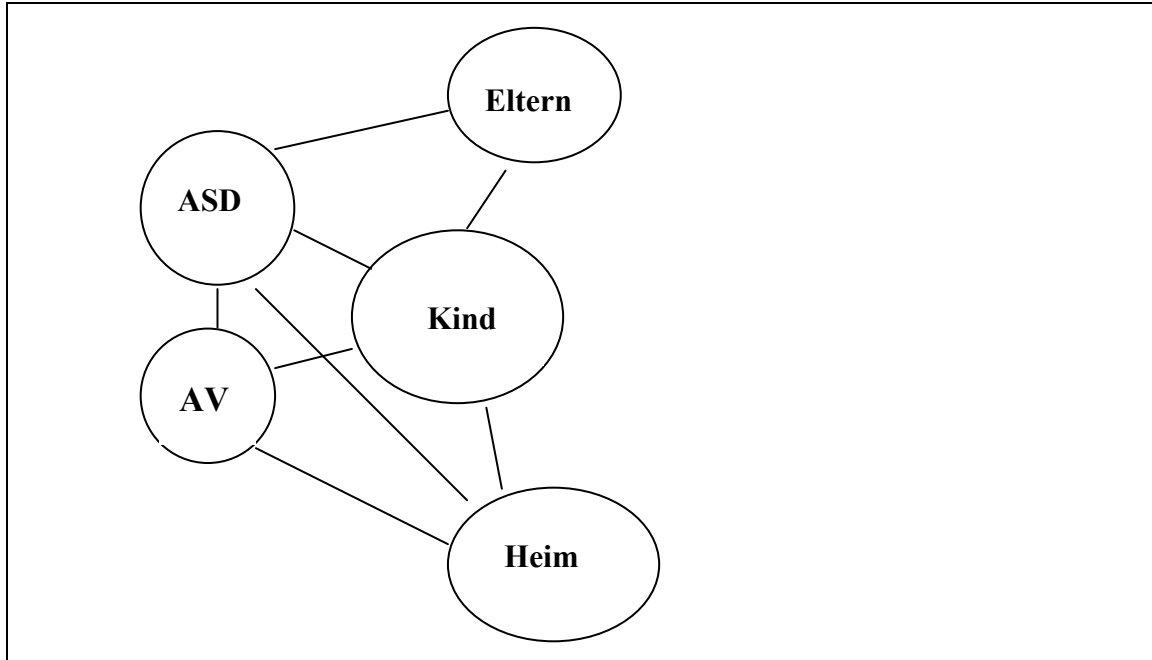


Abbildung 1

© E. Sichau

Aus den vielfältigen Beziehungs- und Aufgabenstrukturen wurde deutlich, dass Klarheit über die jeweiligen Rollen und Aufgaben erforderlich ist, um sichtbar zu machen, wer wofür Verantwortung trägt.

### Wichtige Problembereiche, die die Kooperation beeinträchtigen:

- ungünstige Arbeitsstrukturen,
- hohe Fallzahlen,
- Kopplung/Mischung mit anderen Aufgaben,
- Unklarheit über die jeweilige Rolle und Funktion.

Im Bereich der Pflegekinder wurde deutlich, dass die Stellung von Pflegeeltern im Verhältnis zum Heim zum Teil anders definiert ist. Pflegeeltern sind in der Regel keine professionellen Kräfte, oft ist ihr Wunsch, eine Ersatz-Familie zu schaffen und das Kind abzusichern. Rechtlich können sie einen eigenen Antrag zum Verbleib des Kindes stellen.

Bei einem Pflegeverhältnis kommt dem Vormund damit die besondere Aufgabe zu, die Kindesinteressen wahrzunehmen.

Daneben gehört es zur Qualifizierungsaufgabe des Pflegekinderdienstes, Pflegeeltern mit den Aufgaben und Funktionen des Amtsvormundes zu konfrontieren.

**Wichtige Ziele für die Aufgabenverteilung der Amtsvormünder:**

- Erreichung der Rollenklarheit,
- fachlich-konzeptionelle Ausrichtung/Profilierung der Vormünder,
- Verbesserung der Ausstattung (z.B. Visitenkarte, Informationen, Handkasse),
- Kooperationsvereinbarungen mit den beteiligten Diensten,
- Strukturverbesserungen (Fallzahlen, Präsenz, Erreichbarkeit ...).



## **„Ich wusste halt, der hat zu bestimmen.“ - Das Jugendamt aus Sicht von Mündeln**

MAUD ZITELMANN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und  
Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der  
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*

An der Universität in Frankfurt wird derzeit unter Leitung von Frau Prof. Zenz eine Studie über rechtliche und psychosoziale Aspekte der Vormundschaft durchgeführt. Im Zentrum steht zum einen eine rechtsvergleichende Untersuchung, außerdem erfolgte eine schriftliche Umfrage bei einigen Jugendämtern. Hinzu kamen Fachgespräche mit Amts-, Vereins- und Einzelvormündern, Rechtspflegern und Richtern, Heimleitern und Pflegeeltern. Die nahe liegende Frage, wie denn nun die Kinder und Jugendlichen selbst das Jugendamt sehen, welche Wünsche sie haben oder welche Kritik sie äußern, ist indes noch kaum erforscht.<sup>1</sup>

Neben dem europäischen Rechtsvergleich liegt deshalb der zweite Schwerpunkt der interdisziplinären Studie bei der Sicht von Kindern und Jugendlichen, die unter Pfleg- und Vormundschaft von Jugendämtern stehen, nicht in Form einer „repräsentativen Stichprobe“, wohl aber sorgfältig qualitativ geplanter Gespräche mit 20 Mündeln. „Mündel“ allerdings im umgangssprachlichen Sinn, denn für drei Kinder waren dem Jugendamt nur Teile der elterlichen Sorge übertragen worden, immer aber auch das Aufenthaltsbestimmungsrecht. Die 17 befragten Kinder und Jugendlichen lebten in Heimen beziehungsweise Pflegefamilien, es handelte sich also um Minderjährige, für die sich die Frage besonders dringlich stellt, welche Rolle das Jugendamt in ihrem Leben spielt oder spielen könnte. Zusätzlich fanden sich drei Erwachsene („ehemalige Mündel“) zu Interviews bereit, die ebenfalls in Heimen und Pflegefamilien aufwuchsen.

Freilich zeichnen solche Gespräche kein unmittelbares Abbild tatsächlicher Geschehnisse. Im Zentrum stehen vielmehr Einblicke in subjektiv erinnerte Erfahrungen und Ansichten betroffener Kinder und Jugendlicher. Um einige Angaben abzuklären, wurden allerdings gerade bei jüngeren Kindern ergänzend Auskünfte von Heimerziehern beziehungsweise Pflegeeltern, zum Beispiel über Zeitabläufe, behördliche Aktivitäten, Kontakte zum Vormund und zu anderen Mitarbeitern des Jugendamtes sowie Besuchsregelungen eingeholt.

Zeitbedingt können heute nur einige Ergebnisse referiert werden. Der Fokus liegt erstens auf der Frage, wie die Mündel ihre Kontakte mit Mitarbeitern des Jugendamtes einschätzten und welche Faktoren sich hier auswirkten und zweitens, welches Wissen die Kinder über die Rolle und Aufgaben ihres Vormunds hatten. Andere Themen wie zum Beispiel Unterbringungs-/Entscheidungen des Vormundes, die Gestaltung der Kontakte zu Eltern und Geschwistern, die schulische Situation und Freizeitgestaltung, Er-

---

<sup>1</sup> Zum Bericht über einen vom Jugendamt durchgeführten Workshop mit 10 jugendlichen Mündeln, vgl. *Rüting*, Forum Erziehungshilfen 1999, S. 12-16; qualitative Interviews mit 7 Jugendlichen/Erwachsenen, in denen es u. a. (!) um die Amtsvormundschaft ging, führten Münder u. a. 2000, S. 336.

fahrungen mit Einzelvormundschaften sowie Erwartungen an einen Vormund werden voraussichtlich ab 2002 nachzulesen sein.<sup>1</sup>

### **Einige methodische Fragen**

Mehr noch als bei entsprechender Forschung mit Erwachsenen waren bei dieser Studie auch psychologisch-pädagogische, ethische und rechtliche Voraussetzungen zu bedenken. Die Anbahnung der Interviews erfolgte mit Hilfe von Heimen, die zugleich um Einschätzungen gebeten wurden, was das Gespräch möglicherweise bei dem einzelnen Kind bewirkt. Insbesondere war damit zu rechnen, dass lebensgeschichtlich bedeutsame Fragen bei den Kindern unbewältigte Konflikte und problematische Erinnerungen aufleben lassen können.

Den ehemaligen Mündeln, die um Interviews gebeten wurden, war dies bewusst: Er begrüße dieses Projekt aufgrund seiner Erfahrungen sehr, sagte zum Beispiel ein Mann - doch wolle er kein Interview geben. Um im Leben zurechtzukommen habe er seine Vergangenheit „in viele kleine Schubladen sortiert“ und befürchte, solch ein Gespräch würde die mühsam geschaffene Ordnung durcheinander bringen. Bei den befragten Kindern und Jugendlichen konnte dieses Maß an vorausschauendem Problembewusstsein, Grenzsetzungsvermögen und Selbstreflexion nicht vorausgesetzt werden. So wurden zunächst die Pflegeeltern und Heimbetreuer um eine stellvertretende Einschätzung gebeten und in einigen Fällen auf Gespräche verzichtet.

Alle Interviews wurden von zwei Dipl.-Pädagogen - Detlef Pohl und Dr. Maud Zitelmann - geführt. Beide verfügen über langjährige Erfahrungen in der sozialpädagogischen Arbeit mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen. Die Gespräche fanden am Wohnort der Mündel statt. Die Begegnung erfolgte meist nicht im Kinderzimmer, sondern im Erzieherbüro oder Wohnzimmer - auf Wunsch der Mündel aber auch im Eiscafé, der Pizzeria etc. Auch die Dauer der Interviews variierte. Mit den Kindern wurden in der Regel halbstündige, mit den Jugendlichen und Erwachsenen meist einstündige, teils noch längere Gespräche geführt. Drei Interviews wurden vorzeitig beendet. Eines mit dem achtjährigen Piet, der sich uns nicht als Pflegekind, sondern als leiblicher Sohn seiner neuen Familie präsentierte und der, als es im Interview ums Jugendamt ging, verkündete: „Jetzt ist fertig und Schluss!“ In den beiden anderen Fällen wirkten Pascale (15 Jahre), die in ihrer Kindheit schwer misshandelt worden war, und die geistig behinderte Sarah (16 Jahre) auf die Interviewer so angestrengt, dass diese eine stellvertretende Grenze zogen und vorzeitig zum Gesprächsende überleiteten.

### **Die Gruppe der befragten Mündel**

Insgesamt fanden sich 15 Heimkinder, 2 Pflegekinder und 3 Erwachsene in den alten und neuen Bundesländern zu Interviews bereit. Befragt wurden sechs Kinder im Alter von 6 - 10 Jahren, sechs Kinder im Alter von 11 - 13 Jahren, fünf Jugendliche im Alter von 14 - 17 Jahren sowie drei Erwachsene (29 - 33 Jahre). Zum Zeitpunkt der Befra-

---

<sup>1</sup> Die Ergebnisse der gesamten Studie werden voraussichtlich 2003 veröffentlicht. Vgl. auch Zenz, DA-Vorm 5/2000, S. 365-376. Demnächst auch: Zitelmann: Vormundschaft: Zur Situation und Sicht des Mündels (Arbeitstitel). In: Perspektiven der Vormundschaft für Minderjährige. Soziale Praxis, Bd. 22. Institut für Soziale Arbeit e.V., Votum-Verlag, Münster: 2002.

gung lag die elterliche Sorge bei zwei Kreis- und fünf Stadtjugendämtern, ein Kind stand unter Einzelvormundschaft. Die Dauer der Pfleg- beziehungsweise Vormundschaften erstreckte sich bei den Minderjährigen über einen Zeitraum von 1 ¼ bis zu 11 Jahren, nicht selten war es zu Zuständigkeitswechseln gekommen. Bei den drei Erwachsenen hatte die Vormundschaft 5 bis 17 Jahre lang gedauert.

Soweit die Kinder und Jugendlichen von ihrer Familiengeschichte erzählten, wurde deutlich, dass der Anordnung der Vormundschaft eine Vielzahl gravierender Mangel-, Verlust- und oft auch Gewalterfahrungen vorausgegangen waren. Bei allen 20 Mündeln bestand zu Beginn der Vormundschaft die Notwendigkeit, die Lebensverhältnisse der Kinder beziehungsweise Jugendlichen von Grund auf neu zu ordnen und zu gestalten. Beinahe immer ging es um die Schaffung neuer belastbarer und dauerhafter Beziehungen jenseits der Herkunftsfamilie, den individuellen Problemlagen entsprechend zudem um geeignete erzieherische und therapeutische Hilfen.

### **Das Jugendamt in Sicht der Mündel**

In den Interviews mit den Mündeln wurde das Gespräch zunächst ganz allgemein auf das Jugendamt gebracht, zum Beispiel: Kennst du jemandem vom Jugendamt? Warst du schon mal im Jugendamt? Kommt manchmal ein Mann oder eine Frau vom Jugendamt zu dir? Wie sich zeigte, erinnerte sich die Mehrzahl der Mündel an keine persönliche Begegnung mit ihrem Vormund, wohl aber an ihre Kontakte mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD). Über die aktuellen und oft auch über frühere fallzuständige Fachkräfte des ASD konnten sämtliche Kinder und Jugendlichen, auch die Jüngsten, Auskunft geben.

Auf Fragen wie zum Beispiel: „Weißt du, wie der heißt?“ „... und wie ist der so?“ nannten die meisten Kinder den Namen des Jugendamtsmitarbeiters, berichteten von Begegnungen und Gesprächsinhalten, hatten sich ein persönliches Urteil gebildet. Auch die befragten Erwachsenen erinnerten sich lebhaft an ihre Sozialarbeiterinnen: „Über die sind alle Fäden gelaufen. ... die musste ja immer eingeschaltet werden, wenn ich weg kam.“

### **Zur Person des Jugendamtsmitarbeiters**

*„... wer mir am sympathischsten ist, den würde ich nehmen.“ Kai, 11 Jahre*

Die Haltung der Kinder und Jugendlichen gegenüber den Mitarbeitern des Jugendamtes wurde von verschiedenen Faktoren beeinflusst. Ohne Zweifel war hier stets auch die Persönlichkeit der Mitarbeiter bedeutsam, die von den Kindern überwiegend als „nett“ und „freundlich“ oder „lustig“, selten auch als „voll streng“ charakterisiert wurden. Kai, 11 Jahre, für den das Aufenthaltsbestimmungsrecht beim Jugendamt lag, erläuterte prägnant: Es sei ihm relativ egal, ob Mann oder Frau, weiß oder braun (wie er), alt oder jung. Hätte er die Wahl, würde er „mit jedem Einzelnen reden und wer mir am sympathischsten ist, den würde ich nehmen.“

### **Das Jugendamt als Hilfs- und Eingriffsinstanz**

*„Hab eben Angst gehabt vorm Jugendamt, so.“ Alex, 17 Jahre*

Ein weiterer entscheidender Faktor für die Haltung der Mündel gegenüber dem Jugendamt schien auch die Rolle zu sein, welche die Behörde in ihrer Hilfs-, Eingriffs- und Entscheidungsfunktion in der Biographie der Mündel gespielt hatte und weiter spielt. So berichtete Viola, 16 Jahre, positiv von ihrem Sozialarbeiter. Als sie noch in der Familie lebte, habe er ihr zunächst nicht geholfen. Aber seit sie auf eigenen Wunsch im Heim wohne, habe das Jugendamt stets in Übereinstimmung mit ihren Vorstellungen gehandelt. Sie habe inzwischen ein gutes Verhältnis zu ihrem Sozialarbeiter - ihren Vormund kenne sie nicht. Der ASD bespreche regelmäßig, „was sich schulisch geändert hat, ob ich noch irgendwelche Wünsche hab - und ob sich in Richtung meiner Mutter oder meiner Eltern was geändert hat.“

Der 11-jährige Kai befand sich dagegen in einem Loyalitätskonflikt zwischen seiner süchtigen Mutter und seiner Sozialarbeiterin. Letztere komme öfter, habe aber eben „nicht so viel Zeit. Die ist ja auch für andere Kinder da, und muss ja auch noch arbeiten“. Sie wollte „sich mit mir unterhalten und wollte wissen, wie das mit meiner Mutter ist. Und ich, - naja.“ *Kai stockte hilflos*. Die Interviewer bestätigten, wie schwierig es für viele Kinder ist, wenn man nicht richtig erzählen kann oder Angst hat etwas Falsches zu sagen. Ob das Jugendamt da was anders machen könne? „Ich weiß nicht, was die anders da machen können oder besser ist, aber ich glaub, das geht den meisten Kindern so, wenn die da so sitzen“, sagte Kai.

Auch in der Schilderung von Alex, 17 Jahre, wurde Ambivalenz deutlich. Dem Jugendamt als eingreifende Behörde stand er zunächst ablehnend gegenüber. „Dass sie mich holen, davor hab ich früher auch immer Angst gehabt, so. Hab eben Angst gehabt vorm Jugendamt, so.“ *Er lacht verlegen*. Als sich jedoch das Zusammenleben mit der Oma immer schwieriger gestaltete, kam Alex mehrfach in Noteinrichtungen und schließlich in eine Wohngruppe. Im Laufe dieser Zeit wandelte sich seine ablehnende Haltung: „Ich war schon zweimal zum Gespräch da, als ich bei meiner Oma gewohnt hab. Die [Sozialarbeiterin] ist aber eigentlich recht freundlich. Also, so das Jugendamt ist eigentlich ganz o.k.“

Ganz problematisch stellte sich Franziskas Fall dar. Die Zehnjährige quälte der Wunsch, wieder bei der Mutter zu leben. Aus ihrer Sicht stand dieser Rückkehr allein das Jugendamt entgegen - vertreten in der Person des ASD-Mitarbeiters, an ihren Amtsvormund erinnerte sie sich nicht. Franziska, deren ablehnende Haltung zum Jugendamt das Interview durchzog, meinte voll Zorn: „Der Jugendamt ist Kacke, der sagt immer nur ‚Nein, nein, nein!‘“ Es war den Interviewern kaum vorstellbar, dass sich Franziskas ablehnende Haltung gegenüber „dem Jugendamt“, in absehbarer Zeit ändern könnte. Entsprechend fragwürdig schien es, dass ihre Vormundschaft beim Jugendamt lag, eine von der Behörde unabhängige Person hätte Franziska vermutlich eher als Unterstützung akzeptieren können.

Wie an diesen und anderen Erzählungen deutlich wird, gewannen frühere und aktuelle Haltungen der Kinder und Jugendlichen gegenüber dem Jugendamt als Hilfs- und Eingriffsbehörde unter Umständen maßgebliche Bedeutung für die persönliche Einstellung, mit der sie einzelnen Vertretern des Jugendamtes begegneten. Dies galt nicht nur für die Beziehung der Mündel zu den Fachkräften des ASD, sondern auch für ihr Verhältnis zum Amtsvormund. So kann die Vorgeschichte des Mündels mit dem Jugendamt sowohl eine Chance als auch eine massive Hypothek für den Beziehungsaufbau zwischen

Vormund und Mündel bedeuten, die bereits bei der Auswahl durch das Gericht als auch später bei der Führung der Vormundschaft zu bedenken sind. Wann immer ein Kind oder Jugendlicher dem Jugendamt mit starken Vorbehalten oder gar offener Ablehnung begegnet, wird dementsprechend eine Vereins- oder Berufsvormundschaft zumindest in Betracht zu ziehen sein, um den Beziehungsaufbau zwischen Sorgeberechtigtem und Kind zu erleichtern.

### **Zuständigkeitswechsel der Mitarbeiter (ASD und Vormundschaft)**

*„Die Frau W., die haben wir nicht mehr“, Katy, 8 Jahre*

Der gerade für Heim- und Pflegekinder so zentrale Aufbau tragfähiger und verlässlicher Beziehungen schien durch wechselnde Zuständigkeiten im Jugendamt oft extrem erschwert, die von den Kindern auch thematisiert wurden. Franziska (10 Jahre) erzählte: „Ich weiß auch nicht mehr, wie der heißt. Aber jetzt ist der nicht mehr für mich zuständig. Und die Frau ist auch nicht mehr für mich zuständig.“ Die neue Sozialarbeiterin „kenn ich aber gar nicht.“ Ähnlich berichtete Christina, die vor zwei Jahren nach Deutschland flüchtete: Ja doch, sie kenne jemanden vom Jugendamt: „Meinen Sozialarbeiter.“ „Der ist sehr nett.“ „Ähm, er ist ganz neu. Hab ich ihn erst einmal gesehen, nein, zweimal. ... Den davor, also ich hab ihn einmal gesehen. Und war danach eine Frau, äh, die kenn ich nicht. Die war nur sechs Monate oder so.“ Auch die 8jährige Katy erzählte: „Die Frau W., die haben wir nicht mehr.“ Jetzt sei ein neuer Sozialarbeiter da: „Ein Mann, den haben wir noch nicht gesehen.“ Hierzu erklärte ihre Schwester Melissa, 6 Jahre: Der „kommt nicht, weil er den Weg zum Heim nicht weiß.“

Die 16-jährige Viola erzählte: „Ich hatte jetzt drei verschiedene Vormunds - also Vormünder. Zuerst hatte ich Frau X, dann hatte ich eine Frau Y, diese hat mir zu Weihnachten so 90,- DM, so als Gutscheine, geschickt. Ich weiß nicht, ob ich das jetzt auch von Frau Z bekomme, weil die kenn ich gar nicht persönlich. ... gesehen hab ich keine von denen.“ Auch in Gesprächen mit den ehemaligen Mündeln spielte dieser Aspekt eine Rolle. „Ganz im Anfang gab es mal einen Wechsel“, erinnerte sich zum Beispiel Robert, der sechs Heime und Pflegestellen durchlief. „Sie hat das Jugendamt verkörpert. Ich hab das positiv gesehen, dass die mir helfen. Man hat versucht, das für das Mündel persönlich zu gestalten.“

Bedenkt man die oft schwer gestörten Eltern-Kind-Beziehungen der Mündel und führt sich zudem Betreuungsstrukturen der Heime wie Schichtdienste, Urlaubs- und Krankheitszeiten, Fluktuation im Team, die Gruppengröße etc. vor Augen, wird die Frage nach verlässlichen Ansprechpartnern und einer kontinuierlichen Interessenwahrnehmung dringlich. Bei der rechtlichen Regelung wie auch bei der amtsinternen Organisation der Vormundschaft wäre damit nicht nur Wert auf die pädagogische Kompetenz, sondern auch auf die dauerhafte Präsenz und Ansprechbarkeit zumindest der sorgeberechtigten Personen zu legen.

### **Kontakte zum ASD**

*„... und so, zu ihm würd ich eher seltener gehen.“ Viola, 16 Jahre.*

Die Begegnungen mit den Mitarbeitern des Jugendamtes wurden von vielen Mündeln eher als oberflächlich empfunden. Man sehe sich eben „nur bei Helferkonferenzen“ und habe „nicht sehr viel Kontakt“ (Lars, 13 Jahre). Die 6 Jahre alte Melissa meinte, der

Sozialarbeiter erfahre „von der Mama“, wie es ihr geht. Ihre Schwester Katy (8 Jahre) ergänzte: „Der kennt uns ja auch nicht so gut. Der kennt uns nur von den Akten und so.“ Auch der 12-jährige Tim berichtete, er sehe seine Sozialarbeiterin „fast nie, nur wenn es ein Gespräch gibt“. Gefragt, ob er und seine Schwester selbst auch sagen können, dass ein solches Gespräch stattfinden soll, verneinte er: „Das bestimmen die Erzieher“.

Diese routinemäßige Gestaltung der Kontakte, aber auch die fehlende Gelegenheit zum persönlichen Gespräch wurde von manchen Mündeln kritisiert. So meinte die 15-jährige Pascale, ihr Vormund und ihre Sozialarbeiterin seien nur „noch bei Hilfeplanungen dabei, sonst habe ich aber nicht mehr viel mit denen zu tun.“ Die magersüchtige Jugendliche, die seit vier Jahren unter Vormundschaft stand und aus dem letzten Heim nach einem Suizidversuch ausgerissen war, stellte sehr erbittert fest: „... die dachten immer, es ginge mir blendend gut und so im Heim. Die Erzieher haben es anders erzählt und ich habe es anders erzählt, aber ich konnt' ja auch nicht frei reden, die Erzieher waren immer dabei.“

Einige Mündel wussten theoretisch wohl, dass sie sich mit ihren Wünschen und Problemen an das Jugendamt wenden können. Kaum ein Kind schien von diesem Angebot jedoch praktischen Gebrauch zu machen. Ein Beispiel ist die 16-jährige Viola. Ihren Sozialarbeiter sehe sie nur, wenn sie „eine Helferkonferenz habe oder eine Planungskonferenz“, erzählte sie. „Und wenn ich zwischendrin so Probleme habe, meinte er, könnte ich mich jederzeit melden.“ Gefragt, ob sie sich denn auch tatsächlich melde, relativierte sie: „Naja, ich hab keine Probleme. So große, mein ich, so welche mit denen ich zu ihm gehe. Wenn dann gehe ich lieber zu meinen Betreuern, weil die kenn ich besser. Und so, zu ihm würd ich eher seltener gehen.“

Es leuchtet ein, dass ein Kontakt, der alle halbe Jahre und dazu noch in einem größeren Gesprächskreis stattfindet, es den Kindern nicht leicht macht, genug Zutrauen zu fassen, um sich bei Bedarf mit ihren Sorgen und Wünschen an das Jugendamt zu wenden. Wie sich zeigte, galt diese Problematik in unserer kleinen Stichprobe uneingeschränkt, ja sogar verschärft, für den Kontakt zu den Vormündern in den Jugendämtern.

### **Kontakte zum Amtsvormund**

*„... eigentlich nicht, nur wenn wir jetzt so 'ne Helferkonferenz haben“, Elke, 13 Jahre.*

	6 - 10 Jahre	11 – 13 Jahre	14 - 17 Jahre	29 - 33 Jahre
Kontakt zum ASD?	Alle: Ja	Alle: Ja	Alle: Ja	Alle: Ja
Erinnerung an eigenen	2 x Ja	3 x Ja	3 x Ja	1 x Ja
Kontakt zum Vormund?	4 x Nein	3 x Nein	2 x Nein	2 x Nein

Die in der Fachliteratur immer wieder anzutreffende Klage über fehlende persönliche Kontakte zwischen den Vormündern und ihren Mündeln bestätigte sich auch in unserer Studie. Ganz offensichtlich handelt es nicht um ein individuelles Versagen einzelner Fachkräfte, sondern um ein strukturelles Problem, das eng mit der hohen Fallbelastung, vielleicht aber auch mit dem fachlichen Selbstverständnis und der grundständigen - oft verwaltungsorientierten - Ausbildung der Amtsvormünder zusammenhängt. Diese Problematik ist den Amtsvormündern - wie auch die heutige Tagung zeigt - selbst freilich oft genug schmerzlich gegenwärtig.

11 der von uns befragten 20 Mündel erinnerten sich nicht, ihrem Vormund beziehungsweise Sorgerechtspfleger je begegnet zu sein. Fünf weitere Kinder und Jugendliche hatten ihren Vormund gelegentlich bei Hilfeplangesprächen getroffen - allerdings erinnerten auch sie sich nicht alle an diese Begegnungen. Nur in wenigen Fällen konnten die Kinder und Jugendlichen daher ausführlich über ihren Vormund berichten.

Von den sechs Kindern unter 11 Jahren erinnerte sich nur Kim, ein unbegleitetes Flüchtlingskind, ihrem Vormund ein Mal persönlich begegnet zu sein: „Die war nett, eigentlich“. Auch Franziskas Vormund war einmal persönlich zur Hilfeplanung ins Heim gekommen, sie konnte sich hieran überhaupt nicht erinnern. Die Angaben der übrigen vier Kinder wurden von den Erwachsenen bekräftigt: Der Vormund dieser Kinder war in ihrem Leben noch nie persönlich in Erscheinung getreten.

Auch drei der sechs Kinder im Alter von 11 - 13 Jahren konnten nichts über persönliche Kontakte mit ihrem Pfleger beziehungsweise Vormund berichten. Der 12-jährige Tim verwechselte ihn irrtümlich mit dem Amtsarzt. Die 13 Jahre alte Monika erinnerte sich an ein einmaliges Treffen und daran, dass sie an Weihnachten „Post mit Geld“ bekam. Auch die 13 Jahre alte Elke berichtete von Begegnungen mit ihrem Vormund. Sie sehe ihn aber „eigentlich nicht, nur wenn wir jetzt so ne Helferkonferenz haben oder wie das da heißt“, aber „er kümmert sich sonst um mich“. Auf die Frage, ob er für Probleme ansprechbar sei, sagte Elke: „Jah, also das ist ja meistens, bei Problemen, da gehört ja beim Vormund noch Frau S. zu, und dann, wenn ich da mal was hab’ oder so, kann ich ruhig mal anrufen.“

Für den ebenfalls 13-jährigen Lars entwickelte sich als einziges der befragten Amtsmündel ein intensiver, sehr positiv erlebter persönlicher Bezug. Seinen ersten Vormund kannte auch er nicht, über die Nachfolgerin im Amt hatte Lars nur Gutes zu erzählen. „Wann war das, dass ich die getroffen hab - also das war zu Weihnachten, nach Weihnachten. Da hat sie mir den Volleyball geschenkt, und so.“ „Dieses Weihnachten oder letztes?“ „Letztes. Und, war halt ganz lustig, und so, und deswegen, also, dann war se ganz nett. Also, ich fand se am Anfang ein bisschen ruhig. Aber dann, als wir se näher kennen gelernt haben, da fand ich sie voll o.k. Also, hm.“ Inzwischen besuche Lars sie auch zuweilen nach der Schule „auf dem Amt.“ Er könne kommen, wann er will. „Außer am Wochenende natürlich, ja.“ - *lächelt* - Sie „ist einfach nett, also, find ich einfach gut. Die spricht auch alles ab, was passiert und was nicht.“

Auch zwei der fünf befragten Jugendlichen konnten sich an keine Begegnung mit ihrem Vormund erinnern. Die 17-jährige Christina erklärte, der Vormund sei „so etwas wie ein Vater oder so. Im Grunde genommen. Aber ich weiß nicht so genau.“ Seit ihrer Flucht nach Deutschland sei sie ihrem Amtsvormund aber noch nie begegnet. Zu dessen Aufgaben befragt, meinte sie: „Keine Ahnung“, *lacht verlegen*, „nein, weiß ich nicht.“ Die weitergehende Nachfrage, ob ihr Vormund zum Beispiel entscheide, in welchem Heim sie lebt, verneinte sie: „Nee, ich glaub nicht.“ „Wer denn?“ „Mein Sozialarbeiter“.

Eine dritte Jugendliche, die geistig behinderte 17-jährige Sarah, wurde von ihrem Einzelvormund, einer ehemaligen Erzieherin, wöchentlich im Heim besucht. Sarah berichtete uns ausführlich und zeigte stolz Fotos von ihrem Vormund. Bei den Besuchen würden sie „quatschen“, sie fühle sich „wohl“, sei „ihr Pflegekind“. Ebenso war die 15-jährige Pascale ihrem Vormund öfter begegnet. Inzwischen sei das Jugendamt „nur für

die Finanzen zuständig“. Jenseits der Hilfeplangespräche habe sie „nicht mehr viel mit denen zu tun.“ Sie nahm den Vormund als Vertreter der Kosteninteressen des Amtes wahr, in ihren Belangen fühlte sie sich unvertreten. Als sie im Heim ausgerissen war und in eine Wohngruppe einziehen wollte, „bin ich zum Vormund gegangen und hab gesagt, ich zieh da jetzt ein! Und er: ‚Nein. Wir haben einen Termin gemacht, und daran musst du dich halten und ich muss auch auf die Kosten achten.‘ Dann bin ich zu einer fremden Frau und die hat gesagt, dass sie die Finanzen übernimmt.“ Der Vormund habe gesagt, „dass er mich nicht da und da hinstecken kann, und wegen der Kosten halt und er war auch schon sauer, weil das hier schon so teuer war. Weil die hier mehr Geld nehmen und er dafür gerade stehen muss.“

Der 17-jährige Alex ergriff demgegenüber selbst die Initiative zum Kontakt: „Ich wollte mal wissen, wie die überhaupt ist“. Er fand sie „ganz in Ordnung“. Allerdings stellte er auch fest: „Die Vormünderinnen reden ja eh nicht. Also bei den meisten Hilfeplangesprächen sitzt se nur da und hört zu und schreibt auf. Meistens redet halt die Sozialpädagogin.“ „Aber sie trifft alle wichtigen Entscheidungen für dich?“ „Ja, segnet sie ab zum Schluss. Aber nicht viel, viel redet sie nicht.“ Aus Alex’ Sicht stellte sich die Zuständigkeit von ASD und Vormund entsprechend dar: „Also, Unterschriften und so, da geh ich zur Erziehungsberechtigten und wenn ich Probleme hab oder so, geh’ ich zur Sozialarbeiterin.“

### **Wissen über die Rolle und Aufgabe des Vormundes**

*„Das haben sie nicht gesagt und nicht erklärt.“ Kim, 10 Jahre*

Wie sich zeigte, war es den meisten Kindern und Jugendlichen nicht möglich, durch eigene Anschauung eine realistische Vorstellung von der Rolle und den Aufgaben ihres Vormundes zu entwickeln. Um hierüber mehr zu erfahren, wurden die Kinder in den Interviews zum Beispiel gefragt: „Was ist das eigentlich, ein Vormund?“ „Warum kriegt überhaupt ein Kind einen Vormund?“ Nicht wenige Mündel reagierten sehr ratlos: „Weiß ich nicht.“ „Das haben sie nicht gesagt und nicht erklärt“ (Kim, 10 Jahre). Andere aber meinten: „Der ist für die Eltern“. Auch bei der Frage, welche Aufgaben so ein Vormund eigentlich hat, zeigten sich viele Mündel nicht informiert. Einige meinten auch hier: „Weiß ich nicht.“ Die übrigen waren sich wortwörtlich immer wieder darin einig, dass ein Vormund eben jemand ist, „der bestimmt“.

Nur drei der zwölf Kinder unter 14 Jahren waren in der Lage, präzisere Auskunft zu geben. Lars, 13 Jahre, sagte nachdenklich: „Was der macht, - der berät halt, was mit mir wird und entscheidet halt, was, ob ich in ne neue Einrichtung komme, ach, alle richtigen schriftlichen Unterlagen, mit dem Pass und dem Jugendausweis und alles Mögliche.“ „Ich denk, das ist ein Vormund, was der macht. Die entscheidet denn auch elterliche Sachen und so.“ Die gleichaltrige Elke meinte: „Naja, eigentlich weiß ich nur, dass, wenn wir jetzt gerne woandershin möchten oder so, dass wir dann anrufen können, oder wenn das nächste Gespräch ist, dass wir dann sagen können, ich möchte gerne woanders hin. Und dann suchen die das auch.“ Und „wenn ich jetzt in meiner Schule so’n, so’n wichtigen Zettel mitkriege, wo, wo, wegen Therapie oder so was draufsteht, oder überhaupt mal was Wichtiges, da müssen wir immer erst zum Amt gehen und das unterschreiben lassen. Unsere Erzieherin darf das ja nicht alleine unterschreiben.“ Das finde sie aber „eigentlich blöd. Weil man muss dann ja bei jeder Unterschrift, die man braucht, immer wieder zum Jugendamt laufen, das ist ja doof.“ Tim dagegen kannte



seinen Vormund nicht persönlich, hatte jedoch aufgrund der Gespräche mit seinem Erzieher eine gewisse Vorstellung. „Er unterschreibt die Arbeiten.“ „Und er hat das Sorgerecht.“ „Was heißt denn das, dass er das Sorgerecht hat?“ „Er bestimmt über mich.“

Auch die 15-jährige Pascale meinte: „Er muss die Elternrolle einnehmen und dafür sorgen, dass es einem gut geht, und die Wünsche respektieren und in die Tat umsetzen.“ Aus Sicht der übrigen Jugendlichen, bei denen sich ebenfalls ausgeprägte Wissenslücken nicht nur hinsichtlich der Rolle des Vormundes, sondern auch ihrer Anhörungs- und Antragsrechte fanden, war der Vormund primär für das Unterschreiben von Verträgen und Dokumenten sowie für die Sicherung ihres Unterhaltes zuständig. Der 17-jährige Alex meinte: „Unterschriften geben, vielleicht, Lehrvertrag oder so was, Krankenkasse. So Unterschriften, also so Sachen erledigen und Konto eröffnen, was weiß ich.“ Ebenso antwortete die 16 Jahre alte Viola: „Nein, da hat mir keiner was drüber erzählt.“ Sie nehme an, zu den Aufgaben des - ihr unbekannten - Vormundes rechne die Entscheidung, „ob ich zum Beispiel ein Konto eröffnen darf oder was meine Eltern auch entscheiden müssen und ihre Unterschrift geben müssen.“

Auch die befragten Erwachsenen fühlten sich unzureichend informiert. Robert berichtete beispielsweise, er habe damals nicht gewusst, dass er überhaupt einen Vormund hat. Auch heute sei er „nicht unterrichtet“ welche Aufgaben sein Vormund hatte. Zu Mutmaßungen aufgefordert, wusste er jedoch immerhin: „Naja, Vermögen hatte ich ja nicht. Vielleicht Besuchsregeln. Und Starthilfe geben. ... mich zu begleiten und das Beste für mich rauszuholen, wie Eltern es tun. Das hat mir halt gefehlt.“

### **Schlussbemerkung**

Abschließend bleibt festzuhalten, dass zwar viele der befragten Kinder und Jugendlichen wussten, dass ihr Vormund jemand ist, der bestimmen darf wie sonst nur die Eltern. Die von ihnen erlebte Erziehungswirklichkeit wies indes kaum Ähnlichkeiten mit dem in § 1626 Abs. 2 BGB<sup>1</sup> geregelten „partnerschaftlichen“ Erziehungsleitbild auf, sondern erinnerte eher an einen Erziehungsstil, wie er in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts noch im Rahmen der „väterlichen Gewalt“ befürwortet und praktiziert wurde. Für die Mehrheit der Mündel war ihr Vormund jedenfalls eine ihnen ganz unbekannte oder doch relativ fremde Person. Viele sahen in ihm gleichwohl einen mit umfassenden Entscheidungsbefugnissen ausgestatteten „Bestimmer“, andere meinten dagegen, wichtige Entscheidungen - wie etwa die Auswahl des Heimes - seien Angelegenheit der Mitarbeiter des ASD (aber auch der Eltern, Heimbetreuer oder Pflegeeltern).

Über die Rolle und Aufgaben ihres Vormundes wie auch über ihre eigenen behördlichen beziehungsweise gerichtlichen Anhörungs-, Mitwirkungs- und Antragsrechte waren die 20 befragten Mündel überwiegend nicht oder unzureichend informiert. Richter und Vormund blieben in den meisten Schilderungen bedeutungslos, während „das Jugendamt“ - in der Regel vertreten durch Mitarbeiter des ASD - bekannt und im Erleben aller Mündel auch eine wichtige Größe war. Wesentliche Faktoren, die sich auf die Haltung der Mündel gegenüber „dem Jugendamt“ auswirkten, waren anscheinend die Persönlichkeit und wohl auch pädagogische Fähigkeiten der Mitarbeiter, ihre Fluktuation be-

---

<sup>1</sup> Vgl. § 56 Abs. 1 SGB VIII, der den Amtsvormund über § 1793 Satz 2 BGB auf § 1626 Abs. 2 BGB verweist.

ziehungsweise Verlässlichkeit sowie das Spannungsfeld zwischen Hilfe, Eingriff und Entscheidungsbefugnissen. Eine weitere, von den Mündeln oft angesprochene Problematik stellte zudem der häufige Wechsel der Jugendamtsmitarbeiter dar, der den Aufbau und die Gestaltung eines zuverlässigen oder gar vertrauensvollen Verhältnisses zu den verantwortlichen Erwachsenen nicht selten schon im Keim erstickte. Hatte sich ein solches Verhältnis erst entwickelt, wollten es die Mündel - wie der 13-jährige Lars - auch gesichert wissen. „Ja es, ist wirklich schade, wenn ich dann in ne andere Schule kommen würde, dass ich dann 'nen anderen Vormund kriegen würde, also dann würd ich ziemlich traurig sein.“

**Dr. Thomas Meysen:** Das Beste wäre nun eigentlich, sich Zeit zu nehmen, um das eben Gehörte erst einmal für sich zu verarbeiten. Frau Zitelmann hat sehr deutlich vor Augen geführt, warum nicht nur heute und in Ihrem Jugendamt die Fragen zur Organisation des Verhältnisses zwischen Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft gestellt werden. In den Jugendämtern der nächsten Referentinnen und Referenten wurden diese Organisationsfragen in den letzten Jahren besonders sehr intensiv gestellt und diskutiert.

Da ist einmal Herr Kohler aus dem Stadtjugendamt Mannheim. Herr Kohler ist Leiter zweier Abteilungen in dem Stadtjugendamt, einmal der Abteilung Beistandschaft/Amtsvormundschaft/Unterhaltsvorschusskasse sowie der Abteilung Wirtschaftliche Hilfen mit Wirtschaftlichen Erziehungshilfen und dem Amt für Ausbildungsförderung. Herr Kohler ist Sozialarbeiter und Mitglied der Arbeitsgruppe Amtsvormundschaften am Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht.

Aus Sicht der Sozialen Dienste wird Frau Michael referieren. Frau Michael ist Diplom-Sozialpädagogin von der Evangelischen Fachhochschule in Dresden. Sie ist Sachgebietsleiterin im ASD in Dresden, ist seit 1990 im Jugendamt dabei und hat den Prozess einer Organisation des Verhältnisses zwischen Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft von zwei Seiten erlebt, einmal zu Beginn als Sozialarbeiterin, die mit Fällen betraut war, und später als Sachgebietsleiterin, die auch mit beteiligt war, den Prozess anzuschließen. Aus diesen Erfahrungen wird sie berichten.

Gestern haben wir gehört, wie diese Erfahrungen aussehen können. Herr Kaufmann hat von „Ochsentour“ gesprochen, Frau Heybutzki hat dann noch eine Steigerung hinzugefügt und einen „Guerilla-Kampf“ daraus gemacht. Die beiden folgenden Referenten haben dies hinter sich. Herr Kaufmann hat deutlich gemacht, dass man die Investition einer solchen „Ochsentour“ tätigen muss, damit hinterher die Rollenverteilung klar ist. Das haben wir auch bei Frau Zitelmann gehört. Herr Kohler und Frau Michael haben das in ihren Ämtern geklärt. Sowohl von Mannheim als auch von Dresden sind die Ergebnisse ja bereits veröffentlicht worden. Wir werden nun hören, ob sich die Investition tatsächlich gelohnt hat, welche Probleme noch immer auftauchen und welche Probleme gelöst sind.

# **Praxisberichte: Erfahrungen mit einem Abgrenzungs- und Kooperationsmodell**

## **Aus Sicht der Amtsvormundschaft: Das Mannheimer Modell**

MATHIAS KOHLER

*Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaft/Amtsvormundschaft und Unterhaltsvorschusskasse im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt der Stadt Mannheim*

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Aufgabe, Ihnen meine Erfahrungen aus Mannheim vorzustellen. Bei dem Wort „Modell“ zögere ich etwas, weil ich der Auffassung bin, dass das, was wir gemacht haben, nichts Besonderes oder Modellhaftes ist, sondern eigentlich die logische Konsequenz aus der Frage, wie Amtsvormundschaft zu organisieren ist, und gerade aus den Vorträgen, die wir gehört haben, fühle ich mich in unserem Weg bestätigt.

### **Kurzfassung des Sachverhaltes**

Im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt - wurden zum 01. Januar 2001 die Vormundschaften/Pflegschaften für Minderjährige neu organisiert und werden seither durch spezialisierte Fachkräfte zentral in der *Abteilung „Beistandschaft/Amtsvormundschaft/Unterhaltsvorschusskasse“* wahrgenommen.

Der Bericht benennt die wesentlichen Gründe für die erfolgte Neuorganisation. Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass es dem Vormund ermöglicht wird, eine persönliche Beziehung zu seinem Mündel aufzubauen und seine Arbeit ausschließlich im Interesse des ihm anvertrauten Mündels zu leisten.

Als Handlungsleitlinie für die Amtsvormünder und zum besseren Rollenverständnis für die kooperierenden Dienste und Behörden dienen die *„Leitsätze für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt -“* als zentraler Punkt dieses Berichtes.

An vier Fallbeispielen wird versucht, die Arbeit der Vormünder zu veranschaulichen.

### **Gliederung des Sachverhaltes**

1. Neuorganisation der Vormundschaften im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt -
2. Leitsätze für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt -
3. Probleme und Ausblick

## Sachverhalt

### 1. Neuorganisation der Vormundschaften<sup>1</sup> im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt - :

Pflegschaften und Vormundschaften für Kinder und Jugendliche nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) wurden im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt - bis zum 31. Dezember 2000 einerseits in der *Abteilung „Beistandschaft/Amtsvormundschaft/Unterhaltsvorschusskasse“* (BAV) und andererseits in der Abteilung *„Soziale Dienste“* (ASD) geführt.

Für die „gesetzlichen“, das heißt durch einen bestimmten im BGB formulierten Schutztatbestand automatisch eintretenden Vormundschaften war die Abteilung BAV zuständig. Die „bestellten“, das heißt durch ein beim Familiengericht angestrebtes Verfahren eintretenden Pflegschaften und Vormundschaften wurden in der Regel beim ASD geführt.<sup>2</sup> Bei einigen Vormundschaften war eine gleichzeitige Zuständigkeit beider Abteilungen möglich<sup>3</sup>. In einigen Fällen, in denen die Vormundschaft beim ASD geführt wurde, bestand eine Trennung in der Aufgabe der Personen- und Vermögenssorge; letztere oblag der Abteilung BAV.

Die Aufhebung dieser Trennung wie auch die Aufhebung einer möglichen Interessenskollision zwischen Beantragung (als gesetzliche Vertretung des Kindes) und Gewährung einer Hilfe zur Erziehung in einer Person (als einzelfallzuständige Fachkraft) waren Veranlassung, alle Vormundschaften bei der Abteilung BAV anzusiedeln. 1,5 Stellen sind dafür vom Sozialen Dienst zur Abteilung BAV verlagert worden. Weitere 2 Stellen wurden beziehungsweise werden aus den Abteilungen BAV und wirtschaftliche Jugendhilfe zu diesem Aufgabenbereich verlagert. Diese Verlagerungen dienen dem Ziel, eine Fallbearbeitung zu erreichen, die eine **Betreuung von maximal 50 Mündeln** beinhaltet. Weitere Gründe waren die Anerkennung erzieherischer Fragen bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sowie die Aufhebung der Trennung von Innen- und Außendienst. Wichtig war uns, dass die Vormünder eine **regionale Zuständigkeit** haben, das heißt, dass sie nicht mit dem gesamten ASD, das sind bei uns über 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, zu tun haben. Um die Zusammenarbeit zu verbessern, ist es wichtig, dass man im Laufe der Zeit die Partner kennt. Das ist bei einer regionalen Zuständigkeit besser zu gewährleisten.

---

<sup>1</sup> Wenn im Folgenden von Vormundschaften gesprochen wird, dann sind damit auch die Pflegschaften (z.B. Personensorgerechtpflegschaften) gemeint.

<sup>2</sup> Siehe hierzu auch **Anlage 4**.

<sup>3</sup> Zum Beispiel beim Ruhen der elterlichen Sorge wegen rechtlichem Hindernis nach § 1673 BGB: Bei nichtehelichen Kindern bestand Zuständigkeit bei Abt. BAV; bei ehelichen Kindern für die Personensorge bei der Abt. Sozialer Dienst.

## 2. Leitsätze für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften im Fachbereich Kinder, Jugend und Familien - Jugendamt - <sup>1</sup>:

Gerade in der Phase der Neuorganisation der Amtsvormundschaften ist es sowohl für die Mitarbeiterschaft als auch für die kooperierenden Dienste und Institutionen hilfreich, wenn die Ziele und Grundsätze der Amtsvormünder definiert werden.

Deswegen haben wir mit Blick auf die fachlichen und persönlichen Anforderungen an den Amtsvormund und auf die besondere Aufgabenstellung die nachfolgenden Leitsätze formuliert, die sich als erster Entwurf verstehen und im Laufe der Zeit fortgeschrieben werden sollen.

- (1) Die Amtsvormundschaft im Jugendamt ist Bestandteil der öffentlichen Jugendhilfe. Der Vormund/Pfleger wird vom Leiter des Jugendamtes nach den Bestimmungen des KJHG persönlich mit dieser Aufgabe betraut. Im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung ist er in der Einzelfallbearbeitung nur begrenzt weisungsgebunden<sup>2</sup>. Die allgemeinen Leitlinien des Jugendamtes sind auch für den Vormund Handlungsleitlinie. Gegenüber dem Gericht als oberste Überwachungsinstanz nimmt der Vormund eine eigene Fachposition, orientiert an den Belangen des Kindes, ein. Das Gericht wird vom Vormund kontinuierlich und qualifiziert über den Entwicklungsstand des Mündels informiert.
- (2) Der Vormund steht für sein Mündel als persönlicher Ansprechpartner zur Verfügung und pflegt zu ihm von sich aus Kontakte, damit er seine Aufgaben auch in dessen Interesse ausüben kann<sup>3</sup>. Die persönliche Beziehung ist nicht delegierbar und soll möglichst konstant und langfristig an eine Person gebunden sein. Der Vormund kennt aus eigener Anschauung die Wünsche und Bedürfnisse des Kindes und bespricht mit ihm unter Berücksichtigung seiner altersgemäßen Entwicklung die erforderlichen Entscheidungen. Er nimmt sich die erforderliche Zeit zum Reden, für Unternehmungen, für Zuwendung, Fürsprache und Schutz seines Mündels. Dem Vormund werden auch finanzielle Ressourcen für erforderliche Handgelder und kleine Geschenke für persönliche Festtage des Mündels zur Verfügung gestellt.
- (3) Der Vormund bringt im Umgang mit dem Minderjährigen und seiner Familie sowie dem sozialen Umfeld Sensibilität und Wertschätzung entgegen und berücksichtigt auch die persönliche Biographie des jungen Menschen.

---

<sup>1</sup> Vorgestellt im Rahmen einer Informations-Vorlage, JHA-Sitzung am 27. September 2001.

<sup>2</sup> Wiesner („SGB VIII - Kinder- und Jugendhilfe“, 2. Auflage, München 2000, § 55, Rn. 84 ff) spricht von „relativer Weisungsfreiheit“ und führt dazu aus: „Da das Aufsichts- und Anweisungsrecht des Vormundschaftsgerichtes nur gegenüber dem Jugendamt selbst, nicht gegenüber dem Mitarbeiter besteht, muss der Leiter der Verwaltung des Jugendamtes befugt sein, in dem Umfang, in dem das Jugendamt selbst der Kontrolle unterliegt, Weisungen zu erteilen. Der Leiter des Jugendamtes ist deshalb bei **Pflichtwidrigkeiten** im Sinne von § 1837 BGB zur Erteilung von Weisungen gegenüber dem Beauftragten befugt.“

<sup>3</sup> Dazu gehören bspw. auch Kontakte an persönlichen Festtagen des Kindes (z.B. Geburtstag, Kommunion, Konfirmation) und besonderen Anlässen (Weihnachten, Sommerfest des Heimes u. ä. m.). Persönliche Kontakte zum Mündel, die sich auf die Hilfeplangespräche beschränken, sind nicht ausreichend.

- (4) Ist eine als Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden, nimmt der Amtsvormund auf Dauer oder für befristete Zeit die Rolle und die privatrechtlichen Aufgaben der Eltern<sup>1</sup> wahr und hat dabei zum Ziel, im Interesse des Kindes so gut wie möglich, diese Funktionen zu erfüllen. Er nimmt seine Aufgaben ganzheitlich wahr, das heißt beispielsweise bei einer Vormundschaft keine Trennung zwischen Innen- und Außendienst oder keine Trennung zwischen Personen- und Vermögenssorge. Auch dann, wenn er aus Gründen der Zweckmäßigkeit einzelne dieser Aufgabenbereiche delegiert, behält er die Gesamtverantwortung und handelt im Sinne einer Allzuständigkeit für sein Mündel.
- (5) Der Vormund beantragt zur Erreichung der Erziehungs- und Entwicklungsziele sowie zur Sicherstellung einer ausreichenden und angemessenen wirtschaftlichen Versorgung gegebenenfalls die Hilfe Dritter, zum Beispiel Hilfen zur Erziehung, finanzielle Leistungen oder holt sich bei internen und externen Fachdiensten und Fachkräften Unterstützung.
- (6) Um alle Leistungen und Hilfen zum Wohle des Mündels umsetzen zu können, kooperiert der Vormund eng mit dem Sozialen Dienst, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und anderen Fachdiensten.
- (7) Der Vormund unterhält Kontakte zu den Fachdiensten im Jugendamt, den Heimen und Pflegeeltern, um sich bestmöglich über die Entwicklung seines Mündels zu informieren.
- (8) Der Vormund führt ausschließlich Vormundschaften und Pflegschaften. Eine Interessenkollision durch die Wahrnehmung anderer Aufgaben ist auszuschließen (z.B. Gewährung von Hilfen zur Erziehung oder Mitwirkung in familien- und vormundschaftsgerichtlichen Verfahren<sup>2</sup>). Er ist für maximal 50 Vormundschaften/Pflegschaften zuständig.
- (9) Dort wo zwischen dem Amtsvormund als Leistungsberechtigten und dem Jugendamt als leistungsverpflichtende Behörde möglicherweise eine Interessenskollision entstehen kann, hat für den Vormund das Mündelinteresse Vorrang. Dieser Vorrang des Mündelinteresses gilt auch bei anderen möglichen Gegensätzen beziehungsweise Konflikten.
- (10) Zur Sicherung der Qualitätsentwicklung beraten sich die Amtsvormünder auf kollegialer Ebene untereinander und nehmen auch kontinuierlich und eigenverantwortlich Beratung durch Vorgesetzte und andere Fachkräfte des Jugendamtes sowie berufliche Weiterqualifizierungsprogramme in Anspruch.

---

<sup>1</sup> Die Bestandteile der elterlichen Sorge sind in der **Anlage 2** beschrieben.

<sup>2</sup> Nach § 50 SGB VIII und §§ 49, 49a FGG. Die Mitwirkung des Jugendamtes im gerichtlichen Verfahren ist im Schaubild in der **Anlage 3** dargestellt.

### **3. Probleme und Ausblick**

Wir hatten in der Übergangszeit eine Auseinandersetzung zwischen Amtsvormundschaft und Sozialem Dienst, denn wenn eine Aufgabe des Sozialen Dienstes an die Amtsvormundschaft abgegeben wird, muss natürlich auch die entsprechende Personalressource abgegeben werden. Da gab es natürlich zwischen mir und der Leiterin des Sozialen Dienstes eine Diskrepanz über den Umfang der abzugebenden Personalstellen. Das ist letztendlich durch die Amtsleitung entschieden worden. Wir hatten auch die Möglichkeit, durch Umwandlung von Stellen im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe Stellen für die Amtsvormundschaft zur Verfügung zu stellen. Wir haben im Bereich der Wirtschaftlichen Jugendhilfe eine Leitungsstelle in eine Amtsvormundschaftsstelle umgewandelt, aber für die Sachgebietsleitung in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe die Leitungsspanne erhöht.

In der Anfangszeit kam oft die Kritik aus dem Sozialen Dienst: „Wir merken gar nicht, dass es eine Amtsvormundschaft gibt, das ist für uns keine Entlastung. Trotzdem mussten wir Personal abgeben.“ Dieses Bild hat sich inzwischen relativiert in dem Maße, wie man die konkrete Arbeit der Amtsvormünder erlebt hat.

Es gibt immer noch Diskussionen - und ich denke, das wird man auch nie ganz klären können -, zwischen den Aufgaben des ASD und des Vormundes eine klare Abgrenzung zu treffen. Da ist eine gewisse Grauzone und diese Grauzone kann oft nur im konkreten Einzelfall geklärt werden.

Bei der Umsetzung des Organisationsmodells bei Gericht haben wir ebenfalls noch Probleme. Dem Gericht ist momentan auch noch nicht ganz klar, welche Fragen an welche Teile des Jugendamtes zu richten sind.

Wir haben vereinbart, in den nächsten Tagen eine Überprüfung und Fortschreibung der geschlossenen Kooperations- und Abgrenzungsvereinbarung vorzunehmen. Für die Organisationsveränderung ist ein dreiviertel Jahr eine kurze Zeit. Unsere bisherigen Erfahrungen sollen in diese Vereinbarungen einfließen. Ich habe die Hoffnung, dass wir die Veränderungen und Korrekturen an dieser Kooperationsvereinbarung einvernehmlich regeln können.

#### **Gliederung der Anlagen**

1. Vier Fallbeispiele aus der Arbeit der Amtsvormünder
2. Schaubild elterliche Sorge
3. Schaubild Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren
4. Die gesetzlichen und bestellten Pflegschaften/Vormundschaften

## **Anlage 1: Vier Fallbeispiele aus der Arbeit der Amtsvormünder (sämtliche Namen und Orte wurden anonymisiert)**

### **Dirk - Fallbeispiel 1:**

Dirk Müller (Namen geändert), 10 Monate alt, geboren in Mannheim. Dirk ist das erste Kind von Frau Müller, 31 Jahre alt, geboren in Ludwigshafen. Die Mutter steht in den Bereichen Vermögens- und Gesundheitsvorsorge unter Betreuung nach dem Betreuungsgesetz aufgrund einer Minderbegabung beziehungsweise Debität.

Am Tag der Geburt des Kindes beantragte der Soziale Dienst beim Familiengericht Mannheim die Übertragung der elterlichen Sorge gemäß § 1666a BGB in Verbindung mit § 1673 BGB auf das Jugendamt Mannheim, da kein geeigneter Einzelvormund aus der Verwandtschaft zur Verfügung stand.

Der Vater von Dirk ist der Mutter nicht bekannt. Die Mutter lebt alleine in einer Ein-fachstwohnung ohne Bad.

Aufgrund von Eigen- und Fremdgefährdung bei Geburt wurde versucht, Frau Müller durch Gerichtsbeschluss stationär in das Psychiatrische Zentrum Nordbaden nach Wies-loch einzuweisen.

Nachdem Frau Müller im August letzten Jahres selbst eindringlich darum bat, das Kind nach der Geburt unterzubringen, da sie sich selbst überfordert sehe und Angst habe, das kleine Kind zu versorgen, war eine sofortige Unterbringung aus der Klinik in eine Pfl-e-gefamilie angezeigt.

#### Vorgeschichte der Mutter:

Kurzzeitig hat sie bei der leiblichen Mutter gelebt. Nach deren Heirat wurde sie vom Stiefvater adoptiert, die Mutter trennte sich jedoch wieder. Frau Müller kam zu den Großeltern zurück. Die meiste Zeit ihrer Kindheit bis zur Volljährigkeit hat Frau Müller in einem Kinder- und Jugendheim verbracht. Sie besuchte die Heimsonderschule, hat aber aufgrund ihrer geringen geistigen Fähigkeiten nicht lesen und schreiben gelernt.

Als Heranwachsende verbrachte Frau Müller große Zeiträume in einer Klinik. 1992 folgte die Aufnahme in einer Rehabilitationseinrichtung, der sich Frau Müller nach kur-zer Zeit entzog. In den folgenden Jahren war sie ohne festen Wohnsitz, hielt sich in Ob-dachlosen- und Asylunterkünften auf und begab sich zeitweise freiwillig zur stationären Behandlung in eine Klinik. 1996 konnte der Versuch mit einer eigenen Mietwohnung unternommen werden, seitdem ist Frau Müller mit festem Wohnsitz.

Sie spricht verstärkt dem Alkohol zu und war wiederholt zur kurzzeitigen Entgiftung in verschiedene Kliniken, insbesondere dem Psychiatrischem Zentrum Nordbaden, einge-liefert worden. Diagnostiziert wird jeweils Alkoholabhängigkeit, Minderbegabung, zu-letzt auch Kokainkonsum und Hepatitis C.

Laut Einschätzung des langjährigen Betreuers von Frau Müller hält dieser die Versor-gung eines Kindes durch Frau Müller nicht für möglich. Es muss vielmehr davon aus-gegangen werden, dass Frau Müller in dieser Situation sich selbst überfordert.

Aufgrund des Alkohol- und Drogenkonsums der Mutter auch während der Schwanger-schaft konnte nicht ausgeschlossen werden, dass das Kind eventuell behindert sein wird. Das Kind war zur Beobachtung in der Städtischen Kinderklinik und wurde als gesund



beschrieben. Mit der Geburt per Kaiserschnitt wurde ein Übertragungsrisiko der Hepatitis C-Erkrankung von der Mutter auf das Kind verringert.

Die Mutter konnte sich zwischenzeitlich mit der Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie arrangieren. Ob auf Dauer die Verbindung zwischen dem Kind und der Mutter aufrechterhalten werden kann, bleibt abzuwarten. Die Mutter hat zwar Interesse an der kindlichen Entwicklung und macht sich Sorgen um die Gesundheit des Kindes, weicht aber einer Beziehungs- und Kontaktaufnahme zu dem Kind aus.

Eine Kontaktaufnahme des Vormundes zur Mutter ist sehr schwierig, da sie weder lesen noch schreiben kann. Da sie häufiger auch ihre Handys verkauft, ist sie telefonisch nur schwer erreichbar.

Ziel für das Kind ist auf Dauer dessen Verbleib in der Pflegefamilie mit der Möglichkeit der Adoption.

## **Günther - Fallbeispiel 2:**

### Familiärer Hintergrund:

Günther, 16 Jahre, ist das jüngste von vier Kindern. Nach dem Tod seiner Mutter im April 1998 eskalierte die ohnehin desolate familiäre Situation. Im Oktober 1998 kam sein Vater in Haft, weil er seine Tochter vergewaltigte. Günther und seine beiden Schwestern Sabine und Melanie mussten in einem Heim untergebracht werden. Das Familiengericht bestimmte das Jugendamt vorläufig zum Pfleger für das Personensorgerecht.

### Entwicklung seit Januar 2001:

Im Januar 2001 hatte Günther gerade einen mehrwöchigen Aufenthalt in der Jugendpsychiatrie hinter sich. Seine Alkoholabhängigkeit führte dazu, dass es immer schwieriger wurde, ihn zu lenken und ihn zur Einhaltung von Pflichten und Regeln im Heim, in der Schule und in seiner Freizeit anzuhalten. Der Aufenthalt in der Jugendpsychiatrie hatte nur eine kurzfristige Verbesserung gebracht; zu Beginn des Jahres 2001 begann Günther wieder verstärkt zu trinken, war aggressiv gegenüber Erziehern und anderen Jugendlichen im Heim, er randalierte und drohte einmal sogar, von einem Gebäude zu springen. Nachts war Günther lediglich mit einem T-Shirt bekleidet oft auf Zechtour. Die Schule besuchte er gar nicht mehr. Das Abgleiten von Günther wurde bestärkt durch einen älteren - vermutlich pädophilen - Mann aus seiner früheren Nachbarschaft, der die Bemühungen des Heimes durch Aufnahme von Günther in seinem Haushalt und durch finanzielle Zuwendungen zur Beschaffung von Alkohol sabotierte. Die anstehende Entlassung von Günthers Vater aus der Haft stürzte den Jugendlichen, der sehr an seinem Vater hängt, ihn aber auch fürchtet, in zusätzliche innere Konflikte.

Zunächst wurde der Jugendliche vom Vormund (bzw. Personensorgerechtpfleger) im Rahmen eines Hilfeplangesprächs kennen gelernt. Weiteren Angeboten für Einzelgespräche stand er zu diesem Zeitpunkt ablehnend gegenüber, da eine massive Vermeidungshaltung typisch für seine Gesamtproblematik ist.

Den bereits angesprochenen Störaktionen des älteren Mannes aus der früheren Nachbarschaft wurde ein Umgangsverbot entgegengesetzt, von dem dieser sich bis zur Anrufung des Familiengerichts unbeeindruckt zeigte. Erst nach einer von mir veranlassten richterlichen Anhörung ließ er von Günther ab.

Die zwangsweise Unterbringung von Günther gegen seinen Willen in die Jugendpsychiatrie musste über das Familiengericht eingeleitet werden, um Günther vom Alkohol zu entgiften und um Strukturen zu haben, innerhalb derer eine pädagogische Arbeit mit Günther wieder möglich war.

In dieser Zeit versuchte der Vormund den persönlichen Kontakt zu Günther zu verstärken. Im Falle von Günther erschien es besonders wichtig, ihm zu vermitteln, dass die dem Vormund übertragene Wahrnehmung der „Sorge für seine Person“ für den Vormund persönlich eine wichtige Angelegenheit ist. Mit Günthers Vater, den er bis dato in der Haftzeit nur einmal gesehen hatte, wurde Kontakt aufgenommen, mit dem Ziel, ihn für eine Unterstützung der weiteren pädagogischen Schritte zu gewinnen.

Während des Aufenthalts in der Jugendpsychiatrie wurde, nachdem klar war, dass Günther nicht in Mannheim geholfen werden kann, in enger Kooperation mit dem Sozialen Dienst nach weiteren Hilfsmöglichkeiten gesucht. Die Aufnahme in einer speziellen Jugendhilfeeinrichtung für drogen- und alkoholabhängige Jugendliche wurde in die Wege geleitet. Neben der Mitwirkung in der Hilfeplanung wurden zahlreiche persönliche Motivationsinterventionen notwendig (persönliches Hinbringen, zahlreiche Telefonate um ihn zum Bleiben zu bewegen).

Die weitere Zukunft von Günther im Sommer 2001 steht auf unsicheren Füßen. Nachdem Günther zunächst eine positive Entwicklung in der Therapieeinrichtung genommen hatte, ist seine Bereitschaft, dort zu bleiben und mitzuarbeiten, mit der Entlassung des Vaters aus der Haft ganz erheblich gesunken. Auch zukünftig wird dieser Fall eine große Aufmerksamkeit und viel Einsatz erfordern.

### **Petra - Fallbeispiel 3:**

Im Juni 2001 verstarb die Mutter von Petra (9 Jahre) im Alter von 32 Jahren. Petras Mutter hatte erhebliche Drogenprobleme, die den Tod verursacht haben. Der Vater von Petra war bereits 1997 verstorben.

Mit dem Tod Ihrer Mutter wurde Petra Vollwaise. Da zur Verwandtschaft in den Jahren zuvor kein Kontakt bestanden hatte, gab es in diesem Bereich keine tragfähigen Beziehungen und niemanden, der für die Übernahme der Vormundschaft in Frage kam.

Eine Vormundschaft nach § 1773 BGB trat ein. In Kooperation mit den Kollegen des Sozialen Dienstes wurde Petra zunächst in einem Mannheimer Heim untergebracht. Als Personensorgeberechtigter wurde ein Antrag auf Hilfe zur Erziehung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) gestellt.

Auf Grund der Tatsache, dass Petra noch sehr jung ist, soll ihr ein Aufwachsen im Heim erspart bleiben. Durch die Traumatisierungen der Vergangenheit (Tod von Vater und Mutter, Drogenkonsum durch die Mutter, eventuell sexueller Missbrauch) wird Petra auch zukünftig sehr belastet sein, so dass große Anforderungen an die zukünftigen Bezugspersonen von Petra gestellt werden müssen.

Gemeinsam mit den Kollegen des Pflegekinderwesens, des Heimes und des Sozialen Dienstes muss die Entwicklung einer Zukunftsperspektive sehr sorgfältig und behutsam angegangen werden, um dem Kind weitere Beziehungsabbrüche und Enttäuschungen zu ersparen.

Neben der Ausübung der Personensorge mussten nach dem Tod von Petras Mutter in einem Zeitraum von sechs Wochen die Vermögensverhältnisse geprüft werden. Der vorhandene Hausrat und die hinterlassenen Papiere mussten gesichtet werden, um letztendlich eine Entscheidung über Antritt oder Ausschlagung der Erbschaft treffen zu können. Nachdem die umfangreichen Recherchen ergaben, dass mehr Schulden als Vermögen vorhanden sind, wurde die Erbschaft ausgeschlagen. Aufgabe des Vormunds ist weiterhin die finanzielle Absicherung des Mündels, was konkret bedeutet, den lückenhaften Versicherungsverlauf von Petras Mutter zu klären, um eine Waisenrente für das Kind zu sichern.

#### **Samantha - Fallbeispiel 4:**

Die Eltern des im Frühjahr 2001 neu geborenen Babys sind nicht miteinander verheiratet. Sie haben gemeinsam vier weitere Kinder. Ein Kind lebt seit seinem frühen Kindesalter bei den Großeltern väterlicherseits in Mainz. Eine zehnjährige Tochter lebt in einer Pflegefamilie in Ludwigshafen. Ein zweijähriger Sohn wurde nach Misshandlungen durch die Mutter ebenfalls in dieser Pflegefamilie untergebracht. Dort lebt zwischenzeitlich auch der einjährige Bruder. Gründe für die außerfamiliäre Unterbringung der Kinder sind immer wieder Misshandlungen und große Überforderungssituationen der Mutter gewesen.

Vor Geburt des fünften Kindes beantragte die zuständige Kollegin des Sozialen Dienstes beim Familiengericht, im Wege der einstweiligen Anordnung der Mutter das Personensorgerecht für das zu erwartende Neugeborene gemäß §§ 1666/1666a BGB zu entziehen.

Der vom Gericht bestellte Gutachter gab in seinem Gutachten die Einschätzung ab, dass bei der Mutter von einer erheblichen Einschränkung der Erziehungsfähigkeit auszugehen ist. Mit einfachen Dingen des Alltages wie zum Beispiel der Versorgung des eigenen Haushalts und der Strukturierung ihres Tagesablaufs ist sie völlig überfordert. Der Vater des Kindes war noch inhaftiert und wurde erst kurz vor der Geburt des Kindes entlassen. Er ist aufgrund seines eigenen Alkohol- und Drogenproblems nicht in der Lage, eine für ein neugeborenes Kind ausreichende und notwendige Versorgung sicherzustellen. Die Versorgung des Neugeborenen war nur durch eine Unterbringung des Kindes in einer Pflegestelle sicherzustellen.

Dem Jugendamt wurde vom Gericht vorerst das Recht der Aufenthaltsbestimmung übertragen und vom Aufenthaltsbestimmungspfleger wurde das Kind gleich nach der Entbindung in die Obhut von Pflegeeltern aus Heidelberg übergeben.

Es wurden in der Folgezeit den leiblichen Eltern mehrere Besuchskontakte bei den Pflegeeltern angeboten, jedoch von ihnen nicht wahrgenommen. Das Verhalten der Eltern zeigt keine Erziehungseignung, eine Förderungsfähigkeit der Kindeseltern ist fraglich. In der Vergangenheit war eine Kooperationsbereitschaft und Fähigkeit beider Eltern ebenfalls nicht zu erkennen und ist für die Zukunft weiterhin erheblich in Frage zu stellen.

Neben der endgültigen Klärung der rechtlichen Absicherung der Unterbringung des Kindes in einer Pflegefamilie geht es einerseits um die Entwicklung und Förderung des Kindes in gesicherten Verhältnissen und andererseits immer wieder um die Frage des Besuchskontakts der Eltern zu ihrem jüngsten Kind.

## **Die elterliche Sorge (§ 1626 BGB)**

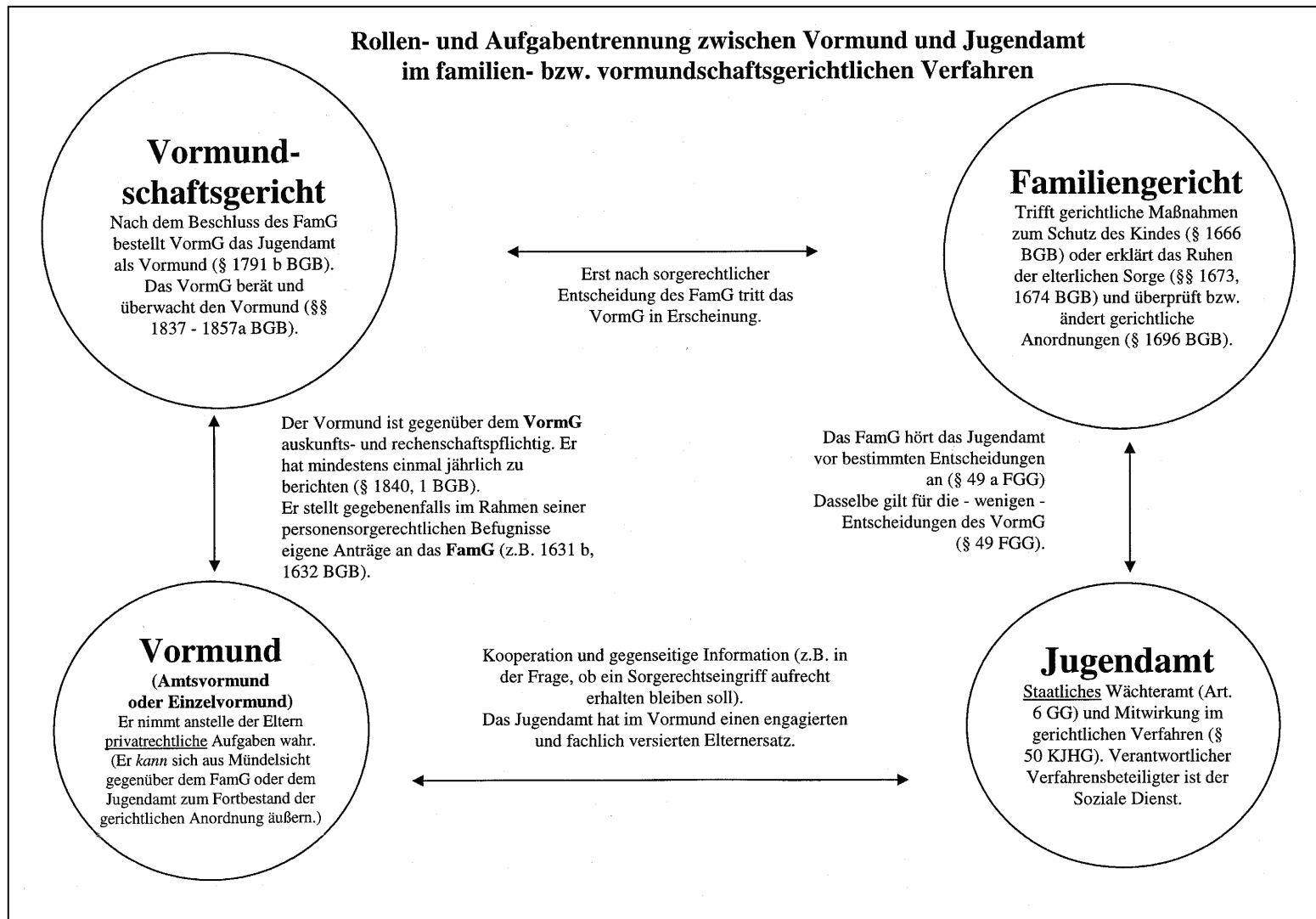
Bei getrennt lebenden Eltern Unterscheidung zwischen „Grundsatzsorge“ („Angelegenheiten, deren Regelung für das Kind von erheblicher Bedeutung ist“) und „Alltagssorge“ („Entscheidungen in Angelegenheiten des täglichen Lebens“), siehe hierzu § 1687 BGB:

### **Personensorge (§ 1631 ff BGB) z.B.:**

- ◆ Pflege des Kindes
- ◆ Erziehung des Kindes
- ◆ Beaufsichtigung des Kindes
- ◆ Entscheidung über Ausbildung und Beruf (§ 1631a BGB)
- ◆ Unterbringung mit Freiheitsentzug nur mit Genehmigung des FamG (§ 1631b BGB)
  - ◆ Entscheidung über ärztliche Eingriffe
- ◆ Bestimmung des Aufenthaltes des Kindes (§ 1632 BGB)
  - ◆ Regelung des Umgangs des Kindes (§ 1632 BGB)
    - ◆ Entscheidung über religiöse Erziehung
    - ◆ Entscheidung über den Namen des Kindes
    - ◆ Sicherung des Unterhaltes
  - ◆ Erteilung einer Aussagegenehmigung
- ◆ Gesetzliche Vertretung des Kindes in Angelegenheiten der Personensorge

### **Vermögenssorge (§ 1638 ff BGB) z.B.:**

- ◆ Sicherung, Verwaltung und Vermehrung des Vermögens  
(ohne spekulative Anlagegeschäfte, sondern nach den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung)
- ◆ Gesetzliche Vertretung des Kindes in Angelegenheiten der Vermögenssorge
  - ◆ Erstellung eines Vermögensverzeichnis bei Erbschaft des Kindes
  - ◆ z.T. gerichtliche Genehmigungen erforderlich



#### Anlage 4: Die gesetzlichen und bestellten Pflegschaften und Vormundschaften:

Aufgabe:	§§ im BGB (KJHG):	Erläuterungen:
<b>Gesetzliche Pflegschaften und Vormundschaften<sup>1</sup>:</b>		
Ruhen der elterlichen Sorge bei Adoption	1751, (55)	„Mit der Einwilligung eines Elternteils in die Annahme ruht die elterliche Sorge dieses Elternteils.“ „Das Jugendamt wird Vormund...“
Amtsvormundschaft über minderjähriges Kind, dessen minderjährige Mutter nicht mit dem Vater verheiratet ist.	1791c, 1, 1673, (55)	„Mit der Geburt eines Kindes, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind und das eines Vormundes bedarf, wird das Jugendamt Vormund...“ (weil z.B. die Mutter minderjährig ist). Die Personensorge steht der minderjährigen Mutter neben dem gesetzlichen Vertreter zu. „Bei einer Meinungsverschiedenheit geht die Meinung des minderjährigen Elternteils vor...“ (§1673, Abs. 2 BGB)
Amtsvormundschaft über minderjähriges Kind, dessen Eltern nicht miteinander verheiratet sind	1791c, 2, (55)	Wenn die nichteheliche minderjährige Mutter stirbt, bleibt das Jugendamt Vormund des Kindes, wenn kein Dritter als Vormund gefunden werden kann (z.B. Vater/Großeltern) <sup>2</sup> .
<b>Bestellte Pflegschaften und Vormundschaften<sup>3</sup>:</b>		
Gefährdung des Kindeswohls	1666, 1, 1666a, (50,3, 55)	Bei Gefährdung des Kindeswohls hat das <u>Familiengericht</u> die erforderlichen Maßnahmen zur Abwendung der Gefahr zu treffen. Es kann die elterliche Sorge oder Teile der elterlichen Sorge entziehen und einem Vormund bzw. Pfleger übertragen. Dieser Vormund/Pfleger wird vom Gericht „bestellt“. In der Regel hat das Jugendamt das Familiengericht angerufen.
Gefährdung des Kindesvermögens	1666, 2 (50, 3, 55)	Dies gilt auch für die Gefährdung des Kindesvermögens.
Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem Hindernis	1673, (50, 3, 55)	Geschäftsunfähigkeit oder beschränkte Geschäftsunfähigkeit eines Elternteils: Das <u>Familiengericht</u> muss prüfen, wem die elterliche Sorge übertragen werden kann. In der Regel hat das Jugendamt das Vormundschaftsgericht angerufen.
Ruhen der elterlichen Sorge bei tatsächlichem Hindernis	1674, (50, 3, 55)	Die elterliche Sorge ruht, wenn der Elternteil auf längere Zeit die elterliche Sorge nicht ausüben kann (z.B. ins Ausland abgetaucht ist). Auch hier trifft das <u>Familiengericht</u> eine Einzelfallentscheidung, wer zum Vormund „bestellt“ werden soll. In der Regel hat das Jugendamt das Familiengericht angerufen.

<sup>1</sup> Wurden bisher in der Abteilung BAV geführt und verbleiben auch dort.

<sup>2</sup> Siehe hierzu jedoch die Ausführungen im Kapitel 5 „Mitwirkung in Verfahren vor dem Vormundschafts- und Familiengericht“.

<sup>3</sup> Wurden bisher in der Abteilung Soziale Dienste geführt und wurden in die Abteilung BAV verlagert.

Elterliche Sorge bei Tod eines Elternteils	1680, 1681 (50, 3, 55)	„Stand die elterliche Sorge den Eltern gemeinsam zu und ist ein Elternteil gestorben, so steht die elterliche Sorge dem überlebenden Elternteil zu.“ Hatte der verstorbene Elternteil nach der Trennung die alleinige elterliche Sorge, bekommt sie der andere Elternteil nur dann vom <u>Familiengericht</u> zugesprochen, „wenn dies dem Wohl des Kindes nicht widerspricht“. Hatte die Mutter die elterliche Sorge alleine, weil keine Sorgeerklärung abgegeben wurde, ist diese dem Vater zu übertragen, „wenn dies dem Wohl des Kindes dient“. Durch diese Einzelfallprüfung kann das Familiengericht dann auch einen anderen Vormund, z.B. das Jugendamt, bestellen.
Amtsvormundschaft über Minderjährige (z.B. Vollwaisen)	1773, 1774, (50, 3, 55)	Das <u>Vormundschaftsgericht</u> hat von Amts wegen über einen Minderjährigen eine Vormundschaft anzuordnen, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder die Eltern in der Personen- und Vermögenssorge nicht vertretungsberechtigt sind.
Amtsvormundschaft über minderjährige unbegleitete Asylbewerber/Flüchtlinge	1773, 1774, (50, 3, 55)	siehe oben
Ergänzungspflegschaft zur Vermögensverwaltung	1909	Vermögenspflegschaft bei Erbe, wenn der Erblasser bestimmt hat, dass Eltern oder Vormund das Vermögen nicht verwalten sollen (Bestellung durch das <u>Vormundschaftsgericht</u> ).

#### In der Abteilung Soziale Dienste verbleiben:

Aufgabe:	§§ im BGB (KJHG):	Erläuterungen:
Ergänzungspflegschaft für andere Angelegenheiten, z.B. wegen Zeugnisverweigerungsrecht	1909 und 52,2 StPO	Beispielsweise Erteilung einer Aussagegenehmigung für ein Kind, wenn gegen die Eltern oder Elternteile strafrechtlich ermittelt wird (Misshandlung, Missbrauch).

#### Bei der Prozessvertretung der Abteilung BAV verbleiben:

Aufgabe:	§§ im BGB (KJHG):	Erläuterungen:
Ergänzungspflegschaft für andere Angelegenheiten, z.B. Anfechtung der Vaterschaft	1909	Vertretung des minderjährigen Kindes im gerichtlichen Vaterschaftsanfechtungsverfahren

# Praxisberichte: Erfahrungen mit einem Abgrenzungs- und Kooperationsmodell

## Aus Sicht der Sozialen Dienste: Das Dresdener Modell

DAGMAR MICHAEL

*Leiterin des Sachgebiets Allgemeiner Sozialer Dienst,  
Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden*

Zu Beginn möchte ich etwas zu dem bisher auf dieser Veranstaltung Gesagten vorausschicken: Die so genannte „Ochsentour“ haben wir in Dresden weitgehend hinter uns gebracht. Wir haben jetzt mit kleineren „Tieren“ zu kämpfen: mit Amtsschimmel, Pleitegeiern und ähnlichem. Aber wir können uns inzwischen auf das Arbeiten konzentrieren, das ist für uns eine Errungenschaft.

Dresden hat auf der Grundlage eines Stadtratsbeschlusses 10 Ortsämter gebildet, um dem Anliegen der Bürgernähe und Bürgerfreundlichkeit gerecht zu werden. In den Ortsämtern, die über die ganze Stadt verteilt sind, sind folgende Sachgebiete integriert: Das Sachgebiet Allgemeiner Sozialer Dienst des Jugendamtes, Soziale Leistungen des Sozialamtes, die Offene Altenhilfe, das Sachgebiet Grünflächen, die Meldestelle und das Ordnungsamt. In den Sachgebieten des Allgemeinen Sozialen Dienstes arbeiten, jeweils gemessen an der Bevölkerungsanzahl, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, eine Diplom-Psychologin, Verwaltungs- und Schreibkräfte. Ich bin also eine von 10 Sachgebietsleiterinnen ASD in Dresden. Alle 10 Sachgebiete sind in der Abteilung des Jugendamtes Allgemeiner Sozialer Dienst zusammengefasst. Die Leitung dieser Abteilung hat ihren Sitz gemeinsam mit der Verwaltung des Jugendamtes, mit dem Amtsleiter und allen anderen Abteilungen im Sozialrathaus in Dresden, so auch die Abteilung Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften/Beistandschaften des Jugendamtes.

Um meiner Aufgabe für die heutige Veranstaltung näher zu kommen, möchte ich die Überschrift des Aufsatzes meiner Kollegin Jutta Opitz, Abteilungsleiterin der Abteilung Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft/Beistandschaft, erschienen in der Zeitschrift „Das Jugendamt“ im August diesen Jahres, nennen, denn dort steht die Frage: **„Amtsvormundschaft und Soziale Dienste - miteinander, gegeneinander oder wie?“**

Bezug nehmend auf diese Frage möchte ich Ihnen das so genannte Dresdener Modell vorstellen. Ehrlich gesagt, bis zur Anfrage durch das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, ob ich einen Praxisbericht geben würde, war mir nicht recht bewusst, dass sich das, was wir in Dresden tun, „Dresdener Modell“ nennt. Ich glaube, meine Kolleginnen und Kollegen haben dadurch eher eine Aufwertung für unser Handeln erfahren und das ist gut so. Jeder von Ihnen weiß sicher aus eigenem Erleben, dass es in der Sozialarbeit nicht oft zur positiven Bewertung unserer Arbeit kommt. Deshalb nun zu den Dresdener Erfahrungen in Beantwortung der oben angeführten Frage.



## Ausgangspunkt war einst das Gegeneinander

Geschuldet der Situation, dass die Allgemeinen Sozialen Dienste jeweils dezentral in den Ortsämtern arbeiteten und die Abteilung Amtsvormundschaften mit Sitz im Jugendamt zentralisiert wurde, glaubten wir zunächst, dass sich damit auch eine Zusammenarbeit ausschließt. Unter dem Blickwinkel, dass sich die Arbeitsaufgaben in den beiden Bereichen sehr voneinander unterscheiden, waren wir wohl alle sehr damit beschäftigt, uns fachlich voneinander abzugrenzen, damit wir uns nicht, salopp ausgedrückt, in die Quere kommen mussten.

Wir merkten jedoch sehr bald, dass wir nicht umhin kommen, eine Klärung miteinander herbeizuführen, schließlich ging es um die Interessen der uns anvertrauten Kinder und Jugendlichen und nicht um das gegenseitige Anzweifeln unserer fachlichen Aufträge.

Fachliche Diskurse, bezogen auf Arbeitsaufgaben, Kompetenzen, die damit in Zusammenhang stehen und auch die Akzeptanz fachlicher Abgrenzung, ließen im Januar 1992 eine gemeinsame Arbeitsanweisung der Abteilungen Soziale Dienste und Vormundschaften/Pflegschaften in Kraft treten (**siehe Tafel 1**). Im Oktober 1996 wurde diese inhaltlich überarbeitet.

### Gemeinsame Arbeitsanweisung der Abteilungen Soziale Dienste und Vormundschaften/Pflegschaften vom Oktober 1996

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| I Allgemeine Grundsätze | Die Abteilung Soziale Dienste (51.4) und Vormundschaften/Pflegschaften (51.3) haben in Vormundschaften/Pflegschaften für Minderjährige besonders eng zusammenzuarbeiten. |
|-------------------------|--|

*Tafel 1*

© Jugendamt Dresden

Gemeinsame Arbeitsanweisung - eine harte Formulierung, aber zum damaligen Zeitpunkt passend, denn eine alte Weisheit sagt, wenn Unsicherheiten vorhanden sind, sollten diesen mit Klarheit begegnet werden. Deshalb gilt auch hier der alte Sozialarbeiter-spruch: „Klare Ansage, klare Handlung!“

Wir hatten und haben trotzdem noch genügend Zündstoff, um miteinander zu arbeiten und zu streiten. Die gemeinsame Arbeitsanweisung regelte die **sachlichen Zuständigkeiten** des Allgemeinen Sozialen Dienstes, des Pflegekinderwesens/der Adoptionsvermittlung und der Abteilung Vormundschaften/Pflegschaften. In der überarbeiteten Arbeitsanweisung waren neben den sachlichen Zuständigkeiten auch **Verfahren** geregelt worden (**siehe Tafel 2**).

Mittlerweile sind - fast auf den Tag genau - 5 Jahre vergangen und unser einstiges Gegeneinander beziehungsweise angewiesenes Miteinander hat sich in erheblichem Maße verändert.

## Verfahrensregelung in der gemeinsamen, überarbeiteten Arbeitsanweisung

### IV Verfahren

1. Bei Antragstellung durch den Allgemeinen Sozialen Dienst an das Vormundschafts-/Familiengericht ist zuerst zu prüfen, ob Angehörige, sonstige Personen oder die Freien Träger für die Übernahme der Vormundschaft/Pflegschaft in Frage kommen. Das Ergebnis ist in der Stellungnahme zu vermerken.
2. Soll 51/3\* die Vormundschaft/Pflegschaft übernehmen, ist festzustellen, ob bei 51/3 Vorgänge vorhanden sind, bzw. ist 51/3 über den beabsichtigten Antrag zu informieren. Durchschrift des Antrages erhält 51/3.

Die Abteilung 51/3 erhält den Gerichtsbeschluss über die Mitteilung, dass das Jugendamt Vormund/Pfleger ist. Anhörungstermine beim Vormundschaftsgericht werden vom Antragsteller und evtl. von dem bereits bestellten Vormund/Pfleger wahrgenommen. Bei sofortigen Beschwerden der Personensorgeberechtigten gibt der Allgemeine Soziale Dienst eine Stellungnahme ab, mit Durchschrift an 51/3.

3. Die Unterlagen können von 51/3 beim Allgemeinen Sozialen Dienst eingesehen werden.
4. Ist eine anderweitige Unterbringung von Minderjährigen erforderlich, ist 51/3 dafür zuständig. In Ausnahmefällen, bei Eilfällen ist das gemeinsame Tätigwerden abzustimmen.
5. Nach Übernahme einer Vormundschaft/Pflegschaft ist der Allgemeine Soziale Dienst für die Zusammenarbeit der Eltern zuständig (rechtliche Fragen und Aufenthaltsänderung 51/3).
6. Eine Rückkehr des Minderjährigen in seine Familie und/oder Aufhebung des Beschlusses darf nur nach Absprache mit 51/4\* erfolgen.
7. Aktenführung bei Einzelvormünder/-pflegerin bei 51/4.
8. Aktenführung und gesamte Begleitung von Amtsvormündern in der Abteilung 51/3.

\* 51.3 = Vormundschaft/Pflegschaft

\* 51.4 = Abteilung Soziale Dienste

Beim nochmaligen Lesen der alten Arbeitsanweisung ist mir aufgefallen, dass solche Selbstverständlichkeiten wie Hilfeplan, Teamberatung, sozialarbeiterische Sichtweise und Kompetenz völlig unter den Tisch gefallen waren. Deshalb spricht eigentlich schon seit mindestens drei Jahren niemand mehr von der alten Arbeitsanweisung, obwohl diese noch verbindlich ist. Wir sind uns alle einig, dass wir im Rahmen unserer Arbeit miteinander kooperieren und deshalb eine Kooperationsvereinbarung unsere Zusammenarbeit untersetzen sollte. Diese Vereinbarung in Form zu bringen und mit Inhalt zu füllen, ist für den 22. Oktober 2001 vorgesehen. Hier wird dann lediglich unser aktueller Stand, bezogen auf unsere Kooperation, schriftlich ausgeführt und mancher fachliche Hinweis aus dieser Fachtagung eingearbeitet.

Das ist wieder ein Beispiel dafür, dass sich auch Anweisungen nicht auf Dauer halten können, sondern, ebenso wie der Hilfeplan, ständigen Veränderungen - am Bedarf orientiert - unterliegen. Aus unserem anfänglichen Gegeneinander ist ein Miteinander geworden und unsere räumliche Distanz ist keine Distanz in unserer Zusammenarbeit geblieben.

### **Amtsvormundschaft und Allgemeiner Sozialer Dienst - miteinander**

Kein Jugendamt kommt umhin, die Aufgaben inhaltlich und organisatorisch zwischen den Bereichen Allgemeiner Sozialer Dienst und Amtsvormundschaften klar zu trennen. Auf dieser Grundlage ist Kooperation und eine klare Kommunikationsstruktur zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Amtsvormundschaft/Pflegschaft zu vereinbaren, damit auf der Grundlage der Fachlichkeit die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Eltern gewahrt werden.

Ich werde an dieser Stelle nicht auf die Vielfalt der Aufgaben des Amtsvormundes eingehen und wähle nur den Schwerpunkt der Arbeit bei **bestellten Amtsvormundschaften beziehungsweise Amtspflegschaften** - bezogen auf das **Hilfeplanverfahren**:

Bestellte Amtsvormundschaften für Kinder und Jugendliche, die ohne elterliche Sorge sind, da deren Eltern das Sorgerecht entzogen wurde, die Eltern abwesend oder gestorben sind, haben die meisten Berührungspunkte mit der Arbeit der Sozialen Dienste.

Der bestellte Amtsvormund/Amtspfleger übernimmt in all diesen Fällen die Funktion der Eltern. Aus dieser Funktion leiten sich zahlreiche Aufgaben ab. Dabei ist die Mitwirkung im Hilfeplanverfahren und somit die Zusammenarbeit mit dem Allgemeinen Sozialen Dienst, der für die Federführung dieses Prozesses Verantwortung trägt, von entscheidender Bedeutung. **Das Hilfeplanverfahren ist somit Schnittstelle in der Kooperation beider Aufgabenbereiche.** Der Amtsvormund/Amtspfleger trägt an Elternstelle die Verantwortung, damit das durch ihn zu vertretende Kind oder der Jugendliche entsprechende Hilfe für seine Entwicklung erhält, die geeignet und notwendig ist. Grundlage dafür ist die Antragstellung auf Hilfe zur Erziehung nach § 27 SGB VIII an den jeweils zuständigen Allgemeinen Sozialen Dienst innerhalb der Stadt Dresden. Eine Sozialarbeiterin des Allgemeinen Sozialen Dienstes wird mit der Federführung des einzuleitenden Prozesses im Hilfeplanverfahren beauftragt.

Dem Hilfeplanverfahren geht in der Regel zunächst die Antragstellung auf Entzug des Sorgerechts beziehungsweise auf teilweisen Entzug der elterlichen Sorge durch den

jeweils zuständigen Allgemeinen Sozialen Dienst voraus. Darüber wird die Abteilung Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) vorinformiert.

Die Entscheidung des Familiengerichtes wiederum bildet die Grundlage für die im Anschluss erforderliche Kooperation zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften.

Nach erfolgter Antragstellung auf Hilfe zur Erziehung durch den Amtsvormund nach §27 SGB VIII wird durch das Team des Allgemeinen Sozialen Dienstes im Rahmen der Methode „**Kollegiale Fallberatung**“ der erzieherische Bedarf für das Kind oder den Jugendlichen geprüft.

Nach der Bedarfsfeststellung wird im Team beraten, welche Hilfe sich am Bedarf des Adressaten orientiert. An dieser Stelle sei vermerkt, dass alle Allgemeinen Sozialen Dienste der Stadt Dresden nach einem **einheitlichen Hilfeplanverfahren** arbeiten. Ebenso ist, mit unterschiedlicher Ausgestaltung, die Methode „Kollegiale Fallberatung“ in allen Teams entwickelt. Die Einzelfälle werden jeweils anonymisiert mit Hilfe eines Genogramms durch die fallführende Sozialarbeiterin oder den fallführenden Sozialarbeiter eingeführt und vorgestellt. Diese Arbeitsweise ist im Jugendamt der Stadt Dresden mittlerweile Qualitätsstandard.

In den Allgemeinen Sozialen Diensten werden bereits zum heutigen Zeitpunkt **Adressaten auch in die Teamberatung einbezogen**, um von Anbeginn an Entscheidungen transparent und somit nachvollziehbar zu machen.

Die Ergebnisse der Beratungen zum erzieherischen Bedarf werden entweder *in* der Teamberatung mit Adressatenbeteiligung oder *nach* der Teamberatung mit Adressatenbeteiligung, das heißt auch unter Einbeziehung des Amtsvormundes/Amtspflegers, besprochen. Dabei muss in jedem Fall auch das Wunsch- und Wahlrecht Berücksichtigung finden. Der Amtsvormund/Amtspfleger erhält also als Antragsteller den zur Leistung entsprechenden Bescheid über die Gewährung von Hilfe zur Erziehung. Natürlich steht dem Amtsvormund/Amtspfleger auch das Recht zu, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen. Dies ist zum Glück bei uns in Dresden eher selten der Fall. Hier konnte Klärung auf Leitungsebene erfolgen, allerdings nach heftigen Auseinandersetzungen.

Die Zusammenarbeit zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Amtsvormundschaft/Pflegschaft ist also bereits in vollem Gang. Der Allgemeine Soziale Dienst ist Ansprechpartner für die leiblichen Eltern und auch für Kinder und Jugendliche im Hilfeplanprozess und der Amtsvormund/Amtspfleger ist Interessenvertreter für die Kinder und Jugendlichen an Elternstelle.

Der **Hilfeplan** ist Grundlage und Instrument zugleich, jeweils am Bedarf orientiert, Hilfe zu ermöglichen. Das hat zur Folge, dass die Hilfeplanbesprechungen beziehungsweise die Fortschreibung der Hilfepläne immer unter Beteiligung des Kindes, des Jugendlichen, dessen Eltern (wenn möglich), des Amtsvormundes und des Allgemeinen Sozialen Dienstes stattfinden.

Der Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes ist für die Einladung, Prozessgestaltung und Hilfeplanfortschreibung verantwortlich. Der Hilfeplan wird direkt am Tag der Hilfeplanbesprechung fortgeschrieben, von allen Beteiligten unterschrieben und allen Beteiligten ausgehändigt. Im Hilfeplan ist nicht die schriftliche Ausdrucksweise des Sozialarbeiters von entscheidender Bedeutung, sondern die Ziele, Wünsche und Vorstellungen aller Beteiligten werden berücksichtigt und zu einer Klärung geführt. In der Regel findet die Hilfeplanbesprechung am Aufenthaltsort des Kindes statt.

Leider beklagen die Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes immer wieder, dass die Teilnahme des Amtsvormundes/Amtspflegers am Hilfeplan manchmal ausbleibt und sich dies sehr nachteilig auf den Hilfeplanprozess auswirkt.

Hier müssen wir eine Forderung an die Verwaltung des Jugendamtes richten, denn alle Belastbarkeit hat ihre Grenze. In der Stadt Dresden arbeiten drei Amtsvormünder/Amtspfleger mit etwa 50 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern zusammen. Aktuell stehen im Jugendamt Dresden 172 Kinder und Jugendliche unter Amtsvormundschaft und 99 Kinder und Jugendliche unter Amtspflegschaft. Das heißt in der Praxis Absicherung der Teilnahme an Hilfeplangesprächen für jeden Amtsvormund in rund 90 Fällen 2-3mal im Jahr. Dazu kommen noch Besuche des Amtsvormundes zu Geburtstagen, Jugendweihe, Schuleinführung, Krankheit des Kindes oder des Jugendlichen und so weiter. Um der dringend notwendigen und sich in der Praxis bewährten Kooperation zwischen Allgemeinem Sozialen Dienst und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft weiterhin fachlich untersetzte Zusammenarbeit zu ermöglichen, ist es zwingend erforderlich, den Personenkreis der tätigen Amtsvormünder für Dresden zu erweitern.

An dieser Stelle ein Dank an alle Amtsvormünder der Stadt Dresden. Eine Kollegin erzählte mir gestern, dass sie beim Besuch von Kindern und Jugendlichen schon gern weiß, ob das Kind Gummibärchen oder lieber Schokolade mag. Auch dieses kleine Beispiel zeigt, mit welchem Engagement Amtsvormünder ihre Arbeit bewältigen wollen.

Gemeinsame Teamberatungen, gemeinsame Teilnahme an Gerichtsverhandlungen, Hilfeplangespräche, kurze und lange Telefonate, Fachdiskussionen und der Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen und deren Eltern gleichermaßen durch die Amtsvormünder und die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter des Allgemeinen Sozialen Dienstes haben uns vorangebracht. Inzwischen ist die Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes ohne Kooperation mit der Abteilung Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften und umgekehrt, bezogen auf das Wahrnehmen der Interessen von Kindern und Jugendlichen, nicht mehr denkbar. Deshalb ist die schriftliche Vereinbarung zur Kooperation überfällig, denn sie ist Arbeitspraxis geworden.

Wir werden und müssen miteinander im Kontakt bleiben, um unsere fachliche Arbeit zu qualifizieren und wir wissen auch, dass dies nicht nur leicht ist. Dennoch darf unsere Unterschiedlichkeit in den Arbeitsaufgaben nicht unberücksichtigt bleiben.

Ich hoffe sehr, dass die Ausgangsfrage von Jutta Opitz in meinen Ausführungen Beantwortung finden konnte. Wir Dresdener Jugendamtsmitarbeiter der Abteilung Soziale Dienste und der Abteilung Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften arbeiten miteinander, nicht gegeneinander und gleich gar nicht irgendwie.

## Nachfragen und Diskussion

**Monika Heybutzki**, *Amtsvormünderin, Jugendamt der Stadt Köln*: Eine Anmerkung zu dem von Frau Zitelmann Gesagten: Ich kann nur bestätigen, was Sie ermittelt haben. Für mich war das überhaupt keine Überraschung. Es ist so, dass die Vormünder an sich immer mit schlechtem Gewissen ein Kind oder einen Jugendlichen kennen lernen. Ich muss dem Kind erklären, warum ich es erst nach ein paar Monaten oder einem Jahr kennen lerne. Ich bin also erst einmal in einer Rechtfertigungssituation und manchmal gerade dann, wenn das Kind in einer kritischen Situation ist. Das heißt, das Kind hat im Prinzip sehr wenig Möglichkeiten, mich in einer „entspannteren“ Situation kennen zu lernen. Ich empfinde das als sehr belastend, immer so unter Druck zu stehen und sich bei dem Kind entschuldigen zu müssen, während man dem Kind erst mal erklärt, wer man ist und welche Aufgabe man hat. Ich habe also erst einmal einen großen Erklärungsaufwand für mich persönlich, bevor ich überhaupt an das eigentliche Problem herankomme. Das Kind oder der Jugendliche ist natürlich sehr aufmerksam, wenn ich mich entschuldigen muss, warum das Gespräch erst jetzt stattfindet, und hinterher kommt „der Hammer“, je nachdem, was für ein Problem vorliegt. Das ist für die Vormünder, eben weil sie so überlastet sind, eine schwierige Aufgabe. Das, was Sie festgestellt haben, ist also nichts Neues.

**Dr. Maud Zitelmann**, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*: Ja, solche Berichte sind oft zu hören und ich denke, dass sich in Ihrem schlechten Gewissen vielleicht ein Stück Familiengeschichte der Kinder fortzuschreiben scheint. Vorher haben viele Eltern ein schlechtes Gewissen, sich nicht so um das Kind kümmern zu können, wie sie das eigentlich wollten, oftmals steckt ja keine Böswilligkeit hinter dem „Versagen“. Kurz darauf haben es die Kinder dann mit einem schuldbeladenen Vormund zu tun. Das ist in der Tat kritikwürdig.

Auch für die Vormundschaft gilt ja eigentlich das Leitbild einer partnerschaftlichen Erziehung (§ 1626 Abs. 2 BGB). Was aber ist das eigentlich für ein Erziehungsstil, der sich verwirklicht, wenn man aus dem „Off“ Entscheidungen treffen muss, weil man die Zeit gar nicht hat, die Kinder zu sehen? Dieser Erziehungsstil ist autoritär, patriarchalisch und vom letzten Jahrhundert. Ein extremes Beispiel hierfür erzählte eine Erwachsene in unserer Studie. Sie lernte ihren Vormund im Jugendamt erst kennen, als es um einen Schwangerschaftsabbruch ging, da saß er auf einem Mal beim Gespräch dabei. Das sind pädagogisch betrachtet schon befremdliche Szenerien. Selbiges war auch in einem DIV-Gutachten nachzulesen, in dem ein Vormund schrieb, er habe die Jugendliche erst anlässlich der Frage einer Einwilligung in eine Abtreibung kennen gelernt. Wenn man solche persönlichen und intimen Fragen mit seinem Mündel besprechen muss, ist das schon schwierig genug, aber erst recht, wenn man es nicht kennt. Die jetzige Praxis folgt in solchen Fällen Erziehungsleitbildern, die der Gesetzgeber so nicht vorgesehen hat und auch nicht will. Die Jugendhilfe ist gefragt, dies zu verändern.

**Hanne Stürtz**, *Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg*: Ich habe mit großem Interesse und auch mit Betroffenheit zugehört. Vielleicht geht es Ihnen ähnlich. Während des Zuhörens gingen mir Geschichten,

die man mit Mündeln oder mit Pfleglingen erlebt hat, durch den Kopf. Ich wollte im Zusammenhang mit den drei gehörten Berichten folgendes anmerken: Gerade wenn man darüber nachdenkt, welche traumatisierenden Erlebnisse die Pfleglinge und Mündel schon hatten, bevor sie zu Pfleglingen oder Mündeln wurden, nämlich gerade in Bezug auf Beziehungsgestaltung (die vielen Abbrüche Enttäuschungen oder auch Verletzungen) und sich dann ansieht, was in Bezug auf Beziehungsabbruch - sozusagen durch uns ausgelöst - fortgesetzt wird, dann steht das wirklich - genau wie Sie sagen, Frau Dr. Zitelmann - im Gegensatz zu dem Bild, das wir eigentlich von kontinuierlicher Erziehung haben und was eigentlich immer im Hilfeplan steht: Ziel ist Kontinuität in der Beziehungsgestaltung. Kontinuität können wir selbst wegen wechselnden Zuständigkeiten und wegen der Fülle an zuständigen Personen (der Vormund und die ASD-Mitarbeiterin, die Gruppenerzieher, die Heimleiterin, Pflegeeltern) jedoch gar nicht gewährleisten.

Ich habe wahrgenommen, dass in den beiden Beispielen Mannheim und Dresden schon sehr viel dafür getan worden ist, Kontinuität zu ermöglichen. Gleichzeitig sind wohl die Bedingungen durch die personelle Ausstattung jedoch so, dass man auch bei 50 Fällen nicht davon ausgehen kann, dass das eine Beziehungsgestaltung in der Qualität ist, wie wir sie vielleicht erwarten. Das heißt dann ja in der Konsequenz, es geht bei Ihnen vor Ort um eine innerbehördliche Auseinandersetzung wieder einmal um Stellen. Das ist schwierig, aber ich glaube, wenn wir das konsequent durchdenken, kommen wir an dieser Idee nicht vorbei.

**Christa Wolf**, *Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*: Ein bisschen haben sich die Vormünder bei dem ganzen Zuständigkeits-Wirrwarr schon selber geholfen. Ich stelle immer häufiger und sehr erfreut fest, dass es so etwas wie einen „Ehrenkodex“ bei Vormündern gibt, dass sie nämlich die Fälle - ich bitte um Nachsicht, wenn ich jetzt die Kinder als Fälle bezeichne -, die sie wirklich langjährig betreut haben und wo tatsächlich eine Beziehung entstanden ist, nicht abgeben. Die Rechtsprechung hilft uns dabei inzwischen ein bisschen und erlaubt uns das. Ich wollte einfach einmal eine Lanze für uns Vormünder brechen, wir haben da schon unsere eigenen Instrumentarien entwickelt.

Allerdings ist das nicht ganz unproblematisch. In dem Moment, wo wir gegenüber der Verwaltungsspitze signalisieren, wir könnten aufgrund der Personalsituation die Arbeit nicht leisten - Sie haben es ja gerade gesagt, Frau Stürtz, es geht auch um Stellen -, kann uns natürlich auch jemand die Frage nach den Zuständigkeiten stellen. Wenn man uns dann entgegenhält, wir sollten erst einmal sehen, wofür wir nach dem Wortlaut des KJHG überhaupt zuständig sind, wird es natürlich schwierig. Dennoch, denke ich, ist das ein richtiger Weg, den wir eingeschlagen haben.

**Dr. Robert Wunsch**, *Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für soziale Arbeit e.V., Münster*: Wir sind in unserem Forschungsteam mit dem Titel „Perspektiven der Vormundschaft/Pflegschaft für Minderjährige“ auch häufiger mit der Frage konfrontiert worden, wie die neue Rolle des Vormunds, die hier auf der Tagung zu Recht gefordert wird, auf die Kinder und Jugendlichen wirkt. Oder anders formuliert: Wie ist die Reaktion der Heranwachsenden, wenn die Vormünder stärker präsent sind und einen intensiveren Kontakt zu ihren Mündeln suchen? Weil mein persönlicher beruflicher Hintergrund der ist, dass ich lange Jahre in der Heimerziehung beschäftigt war, kann ich sa-

gen, dass ein Wechsel im Aufgabenverständnis der Vormünder den Mündeln erklärt werden sollte und diese an der inhaltlichen Gestaltung einer angemessenen Vertretung ihrer Interessen beteiligt werden sollten. Ich halte es auch für erforderlich, mit den Heranwachsenden gemeinsam nach dem besten Weg zu suchen, um die rechtlichen Anforderungen an das Amt des Vormunds mit den individuellen Bedürfnissen der Mündel in Einklang zu bringen. Meine Frage an Frau Dr. Zitelmann ist nun, ob sie in ihrem Modellprojekt Erfahrungen zu diesem Thema gemacht haben und wie die Mündelbeteiligung in diesem Punkt aussehen könnte?

**Dr. Maud Zitelmann:** Danke für die Frage. Ich kann freilich nichts Repräsentatives dazu berichten. Mein Eindruck insgesamt ist - und ich denke, viele von Ihnen kennen das -, die Kinder und Jugendlichen ab einem bestimmten Alter und vor allem mit dem vorliegenden Hintergrund gehen sehr routiniert mit einer großen Zahl von Personen um. Das müssen sie auch notgedrungen. Allein in der Heimerziehung sind es oft Teams von 4 oder 5 Leuten, dazu kommen Lehrer, Kindergärtner, Sozialarbeiter, Therapeuten, Verfahrenspfleger usw. Auch wir als Interviewer kamen als irgendwelche neuen Personen, da wurde vorher zum Beispiel gefragt: „Will die auch mit uns spielen?“ oder „Kommst du wegen Abfragen zur Vormundschaft?“ Die Kinder suchen nach Rollenmodellen, die sie kennen, und versuchen das dort einzuordnen. Ich rede jetzt von Kindern im Grundschulalter. Ich glaube, wir müssen in dieser Frage die Altersgruppen von Kindern und Jugendlichen genau berücksichtigen.

Nach meinem Eindruck kommt es nicht zwangsläufig zu Loyalitäts-Konflikten. Wo sich eine positive Beziehung entwickelt, wie zum Beispiel zwischen Lars und seiner als Amtsvormund zuständigen Sozialarbeiterin, da bekommt man ein echtes Problem beim Wechsel von Zuständigkeiten und Personen. Lars hatte Paten, die wären wohl als Einzelvormund geeignet gewesen. Als wir das vertieft haben, kam von ihm ein klares Veto, er wollte gerade nach dem Tod seiner Mutter niemanden mehr verlieren, er wollte seinen Vormund behalten, auch wenn er wegen eines Schulwechsels umziehen sollte. Darauf hat er bestanden. Bei vielen anderen Kindern wäre der ihnen relativ unbekannte Vormund nach dem, was wir gehört hatten, wahrscheinlich austauschbar gewesen. Da wird man hingucken müssen, was welche Person für die einzelnen Kinder und Jugendlichen bedeutet. Wir brauchen aber viel mehr Forschung in diesem Feld, um zu einer seriösen Aussage zu kommen. Heimerzieher können sehr viel dazu sagen. Die erleben das täglich, die haben einen fachlichen Blick dafür. Um in ein Gespräch darüber zu kommen, wie es Mündeln geht, die außerhalb der Familie leben, würden sich grundsätzlich gemeinsame Fachtagungen mit Heimerziehern empfehlen, die eine ganze Menge wahrnehmen, auch von dem, wie Kinder mit dem Jugendamt umgehen. Die könnten Ihnen viel mehr dazu sagen als ich.

**Wolf H. Volkenborn,** *Sachgebietsleiter Amtsvormundschaften im Jugendamt der Stadt Düsseldorf:* Als Herr Kohler die Leitsätze verteilt hat, ist mir eine Idee gekommen. Es gibt eigentlich keine „Dienstweisung“ für Amtsvormundschaften. Es gibt das BGB und das KJHG. Wir sind aber ständig - zumindest in Düsseldorf und Umgebung - mit Arbeitspapieren im Rahmen der Neuen Steuerung beschäftigt.

Meine Überlegung geht dahin, ob nicht über selbst entwickelte Leitsätze im Rahmen der Amtsvormundschaften auch mit Rahmenbedingungen, Festsetzungen für Besuche die ganze Geschichte für Kinder vertretbarer ist. Bei den Befragungen von Frau Dr. Zitel-



mann kommt nur verdeckt die Forderung der Kinder an das Jugendamt heraus, „vertret mich richtig!“. Aber unsere Versuche, Heimerzieher, Pflegeeltern dazu zu bewegen, die Kritik, die Sie ansprechen, an die Leitung des Jugendamtes heranzutragen, sind gescheitert. Wir haben bei diversen Heimbesuchen immer wieder gesagt, sie sollten ihre Kritik an den Amtsleiter schreiben, dass der Vormund sich nicht sehen lässt oder zu wenig oder in Krisensituationen. Meine Frage ist, ob sich auf dieser Schiene nicht auch was machen lässt.

**Mathias Kohler**, *Leiter der Abteilung Wirtschaftliche Jugendhilfe, Beistandschaft/Amtsvormundschaft und Unterhaltsvorschusskasse im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie - Jugendamt der Stadt Mannheim*: Unsere Mannheimer Leitsätze sind im Prinzip eine Fortschreibung der Dresdener Erklärung vom März 2000. Wir haben viele Gedanken, zum Teil wörtlich, aus der Dresdener Erklärung übernommen. Es ist mir wichtig, zum Ergebnis zu kommen, dass die Neuorganisation der Vormundschaften nicht nur ein Prozess ist, der im Jugendamt einvernehmlich läuft, sondern dass das auch ein Prozess ist, der von der Politik getragen werden sollte.

Wir haben deswegen in einer Informationsvorlage den Jugendhilfeausschuss über die Neuorganisation informiert und auch in dieser Vorlage die Leitsätze abgedruckt. Im Jugendhilfeausschuss gab es zu unserer Vorlage eine Diskussion, die mir gut getan hatte, weil in der Politik Zustimmung fand, was wir praktizieren. Ein Mitglied des Jugendhilfeausschusses, gleichzeitig Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat, der auch schon lange Jahre Mitglied im Jugendhilfeausschuss ist, sagte: „Wenn ihr so arbeitet oder so arbeiten wollt, dann kommt ihr mit der Fallzahl von 50 gar nicht zurecht.“

Ich konnte nur zustimmend nicken, aber ich denke, auch wenn wir in der Politik Verständnis bekommen für die erforderliche Personalausstattung, müssen wir der Realität ins Auge blicken. Und die Realität heißt Budgetierung. Und die Realität heißt auch, dass die Personalkosten zum Teil über dem Budgetansatz liegen oder sich dorthin entwickeln.

Es ist also letzten Endes eine Frage der **Umverteilung innerhalb des vorgegebenen Budgets**, innerhalb des Jugendamtes oder des Sozialdezernats. Das ist unsere Realität. Es soll aber nicht heißen, dass man die Politik mit dieser Frage nicht konfrontiert. Es ist wichtig, auch in der Politik Verständnis für unsere Arbeit und für unsere Leitsätze sowie die Arbeitsbedingungen zu bekommen. Aber die Schaffung der erforderlichen Ressourcen muss im eigenen Hause erfolgen. Das wird nicht nur in Mannheim so sein, ich denke, das ist in 90 % aller Jugendämter ebenso.

**Dr. Maud Zitelmann**: Ich bin schon „geoutet“ worden als eine, die viel mit der Verfahrenspflegschaft zu tun hat, und ich weiß, dass das sehr ambivalente Resonanz hier im Raum hervorruft, gute und schlechte Erfahrungen spielen dabei eine Rolle. Immerhin, in diesem Bereich wurden relativ schnell bundesweit einheitliche Standards formuliert und auch abgesegnet und damit wird jetzt politisch in Forderungen gegenüber Gesetzgebern, Gerichten, Rechtspflegern gearbeitet, die in diesem Bereich die Kosten abrechnen. Ich denke, auch im Bereich der Vormundschaft gibt es dazu im Augenblick schon jetzt brauchbare Vorlagen. Herr Prof. Kaufmann hat viele der erarbeiteten Richtlinien erwähnt. Die Frage ist, ob man sich bundesweit auf die Diskussion einer solchen Vorlage konzentrieren kann, die das Selbstverständnis der Vormünder spiegelt und die erforder-

lichen Arbeitsbedingungen nennt. Damit könnte man dann gegenüber der Politik und dem Gesetzgeber auftreten und diese Richtlinien wären dann auch irgendwann von außen zuzurechnen, von Eltern, von anderen Professionen, vom ASD oder wem auch immer. Ich selbst fände das sehr begrüßenswert.

Ich fände es außerdem wirklich an der Zeit, dass **lesbares Informationsmaterial für Eltern und Kinder** bundesweit verfügbar ist, wo und von wem auch immer es erarbeitet wird. Es wäre sicher für viele von Ihnen eine Hilfe, wenn es für Kinder verständliche, didaktisch gut durchdachte Materialien darüber gäbe, was der ASD und was ein Amtsvormund ist, wer was darf, welche Rechte das Kind hat und so weiter. Solche Dinge könnte man initiieren und dafür sind solche Foren wie hier gut geeignet, einen Anfang zu machen und Impulse zu geben.

**Dr. Thomas Meysen**, *Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg*: Eine Sache möchte ich erwähnen: Herr Kohler hat eine Informationsvorlage über das Sachgebiet Amtsvormundschaft in den Jugendhilfeausschuss eingebracht. Dies ist schon ein außergewöhnlicher Vorgang, sich im Jugendhilfeausschuss derart offensiv einzubringen, sich plastisch, mit Fallbeispielen aus der Tätigkeit vorzustellen und darzulegen, weshalb und wie viele Stellen benötigt werden und warum die Fallzahlen so begrenzt sein müssen. Wenn Sie, Herr Kohler, bitte noch etwas genauer schildern könnten, welche Intentionen sie mit der Vorlage verfolgt haben.

**Mathias Kohler**: Wir sind bei der Erstellung dieser Vorlage davon ausgegangen, dass die formale Beschreibung der Aufgaben der Vormundschaft uns relativ leicht fällt. Es besteht jedoch die Gefahr, dass jemand, der mit solchen Dingen nichts direkt zu tun hat, das als ein relativ abstraktes Bild erlebt. Wir hatten uns deswegen überlegt, die Vorlage auf die Darstellung und Erläuterung von Statistiken und diese Leitsätze zu reduzieren. Als Anhang, aber als wesentlicher Bestandteil der Vorlage, haben wir Fallbeispiele aus der Vormundschaft aufgeführt.<sup>1</sup> Diese Fallbeispiele haben den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses, den gemeinderätlichen sowie den nicht gemeinderätlichen, unsere Arbeit praktischer und deutlicher gemacht. Das ist uns damit ganz gut gelungen. Mein Vorschlag an Sie wäre, es dort, wo es möglich ist, ähnlich zu probieren.

Wir tun Gutes, aber reden selten darüber. Unser Problem ist ja nicht nur das Problem der Vormundschaft, sondern es ist oft auch ein Problem der gesamten Jugendhilfe. Wir müssen über unsere Arbeit und unsere Ergebnisse reden, weil wir auch finanzielle Ressourcen brauchen. Ich denke, wir müssen uns in diesem Arbeitsbereich und auch in anderen Arbeitsbereichen der Jugendhilfe vornehmen, regelmäßig mit unserer Arbeit in die Öffentlichkeit zu gehen, vor allem in die entsprechenden Ausschüsse, damit wir die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung gestellt bekommen. Das war die Intension für unsere Fallbeispiele in der Vorlage.

**Dr. Thomas Meysen**: Vielen Dank, Frau Zitelmann, Frau Michael und Herr Kohler. Wir setzen die Debatte in der Podiumsdiskussion fort.

---

<sup>1</sup> siehe Anlage 1 zum Praxisbericht von Herrn Kohler, Seite 86

## **Podiumsdiskussion: Zukunft von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaften/ Ampsflugschaften im Jugendamt**

HOLGER GLÄSS

*Leiter des Sachgebiets Kinder- und Jugendhilfe im  
Jugendamt Rems-Murr-Kreis, Waiblingen,*

DR. PETER HANSBAUER

*Geschäftsführer des Instituts für Soziale Arbeit (ISA) e.V., Münster,*

JUTTA OPITZ

*Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften/Beistandschaften/Sorgeerklärungen,  
Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden,*

CHRISTA WOLF

*Leiterin der Abteilung Amtsvormundschaften, Jugendamt der Stadt Bergheim*

DR. MAUD ZITELMANN

*Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Sozialpädagogik und  
Erwachsenenbildung im Fachbereich Erziehungswissenschaften der  
Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main*

Moderation:

DR. THOMAS MEYSEN

*Fachlicher Leiter des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.,  
Heidelberg*

**Dr. Thomas Meysen:** Wenn ich diese Veranstaltung als eine Sinfonie sähe, kämen wir jetzt zur Reprise. In einer Reprise werden die verschiedenen Themen einer Sinfonie noch einmal aufgegriffen und in gebündelter, leicht variiert Form auf einen Abschluss hingeführt. Die Reprise beginnt hier mit einer Podiumsdiskussion. Herrn Gläss und Frau Zitelmann haben Sie schon kennen gelernt. Die anderen Diskussionsteilnehmerinnen und -teilnehmer möchte ich Ihnen kurz vorstellen.

Frau Opitz ist Abteilungsleiterin des Bereichs Amtsvormundschaften/Beistandschaften im Jugendamt Dresden. Sie wurde bereits mehrmals erwähnt. Sie hat diesen mittlerweile berühmt-berüchtigten Aufsatz geschrieben zum Verhältnis der Sozialen Dienste zur Amtsvormundschaft. Frau Opitz ist Mitglied im Fachbeirat zum Forschungsprojekt Vormundschaft für Minderjährige beim Institut für Soziale Arbeit (ISA), sie ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Amtsvormundschaft beim Deutschen Institut, sie war Organisatorin einer bundesweiten Arbeitstagung zum Thema „Zukunft der Amtsvormundschaften im Jugendamt“ im Jahr 2000 in Dresden. Sie arbeitet zurzeit mit in einem Projekt der Technischen Universität in Dresden, dort wird eine Forschung zur Wirkungsweise von Jugendhilfe anhand von Biografien jetzt Volljähriger betrieben. Diese Forschung wurde unlängst genehmigt und war ursprünglich nur auf Vormundschaften konzipiert, wurde aber jetzt auf das Gesamtspektrum geöffnet, denn man hat dabei gemerkt, es gehört einfach zusammen und man kann das eine nicht ohne das andere sehen. Frau Opitz ist von Hause aus Diplom-Pädagogin und sitzt hier als Vertreterin des Bereichs Amtsvormundschaft auf dem Podium.

Dr. Peter Hansbauer ist Geschäftsführer beim Institut für Soziale Arbeit (ISA) in Münster. Er ist Soziologe und Diplom-Sozialpädagoge. In seiner Funktion als Geschäftsführer ist er auch Leiter des Forschungsprojekts „Perspektiven der Vormundschaft“ beim ISA. Der Bezug zum Thema dürfte damit allein hergestellt sein, stammt bei Herrn Hansbauer aber aus einer länger zurückliegenden Zeit, denn er ist zugleich im Vorstand des Vereins „Kinder haben Rechte“. Dort hat er unter anderem das von der Stiftung Jugendmarke geförderte Projekt „Partizipation in der Jugendhilfe“ mitgeleitet, initiiert und betreut. Das Projekt hat sich einerseits mit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen beschäftigt, aber auch mit der Frage, dass Minderjährige jemanden brauchen, der im Hilfeprozess ihre Rechte mit vertritt. So kam er zu den Vormundschaften. Daraus hat sich dann das Forschungsprojekt am ISA entwickelt.

Frau Christa Wolf ist Abteilungsleiterin der Abteilung Vormundschaft/Beistandschaft und der Betreuungsstelle im Stadtjugendamt Bergheim. Sie ist Diplom-Verwaltungswirtin und hat eine Weiterbildung zum Vormund bei Frau Professor Oberloskamp besucht. Sie ist zudem Leiterin der Arbeitsgruppe Amtsvormundschaften beim Deutschen Institut und sitzt hier für den Bereich Amtsvormundschaft auf dem Podium.

Die Vormundschaften in den alten Bundesländern sind sicherlich sehr stark geprägt von den Fachkräften, die aus dem Bereich des Rechtlich-Administrativen kommen, insbesondere Diplom-Verwaltungswirtinnen und Diplom-Verwaltungswirte, so dass wir mit Frau Wolf die Bandbreite auf dem Podium auch abdecken können, denn wir haben eine Vormünderin mit pädagogischem Hintergrund und dem Hintergrund des eben gehörten Dresdener Modells, das sich sicher von vielen Modellen, die in den alten Bundesländern gewachsen sind, unterscheidet.

Wir werden das Podium beginnen mit einer Fragerunde zum Thema: Zukunft von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften im Jugendamt, eine Fragerunde zu dem Zuschnitt und dem professionellen Anforderungsprofil. Danach wird das Podium zu einer Diskussion im Plenum geöffnet.

Herr Gläss, Sie haben gestern bei Ihrem Streitgespräch mit Frau Maiwald gesagt, die Vormünder sollten sich mehr mit den Fragen der Jugendhilfe, mit sozialer Orientierung, mit Hilfeplanung beschäftigen, sich dort stärker einbringen, dort auch veröffentlichen. Da ist bei mir die Frage entstanden: Der Hilfeplanprozess liegt nach wie vor in der Hand der Sozialen Dienste, unabhängig davon, wie die Kooperation aussieht. Jetzt sollen sich die Vormünder stärker einbringen und einmischen. Es kommen Verwaltungsfachkräfte, die sich stärker einbringen sollen und einbringen dürfen und die Ihnen vielleicht sagen, wie der Hilfeprozess gesteuert werden soll. Sehen Sie da nicht Konflikte auf Sie zukommen?

**Holger Gläss:** Mir fallen dazu drei Dinge ein. Zum einen: Ich persönlich - und ich erlebe das auch bei meinen Kollegen - habe viel mehr Probleme damit, wenn der Vormund nicht zum Hilfeplan kommt oder wenn er dabei sitzt und zum Schluss nur fragt, wo er unterschreiben muss, wenn er fragt, was er entscheiden soll, und überhaupt keine eigene Position bezieht.

Zum Zweiten: Ich sehe keine Konflikte auf mich zukommen, wenn der Vormund seine Arbeit in dem Sinne ernst nimmt, wie ich es schon mehrmals eingefordert habe, wenn es

dort ein Fachwissen gibt. Ich vertrete nach wie vor die Ansicht, dass es nicht allein ein Verwaltungswissen sein kann, sondern auch ein sozialpädagogisches Wissen sein muss. Wenn fachlich argumentiert wird, warum er diese oder jene Position bezieht und warum er was von mir fordert und sich dabei beispielsweise auf ein Team beruft oder auf eine fachliche Argumentation stützt, habe ich kein Problem damit, sondern empfinde das sogar als Ergänzung.

Zum Dritten: Ich glaube, es ist auch eine Entlastung für den ASD, wenn diese Aufgaben sauber getrennt sind und wenn der Vormund seine Rolle als Vormund inhaltlich füllt und wahrnimmt und der ASD sich zurücklehnen kann und gewiss ist, dass der Vormund aufgrund seiner Fachlichkeit und seines Wissens Entscheidungen trifft.

**Dr. Thomas Meysen:** Frau Opitz, Sie sind Diplom-Pädagogin. Inwieweit ist Ihrer Meinung nach Ihre Fachlichkeit vonnöten für die Art und Weise, wie Sie die Aufgabe erfüllen? Ist es zwingend notwendig, dass man diesen Hintergrund mitbringt, um Amtsvormundschaften so zu erfüllen, wie wir das in dem Dresdener Kooperationsmodell gehört haben?

**Jutta Opitz:** Ich möchte erst einmal auf Herrn Gläss antworten. Er hat meinen Widerspruch geweckt. Zurücklehnen kann sich keiner, weder der ASD noch der Vormund, und ich möchte auch hier wieder keine Vermischung. Der ASD ist Herr des Verfahrens. Sicherlich sollte der Vormund Vorstellungen darüber haben, was sein Mündel braucht. Aber die Fachleute sind der ASD, die Teilnehmer, die in der Fallkonferenz darüber beraten. Grobe Vorstellungen des Vormundes, denke ich, müssten ausreichend sein. Ansonsten fangen wir wieder an, die ganze Sache zu vermischen. Sie verlangen von Eltern auch nicht, dass die in Ihr Amt kommen und sagen, das Kind soll eine Therapie haben und sie hätten diesen und jenen Wunsch, da hätten Sie sicher auch gleich die Arme gehoben und hätten gesagt, dass Sie der Fachmann wären und das prüfen würden.

Der Vormund muss sowohl von Verwaltung Kenntnisse haben als auch von Sozialpädagogik. Nun haben wir das Drama, dass es entweder die eine oder die andere Ausbildung gibt. Ich denke, der Vormund müsste eine Zusatzausbildung in etlichen Stunden nachweisen, um die Aufgabe des Vormundes ausüben zu dürfen. Es gibt schon erste Vorstellungen und ich würde mir wünschen, dass man so etwas wie einen Lehrplan aufstellt, den man den aktiven Vormündern anbietet, um in einer bestimmten Stundenzahl eine Zusatzqualifikation zu erreichen.

**Dr. Thomas Meysen:** Frau Wolf, Sie sind Diplom-Verwaltungswirtin. Sie haben sich ja schon mehrfach schriftlich oder mündlich auf Tagungen und Fortbildungen geäußert. Wir wissen, dass sich Ihr Verständnis von der Vormundschaft mit dem deckt, was wir heute von Frau Opitz gehört haben und was in den Papieren mehrerer Arbeitskreise der Jugendämter steht. Meine Frage: Wann kommen Sie bei Ihrem professionellen Hintergrund an einen Punkt, an dem an Sie als Vormund Anforderungen gestellt werden, für die sie eigentlich nicht ausgebildet wurden und wie gehen Sie damit um?

**Christa Wolf:** Zunächst ist auch mein Widerspruch geweckt worden. Ich denke schon, dass ein Vormund eine Menge sozialpädagogischen Wissens haben muss und dass er sich von Eltern unterscheidet, denn die Kinder, die uns anvertraut werden, sind nicht unsere eigenen, es sind fremde Kinder. Ich denke, sie haben den Anspruch, den höchst-

möglichen und bestmöglichen Schutz zu bekommen. Schutz heißt auch, dass ich beurteilen kann, ob eine Hilfe falsch oder richtig ist. Das heißt nicht, dass ich in Details einsteigen möchte, sondern dass es mir aus meiner Kenntnis möglich sein muss einzuschätzen, ob das, was für das Mündel geplant ist, in Ordnung ist oder nicht. Insofern denke ich, es muss schon etwas an Kenntnis und Qualifikation da sein.

Es gibt immer wieder Situationen, in denen ich mich überfordert fühle. Ich könnte das jetzt nicht im Einzelnen benennen. Oft sind das Kinder, deren Verhalten so gar nicht dem entsprechen, was ich schon einmal irgendwann erlebt habe, und von denen ich denke, die machen sowieso nicht das, was mein Ideal wäre. Dann suche ich mir bei den kompetenten Fachleuten Rat und Hilfe. Es kann sein, dass ich die Mitarbeiter des ASD, die sich ja auch zusammen setzen, bitte, mit mir zu überlegen, ob ich völlig falsch denke, suche mir möglicherweise Hilfe in einer Erziehungsberatungsstelle oder auch manchmal im privaten Rahmen. Vielleicht gibt es ja da jemanden, der die eine oder andere Idee hat. Das Problem schildere ich dann natürlich anonymisiert. Das ist meine Möglichkeit, damit umzugehen.

**Dr. Thomas Meysen:** Herr Hansbauer, in dem Forschungsprojekt, das Sie in dem Verein „Kinder haben Rechte“ betreut haben, haben Sie sehr viel über die Arbeit der Jugendämter erfahren. Es hat sich gezeigt, dass es jemanden braucht, der die Kinder im Hilfeprozess vertritt. Was sind Situationen, in denen diese Vertretung gebraucht wird, und wie stellen Sie sich die Arbeit der Sozialen Dienste in dem Kontext, wegen der Sie ja meinen, dass es einer Vertretung durch eine weitere Person bedarf, vor?

**Dr. Peter Hansbauer:** Die Frage, wann unter Umständen ein Vormund gebraucht wird, ist durch die rechtliche Lage relativ schnell zu entscheiden. Es gibt Fälle, da ist eine Vormundschaft angezeigt und der Vormund muss meiner Meinung nach natürlich in das Hilfeplanverfahren mit hinein. Ich wünsche mir in diesem Fall einen selbstbewussten Vormund auf der einen Seite und auf der anderen Seite einen selbstbewussten Vertreter des Sozialen Dienstes.

Frau Opitz, Sie sagten, von den Eltern würden Sie sich nicht wünschen, dass sie Ihnen beispielsweise schon mit Vorschlägen kommen, was für Hilfeformen sie gern hätten. Ich dagegen wünsche mir selbstbewusste Eltern, die genau das tun, die ihre Bedürfnisse artikulieren, und ich würde genau das auch von einem Vormund erwarten, stellvertretend die Bedürfnisse des Kindes zu artikulieren. Darüber muss man dann mit den Vertretern des Sozialen Dienstes in einen Aushandlungsprozess treten. Dabei ist zu beachten: Es gibt eine Differenz zwischen einem Bedürfnis, also dem, was ich gern hätte, und einem Bedarf, also dem, was in einem Aushandlungsprozess als fachlich angemessen erkannt wird. Hier hat der Vormund eine zentrale Funktion: Er muss die Bedürfnisse des Mündels zum Gegenstand von Aushandlungsprozessen machen, damit ein adäquater Bedarf festgestellt werden kann. In dieser Rolle stelle ich mir den Vormund vor, der als kompetenter Ansprechpartner stellvertretend die Rolle der Eltern wahrnimmt und durchaus selbstbewusst seine Position gegenüber den Sozialen Diensten vertritt.

Die Rollen zwischen Vormund und Sozialem Dienst müssen dabei klar sein, das ist richtig. Aber ich sehe eine große Chance in diesem Verhältnis, nämlich die, dass wir mit dem Vormund einen Profi im Aushandlungsprozess haben, der diesen Aushandlungsprozess auf hohem Niveau mit den Vertretern des Sozialen Dienstes führen kann. Mit

den Eltern, die ja in der Regel keine Profis sind, gestaltet sich der Aushandlungsprozess oftmals schwieriger, weil es häufig in diesem Aushandlungsprozess ein strukturelles Machtgefälle gibt, weil die Eltern oftmals die Kompetenz nicht mitbringen und sich gegenüber den Vertretern des Sozialen Dienstes nicht entsprechend artikulieren und durchsetzen können. Dem Vormund bieten sich hier andere Möglichkeiten, von denen ich hoffe, dass er sie im Interesse seines Mündels auch wahrnimmt.

**Dr. Thomas Meysen:** Frau Zitelmann, Sie hatten angesprochen, dass der Soziale Dienst das Wächteramt innehat, und wenn der Vormund seinen Aufgaben nicht richtig nachkommt, sei das Wächteramt aktualisiert. Ich habe überlegt, welche Form der Kindeswohlgefährdung dieses Wächteramt aktualisieren könnte. Es kann wohl nur um Kindesvernachlässigung gehen. Die Sozialen Dienste sollen also die Vernachlässigung durch den Vormund bewusst machen und den Vormund darauf aufmerksam machen. Für mich hat dabei ein Verhältnis dahinter gesteckt, dass die beiden sich untereinander austauschen und gegenseitig auf Dinge hinweisen, die nicht in Ordnung sind. Wie sehen Sie dieses Verhältnis: als ein gegenseitiges Kontrollieren oder nicht als eine Kontrolle von oben, sondern im gegenseitigen Ausbalancieren?

**Dr. Maud Zitelmann:** Als ich die Überlegung zum Wächteramt gestern provokativ in die Diskussion warf, dachte ich eher an einen Schulterschluss, also nicht die Sorte Konzert, in der nur einer trompetet „Wir brauchen Stellen und Finanzen und Möglichkeiten, um unsere Arbeit zu machen“. In der Diskussion schien zu diesem Zeitpunkt fast alles an den Amtsvormündern zu hängen. Die Kollegen im ASD sind pädagogisch aber genauso aufgefordert danach zu fragen, was mit der elterlichen Sorge passiert und ob und inwiefern eine Gefährdung eintritt. So wie die Vormundschaft in vielen - nicht in allen - Jugendämtern praktiziert wird, könnte man wohl wirklich sagen, dass die elterliche Sorge ruht. Hier geht es also um ein „gemeinsames Konzert“ von ASD und Vormundschaft, da können beide sehr gut einstimmen und das Problem nach außen bringen. Ziel des gestrigen Beitrages war also die Balance einer doch etwas aus dem Gleichgewicht geratenen Diskussion.

**Holger Gläss:** Der Beitrag von Frau Opitz machte mir deutlich, dass ich mich möglicherweise etwas missverständlich ausgedrückt habe. Ich möchte das noch einmal präzisieren und dabei zwei Dinge unterscheiden:

1. Ich schließe mich dem Herrn Hansbauer vollkommen an. Ich möchte gern einen selbstbewussten Vormund, der eine Position vertritt. Der soll nicht sagen, was ich zu tun habe, sondern er soll das mit mir aushandeln. Insofern ist die Vokabel „Zurücklehnen“ in diesem Zusammenhang falsch,
2. Wenn Rollenklarheit herrscht, gibt es Bereiche, wo ganz klar ist, was der ASD und was der Vormund entscheidet. Dort, wo der Vormund zu entscheiden hat, wünsche ich mir, dass er das tut, und zwar aufgrund von Fachlichkeit. Und dann kann ich mich auch zurücklehnen.

Ich möchte Ihnen gern zwei Beispiele nennen, die ich aus der Praxis kenne:

1. Beispiel: Eine Vollzeitpflegefamilie, die sich im Hilfeplangespräch darüber beklagt, dass der Umgang zu den Großeltern sehr schädlich ist. Es gibt einen vehementen Streit

darüber. Das ist die Sache des Vormundes, wie dieser Umgang auszusehen hat. Er kann sich natürlich mit seinem Kollegen vom ASD beraten, aber letztendlich entscheidet er.

2. Beispiel: Ein 17jähriges Mädchen, in verschiedenen Einrichtungen gewesen, immer wieder abgehauen, inzwischen auf der Straße, möglicherweise Prostitution. Im Hilfeplangespräch oder in der Helferkonferenz mit Schule und allen möglichen Fachkräften wird heiß darüber gestritten, ob man die „springen lassen“ kann, ob man geschlossene Unterbringung durchsetzt, ob die geschlossene Unterbringung überhaupt etwas bringt, wie es weitergehen soll. Wenn dieses Mädchen unter Vormundschaft steht, hat diese Entscheidung der Vormund zu treffen. Da kann ich mich als ASD tatsächlich zurücklehnen und fühle mich entlastet durch die Fachlichkeit beim Vormund.

Dort, wo ich als ASD gefragt bin, lehne ich mich selbstverständlich nicht zurück und lasse mir vom Vormund auch keine Entscheidung abnehmen. Allerdings setze ich mich gern mit einer aktiven Position des Vormunds auseinander, so wie ich auch, ebenso wie Herr Hansbauer, lieber aktive Eltern habe, die eine Position vertreten, als welche, die sich nur aus allem heraushalten und gar nichts dazu sagen. Der andere Bereich, wo der Vormund was zu entscheiden hat, soll er das entscheiden und nicht den ASD fragen.

**Dr. Thomas Meysen:** Je länger die Diskussion währt, desto mehr nähern sich die Positionen an und man versteht sich gegenseitig. Gibt es nicht doch Unterschiede zwischen den Aushandlungsgesprächen im Hilfeplan, wenn einmal ein Amtsvormund in den Aushandlungsprozess tritt oder wenn ein anderes Mal die Eltern den Fachkräften aus den Sozialen Diensten gegenüber sitzen?

**Christa Wolf:** Ich denke, es gibt sehr wohl Unterschiede. Zum einen: Wenn ich als Vormund tätig bin, habe ich die Verantwortung für fremde Kinder. Das ist für mich etwas anderes, als wenn ich Eltern betrachte. Ich habe an mich den Anspruch, dass, wenn ich für fremde Kinder Verantwortung trage und Entscheidungen treffe, ich all meine Sorgfalt, die ich überhaupt an den Tag legen kann, an dieser Stelle einsetze. Das ist für mich der Grund zu fordern, der Vormund muss eine andere Ausbildung haben und muss eine ganze Menge mehr wissen als üblicherweise Eltern. Außerdem haben wir es natürlich als Vormünder mit anderen Kindern zu tun als die meisten Eltern. Wir haben es mit Kindern zu tun, die aus teilweise ganz dramatischen Verhältnissen kommen, Kinder, die vernachlässigt, traumatisiert, die misshandelt, missbraucht sind. Auch da müssen wir auf ganz andere Probleme ein Augenmerk richten, als das Eltern normalerweise tun.

**Maud Zitelmann:** In ihrer Kindeswohl-Triologie (Suhrkamp) haben *Joseph Goldstein*, *Anna Freud* und *Albert Solnit* geschrieben: „*Eltern sind Generalisten, nicht Spezialisten*“. Das stimmt. Sie sind aber Generalisten für *ein* Kind und nicht für 50. Sie wissen vielleicht, welche Sorte Windeln ihr Kind verträgt, was es mag, und wenn das Kind irgendeine Krankheit hat, sind sie meist für diese Krankheit Spezialisten. Das kann ein Vormund nicht, der 30, 40 oder 50 Kinder hat, der ist in einer ganz anderen Weise nach seiner Spezialisierung gefragt, zum Beispiel: Wie treffe ich Unterbringungsentscheidungen? Wie wirkt sich Kontakt mit den Eltern aus? Wann sollte er gefördert werden, wann nicht, wann muss er ganz unterbunden werden und warum?



Dazu braucht der Vormund spezialisierte Fortbildung auch im administrativen Bereich, aber auch im Bereich der Personensorge, gerade angesichts der Biographien, die diese Kinder mitbringen, da stimme ich Frau Wolf völlig zu. Es geht meist eben nicht um aus intakten Verhältnissen stammende Mündel, die aus irgendwelchen Gründen einer Vormundschaft bedürfen, weil sie vielleicht verwaist sind. Für diese Kinder findet sich meist schon in der Verwandtschaft ein geeigneter Vormund. Es geht um eine spezifische Gruppe von seelisch verletzten, benachteiligten Kindern, so dass ich denke, um die Forderung nach Fachlichkeit kommt man nicht herum.

Diese Fachlichkeit kann durch Beratungsangebote ergänzt werden, die es so noch nicht gibt - das war ein guter Aspekt, der hier erwähnt wurde. Es ist ja eine Sache, aufs Geraatewohl im Bekanntenkreis herumzufragen, ob sich jemand mit einem speziellen Problem auskennt. Eine ganz andere Sache wäre es, wenn bundesweit beispielsweise ein Kinderpsychiater, ein Kinderpsychologe, ein Jurist, im speziellen Fall ein Sekten-spezialist oder andere Ansprechpartner für verschiedene in Ihrer Praxis auftretende Fragen unabhängigen Expertenrat erteilen können. Das könnte ein bisschen vielleicht nach dem Vorbild gestaltet sein, wie wir es aus dem Bereich der Adoption kennen, wo auch interdisziplinäre Expertenteams zumindest in Bundesländern per Gesetz zusammengesetzt sind. Vielleicht bräuchte man so etwas, wo Sie einfach anrufen und um eine Einschätzung Ihres Problems bitten könnten.

**Dr. Thomas Meysen:** Stichwort: Kompetent Rechte wahrnehmen. Das Wort Rechte verbindet man spätestens seit dem Vortrag von Herrn Wiesner mit dem Vormund, der den Vormund als Rechtsbegriff eingeführt hat. Er wird in der Elternrolle gesehen, wo er auch hingehört, denn er nimmt an Elternstatt Rechte wahr. Andererseits ist die Elternfunktion viel breiter. Es wurde heute schon dargestellt, dass die Beziehung zu den verschiedenen beteiligten Personen eine Rolle spielt, die familiäre Elternrolle. Wie ist dieses Verhältnis zwischen familiärer Elternrolle und Wahrnehmen von Rechten? Wie kann man einerseits eine Beziehung herstellen und andererseits noch die familiäre Beziehung berücksichtigen, die wohl durch den Vormund nicht wahrgenommen wird? Die baut das Kind oder der Jugendliche woanders auf. Wie kann man da, Herr Hansbauer, nach Ihren Erfahrungen für das Kind oder den Jugendlichen zu einer Lösung kommen?

**Dr. Peter Hansbauer:** Man muss unterscheiden: Eltern haben immer eine Beziehung zum Kind. Sie kann gut oder schlecht sein, aber sie ist vorhanden. Der Vormund hat erst einmal keine Beziehung zum Kind, sondern er muss eine aufbauen. Und wenn er sie aufbaut, ist das eine professionelle Beziehung. Ich weiß auch nicht, ob der Begriff Beziehung der richtige Begriff ist. Wenn der Vormund drei Tage im Jahr für sein Mündel Zeit hat, dann ist es qualitativ eine andere Beziehung als die, die sich im Elternhaus abspielt, wo man das ganze Jahr gut oder schlecht zusammen lebt. Das heißt, ich würde das, was zwischen Vormund und Mündel sich entwickeln muss, zunächst einmal als einen vernünftigen Arbeitskontrakt bezeichnen. Aus diesem Arbeitskontrakt entstehen dann Bindungen oder vielleicht sogar Freundschaften. Das ist in anderen Bereichen auch so. Das ist, glaube ich, auch wichtig, um die Rechtsvertretung des Kindes im Hilfeplanverfahren entsprechend wahrnehmen und es vertreten zu können. Aber ein professioneller Arbeitskontrakt ist erst einmal etwas anderes als eine familiäre Beziehung, ich glaube, das muss man auch den Minderjährigen deutlich machen, um später Enttäuschungen zu vermeiden.

Ein anderer Punkt, auf den ich schon einmal hingewiesen habe, ist in der Tat, dass wir bei den Eltern das Problem haben, dass sie ihre Rechte eigentlich wahrnehmen sollten, dem Jugendamt als Aushandlungspartner gegenüber zu treten, es aber häufig nicht können, weil sie die Kompetenzen dazu nicht haben. Da sehe ich eine Chance für den Vormund, für das Kind entsprechend tätig zu werden und teilweise besser, als es die Eltern tun können. Der Kontrakt zwischen Vormund und Mündel ist also spezifischer als die Beziehung zwischen Eltern und Kind. Er ist darauf ausgelegt, die Interessen des Mündels in einem rechtlichen Verfahren zu vertreten und darin ist der Vormund den Eltern vielleicht sogar überlegen. Ich glaube, das muss man dem Kind in geeigneten Worten deutlich machen, dass der Vormund ein Spezialist für Interessenvertretung dem Sozialen Dienst gegenüber ist.

**Dr. Thomas Meysen:** Wir haben eine ganze Reihe von Dingen angeschnitten. Vielleicht kann die Diskussion nun von Ihnen allen an das Podium herangetragen werden.

**Andrea Hartmann, Amtsvormund, Amt für Soziale Dienste Bremen:** Ich bin wütend und werde Ihnen erklären, warum: Ich bin Verwaltungsfachkraft ohne pädagogische Zusatzausbildung. Hier wird immer wieder gesagt, wie viel Kompetenz wir brauchen, um das Kind im Hilfeplan vertreten zu können. Hat sich einer mal damit auseinandergesetzt, was für eine Kompetenz ich im Alltag brauche, um die Rechte der Kinder überhaupt sichern zu können? Ich kenne mich aus mit Krebstherapien, denn ich muss Einwilligungen geben zu Operationen. Ich kenne mich aus mit Vermögensanlagen, Erbschaftsstreitigkeiten, mit Grundstücksangelegenheiten, mit allem, was man so braucht. Ich finde, das wurde hier komplett übersehen und überhaupt nicht angesprochen, dass es eine unserer wesentlichsten Aufgaben ist, die rechtliche Vertretung wahrzunehmen, und das richtig und kompetent. Das, was heute Thema ist, ist auch wichtig. Aber es ist nicht unsere Hauptarbeit. Ich würde sehr gern eine Beziehung aufbauen, aber ich frage mich, was ich dafür liegen lassen soll: die sechs Wochen Erbschaftsausschlagungsfrist, die Steuererklärung für ein vermögendes Mündel? Das ist das große Problem, was wir Vormünder haben und das heute meines Erachtens gar nicht zur Debatte stand.

**Holger Gläss:** Ich stimme Ihnen zu, dass man das eine nicht gegen das andere ausspielen sollte. Allerdings muss man beides einklagen. Ich glaube auch, dass die Forderung nach höherer Qualifikation bei den Vormündern nur begrenzt greift. Natürlich kann man spezielle Fortbildungen anbieten, alle sollten sich fortbilden, das ist überhaupt keine Frage. Ob man das Anforderungsprofil hochschrauben sollte, weiß ich nicht so recht. Ich glaube aber, dass man noch mehr Phantasie entwickeln kann, wie eine breite Fachlichkeit in der Amtsvormundschaft sichergestellt werden kann.

Frau Zitelmann nannte vorhin so genannte Konziliarprofessionen aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie, aus der Ärzteschaft, wo Sie nachfragen können. Ich denke auch an solche Formen wie Teamberatung und ich glaube, dass da die Vormundschaften - das klingt vielleicht arrogant - auch vom ASD lernen können, dass der ASD eine längere Geschichte und Erfahrungen hat in Kooperationsformen, sich gegenseitig zu unterstützen und mit Vertiefungswissen anderen zur Seite zu stehen. Auch dort gibt es ein sehr breites Anforderungsprofil, auch dort könnten wir fragen, was der ASD alles abdecken muss und wo er eigentlich überall Fähigkeiten haben sollte. Bisher kam noch niemand auf die Idee, dass der ASD noch zusätzlich eine Verwaltungsausbildung braucht, sondern man ist davon überzeugt, dass der Teamgedanke, das Zusammenwirken mehrerer

Fachkräfte und gegebenenfalls das Zu-Rate-Ziehen von Spezialisten ausreichen sollte. In vielen Fällen zeigt die Praxis, dass das gut funktioniert.

**Jutta Opitz:** Ich möchte das Ganze einmal zusammenfassen. Die rechtliche Vertretung ist einmal nach innen zu wahren, das ist unser Thema: Arbeit mit dem ASD, von der so viele sagen, das ginge nicht. Die rechtliche Vertretung ist auch nach außen zu wahren, das haben Sie gerade geschildert. Das gehört alles zur Arbeit des Amtsvormundes. Leichter ist diese Arbeit nicht zu machen. Der springende Punkt ist für mich doch immer wieder der persönliche Kontakt zum Kind, um zu wissen, welche Bedürfnisse, welche Vorstellungen mein Mündel überhaupt hat, wie ich mit diesen Dingen umgehen soll, sowohl nach innen als auch nach außen. Es war ja immer wieder Thema, dass keine Zeit dafür da wäre. Wie wollen Sie das realisieren, die Rechte nach außen zu vertreten, wenn Sie gar keine Vorstellungen haben, was zum Beispiel ein Sechzehnjähriger mit dem Haus machen möchte? Sie wissen besser als ich, welche Möglichkeiten es da gibt. Also: Rechtliche Vertretung nach innen und nach außen, aber immer an der Bedürfnislage des Kindes gemessen.

**Christa Wolf:** Ich wollte noch einmal etwas zu der Qualifikation sagen. So verlockend es klingt und so wichtig das ist zu wissen, es gäbe immer jemanden, bei dem ich mir Rat und Hilfe holen kann, haben wir doch oft zeitliche Probleme. Wenn ich nun jedes Mal, wenn es irgendwo um ein sozialpädagogisches Thema geht, zunächst jemanden suchen muss, der mir vielleicht helfen kann, habe ich noch weniger Zeit. Ich denke, dass gewisse Grundkenntnisse - ich rede nicht dem Spezialistentum das Wort - aus den jeweiligen Bereichen, die uns täglich berühren, vorhanden sein müssen, damit wir nicht ständig jemanden fragen müssen.

**Monika Heybutzki, Amtsvormünderin, Jugendamt der Stadt Köln:** Ich habe schon die Belastung angesprochen; die Kollegin sagte es eben so schön: „Was soll ich denn noch alles können?“ Dazu gibt es ein anderes Problem: Die Sozialarbeiter werden mit Supervision zugeschüttet. Und der Vormund? Bei uns in Köln sollten wir Supervision bekommen, aber dafür keine Fortbildung mehr, nachdem wir hart unter uns Vormündern um Entlastung gerungen haben. Mich würde sehr interessieren, wer von den vielen hier anwesenden Vormündern hat überhaupt schon einmal Supervision gehabt - im Verhältnis zu den Sozialarbeitern?

**Dr. Thomas Meysen:** Ich sehe zehn Meldungen. Das ist nicht unbedingt viel im Verhältnis zur Teilnehmerzahl. Das ist eine interessante Information.

**Hanne Stürtz, Geschäftsführerin des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V., Heidelberg:** Ich hatte mich gemeldet, um eine Lanze für die Kolleginnen und Kollegen von der Amtsvormundschaft zu brechen, und das als Ex-ASD-Mitarbeiterin und jetzige Geschäftsführerin des Instituts, wo ich sehr viel gerade mit Beiständen und Vormündern zu tun habe.

Wenn Sie sagen, Sie (die Amtsvormünder) nehmen die Rechte der Kinder wahr, stimme ich dem natürlich zu. Es ist jedoch so, dass „die Rechte der Kinder“ oft „geteilt“ sind. Gestern gab es dazu eine Arbeitsgruppe „Sorgerechtsplitting“. Die Formulierung „Rechte der Kinder“ wird im Bereich Amtsvormundschaft sichtbar und erlebbar über die Vermögenssorge und über die gesetzliche Vertretung. Weniger erfahrbar sind dort

die Sorgerechte Aufenthaltsbestimmung und Erziehungsrecht. Die Tradition, dass das Sorgerecht gesplittet ist in Bezug darauf, dass die SozialpädagogInnen für die Erziehung und die Aufenthaltsbestimmung zuständig sind und die KollegInnen von der Amtsvormundschaft beziehungsweise von der Beistandschaft für Unterhalt, Vermögen und gesetzliche Vertretung, die führt dazu, dass beide für sich in Anspruch nehmen können, die Rechte des Kindes in irgendeiner Form zu vertreten. Aber letztlich bringt es nur etwas, wenn man dies gemeinsam tut.

Das Podium sagt, das gemeinsame Tun wird dann gelingen, wenn die Vormünder sich nicht nur im Unterhaltsbereich beziehungsweise im Bereich der gesetzlichen Vertretung auskennen, sondern darüber hinaus sozialpädagogisch denken, argumentieren und handeln können. Ich frage mich, ob diese geforderte Ganzheitlichkeit nicht eine Überforderung ist. Geht das wirklich, diese ganzheitliche Sachbearbeitung? Kann wirklich ein Sachbearbeiter im Jugendamt wissen, wie das geht mit dem Unterhalt, mit der Erbschaft, mit der rechtlichen Vertretung, mit der Gesundheitssorge, mit der Erziehung, mit der Schule, mit traumatischen Verletzungen, mit therapeutischen Maßnahmen, mit Beziehungskontinuität, mit allem, was dazu gehört? Kann das wirklich eine Person professionell für 50 bis 90 oder gar 100 Kinder leisten - selbst dann, wenn sie das „spezialisiert“ tut?

**Christa Wolf:** Das sind zwei Dinge: Ich denke, selbstverständlich geht das, dass jemand von allem etwas versteht. Es ist doch auch das Selbstverständnis der Vormünder, dass das so gehen muss. Die andere Frage ist: Kann der Vormund das bei der Fallzahl leisten? Das ist eine andere Geschichte. Dass jemand von allem etwas versteht und sich an den Stellen, die ihm zu heikel sind, Hilfe holt, ist für mich selbstverständlich. Die Fallzahl ist etwas anderes und muss in einem anderen Rahmen diskutiert werden.

**Holger Gläss:** Selbstverständlich hat auch der ASD in vielen Bereichen Nachholbedarf, auch er muss sich fortbilden und dazulernen. Er muss sich in rechtlichen Fragen und im Verwaltungshandeln auskennen, das erwarte ich. Dennoch gibt es einen ganz gravierenden Unterschied. Sie haben als Vormund Entscheidungen zu treffen, die sowohl rechtliche, verwaltungstechnische als auch sozialpädagogische oder erzieherische Fragestellungen betreffen. Der ASD muss keinen Unterhalt realisieren und keine Vermögenssorge betreiben und sich nicht mit solchen Dingen beschäftigen. Das ist ein Fakt. Insofern besteht ein grundsätzlicher Unterschied.

Frau Stürtz möchte ich antworten: Meines Erachtens gibt es - nach dem, was wir gestern gehört haben - sowohl rechtlich als auch fachlich keine Alternative zur ganzheitlichen Wahrnehmung des Vormundes. Deshalb bin ich der Meinung, man muss darüber nachdenken: Was kann ich tun, um das ganzheitlich wahrzunehmen?“

Meine drei Antworten bleiben:

1. Spezialisierung,
2. verschiedene Professionen,
3. Team.

Mit diesem Teamgedanken sind dann andere Dinge für mich eine Selbstverständlichkeit, wie Teamberatung, Supervision und ähnliches, die beim ASD selbstverständlich sind. Darum ergänze ich die vorhin geäußerte Bemerkung „*Vom ASD lernen*“ durch:

vielleicht auch *einklagen, was im ASD seit Jahren Selbstverständlichkeit ist*. Dann, glaube ich, funktioniert die ganzheitliche Wahrnehmung.

**Jutta Opitz:** Ich komme noch einmal auf den persönlichen Kontakt zu dem Kind zurück. Für mich ist das wirklich so ein springender Punkt. Als Amtsvormund muss ich Defizite erfassen, ich muss die gesundheitliche Entwicklung, die schulische Entwicklung oder auch die psychische Lage meines Mündels versuchen zu erfassen. Diese Defizite habe ich dann weiterzugeben und um Hilfe zu bitten. Ich soll sie nicht heilen oder umsetzen, dazu sind andere Profis da. Aber das Erfassen und Anmelden, dass dort ein Hilfebedarf besteht, das muss man vom Vormund erwarten und verlangen. So komme ich wieder auf das persönliche Gespräch, um die Bedürfnisse des Mündels zu erfassen. Bei Erbschaftsangelegenheiten kann man sich eventuell auch mal an das Rechtsamt wenden, wenn die ganze Sache kompliziert wird. Ich kann nur von Dresden sprechen, dort wird uns vom Rechtsamt Hilfe und Unterstützung angeboten, wenn komplizierte Dinge auftreten. Man muss nicht alles selbst machen. Das geht auch nicht. Aber man sollte wissen, wo man Hilfe bekommt.

**Maud Zitelmann:** Ich möchte Frau Hartmann für ihren Beitrag danken und anmerken: Als wir 1997/98 anfangen zu forschen, hatte ich unter anderem die Aufgabe, diverse Fachzeitschriften der letzten 10 bis 15 Jahre auf Veröffentlichungen zur Vormundschaft hin durchzusehen. Damals war ein Such-Kriterium: Wo steht etwas zur Personensorge? Ich kann Ihnen sagen, ich habe unzählige Artikel und ein DIV-Gutachten nach dem nächsten zu Vermögensfragen gefunden. Es ging in der Literatur jahrzehntelang nicht um Hilfen zur Erziehung, es ging auch nicht um die Personensorge.

Das hat sich sehr positiv verändert. Wir werden jetzt aber sicher in dieser Diskussion aufpassen müssen, dass sie nicht umgekehrt ins Ungleichgewicht kommt. Also, die Kinder haben in der Tat beide Bedürfnisse, also auf die Wahrung ihres materiellen und persönlichen Wohls. Es kann sein, gerade weil letzteres so lange vernachlässigt wurde, dass es jetzt verstärkt auf der Tagesordnung steht und eine Diskussion braucht. Ihr Unmut über die Arbeitsbedingungen ist berechtigt, aber hier sitzt der falsche Adressat. Die Adressaten sind die Geldgeber, die Kommunen. Hier wird sozusagen die Unglücksbotschaft diskutiert und übermittelt. Soviel zu den Emotionen, die hier eben so geballt losbrachen. Aber insgesamt denke ich, wir sollten das im Kopf behalten und sollten auch zusehen, dass wir nicht einen Teil der Kollegen gleichsam abhängen in dieser Diskussion, sondern sie mit ins Boot nehmen und erkennen, die Vormundschaft hat wirklich zwei Füße und auf beiden Beinen muss sie stehen.

**Udo Werth, Amtsvormund/Pfleger, Stadt Hamm:** Ich möchte etwas zur Spezialisierung sagen. Ich bin seit 15 Jahren Vormund und Sozialarbeiter. Wir arbeiten, abgesehen von der Falldichte oder der Fallzahl, nach dem hier vorgestellten Mannheimer Modell. Das hat ganz andere Fragen aufgeworfen. Es lässt sich eine gewisse Spezialisierung gar nicht mehr vermeiden. Ich war in 200 Sorgerechtsverfahren dabei, Entzüge mit aller Dramatik, da kommt man um eine Spezialisierung nicht herum.

Zum Thema Kooperation mit dem ASD: Diese hier vorgetragenen Kontinuitätsaspekte sehe ich nicht. Der ASD - das ist meine Erfahrung, das ist keine Geringschätzung, sondern einfach eine Tatsache - ist besetzt mit sehr schlecht bezahlten Stellen, mit Zeitar-

beitsverträgen, mit Berufsanfängern und so weiter. Ich habe teilweise Vormundschaften, da habe ich es mit 17 - 19 Mitarbeitern unterschiedlicher Sozialer Dienste zu tun gehabt.

Ein weiterer Aspekt ist hier zu kurz gekommen: Die Vormundschaft und der ASD sind beides überlastete Arbeitsbereiche, das möchte ich einmal betonen. Die Diskussion erscheint mir hier sehr praxisfremd. Natürlich sind Sie dafür nicht die Ansprechpartner, aber es ist wichtig, dass Sie das auch einmal in diesem Kontext sehen. Bei uns schieben wir uns teilweise Ressourcen zu. Die Herausnahme eines Kindes aus der Familie, das ist in der Regel der Beginn von Vormundschaft, ist mit sehr viel Stress und Hektik verbunden. Es kann sich dabei sehr schnell die Konstellation ergeben, dass sich Ressourcen des ASD auf die Vormundschaft verlagern. Das ist bei uns faktisch so.

Ich registriere die Fallzahlen aus Mannheim: 50 Mitarbeiter ASD und 118-120 Vormundschaften. Wir haben in Hamm 25 Mitarbeiter ASD und 400 Vormundschaften. Da frage ich mich, ob die gegenwärtige, auch für den ASD entlastende Arbeitsweise der Vormünder im Konfliktfall nicht dazu führt, dass mehr Eingriffe in die elterliche Sorge erfolgen. Würden wir uns dann vielleicht so finanzieren wie Mannheim? Wenn die Mitarbeiter aus dem ASD abgezogen werden, werden es dann wieder weniger Fälle?

**May-Britt Seidel**, *Amtsvormünderin, Stadt Frankfurt/Main*: Ich wollte noch etwas zu den zwei Professionen Verwaltungskraft und Sozialarbeiter sagen. Ich bin seit einem halben Jahr Vormund, davor war ich 18 Jahre als Sozialarbeiterin tätig. Ich habe den Gedanken, ob die Probleme, die die beiden Professionen miteinander haben, nicht auch etwas mit Wertschätzung und Abwertung auf der anderen Seite zu tun haben.

Ich denke, dass ich eine ganz gut ausgebildete Sozialarbeiterin bin, mit vielen Zusatzausbildungen, die ich in den letzten 18 Jahren absolviert habe. Jetzt sind die Verwaltungsaufgaben dazu gekommen, bei denen ich mich manchmal überfordert fühle und denke, das andere an der Verwaltungsfachhochschule studiert haben, also in einem qualifizierten Studium, einer Ausbildung, die man nicht einfach in einem Kurs macht. Nun erledige ich diese Arbeiten gerade so mit. Umgekehrt erledigen diese das mit, was ich mir in einem Studium angeeignet habe und über verschiedene Fortbildungen an Zusatzwissen über Missbrauch, über Gesprächsführung, über Mediation und anderes angeeignet habe. Ich kann mir vorstellen, als Verwaltungsmensch würde ich meine Ausbildung abgewertet sehen, wenn der eine das mal eben so mitmacht oder in einer Zusatzqualifikation an zwei Wochenendkursen dazulernt, was der andere sich in einem Studiengang erarbeitet hat. Umgekehrt sehe ich die Profession des Sozialarbeiters damit abgewertet. Das in einem Menschen zu vereinen, darin sitzt viel Sprengstoff. Ich erlebe das so und wollte das zur Diskussion stellen.

**Marita Langheim**, *Bezirkssozialdienst, Jugendamt der Stadt Düsseldorf*: Zu der Frage, ob ein Mensch das alles kann, muss ich einmal daran erinnern, der ASD macht in der Regel nicht nur Jugendhilfe. Er hat in vielen Städten unter anderem noch den Bereich Altenhilfe und Gesundheitshilfe, also ein wesentlich breiteres Spektrum abzudecken. Ich habe 1981 in Düsseldorf mit dem Studium angefangen, nachdem ich davor fast 20 Jahre im kaufmännischen Bereich in der Wirtschaft gearbeitet hatte. Ich war mit Sozialhilferecht bei einem Sozialamtsleiter beschäftigt, der sagte: „Verwaltungsleute und Sozialarbeiter haben eine große Gemeinsamkeit, sie sind nämlich Nichtsköner auf ganz

vielen Gebieten.“ Aber auf dem einen oder anderen Gebiet können sie vielleicht doch etwas. Und diese Ressourcen sollte man einfach gegenseitig nutzen.

**Dagmar Michael**, *Leiterin des Sachgebiets Allgemeiner Sozialer Dienst, Jugendamt der Landeshauptstadt Dresden*: Nach meinem Eindruck hat diese Diskussion in den beiden Tagen vor allem damit zu tun, dass wir alle gemeinsam unsere größte Ressource verschwenden, nämlich unsere gegenseitige Wertschätzung. Ich glaube, so lange wir einander fachlich nicht in jedem Fall akzeptieren, wird eine Kooperation, eine Zusammenarbeit und eine neue Arbeitsform im Team äußerst schwer zu entwickeln sein.

Ich möchte Ihnen allen - auch aus der Dresdner Erfahrung - sagen, dass es nicht nur schön und angenehm war. Wir haben Zeiten erlebt, in denen es sehr schwer für uns alle war. Aber ich möchte uns allen Mut machen, unsere Ressourcen, die unabhängig von jeder fachlichen Ausbildung da sind - und diese Ressource hat mit uns selbst zu tun, mit uns als Sozialarbeiter, als Mensch -, zu nutzen. Wenn wir es, in Jahren vielleicht, schaffen, dass wir uns gegenseitig soviel zutrauen, dass wir voneinander lernen können – denn auch der ASD weiß nicht alles, jeder hat seine Grenzen, wäre das der erste Ansatzpunkt. Genau dort habe ich hier ein Spannungsfeld wahrgenommen, dass wir uns gegenseitig ein Stück unterstellen, der eine kann etwas besser als der andere.

**Dr. Thomas Meysen**: Dieses Schlusswort war nicht inszeniert, aber besser hätte es nicht sein können. Vielen Dank, Frau Michael.

Jetzt haben wir das Glück, dass Herr Wiesner nicht nur den Eingang in diese Tagung gestaltet hat, sondern dass er während der ganzen Tagung anwesend war und nun für uns ein Resümee zieht.

# Kinder brauchen beides: kompetente Soziale Dienste und kompetente Vormünder und Pfleger

## Resümee der Tagung

MINISTERIALRAT DR. DR. H. C. REINHARD WIESNER

*Leiter des Referates Kinder- und Jugendhilferecht,*

*Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bonn*

Lieber Herr Meysen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mir kommt jetzt die ehrenvolle und schwierige Aufgabe zu, ein Resümee zu ziehen aus dieser Tagung. Dies ist aus verschiedenen Gründen schwierig: Es können nur subjektive Eindrücke sein, die ich widerspiegeln, und diese Eindrücke sind natürlich auch selektiv, weil ich nicht gleichzeitig an mehreren Arbeitsgruppen teilnehmen konnte, sondern nur an einer, und somit nicht den gesamten Ertrag dieser Tagung wiedergeben kann. Ich hatte auch nicht die Möglichkeit, das Ganze in zeitlichem Abstand zu reflektieren, sondern muss nun aus dem Stand heraus dieses Resümee ziehen. Ich werde es versuchen.

Ich fange mit der Feststellung an: Diese Tagung war überfällig. Das hat sich auch in den letzten Statements noch einmal gezeigt. Zum ersten Mal haben sich Vertreterinnen und Vertreter aus den Sozialen Diensten und aus den Bereichen Amtsvormundschaften/Amtspflegschaft bundesweit an einem Tisch in einer Tagung zusammen gesetzt, haben Befindlichkeiten, Vorurteile, Ressentiments deutlich gemacht, gerade auch in der letzten Diskussionsrunde.

### **1. Befund: Leistungsgewährung und die Wahrnehmung von Elternfunktionen müssen im Jugendamt personell und organisatorisch getrennt werden. Diesem Befund entspricht die Praxis nur zum Teil.**

1.) Wenn wir eine Quintessenz ziehen und neben einer weiteren Qualifizierung organisatorische Veränderungen im Bereich Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft fordern, dann soll und kann das nicht zu Lasten des Allgemeinen Sozialdienstes gehen. Ich habe unterschwellig den Eindruck, diejenigen, die aus dem ASD-Bereich kommen, sind ein bisschen eifersüchtig, dass das Thema Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft jetzt so sehr im Vordergrund steht und sie befürchten vielleicht, dass vor dem Hintergrund von engen Budgets und begrenzten finanziellen Mitteln jede Profilierung, jede Verbesserung im Bereich Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft zu Lasten des ASD geht. Das darf natürlich nicht sein und wir müssen solche Effekte strategisch im Auge behalten. Wir brauchen sie beide, sie beide sind uns sozusagen gleich lieb und „teuer“. Es wäre deshalb fatal, den einen Bereich gegen den anderen auszuspielen. Das muss ein ganz wichtiger Aspekt beim weiteren Vorgehen sein.

2.) Der rechtliche Befund ist eindeutig: Die Gewährung (und Erbringung) von Sozialleistungen ist die typische Aufgabe einer Behörde - des Jugendamts. Die Vormundschaft und Pflegschaft beziehungsweise die Sorge für Kinder ist die typische Aufgabe von Eltern, die nur ersatzweise von Vormündern und Pflegern wahrgenommen wird und dann primär von Einzelpersonen, dann von Vereinen und erst zuletzt von Behörden. Bei der Gewährung von Sozialleistungen stehen sich Kind und Eltern auf der einen Seite



und die Behörde, das Jugendamt auf der anderen Seite gegenüber. Es gibt also gewissermaßen einen natürlichen Gegensatz zwischen Leistungsberechtigten und Leistungsadressaten, also Kindern und Jugendlichen auf der einen Seite und der Behörde, dem Jugendamt, auf der anderen Seite. Dieser natürliche Gegensatz, dieses Spannungsverhältnis, wird aufgehoben, wenn ein Vormund im Jugendamt sowohl die Funktion des Leistungsberechtigten hat als auch gleichzeitig Aufgaben der Behörde wahrnimmt.

3.) Die Folgen aus diesem Befund sind für mich klar: Es geht nicht um spitzfindige formale Fragen, welcher Dienst auf Grund seiner fachlichen Kompetenzen besser geeignet ist. Darum geht es nicht, sondern es geht um Rechtsverwirklichung für Kinder und Jugendliche, und zwar für jene Kinder und Jugendlichen, deren Eltern, aus welchen Gründen auch immer, an der Ausübung der elterlichen Sorge gehindert sind. Man könnte sagen - wenn man sich die Realität heute ansieht -, dass gerade diese Kinder doppelt benachteiligt sind. Sie haben nämlich keine zuverlässigen, verantwortungsbereiten Eltern und sie haben häufig - und verstehen Sie das bitte nicht als Vorwurf gegen Sie persönlich, sondern gegen unsere momentanen Rahmenbedingungen - keine zuverlässige, verantwortungsbereite Ersatzperson, obwohl der Vormund oder Pfleger als Profi Kompetenzen hat oder haben müsste, die Eltern häufig nicht haben.

## 2. Was müssen und können wir tun?

1.) Um die Trennung herbeizuführen, müssen wir das Profil der Amtsvormundschaft/der Amtspflegschaft schärfen und die Rollen klären. Erst wenn jeder weiß, was seine Aufgabe ist, dann ist er auch in der Lage, die Aufgabe des anderen zu verstehen und mit ihm zu kooperieren.

a) Diese Klärung müssen wir in erster Linie vor Ort, also in den einzelnen **Jugendämtern**, herbeiführen, und zwar zunächst auf einer allgemeinen, grundsätzlichen Ebene. In Diskussionen über die Organisation des Jugendamts muss die Spezifik dieser Aufgabe stärker verdeutlicht werden.

In Debatten im **Jugendhilfeausschuss**, wenn es um Aufgabenkritik, um Weiterentwicklung und Profilierung der Jugendämter geht, muss die Spezifik der Aufgaben der Amtsvormundschaft und der Amtspflegschaft - verdeutlicht werden.

b) In der **Selbstdarstellung des Jugendamts** muss die Aufgabe der Amtsvormundschaft/der Amtspflegschaft gleichwertig neben den anderen Aufgaben erscheinen.

Profilschärfung und Rollenklärung muss auch bei der **Formulierung von Arbeitshilfen** stattfinden, die in Jugendämtern erarbeitet werden, in erster Linie, wenn es darum geht, Arbeitshilfen für das Hilfeplanverfahren zu erstellen.

Profilbildung und Rollenklärung sind ebenso in der **konkreten Einzelfallarbeit** erforderlich, das heißt, wenn es um die Entwicklung und Umsetzung konkreter Hilfepläne geht, deutlich zu machen und zu klären, welche Funktion der Amtsvormund/der Amtspfleger in dem konkreten Fall hat. Diese Aufgabe und diese Funktion muss allen Beteiligten klar sein, dem Kind oder dem Jugendlichen, dem für die Leistungen verantwortlichen Sozialarbeiter/der Sozialarbeiterin im Jugendamt, der leistungserbringenden Ein-

richtungen oder den Pflegeeltern, den Eltern, auch wenn sie nicht mehr das Sorgerecht oder nur noch Teile des Sorgerechts haben.

In der Zusammenarbeit mit den **Familiengerichten** muss die Spezifik dieser Aufgabe verdeutlicht werden, einmal, was das Verhältnis zwischen Gericht und Amtsvormund und Amtspfleger angeht, zum zweiten aber auch die Aufgabenverteilung zwischen Vormundschaft/Pflegschaft und dem Jugendamt als Sozialleistungsbehörde. Dies gilt auch für den Umfang der Angelegenheiten, die auf den Vormund/Pfleger zu übertragen sind, damit er auch tatsächlich in der Lage ist, die notwendigen Entscheidungen treffen zu können. Das Paradebeispiel dafür ist die Praxis vieler Gerichte, nur das Aufenthaltsbestimmungsrecht zu übertragen und dabei die Frage völlig offen zu lassen, ob der Vormund oder Pfleger aufgrund dieser Übertragung auch berechtigt ist, Leistungen der Hilfen zur Erziehung in Anspruch zu nehmen.

c) Wir müssen diese Profilbildung und Rollenklärung auch auf anderen Ebenen unterstützen und begleiten durch **fachliche Empfehlungen** von **Landesjugendämtern**, von **kommunalen Spitzenverbänden**, von **überregionalen und bundesweiten Arbeitskreisen**. Ich weiß, dass sich Amtsvormünder/Amtspfleger in regionalen Arbeitskreisen organisieren. Vielleicht ist es sinnvoll und notwendig, dies auch über die Regionen hinaus, auf einer bundesweiten Ebene zu tun, weil, wie wir gesehen haben, viele Fragen nicht nur regionsspezifisch, sondern ganz grundsätzlich bedeutsam für diese Tätigkeit sind. Ich glaube auch, dass dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht hier eine wichtige, möglicherweise eine Schlüsselrolle zukommt. Einen weiteren Beitrag kann und wird die **Wissenschaft** dazu leisten. Ich erwähne noch einmal das Modellprojekt beim Institut für Soziale Arbeit, das wir aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes fördern.

d) Ich denke, auch die **Ausbildung** für die verschiedenen Berufe im Verwaltungsbereich, in der Sozialarbeit muss auch Bildungsinhalte für die Aufgaben der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft enthalten, damit Personen, die nachher in der Praxis tätig werden, damit nicht völlig überfordert sind oder gar keine Vorstellungen davon haben, was die Aufgabe von Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft ist.

**Ziel dieser Profilschärfung und Rollenklärung** ist nicht, ein Rangverhältnis zwischen Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft und den Sozialen Diensten herzustellen, sondern Verständnis für die unterschiedlichen Funktionen sowie Sensibilität dafür zu schaffen, dass es um eine partnerschaftliche, eine gleichberechtigte Zusammenarbeit zwischen den Sozialen Diensten und den Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften gehen muss. Es kann und darf also nicht um eine Rivalität gehen, sondern um eine sinnvolle und notwendige Ergänzung. Beide Dienste sind notwendig. Sie müssen zusammenarbeiten, um ein bestimmtes Ziel zu erreichen.

Vormund und Pfleger agieren als Elternersatz, ohne freilich Eltern im echten Sinn ersetzen zu können oder zu wollen. Die Eltern sind nur für „ihr“ Kind bis zur Volljährigkeit verantwortlich, während ein Amtsvormund/Amtspfleger eine Vielzahl von Kindern vor sich hat. Dennoch ist immer wieder diese Rückbesinnung auf die Elternfunktion wichtig, um sich für die eigene Aufgabenstellung als Amtsvormund/-pfleger zu vergewissern, was zu tun ist.

2.) Neben dieser Profilschärfung und Rollenklärung brauchen wir eine **fachliche Qualifizierung** und brauchen entsprechende **organisatorische Rahmenbedingungen**.

**Die verschiedenen Aufgaben**, wie persönliche Kontakte zu Mündeln, kontinuierliche Begleitung im Hilfeplanverfahren und im gesamten Hilfeprozess und natürlich auch die Bewältigung anderer, schwieriger rechtlicher Fragen **setzen eine Qualifikation in der Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft voraus**. Eigentlich sollen diese Personen Generalisten sein, sie sollen alles können, gleichzeitig sollen sie Spezialisten sein, sie sollen auf bestimmten Gebieten auch noch vertiefte Kenntnisse haben. Das wird in diesem Umfang nicht möglich sein. Niemand kann gleichzeitig Generalist und Spezialist sein. Dennoch kommen wir um eine ganzheitliche Betrachtungsweise nicht herum, aber es wird notwendig sein, dass man sich für bestimmte Fragen fachlich beraten kann, dass man bei anderen Instanzen Hilfe abrufen kann.

**Die Verbesserung der organisatorischen Rahmenbedingungen liegt in erster Linie in kommunaler Verantwortung.**

Viele von Ihnen haben von der „Ochsentour“ berichtet, die sie schon hinter sich haben. Mir ist vollkommen klar, dass diese „Ochsentour“, also der Versuch, vor Ort - möglicherweise als Einzelkämpfer - solche organisatorischen Verbesserungen durchzusetzen, nur begrenzt möglich ist. Es bringt auch nichts, wenn Sie Ihre ganze Arbeitskraft oder auch große Teile davon dafür einsetzen müssen, um organisatorische Verbesserungen zu erreichen. Das heißt, individuelles Engagement allein wird ganz sicher nicht ausreichen. Es muss durch Diskussionsprozesse in Fachgremien, durch wissenschaftliche Erkenntnisse - ich denke dabei wieder an unser Modellprojekt - und auch durch die begleitende Arbeit des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. unterstützt und begleitet werden. Darum brauchen wir Foren für den fachlichen Diskurs, Arbeitsgemeinschaften auf regionaler, überregionaler und bundesweiter Ebene. Das Deutsche Institut kann hier eine wichtige Aufgabenstellung leisten.

Wir brauchen nicht nur diese eine gemeinsame Fachtagung, wir brauchen einen kontinuierlichen Austausch, um zu sehen, welche Chancen und welche Hindernisse es bei der Umsetzung der Dinge, die wir hier entwickelt haben und die Sie sich vielleicht für die Umsetzung in der Praxis vornehmen, gibt. In einer späteren Tagung sollte man eine Zwischenbilanz ziehen, wie denn die Prozesse der Qualifizierung, der Profilbildung voran gegangen sind und welche Probleme es dabei gibt. Deshalb meine ich, dass diese Tagung eigentlich nur der Beginn eines längerfristigen Diskussionsprozesses sein kann.

Das Bundesministerium, das ich hier vertrete, wird diesen Prozess einer weiteren Qualifizierung konstruktiv begleiten, ich verweise noch einmal auf das Modellprojekt. Ich bin gespannt auf die Ergebnisse dieses Projekts, sie werden in einem geeigneten Rahmen vorgestellt werden. Ich könnte mir auch als ein Ergebnis der Diskussion vorstellen, dass wir von Bundeseite eine Broschüre veröffentlichen, die die Aufgaben der Amtsvormundschaften/Amtspflegschaften für die Allgemeinheit, für die Politik, für betroffene Eltern, für Fachkräfte verdeutlicht, um auch durch diese Öffentlichkeitsarbeit die komplexen Aufgaben der Amtsvormundschaft/-pflegschaft bekannter zu machen. Um nicht gleich wieder Eifersucht zu wecken, wäre auch zu überlegen, eine Broschüre über alle Aufgaben der Jugendämter zu entwickeln. Es kommt mir darauf an, deutlich zu machen, auch von der Bundesebene wollen wir durch Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass

die unterschiedlichen Aufgaben in den Jugendämtern bekannter und deutlicher werden, was hoffentlich dann auch Ihre Arbeit vor Ort und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Diensten erleichtert.

Bevor ich meine Ausführungen abschließe, möchte ich Sie fragen, ob Sie mir noch Fragen und Wünsche mitgeben möchten, sei es, dass ich bestimmte Aspekte übersehen habe oder dass einige Aspekte zu kurz gekommen sind, von denen Sie meinen, dass sie hier und jetzt benannt werden sollten. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. Ansonsten gibt es noch andere Möglichkeiten, miteinander im Kontakt zu bleiben.

Gestern hatte ich den Gedanken geäußert, von hier aus eine Resolution an die kommunalen Spitzenverbände zu übermitteln. Im Verlauf der Tagung habe ich jedoch den Eindruck gewonnen, dass hier kein spontanes Bedürfnis dazu bestand, den Vorschlag im Augenblick weiter zu verfolgen. Das bedeutet ja nicht, dass man ihn nicht an anderer Stelle, bei einer anderen Gelegenheit noch einmal aufgreifen könnte.

Abschließend möchte ich es nicht versäumen, meinerseits für die Vorbereitung und für die Durchführung dieser Tagung beiden Institutionen zu danken: dem Verein für Kommunalwissenschaften hier in Berlin und dem Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht in Heidelberg. Mir selbst hat es Spaß gemacht und auch nach mehr als 26 Jahren Beschäftigung mit Rechtsfragen der Jugendhilfe hatte ich wieder eine Menge dazugelernt. Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihr Interesse und Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.

## Literaturhinweise

**Aufbauorganisation des Jugendamtes. Übertragung von Amtsvormundschaften auf den ASD; Zusammenlegung der Sachgebiete Unterhaltsvorschuss, Sozialhilfe und Urkundsstelle zu einer gemeinsamen Unterhaltsabteilung.**

**DIJuF-Rechtsgutachten vom 10.08.2000 - J 2.120 My/Kn.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 9; S. 747-753

Brandenburg, Landesjugendamt

**Hinweise zu Aufgabenstrukturen und Verfahrensweisen auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens.**

Landesjugendamt Info, Potsdam; (1996); Nr. 5, S. 26-36

Dresden, Dezernat Kultur, Jugend und Sport, Jugendamt (Hrsg.)

**Die Zukunft der Amtsvormundschaften im Jugendamt.**

**Bundesweite Fachtagung vom 22. - 24. März 2000 in Dresden.**

Dresden (2000)

**Dresdner Erklärung, verabschiedet auf der Fachtagung „Die Zukunft der Amtsvormundschaften“ vom 22. bis 24. März 2000 in Dresden.**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 5; S. 437-440

Hansbauer, Peter

**Aktuelle Probleme in der Amtsvormundschaft/-pflegschaft und Perspektiven zu ihrer Überwindung.**

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 85 (1998); Nr. 12; S. 496-503

Hauser, Gabi

**Keine Kostenerstattung bei Personalunion von Amtsvormund und Fachkraft im ASD.**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 75 (2002); Nr. 1; S. 6-8

Institut für Soziale Arbeit e.V. -ISA-, Münster

**Bundesweite Befragung der Jugendämter zur Praxis der Vormundschaft/Pflegschaft.**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 74 (2001); Nr. 6; S. 273-274

Kaufmann, Ferdinand

**Das Jugendamt als Vormund und als Sozialleistungsbehörde - Probleme der Doppelfunktion. Zugleich ein Beitrag zur Kritik an jugendamtsinternen Organisationsstrukturen.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Vormundschaftswesen e.V.; 71 (1998); Nr. 6; S. 481-492

Kinder haben Rechte e.V., Münster

**Qualitätsentwicklung im Bereich Vormundschaften und Pflegschaften.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 6 (2000); Nr. 5; S. 290

Klinkhardt, Horst

**Zur Zulässigkeit einer organisatorischen Koppelung von Amtsvormundschaft und Wirtschaftlicher Jugendhilfe.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 4; S. 295-298

Kohler, Matthias

**Leitsätze für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften im Stadtjugendamt Mannheim.**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 75 (2002); Nr. 1; S. 8-9

Kohler, Mathias

**Kindschaftsrechtsreform - Anreiz zu kollegialer Begehrlichkeit im Jugendamt?**

In: Kind-Prax (Kindschaftsrechtliche Praxis),  
Köln: Bundesanzeiger; 1 (1998); Nr. 4; S. 104-105

Kohler, Mathias

**Welchen „Wert“ haben die Amtsvormünder?**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 9; S. 729-736

Kriener, Martina (Hrsg.); Petersen, Kerstin (Hrsg.)

**Beteiligung in der Jugendhilfepraxis. Sozialpädagogische Strategien zur Partizipation in Erziehungshilfen und bei Vormundschaften.**

Münster: Votum (1999); 296 S.; ISBN 3-933158-15-X

Loos, Julia

**Zum Erfahrungsbericht der Fachabteilung Amtsvormundschaft und Kindschaftssachen des Amtes für Jugend und Familie, Chemnitz.**

In: Kind-Prax (Kindschaftsrechtliche Praxis),  
Köln: Bundesanzeiger; 4 (2001); Nr. 2; S. 51-52

Marquardt, Edith; Zietal, Hanni

**Amtsvormundschaft/-pflegschaft als persönliche Verantwortung gegenüber dem Kind oder Jugendlichen.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 17-20

Münder, Johannes; Mutke, Barbara; Schone, Reinhold

**Kindeswohl zwischen Jugendhilfe und Justiz. Professionelles Handeln in Kindeswohlverfahren.**

Münster: Votum (2000); 382 S.; ISBN 3-933158-49-4

Neckar-Odenwald-Kreis, Jugendamt

**Zuständigkeitsabgrenzung zwischen dem sozialpädagogischen Bereich und dem Fachgebiet Amtsvormundschaft bei der gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben als Sozialleistungsträger und als Amtsvormund.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 9; S. 745-748

**Nicht Rivalität, sondern Miteinander ist gefragt. Bericht zur Tagung „Das Verhältnis von Sozialen Diensten und Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft im Jugendamt“.**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 74 (2001); Nr. 11; S. 528-529

Oberloskamp, Helga (Hrsg.)

**Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige.**

2., vollst. überarb. Aufl.

München: Beck (1998); 510 S.; ISBN 3-406-43927-6

Opitz, Jutta

**Amtsvormundschaft und Soziale Dienste – miteinander, gegeneinander oder wie?**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 74 (2001); Nr. 7-8; S. 315-322

Opitz, Jutta

**Forschungsprojekt Sicherung des Kindeswohls zwischen Jugendhilfe und Justiz unter dem Aspekt der Führung der Amtsvormundschaften durch das Jugendamt.**

In: Zentralblatt für Jugendrecht, Köln: Heymanns; 86 (1999); Nr. 7/8; S. 284-285

**Organisation des JA; Vormundschaftsrecht. Verhältnis von ASD und Amtsvormundschaft; Führung einer Vermögenssorgepflegschaft durch das JA. § 55 SGB VIII, §§ 1779, 1791 b BGB.**

**DIJUF-Stellungnahme vom 19.06.2001 – J 2.120 My**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 74 (2001); Nr. 7-8; S. 352-353

Petersen, Kerstin

**Bestellte Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften: Möglichkeiten einer am Mündel orientierten Praxisentwicklung.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 4-11

Raack, Wolfgang

**Freiberufliche Berufsvormünder als Alternative zur Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 20-22

Reichel, Monika

**Wie sprechen wir unsere „Kunden“ an?**

In: Das Jugendamt, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 75 (2002); Nr. 1; S. 9-11

Reichel, Monika; Trittel, Heidrun

**Beratung und Unterstützung nach §§ 18 und 52 a KJHG in der Praxis. Ein Erfahrungsbericht der Fachabteilung Amtsvormundschaft und Kindschaftssachen des Amtes für Jugend und Familie Chemnitz.**

In: Kind-Prax (Kindschaftsrechtliche Praxis), Köln: Bundesanzeiger; 3 (2000); Nr. 4

Rüting, Wolfgang

**Wir reden mit! Eine Zukunftswerkstatt mit Mündeln.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 12-16

Sachsen, Landesjugendamt

**Empfehlungen des Sächsischen Landesjugendamtes zur Stellung und zum Wirkungsbereich eines Amtsvormundes/Amtspflegers (verabschiedet vom Landesjugendhilfeausschuß in seiner Sitzung am 3.12.1997).**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 2; S. 93-105

Stadtjugendamt Mannheim

**Zuständigkeits-, Abgrenzungs- und Kooperationsregeln zwischen der Amtsvormundschaft (Abt. 51.2) und den Sozialen Diensten (Abt. 51.4).**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 9; S. 735-744

**Themenheft: Vormundschaft im Wandel.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 2-27

Thüringen, Landesjugendamt

**Arbeitsorientierungen des Landesjugendamtes Thüringen zu den Aufgabenbereichen Beistandschaften, Pflegschaften und Vormundschaften.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Vormundschaftswesen e.V.; 72 (1999); Nr. 3; S. 191-204

Überregionaler Arbeitskreis der Amtsvormünderinnen und Amtsvormünder (Nordrhein-Westfalen)

**Das Leistungsprofil der Amtsvormünderin und des Amtsvormundes. Arbeits- und Orientierungshilfe. Stand: 26.4.1999.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Vormundschaftswesen e.V.; 72 (1999); Nr. 7-8; S. 545-563



Wiesner, Reinhard

**Das Vormundschaftswesen und die Jugendhilfe. Anmerkungen zu einem besonderen Verhältnis.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 1; S. 5-12

Wöll, Lisa

**Freiberufliche Berufsvormünder als Alternative zur Amtsvormundschaft/Amtspflegschaft.**

In: Forum Erziehungshilfen, Münster: Votum; 5 (1999); Nr. 1; S. 22-27

Wolf, Christa

**Amtsvormundschaft und Allgemeiner Sozialer Dienst. Abgrenzung und Zusammenarbeit bei der Gewährung von Hilfe zur Erziehung.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Vormundschaftswesen e.V.; 70 (1997); Nr. 11/12; S. 877-894

Wolf, Christa

**Der Amtsvormund im Jugendamt.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 4; S. 283-294

Wolf, Christa

**Die Zukunft des Amtsvormundes im Jugendamt. Bericht über eine Tagung (vom 22.- 24. März 2000) in Dresden.**

In: Kind-Prax (Kindschaftsrechtliche Praxis), Köln: Bundesanzeiger; 3 (2000); Nr. 3; S. 86-88

Zenz, Gisela

**Das Mündel und sein Vormund. Rechtliche Überlegungen zur Zukunft der Vormundschaft.**

In: Der Amtsvormund, Heidelberg: Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.; 73 (2000); Nr. 5; S. 365-376

Arbeitsgruppe Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften  
der Jugendämter in Baden-Württemberg  
- AG AV BaWü -

\*\*\*\*\*

M U S T E R

**Kooperationsvereinbarung zwischen den Arbeitsbereichen  
Amtsvormundschaften / Amtspflegschaften  
und dem Sozialen Dienst**

Der Soziale Dienst und die Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft haben unterschiedliche Rollen und Aufgaben. Der Soziale Dienst (SD) handelt als Vertreter des Jugendamts (öffentlich-rechtlich). Der Amtsvormund (AV) handelt ausschließlich als gesetzlicher Vertreter des Kindes oder Jugendlichen (privatrechtlich).

**1. Rollenabgrenzung**

Der **Soziale Dienst** informiert und berät im Rahmen von Vermittlung und Begleitung von Hilfen zur Erziehung den Personensorgeberechtigten (Amtsvormund), die Personensorgeberechtigten (Amtspfleger und Eltern) über die Hilfemöglichkeiten, klärt den Bedarf sowie welche Hilfe notwendig und am geeignetsten ist, beachtet das Wunsch- und Wahlrecht, initiiert das Genehmigungsverfahren und begleitet die Hilfe im Rahmen von Hilfeplanung.

Der **Amtsvormund** nimmt die Stelle des bisherigen Personensorgeberechtigten ein und ist deshalb in allen Verfahren den Eltern gleichzustellen. Bei allen Fragen, Themenbereichen und Tätigkeiten, bei denen in der Regel die Eltern gehört und hinzugezogen werden, ist anstelle der Eltern der Amtsvormund oder Amtspfleger zu informieren und zu beteiligen.

Der Vormund hält von sich aus Kontakt zu seinem Mündel in der Regel in dessen gewohnter Umgebung, steht als Ansprechpartner zur Verfügung und pflegt Kontakte mit allen Beteiligten, wie z.B. Schule, Heim, Pflegeeltern, um seine Aufgabe im Interesse des Mündels auszuüben. Die persönlichen Kontakte zwischen Vormund und dem Kind oder Jugendlichen finden unabhängig von den Hilfeplangesprächen statt.

**2. Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren**

Der Soziale Dienst ruft in Verfahren wegen Gefährdung des Kindeswohls das Familiengericht an. Sofern im Antrag an das Familiengericht vorgeschlagen werden soll die elterliche Sorge ganz oder teilweise zu entziehen, informiert der SD die AV. Der Vormund soll dadurch die Möglichkeit erhalten Vorstellungen, Ideen und rechtliche

Gesichtspunkt einzubringen. Aus datenschutzrechtlichen Gründen erfolgt keine Namensnennung.

Der Soziale Dienst prüft, ob es im Umfeld jemanden gibt, der oder die als Einzelvormund in Frage kommt. Gegebenenfalls teilt der Soziale Dienst dem Familiengericht mit, dass kein Einzelvormund zur Verfügung steht. Der Vorschlag, das Jugendamt zum Vormund zu bestellen oder die Erklärung die BPV / BAV sei bereit die Vormundschaft oder Pflegschaft zu übernehmen, unterbleibt.

Die Stellungnahme des Jugendamts zur Geeignetheit eines Einzelvormundes wird vom SD abgegeben.

Ist absehbar, dass das Familiengericht den Eltern die elterliche Sorge oder Teile der elterlichen Sorge entziehen wird und ist eine Unterbringung des Kindes oder Jugendlichen außerhalb der Herkunftsfamilie erforderlich, ist der künftige Vormund bei der Auswahl der Pflegefamilie / Jugendhilfeeinrichtung zu beteiligen.

Wird das Jugendamt zum Vormund oder Pfleger bestellt, geht das Original des Familiengerichtsbeschlusses an die BPV / BAV, die Kopie verbleibt in den Unterlagen des Sozialen Dienstes. Die BPV / BAV erhält dann außerdem vom Sozialen Dienst den Schriftverkehr an das Familiengericht im Kontext des familiengerichtlichen Verfahrens.

Ist ein Amtsvormund / Amtspfleger bestellt und wird deutlich, dass ein Einzelvormund doch zur Verfügung steht, kann die BPV / BAV einen Antrag beim Familiengericht auf Entlassung stellen. Der Soziale Dienst wird dann zur Stellungnahme zur Eignung des Einzelvormunds aufgefordert.

Berichte über die persönlichen und finanziellen Verhältnisse des Mündels (§ 1840 BGB) werden von den MitarbeiterInnen der BPV / BAV erstellt.

Stellungnahmen an das Familiengericht zur Frage der weiteren Notwendigkeit einer Amtsvormundschaft / Amtspflegschaft (§ 1696 BGB i.V. m. § 166 FamFG), werden vom Sozialen Dienst in Abstimmung mit der AV abgegeben. Die BPV / BAV erhält eine Kopie der jeweiligen Stellungnahme.

Sind gerichtliche Maßnahmen nach § 1631 b BGB erforderlich (Genehmigung der geschlossenen Unterbringung) erfolgt die Antragstellung durch den Inhaber des Aufenthaltsbestimmungsrechts. Die fachliche Stellungnahme dazu erstellt der SD und stellt sie dem Vormund zur Verfügung.

### **3. Beteiligung des Mündels an der Auswahl der Person des Vormunds**

Die Beteiligung des Mündels an der Auswahl der Person des Vormundes ist gemeinsame Aufgabe von AV und SD. Der SD stellt dem Mündel den in Frage kommenden Amtsvormund in geeigneter Weise vor.

### **4. Hilfen zur Erziehung**

Der Amtsvormund / Amtspfleger beantragt ggf. die Hilfe Dritter (z.B. HzE) und holt sich bei internen oder externen Fachkräften Beratung und Unterstützung; er / sie kooperiert eng mit dem Sozialen Dienst und der Wirtschaftlichen Jugendhilfe. Bei möglicherweise entstehenden Interessenkollisionen hat für den Vormund das Mündelinteresse Vorrang.

Wenn der Amtsvormund / Amtspfleger eine Hilfe zur Erziehung beantragt, wird diese im Fachteam besprochen bzw. deren pädagogischen Notwendigkeit geprüft. Dem Amtsvormund wird die Möglichkeit zur Teilnahme am Fachteam gegeben, bzw. seine Meinung im Vorfeld erfragt. Der / die Kolleg/in der BPV / BAV entscheidet selbst, ob er oder sie am Fachteam teilnimmt.

Der Soziale Dienst ist verantwortlich für die Organisation und Terminierung der Hilfeplangespräche. Die Amtsvormund / Amtspfleger nimmt an Hilfeplangesprächen teil. Der Amtsvormund oder Amtspfleger ist Beteiligter in der Hilfeplanung, Termine für HPGs sind deshalb rechtzeitig mit dem Amtsvormund / Amtspfleger abzustimmen. Wünscht einer der Beteiligten aus dringenden Gründen einen außerordentlichen Hilfeplantermin, ist dieser innerhalb von sechs Wochen umzusetzen. Der Amtsvormund erhält wie alle anderen Beteiligten eine Kopie des Hilfeplans.

Sieht der Vormund im Rahmen seiner Verantwortung für die Pflege und Erziehung des Kindes oder Jugendlichen einen zusätzlichen oder weitergehenden Förderbedarf, teilt er dies dem Sozialen Dienst mit, erhält entsprechende Beratung und Unterstützung und beantragt gegebenenfalls entsprechende Leistungen der Jugendhilfe. Der Vormund erhält den Bescheid über die beantragte Leistung.

Der Vormund wird in der Regel in die Entscheidung über zusätzliche oder weitergehende Förderung einbezogen.

## **5. Entscheidungen über Aufenthalt etc.**

Ist ein Amtsvormund oder Amtspfleger bestellt, so entscheidet dieser über sämtliche Angelegenheiten, die von seinem jeweiligen Wirkungskreis abgedeckt sind. Dazu zählt insbesondere die Entscheidung über den Aufenthalt eines Mündels. Der Amtsvormund / Amtspfleger kann für diese Entscheidung die fachliche Einschätzung des Sozialen Dienstes abfragen.

## **6. Beratung und Unterstützung von Pflegern und Vormündern**

Die Aufgabe der Beratung und Unterstützung von Einzelpersonen, die als Pfleger oder Vormund bestellt wurden, wird von der BPV/BAV wahrgenommen.

## **7. Amtshilfe etc.**

Unabhängig davon, welche Person, Berufsgruppe oder Institution ein Amtshilfeersuchen an das Jugendamt (oder einen Fachbereich des KJA) richtet, wird dieses entsprechend der vorstehenden Aufgabenverteilung weitergeleitet und vom jeweiligen Fachbereich beantwortet.

## **8. Hospitationen:**

Gegenseitige Hospitationen sind notwendig. Sie dienen dem gegenseitigen kennen lernen, geben Einblick in die jeweiligen Dienstleistungsangebote und fördern die künftige Zusammenarbeit.

## **9. Kooperationstreffen:**

Zwischen den verschiedenen Diensten des Jugendamts, Sozialer Dienst, Sonderdienste (z.B. Pflegekinderdienst, ambulanter Dienst, Frühe Hilfen) und dem Vormund / Pfleger finden regelmäßige Kooperationstreffen statt.

---

Wenn im vorstehenden Text vom Amtsvormund (Vormund) die Rede ist, ist immer auch der Amtspfleger (Pfleger) gemeint.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mein Name ist Carolin Wachter und ich studiere derzeit Public Management an der Hochschule für Verwaltung und Finanzen in Ludwigsburg.

In meiner jetzigen Praxisphase des Studiums verfasse ich meine Bachelorarbeit zu dem Thema:

„Grenzen der Amtsvormundschaft - Ehrenamtliche Einzelvormundschaft als Alternative für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer?“

Ein aktuelles und spannendes Thema wie ich finde, wofür ich Sie um Ihre Mithilfe bitten möchte.

Ich habe zu diesem Thema einen Fragebogen erstellt, den ich in an die Jugendämter in Baden-Württemberg verteilt habe. Ziel ist es, ein umfassendes Bild über die derzeitige Situation in den Jugendämtern zu erhalten, um positive Entwicklungen zu identifizieren und etwaige Entwicklungspotentiale aufzudecken.

Über den untenstehenden Link gelangen Sie zu meinem Fragebogen, den Sie dort bequem beantworten können. Der Zugang ist für Sie bis zum 22.07.2016 freigeschaltet.

Hier geht es zur Umfrage: <https://www.umfrageonline.com/s/96927bc>

Mit der Teilnahme an meiner Umfrage würden Sie mir sehr weiterhelfen, da das Gelingen meiner Arbeit zum großen Teil auch von Ihrer Teilnahme abhängt. Aber auch für Sie besteht ein potentieller Nutzen, denn Sie können aus den Ergebnissen der Umfrage (die ich Ihnen sehr gerne zu Verfügung stellen werde) Ihre Rückschlüsse ziehen.

Bei Fragen, Anregungen oder Rückmeldungen können Sie mich gerne kontaktieren.

Ich freue mich auf Ihre Teilnahme und auf eine gute Zusammenarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

Carolin Wachter

Studentin Bachelor of Arts Public Management

Tel: 01629680987

E-Mail: CaroW8@web.de



## **Grenzen der Amtsvormundschaft - Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft als Alternative für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer?**

### **Willkommen**

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen, an meiner Umfrage teilzunehmen.

Die Umfrage dient als empirische Datenerhebung für meine Bachelorarbeit zum Thema: "Grenzen der Amtsvormundschaft - Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft als Alternative für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer?"  
Durch diese Umfrage sollen positive Entwicklungen identifiziert und etwaige Entwicklungspotentiale des Vormundschaftswesens, vor allem in Hinsicht auf das Ehrenamt, aufgedeckt werden.

Die Teilnahme an diesem Fragebogen findet anonym statt, Ihre persönlichen Daten werden nicht erfasst.

Ich freue mich über eine rege Teilnahme und bedanke mich herzlich bei Ihnen für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Carolin Wachter  
Studentin Bachelor of Arts Public Management  
Tel: 01629680987  
E-Mail: [CaroW8@web.de](mailto:CaroW8@web.de)

### **Zahlen und Daten**

**Wie viele Vormundschaften führen Sie im Landkreis/Stadtkreis insgesamt?**

**Wie viele davon werden für UMA geführt?**













**Welche Vormundschaften werden für UMA gewählt?**

Mehrfachnennungen sind möglich.

- ☐ Ehrenamtliche Einzelvormundschaft
- ☐ Einzelvormundschaft durch Verwandte des Mündels
- ☐ Vereinsvormundschaft
- ☐ Berufsvormundschaft
- ☐ Amtsvormundschaft

**Wo sind die UMA in Ihrem Landkreis/Stadtkreis untergebracht?**

Bitte bringen Sie die Unterbringungsmöglichkeiten in die für Sie passende Reihenfolge.  
Beginnen Sie mit der häufigsten Unterbringungsform.

-    betreutes Jugendwohnen
-    Heimunterbringung
-    Pflege- und Gastfamilien
-    Gemeinschaftsunterkunft
-    Pensionen
-    Sonstiges



## Projekte zur Gewinnung von Ehrenamtlichen

Sind im Landkreis/Stadtkreis ehrenamtliche Einzelvormünder für UMA bestellt?

- ☐ ja
- ☐ nein

Sind im Landkreis/Stadtkreis ehrenamtliche Einzelvormünder für Minderjährige zum Vormund bestellt?  
(UMA sind nicht mit inbegriffen)

- ☐ ja
- ☐ nein

Haben Sie vor, den Einsatz von ehrenamtlichen Einzelvormündern für UMA zu fördern?

Wenn ja, in welcher Form?

Wenn nein, warum nicht?

## Organisationsstrukturen in den Jugendämtern

Wie ist das Tätigkeitsfeld der Vormundschaften in Ihrem Amt organisiert?

- ☐ durch Mischarbeitsplätze (Vormundschaften, Pflegschaften und oder Beistandschaften)
- ☐ durch spezialisierte Arbeitsplätze (nur Vormundschaften)
- ☐ Sonstiges:

### Welche Studiengänge wurden von den Amtsvormündern absolviert?

Bitte geben Sie den jeweiligen prozentualen Anteil an.

verwaltungsrechtliches Studium

sozialpädagogisches Studium

weitere Professionen

### In welchen Fachbereichen besuchen die Vormünder in Ihrem Landkreis/Stadtkreis Fortbildungen und Tagungen?

Mehrfachnennungen sind möglich.

☐

Pädagogik

☐

Vormundschaftsrecht

☐

Asyl- und Ausländerrecht

☐

Verwaltungsrecht

☐

Sonstiges:

### Unterstützen Sie den Besuch von Fachvorträgen der örtlichen freien Träger durch Anrechnung als Arbeitszeit?

☐

ja

☐

nein

### Personalengpässe/-fluktuation

Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) sind in Ihrem Amt derzeit für die Vormundschaften vorhanden?

**Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) wurde seit Anfang 2015 in der Vormundschaft aufgestockt/geschaffen?**

**Aus welchem Grund haben Sie Ihre Stellen aufgestockt?**

Mehrfachnennungen sind möglich.

- ☐ Zunahme von UMA
- ☐ Sonstige Zunahme an Vormundschaften
- ☐ aufwendigere Fallbearbeitung
- ☐ Sonstiges

**Wie lange sind Ihre Mitarbeiter schon als Vormund tätig?**

Bitte geben Sie zu Ihren Angaben den jeweiligen prozentualen Anteil an.

0-4 Jahre	<input type="text"/>
5-9 Jahre	<input type="text"/>
10-14 Jahre	<input type="text"/>
länger als 14 Jahre	<input type="text"/>

## Wechsel der Vormünder und Auswirkungen auf die Beziehung zu den Mündeln

Aus welchen Gründen werden in Ihrem Jugendamt die Vormünder für ein UMA gewechselt?

Mehrfachnennungen sind möglich.

☐ Wohnortwechsel der UMA innerhalb des Landkreises/Stadtkreises

☐ Ausfall von Kollegen

☐ Ausscheiden von Kollegen

☐ Einstellungen

☐ Spezialisierung der Vormünder auf ein bestimmtes Rechtsgebiet

☐ es werden keine Wechsel vorgenommen

☐ Sonstiges:

**Der monatliche Kontakt zwischen Vormund und Mündel (bitte berücksichtigen Sie hier nur UMA) reicht aus, um die Aufgabenerfüllung des Vormunds zu gewährleisten.**

☐ ja, bei allen

☐ bei den meisten

☐ nur bei wenigen

☐ nein, bei keinem

# Kommunikation und Umgang

## Kommunikation und Umgang

ja, immer                      meistens                      selten                      nein, nie

Durch die verminderten Sprachkenntnisse der UMA entstehen Schwierigkeiten in der Kommunikation, die die Arbeit des Vormunds erschweren.

☐☐☐☐

Dolmetscher können im Regelfall bestellt werden, sodass ein Gespräch zwischen Vormund und Mündel möglich gemacht wird.

☐☐☐☐

Traumatische Erlebnisse der UMA können durch die Gespräche mit ihnen erkannt und die notwendigen Behandlungen veranlasst werden.

☐☐☐☐

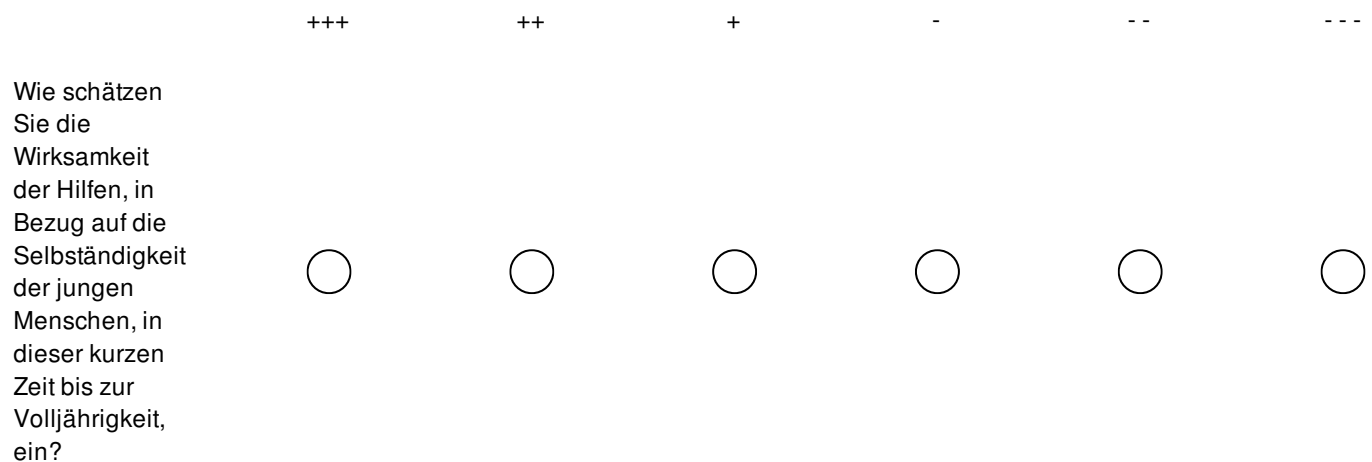
## Zukunftsperspektiven - Wirkungspotential der Hilfeleistungen bei UMA, die kurz vor der Volljährigkeit stehen

Wie bereiten Sie die UMA auf ihre Volljährigkeit vor?

Mehrfachnennungen sind möglich.

- ☐ Gespräch mit dem Mündel, dem Vormund und dem sozialen Dienst, zu dessen Perspektivenklärung und möglichen Antragstellungen.
- ☐ Die weiteren Schritte im Asylverfahren, falls dieses noch nicht abgeschlossen ist.
- ☐ weitere Begleitung der jungen Menschen durch Ehrenamtliche.
- ☐ sonstige Maßnahmen:

### Zukunftsperspektiven



Die jungen Menschen bräuchten auch nach der Volljährigkeit Unterstützung durch einen Dritten.

- ☐ ja, alle
- ☐ die meisten
- ☐ die wenigsten
- ☐ nein, keiner

**Wie viele UMA stellen nach Erreichen der Volljährigkeit einen Antrag auf Hilfen für junge Volljährige?**

 %

**Der Weg zur weiteren Schulbildung/Ausbildung ist nach der Volljährigkeit geebnet.**

☐ ja, immer

☐ meistens

☐ selten

☐ nein, nie

### **Ihre Einschätzung**

**Sehen Sie noch weitere Entwicklungspotentiale, um die optimale Versorgung der UMA sicherzustellen?**

**Sehen Sie noch weitere Potentiale durch das Ehrenamt?**

**Gerne können Sie hier Möglichkeiten, Ideen oder auch Kritik zum Ausdruck bringen.**

**» Umleitung auf Schlussseite von Umfrage Online**

26.01.16 | Flüchtlinge

## Zahl der unbegleiteten jungen Migranten verdoppelt

Unbegleitete minderjährige Ausländer tauchen meist nicht in der Asylstatistik auf. In einem Jahr haben sich die Zahlen auf mehr als 67.000 verdoppelt. CDU-Fraktionsvize Kretschmer warnt vor hohen Kosten. Von [Marcel Leubecher](#)



Foto: dpa

Ein 16-jähriger Flüchtling aus Eritrea am Fenster seines Zimmers in einer Wohngruppe für unbegleitete minderjährige Ausländer

Deutschlandweit befinden sich 67.194 unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in Obhut der Jugendhilfe, alleine in den Wochen zwischen dem 1. November und dem 18. Januar kamen 21.301 junge Ausländer in die Zuständigkeit eines Jugendamtes, wie das Bundesverwaltungsamt der "Welt" mitteilte. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2014 nahmen die Jugendämter 11.642 unbegleitete Ausländer in Obhut, 2008 waren es erst 1099.

"Die Zahlen der unbegleiteten minderjährigen Ausländer

(Link: <http://www.welt.de/themen/minderjaehrig-fluechtlinge/>) haben sich in einem Jahr mehr als verdoppelt, wir haben es mit einem Phänomen zu tun, das sich von alleine nicht auflösen wird", sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Kretschmer, der "Welt".

Mit Blick auf die sich seit November hinziehenden Verhandlungen der großen Koalition zum Asylpaket II (Link: <http://www.welt.de/148978757>) sagte der CDU-Fraktionsvize: "Viele Jugendliche werden vorgeschickt, um die Familie nachzuholen. Deswegen hoffe ich, dass im noch nicht beschlossenen zweiten Asylpaket der Familiennachzug für subsidiär Schutzbedürftige ausgesetzt wird. Um das Geschäftsmodell mit den minderjährigen unbegleiteten Ausländern zu unterbinden, muss der Familiennachzug auch für diese Personengruppe in der Zukunft unmöglich gemacht werden."

### Jugendliche werden nach fester Quote verteilt

Flüchtlingsorganisationen und Sozialarbeiter verweisen hingegen auf die besondere Schutzverpflichtung des Staates gegenüber Kindern und Jugendlichen, die ohne Eltern oder Verwandte nach Deutschland kommen.

Seit November regelt ein neues Verfahren die Unterbringung und Betreuung der unbegleiteten minderjährigen Ausländer in Deutschland. Nach einer kurzen Inobhutnahme



am Ort der Erstaufnahme werden sie wie die Erwachsenen nach einer festen Quote auf die Bundesländer verteilt. In der Asylstatistik tauchen die meisten UMA nicht auf, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ([Link: http://www.welt.de/themen/bamf/](http://www.welt.de/themen/bamf/)) teilte der "Welt" mit, dass 2015 nur 14.439 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einen Asylantrag stellten, davon waren 13.183 männlich.

"Während eine Asylantragstellung früher als der einzige Weg galt, ein vorläufiges Aufenthaltsrecht (für die Dauer des Asylverfahrens) zu bekommen, raten soziale Dienste und Nichtregierungsorganisationen, die sich mit unbegleiteten Minderjährigen befassen, heute mitunter von einer Asylantragstellung ab, da es Minderjährigen oft schwerfällt, Asylgründe geltend zu machen beziehungsweise nachvollziehbar vorzutragen", erklärte das BAMF auf Anfrage der "Welt".

Auch das Bundesamt gehe "im Sinne des Kindeswohls davon aus, dass es in vielen Fällen sinnvoll sein kann, Minderjährigen die belastende Situation eines möglicherweise erfolglosen Asylverfahrens zu ersparen", teilte das BAMF mit.

Ein Grund für den Verzicht auf einen Asylantrag besteht darin, dass Minderjährige im Gegensatz zu volljährigen Migranten und Flüchtlingen auch ohne Asylantrag versuchen können, Abschiebungsverbote geltend zu machen und so – zumindest vorübergehend – in Deutschland bleiben zu dürfen.

### **Kosten von bis zu 60.000 Euro pro Jahr**

Nicht nur aus diesem Grund versuchen auch einige volljährige Migranten und Flüchtlinge, als UMA eingestuft zu werden. Denn von der Frage, ob jemand tatsächlich noch minderjährig und ohne Begleitung von Eltern oder nahen Verwandten nach Deutschland gekommen ist, hängt letztlich ab, ob er von umfangreichen im Sozialgesetzbuch geregelten Hilfen profitiert oder wie alle übrigen Asylsuchenden in eine Massenunterkunft zurückgeschickt wird. Deswegen entscheidet sich bei den sich häufig lange hinziehenden Altersfeststellungen auch, ob der Staat deutlich mehr Geld ausgeben muss als für einen durchschnittlichen Flüchtling.

Nach verschiedenen Berechnungen schlägt die Unterkunft, die Verpflegung, die ärztliche Versorgung und ein kleines Taschengeld für einen erwachsenen Asylbewerber mit nur 1000 Euro im Monat zu Buche; darin sind Ausgaben für Deutschkurse, neue Planstellen in Ämtern und spätere Abschiebungen jedoch nicht enthalten. Je nach Bundesland koste "einer dieser Jugendlichen zwischen 40.000 und 60.000 Euro pro Jahr. Wir können es nicht zulassen, bald 100.000 Jugendliche aus dem Ausland auf diese Weise finanziell zu betreuen", sagt Kretschmer.

Minderjährige, die unbegleitet nach Deutschland einreisen, werden jetzt meist als UMA und nicht mehr als unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) betrachtet. Das Bundesfamilienministerium begründet die neue Bezeichnung damit, dass bei der Einreise keineswegs erwiesen sei, ob es sich bei den Jugendlichen um Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention oder um aus anderen Gründen eingereiste Migranten handle.

© WeltN24 GmbH 2016. Alle Rechte vorbehalten

**DIE WELT**

JETZT MIT



**SPOTIFY KOSTENLOS**

Anlage 30:

		1. Wie viele Vormundschaften führen Sie im Landkreis/Stadtkreis insgesamt?				2. Wie viele davon werden für UMA geführt?			
_Antwort-ID	Resume-Code			_Antwort-ID	Resume-Code			Prozentsatz	
27289310	b37aa5c	134		27289310	b37aa5c	42		31,34	%
27467707	d5fe52d	269		27467707	d5fe52d	104		38,66	%
27407820	5048bf0	125		27407820	5048bf0	53		42,40	%
27566657	ecd4473	50		27566657	ecd4473	22		44,00	%
27236984	7122aa5	479		27236984	7122aa5	230		48,02	%
27236969	a3923c4	226		27236969	a3923c4	111		49,12	%
27236950	a8d8c62	385		27236950	a8d8c62	196		50,91	%
27575949	f308a17	55		27575949	f308a17	28		50,91	%
27237094	fcc41ff	190		27237094	fcc41ff	100		52,63	%
27251198	e46d4db	193		27251198	e46d4db	104		53,89	%
27506299	da4142f	149		27506299	da4142f	85		57,05	%
27453560	218cb5b	150		27453560	218cb5b	89		59,33	%
27237941	b442079	230		27237941	b442079	138		60,00	%
27238003	194892a	500		27238003	194892a	300		60,00	%
27256339	8ac54cd	120		27256339	8ac54cd	72		60,00	%
27521333	c31137a	73		27521333	c31137a	44		60,27	%
27371775	4aacd43	417		27371775	4aacd43	255		61,15	%
27296219	89e585a	111		27296219	89e585a	68		61,26	%
27238368	c82d341	116		27238368	c82d341	73		62,93	%
27288774	9f62cdf	405		27288774	9f62cdf	257		63,46	%
27245625	a9c00ab	476		27245625	a9c00ab	308		64,71	%
27434969	b067d81	247		27434969	b067d81	167		67,61	%
27246286	f9b8958	130		27246286	f9b8958	90		69,23	%
27291409	18d411c	130		27291409	18d411c	90		69,23	%
27237109	3c8ca63	123		27237109	3c8ca63	100		81,30	%
27447481	d2b2829	123		27447481	d2b2829	100		81,30	%
27238163	8e6233c	306		27238163	8e6233c	260		84,97	%

27574924	8c1d46e	55			27574924	8c1d46e	48		87,27	%
27579133	598cd48	55			27579133	598cd48	50		90,91	%
27238802	1440bc1	45			27238802	1440bc1	45		100,00	%
27315953	f970307	435			27315953	f970307			0,00	%
<b>Summe:</b>		<b>6502</b>					<b>3629</b>			
<b>Durchschnitt:</b>			<b>209,74</b>					<b>117,06</b>	<b><u>55,81</u></b>	%

## Anlage 31:

### Grenzen der Amtsvormundschaft - Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft als Alternative für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer?

#### 1. Wie viele Vormundschaften führen Sie im Landkreis/Stadtkreis insgesamt?

Anzahl Teilnehmer: 31

- 385
- 226
- 479
- 190
- 123
- 230
- 500
- 306
- 116
- 45
- 476
- 130
- 193
- 120
- 405
- 134
- ca. 130
- 111
- 435
- 417
- 125
- 247
- 123
- 150
- 269
- 149
- 73
- 50
- 55
- 55
- 55

2. Wie viele davon werden für UMA geführt?

Anzahl Teilnehmer: 31

- 196
- 111
- 230
- 100
- 100
- 138
- 300
- 260
- 73
- 45
- 308
- 90
- 104
- 72
- 257
- 42
- ca. 90
- 68
- keine Unterscheidung
- 255
- 53
- 167
- 100
- 89
- 104
- 85
- 44
- 22
- 48
- 28
- 50

3. Welche Vormundschaften werden für UMA gewählt?

Anzahl Teilnehmer: 31

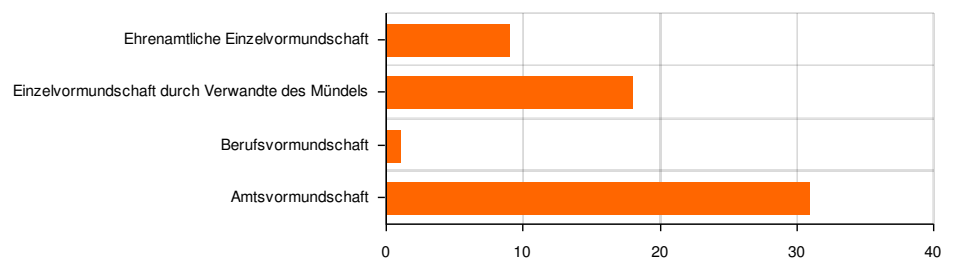
9 (29.0%): Ehrenamtliche Einzelvormundschaft

18 (58.1%): Einzelvormundschaft durch Verwandte des Mündels

- (0.0%): Vereinsvormundschaft

1 (3.2%): Berufsvormundschaft

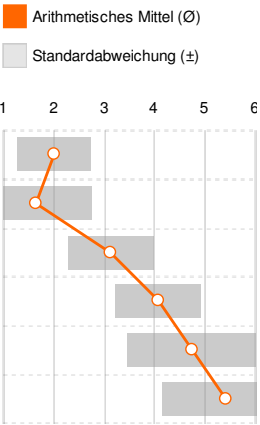
31 (100.0%): Amtsvormundschaft



4. Wo sind die UMA in Ihrem Landkreis/Stadtkreis untergebracht?

Anzahl Teilnehmer: 31

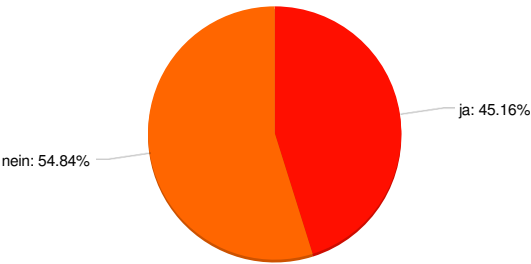
	1.		2.		3.		4.		5.		6.			
	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Ø	±
betreutes Jugendwohnen	7x	22,58	18x	58,06	5x	16,13	1x	3,23	-	-	-	-	2,00	0,73
Heimunterbringung	20x	64,52	5x	16,13	5x	16,13	-	-	-	-	1x	3,23	1,65	1,11
Pflege- und Gastfamilien	1x	3,23	4x	12,90	18x	58,06	6x	19,35	2x	6,45	-	-	3,13	0,85
Gemeinschaftsunterkunft	-	-	2x	6,45	3x	9,68	18x	58,06	7x	22,58	1x	3,23	4,06	0,85
Pensionen	2x	6,67	1x	3,33	-	-	3x	10,00	18x	60,00	6x	20,00	4,73	1,28
Sonstiges	1x	3,33	1x	3,33	-	-	3x	10,00	3x	10,00	22x	73,33	5,40	1,25



5. Sind im Landkreis/Stadtkreis ehrenamtliche Einzelvormünder für UMA bestellt?

Anzahl Teilnehmer: 31

14 (45.2%): ja  
17 (54.8%): nein

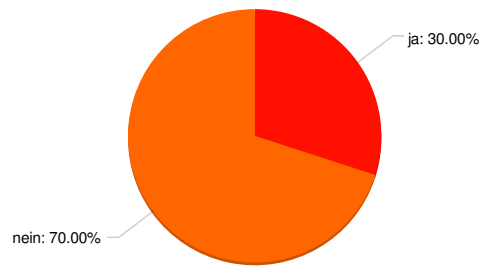


6. Sind im Landkreis/Stadtkreis ehrenamtliche Einzelvormünder für Minderjährige zum Vormund bestellt?  
(UMA sind nicht mit inbegriffen)

Anzahl Teilnehmer: 30

9 (30.0%): ja

21 (70.0%): nein



7. Haben Sie vor, den Einsatz von ehrenamtlichen Einzelvormündern für UMA zu fördern?

Anzahl Teilnehmer: 25

#### 1. Spalte

Wenn ja, in welcher Form?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- noch nicht geklärt</li> <li>- Werbung, Aqise bei Gasteltern</li> <li>- Konzept zur Gewinnung, Schulung und Betreuung der Einzelvormünder ist geplant</li> <li>- Flyer und Presseveröffentlichungen</li> <li>- Mundpropaganda</li> <li>- Werbung/Öffentlichkeitsarbeit</li> <li>- Projektarbeit</li> </ul>
Wenn nein, warum nicht?	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Vormundschaften häufig sehr schwierig, Kinder stark vorbelastet. Ehrenamtliche bräuchten für gute Führung der Vormundschaft entsprechend gute Schulung und Begleitung, die z.Zt. nicht gewährleistet werden kann.</li> <li>- hoher Betreuungsaufwand, sehr komplizierte Rechtslage bei UMA, unsere Mitarbeiter sind seit Jahren mit dem Thema befasst, sind immer noch nicht ausreichend in bestimmten Fragestellungen sicher</li> <li>- hoher Beratungsaufwand</li> <li>- Die erforderliche Fachkompetenz zur Vertretung von UMA kann durch ehrenamtliche Vormünder eher nicht sichergestellt werden</li> <li>- Der Versuch der Förderung scheiterte, da die Ehrenamtlichen nicht dieses hohe Mass an Verantwortung übernehmen wollen!</li> <li>- von Amtsleitung nicht gewünscht</li> <li>- erschwert die Zusammenarbeit Vormund und Sozialer Dienst</li> <li>- Gericht ist davon nicht überzeugt</li> <li>- noch nicht entschieden</li> <li>- Mangel an Ehrenamtlichen, Mangel an Kenntnissen (insbesondere rechtliche Aspekte, Aufgabenspektrum) der Ehrenamtlichen über ihre Aufgaben</li> <li>- keine Ressourcen</li> <li>- derzeit noch nicht vorgesehen</li> <li>- keine signifikante Arbeitszeiterparnis</li> <li>- wurde schon einmal nicht sehr erfolgreich praktiziert</li> <li>- Wird vom Landkreis bisher so nich verfolgt/unterstützt</li> <li>- aus zeitlichen Gründen</li> <li>- kein Thema derzeit, ggf. Prüfung vor Ort, kein Träger für ehrenamtliche Vormünder vorhanden</li> <li>- Noch keine Kapazitäten, Struktur usw.</li> </ul>

8. Wie ist das Tätigkeitsfeld der Vormundschaften in Ihrem Amt organisiert?

Anzahl Teilnehmer: 29

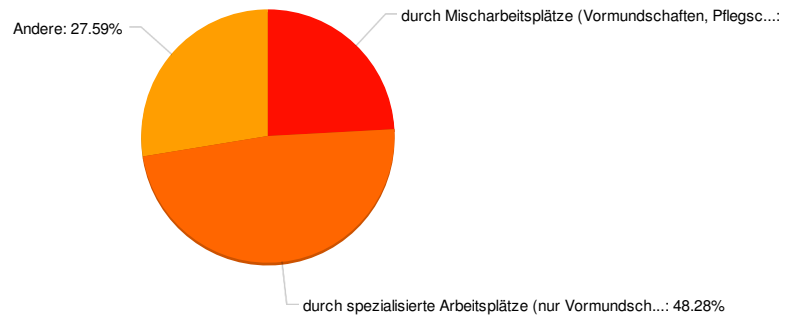
7 (24.1%): durch  
Mischarbeitsplätze  
(Vormundschaften,  
Pflegschaften und oder  
Beistandschaften)

14 (48.3%): durch  
spezialisierte Arbeitsplätze  
(nur Vormundschaften)

8 (27.6%): Andere

Antwort(en) aus dem  
Zusatzfeld:

- z.T. Mischarbeitsplätze, z.T. nur Vormundschaften für UMA
- und einen spezialisierten Arbeitslatz
- wir haben beide Formen
- UMAs kein Mischarbeitsplatz, sondern nur speziell Vormundschaften
- durch beides
- Misch- und spezialisierte Arbeitsplätze
- Beides
- beides Mischarbeitsplätz und nur Vormundschaften





9. Welche Studiengänge wurden von den Amtsvormündern absolviert?

Anzahl Teilnehmer: 28

	1. Spalte
verwaltungsrechtliches Studium	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 52</li> <li>- 40</li> <li>- 70</li> <li>- 85</li> <li>- 50</li> <li>- 70 %</li> <li>- 60</li> <li>- 65 %</li> <li>- teils teils</li> <li>- 50</li> <li>- 100%</li> <li>- 55 %</li> <li>- 50</li> <li>- 100</li> <li>- 100 %</li> <li>- 55 %</li> <li>- 19</li> <li>- 30</li> <li>- 90</li> <li>- 71 %</li> <li>- 33 %</li> <li>- 60</li> <li>- 80%</li> </ul>
sozialpädagogisches Studium	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 38</li> <li>- 40</li> <li>- 20</li> <li>- 10</li> <li>- 30 %</li> <li>- 40</li> <li>- 25%</li> <li>- 100%</li> <li>- teils teils</li> <li>- 50</li> <li>- 17 %</li> <li>- 50</li> <li>- 100</li> <li>- 40 %</li> <li>- 3</li> <li>- 70</li> <li>- 100 %</li> <li>- 100</li> <li>- 29%</li> <li>- 33%</li> <li>- 100 %</li> <li>- 40</li> <li>- 20%</li> </ul>
weitere Professionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 10</li> <li>- 20</li> <li>- 10</li> <li>- 15</li> <li>- 40</li> <li>- 10 % Volljurist</li> <li>- 28 %</li> <li>- 5 %</li> <li>- 4</li> <li>- 10</li> <li>- 33%</li> <li>- 0</li> </ul>

10. In welchen Fachbereichen besuchen die Vormünder in Ihrem Landkreis/Stadtkreis Fortbildungen und Tagungen?

Anzahl Teilnehmer: 29

12 (41.4%): Pädagogik

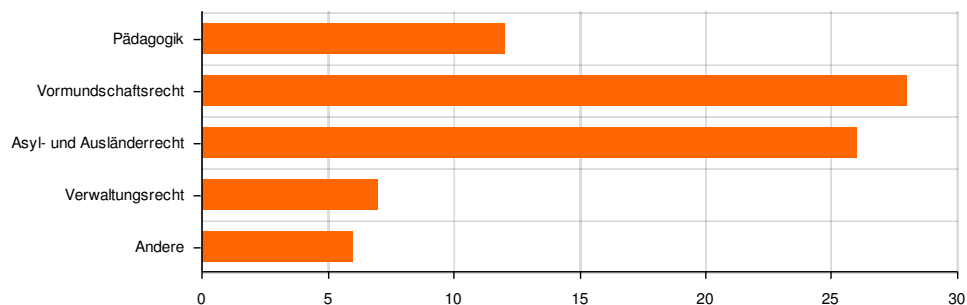
28 (96.6%):

Vormundschaftsrecht

26 (89.7%): Asyl- und  
Ausländerrecht

7 (24.1%): Verwaltungsrecht

6 (20.7%): Andere



Antwort(en) aus dem  
Zusatzfeld:

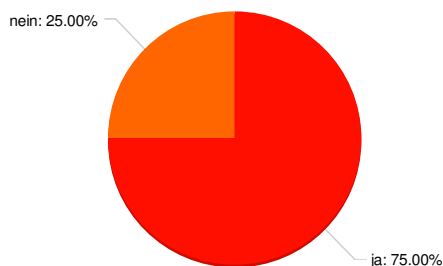
- Gesundheitliche Themen, z.B. Sucht, ADHS, FAS
- Verfahrensrecht (FamFG), Prozeßführung vor den Familiengerichten
- Kommunikation.
- interkulturelle Kompetenz
- Psychologie, Psychiatrie
- Beistandschaftsrecht + Verhalten vor Gericht
- systematisierte Lösungsansätze, rechtliche Themen, UMA, Haftungsprobleme, Arbeit mit Familiengerichte

11. Unterstützen Sie den Besuch von Fachvorträgen der örtlichen freien Träger durch Anrechnung als Arbeitszeit?

Anzahl Teilnehmer: 28

21 (75.0%): ja

7 (25.0%): nein



12. Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) sind in Ihrem Amt derzeit für die Vormundschaften vorhanden?

Anzahl Teilnehmer: 27

- 16
- 7,25
- 4,2
- 7,8
- 5,5
- 10
- 4,7
- 3,3
- 4
- 8,8
- 7
- 3,5
- 7,5
- Vormundschaften und Pflegschaften, insgesamt 134 Fälle, da Mischarbeitsplätze, nicht so einfach zu sagen: 100% für UMAs, für 94 Vormundschaften und Pflegschaften 2,1 Stellen
- 8
- 2,28
- 11,5
- 8,5
- 2,8 Vollkräftestellen auf 5 Personen
- 6,8 Stellen
- 330 %
- 7
- 6,1
- 3 Vollzeitstellen
- 2 Personen - 1,7 Stellenanteil
- 8,5
- 9

13. Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) wurde seit Anfang 2015 in der Vormundschaft aufgestockt/geschaffen?

Anzahl Teilnehmer: 27

- 5,5
- 3,6
- 2,0
- 0,5
- 1
- 6
- 3,7
- 1,8
- 2
- 2,0
- 1
- 1,0
- 3,5
- 1,2 und im September nochmals 1,0
- 1
- 0,78
- 7
- 4
- 1,0
- 4 Stellen
- 160 %
- Eine Stelle 100%
- 2,6
- zusätzlich 2 Stellen
- 0,3 ab 15.05.16 + 0,5 ab 15.9.16
- 2
- 2

14. Aus welchem Grund haben Sie Ihre Stellen aufgestockt?

Anzahl Teilnehmer: 27

27 (100.0%): Zunahme von  
UMA

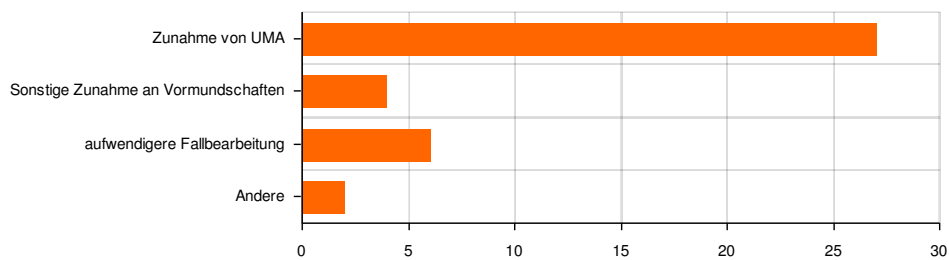
4 (14.8%): Sonstige Zunahme  
an Vormundschaften

6 (22.2%): aufwendigere  
Fallbearbeitung

2 (7.4%): Andere

Antwort(en) aus dem  
Zusatzfeld:

- lange Fahrtzeiten zu  
Außenkontakten, zB  
Mündelkontakte und  
Anhörungen BAMF
- Organisationsuntersuchung



15. Wie lange sind Ihre Mitarbeiter schon als Vormund tätig?

Anzahl Teilnehmer: 26

	1. Spalte
0-4 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 75</li> <li>- 100</li> <li>- 20</li> <li>- 60</li> <li>- 10</li> <li>- 60</li> <li>- 50%</li> <li>- 100%</li> <li>- 80%</li> <li>- 45 %</li> <li>- 100</li> <li>- 2,6</li> <li>- 40 %</li> <li>- 33,3</li> <li>- 60 %</li> <li>- 73%</li> <li>- 35</li> <li>- 5,8 MA ca. 85 % der MA</li> <li>- 4</li> <li>- 72</li> <li>- 43 %</li> <li>- 66,6%</li> <li>- ein MA / jetzt 70% Stelle</li> <li>- 60</li> <li>- 60%</li> </ul>
5-9 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 6</li> <li>- 20</li> <li>- 20</li> <li>- 60</li> <li>- 30</li> <li>- 18,75%</li> <li>- 100%</li> <li>- 20%</li> <li>- 29 %</li> <li>- 0,4</li> <li>- 40 %</li> <li>- 66,6</li> <li>- 4%</li> <li>- 35</li> <li>- 1 MA ca. 15 % der MA</li> <li>- 14</li> <li>- 33,3%</li> <li>- eine MA / jetzt 100% Stelle</li> <li>- 20</li> <li>- 20%</li> </ul>
10-14 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 20</li> <li>- 20</li> <li>- 10</li> <li>- 6,25%</li> <li>- 0 %</li> <li>- 10 %</li> <li>- 15%</li> <li>- 0</li> <li>- 57 %</li> <li>- 0</li> <li>- 20</li> <li>- 10%</li> </ul>
länger als 14 Jahre	<ul style="list-style-type: none"> <li>- 19</li> <li>- 40</li> <li>- 20</li> <li>- 10</li> <li>- 25%</li> <li>- 26 %</li> <li>- 10 %</li> <li>- 40 %</li> <li>- 8%</li> </ul>

- 30
- 0
- 14
- 0
- 10%

# 16. Aus welchen Gründen werden in Ihrem Jugendamt die Vormünder für ein UMA gewechselt?

Anzahl Teilnehmer: 27

6 (22.2%): Wohnortwechsel der UMA innerhalb des Landkreises/Stadtkreises

7 (25.9%): Ausfall von Kollegen

18 (66.7%): Ausscheiden von Kollegen

15 (55.6%): Einstellungen

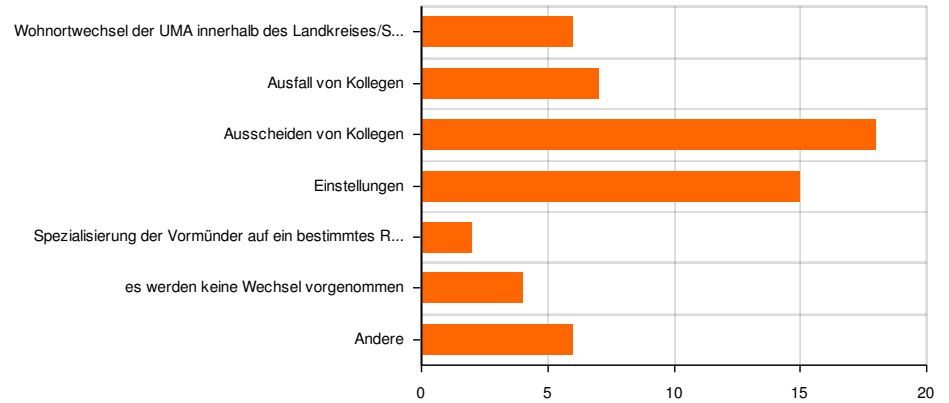
2 (7.4%): Spezialisierung der Vormünder auf ein bestimmtes Rechtsgebiet

4 (14.8%): es werden keine Wechsel vorgenommen

6 (22.2%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

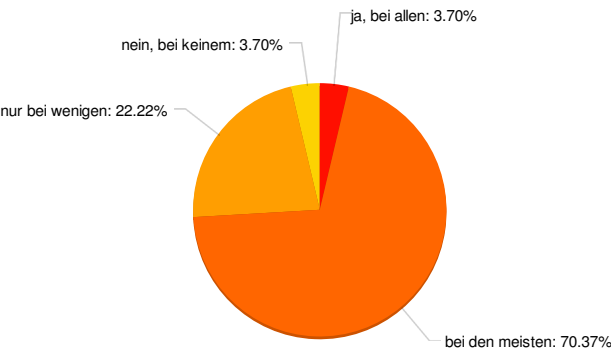
- nur in Einzelfällen aus besonderen Gründen oder weil ein geeigneter Einzelvormund gefunden wurde
- Übernahme durch ehrenamtlichen Einzelvormund
- Wechsel der Einrichtung
- Wohnortwechsel des UMA in ein anderes Bundesland
- es wird versucht, möglichst Wechsel zu vermeiden
- Bündelung der Mündel in bestimmten Orten



17. Der monatliche Kontakt zwischen Vormund und Mündel (bitte berücksichtigen Sie hier nur UMA) reicht aus, um die Aufgabenerfüllung des Vormunds zu gewährleisten.

Anzahl Teilnehmer: 27

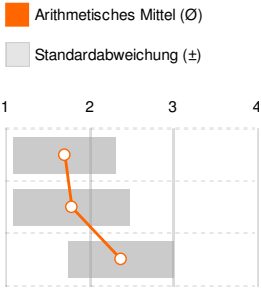
- 1 (3.7%): ja, bei allen
- 19 (70.4%): bei den meisten
- 6 (22.2%): nur bei wenigen
- 1 (3.7%): nein, bei keinem



18. Kommunikation und Umgang

Anzahl Teilnehmer: 27

	ja, immer (1)		meistens (2)		selten (3)		nein, nie (4)		Ø	±
	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%		
Durch die verminderten Sprach...	10x	37,04	15x	55,56	2x	7,41	-	-	1,70	0,61
Dolmetscher können im Regelf...	10x	37,04	13x	48,15	4x	14,81	-	-	1,78	0,70
Traumatische Erlebnisse der U...	2x	7,41	13x	48,15	12x	44,44	-	-	2,37	0,63



19. Wie bereiten Sie die UMA auf ihre Volljährigkeit vor?

Anzahl Teilnehmer: 26

25 (96.2%): Gespräch mit dem Mündel, dem Vormund und dem sozialen Dienst, zu dessen Perspektivenklärung und möglichen Antragstellungen.

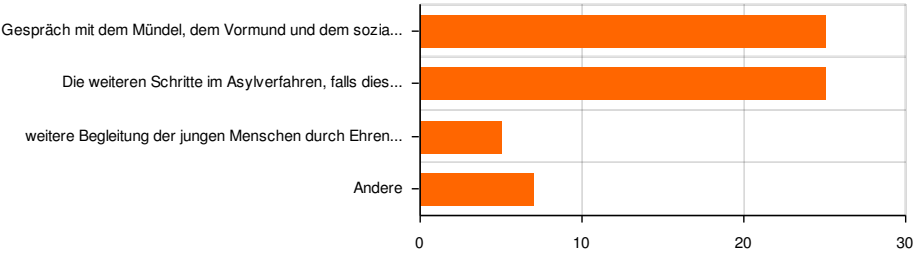
25 (96.2%): Die weiteren Schritte im Asylverfahren, falls dieses noch nicht abgeschlossen ist.

5 (19.2%): weitere Begleitung der jungen Menschen durch Ehrenamtliche.

7 (26.9%): Andere

Antwort(en) aus dem Zusatzfeld:

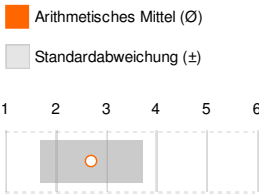
- teilweise Begleitung bei Behördengängen, teilweise weitere begleitung durch ehemals ehrenamtliche Vormünder oder andere ehrenamtliche Helfer
- Beantragung von Hilfe für junge Volljährige
- weitere Begleitung in der Jugendhilfe nach § 41 SGB VIII
- meistens weitere Gewährung von Jugendhilfe
- Hilfe für junge Volljährige
- Jugendhilfemaßnahmen nach § 41 SGB VIII, Betreutes Wohnen, Installation Betreuungshelfer (ambulante Maßnahme), Erarbeitung beruflicher Perspektiven, Bewerbungen
- Hilfe für junge Volljährige auf den Weg bringen, so weitere Betreuung sicherstellen



20. Zukunftsperspektiven

Anzahl Teilnehmer: 26

	+++ (1)		++ (2)		+ (3)		- (4)		-- (5)		--- (6)			
	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Σ	%	Ø	±
Wie schätzen Sie die Wirk...	2x	7,69	10x	38,46	10x	38,46	2x	7,69	2x	7,69	-	-	2,69	1,01





21. Die jungen Menschen bräuchten auch nach der Volljährigkeit Unterstützung durch einen Dritten.

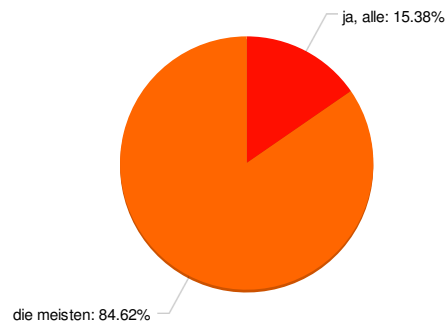
Anzahl Teilnehmer: 26

4 (15.4%): ja, alle

22 (84.6%): die meisten

- (0.0%): die wenigsten

- (0.0%): nein, keiner



22. Wie viele UMA stellen nach Erreichen der Volljährigkeit einen Antrag auf Hilfen für junge Volljährige?

Anzahl Teilnehmer: 25

- 20

- 90

- 80

- 80

- 95%

- 100%

- 80

- 70

- 98

- ca. 10 %

- 60

- noch keine Erfahrungswerte

- 95

- 100

- ca. 95 %

- 95

- 80

- ca 99 %

- 99%

- 98

- ca. 98 %

- 90

- 95

- 99

- 100

23. Der Weg zur weiteren Schulbildung/Ausbildung ist nach der Volljährigkeit geebnet.

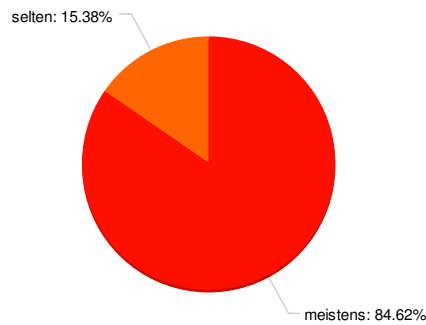
Anzahl Teilnehmer: 26

- (0.0%): ja, immer

22 (84.6%): meistens

4 (15.4%): selten

- (0.0%): nein, nie



24. Sehen Sie noch weitere Entwicklungspotentiale, um die optimale Versorgung der UMA sicherzustellen?

Sehen Sie noch weitere Potentiale durch das Ehrenamt?

Gerne können Sie hier Möglichkeiten, Ideen oder auch Kritik zum Ausdruck bringen.

Anzahl Teilnehmer: 18

- Das Ehrenamt als paralleles Angebot : ja, als Vormund : nein
- Die Einrichtung von ehrenamtlichen Patenschaften neben den Amtspflegschaften
- Ehrenamt birgt große Chancen, braucht allerdings eine intensive professionelle Begleitung, Schulung, Fortbildung, Supervision und Evaluation und hierfür auch genügend Personalkapazität und finanziellen Spielraum innerhalb des Jugendamtes oder der betreuenden Vereine o.Ä. und eine inhaltliche und fachliche Anerkennung der Arbeit und eine Offenheit, sowie Zutrauen bei den zuständigen Familiengerichten
- Intensive Unterstützung durch Ehrenamtlichen ist unabdingbar. Sprachkurse müssen intensiviert werden. Leider stehen häufig keine Lehrkräfte und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung. Großen Nachholbedarf sehe ich in der Integration an sich. Klare Informationen über unseren Rechtsstaat, das Berufsleben, Aufbau unseres Schul- und Ausbildungssystems, Verhalten im Umgang mit Menschen anderer Herkunftsländer, Hautfarbe, Lebensweise (Homosexualität, etc.) Sind nur schwer vermittelbar. Ehrenamtliche und Gastfamilien können diese Lücke am ehesten schließen.
- Optimale Versorgung der UMAs durch einen Vormund geht nur über Reduzierung der Fallzahlen. Die UMAs sind sehr zeit- und arbeitsintensiv. Es zeigt sich zunehmend nach der Ankommensphase, die Angepasstheit sich langsam auflöst und immer mehr Schwierigkeiten mit den jungen Menschen entstehen. Sie geraten aus dem Gleichgewicht. Intensivere Betreuung sowohl auf der pädagogischen Seite als auch als rechtlicher Vertreter sind notwendig. Ehrenamtliche Vormünder sind für die UMA eine gute Sache, da sie sich intensiver kümmern können. Wir haben bisher wenige Einzelvormünder, aber bei denen, die wir haben klappt es sehr gut. Es entsteht auch immer eine gute Beziehung und die Jugendlichen werden von diesen Personen eben oft noch über die Volljährigkeit hinaus begleitet. Viele Jugendliche brauchen und genießen die Fürsorge eines Menschen, der nur für sie da ist. Was die rechtliche Vertretung anbetrifft, haben die Einzelvormünder ja einen Beratungs- und Unterstützungsanspruch an das Jugendamt und können meiner Meinung nach auch als "Laie" die Dinge gut regeln. Für den Amtsvormund bedeutet eine Einzelvormundschaft eben trotzdem weiterhin in dem Fall drin zu sein über die Beratungstätigkeit.
- Es ist allgemein schwer die UMA zu integrieren. Sie wollen alles, tun aber reichlich wenig dafür um dies zu erreichen. Sie haben sehr hohe Erwartungshaltungen die auch Ehrenamtliche nicht erbringen können, da oft keine Bereitschaft zur Zusammenarbeit da ist.
- Weiterer Ausbau der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft, der Berufsvormundschaft und dann die Vernetzung aller Formen der Vormundschaft wird angestrebt
- Oft sind die UMA nicht in der Lage die geänderten Verhältnisse in Deutschland zu akzeptieren, so dass die Gepflogenheiten in den Herkunftsländern weiter vermisst werden aber von den UMA hier praktiziert werden. Dies bringt Probleme mit sich. Die Einrichtungen und Vormünder zeigen sehr große Initiative um die UMA auf die Selbständigkeiten vorzubereiten, was allerdings nur begrenzt gelingt.
- wir haben sozusagen ein "Internat" für UMAs, als Modellprojekt. Dort sollen motivierte, schulisch gute UMAs besonders

gefördert werden im Hinblick auf Ausbildung und Integration

- Potentiale durch Ehrenamt ist sicher noch vorhanden, allerdings sollten diese ja beworben und geschult werden, was wieder Personalbedarf erfordert
- Ausbau von Vorbereitungsklassen/Deutschkursen (zu wenig Plätze, zu lange Wartezeiten)
- viele... bei uns ist vor allem immer noch die Beschulung ein Problem, insbesondere eine dem Jugendlichen adäquate Beschulung

regelmäßige psychologische Betreuung der UMA, sofern diese sich darauf einlassen können

das Ehrenamt wird bei uns eher kritisch gesehen, da ehrenamtliche Vormünder zwar sehr engagiert sind, aber oft die notwendigen Kenntnisse fehlen

- mehr Bereitschaft der Regelschulen auch ältere UMA aufzunehmen
- mehr Aufnahmen in kleineren Gemeinden
- ehrenamtliche Vormünder eher ungeeignet aufgrund zumeist sicher mangelnder Kenntnisse im Asylrecht, welches zwingend notwendig ist.
- mehr Bemühungen zur Integration, wäre wünschenswert
- Es wäre wichtiger die UMA wirklich auf die Selbständigkeit vorzubereiten indem sie in eigene Wohnungen ziehen. Hier wird derzeit praktiziert, dass die UMA nach Erreichen der Volljährigkeit weiter in den Heimen bleiben. An der Schaffung von Verselbständigungsgruppen wird jedoch bereits gearbeitet.
- ein ehrenamtliche Einzelvormund wäre für mein dafür halten mit der Führung von AV von umA's überfordert.
- zu wenig Kapazität bei den Angeboten von Deutschintensivkursen (nicht erst nach Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft)
- zu geringe Kapazität an Schulplätzen
- zu wenige Therapieplätze mit entsprechenden Sprachkenntnissen der UMA
- zu wenig Dolmetscher
- keine Kurse zur Vermittlung deutscher Lebenskultur und deutscher Werte
- kein Geld für Ferienmaßnahmen und Hobby/Vereine und Materielles (Schuhe, Kleider für den Fußballclub) im Rahmen des AsylbLG aber notwendig für die Integration in die Gesellschaft.
- Mehr Sprachunterstützung wäre von Vorteil; ehrenamtliche Unterstützung sicherlich auch. Anbindung an Vereine ist hilfreich; Patenfamilien wären wünschenswert.
- Ehrenamtliche Helfer sind unerlässlich, da sie ausschließlich auf sozialpädagogischer Schiene mit den UMA umgehen, was diesen viel bringt (soziale Nähe, eine Art familiäre Anbindung). Auch für die weitere Perspektive in D. ist dies zwingend erforderlich, da Praktika, Unterbringungen nach der Volljährigkeit oftmals nur mit Hilfe der Ehrenamtlichen zustande kommen.

Man braucht viel mehr geschultes Personal in allen Bereichen (Jugendamt und vor allem auch bei den sozialen Trägern). Auch muss die Herangehensweise an die UMA verändert werden, da die klassische pädagogische Schiene, welche in der westlichen Welt normal ist, bei den UMAs nur zu Unverständnis führt.

Diese sind ganz anders sozialisiert als wir, dort zählt i.d.R. auch das Recht des Stärkeren sowie die Selbstjustiz mehr als das staatliche Rechtssystem. Hier braucht es Schulungen für die Vormünder, den ASD und die Betreuungskräfte.

Man muss den UMA mit einer ähnlichen, abgeschwächten Form der Erziehung begegnen, wie sie es aus der Heimat gewohnt sind.

Viele werden hier komplett verhätschelt und sehen dies als Schwäche im hiesigen System an und nutzen dies aus.

Nach einer Phase des Ankommens, verbunden mit Demut und Freundlichkeit, stellt sich nach ca. einem halben Jahr bei den meisten Jungs eine deutliche Forderungshaltung ein (Geld, Unterbringung, Essen, Asylverfahren, Schule).

Diese kann i.d.R. nicht erfüllt werden, da die Rahmenbedingungen dies nicht hergeben.

Dies führt zu teils heftigen Konflikten und Auseinandersetzungen (i.d.R. nonverbal) zwischen Betreuern und UMA sowie untereinander.

- Entbürokratisierung im Asylverfahren und im Bereich der Ausländerbehörde, mehr (ehrenamtliche) Dolmetscher, Nutzung der Ressource 'Eltern', d.h. fast alle UMA haben teilweise täglich telefonische Kontakte mit ihren Eltern. Mit Hilfe von muttersprachlichen Dolmetschern sollten die Betreuer vor Ort mit den Eltern auch kommunizieren und den (positiven) Einfluss der Eltern nutzen. Die würde bei der Integration helfen und Druck von unseren UMAs nehmen.

Schaffung einer Koordinierungsstelle für die strukturierte Anleitung und Betreuung der Ehrenamtlichen



## **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Bedingungen für nachhaltige Integration schaffen**

### **Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ**

Die Diskussion über die Gestaltung von Hilfen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge wird gegenwärtig von verschiedenen politischen Zielen und Überlegungen zur Kostenentwicklung bestimmt. Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ sieht insbesondere die Kinder- und Jugendhilfe in der Verantwortung, eine fundierte Diskussion über die Voraussetzungen gelingender Integration anzustoßen. Sie will ausgewählte fachpolitisch relevante Aspekte in die aktuelle schnelllebige Debatte einbringen. Die folgenden Inhalte sind daher als Zwischenruf in der jetzigen Diskussion zu verstehen und keinesfalls abschließend.

#### **Die Kinder- und Jugendhilfe hat viel geleistet – engagiert, fachlich und kreativ**

Die Kinder- und Jugendhilfe hat mit hohem Engagement, Fachlichkeit und Kreativität die Herausforderungen der Inobhutnahme und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge im vergangenen Jahr gemeistert. Dies war nur durch die vielerorts gelebte Verantwortungsgemeinschaft der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe möglich.

Anfang 2016 lebten bundesweit knapp 69.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Bundesrepublik. Das Jahr 2015 war zum einen davon bestimmt, Strukturen aufzubauen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden und eine Grundversorgung zu sichern. Zum anderen entwickelten sich vielfach neue und kreative Ansätze in der Arbeit mit den Jugendlichen, bei denen sich auch Verbände, Vereine und Ehrenamtliche engagieren. Die Palette reicht von ehrenamtlichen Angeboten bis zur professionell begleiteten Unterbringung der jungen Menschen in Gastfamilien. Hervorzuheben sind auch die Unter-

#### **Impressum**

Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
Mühlendamm 3  
10178 Berlin  
Tel. 0049 (0) 30 400 40-200  
Fax 0049 (0) 30 400 40-232  
E-Mail: [agj@agj.de](mailto:agj@agj.de)  
[www.agj.de](http://www.agj.de)

Die Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
wird aus Mitteln des Kinder-  
und Jugendplans des Bundes  
gefördert.

stützung von Selbstorganisationen junger Geflüchteter und die Förderung ihres ehrenamtlichen Engagements.

### **Eine abgestimmte Forschungsstrategie aufbauen: „Tun wir die richtigen Dinge und tun wir die Dinge richtig?“**

Wir wissen über die Zielgruppe der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zu wenig. Zum Zeitpunkt der Inobhutnahme sind knapp 70 Prozent der in Obhut genommenen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland zwischen 16 und 18 Jahren alt. Nach Schätzungen sind ca. 90 Prozent der ankommenden jungen Menschen männlich. Neben diesen allgemeinen Beschreibungen ist die Gruppe der Angekommenen sehr heterogen: es gibt nicht „die UMF“. Es gibt vielerorts mittlerweile ein hohes Ausmaß an Praxiswissen, aber keine verlässliche und empirisch fundierte Wissensbasis über die Fluchtursachen der jungen Menschen, ihre Fluchtwege und -erlebnisse, ihre aktuellen Lebenslagen, ihre Hoffnungen und Erwartungen an ein Leben in Deutschland sowie ihre Unterstützungsbedarfe und über Verläufe von Ausbildung und Integration. Hier wird eine abgestimmte Forschungsstrategie und Unterstützung bei der Praxisentwicklung der Träger der öffentlichen und freien Jugendhilfe benötigt. Dabei müssen internationale Erkenntnisse zur Flüchtlings- und Migrationsforschung eingebunden werden.

### **Vordergründige Selbstständigkeit hinterfragen – Integration und den Aufbau von Lebensperspektiven ermöglichen**

Aktuell und zukünftig wird es darum gehen, dass Notbehelfe, Ansätze, Modelle und neue Kooperationen in den Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe ihren Platz erhalten und geeignete Standards definiert werden. Ziel ist es, die entwurzelten und hierher geflüchteten Jugendlichen dabei zu unterstützen, sich zu integrieren und eine tragfähige Lebensperspektive zu entwickeln. Die viel zitierte Selbstständigkeit der jungen Menschen erweist sich dabei häufig als vordergründig. Denn die Selbstständigkeit, sich durchzuschlagen (Überlebenskompetenzen) kann nicht gleichgesetzt werden mit der Selbstständigkeit, sich eine (neue) Lebensperspektive zu erarbeiten. Letzteres bedeutet, sich in einem komplexen Schul- und Ausbildungssystem zu orientieren, sich Ziele zu setzen und den Weg dorthin durchzuhalten.

Praktikerinnen und Praktiker berichten, dass es bei einer nicht unerheblichen Anzahl von geflüchteten Jugendlichen nach einem ermutigenden Start in

Schule und Ausbildung scheinbar ohne Anlass zu Resignation, Schul- oder Ausbildungsabbrüchen und heftigen persönlichen Krisen komme. Hintergründe seien tiefes Heimweh, Erfahrungen von Fremdheit und Diskriminierung, nicht bearbeitete Belastungen der Flucht oder die enormen und von außen oft nicht sichtbaren Anstrengungen des Spracherwerbs, der Anpassung in Einrichtungen, Schule, Ausbildung und des Aufbaus von Beziehungen. Settings eines Jugend- oder betreuten Wohnens, wie sie in der politischen Diskussion sind, werden den Jugendlichen daher nur gerecht, wenn sie mit dem Angebot kontinuierlicher persönlicher Vertrauens- und Unterstützungsbeziehungen verbunden sind.

### **Integrative Kontakte von Beginn an ermöglichen**

Die Bewältigung der großen Flüchtlingsbewegung hat es zu Beginn erfordert, auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge stärker an einzelnen Orten zusammenzufassen und Hilfeangebote in homogenen Gruppen zu organisieren. Diese aus der Krisenbewältigung entstandenen Strukturen erschweren Spracherwerb, Begegnung und Integration. Bei der Weiterentwicklung der Angebote und Hilfen sollte jede Isolierung homogener Gruppen vermieden werden. Dies bedeutet, dass auch in Regionen mit wenig Erfahrung verstärkt neue Strukturen geschaffen werden müssen. Das gilt für die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen genauso wie für die Angebote von Schule, Ausbildung und Beruf. Bei deren Ausgestaltung muss der individuell notwendige Schutzraum für Einzelne geachtet werden. Auch die besondere Situation und Bedürfnisse der kleinen Gruppe der weiblichen unbegleiteten Minderjährigen müssen dabei bedacht werden.

### **Schule, Ausbildung und Beruf – Schnittstellen zwischen den Systemen verbessern**

Die Integration in Schule, Ausbildung und Beruf ist – neben der ausländerrechtlichen Klärung der Bleibeperspektive – für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge von elementarer Bedeutung<sup>1</sup>. Hier sind das Schulsystem, die Jobcenter und Arbeitsagenturen gemeinsam mit der Kinder- und Jugendhilfe – auch und vor allem die Jugendsozialarbeit, die manchmal

---

<sup>1</sup> Siehe auch AGJ-Positionspapier, Kind ist Kind! – Umsetzung der Kinderrechte für Kinder und Jugendliche nach ihrer Flucht, vom 25./26. Juni 2015, S. 6 ff. – online abrufbar unter: [https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2015/Kind\\_ist\\_Kind.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2015/Kind_ist_Kind.pdf)

weniger im Blick ist – in der Verantwortung. Die gemeinsame Entwicklung von Kooperationsstrukturen, die nachhaltige Beschulungs- und Ausbildungswege ermöglichen,

- trägt den Orientierungsbedürfnissen der Jugendlichen durch wiederkehrende Information und Unterstützung Rechnung,
- berücksichtigt Vorbildung, Fähigkeitsprofile und Bedarfe der Jugendlichen angemessen differenziert,
- orientiert sich daran, dass die Jugendlichen das Ausbildungsziel auch erreichen können.

Probleme der Weiterführung einer Ausbildung wegen Finanzierungsausfällen oder unzureichendem Ausbildungsstatus bei Erreichen der Volljährigkeit, Wohnortwechseln etwa in Gemeinschaftsunterkünfte oder Abbrüchen bei noch notwendiger Unterstützung sind unbedingt zu lösen. Der Auf- und Ausbau von Kooperationsstrukturen zwischen den Systemen steht hier noch vor Herausforderungen.

### **Nachhaltige Unterstützung für junge Volljährige sichern!**

Die Inobhutnahme und Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge sind politisch und fachlich unumstritten. Es gibt jedoch zunehmende Bestrebungen, einen scharfen Schnitt zu setzen und die jungen Volljährigen mit dem 18. Lebensjahr in das System der erwachsenen Flüchtlinge zu überführen. Die regelhafte Beendigung von Hilfen mit dem 18. Lebensjahr ohne Berücksichtigung des individuellen Bedarfs ist jedoch geeignet, die Ergebnisse von Hilfeprozessen zunichte zu machen. Unter dem Gesichtspunkt, begonnene Ausbildungs- und Integrationsprozesse nachhaltig erfolgreich zu verstetigen und nicht abbrechen zu lassen, ist es unerlässlich, dass Hilfen für junge Volljährige entsprechend des konkreten Unterstützungsbedarfs zur Verfügung gestellt werden können. Bekannt gewordene Bestrebungen, Kosten für diese Hilfen nicht zu refinanzieren, sondern den Kommunen aufzubürden und auf diese Weise der Anzahl nach zu reduzieren, sind aus Sicht der AGJ kontraproduktiv und abzulehnen.

Zu betonen ist, dass der scharfe Schnitt des 18. Geburtstages viele sehr junge Volljährige alleine dastehen lässt. Die AGJ weist auf das Risiko hin, dass es einer erheblichen Anzahl dieser jungen Menschen ohne Unterstützung nicht gelingen wird, einen Weg in die Integration in das Berufs- und

gesellschaftliche Leben zu finden. Politik, Kinder- und Jugendhilfe, Schule sowie Ausbildungssysteme sind hier gefordert – aus Verantwortung gegenüber den jungen Menschen und aus Sorge um das Entstehen von sozialen Problemen und Konflikten<sup>2</sup>. Denn die Gefahr des Abtauchens und eines Lebens in Illegalität wächst, wenn kein Übergangsmanagement vorhanden ist.

### **Gleichwertige Lebensverhältnisse sichern**

Die Kinder- und Jugendhilfe ist ein wesentliches Element, gleichwertige Lebensverhältnisse zum Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen herzustellen. Dies war eines der Leitmotive des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (vgl. Gesetzesbegründung zum SGB VIII –BT-DRS 11/5948, S. 42). Gerade mit Blick auf die regionalen Disparitäten der Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen gewinnt dieser Anspruch immer mehr an Bedeutung. Die Gesetzgebungskompetenz für die Kinder- und Jugendhilfe liegt daher aus guten Gründen beim Bund. Politische Initiativen zur Einführung von Länderrechtsvorbehalten bzgl. der Gestaltung von Leistungen und der Kostenerstattungsregelung lehnt die AGJ daher ab<sup>3</sup>.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Berlin, 30. Juni / 01. Juli 2016

---

<sup>2</sup> Siehe auch AGJ-Stellungnahme, Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher vom 09. Juni 2015, vom 25./26. Juni 2015, S. 9 – online abrufbar unter:

[https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2015/AGJ-StN\\_RefE-Gesetz\\_auslaendische\\_Kinder\\_und\\_Jugendliche.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2015/AGJ-StN_RefE-Gesetz_auslaendische_Kinder_und_Jugendliche.pdf)

<sup>3</sup> Vgl. AGJ-Empfehlungen zum Reformprozess SGB VIII, Vielfalt gestalten, Rechte für alle Kinder und Jugendlichen stärken!, vom 25. Februar 2016 – online abrufbar unter: [https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2016/Empfehlungen\\_Reformprozess\\_SGB\\_VIII.pdf](https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2016/Empfehlungen_Reformprozess_SGB_VIII.pdf)



Interviewprotokoll zum Experteninterview.

Datum: 12.07.2016

Uhrzeit: 11.00 Uhr

Interview mit einem Amtsvormund

Der Aufzeichnung dieses Gesprächs und der Verwendung der Materialien wurde im Vorfeld zugestimmt.

I = Interviewer

A= Antwortender Experte

- I: Wie gesagt, schreibe ich meine Bachelorarbeit über die Grenzen der Amtsvormundschaft und ob die ehrenamtliche Einzelvormundschaft eine Alternative für die Amtsvormundschaft wäre. (Pause)  
Anhand von diesem Interview möchte ich gleichzeitig meine Umfrage mit ihrer Expertenmeinung untermauern. Die Umfrage wird in allen Jugendämtern in Baden-Württemberg verteilt.  
Anhand von Ihren Daten und den Daten der Umfrage möchte ich dann meinen Praxisteil meiner Arbeit schreiben.  
Gibt es Fragen soweit?
- A: Ne Sie können loslegen.
- I: Alles klar, zuerst ein paar einfache Fragen, wie lange Sie schon als Vormund tätig sind?
- A: Seit Ende 1982, seit gut 33 Jahren.
- I: Ok, also sind Sie direkt in die Vormundschaft eingestiegen. Wie war denn Ihr Werdegang?
- A: Studium zum gehobenen Dienst, dann zwei Jahre bisschen studiert und dann bin ich eingestiegen direkt in diese Stelle, als Berufseinsteiger.
- I: Ah ok, dann sind sie direkt beim Alb-Donau-Kreis eingestiegen?
- A: Genau.
- I: Seit wann haben Sie auch Vormundschaften für UMA übernommen?
- A: Seit November letzten Jahres.
- I: Ok, davor gab es wahrscheinlich weniger UMA-Fälle? ...
- A: Da war es verteilt auf zwei Kollegen und Kolleginnen in Ulm, die die UMAs gemacht haben. Dann haben wir festgestellt, dass es von der Anzahl der UMA nicht mehr zu schaffen ist, und dann hat man die UMA auf alle Kollegen verteilt.
- I: Ok alles klar. (Pause)

- I: Was ist der Unterschied oder die Besonderheit der für die UMA im Gegensatz zu den anderen Vormundschaften?
- A: Bei UMA muss man sich zunächst einmal mit dem Aufenthaltsrecht und dem Asylrecht auseinandersetzen, davon sind die herkömmlichen Vormundschaften ja überhaupt nicht berührt.
- I: mhm.
- A: oder in aller Regel nicht.
- I: Und bisher gab es in Ihrer Dienstzeit oder in Ihrem Werdegang nur wenig Berührungspunkte zum Asylrecht oder wahrscheinlich gar nicht oder?
- A: Ich habe einmal einen Fall gehabt im Asylrecht, aber der liegt ca. 15 Jahre zurück. Damals habe ich auch schon ein Asylverfahren für eine minderjährige Chinesin gemacht, ahm aber das ist damals denke ich doch um einiges anders zugegangen als heute.
- I: Ja ok. Das war also noch eine ganz andere Situation?
- A: Ja davon gehe ich jetzt mal aus, ja.
- I: Ok. Ahm eine allgemeine Frage zur Organisation des Jugendamtes... Was halten Sie von einer Spezialisierung Ihres Arbeitsplatzes auf einen bestimmten Fachbereich, also Sie machen ja wahrscheinlich auch Beistandschaften, Vormundschaften und Pflegschaften, alles zusammen?
- A: Richtig, würde wahrscheinlich für uns (Pause) zunächst in absehbarer Zeit, nicht kommen, denn dafür sind wir einfach zu klein. Ich war kürzlich bei einer Fortbildung für UMAs, da waren einige Kolleginnen und Kollegen von Großstädten, die haben sich schon länger spezialisiert, da gibt es mittlerweile auch schon Kollegen, die nur UMAs bearbeiten.
- I: Ok also da gibt es dann nicht nur die Spezialisierung auf Vormundschaften, sondern sogar auf UMAs, weil, ich denke die Vormundschaft/Pflegschaft ist eine häufigere Form von einer Spezialisierung oder?
- A: Es gibt einige Jugendämter, z B. in der Nachbarschaft in Biberach, das Landratsamt Biberach fährt schon die Trennung, da machen die einen die Vormundschaften/Pflegschaften und andere machen nur die Beistandschaften, und Unterhaltsgeschichten und ahm bei Großstadtjugendämtern, wie ich das jetzt mitgekriegt habe, gibt es sogar noch die Spezialisierung in die in Führungszeichen normale Vormundschaften/Pflegschaften und die Spezialdienste für die UMAs.
- I: mhm, ok, alles klar.
- I: Noch mal zusammengefasst, hier im ADK ist die Trennung kein Thema, da die Behörde einfach zu klein ist...
- A: Es wurde schon mehrfach diskutiert und in Dienstbesprechungen angesprochen, aber wir sind immer noch der Meinung, dass es mittlerweile

funktioniert oder dass es so besser ist, wie es im Moment ist. Man muss sich dann halt sehr viele Fachkenntnisse aneignen, ist für die Einarbeitung von neuen Kolleginnen und Kollegen schwieriger. Es dauert länger, man kann sie zunächst erst in Teilbereichen einsetzen. Es ist einfach für uns, hier in der Außenstelle... wenn man hier spezialisieren würde,... wäre eine Vertretung unmöglich.

I: Ok, die Vertretung, wenn jemand krank ist oder im Urlaub ist, kann der Fachbereich dann nicht vertreten werden...

A: Richtig, das kann man nur in Großstädten machen, aber bei uns nicht.

I: Ja, also sie sehen klar den Vorteil an einer Spezialisierung einfach die Fachkenntnisse, dass man besser in seiner Materie drin ist oder?

A: mh ja, allerdings, ja stimmt schon, wir brauchen halt viel breitere Fachkenntnisse in mehr Gebieten bei uns. Das ist schon anspruchsvoll was man da alles beachten muss und in welchen Gesetzen man sich auskennen muss... ahm das ist natürlich etwas einfacher bei einer Spezialisierung, zum einen kann man sein Wissen vertiefen, zum anderen sind nicht sooo viel Gesetzeskenntnisse erforderlich, man kann das Unterhaltsrecht wegnehmen, nur UMA machen oder so was...

I: Ja?

A: und (Pause) auf der anderen Seite wäre es für uns schade, wir haben jetzt, die die eine Zeit dabei sind, diese breiten Kenntnisse angeeignet haben, diese dann einfach nicht mehr zu nutzen wären verlorene Ressourcen.

I: Das stimmt natürlich, Sie sind variabel einsetzbar, und haben ihre Kenntnisse aufgebaut und das wären dann verlorene Kompetenzen, die man dann nicht mehr nutzen würde.

A: Richtig, so ist es.

I: ahm, dann was ganz anderes, der Sollkontakt zwischen Vormund und Mündel ist auf einmal im Monat gesetzlich festgelegt, Wie oft findet tatsächlich der Kontakt zwischen Vormund und Mündel dann statt?

A: hmm..

I: Wie sind hier die Praxiserfahren, sagen Sie ok, mit einmal im Monat komm ich gut hin oder benötigen die UMA eher mehr Kontakt, wie z. B. andere Mündel?

A: Sehe ich nicht so, dass sie mehr Kontakt benötigen, die UMAs sind ja in sozialen Einrichtungen untergebracht. Das ist situativ ganz unterschiedlich, wenn Gesprächsbedarf besteht, meldet sich in der Regel die Einrichtung. Dann ist es so, dass am Anfang ohne Dolmetscher gar nichts geht, das ist natürlich auch ein Aufwand, auch ein Kostenaufwand, und dann ein Dolmetscher oder die Dolmetscherin erst mal zu organisieren, ahm deswegen sind die Kontakte nicht mehr oder häufiger...

- I: Ja, wegen dem Aufwand?
- A: Ja, weil es so ein Aufwand ist, und es gibt eigentlich, ja (Pause) wenn der Asylantrag mal gestellt ist, das ist ja zunächst die Hauptaufgabe bei den UMAs, für die anderen Lebensbereiche müssen wir uns natürlich auch auf die Einrichtungen stützen, weil die uns viel abnehmen. Arztbesuche usw. das kann der Vormund nicht alles begleiten, dafür ist die Einrichtung da.
- I: Ok, also übernimmt die Einrichtung auch eine ganz klare Aufgabe, was auch die Beziehungsebene angeht.
- A: Ja auch die Organisation von Schulen, Analphabetisierung, das sind Sachen, die die Einrichtungen übernehmen müssen, egal ob das jetzt eine Einrichtung als Heim ist oder ob das im Rahmen von betreutem Jugendwohnen ist, das ist ihre Aufgabe.
- I: Wie ist es denn in Pflegefamilien? Genauso?
- A: Da habe ich keine, da kann ich nicht auf Erfahrungswerte gehen.
- I: Ok mhm.
- A: Ich denke aber, dass es da aufwendiger ist...
- I: Ok warum?
- A: Hier haben wir keine Profis zur Verfügung wie in den Einrichtungen, da muss man dann schon mehr dahinter her sein. Das kann man Vergleichen mit in Führungszeichen mit normalen Mündeln in Pflegefamilien, auch bei Nicht-UMA muss man sich bei Pflegefamilien um mehr Bereiche selbst kümmern.
- I: Mhm ok. Wenn sie sagen, sie haben die Betreuer zur Seite in den Einrichtungen, sehen Sie sich dann persönlich als wichtige Bezugsperson oder wichtige Vertrauensperson oder sehen sie hier die Betreuer in der Rolle oder auch die Pflegefamilien?
- A: Man kann das natürlich auch vergleichen mit den bisherigen Mündeln, so viel anders ist das nicht. Natürlich sind die in der Einrichtung, die haben in der Regel einen Bezugsbetreuer, eine Bezugsbetreuerin aus dem Team, welche die Gruppe leitet. Ahm das ist mal die wichtigste Bezugsperson und bei einer Pflegefamilie sind es natürlich selbstredend die Pflegeeltern, das kann ja gar nicht anders sein. Die sind ja ständig in unmittelbarem Kontakt, und wenn ich da einmal im Monat dahin komme, kann ich auch eine gewisse Beziehung aufbauen, und die auch halten, aber ich bin dann natürlich nicht die Hauptbezugsperson. Auf keinen Fall. ahm. Ja so viel kann man dazu sagen.
- I: Aber Sie sehen jetzt schon eine Wichtigkeit dahinter, dass der Vormund hier präsent ist, und sich auch anbietet eine Beziehungsebene aufzubauen? Also ist es wichtig für den UMA zu seinem Vormund auch eine gewisse Beziehung zu haben, auch wenn der Kontakt nur monatlich besteht?

- A: Er weiß, dass ...ahm... ich sein gesetzlicher Vertreter bin, und wichtige Entscheidungen grundsätzlich über mich laufen müssen und ich auch an allen wichtigen Gesprächen dabei bin und er weiß auch, dass wenn irgendetwas ist auch auf mich zukommen kann. Die kriegen natürlich alle mein Kärtchen, die haben alle meine Telefonnummer, wenn irgendetwas ist, vorausgesetzt ist natürlich, dass sie sich auf Deutsch oder auch Englisch verständigen können, können sie direkt mit mir in Kontakt treten.
- I: Mhm genau.
- A: Das ist klar, das müssen und dürfen die auch wissen, ahm wir sind natürlich durch die Funktion gesetzlicher Vertreter, ich stelle den Asylantrag, ich verhandle mit der Ausländerbehörde, des wissen die schon, dass ich da wichtig für die jungen Menschen bin.
- I: Auch der Einsatz, den Sie für die UMA leisten, wird erkannt... Wie ist das in der Praxis, kommen die dann wirklich auf Sie zu oder sagen sie ich möchte jetzt mit meinem Vormund sprechen?
- A: In der Praxis läuft das meist über den Bezugsbetreuer, wenn die in einer Einrichtung sind, ich habe nun mal jetzt nur UMA in Einrichtungen und kann nur sagen wie es hier ist, da melden sich dann die Betreuer der Gruppe und kommen auf mich zu. Die sagen hier besteht Bedarf, er hat den Wunsch geäußert Sie zu sprechen. Ich kenne aber auch einen, dem begegne ich ab und zu morgens auf der Straße auf dem Weg ins Büro, der spricht mich auch mal so an und sagt, können wir mal demnächst ein Gespräch führen, dann sag ich klar, dann regeln wir das auch.
- I: Weg von der Amtsvormundschaft hin zur ehrenamtlichen Einzelvormundschaft, wo sehen Sie hier die Vorteile, der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft.
- A: (Pause) Habe ich eigentlich keine konkreten Beispiele vor mir... ahm ....(Pause) wir haben einen Fall so regeln können, da ist der Onkel und sein Neffe bei uns aufgetaucht bei einer Gemeinschaftsunterkunft,. Da hat man dann festgestellt, das ist eigentlich ein UMA, da der Onkel nicht gesetzlicher Vertreter ist, und hat uns zum Vormund bestellt. Der Onkel wollte aber unbedingt die Vormundschaft übernehmen, ahm was er letztendlich auch erreicht hat. Das Familiengericht hat dann den Onkel, auf den zweiten Anlauf, da beim ersten Mal etwas nicht gestimmt hat. Da haben irgendwelche Personalien gefehlt. Nach der Klärung wurde dann der Onkel auch zum Vormund bestellt. Seit her habe ich eigentlich von denen nichts mehr gehört, das scheint also zu funktionieren. Die wohnen dann auch zusammen.
- I: Das wäre dann ja eigentlich auch ein Familienverbund, da wird die gemeinsame Unterkunft natürlich auch gefördert oder?
- A: Das ist ein Familienverbund, die können sich natürlich ganz anders verständigen, da sie dieselbe Sprache sprechen.

- I: Sie haben wahrscheinlich auch einen ganz anderen Bezug zueinander, wenn es sich hierbei um Familienangehörige handelt...
- A: Ja, die teilen sich gemeinsam ein Zimmer in der Unterkunft. Ich habe mir das natürlich auch angeschaut. Da fühlt sich der Junge, der war zu dem Zeitpunkt gerade mal 14, schon wohler. Je jünger die sind desto mehr brauchen die auch eine Bezugsperson, die wissen der ist für mich verantwortlich, er ist um mich rum in meiner Umgebung, das ist natürlich schon ein Vorteil. Hier ist der Vormund natürlich viel mehr präsent, das können wir natürlich nicht gewährleisten, wir müssen ja schauen, dass wir die monatlichen Besuche hinbekommen, allein von der Fallzahl her... ahm zumal wir auch noch andere Dinge bearbeiten. Das hat ein Ehrenamtlicher jetzt nicht, der ist flexibler, der hat in der Regel auch nur einen. Da kann der sich wirklich auf diesen UMA konzentrieren. Das hat schon Vorteile. Ich habe denen dann auch angeboten, das habe ich auch dem Familiengericht geschrieben, dass sie Anspruch auf Beratung durch das Jugendamt haben, also von uns, und das wissen die. Wenn er ein rechtliches Problem hat kann man ihm eventuell weiterhelfen. Wenn es im Asylverfahren Probleme gibt, können die natürlich in der Beratungshilfe einen Rechtsanwalt einschalten.
- I: Ok. Das wäre dann ein Fall im Familienverband, den sie geschildert haben. Wie sehen sie den Fall, wenn sich ein Ehrenamtlicher aus der Kommune bereit erklärt, ja ich übernehme eine Vormundschaft für einen UMA?
- A: Ich kenne jetzt gerade in dem geschilderten Fall, dass ehrenamtliche Helfer mit involviert waren, die waren auch ziemlich engagiert, da haben wir jetzt ein paar Mal das Thema kurz angesprochen. Eine Ehrenamtliche sagte, dass sie sich schon sehr gerne ehrenamtlich engagiert und auch helfen möchte, aber eine Vormundschaft möchte sie nicht führen. Da kommt sie in eine andere Rolle, die sie nicht haben möchte, das glaube ich ist auch nicht unbedingt das, was die Ehrenamtlichen wollen, jedenfalls kenne ich, mit denen ich bisher zu tun hatte. Das waren aber bisher auch nicht so viele. Da hat sich keiner geäußert er möchte die Vormundschaft für so einen jungen Menschen übernehmen. Die wollten eher, ahm... wie kann man das sagen, in einer (Pause) sagen wir mal in einer nicht genau definierten, nicht in einer gesetzlich normierten Funktion sein. Das schreckt manche ab. Sie wollen nicht die ganze Verantwortung und Vertretung übernehmen.
- I: Das wäre hier die Überforderung durch zu viel Verantwortung?
- A: Das wäre vielleicht etwas zu viel verlangt...ahm. aber ich habe da jetzt nicht so viel mit... ich wüsste jetzt auch keinen ehrenamtlichen Vormund, also ich habe bisher noch mit keinem bisher zu tun gehabt. Also bezogen auf den Helferkreis jetzt, die Verwandtschaft im Familienverbund haben wir schon.
- I: Das könnte man dementsprechend als Nachteil deklarieren, dass sich die Ehrenamtlichen vielleicht von der Verantwortung abgeschreckt fühlen?
- A: Kann sein, sollte ja dann auch die jungen Menschen im Asylverfahren begleiten, man muss sich mit Behörden, gerade auch der Ausländerbehörde auseinandersetzen. Das ist zum Beispiel auch immer nicht so ganz einfach,

ahm (Pause) ich kann es aber nicht pauschalisieren, dafür kenne ich zu wenige aus diesen Kreisen. Ich kann mir schon vorstellen, dass hier schon welche geeignet sind und auch welche dabei sind, die sich das zutrauen würden. Nur ich kenne da jetzt niemanden.

I: Allein vom Ehrfahrungswert her, da sie schon UMA-Vormundschaften geführt haben. Wo wären noch weitere Nachteile, die Sie sehen, Aufgaben, die ehrenamtliche Einzelvormünder gar nicht stemmen können? Auf Grund von fehlenden Fachkenntnissen etc. ...

A: mhm ich glaube, dass das, nehmen wir mal das Wichtigste, was die UMAs eben haben, ist eben das Asylverfahren und das Aufenthaltsrecht. Das ist ja für uns zum Teil Berufsvormünder auch Neuland, da muss man zum Teil auch noch Beratung einholen bei Rechtsanwälten, so wie wir vor kurzem auch gemacht haben. Das steht natürlich den Ehrenamtlichen auch offen. Die tun sich wahrscheinlich sogar noch leichter, wenn die zum Gericht gehen, und sagen sie brauchen einen Beratungsschein, sie sind ehrenamtlicher Vormund und müssen das jetzt klären und sind überfordert, da sie die Rechtskenntnisse nicht haben. Ich denke die tun sich da leichter Hilfe zu bekommen, gerade auch im Vergleich zu uns. Ich bin zwar noch Vormund, aber im Asylverfahren kann ich das Kind nicht vertreten, ich möchte das einem Anwalt überlassen, sodass ein Rechtsanwalt beauftragt wird, ich denke das können die Ehrenamtlichen bei Gericht einfacher erreichen. Das wäre dementsprechend eigentlich ein Vorteil, ich sehe das nicht zwingend als Nachteil an, (Pause) ja. Also das ist jetzt für mich mal das Hauptaugenmerk auf diese asylrechtlichen und aufenthaltsrechtlichen Fragen.

I: Sonstige Nachteile, die Ehrenamtliche aufweisen? Welche Vorzüge haben Sie als Amtsvormund, gegenüber den Ehrenamtlichen?

A: Ja der Ehrenamtliche kann ja auch mal ausfallen, dann muss man schauen, da ist dann keine automatische Vertretung da. Hier fehlen dann solche personellen Strukturen... (Pause)

I: Mhm. Im Amt wird der Kollege dann automatisch vertreten.

A: Genau. Dann auch der Urlaub, ein Ehrenamtlicher braucht auch mal Urlaub, der steht auch nicht 365 Tage zur Verfügung, das sollte man auch bedenken.

I: Alles klar, ich wäre mit meinen Fragen durch so weit, haben Sie noch Anmerkungen oder Fragen zum bisher besprochenen oder haben Sie noch Anmerkungen zu einem anderen Thema welches die Bachelorthesis betrifft?

A: Ich möchte noch einmal auf die Nachteile eingehen. Die fehlenden Fachkenntnisse, wie gesagt, sind für mich kein Nachteil. Wenn es um das juristische geht oder die ausländerrechtlichen Angelegenheiten, kann man das ausgleichen durch Rechtsanwälte. Natürlich psychologische Faktoren, vielleicht auch pädagogische Kenntnisse, das ist von Person zu Person unterschiedlich, das kann man nicht generell voraussagen.

- I: Es kommt natürlich auch darauf an welche Profession der Ehrenamtliche davor oder nebenher ausübt. Viele Ämter liebäugeln natürlich mit pensionierten Lehrern oder pensionierten Sozialarbeitern...das habe ich auch schon gehört. Hier sind die gefragten Fachkenntnisse natürlich mehr als gegeben.
- A: Hier kann man das denke ich voraussetzen, (Pause) ja ok, da haben wir halt dann einen noch größeren Altersunterschied, wenn man auf pensionierte Leute zurückgreift, aber ich denke in der Praxis ist das auch so, diesen ehrenamtlichen Helferkreis den wir haben, habe ich auch schon mitgekriegt, dass es überwiegend ältere sind.
- I: Was halten sie von Studenten, als ehrenamtliche Vormünder, z.B. Studenten wie wir an der Hochschule für öffentliche Verwaltung, im gehobenen Verwaltungsdienst. Das wäre eigentlich von den Fachkenntnissen her, also da wären zumindest die Grundlagen gegeben. Der Altersunterschied wäre natürlich sehr gering. Wie beurteilen Sie diese Gegebenheit in Hinsicht auf einen besseren Zugang zu den Jugendlichen, da eben gerade ein geringerer Altersunterschied vorherrscht, auf der anderen Seite steht die fehlende Autorität etc. ...
- A: Sowohl als auch... ich sehe Vor- und Nachteile. (Pause) Überlegenswert auf jeden Fall, man könnte darüber nachdenken. Wenn Studenten bereit sind, man muss nur aufpassen, dass man sich nicht übernimmt. Also eine Einzelvormundschaft zu übernehmen... ahm... Problem ist halt, der kann dann sehr schnell den Aufenthaltswechsel vornehmen, wenn das Studium abgeschlossen ist und die Vormundschaft in dieser Zeit aber noch läuft. Man muss denen dann jemanden suchen, der altersmäßig passt. Wenn man weiß ich bin jetzt für einen begrenzten Zeitraum da und kann in diesem Zeitraum eine Vormundschaft übernehmen, dann muss man denen so einen auswählen, dass der Student den UMA bis zu seiner Volljährigkeit begleiten kann, das wäre ideal. Aber man kann keinen nehmen mit 14 und lässt ihn dann mit 15 stehen, ein Vormundwechsel sollte nicht stattfinden Nach der Alterseinschätzung kann man das dann abschätzen ob das passt. Man kann sagen in welchem Zeitabschnitt man keinen Wohnortwechsel vornimmt, sodass man in der Zeit einen eine passende Vormundschaft übernehmen kann.  
Wenn man das beachtet halte ich das durchaus für interessant.
- I: Dankeschön. Also meine Fragen sind beantwortet, möchten Sie noch ein Schlusswort sprechen?
- A: Ich denke es ist halt interessant, ich denke das kann den Einzelnen, den Ehrenamtlichen ziemlich viel bringen, wenn man sich einfach auch mal mit diesen Menschen, die da aus anderen Kulturkreisen kommen befasst und sich mit diesen auseinandersetzen muss. Das ist schon eine ziemliche Bereicherung.
- I: Sie sehen hier also auch eine Bereicherung für uns, für unsere Gesellschaft, wenn man sich auf die Menschen einlässt?



- A: Genau, Gegenseitig profitiert man voneinander.
- I: Also eigentlich wieder ein weiterer Vorteil, Ehrenamtliche einzusetzen oder verstärkt anzusprechen um gerade dort das Verständnis zu fördern, Interkulturalität herzustellen.
- A: Genau, gegenseitiges Helfen, und gegenseitiges Profitieren, das ist eigentlich das was man da erzielen kann, wenn man will oder was man erzielen sollte, sodass jeder was davon hat.
- I: Ok. dann würde ich sagen das ist ein schönes Schlusswort.
- A: Alles klar.
- I: Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Zeit und dass Sie sich bereit erklärt haben, mir mit Ihren Aussagen und Argumenten und mir auch mit ihrer Meinung als Experte zu Verfügung zu stehen. Vielen Dank dafür!

## Interviewprotokoll zum Experteninterview

Datum 12.07.2016

Uhrzeit: 13.30 Uhr – 14.00 Uhr

Interview mit einer Amtsvormündin.

Der Aufzeichnung dieses Gesprächs und der Verwendung der Materialien wurde im Vorfeld zugestimmt.

I= Interviewer

A: Antwortgebender Experte

- I: So, Vielen Dank, dass Sie sich Zeit nehmen heute mit mir dieses Interview zu führen. Es geht einfach da drum, dass ich mit diesen Experteninterviews die ich jetzt hier führe, meine Umfrage ein bisschen unterstützen will, durch Expertenmeinungen. Ich mache die Umfrage in allen Jugendämtern in Baden-Württemberg. Die Jugendämter bekommen zu dem gleichen Thema, welches wir jetzt hier besprechen Fragen gestellt, zu denen diese dann online ihre Informationen und ihre Daten abgeben können. Die Interviews dienen dazu, Aussagen aus der Umfrage zu untermauern oder auch zu widerlegen.
- I: Zu Beginn habe ich ein paar Fragen zu ihrer Person, wie lange Sie schon als Vormund tätig sind?
- A: Zwei Jahre, ich habe im März 2014 hier angefangen.
- I: War das dann direkt von der Hochschule, als Berufsanfänger oder waren Sie davor noch wo anders tätig?
- A: Ich war davor erst Hauptamtsleiterin als Elternzeitvertretung, daher auch befristet. Danach war ich auf dem Ordnungsamt, was eine A10er Stelle war, sodass ich mich weiterbeworben habe.
- I: Ok, alles klar. Seit wann haben Sie auch Vormundschaften für UMA übernommen?
- A: Mhm. Seit einem Jahr. Vor einem Jahr habe ich die ersten UMA-Fälle erhalten.
- I: War das dann so, dass es im Alb-Donau-Kreis davor eigentlich gar nicht so ein Problemfeld war?
- A: Ja wir haben da erst die ersten bekommen. Ein einzelner aus Georgien kam schon etwas früher. Nach dem aber der Pass kam hat sich herausgestellt, dass es gar kein UMA ist.
- I: Gut, was sehen Sie als den größten Unterschied oder die Besonderheit an der Vormundschaft zu UMAs, im Gegensatz zu anderen Vormundschaften an?
- A: Mhm... (Pause) Also ich sage jetzt mal so, das Asyl- und Ausländerrecht spielt einfach bei den "normalen" Vormundschaften ja keine Rolle. Falls diese einen Migrationshintergrund haben, ist der Aufenthaltsstatus ja schon geklärt. Ich

würde mal sagen das ist ein riesen Gebiet, dass da neu auf uns zugekommen ist.

I: Hat man davor auch keine Berührungspunkte zu dieser Thematik gehabt?

A: Nein, also klar, wenn man vorher auf der Ausländerstelle gearbeitet hat schon aber sonst nicht. Klar man kennt sich mit den Aufenthaltsstatus nicht aus, einen Asylantrag stellen macht man ja im Normalfall ja auch nie.

I: Also kann man sagen, dass dies komplettes Neuland für Sie als Amtsvormund ist?

A: Genau... und... ahm... der Gegensatz zur normalen Vormundschaft sag ich jetzt mal, die UMAs sind oft kein Jugendhilfeklientel. In ihrem Land, haben sie bei ihrer Familie gelebt, das heißt sie wären nicht in einer Jugendhilfeeinrichtung, wenn die Eltern hier in Deutschland wären. Ich sage jetzt mal das sind schon so die Voraussetzungen und auch die Ansprüche dann, von den Ansprüchen her von den UMAs, das sind schon andere. Auch die Fragen die sie stellen, was es so mit sich bringt...ja.

I: Ok sie fügen sich dann einfach nicht so in die Hilfen ein oder wie kann man das verstehen?

A: Also das schon, sie sind auch, also der Großteil ist auch sehr dankbar, haben die Jugendhilfe auch als Chance und Hilfe angesehen, aber es ist, wenn ich jetzt an die normalen Vormundschaften denke, das Niveau ist jetzt bei UMAs schon höher... wenn man mit ihnen in Kontakt ist, sie möchten wissen, wie es aussieht mit dem Asylantrag, wie sehen ihre Chancen aus, Schule Ausbildung, was können sie machen, und was dürfen sie machen...

I: Also fordern die UMA im Vergleich zu den anderen Vormundschaften mehr?

A: Ja, also unsere normalen Vormundschaften sind oft Kinder wo aus sozialschwachen Familien kommen, da ist die Schule eher eine Last. Auf die haben sie auch keine Lust, was sie mit ihrem Leben anfangen wollen wissen sie auch nicht. Die Motivation an sich ist eine ganz andere wie bei den UMA.

I: Das ist eigentlich genau das Gegenteil, was Sie sonst so von ihren Mündeln erleben.

A: Ja genau.

I: Also dann jetzt eine Frage zu ihrem Arbeitsplatz, einfach zur Organisation des Amtes. Was halten Sie von einer Spezialisierung Ihres Arbeitsplatzes im Lab-Donau-Kreis, auf einen bestimmten Fachbereich, sodass man beispielhaft die Vormundschaften, Beistandschaften und Pflegschaften voneinander trennt?

A: Also, (Pause) ich weiß nicht, ich würde es vielleicht, ich bin mir nicht sicher, es wäre vielleicht ganz gut, wenn man Vormundschaften und Beistandschaften trennt, das könnte ich mir schon gut vorstellen. Die UMAs sind schon ein riesen Aufgabengebiet, wo da dazu gekommen ist, es sind auch keine

Erfahrungswerte da. Man kann nicht sagen, hier ist ein Kollege der macht das schon seit 10 Jahren, wenn ich eine Frage habe. Man muss sich viele Sachen selber aneignen und jeder Fall ist anders, es gibt einfach noch nicht so die Erfahrungen. Die Beistandschaften sind ja immer noch da, die müssen auch erledigt werden. Ich hätte jetzt gesagt, wenn man jetzt die Bereiche trennt, auch allgemein die Vormundschaften, Plegschaften und Beistandschaften, könnte man sich eben jeweils auch spezialisieren.

I: Also vertiefende Fachkenntnisse wären hier dann das große Ziel. Sie würden einfach die Beistandschaften extra machen und die Vormundschaften und Plegschaften gemeinsam lassen.

A: Ja genau.

I: Was wäre, wenn man einfach zwei, drei Sachbearbeiter komplett für UMA-Vormundschaften abstellt?

A: Hat bestimmt auch Vorteile, habe ich mir auch schon überlegt. Ich mein, bei uns im ASD ist es jetzt so gehandhabt, da hat man ja jetzt wirklich Sachbearbeiter eingestellt, wo sich nur um UMAs kümmern.

I: Wenn jemand entfällt...

A: Ja genau. Für jeden einzelnen für uns ist das jetzt hier eine neue Herausforderung zu den normalen Vormundschaften. Ich weiß nicht ob ich das jetzt auch noch trennen würde aber so aktuell könnte ich mir das schon vorstellen, dass sich die Beistandschaften und die Vormundschaften und Plegschaften trennen. Manche machen das ja auch irgendwie lieber, und können sich dabei auf ihren Bereich spezialisieren. Es gibt ja wohl auch schon einige Landratsämter, wo das so machen. Ich glaube wir sind noch eine von den wenigen, die das noch nicht getrennt haben.

I: Ich denke die Größe des Amtes spielt hier auch eine Rolle, durch die wenigen Sachbearbeiter würde die Stellvertretung nicht mehr gewährleistet werden.

A: Ja das kann gut sein. Ich denke unsere Sachgebietsleitung hat sich schon mit diesem Thema befasst und ist zu dem Entschluss gekommen, dass man die Bereiche nicht trennt. Es gibt mit Sicherheit Gründe dafür warum das bei uns so ist.

I: Aber sie persönlich würden sagen, dass es für die Fachkenntnisse des einzelnen Sachbearbeiters einfach besser ist...

A: Man könnte sich einfach spezialisieren, da die UMAs schon noch mal einen großen Teil sind, die dazu gekommen sind.

I: Der Spezialisierungswunsch geht dann ja gerade aus der Mehrarbeit der UMAs hervor, da man sich hier viel neues Wissen aneignen muss.

- A: Ja genau, bis in zwei Jahren sagt man, dass man eine gewisse Routine in den Fällen hat dann ist es auch nicht mehr so schlimm, aber im Moment ist es einfach geballt.  
Ich denke, wenn man eine Umstrukturierung macht, macht man das ja auch mit dem Hintergrund das dauerhaft zu machen und nicht nur temporär, ausgelöst durch die UMA.
- I: Ja, ok.
- I: ahm... Der Sollkontakt des Vormunds und seinem Mündel ist gesetzlich auf einmal im Monat festgelegt worden. Wie oft findet der Kontakt tatsächlich zu den Mündeln statt, also hier nur die UMAs berücksichtigt?
- A: Also ich schau wirklich, dass ich es einmal im Monat schaffe, manchmal geht es einfach nicht, auf Grund von Urlaub oder auch Vertretung, und sonstigen Terminen. Aber ich schau das es allerspätestens nach den 6 Wochen zu einem Kontakt kommt.
- I: Aber es kommt dann wirklich auf den monatlichen Kontakt an, oder gibt es auch Fälle, wo ich mit einem Monat nicht zu Lande komme, und häufigeren Kontakt herstellen muss.
- A: Nein, also vier Wochen sind realistisch und auch ausreichend, klar, wenn mal was dazwischen ist, wo der Betreuer oder das Mündel selbst auf mich zukommen, dann kann es schon zu mehreren Terminen kommen. Letztes Mal war jetzt einer da, der möchte jetzt Gitarrenunterricht, da musste man dann noch was unterschreiben, dann war der kurz da und dann hat man das erledigt. Dann fragt man natürlich auch wie es ihm geht ob alles gut läuft. Wenn was Außerplanmäßiges kommt dann suchen die schon den Kontakt, aber das ist eher die Ausnahme. Den meisten reichen die vier Wochen schon aus.
- I: Alles klar (Pause)
- I: Wenn man jetzt sagt einmal im Monat besteht der Kontakt, auf der anderen Seite steht dann wieder die Rolle als Bezugs- und Vertrauensperson, die der Vormund erfüllen soll. Wie sehen Sie diese Rolle dann für sich? Sehen Sie hier die Betreuer oder die Pflegefamilien in der Rolle der engen Bezugsperson oder sagen Sie auch von sich, dass ich für das Mündel, für den UMA trotzdem wichtig sind.
- A: Also ich kann nur von meinen Fällen sprechen. Ich habe so das Gefühl, dass natürlich die Betreuer und die Pflegefamilien, also ich habe aktuell niemanden in der Pflegefamilie, dass die Betreuer schon, ich sag jetzt mal die Bezugsperson Nummer 1 sind. Mit denen haben sie jeden Tag zu tun, ja, aber ich sag jetzt mal ich als Vormund, vor allem bei denen ich jetzt schon fast ein Jahr Vormund bin, dass da schon auch ein Vertrauensverhältnis entstanden ist, doch schon. Aber ich sag die Hauptbezugsperson ist der Betreuer.
- I: Ja klar. Also auch erste Anlaufstelle, wenn irgendwas ist, welche sich dann bei Bedarf auch bei Ihnen melden?

- A: ja.. ja...also, wenn irgendwas gibt, so wie die Zustimmung oder Unterschrift von mir gebraucht wird dann natürlich, aber ansonsten sind die Betreuer in erster Linie für die UMA da.
- I: Sie können also bestätigen, dass sie als Vormund eine Bezugsperson für den UMA sind?
- A: Doch schon, also ich habe welche, die sammeln wirklich ihre Fragen bis zum nächsten Termin und fragen dann wirklich auch alles, was ihnen einfällt. Ich erhalte dann auch wieder das Feedback von den Betreuern, ja klar mit den Fragen haben sie uns auch schon gelöchert, aber wenn die Betreuer sagen wir können und dürfen darüber nicht entscheiden, dann ja. Die wissen schon, dass der Vormund für gewisse Sachen (Unterschrift) einfach leisten muss, und auch Entscheidungen treffen muss, von dem her habe ich schon das Gefühl, dass ein Vertrauensverhältnis da ist. Aber klar alles andere, wo sie meine Entscheidung oder Unterschrift nicht benötigen, klären sie dann mit dem Betreuer.
- I: Wenn man übergeht von der Amtsvormundschaft weg, hin zu der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft...ahm. Wo könnte man hier eben die Vorteile sehen für die ehrenamtliche Einzelvormundschaft, wo Sie jetzt vielleicht nicht so hinkommen können. Jetzt gerade auf Ebene der Bezugs- und Vertrauensbasis.
- A: Also klar, uns Vormünder, uns Amtsvormünder, ist es gar nicht möglich, so ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, wie wenn wir jetzt jeden Tag Kontakt zu ihm hätten. Das ist ein ganz großer Vorteil, den so ein ehrenamtlicher Einzelvormund hätte. Das muss man mit Sicherheit sagen. Das wäre der ganz große Vorteil, den so ein Einzelvormund hätte, ja.
- I: Die Frage ist, ob das wirklich so benötigt wird, wenn Sie sagen, ich kann meine Aufgaben die gesetzlich vorgeschrieben sind und einfach die rechtliche Vertretung von dem Mündel gewährleisten, wenn ich mit meinem Mündel monatlich Kontakt habe. Für was braucht dann das Mündel zwei Bezugsperson, wenn der UMA in einer Einrichtung mit Betreuern ist. Da hat er ja eigentlich seine Bezugspersonen...Oder sagen sie, es wäre wichtig, dass da noch mal jemand wäre?
- A: Also ich finde es immer schon gut, ich meine die Betreuer sind oft auch Angestellte von einer Einrichtung, welche bestimmte Ziele verfolgt, welche dann auch von den Betreuern verfolgt werden. Irgendwelche Strukturen, oder Konzepte, die die Einrichtung verfolgt. Ich finde es schon gut, wenn da noch eine neutrale Person noch von außen, die mit der Zeit noch einen Eindruck über das Mündel verschafft. Klar ich frag immer, wie gefällt es euch, und wie kommt ihr mit der Gruppe zurecht und mit der Schule. Ich denke, wenn da jemand wirklich ein Problem mit einem Betreuer oder so hätte, dann sollte es auf jeden Fall auch jemanden geben, der die Situation auch neutral sieht. Das finde ich schon wichtig.
- I: Ok.

- A: Wäre aber eigentlich auch gegeben, wenn es ein Einzelvormund wäre.
- I: Klar diese Gegebenheit wäre genauso auch bei einem Einzelvormund gegeben.
- A: Ja genau.
- I: Sehen Sie noch weitere Vorteile von ehrenamtlichen Einzelvormündern?
- A: ahm...
- I: Gerade jetzt auch wenn man das anspricht, über die Minderjährigkeit hinaus, wenn die dann mit 18 aus der Vormundschaft entlassen werden und auf sich selbst gestellt sind. Dass man da einfach die Möglichkeit ergreift einen Einzelvormund zu rekrutieren, um auch über die Volljährigkeit hinaus noch auch eine Bezugsperson zu haben, die noch für einen zur Verfügung steht?
- A: Ich könnte mir schon vorstellen, wenn so eine Einzelvormundschaft besteht, und die Vormundschaft dann zwei Jahre oder länger besteht und entwickelt sich da auch ein Verhältnis und eine Beziehung aufbaut. Ich kann mir auch vorstellen, dass der UMA die Beziehung auch über das 18 Lebensjahr hinaus weiter in Anspruch nehmen würde, wenn er das könnte. Das kann ich mir gut vorstellen.
- A: Ja also, ich kenn leider keinen Einzelvormund, weil es das bei uns ja auch nicht gibt. Die die dann auch die ehrenamtliche Einzelvormundschaft machen würde, sind ja auch meist Personengruppen, die eher sozial eingestellt sind und das "Helfersyndrom" haben, da kann ich mir dann auch nicht vorstellen, dass der Ehrenamtliche den Kontakt dann mit Vollendung des 18 Lebensjahr zu seinen Schützling abbricht.
- I: Wie auch das Beispiel in Biberach zeigt, funktioniert das Konzept der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft. Hier wurden pensionierte Lehrer, Sozialarbeiter eine Kinderärztin und auch Vormünder in Elternzeit gewonnen.
- A: Ja das kann ich mir dann schon gut vorstellen, vor allem kommen die Leute ja aus diesem Bereich.
- I: Ja klar auch die Fachkenntnisse sind hier natürlich sehr wertvoll. Vor allem auch in Hinsicht auf die Geeignetheit der Person für eine Vormundschaft.
- I: Eine andere Idee, die ich gelesen habe, ist es, Studenten für die ehrenamtliche Einzelvormundschaft zu gewinnen. Also Studenten wie ich im gehobenen Verwaltungsdienst, die sind ja durch ihre Ausbildung jetzt 1,5 Jahr in der Praxisphase, dass man hier versucht Studenten über diesen Zeitraum zu erreichen. Was halten Sie als Erfahrungsperson von dieser Idee, Studenten zu rekrutieren? Sagen Sie man könnte das den Studenten zutrauen, die auch schon mit den jeweiligen Rechtsgebieten in Kontakt gekommen sind?
- A: Ja das kann ich mir gut vorstellen. Die sind ja dann alle eher Anfang 20. Das Könnte ich mir schon vorstellen. Würde vielleicht auch, ich sag jetzt mal, so junge Leute könnte ich mir ganz gut vorstellen, da dann hier einfach der Altersunterschied gar nicht so groß ist und sich dadurch auch eine

Freundschaft bilden kann oder halt sich auch ein anderes Verhältnis entwickelt.

I: Ahm... Wo sehen Sie die klaren Nachteile von ehrenamtlichen Einzelvormündern?

A: Mhhhh... also je nach dem Beruf des Vormunds, also was der Einzelvormund dann beruflich macht. Ich mein für uns ist es kein Problem mit Behörden Kontakt aufzunehmen, bei uns bringt es der Berufsalltag mit sich, dass man weiß an wen oder an welche Behörde man sich wenden muss. Wenn den Ehrenamtlichen diese Kenntnisse fehlen wird es für sie schon schwieriger. Außerdem hat man auch schon ein rechtswissenschaftliches Studium hinter sich, und weiß auf jeden Fall mal wo man nachschlagen muss, und welche Anlaufstellen es gibt. Wenn der Einzelvormund jetzt in Elternzeit ist und hier eine Vormundschaft übernimmt, der hat dann vielleicht gar nicht so die Möglichkeit mit Behörden in Kontakt zu treten, wie die Amtsvormünder. Das sehe ich ein bisschen als Nachteil, und ja. Aber wobei man muss auch sagen, dass man sich auch informieren kann, und auch beim Jugendamt Hilfe holen kann, oder nachfragen.

I: Hier stellt sich dann wieder die Frage, warum man die Ehrenamtlichen gewinnen möchte. Möchte ich der Behörde eine Arbeitserleichterung beschere, zur Arbeitsentlastung, dass man sagt ok meine Amtsvormünder werden durch weniger Fallzahlen belastet, wenn man aber sagt, dass man die Leute auch Schulen und betreuen muss, ob das vom Zeitaufwand sich wieder aufhebt, sodass man keinen zeitlichen Nutzen mehr aus der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft zieht. Hier steht es immer im Vordergrund, aus welcher Intension die Ehrenamtlichen eingesetzt werden sollen.

A: Genau, vor allem, weil auch jeder Einzelvormund auch nur ein Mündel übernimmt. Da sage ich ja nicht, ich lern den jetzt ein und schule den und der übernimmt dann danach 10 UMA, sondern der hat dann halt eine Vormundschaft, um die er sich kümmert. Also, da müssen dann ja ständig neue nachkommen, weil die ja dann auch durch die eine Vormundschaft besetzt sind.

I: Sinn würde es ja dann eigentlich machen hier fast volljährige Mündel den Einzelvormündern zuzuordnen, sodass diese relativ schnell wieder neue Vormundschaften übernehmen können.

A: Ja genau. Also die nachkommenden Einzelvormünder, auch die Anwerbung und Schulung ist Aufwand, auch der Service, lieber Einzelvormund, wenn's ein Problem gibt komm auf mich zu. Das Angebot zur Hilfe muss dann auch gewährleistet werden. Das stimmt dann schon was Sie sagen. Ob der Zeitaufwand wieder im Verhältnis zu einer einfachen Amtsvormundschaft steht.

I: Auf der anderen Seite müsste man doch eigentlich auch das Gesetz im Hinterkopf behalten, da hier die Einzelvormundschaft vorzuziehen ist, und da das nicht genutzt wird, wäre das ja dann gesetzwidrig oder?



- A: Ja, stimmt schon. Sonst irgendwelche Nachteile noch... (Pause)
- I: Könnten Sie sich das vorstellen, auch im Alb-Donau-Kreis ein Projekt, wie es Biberach auch gemacht hat zu starten? Oder das als Versuch zu testen. Was denken Sie, wie wäre hier die Bereitschaft von Seiten der Amtsleitung oder von Kollegen?
- A: Also Umsetzung... wenn man das möchte geht das mit Sicherheit, aber die Einstellung oder Interesse kann ich nicht beurteilen. Aber wenn in Biberach das schon in Arbeit ist, als Nachbarlandratsamt. Könnte man sich auch zusammensetzen und Fragen wie man das macht. Vielleicht auch die Zusammenarbeit zwischen den beiden Landkreisen anstreben, sodass man sich Kosten für die Schulung oder Betreuung auch teilen kann. Aber dazu benötigt man erst einmal hier im ADK die nötige Antriebskraft das umsetzen zu wollen.  
Ich sag jetzt mal, wenn das gewünscht wäre, wäre das kein Ding der Unmöglichkeit.
- I: Sie sehen dann auch kein Problem mit dem Ausländerrecht und dem Asylrecht, wenn die Ehrenamtlichen hier diese Aufgabe übernehmen sollen?
- A: Also es ist schon kompliziert, aber Unsereiner muss sich auch in die Materie einarbeiten. Ich habe schon mal ein Praktikum auf der Ausländerbehörde gemacht, ich habe bereits ein paar Kenntnisse gehabt, aber es gibt auch Ausbildungen im gehobenen Dienst, die mit dem Ausländerrecht nie in Berührung gekommen sind. Ich habe die Vertiefung Ordnung gemacht, da hat man auch das Ausländerrecht in seinem Vertiefungsstudium, aber in den anderen Vertiefungsschwerpunkten ist das dann schon nicht mehr gegeben. Ich denke man kann sich überall einlesen, wenn man will, und einarbeiten, ja. Vor allem auch die Fallbearbeitung in der Praxis ist vollkommen anders, jeder Fall ist anders, man wird mit tatsächlichen Problemen konfrontiert, die man auch in der Ausbildung nicht lernt, wie man damit umgehen soll... klar ist es schon von Vorteil, wenn man das Studium im gehobenen Dienst bereits absolviert hat, um die Rechtskenntnisse, die man dort erwirbt auch wertvoll für den Umgang mit den Gesetzen sind. Aber die Möglichkeit sich in dieses Rechtsgebiet einzulesen und einzuarbeiten ist kein Ding der Unmöglichkeit, auch wenn man kein Bachelor of Arts, Public Management ist.
- I: Also die Ehrenamtlichen wären eigentlich eine Alternative, die man in Betracht ziehen könnte, die auch einfach in Vergessenheit geraten sind. Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft wird nicht in jedem Amt gefördert und ist auch nicht so weit verbreitet.
- A: Ja das kann man schon so sagen. Ich weiß aber halt nicht, warum das so ist. Ob die Ehrenamtlichen sich einfach nicht lohnen, da der Aufwand viel zu unverhältnismäßig ist. Ob man jetzt jemanden einstellt, der dann nur nach den Ehrenamtlichen schaut oder ob man dann die Vormundschaft gleich selbst mit eigener Mitarbeiterkapazität erledigt. Das sind mit Sicherheit auch Gründe, die hier eine Rolle spielen. Wenn vom Haus das Interesse oder der Wunsch besteht, dass man da danach schaut ist das bestimmt eine Sache, die man umsetzen könnte.

- I: Halten wir fest, dass die Ehrenamtlichen eigentlich eine gute Alternative für die Amtsvormundschaft wären, auch speziell für UMA. Und dass man die Ressource zumindest im Hinterkopf behalten werden sollte.
- A: Ja genau.
- I: Dann bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Zeit und Ihre Geduld, sowie Ihre Aussagen, Argumentationen und auch Ihre Meinung zu diesem Thema.

Interviewprotokoll zum Experteninterview

Datum 12.07.2016

Uhrzeit: 16.00 Uhr

Interview mit einem Amtsvormund

Der Aufzeichnung dieses Gesprächs und der Verwendung der Materialien wurde im Vorfeld zugestimmt.

I= Interviewer

A= Antwortgebender Experte

I: Hallo, ich möchte heute gerne mit Ihnen das Experteninterview für meine Bachelorarbeit führen. Wie ich Ihnen bereits im Vorfeld erklärt habe, dient dieses Interview zu Untermauerung meiner Umfrage, die ich zeitgleich an allen Jugendämtern in Baden- Württemberg durchführe. Auf Grund von Ihrer Expertenmeinung kann ich Aussagen aus der Umfrage stützen oder auch widerlegen. Haben dazu Sie noch Fragen?

A: Alles, klar, nein ich habe keine Fragen.

I: Zu Beginn würde ich Sie gerne etwas über Ihren beruflichen Werdegang fragen. Seit wann sind sie denn schon als Vormund tätig?

A: Das mache ich seit Dezember 2015 jetzt.

I: Ok alles klar, und was haben Sie vor dieser Stelle gemacht, wo waren Sie tätig?

A: Vor dieser Stelle war ich auf einer kleinen Gemeinde auf dem Standesamt.

I: Ok. Davor haben Sie ein Studium im gehobenen Dienst gemacht?

A: Nein ich habe den Aufstieg aus dem mittleren Dienst gemacht und bin daher Aufstiegsbeamtin. Ich habe diesen Aufstieg jetzt erst später gemacht.

I: Seit wann haben Sie Vormundschaften für UMAs übernommen? Das fällt dann wahrscheinlich auch auf den Dezember 2015?

A: Ja genau.

I: Die letzte Frage zu Ihrer Person entfällt in dem Sinne dann auch für Sie, was ist der Unterschied oder die Besonderheit der Vormundschaft für die UMA im Gegensatz zu den anderen Vormundschaften. Was können Sie sich hier vorstellen?

A: Die Sprachbarriere auf jeden Fall. Ich habe von der Kollegin drei UMA erhalten, die laufen, da muss ich jetzt nicht viel machen, aber das ist schon schön, wenn man anrufen kann und mit den Jugendlichen oder auch mit den Eltern sprechen kann.

I: Also die sind dann schon länger hier und können sich dann auch auf Deutsch verständigen oder?

- A: Nein das sind keine UMA, das sind "normale" Vormundschaften.
- I: Ok. Also sie machen für den Anfang nur UMA-Vormundschaften und haben vertretungsweise wegen Krankheit der Kollegin drei normale Vormundschaften erhalten?
- A: Genau.
- I: Ok, und somit haben Sie eben erkannt, dass hier die Sprachbarriere schon ein Knackpunkt für den Zugang zu den Mündeln ist?
- A: Ja also ich tu mir da halt einfach wesentlich leichter, ich war dann da vor Ort bei denen zu Besuch und das ist wesentlich leichter einen Bezug zu dem Kind aufzubauen, mit dem man sich verständigen kann. Man kann viel mehr Fragen, die Hemmschwelle wird geringer, die reden auch auf einmal dann von sich aus. Das gibt es halt bei den UMAs gar nicht. Weil sie sich auch einfach nicht verständigen können.
- I: Sie sagen auch gerade, dass der Bezug zu dem Mündel schon allein durch die Sprache schon ganz anders gestaltet wird?
- A: Ja klar.
- I: Ahm...Was würden Sie davon halten, wenn der Alb-Donau-Kreis eine Spezialisierung des Arbeitsplatzes vornehmen würde. Also dass die Beistandschaften, Vormundschaften und Pflegschaften getrennt werden, und jeder Sachbereich nur für einen dieser Sachgebiete zuständig wäre...
- A: Also das ist schwierig für mich zu beurteilen, da ich in die anderen Sachgebiete erst noch eingelernt werden muss, ich daher darüber auch noch gar nichts weiß. Mir wurde halt mal gesagt, dass würde sich so gut, ja die Beistandschaften und die Vormundschaften, das kann man dann besser timen, sich die Zeit besser einteilen, wenn man beide Bereiche ausführt. Eine Vormundschaft... dann brennt das meistens, dann ist das unheimlich wichtig und dann muss ich sofort handeln. Ich muss überall regieren und jeder muss gleich alles wissen und sofort wissen. Bei einer Beistandschaft kann man das auch mal eine Woche schieben.
- I: Also entzerrt das einfach ein bisschen die Arbeitsweise der Sachbearbeiter?
- A: Vielleicht, ja, also ich bin ja unwissend, aber das kann ich mir vorstellen, weil das ist mit den Vormundschaften ist immer präsent ist und schnell und jetzt.
- I: Ok, Sie werden aber in die anderen Sachgebiete noch eingelernt?
- A: Ja ich fang jetzt an mit der Beurkundung, da bin ich mit den Kollegen schon dabei und habe eine Schulung, das wird, das kommt jetzt eins nach dem anderen. Jetzt habe ich viele neue UMA, da geht relativ wenig mit einlernen. Wenn ich ein bisschen Zeit sehe, hänge ich mich an die Termine der Kollegen dran.

- I: Also es ist für Sie schon angenehm, in alle Bereiche eingelernt zu werden, Sie befürworten das, eher in allen Sachgebieten zu arbeiten?
- A: Ja das schon, nur bin ich jetzt froh, dass ich das alles nicht geballt bekomme, ich kann mit den Vormundschaften anfangen, kann hier schon mal anfangen, aber das Ganze dann gemeinsam zu erhalten, das ist schon relativ viel.
- I: Das denke ich mir, was sagen Sie dazu, Sie würden nur auf UMA spezialisiert werden, Sie bekommen nur Schulungen für die UMAs und Sie machen auch nur Vormundschaften für die UMAs, sind daher dann auch absoluter Fachexperte für die UMA-Vormundschaften? Wäre das eine Alternative?
- A: Also für mich jetzt nicht, mich interessiert das andere Gebiet eben auch, aber ich habe eine Kollegin, mit der war ich auf Schulung, sie sagt, sie möchte auf keinen Fall Beistandschaften machen, Sie möchte nur Vormundschaften machen. Für mich gab es ja nur die Option alles zu machen, weil mich das andere auch interessiert.
- I: Die Kollegin arbeitet daher auch in einem Amt, wo eine Arbeitsplatzspezialisierung vorherrscht oder?
- A: Ja genau da hat Sie sich so beworben.
- I: Das habe ich jetzt auch schon öfters, gehört, dass man eben gerade die Spezialisierung durchführt, man kann sich so auch auf eine Sache konzentrieren.
- A: Ja das sehe ich schon auch so, das habe ich ja jetzt auch das halbe Jahr wo ich jetzt hier bin. Ich kann schon bisschen daraus schöpfen was ich jetzt seit Dezember gemacht habe, das ist schon auch schön. Und dann hat mal vielleicht auch wieder den Kopf für was Neues.
- I: Ok sehr schön. Der Sollkontakt zwischen Vormund und seinem Mündel ist auf einmal im Monat festgesetzt, gesetzlich. Wie oft findet in der Praxis der Kontakt tatsächlich statt? Wird hier der monatliche Kontakt eingehalten oder ist das eher öfter oder eher seltener?
- A: Also eher seltener, aber ich habe jetzt auch mal manche Mündel wirklich monatlich gesehen, weil jeden Monat was anstand, nicht nur der Besuch von mir, also Mündelkontakt, sondern auch wirklich immer was vorgefallen ist und ich immer handeln musste. Deshalb kam es zum Besuch, oder ich habe etwas vorbeigebracht, Gestattung, Duldung, ja. Aber es war nie nur ein Besuch.
- I: Ok, also Sie sagen, die UMA benötigen eigentlich mehr als den monatlichen Kontakt, weil eben gerade immer so viele Sachen anstehen, wo der Vormund gebraucht wird? Oder denken Sie der monatliche Kontakt reicht aus, um das alles zu managen?
- A: Also der reicht aus, oft ist es so, ich brauche einen Dolmetscher, das Gespräch braucht ja viel mehr Zeit in Anspruch. Aber das sind ja nicht einfach nur Gespräche, wie: "Wie geht es dir?" sondern wirklich wichtige Dinge. Ich

komm nicht einfach so, um mit ihm einen Kaffee zu trinken, es ist meistens was zu tun.

I: Also einfach einen Handlungsbedarf, der den Vormund benötigt, gerade auch im Asylantrag, wo der Vormund mit dem Mündel auch den Kontakt suchen muss, um das weitere Vorgehen zu besprechen oder Unterschriften zu leisten?

A: Ja, genau. Deswegen gibt es so schöne Mündelkontakte wie nur ein Besuch, das gibt es nicht.

I: Mhm, ok. ahm... Wie sehen Sie das dann, ahm... wie sehen Sie sich selbst als Bezugs- und Vertrauensperson zu dem Mündel? Besteht hier ein gewisser Bezugs- oder Vertrauensverhältnis oder schreiben Sie dieses Verhältnis eher der Gastfamilien oder den Betreuern der Heimunterbringung zu?

A: Also die Zeit die sie mit den Mündeln verbringen auf jeden Fall.

I: Also sind die eher näher dran an den UMA?

A: Jaja, viel näher ran.

I: Ich habe jetzt beispielsweise noch das Hilfeplangespräch mit Ihrem UMA im Kopf, wo ich mit dabei sein konnte, da hat der UMA in der Vorstellungsrunde, da hat man sich noch mal vorgestellt, und dann haben Sie sich vorgestellt, ja ich bin ja dein Vormund, und dann hat Ihr Mündel nur gelacht und gesagt ja das weiß ich doch wer Sie sind, Sie sind immer da.  
Da kann man ja schon erkennen, dass er Sie schon registriert hat als Bezugsperson, auch über die Wichtigkeit, die Sie haben. In der Hinsicht, sind die dann schon so versiert, dass sie dann wissen, wer Sie sind und welche Funktion Sie haben.

A: Ja klar das auf jeden Fall, Anliegen werden an den Betreuer gegeben und der sagt mir dann meist Bescheid. Ich finde die Arbeit mit dem Mündel sollte besser sein, aber auch hier ist wieder die Sprachbarriere, die mich daran hindert. Da denke ich oft, wenn der jetzt mit dem Betreuer, wenn das nicht gut funktioniert, dann ist auch der Kontakt zu mir nicht gut, also sollte ich mehr den Kontakt direkt zum Mündel halten, wie zum Betreuer. Ist aber im Moment noch nicht so...

I: Aber wenn Sie jetzt eine Meldung von dem Betreuer bekommen, dass hier Gesprächsbedarf besteht, dann gehen Sie ja auch wieder auf das Mündel zu?

A: Ja klar da entsteht dann schon wieder der Kontakt.

I: Dann kann man schon festhalten, dass schon eine wichtige Beziehungsebene zwischen dem Vormund und dem Mündel besteht, da eben ohne Vormund nix läuft.

A: Ja das haben die schon, oder auch die Wichtigkeit, um den Vormund, das wissen die schon.

- I: Sie haben jetzt oft den Faktor Zeit angesprochen. Dass Sie eben auf Grund von Zeitmangel, meist auch die Beziehungsebene evtl. leidet.
- A: Ja die Beziehungsebene auf jeden Fall.
- I: Wie sehen Sie dann die ehrenamtliche Einzelvormundschaft, gerade auch in der Hinsicht auf die Zeit?
- A: Also wenn derjenige mehr Zeit hätte, wäre das auf jeden Fall besser. Das könnte schon eine gute Bezugsperson für das Mündel sein, wenn das harmoniert, also das ist ja der andere Knackpunkt. Also wenn die nicht können miteinander, dann wird das auch schwierig.
- I: Welche anderen Vorteile könnten Sie sich vorstellen, was ein Ehrenamtlicher gegenüber einem Amtsvormund hat?
- A: (Pause) Vorteile... ja, dass er auf der Beziehungsebene schon mehr arbeiten kann, ein ganz anderer Bezug besteht.
- I: Vielleicht könnte man noch sagen auf die Volljährigkeit hinaus...
- A: Ja das wäre toll, der kann ihn dann ja noch weiter begleiten, auf einer freiwilligen Basis. Mir wäre es manchmal auch wichtig zu wissen, was aus denen wird, das ist manchmal, ja, wenn man die Arbeit und den Aufbau macht und schon ist man draußen, und man hat keinen Kontakt mehr. Ich bekomme nichts mehr mit und das ist eigentlich schade.
- I: Also wenn man das menschlich sieht würde man eigentlich vermuten, dass der Einzelvormund auch nach der Volljährigkeit hinaus den Kontakt noch hält.
- A: Ja was Anderes kann ich mir jetzt nicht vorstellen. Den jungen Menschen noch zu pflegen, beraten und weiterzumachen... Ich kann mir da vorstellen, dass da tolle Sachen entstehen können.
- I: Ja einfach auch Sachen die bei der Amtsvormundschaft allein durch das Gesetz und die Fälle die dann nachkommen gar nicht möglich sind.
- A: Ja genau.
- I: Ja. Wo könnten Sie Nachteile der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft erkennen oder wo sagen Sie das würde vielleicht nicht so passen?
- A: Also ich denke, wenn der gut vernetzt ist und bereit ist, sich Informationen zu holen und sich auch einzulesen, und weiß wo er sich hinwenden kann, kann ich mir das gut vorstellen. Das muss kein Nachteil sein. Klar Gesetze... das Interne, aber das kann alles Erarbeitet werden, als Einzelvormund.
- I: Klar ich denke Sie müssten das eigentlich am besten wissen, Sie arbeiten sich gerade auch in die ganze Rechtsmaterie ein, Sie sind am nächsten dran, wie sich ein Einzelvormund in der Situation fühlen müsste.

- A: Genau. (lacht)
- I: Ich mein, wenn Sie eine Frage haben, gehen Sie auch zu Ihren Kollegen.
- A: Ja oder lass mir das erklären.
- I: Diese Möglichkeit besteht ja auch für Ehrenamtliche durch die Verpflichtung des Jugendamtes auf Beratung und Unterstützung.
- A: Klar man kann dem hier ja auch schon weiterhelfen.
- I: Wie sehen Sie das mit dem Mehraufwand, die zuständige Person im Jugendamt muss ja dann auch die Betreuung übernehmen, auch Schulungen.
- A: Ja aber das ist ja eher die Entlastung, klar muss ich etwas investieren, wenn er mich entlasten soll. Ein Geben und ein Nehmen. Er entlastet mich und dafür muss ich ihn mit Informationen füttern, damit ich nachher was davon erhalten kann.
- I: Klar, die Frage ist halt nur, inwieweit die Entlastung wirklich stattfindet.
- A: Ja...
- I: Man muss ja auch sehen, dass ein Ehrenamtlicher auch nur eine Vormundschaft übernimmt...
- A: Bis der weiß, wie es läuft... Aber der kann zum Beispiel, wenn sein Mündel volljährig wird, kann er ihn noch weiterhin begleiten, man kann aber auch gleichzeitig eine neue Vormundschaft übernehmen. Das ist dann eine Sache die ist über Jahre angelegt.
- I: Der absolute Vorteil ist hier, dass mit 18 Jahren nicht Schluss ist und die Möglichkeit besteht noch weiterhin dem jungen Menschen Unterstützung zukommen zu lassen?
- A: Zum Beispiel ja. Oder je länger das geht desto mehr Erfahrung hat der Ehrenamtliche ja dann auch wieder. Dann nimmt der Ehrenamtliche auch wieder eine neue Vormundschaft an, und erwirbt daher mehr Erfahrungen. bei mir geht das Aneignen der Erfahrungen natürlich viel schneller, weil ich natürlich viel mehr Vormundschaften habe, aber er hat das ja vielleicht anders erlebt, durch die andere Stellung und kann auch weitere Vormundschaften nach der Entlassung annehmen.
- I: Sie sagen also, dass auch durch die andere Stellung des Ehrenamtlichen, die Vormundschaft an sich auch ganz anders erlebt werden kann? Vielleicht bekommt er ja auch viel mehr mit, als ein Amtsvormund?
- A: Ja genau.



- I: Vielleicht wirkt sich die Nähe zu dem Menschen dann auch auf die Erfahrungen des Einzelvormunds aus und kann im Grunde viel besser einschätzen, wie er die Vormundschaft für UMA führen muss.
- A: Ja genau, der lernt ja auch nur dazu, auch wenn es ein langer Prozess ist.
- I: Haben Sie noch zu einem Punkt des Interviews, etwas anzumerken oder haben Sie noch irgendwo eine Frage?
- A: (Pause) Nein ich denke das passt.
- I: Ok, dann bedanke ich mich bei Ihnen für Ihre Teilnahm und Ihre Zeit.
- A: Ja gern geschehen.

Anlage 37:

<u>Antwort-ID</u>	<u>Resume-Code</u>	9. Welche der Studiengänge wurden von den Amtsvormündern absolviert?	<b>verwaltungsrechtliches Studium</b>	<b>sozialpädagogisches Studium</b>	<b>weitere Professionen</b>		
27236950	a8d8c62		52%	38%	10%		100%
27236969	a3923c4		40%	40%	20%		100%
27236984	7122aa5		70%	20%	10%		100%
27237094	fcc41ff		85%	0%	15%		100%
27237109	3c8ca63		50%	10%	40%		100%
27237941	b442079		70%	30%	0%		100%
27238003	194892a		60%	40%	0%		100%
27238163	8e6233c		65%	25%	10%		100%
27238368	c82d341		0%	100%	0%		100%
27238802	1440bc1		0%	0%	0%		0%
27245625	a9c00ab		50%	50%	0%		100%
27246286	f9b8958		100%	0%	0%		100%
27251198	e46d4db		55%	17%	28%		100%
27256339	8ac54cd		0%	0%	0%		0%
27288774	9f62cdf		50%	50%	0%		100%
27289310	b37aa5c		100%	0%	0%		100%
27291409	18d411c		100%	0%	0%		100%
27296219	89e585a		0%	100%	0%		100%
27315953	f970307		55%	40%	5%		100%
27371775	4aacd43		73%	12%	15%		100%
27407820	5048bf0		30%	70%	0%		100%
27434969	b067d81		0%	100%	0%		100%
27447481	d2b2829		0%	100%	0%		100%
27453560	218cb5b		90%	0%	10%		100%
27467707	d5fe52d		71%	29%	0%		100%

27506299	da4142f		33%	33%	33%		99%
27521333	c31137a		0%	100%	0%		100%
27566657	ecd4473		0%	0%	0%		0%
27574924	8c1d46e		60%	40%	0%		100%
27575949	f308a17		80%	20%	0%		100%
27579133	598cd48		0%	0%	0%		0%
Summe			1439%	1064%	196%		
			<u>53%</u>	<u>39%</u>	<u>7%</u>		100%

Anlage 38:

		12. Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) sind in Ihrem Amt derzeit für die Vormundschaften vorhanden?				13. Wie viel Mitarbeiterkapazität (Stellen) wurde seit Anfang 2015 in der Vormundschaft aufgestockt/geschaffen?
Antwort-ID	Resume-Code			Antwort-ID	Resume-Code	
27236950	a8d8c62	16,00		27236950	a8d8c62	5,50
27236969	a3923c4	7,25		27236969	a3923c4	3,60
27236984	7122aa5			27236984	7122aa5	
27237094	fcc41ff	4,20		27237094	fcc41ff	2,00
27237109	3c8ca63	7,80		27237109	3c8ca63	0,50
27237941	b442079	5,50		27237941	b442079	1,00
27238003	194892a	10,00		27238003	194892a	6,00
27238163	8e6233c	4,70		27238163	8e6233c	3,70
27238368	c82d341	3,30		27238368	c82d341	1,80
27238802	1440bc1	4,00		27238802	1440bc1	2,00
27245625	a9c00ab	8,80		27245625	a9c00ab	2,00
27246286	f9b8958	7,00		27246286	f9b8958	1,00
27251198	e46d4db	3,50		27251198	e46d4db	1,00
27256339	8ac54cd			27256339	8ac54cd	
27288774	9f62cdf	7,50		27288774	9f62cdf	3,50
27289310	b37aa5c	2,10		27289310	b37aa5c	2,20
27291409	18d411c	8,00		27291409	18d411c	1,00
27296219	89e585a	2,28		27296219	89e585a	0,78
27315953	f970307	11,50		27315953	f970307	7,00
27371775	4aacd43	8,50		27371775	4aacd43	4,00
27407820	5048bf0	2,80		27407820	5048bf0	1,00
27434969	b067d81	6,80		27434969	b067d81	4,00
27447481	d2b2829	3,30		27447481	d2b2829	1,60
27453560	218cb5b	7,00		27453560	218cb5b	1,00
27467707	d5fe52d	6,10		27467707	d5fe52d	2,60
27506299	da4142f	3,00		27506299	da4142f	2,00

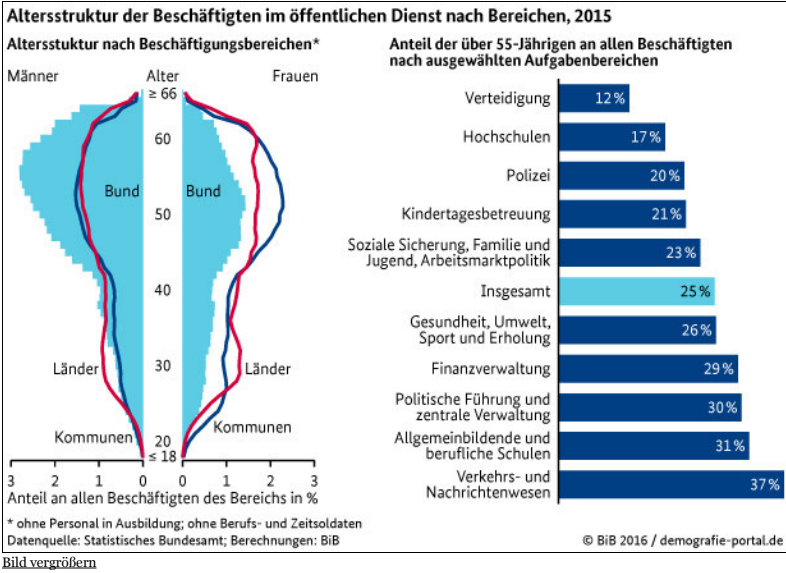
27521333	c31137a	1,70		27521333	c31137a	0,70
27566657	ecd4473			27566657	ecd4473	
27574924	8c1d46e	8,50		27574924	8c1d46e	2,00
27575949	f308a17	9,00		27575949	f308a17	2,00
27579133	598cd48			27579133	598cd48	
Summe		<b><u>170,13</u></b>				<b><u>65,48</u></b>
Durchschnitt:		<b><u>6,30</u></b>				<b><u>2,43</u></b>

## Anlage 39:

Antwort-ID	Resume-Code	15. Wie lange sind Ihre Mitarbeiter schon als Vormund tätig?	0-4 Jahre	5-9 Jahre	10-14 Jahre	länger als 14 Jahre		
27236950	a8d8c62		75,00%	6,00%	0,00%	19%		100,00%
27236969	a3923c4		100,00%	0,00%	0,00%	0%		100,00%
27236984	7122aa5							
27237094	fcc41ff		20,00%	20,00%	20,00%	40%		100,00%
27237109	3c8ca63		60,00%	20,00%	0,00%	20%		100,00%
27237941	b442079		10,00%	60,00%	20,00%	10%		100,00%
27238003	194892a		60,00%	30,00%	10,00%	0%		100,00%
27238163	8e6233c		50,00%	18,75%	6,25%	25%		100,00%
27238368	c82d341		100,00%	0,00%	0,00%	0%		100,00%
27238802	1440bc1							
27245625	a9c00ab		0,00%	100,00%	0,00%	0%		100,00%
27246286	f9b8958		80,00%	20,00%	0,00%	0%		100,00%
27251198	e46d4db		45,00%	29,00%	0,00%	26%		100,00%
27256339	8ac54cd							
27288774	9f62cdf		100,00%	0,00%	0,00%	0%		100,00%
27289310	b37aa5c		86,70%	13,30%	0,00%	0%		100,00%
27291409	18d411c		40,00%	40,00%	10,00%	10%		100,00%
27296219	89e585a		33,30%	66,60%	0,00%	0%		99,90%
27315953	f970307		60,00%	0,00%	0,00%	40%		100,00%
27371775	4aacd43		73,00%	4,00%	15,00%	8%		100,00%
27407820	5048bf0		35,00%	35,00%	0,00%	30%		100,00%
27434969	b067d81		85,00%	15,00%	0,00%	0%		100,00%
27447481	d2b2829		100,00%	0,00%	0,00%	0%		100,00%
27453560	218cb5b		72,00%	14,00%	0,00%	14%		100,00%
27467707	d5fe52d		43,00%	0,00%	57,00%			100,00%
27506299	da4142f		66,60%	33,30%	0,00%	0%		99,90%
27521333	c31137a		42,20%	58,80%	0,00%	0%		101,00%

27566657	ecd4473							
27574924	8c1d46e		60,00%	20,00%	20,00%	0%		100,00%
27575949	f308a17		60,00%	20,00%	10,00%	10%		100,00%
27579133	598cd48							
Summe:			1556,80%	623,75%	168,25%	252%		
Durchschnitt:			<u>59,9%</u>	<u>24,0%</u>	<u>6,5%</u>	<u>9,7%</u>		100,0%

Zahlen und FaktenJeder Vierte im öffentlichen Dienst ist über 55 Jahre alt



Die rund 4,6 Millionen im öffentlichen Dienst Beschäftigten waren 2015 im Durchschnitt 44,7 Jahre alt. Allerdings unterscheidet sich die Altersstruktur der Angestellten, Beamten und Richter stark zwischen den Beschäftigungsbereichen. Im Vergleich zu den Ländern und Kommunen ist die Bundesverwaltung besonders alt, wenn die überwiegend jungen Berufs- und Zeitsoldaten nicht berücksichtigt werden. Zudem sind selbst bei Ausschluss der meist männlichen Soldaten nur etwas mehr als ein Drittel der Bundesbeschäftigten weiblich. Auf der Ebene der Länder und Kommunen ist der Frauenanteil an den Beschäftigten mit 60 beziehungsweise 63 Prozent deutlich höher. Das Personal im Landesbereich ist tendenziell etwas jünger als im kommunalen Bereich.

Verschiedene Aufgabenfelder und historische Entwicklungen sind wesentliche Gründe für die Unterschiede in der Beschäftigtenstruktur von Bund, Ländern und Kommunen. So ist zum Beispiel ein großer Anteil der Landesbeschäftigten als Lehrer tätig. Diesen Beruf üben mehrheitlich Frauen aus. Darüber hinaus wurden zwischen 1960 und 1980 viele junge Lehrer eingestellt, um die Babyboomer-Jahrgänge zu unterrichten, während es danach lange Zeit weniger Einstellungen gab. Erst in jüngerer Zeit werden wieder mehr Lehrer gesucht, um die nun in den Ruhestand gehende alte Lehrergeneration zu ersetzen. Beides beeinflusst grundlegend die Personalstruktur der Länder.

Im öffentlichen Dienst ist durchschnittlich jeder vierte Beschäftigte über 55 Jahre alt und geht damit bis 2025 in den Ruhestand. Im Verkehrs- und Nachrichtenwesen beträgt der Anteil der älteren Erwerbstätigen sogar mehr als ein Drittel. Vergleichsweise jung ist dagegen das Personal im Aufgabenbereich Verteidigung sowie an Hochschulen.

Öffentlicher Dienst

Daten zum Personal des öffentlichen Dienstes werden von der amtlichen Statistik jährlich zum Stichtag 30. Juni erhoben. In den Personalstatistiken zählt das Personal der Einrichtungen in privater Rechtsform nicht zum öffentlichen Dienst. Diese umfassen rechtlich selbstständige privatrechtliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 50 Prozent beteiligt ist.

Diagramm und Daten

- [Diagramm als pdf-Datei \(pdf, 115KB, Datei ist nicht barrierefrei\)](#)

[Daten als csv-Datei \(csv, 3KB, Datei ist nicht barrierefrei\)](#)

Weitere Informationen

[Informationen des Statistischen Bundesamtes zum Personal im öffentlichen Dienst](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/OeffentlicherDienst.html) [<http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicherDienst/OeffentlicherDienst.html>]





Demographieorientierte  
Personalpolitik in der  
öffentlichen Verwaltung

Studie in der Reihe  
»Alter und Demographie«

Robert Bosch **Stiftung**

# Demographieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung

# Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>6</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>8</b>
<b>Best Practice Verzeichnis</b>	<b>10</b>
<b>1 Einleitung</b>	<b>12</b>
<b>2 Altersstrukturanalyse: Wie setzt sich das Personal des öffentlichen Dienstes zusammen?</b>	<b>16</b>
2.1 Bund, Länder und Kommunen – Altersstrukturen im Vergleich	17
2.1.1 Bundesebene	17
2.1.2 Landesebene	19
2.1.3 Kommunale Ebene	25
2.1.4 Zwischenfazit Altersstrukturanalyse	27
2.2 Altersstruktur nach Regionen: Im Osten ist die Verwaltung älter	28
2.3 Altersstruktur nach Hierarchieebenen: Dem Führungspersonal fehlt der Nachwuchs	31
2.4 Altersstruktur nach Geschlecht: Mehr weiblicher Nachwuchs	33
2.5 Altersstruktur nach Beschäftigungsverhältnissen: Kein Unterschied zwischen Beamten und Beschäftigten	35
2.6 Der öffentliche Dienst wird älter – Ursachen und Konsequenzen	37
<b>3 Determinanten des zukünftigen Personalbedarfs und -angebots</b>	<b>42</b>
3.1 Trends der Verwaltungsorganisation	43
3.2 Demographie und Wanderungsbewegungen	45
3.3 Fachkräftebedarf und -angebot	47
3.4 Zwischenfazit Determinanten	50
<b>4 Instrumente eines demographieorientierten Personalmanagements</b>	<b>52</b>
4.1 Strategisches Personalmanagement	56
4.1.1 Strategiefähigkeit schaffen	57
4.1.2 Die Ressource Personal zukunftsfähig machen	58
4.1.3 Den zukünftigen Personalbedarf quantitativ und qualitativ sicherstellen	61
4.2 Dienstrecht und Vergütung	63
4.2.1 Dienstrecht	63

4.2.2	Vergütung und Besoldung	65
4.3	Personalmarketing	68
4.3.1	Personalmarketing nach außen	68
4.3.2	Personalmarketing nach innen	72
4.4	Arbeitsorganisation	76
4.5	Gesundheitsmanagement	81
4.6	Personalentwicklung	85
4.6.1	Personalbeurteilung	88
4.6.2	Karrieremanagement	89
4.6.3	Bildung und Weiterbildung	93
4.7	Organisationskultur und Personalführung	98
5	Fazit	102
6	Literaturverzeichnis	106
7	Befragte Experten	112



Die demographischen Veränderungen in unserer Gesellschaft beschränken sich nicht auf rückläufige Geburtenraten und ein Schrumpfen der Gesamtbevölkerung. Vielmehr sind schon heute Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und innerhalb der Mitarbeiterschaft von Unternehmen und Verwaltungen zu beobachten. Diese Auswirkungen werden sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verschärfen. Die Zahl der nachrückenden Fachkräfte verringert sich zunehmend, das Durchschnittsalter der Mitarbeiter steigt beständig an.

Die vorliegende Studie »Demographieorientierte Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung« wurde von der Prognos AG im Auftrag der Robert Bosch Stiftung erstellt. Sie erscheint als zweite Studie in der Reihe »Alter und Demographie«. Sie zeigt auf, dass auch in der öffentlichen Verwaltung die bereits eingetretenen und noch zu erwartenden Veränderungen in der Mitarbeiterschaft vielfach erkannt und teilweise Maßnahmen zur Minderung negativer Auswirkungen eingeleitet wurden. Die Studie stellt unter anderem Best Practice Beispiele aus den Verwaltungen des Bundes, der Länder und von Kommunen vor.

Angeichts von derzeit etwa 4,6 Millionen Mitarbeitern in der öffentlichen Verwaltung können diese Ansätze bisher jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sein. Damit die öffentliche Verwaltung flächendeckend den Herausforderungen offensiv begegnen kann, ist – so die Studie – nicht weniger erforderlich als ein »Paradigmenwechsel von einer passiven Personalverwaltung hin zu einem aktiven Management der Ressource Personal«. Diese umfassende Neuausrichtung muss in verschiedenen Feldern passieren: ausgehend von strategischem Management, Dienstrecht und der Frage der Vergütung über Personalmarketing, Arbeitsorganisation und Gesundheitsmanagement bis hin zu Personalentwicklung und -führung. Wenn die Vielzahl der Ansatzpunkte und erprobter Instrumente sinnvoll in eine Gesamtstrategie einfließen, so die Experten von Prognos, wird die öffentliche Verwaltung gut aufgestellt sein, um weiterhin ihre Aufgaben erfüllen und qualifizierte Arbeitskräfte für die Zukunft gewinnen zu können. Wir würden es begrüßen, wenn die Studie den Ausgangspunkt einer Diskussion über notwendige zukunftsorientierte Entscheidungen in der Personalpolitik der öffentlichen Verwaltung bilden würde.

Robert Bosch Stiftung

# Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1   Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials nach Altersgruppen 2004 – 2030	13
Abbildung 2   Altersstruktur Bundesverwaltung gesamt und politische Führung	18
Abbildung 3   Verteilung der Mitarbeiter der Landesverwaltung nach Aufgabenbereichen	20
Abbildung 4   Altersverteilung in den Ministerialverwaltungen der Länder nach Hierarchieebenen	21
Abbildung 5   Altersstruktur ausgewählter Bereiche im Vergleich zur gesamten Landesverwaltung	22
Abbildung 6   Altersverteilung im Aufgabenbereich Polizei	23
Abbildung 7   Altersverteilung im Aufgabenbereich Schule	24
Abbildung 8   Verteilung der Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen nach Aufgabenbereichen	26
Abbildung 9   Altersstruktur der drei großen kommunalen Verwaltungsebenen (Ost-/Westdtd.)	26
Abbildung 10   Altersstruktur der kreisangehörigen Gemeinden (Ost-/Westdtd.)	27
Abbildung 11   Altersstruktur Bund (ohne Soldaten), Länder, Kommunen	28
Abbildung 12   Altersstruktur Länder und Kommunen (Ost-/Westdtd.)	29
Abbildung 13   Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg nach ausgewählten Jahrgängen	30
Abbildung 14   Altersstruktur kreisangehörige Gemeinden nach Hierarchieebenen	33
Abbildung 15   Altersstruktur Mitarbeiter im öffentlichen Dienst	34
Abbildung 16   Altersverteilung Ministerialverwaltungen der Länder nach Geschlecht	34
Abbildung 17   Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse im unmittelbaren öffentlichen Dienst in den letzten 15 Jahren	35
Abbildung 18   Altersstruktur öffentlicher Dienst nach Beschäftigungsverhältnis (2006)	36

Abbildung 19   Entwicklung der Mitarbeiter des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im Zeitvergleich	37
Abbildung 20   Altersstruktur im Vergleich: Privatwirtschaft/öffentl. Dienst/Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	38
Abbildung 21   Gründe für Ruhestandseintritt der jährlichen Neuzugänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst	40
Abbildung 22   Gründe für Ruhestandseintritt im unmittelbaren öffentlichen Dienst 2006	40
Abbildung 23   Szenario einer rechnerischen Personalreduktion im öffentlichen Dienst bis 2020 nach Bundesländern, orientiert am »Effizienzbenchmark« Schleswig-Holstein	46
Abbildung 24   Anteile der Erwerbstätigen nach Qualifikationsstufen innerhalb der Wirtschaftszweige 2003 (in %)	48
Abbildung 25   Vergleich der derzeitigen Verteilung der Fachkräfte im öffentlichen Dienst und erwartete Nachfrage an zusätzlichen Arbeitskräften bis 2020 nach Fächergruppen	49
Abbildung 26   Dimensionen des Personalmanagements	55
Abbildung 27   Ableitung von Personalstrategien auf Basis der Bewertung der öffentlichen Dienstleistungen	60
Abbildung 28   Wirkungskanäle des internen und externen Personalmarketings	68
Abbildung 29   Zahl und Dauer von Erkrankungen in Abhängigkeit vom Alter	81
Abbildung 30   Einfluss von Gesundheitsmanagement auf die Arbeitsfähigkeit (schematisch)	82
Abbildung 31   Instrumente der Personalentwicklung	86
Abbildung 32   Möglichkeiten der Weiterbildung	93
Abbildung 33   Beispiel einer Wissenslandkarte im Bereich Dokumentenmanagement	97
Abbildung 34   Altersstruktur Bund (ohne Soldaten), Länder, Kommunen	103



# Best Practice Verzeichnis

Brandenburg: Demographische Herausforderung im Zeitraffer	30
Bundesagentur für Arbeit: Demographiesensible Personalpolitik über Diversity Management	54
Erfolgreiches Personalmanagement durch Hierarchie in Frankreich	58
Stadt Oldenburg: Bedarfsorientierte Personalplanung sichert Flexibilität im Umgang mit dem demographischen Wandel	59
Hamburg: Mit systematischer Personalbedarfsplanung frühzeitig reagieren	61
Hamburg: Prüfung von Gesetzen nach altersdiskriminierenden Formulierungen	64
Erlangen: Eine neue Führungskultur durch LOB	66
Landesverwaltung Bayern: Das Neue Dienstrecht in Bayern	67
Rekrutierung von Nachwuchskräften in der Freien und Hansestadt Hamburg	69
Zielgruppenorientiertes Personalmarketing in Duisburg	70
»Arbeiten für das, was man schätzt!« Eine Arbeitgebermarke für München	72
Zukunftsfenster Personalmarketing	75
Keine Kernarbeitszeit in der Staatskanzlei Brandenburg	76
»Bürofreie Arbeit« in der Stadtverwaltung Hamm	77
Landkreis Osnabrück: Familienfreundlichkeit steigert Attraktivität und vermeidet Rekrutierungskosten	78
Stadt Oldenburg: Betriebliche Gesundheitsförderung sichert die langfristige Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter	82
In-House-Physiotherapie in der Staatskanzlei Brandenburg	83
Benchmarking des Gesundheitsmanagements bei der Deutschen Rentenversicherung Bund	83
Durch Führungskräftenachwuchsprogramme kontinuierlich Personal entwickeln, motivieren und binden	87
Frauenförderung in der Landeshauptstadt München	90

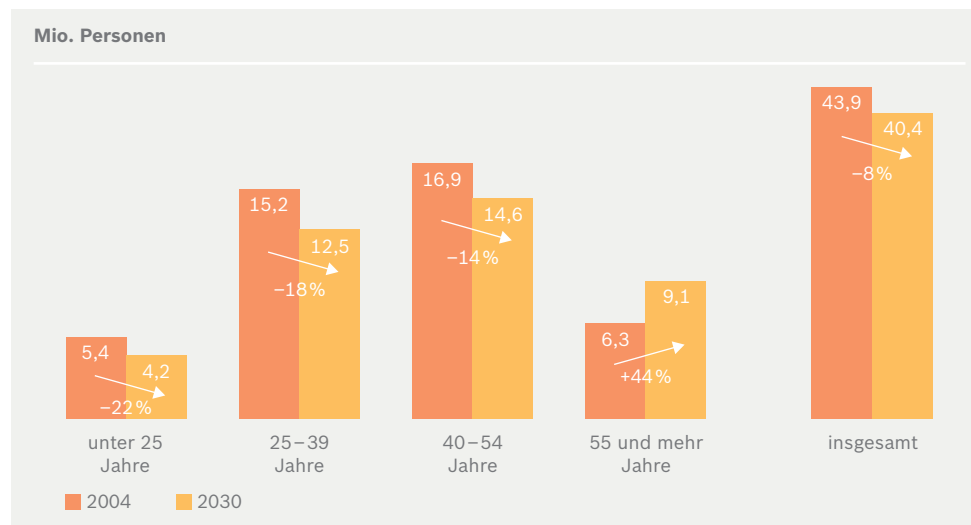
Das »Assessorenmodell« in der Hammer Stadtverwaltung	92
Rekrutierung von Nachwuchsführungskräften bei der Landeshauptstadt München	94
Wissensmanagement und Wissensbewahrung in der Stadtverwaltung Erlangen	96
Führung mit Diversity Management bei der Bundesagentur für Arbeit	98
Cottbus: Strategische Steuerung mit einer »Balanced Scorecard«	99

# 1

## Einleitung

Die deutsche Bevölkerung schrumpft und altert. Diese Entwicklungen schlagen sich sowohl in einer Abnahme der absoluten Bevölkerungszahl nieder als auch in einem Wandel der Altersstruktur. Die demographische Entwicklung hat Folgen für nahezu alle Lebensbereiche. Das Personalmanagement öffentlicher und privater Arbeitgeber wird bereits mittelfristig mit spürbaren Veränderungen konfrontiert werden: Bis zum Jahr 2030 wird das Erwerbspersonenpotential<sup>1</sup> um 3,5 Millionen bzw. um 8 % sinken. Gravierender jedoch ist, dass der Rückgang des Erwerbspersonenpotentials dabei ausschließlich die Altersgruppe der unter 55-Jährigen betrifft: Hier ist insgesamt eine Reduzierung um 6,3 Millionen Personen zu erwarten.

Abbildung 1 | Entwicklung des Erwerbspersonenpotentials nach Altersgruppen 2004 – 2030



Quelle: Prognos AG, Deutschland Report 2030

Arbeitgeber müssen sich in der Konsequenz darauf einstellen, dass die Gruppe der über 55-Jährigen künftig einen wesentlichen Teil der Belegschaften bildet. Die Leistungsfähigkeit von Unternehmen und Behörden wird deutlich stärker als bisher von der Motivation und Arbeitsfähigkeit ihrer älteren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter<sup>2</sup> abhängen. Gleichzeitig wird es künftig infolge des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels deutlich schwieriger, junge Arbeitskräfte zu rekrutieren. Infolgedessen wird auch der Wettbewerb um qualifizierte Kräfte in allen Altersklassen zunehmen.

Trotz dieser absehbaren Entwicklungen sind sowohl private als auch öffentliche Arbeitgeber in Deutschland bislang nur unzureichend auf die Alterung ihrer Belegschaften und die Verknappung des Erwerbspersonenpotentials vorbereitet.<sup>3</sup> Gerade die Personalpolitik öffentlicher Arbeitgeber wird derzeit noch von Haushaltskür-

<sup>1</sup> Die Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter, die arbeitet, aktiv Arbeit sucht oder der »Stillen Reserve« zuzuordnen ist, d.h. unter geeigneten Bedingungen eine Arbeit aufnehmen könnte.

<sup>2</sup> Im weiteren Verlauf wird aus Gründen der Lesbarkeit zumeist nur die männliche Form von Personenbezeichnungen verwendet: Gemeint sind aber natürlich immer beide Geschlechter.

<sup>3</sup> Vgl. Bellmann/Kistler/Wahse (2007)

zungen und Personalabbau dominiert. Häufig fehlen den Verantwortlichen verlässliche Datengrundlagen hinsichtlich der Altersstrukturentwicklung ihrer Behörde, welche ein Bewusstsein für den Handlungsdruck schaffen könnten. In vielen Fällen mangelt es aber auch an geeigneten Personalmanagementkonzepten, mit denen frühzeitig auf die Folgen des demographischen Wandels reagiert werden kann.

Die geeigneten Konzepte bzw. personalpolitischen Instrumente sind – genauso wie die aktuelle Altersstruktur des Personals – in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst aufgrund struktureller Besonderheiten der beiden Sektoren sehr unterschiedlich. Die vorliegende Studie widmet sich speziell den Auswirkungen des demographischen Wandels auf den öffentlichen Sektor. Dabei werden insbesondere die Folgen für die Personalstruktur und das Personalmanagement öffentlicher Arbeitgeber unter folgenden Fragestellungen detailliert untersucht:

- :: **Personalstruktur:** Wie stellt sich die momentane Altersstruktur des Personals im öffentlichen Dienst dar? Gibt es Unterschiede hinsichtlich der Altersstruktur des Personals zwischen Regionen, Verwaltungsebenen, Hierarchieebenen oder Beschäftigtengruppen?
- :: **Determinanten des Personalbedarfs und -angebots:** Welche Determinanten des zukünftigen Personalbedarfs und -angebots sind zu berücksichtigen? Welche allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen muss die öffentliche Verwaltung mit Blick auf das Personal der Zukunft berücksichtigen?
- :: **Personalmanagement:** Wie können öffentliche Arbeitgeber unter Berücksichtigung der personalpolitischen Besonderheiten des öffentlichen Dienstes rechtzeitig auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Mit Hilfe einer differenzierten Altersstrukturanalyse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene wird zunächst die aktuelle Situation im öffentlichen Dienst untersucht. Ziel ist es, den Handlungsbedarf deutlich zu machen und Besonderheiten der unterschiedlichen Verwaltungsebenen zu identifizieren. Vorab sei bereits gesagt: Die Ergebnisse der Altersstrukturanalyse bestätigen für alle Ebenen die vermutete alterszentrierte Personalstruktur – überwiegend ist die Altersklasse der 45- bis 54-Jährigen am stärksten besetzt, während die Altersgruppe der Nachwuchskräfte bis 35 Jahre in den letzten 20 Jahren um mehr als 50 % geschrumpft ist.

Diese Ausgangssituation wird in absehbarer Zeit aufgrund von Ruhestandseintritten und unter Berücksichtigung des sich bereits abzeichnenden Nachwuchsmangels mit besonderen Herausforderungen für die öffentlichen Arbeitgeber einhergehen. Älter werdende Belegschaften und wachsender Neueinstellungsbedarf stellen das Personalmanagement vor neue Fragen, auf die kurzfristig Antworten gefunden werden müssen, darunter:

- :: Wie kann mit zukünftigen Verrentungswellen umgegangen werden?
- :: Wie kann ein Wissenstransfer zwischen jüngeren und älteren Mitarbeitern gewährleistet werden?

:: Wie kann die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter erhalten oder sogar gesteigert werden?

:: Wie sehen die Rekrutierungsstrategien der Zukunft aus?

Die vorliegende Studie stellt hierzu personalpolitische Instrumente vor, die für den Einsatz in öffentlichen Verwaltungen geeignet sind. In einem kritischen Vergleich mit der Privatwirtschaft wird außerdem auf die Besonderheiten eingegangen, die den Einsatz einer demographiefesten Personalpolitik im öffentlichen Sektor bestimmen. Dabei werden viele Konzepte anhand von »Beispielen guter Praxis« aus Verwaltungen in Deutschland vorgestellt, die auf dem Weg zu einer demographiefesten Personalpolitik bereits mit einer strategischen Neuausrichtung ihres Personalmanagements begonnen haben oder schon erfolgreich wichtige Maßnahmen umsetzen.

## 2

Altersstrukturanalyse:

Wie setzt sich das Personal des öffentlichen Dienstes zusammen?

Der öffentliche Dienst ist mit rund 4,58 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Deutschlands größter Arbeitgeber.<sup>4</sup> Dennoch sind die Folgen der demographischen Entwicklungen für die Personalpolitik des öffentlichen Sektors bislang kaum erforscht. Bisherige Studien konzentrieren sich auf bestimmte Ebenen oder ausgewählte Bereiche des öffentlichen Dienstes. Mit der vorliegenden Altersstrukturanalyse wird erstmalig eine umfassende Bestandsaufnahme der Altersstrukturen der Belegschaften im öffentlichen Dienst durchgeführt.

Der öffentliche Sektor setzt sich zusammen aus unmittelbarem und mittelbarem<sup>5</sup> öffentlichen Dienst. Die hier durchgeführte Altersstrukturanalyse untersucht ausgewählte Bereiche des unmittelbaren öffentlichen Dienstes, in dem rund 3,8 Mio. bzw. 83 % der Mitarbeiter des gesamten öffentlichen Sektors beschäftigt sind. Dabei sind über die Hälfte der Mitarbeiter<sup>6</sup> im unmittelbaren öffentlichen Dienst Mitarbeiter der Länder, rund ein Drittel Mitarbeiter der Gemeinden/Gemeindeverbände und ca. 10 % Mitarbeiter des Bundes.<sup>7</sup>

## 2.1 Bund, Länder und Kommunen – Altersstrukturen im Vergleich

Um ein differenziertes Bild der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes zu erhalten, wird eine Analyse der derzeitigen Alterszusammensetzung auf den einzelnen Verwaltungsebenen durchgeführt. Die Analyse konzentriert sich dabei auf Bundes- und Landesebene auf die Ministerialverwaltungen und auf der Landesebene zusätzlich auf die Aufgabenbereiche Polizei und Schule. Außerdem werden die kommunalen Ebenen Landkreise, kreisfreie Städte und kreisangehörige Gemeinden separat untersucht.<sup>8</sup>

### 2.1.1 Bundesebene

Rund 10 % der Mitarbeiter im unmittelbaren öffentlichen Dienst, d.h. 477.000 Mitarbeiter, waren zum 30.06.2006 in der Bundesverwaltung beschäftigt.

Die Bundesverwaltung hat aufgrund politischer Vorgaben in den vergangenen 15 Jahren rund 25 % ihrer Beschäftigten abgebaut.<sup>9</sup> Wie auf allen anderen Ebenen auch, ging der Personalabbau auf Bundesebene zulasten von Mitarbeitern mit Arbeitnehmerstatus (-42 %)<sup>10</sup>, während der Anteil der Beamten in den vergangenen

4 Sofern nicht anders angegeben, entstammen die im Folgenden aufgeführten Daten Sonderauswertungen des Statistischen Bundesamtes auf Grundlage der Personalstandsstatistik 2006 (Fachserie 14, Reihe 6).

5 Zum mittelbaren öffentlichen Dienst zählen Einrichtungen in öffentlich-rechtlicher Rechtsform, die unter der Rechtsaufsicht des Bundes, der Länder oder der Gemeinden/Gemeindeverbände stehen, so z.B. die Bundesagentur für Arbeit, die Deutsche Bundesbank und die Sozialversicherungsträger.

6 Im weiteren Verlauf der Studie umfasst die Bezeichnung »Mitarbeiter« sowohl die Beamten als auch die tarifrechtlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Bezeichnung der öffentlichen Verwaltung als »Arbeitgeber« zielt sowohl auf den Staat als Dienstherr als auch als Arbeitgeber.

7 Nicht berücksichtigt sind hier Beschäftigte in Zweckverbänden und Bundeseseisenbahnvermögen, welche zusammen weniger als 3 % der im unmittelbaren öffentlichen Dienst Beschäftigten darstellen.

8 Aufgrund des Vorlaufs bis zur Veröffentlichung der Daten in der Personalstandsstatistik des Statistischen Bundesamtes wurden die aktuellsten verfügbaren Daten zum Stichtag 30.06.2006 erhoben. Die folgenden Sonderauswertungen beziehen sich also auf diesen Stichtag.

9 Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a); eigene Berechnungen.

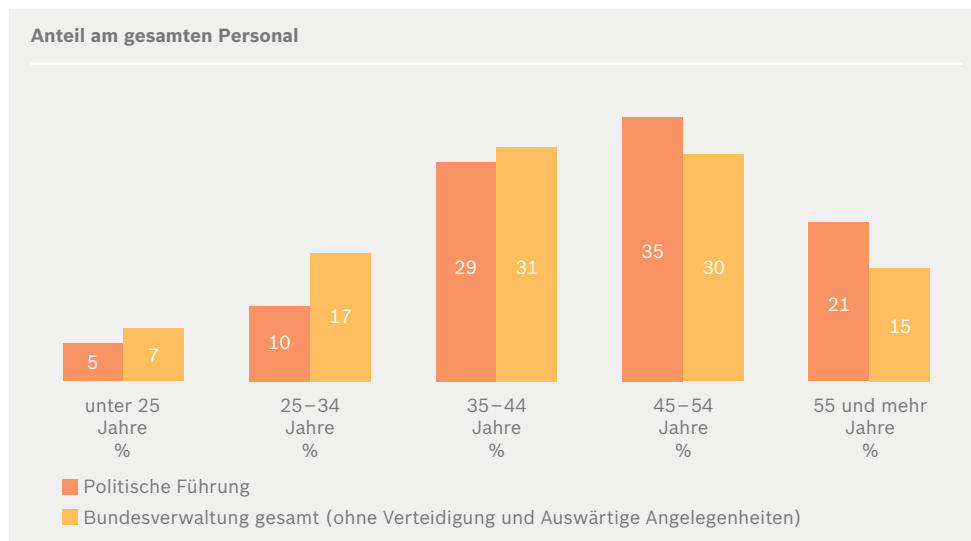
10 Ohne Berücksichtigung der Berufs- und Zeitsoldaten, welche fast 40 % aller Mitarbeiter auf Bundesebene stellen, entspricht das Verhältnis zwischen Beamten und Beschäftigten ungefähr dem des gesamten unmittelbaren öffentlichen Dienstes. So haben auf Bundesebene 45 % der Beschäftigten Beamtenstatus und 55 % der Beschäftigten besitzen Arbeitnehmerstatus.



15 Jahren sogar um 14 % gestiegen ist.<sup>11</sup> Nach wie vor gilt im Bereich der Bundesverwaltung das 1998 im Regierungsprogramm »Moderner Staat – Moderne Verwaltung« festgelegte Ziel, durch die Haushaltsgesetze p.a. 1,5 % an Planstellen einzusparen. Dieser Personalabbau wird weiterhin größtenteils über Nicht-Neubesetzung von freiwerdenden Stellen realisiert.

Dieser vergangene und sich fortsetzende Personalabbau spiegelt sich heute in der Altersstruktur der Bundesverwaltung<sup>12</sup> deutlich wider. Der Anteil der Nachwuchskräfte ist sehr gering und wird weiter schrumpfen: 2005 bildete die Altersgruppe der 43-Jährigen die größte Alterskohorte in der Bundesverwaltung, 2020 werden es entsprechend die 58-Jährigen sein<sup>13</sup>. Bereits heute ist mehr als ein Drittel der Mitarbeiter beim Bund über 50 Jahre alt, bis 2020 wird ihr Anteil auf 42 % steigen<sup>14</sup>.

Abbildung 2 | Altersstruktur Bundesverwaltung gesamt und politische Führung



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Die Analyse im Bereich Politische Führung und Zentrale Verwaltung, d.h. in den Ministerialverwaltungen des Bundes, zeigt eine ähnliche Altersstruktur des Personals<sup>15</sup>, wie sie auch in der gesamten Bundesverwaltung wiederzufinden ist. Unter den 24.270 Mitarbeitern der Ministerialverwaltung des Bundes ist die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen mit 35 % am stärksten vertreten. Demgegenüber finden sich

11 Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a); eigene Berechnungen.

12 In die Analyse einbezogen sind die Aufgabenbereiche Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Finanzverwaltung sowie Politische Führung und Zentrale Verwaltung. Die Bereiche Verteidigung und Auswärtiger Dienst bleiben bei dieser Betrachtung ausgeblendet, da dort zwar rund 70 % der Beschäftigten des Allgemeinen Dienstes auf Bundesebene angesiedelt sind, beide Bereiche aber über sehr spezifische, nicht repräsentative Altersstrukturen verfügen.

13 Vgl. Micheel/Ette/Scharein (2007)

14 Vgl. Hahlen (2007)

15 Um Verzerrungen aufgrund von Teilzeitbeschäftigung zu vermeiden (unter den 55- bis unter 65-Jährigen befindet sich beispielsweise mehr als jede/-r vierte Beschäftigte in Altersteilzeit), werden die Beschäftigten im Folgenden, sofern nicht anders angegeben, immer in Vollzeitäquivalenten angeführt. Dementsprechend wird in diesem Fall von »Personal« gesprochen.

in der Altersgruppe der 25- bis 34-Jährigen lediglich 10 % des Personals wieder, d. h., zwischen den beiden Altersgruppen besteht ein Verhältnis von 3,5:1 hinsichtlich der Personalstärke. Im Vergleich zur Altersstruktur der gesamten Bundesverwaltung (ohne Verteidigung und Auswärtige Angelegenheiten) ist der Aufgabenbereich Politische Führung damit etwas älter. Der in der gesamten Bundesverwaltung auffällig hohe Anteil der unter 35-Jährigen (24 %), der sogar den Anteil der 55-Jährigen und älter (15 %) übersteigt, ist jedoch vor allem durch den Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung (v. a. Bundesgrenzschutz) zu erklären, welcher traditionell eine vergleichsweise junge Altersstruktur besitzt. So sind im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung nur 35 % des Personals 45 Jahre und älter, während es in der gesamten Bundesverwaltung 45 % sind. Gleichzeitig liegt der Anteil des Personals, das jünger als 35 Jahre ist, um 8 % über dem durchschnittlichen Anteil dieser Altersgruppe am gesamten Personal im unmittelbaren Dienst auf Bundesebene.

Im Bereich der Politischen Führung, d. h. der Ministerialverwaltung des Bundes, liegt der Anteil des Personals mit einem Alter von 55 Jahren und älter bei 21 % (vgl. Abbildung 2). Unter Berücksichtigung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters im Bund von 63 Jahren<sup>16</sup> wird in den kommenden acht Jahren ein Fünftel des Personals in den Ministerialverwaltungen des Bundes in den Ruhestand gehen. Innerhalb der kommenden 18 Jahre wird es sogar über die Hälfte des Personals sein.

### 2.1.2 Landesebene

Die Landesebene ist unter den Verwaltungsebenen mit einem Anteil von über 50 % der Mitarbeiter des unmittelbaren öffentlichen Dienstes diejenige mit dem größten Personalbestand. Im Jahr 2006 waren in der Landesverwaltung 2,1 Mio. Personen beschäftigt.<sup>17</sup> Auf Landesebene findet sich zudem ein vergleichsweise großer Anteil von Beamten, die rund 62 % der Beschäftigten ausmachen.<sup>18</sup> Der größte Anteil der Mitarbeiter (über 50 %) ist im Bildungsbereich (in erster Linie Schulbereich) beschäftigt und damit in einem betont demographie-sensitiven Bereich tätig.<sup>19</sup>

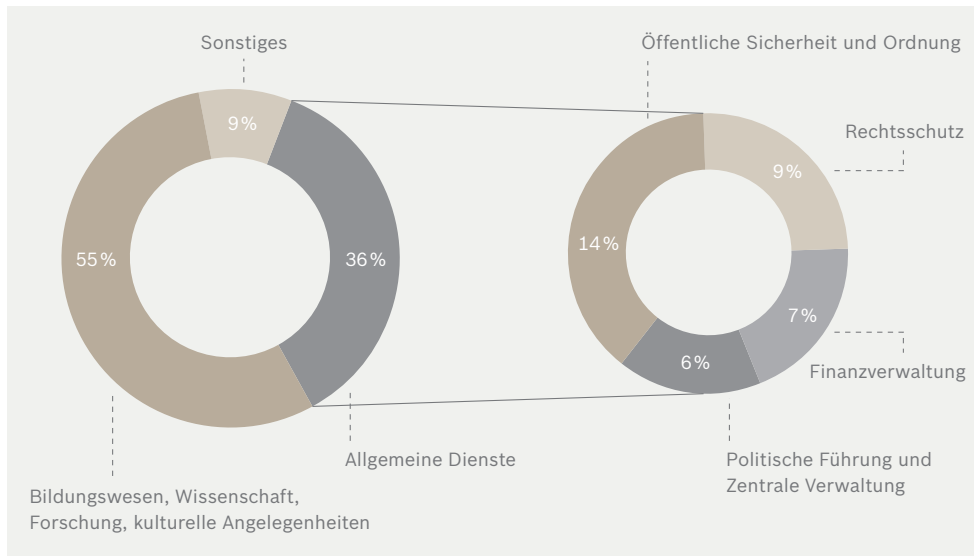
<sup>16</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007b) ohne Berufssoldaten und Berufssoldatinnen

<sup>17</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007a)

<sup>18</sup> Ebenda

<sup>19</sup> Vgl. Seitz (2004)

Abbildung 3 | Verteilung der Mitarbeiter der Landesverwaltung nach Aufgabenbereichen



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Mehr als ein Drittel der Landesmitarbeiter (d.h. 736.728 Personen) ist im Aufgabenbereich Allgemeine Dienste und dort überwiegend im Bereich Öffentliche Sicherheit und Ordnung, d.h. im Polizeidienst, tätig.<sup>20</sup> Die Bereiche Rechtsschutz und Finanzverwaltung beschäftigen zusammen knapp die Hälfte der Mitarbeiter der Allgemeinen Dienste, weitere 17 % bzw. 125.325 Mitarbeiter sind im Bereich Politische Führung und Zentrale Verwaltung tätig, der im Folgenden einen Untersuchungsschwerpunkt bildet. Neben dem Aufgabenbereich Politische Führung (Ministerialverwaltung) werden mit Polizei und Schule zwei weitere wichtige Bereiche des öffentlichen Dienstes auf Landesebene näher untersucht. Diese umfassen zusammen mehr als 50 % aller Landesmitarbeiter und geben somit bereits ein klares Bild der Altersstruktur des öffentlichen Dienstes auf Landesebene wieder.

#### 2.1.2.1 Ministerialverwaltung

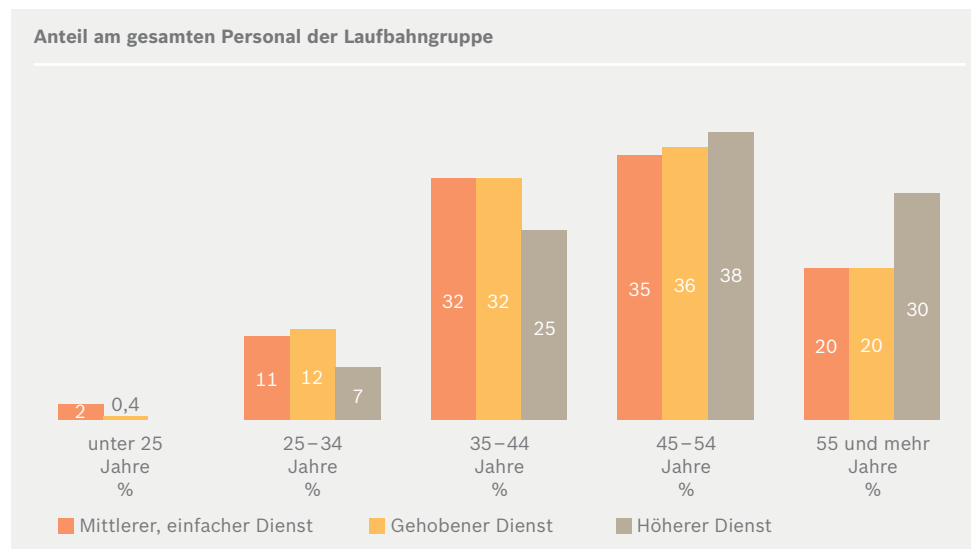
Die Altersverteilung im Bereich der Politischen Führung auf Landesebene ähnelt der Altersstruktur der Ministerialverwaltung auf Bundesebene. Insgesamt fällt auch hier die starke Besetzung der Altersgruppen ab 45 Jahre auf, die einen Anteil von fast 60 % am gesamten Personal ausmachen. Die Altersklasse der 45- bis 54-Jährigen ist in allen Hierarchieebenen sowohl in den westdeutschen als auch den ostdeutschen Ländern am stärksten vertreten (vgl. Abbildung 4).<sup>21</sup> Die Altersgruppe der 55-Jährigen und älter stellt weitere 25 % (westdeutsche Länder) bzw. 19 % (ostdeutsche Länder) des Personals. Zum Vergleich: Insgesamt liegt der Anteil der Erwerbs-

<sup>20</sup> Vergleichbar der Bundesebene zählen hierzu die Bereiche Politische Führung (= Ministerialverwaltung) und Zentrale Verwaltung, Auswärtige Angelegenheiten, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Rechtsschutz und Finanzverwaltung.

<sup>21</sup> Eine Ausnahme stellt hier die Laufbahngruppe des mittleren und einfachen Dienstes in Ostdeutschland dar: Hier weist die Altersklasse der 35- bis 45-Jährigen ebenso viel Personal auf, wie die Altersklasse der 45- bis 55-Jährigen.

tätigen in dieser Altersklasse an allen Erwerbstätigen in Deutschland bei 14%.<sup>22</sup> Berücksichtigt man, dass das durchschnittliche Renteneintrittsalter im öffentlichen Dienst auf Landesebene bei 62 Jahren liegt<sup>23</sup>, so werden innerhalb der kommenden 17 Jahre 61 % des Personals in den westdeutschen Landesministerialverwaltungen und 54 % des Personals in den ostdeutschen Landesministerialverwaltungen ausscheiden. Demgegenüber ist die Altersgruppe der unter 35-Jährigen in den Ministerialverwaltungen der Länder mit nur 11 % (westdeutsche Länder) bzw. 15 % (ostdeutsche Länder) deutlich geringer besetzt und weist damit auf Nachwuchslücken hin. Es wird also sowohl in den westdeutschen als auch in den ostdeutschen Ministerialverwaltungen der Länder mit der spärlichen Besetzung der Altersklassen der unter 35-Jährigen an Nachwuchskräften fehlen, wenn die Alterskohorte der 35-44-Jährigen auf die Stellen der heute über 45-Jährigen nachrückt. Bei näherer Analyse wird eine weitere Herausforderung deutlich, denn es zeigt sich, dass insbesondere die Altersstruktur der Führungsebene eine deutliche Alterung aufweist (hier liegt der Anteil der 45-Jährigen und älter bei fast 70%).

Abbildung 4 | Altersverteilung in den Ministerialverwaltungen der Länder nach Hierarchieebenen



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

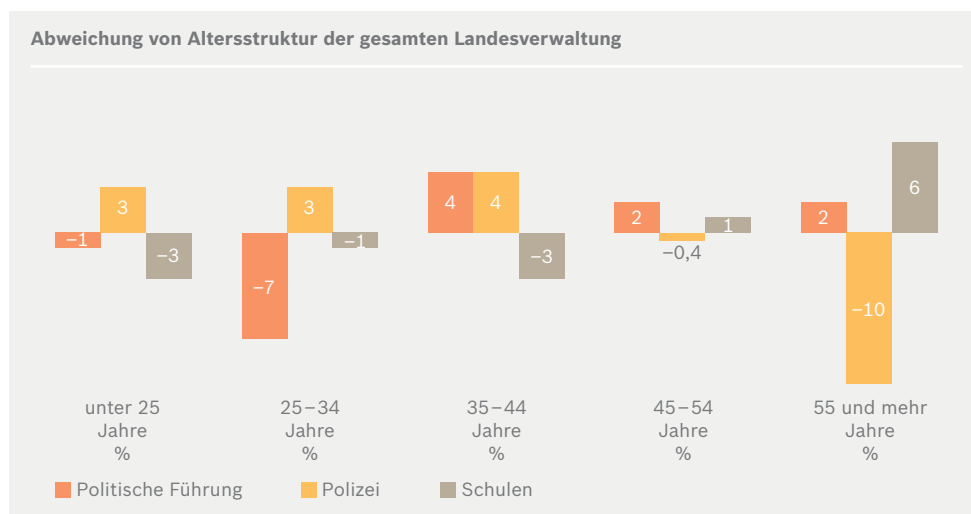
Die Ministerien werden aber nicht nur älter, sie werden auch weiblicher. Hinzu kommen auf Landesebene erkennbare Unterschiede zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ministerialverwaltungen. Insgesamt weisen die ostdeutschen Ministerialverwaltungen eine etwas jüngere Personalstruktur auf, d. h., die aus der älteren Personalstruktur resultierenden Probleme werden auf die ostdeutschen Ministerialverwaltungen etwas später zukommen.

<sup>22</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007c); eigene Berechnungen.

<sup>23</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007b)

Auf der Ebene der Aufgabenbereiche gibt es jedoch erhebliche Unterschiede. Die Altersstrukturen der Bereiche Politische Führung, Schule und Polizei unterscheiden sich deutlich. Im Vergleich zum Landesdurchschnitt ist der Anteil der jüngeren Mitarbeiter im Aufgabenbereich Politische Führung unterdurchschnittlich. Der Anteil der Altersgruppen ab 35 Jahre liegt hingegen jeweils über der durchschnittlichen Altersstruktur des gesamten Personals im Landesbereich (vgl. Abbildung 5).

Abbildung 5 | Altersstruktur ausgewählter Bereiche im Vergleich zur gesamten Landesverwaltung



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Insbesondere in den Schulen (vgl. Kapitel 2.1.2.3) sind die jüngeren Altersgruppen im Vergleich zur Altersstruktur der gesamten Landesverwaltung deutlich unterdurchschnittlich vertreten, wohingegen ab der Altersklasse 45 bis unter 55 Jahren in den Schulen erheblich mehr Personal vertreten ist als im Landesdurchschnitt. Im Aufgabenbereich Polizei (vgl. Kapitel 2.1.2.2) bietet sich ein anderes Bild: Hier sind die jüngeren Altersklassen infolge eines früheren Berufseintritts stark besetzt, während die älteren Altersklassen aufgrund der besonderen körperlichen Anforderungen des Polizeiberufs unterdurchschnittlich vertreten sind.

#### 2.1.2.2 Aufgabenbereich Polizei

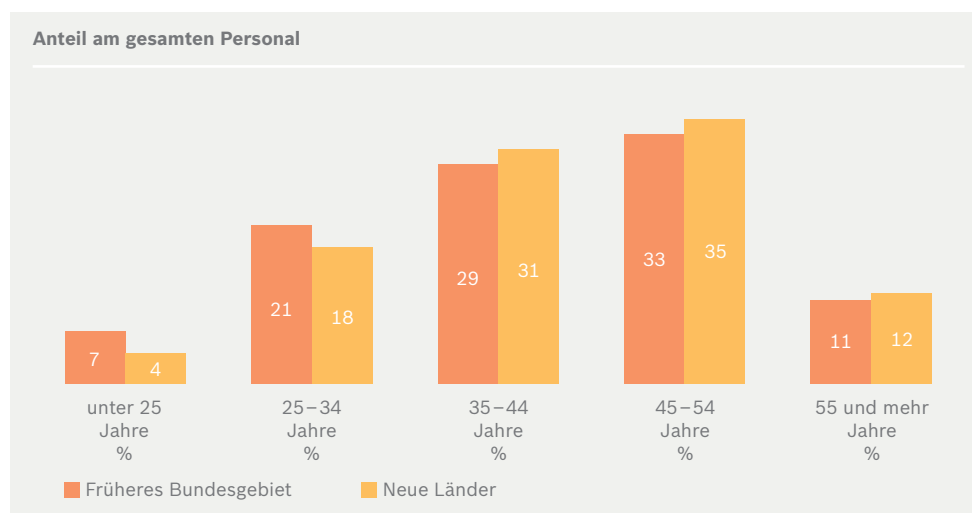
Die Polizei ist bereits aufgrund ihrer besonderen Anforderungen an das Personal (körperliche Fitness, Schichtdienst, psychische Belastungen etc.) auf eine ausgeglichene Altersstruktur des Personals mit einem ausreichenden Anteil junger Mitarbeiter angewiesen.

Diese Anforderungen schlagen sich entsprechend in der Altersstruktur nieder: Im Vergleich zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes ist der Anteil der unter 35-Jährigen vergleichsweise hoch (28% in den westdeutschen Ländern, 22% in den ostdeutschen Ländern). Bei der Interpretation dieser Zahlen müssen jedoch einige Besonderheiten des Polizeidienstes beachtet werden: Zum einen sind, wie bereits erwähnt, die besonderen physischen und psychischen Anforderungen an das Perso-

nal zu nennen, welche sich auch in der Festlegung besonderer Regelaltersgrenzen<sup>24</sup> im Polizeivollzugsdienst niederschlagen, zum anderen auch der hohe Anteil des Personals der Laufbahngruppen des mittleren und einfachen Dienstes. Durch die kürzeren Ausbildungszeiten dieser Laufbahngruppe tritt das Personal bereits in einem jüngeren Alter in den Dienst ein und trägt so zur Verjüngung der Altersstruktur bei.

Trotz der vergleichsweise jungen Struktur hat sich jedoch auch im Aufgabenbereich Polizei die Altersstruktur seit 1998 verschoben. Der Anteil der Mitarbeiter im Alter zwischen 45 und 54 Jahren ist stark angestiegen, während der Anteil der unter 35-Jährigen zurückgegangen ist.<sup>25</sup> Sowohl in den ostdeutschen als auch in den westdeutschen Ländern sind jeweils gut 40 % des Personals 45 Jahre und älter. Die Polizei in den neuen Ländern ist im Durchschnitt leicht älter als in den alten Ländern.

Abbildung 6 | Altersverteilung im Aufgabenbereich Polizei



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Die Altersklasse der 55-Jährigen und älter ist zwar im Vergleich zu anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes sehr schwach vertreten. Dies liegt jedoch in der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren im Polizeivollzugsdienst begründet, welche auch zu einem entsprechend niedrigen durchschnittlichen Renteneintrittsalter von 58 Jahren führt.<sup>26</sup>

Trotz einer kontinuierlichen Rekrutierung in der Vergangenheit haben schon heute einige Länder Nachwuchsprobleme im Polizeibereich. So wollte das Land Nordrhein-Westfalen, angetrieben von der Erkenntnis, dass die Polizei aufgrund einer strukturellen Alterung dringend junge Leute braucht, im September 2007 mit der

<sup>24</sup> Im Polizeivollzugsdienst gilt eine vorgezogene Regelaltersgrenze von 60 Jahren.

<sup>25</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007d)

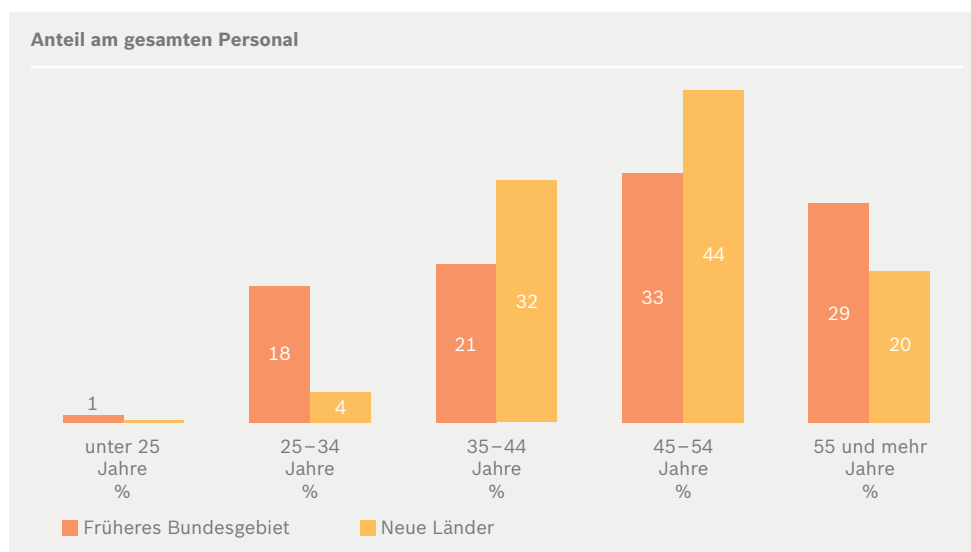
<sup>26</sup> Ebenda

Ausbildung von 1.100 neuen Polizisten beginnen. Die Nachfrage qualifizierter Bewerber auf diese Ausbildungsinitiative war jedoch verhalten.<sup>27</sup>

#### 2.1.2.3 Aufgabenbereich Schule

Bei den Mitarbeitern im Schulbereich der Länder hat der Anteil der 55-jährigen und älter seit 1998 stark zugenommen, der Anteil der Altersgruppe 35 bis unter 55 Jahre ist dagegen geringer geworden. Konstant geblieben ist der Anteil der 25- bis unter 35-jährigen Mitarbeiter.<sup>28</sup>

Abbildung 7 | Altersverteilung im Aufgabenbereich Schule



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Zwar kann allgemein für alle Länder von einer deutlichen Alterung des Personals im Aufgabenbereich Schule gesprochen werden, es gibt hier jedoch markante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (siehe auch Kapitel 2.2). Inzwischen ist in Westdeutschland knapp ein Drittel des Personals 55 Jahre und älter. Auch in Ostdeutschland beträgt der Anteil der über 55-jährigen am gesamten Personal ein Fünftel. Nach dem derzeitigen durchschnittlichen Renteneintrittsalter im Schulbereich von 62 Jahren<sup>29</sup> wird dieses Personal innerhalb der kommenden sieben Jahre in den Ruhestand gehen.

Schon heute wird in vielen Ländern ein Lehrermangel beklagt. Eine Vorhersage der Lehrernachfrage ist jedoch nicht trivial, da es sich bei dem Bereich Schule um einen besonders demografie-sensitiven Bereich handelt, der in besonderem Maße von Bevölkerungsrückgang und sinkenden Schülerzahlen betroffen ist und sich zugleich starken strukturellen Veränderungen gegenüber sieht (z. B. in Bezug auf Ganztagschulen). Die Betrachtung der Altersstruktur des Personals und deren zukünftige

<sup>27</sup> Vgl. WDR vom 17.10.2007 ([http://www.wdr.de/themen/politik/nrw03/polizei/ausbildung\\_071017.jhtml](http://www.wdr.de/themen/politik/nrw03/polizei/ausbildung_071017.jhtml))

<sup>28</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007d)

<sup>29</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007b)

Entwicklung muss daher insbesondere auch vor dem Hintergrund der Nachfrageentwicklung gesehen werden.

Schon bis zum Jahr 2020 wird die Zahl der Schüler um mehr als 2 Mio. zurückgehen, bezogen auf das Jahr 2005 sind das 17%.<sup>30</sup> Dabei werden die Schülerzahlen – relativ gesehen – vor allem in Brandenburg (–35 %), Mecklenburg-Vorpommern (–30 %) und im Saarland (–28 %) zurückgehen. Generell sinken die Schülerzahlen in Ostdeutschland stärker als in Westdeutschland. Lediglich in Hamburg ist aufgrund überproportional hoher Zuwanderungen mit steigenden Schülerzahlen zu rechnen. Trotzdem ist insbesondere für den Sekundarbereich II (berufliche Fächer), für die beruflichen Schulen und für den Sekundarbereich I mit deutlichen Angebotslücken zu rechnen.<sup>31</sup> Insgesamt werden, nach Modellrechnungen der Kultusministerkonferenz, bis zum Jahr 2015 für alle Lehrämter zusammen im Durchschnitt voraussichtlich jährlich knapp 3.200 Lehrkräfte fehlen. Dies bedeutet – gemessen am durchschnittlichen jährlichen Einstellungsbedarf von 26.500 Lehrkräften – eine Unterdeckung von mehr als 10%.<sup>32</sup>

### 2.1.3 Kommunale Ebene

Auf kommunaler Ebene waren im Jahr 2006 1,26 Mio. Personen beschäftigt.<sup>33</sup> Dies ist rund ein Drittel der Mitarbeiter bei Bund, Ländern und Gemeinden. Im Hinblick auf die Art der Beschäftigungsverhältnisse wird auf kommunaler Ebene häufig von einer »Angestellten-Lastigkeit«<sup>34</sup> gesprochen. So liegt der Beamtenanteil auf kommunaler Ebene lediglich bei 14 %, während 86 % der Beschäftigungsverhältnisse Arbeitnehmerstatus besitzen.<sup>35</sup> Im Vergleich zu den anderen Verwaltungsebenen ist die Verteilung der Mitarbeiter auf die unterschiedlichen Aufgabenbereiche ausgeglichener. Das meiste Personal arbeitet im Bereich der Allgemeinen Dienste<sup>36</sup> (ca. 30 % aller Mitarbeiter), gefolgt von dem Bereich der Sozialen Sicherung (ca. 22 % aller Mitarbeiter) (vgl. Abbildung 8). Auf kommunaler Ebene werden alle Aufgabenbereiche in die Altersstrukturanalyse mit eingeschlossen.

Auch die Gemeinden und Gemeindeverbände haben seit 1991 durch Einstellungsstopps, Personalabbau, Ausgliederungen und Privatisierungen einen kontinuierlichen Rückgang des Personalbestandes zu verzeichnen. In der Zukunft wird die Entwicklung nicht nur von Technisierung und Ausgliederung abhängen, sondern verstärkt auch von der Bevölkerungsentwicklung in den Kreisen und Städten.

Die kommunale Verwaltungsebene lässt sich in die drei Kategorien Landkreise (249.148 Mitarbeiter), kreisfreie Städte (389.387 Mitarbeiter) und kreisangehörige Gemeinden (529.453 Mitarbeiter) unterteilen. Sie unterscheiden sich hinsichtlich der Altersstruktur des Personals kaum. Die Altersklasse der 45- bis 54-Jährigen ist überall am stärksten besetzt, gefolgt von der Altersklasse der 35- bis 44-Jährigen.

<sup>30</sup> Vgl. Prognos AG (2006b)

<sup>31</sup> Vgl. Kultusministerkonferenz (2003)

<sup>32</sup> Ebenda

<sup>33</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007a)

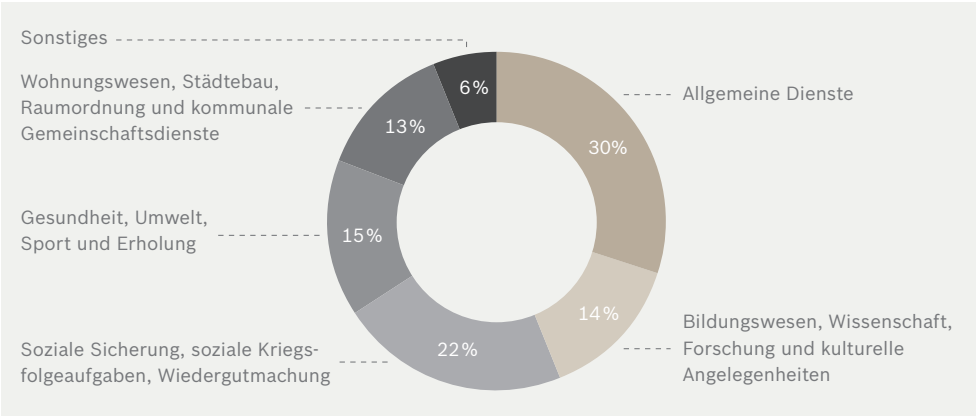
<sup>34</sup> Vgl. Reichard (1998)

<sup>35</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007a)

<sup>36</sup> Zu den Allgemeinen Diensten zählen auf kommunaler Ebene beispielsweise die Bereiche Bauverwaltung, Gemeindeorgane, Rechnungsprüfung, Hauptverwaltung.



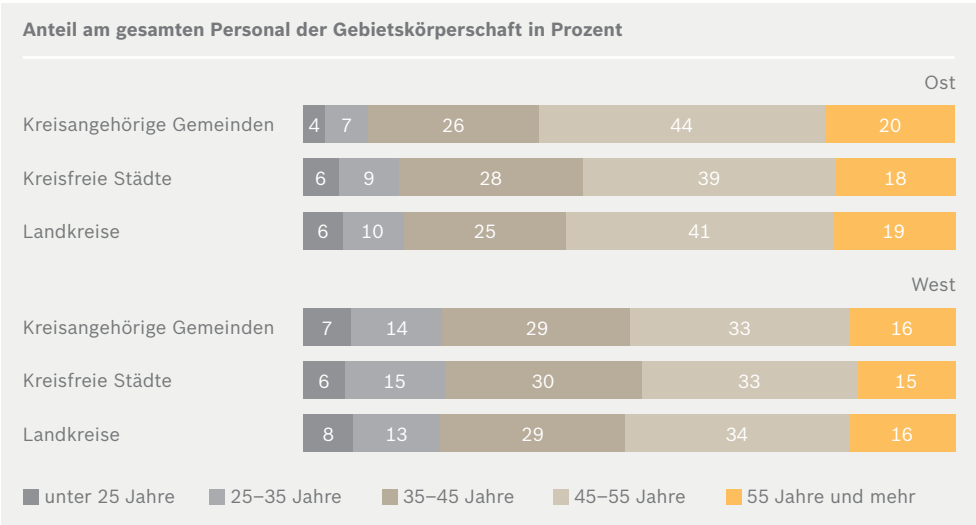
Abbildung 8 | Verteilung der Mitarbeiter der Kommunalverwaltungen nach Aufgabenbereichen



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Auffällig ist jedoch der markante Unterschied zwischen ost- und westdeutschen Kommunen. Während in den westdeutschen Kommunen in der Regel über 50 % der Beschäftigten jünger als 45 Jahre sind, beträgt dieser Anteil in Ostdeutschland nur selten mehr als 40 % (vgl. Abbildung 9).

Abbildung 9 | Altersstruktur der drei großen kommunalen Verwaltungsebenen (Ost-/Westdtld.)

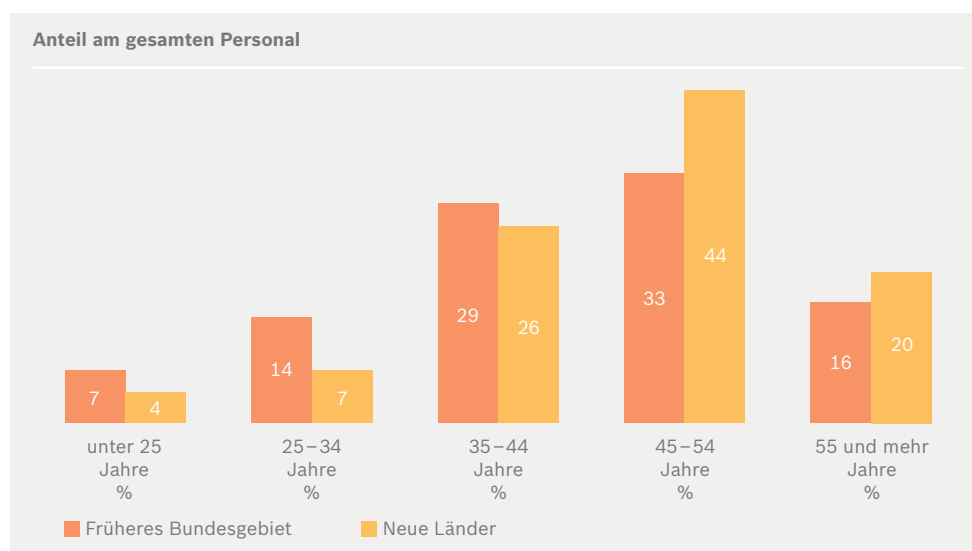


Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Dies zeigt sich insbesondere bei den kreisangehörigen Gemeinden, auf die ein großer Teil des Personals der Kommunen in Deutschland entfällt (48 %). Innerhalb dieser Gruppe gibt es wiederum Gemeinden unterschiedlichster Größe und Struktur. Insofern kann die hier durchgeführte Gesamtbetrachtung lediglich ein sehr komprimiertes Bild der Personalsituation in diesen Gemeinden zeichnen. Betrachtet man die Verteilung des Personals auf die unterschiedlichen Altersklassen, so sieht man,

dass sich gerade in den ostdeutschen Gemeinden die demographischen Probleme in den Personalstrukturen in verstärktem Maße zeigen (vgl. Abbildung 10). Lediglich 7 % des Personals sind zwischen 25 und 34 Jahren alt, nur rund 35 % sind jünger als 45. Hier zeigt sich der seit Langem anhaltende Schrumpfungsprozess, mit dem sich die kommunalen Verwaltungen in Ostdeutschland dem Bevölkerungsrückgang anpassen.

Abbildung 10 | Altersstruktur der kreisangehörigen Gemeinden (Ost-/Westdtld.)



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Die ostdeutschen Gemeinden werden in den kommenden 16 Jahren 64 % ihres Personals infolge von Ruhestandseintritt verlieren (in den westdeutschen Gemeinden werden es 49 % sein). Obwohl der Bevölkerungsrückgang und damit der Veränderungsdruck auf die Verwaltung anhalten wird, lässt sich prognostizieren, dass ruhestandsbedingt deutlich mehr Personal ausscheiden wird, als demographie- und effizienzbedingt (langfristig) in den ostdeutschen Kommunen eingespart werden muss: So wird der Personalbedarf im öffentlichen Dienst aufgrund von demographischen Entwicklungen bis zum Jahr 2025, unter der Annahme, dass der Gesamtbedarf an Personal im öffentlichen Dienst durch eine konstante Relation zur Bevölkerungszahl bestimmt wird, lediglich um knapp 10 % zurückgefahren werden können.

#### 2.1.4 Zwischenfazit Altersstrukturanalyse

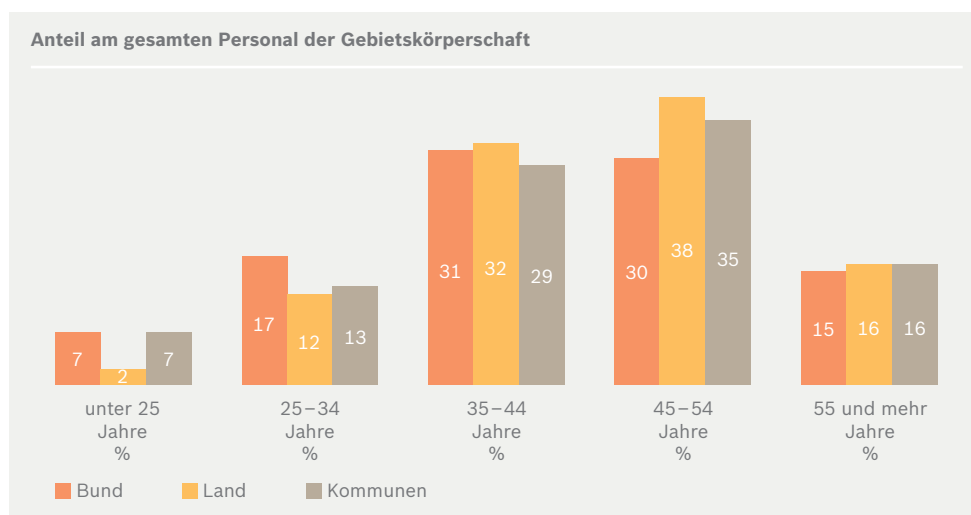
Insgesamt bestätigt die differenzierte Altersstrukturanalyse der einzelnen Verwaltungsebenen die vermutete alterszentrierte Personalstruktur (vgl. Abbildung 11) im öffentlichen Dienst. Infolge von Einstellungsstopps und Stellenkürzungen ist das Durchschnittsalter im gesamten öffentlichen Dienst<sup>37</sup> in den letzten zehn Jahren von 41,8 Jahren auf über 44 Jahre angestiegen. 52 % der Mitarbeiter sind älter als 44 Jahre, und rund ein Drittel der Mitarbeiter ist älter als 50 Jahre.<sup>38</sup> Der öffentliche

<sup>37</sup> Ohne Soldaten und Soldatinnen

<sup>38</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007d)

Dienst sieht sich somit großen Pensionierungswellen der personenstarken Mitarbeiterkohorten der Altersjahrgänge 50 plus gegenüber. Dies wird unter der Berücksichtigung des sich bereits abzeichnenden Nachwuchsmangels bereits in wenigen Jahren deutliche Auswirkungen auf den öffentlichen Dienst haben und erfordert aufseiten des Personalmanagements entsprechende Reaktionen. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene und damit den personalstärksten Bereichen ist der Anteil des älteren Personals besonders hoch und der Anteil an Nachwuchskräften sehr gering.

Abbildung 11 | Altersstruktur Bund (ohne Soldaten), Länder, Kommunen



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

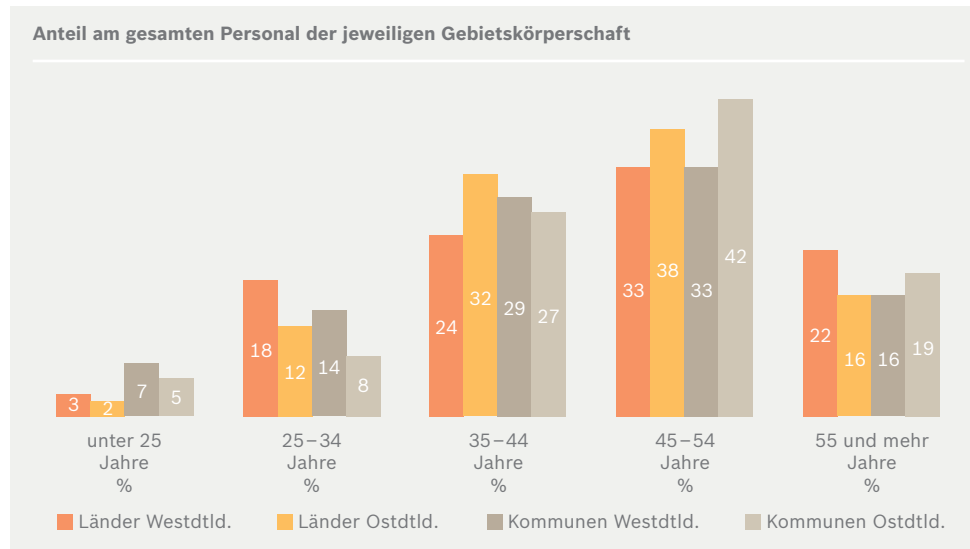
Für den öffentlichen Dienst wird der demographische Wandel somit schon in naher Zukunft erhebliche Konsequenzen auf die Altersstruktur und das Personalmanagement haben. Daraus entsteht ein erheblicher Handlungsdruck auf die öffentlichen Arbeitgeber.

## 2.2 Altersstruktur nach Regionen: Im Osten ist die Verwaltung älter

Ein Vergleich zwischen west- und ostdeutschen Ländern und Kommunen zeigt, dass sich zwar grundsätzlich alle Bereiche des öffentlichen Dienstes mit dem Problem einer alternden Personalstruktur konfrontiert sehen, das Personal in Ostdeutschland jedoch in seiner Gesamtheit bereits älter ist als in Westdeutschland (vgl. Abbildung 12). Die einzige Ausnahme stellt die Altersklasse der über 55-Jährigen in den westdeutschen Ländern dar, deren hoher Anteil sich durch das hohe Durchschnittsalter des personalstarken Schulbereichs in den alten Ländern erklärt.

Insbesondere im Aufgabenbereich Schule gibt es deutliche Unterschiede in der Altersstruktur des Personals zwischen Ost- und Westdeutschland: Während in den alten Ländern aufgrund der großen Zahl neu eingestellter Lehrkräfte zu Beginn der 1980er-Jahre jetzt die Altersgruppe der 45- bis 54-Jährigen überproportional stark besetzt ist (33 %), waren in den neuen Ländern die Neueinstellungen von Lehrkräften und dementsprechend die Verteilung der Lehrkräfte auf die Altersgruppen

Abbildung 12 | Altersstruktur Länder und Kommunen (Ost-/Westdtd.)



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

gleichmäßiger. Allerdings haben die Schulen in Ostdeutschland auch nur einen verschwindend geringen Anteil (4%) an Lehrpersonal, das jünger als 35 Jahre ist.<sup>39</sup> Dies hängt mit dem in Ostdeutschland bereits eingetretenen, demographisch bedingten Schülerrückgang zusammen, von dem insbesondere die Lehrer-Neueinstellungen betroffen sind.<sup>40</sup>

Auf allen drei kommunalen Verwaltungsebenen ist das Personal in Ostdeutschland deutlich älter als in Westdeutschland. So liegt der Anteil des Personals, das 45 Jahre und älter ist, in den ostdeutschen Kommunen jeweils um rund 10% höher als in den westdeutschen Kommunen. Demgegenüber liegt der Anteil der unter 35-Jährigen in den westdeutschen Kommunen um rund 5% höher. Noch deutlicher stellen sich die beschriebenen Unterschiede in den kreisangehörigen Gemeinden dar.

Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten, dass sowohl west- als auch ostdeutsche Länder und Kommunen sich mit einem dringenden Handlungsbedarf angesichts einer alternden Personalstruktur auseinander setzen müssen. Die Verwaltungen im Osten trifft die Alterung früher, allerdings ist ihr Handlungsspielraum durch Bevölkerungsrückgang und knappe Haushaltsmittel zusätzlich begrenzt.

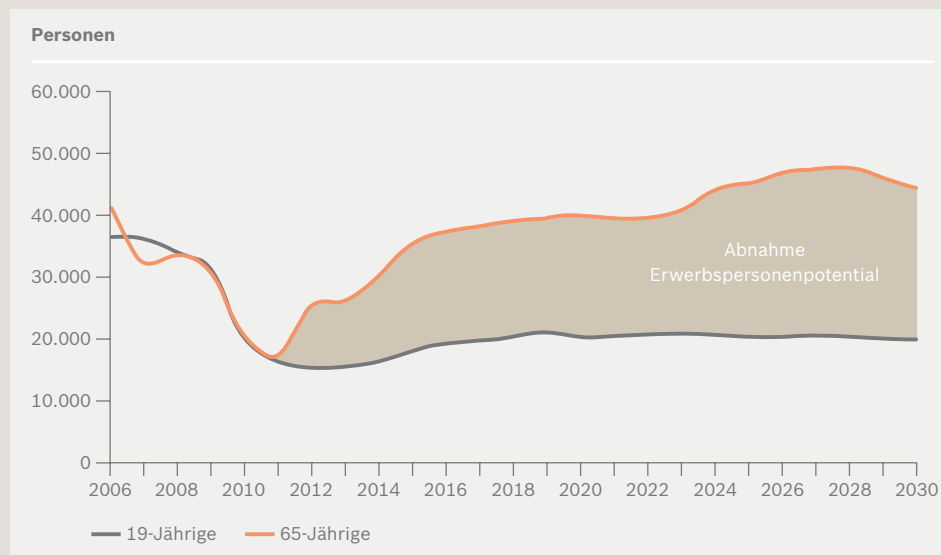
<sup>39</sup> Die unter 25-Jährigen sind aufgrund der erforderlichen (Fach-)Hochschulausbildung für Lehrer so gut wie gar nicht in der Beschäftigtenstruktur des Aufgabenbereichs Schule vertreten.

<sup>40</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006c)

### Brandenburg: Demographische Herausforderung im Zeitraffer

Mit einer einfachen Bevölkerungsprognose zeichnet sich ab, dass die Brandenburger Arbeitgeber bereits ab 2011 einen deutlich veränderten Arbeitsmarkt vorfinden werden. Ab diesem Zeitpunkt werden erstmals dauerhaft mehr Brandenburger das 65. Lebensjahr erreichen, als junge Mitbürger ihr 19. Lebensjahr, und damit werden jährlich mehr Erwerbspersonen in den Ruhestand gehen, als neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Die Schere öffnet sich rasch, sodass ab 2018 statistisch nur noch jede zweite Erwerbsperson, die aus dem Arbeitsleben ausscheidet, durch Nachwuchs aus Brandenburg ersetzt werden kann.

Abbildung 13 | Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg nach ausgewählten Jahrgängen



Diese Situation wird auch die öffentlichen Arbeitgeber treffen. Spezifische Personalbedarfsprognosen zeigen, dass einige Bereiche des öffentlichen Dienstes sogar überproportional betroffen sind. Trotz des gesamten Bevölkerungsrückgangs ist schon jetzt absehbar, dass bis 2020 rund 5.000 neue Lehrerinnen und Lehrer benötigt werden, für deren Ersatz junge Leute bereits in den nächsten fünf Jahren ihre Studienentscheidung treffen müssten. Allein quantitativ wird diese Nachwuchslücke bei rund 9.000 Abiturienten/Jahr nur mit Brandenburger Studentinnen und Studenten nicht zu schließen sein.

Es sprechen verschiedene Gründe dafür, dass die öffentlichen Arbeitgeber des Landes Brandenburg sich dieser Herausforderung stärker als bisher stellen müssen: Unter dem Eindruck einer angespannten Finanzsituation beschäftigen sich die Verwaltungen derzeit noch mit der Bekämpfung von Personalüberhängen. So sind auf Landesebene gegenwärtig noch 1.000 Stellen zu viel, z.B. in der Forstverwaltung. Gleichzeitig wird sich die Finanzsituation in Brandenburg angesichts sinkender Mittel aus dem Solidarpakt weiterhin verschlechtern. Obwohl sich der Mangel für 2013 schon jetzt abzeichnet, wird Brandenburg daher wohl bis 2010 nicht verstärkt ausbilden können.

Auch im länderübergreifenden Wettbewerb zwischen öffentlichen Arbeitgebern ist Brandenburg, genau wie die anderen neuen Bundesländer, harter Konkurrenz ausgesetzt. Andere Bundesländer und Kommunen, z. B. Hamburg, Berlin oder München, rekrutieren bereits heute gezielt Beschäftigte aus den neuen Bundesländern und können u. a. mit höheren Löhnen locken. Berlin in der Mitte des Landes Brandenburg wirkt wie ein Magnet auf qualifizierte Arbeitskräfte aus Brandenburg. So werben zum Beispiel die Bundesministerien mit attraktiven Arbeitsbedingungen um hochqualifiziertes Personal der Landesverwaltung. Als dünn besiedeltes Flächenland sind mögliche Personalversetzungen und lange Arbeitswege weitere Wettbewerbsnachteile, v. a. gegenüber Stadtstaaten.

Die Staatskanzlei Brandenburg sieht, dass auf die Herausforderung mit einem Bündel von Maßnahmen reagiert werden muss. Gefordert sind sowohl arbeits- und gesundheitspolitische Maßnahmen zur individuellen Sicherung des Leistungsniveaus und zur Erhaltung der Arbeitsfähigkeit und Arbeitsbereitschaft als auch bildungs- und integrationspolitische Maßnahmen (bspw. Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen und Älteren, Förderung von Zuwanderung und Senkung von Bildungsarmut und Schulabbrecherquote). Zugleich aber zeichnet sich ab, dass allein personalpolitische Maßnahmen für eine Lösung des Problems nicht ausreichen werden: Die Verwaltungen müssen ihre Modernisierungsstrategien voranbringen, um den Personalbedarf insgesamt zu senken. Dazu gehören bspw. eine fundierte Aufgaben- und Prozesskritik sowie der Ausbau des E-Governments. Auf der Landesebene sollten vor allem die ostdeutschen Länder ihre Ideen, Ressourcen und Initiativen bündeln. Ein großes Effizienzpotential wird zwischen Ländern und Bund gesehen, mittels einer Zentralisierung von Verwaltungshandeln (Identität von Gesetzgebungs- und Implementationsebene) Verwaltungsprozesse zu harmonisieren sowie schlanker und weniger personalintensiv zu gestalten.

### 2.3 Altersstruktur nach Hierarchieebenen: Dem Führungspersonal fehlt der Nachwuchs

Die Personalstruktur des öffentlichen Dienstes ist in allen Bereichen von einer starken Alterung der Laufbahngruppe des höheren Dienstes gekennzeichnet.

So sieht beispielsweise die Altersstruktur in den Ministerialverwaltungen der Länder je nach betrachteter Hierarchieebene unterschiedlich aus: Insbesondere beim Personal des höheren Dienstes und hier besonders in den westdeutschen Ländern herrscht eine unausgewogene Altersstruktur. Bereits innerhalb der kommenden sieben Jahre wird rund ein Drittel des Personals in Führungspositionen in den westdeutschen Ländern in den Ruhestand gehen, in den ostdeutschen Ländern ist es rund ein Viertel. Betrachtet man die kommenden 17 Jahre, so scheiden sogar 70 % (westdeutsche Länder) bzw. 63 % (ostdeutsche Länder) des Personals in den Ministerialverwaltungen aus dem Dienst aus. Zum Vergleich: Aktuell treten jährlich durchschnittlich 2,3 % der Mitarbeiter aus dem Dienst aus.<sup>41</sup> Diese Relationen zeigen nicht nur generell, dass der Bedarf an Neueinstellungen rapide steigen wird; sie

41 Referenz: eigene Berechnungen Prognos AG; unter Berücksichtigung von Verrentung und Sterblichkeit.

zeigen auch, dass es zu gravierenden Nachfolgeproblemen kommen kann. Davon ausgehend, dass die Älteren mit ihrem Ausscheiden Positionen in höheren Laufbahngruppen freigeben, zeichnet sich im höheren Dienst bereits bei der Alterskohorte der 35- bis 44-Jährigen, die direkt auf die frei werdenden Stellen nachrücken müssten, eine Nachwuchslücke ab. Insgesamt kann langfristig rein rechnerisch nicht einmal jede zweite Stelle intern durch heute bereits beschäftigte Mitarbeiter nachbesetzt werden.

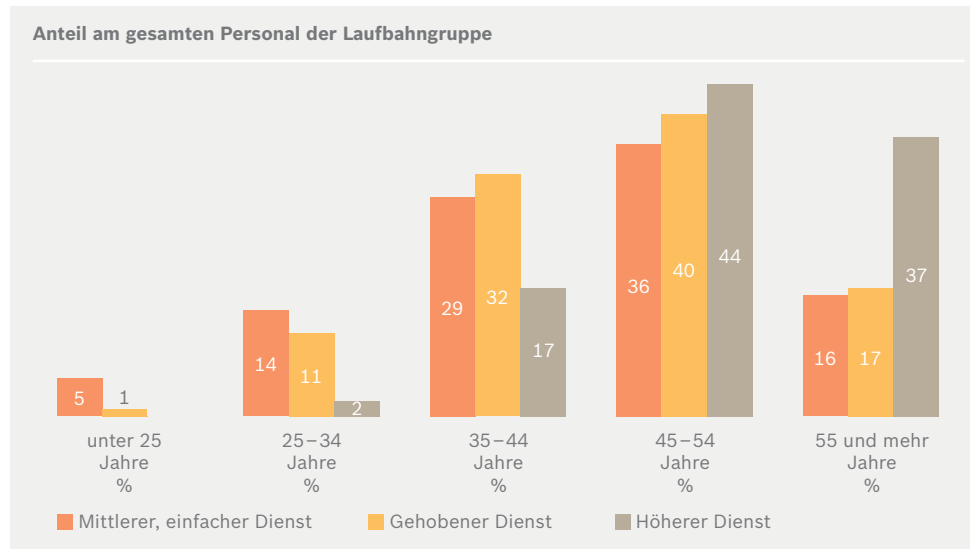
Die Altersstruktur in den Laufbahngruppen des gehobenen sowie des mittleren und einfachen Dienstes stellt sich in der Ministerialverwaltung der Länder günstiger als im höheren Dienst dar. Doch auch hier dominieren die Altersklassen 45 plus mit jeweils mehr als 55 % des Personals. Ein Grund ist sicherlich, dass der Einstieg in den mittleren und einfachen Dienst in vielen Fällen mit einer Ausbildung erfolgt, während Berufsanfänger im gehobenen und höheren Dienst häufig als Quereinsteiger oder nach dem Studium eintreten.

In den Ministerialverwaltungen des Bundes bestätigt sich das Bild aus den Ministerien der Länder.

Ähnlich sieht die Situation im Polizeibereich aus – hier muss allerdings berücksichtigt werden, dass lediglich 2 % des Personals im Aufgabenbereich Polizei dem höheren Dienst zuzuordnen sind. Dafür geht in den kommenden 13 Jahren über die Hälfte des Personals (52 %) im gehobenen Dienst in den Ruhestand, während nur 18 % des Personals im gehobenen Dienst Nachwuchskräfte mit einem Alter unter 35 Jahren sind.

Noch etwas gravierender sind die Herausforderungen auf kommunaler Ebene: In den Kreisen und kreisfreien Städten sind mehr als 75 % des Personals in Führungspositionen 45 Jahre und älter. Im gehobenen Dienst liegt der Anteil des Personals in diesen Altersklassen bei 55 %, im mittleren und einfachen Dienst bei 46 %. Ein entsprechend umgekehrtes Bild zeigt sich beim Personal, das jünger als 35 Jahre ist: Im höheren Dienst liegt der Anteil dieses Personals am gesamten Personal der Laufbahngruppe nur bei 5 %, während der Anteil im gehobenen Dienst mit 12 % schon mehr als doppelt so hoch ist und im mittleren und einfachen Dienst sogar bei 22 % liegt. Stellvertretend für alle kommunalen Verwaltungsebenen, die sich hinsichtlich der Altersstruktur nach Hierarchieebenen kaum unterscheiden, wird in Abbildung 14 die Altersstruktur der kreisangehörigen Gemeinden dargestellt.

Abbildung 14 | Altersstruktur kreisangehörige Gemeinden nach Hierarchieebenen



#### 2.4 Altersstruktur nach Geschlecht: Mehr weiblicher Nachwuchs

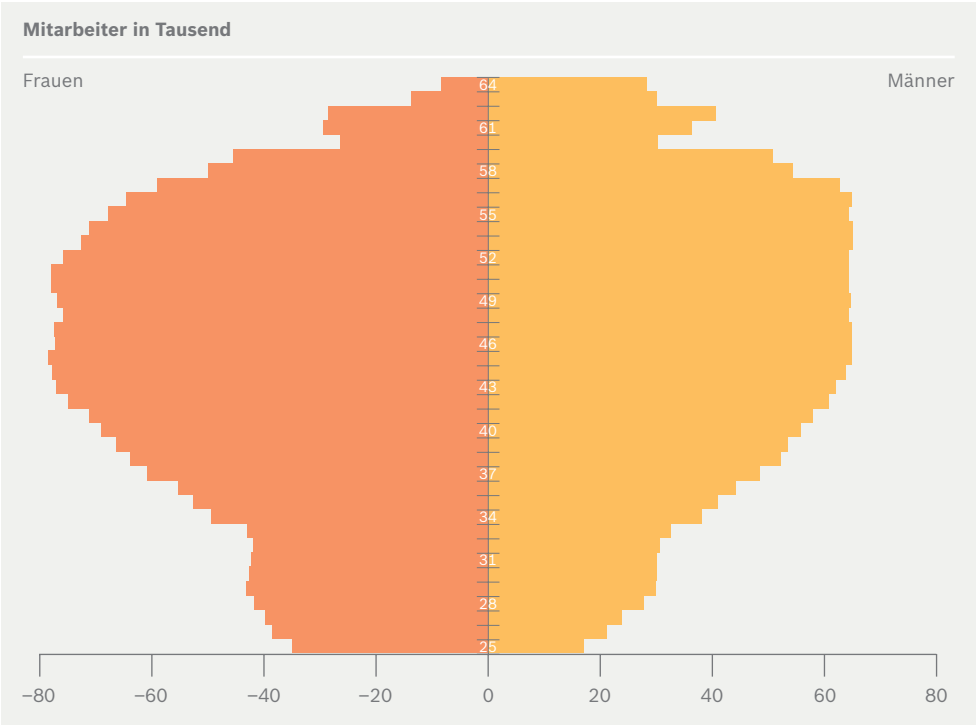
In allen Bereichen des öffentlichen Dienstes unterscheidet sich die Altersstruktur des männlichen Personals von der des weiblichen Personals, wie Abbildung 15 deutlich macht. Während beispielsweise in der Ministerialverwaltung auf Bundesebene innerhalb der kommenden 18 Jahre 63 % des männlichen Personals in den Ruhestand gehen werden, liegt der Anteil bei den Frauen nur bei 46 %. Demgegenüber zählen 22 % der Frauen zu den Nachwuchskräften, d. h. zu den unter 35-Jährigen, gegenüber lediglich 9 % bei den männlichen Kollegen. Hierbei ist zu erwähnen, dass im Hinblick auf die Zusammensetzung der einzelnen Hierarchieebenen im Großen und Ganzen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zu erkennen sind, d. h., die oben beschriebene Situation ist nicht dadurch zu erklären, dass bestimmte Laufbahngruppen eine ältere Personalstruktur aufweisen und diese wiederum einen überdurchschnittlich hohen Frauen- bzw. Männeranteil besitzen.

Die Situation wiederholt sich in den Ministerialverwaltungen der Länder (vgl. Abbildung 16): In den kommenden sieben Jahren wird vor allem ein beträchtlicher Anteil des männlichen Personals aus dem Dienst ausscheiden (30 %), während bei den Frauen nur 17 % des Personals ausscheiden werden. In der darauffolgenden Alterskohorte ist das Bild einheitlicher: Jeweils rund 35 % des weiblichen und männlichen Personals in den Ministerialverwaltungen der Länder sind derzeit zwischen 45 und 54 Jahre alt. Demgegenüber steht auch auf Landesebene – sowohl absolut als auch relativ betrachtet – ein größerer Anteil weiblichen Personals an den Nachwuchskräften: 16 % versus 8 % bei den männlichen Kollegen.

Obwohl im Polizeibereich lediglich rund ein Fünftel des Personals weiblich ist, wiederholt sich das aus den Ministerialverwaltungen auf Bundes- und Landesebene schon bekannte Bild: Das weibliche Personal ist im Durchschnitt wesentlich jünger als das männliche.

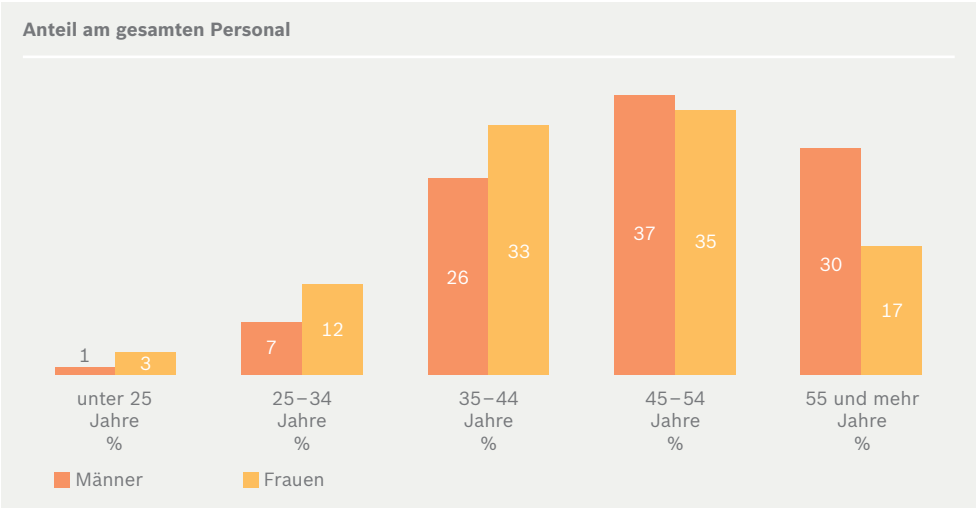


Abbildung 15 | Altersstruktur Mitarbeiter im öffentlichen Dienst<sup>42</sup>



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Abbildung 16 | Altersverteilung Ministerialverwaltungen der Länder nach Geschlecht



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

42 Ohne Berufssoldaten und Berufssoldatinnen sowie Zeitsoldaten und Zeitsoldatinnen; berücksichtigt sind alle Mitarbeiter ab einem Alter von 25 Jahren. Bei der Abbildung 15 handelt es sich um eine Auswertung nach Köpfen, nicht Vollzeitäquivalenten.

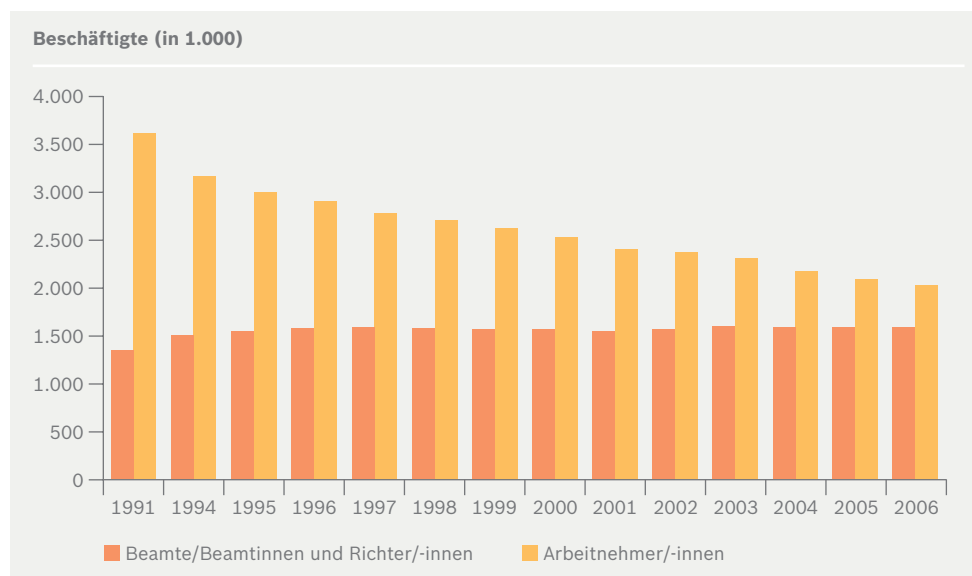
Im Aufgabenbereich Schule ist der Frauenanteil mit über zwei Dritteln insbesondere in den ostdeutschen Ländern sehr hoch. Frauen sind überdurchschnittlich häufig an Grund- und Hauptschulen tätig und damit im gehobenen Dienst eingruppiert, während ihr Anteil im höheren Dienst unterdurchschnittlich ist. In der Altersklasse der 55-Jährigen und älter sind sie unterdurchschnittlich vertreten, in den übrigen Altersklassen ist ihr Anteil leicht überdurchschnittlich.

Auch auf kommunaler Ebene bestätigt sich im Hinblick auf die geschlechtsspezifische Altersstruktur das bereits Gesagte: Einem geringen Frauenanteil in den älteren Mitarbeiterjahrgängen steht vergleichsweise viel junges weibliches Personal gegenüber.

## 2.5 Altersstruktur nach Beschäftigungsverhältnissen: Kein Unterschied zwischen Beamten und Beschäftigten

Während sich der Personalbestand im öffentlichen Dienst von 1950 bis 1990 ständig erhöht hat, gibt es seit 1991 einen kontinuierlichen Personalabbau. Dieser geht vor allem zu Lasten der Beschäftigungsverhältnisse im Arbeitnehmerstatus, welche sich in den vergangenen 15 Jahren um 44 % verringert haben.<sup>43</sup> Demgegenüber haben die Beschäftigungsverhältnisse im Beamtenstatus seit 1991 um insgesamt 16 % zugenommen<sup>44</sup> (vgl. Abbildung 17). Quantitativ betrachtet ist jedoch der Arbeitnehmer-

Abbildung 17 | Entwicklung der Beschäftigungsverhältnisse im unmittelbaren öffentlichen Dienst in den letzten 15 Jahren<sup>45</sup>



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

<sup>43</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a)

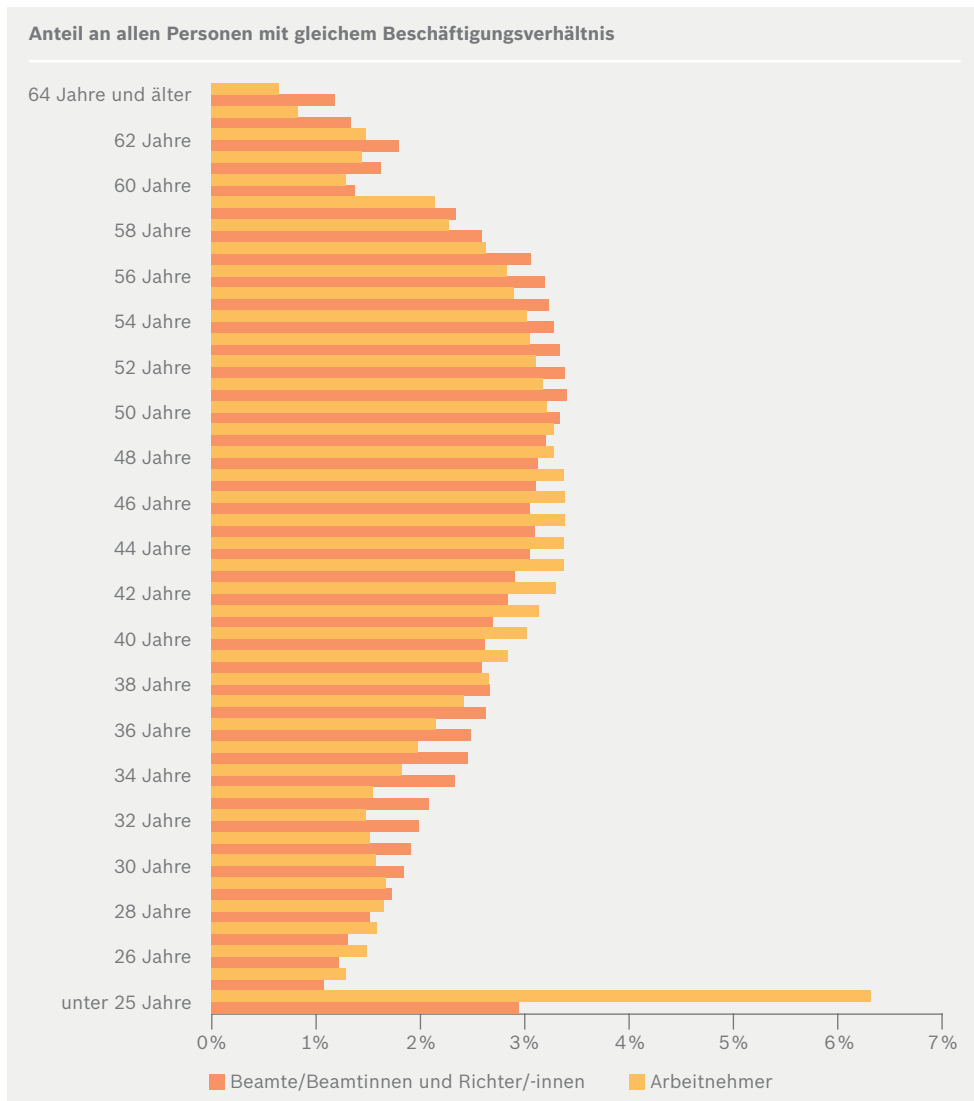
<sup>44</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a); eigene Berechnungen.

<sup>45</sup> Hier: Unmittelbarer Öffentlicher Dienst ohne Zweckverbände, Deutsche Bundes-/Reichsbahn und Deutsche Bundespost.

anteil im unmittelbaren öffentlichen Dienst<sup>46</sup> mit rund 54 % nach wie vor am höchsten, während der Anteil der Beamten in 2006 rund 42 % beträgt.<sup>47</sup>

Hinsichtlich der Altersstruktur gibt es kaum Unterschiede zwischen Beamten und Beschäftigten (vgl. Abbildung 18); dies gilt sowohl für den gesamten öffentlichen Dienst als auch für einzelne Bereiche. Das demographische Problem tritt also sowohl bei Beschäftigten als auch bei Beamten sowohl in den neuen als auch in den alten Bundesländern auf.

Abbildung 18 | Altersstruktur öffentlicher Dienst nach Beschäftigungsverhältnis (2006)



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

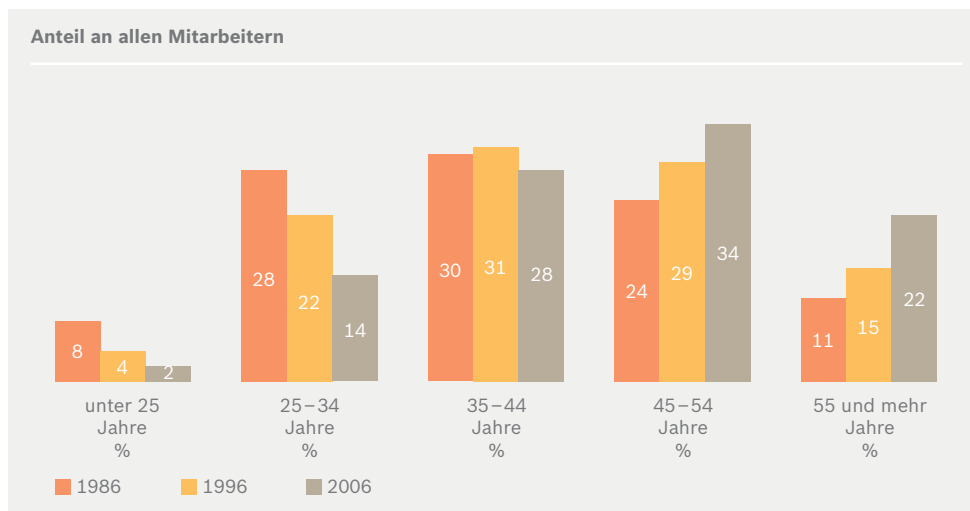
46 Ohne Zweckverbände und Bundeseisenbahnvermögen.

47 Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a); eigene Berechnungen; nicht berücksichtigt sind hier die Beschäftigungsverhältnisse »Berufs- und Zeitsoldaten/-soldatinnen« und »Bezieher/-innen von Amtsgehalt«.

## 2.6 Der öffentliche Dienst wird älter – Ursachen und Konsequenzen

Das Durchschnittsalter im gesamten öffentlichen Dienst (ohne Soldaten und Soldatinnen) ist allein in den letzten zehn Jahren von 41,8 Jahren auf über 44 Jahre angestiegen.<sup>48</sup> Besonders deutlich wird dieser Prozess und seine Konsequenzen mit einem Zeitvergleich der Altersklassenstrukturen der Jahre 1986, 1996 und 2006 (vgl. Abbildung 19): Der Anteil der unter 35-jährigen Mitarbeiter an allen Mitarbeitern bei Bund, Ländern und Gemeinden/Gemeindeverbänden ist von 36 % im Jahr 1986 auf lediglich 16 % im Jahr 2006 gesunken. Damit ging der Anteil der Nachwuchskräfte im Durchschnitt jährlich um 1 % zurück. Demgegenüber ist der Anteil der Mitarbeiter in den Altersklassen der 45-Jährigen und älter im gleichen Maße angestiegen und in nur 20 Jahren von 34 % auf 56 % gestiegen. Ein Drittel der Mitarbeiter ist inzwischen älter als 50 Jahre und wird damit bereits in naher Zukunft in den Ruhestand gehen. Über die Jahre hinweg relativ konstant geblieben ist lediglich die Besetzung der Altersklasse der 35- bis 44-Jährigen.

Abbildung 19 | Entwicklung der Mitarbeiter des Bundes, der Länder und der Gemeinden/Gemeindeverbände im Zeitvergleich



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Auch strukturell hat sich der öffentliche Sektor in den vergangenen Jahren stark verändert. Der Personalsrückgang der letzten 15 Jahre geht in erster Linie auf Ausgliederung, Privatisierungen und einen generellen Personalabbau in der unmittelbaren Verwaltung zurück. Ein besonders stark von Ausgliederungen und Privatisierungen betroffener Bereich ist der Bereich Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung<sup>49</sup>. Dort hat sich die Anzahl der Mitarbeiter allein in den letzten vier Jahren um 33 % verringert, wobei der Rückgang der Mitarbeiteranzahl im Unterbereich Krankenhäuser und Heilstätten besonders deutlich ausfiel (41 % in den letzten vier Jahren).<sup>50</sup>

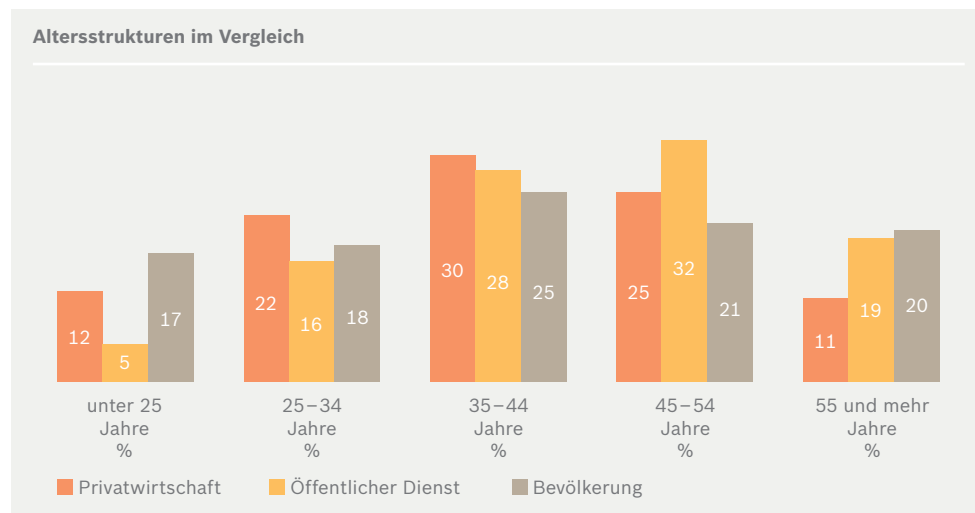
<sup>48</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2007d)

<sup>49</sup> Die im Bericht genannten Bereiche entsprechen, sofern nicht anders angegeben, der Haushaltssystematik 2001.

<sup>50</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt (2006a; 2002)

Der Personalabbau im öffentlichen Dienst wurde vor allem über die Nichtneubesetzung freiwerdender Stellen (u. a. über Einstellungsstopps) realisiert. Neueinstellungen von jungen Mitarbeitern fielen in den letzten 20 Jahren in allen Bereichen sehr gering aus.

Abbildung 20 | Altersstruktur im Vergleich: Privatwirtschaft/öffentl. Dienst/Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter



Quelle: destatis; Prognos AG 2008

Im Ergebnis ist der öffentliche Dienst im Vergleich mit der Privatwirtschaft derjenige Sektor, in dem der Anteil der Betriebe, die Ältere (über 50 Jahre) beschäftigen, mit 98 % am höchsten ist.<sup>51</sup> Zum Vergleich: In der Privatwirtschaft haben weniger als 80 % der Unternehmen ältere Beschäftigte, gleichzeitig ist auch der Anteil der älteren Mitarbeiter mit durchschnittlich 25 % in der öffentlichen Verwaltung am höchsten, gefolgt von den Verbänden (23 %). In den privatwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland sind maximal 20 % der Beschäftigten älter als 50 Jahre.

Der direkte Vergleich der Altersstrukturen von Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst zeigt, dass der Anteil der 55-Jährigen und älter am gesamten Personal im öffentlichen Dienst fast doppelt so hoch ist wie bei den Beschäftigten in der Privatwirtschaft (vgl. Abbildung 20): Dagegen ist der Anteil der unter 35-Jährigen an allen Beschäftigten in der Privatwirtschaft um 13 % höher, als dies beim Personal des öffentlichen Dienstes der Fall ist.

Vielfach wird in einem solchen Zusammenhang von einer »Überalterung« der Belegschaften gesprochen. Diese Begriffswahl wird der Situation jedoch aus zweierlei Hinsicht nicht gerecht:

Zum einen existiert keine eindeutige Definition, ab welcher Altersstruktur oder ab welchem Durchschnittsalter von einer »Überalterung« gesprochen werden kann.

51 Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2002)

Bestenfalls könnte von einer kritischen Altersstruktur gesprochen werden, wenn diese deutlich von der Altersverteilung des gesamtgesellschaftlichen Erwerbspersonenpotentials abweicht. Ein Vergleich zeigt aber, dass der öffentliche Sektor mit seiner Personalstruktur die Struktur des Erwerbspersonenpotentials in Deutschland recht gut widerspiegelt. Kritisch erscheint vor diesem Hintergrund eher die Struktur der Privatwirtschaft, die in der Vergangenheit alle Instrumente zur Verjüngung ihrer Belegschaften genutzt hat. Diese oft auch überspitzt als »Jugendwahn« bezeichnete Politik birgt das Risiko einer schleichenden Entwöhnung von älteren Mitarbeitern, mit der Folge, dass viele Unternehmen zukünftig höhere Anpassungsschwierigkeiten an die unvermeidbare Alterung ihrer Belegschaften haben könnten als die auf den ersten Blick bereits heute älteren Belegschaften der öffentlichen Verwaltungen.

Darüber hinaus ist der Begriff »Überalterung« stark negativ gefärbt und löst unmittelbar Assoziationen eingeschränkter Leistungsfähigkeit oder geringerer Innovationsfähigkeit aus. Ältere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen jedoch keineswegs per se weniger leistungsfähig sein als jüngere. Vielmehr können Ältere, ein alters- und altermngerechtes Personalmanagement vorausgesetzt, in der Mehrheit der Tätigkeitsfelder auch in hohem Alter noch die gestellten Anforderungen erfüllen und in vielen Fällen durch ihr Erfahrungswissen sogar eine tragende Säule in ihrem Arbeitsgebiet sein.<sup>52</sup>

Generell gilt, dass der öffentliche Dienst aufgrund der faktischen Unkündbarkeit von Beamten und langjährigen Beschäftigten der Alterung in verstärktem Maße ausgesetzt ist. Zudem haben in den letzten Jahren Stellenkürzungen, aber auch die deutliche Reduktion von Frühverrentungsmöglichkeiten das Durchschnittsalter des Personals in der öffentlichen Verwaltung deutlich ansteigen lassen. So hat sich die Zahl der Personen, die jährlich wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden, von 1993 bis 2006 nahezu halbiert, während sich die Zahl der Personen, die aufgrund gesetzlicher Altersgrenzen aus dem öffentlichen Dienst ausscheiden, fast verdoppelt hat (vgl. Abbildung 21). Besonders deutlich tritt dieser Trend bei der Personengruppe zutage, die jedes Jahr die gesetzliche Altersgrenze von 65 Jahren erreicht: Waren dies im gesamten unmittelbaren öffentlichen Dienst im Jahr 1993 noch lediglich 3.110 Personen, so hat sich diese Zahl 2006 mit 14.571 Personen fast verfünffacht.

Der drastische Rückgang der Zahl der dienstunfähig geschriebenen Personen erklärt sich aus der Änderung des Beamtenrechtsrahmengesetzes (BRRG) und des Bundesbeamtengesetzes (BBG) 2001. Damit wurden die rechtlichen Voraussetzungen für die Anerkennung von Dienstunfähigkeit deutlich eingeschränkt. Eine Teildienstfähigkeit ist seitdem auch über das 50. Lebensjahr hinaus möglich.<sup>53</sup> Weiterhin wurden die zu zahlenden Bezüge bei Dienstunfähigkeit weiter reduziert, sodass auch die finanzielle Attraktivität der Dienstunfähigkeit eingeschränkt wurde.

<sup>52</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Prognos AG (2008)

<sup>53</sup> Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund (2001)

Abbildung 21 | Gründe für Ruhestandseintritt der jährlichen Neuzugänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst

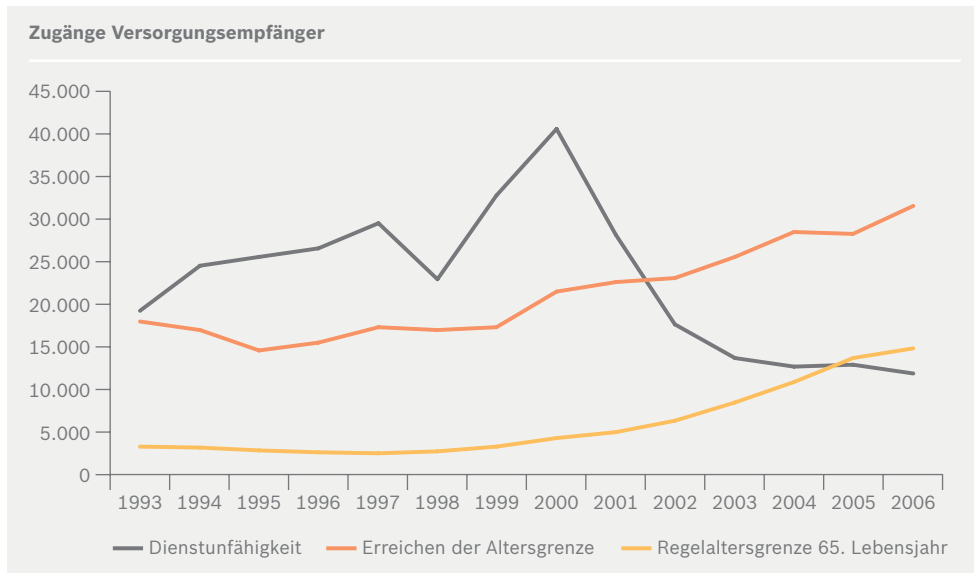
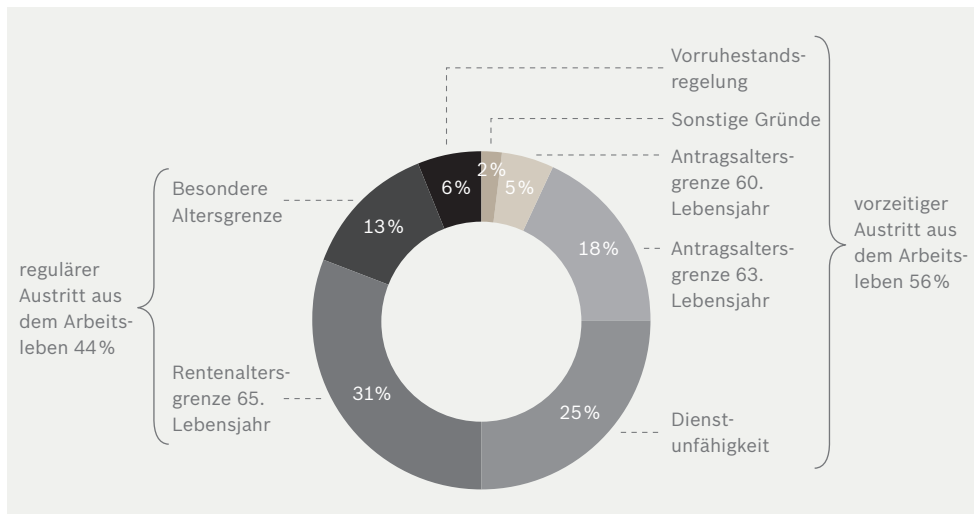


Abbildung 22 | Gründe für Ruhestandseintritt im unmittelbaren öffentlichen Dienst 2006



Gleichzeitig tritt aber noch immer fast die Hälfte (56%) der Mitarbeiter des unmittelbaren öffentlichen Dienstes vorzeitig in den Ruhestand. Da eine weitere Reduktion der Frühverrentung angesichts des Trends der vergangenen Jahre und der politischen Bestrebungen in diesem Bereich sehr wahrscheinlich ist, kann aber mittelfristig eine Annäherung an das Verrentungsverhalten im Privatsektor erwartet werden (so wurde in der Privatwirtschaft die Altersgrenze von 65 Jahren im Jahr 2006

von 38 % der Beschäftigten erreicht). Diese Entwicklung ist aus personalpolitischer Sicht generell zu begrüßen, da sie die Kompetenzen älterer Mitarbeiter länger nutzbar macht und mittelfristig eine Dämpfung des Nachwuchsproblems bewirkt.<sup>54</sup> Sie bedeutet in der Konsequenz allerdings auch, dass sich langfristig die Altersstruktur der Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes weiter zu älteren Altersgruppen hin verschiebt und der Spielraum für die Neueinstellung jüngerer Nachwuchskräfte kurz- und mittelfristig weiter sinkt. Die Alterskohorte der 45- bis 54-Jährigen, die heute die stärkste Personengruppe stellt, wird in den nächsten 15 Jahren zum Teil ausscheiden, aber in der Mehrheit länger beschäftigt bleiben. Obwohl am Fuße des Altersbaums der Personalbedarf durch verstärkte Neueinstellungen jüngerer Mitarbeiter gedeckt werden muss, wird die dann zahlenmäßig mit Abstand stärkste Altersgruppe der über 55-Jährigen dafür sorgen, dass der Altersdurchschnitt der Verwaltung im Vergleich zu heute noch einmal deutlich ansteigt.

54 Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend/Prognos AG (2008)



## 3

## Determinanten des zukünftigen Personalbedarfs und -angebots

Für das Personalmanagement im öffentlichen Dienst stellen sich infolge der beschriebenen Entwicklungen drei Aufgaben: Erstens gilt es, mit differenzierten Alters- und Personalstrukturanalysen in den einzelnen Einheiten ein detaillierteres Bild der Situation zu bekommen und bei den Verantwortlichen ein Bewusstsein für den Handlungsbedarf zu schaffen. Zweitens müssen Maßnahmen einer alters- und alternsgerechten Personalpolitik entwickelt werden, um die älteren Mitarbeiter langfristig beschäftigungsfähig und motiviert zu halten und entsprechend ihrer physischen Leistungsfähigkeit einzusetzen. Und drittens gilt es, das Personalrecruiting auf einen wieder ansteigenden Neueinstellungsbedarf bei einem gleichzeitig wachsenden Wettbewerb um qualifiziertes Personal einzustellen.

Dieser Handlungsbedarf stellt sich vor dem Hintergrund spezifischer Rahmenbedingungen und Trends des öffentlichen Dienstes, die in besonderer Wechselwirkung mit dessen Altersstruktur stehen und die den Handlungsspielraum und Handlungsdruck in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich stark beeinflussen können.

Bevor im nächsten Schritt geeignete Maßnahmen vorgestellt und auf ihre Anwendbarkeit im öffentlichen Sektor hin untersucht werden, sollen an dieser Stelle diese Rahmenbedingungen näher beleuchtet werden, sodass eine differenzierte Interpretation der statistischen Ergebnisse wie auch eine bessere Anpassung der Maßnahmen möglich werden.

Zu den übergreifenden Entwicklungen und Trends, die einen direkten Einfluss auf die Altersstruktur und das Personalmanagement der öffentlichen Arbeitgeber haben werden, zählen vor allem Trends in der Organisation des Verwaltungshandelns, die demographische Entwicklung der Gesamtbevölkerung und die Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Fachkräfteangebots und der Fachkräftenachfrage.

### **3.1 Trends der Verwaltungsorganisation**

Eine Entwicklung, welche die Struktur der öffentlichen Verwaltung nachhaltig beeinflussen wird, ist die Tendenz zur Dezentralisierung von Verantwortung. In der Verwaltungsliteratur wird diese im Rahmen der Governance-Debatte diskutiert. Damit werden Steuerungsstrukturen beschrieben, die sich nicht alleine auf den Staat beschränken, sondern z.B. im Rahmen von Public Private Partnerships (PPP) die Privatwirtschaft und die Zivilgesellschaft (Vereine, Verbände und Interessenvertretungen) einbeziehen. Dazu gehört auch, dass sich die Steuerungsprozesse in Zukunft noch stärker auf die verschiedenen Ebenen staatlichen Handelns, also Kommune, Land, Bund und Europäische Union, diversifizieren werden.<sup>55</sup> Als Folge dieser Veränderung wird eine stärkere Betonung von Netzwerken notwendig und – daraus resultierend – die deutlich steigende Nachfrage nach stärkerer Kooperation und Koordination der einzelnen Akteure.<sup>56</sup>

<sup>55</sup> Vgl. Benz (2004); Bundesministerium des Innern (2007)

<sup>56</sup> Vgl. Expertengespräch mit Franz-Reinhard Habbel, Deutscher Städte- und Gemeindebund vom 16.05.2008, und Prognos (2008a)

Für die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltungen ergibt sich daraus eine Veränderung ihrer Aufgaben, die zukünftig die Steuerung und Kontrolle komplexer Netzwerke ebenso beinhalten werden wie die Steuerung jenseits von Hierarchie. Dies bedeutet, dass die zukünftige Verwaltung weniger Bedarf an eigenen Spezialisten haben wird, da das notwendige Fach- und Spezialwissen aus anderen Teilen der Netzwerke bezogen werden kann. Stattdessen werden verstärkt Generalisten mit ausgeprägter Managementkompetenz benötigt.<sup>57</sup> Diese erwartete Stärkung der Managementaufgaben schlägt sich auch in einer weiteren Akademisierung der öffentlichen Verwaltung nieder, die ein Abschmelzen des einfachen und mittleren Dienstes zugunsten des gehobenen und höheren Dienstes nach sich zieht.<sup>58</sup>

Die Nachfrage nach diesem neuen Mitarbeitertypus im öffentlichen Dienst wird durch ein Fortschreiten der Privatisierung, Auslagerung und Fusion öffentlicher Dienste weiter verstärkt. Erfahrungen mit diesen Prozessen im öffentlichen Sektor in den vergangenen Jahren zeigen, dass ein Management dieser Prozesse allein auf Basis traditioneller Hierarchien nicht mehr möglich ist.<sup>59</sup> Zur Überwachung und Steuerung dieser Verflechtungen werden vonseiten des Staates »Public Manager« benötigt, deren Fähigkeiten über die bislang üblichen Qualifikationsanforderungen an die Mitarbeiter im öffentlichen Dienst hinausgehen müssen. Diese erforderliche Anpassung wird hohe Anforderungen an die Personalentwicklung stellen, aber auch eine Neuausrichtung von Rekrutierung und Ausbildung erfordern.

Darüber hinaus sind in vielen Teilen der Verwaltung die Möglichkeiten von elektronischen Verwaltungslösungen und E-Government noch nicht umfassend ausgeschöpft. Hier bieten sich nach wie vor Möglichkeiten, Verwaltungsprozesse schneller, effizienter und weniger personalintensiv zu gestalten. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der Finanzsituation der öffentlichen Hand vonnöten, welche auch in Zukunft angespannt bleiben wird.<sup>60</sup>

Weiterer Handlungsdruck, Effizienzreserven der Verwaltung gerade im Personalbereich zu heben, baut sich durch die wachsenden Pensionsverpflichtungen in den öffentlichen Haushalten auf. Da die Pensionsverpflichtungen als Teil der Personalkosten gesehen werden können, steigt bei tendenziell stagnierendem Haushaltsvolumen, der Druck, den Personalaufwand für aktives Personal zu senken. Auch haushaltsseitig ist daher zu erwarten, dass der Personalabbau in den öffentlichen Verwaltungen weiter anhalten und zugleich Arbeitsverdichtung und Anforderungen an das Personal weiter zunehmen werden.

57 Vgl. Machura (2003); Prognos AG (2008a)

58 Vgl. Freie und Hansestadt Hamburg (2008)

59 Vgl. Schneider (2003)

60 Vgl. Prognos AG (2006)

### 3.2 Demographie und Wanderungsbewegungen

Die demographische Entwicklung hat nicht nur direkten Einfluss auf die Personalstruktur in den öffentlichen Verwaltungen, sondern betrifft unmittelbar auch die Aufgaben der Verwaltung. Die Alterung der Gesellschaft und damit der Kunden öffentlicher Dienstleistungen bedingt, dass sich die Verwaltungen neuen Anforderungen stellen und ihre Dienstleistungen qualitativ und quantitativ anpassen müssen. Diese Veränderungen haben wiederum unmittelbare Konsequenzen für Anzahl und Qualifikation des erforderlichen Personals.

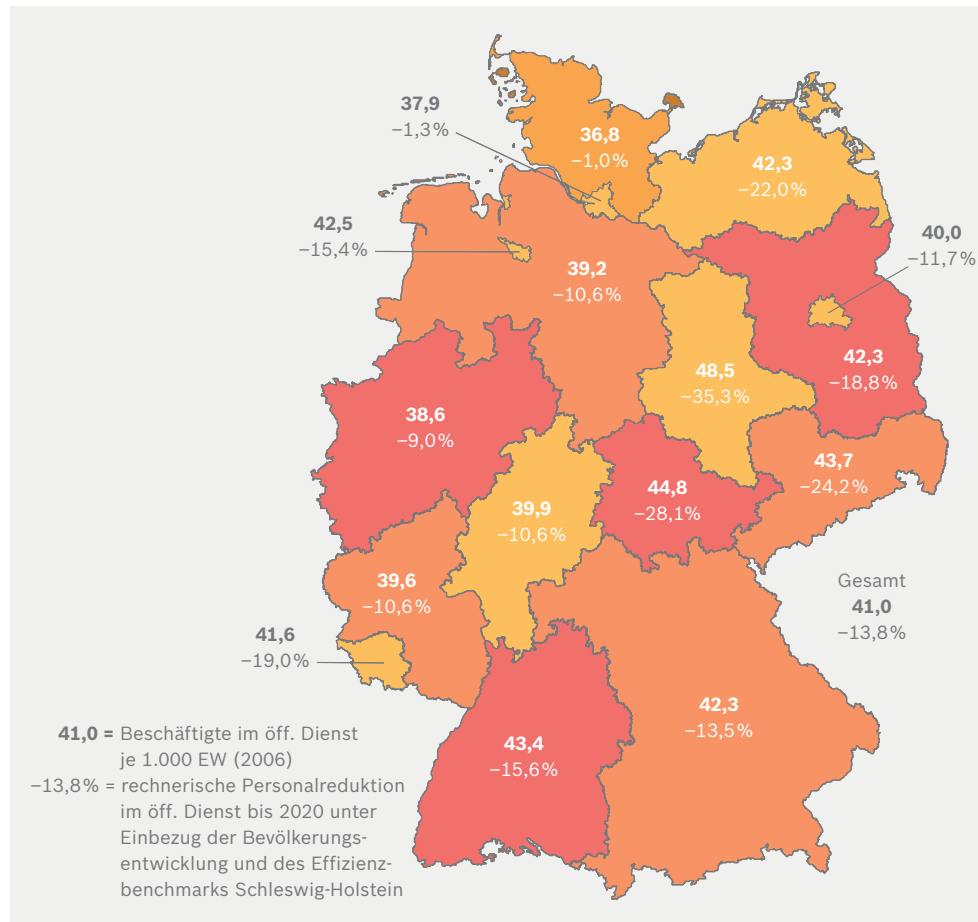
Während die Gesamtbevölkerung in Deutschland bis zum Jahr 2020 sogar noch leicht anwachsen wird, wird die Entwicklung der Bevölkerungszahlen regional aufgrund unterschiedlicher Entwicklungen der Parameter Wanderung, Altersstruktur und Fertilität sehr unterschiedlich verlaufen. Gerade die ostdeutschen Länder werden auch in den kommenden Jahren einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang mit einer beschleunigten Alterung der Bevölkerungsstruktur erleiden. Grob vereinfacht, lässt sich prognostizieren, dass es mit einem Bevölkerungsrückgang allgemein auch zu einem Rückgang der Nachfrage nach vielen Leistungen der öffentlichen Hand kommt und sich aufgrund der verschobenen Altersstruktur die Art der nachgefragten Leistungen verändern wird. In welchen Bereichen und in welchem Umfang die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen zurückgeht oder in welchen Aufgabenfeldern sie gegebenenfalls auch steigt, muss jedoch regional und funktional differenziert bewertet werden.

Wanderungsverluste und eine veränderte Altersstruktur der Bevölkerung haben auch Auswirkungen auf die Wirtschaftskraft der Länder und damit auf Steueraufkommen und Finanzkraft der öffentlichen Haushalte. Wenn vor allem junge und einkommenssteuerstarke Bürger einem Land oder einer Stadt den Rücken kehren, ist der Haushaltseffekt der Abwanderung deutlich höher, als er sich im Bevölkerungsrückgang widerspiegelt.

Wird unterstellt, dass gerade struktur- und einnahmeschwache Länder in Zukunft versuchen werden, die Effizienzreserven in den Verwaltungen zu heben, ergeben sich mit einem stark vereinfachten Modell, das die Beschäftigung im öffentlichen Dienst an die Bevölkerungsentwicklung und an ein Effizienzbenchmark von 36,8 Mitarbeitern im öffentlichen Dienst auf 1.000 Einwohner knüpft, gerade in den ostdeutschen Ländern hohe Reserven für einen Personalabbau (vgl. Abbildung 23).

In der Realität werden jedoch Kostenremanenzen, politische Gründe und eine notwendige Grundversorgung an öffentlicher Infrastruktur bedingen, dass die Personalausstattung der Öffentlichen Verwaltungen nicht einfach proportional zur Bevölkerungsentwicklung reduziert werden kann. Belastbare Trendaussagen zum Personalbedarf im öffentlichen Dienst können folglich nicht auf der aggregierten Ebene geführt werden, sondern sollten idealerweise anhand von angebotspolitischen Interessen und Nachfrage auf der Ebene einzelner Verwaltungsbereiche geführt werden.

Abbildung 23 | Szenario einer rechnerischen Personalreduktion im öffentlichen Dienst bis 2020 nach Bundesländern, orientiert am »Effizienzbenchmark« Schleswig-Holstein<sup>61</sup>



Quelle: Prognos 2008

Auch bei einer differenzierten Analyse einzelner Verwaltungsbereiche bestimmt jedoch häufig eine Vielzahl zum Teil gegenläufiger Faktoren die Prognose. Ein Beispiel für solche gegenläufigen Rahmenbedingungen bietet die Vorhersage des Lehrerberarfs: Als gesichert gilt, dass sich die Zahl der Schüler deutschlandweit bis 2020 um ca. 2,1 Mio. Schüler reduzieren wird.<sup>62</sup> Rein rechnerisch könnten damit in diesem Zeitraum für alle Jahre zusammen bis 2020 80 Mrd. Euro eingespart werden, inklusive potentieller Einsparungen beim Personalbestand. Gleichzeitig wird jedoch berechtigt diskutiert, die zu erwartenden Einsparungen in einen Ausbau der Qualität von Bildung zu investieren und entsprechend das Personal nicht zu redu-

61 Die Prognose der erwarteten Personalreduktion im öffentlichen Dienst bis 2020 berücksichtigt den prognostizierten Bevölkerungsrückgang/-wanderung bis 2020 in den Ländern und unterstellt modellhaft, dass alle Länder das günstigste Verhältnis von Beschäftigten im öffentlichen Dienst je 1.000 Einwohner anstreben (2006 Schleswig-Holstein mit 36,8 Beschäftigten im öff. Dienst je 1.000 EW).

62 Vgl. Kultusministerkonferenz (2006)

zieren, sondern stattdessen das Betreuungsverhältnis zu verbessern und das Angebot von Ganztagschulen auszuweiten.<sup>63</sup> Insgesamt sind damit im Bildungsbereich die personellen Konsequenzen für den öffentlichen Sektor noch offen. In anderen Bereichen, wie dem Bereich sozialer Dienstleistungen, zeichnet sich z.B. bei Altenpflege oder Kleinkinderbetreuung<sup>64</sup> eine steigende Nachfrage ab, die aufgrund der hohen Personalintensität dieser Bereiche zu einem stark steigenden Personalbedarf führen wird. Offen ist hier jedoch wiederum, in welchem Ausmaß diese Leistungen zukünftig von privaten Unternehmen erbracht werden.

### 3.3 Fachkräftebedarf und -angebot

Die zunehmenden Ungleichgewichte auf den Arbeitsmärkten sind eine weitere Entwicklung, welche das Personalmanagement im öffentlichen Dienst direkt beeinflusst: Wird unterstellt, dass sich Bildungsbeteiligung, Tätigkeitsstruktur, Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeit gegenüber 2004 nicht verändern, baut sich bis 2030 auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine Arbeitskräftelücke von 5,5 Mio. Personen auf, bis 2010 fehlen bereits 1,5 Mio. Erwerbstätige.<sup>65</sup> Die Frage des zukünftigen Arbeitskräfteangebots für den öffentlichen Dienst ist dabei jedoch nicht ausschließlich quantitativer Natur, sondern auch die Qualität wird eine entscheidende Rolle spielen. Gerade die Nachfrage nach hochqualifizierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen<sup>66</sup> wird sich in Zukunft weiter verstärken. Infolgedessen werden vor allem Arbeitsplätze für Fachkräfte und Akademiker nicht besetzt werden können.<sup>67</sup> Der heute bereits feststellbare Mangel bei Ingenieuren und Fachkräften im IT-Bereich wird sich auch in Zukunft fortsetzen – so wird erwartet, dass im Jahr 2015 bereits rund 11 % der Stellen für Ingenieure nicht besetzt werden.<sup>68</sup> Der Arbeitskräftemangel wird sich jedoch auch auf andere, nichtakademische Fachrichtungen ausweiten – bis 2030 betrifft das Fachkräfteproblem dann mehr als die Hälfte aller Fachrichtungen und Qualifizierungen.<sup>69</sup>

Abbildung 24 zeigt, dass die öffentliche Verwaltung mit 37 % ihrer Beschäftigten (neue Bundesländer 44 %) schon heute der Arbeitgeber mit dem zweithöchsten Anteil an hochqualifizierten Mitarbeitern ist. Angesichts eines anhaltenden gesamtwirtschaftlichen Trends zu höheren Qualifizierungen zeichnet sich ab, dass die öffentliche Hand in eine wachsende Konkurrenz mit anderen Sektoren um qualifizierte Kräfte treten muss. Vor dem Hintergrund der erwarteten Pensionierungswellen auch in der Privatwirtschaft werden viele öffentliche Arbeitgeber Schwierigkeiten bekommen, ihren wieder ansteigenden (Ersatz-)Bedarf zu decken.

63 Vgl. Robert Bosch Stiftung (2006)

64 Nach dem Beschluss der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau vom 28.08.2007 werden bis 2013 ca. 750.000 Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

65 Vgl. Prognos AG (2008b)

66 Dies bezieht sich hier auf Hochschul-, Fachhochschulabsolventen sowie Meister/Techniker und Fachschulabschlüsse.

67 Vgl. Prognos AG (2008b)

68 Ebenda

69 Ebenda

Abbildung 24 | Anteile der Erwerbstätigen nach Qualifikationsstufen innerhalb der Wirtschaftszweige 2003 (in %)

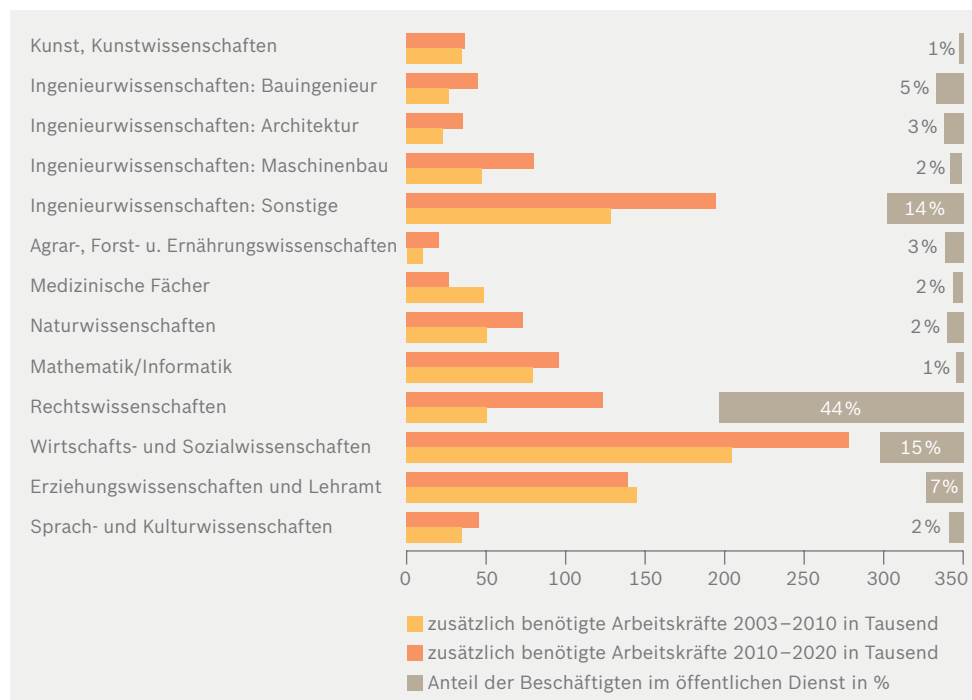


Quelle: IZA Research Report No. 9, 2007

Die generellen Probleme bei der Rekrutierung Hochqualifizierter stellen sich bei akademisch ausgebildetem Personal noch wesentlich gravierender dar, da im öffentlichen Dienst ein großer Teil des Personals Qualifizierungen erfordert, die insgesamt zukünftig stärker nachgefragt werden. So zeigt Abbildung 25 zum einen rechts die Verteilung der Absolventen der verschiedenen Hochschulfächergruppen im Personal der öffentlichen Verwaltung, wobei die anhaltende Dominanz der Rechtswissenschaften im öffentlichen Dienst deutlich wird. Gleichzeitig wird links der erwartete zusätzliche Bedarf an Personen je Fächergruppen bis 2020 für alle Wirtschaftssektoren in Deutschland abgebildet. Der prognostizierte Bedarf orientiert sich an dem erwarteten Wachstum einzelner Branchen und deren typischerweise rekrutierten Fächergruppen.<sup>70</sup> Dabei wird deutlich, dass vor allem bei den Gruppen Ingenieurwissenschaften (ohne Architekten, Bau- und Maschinenbauingenieure), Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften und Lehramt, aber auch in den Rechtswissenschaften mit einem deutlichen Anstieg der Nachfrage gerechnet wird. Gleichzeitig rekrutiert der öffentliche Dienst 80 % seiner Mitarbeiter aus diesem Bereich. Angesichts der gesteigerten Nachfrage deutschlandweit wird es für den öffentlichen Dienst somit zunehmend schwierig werden, aus diesen Bereichen qualifiziertes Personal in ausreichender Zahl zu rekrutieren.

<sup>70</sup> In dieser Berechnung wird davon ausgegangen, dass bis 2020 ca. 1,7 Mio. zusätzliche Arbeitskräfte nötig sein werden, um den Bedarf decken zu können. Der Arbeitskräftebedarf kann dann auf die Branchen und schließlich auf die einzelnen Fächergruppen heruntergebrochen werden.

Abbildung 25 | Vergleich der derzeitigen Verteilung der Fachkräfte im öffentlichen Dienst<sup>71</sup> und erwartete Nachfrage an zusätzlichen Arbeitskräften bis 2020 nach Fächergruppen



Quelle: IZA Research Report No. 9, 2007

Parallel wird sich aber auch der Bedarf an Fachkräften in der öffentlichen Verwaltung verschieben. Dabei werden jene Bereiche einen starken Bedarfsanstieg verzeichnen, die die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft widerspiegeln, z.B. die Sozial- und Pflegeberufe. Stärker nachgefragt werden ferner auch solche Bereiche, die zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung tragen, z.B. dem Anstieg der berufstätigen Frauen und damit der gesteigerten Nachfrage nach Kinder- und Kleinkinderbetreuung. Der Beschluss der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zum Betreuungsausbau bis 2013, für 35% der unter Dreijährigen in Deutschland Betreuungsangebote zu schaffen und so einen Rechtsanspruch auf Betreuungsplätze von 1–3 Jahre zu ermöglichen, unterstreicht diese Entwicklung.<sup>72</sup>

In der Konsequenz sollte die öffentliche Verwaltung auch ihr Ausbildungsangebot schon heute an jenen Bereichen ausrichten, die in Zukunft eine tragende Rolle spielen, da sonst zukünftig auch bei Fachausbildungen Schwierigkeiten mit der Deckung des Personalbedarfs erwartet werden können.

<sup>71</sup> Die Kategorie »öffentlicher Dienst« folgt hier der Kategorisierung einzelner Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes. Diese ist nicht identisch mit dem allgemeinen Verständnis der Bezeichnung »Öffentliche Verwaltung« und beinhaltet die Kernverwaltung, aber z.B. nicht den Schulbereich oder kommunale Krankenhäuser. Daraus erklärt sich der große Anteil an Juristen.

<sup>72</sup> Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007)



### 3.4 Zwischenfazit Determinanten

Angesichts eines fortbestehenden Kostendrucks, fortgesetzter Personalreduktion und des Abbaus von Frühpensionierungsmöglichkeiten wird die Personalstruktur in der öffentlichen Verwaltung kurzfristig weiter deutlich altern und das Personalmanagement daher in den nächsten Jahren in besonderem Maße von den personalpolitischen Folgen des demographischen Wandels gefordert. Parallel steigen durch Vernetzung, Aufgabenkonzentration und neue Formen der Zusammenarbeit (sowohl public-privat als auch public-public) die Anforderungen an die Kompetenzen der Mitarbeiter. Gleichzeitig wird der Nachwuchs junger, qualifizierter Arbeitskräfte zu einem knappen Gut. Der mittelfristig, durch die Verrentung personalstarker Alterskohorten wieder stark steigende Nachwuchsbedarf der öffentlichen Arbeitgeber wird auf einen deutlich verschärften Wettbewerb um qualifizierte Kräfte mit privaten Arbeitgebern treffen.

Die Tatsache, dass sich insbesondere die Laufbahngruppe des höheren Dienstes einer deutlichen Alterung gegenüber sieht, ist dabei besonders problematisch. Insbesondere diese Laufbahngruppe wird zukünftig bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften vom Fachkräftemangel betroffen sein, da in diesen Gruppen ein überdurchschnittlich großer Teil des Personals eine hohe Qualifizierung besitzt. Zudem wird gerade bei den Fächergruppen, in denen der öffentliche Dienst mehr als drei Viertel seiner Mitarbeiter rekrutiert (v. a. Ingenieurwissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften und Lehramt, Rechtswissenschaften), deutschlandweit mit einem deutlichen Anstieg der Nachfrage gerechnet. Auch regional zeigen sich deutliche Unterschiede: In einigen Bereichen, so z. B. auf kommunaler Ebene, ist das Personal in Ostdeutschland älter als in Westdeutschland. Erste Analysen lassen vermuten, dass trotz sinkender Nachfrage infolge des demographischen Wandels der Wegfall eines Großteils des Personals infolge von Ruhestandseintritten nicht vollständig durch weiteren Stellenabbau kompensiert werden kann.



## 4 Instrumente eines demographie- orientierten Personalmanagements

Die Analyse der Personalstruktur in der öffentlichen Verwaltung macht deutlich, dass alle Ebenen der öffentlichen Verwaltung vor großen personellen Herausforderungen stehen. Auch wenn sich die Situation je nach Region, Aufgabenbereich und Hierarchiestufe unterschiedlich darstellt, so wird dennoch deutlich, dass die Personalverantwortlichen in vielen Verwaltungen kurzfristig reagieren müssen, um die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter zu erhalten und nicht durch Pensionierungswellen und das Ausscheiden ihrer Leistungsträger überrascht zu werden. Der Einstieg in eine demographiefeste Personalpolitik bedeutet, dass bereits heute die personalpolitischen Weichen für morgen gestellt werden müssen. Befragungen unter Führungskräften auf kommunaler Ebene zeigen, dass die Alterung des Personals durchaus als wichtiges Handlungsfeld wahrgenommen wird.<sup>73</sup> Allerdings mangelt es in weiten Teilen nach wie vor an der Umsetzung adäquater Maßnahmen.

Grundsätzlich wird es darauf ankommen, die komplexer werdenden Dienstleistungen der öffentlichen Hand zukünftig mit weniger, dafür aber deutlich älterem und im Durchschnitt höher qualifiziertem Personal zu erfüllen. Für die Personalverwaltung im öffentlichen Dienst stellen sich damit zwei zentrale Aufgaben:

1. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen auf das stetig steigende Durchschnittsalter ihrer Mitarbeiter reagieren. Dabei muss sichergestellt werden, dass deren Arbeitsfähigkeit, Innovationsfähigkeit und Motivation bis ins hohe Alter erhalten werden kann. Unter anderem müssen dazu auch die Stärken älterer Mitarbeiter klar identifiziert und strategisch genutzt werden.
2. Der öffentliche Sektor muss bestrebt sein, seinen Personalbedarf auf allen Ebenen langfristig decken zu können und eine ausreichende Anzahl an Nachwuchskräften zu sichern. Vor dem Hintergrund eines steigenden Wettbewerbs um qualifiziertes Personal (»war for talents«) müssen neue Handlungsmöglichkeiten entwickelt werden, um sich als attraktiver Arbeitgeber zu profilieren und die Personalbeschaffung allgemein und besonders der Nachwuchsführungskräfte zu verbessern.

In der Konsequenz muss die öffentliche Verwaltung einen Wechsel von passiver Personalverwaltung zu einem professionellen Personalmanagement vollziehen. Schon im Rahmen der bisherigen Verwaltungsmodernisierung hat sich eine Neugestaltung der Personalarbeit durchgesetzt: von einer administrativ orientierten Personalverwaltung hin zu einem systematischen Personalmanagement. Dieser Wechsel muss nun forciert vollzogen werden. In dieser Managementperspektive werden Mitarbeiter nicht mehr nur als Kostenfaktor begriffen, stattdessen wird anerkannt, dass der dominante Leistungsfaktor im Personal der öffentlichen Verwaltung liegt.

<sup>73</sup> Vgl. Bartel (2007)

#### Bundesagentur für Arbeit: Demographiesensible Personalpolitik über Diversity Management

Die Bundesagentur für Arbeit (BA) hat ein Programm zur demographiesensiblen Ausrichtung ihrer Personalpolitik über Diversity Management entwickelt. Von familienorientierter Personalpolitik bis hin zu gezielter Altersstrukturpolitik soll einer an Lebenszyklusphasen orientierten Personalentwicklung in einem integrierten Personalmanagementansatz Rechnung getragen werden. Um dauerhaft eine hohe Leistungs- und Innovationsfähigkeit als Dienstleister zu sichern, soll gezielt die Vielfalt der unterschiedlichen Kompetenzen in der Organisation genutzt und gefördert werden und Chancengleichheit integraler Bestandteil der Personalpolitik werden. Das Konzept der »Demographiesensiblen Personalpolitik« wird anhand von Maßnahmen in den Handlungsfeldern Führung, Rekrutierung, Personalentwicklung, Qualifizierung, Gesundheitsmanagement und Kommunikation schrittweise bundesweit umgesetzt. Es bündelt damit unterschiedliche Maßnahmen, wie bspw. den Einsatz dialogbasierter Führungsinstrumente unter Einbeziehung der individuellen Berufs- und Lebensplanung, Workshops zu Themen des Diversity Managements, Sensitivitätstrainings, den Aufbau eines Senior Consultants Pool und eine Rekrutierungspolitik 50 plus unter dem Dach einer integrierten Strategie.

In öffentlichen Verwaltungen wie auch in Unternehmen nimmt das Personalmanagement eine Querschnittsfunktion ein. Es richtet sich an alle Hierarchieebenen und alle Leistungseinheiten der Organisation. Dabei ist ein modernes Personalmanagement von einem grundsätzlich prozessualen Charakter geprägt, der dem »Erwerbslebenszyklus« eines Mitarbeiters folgt. Dieser Lebenszyklus beginnt mit der Personalgewinnung, bei der potentielle Kandidaten angeworben und geeignete Mitarbeiter ausgewählt werden. Die Mitarbeiter werden dann entsprechend ihrer Fähigkeiten in der Organisation eingesetzt und gefördert, mit dem Ziel, ein langfristiges Engagement sicherzustellen und ihr Wissen und ihre Fähigkeiten für die Organisation zu erhalten und auszubauen. Zum Abschluss des Erwerbslebenslaufes, wird das Personal in Form von (Früh-)Verrentung oder Kündigung freigestellt. Aus der Managementperspektive wird der Personalgewinnung unternehmensintern die Personalplanung vorangestellt. Weiterhin wird ein modernes Personalmanagement um die Phase des Ehemaligenmanagements erweitert, das sich mit der Beziehung der Organisation zu Mitarbeitern nach deren Freistellung beschäftigt. Ziel hierbei ist, die Kenntnisse und Fähigkeiten von Mitarbeitern auch nach deren Ausscheiden für das Unternehmen nutzbar zu machen.

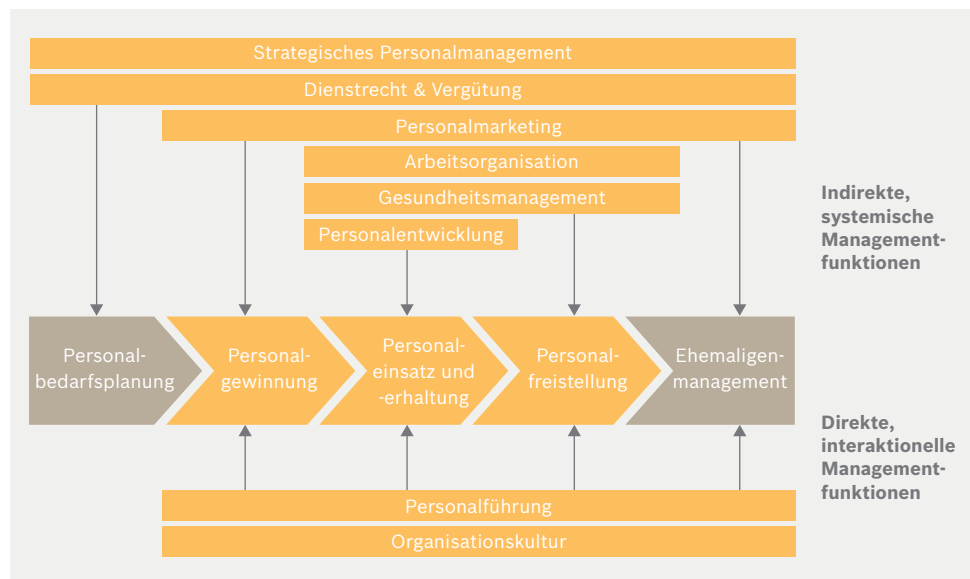
Aus dieser Prozessperspektive leiten sich auf der funktionalen Ebene verschiedene Handlungsfelder für das Personalmanagement ab, die sich in eine systemische und eine interaktionale Ebene unterscheiden lassen. Auf der systemischen Ebene sind dies die Handlungsfelder:

- :: Strategisches Personalmanagement
- :: Dienstrecht und Vergütungspolitik
- :: Personalmarketing
- :: Arbeitsorganisation

:: Gesundheitsmanagement  
 :: Personalentwicklung

Auf der interaktionalen Ebene werden diese ergänzt um das Handlungsfeld:  
 :: Organisationskultur und Personalführung

Abbildung 26 | Dimensionen des Personalmanagements<sup>74</sup>



Quelle: Prognos AG 2008

Abbildung 26 stellt den Personalmanagementprozess in seinem Ablauf dar und macht deutlich, an welcher Stelle die unterschiedlichen Handlungsfelder des Personalmanagements auf den Personalmanagementprozess einwirken.

Im Folgenden werden die Elemente eines demographieorientierten Personalmanagements im öffentlichen Dienst anhand der einzelnen funktionalen Handlungsfelder entwickelt. Für jedes Handlungsfeld werden geeignete Managementinstrumente für die Praxis vorgestellt. Ergänzend veranschaulichen Best Practice Beispiele aus deutschen Verwaltungen, wie bereits heute erfolgreich demographieorientiertes Personalmanagement umgesetzt wird.

Bevor die Maßnahmen in den einzelnen Handlungsfeldern diskutiert werden, sei an dieser Stelle auf zwei Aspekte verwiesen, die bei der Gestaltung einer demographieorientierten Personalpolitik im öffentlichen Sektor beachtet werden müssen:

Wenn auch für jede Behörde ein individuelles Maßnahmenpaket gefunden werden muss, gilt angesichts der Größe der Aufgabe, dass die Umsetzung von Einzelmaßnahmen allein nur eine sehr begrenzte Wirkung entfalten kann. Stattdessen bedarf

<sup>74</sup> In Anlehnung an Thom/Ritz (2008)

es eines ganzheitlichen Ansatzes, der einzelne Maßnahmen miteinander in einer kohärenten Personalmanagementstrategie verbindet.

Viele Personalmanagementmaßnahmen sind aus der Privatwirtschaft und der Managementliteratur bereits bekannt. In der Tat beinhaltet demographieorientiertes Personalmanagement nicht völlig neuartige Konzepte, sondern bedeutet vielmehr die sinnvolle Kombination bereits bekannter Instrumente. Dabei muss in Bezug auf die öffentlichen Arbeitgeber jedoch vor einer simplen Übertragung der Managementinstrumente aus der Privatwirtschaft auf die Verwaltung gewarnt werden.<sup>75</sup> Bei der Auswahl der Instrumente muss den zum Teil sehr spezifischen Rahmenbedingungen des Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen werden. Gleichzeitig greifen aber auch Argumente zu kurz, die in den spezifischen Rahmenbedingungen des öffentlichen Dienstes grundsätzliche Hemmnisse für eine zukunftsorientierte Personalpolitik sehen.

Der öffentlichen Verwaltung kann im Bereich des Personalmanagements aufgrund ihrer Altersstruktur durchaus eine Vorreiterrolle zukommen. Gerade mit Blick auf das Personalmanagement älterer Belegschaften wurden bisher in der Privatwirtschaft wenig Erfahrungen gesammelt. Viele Unternehmen entscheiden sich regelmäßig gegen die Beschäftigung älterer Mitarbeiter und für staatlich unterstützte Frühverrentungsmodelle. Angesichts der demographischen Entwicklung wird diese Möglichkeit in Zukunft deutlich weniger zu nutzen sein. Die Herausforderungen an das Personalmanagement in Zeiten des demographischen Wandels sowohl mit Blick auf ältere Mitarbeiter als auch auf das Rekrutieren von Nachwuchskräften spielt somit für die Privatwirtschaft eine immer größere Rolle. Beide Sektoren können und sollten bei der Bewältigung der personalpolitischen Aufgaben der Zukunft voneinander lernen.<sup>76</sup>

#### 4.1 Strategisches Personalmanagement

Die Notwendigkeit eines strategischen Personalmanagements in öffentlichen Verwaltungen ergibt sich aus einem notwendigen Perspektivwechsel in Bezug auf das Selbstverständnis und die Erfolgsfaktoren der öffentlichen Hand. Diese Perspektive nimmt zur Kenntnis, dass die öffentliche Verwaltung als serviceorientierter Dienstleister gegenüber dem Bürger auftreten muss. Gerade bei serviceorientierten Dienstleistungen – das zeigen auch Erfahrungen aus der Privatwirtschaft – kommt dem Personal und dessen Management eine zentrale Rolle zu. Demnach werden die Mitarbeiter in modernen Verwaltungen nicht mehr nur als »Kostenstelle« wahrgenommen, sondern als Ressource, die wesentlich zum Erfolg beiträgt. Leistungs- und Effizienzsteigerungen werden auch in der öffentlichen Verwaltung in Zukunft vor allem über das Personal realisiert werden. Dieser Wandel zu einer ressourcenorientierten Sichtweise auf die Verwaltung bedeutet gleichzeitig, dass die Anforderungen an die öffentliche Verwaltung nicht ausschließlich vom »Markt« (den Bürgern) und der Politik her entwickelt werden können, sondern dass sich diese auch eng an den

<sup>75</sup> Vgl. Ridder/Hoon (2000) und Schneider/Sadowski (2004)

<sup>76</sup> Eine mögliche Plattform für den sektorübergreifenden Wissenstransfer bietet das Demographie Netzwerk (ddn) ([www.demographie-netzwerk.de](http://www.demographie-netzwerk.de)).

Möglichkeiten des Personals als limitierender Faktor orientieren müssen. Wenn aber das Personal eine knappe und strategisch wichtige Ressource ist, muss auch strategisch mit ihm umgegangen werden. Öffentliche Arbeitgeber brauchen daher ein handlungsfähiges, strategisches Personalmanagement.

Die Aufgaben im Handlungsfeld »Strategisches Personalmanagement« stellen sich wie folgt dar:

1. Strategiefähigkeit schaffen. Mit geeigneten organisatorischen Rahmenbedingungen die Verwaltung befähigen, auch in Bezug auf das Personal strategisch handeln zu können.
2. Die Ressource Personal zukunftsfähig machen. Die Leistungsfähigkeit erhalten und die strategisch wichtigen Kompetenzen aufbauen.
3. Den zukünftigen Personalbedarf quantitativ und qualitativ sicherstellen.

#### 4.1.1 Strategiefähigkeit schaffen

Strategisches Handeln braucht klare Zielsetzungen von der Führungsebene. Um das Personalmanagement in die Lage zu versetzen, strategisch handeln zu können und eine Unterstützung der notwendigen Maßnahmen durch die Führungsebene zu gewährleisten, muss das Personalmanagement innerhalb der Verwaltungshierarchie ausreichend hoch angesiedelt sein. Die Frage der hierarchischen Einordnung des Personalmanagements ist eine zentrale Voraussetzung, um auch in Personalfragen strategisch denken zu können.

In der Praxis zeigt sich jedoch auf der Ministerialebene des Bundes und auch der Länder, dass die Aufgaben des Personalmanagements gewöhnlich durch eine Zentralabteilung wahrgenommen werden, die neben Personalfragen auch alle weiteren administrativen Aufgaben (z. B. Aktenpflege, IT-Management, Justizariat, Haushaltswesen etc.) wahrnimmt. Diese breite Aufgabenspanne der »Z-Abteilungen« bedeutet aber, dass auf Führungsebene eine Konzentration auf Fragen des Personalmanagements schwerfällt. Dieses strukturelle Defizit beschränkt von vornherein die Möglichkeiten strategischen Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung. Demgegenüber kann die Organisationsstruktur von Personalmanagementaufgaben in der Privatwirtschaft als Vorbild gelten. So findet sich in den meisten größeren Unternehmen in Deutschland wie international mit einem Personalvorstand oder CPO (Chief Personnel Officer) eine Führungsperson auf Vorstands- oder Geschäftsführungsebene, die speziell mit Fragen des (strategischen) Personalmanagements (Rekrutierung, Personalentwicklung etc.) befasst ist und diese auch auf höchster Hierarchieebene thematisiert. Eine solche Struktur stellt auf der einen Seite sicher, dass die Strategie des Personalmanagements mit der Gesamtstrategie des Unternehmens kompatibel ist. Auf der anderen Seite können Aspekte des Personalmanagements in die gesamte Unternehmensstrategie einfließen. Auch in der öffentlichen Verwaltung sollte durch vergleichbare Strukturen die Strategiefähigkeit erhöht werden und dem Personalmanagement organisatorisch mehr Gewicht verliehen werden.



#### Erfolgreiches Personalmanagement durch Hierarchie in Frankreich

Um Fragen des Personalmanagements stärker Gewicht zu verleihen und in die Arbeit der öffentlichen Verwaltung zu integrieren, wurden in Frankreich Anfang der 1990er-Jahre auf Ministerialebene die GPEEC-Pläne eingeführt («plan de gestion prévisionnelle des emplois, des effectifs et des compétences»). Darin werden die Minister verpflichtet, Personalstrategien zu entwerfen, die die Aufgaben des jeweiligen Ministeriums, ebenso wie das Altern der Bürger und der Mitarbeiter mit einbeziehen. Dadurch werden die Notwendigkeit des strategischen Personalmanagements, aber auch die daraus resultierenden Handlungsmöglichkeiten gerade auch auf der Führungsebene stärker betont und besser in die Gesamtstrategie integriert. Darüber hinaus wird die demographische Entwicklung besser berücksichtigt sowie die Wettbewerbsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung hinsichtlich der Personalrekrutierung erhöht. Eine konsequente Zuweisung von Personalmanagementaufgaben auf die Führungsebene erweitert so den strategischen Handlungsspielraum für Personalfragen.<sup>77</sup>

Trotz der Notwendigkeit, strategisches Personalmanagement auf der Führungsebene zu positionieren, muss dieses gleichzeitig in enger Abstimmung mit den Fachabteilungen stattfinden, in denen die Mitarbeiter beschäftigt sind. Strategisches Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung, aber auch in der Privatwirtschaft, setzt somit eine umfangreiche vertikale und horizontale Abstimmung voraus. Dadurch wird erreicht, dass sowohl die Bedürfnisse der Mitarbeiter als auch die Anforderungen und Ziele der Verwaltung als Ganzes ausreichend berücksichtigt werden können. Entsprechend muss die Organisationsstruktur der öffentlichen Verwaltung Prozesse und Abstimmungskanäle bereitstellen, die eine effiziente und effektive Koordination des Personalmanagements ermöglichen. Genau wie die hierarchische Einordnung bietet somit auch der Aufbau von institutionalisierten Koordinationskanälen in Personalfragen ein Instrument, das die Voraussetzung des strategischen Personalmanagements schaffen kann.

Die Fähigkeit zur Entwicklung einer Strategie setzt klare Ziele voraus, die von der Führung vorgegeben werden müssen. Eine koordinierte Rückkopplung der Ziele mit den Mitarbeitern kann aber deren Akzeptanz in der Verwaltung deutlich erhöhen und auch neuen Input für die Strategie liefern. Das Instrument einer Leitbildentwicklung (vgl. Kapitel 4.7) kann hier unterstützend genutzt werden.

#### 4.1.2 Die Ressource Personal zukunftsfähig machen

Zentrale Aufgabe des strategischen Personalmanagements ist es sicherzustellen, dass die vorhandenen Mitarbeiter auch in Zukunft in der Lage sind, die komplexen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrzunehmen. Dazu gilt es, zukünftige Entwicklungen möglichst klar zu antizipieren und deren Konsequenzen für das Personal abzuleiten.

<sup>77</sup> Vgl. OECD (2007)

Derzeitige Trends, die im strategischen Personalmanagement mit Blick auf das vorhandene Personal berücksichtigt werden müssen, sind beispielsweise:

- :: **Aufgabenentwicklung:** Die öffentliche Verwaltung wird sich in Zukunft aufgrund der Änderung der Altersstruktur der Gesamtbevölkerung einer veränderten Nachfrage bestimmter öffentlicher Leistungen gegenübersehen.
- :: **Alterung:** Der steigende Anteil älterer Arbeitnehmer erfordert ein alters- und altersgerechtes Personalmanagement.
- :: **Prozesseffizienz:** Angesichts der fortschreitenden technologischen Entwicklung (v.a. IT-Sektor) sind auch in der öffentlichen Verwaltung in den kommenden Jahren weitere Effizienzsteigerungen zu erwarten.

Um diese und vergleichbare Trends zu erfassen und zu systematisieren, können auch im Personalmanagement Instrumente wie Delphibefragung, Zukunftsworkshops oder Szenariotechniken zum Einsatz gebracht werden.

Stadt Oldenburg: Bedarfsorientierte Personalplanung sichert Flexibilität im Umgang mit dem demographischen Wandel

Eine angespannte Finanzlage erschwert auch in der Stadt Oldenburg eine langfristig ausgerichtete, strategische Personalbeschaffung. Die objektive Stellenprüfung durch das Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement der Stadt Oldenburg eröffnet trotz Sparzwangs die Chance, wichtige Positionen auch durch Neueinstellungen nachzubeseetzen – sofern die Notwendigkeit der zu besetzenden Stelle nachgewiesen wird. Die Stadt Oldenburg sichert sich damit eine wichtige Flexibilität im Umgang mit dem demographischen Wandel.

Mit Hilfe des Instrumentariums des modifizierten Einstellungsstopps werden Stellenwieder- oder Neubesetzungen in jedem Einzelfall durch das Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement im Hinblick auf ihre Notwendigkeit überprüft. Ein Beratungsteam mit den Schwerpunkten Personalentwicklung, Organisationsentwicklung, Informations- und Kommunikationstechnik prüft nicht nur, ob eine freie Stelle wieder besetzt werden muss, sondern macht gleichzeitig auch Vorschläge, ob und wie die betroffene Einheit in der Ablauforganisation unter Einbeziehung neuer Techniken und Geschäftsprozessoptimierungen verbessert werden kann. Eine interne oder externe Stellenausschreibung folgt erst danach. Jede externe Wiederbesetzung muss außerdem durch den Oberbürgermeister freigegeben werden.

Das Amt für Personal- und Verwaltungsmanagement arbeitet als interne Beratung und Begleitung der Fachämter. Eine hohe fachliche Qualifikation und die Bündelung der Kompetenzen Personalentwicklung/Organisation/Informations- und Kommunikationstechnik erleichtern die Koordination auch bezüglich der Personalplanung.

Eine weitere Aufgabe des strategischen Personalmanagements mit Blick auf die zukünftigen Qualifikationsanforderungen ist sicherzustellen, dass die Personalressourcen der Verwaltung effektiv und effizient genutzt werden. Dahinter steht die Frage, ob die einzelnen Leistungen der Verwaltung in der richtigen organisatori-

schen Art und Weise und schließlich mit dem richtigen Personal erbracht werden. Eine Analyse und Kritik der erbrachten öffentlichen Leistungen vor dem Hintergrund der Kernaufgaben der Verwaltung (z. B. mit den Instrumenten der Aufgabenanalyse und -kritik) kann dann helfen, das vorhandene Personal strategisch richtig einzusetzen und den Bedarf für Personalentwicklung zu identifizieren. Ein effektiver und effizienter Personaleinsatz verschafft der Verwaltung zudem zusätzlichen Handlungsspielraum für strategisches Personalmanagement, da über die Quantität und Qualität der eingesetzten Personalressourcen mehr Klarheit herrscht.

Eine Möglichkeit zur Analyse und Kritik der Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung ist die Bewertung dieser Leistungen mit Blick auf ihre Einzigartigkeit und ihre Bedeutung für die Wahrnehmung der Kernaufgaben (vgl. Abbildung 27). Aus der unterschiedlichen Einordnung der Leistungen können dann verschiedene Personalstrategien für die Mitarbeitergruppen abgeleitet werden, die diese Leistung erbringen. Gerade im Hinblick auf gesetzlich verpflichtende Aufgaben ergibt sich für viele Leistungen eine hohe Bewertung der Einzigartigkeit. Für Mitarbeiter, die einzigartige Leistungen erbringen, die zudem wichtig für die Erfüllung der Kernaufgaben sind, lässt sich das personalstrategische Ziel der internen Personalentwicklung und langfristigen Bindung (z. B. über das Beamtenverhältnis) ableiten. Demgegenüber können weniger einzigartige Leistungen, die nicht den Kernaufgaben zugeordnet werden, von (internen oder externen) Mitarbeitergruppen wahrgenommen werden, die über kurz- und mittelfristige Verträge die Leistungserbringung für die öffentliche Verwaltung sicherstellen.

Abbildung 27 | Ableitung von Personalstrategien auf Basis der Bewertung der öffentlichen Dienstleistungen



Quelle: In Anlehnung an Ridder/Hoon (2000)

#### 4.1.3 Den zukünftigen Personalbedarf quantitativ und qualitativ sicherstellen

Neben dem Erhalt der Leistungsfähigkeit der vorhandenen Mitarbeiter ist es darüber hinaus Aufgabe des strategischen Personalmanagements sicherzustellen, dass auch der zukünftige Personalbedarf der öffentlichen Verwaltung gedeckt werden kann.

Auch zur Bearbeitung dieser Aufgabe ist es notwendig, zukünftige Trends zu erfassen und zu bewerten. Derzeit aktuelle Trends für das strategische Personalmanagement mit Blick auf den zukünftigen Personalbedarf sind beispielsweise:

- :: Der unter anderem dem demographischen Wandel geschuldete Rückgang der Anzahl an Nachwuchskräften wird die Zahl der zukünftigen Rekrutierungsmöglichkeiten der öffentlichen Verwaltung begrenzen.<sup>78</sup>
- :: Aufgrund von gleichzeitiger Personalreduktion (Haushaltskonsolidierung) und Aufgabenausweitung verändern sich die Anforderungen an das Personal in der öffentlichen Verwaltung, sodass in Zukunft höhere Qualifikationen verlangt werden.<sup>79</sup>

Zentrales Instrument zur Einschätzung des zukünftigen Personalbedarfs ist die strategische Personalbedarfsplanung. Je nach Detaillierungsgrad bietet sie auf der Grundlage einer Altersstrukturanalyse zusammen mit den erwarteten Entwicklungen und Trends eine im besten Fall personengenaue Abschätzung des zukünftigen Nachwuchsbedarfs. Mit einer systematischen Personalbedarfsplanung können, wie auch das Beispiel Hamburg zeigt, sowohl die Planungen verschiedener Behörden aufeinander abgestimmt werden, als auch Nachwuchslücken rechtzeitig antizipiert werden, sodass mit den im Aus- und Weiterbildungsbereich erforderlichen Vorlaufzeiten rechtzeitig reagiert werden kann.

**Hamburg: Mit systematischer Personalbedarfsplanung frühzeitig reagieren**  
Um den altersbedingten Veränderungen des Personalbestandes frühzeitig mit personalpolitischen und personalstrategischen Entscheidungen begegnen zu können, führt die hamburgische Verwaltung jährlich eine systematische Personalbedarfsplanung über einen zukünftigen, achtjährigen Zeitraum durch.

Die Planung wird derzeit für 12 Berufsgruppen (bspw. Steuerverwaltung, Erzieher, Techniker etc.) durchgeführt und erfasst damit rund 45.000 Vollkräfte bzw. 80 % der Vollzeitstellen der hamburgischen Verwaltung. Ausgehend von einem Personalsoll planen die Behörden für die einzelnen Berufsgruppen zunächst die Auswirkungen einer Veränderung der Aufgabenentwicklung und möglicher Rationalisierungseffekte. Hierbei unterstützt das Personalamt die Behörden in Zusammenarbeit mit Finanzbehörde und Senatskanzlei durch eine Prognose der Rahmenbedingungen und gesamtstädtischen Einflussfaktoren. Zur Berechnung des Nettopersonalbedarfs werden dann altersbedingte Abgänge fortgeschrieben und nichtaltersbedingte Abgänge geschätzt. Zentraler Schritt ist dann die Planung der Deckung des Personalbedarfs. Hierzu ermitteln die Behör-

<sup>78</sup> Vgl. Bonin et al. (2007)

<sup>79</sup> Vgl. Berman et al. (2006)

den Planzahlen für die Übernahme von Auszubildenden und Nachwuchskräften für die interne Einstellung aus eigenen oder anderen Behörden und schließlich für die darüber hinaus erforderlichen externen Einstellungen.

In der Gesamtschau der Planungen aller Behörden wird deutlich, welche Qualifikationen zukünftig verstärkt benötigt werden. Zudem kann auch ermittelt werden, ob die Planungen der einzelnen Verwaltungseinheiten bezüglich der internen Rekrutierung realistisch sind oder ob die Konkurrenz um intern verfügbaren Nachwuchs zu Engpässen führt und somit verstärkt extern rekrutiert oder ausgebildet werden muss. Die systematische Planung zeigt bereits Wirkung auf die Einstellungspolitik der Verwaltung: So konnte die Bauverwaltung auf Basis der Planung für die Beschäftigtengruppen Architekten, Bauingenieure und sonstige Ingenieure überzeugt werden, dass mehr Nachwuchskräfte eingestellt werden müssen.

#### Instrumente des strategischen Personalmanagements

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Delphi-Umfrage/ Zukunftsworkshop/ Szenariotechnik</b>	Mit Hilfe von Umfragen und Workshops mit Beteiligten und Experten werden zu erwartende Großtrends für die eigene Verwaltung identifiziert und deren Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Diese unterschiedlichen Szenarien können anschließend in das Personalmanagement und die Personalbedarfsplanung einfließen.
<b>Leitbildentwicklung und Zieldefinition</b>	Im Rahmen einer Leitbildentwicklung wird den Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben, gemeinsam mit der Leitungsebene die Beziehung der Verwaltungseinheiten zu den verschiedenen Stakeholdern (Mitarbeiter, Bürger, politische Führungskräfte etc.) zu definieren und sich so klar nach außen, aber auch nach innen zu positionieren. Aus dem Leitbild werden die strategischen Ziele der Verwaltung abgeleitet, die dann für die einzelnen Verwaltungsbereiche operationalisiert werden. Das Leitbild ist damit maßgeblich für das gesamte strategische wie operative Verwaltungshandeln. Damit ist es auch Grundlage für weitere strategische Entscheidungen im Personalmanagement und kann so auch den Weg für eine demographieorientierte Ausrichtung des Personalmanagements und des Verwaltungshandelns insgesamt ebnen.
<b>Personalbedarfs- planung</b>	Grundlage der Ermittlung des Personalbedarfs ist eine Personalbestands-ermittlung, die eine Übersicht über wesentliche Merkmale der beschäftigten Mitarbeiter gibt. Eine solche Personalbestandserhebung beinhaltet zum einen eine Altersstrukturanalyse, die einen Überblick über das Alter aller Mitarbeiter einer Verwaltungseinheit gibt. Zum anderen erfordern sie auch eine Qualifikationsanalyse, die die verschiedenen berufs- und nicht berufsrelevanten Qualifikationen, Fähigkeiten und Potentiale der Mitarbeiter möglichst genau erhebt. Auf Basis dieser Daten unter Berücksichtigung von Trend- und Aufgabenszenarien lässt sich eine Personalbedarfsplanung zum zukünftigen quantitativen sowie qualitativen Personalbedarf einer Verwaltungseinheit entwickeln. Durch eine solche Analyse können Engpässe und Überhänge bestimmter Altersstufen und Qualifikationsprofile identifiziert werden, auf die im Rahmen des Personalmanagements reagiert werden muss.
<b>Leistungs- und Tätigkeitsanalyse sowie Kritik</b>	Die Leistungen oder Tätigkeiten, die von den Mitarbeitern wahrgenommen werden, sind nicht in jedem Fall identisch mit den Zielen der jeweiligen Verwaltungseinheit. Die einzelnen Aufgaben der Mitarbeiter müssen aus diesem Grund regelmäßig kritisch hinterfragt werden, um Zielkongruenz sicherzustellen. Dadurch können die zur Verfügung stehenden Ressourcen effizienter zur Zielerreichung eingesetzt werden.

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik</b>	Ursprünglich als Instrument der Organisationsberatung etabliert, wird in Zukunft das Personal ein wesentlicher Treiber und relevanter Faktor bei der Aufgabenanalyse und -kritik sein. Während in der klassischen Aufgabenanalyse und -kritik die Frage im Vordergrund steht, ob der Staat unter Effektivitäts- und Effizienzgesichtspunkten eine Aufgabe wahrnehmen sollte, wird in Zukunft auch die Frage gestellt werden, ob die Verwaltung bestimmte Aufgaben mit Blick auf das dafür notwendige Personal wahrnehmen kann. So zum Beispiel, ob für bestimmte hoch spezialisierte Aufgaben ausreichend qualifiziertes Personal gefunden und gebunden werden kann oder wie bestimmte Aufgaben effizienter gestaltet werden können, um sie trotz Personalmangels wahrnehmen zu können.

## 4.2 Dienstrecht und Vergütung

Neben strategischen Fragen wird das Personalmanagement vom Handlungsfeld Dienstrecht und Vergütung beeinflusst. Diese formal geprägten Aspekte definieren einen zum Teil sehr engen gesetzlichen Handlungsspielraum für das Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung. Sie sind zudem nur begrenzt durch den Personalmanager vor Ort zu beeinflussen, da sie von Entscheidungen der Legislative bzw. der Tarifparteien abhängen.

Trotzdem müssen die Themen Dienstrecht und Vergütung als Teil des demographieorientierten Personalmanagements der öffentlichen Verwaltung diskutiert werden, da sie wesentliche Aspekte der Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehung bestimmen, wie beispielsweise Fragen der Arbeitsmotivation, Einsatzflexibilität und Entwicklungsmöglichkeiten. Dieser Bedeutung entsprechend, sollten die Themen Dienstrecht und Vergütung zukünftig als Teile des aktiven Personalmanagements stärker in den Vordergrund rücken.

### 4.2.1 Dienstrecht

Das Dienstrecht als Pfeiler des Berufsbeamtentums sowie die vergleichbaren Regelungen für Beschäftigte im öffentlichen Dienst wirken sich auf einzelne Bestandteile des Personalmanagementprozesses sowohl positiv als auch negativ aus.

Die öffentliche Verwaltung muss aufgrund der dienstrechtlichen Bestimmungen sehr langfristige Personalplanungen mit Mitarbeitern betreiben, die gleichzeitig nur begrenzt flexibel einsetzbar sind. So kann eine rigide Handhabung des Dienststellenplans die Möglichkeiten der flexiblen Personalbedarfsplanung begrenzen. Zudem sehen sich Bewerber im öffentlichen Dienst teilweise sehr strengen dienstrechtlichen Voraussetzungen gegenüber, sodass der Kreis möglicher Bewerber bei der Personalbeschaffung häufig zusätzlich begrenzt wird. Die in hohem Maße arbeitnehmerorientierten Bestimmungen im öffentlichen Sektor beschränken auf der einen Seite die Möglichkeiten des Personaleinsatzes und der Personalentwicklung. Gleichzeitig erfordert und ermöglicht die faktische Unkündbarkeit von Beamten und langjährigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst, seitens der Verwaltung den Zeithorizont für die Personaleinsatzplanung auf das gesamte Berufsleben zu erweitern.

Neben diesen negativen Aspekten haben Teile des Dienstrechts allerdings auch durchaus positive Auswirkungen auf das Personalmanagement. Insbesondere die gesetzlich festgelegte Sicherheit des Arbeitsplatzes und die örtliche Gebundenheit erhöhen aus Sicht vieler Bewerber die Attraktivität der Arbeit in der öffentlichen

Verwaltung. Auch die attraktiven Möglichkeiten der flexiblen Teilzeitarbeit fußen auf Regelungen des Dienstrechts, das auch hier eine positive Wirkung auf das Personalmanagement entfaltet.

Insbesondere mit Blick auf den wachsenden Anteil älterer Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung müssen jedoch vor allem solche Teile des Dienstrechts überdacht werden, die die Einsatzflexibilität und Entwicklungsperspektiven älterer Mitarbeiter begrenzen.

**Hamburg: Prüfung von Gesetzen nach altersdiskriminierenden Formulierungen**  
Im Rahmen des Gender-Mainstreamings wurden bereits an vielen Stellen geschlechtsdiskriminierende Formulierungen in Gesetzen durch geschlechtsneutrale ersetzt oder gänzlich entfernt. Die Freie und Hansestadt Hamburg geht diesen Weg weiter und bereitet sich auf den zu erwartenden Anstieg älterer Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung vor. Dazu beauftragte das zentrale Personalamt einen ehemaligen Mitarbeiter im Rahmen einer Nebentätigkeit damit, Verordnungen und Regelungen der Hamburger Verwaltung mit Bezug zum Personal zu prüfen und solche Formulierungen zu identifizieren, die ältere Mitarbeiter diskriminieren. Im Rahmen dieses juristischen »Age-Mainstreamings« wurden Verordnungen zur Personaleinstellung oder zur Personalentwicklung geprüft. So z. B. bestimmte Altersgrenzen bei der Einstellung neuer Mitarbeiter oder Vereinbarungen, nach denen Mitarbeiter 55 plus nicht mit neuen IT-Verfahren arbeiten müssen. In einer anderen Regelung wurde festgelegt, dass die Teilnahme an Regelbeurteilungen für Mitarbeiter 55 plus nur fakultativ ist. Damit wurde das Signal ausgesendet, dass sich ältere Beschäftigte nicht mehr entwickeln oder beruflich verändern und deshalb eine Beurteilung entbehrlich sei. Die entsprechende Richtlinie soll nun zum nächstmöglichen Zeitpunkt geändert werden.

Nachdem die Aufnahme des aktuellen Status-Quo einige kritische Formulierungen in den gesetzlichen Regelungen zum Personal deutlich gemacht hat, wird künftig voraussichtlich ein Bereich der Hamburger Justizbehörde für die Umsetzung des AGG innerhalb und außerhalb der hamburgischen Verwaltung und damit auch für die Querschnittsaufgabe des »Age-Mainstreamings« in der Gesetzgebung zuständig sein.

Der gesetzliche Rahmen muss dabei nicht zwangsläufig als dauerhaft gegeben angesehen werden. Angesichts des steigenden Handlungsdrucks beim Thema Personal in der öffentlichen Verwaltung wird der Gesetzgeber neue Wege finden müssen, um auf die Herausforderungen auch gesetzlich zu reagieren.

Einer umfassenden Reform des Dienstrechts wird ein breites Potential für Motivationssteigerungen zugesprochen. Durch gesteigerte Souveränität und Flexibilität bei der persönlichen Entwicklung soll Mitarbeitern eine langfristige Entwicklungsperspektive gegeben werden, die auch die Personalerhaltung aktiv unterstützt. Für die OECD, die in regelmäßigen Studien Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit des öffentlichen Sektors der Mitgliedsstaaten vergleicht und bewertet, ist die Steigerung der Mobilität der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ein zentraler Punkt bei der Reform des Personalwesens im öffentlichen Sektor. Durch eine gesteigerte fachliche



Mobilität können Personalbedarfs- und Personalüberhangssituationen in unterschiedlichen Verwaltungseinheiten leichter und schneller ausgeglichen werden.<sup>80</sup>

#### 4.2.2 Vergütung und Besoldung

Ebenso wie das Dienstrecht ist auch die Vergütung im öffentlichen Dienst strikten Bestimmungen unterworfen, die im TVöD/TVL bzw. im Bundesbeamtengesetz (BBG) fixiert sind. Für das Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung hat die Vergütung direkte Konsequenzen.

Bei der Personalgewinnung setzen die Vergütungs- und Besoldungstabellen klare Grenzen hinsichtlich der Höhe der Bezüge, die jedoch in vielen Fällen gegenüber dem Gehaltsniveau von Führungskräften in der Privatwirtschaft nicht konkurrenzfähig sind. Auch der Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung wird durch das rigide Vergütungssystem zum Teil drastisch behindert: beim Eintritt in den öffentlichen Dienst durch die Erfahrungsstufen, beim Austritt durch die oft erheblichen Schwierigkeiten, Versorgungsansprüche mitzunehmen. Die Vergütung hat ferner auch Einfluss auf die Personalbindung, da sie wesentlich zu Attraktivität eines jeden Arbeitgebers beiträgt.

Zentraler Punkt der Vergütung mit Blick auf das Personalmanagement ist jedoch ihr Einfluss auf die Arbeitsmotivation der Mitarbeiter. Insbesondere die leistungsorientierte Bezahlung wird als Instrument gesehen, die Motivation der Mitarbeiter über das gesamte Arbeitsleben hinaus erhalten zu können. Ein Weg, der jedoch in Literatur und Praxis auch kontrovers diskutiert wird.<sup>81</sup> Ohne Zweifel bestehen in vielen Fällen Schwierigkeiten, die Leistung von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst zu quantifizieren. Ferner werden mit dem Instrument der Beförderung auch heute schon Leistungsträger in der öffentlichen Verwaltung honoriert. Die Einführung leistungsorientierter Bezahlung bei den Beamten bzw. deren verstärkte Anwendung bei den Tarifbeschäftigten stellt dennoch ein wichtiges Instrument dar, das Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung zukunftsfähig zu gestalten. Leistungsorientierte Bezahlung kann helfen, die öffentliche Verwaltung als Arbeitgeber gerade für Leistungsträger attraktiver zu machen. Darüber hinaus verlangt die leistungsorientierte Bezahlung eine stärkere Kommunikation zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten und regelmäßige Mitarbeitergespräche über die zu erbringenden Leistungen und Ziele. Damit kann im Fahrwasser der leistungsorientierten Vergütung eine Feedbackkultur entstehen mit einem klaren Ausdruck von Wertschätzung gegenüber erbrachter Mehrleistung. Richtig eingesetzt, ist von leistungsorientierter Bezahlung zu erwarten, dass sie sich positiv auf die Arbeitsmotivation vieler Mitarbeiter auswirkt. Sie unterstützt somit eine Qualitätsorientierung der Verwaltung und steigert Effizienz und Effektivität bei der Aufgabenerfüllung.

Voraussetzung für den Erfolg leistungsorientierter Bezahlung ist jedoch, dass es sich dabei tatsächlich um zusätzliche Finanzmittel handelt und die leistungsorien-

<sup>80</sup> Kraus-Hoffmann (2003)

<sup>81</sup> Vgl. Hilger (2008); Ketelaar/Manning/Turkisch (2007)



tierte Bezahlung nicht als Instrument zur Reduktion von Personalkosten genutzt wird und z. B. zusätzliche Prämien für Leistungsträger bei der Vergütung anderer Mitarbeitergruppen eingespart werden.

#### Erlangen: Eine neue Führungskultur durch LOB

Die Stadt Erlangen war eine der ersten Städte mit Dienstvereinbarungen zum Thema Zielvereinbarungen und Leistungsfeststellung und kann mittlerweile auf zwei Jahre Erfahrung mit der leistungsorientierten Bezahlung zurückblicken. Auch wenn die Einführung nicht ohne Widerstände verlief, zieht das Personal- und Organisationsamt ein positives Fazit: Erlangen hat sich gegen eine Verteilung mit der Gießkanne entschieden, ermöglicht aber jeder Behörde, ein individuelles Konzept zur Leistungsbewertung zu entwickeln. Entscheidend ist, dass die Führungskultur eine neue Dynamik gewonnen hat. Regelmäßige Mitarbeitergespräche erfahren eine Renaissance und werden durch die monetären Anreize aufgewertet. Leistungsträger sehen sich erstmals offen wahrgenommen und positiv anerkannt, gleichzeitig müssen Führungskräfte, falls erforderlich, auch negatives Feedback geben – auch davon profitiert die Leistungskultur. Der finanzielle Aspekt ist bislang eher sekundär: Das bisher verfügbare Gesamtvolumen von einem Prozent ist allein nicht ausreichend, um Motivation zu steigern. Doch auch nach außen zählt der Kulturwandel: Durch die Einführung leistungsorientierter Führungselemente wird die Stadt als Arbeitgeber insgesamt als moderner wahrgenommen. Dies wirkt auf die allgemeine Anerkennung gegenüber ihren Beschäftigten, aber auch auf ihre Attraktivität als Arbeitgeber für leistungsorientierte Menschen, die bislang nur schwer für eine Karriere in der Verwaltung zu gewinnen sind. Aus diesem Grund reift in der Stadt Erlangen der Gedanke – nachdem in der letzten Runde der Tarifparteien keine Erhöhung des Leistungsanteils beschlossen wurde –, den eingeschlagenen Weg in eigener Initiative weiterzugehen und den variablen Anteil der Lohnsumme mittelfristig freiwillig auf bis zu 3 % aufzustocken.

Gleichzeitig dürfen die Möglichkeiten der leistungsorientierten Bezahlung jedoch nicht überschätzt werden. So zeigen wissenschaftliche Untersuchungen zur Arbeitsmotivation, dass – unter der Bedingung eines angemessenen Grundgehalts – andere Faktoren die Arbeitsmotivation wesentlich stärker beeinflussen.<sup>82</sup> Deshalb gilt es, insbesondere angesichts der vielfach starken intrinsischen Motivation der Mitarbeiter, in der öffentlichen Verwaltung auch immaterielle Anreizsysteme stärker zu betonen (z. B. ganzheitliche und vielseitige Aufgaben, Arbeitsautonomie, Abgabe von Verantwortlichkeit, Personalentwicklung und Weiterbildung, partizipativer Führungsstil, flexible Arbeitszeiten und Work-Life-Balance etc.). In diesen Bereichen kommen die Verwaltungen bereits traditionell ihren Beschäftigten entgegen. Viele Maßnahmen sind aber auch in diesem Bereich in der Vergangenheit Einsparungen zum Opfer gefallen. Gerade hier kann die Verwaltung gegenüber der Privatwirtschaft ihre Stärken ausspielen.

82 Vgl. Ulich (2005)

#### Landesverwaltung Bayern: Das Neue Dienstrecht in Bayern

Bayern will die Möglichkeiten der Föderalismusreform I nutzen, um das Beamtenrecht im Land umfassend zu erneuern und die Wettbewerbsfähigkeit des Beamtentums langfristig zu erhöhen.

Die **Steigerung der Arbeitsmotivation und die Förderung des beruflichen Fortkommens** der Beamten ist zentrales Ziel des neuen Dienstrechts in Bayern. Durch den demographischen Wandel in der Verwaltung steigt die Zahl der Beamten, die aufgrund ihrer Beurteilung für eine Beförderung infrage kommen, während die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten konstant bleibt. Um neue Perspektiven zu schaffen und dadurch die Motivation zu erhalten, plant die Landesregierung Bayern nun, unter anderem im Lehrerbereich neue, zusätzliche Beförderungssämter (funktionslose Beförderungsstellen A12+Z und A13+Z) zu schaffen sowie die Beförderungsmöglichkeiten in den anderen Bereichen deutlich auszubauen. Zudem soll die **Leistungsorientierung in der Landesverwaltung gestärkt werden**. Ein schnelleres Vorrücken in den Stufen und der Ausbau der Leistungsprämien sollen maximal 30 % der Landesbeamten zugute kommen, um eine Verteilung nach dem Gießkannenprinzip zu vermeiden. Ein wichtiger Punkt: Die geplanten Leistungselemente werden in Bayern aus zusätzlichen Personalmitteln bestritten werden, was die Akzeptanz dieser Maßnahme deutlich erhöht. Ebenso wichtig wie der finanzielle Aspekt, wird eingeschätzt, dass durch die Beurteilungsgespräche zusätzlicher Raum für die Kommunikation zwischen Mitarbeitern und Vorgesetzten über Erwartungen, Ziele und Perspektiven geschaffen wird.

Die **Steigerung der Flexibilität** der Beamten in der öffentlichen Verwaltung soll vor allem durch eine Vereinfachung des bisherigen Laufbahnrechts erreicht werden.

- :: Die bisher bestehenden Altersgrenzen für den Zugang zum öffentlichen Dienst (meist zwischen 32 und 35 Jahren) sollen abgeschafft werden.
- :: Die Laufbahngruppen des einfachen, mittleren, gehobenen und höheren Dienstes sollen zu einer einzigen Laufbahngruppe zusammengefasst werden. Dadurch sollen vor allem die Flexibilität an den Rändern der bisherigen Laufbahngruppen (A 8/A9 und A12/A 13) erhöht und die Aufstiegschancen erleichtert werden. In Zukunft kann dadurch auch der Führungskräftebedarf noch gezielter gedeckt werden.
- :: Ebenso sollen die bisher existierenden rd. 300 unterschiedlichen Fachlaufbahnen in sechs Fachlaufbahnen (Verwaltung und Finanzen, Bildung und Wissenschaft, Justiz, Sicherheit und Polizei, Gesundheit, Naturwissenschaft und Technik) zusammengefasst werden. Dadurch wird der Wechsel von Personal innerhalb der öffentlichen Verwaltung wesentlich vereinfacht.

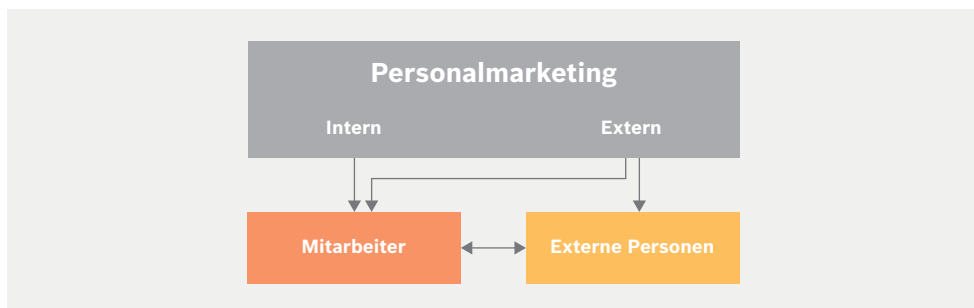
Zwar soll die Umsetzung der Reformen für die ca. 220.000 Landesbeamten rund 240 Mio. Euro kosten, doch geht das Bayerische Finanzministerium davon aus, dass durch die angestrebten Reformen auch signifikante Leistungs- und Effizienzgewinne in der Arbeit der öffentlichen Verwaltungen realisiert werden können. Die geplanten Investitionen ins Personalwesen sollen sich dadurch insgesamt langfristig amortisieren.

Insgesamt werden sich der Gesetzgeber und die Tarifparteien bei den Themen Dienstrecht und Vergütung dem zu erwartenden zukünftigen Wettbewerbsdruck um qualifizierte Mitarbeiter nicht entziehen können. Die Auflösung des monolithischen Blocks zu Verhandlungen der Tarifverträge des öffentlichen Dienstes und die neu gewonnene Kompetenz der Länder bei Besoldung und Dienstrecht ihrer Beamten im Rahmen der Föderalismusreform wird in Zukunft zu starken Veränderungen in den Bereichen Dienstrecht und Vergütung führen. Es ist jedoch auch zu befürchten, dass gerade für die finanziell schwächeren Bundesländer Personalrekrutierung und -bindung auch im länderübergreifenden Wettbewerb in Zukunft schwieriger werden. Gerade für diese Länder werden daher weiche Anreizfaktoren und Instrumente des Personalmarketings zukünftig stärker an Bedeutung gewinnen.

#### 4.3 Personalmarketing

Die Arbeitsmärkte werden sich wandeln: Galt es früher, als Arbeitgeber aus einer Vielzahl geeigneter Bewerber die Besten zu filtern, werden zukünftig viele Arbeitgeber aktiv um geeignete Bewerber werben.<sup>83</sup> Personalmarketing wird zu einer immer wichtigeren Aufgabe des Personalmanagements. Dabei spielt nicht nur das externe, sondern auch das interne Personalmarketing eine wichtige Rolle. Beide Dimensionen haben neben ihren eigentlichen Funktionen der Personalgewinnung bzw. Mitarbeiterbindung auch einen wichtigen Multiplikatoreffekt, indem externes Marketing über das transportierte Verwaltungsimage nach innen strahlen kann und internes Marketing über zufriedene Mitarbeiter nach außen.

Abbildung 28 | Wirkungskanäle des internen und externen Personalmarketings



Quelle: Prognos 2008

##### 4.3.1 Personalmarketing nach außen

Personalmarketing nach außen zielt auf den Pool an potentiellen Mitarbeitern außerhalb der öffentlichen Verwaltung. Nachwuchskräften, aber auch Experten, Fachkräften und Multiplikatoren soll ein positives Bild des öffentlichen Sektors und der Verwaltung als Arbeitgeber vermittelt werden. Eine solche Positionierung als attraktiver Arbeitgeber, die auch mit dem Schlagwort »employer branding« (auch: »Arbeitgebermarke«) bezeichnet wird, hat jedoch auch Ausstrahlungseffekte über den Personalbeschaffungsprozess hinaus.<sup>84</sup> So wird zum einen als Zusatzeffekt von gutem Personalmarketing die allgemeine Wahrnehmung der öffentlichen Verwal-

<sup>83</sup> Vgl. Schneider/Sadowski (2004)

<sup>84</sup> Vgl. Schuhmacher/Geschwill (2008)

tung generell positiv unterstützt. Zum anderen zeigt Personalmarketing nach außen auch eine Wirkung nach innen: Durch eine Wahrnehmung als attraktiver Arbeitgeber steigt auch die soziale Anerkennung, die Mitarbeiter der Verwaltung für ihren Arbeitsplatz erhalten. Dies ist mit positiven Auswirkungen auf die Arbeitsmotivation und die Bindung bereits beschäftigter Mitarbeiter verbunden.

**Rekrutierung von Nachwuchskräften in der Freien und Hansestadt Hamburg**  
Das Zentrum für Aus- und Fortbildung (ZAF) des Personalamtes der Freien und Hansestadt Hamburg hat ein Internetangebot realisiert, das interessierten Schulabgängerinnen und Schulabgängern eine anonyme und spielerische Selbsteinschätzung (Self-Assessment) für eine zukünftige Bewerbung für den mittleren und gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst der hamburgischen Verwaltung ermöglicht. Die Software stellt eine bislang einzigartige State-of-the-Art-Applikation im Umfeld der öffentlichen Verwaltung in Deutschland dar – ein innovativer Weg, den bisher nur einige führende Großunternehmen beschreiten.

Die internetbasierte Applikation ist unter [www.cyou-startlearning.hamburg.de](http://www.cyou-startlearning.hamburg.de) zu finden.

Mit C!You wurde ein zentrales Instrument zur innovativen Vermarktung des Verwaltungsberufes entwickelt, das die hamburgische Verwaltung im Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte als modernen Arbeitgeber präsentiert und in einem ansprechenden Format zielgenaue Informationen über den Arbeitgeber Freie und Hanse-



stadt Hamburg zur Verfügung stellt. Das innovative Instrument ermöglicht es, Erstkontakte zu potentiellen Bewerberinnen und Bewerbern herzustellen, die ursprünglich vielleicht noch nicht an eine Karriere in der hamburgischen Verwaltung gedacht hatten.

Die Anwenderinnen und Anwender begeben sich – ähnlich wie bei einem Computerspiel – in die Rolle einer/eines Auszubildenden und erleben virtuell die einzelnen Stationen der Ausbildung im »Schnelldurchlauf«. Dazu gehören neben einer Bewerbungsberatung der Besuch unterschiedlicher Arbeitsplätze sowie die Teilnahme an Unterrichtsstunden der Verwaltungsschule (mittlerer allgemeiner Verwaltungsdienst) bzw. an Lehrveranstaltungen der Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg (HAW Hamburg), Department Public Management (duale Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst). Abschließend erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Feedback mit einem individuellen Stärken/Schwächen-Profil darüber, ob sie sich bewerben sollten. Auch Jugendliche mit Migrationshintergrund sollen durch diese Software ermutigt

werden, sich für Verwaltungsberufe zu bewerben, damit sich die kulturelle Vielfalt verstärkt in der hamburgischen Verwaltung widerspiegelt.

Mit C!You – start-learning@hamburg positioniert sich die Freie und Hansestadt Hamburg als moderner und anspruchsvoller Arbeitgeber, der die Kommunikationskanäle seiner Bewerberinnen und Bewerber zu nutzen weiß.

Originäres Ziel des Personalmarketings nach außen bleibt aber letztlich die Beschaffung neuer qualifizierter und motivierter Mitarbeiter. Gerade dieser Schritt ist für die öffentliche Verwaltung von besonderer Brisanz, da aufgrund der begrenzten Möglichkeiten der Personalfreistellung einmal eingestellte Mitarbeiter der Verwaltung lange Zeit erhalten bleiben. Aus diesem Grund muss auf ein modernes Personalmarketing ein professionelles Auswahlverfahren aufsetzen, das es ermöglicht, die am besten geeignete Person für die Stelle zu finden und ein attraktives Arbeitsangebot unterbreiten zu können. Gerade mit Hinblick auf das Auswahlverfahren zeigt die Praxis einigen Nachholbedarf in der öffentlichen Verwaltung, die sich in vielen Fällen auf eine Analyse der Bewerbungsunterlagen sowie auf unstrukturierte Einstellungsgespräche stützt.<sup>85</sup> Eine Professionalisierung des Verfahrens – gestützt auf Anforderungsprofile und betreut durch geschulte Beobachter – kann demgegenüber die Auswahlergebnisse entscheidend verbessern. Zudem muss auch das Personalauswahlverfahren als Teil des Personalmarketings gesehen werden. Die Durchführung von Einstellungsverfahren (z. B. Assessment Center), die von den Bewerbern als anspruchsvoll und professionell wahrgenommen werden, positioniert auch die Verwaltung insgesamt als modernen Arbeitgeber.

#### Zielgruppenorientiertes Personalmarketing in Duisburg

##### **Praktikantenprogramm wirbt um Hochschulabsolventen und bringt frische Ideen**

Aufgrund des demographischen Wandels wird sich der Wettbewerb um Einwohner zwischen den Kommunen in Zukunft verstärken. Gleichzeitig zwingt der in Zukunft stark umkämpfte Arbeitsmarkt die Arbeitgeber dazu, Nachwuchskräfte frühzeitig an sich zu binden. In einem gemeinsamen Projekt des Dezernats für Stadtentwicklung Duisburg und der Zentralverwaltung für Personal und Organisation sollen beide Probleme gemeinsam angegangen werden.

Dazu bietet die Stadtverwaltung Duisburg 200 Studierenden aller Fachrichtungen der Universität Duisburg-Essen ein dreimonatiges Praktikum und übernimmt als Gegenleistung die Studiengebühren. Voraussetzung für die Einstellung ist ein gemeldeter Hauptwohnsitz in der Stadt Duisburg. Die Studierenden werden je nach Studienrichtung und persönlichen Interessen im gesamten Konzern der Stadtverwaltung eingesetzt. Die Stadt Duisburg kann so gut qualifizierte Bewerber frühzeitig für Tätigkeiten in der öffentlichen Verwaltung interessieren, an sich binden und sich als attraktiver Arbeitgeber präsentieren. Durch die Maßnahme öffnet sich die Stadtverwaltung außerdem für die frischen und jungen

<sup>85</sup> Vgl. Drescher (2004)

Ideen der Studierenden, die mit einem unbefangenen Blick die Arbeit der Verwaltung beobachten und hinterfragen. So wird quasi »nebenbei« das Innovationspotential der Duisburger Verwaltung gestärkt.

#### **Rekrutierung von Nachwuchskräften mit Migrationshintergrund**

Die Stadtverwaltung Duisburg hat sich zum Ziel gesetzt, die Einstellung von Ausbildungskräften mit Migrationshintergrund nachhaltig zu fördern. Hintergrund dieser Maßnahme ist, die Kompetenzen und Potentiale der Migranten auch für die Stadtverwaltung Duisburg nutzbar zu machen und das Bewerberpotential zu vergrößern. Diese Ziele sollen u. a. durch das Modellprojekt »Verbesserung der Bildungs- und Ausbildungssituation junger Migrantinnen und Migranten für den öffentlichen Dienst der Stadt Duisburg« (gefördert durch BMBF und EU) erreicht werden.

Zur gezielten Ansprache dieser Bewerbergruppe entwickelte die Stadt Duisburg spezielle Maßnahmen, mit denen die vorhandenen Berührungspunkte auf beiden Seiten abgebaut werden können und den Bewerbern die Vorteile einer Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung deutlich gemacht werden können. Neben den klassischen Maßnahmen (mehrsprachige Info-Flyer, Berufsmessen etc.) sucht die Stadt Duisburg insbesondere den persönlichen Kontakt, z. B. durch die gezielte Ansprache von Schülern oder den Besuch von Elternabenden und Migranten-selbstorganisationen, und nutzt gezielt die türkischen Medien.

Durch die verschiedenen Maßnahmen konnte der Anteil an Bewerbern mit Migrationshintergrund schon im ersten Jahr um 16 % gesteigert werden.

Zwar stellt der Einstellungstest für einige Bewerber mit Migrationshintergrund weiterhin eine Hürde dar, um die hohe Qualität der Auszubildenden aufrechtzuerhalten, wurde aber die Entscheidung gegen eine Quote oder Abstriche beim Einstellungstest getroffen. Durch das Modell »2. Chance« werden Bewerber dennoch weiter unterstützt: Jene Bewerber, die nur knapp am Einstellungstest gescheitert sind, im restlichen Auswahlverfahren aber überdurchschnittlich abgeschlossen haben, werden an der Volkshochschule zusätzlich geschult. Bisher konnten die Bewerber so im zweiten Versuch in allen Fällen eine Ausbildung beginnen.

Eine wichtige Rolle spielt das externe Personalmarketing auch dabei, neue Bewerbergruppen für Jobs in der Verwaltung zu gewinnen, die sich bislang nicht oder nur wenig für die entsprechenden Tätigkeiten interessierten (z. B. Migranten, ältere Arbeitnehmer, Frauen für Technikberufe). Dafür muss das Personalmarketing speziell auf die konkrete Zielgruppe zugeschnitten sein und sich den individuellen Kommunikationswegen der Zielgruppe öffnen. Gelingt es dem öffentlichen Dienst, angesichts des zu erwartenden starken Wettbewerbs um Nachwuchskräfte neue Bewerbergruppen für sich zu gewinnen, kann dies zukünftig zu einer erheblichen Entlastung der Personalbeschaffung führen.

»Arbeiten für das, was man schätzt!« Eine Arbeitgebermarke für München

Die Stadtverwaltung München will Bewerbern von vornherein ein klares Bild ihrer positiven Organisationskultur vermitteln und sich damit als attraktiver Arbeitgeber positionieren. Deshalb hat die Stadtverwaltung München in einem partizipativen Prozess ein Profil formuliert, das als Arbeitgebermarke »Arbeiten für das, was man schätzt!« gemeinsame Werte und Normen explizit definiert und interessierte Bewerber wie auch Mitarbeiter anspricht. Mit diesem Arbeitgeberprofil fördert sie ein gemeinsames Verständnis über die Ziele und Werte der Verwaltung und kann insgesamt die Identifikation der Mitarbeiter mit der Verwaltung stärken.

In der Stadtverwaltung München wird der sinnorientierten Arbeit am Gemeinwohl eine zentrale Rolle zugeteilt. Gleichzeitig finden sich mit der Aufforderung zu Flexibilität und Vielfalt aber auch Elemente im Profil, die die Mitarbeiter in ihrem Verhalten und ihrer täglichen Arbeit fordern. Zentrales Ziel bei der Formulierung der Arbeitgebermarke war es jedoch, die Stadtverwaltung München als attraktiven Arbeitgeber für Nachwuchskräfte sowie Bewerber und Bewerberinnen zu positionieren. Personal- und Organisationsreferent Dr. Thomas Böhle ist sehr zufrieden mit dem Ergebnis: »Mit ihrer Arbeitgebermarke ist es der Stadtverwaltung München gelungen, zusammen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein gemeinsames Verständnis für die Arbeit in der Stadt zu entwickeln und Bewerberinnen und Bewerber jeden Alters anzusprechen.«

#### 4.3.2 Personalmarketing nach innen

Ein Personalmarketing nach innen kann in vielen verschiedenen Formen erfolgen (z. B. interne Werbekampagnen, Mitarbeiterfeste, Würdigung von Arbeitsjubiläen etc.). Gemeinsames Merkmal der Maßnahmen ist, dass sie die Attraktivität der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber erhöhen und darüber hinaus die persönliche Bindung zwischen Mitarbeiter und Verwaltung stärken sollen. Ein Marketing nach innen verfolgt dabei verschiedene Ziele: Primäres Ziel ist, die Arbeitsmotivation der Mitarbeiter in der öffentlichen Verwaltung über einen längeren Zeitraum zu fördern. Weiterhin sollen die Mitarbeiterbindung erhöht und eine Fluktuation – sei es in die Privatwirtschaft oder in andere Verwaltungen – verhindert werden. Die Ausstrahlungs- bzw. Multiplikatoreffekte zufriedener Mitarbeiter auch außerhalb ihres Arbeitsplatzes sind ein weiteres Ziel, dem auch mit Blick auf ein erfolgreiches Ehemaligen-Management eine wichtige Rolle zukommt.

Hinsichtlich des Personalmarketings nach innen muss jedoch betont werden, dass wesentliche Voraussetzungen für eine hohe Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter in den Bereichen Arbeitsorganisation und Vergütung gelegt werden. Interessante Aufgaben, hohe Qualität der Führung, professionelles Karrieremanagement, ein gutes Arbeitsklima, eine angemessene Vergütung etc. sind die Grundlagen für eine hohe Motivation und Mitarbeiterbindung. Konkrete Maßnahmen werden in den Kapiteln 4.2 und 4.4 behandelt.



## Instrumente des Personalmarketings

### Nach außen:

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Job- und Karrieremessen</b>	<p>Durch die Teilnahme an anerkannten und gut besuchten Job- und Karrieremes- sen kann sich die öffentliche Verwaltung direkt an interessierte Bewerberinnen und Bewerber richten. Dabei ist das Ziel, für Absolventinnen und Absolventen von Schulen und Hochschulen Transparenz über Einstiegs- und Karrierechancen im öffentlichen Dienst zu schaffen und negative Vorurteile abzubauen. Die öffentliche Verwaltung kann hier die ganze Breite ihrer vielfältigen Beschäfti- gungsmöglichkeiten darstellen und sich so als interessanter und abwechslungs- reicher Arbeitgeber positionieren.</p> <p>Durch die Teilnahme an Job- und Karrieremesen, die sich auf spezielle Bewer- bergruppen konzentrieren (z. B. Ingenieure, Frauen etc.), kann ein Personen- kreis gezielt angesprochen werden. Die öffentliche Verwaltung macht hier durch ihre Teilnahme deutlich, dass sie insbesondere an diesen Bewerber- gruppen interessiert ist.</p>
<b>Recruiting-Events</b>	<p>Ausgewählten Gruppen von Absolventen wird im Rahmen eines attraktiven Programms (gemeinsame Projektsimulation, Fragerunden an Mitarbeiter etc.) Einblick in die Arbeit im öffentlichen Dienst gewährt.</p> <p>Die herausgehobene Stellung der Teilnehmer aufgrund des Auswahlprozesses stärkt die Bindung an den Arbeitgeber öffentliche Verwaltung. Die überschaubare Größe der Gruppe ermöglicht tiefere Einblicke in die Aufgaben.</p> <p>Auch hier kann die Konzentration auf bestimmte Bewerbergruppen die Attraktivi- tät des öffentlichen Dienstes bei diesen Gruppen erhöhen.</p>
<b>Zusammenarbeit/ Partnerschaften mit Ausbildungsstätten</b>	<p>Die Zusammenarbeit mit Schulen, Berufsschulen, Fachhochschulen und Univer- sitäten im Rahmen von regulärem Unterricht, Projekten, Praktika etc. ermög- licht einen unverbindlichen, aber regelmäßigen Kontakt zwischen öffentlicher Verwaltung und potentiellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Beide Seiten können sich in informellem Rahmen schon vor einer Bewerbung kennen lernen.</p>
<b>Werbekampagnen</b>	<p>In bundes-, landesweiten oder regionalen Anzeigekampagnen werden die Attraktivität und Vielseitigkeit der Arbeit beim öffentlichen Dienst deutlich gemacht. Dabei gilt es, gerade jene immateriellen Anreize, die für intrinsisch motivierte Mitarbeiter besonders interessant sind, deutlich hervorzuheben (z. B. Arbeiten mit und für die Menschen/die Gesellschaft etc.).</p> <p>Die Möglichkeit einer Karriere im öffentlichen Dienst wird über soziale und kulturelle Grenzen bekannt gemacht.</p>
<b>Mediaplan</b>	<p>Um interessante, qualifizierte und motivierte Bewerber gezielt anzusprechen, reicht die klassische Stellenanzeige nicht mehr aus. Stattdessen sollte ein um- fassender Mediaplan ausgearbeitet werden, der die verschiedenen Angebote auf dem Anzeigenmarkt einbezieht (z. B. eigene Webseite, Online-Stellenbörsen, Einbindung von Audio- und Videobotschaften etc.) und aufeinander abstimmt. Attraktiv gestaltete und ansprechend formulierte Stellenanzeigen sind dabei nur ein Bestandteil. Ziel ist es, die Bewerber zielgruppenspezifisch über verschie- dene Medien (Print, Online, Radio etc.) anzusprechen und gleichzeitig die Ko- härenz der zu übermittelnden Botschaft und Marke sicherzustellen. Ein einheit- liches, abgestimmtes Design und Formulierungen stellen sicher, dass auch bei der Nutzung unterschiedlicher Medien eine einheitliche Zielgruppe angespro- chen wird.</p>
<b>Employer Branding/ Arbeitgebermarken- bildung</b>	<p>Employer Branding überträgt die Mittel des Produktmarketings und der Marken- bildung auf den Arbeitsmarkt. Effizienz und Erfolg der Personalrekrutierung können durch eine Arbeitgebermarke langfristig gesteigert werden. Ziel ist, die öffentliche Wahrnehmung der Verwaltung gezielt in einem unverwechselbaren, glaubwürdigen und griffigen Bild zu bündeln und sich so positiv von den Wett- bewerbern auf dem Arbeitsmarkt abzuheben.</p> <p>Gleichzeitig können zudem positive Effekte auf die interne Organisationskultur, Mitarbeiterbindung und Leistungsmotivation entwickelt werden, wenn die Mit- arbeiter sich mit der Marke ihres Arbeitgebers identifizieren und mehr Stolz und Verbundenheit mit ihrem Arbeitsplatz entwickeln.</p>



Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Praktika- und Ausbildaungsprogramme</b>	Im Rahmen von Praktika wird den Interessenten die Möglichkeit gegeben, tiefe Einblicke in den Arbeitsalltag der öffentlichen Verwaltung zu erlangen. Intensive Betreuung durch Schulungen, Mentoring, Infoveranstaltungen und Ehemaligenarbeit kann diesen Effekt deutlich erhöhen. Gleichzeitig hat die öffentliche Verwaltung die Möglichkeit, die Fähigkeiten und die Leistung potentieller Bewerber intensiv zu testen.
<b>Präsenz in Fachzeitschriften</b>	Über Artikel in anerkannten Fachzeitschriften, die die verschiedenen Arbeitsfelder der öffentlichen Verwaltung abdecken, wird die Wahrnehmung der öffentlichen Verwaltung als Arbeitgeber mit interessanten intellektuellen Herausforderungen gestärkt. Insbesondere für einige Akademiker steigert die – durch solche Artikel demonstrierte – Möglichkeit zur Publikation neben dem Beruf die Attraktivität des Arbeitgebers öffentliche Verwaltung.
<b>Qualitätslabel</b>	Die Teilnahme an anerkannten Zertifizierungsprozessen für Arbeitgeber (z. B. Fair Company, Top Arbeitgeber, Audit: Beruf und Familie etc.) stellt die öffentliche Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber auch im Vergleich zu Wettbewerbern aus der Privatwirtschaft heraus. Dadurch wird eine allgemein positive Wahrnehmung gestärkt.

#### Nach innen:

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Interne Werbekampagnen</b>	Durch interne Kampagnen (mittels Plakaten, E-Mails, Infobroschüren, Veranstaltungen etc.) kann die Identität der Organisation gestärkt oder gar erst geschaffen werden. Die Identifikation mit dem Arbeitgeber öffentliche Verwaltung wird unterstützt, was sich positiv auf Arbeitsmotivation und Personalerhalt auswirkt.
<b>Mitarbeitererevents, -reisen und -veranstaltungen</b>	Auch diese Instrumente fördern Gruppenzusammenhalt und –dynamik und stärken die Organisationskultur. Mitarbeitern wird die Möglichkeit gegeben, sich informeller kennen zu lernen. Der Arbeitgeber macht deutlich, dass er seine Mitarbeiter auch als Person wertschätzt und bereit ist, in sie zu investieren.
<b>Ehemaligennetzwerke</b>	Auch nach dem Ausstieg aus der öffentlichen Verwaltung (Ende des Arbeitsvertrags oder Rente) wird weiterhin durch informelle Treffen auf freiwilliger Basis Kontakt zu ehemaligen Mitarbeitern gehalten. Den aktuellen Mitarbeitern wird damit die Wertschätzung der Person auch über das Arbeitsleben hinaus verdeutlicht. Für die Verwaltung eröffnet sich die Möglichkeit, im Bedarfsfall auf ein breites Netzwerk von erfahrenen Experten zurückgreifen zu können. Zudem können die Ehemaligen als Multiplikatoren gegenüber der Öffentlichkeit zu einem positiven Gesamtbild gegenüber der öffentlichen Verwaltung beitragen.
<b>Expertenetzwerke</b>	Innerhalb der Verwaltung werden Gruppen von Experten einer Fachrichtung zusammengeführt. Dadurch bringt die öffentliche Verwaltung ihre Wertschätzung gegenüber dem Fachwissen dieser Gruppe zum Ausdruck und bietet Raum für Innovation und Querdenker. Expertenetzwerke können darüber hinaus zum bereichs- und behördenübergreifenden Erfahrungsaustausch genutzt werden und so die Kompetenzen der Teilnehmer stärken.
<b>Kommunikation</b>	Eine offene und positive Kommunikation innerhalb der Organisation (über E-Mail, Werkszeitung etc.) gibt Mitarbeitern das Gefühl, über aktuelle Aktivitäten und Schwierigkeiten informiert zu sein, wodurch die Bindung gestärkt wird.

### Zukunftsfenster Personalmarketing

Montag, 14. September 2019, Richard Schiller beginnt heute seinen ersten Tag in der Stadtverwaltung Wirzbach, und er ist sehr froh, dass seine Bewerbung gleich im ersten Anlauf erfolgreich war. Wirzbach war zwar nicht seine erste Wahl, lieber wäre ihm das 25 km entfernte Schellingen gewesen, aber beide Verwaltungen arbeiten bei Personalfragen eng untereinander und mit den restlichen Verwaltungen der Region Niederlingen (insges. 1 Mio. Einwohner) zusammen.

Bereits in der Schule hatte sich Herr Schiller für eine Arbeit in der öffentlichen Verwaltung seiner Heimatstadt interessiert, über deren Tätigkeiten ein Mitarbeiter vom Personalamt regelmäßig interessante Vorträge in der Klasse hielt. Schon in der zehnten Klasse hatte Herr Schiller daher ein kurzes Berufspraktikum absolviert, und im Anschluss daran hatte das Personalamt ihn und seine Eltern von Zeit zu Zeit per Post und E-Mail über die Berufs- und Karrierechancen in den Verwaltungen der Region Niederlingen informiert.

Während des Studiums setzte sich der Kontakt fort, und auf verschiedenen Berufsmessen, die Herr Schiller besuchte, präsentierte sich die Region Niederlingen als attraktiver Arbeitgeber im Gesamtnetzwerk der kommunalen Arbeitgeber in Deutschland. Zwar hatte er sich dagegen entschieden, sein Studium durch die Verwaltung finanzieren zu lassen, weil er sich nicht für die ersten drei Berufsjahre verpflichten wollte, aber durch regelmäßige Praktika hatte er trotzdem den Kontakt halten können. Auch einer seiner Dozenten, der hauptberuflich in der öffentlichen Verwaltung arbeitete, hatte ihn ermutigt, diesen Karriereweg einzuschlagen. Von Freunden und Bekannten wusste Herr Schiller ohnehin schon um die Vorzüge der öffentlichen Verwaltung, die als moderner, innovativer Arbeitgeber vielleicht nicht die beste Bezahlung bietet, aber deren flexible Arbeitszeiten und attraktive Weiterbildungsprogramme umso überzeugender sind. Vielleicht würde er sogar die Möglichkeit haben, am Personalaustauschprogramm mit der Region Rellington (UK) teilzunehmen und so internationale Erfahrungen sammeln können.

Zur großen Überraschung seiner Studienkollegen hatte sich Herr Schiller nach dem Studium der Betriebswirtschaftslehre gegen andere attraktive Angebote entschieden und nahm am Personalauswahlverfahren für Niederlingen teil, das er schließlich erfolgreich bestand. Nach einem kurzen generellen Einführungskurs, der ihn auf die Anforderungen in der öffentlichen Verwaltung vorbereitete, hatte er sich schließlich in Rücksprache mit dem örtlichen Personalamt für die Stelle in Wirzbach entschieden. Das Personalamt dort hatte sein Angebot durch ein attraktives Paket an Sozialleistungen etwas aufgebessert, und so konnte Herr Schiller nicht mehr Nein sagen.

Heute – an seinem ersten Tag – freut er sich, Teil eines motivierten Teams der Verwaltung Wirzbachs zu sein und mit seiner Arbeit »für die Menschen« (wie es in der landesweiten Kampagne hieß) einen Beitrag zu leisten.

#### 4.4 Arbeitsorganisation

Eine klassische Kernaufgabe des Personalmanagements ist das Handlungsfeld der Arbeitsorganisation. Hier wird – vereinfacht ausgedrückt – die operative Arbeitsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung sichergestellt. Fragen der Arbeitsorganisation sind:

- :: Zeit: Wann wird gearbeitet?
- :: Ort: Wo wird die Arbeitsleistung erbracht?
- :: Organisation: Wie sind die Arbeitsbeziehungen gestaltet? Welche Strukturen und Prozesse prägen die Arbeit?

Die jeweilige Ausgestaltung der Arbeitsorganisation, die je nach Aufgabe und Organisationseinheit sehr unterschiedlich sein kann, wirkt sich direkt auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Mitarbeitern aus.

##### Keine Kernarbeitszeit in der Staatskanzlei Brandenburg

Den Mitarbeitern Flexibilität in der Arbeitszeit einräumen und gleichzeitig sicherstellen, dass die Funktionsweise der einzelnen Organisationseinheiten gewährleistet wird, vor diesem Spagat stehen regelmäßig Personalrat und Dienstherr bei den Verhandlungen zu Dienstvereinbarungen. Die Staatskanzlei Brandenburg hat beschlossen, die Frage der Arbeitszeit in Zukunft nicht länger zentral zu regeln: Die »Kernarbeitszeit« wurde abgeschafft. Stattdessen werden in der Dienstvereinbarung »Servicezeiten« festgelegt, die sich jedoch nicht auf den einzelnen Mitarbeiter beziehen, sondern auf die Anwesenheit bzw. Erreichbarkeit der Arbeitsteams.

*»Servicezeit ist die vereinbarte durchgängige Erreichbarkeit des Teams. [...] Die Einhaltung der Besetzungstärke, der Serviceversprechen und der Servicezeit sind Sache der jeweiligen Teams.«*

(Auszug aus der Dienstvereinbarung der Staatskanzlei Brandenburg)

In der Praxis heißt dies, dass es Aufgabe des Teams ist, sicherzustellen, dass die verschiedenen Pflichten des Teams innerhalb der Servicezeiten wahrgenommen werden. Die zentrale Verwaltung zieht sich aus dieser Frage zurück. Die Mitarbeiter im Team haben so die Möglichkeit, sich frei miteinander abzusprechen und die Erbringung der vereinbarten Serviceleistungen (Wahrnehmung von Standardleistungen, Einzelaufgaben [»spezielle« Aufgaben einzelner Teammitglieder], Erteilung allgemeiner Auskünfte aus dem Aufgabenspektrum etc.) selbst organisiert zu gestalten.

Gerade angesichts von kontinuierlich älter werdenden Belegschaften wird dem Handlungsfeld Arbeitsorganisation in Zukunft eine immer wichtigere Rolle zukommen.

Entgegen nach wie vor verbreiteter Annahmen ist mit dem Alter keineswegs eine generelle Abnahme der Leistungsfähigkeit verbunden (Defizitmodell). Vielmehr spiegelt ein Kompetenzmodell, das von einem differenziellen Altern ausgeht, die Realität erheblich besser wider. Die Fähigkeiten und Kompetenzen entwickeln sich mit dem Altern und auch von Individuum zu Individuum unterschiedlich: Einige,

bspw. körperliche Fähigkeiten, nehmen mit dem Alter ab, andere (z. B. Lernfähigkeit) bleiben auf gleichem Niveau, und wieder andere können auch mit dem Alter noch zunehmen, darunter z. B. Erfahrungswissen, strategisches Denken, souveräner Umgang mit Problemsituationen oder Qualitätsbewusstsein.

Damit die Leistungsfähigkeit bis ins hohe Alter erhalten bleibt und die Kompetenzen Älterer auch entsprechend genutzt werden können, braucht es allerdings ein Arbeitsumfeld, das mögliche Schwächen ausgleicht und Stärken unterstützt.<sup>86</sup>

Mit Blick auf die demographischen Herausforderungen fließen die Anforderungen an die Arbeitsorganisation in den Begriffen alters- und alternsgerecht zusammen. Eine alters- und alternsgerechte Arbeitsorganisation passt sich den individuellen Anforderungen der Mitarbeiter entlang ihres Erwerbslebenslaufs flexibel an (z. B. über Arbeitszeit- und Arbeitsplatzgestaltung) und stellt sicher, dass Arbeitseinsatz und Arbeitsumfeld über die gesamte Karriere hinweg der individuellen Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter entsprechen.

Eine weniger gute Arbeitsorganisation kann sich demgegenüber negativ auf den Arbeitsprozess und die Mitarbeiter aller Altersgruppen auswirken. So kann fehlende Leistungsmotivation beispielsweise neben anderen Gründen auch durch strukturelle, arbeitsorganisatorische Ursachen bedingt sein: Ein Aspekt, der gerade in öffentlichen Verwaltungen problematisch ist, liegt in einer oft stark arbeitsteiligen und hierarchischen Aufgabenorganisation, die eine klare Ergebnisverantwortung der einzelnen Mitarbeiter verhindert. Zwar geht Arbeitsteilung einher mit notwendigen Vorteilen bei der Arbeits- und Kosteneffizienz. Um jedoch einen deutlich negativen Effekt auf die Arbeitsmotivation zu vermeiden, sollten sich Aufgaben und Organisationsstruktur soweit wie möglich entsprechen, um klare Kompetenzen und Verantwortungen sicherzustellen. Gerade bei älteren Arbeitnehmern wirken sich die Übernahme von Verantwortung und weitgehende Freiheit hinsichtlich der zeitlichen und methodischen Aufgabenbearbeitung ausgesprochen positiv auf die Arbeitsmotivation und das entsprechende Arbeitsergebnis aus.

#### »Bürofreie Arbeit« in der Stadtverwaltung Hamm

Zur Flexibilisierung der Arbeitszeiten hat die Stadtverwaltung Hamm im Rahmen ihres umfassenden Personalmanagementsystems das Konzept der »Bürofreien Arbeit« eingeführt. Darin erhalten Mitarbeiter die Möglichkeit, bestimmte Aufgaben räumlich und zeitlich völlig frei zu bearbeiten. Für Aufgaben, deren Ergebnis klar definiert werden kann (z. B. Kurzberichte, Präsentationen etc.), können sie gemeinsam mit ihren Vorgesetzten die Ziele der Aufgabe abstimmen und ein bestimmtes Zeitkontingent für die Erfüllung dieser Aufgabe vereinbaren. Bei Ablieferung der vereinbarten Ergebnisse werden ihnen die vorab vereinbarten Stunden auf ihr Zeitkonto gutgeschrieben. Wie, wann und wo sie die vereinbarte Aufgabe erfüllen, bleibt voll und ganz den Mitarbeitern überlassen. Zur Unterstützung dieser Arbeit können die Mitarbeiter der Hammer Stadtverwaltung auf stadteigene Hardware zurückgreifen.

86 Vgl. BMFSFJ (2008)

Eine flexible Arbeitszeitgestaltung spielt dabei eine zunehmend wichtige Rolle: Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit wird in vielen psychisch oder physisch belastenden Berufen nicht ohne größere Flexibilität bei der Arbeitszeit und Arbeitsplatzgestaltung umsetzbar sein. Ferner werden zukünftige Generationen angesichts der älter werdenden Gesamtbevölkerung gleichzeitig für die Erziehung ihrer Kinder Verantwortung übernehmen, während sie parallel die Pflege älterer Angehöriger organisieren («Sandwich Generation»). Auch für diese Aufgabe müssen neue flexible Formen der Arbeitsorganisation gefunden werden. Mit Blick auf die zunehmende Bedeutung weicher Anreizfaktoren bei der Stellenwahl haben Aspekte einer modernen, flexiblen Arbeitsorganisation schließlich auch unmittelbare Auswirkungen auf die Attraktivität als Arbeitgeber und damit auf die Personalbeschaffung.

**Landkreis Osnabrück: Familienfreundlichkeit steigert Attraktivität und vermeidet Rekrutierungskosten**

Angesichts des demographischen Wandels positioniert sich der Landkreis Osnabrück durch ein umfassendes Maßnahmenpaket als familienfreundlicher Arbeitgeber und kann so eine hohe Berufsrückkehrquote und Mitarbeiterbindung erreichen. Dies führt dazu, dass Rekrutierungskosten für Neueinstellungen vermieden werden können: Nach Angaben des Ersten Kreisrates Dr. Reinhold Kassing kostet die Kreisverwaltung jede Neueinstellung zwischen 150 % bis 400 % eines Jahresgehalts.

Bereits während der Abwesenheit der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in Mutterschutz und Elternzeit gibt es ein Kontakthalteprogramm mit kontinuierlichen postalischen Informationen über betriebliche Vorgänge und Informationsveranstaltungen. Ein halbes Jahr vor dem Wiedereinstieg beginnt eine Rückkehrschulung. Flexible Arbeitszeitregelungen ohne Kernarbeitszeit und mit Teilzeit in Führungspositionen ermöglichen dann einen familienfreundlichen Arbeitsalltag. Durch ein Eltern-Kind-Büro und einen Betriebskindergarten ist kurzfristig auch die Mitnahme des Kindes ins Büro bzw. die Betreuung in örtlicher Nähe möglich. Untere und mittlere Gehaltsgruppen können zusätzlich Gelder aus einem verwaltungsinternen Fonds »Zuschuss für Kinderbetreuungskosten« bekommen. Im Ergebnis stellt der Landkreis eine hohe Berufsrückkehrquote und eine kürzere Verweildauer in der Elternzeit fest. Des Weiteren sind die Fehlzeiten unterdurchschnittlich, und der Ruf der Kreisverwaltung als Arbeitgeber ist sehr gut: Dies zeigt sich zum Beispiel in konstant hohen Bewerberzahlen für die Ausbildungsplätze: »Wer bei uns einen Ausbildungsplatz erhält, kann eine Party machen«, bringt Dr. Kassing das Image auf den Punkt.

Für seine beispielgebenden Initiativen im Umgang mit dem demographischen Wandel erhielt der Landkreis Osnabrück im Jahr 2007 den European Public Sector Award (EPSA).

Neben der abstrakten Ebene von Hierarchie und Ergebnisverantwortung bieten sich dem Personalmanagement im Handlungsfeld Arbeitsorganisation noch weitere Instrumente, die eine alters- und alternersgerechte Arbeitsorganisation unterstützen und damit auch die Arbeitsergebnisse positiv beeinflussen können. Eine wesentliche Rolle kommt dabei Instrumenten zu, die eine institutionalisierte Berücksichti-

gung des Leistungswandels im Erwerbsverlauf ermöglichen, so z.B. Teilzeit und gleitender Übergang in den Ruhestand, Arbeitszeitverkürzungen für ältere Beschäftigte etc.

### Instrumente der Arbeitsorganisation

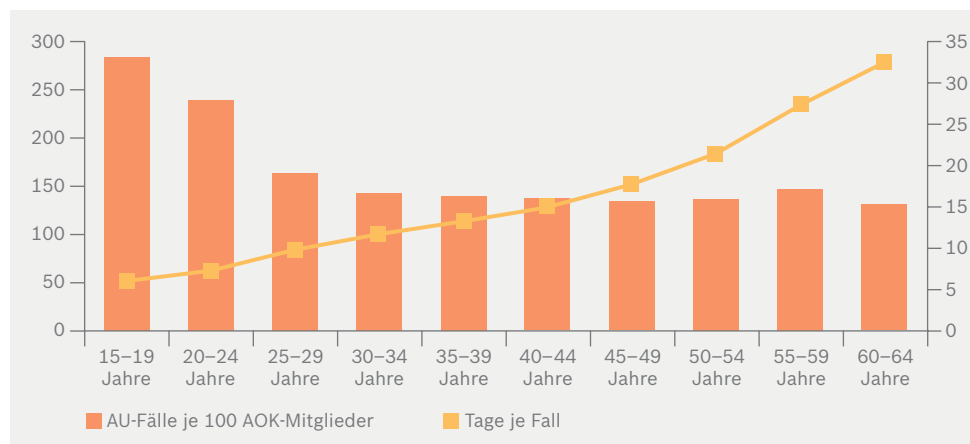
Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Verantwortungsstruktur</b>	<p>Die Verteilung von Verantwortung in der öffentlichen Verwaltung für eigene wie auch für fremde Aktivitäten hat einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitsmotivation und Ergebnisorientierung im Arbeitsprozess.</p> <p>Eine klare Zuweisung von Verantwortung für bestimmte Arbeitsabläufe und -ergebnisse gibt Mitarbeitern mehr Souveränität über ihr eigenes Handeln und unterstützt die persönliche Identifikation mit dem Arbeitsergebnis. Dies wirkt sich positiv auf die Ergebnisqualität aus.</p>
<b>Personaleinsatzmatrix</b>	<p>Im Rahmen einer Personaleinsatzmatrix wird eine detaillierte Übersicht über die einzelnen Mitarbeiter und ihre Tätigkeit in der öffentlichen Verwaltung in Relation zur Gesamtorganisation erstellt. Gleichzeitig wird erhoben, für welche weiteren Tätigkeiten der Mitarbeiter qualifiziert wäre und in welchem Bereich noch Schulungsbedarf besteht. Im Rahmen einer demographieorientierten Personaleinsatzmatrix wird darüber hinaus die körperliche und geistige Belastung der Tätigkeit erhoben. Im Ergebnis hat die öffentliche Verwaltung einen Überblick über die Mitarbeiter, deren Tätigkeiten, ihr Potential, ihren Schulungsbedarf und ihre Belastung.</p>
<b>Arbeitsflexibilisierung</b>	<p>Mit der Flexibilisierung der Arbeit trägt die öffentliche Verwaltung den gestiegenen Anforderungen der Mitarbeiter Rechnung. Flexibler gestaltet werden können dabei sowohl die Arbeitszeit (Gleitzeit, Kernarbeitszeit, Flexzeit etc.) als auch der Ort der Arbeit (Telearbeit, bürofreie Arbeit etc.).</p> <p>Ziel der stärkeren Flexibilisierung ist es, den Mitarbeitern mehr Souveränität bei der Aufgabenerfüllung zu gewähren. Mitarbeiter bekommen so die Möglichkeit, die Arbeitsanforderungen leichter mit ihren eigenen Zeiterfordernissen in Einklang zu bringen. Dieses Entgegenkommen des Arbeitgebers wird zudem auch seitens der Mitarbeiter honoriert, die so eher bereit sind, im Bedarfsfall höhere Arbeitsleistung zu erbringen.</p>
<b>Arbeitszeitkonten</b>	<p>Arbeitszeitkonten sind ein Element von Modellen flexibler Arbeitszeiten. Dabei haben Mitarbeiter die Möglichkeit, erbrachte Arbeitsstunden auf Konten zu sammeln und diese Konten in Abstimmung mit dem Vorgesetzten abzubauen. Der Zeitraum, für den diese Arbeitszeitkonten erfasst werden, ist variabel und kann von Jahreskonten bis Lebenskonten reichen.</p> <p>Arbeitszeitkonten unterstützen eine lebensphasengerechte Arbeitsorganisation. Die angesparte freie Zeit hilft den Mitarbeitern, die »rush hour of life« zu entzerren, und schafft Freiräume für z.B. die Betreuung von Kindern oder Angehörigen.</p> <p>Die freie Zeit kann von Mitarbeitern, aber auch für freiwillige Weiterbildungen genutzt werden. Arbeitgeber können solche Bildungszeiten, die für beide Seiten vorteilhaft sind, auch gezielt, z.B. finanziell oder durch bessere Entwicklungschancen, unterstützen. Eine weitere Option ist, die angesparte Zeit für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand zu nutzen und so eine Alternative zu den auslaufenden, staatlich unterstützten Altersteilzeitmodellen aufzubauen.</p>
<b>Teilzeit und gleitender Übergang in den Ruhestand</b>	<p>Ein weiteres Element flexibler Arbeitszeiten ist die Teilzeitarbeit z.B. im Rahmen von »Jobsharing«. Die zusätzliche freie Zeit gibt Mitarbeitern die Möglichkeit, individuelle Bedürfnisse (Kinder- oder Angehörigenbetreuung, Wunsch nach mehr Freizeit etc.) besser mit den Anforderungen der Arbeit in Einklang zu bringen. Dies wirkt sich positiv auf die Arbeitszufriedenheit und -motivation aus. Gerade auch im Rahmen der Personalfreistellung im Rentenfall bietet die sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit eine Möglichkeit, langsam den Weg in den Ruhestand zu gehen.</p>

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Arbeitszeitformen für Ältere</b>	Mit Blick auf die zunehmende Lebensarbeitszeit gilt es in Zukunft, die Arbeit auch zeitlich so zu organisieren, dass Mitarbeiter ihr auch mit fortschreitendem Alter weiter gerecht werden können. Konkret bedeutet dies, dass ältere Mitarbeiter z.B. von belastenden Schichtdiensten ausgenommen werden können oder dafür nur in Ausnahmefällen zur Verfügung stehen. Dadurch wird langfristig die Arbeitsfähigkeit erhalten.
<b>Arbeitszeitverkürzungen für ältere Beschäftigte</b>	Fehlzeiten und Frühverrentung können auch durch gezielte Arbeitszeitverkürzungen sowie längere Regenerationspausen (Seniorenpausen/Seniorenrurlaub) für Ältere reduziert werden. Kosten, die durch die relativ geringfügig verkürzten Arbeitszeiten entstehen, können z.B. durch die Reduktion von Fehlzeiten oder die Bindung von Erfahrungswissen reduziert werden.
<b>Bereitstellung altersgerechter Tätigkeiten</b>	Eine Aufgabe im Bereich der Arbeitsorganisation besteht auch darin, beim Aufgabenzuschnitt darauf zu achten, dass altersgerechte Tätigkeiten bestehen bleiben oder ggf. geschaffen werden können. Das sind Aufgaben, denen ältere Mitarbeiter hinsichtlich der physischen und psychischen Belastung gerecht werden können. In diesem Zusammenhang kann bspw. ein erneutes Insourcing von einfachen, altersgerechten Tätigkeiten erwogen werden, die aus Kostengründen an externe Leistungserbringer verlagert wurden.
<b>Altersgemischte Teams</b>	Durch die strategische Entscheidung, die Arbeit in altersgemischten Teams zu organisieren, gibt die öffentliche Verwaltung den jüngeren und älteren Mitarbeitern die Möglichkeit, von den Stärken der jeweils anderen Gruppe zu profitieren. Sie unterstützt damit den Wissenstransfer in beide Richtungen und kann so die Qualität der Arbeitsergebnisse verbessern.
<b>Work Life Balance</b>	Eine zentrale Aufgabe der Arbeitsorganisation ist die Sicherung einer angemessenen »Work-Life-Balance« für die Mitarbeiter. Ziel ist es, den Mitarbeitern neben dem hohen zeitlichen Einsatz im Beruf Zeit für die Entfaltung individueller Lebensentwürfe zu geben (Familie, Hobby, Vereine, Parteien etc.). Diese auf Ausgleich bedachte Organisation des Arbeitsprozesses fördert die Motivation und erhält langfristig die Arbeitsfähigkeit.
<b>Rückkehrkonzepte</b>	Als Bestandteil eines aktiven Ehemaligen-Managements wird im Rahmen von Rückkehrkonzepten den Mitarbeitern die Möglichkeit gegeben, nach dem zeitweiligen oder endgültigen Austritt aus dem Berufsleben im Rahmen von Projekten oder auch im Rahmen einer erneuten Festanstellung in die öffentliche Verwaltung zurückzukehren. Rückkehrkonzepte richten sich an: Eltern, die nach der Elternzeit oder Beurlaubung zur Kinderbetreuung wieder in ihren Beruf zurückkehren wollen. Ihr Wiedereinstieg wird durch Kontaktprogramme während der Beurlaubung und Rückkehrschulungen unterstützt, um so schnell eine volle Einsatzbereitschaft wiederherstellen zu können. Mitarbeiter, die aus Altersgründen aus der öffentlichen Verwaltung ausscheiden. Um ihre Expertise für die öffentliche Verwaltung zu erhalten, werden Arbeitsformen (z.B. Projekte oder Auftragsarbeit) geschaffen, die es erlauben, auch im Ruhestand mit der öffentlichen Verwaltung zusammenzuarbeiten. Mitarbeiter, die im Rahmen ihrer individuellen Entwicklung zu anderen Arbeitgebern gewechselt haben und denen im Rahmen von Rückkehrkonzepten die Möglichkeit eröffnet wird, in den öffentlichen Dienst zurückzukehren.
<b>Berücksichtigung des Leistungswandels im Erwerbsverlauf</b>	Die Entwicklung der Arbeitsfähigkeit ist u.a. auch abhängig von den Belastungen am jeweiligen Arbeitsplatz. Um die Beschäftigungsfähigkeit möglichst lange aufrechtzuerhalten, sollten monotone Arbeiten vermieden bzw. die Arbeitsplätze so gestaltet werden, dass wechselnde Tätigkeiten zu verrichten sind. Hier spielen aber auch Maßnahmen der »Altersgerechten Arbeitszeitgestaltung« und »Präventive Gesundheitsförderung« eine Rolle sowie die Möglichkeiten einer »Horizontalen Karriere« (bzw. Fachkarriere vgl. Kapitel 4.6.2).

#### 4.5 Gesundheitsmanagement

Zentraler Bestandteil eines altersgerechten Personalmanagements ist das Gesundheitsmanagement. Körperliche Gesundheit und Wohlbefinden sind die Grundlage für Arbeitsfähigkeit, Leistungsfähigkeit und Motivation. Handlungsfähige Verwaltungen sind auf gesunde und leistungsfähige Mitarbeiter angewiesen. Gleichzeitig stellen hohe Arbeitsunfähigkeitsraten – egal in welcher Altersgruppe – für die Verwaltungen einen erheblichen Kostenfaktor dar. Betriebswirtschaftlich ist die Gesundheit der Mitarbeiter also ein hohes Gut, in das es sich zu investieren lohnt. Dies gilt umso mehr für Organisationen mit einem zunehmenden Anteil älterer Mitarbeiter. Denn ältere Menschen werden zwar seltener krank als jüngere Kollegen, sind aber im Krankheitsfall von längeren Fehlzeiten betroffen (vgl. Abbildung 29). Dem Arbeitgeber steht jedoch eine breite Palette an Maßnahmen zur Verfügung, die die Arbeitsunfähigkeitszeiten der älteren wie auch der jüngeren Mitarbeiter positiv zu beeinflussen.

Abbildung 29 | Zahl und Dauer von Erkrankungen in Abhängigkeit vom Alter



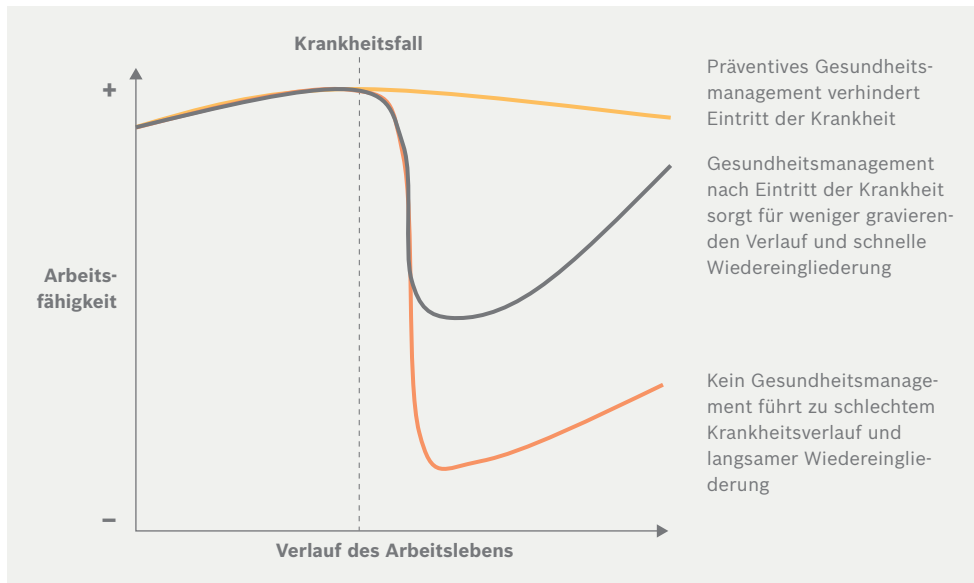
Quelle: Badura et al. (2003)

Viele dieser Maßnahmen können und sollten bereits präventiv zu einem frühen Zeitpunkt des Arbeitslebens ansetzen. Vor allem viele chronische Krankheiten ergeben sich durch jahre- und jahrzehntelange Ausübung von Tätigkeiten, die durch ein belastendes Arbeitsumfeld und/oder eine ungesunde Lebensführung, die Gesundheit beanspruchen. Rechtzeitige präventive Maßnahmen helfen, die Entwicklung solcher Krankheitsbilder zu verhindern. Aber auch nach dem Krankheitsfall kann proaktives Gesundheitsmanagement helfen, die Arbeitsfähigkeit von betroffenen Mitarbeitern rasch zu verbessern oder sogar generell zu erhalten (vgl. Abbildung 30).

Der öffentlichen Verwaltung stehen zahlreiche praxiserprobte Instrumente für ein erfolgreiches Gesundheitsmanagement zur Verfügung. Dabei dürfen die einzelnen Maßnahmen jedoch nicht losgelöst voneinander betrachtet werden, sondern müssen ein kohärentes Gesamtsystem bilden, das auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Mitarbeiter Rücksicht nimmt.



Abbildung 30 | Einfluss von Gesundheitsmanagement auf die Arbeitsfähigkeit (schematisch)



Quelle: eigene Darstellung

**Stadt Oldenburg: Betriebliche Gesundheitsförderung sichert die langfristige Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter**

Die Stadt Oldenburg betreibt eine umfassend angelegte betriebliche Gesundheitsförderung, um die langfristige Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter sicherzustellen. Sie setzt dabei auf einen Mix aus Eigenverantwortung der Mitarbeiter und Engagement des Arbeitgebers.

Wichtige Grundprinzipien der Angebote sind Prävention, Zielgruppenorientierung und Kontinuität. Im Vordergrund bei allen Maßnahmen steht, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu motivieren, Gesundheit in eigener Sache zu betreiben.

Neben den Kursangeboten werden besonders belastete Bereiche durch die Bildung von Gesundheitszirkeln und/oder arbeitsplatzbezogenen Bewegungsanalysen unterstützt. Im Rahmen der Gesundheitszirkel werden Mitarbeiter aus bestimmten Bereichen der Stadtverwaltung (z.B. Müllabfuhr, Gartenbau, Kinderbetreuung) bei ihren täglichen Arbeiten begleitet. Die Beobachtungen fließen in gemeinsame Workshops mit den Mitarbeitern ein, in denen konkrete tätigkeitsbezogene Gesundheitsmaßnahmen (z.B. richtige Haltung beim Bücken, Baumschneiden etc.) entwickelt werden. Die Führungskräfte müssen die Durchführung der Maßnahmen nachhalten, ihnen kommt somit eine zentrale Rolle bei der Umsetzung zu.

Im Ergebnis ist die aktuelle Krankenquote der Stadt Oldenburg im Vergleich zu anderen Städten mit 5,1 % sehr gering.

Maßnahmen im Bereich der klassischen Gesundheitsprävention sollten mit einer Arbeitsplatz- bzw. Gefährdungsbeurteilung beginnen, in die die entsprechenden Beschäftigten mit eingebunden werden. Ergebnisse können beispielsweise von einer Entlastung älterer Beschäftigter von lang anhaltenden starken körperlichen Belastungen über ergonomisch angepasste Arbeitsplätze und Vorkehrungen im Bereich des Unfallschutzes bis hin zur Vermeidung kontinuierlicher psychischer Belastungen reichen. Flankierend können mittels persönlicher Gespräche und Gesundheitschecks Veränderungen der Leistungsfähigkeit frühzeitig erkannt werden, um gezielt mit entsprechenden Maßnahmen entgegenzuwirken.

#### In-House-Physiotherapie in der Staatskanzlei Brandenburg

Modernes Gesundheitsmanagement sollte gegenüber den Mitarbeitern dienstleistungsorientiert erfolgen, d. h. sich an ihre Bedürfnisse anpassen und ihren Wünschen entgegenkommen. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, hat die Staatskanzlei Brandenburg einer örtlichen Physiotherapie-Praxis ermöglicht, ihre Dienstleistungen vor Ort zu erbringen. Dafür wurde ein geeigneter Raum zur Verfügung gestellt.

Mitarbeiter haben so die Möglichkeit, ärztlich verschriebene Behandlungen direkt am Arbeitsplatz wahrzunehmen. Anreise- und Wartezeiten entfallen so, und das Angebot ist für die Mitarbeiter ausgesprochen bequem. Neben der ärztlichen Behandlung haben Mitarbeiter natürlich auch die Möglichkeit, Behandlungen wie Massagen oder chiropraktische Behandlungen auf privater Basis wahrzunehmen.

Durch die Einrichtung der physiotherapeutischen Außenstelle soll der Krankenstand in der Staatskanzlei Brandenburg, insbesondere mit Blick auf Rückenleiden und andere Haltungsbeschwerden, deutlich reduziert werden.

Durch Gesundheitsmanagement als Teil des Personalmanagements kann die öffentliche Verwaltung:

- :: die Leistungsfähigkeit ihrer Mitarbeiter erhalten und Fehlzeiten reduzieren,
- :: know-how-Verlust aufgrund frühzeitigen Ausscheidens aus dem Erwerbsleben vermeiden,
- :: die Mitarbeiterzufriedenheit und Motivation der Beschäftigten steigern.

#### Benchmarking des Gesundheitsmanagements bei der Deutschen Rentenversicherung Bund

Die Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV Bund) mit ihren ca. 24.000 Mitarbeitern ist innerhalb der Bundesverwaltung dem Personalabbaubereich zugeordnet. Das heißt, dass jährlich nur eine sehr geringe Zahl an Nachwuchskräften eingestellt werden kann und das Ziel der Personalpolitik weiterhin der Personalabbau ist. Dadurch steigt das aktuelle Durchschnittsalter von 43,5 Jahren jährlich um etwa acht Monate.

Um die Arbeitsfähigkeit der Mitarbeiter auch in Zukunft sicherzustellen, hat die DRV Bund deshalb ein konsequentes Benchmarking beim Gesundheitsmanage-

ment eingeführt. Dazu gehört eine Erfassung und Auswertung der Krankenstände der Mitarbeiter auf allen Organisationsebenen. Treten in einer Abteilung deutliche Abweichungen vom durchschnittlichen Krankenstand der DRV Bund auf, so erfolgt ein Angebot an die Abteilungsleiter, dieses Phänomen in Zusammenarbeit mit einer Koordinationsstelle näher zu betrachten.

Hierfür ist es möglich, innerhalb der Abteilung Krankenstände der Dezernate zu vergleichen und das beste und das schlechteste Dezernat innerhalb der Abteilung zu identifizieren. Die Mitarbeiter beider Referate erhalten im nächsten Schritt Fragebögen, mit deren Hilfe die Arbeitssituation und das Arbeitsumfeld untersucht werden. Anschließend werden gemeinsam mit der Koordinationsstelle Handlungsfelder entwickelt und umgesetzt, die helfen, Verbesserungen zu erzielen. Auch die anderen Dezernate der Abteilung erhalten die Möglichkeit, den Erhebungsprozess und die Auswertung der Ergebnisse in den beiden untersuchten Dezernaten zu verfolgen, um so auch in ihren Dezernaten positive Veränderungen im Gesundheitsmanagement zu initiieren.

#### Instrumente des Gesundheitsmanagements

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Kooperative Arbeitsplatz-/Gefährdungsbeurteilung</b>	Erhebung und Analyse der Belastungen/Gefährdungen an den unterschiedlichen Arbeitsplätzen in der Verwaltung. Die Beschäftigten werden in den Analyseprozess im Rahmen von Workshops einbezogen mit dem Ziel, gemeinsam Maßnahmen für die Bereitstellung eines sicheren, ergonomischen und gesundheitsförderlichen Arbeitsplatzes zu erarbeiten. Die (schrittweise) Umsetzung ermöglicht gesunde Berufsverläufe, erhöht die Mitarbeiterzufriedenheit und reduziert krankheitsbedingte Fehlzeiten.
<b>Gesundheitscheck</b>	Allen Mitarbeitern wird die Möglichkeit geboten, in regelmäßigen Abständen einen umfassenden »Gesundheitscheck« durchführen zu lassen. So können frühzeitig Erkrankungen erkannt, präventive Maßnahmen ergriffen und die Leistungsfähigkeit der Beschäftigten im Erwerbsverlauf erhalten werden.
<b>Betriebliche Gesundheitsleistungen</b>	Die Verwaltung bietet den Mitarbeitern kostenlos gesundheitsfördernde Leistungen an: zum Beispiel Gripeschutzimpfungen, Massagen am Arbeitsplatz, finanzielle Unterstützung bei »alternativer medizinischer Behandlung«, Reisechutzimpfungen, zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen etc. (vgl. Igel-Leistungen). Solche zusätzlichen Sozialleistungen helfen zudem, die öffentliche Verwaltung als attraktiven Arbeitgeber zu positionieren, und steigern die Identifikation und Motivation der Mitarbeiter.
<b>Gesundheitscoaching</b>	In Workshops, die i. d. R. durch externe Experten durchgeführt werden, sollen den Beschäftigten die negativen Auswirkungen von bspw. falscher Ernährung oder mangelnder Bewegung vermittelt werden. Ein so gefördertes Gesundheitsbewusstsein hat langfristig positive Auswirkungen auf Leistungsfähigkeit und Fehlzeiten.
<b>Betriebssport</b>	Flankierend zum Gesundheitscheck und zum Gesundheitscoaching kann die körperliche (und damit einhergehend auch die geistige) Konstitution durch ein breites Sportangebot für die Beschäftigten deutlich verbessert werden.
<b>Planung »gesunder Erwerbsverläufe«</b>	Unter Einbeziehung der Beschäftigten wird eine alternsorientierte Laufbahngestaltung entwickelt. Darunter ist bspw. die vorausschauende Planung von Tätigkeitswechseln zu verstehen, die altersbedingten Änderungen der Leistungsfähigkeit gerecht werden, aber auch die Planung von begleitenden Qualifizierungsmaßnahmen. Eine solche Laufbahngestaltung ist vor allem bei Tätigkeiten mit hohen körperlichen Belastungen sinnvoll.

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Veränderung quantitativer Leistungsvorgaben</b>	Die quantitativen Anforderungen an ältere Mitarbeiter mit ärztlich diagnostizierten Gesundheitsbeeinträchtigungen bzw. Leistungseinschränkungen werden reduziert. Im Gegenzug können Fehlzeiten gesenkt und damit die Kosten, die durch die geringeren Leistungsvorgaben entstehen, kompensiert werden.
<b>Wiedereingliederungskoaching</b>	Mitarbeiter werden nach längeren krankheitsbedingten Arbeitsausfällen professionell durch die Führungskräfte und Mediziner bei der Wiederaufnahme der Arbeit begleitet. Ziel ist, die Mitarbeiter langsam an ihre ursprüngliche Aufgabe heranzuführen bzw. diese bedarfsgerecht zu verändern. Dadurch sollen unnötige Überlastungen beim Arbeitsbeginn vermieden und übermäßiger Leistungsdruck abgebaut werden. Weiterhin können im Rahmen dieses Prozesses gezielt medizinische Rehabilitationsmaßnahmen beschlossen werden, die die Arbeitsfähigkeit des Mitarbeiters unterstützen.
<b>Work Ability Index (WAI)</b>	Mit dem WAI wird die Arbeitsfähigkeit von Erwerbstätigen beurteilt. Dies geschieht mittels eines Fragebogens, der entweder von den entsprechenden Beschäftigten selbst oder von Dritten, bspw. dem Betriebsarzt im Rahmen einer Untersuchung, ausgefüllt wird. Der WAI erlaubt auf einer Skala von 7 »keine Arbeitsfähigkeit« bis 49 »maximale Arbeitsfähigkeit«, u. a. die Abschätzung von Risiken bzgl. Arbeitsunfähigkeit und Frühinvalidität.
<b>Stress-Management</b>	Im Rahmen von Seminaren und Workshops wird der bewusste Umgang mit Stresssituationen im Arbeitsalltag, aber auch im privaten Bereich trainiert. So sollen die Mitarbeiter eine erfolgreiche Bewältigung der psychologischen Belastungen des Alltags erlernen.

#### 4.6 Personalentwicklung

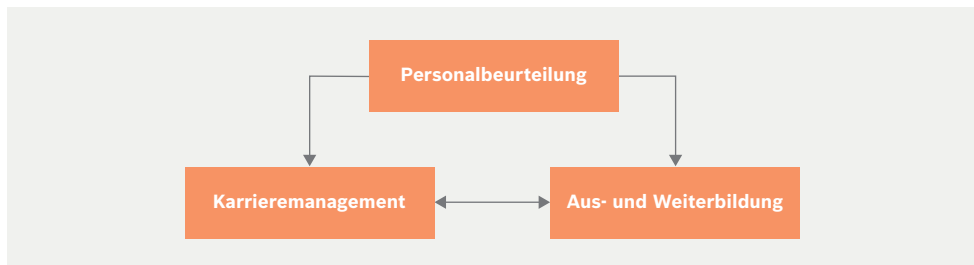
Mitarbeiter hinsichtlich ihrer Fähigkeiten und Kompetenzen in die Lage zu versetzen, zukünftige Anforderungen in ihrem Arbeitsgebiet kompetent bearbeiten zu können oder sich für neue Tätigkeiten zu qualifizieren, diese Aufgabe steht im Zentrum der Personalentwicklung. Angesichts von Verwaltungen, die zukünftig komplexer werdende Aufgaben mit weniger, dafür aber älterem Personal bewältigen müssen, gewinnt die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung des Personals erheblich an Bedeutung. Gleichzeitig wird es Aufgabe der Personalentwicklung sein, die Attraktivität der öffentlichen Verwaltung für neue Mitarbeiter durch Karrierechancen und Weiterbildungsmöglichkeiten zu erhöhen und leistungsorientierten Mitarbeitern professionelle Unterstützung für ihre Weiterentwicklung zu bieten.

Im Rahmen einer demographieorientierten Personalpolitik zielen Personalentwicklungsmaßnahmen nicht nur auf ältere Mitarbeiter. Vielmehr müssen im Sinne eines lebenslangen Lernens alle Mitarbeiter dahingehend entwickelt werden, dass sie langfristig eine Flexibilität im Einsatz behalten, um auf zukünftige Veränderungen reagieren zu können. Der hohe Altersdurchschnitt der gegenwärtigen Belegschaften führt jedoch dazu, dass kurzfristig die Qualifizierung älterer Mitarbeiter in das Zentrum der Personalentwicklung rückt. Ältere Mitarbeiter sind nicht grundsätzlich weniger lernbereit als jüngere, aber sie stellen andere Anforderungen an Schulungs- und Weiterbildungsangebote. Hier sind insbesondere die Bereitschaft und Motivation älterer Mitarbeiter zum lebenslangen Lernen eine Herausforderung für die Personalentwicklung. Für das Personalmanagement heißt das, die Voraussetzungen, Strukturen und Anreize für lebenslanges Lernen zu schaffen und Angebote zu konzipieren, die der individuellen Lernbereitschaft und den Lernpräferenzen der Mitarbeiter entsprechen.

In der Literatur werden vielfach die fehlenden Entwicklungs- und Ausbildungsmöglichkeiten als systemimmanentes Problem des öffentlichen Dienstes identifiziert.<sup>87</sup> Die im öffentlichen Dienst üblichen Beförderungsaufstiegen führen dazu, dass eine strategische und flexible Personalentwicklung vielfach nicht stattfindet bzw. nicht stattfinden kann. Starre vertikale Laufbahnentwicklungskonzepte, die sowohl vonseiten der Mitarbeiter als auch der Personalverwaltung eingeklagt werden können, schränken die möglichen Entwicklungschancen zusätzlich ein. Diese systematische Begrenzung von Personalentwicklungsmöglichkeiten hat negative Konsequenzen sowohl für die Entfaltung der vorhandenen Kompetenzen im öffentlichen Dienst als auch für die Motivation und schließlich die Leistung der Mitarbeiter.

Die Instrumente der Personalentwicklung lassen sich grundsätzlich in drei Kategorien einordnen, wie Abbildung 31 zeigt. Die Personalbeurteilung bildet den logischen Anfang jeglicher Personalentwicklungsmaßnahmen und ist die Basis für ein gezieltes Karrieremanagement und die Aus- und Weiterbildung. Während sich das Karrieremanagement auf den Entwicklungspfad des Mitarbeiters und seine Position in der Firma konzentriert, beschreibt die Aus- und Weiterbildung die individuelle Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen. Dabei bestehen jedoch auch Wechselwirkungen: So stellt die Aus- und Weiterbildung die Basis einer Karriere dar, während sich aus den Karrierezielen der Aus- und Weiterbildungsbedarf ableiten lässt.

Abbildung 31 | Instrumente der Personalentwicklung



Quelle: Prognos 2008

Moderne Personalentwicklung in der Verwaltung bedeutet gleichzeitig auch, dass es zu einer Dezentralisierung von Personalentwicklungsmaßnahmen bis hinunter auf die Ebene der einzelnen Abteilungen und Referate kommt.<sup>88</sup> Damit wird zum einen der Tatsache Rechnung getragen, dass in der Personalentwicklung kein »One-Size-Fits-All-Ansatz« möglich ist.<sup>89</sup> Zum anderen zeigt sich darin auch, dass die Personalentwicklung der Zukunft nicht zentral durch die Personalabteilung gesteuert wird, sondern innerhalb der einzelnen Abteilungen und Referate in enger Abstimmung zwischen Vorgesetztem und Mitarbeiter stattfindet. In der Konsequenz erfordert dies aber, dass auf allen Positionen mit Führungsverantwortung Kompetenzen und Instrumente für die Personalentwicklung vorhanden sein müssen.

<sup>87</sup> Vgl. Thom/Ritz (2008)

<sup>88</sup> Vgl. Rump/Sattelberger/Fischer (2005)

<sup>89</sup> Vgl. Berman/Bowman/West/Van Wart (2006)

Der inhaltliche Schwerpunkt der Personalentwicklung in der öffentlichen Verwaltung im Bereich der Bildung und Weiterbildung liegt derzeit vor allem auf der fachlichen Ebene. Die Entwicklung von Soft Skills, Führungsqualitäten, Arbeitsmethoden etc. steht demgegenüber weniger im Fokus. Es sind aber gerade diese eher »weichen« Kompetenzen, die im zukünftigen Arbeitskontext stärker gefordert werden und die zugleich auch für die Potentialentwicklung und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter insgesamt eine wichtige Rolle spielen. Die Personalentwicklung wird in Zukunft diese Bereiche stärker berücksichtigen müssen, um den zukünftigen Arbeitsanforderungen besser zu entsprechen und die vorhandenen Kompetenzen nachhaltig nutzen zu können.

Ein wichtiger Baustein auf dem Weg zum lebenslangen Lernen ist zunächst die »Selbstentwicklung des Mitarbeiters«, also das Lernen zu lernen. Dabei entwickelt der Mitarbeiter die Fähigkeit und Bereitschaft, selbstständig Probleme und Abweichungen von der Routine zu identifizieren und nach neuen Problemlösungen zu suchen. In diesem Zusammenhang nehmen Mitarbeiter z. B. eigenen Schulungsbedarf wahr und entwickeln gemeinsam mit dem Vorgesetzten Lösungsstrategien. Diese Stärkung der Lern- und Handlungsautonomie der Mitarbeiter unterstützt langfristig seine Produktivität und Leistungsfähigkeit und damit die Effizienz der gesamten öffentlichen Verwaltung.

Aus Sicht des Arbeitgebers öffentliche Verwaltung ist eine umfassende Personalentwicklung der Mitarbeiter auch mit Risiken behaftet, da sie vielfach an hohe Investitionen gekoppelt ist, deren Amortisation zunächst ungewiss ist. Der Aufbau von Fähigkeiten und Kompetenzen birgt theoretisch die Gefahr, sich aus der öffentlichen Verwaltung »heraus-zu-entwickeln« und der öffentlichen Verwaltung als Mitarbeiter verloren zu gehen. Allerdings unterschätzt eine solche Sicht die Motivations- und Bindungswirkung von Personalentwicklungsmaßnahmen. Erfahrungen in der Privatwirtschaft zeigen, dass die Fluktuationsrate in jenen Unternehmen am niedrigsten ist, die umfassend in die Entwicklung ihrer Mitarbeiter investieren.<sup>90</sup> Ziel von Personalentwicklung muss es somit sein, »to make the workforce able to leave, but want to stay«.<sup>91</sup>

Durch Führungskräftenachwuchsprogramme kontinuierlich Personal entwickeln, motivieren und binden

In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes sind bereits sogenannte Führungskräftenachwuchsprogramme im Einsatz, um Nachwuchspersonal mit Führungsqualifikationen frühzeitig zu identifizieren und zu fördern.

**Beispiel Landkreis Osnabrück:** Nach einem absolvierten Grundtraining (Inhalte beispielsweise: Moderation, Zielvereinbarungen, Controlling) können sich interessierte Führungsnachwuchskräfte für ein »Potentialentwicklungs-Assessment-Center« bewerben. Das Bestehen des Assessment-Centers eröffnet die Teilnahme an einer 15-monatigen Weiterbildungsphase mit jeweils mehrtägigen Seminaren (Inhalte beispielsweise: Rollenverständnis, Kommunikationstechniken, Coaching). Das Führungskräftenachwuchsprogramm hat für beide Seiten

<sup>90</sup> Vgl. Rump/Sattelberger/Fischer (2005)

<sup>91</sup> Vgl. Tamkin/Hillage (1999)

Vorteile: Es ermöglicht dem Landkreis Osnabrück die Identifikation seines Nachwuchspools, und gleichzeitig senkt die systematische interne Rekrutierung das Risiko externer Fehlbesetzungen. Darüber hinaus erhalten Mitarbeiter in einem transparenten Verfahren Klarheit über ihre Entwicklungschancen oder ihre Defizite.

**Beispiel Baden-Württemberg:** Der Führungslehrgang der Führungsakademie Baden-Württemberg bereitet ausgewählte hochqualifizierte Teilnehmer aus der Landesverwaltung und auch Teilnehmende aus Wirtschaftsunternehmen, Kommunen, kirchlichen Einrichtungen und anderen Bereichen außerhalb der Landesverwaltung systematisch auf leitende Führungsfunktionen vor. Der elfmonatige Lehrgang besteht aus Kursen, gemeinsamer Projektarbeit und zwei Praktika in Wirtschaftsunternehmen und im Ausland.

#### 4.6.1 Personalbeurteilung

Die Notwendigkeit von regelmäßiger Personalbeurteilung ist aufgrund der lebenslangen Beschäftigung und der automatischen Beförderung im öffentlichen Dienst bisher nur sehr begrenzt anerkannt worden. Im Zuge einer Professionalisierung des Personalmanagements und der Personalentwicklung nimmt ihre Bedeutung aber stetig zu.<sup>92</sup>

Die Personalbeurteilung dient dazu, die bisherigen Leistungen und vor allem das Potential des Mitarbeiters genauer einschätzen zu können.<sup>93</sup> Sie legt damit die Basis für weitere Personalentwicklungsmaßnahmen. Eine systematische Personalbeurteilung kann zum Beispiel ergeben, dass ein Mitarbeiter in einer operativen Position hervorragende Leistungen erbringt, jedoch für eine Führungsposition wenig geeignet ist. Im Ergebnis könnte dieser Mitarbeiter gezielte Unterstützung für eine Fachkarriere erhalten.

Zwar zeigt sich in der Praxis, dass die Personalbeurteilung nicht zu unterschätzende Kosten verursacht (z. B. für die Schulung von Mitarbeitern sowie der notwendige Zeitaufwand für die Durchführung der Personalbeurteilung). Gleichzeitig ist jedoch nur so eine strategische und transparente Personalentwicklung möglich.

Wichtig mit Blick auf die Personalentwicklung ist, dass die Personalbeurteilung nicht nur als Leistungsbeurteilung verstanden werden darf, wie sie z. B. als Grundlage von leistungsbezogenen Gehältern eingesetzt wird. Zwar ist die Leistungsbeurteilung ein Bestandteil der Personalbeurteilung; diese geht jedoch im Rahmen der Personalentwicklung darüber hinaus, da sie sich am Entwicklungspotential und den Entwicklungschancen von Mitarbeitern orientiert und dazu – über die bisherige Leistung hinaus – auch die Motivation und die Kompetenzen des Mitarbeiters berücksichtigt.<sup>94</sup>

<sup>92</sup> Vgl. Thom/Ritz (2008)

<sup>93</sup> Vgl. König/Haßelmann (2001)

<sup>94</sup> Vgl. Thom/Ritz (2008)

### Instrumente der Personalbeurteilung

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Erfassung arbeitsbiografischer Daten</b>	Dabei werden zumeist ohnehin schon vorliegende Daten über den Mitarbeiter hinsichtlich seiner Kompetenzen und Entwicklung (z.B. Bildungsabschluss, Weiterbildungen, Alter, andere Arbeitserfahrungen etc.) systematisch erfasst und aufbereitet.
<b>Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch</b>	In solchen Gesprächen besprechen Mitarbeiter und Vorgesetzter in regelmäßigen Abständen die bisherige Karriereentwicklung und – in kooperativem Rahmen – mögliche Ziele für die Zukunft. Um ein solches Gespräch nicht zu überfrachten und eine klare Trennung zwischen Leistungsbeurteilung und Potentialanalyse zu erreichen, ist es empfehlenswert, zwei getrennte Gespräche durchzuführen. <sup>95</sup> Vgl. Zielvereinbarungsgespräche, Personalentwicklungsgespräche
<b>Zielvereinbarungsgespräche</b>	Im Zielvereinbarungsgespräch zwischen Mitarbeiter und Vorgesetztem werden in kooperativem Rahmen die erwarteten zukünftigen Leistungen des Mitarbeiters vereinbart sowie die Zielerreichung der Vorjahresziele besprochen. Ursachen für Leistungserfüllung oder auch Nichterfüllung werden offen besprochen. <sup>96</sup> Zielvereinbarungen sollen <b>SMART</b> formuliert sein ( <b>S</b> pecific = spezifisch, <b>M</b> easurable = messbar, <b>A</b> chievable = erreichbar, <b>R</b> elevant = relevant und <b>T</b> imed = terminiert).
<b>Personalentwicklungsgespräche</b>	Beim Personalentwicklungsgespräch werden mit dem Mitarbeiter Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten besprochen. Der Vorgesetzte schafft in diesem Gespräch Transparenz hinsichtlich der Chancen und Anforderungen, die mögliche Entwicklungen mit sich bringen.
<b>Mitarbeiterbefragungen</b>	Insbesondere bei der Beurteilung von Führungskräften kann eine Befragung der Mitarbeiter fester Bestandteil der Personalbeurteilung sein. Gerade um die Führungsleistung richtig einzuschätzen, ist es wichtig, auch die Perspektive der Mitarbeiter zu berücksichtigen. Darüber hinaus bilden regelmäßige Mitarbeiterbefragungen auch eine solide Basis für das weitere Personalmanagement. So kann mit diesem Instrument z.B. die Einstellung der Mitarbeiter zum Arbeitgeber, zu organisationalen Prozessen etc. erfasst werden und anschließend wieder in eine Weiterentwicklung des Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung einfließen. <sup>97</sup>

#### 4.6.2 Karrieremanagement

Nachdem im Rahmen regelmäßiger Personalbeurteilungen die Leistung und das Potential eines Mitarbeiters der öffentlichen Verwaltung eingeschätzt wurden, wird die weitere Personalentwicklung im Rahmen eines professionellen Karrieremanagements entwickelt. Für die öffentliche Verwaltung werden in diesem Zusammenhang vielfach die fehlenden Entwicklungs- und Ausbildungsmöglichkeiten als systemimmanentes Problem kritisiert. Ein auf die Person zugeschnittener Karrierepfad ist angesichts starrer Laufbahnen und Beförderungsautomatismen im öffentlichen Dienst bislang schwer zu realisieren. Instrumente des Personalmanagements müssen diesem Defizit Rechnung tragen.

<sup>95</sup> Empirische Untersuchungen im öffentlichen Dienst haben gezeigt, dass bei der Einführung von Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen in der öffentlichen Verwaltung sowohl von den Mitarbeitern als auch vonseiten der Vorgesetzten Skepsis gegenüber diesem Instrument vorherrscht. Ein Grund dafür wird in der inhaltlichen Überfrachtung dieses Gesprächs gesehen. Vgl. König (2006)

<sup>96</sup> Vgl. Lorse (2001)

<sup>97</sup> Beispielsweise werden in der Schweiz jährlich Mitarbeiterbefragungen in der Bundesverwaltung durchgeführt, um die Einstellung, die organisatorischen Rahmenbedingungen, die Motivation und die Gesundheit zu erfragen; vgl. EPA (2007): Evaluationsbericht Personalbefragung 2007 in der Bundesverwaltung, Bern.



#### Frauenförderung in der Landeshauptstadt München

Die Landeshauptstadt München verfügt im interkommunalen Vergleich bereits heute über einen hohen Anteil weiblicher Mitarbeiter. Diese hohe Frauenquote (gesamt rund 57 %, Führungskräfte 45 %) ist das Ergebnis gezielter Personalmanagementmaßnahmen, mit denen die Stadt ihre Attraktivität als Arbeitgeberin für Frauen ausbaut und das vorhandene Potential der Mitarbeiterinnen besser nutzt. Teilzeitbeschäftigung wird gezielt durch die Personalverwaltung gefördert: Eine Beratungsstelle informiert und berät Beschäftigte sowie Dienststellen in allen Fragen rund um das Thema. Bei Stellenausschreibungen muss schriftlich begründet werden, wenn Stellen nicht teilzeitfähig sind. Insbesondere die Führung in Teilzeit konnte so in der Stadtverwaltung auf durchschnittlich 13,4 % erhöht werden.

Die Personalverwaltung unterstützt durch verschiedene Maßnahmen aktiv die frühe Rückkehr von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nach der Beurlaubung aufgrund von Elternzeit und Kinderbetreuung. So kann die Stadt München das große Potential und Wissen der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sichern und die Investition in diese (insgesamt kostet die Ausbildung zum mittleren bzw. gehobenen Verwaltungsdienst rd. 50.000 bis 80.000 Euro) amortisieren. Im Rahmen des Programms »Kontakt schafft Perspektive – für Familie und Beruf«

- :: wird Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Regel nach der Beurlaubung die Möglichkeit einer Rückkehr auf die alte Stelle für bis zu einem Jahr (Führungskräfte bis zu drei Jahren) zugesichert;
- :: werden Väter insbesondere darauf hingewiesen, dass auch sie Elternzeit oder familiäre Beurlaubung in Anspruch nehmen können;
- :: werden Führungskräfte verpflichtet, Beurlaubungs- und Rückkehrgespräche mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu halten, in denen Möglichkeiten zum Kontakthalten sowie zum geplanten Wiedereinstieg besprochen werden;
- :: unterstützt die Stadtverwaltung den regelmäßigen Kontakt zu den Beurlaubten durch Broschüren, den »Beurlaubten-Newsletter« und den »Tag der Beurlaubten«;
- :: erhalten die Beurlaubten die Möglichkeit, in der Beurlaubung an Fortbildungen und Teamtreffen teilzunehmen. Sie können Vertretungen/Aushilfen, Mitarbeit in Projekten und Hospitationen wahrnehmen, um Kontakt zur Stadtverwaltung zu halten;
- :: werden den beurlaubten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Angebote zu Teilzeit- und Telearbeit unterbreitet, um einen raschen Wiedereinstieg attraktiv zu gestalten.

Durch dieses breite Bündel an Maßnahmen konnte die Stadtverwaltung München die Zahl der Rückkehrer in den vergangenen Jahren deutlich erhöhen und die Zeit der Beurlaubung erheblich verkürzen.

## Instrumente des Karrieremanagements

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Übergreifende Laufbahnkonzepte, Erweiterung der Tätigkeitsfelder</b>	Mitarbeitern wird die Möglichkeit gegeben, sich auch außerhalb der klassischen Laufbahn zu entwickeln. Dies betrifft sowohl die Fachlaufbahnen als auch die Laufbahnstufen, sodass hier ein einfacherer Wechsel möglich ist. Gerade im Bereich der Laufbahnentwicklung stellt vor allem das Dienstrecht einen einschränkenden Faktor dar (vgl. Kapitel 4.1 und 4.2). Sofern ein Abbau dieser rechtlichen Schranken erreicht ist, muss im Rahmen von strategischem Personalmanagement diese Flexibilität bei den Mitarbeitern z. B. durch → Job-Rotation auch gefördert werden.
<b>Job-Rotation</b>	Bei der Job-Rotation werden systematisch Aufgaben- und Arbeitsplatzwechsel innerhalb eines festgelegten Zeitraums (2 – 5 Jahre) nach einem festgelegten Rotationsplan mit freiwilliger Teilnahme angestrebt. Ziel ist es, den Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, andere Bereiche der öffentlichen Verwaltung kennen zu lernen und ihnen weitere Aufgabenfelder zu erschließen. Durch den regelmäßigen Austausch wird Innovationspotential in Bezug auf die Aufgabe (durch neue Mitarbeiter) und den Mitarbeiter (durch neue Aufgaben) angeregt zum Nutzen der gesamten Organisation. Insbesondere mit Blick auf die steigende Zahl älterer Mitarbeiter stellt Job-Rotation eine Möglichkeit dar, jahrelanger, einseitiger Belastung entgegenzuwirken. Durch regelmäßigen Wechsel des Arbeitsplatzes, insbesondere bei körperlich anspruchsvollen Tätigkeiten, kann die Arbeitsfähigkeit des Mitarbeiters deutlich länger erhalten bleiben, und seine Kompetenzen und Fähigkeiten bleiben länger nutzbar. Für das Personalmanagement setzt Job-Rotation jedoch eine längerfristige Planung voraus, damit Rotationszyklen auch abgeschlossen werden können. <sup>98</sup>
<b>Fachkarrieren</b>	Fachkarrieren geben den Mitarbeitern die Möglichkeit, sich jenseits von Hierarchie und Führungsverantwortung weiterzuentwickeln. Insbesondere angesichts eines demographisch begründeten Beförderungsstaus in vielen öffentlichen Verwaltungen können sich Fachkarrieren positiv auf die Arbeitsmotivation der Mitarbeiter auswirken. Neben den klassischen, vertikalen Karrieren nach oben ergeben sich so neue Wege der persönlichen und auch finanziellen Weiterentwicklung. Gerade für wertvolle Spezialisten, die (oftmals bewusst) keine Führungsfunktion anstreben, stellt die Fachkarriere eine geeignete Alternative dar. Fachkarrieren unterstützen zudem die Personalbindung älterer Mitarbeiter.
<b>Systematisches Führungskräfte-nachwuchsförderung</b>	Die Entwicklung und Förderung von Nachwuchsführungskräften ist zentrale Aufgabe der Managementebene einer jeden Organisation. Dies gilt umso mehr für die öffentliche Verwaltung, da dort regelmäßig ein Mangel an Führungskräfte-nachwuchs konstatiert wird. Die Entwicklung von Führungskräfte-nachwuchs ist dabei eine dezentrale Führungsaufgabe, bei der auf weitere Personalmanagementinstrumente zurückgegriffen werden muss, um den zukünftigen Bedarf und das vorhandene Entwicklungspotential der Mitarbeiter abschätzen zu können (z. B. Altersstrukturanalyse, Erfassung arbeitsbiografischer Daten, Personalentwicklungsgespräche). Eine breite Personalentwicklung durch Schulungen, die die jeweiligen Stärken herausarbeitet, sichert und erhält dabei ein breites Potential über alle Mitarbeitergruppen hinweg. Auf Basis von strategischer Personalplanung können dann frühzeitig gezielt Nachwuchskräfte entwickelt werden, wenn sich ein Bedarf abzeichnet. <sup>99</sup> Insbesondere bei großen Verwaltungen, die regelmäßig einen größeren Bedarf an Nachwuchsführungskräften entwickeln, kann es sinnvoll sein (z. B. über regelmäßige Assessment Center), einen Pool an ausgewählten Nachwuchsführungskräften aufzubauen; den sogenannten »Goldfischteich«. Deren Entwicklung und Vernetzung kann dann gezielt durch spezielle Programme gefördert werden. Im Bedarfsfall steht dann eine Auswahl von hoch motivierten und qualifizierten Mitarbeitern für die Nachbesetzung von Führungspositionen bereit.

<sup>98</sup> Vgl. Flendt/Wurst (2003)

<sup>99</sup> Vgl. Krutoff (2004); KGSt (2003)

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Stellenvertretungsplanung</b>	Durch klare Zuweisung von Vertretungsregeln wird den Vertretern durch eine institutionalisierte enge Zusammenarbeit zwischen Vertreter und Vertretenem regelmäßig die Möglichkeit gegeben, die Führungsposition besser kennen zu lernen (Führung auf Probe) und die eigenen Führungsfähigkeiten zu testen und weiter zu entwickeln. Dadurch können neue Aufgabengebiete und Handlungsperspektiven erschlossen sowie Motivationssteigerungen erzielt werden. Gleichzeitig wird durch professionelles Vertretungsmanagement ein besserer Wissenstransfer sichergestellt, da der Stellvertreter regelmäßig Einblick in die Aufgaben des Vorgesetzten erhält.
<b>Projektarbeit</b>	Die Arbeit in Projekten kann ebenso Bestandteil des Karrieremanagements der Mitarbeiter sein. Projekte geben Mitarbeitern die Möglichkeit, aus dem gewohnten Umfeld ihrer Arbeit herauszutreten und neue Aufgaben kennen zu lernen. Die Arbeit in Projektgruppen stärkt darüber hinaus die Bildung von Teamfähigkeit. Im Rahmen von Projekten agieren Mitarbeiter zudem zumeist außerhalb der gewohnten Hierarchie und in starker Eigenverantwortung. Dies demonstriert und fördert gleichzeitig die Führungsfähigkeit.
<b>Senior Consultants</b>	Im Rahmen des Ehemaligenmanagements ist die öffentliche Verwaltung bestrebt, auch nach dem Ausscheiden aus Altersgründen Kontakt zu den Mitarbeitern zu halten. Im Bedarfsfall kann die öffentliche Verwaltung das Erfahrungswissen der älteren Mitarbeiter als Senior Consultants im Rahmen von Beratungsprojekten auch weiterhin nutzen. Älteren Mitarbeitern wird durch den Aufbau und die Nutzung solcher Senior Consultant Pools eine zusätzliche Entwicklungsperspektive auch nach dem offiziellen Austritt aus dem Arbeitsleben gegeben. Es ist ein Ausdruck von Wertschätzung und kann bereits in der aktiven Phase die Arbeitsmotivation steigern.
<b>Mentoring</b>	Beim Mentoring werden auf freiwilliger Basis mit Unterstützung durch die Verwaltungsführung Paare aus Mentor (erfahrene Mitarbeiter, die nicht direkte Vorgesetzte sind) und Mentee (meist jüngere Mitarbeiter) gebildet, die regelmäßig strukturierte Gespräche im informellen Rahmen führen. Dabei steht der fruchtbare Austausch über die unterschiedlichen Hierarchieebenen hinweg im Vordergrund. Dem Mentee wird hier die Möglichkeit geboten, im informellen Rahmen über Karriere- und Entwicklungsziele zu diskutieren. Neben der Unterstützung von Karrieremanagement kann das Mentoring den Wissenstransfer über die Mitarbeitergenerationen hinweg unterstützen. Es bietet zudem dem Mentor, der für gewöhnlich auch eine Führungsposition in der Verwaltung innehat, die Möglichkeit, im informellen Rahmen Informationen über Abläufe und Tätigkeiten der Gesamtorganisation zu erhalten.

#### Das »Assessorenmodell« in der Hammer Stadtverwaltung

Durch Erstellung personenscharfer Altersstrukturanalysen hat die Stadtverwaltung Hamm einen guten Überblick über das Alter der einzelnen Mitarbeiter. Wenn absehbar ist, dass Führungskräfte mit hohem Spezialwissen in 3 – 5 Jahren die Stadtverwaltung altersbedingt verlassen, nutzt die Stadt ein »Assessorenmodell« zum Führungskräfteaufbau und zum Wissenstransfer.

Dabei wird in der betroffenen Abteilung eine frei werdende Stelle auf eine höherwertigere Qualifikationsstufe erweitert. Diese höherwertige Stelle wird dann von einem Bewerber besetzt, der vorläufig als Nachfolger des ausscheidenden Mitarbeiters vorgesehen ist. In den folgenden Jahren wird der Nachfolger im Rahmen von »training on the job« gezielt aufgebaut, und es wird ein Wissenstransfer zwischen Ausscheidendem und Nachfolger forciert. Wissen und Erfahrung bleiben so in der Verwaltung erhalten. Das »Assessorenmodell« wird flexibel als Bestandteil eines umfassenden Personalmanagements in der Stadtverwaltung Hamm gehand-

habt, und die darin vorgesehene Nachfolgeplanung ist nicht zwangsläufig, wenn sich bessere Möglichkeiten eröffnen. Die durch die Höherbewertung der Stelle anfallenden Kosten werden von der betroffenen Abteilung getragen, die so die Investition ins Wissensmanagement selbst erbringen muss.

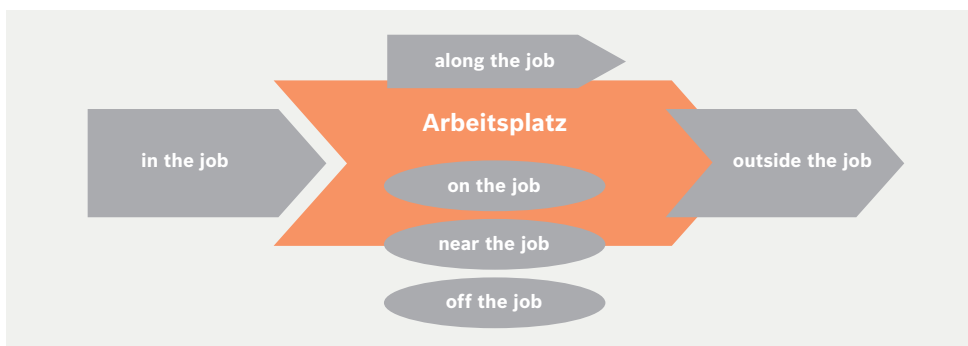
#### 4.6.3 Bildung und Weiterbildung

Bildung und Weiterbildung von Mitarbeitern sind das klassische Handlungsfeld der Personalentwicklung. Die öffentliche Verwaltung hat damit die Möglichkeit, Lücken im Gesamt-Know-How der Verwaltung zu identifizieren und diese durch entsprechende Schulungen der Mitarbeiter zu schließen. Maßnahmen der Bildung und Weiterbildung können je nach Bedarf für alle Kompetenzbereiche der Mitarbeiter zugeschnitten werden:

- :: Selbstkompetenz, so z.B. die eigene Leistungsbereitschaft, das Erkennen eigener Stärken und Schwächen, Selbstvertrauen, Selbstständigkeit und Selbstorganisation;
- :: Sozialkompetenz, z.B. im Umgang mit Kollegen, Vorgesetzten und Untergebenen, inklusive des Selbstmanagements;
- :: Wissenskompetenz, also das tatsächlich vorhandene Fachwissen zu einzelnen Themen;
- :: Methodenkompetenz, d.h. die Fähigkeit der Problemlösung und des Umgangs mit neuen Arbeitsmethoden.

Dem Arbeitgeber stehen dabei verschiedene zeitliche und räumliche Möglichkeiten zur Verfügung, wann, wo und wie die Mitarbeiter neue Kompetenzen erlernen bzw. alte Kompetenzen vertiefen können. (vgl. Abbildung 32)

Abbildung 32 | Möglichkeiten der Weiterbildung



Quelle: Berman/Bowman/West/Van Wart (2006)

Beim Eintritt in eine neue Stelle bzw. nach der Rückkehr aus längerer Beurlaubung (z.B. Kinderbetreuung) können Mitarbeiter in der Vorbereitung auf ihre (neue) Tätigkeit geschult werden (»in the job«).<sup>100</sup> Oder – der Regelfall – sie können im Laufe ihres Arbeitslebens (»along the job«) je nach Bedarf weitergebildet werden. Zu einem ganzheitlichen Ansatz der Fort- und Weiterbildung zählt zudem die

<sup>100</sup> Vgl. Kollerker/Wolzendorff (2008)

systematische Vorbereitung des Austritts aus dem Arbeitsplatz (»outside the job«), sei es aus Altersgründen, aufgrund eines Arbeitsplatzwechsels oder wegen einer Entlassung. Insbesondere beim Austritt aus Altersgründen steht beim Training »outside the job« der Gedanke des Wissenstransfers und des Ehemaligenmanagements im Vordergrund. Für den Ort der Schulung bieten sich verschiedene Möglichkeiten an: Mitarbeiter können direkt an ihrem Arbeitsplatz (»on the job«) geschult werden, in einer Schulungssituation in den Räumen der eigenen Verwaltung (»near the job«) oder auch in externen Schulungseinrichtungen außerhalb der eigenen Verwaltung (»off the job«). Weitere Optionen bietet die Frage, inwieweit Mitarbeiter eigene Zeit in ihre Weiterbildung investieren oder die Schulungen während der Arbeitszeit erfolgen.

Bei der Entwicklung von Weiterbildungskonzepten sollte das breite Spektrum der Möglichkeiten genutzt werden, um je nach Lerninhalten, Anforderungen und Lernverhalten des Mitarbeiters individuell geeignete Weiterbildungsangebote konzipieren zu können. Mit Blick auf die steigende Zahl älterer Mitarbeiter wird sich auch die Methodik und Didaktik der Weiterbildung in der öffentlichen Verwaltung anpassen müssen. Zwar sind Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen altersunabhängig, allerdings unterscheiden sich sowohl Lernziele als auch die Lernweise mit dem Alter. Im Rahmen der Personalentwicklung müssen deshalb die Lerninhalte altersgerecht abgestimmt werden. So wird z. B. die Vermittlung unmittelbar anwendungsorientierten Wissens gerade von älteren Mitarbeitern wesentlich positiver wahrgenommen als praxisferne Theorie. Nur wenn es gelingt, auch die älteren Mitarbeiter für kontinuierliche Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen zu motivieren, kann langfristig mit älter werdender Belegschaft das Leistungsniveau der Verwaltung gehalten werden.

#### Rekrutierung von Nachwuchsführungskräften bei der Landeshauptstadt München

Um in einem zukünftig härter werdenden »war for talents« langfristig eine ausreichend hohe Anzahl an Nachwuchsführungskräften sicherstellen zu können, geht die Landeshauptstadt München im gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst neue Wege. Seit dem Einstellungsjahr 2008 bietet die Landeshauptstadt neben dem klassischen Studium zum gehobenen nichttechnischen Verwaltungsdienst an der Bayerischen Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege einen Bachelorstudiengang »Bachelor of Arts, Public Management« an.

Das Studium erfolgt in Kooperation mit der Fachhochschule für angewandtes Management in Erding. Im Unterschied zur klassischen Beamtenlaufbahn für den gehobenen Dienst, für die die Stadt nach wie vor ausbildet, stehen bei dem Bachelorstudiengang neben rechtlichen Kenntnissen stärker betriebswirtschaftliche Kenntnisse im



Landeshauptstadt München

**Du willst nur eins: Alles?**

[WWW.MUENCHEN.DE/AUSBILDUNG](http://WWW.MUENCHEN.DE/AUSBILDUNG)  
MÜNCHEN WARTET AUF DICH

Dann gibt es nur eins:  
**Das Studium Betriebswirtschaft mit Studienschwerpunkt Public Management Bachelor of Arts (B.A.)**

Fokus. Zudem Schlüsselqualifikationen wie Kommunikation, Projektmanagement und Führung. Moderne Lehrformate, aber auch attraktive Rahmenbedingungen wie die Übernahme der Studiengebühren sowie eine Bezahlung der Studierenden während des Studiums (1.040,- Euro (brutto) pro Monat) runden das Angebot ab.

Darüber hinaus ist bei diesem neuen Studiengang eine deutsche oder EU-Staatsbürgerschaft nicht erforderlich. So wird versucht, vermehrt ausländische Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund für ein Studium und eine spätere Beschäftigung im gehobenen Verwaltungsdienst zu gewinnen.

### Instrumente Bildung und Weiterbildung

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>E-Learning</b>	<p>E-Learning ist ein zunehmend wichtig werdendes Instrument des Fernunterrichts. Beim E-Learning werden digitale Medien zur Aufbereitung der Lerninhalte und zur Unterstützung der Kommunikation genutzt, um Bildung und Weiterbildung zu unterstützen. Vorteile des E-Learnings sind v.a. die örtliche und zeitliche Unabhängigkeit, die individualisierte Handhabung sowie die digitale Interaktivität und Multimedialität.</p> <p>E-Learning sollte jedoch mit klassischer Wissensvermittlung vor Ort und Gruppenarbeiten kombiniert werden, um dem Lernenden auch Gelegenheit zur notwendigen Interaktion während der Wissensvermittlung zu geben.</p>
<b>Trainee-Programme</b>	<p>Trainee-Programme stellen eine besondere Form des Trainings »into the job«, also des Berufseinstiegs, dar. Junge Mitarbeiter werden hier in den ersten Jahren ihrer Anstellung umfassend geschult und durchlaufen verschiedene Stationen der öffentlichen Verwaltung. In diesen ersten Jahren investiert die öffentliche Verwaltung somit umfassend in diese Trainees. Nach der Durchführung eines Trainee-Programms stehen der öffentlichen Verwaltung hochqualifizierte Mitarbeiter zur Verfügung, die die verschiedenen Abteilungen und deren Prozesse gut kennen.</p> <p>Obgleich die bestehenden Referendarprogramme am Beginn einer Beamtenlaufbahn durchaus mit einem Trainee-Programm zu vergleichen sind, hat sich dieses Instrument bei Einstellung tariflich Beschäftigter bisher nicht durchgesetzt. Die öffentliche Verwaltung hat somit bei der Einführung im Tariffbereich die Möglichkeit, auf die positiven Erfahrungen der Referendarprogramme aufzubauen und diese weiterzuentwickeln. Trainee-Programme werden in der Privatwirtschaft insbesondere für Nachwuchsführungskräfte angeboten.</p>
<b>Qualitätszirkel/ Lernstätten</b>	<p>Hintergrund der Qualitätszirkel und Lernstätten ist die Grundannahme, dass das größte Wissen über die Lösung der Probleme der Verwaltung in der Verwaltung selber liegt. Dazu werden auf Dauer angelegte Gesprächsgruppen mit einer begrenzten Zahl an Mitarbeitern der unteren Hierarchieebene eingerichtet. Diese diskutieren moderiert oder eigenständig Probleme in ihrer Arbeit, tauschen Erfahrungen aus und entwickeln Lösungen. Kenntnisse, die davor nur einzelne Mitarbeiter hatten, werden so der gesamten Gruppe zur Verfügung gestellt. Qualitätszirkel/Lernstätten unterstützen darüber hinaus die Kommunikation und Teamfähigkeit und stärken die Eigenverantwortung der Mitarbeiter. Durch Konzentration auf spezielle Themen (IT, Rechtliches, Gesundheit etc.) kann der Bereich des Wissenstransfers eingegrenzt werden.</p>
<b>Individuelles Coaching</b>	<p>Neben der klassischen Personalschulung einer Gruppe von Mitarbeitern kann Fort- und Weiterbildung auch durch individuelles Coaching erfolgen. Einzelnen Mitarbeitern wird dabei durch einen persönlichen Coach bestimmtes Wissen konzentriert vermittelt. Durch die sehr individuelle Betreuung wird ein hoher Wissenstransfer sichergestellt. In der Praxis findet individuelles Coaching vor allem auf höheren Führungsebenen statt.</p>

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Wissenstransfer und -management</b>	Der Ressource Wissen kommt in der öffentlichen Verwaltung eine wesentliche Bedeutung zu. Der zu erwartende Anstieg altersbedingter Austritte aus der öffentlichen Verwaltung rückt die Frage des Wissenstransfers und -managements ins Zentrum der Personalentwicklung. Ganzheitliche Ansätze des Wissensmanagements stellen sicher, dass das in der Verwaltung vorhandene Fach- und Prozesswissen rechtzeitig erfasst wird (z.B. in Form von Wissenslandkarten, Dokumentationen, Vorträgen etc.). Darüber hinaus steht der Austausch des Wissens zwischen den Mitarbeitern und dessen kontinuierliche Pflege im Vordergrund. Geeignete Instrumente müssen beachten, dass ein unkomplizierter Zugriff möglich ist, um das gesammelte Wissen in der Praxis möglichst breit nutzbar zu machen.
<b>Mitarbeitervorträge</b>	Teil der Fort- und Weiterbildung ist auch der Wissenstransfer innerhalb des Unternehmens. Dazu können in regelmäßigen Abständen einzelne Mitarbeiter über Aspekte ihrer Tätigkeit berichten, die auch für die restlichen Mitarbeiter in der Verwaltung von Interesse sind (z.B. erfolgreiche Projekte, Gesetzesänderungen, innovative Problemlösungen, neue technische Möglichkeiten). Der Wissenstransfer innerhalb der öffentlichen Verwaltung wird so unterstützt, ebenso wie ein gemeinsames Verständnis der unterschiedlichen Prozesse geschaffen wird. Für den Vortragenden Mitarbeiter stellen solche Vorträge zudem die Möglichkeit dar, die eigene Präsentationskompetenz »in halboffizieller Umgebung« zu schulen.
<b>Altershomogene Lerngruppen</b>	Im Bereich der Bildung und Weiterbildung hat sich in vielen Fällen die Bildung altershomogener Lerngruppen bewährt. Diese Maßnahme trägt den unterschiedlichen Lernanforderungen der verschiedenen Altersgruppen in der öffentlichen Verwaltung Rechnung. So können Lernfrustration vermieden und die Motivation unterstützt werden. Die Bereitschaft zu kontinuierlicher Bildung und Weiterbildung kann so nachhaltig gestärkt werden.
<b>Aufbaustudium</b>	Die Einführung der modularisierten Studiengänge an öffentlichen und privaten Bildungseinrichtungen führt zu einer Flexibilisierung der Ausbildung insgesamt. Diese neue Flexibilität kann auch im Rahmen der Fort- und Weiterbildung genutzt werden. So können im Rahmen von Aufbaustudiengängen zusätzliche Qualifikationen (z.B. MBA, MPA etc.) von den Mitarbeitern erworben werden, die anschließend auch der öffentlichen Verwaltung zur Verfügung stehen. Voraussetzung dafür ist allerdings die Bereitschaft von Mitarbeitern und öffentlicher Verwaltung, eigene Zeit zu investieren oder zeitliche Flexibilität zuzulassen (bspw. für Abend- und Wochenendkurse, längere Auszeiten etc.). Hier ist es vor allem die Verantwortung des Arbeitgebers, Anreize (durch Beschäftigungsgarantien, finanzielle Anreize, Beförderungschancen, Sabbaticals etc.) zu setzen.

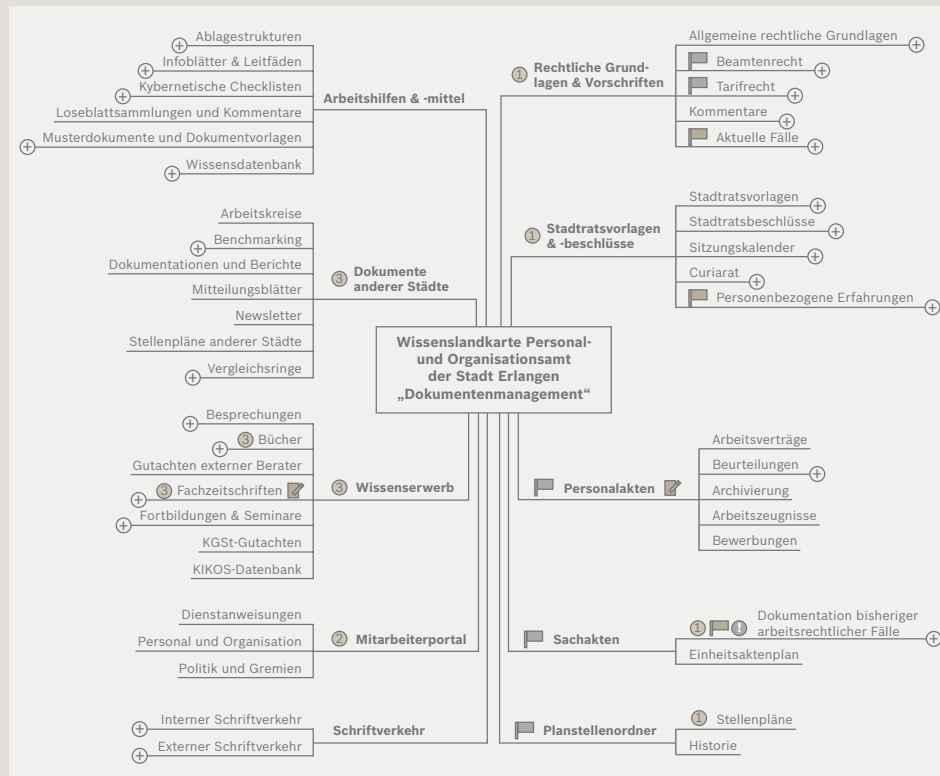
#### Wissensmanagement und Wissensbewahrung in der Stadtverwaltung Erlangen

Um Wissen, Kenntnisse und Erfahrungen der großen Anzahl altersbedingt ausscheidender Mitarbeiter nicht zu verlieren, setzt die Stadt Erlangen auf professionelles Wissensmanagement. Das Wissen von ausscheidenden Mitarbeitern soll erhalten bleiben (»Debriefing«), aber auch sogenannte »Wissensinseln« einzelner Mitarbeiter sollen für die Verwaltung nutzbar gemacht werden.

Der Wissensbewahrungsprozess besteht aus mehreren Treffen zwischen Wissensträger und externem Berater, der den Wissensträger bei der Erfassung und Systematisierung des Wissens begleitet. Ein Teil des vorhandenen Wissens wird verschriftlicht und mit Hilfe einer Software in sogenannten Wissenslandkarten visualisiert.



Abbildung 33 | Beispiel einer Wissenslandkarte im Bereich Dokumentenmanagement



Quelle: Verwaltungsmodernisierung Stadt Erlangen 2000–2007

Der Wissenstransfer findet über drei Teilprozesse statt:

- :: 1. Nach Bedarf werden die Mitarbeiter in die Gespräche mit einbezogen, die in Zukunft das Wissen nutzen sollen.
- :: 2. Die erstellten Wissenslandkarten werden großformatig ausgedruckt und in öffentlich zugänglichen Bereichen aufgehängt.
- :: 3. Die Ergebnisse des Wissensbewahrungsprozesses werden in Berichtsform dokumentiert und den Mitarbeitern in einer Abschlusspräsentation vorgestellt.

Die Aufgabe des Wissensmanagements wird auch nach Abschluss eines Wissensbewahrungsprozesses fortgesetzt. Einzelne Abteilungen sind für die Pflege der Wissenslandkarten verantwortlich und halten so das einmal erhobene Wissen aktuell.

Bei Bedarf eines Wissenstransferprozesses werden die Abteilungen in der Stadtverwaltung Erlangen von der Stabsstelle für Verwaltungsmodernisierung unterstützt. Die Abteilungen tragen jedoch selbst die Kosten für Software und externe Beratung, die sich pro Prozess auf 3.000 – 4.000 Euro belaufen. So wird sichergestellt, dass ein Wissenstransfer nur in solchen Fällen stattfindet, bei denen das verloren gehende Wissen ausreichend hoch bewertet wird.

In der Stadtverwaltung Erlangen wurden bisher acht Wissenstransferprozesse



erfolgreich abgeschlossen. Die Maßnahme war auch für die ausscheidenden Mitarbeiter eine positive Erfahrung, die ihnen vor dem Ausstieg noch einmal einen Überblick über die in ihrem Arbeitsleben geleistete Arbeit gab und auch als eine Form der Wertschätzung und Anerkennung ihrer Erfahrung gesehen wurde.

#### 4.7 Organisationskultur und Personalführung

Den Handlungsfeldern Organisationskultur und Personalführung kommt eine zentrale Bedeutung bei der Einführung einer demographiefesten Personalpolitik zu. Sie schaffen auf der interaktionalen Ebene die Voraussetzungen für die Umsetzung der Personalmanagementmaßnahmen.

Bei allen Veränderungsprozessen spielen die Mitarbeiter, ihre Erwartungen, Einstellungen und ihr Verhalten eine wesentliche Rolle für die erfolgreiche Umsetzung von Veränderungen. Entscheidend sind v. a. allgemein akzeptierte Normen und internalisierte Werte, die sich in Organisationen im Laufe der Zeit herausgebildet haben und das Verhalten aller Organisationsmitglieder beeinflussen: die sogenannte Organisationskultur (bzw. in der Privatwirtschaft: Unternehmenskultur). Durch die Organisationskulturen werden selbstverständliche Annahmen dem täglichen Handeln zugrunde gelegt, ohne darüber zu reflektieren. Somit ist eine Organisationskultur, die den Wert Älterer für die Verwaltungsorganisation anerkennt, eine wesentliche Grundlage, um eine alters- und altersgerechten Personalpolitik mit Leben zu füllen und in der Organisation zu verankern.

In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes wird heute die Notwendigkeit für ein grundlegendes Umdenken in der eigenen Personalpolitik noch nicht gesehen. Durch offene Kommunikation der demographischen Situation, beispielsweise mittels einer systematischen Altersstrukturanalyse, muss das notwendige Bewusstsein auf der Führungsebene für die Verschiebung der Altersstruktur des Personals im öffentlichen Dienst und die sich daraus ergebenden Konsequenzen geschaffen werden. Die Qualität der Personalführung hat dabei Einfluss auf viele Handlungsfelder eines modernen Personalmanagements. Gerade die Führungskräfte einer Organisation prägen und transportieren die Organisationskultur und beeinflussen damit das Verhalten aller Mitarbeiter unmittelbar. Die Führungskräfte spielen daher eine Schlüsselrolle bei dem Ziel, Elemente wie Diversity Management, Leistungsorientierung oder Verantwortungskultur in einer Organisation zu verankern. Die Führungsqualität entscheidet damit wesentlich über die Attraktivität eines Arbeitgebers und die Motivation und Leistungsfähigkeit der Mitarbeiter.

##### Führung mit Diversity Management bei der Bundesagentur für Arbeit

In den Kunden der Bundesagentur für Arbeit spiegelt sich mit den Arbeitsuchenden sowohl die Vielfalt einer bunter und älter werdenden Gesellschaft als auch mit den Unternehmen die Vielfalt einer sich wandelnden Arbeitswelt. Diversity Management steht daher im Zentrum des integrierten Personalmanagementkonzepts, mit dem die Bundesagentur für Arbeit (BA) gegenwärtig eine demographiesensible Personalpolitik in die Tat umsetzt.

Die Diversity-Gesamtstrategie der BA zielt auf eine offene Organisationskultur ohne Vorurteile ab, die Vielfältigkeit als Potential nutzt, die individuelle Fähigkeiten und Talente bewusst wertschätzt und Unterschiede als positive Ressource

versteht. Dahinter steht die Überzeugung, dass eine vielfältig zusammengesetzte Belegschaft sich besser auf die heterogenen Kundengruppen der Arbeitsagenturen und die veränderten Arbeitsmarktsegmente einstellt. Dadurch wird die BA in die Lage versetzt, die Wünsche und Bedürfnisse aller Kundengruppen besser zu integrieren und ihre Leistungsfähigkeit zu steigern. Die Förderung der Chancengleichheit aller Beschäftigten ist daher als integraler Bestandteil der Personalentwicklung eine Führungsaufgabe. Mit ihrer Diversity-Strategie will sich die BA aber nicht zuletzt auch als attraktive Arbeitgeberin im Wettbewerb um leistungsfähige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen positionieren. Der hohe Stellenwert, den die BA dem Diversity Management beimisst, kommt nicht zuletzt auch in der Unterzeichnung der »Charta der Vielfalt« zum Ausdruck.

Führungskräfte sollten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen vorurteilsfreien Umgang mit allen Beschäftigten »vorleben«. Sie müssen sich und ihre Mitarbeiter auf die kommenden Veränderungen einstellen, intergenerative Zusammenarbeit fördern und eine demographiefeste Personalstrategie umsetzen. In den kommenden Jahren wird zudem die Führung älterer Mitarbeiter eine zunehmend wichtige Kompetenz der Führungskräfte. Dazu gehört zum einen die Fähigkeit, sich verändernde Erwartungen und Einstellungen Älterer gegenüber ihrer Arbeit zu antizipieren, langjährige Mitarbeiter zu Leistung zu motivieren und neue Entwicklungsperspektiven aufzuzeigen. Zum anderen aber auch, Ältere entsprechend ihrer Kompetenzen und ihrer Leistungsfähigkeit einzusetzen und zu fördern und Erfahrungswissen wertzuschätzen und gezielt zu nutzen.

Cottbus: Strategische Steuerung mit einer »Balanced Scorecard«

Kaum ein Bereich prägt das Bild der Cottbuser von ihrer Stadtverwaltung stärker als der Bürgerservice, in dem viele kundenbezogene Dienste der Verwaltung zusammenlaufen. Motivation und Freundlichkeit der Mitarbeiter sind entscheidend. Gleichzeitig muss aber auch dieser Fachbereich der Verwaltung mit Einsparvorgaben, Personalabbau und einem steigenden Durchschnittsalter (gegenwärtig 46,1 Jahre) zurechtkommen. Der Bürgerservice hat sich für ein ungewöhnliches Instrument entschieden, um den Spagat zwischen Einsparungen und Leistungsoptimierung zu bewältigen. Seit drei Jahren steuern die Führungskräfte die 75 Mitarbeiter des Bereichs mit Hilfe einer »Balanced Scorecard« (BSC). Mit diesem Steuerungsinstrument werden Ziele und Maßnahmen in den vier Perspektiven Finanzen, Kunden, Prozesse und Mitarbeiter formuliert und über Kennzahlen gesteuert. Alle Mitarbeiter kennen frühzeitig die Ziele des nächsten Jahres und die damit verbundenen Maßnahmen. Gleichzeitig sorgt die gleichgewichtete Behandlung von qualitativen Zielen auf den Ebenen Kunden, Prozesse und Mitarbeiter dafür, die Dominanz von Finanzzielen zu brechen und die Motivation zu stärken. Mit Mitarbeiter- und Kundenbefragungen sowie regelmäßigen Mitarbeitergesprächen wird die Zielerreichung geprüft. Carsten Konzack, der Leiter des Fachbereichs, sieht die Ziele erfüllt, die sich die Bereichsführung mit der Einführung des Instruments gesteckt hat: »Die Mitarbeiter sind durch die transparente Steuerung motiviert und engagiert, ihre Kompetenzen können gezielter genutzt und gefördert werden, und auch Nachwuchsführungskräfte können besser identifiziert und weiterentwickelt werden.«

Age-Management und eine aktive Personalführung sind somit eine Zukunftsaufgabe, auf die jedoch die Führungskräfte in der öffentlichen Verwaltung bislang nur begrenzt vorbereitet sind. Nicht zuletzt deshalb, da in vielen Verwaltungen der Aufstieg in eine Führungsfunktion vor allem an die fachlichen Leistungen gebunden wird und Führungs- sowie Personalmanagementkompetenzen häufig eine untergeordnete Rolle bei Beförderungen spielen. Diesen Defiziten kann durch entsprechende Weiterbildung im Bereich von Soft-Skills und Führungskompetenzen oder durch professionelles Führungskräftecoaching entgegengesteuert werden.<sup>101</sup>

#### Instrumente für Organisationskultur und Führung

Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Führungskräfte-sensibilisierung:</b>	Führungskräfte sind Träger der Organisationskultur und die treibenden Kräfte bei Veränderungsprozessen. Es ist daher wesentlich, die Führungskräfte für die betriebswirtschaftlichen Herausforderungen des demographischen Wandels zu sensibilisieren und sie für eine aktive Umsetzung des Diversity- bzw. Age-Managements zu gewinnen. Maßnahmen können z.B. Führungskräftecoaching, Demographieworkshops oder die Entwicklung von Führungsleitlinien sein.
<b>Bildung von Expertengruppen</b>	Um in den unterschiedlichen Aufgabenfeldern jeweils geeignete Lösungen »bottom up« zu entwickeln, können themenspezifisch besetzte Expertengruppen aus Führungskräften, Personalräten, Arbeitsmedizinern oder Spezialisten gebildet werden, in die ggf. auch externe Experten eingebunden werden. Die Ergebnisse können durch Vertreter der Gruppen in einem übergeordneten »Demographiegremium« aggregiert werden.
<b>Altersorientierte Führung</b>	Altersorientierte Führung verlangt von den Führungskräften das Wissen um altersbedingte Veränderungen in Bezug auf Arbeitsfähigkeit und Arbeitsmotivation. Insbesondere Arbeitszufriedenheit und Arbeitsmotivation hängen in hohem Maße von der Führungsqualität ab. Werden altersbedingte Veränderungen in Bezug auf Ziele und Erwartungen an den Arbeitsplatz im Personalmanagement berücksichtigt, kann eine gesteigerte Motivation unter Umständen andere altersbedingte Defizite ausgleichen.
<b>Führungskräfteentwicklung</b>	Diese Unterkategorie von Personalentwicklung zielt darauf ab, speziell jene Fähigkeiten herauszubilden, die zur Mitarbeiterführung notwendig sind und einen partizipativen und dialogorientierten Führungsstil unterstützen. Bausteine einer Führungskräfteentwicklung können bspw. Schulungen in Konfliktmanagement, Mitarbeiterbeurteilung oder Change Management sein.
<b>Age-Management</b>	Age-Management umfasst die Bestrebungen von Verwaltungen, eine Organisationskultur zu etablieren, in der die Themen demographischer Wandel und »Ältere Beschäftigte« einen hohen Stellenwert einnehmen. Es kann damit bspw. auch Teil eines umfassenden Diversity-Managements sein.
<b>Diversity-Management</b>	Diversity-Management heißt, die Vorteile von Vielfalt und Heterogenität der Beschäftigten deutlich zu machen, zu fördern und gezielt zu nutzen. Diversity-Management zielt daher auf eine aktive Beeinflussung der Organisationskultur.
<b>Offene Kommunikation</b>	Thematisierung von Herausforderungen und Möglichkeiten einer alternden Belegschaft und eines neuen Umgangs mit Älteren, z.B. über Intranet, Plakate, Veranstaltungen.
<b>Leitbild/Leitlinien</b>	Ein Leitbild kann neben der strategischen Dimension bspw. auch personalpolitische Leitlinien enthalten, die deren Berücksichtigung im internen Umgang definieren oder in Form von Führungsgrundsätzen Standards einer demographieorientierten Personalführung festlegen.

101 Vgl. Drescher (2003)

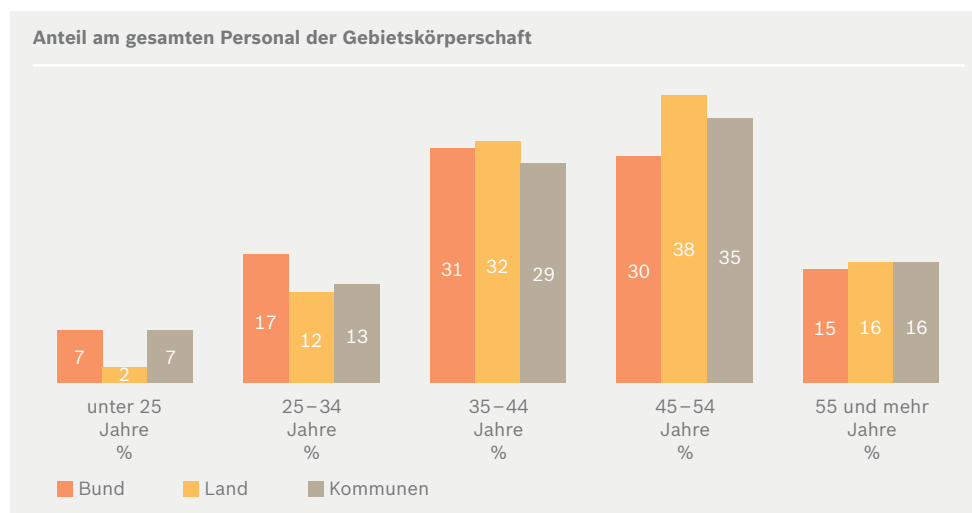
Instrument	Inhalt/Ziel
<b>Führungsgrundsätze</b>	Die Organisationskultur wird vor allem von den Führungskräften getragen und von ihnen vorbildhaft mit Leben gefüllt. Führungsgrundsätze werden aus dem Leitbild der gesamten Organisation abgeleitet und konkretisieren dessen Operationalisierung schriftlich auf Ebene der Führungskräfte. Mit diesem Instrument kann die Führungsqualität von der Persönlichkeit der Führungskraft z.T. entkoppelt werden und so besser in Einklang mit dem Leitbild der Gesamtorganisation gebracht werden.

# 5

## Fazit

Für die Altersstruktur und damit für das Personalmanagement in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes wird der demographische Wandel schon in naher Zukunft erhebliche Konsequenzen haben: Infolge von Einstellungsstopps und Stellenkürzungen ist das Durchschnittsalter im gesamten öffentlichen Dienst<sup>102</sup> in den letzten zehn Jahren von 41,8 Jahren auf über 44 Jahre angestiegen. Rund ein Drittel der Mitarbeiter ist älter als 50 Jahre und wird damit bereits in den kommenden Jahren in den Ruhestand gehen. Die detaillierte Altersstrukturanalyse der verschiedenen Verwaltungsebenen hat dabei gezeigt, dass es sich nicht nur um ein Problem einzelner Verwaltungsbereiche handelt: Bund, Länder und Kommunalverwaltung sind gleichermaßen davon betroffen.

Abbildung 34 | Altersstruktur Bund (ohne Soldaten), Länder, Kommunen



Quelle: distatis; Prognos AG 2008

Angesichts eines fortbestehenden Kostendrucks, weiterer Personalreduktion und dem grundsätzlich zu begrüßenden Abbau von Frühpensionierungsmöglichkeiten wird die Personalstruktur in der öffentlichen Verwaltung in naher Zukunft weiter altern. Gleichzeitig wird sich jedoch die Beschäftigungslücke durch die Verrentung personalstarker Beschäftigtenkohorten nicht allein durch notwendige Anpassungen der öffentlichen Aufgaben an den Bevölkerungsrückgang schließen lassen. Regionale Besonderheiten, Remanenzen der Daseinsvorsorge oder auch neue Aufgaben einer alternden Gesellschaft sorgen dafür, dass der Bedarf der Verwaltung an qualifiziertem Nachwuchs zukünftig steigen wird.

Dieser steigende Bedarf trifft auf einen Arbeitsmarkt, auf dem das Angebot junger, qualifizierter Arbeitskräfte zu einem knappen Gut wird und sich der Wettbewerb mit privaten Arbeitgebern deutlich verschärft. Die Tatsache, dass sich die Laufbahngruppe des höheren Dienstes einer deutlichen Alterung gegenüberstellt, ist dabei besonders problematisch. Denn insbesondere diese Laufbahngruppe wird zukünftig bei der Rekrutierung von Nachwuchskräften vom Fachkräftemangel betroffen sein, da der öffentliche Dienst rund 80 % seiner Mitarbeiter in Fächergruppen rekrutiert

102 Ohne Soldaten und Soldatinnen

(v. a. Ingenieurwissenschaften, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Erziehungswissenschaften und Lehramt, Rechtswissenschaften), für die deutschlandweit mit einem deutlichen Anstieg der Nachfrage gerechnet wird.

Die Herausforderungen des demographischen Wandels müssen von den Verwaltungen angenommen werden. Aufgabe des Personalmanagements wird es sein, mit älter werdenden Belegschaften trotz Arbeitsverdichtung und komplexeren Prozessen leistungsfähig zu bleiben und außerdem ein attraktiver Arbeitgeber für qualifizierten Nachwuchs zu werden. Die öffentlichen Arbeitgeber müssen dafür den Wechsel von einer passiven Personalverwaltung zu professionellem Personalmanagement forcieren.

In der vorliegenden Studie werden hierzu die geeigneten Managementinstrumente vorgestellt. Gleichzeitig wird bei der Auswahl der Instrumente den zum Teil sehr spezifischen Rahmenbedingungen des Personalmanagements in der öffentlichen Verwaltung Rechnung getragen. Die Umsetzung von Einzelmaßnahmen allein kann jedoch nur sehr begrenzt Wirkung entfalten. Stattdessen bedarf es eines ganzheitlichen Ansatzes, der die einzelnen Maßnahmen miteinander in einer kohärenten Personalmanagementstrategie verbindet. Die vorgestellten Maßnahmen umfassen daher alle Handlungsfelder entlang des »Erwerbslebenszyklus« eines Mitarbeiters. Die wichtigsten Elemente einer demographieorientierten Personalpolitik sind:

**Strategisches Personalmanagement:** Das Personal als wesentlichen Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung begreifen, der strategisch geplant und gesteuert werden muss.

**Dienstrecht und Vergütungspolitik:** Die Möglichkeiten zur Reform des Dienstrechts und zur Einführung einer leistungsorientierten Vergütung nutzen und damit Motivation, Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit erhöhen.

**Personalmarketing:** Mit internem und externem Personalmarketing neue Bewerbergruppen für die Verwaltung interessieren und bestehendes Personal binden.

**Arbeitsorganisation:** Mit flexiblen Formen von Arbeitszeit und Arbeitsort altersgerechte und motivierende Arbeitsbedingungen schaffen.

**Gesundheitsmanagement:** Mit präventivem Gesundheitsmanagement die Leistungsfähigkeit des Personals bis ins hohe Alter sichern.

**Personalentwicklung:** Durch individuelle Beurteilung und maßgeschneiderte Weiterbildungskonzepte in jeder Altersstufe Entwicklungsperspektiven schaffen und Leistungsfähigkeit sichern.

**Organisationskultur und Personalführung:** Führungskräfte zu Promotoren einer demographieorientierten Personalpolitik machen und ihre Führungskompetenz verbessern.

Eine Reihe von Beispielen aus der Praxis zeigt, dass bereits mit den bestehenden Rahmenbedingungen viele kreative Personalmaßnahmen in der Praxis mit Erfolg eingesetzt werden. Gleichzeitig zeigen Länder wie Hamburg oder Bayern aber auch, wie die Gesetzgeber mit konsequenten Reformen ihres Dienstrechts ganz neue Möglichkeiten für ein wettbewerbsfähiges Personalmanagement schaffen.

Die öffentlichen Arbeitgeber in Deutschland sollten ihre Altersstrukturentwicklung als Anstoß und die erfolgreichen Beispiele anderer Verwaltungen als Ansporn nutzen, um ihr Personalmanagement möglichst kurzfristig auf die demographischen Herausforderungen einzustellen. Gelingt eine aktive Gestaltung der Personalpolitik, eröffnen sich für den öffentlichen Dienst gleichzeitig Chancen und Wettbewerbsvorteile im Kampf um die »besten Köpfe«.



## 6 Literaturverzeichnis

Argyris, C./Schön, D. (2006): Die lernende Organisation: Grundlagen, Methode, Praxis. 3. Aufl., Stuttgart.

Badura, B./Schellschmidt, H./Vetter, Ch. (Hrsg.)(2003): Fehlzeitenreport 2002, Berlin.

Bartel, W. (2007): Demographischer Wandel und Personalflexibilität von Kommunen in Ostdeutschland, Polen und Westdeutschland. In: Sackmann, R./Bartel, W./Kopycka, K./Rademacher, C. (Hrsg.): Strategien zur Bewältigung des demographischen Wandels im öffentlichen Sektor. Interkommunale Vergleiche in Ost- und Westdeutschland sowie in Polen. SFB 580 Mitteilung, Heft 2, Jena.

Bellmann, L./ Kistler, E. /Wahse, J. (2007): Betriebe müssen sich auf alternde Belegschaften einstellen, IAB-Kurzbericht Nr. 21 v. 11.10.2007.

Benz, A. (2004): Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In: Benz, A. (Hrsg.) Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung, Wiesbaden.

Berman, E./Bowman, J./West, J./Van Wart, M. (2006): Human Resource Management in the Public Service – Paradoxes, Processes, and Problems. 2<sup>nd</sup> Edition, Thousand Oaks.

Bonin, H./Schneider, M./Quinke, H./Arens, T. (2007): Zukunft von Bildung und Arbeit: Perspektiven von Arbeitskräftebedarf und -angebot bis 2020, IZA Research Report No. 9, Bonn.

Brandenburg, U./Domschke, J.-P. (2007): Die Zukunft sieht alt aus – Herausforderungen des demografischen Wandels für das Personalmanagement, Wiesbaden.

Bröckermann, R./Müller-Vorbrüggen, M. (2008): Handbuch Personalentwicklung – Die Praxis der Personalbildung, Personalförderung und Arbeitsstrukturierung. 2. Aufl., Stuttgart.

Bundesministerium des Innern (2007): Innovative Bundesverwaltung 2020. Ergebnisse der Klausurtagung vom 25./26. September 2007.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2007): Einigung zur Finanzierung des Betreuungsausbaus erzielt. Verfügbar unter: <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Kategorien/aktuelles.did=100436.html> [Stand: 27.11.2008].

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.)(2008): Prognos AG: Erfahrung rechnet sich. Aus Kompetenzen Älterer Erfolgsgrundlagen schaffen. Berlin.

Deutscher Gewerkschaftsbund (2001): Überblick über die Änderungen nach dem Versorgungsänderungsgesetz 2001, Berlin.

Drescher, A. (2003): Verwaltungen brauchen Profis für die Personalentwicklung. In: innovative Verwaltung 4.

Drescher, A. (2004): Strategisches Personalmanagement – ein Schlüssel zu einem veränderten Verwaltungshandeln. In: Koch, R./Conrad, P. (Hrsg.): Verändertes Denken – Bessere öffentliche Dienste?!, Wiesbaden.

Eidesgenössisches Personalamt (EPA) (2007): Evaluationsbericht Personalbefragung in der Bundesverwaltung. Verfügbar unter: <http://www.efd.admin.ch/dokumentation/zahlen/00578/01161/index.html?lang=de> [Stand: 27.11.2008].

Feist, C. (2004): Die Beurteilung als Instrument der Organisationsentwicklung – Paradigmenwechsel in der Verwaltung der Stadt Wilhelmshaven. In: innovative Verwaltung 1-2.

Flendt, M./Wurst, C. (2003): Rotation fördert die Entwicklung von Beschäftigten – Systematischer und geplanter Stellenwechsel als Personalmanagementinstrument. In: innovative Verwaltung 11.

Freie und Hansestadt Hamburg (2008): Personalbedarfsplanung 2008 – Verständigung über die Rahmenbedingungen.

Hahlen, J. (2007): Zukunft Personal – Aufruf zum Handeln; Verfügbar unter: [http://www.bmi.bund.de/cln\\_012/nn\\_891584/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2007/04/Hahlen\\_Praxisforum\\_Personal.html](http://www.bmi.bund.de/cln_012/nn_891584/Internet/Content/Nachrichten/Reden/2007/04/Hahlen_Praxisforum_Personal.html) [Stand: 27.11.2008].

Hilger, D. (2008): Performance Management – Leistungserfassung und Leistungssteuerung in Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen, Wiesbaden.

Holz, M./Da-Cruz, P. (2007): Demografischer Wandel in Unternehmen – Herausforderung für die strategische Personalplanung, Wiesbaden.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2002): IAB-Betriebspanel NRW 2002.

Ketelaar, A./Manning, N./Turkisch, E. (2007): Performance-based Arrangements for Senior Civil Servants OECD and other Country Experiences. OECD Working Papers on Public Governance No. 5, Paris.

Koch, R./Conrad, P. (2004): Verändertes Denken – Bessere öffentliche Dienste?!, Ansätze und Instrumente einer dezentralen Personalwirtschaft, Wiesbaden.

Kolleker, A./Wolzendorff, D. (2008): Training into the job und reintegration. In: Bröckermann, R./Müller-Vorbrüggen, M.: Handbuch Personalentwicklung – Die Praxis der Personalbildung, Personalförderung und Arbeitsstrukturierung, Stuttgart.

Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) (2003): Führungsnachwuchs – auch ohne »Goldfischteich«?!, KGSt-Bericht 8.

Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern (2007): Evaluationsbericht Personalbefragung 2007 in der Bundesverwaltung, Bern.

König, R./Haßelmann, U. (2001): Ist die Personalbeurteilung noch zu retten? In: Verwaltungsrundschau 9.

König, S. (2006): Das Personalmanagement im Reformprozess öffentlicher Verwaltungen: das Beispiel Niedersachsen. In: Kißler, L./Lasserre, R./Pautraut M.H. (Hrsg.): Öffentlicher Dienst und Personalmanagement – Zur Verwaltungsreform in Deutschland und Frankreich, Frankfurt.

Krauss-Hoffmann, P. (2001): Leistungsorientiertes Entgelt im öffentlichen Dienst. In: Verwaltungsrundschau 3.

Krauss-Hoffmann, P. (2003): Monetäre Leistungsanreize im öffentlichen Dienst – Realisierungsstand und Perspektiven. In: Verwaltungsrundschau 9.

Krutoff, H. (2004): Abkehr von der »Bevorratung« von Nachwuchsführungskräften – Bedarfsgerechte Identifizierung statt Goldfischteich-Prinzip. In: innovative Verwaltung 5.

Kultusministerkonferenz (2003): Statistische Veröffentlichungen der Kultusministerkonferenz – Dokumentation Nr. 169/September 2003: Lehrereinstellungsbedarf und -angebot in der Bundesrepublik Deutschland, Modellrechnung 2002-2015, Bonn.

Kultusministerkonferenz (2006): Vorausberechnung der Schüler- und Absolventenzahlen 2005 bis 2020, Bonn.

Lorse, J. (2001): Chancen für eine beurteilungsfreie Personalentwicklung. In: Verwaltungsrundschau 11.

Machura, S. (2003): Öffentlicher Dienst. In: Andersen, U./ Woyke W. (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 5., aktual. Aufl., Opladen.

Micheel, F./Ette, A./Scharein, M. (2007): Die zukünftigen Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Personalstrukturen der Bundesverwaltung in Deutschland. Beitrag für die Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie »Alterung und Arbeitsmarkt«, 28.02.-02.03.2007, Berlin.

OECD (2005): The Labour Market Impact of Rapid Ageing of Government Employees, Economics Department Working Papers No. 441, Paris.

OECD (2007): Ageing and the Public Service, Paris.

Prognos AG (2006a): Deutschland Report 2030, Basel.

Prognos AG (2006b): Demographie als Chance. Demographische Entwicklung und Bildungssystem – finanzielle Spielräume und Reformbedarf. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung, in Zusammenarbeit mit Die Welt, Stuttgart.

Prognos AG (2008a): Zukunftsreport MODERNER STAAT 2008.

Prognos AG (2008b): Arbeitslandschaft 2030 – Steuert Deutschland auf einen generellen Personalmangel zu?, Basel.

Reichard, C. (1998): Aus- und Fortbildung in der Kommunalverwaltung. In: Wollmann, H./Roth R. (Hrsg.): Kommunalpolitik, Opladen.

Ridder, H.-G./Hoon, C. (2000): Strategisches Personalmanagement in der öffentlichen Verwaltung: eine inhalts- und prozessanalytische Untersuchung. Diskussionspapier 231, Hannover.

Rump, J./Sattelberger, T./Fischer, H. (2005): Employability Management, Wiesbaden.

Schneider, K. (2003): Die Auflösung hierarchischer Koordination im Zuge organisatorischer Dezentralisierung im kommunalen Sektor. In: Grande, E./Prätorius, R. (Hrsg.): Politische Steuerung und neue Staatlichkeit, Baden-Baden.

Schneider, M./Sadowski, D. (2004): Performancemanagement in der öffentlichen Verwaltung – Eine unlösbare Aufgabe? In: Die Verwaltung 3.

Schuhmacher, F./Geschwill, R. (2008): Employer Branding: Human Resources Management für die Unternehmensführung, Wiesbaden.

Seitz, H. (2004): Implikationen der demographischen Veränderungen für die öffentlichen Haushalte und Verwaltungen, Dresden.

Statistisches Bundesamt (2002): Fachserie 14, Reihe 6 – Personalstandsstatistik.

Statistisches Bundesamt (2006a): Fachserie 14, Reihe 6 – Personalstandsstatistik.

Statistisches Bundesamt (2006b): Fachserie 14, Reihe 6.1 – Versorgungsempfängerstatistik.

Statistisches Bundesamt (2006c): Durchschnittsalter der Lehrerkollegien steigt. Verfügbar unter: [http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2006/PD06\\_040\\_p002,templateId=renderPrint.psml](http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/zdw/2006/PD06_040_p002,templateId=renderPrint.psml) [Stand: 27.11.2008].

Statistisches Bundesamt (2007a): Fachserie 14, Reihe 6 – Personalstandsstatistik.

Statistisches Bundesamt (2007b): Fachserie 14, Reihe 6.1 – Versorgungsempfängerstatistik.

Statistisches Bundesamt (2007c): Mikrozensus.

Statistisches Bundesamt (2007d): Wirtschaft und Statistik 11/2007.

Tamkin, P./Hillage, J. (1999): Employability and Employers – the missing piece of the jigsaw, Brighton.

Thom, N./Ritz, A. (2008): Public Management – Innovative Konzepte zur Führung im öffentlichen Sektor. 4. Aufl., Wiesbaden.

Ulich, E. (2005): Arbeitspsychologie. 6. Aufl., Stuttgart.

7  
Befragte Experten

<b>Beatrix Behrens</b>	Leiterin Personalentwicklung und Personalpolitik, Bundesagentur für Arbeit
<b>Dr. Thomas Böhle</b>	Leiter Personal- und Organisationsreferat, Landeshauptstadt München
<b>Katharina Dahrendorf</b>	Leiterin Stabsstelle Personalmanagement, Senat der Freien und Hansestadt Hamburg
<b>Prof. Dr. Ingolf Deubel</b>	Finanzminister Rheinland-Pfalz
<b>Franz-Reinhard Habel</b>	Sprecher Deutscher Städte- und Gemeindebund
<b>Henning Heidemanns</b>	Leiter der Abteilung Bürokratieabbau, Demographischer Wandel, Service, Staatskanzlei Brandenburg
<b>Hans-Michael Hönigmann</b>	Abteilungsleiter Personal, Deutsche Rentenversicherung Bund
<b>Wilhelm Hüllmantel</b>	Ministerialdirigent, Bayerisches Staatsministerium für Finanzen
<b>Robert Kaiser</b>	Leiter Stabsstelle Verwaltungsmodernisierung, Stadt Erlangen
<b>Dr. Reinhold Kassing</b>	Erster Kreirat, Landkreis Osnabrück
<b>Rudolf Kast</b>	Geschäftsleitung Human Resources, Sick AG
<b>Harald Kaufung</b>	Leiter des Zentralen Dienstes für Personal und Organisation, Stadt Hamm
<b>Kerstin Kiefer</b>	Abt. Personalentwicklung/Betriebliche Gesundheitsförderung, Kreisverwaltung Recklinghausen
<b>Carsten Konzack</b>	Fachbereichsleiter Bürgerservice, Stadt Cottbus
<b>Carsten Köppl</b>	Redakteur, Behördenspiegel
<b>Dr. Thomas Lambertz</b>	Personalleiter, Stadt Duisburg
<b>Gerhard Meck</b>	Leiter Steuerungskreis Betriebliches Gesundheitsmanagement, Landeshauptstadt Potsdam
<b>Michael Müller</b>	Personalchef, Fraport AG
<b>Dr. Edith Perlebach</b>	Leiterin Stabsbereich Prävention, Demographie und Gesellschaftlicher Wandel, Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
<b>Horst Peters</b>	Leiter Stabsstelle Gesundheit, Bundesamt für Zivildienst
<b>Prof. Dr. Marga Pröhl</b>	Generaldirektorin, European Institute of Public Administration (EIPA)
<b>Heinrich Ringkamp</b>	Referatsleiter Personalangelegenheiten, Personalentwicklung, Bundesverwaltungsamt
<b>Uta Schellenberger-Nicoubin</b>	Personalentwicklung Führungskräfteentwicklung, Vattenfall Europe Berlin AG & Co.
<b>Andreas Scholz-Fleischmann</b>	Vorstand Personal, Soziales und technische Dienstleistungen, Berliner Stadtreinigungsbetriebe
<b>Dr. Heike van Hoorn</b>	Referatsleiterin Projektplanung: Schwerpunkt Demographie und Sonderaufgaben, Hessische Staatskanzlei
<b>Inge von Danckelman</b>	Leiterin des Amtes für Personal- und Organisationsmanagement, Stadt Oldenburg



Studie der Prognos AG im Auftrag der Robert Bosch Stiftung.

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung

Robert Bosch Stiftung GmbH

Heidehofstraße 31

70184 Stuttgart

[www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

Redaktion

Marcel Hölterhoff

Mitarbeit

Susanne Birk

Sebastian John

Umschlag

Foto Getty Images

Layout

Dörr + Schiller GmbH, Stuttgart

Druck

F.+W. Schmidt, Renningen

Copyright 2009

Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-939574-16-3



Mai 2005

## **Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaften und –pflegschaften**

beschlossen auf der 97. Arbeitstagung  
der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter  
vom 10. bis 12. November 2004 in Erfurt

**Gliederung:**

	Seite
<b>1. Das Wesen der Vormundschaft</b>	<b>3</b>
1.1 Die Elternrolle des Vormundes	3
1.2 Formen und Wirkungsbereiche der Vormundschaft	3
<b>2. Die Führung der Vormundschaft</b>	<b>6</b>
2.1 Organisatorische Anbindung des Vormundes	6
2.2 Unabhängigkeit des Vormundes bei der Interessenwahrnehmung	6
2.3 Haftung des Vormundes	6
<b>3. Die Qualifikation des Vormundes</b>	<b>7</b>
3.1 Fachkräftegebot	7
3.2 Qualifikation	7
3.3 Fortbildung und Supervision	8
3.4 Kompetenzen des Vormundes	8
<b>4. Die Handlungsgrundsätze des Vormundes</b>	<b>9</b>
4.1 Beteiligung des vertretenen Kindes oder Jugendlichen	10
4.2 Zusammenarbeit mit beteiligten Dritten	12
<b>5. Die Qualität in der Aufgabenwahrnehmung der Vormünder</b>	<b>13</b>
5.1 Strukturqualität: Organisatorische Rahmenbedingungen optimieren	14
5.2 Prozessqualität: Geeignete fachliche Aktivitäten ausbilden	17
5.3 Ergebnisqualität: Beurteilung des Erreichten	17
<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>18</b>

## 1. Das Wesen der Vormundschaft

### 1.1 Die Elternrolle des Vormundes

„Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die ihnen zuvörderst obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft“ (Art. 6 Abs. 2 GG, § 1 Abs. 1 SGB VIII).

Wenn die Eltern dieser Pflicht nicht oder nicht zum Wohle der Kinder nachkommen, muss der Staat den Schutz der Kinder gewährleisten. Dem hat der Gesetzgeber mit Einführung der Vormundschaft in unsere Rechtsordnung Rechnung getragen.

„Ein Minderjähriger erhält einen Vormund, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind“ (§ 1773 Abs. 1 BGB).

Die Vormundschaft ist dem Elternrecht nachgebildet und orientiert sich an deren Inhalten.

Die Aufgaben des Vormundes umfassen die gesamte Bandbreite der elterlichen Sorge. Der Vormund übt die gesetzliche Vertretung des Mündels aus und nimmt dessen Interessen wahr. Er ist als gesetzlicher Vertreter des Kindes oder Jugendlichen Empfänger einer Hilfe zur Erziehung und Beteiligter am Hilfeplanverfahren nach § 36 SGB VIII. Er übt das Wunsch- und Wahlrecht nach § 5 SGB VIII aus. Der Vormund ist ausschließlich dem Wohl des Mündels verpflichtet. Es ist unerlässlich, dem Mündel eine qualifizierte, erfahrene Person als Vormund oder Pfleger zur Verfügung zu stellen.

Es lassen sich zwei grundlegende Typen der „stellvertretenden“ Sorge unterscheiden:

- die Vormundschaft als umfassend wirkende Maßnahme (Elternersatzfunktion),
- die Pflegschaft als ergänzende und/oder punktuell wirkende Maßnahme.

Die wesentlichen Rechtsgrundlagen finden sich in den §§ 1173 – 1895 BGB.

### 1.2 Formen und Wirkungsbereiche der Vormundschaft

#### Formen der Vormundschaft

Das BGB (§§ 1773 ff.) und die Bestimmungen des SGB VIII (§§ 53 ff.) sehen drei Formen der Vormundschaft vor:

- die Einzelvormundschaft (Bestellung einer natürlichen Person)
- die Vereinsvormundschaft (Bestellung eines rechtsfähigen Vereins)
- die Amtsvormundschaft (Bestellung des Jugendamts)

Der Gesetzgeber hat die Einzelvormundschaft favorisiert. Es ist allerdings schwierig, für die anspruchsvollen Aufgabengebiete der Vormundschaft und Pflegschaft geeignete Einzelpersonen zu finden. Deshalb kann, wenn keine geeignete Person zur Verfügung steht, auch ein anerkannter Verein zum Vereinsvormund oder das Jugendamt zum Amtsvormund bestellt werden.

In der Praxis steht der Einzelvormundschaft und der Vereinsvormundschaft ein erhebliches Übergewicht an Amtsvormundschaften gegenüber.

Deshalb muss auch neben der Führung von Vormundschaften/Pflegschaften durch das Jugendamt die Gewinnung, Beratung und Unterstützung von Einzelvormündern

als Pflichtaufgabe des Jugendamts nach § 53 SGB VIII in den Blickpunkt zukünftiger Aktivitäten gerückt werden.

Hierzu ist es in erster Linie erforderlich, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. In diesem Zusammenhang sollte eine klare Aufgabenzuweisung im Jugendamt vorgenommen werden.

### Art des Zustandekommens der Vormundschaft

Weiteres Differenzierungskriterium ist die Art des Zustandekommens der Vormundschaft/Pflegschaft:

#### *Vormundschaft kraft Gesetzes*

- Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem Hindernis, z. B. Kind einer nicht verheirateten minderjährigen Mutter (§§ 1673 Abs. 1, 1791c Abs. 1 BGB);
- Ruhen der elterlichen Sorge mit Einwilligung zur Adoption (§ 1751 Abs. 1 BGB).

#### *Vormundschaft kraft richterlicher Anordnung*

- Ruhen der elterlichen Sorge bei tatsächlichem Hindernis, z. B. unbekannter Aufenthalt, Inhaftierung (§§ 1674, 1773 BGB);
- Tod des sorgeberechtigten Elternteils oder der sorgeberechtigten Eltern (§ 1773 Abs. 1 BGB);
- Entzug der elterlichen Sorge bei Gefährdung des Kindeswohls (§ 1666 BGB);
- Familienstand des Kindes oder Jugendlichen ist nicht zu ermitteln (§ 1773 Abs. 2 BGB);

#### *Pflegschaft kraft richterlicher Anordnung*

- Ein Pfleger wird bei tatsächlicher oder rechtlicher Verhinderung der Eltern oder des Vormundes für einzelne Angelegenheiten der elterlichen Sorge (Vertretungseinschränkungen gemäß §§ 1629 Abs. 2, 1795, 1796 BGB wegen Interessenkollision) und nach Entzug einzelner Teile des Sorgerechts gemäß §§ 1666 und 1667 BGB bestellt.
- Das Jugendamt wird nur bestellt, wenn kein Einzelpfleger vorhanden ist.

### Wirkungsbereiche der Vormundschaft

#### *Aufenthalt*

- Bestimmung von Wohnort und Wohnung (z. B. Abschluss von Mietverträgen);
- Unterbringung bei Pflegepersonen oder Verwandten, in Einrichtungen der Jugendhilfe etc.;
- Wahrnehmung der Meldepflichten (An-, Um- und Abmeldung beim Einwohnermeldeamt);
- Beantragung von Ausweisen.

#### *Absicherung der notwendigen medizinischen Betreuung*

- Verantwortung für die Gesundheit;

- Sorge für die notwendige medizinische Betreuung;
- regelmäßige Gesundheitsvorsorge;
- Zustimmung zu Operationen, Impfungen, Bluttransfusionen usw.;
- Veranlassung notwendiger medizinischer Untersuchungen;
- Beantragung medizinischer Hilfsmittel.

#### *Schule und Ausbildung*

- Entscheidungsfindung zum Schul- und Berufsweg;
- Wahl des Kindergartens und der Schule;
- Begleitung des Kindes im Schul- und Bildungsweg durch Kontakte zu Lehrern und Ausbildern und Wahrnehmung von Elternsprechtagen o. Ä.;
- Auswahl von Ausbildungsstellen und Abschluss von Ausbildungsverträgen.

#### *Erziehung, Weltanschauung und Religion*

- Bestimmung der Erziehungsziele;
- Beaufsichtigung der Erziehung;
- Antragstellung auf Gewährung von Hilfe zur Erziehung (hierzu reicht das Aufenthaltsbestimmungsrecht nicht aus);
- Wahrnehmung des Wunsch- und Wahlrechts gem. § 5 SGB VIII;
- Beteiligung am Hilfeplanverfahren als Personensorgeberechtigter gem. § 36 SGB VIII;
- Beachtung des Selbstbestimmungsrechts des Mündels;
- Einwilligung zur Taufe, Kommunion, Konfirmation und Firmung sowie Jugendweihe.

#### *Status und Name*

- Klärung der Vaterschaft durch Zustimmung zur Anerkennung gem. § 1595 Abs. 2 BGB oder Vertretung des Mündels im gerichtlichen Anfechtungs- oder Feststellungsverfahren nach §§ 1600, 1600e BGB;
- Mitwirkung im Adoptionsverfahren durch Einwilligung zur Adoption gem. § 1746 BGB bzw. Antragstellung auf Ersetzung der Einwilligung der Eltern gem. § 1748 BGB;
- Vertretung bei der Namensänderung gem. §§ 1616 ff., 1757 BGB.

#### *Unterhalt*

- Geltendmachung und Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen einschließlich der Vertretung des Mündels im gerichtlichen Unterhaltsverfahren, außer bei stationären Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII (s. §§ 91 ff. SGB VIII).

#### *Vermögenssorge*

- Anlegen eines Vermögensverzeichnisses;
- Anlage und Verwaltung des Mündelvermögens;
- Versicherung, z. B. durch Abschluss von Versicherungsverträgen;
- Versorgung, z. B. durch Geltendmachen von Rentenansprüchen;
- Beantragung von Sozialleistungen;
- Regelung von Erbschaftsangelegenheiten.



### *Sonstige*

- Vertretung bei Rechtsgeschäften;
- Teilnahme an Strafverfahren als gesetzlicher Vertreter des Mündels.

## **2. Die Führung der Vormundschaft**

### **2.1 Organisatorische Anbindung des Vormundes**

Die Führung der Amtsvormundschaft/-pflegschaft gehört zu den Pflichtaufgaben des Jugendamtes. Nach § 55 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII überträgt das Jugendamt die Ausübung der Aufgaben des Vormundes einzelnen Mitarbeitern/-innen. Hierdurch werden die persönliche Aufgabenwahrnehmung durch eine Person und die Vermeidung von Interessenskonflikten sicher gestellt. Das Mitwirkungsverbot gem. § 16 Abs. 1 SGB X ist zu beachten (s. auch Ziff. 5.1.1).

Den Mitarbeitern/-innen des Jugendamtes, die Amtsvormundschaften/-pflegschaften führen, sollten keine weiteren Aufgaben zugewiesen werden, die zu Interessenskonflikten führen können.

### **2.2 Unabhängigkeit des Vormundes bei der Interessenwahrnehmung**

Der Vormund erhält mit der Übertragung das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Kindes oder Jugendlichen zu sorgen. Dabei ist er privatrechtlich tätig und in der Ausübung seines Amtes unabhängig. Er hat sich in allen Entscheidungen allein vom Interesse des Mündels leiten zu lassen.

Die zur Führung der Vormundschaft bestellte Person untersteht der Fachaufsicht des Vormundschaftsgerichts (§ 1837 BGB) und der Dienstaufsicht und Richtlinienkompetenz des Dienstherrn (Jugendamtsleitung). Die Grenzen der Dienstaufsicht ergeben sich aus § 55 Abs. 2 Satz 3 SGB VIII.

Vorgesetzte sind nur dann befugt, dem Vormund im Einzelfall Weisungen zu erteilen, wenn diese zur Vermeidung rechtswidrigen Handelns oder eines unmittelbar bevorstehenden Schadens erforderlich sind. Der Vormund ist berechtigt, die Interessen des Mündels gegen abweichende Auffassungen sozialer Dienste des Jugendamtes durchzusetzen.

Der Vormund vertritt sein Mündel in eigener Verantwortung und ist in seinem Beurteilungsspielraum für Entscheidungen nur dem Kindeswohl und der Einhaltung rechtlicher Vorgaben verpflichtet.

### **2.3 Haftung des Vormundes**

Führt der Vormund seine Geschäfte unsachgemäß und tritt dadurch ein Schaden ein, löst dies Schadensersatzpflichten aus. Die Haftungsansprüche richten sich gegen die Behörde (Jugendamt).

Bei Pflichtverletzungen gegenüber dem Minderjährigen kommen als Anspruchsgrundlagen sowohl Amtshaftungsansprüche nach § 839 BGB i. V. mit Art. 34 GG als auch Staatshaftungsansprüche nach § 1 Abs. 1 StHG sowie Ansprüche nach den für die Haftung des Vormundes geltenden Bestimmungen des § 1833 BGB in Betracht.

Wird durch die Pflichtverletzung ein Schaden Dritter ausgelöst, kommt ein reiner Amtshaftungsanspruch in Frage. Bei grob fahrlässigem Verhalten oder Vorsatz kann die Behörde auf den einzelnen Mitarbeiter oder die einzelne Mitarbeiterin zurückgreifen.

Schadensersatzansprüche aufgrund einer Aufsichtspflichtverletzung nach § 832 BGB können sich nur in den Fällen ergeben, in denen der Vormund selber Aufsichtspflichten übernommen hat.

Das Jugendamt hat nach § 56 Abs. 4 SGB VIII in der Regel jährlich zu prüfen, ob eine Entlassung angezeigt ist.

### **3. Die Qualifikation des Vormundes**

#### **3.1 Fachkräftegebot**

Die öffentlichen Träger der Jugendhilfe bestimmen im Rahmen ihrer Organisationshoheit die personelle Ausstattung der Jugendämter. Sie beschäftigen hauptberuflich Personen, die eine für diese Aufgaben entsprechende Ausbildung haben (Fachkräfte), sich für die jeweilige Aufgabe nach ihrer Persönlichkeit eignen oder auf Grund besonderer Erfahrungen in der sozialen Arbeit in der Lage sind, die Aufgaben zu erfüllen (§ 72 SGB VIII).

#### **3.2 Qualifikation**

Es bieten sich drei Professionen an, deren Abschlüsse u. a. als berufliche Mindestqualifikation des Vormundes Voraussetzung sein können:

- Diplom-Verwaltungswirt/Verwaltungsfachwirt,
- Sozialarbeiter/Sozialpädagoge und
- Rechtspfleger.

Zur Führung von Amtsvormundschaften und –pflegschaften sind Rechtskenntnisse in folgenden Rechtsbereichen erforderlich:

- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB),
- Sozialgesetzbuch (insbesondere in den Büchern I, II, XII, VIII und X),
- Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG),
- Zivilprozessordnung (ZPO),
- Verwaltungsrecht,
- Ausländerrecht.

Erforderlich ist ferner die Kenntnis von Organisationsabläufen (insbesondere in Jugendämtern, Familien- und Vormundschaftsgerichten).

Die zur Führung der Vormundschaft bestellte Person muss außerdem als Vertreter der Privatinteressen des Mündels sozialpädagogische Kenntnisse besitzen.

Neben pädagogischem, psychologischem und soziologischem Grundwissen über die Entwicklung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen, Mädchen und Jungen, insbesondere zu der Frage, auf welche Weise Fähigkeiten, Stärken, Begabungen und Interessen von Kindern und Jugendlichen erkannt und gefördert werden können, sollten Kenntnisse u. a. in folgenden Bereichen vorhanden sein:

- Kommunikationspsychologie,
- Gesprächsführung,
- Trennungs- und Verlusterlebnisse,



- sexueller Missbrauch,
- Vernachlässigung,
- Misshandlung,
- Schule,
- Berufsausbildung,
- ambulante und stationäre erzieherische sowie therapeutische Hilfen für Kinder und Jugendliche.

### 3.3 Fortbildung und Supervision

Es wird vorausgesetzt, dass der Vormund Zusatzaus- und -fortbildungen auf den Gebieten, die nicht seiner Qualifikation entsprechen, absolviert. Er soll zur ständigen Fort- und Weiterbildung sowie zur Supervision bereit sein.

Dieser Anspruch begründet auf der Seite des Jugendamtes die Verpflichtung, den Fachkräften regelmäßig eine angemessene berufsbegleitende Fortbildung zu ermöglichen. Angesichts der Aufgabenvielfalt und häufiger Konfliktsituationen gehören hierzu multiprofessionelle Fachberatung, Supervision und regelmäßige Fortbildung.

### 3.4 Kompetenzen des Vormundes

#### Berufliche Fähigkeiten

Der Vormund benötigt differenzierte Fähigkeiten in der Beziehungsgestaltung mit den Kindern und Jugendlichen, aber auch in den Kontakten und der Zusammenarbeit mit Behörden, Gerichten und anderen Dritten. Sein berufliches Handeln sollte sich nach folgenden Kriterien ausrichten:

#### *Grundsatz:*

- Verhandlungsgeschick,
- transparentes Handeln,
- alleinverantwortlich Entscheidungen treffen,
- konfliktfreie Abgrenzung, aufeinander abgestimmtes Handeln,
- selbstkritische Auseinandersetzung und Reflexion der beruflichen Rolle.

#### *Zielgruppe Kind/Jugendlicher:*

- Sensibilität und Wertschätzung,
- verbale, nonverbale und spielerische Kommunikationsfähigkeit,
- aktives Zuhören, im Gespräch nicht nur die sachliche, sondern auch die gefühlsmäßige Ebene der Beteiligten wahrnehmen,
- Kreativität bei der Gestaltung von Kontakten.

#### *Zielgruppe Eltern, Pflegepersonen:*

- transparente Vermittlung rechtlicher Bestimmungen gegenüber Eltern und Unterstützung bei Konfliktbewältigung,
- Motivation.

#### *Zielgruppe Vormundschaftsgerichte, behördliche Einrichtungen:*

- rechtlich fundiertes, prägnantes, aber auch partnerschaftliches Auftreten.

### Persönliche Grundeinstellung

Neben den genannten fachlichen Anforderungen müssen Vormünder auch mit ihrer eigenen Person durch eine entsprechende Grundeinstellung und persönliche Lebenserfahrung die Erfüllung der ihnen übertragenen Aufgaben gewährleisten. Dazu gehören insbesondere:

- Kooperationsbereitschaft,
- Flexibilität,
- physische und psychische Belastbarkeit,
- Verantwortungsbereitschaft,
- Respekt vor der Person des Kindes,
- Selbstverständnis als Interessenvertreter des Kindes,
- entsprechendes und glaubwürdiges (kongruentes) Verhalten.

## **4. Die Handlungsgrundsätze des Vormundes**

Der Vormund muss bei seiner Arbeit immer Partei für das Kind oder den Jugendlichen sein. Dazu ist es zwingend erforderlich, die Lebenssituation, die Interessen und Bedürfnisse des Kindes oder Jugendlichen zu kennen. Sie bilden die Grundlage des fachlichen Handelns.

Zudem sind folgende Grundsätze zu benennen:

- Der Vormund handelt im Interesse des Mündels.
- Der Vormund muss den Anspruch des Mündels auf Vertrauensschutz sichern.
- Der Vormund wahrt die dem Kind gesetzlich eingeräumten Rechte.
- Der Vormund achtet darauf, dass andere Beteiligte die Grundrechte des Kindes nicht verletzen.
- Der Vormund bezieht das Mündel aktiv in seine Zielfindungs- und Entscheidungsprozesse ein.
- Der Vormund kennt die Interessen und Wünsche des Kindes.
- Der Vormund prüft, ob der Wille mit dem Wohl des Mündels vereinbar ist.
- Ein Wechsel in der Person des Vormundes orientiert sich ausschließlich am Wohl des Mündels.
- Der Vormund beschafft sich notwendige Kenntnisse über das Mündel und dessen soziale und materiell-rechtliche Lage.
- Der Vormund erörtert die Bedarfssituation des Mündels mit beteiligten Personen und Stellen.
- Der Vormund pflegt regelmäßige Kontakte zum Mündel.
- Die Intensität der Beziehungen wird nach der individuellen Situation des Mündels ausgerichtet.

- Der Vormund achtet sein Mündel und bringt ihm Wertschätzung entgegen.
- Der Vormund stellt sich seinem Mündel persönlich vor und wählt eine dem Alter und dem Entwicklungsstand des Mündels entsprechende Gesprächs- und Kommunikationsform.
- Bei Verständigungs- und/oder Sprachproblemen bezieht der Vormund eine aus seiner Sicht geeignete Vertrauensperson ein.

#### **4.1 Beteiligung des vertretenen Kindes oder Jugendlichen**

##### Rechtsgrundlagen für die Beteiligung

Die Verpflichtung des Vormundes zur Beteiligung des vertretenen Kindes oder Jugendlichen ergibt sich aus:

- den multinationalen Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention zum Schutz der Rechte von Kindern (Artikel 12);
- dem Grundrechtekatalog des Grundgesetzes (Art. 2: Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit; Art. 3: Gleichheitsgrundsatz; Art. 5: Recht auf Meinungsfreiheit);
- dem Bürgerlichen Gesetzbuch, das in Fragen der elterlichen Sorge die Beteiligung des Kindes oder Jugendlichen entsprechend seinem individuellen Entwicklungsstand verlangt (§ 1626 Abs. 2 BGB);
- den Regelungen des SGB VIII:
  - § 5 SGB VIII steht den Klienten der Kinder- und Jugendhilfe ein grundsätzliches Wunsch- und Wahlrecht zu „zwischen Einrichtungen und Diensten verschiedener Träger zu wählen und Wünsche hinsichtlich der Gestaltung der Hilfe zu äußern“. Der Vormund hat das Wunsch- und Wahlrecht in Übereinstimmung mit den Interessen des Kindes wahrzunehmen.
  - Nach § 8 Abs. 1 SGB VIII sind Kinder und Jugendliche „entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.“  
§ 8 Abs. 2 SGB VIII verpflichtet die Jugendämter und damit den Vormund, das Mündel auf seine „Rechte im Verwaltungsverfahren sowie im Verfahren vor dem Familiengericht, dem Vormundschaftsgericht und dem Verwaltungsgericht hinzuweisen“.
  - § 9 Nr. 2 SGB VIII verpflichtet neben der auch in § 1626 Abs. 2 BGB beschriebenen Pflicht, bei der Pflege und Erziehung „die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln“ zu berücksichtigen, „die jeweiligen besonderen sozialen und kulturellen Bedürfnisse und Eigenarten junger Menschen und ihrer Familien“ im Auge zu behalten.
  - § 36 SGB VIII regelt die Beteiligung des Mündels bei der Gewährung von Hilfe zur Erziehung. Sowohl das Kind oder der Jugendliche als auch der



Vormund sind vor Inanspruchnahme oder einer beabsichtigten Änderung der Hilfe zu beraten und über mögliche Folgen für die Entwicklung des Mündels hinzuweisen. Außerdem wird die Mitwirkung des Vormundes sowie des Mündels an der Aufstellung des Hilfeplanes vorgeschrieben.

### Ziel der Beteiligung

Mit dem Mündel ist die am besten geeignete Hilfe/Perspektive zu finden. Ihm ist jede Unterstützung zu geben, die seine persönliche Entwicklung fördert (§ 1 SGB VIII).

Dazu ist anzustreben:

- Akzeptanz beim Kind/Jugendlichen (⇒ positive Beziehung).  
Ein beteiligtes Mündel fühlt sich ernst genommen und gleichberechtigt behandelt. Eine solche Akzeptanz wirkt sich nachhaltig positiv auf die Beziehung zwischen Vormund und Mündel und dessen Entwicklung aus.
- Wissen über Wünsche und Vorstellungen des Mündels (⇒ gemeinsame Plattform).  
Nur durch die entsprechende Beteiligung lässt sich die Perspektive des Kindes oder Jugendlichen entdecken. So können Widerstände verstanden und Vorstellungen des Vormundes von denen des Mündels unterschieden werden. Das bietet dem Vormund die Chance, seine Rolle und seine eigenen Wertvorstellungen zu hinterfragen.
- Identifikation mit der Hilfe (⇒ größerer Erfolg).  
Ein beteiligtes Kind oder ein beteiligter Jugendlicher, dessen Vorstellungen und Wünsche berücksichtigt worden sind, wird Hilfen und Entscheidungen eher akzeptieren und mittragen.
- verbesserte „Passform“ der Hilfe (⇒ Steigerung der Effizienz).  
Wenn das Mündel seine eigenen Bedürfnisse und die beteiligten Fachkräfte den erzieherischen Bedarf formulieren können, wird das Ergebnis des Aushandlungsprozesses der Lebenswirklichkeit des Mündels gerechter.

### Formen der Beteiligung

Beteiligung ist die Möglichkeit des Mündels, sich mit seinen Rechten und Problemen Gehör zu verschaffen, Meinungen und Wünsche zu Planungs- und Entscheidungsprozessen äußern und im Sinne von Mitbestimmung und Selbstbestimmung etwas bewirken zu können.

Jedes Kind und jeder Jugendliche ist entsprechend seinem Entwicklungsstand zu beteiligen. Vom Mündel gewünschte Personen sind grundsätzlich einzubeziehen.

Das Kind oder der Jugendliche ist bei allen seine Person betreffenden Fragen und Entscheidungen frühest möglich zu informieren.

Beteiligung findet in der Regel durch Gespräche statt. Diese können im persönlichen Lebensumfeld des Mündels, im Jugendamt oder bei gemeinsamen Freizeitunternehmungen geführt werden. Grundsätzlich soll ein persönlicher Austausch vor dem Hilfeplangespräch erfolgen. Weitere Gestaltungsmöglichkeiten zur Beteiligung sind verschiedene Kommunikationsformen, wie z. B. regelmäßige schriftliche oder mündliche Befragungen in altersgemäßer Formulierung, Briefe schreiben, Telefonate führen, Spielen und Zeichnen.

Darüber hinaus sind auch Beteiligungsformen in Gruppen, wie Seminare oder Ähnliches möglich.

Ein Kind oder Jugendlicher hat regelmäßig sehr konkrete Vorstellungen von und Wünsche an seinen Vormund, die es/er in Bezug auf das Jugendamt auch formulieren kann. Mit Mündeln sollten deswegen Zukunftswerkstätten veranstaltet werden, in denen Mädchen und Jungen in einer Kritikphase („Was finde ich an meinem Vormund gut und was nicht so gut?“), einer Phantasiephase („Wie wünsche ich mir meinen Vormund?“) und einer Phase der Verbesserungsvorschläge („Was sollte der Vormund oder das Jugendamt besser machen?“) ihre Vorstellungen und Wünsche auch artikulieren können.

Die Beteiligung des Mündels setzt zwingend voraus, dass es „seinen“ Vormund persönlich kennt und erlebt. Es sollte ein Vertrauensverhältnis zwischen Mündel und Vormund bestehen. Nur so kann sich das Kind oder der Jugendliche ernst genommen fühlen und an Entscheidungen mitwirken. Vom Vormund verlangt dies eine entsprechende Grundeinstellung und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen und Kommunikationsfähigkeit. Kontinuierliche Kontakte zum Mündel mehrfach im Jahr sind die Mindestanforderung.

## **4.2 Zusammenarbeit mit beteiligten Dritten**

### Eltern

Der Vormund sollte die Eltern des Kindes nach Möglichkeit kennen. Die Regelungen des § 1684 BGB (Umgang des Kindes mit den Eltern) und des § 1686 BGB (Auskunft über die persönlichen Verhältnisse des Kindes) müssen beachtet werden. Die Eltern sind über Aufgaben und Funktion des Vormundes aufzuklären. Unter Berücksichtigung des Kindeswohls und einer evtl. Rückführungsperspektive soll der Vormund die Eltern beteiligen.

### Vormundschaftsgericht

Der Vormund untersteht der Fachaufsicht des Vormundschaftsgerichtes.

Das Vormundschaftsgericht bestellt nach § 1791b Abs. 2 BGB das Jugendamt zum Vormund. Die Fachaufsicht des Vormundschaftsgerichts ist auf die Wahrung der Rechtmäßigkeit und das Einschreiten durch geeignete Ge- und Verbote bei Pflichtwidrigkeit beschränkt. Gemäß § 1840 Abs. 1 BGB muss der Vormund mindestens einmal jährlich dem Vormundschaftsgericht über die persönlichen Verhältnisse seines Mündels berichten.

Nach § 87c Abs. 3 SGB VIII hat der Vormund einen Entlassungsantrag zu stellen, wenn sich der gewöhnliche Aufenthalt des Kindes oder Jugendlichen ändert. Hier ist zu beachten, dass die personelle Kontinuität des Vormundes einen hohen Stellenwert hat. Soweit eine persönliche Beziehung zwischen Mündel und Vormund besteht und diese für das Mündel aufgrund seines Entwicklungsstandes und Alters wichtig und richtig erscheint, soll eine Vormundschaft trotz Wechsel des gewöhnlichen Aufenthalts nach Möglichkeit vom bisherigen Vormund fortgeführt werden. Dies sollte dem Vormundschaftsgericht als Grundlage für dessen Entscheidung nachvollziehbar mitgeteilt werden.

### Soziale Dienste

- Der Vormund ist so wie die sorgeberechtigten Eltern zu behandeln und hat Anspruch auf Hilfen zur Erziehung nach § 27 ff. SGB VIII.

- Der Vormund ist vor der Entscheidung über die geeignete Hilfeform bzw. vor einer notwendigen Änderung von Art und Umfang der Hilfe zu beraten und auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen hinzuweisen (§ 36 Abs. 1 SGB VIII).
- Der nach § 36 SGB VIII vorgeschriebene Hilfeplan wird vom Sozialdienst des Jugendamtes unter Beteiligung des Mündels und seines Vormundes erstellt.
- Die Kooperation zwischen Vormund und Sozialen Diensten soll auf örtlicher Ebene einzelfallübergreifend verbindlich geregelt werden (Kooperationsvereinbarung).

#### Wirtschaftliche Jugendhilfe

Bei stationären Hilfen zur Erziehung nach §§ 27 ff. SGB VIII werden im Rahmen der Kostenheranziehung nach §§ 91 ff. SGB VIII Ansprüche des Mündels, z. B. Unterhalt, Waisenrente, OEG - Leistungen, Berufs- und Ausbildungsbeihilfe oder BaföG, durch die Wirtschaftliche Jugendhilfe verfolgt und geltend gemacht.

#### Adoptionsvermittlungsstelle

Das Jugendamt wird gem. § 1751 Abs. 1 BGB kraft Gesetzes Vormund sobald die Eltern oder ein Elternteil gem. §§ 1747, 1748 BGB in die Adoption ihres Kindes eingewilligt haben; dieses gilt auch bei Ersetzung der elterlichen Einwilligung. Die Adoptionsvermittlungsstelle betreibt das Adoptionsverfahren nach den Regeln des Adoptionsvermittlungsgesetzes (AdVermiG)<sup>1</sup>. Fachkräften einer Adoptionsvermittlungsstelle sollte die Wahrnehmung der Aufgabe der zur Führung der Vormundschaft bestellten Person gem. § 55 Abs. 2 SGB VIII zum Ausschluss von Interessenskonflikten nicht übertragen werden.

#### Sonstige

Um das Mündel angemessen vertreten und in seinem Sinne entscheiden zu können, soll der Vormund sämtliche Personen kennen, die aktiv an der Erziehung des Kindes oder Jugendlichen beteiligt sind. Dazu gehören insbesondere die Pflegeeltern, Mitarbeiter/innen von Einrichtungen der Jugendhilfe und Kindergärten, Lehrer/innen, Ausbilder/innen usw.

## **5. Die Qualität in der Aufgabenwahrnehmung der Vormünder**

Um Qualität und Qualitätskriterien in der Aufgabenwahrnehmung der Vormünder entwickeln zu können ist es notwendig, sich mit deren beruflichen Vorstellungen und beruflicher Praxis auseinander zu setzen.

Verbesserung von Qualität ist eng verbunden mit den Möglichkeiten der Vormünder zum fachlichen Austausch über das Thema. Es ist notwendig, die komplexen Probleme im Berufsalltag der Vormünder in kontinuierlich stattfindenden fachlichen Austauschprozessen zu reflektieren. Dabei muss die Perspektive der Kinder und Jugendlichen eine wichtige Orientierung bleiben.

---

<sup>1</sup> siehe auch Empfehlungen zur Adoptionsvermittlung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter 2003 ([www.bagljae.de](http://www.bagljae.de))



Wird dementsprechend ein professionelles Selbstverständnis zu Grunde gelegt, in dem die Mündelperspektive bzw. der auf Vertrauen aufbauende Kontakt zum Mündel Handlungsbasis ist, besitzt das professionelle Handeln dann Qualität,

- wenn sensibel und respektvoll mit Kindern und Jugendlichen und ihrer Herkunftsfamilie sowie mit anderen Bezugspersonen umgegangen wird (*Adressatenorientierung*),
- wenn vor allem die Förderung der kindlichen und jugendlichen Fähigkeiten und Interessen und weniger die Beseitigung ihrer Defizite im Vordergrund des Interesses stehen (*Kompetenzorientierung*),
- wenn im Vorhinein der fachlichen Entscheidungen Offenheit und Ungewissheit akzeptiert werden (*Prozessorientierung*),
- wenn es gelingt, das Kind oder den Jugendlichen an den Entscheidungsprozessen des Jugendamtes (z. B. den Hilfeplangesprächen) zu beteiligen (*Beteiligung*).

Diese Kriterien sind variabel.

Bei der Differenzierung des Qualitätsbegriffs hat sich die Aufteilung in Strukturqualität, Prozessqualität und Ergebnisqualität durchgesetzt.

## 5.1 Strukturqualität: Organisatorische Rahmenbedingungen optimieren

In der praktischen Umsetzung eines professionellen Selbstverständnisses nehmen

- die gesetzlichen Grundlagen sowie
- der auf Vertrauen aufbauende Kontakt zum Mündel.

einen zentralen Stellenwert ein. Ohne die geeigneten organisatorischen Rahmenbedingungen ist dies nur schwer möglich. Notwendig ist vor allem die Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung im Jugendamt und die Bildung von Fachteams, bestehend aus den Personen, die zur Führung von Vormundschaften bestellt sind.

### Klärung der verantwortlichen Aufgabenwahrnehmung

Vormünder müssen mit anderen Fachdiensten innerhalb und außerhalb des Jugendamtes kooperieren. Vor allem die Zusammenarbeit mit den sozialen Diensten, durch die der Erstkontakt zur Herkunftsfamilie zu Stande kommt, ist für die Arbeit des Vormundes von Bedeutung. Besonders an dieser Schnittstelle im Jugendamt ist eine Aufgabentrennung erforderlich, um Interessenkollisionen, Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden.

Gemäß § 7 Abs. 1, Nr. 5 SGB VIII ist der Vormund Personensorgeberechtigter und hat demzufolge Anspruch auf Hilfen zur Erziehung gemäß §§ 27 ff. SGB VIII. Insofern ist der Vormund Antragsteller und damit für die Wahrnehmung der Interessen und Rechte des Kindes bzw. des Jugendlichen und vor allem für seine Beteiligungsrechte z. B. bei der Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII verantwortlich. Der Sozialdienst bleibt für die Arbeit mit der Herkunftsfamilie zuständig. Daran orientiert prüfen Mitarbeiter/innen des Sozialdienstes und der Vormund, welche Aufgabenteilung vorgenommen und welche Vorhaben, z. B. Besuche in Heimen oder Pflegefamilien, sinnvollerweise gemeinsam durchgeführt werden sollen.

Rechtlich sind die beiden Aufgabenbereiche dadurch getrennt, dass die Hilfen zur Erziehung zu den „Leistungen der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 2 SGB VIII) gehören und die Vormundschaften zu den „Anderen Aufgaben der Jugendhilfe“ (§ 2 Abs. 3 SGB VIII).

Die Aufgabe des Vormundes als gesetzlicher Vertreter/in und Antragsteller/in von Hilfen zur Erziehung zu fungieren erfordert, dass die Führung der Vormundschaft von der Stelle, die über die Gewährung der Hilfe entscheidet und den Leistungsbescheid zustellt (Gewährleister/in der Hilfe), zu trennen ist.

Mit dem SGB VIII als Bestandteil des Sozialgesetzbuches sind auch die Vorschriften des SGB I (Sozialgesetzbuch Allgemeiner Teil) und SGB X (Sozialgesetzbuch Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz) anzuwenden. § 16 SGB X regelt, dass Personen, die Beteiligte am Verwaltungsverfahren sind, an Entscheidungen in diesem Verfahren nicht mitwirken dürfen. Der Vormund stellt als Personensorgeberechtigte/er den Antrag auf Gewährung von Hilfe zur Erziehung nach dem SGB VIII. Damit ist er als Beteiligter am Verwaltungsverfahren vom Mitwirkungsverbot im Sinne von § 16 SGB X betroffen. Daraus folgt, dass Mitarbeiter/innen der sozialen Dienste nicht gleichzeitig auch Vormünder sein können; soziale Dienste und Vormundschaft sind daher strikt zu trennen (vgl. Kaufmann in „Der Amtsvormund“, Juni 1998, S. 482-491).

### Fallzahlbemessung

Maßstab für eine Fallzahlbemessung sind

- der Schwierigkeitsgrad der Einzelfälle sowie
- der Umfang und die Intensität der Einzelfallbetreuung, wie z. B.
  - Häufigkeit und Dauer der Gespräche mit dem Mündel, Kontakte zu
    - leiblichen Eltern,
    - Vormundschafts- und Familienrichtern/innen,
    - Fachkräften des Jugendamtes,
    - Fachkräften in Einrichtungen,
    - Pflegepersonen,
    - Lehrern/innen,
    - Ärzten/innen etc;
- Häufigkeit der Erstellung von Stellungnahmen und Berichten;
- Öffentlichkeitsarbeit;
- Arbeit mit Einzelvormündern;
- Wegezeiten;
- das örtlich festzulegende Leistungsprofil des Aufgabenbereiches Vormundschaft/Pflegschaft im Gesamtspektrum der vom Jugendamt zu erbringenden Leistungen und anderen Aufgaben für junge Menschen und ihre Familien in Problemlagen.

Im Rahmen der Fallzahlbemessung ist sicher zu stellen, dass die Mindestanforderungen an persönlichen Kontakten zum Mündel erreicht werden (vgl. hierzu „Dresdener Erklärung“ in „Der Amtsvormund“ 2000/437).

### Bildung einer Arbeitsgemeinschaft „Vormundschaften“

Jugendämter können nach § 78 SGB VIII Arbeitsgemeinschaften bilden, um u.a. die Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben örtlich oder regional besser aufeinander abstimmen und vereinheitlichen zu können. Mitglieder/innen eines „Fachgremiums Vormundschaften“ können örtliche Richter/innen und Rechtspfleger/innen, ehrenamtliche Einzelvormünder sowie die Vormünder des Jugendamtes und die Vormünder bei den freien Trägern, Berufsvormünder (vgl. § 1836 Abs. 2 BGB) und ggf. Gäste sein. Die strukturellen Unterschiede in den einzelnen Kommunen, z. B. Anzahl der zuständigen Gerichte oder die Größe der Jugendamtsbezirke sind dabei zu berücksichtigen.



Ziel einer Arbeitsgemeinschaft ist die Qualitätssicherung und die Qualitätsentwicklung im Bereich der Vormundschaftsaufgaben. Gleichzeitig soll dieses Gremium zur Verbesserung der Kommunikation und Kooperation aller im Vormundschaftswesen tätigen Berufsgruppen dienen und die Interessen der unterschiedlichen Professionen vernetzen.

Für eine Optimierung der Umsetzung gesetzlicher Vorgaben kann das Gremium folgende Aufgaben übernehmen:

- Es kann durch verbindliche Absprachen und/oder Erstellung eines Kriterienkatalogs dafür Sorge tragen, dass bei der Überprüfung der Geeignetheit von Personen als Vormund einheitliche Maßstäbe angelegt werden.
- Es kann sich im Bereich der Aus- und Fortbildung als ein Bindeglied zwischen Praxis und Fortbildungsinstitutionen begreifen. Es soll den örtlichen Fortbildungsbedarf ermitteln, ggf. unterschieden nach Personen, die in die Problematik eingeführt werden und solche, die Kenntnisse auffrischen und vertiefen möchten. Das Fachgremium kann Impulse für Fortbildungskonzepte geben und entsprechenden Fortbildungsbedarf beim Landesjugendamt anmelden.
- Es kann, unter Beachtung der einschlägigen Vorschriften, zur Vorbereitung auf Beruf oder Ehrenamt Interessierten die Möglichkeit vermitteln, bei geeigneten Institutionen zu hospitieren.
- Es kann sowohl an der Erstellung von Konzepten berufsbegleitender Aus- und Fortbildung zum Vormund mitarbeiten, als auch eigene Ressourcen nutzen und fremde Angebote sammeln und darüber informieren.
- Es kann, bezogen auf die ehrenamtlich oder beruflich tätigen Einzelvormünder, die Aufgabe der Gewinnung, Schulung, Beratung und die Öffentlichkeitsarbeit anregen und fördern.
- Es kann, da die Einzelvormünder einer intensiven und fachgerechten Einarbeitung bedürfen, die Aufgabe übernehmen, diese konzeptionell vorzubereiten und deren Durchführung ggf. zu begleiten. Besonderer Wert sollte darauf gelegt werden, dass auch Vormünder für Personen mit speziellem Betreuungsbedarf z. B. für ausländische Kinder und Jugendliche gefunden werden.
- Es kann, um bessere Voraussetzungen für eine mündelorientierte Vormundschaftstätigkeit zu schaffen, regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen mit Mündeln organisieren. Der direkte Kontakt mit den betroffenen Kindern und Jugendlichen in einer altersentsprechenden, vertrauensvollen Umgebung eignet sich in besonderer Weise für eine konstruktive, offene Kommunikation.

#### Fachlicher Austausch in Fachteams (Reflexion) innerhalb des Jugendamtes

Um die beruflichen Aufgaben der Vormundschaft erfüllen zu können ist ein regelmäßiger fachlicher Austausch - Supervision, Selbstevaluation und kollegiale Beratung - notwendig.

## **5.2 Prozessqualität: Geeignete fachliche Aktivitäten ausbilden**

Der Vormund sollte eigene Aktivitäten entwickeln, die der Umsetzung eines professionellen Selbstverständnisses gerecht werden, wobei der auf Vertrauen aufbauende Kontakt zum Mündel einen zentralen Stellenwert hat. Dies ist notwendig, um den Arbeitsalltag mit einem sicheren beruflichen Selbstverständnis bewerkstelligen und optimieren zu können. Die eigene Fachlichkeit als Voraussetzung und Grundlage für die Wahrnehmung der Vormundschaftsaufgaben sollte an den unter Gliederungspunkt 4 entwickelten Handlungsgrundsätzen gemessen werden. Es handelt sich um Schlüsselprozesse der Leistungserbringung. Diese bedürfen der konkreten Beschreibung und eignen sich dann auch als Maßstab und Bezugsgrößen der Qualitätsentwicklung.

## **5.3 Ergebnisqualität: Beurteilung des Erreichten**

Ergebnisqualität bezieht sich auf die Frage, inwiefern fachliche Ziele, d. h., Ergebnisse erreicht worden sind.

Zu Beginn des Entscheidungsprozesses, in dem über eine Unterstützung durch die Jugendhilfe mit Kindern und Jugendlichen sowie ihren Eltern und/oder gesetzlichen Vertretern verhandelt wird, sind Zielvereinbarungen zu treffen. Bei diesen Vereinbarungen sollte neben dem Kind oder Jugendlichen sowie deren/dessen Mutter und/oder Vater die zuständige Fachkraft des Sozialdienstes, der verantwortliche Vormund und unter Umständen Pflegeeltern oder Mitarbeiter freier Träger beteiligt sein. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen sollten nicht gescheut werden. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass die Ziele revidierbar sind und dass ihre Überprüfung aus der Sicht aller Beteiligten, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, die von der Jugendhilfemaßnahme betroffen sind, vorgenommen wird.

Exemplarische Ziele können sein:

- Steigerung des Selbstwertgefühls,
- Verbesserung der Beziehungsfähigkeit,
- verbesserte Alltagsbewältigung,
- Besuch von Schule bzw. Ausbildungsstätte,
- Steigerung der subjektiven Zufriedenheit,
- Verbesserung der Lebensqualität, u. A.

Für die Vormundschaft können diese Ziele als eine überprüfbare Ergebnisqualität gelten, sofern sie objektiv aus dem Blickwinkel aller Beteiligten beurteilt werden.

## Quellenverzeichnis:

Diese Arbeits- und Orientierungshilfe wurde aus folgenden Publikationen erarbeitet:

- Empfehlungen des Sächsischen Landesjugendamtes zur Stellung und zum Wirkungsbereich eines Amtsvormundes/Amtspflegers vom 03.12.1997
- Profile – Arbeitsorientierungen, Grundsätze, Standards – für die Arbeit der Vormünder bei den Jugendämtern in Hessen vom 5.11.2002
- Hinweise zu Aufgabenstrukturen und Verfahrensweisen auf dem Gebiet des Vormundschaftswesens des Landesjugendamtes Brandenburg vom 25.03.1996
- Arbeitsorientierungen des Landesjugendamtes Thüringen zu den Aufgabenbereichen Beistandschaften, Amtsvormundschaften, Amtspflegschaften, Unterhaltsvorschuss, überarbeitet 01.01.2003
- Arbeits- und Orientierungshilfe „Das Leistungsprofil der Amtsvormünderin und des Amtsvormundes“ der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, 26.04.1999
- Arbeits- und Orientierungshilfe „Leitfaden für die Amtsvormünderin und den Amtsvormund zur Beteiligung des von Ihnen vertretenen Kindes oder Jugendlichen“ der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, 2002
- Arbeits- und Orientierungshilfe „Leitfaden zum Entlassungsantrag des Jugendamtes als bestellter Amtspfleger oder Amtsvormund nach § 87c Abs. 3 SGB VIII“ der Landesjugendämter Rheinland und Westfalen-Lippe, 01.12.2003
- Arbeitshilfe zur Selbstevaluation für den Fachbereich Amtsvormundschaft/-pflegschaft des Sächsischen Landesjugendamtes im Mitteilungsblatt des SLJA 2/2003
- Dresdener Erklärung vom 24.03.2000
- Leitlinien zur Qualitätsentwicklung in der Vormundschaft vom 26.04.2002

Diese Arbeits- und Orientierungshilfe wurde erarbeitet von:

Hans Happel, Kreisjugendamt Gießen  
Dr. Thomas Meysen, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht, Heidelberg  
Hans-Werner Pütz, Landesjugendamt Rheinland  
Roland Richter, Landesjugendamt Thüringen  
Ramona Ueberfuhr, Landesjugendamt Sachsen  
Reimund Wiedau, Landesjugendamt Westfalen-Lippe



Anlage 43:

Antwort-ID	Resume-Code	22. Wie viele UMA stellen nach Erreichen der Volljährigkeit einen Antrag auf Hilfen für junge Volljährige?
27236950	a8d8c62	
27236969	a3923c4	
27236984	7122aa5	
27237094	fcc41ff	20%
27237109	3c8ca63	90%
27237941	b442079	80%
27238003	194892a	80%
27238163	8e6233c	95%
27238368	c82d341	100%
27238802	1440bc1	80%
27245625	a9c00ab	70%
27246286	f9b8958	98%
27251198	e46d4db	10%
27256339	8ac54cd	
27288774	9f62cdf	60%
27289310	b37aa5c	
27291409	18d411c	95%
27296219	89e585a	100%
27315953	f970307	95%
27371775	4aacd43	95%
27407820	5048bf0	80%
27434969	b067d81	99%
27447481	d2b2829	99%
27453560	218cb5b	98%
27467707	d5fe52d	98%
27506299	da4142f	90%
27521333	c31137a	95%
27566657	ecd4473	
27574924	8c1d46e	99%
27575949	f308a17	100%
27579133	598cd48	
Summe:		2026%
Durchschnitt		<u><b>84%</b></u>

## IAB-Kurzbericht

13/2016

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

## In aller Kürze

■ Kinder und Jugendliche, die ohne Angehörige in Deutschland Zuflucht suchen, gelten als besonders schutzwürdig. Ihre Zahl nahm im Jahr 2015 stark zu.

■ In Deutschland treffen sie auf eine Aufnahmegesellschaft im Wandel: Seit 2008 wird das Ausbildungssystem für bislang ausgeschlossene Flüchtlingsgruppen schrittweise geöffnet, so auch für viele unbegleitete Minderjährige.

■ Bei ihrer Integration und Ausbildung unterstützt die Jugendhilfe. Mit der Volljährigkeit entfällt diese Unterstützung aber häufig.

■ Für erfolgreiche Ausbildungsverläufe empfehlen die interviewten Expertinnen und Experten eine Unterstützung über die Volljährigkeit hinaus. Sie beobachten bei vielen unbegleiteten Minderjährigen teils tiefe Verwundungen, aber auch hohe psychische und physische Stärke.

■ Je nach Aufenthaltsstatus – Gestattung, Duldung oder Aufenthaltserlaubnis – haben unbegleitete Minderjährige teils unterschiedlichen Zugang zu ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen, Ausbildung und ausbildungsbegleitender Förderung. Würden die Zugänge weiter erleichtert, wären Betriebe und unbegleitete Minderjährige entlastet. Ausbildung eröffnet den jungen Menschen Perspektiven, selbst wenn sie später in ihre Herkunftsländer zurückkehren.

## Ausbildung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

Sinnvoll ist Unterstützung  
über Volljährigkeit hinaus

von Angela Bauer und Franziska Schreyer

Kinder und Jugendliche, die ohne Eltern oder andere Erziehungsberechtigte in Deutschland Schutz suchen, gelten als besonders schutzwürdige Gruppe. Die Jugendhilfe hat den Auftrag, die unbegleiteten Minderjährigen bei ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu fördern. Inwieweit können sich diese beruflich in Deutschland integrieren und eine Ausbildung aufnehmen? Wie können sie dabei auch nach Erreichen der Volljährigkeit unterstützt werden? Der IAB-Kurzbericht informiert über die unbegleiteten Minderjährigen und präsentiert Befunde zu Chancen und Risiken bei ihrem Weg in Ausbildung.

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind Kinder und Jugendliche, die ohne für sie verantwortliche Erwachsene in Deutschland einreisen oder hier zurückgelassen werden und Zuflucht suchen. Krieg, Armut, die Rekrutierung von Kindersoldaten, Zwangsprostitution und -verheiratung, Genitalverstümmelung oder häusliche Gewalt – die Gründe der Flucht sind vielfältig. Manche werden durch die Umstände der Flucht von ihren Familien getrennt (Müller 2014). Im

Jahr 2015 kamen vorläufigen Angaben zufolge über 50.000 unbegleitete Minderjährige nach Deutschland (BMFSFJ 2015).

Die Bundesregierung zählt unbegleitete minderjährige Flüchtlinge zu den schutzbedürftigsten Gruppen überhaupt.<sup>1</sup> Nach dem Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen haben sie das Recht, dem Kindeswohl entsprechend untergebracht, versorgt und betreut zu werden (BT-Drucksache 18/5564). Da nur ein Teil von ihnen Asyl beantragt und rechtlich als Flüchtling anerkannt wird, wird im Folgenden der Begriff der unbegleiteten Minderjährigen verwandt. Viele, die als Kinder oder Jugendliche ohne Angehörige eingereist sind, münden erst nach Erreichen der Volljährigkeit in Ausbildung, der Begriff der unbegleiteten Minderjährigen wird im Folgenden auch in diesen Fällen genutzt.

In Deutschland angekommen, treffen unbegleitete Minderjährige auf eine Aufnahmegesellschaft im Wandel. Dies gilt un-

<sup>1</sup> Die EU-Aufnahmerrichtlinie 2013/33/EU benennt weitere Gruppen als besonders schutzbedürftig, wie Minderjährige, die zusammen mit Sorgeberechtigten fliehen.

## 1 Aufenthaltsstatus und betriebliche Ausbildung

Unbegleitete Minderjährige haben abhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status unterschiedlichen rechtlichen Zugang zu betrieblicher Ausbildung.

### ■ Aufenthaltsgestattung

Beantragen unbegleitete Minderjährige mit ihren rechtlichen Vertretungen Asyl, haben sie während des Verfahrens den Status der Gestattung. Ab dem vierten Monat Aufenthalt können sie eine betriebliche Ausbildung beginnen. Für den konkreten Ausbildungsplatz benötigen sie eine Beschäftigungserlaubnis durch die örtlich zuständige Ausländerbehörde. Diese darf sie nicht an unbegleitete Minderjährige aus als sicher eingestuften Herkunftsländern erteilen, die nach dem 31.8.2015 einen Asylantrag gestellt haben (§ 61 Abs. 2 Asylgesetz – AsylG). Als sicher sind derzeit definiert: Albanien, Bosnien und Herzegowina, Ghana, Kosovo, Mazedonien, Montenegro, Senegal und Serbien (Anlage II zu § 29a AsylG). Die Bundesagentur für Arbeit (BA) ist nicht in das Prüfverfahren einzubinden (§ 32 Abs. 2, Abs. 4 Beschäftigungsverordnung – BeschV).

### ■ Duldung

Entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) negativ über den Asylantrag, kann die örtliche Ausländerbehörde ggf. eine Duldung erteilen. Unbegleitete Minderjährige werden auch ohne vorgängigen Asylantrag geduldet.

Rechtlich ist eine Duldung keine Aufenthaltserlaubnis, sondern eine vorübergehende Aussetzung der Abschiebung (§ 60a Aufenthaltsgesetz – AufenthG). Unbegleitete Minderjährige haben besonderen Abschiebeschutz (§ 58 Abs. 1a AufenthG), auch wenn sie aus einem als sicher eingestuften Herkunftsland stammen.

Die Aufnahme einer betrieblichen Ausbildung ist mit Duldung vom ersten Tag an möglich, wenn eine Beschäftigungserlaubnis durch die Ausländerbehörde vorliegt. Diese darf sie nicht erteilen, wenn

- aufenthaltsbeendende Maßnahmen aus Gründen, die die Geduldeten selbst zu vertreten haben, nicht vollzogen werden können
- der nach dem 31.8.2015 gestellte Asylantrag von Menschen aus als sicher definierten Herkunftsländern abgelehnt wurde (§ 60a Abs. 6 AufenthG).

Die Ausländerbehörde kann eine Duldung zunächst für ein Jahr erteilen, wenn die Personen die Ausbildung spätestens im Alter von 20 Jahren beginnen und nicht aus einem als sicher definierten Herkunftsland stammen. Die Duldung soll jeweils um ein Jahr verlängert werden, wenn in einem angemessenen Zeitraum mit dem Ausbildungsabschluss zu rechnen ist (§ 60a Abs. 2 AufenthG).

Mit abgeschlossener Ausbildung können Geduldete gegebenenfalls eine befristete Aufenthaltserlaubnis erhalten (§ 18a Abs. 1 AufenthG). Ähnliches gilt nach § 25a Abs. 1 AufenthG für schulisch oder beruflich gut integrierte Geduldete im Alter bis zu 20 Jahren, die seit mindestens vier Jahren im Bundesgebiet leben.

### ■ Asylberechtigung und Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

Entscheidet das BAMF über Asylanträge positiv, erhalten die Antragstellenden eine Aufenthaltserlaubnis. Auch ohne vorgängigen Asylantrag kann unbegleitete Minderjährigen, ggf. über die Härtefallkommissionen der Bundesländer, eine humanitäre Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (Abschnitt 5 AufenthG). Die Aufenthaltserlaubnis ist mit einer Beschäftigungserlaubnis verbunden, die auch betriebliche Ausbildung ermöglicht. Die BA muss nicht zustimmen (§ 31 BeschV).

Unabhängig vom Status sind unbegleitete Minderjährige nicht (mehr) in Erstaufnahmeeinrichtungen untergebracht und von daher nicht der Residenzpflicht unterworfen; so können Auszubildende etwa für Montagearbeit in der Regel bundesweit eingesetzt werden. Schulische Berufsausbildungen sind mit Gestattung, Duldung oder Aufenthaltserlaubnis möglich und nicht von Ausländerbehörde oder BA zu genehmigen.

In diesem Kurzbericht wird das zum 3.5.2016 geltende Recht skizziert. Weitere Informationen finden Sie in BA (2016).

ter anderem für den Ausbildungsmarkt: Seit 2008, beginnend mit dem Aktionsprogramm „Beitrag der Arbeitsmigration zur Sicherung der Fachkräftebasis“ der Bundesregierung, wird er für bislang ausgeschlossene Flüchtlingsgruppen geöffnet.

Viele unbegleitete Minderjährige sollen die „Möglichkeit erhalten, durch Zugänge zu Angeboten formaler und non-formaler Bildung ihre Potenziale zu entfalten und sich in die Gesellschaft einzubringen“ (BT-Drucksache 18/5921). Diejenigen, deren Asylantrag noch bearbeitet wird oder die aufenthaltsrechtlich geduldet sind, können ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (BA) eine betriebliche Ausbildung aufnehmen. Im Duldungsstatus können unbegleitete Minderjährige nun Berufsausbildungsbeihilfe leichter beziehen. Mit Ausbildung steigen ihre Chancen, aus der unsicheren Duldung in eine Aufenthaltserlaubnis zu wechseln. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) unterstützt unter anderem die Integration von unbegleiteten Minderjährigen in Ausbildung mit den Modellprogrammen „Arbeitsmarktliche Unterstützung für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge“ (verkürzt: „Bleiberechtsprogramm“) bzw. aktuell „Integration von Asylbewerbern und Flüchtlingen“ („IvAF“).

Seit Herbst 2015 wird der Ausbildungsmarkt teils aber wieder geschlossen. So ist es vielen unbegleiteten Minderjährigen aus als sicher definierten Herkunftsstaaten (z. B. Kosovo, Bosnien und Herzegowina oder Senegal) untersagt, eine betriebliche Ausbildung aufzunehmen (zu den unterschiedlichen Aufenthaltsstatus von unbegleiteten Minderjährigen und rechtlichen Bestimmungen im Zugang zu Ausbildung und Förderung vgl. Infokästen 1 und 2).<sup>2</sup>

Schwierigkeiten, Ausbildungsstellen zu besetzen, melden vor allem kleine und ostdeutsche Betriebe (Dummert/Frei/Leber 2014). Unbegleitete Minderjährige können zum Abbau dieser Besetzungsprobleme beitragen. Welche Faktoren spielen bei ihrer Integration in Ausbildung eine wichtige Rolle? Wie können die jungen Menschen und die Ausbildungsbetriebe unterstützt werden? Ein qualitatives Forschungsprojekt des IAB (vgl. Infokasten 3 auf Seite 4) untersucht diese Fragen. Basis sind vor allem Interviews und Gruppendiskussionen mit Expertin-

<sup>2</sup> Derzeit wird diskutiert, die Liste der sicheren Herkunftsstaaten um Algerien, Marokko und Tunesien zu erweitern. Voraussichtlich werden sich auch durch das Integrationsgesetz rechtliche Bestimmungen ändern, so etwa zum Zugang von Asylsuchenden mit guter Bleibeperspektive zu Ausbildungsförderung oder zum Aufenthaltsstatus von Geduldeten, die eine Ausbildung aufnehmen.

nen und Experten aus dem Bleiberechtsprogramm des BMAS, aus dem Schulsystem und aus den Ausländerbehörden sowie umfangreiche Dokumentenanalysen. Vor den Befunden werden zunächst die Lebens- und rechtlichen Rahmenbedingungen von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland vorgestellt.

## ■ Unbegleitete Minderjährige – ein Überblick

### Inobhutnahme, Clearing und Wohnbedingungen

Kommen ausländische Kinder oder Jugendliche unbegleitet nach Deutschland und leben hier keine Erziehungsberechtigten, nimmt sie das örtliche Jugendamt vorläufig in seine Obhut. Wenn keine verwandte Person im In- oder Ausland ermittelt werden kann, werden die Minderjährigen im Rahmen eines bundesweiten Verteilungsverfahrens einem Jugendamt überwiesen, das des Weiteren zuständig ist (§ 42 SGB VIII).<sup>3</sup>

Das Familiengericht bestellt einen Vormund oder Pfleger als rechtliche Vertretung der Minderjährigen. Zusammen mit der Jugendhilfe wird im Rahmen eines Clearings ein Hilfeplan erstellt. Geklärt werden soll, welcher aufenthaltsrechtliche Status für die jungen Menschen angestrebt wird. Vor allem ist zu regeln, welche Hilfen zur Erziehung nötig sind, damit der oder die Minderjährige sich „zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit“ entwickeln kann. Den Minderjährigen sollen Hilfen gewährt werden, „die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern“ (§§ 1 und 13 SGB VIII). So können etwa sozialpädagogische Einzelbetreuung sowie betreute Wohnformen angeboten werden (§§ 34 und 35 SGB VIII). Während der Klärungsphase sind die jungen Menschen in einigen Großstädten in Clearinghäusern untergebracht. Ansonsten leben sie in Pflegefamilien, Heimen, betreu-

ten Wohngemeinschaften oder bei fortgeschrittenem Jugendalter in privaten Mietwohnungen.

## Aufenthaltsrechtliche Situation

Unbegleitete Minderjährige können unterschiedlichen Aufenthaltsstatus haben (vgl. Infokasten 1). Beantragen sie mit ihrer rechtlichen Vertretung Asyl,<sup>4</sup> haben sie während des Verfahrens eine Aufenthaltsgestat-

### 2

#### Aufenthaltsstatus und Förderung von Ausbildungsvorbereitung und -verlauf in den Agenturen für Arbeit und Jobcentern

Je nach Aufenthaltsstatus (vgl. Infokasten 1) haben unbegleitete Minderjährige rechtlich teils unterschiedlichen Zugang zu Förderinstrumenten der Agenturen für Arbeit (SGB III) oder Jobcenter (SGB II).

##### ■ Aufenthaltsgestattung

Menschen mit Gestattung werden in den Agenturen für Arbeit betreut. Diese können bspw. berufsbezogene Sprachförderung, Kompetenzfeststellung und Bewerbungstraining anbieten. Einstiegsqualifizierung (EQ) kann mit Genehmigung der Ausländerbehörde ab dem vierten Monat Aufenthalt gefördert werden: So können Betriebe Interessierte an eine Ausbildung heranzuführen, wenn diese noch nicht vollumfänglich dafür geeignet sind. In der Regel können unbegleitete Minderjährige mit Gestattung wegen fehlender rechtlicher Voraussetzungen keine Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) bzw. Bundesausbildungsförderung (BAföG) beziehen. Auch Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen (BvB), ausbildungsbegleitende Hilfen (abH), assistierte Ausbildungen (AsA) sowie Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) sind nicht möglich.

##### ■ Duldung

Auch Geduldete werden in den Agenturen für Arbeit betreut und können ebenso z. B. durch berufsbezogene Sprachförderung, Kompetenzfeststellung, Bewerbungstraining und Einstiegsqualifizierung unterstützt werden. Berufsausbildungsbeihilfe können Geduldete beziehen, die sich seit mindestens 15 Monaten im Bundesgebiet aufhalten und die auch für Deutsche geltenden Voraussetzungen erfüllen. Ebenfalls nach 15 Monaten können Geduldete durch ausbildungsbegleitende Hilfen oder assistierte Ausbildung unterstützt werden. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen sowie Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen sind für unbegleitete Minderjährige mit Duldung im Regelfall nicht möglich.

##### ■ Asylberechtigung und Aufenthaltserlaubnis aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen

Unbegleitete Minderjährige mit diesen Status werden in den Jobcentern betreut und können etwa berufsbezogene Sprachförderung und Bewerbungstrainings erhalten. Erfüllen sie die auch für Deutsche geltenden Voraussetzungen, haben sie im Regelfall Zugang zu Förderungen wie Einstiegsqualifizierung, ausbildungsbegleitende Hilfen, assistierte Ausbildung, Berufsausbildungsbeihilfe sowie Ausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen. Allerdings gibt es innerhalb ihrer Gruppe Unterschiede und Ausnahmen; bspw. haben unbegleitete Minderjährige mit einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG erst nach 15 Monaten Aufenthalt Zugang zu Berufsausbildungsbeihilfe.

Seit Frühjahr 2016 bietet die BA die Maßnahme „Perspektiven für junge Flüchtlinge“ (PerJuF) an, um Asylsuchende, Geduldete, Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge an eine Ausbildung heranzuführen; dieses Ziel verfolgt sie ferner in einer Qualifizierungsinitiative mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Zentralverband des Deutschen Handwerks (BMBF/BA/ZDH 2016).

In diesem Kurzbericht wird das zum 3.5.2016 geltende Recht skizziert. Weitere Informationen finden Sie in BA (2016).

<sup>3</sup> Diese Verteilung wurde am 1.11.2015 vor dem Hintergrund des im Jahr 2015 stark erhöhten Zugangs an unbegleiteten Minderjährigen eingeführt. Der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2015) befürchtet eine teils schlechtere Betreuung, da etliche Kommunen Expertise erst aufbauen müssen.

<sup>4</sup> Galten in Deutschland bis Oktober 2015 bereits 16-Jährige als asylrechtlich handlungsfähig, können seither nur mehr Volljährige eigenständig Asyl beantragen. Da rechtliche Vormünder für unbegleitete Minderjährige erst bestellt werden müssen und wegen des in 2015 deutlich erhöhten Zugangs, können bis zur Beantragung eines Aufenthaltsstatus mehrere Monate vergehen.

tung. In der Anhörung durch besonders geschultes Personal des Bundesamtes für Migration und Flücht-

linge (BAMF) werden kinderspezifische Fluchtgründe berücksichtigt (Müller 2014).

Bei positivem Bescheid erhalten unbegleitete Minderjährige eine befristete Aufenthaltserlaubnis. Bei negativem Bescheid ist eine Duldung als vorübergehende Aussetzung der Ausreisepflicht möglich. Ausländerbehörden können eine Duldung auch ohne vorgängigen Asylantrag erteilen.

Aufgrund „unbegleiteter Einreise aus dem Ausland“ wurden in den Jahren 2009 bis 2014 von Jugendämtern 31.246 Minderjährige in Obhut genommen; Asyl beantragten in diesem Zeitraum 14.360 unbegleitete Minderjährige (vgl. **Abbildung 1**). Die Daten zur Inobhutnahme beziehen zwar auch unbegleitete Kinder und Jugendliche mit ein, die mit in Deutschland lebenden Angehörigen zusammengeführt werden können, sich als volljährig erweisen, weiterreisen oder ohne Fluchthintergrund aus anderen EU-Staaten stammen. Dennoch deutet die Lücke zwischen den beiden Zahlen darauf hin, dass viele keinen Asylantrag stellen, etwa weil sie ihm kaum Chancen geben. Aufgrund eines Abschiebeschutzes ist der Aufenthalt unbegleiteter Minderjähriger auch ohne Asylantrag zumindest bis zur Volljährigkeit gesichert (BT-Drucksache 18/7621). Anstatt Asyl zu beantragen, versuchen sie bzw. ihre Vormünder, bei der örtlichen Ausländerbehörde eine Duldung oder Aufenthaltserlaubnis zu erwirken. Mit der Volljährigkeit kann sich bei Geduldeten das Risiko erhöhen, in ihr Herkunftsland zurückkehren zu müssen. Eine Ausbildung verringert das Risiko (genauer vgl. **Infokasten 1**).

### Eckdaten

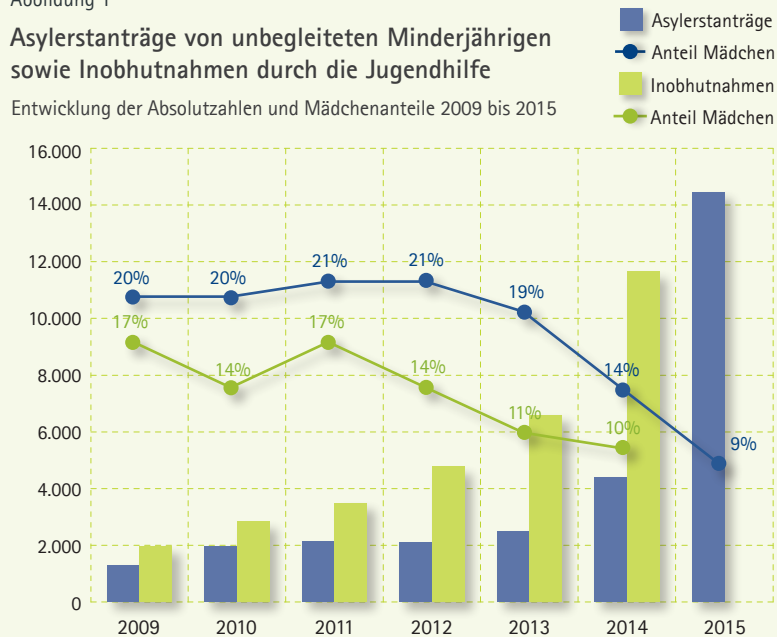
Die Zahl der unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland stieg im letzten Jahr sprunghaft: Im Jahr 2014 stellten 4.400, im Jahr 2015 dagegen 14.440 (etwa so viele wie in den sechs Jahren davor) einen Asylantrag (vgl. **Abbildung 1**). Herkunftsländer der unbegleiteten Minderjährigen, für die 2015 Asyl beantragt wurde, waren Afghanistan, Syrien, Eritrea, Irak und Somalia. Die Vormünder scheinen Asylanträge also vor allem bei Herkunftsländern mit guten Erfolgsaussichten zu stellen; die hohe Schutzquote von insgesamt 90 Prozent im Jahr 2015 führt die Bundesregierung jedenfalls darauf zurück, dass Asylanträgen unbegleiteter Minderjähriger aus diesen Ländern sehr häufig entsprochen wird (BT-Drucksache 18/7621).

9 Prozent der unbegleiteten Minderjährigen mit Asylantrag im Jahr 2015 waren jünger als 14 Jahre; 20 Prozent waren 14 oder 15 Jahre alt; die weit-

Abbildung 1

### Asylanträge von unbegleiteten Minderjährigen sowie Inobhutnahmen durch die Jugendhilfe

Entwicklung der Absolutzahlen und Mädchenanteile 2009 bis 2015



Anmerkung: Gesicherte Daten zu Inobhutnahmen liegen für 2015 noch nicht vor.

Quelle: Eurostat ([http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/migr\\_asynuaa](http://ec.europa.eu/eurostat/web/products-datasets/-/migr_asynuaa); abgerufen am 6.4.2016); Statistisches Bundesamt 2015.

© IAB

## 3

### Das Forschungsprojekt

Im qualitativ-explorativen IAB-Projekt liegt der Fokus auf der betrieblichen Ausbildung von jungen Fluchtmigranten mit Duldungsstatus. Laufend wird eine Vielzahl an Dokumenten (z. B. politische Programme, Gesetzestexte) analysiert, darunter auch Material zu unbegleiteten Minderjährigen unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Für Informationsrecherchen wurden die seit 2010 zwei- bis dreimal jährlich stattfindenden bundesweiten Netzwerktreffen der ESF-Programme des BMAS sowie 18 weitere Fachveranstaltungen etwa der Jugendhilfe genutzt. Mit 17 Expertinnen und Experten insbesondere des Bleiberechtsprogramms des BMAS und des Schulsystems wurden leitfadengestützte Einzelinterviews bzw. Gruppendiskussionen durchgeführt. In acht Ausländerbehörden im Bundesgebiet – Auswahlkriterien waren u. a. unterschiedliche Arbeitsmärkte oder landes- und kommunalpolitische Ausprägungen – wurden leitfadengestützte Interviews mit 17 Expertinnen und Experten aus Leitung und Sachbearbeitung durchgeführt. Das von Dezember 2011 bis Januar 2014 in Interviews oder Gruppendiskussionen erhobene Material wurde verschriftlicht und durch qualitative Inhaltsanalyse softwareunterstützt ausgewertet. Mündliche Zitate wurden für den IAB-Kurzbericht der Schriftsprache angeglichen, Angaben zu Personen und Orten anonymisiert.

Näheres zum Forschungsprojekt finden Sie in Schreyer/Bauer (2014).

## 4

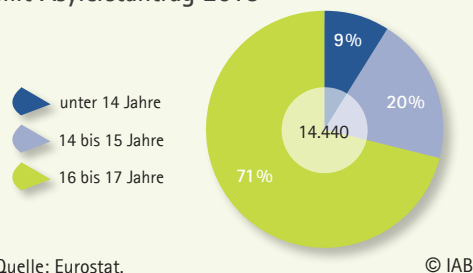
### IAB-Infoplattform

Mehr zum Thema „Fluchtmigrantinnen und -migranten – Bildung und Arbeitsmarkt“ finden Sie unter [http://www.iab.de/infoplattform/arbeitsmarkt\\_bildung\\_fluchtmigranten](http://www.iab.de/infoplattform/arbeitsmarkt_bildung_fluchtmigranten). Die Infoplattform bietet Hinweise auf wissenschaftliche Literatur sowie Zugang zu weiterführender Information.



Abbildung 2

### Alter von unbegleiteten Minderjährigen mit Asylantrag 2015



aus meisten (71 %) waren im Alter von 16 oder 17 Jahren und bald volljährig (vgl. **Abbildung 2**). Unbegleitete Minderjährige sind überwiegend männlich: Nur 9 Prozent der Asylantragstellenden im Jahr 2015 waren Mädchen, bei den Inobhutnahmen 2014 waren es 10 Prozent. Damit ist ihr ohnehin geringer Anteil in den letzten Jahren noch weiter gesunken.

Wie skizziert, wird für viele unbegleitete Minderjährige Asyl nicht beantragt, sodass Daten zu Asylanträgen die Gruppe nur begrenzt beleuchten. Insgesamt sind 2015 – vorläufigen Angaben zufolge – über 50.000 dieser Kinder und Jugendlichen nach Deutschland gekommen (BMFSFJ 2015). Die Bundesregierung (2015) gibt an, dass zum Jahresende 2015 rund 57.000 unbegleitete Minderjährige in der Obhut der Jugendhilfe waren; im Jahr 2015 mit seinen stark erhöhten Zugangszahlen wurden – laut Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2015) – aber viele nicht adäquat in der Jugendhilfe untergebracht und betreut. Zum Vergleich: Am 31. Dezember 2014 waren 17.955 dieser Kinder und Jugendlichen in der Obhut der Jugendhilfe (BT-Drucksache 18/5921).

Ein kurzer Blick über den nationalen Tellerrand zeigt, dass innerhalb der EU-Staaten in Schweden weit mehr Asylanträge für unbegleitete Minderjährige gestellt werden als in Deutschland. Dort gab es 7.045 Anträge im Jahr 2014, 2015 waren es 35.250 (Eurostat). Noch häufiger als in Schweden beantragten unbegleitete Minderjährige im Jahr 2013 in Kenia Asyl – ein Hinweis darauf, dass „jenseits der Grenzen der EU (...) noch weit mehr unbegleitete Minderjährige auf der Flucht“ sind (Parusel 2015: 33) und Fluchtmigranten meist in ihren Herkunftsregionen verbleiben (Brücker/Hauptmann/Trübswetter 2015).

Repräsentative Daten zur Vorbildung, die unbegleitete Minderjährige im Herkunftsland oder während der Zeit der Flucht erworben haben, liegen nicht vor.

## Ausbildung von unbegleiteten Minderjährigen

Beim Zugang von unbegleiteten Minderjährigen zu beruflicher Bildung spielen viele Faktoren eine Rolle. Im Folgenden kommen insbesondere die Aspekte zur Sprache, die von den im IAB-Projekt interviewten Experten und Expertinnen (vgl. **Infokasten 3**) benannt wurden bzw. die rechtlich bedeutsam sind.<sup>5</sup>

### Motivation, Arbeit oder Ausbildung

Die interviewten Experten beobachten gerade bei unbegleiteten Minderjährigen eine oft hohe Motivation, zügig Deutsch zu lernen und in der Schule voranzukommen. Eine Führungskraft einer Ausländerbehörde berichtet:

„Viele kommen erst im Alter von 16 Jahren hierher [und] schaffen es dann – muss man ja wirklich sagen: Hut ab – relativ schnell, einen Hauptschulabschluss zu machen.“

Anschließend aber stehen viele im Konflikt, entweder möglichst schnell in unqualifizierten Tätigkeiten Geld zu verdienen oder eine Ausbildung mit vergleichsweise geringer Vergütung zu absolvieren. Der teils immense Druck, Schulden bei Schleusern abbezahlen und/oder im Herkunftsland verbliebene Angehörige unterstützen zu müssen, gefährdet ihren Bildungserfolg in Deutschland, so eine Fachkraft einer Beratungsstelle:

„Die wollen Geld zurückschicken. [...] Die brechen die Ausbildung ab.“

So bedarf es teils intensiver Überzeugungsarbeit, dass eine Ausbildung mittelfristig bessere Arbeitsmarkt- und Verdienstmöglichkeiten bietet sowie jungen Menschen mit Duldungsstatus den Aufenthalt in Deutschland sichern kann (vgl. **Infokasten 1**).

### Aufenthaltsstatus und Zugang zu Ausbildung und Förderung

Je nach Aufenthaltsstatus haben unbegleitete Minderjährige unterschiedlich Zugang zum Ausbildungsmarkt (vgl. **Infokasten 1**). Rechtlich können beispielsweise Jugendliche mit Gestattung nach drei Monaten Aufenthalt eine betriebliche Ausbildung aufnehmen, Jugendliche mit Duldung vom ersten Tag an, sofern keine ausländerrechtlichen Regelungen

<sup>5</sup> Diese Aspekte gelten zum Teil allgemein für junge Fluchtmigranten.

entgegenstehen (zu dieser Problematik vgl. Schreyer/Bauer/Kohn 2015). Bis eine Einmündung in Ausbildung gelingt, braucht es Experten zufolge teils lange Vorlaufzeiten mit ausbildungsvorbereitenden (Sprach-)Kursen, psychosozialer Stabilisierung und beruflicher Orientierung, sodass die unterschiedlichen Wartefristen in der Praxis kaum bedeutsam sind.

Je nach Status haben unbegleitete Minderjährige auch unterschiedlich Zugang zu Ausbildungsförderung. Mit Gestattung können sie selbst bei hoher Bleibeperspektive Berufsausbildungsbeihilfe im Regelfall nicht beziehen. Mit Duldung erhalten sie diese gegebenenfalls nach 15 Monaten Aufenthalt; zudem sind ausbildungsbegleitende Hilfen oder assistierte Ausbildung möglich. Mit Aufenthaltserlaubnis haben sie bei Vorliegen der Voraussetzungen größtenteils unbeschränkten Zugang zu ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen und Förderung während der Ausbildung (genauer vgl. Infokasten 2).

Die je nach Status unterschiedlichen Wartefristen sowie Zugänge zu Förderinstrumenten wurden in den letzten Jahren wiederholt geändert. Selbst Fachexperten bezeichnen die hohe Dynamik und Komplexität des Rechts und die hier nötige Verbindung verschiedener Gesetzesbücher (insbesondere Ausländer- und Asylrecht mit den Sozialgesetzbüchern II, III und VIII) als besonders fordernd. Für Ausbildungsbetriebe ist die Herausforderung groß und für junge Fluchtmigranten ohne Unterstützung kaum zu meistern, müssen sie sich doch in einer neuen Gesellschaft erst einfinden und Deutschkenntnisse aufbauen.

### Regionaler Ausbildungsmarkt, Berufsschulen und Bildung

Unbegleitete Minderjährige werden über das Bundesgebiet verteilt. Aufgrund eines unterschiedlichen Unterstützungs- und Stellenangebots kann es allerdings sehr bedeutsam sein, wo sie jeweils untergebracht werden. Die Wohnortzuweisung beeinflusst auch ihre Teilhabe an berufsschulischen Angeboten. Zum Beispiel baut die Hansestadt Hamburg (2015) seit Februar 2016 ein ganztägiges Schulangebot auf mit Sprachförderung und Betriebspraktika für Neuzugewanderte zwischen 16 und 18 Jahren unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das Bildungsangebot soll auf eine Ausbildung vorbereiten. In Bayern schließt die zwölfjährige Schulpflicht explizit Fluchtmigranten mit ein und berufsschulische Perspektiven werden auch nach der Volljährigkeit eröffnet. Unbegleitete Minderjährige mit sehr unterschiedlicher Vorbildung können in Berufsintegrationsklassen

(Sprach-)Kompetenzen ausbauen, einen deutschen Schulabschluss erwerben und sich beruflich orientieren. Aber nicht überall gibt es ein flächendeckendes berufsschulisches Regelangebot für die Zielgruppe und die Schulpflicht endet in manchen Bundesländern im Alter von 18 Jahren. Das heißt, auch die unterschiedlichen Angebote und Schulgesetze der Länder tragen zu ungleichen Ausbildungschancen sowie zu weiterer Komplexität und Unübersichtlichkeit der rechtlichen Regelungen bei.

### Ausbildungsbetriebe

Betriebe setzen sich den interviewten Experten zufolge teilweise stark für unbegleitete Auszubildende mit Fluchthintergrund ein. Hier eine Führungskraft einer Ausländerbehörde:

„Das sind in der Regel sehr engagierte Betriebe, die [...] den Jugendlichen eine Chance geben.“

Wenn die Ausbildung noch andauert und in angemessenem Zeitraum mit dem Ausbildungsabschluss zu rechnen ist, kann seit einer Rechtsänderung im Jahr 2015 eine Duldung für jeweils ein Jahr verlängert werden (vgl. Infokasten 1). Der Gesetzgeber will damit vor dem Hintergrund ehemals teils sehr kurzer Duldungsdauern (Schreyer/Bauer/Kohn 2015) Auszubildenden und Betrieben mehr Planungssicherheit geben. Dadurch ist die Aufenthaltssicherung für junge Geduldete aber zunehmend an den Ausbildungserfolg und Verbleib im Betrieb gebunden. Das Recht verleiht Ausbildungsbetrieben damit eine besondere Machtposition. Experten schildern, dass in Einzelfällen die Gefahr von Ausbeutung bestünde; auch berichten junge, in der Studie von Müller/Nägele/Petermann (2014) befragte Fluchtmigranten vereinzelt von umfassender Abhängigkeit vom Betrieb und Ausbeutungserfahrungen.

### Gesundheitliche und psychosoziale Faktoren

Unbegleitete Minderjährige waren als Kinder oder Jugendliche im Herkunftsland oft mit extremen Lebenssituationen konfrontiert und ihre Fluchtwege waren nicht selten lebensgefährdend. Verbliebene physische und psychische Wunden können einerseits die berufliche Integration erschweren. In diesem Alter überlebt und oft ohne Angehörige den Weg nach Deutschland gefunden zu haben, zeugt andererseits von enorm hoher psychischer und physischer Stärke, die den Jugendlichen auch bei einer Ausbildung zugutekommen kann. Einen „Habitus der Überlebenskunst“ (Seukwa 2006) spricht folgende Beraterin an:

„Wie diese Jungen aus Bagdad und Afghanistan: Die hatten noch nie jemand im Leben, der sich um sie gekümmert hat. Hier sagt er manchmal: Er will wieder eine Mama. Er hat keinen Bock mehr, um alles muss er sich alleine kümmern. [...] Die sind für mich immer so ein Überlebenswunder.“

### Betreuung und Unterstützung

Unbegleitete Minderjährige werden durch die Jugendhilfe und deren Fördermöglichkeiten unterstützt. Eingebunden sind sie bei ihrem Weg in Ausbildung häufig in ein Netzwerk aus sozialpädagogischer, rechtlicher und ehrenamtlicher Begleitung. Eine Sachbearbeiterin einer Ausländerbehörde:

„Dadurch, dass die ja meistens in einer Wohngruppe betreut werden und einen Amtsvormund haben, wird schon von da immer gesteuert und rechtzeitig Anträge gestellt. [...] Die haben natürlich Betreuer an der Seite, die wissen, wie man mit Behörden umgeht.“

Junge Fluchtmigranten, die mit Angehörigen in Deutschland leben, müssen oft früh Familienverantwortung übernehmen, sei es bei der Organisation des Alltags oder wenn sie Übersetzerdienste leisten (Müller/Nägele/Petermann 2014). Gleichwohl bedeute eine Familie vor Ort den stärksten Rückhalt, so eine Beraterin:

„Ich glaube, dass Familie durch nichts zu ersetzen ist. [...] Die sind einfach psychisch stabiler.“

### Volljährigkeit und Folgen

Wie sich der Übergang in Volljährigkeit gestaltet, hängt stark vom Aufenthaltsstatus ab. Asylberechtigte und nach der Genfer Flüchtlingskonvention anerkannte Flüchtlinge zum Beispiel haben eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre mit uneingeschränktem Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und können anschließend eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten. Bei geduldeten unbegleiteten Minderjährigen hingegen entfällt mit der Volljährigkeit der spezifische Abschiebeschutz; eine Ausbildung kann den Aufenthalt zumindest vorläufig sichern (vgl. Infokasten 1). Bei jungen Menschen mit Gestattung oder Duldung steigt mit der Volljährigkeit das Risiko, in einer Gemeinschaftsunterkunft leben zu müssen. Die damit häufig verbundenen Erschwernisse (hohe Lärmpegel auch nachts, Enge, kein persönlicher Rückzugsraum) schildern Experten als Hemmnis bei Lernen und Ausbildung (Schreyer/Bauer/Kohn 2015).

Unabhängig vom jeweiligen Status gilt für alle unbegleiteten Minderjährigen, dass mit ihrer Volljährigkeit die Betreuung durch die Jugendhilfe entfällt.

Zwar soll eine Nach- bzw. Weiterbetreuung erfolgen, wenn und solange die Hilfe aufgrund der individuellen Situation der jungen Menschen notwendig ist (§ 41 SGB VIII). In der Praxis wird dies Experten zufolge vor Ort recht unterschiedlich gehandhabt. Abrupte Hilfeabbrüche können die Ausbildung gefährden. Eine Vormundin:

„Von meinen vielen Mündeln [...] hat einer eine Ausbildungsstelle bekommen als Bäcker, hat die dann aber nach einem Vierteljahr wieder hingeschmissen, weil er völlig alleingelassen war. Der war mittlerweile volljährig, die Jugendhilfe war eingestellt worden. Die Probleme fingen dann halt an an der Arbeitsstelle und das hat er alleine einfach nicht geschafft. [...] Wichtig wäre, dass man da weiterhin Hilfe und Unterstützung anbietet.“

### Aufenthaltsunsicherheit älterer Geduldeter

Bei beruflicher Ausbildung kann die Ausländerbehörde die Duldung zunächst für ein Jahr erteilen und bis zum Ausbildungsabschluss jeweils um ein Jahr verlängern. Eine Voraussetzung ist aber, dass die Ausbildung spätestens im Alter von 20 Jahren beginnt (vgl. Infokasten 1). Experten etwa der bayerischen Berufsschulen sehen diese Altersgrenze als zu niedrig an, denn die Lebens- und Bildungsbiografien unbegleiteter wie auch begleiteter Fluchtmigranten sind typischerweise gebrochen. Eine Erhöhung oder ein Wegfall der Altersgrenze wäre daher sinnvoll.

### Fazit

Unbegleitete Minderjährige sind eine Gruppe, die nicht zuletzt rechtlich als besonders schutzwürdig gilt. Zunehmend wird ihr Potenzial wahrgenommen, etwa für Ausbildungsbetriebe mit wachsenden Schwierigkeiten bei der Besetzung ihrer Ausbildungsstellen. Beginnend im Jahr 2008 öffnet Deutschland unter anderem für viele unbegleitete Minderjährige den Ausbildungsmarkt. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände unterstützen ihre Integration in Ausbildung. In einigen Bundesländern bauen Berufsschulen Regelangebote unter anderem für unbegleitete Minderjährige auf, die sie auf eine Ausbildung vorbereiten, teils auch nach der Volljährigkeit. Die Jugendhilfe unterstützt unbegleitete Minderjährige, allerdings oft nur bis zur Volljährigkeit. Diese Begrenzung kann Aufnahme und Verbleib in Ausbildung gefährden. Die interviewten Experten empfehlen eine Unterstützung über die Volljährigkeit hinaus.

Integration braucht Zeit, rechtlich ist sie momentan für unbegleitete Jugendliche, die häufig



Angela Bauer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Bildungs- und Erwerbsverläufe“ im IAB.  
angela.bauer@iab.de



Dr. Franziska Schreyer

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsbereich „Bildungs- und Erwerbsverläufe“ im IAB.  
franziska.schreyer@iab.de

Die Autorinnen danken allen Interviewten für ihre Gesprächsbereitschaft und ihr Vertrauen. Mauritius Scheutz gilt der Dank für Unterstützung bei den Analysen.

erst im Alter von 16 oder 17 Jahren einreisen, oft nicht gegeben. Hilfreich wäre es, wenn bundesweit die Schulpflicht nicht im Alter von 18 Jahren endete und Schulen den Bildungserwerb weiter unterstützen könnten. Sinnvoll wäre ferner, wenn bei Geduldeten die Altersgrenze bei Beginn einer Ausbildung höher angesetzt oder entfallen würde. Unbegleitete Minderjährige aus als sicher definierten Herkunftstaaten wie etwa Bosnien und Herzegowina oder Mazedonien dürfen derzeit oft keine Ausbildung in Deutschland aufnehmen. Eine qualifizierte Berufsausbildung dürfte jungen Menschen den Aufbau ihrer Zukunft erleichtern, selbst wenn sie später in ihre Herkunftstaaten zurückkehren müssen.

Unbegleitete Minderjährige haben, vor allem abhängig vom Aufenthaltsstatus, rechtlich teils unterschiedlichen Zugang zu betrieblicher Ausbildung und Förderinstrumenten. Diese Unterschiede bedeuten allerdings Komplexität und Unübersichtlichkeit für alle Akteure. Ein Abbau hinderlicher Unterschiede und damit eine Vereinfachung der Rechtslage würde die Arbeitsverwaltung und andere Behörden dabei unterstützen, die Öffnung des Ausbildungsmarktes vor Ort erfolgreich umzusetzen. Betriebe würden entlastet. Unbegleiteten Minderjährigen und anderen Fluchtmigranten werden als Fachkräfte mehr Perspektiven in Deutschland und teils auch im Herkunftsland eröffnet. Prägnant formuliert es der Leiter einer Ausländerbehörde:

„Das heißt für junge Menschen: Um eine Perspektive haben zu können in Deutschland, aber vielleicht auch nach Ausreise in ihr Herkunftsland, ist natürlich ein Schulabschluss und eine berufliche Ausbildung elementar.“

## Literatur

- Brücker, H.; Hauptmann, A.; Trübswetter, P. (2015): Asyl- und Flüchtlingsmigration in die EU und nach Deutschland, *Aktuelle Berichte des IAB Nr. 8*.
- Bundesagentur für Arbeit [BA] (2016): Potenziale nutzen – geflüchtete Menschen beschäftigen ([https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mjc3/~edisp/l6019022dstbai771709.pdf?\\_ba.sid=L6019022DSTBAI771708](https://www.arbeitsagentur.de/web/wcm/idc/groups/public/documents/webdatei/mdaw/mjc3/~edisp/l6019022dstbai771709.pdf?_ba.sid=L6019022DSTBAI771708)).

- Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (2015): Über 45.000 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland, Pressemitteilung vom 20.11.2015 ([http://www.b-umf.de/images/pm\\_bumf\\_45000\\_2015.pdf](http://www.b-umf.de/images/pm_bumf_45000_2015.pdf)).
- Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF]/BA/Zentralverband des Deutschen Handwerks [ZDH] (2016): Aus Flüchtlingen werden Auszubildende, Pressemitteilung vom 5.2.2016 ([http://www.zdh.de/fileadmin/user\\_upload/presse/Pressemeldungen/2016/0205\\_Gemeinsame\\_Presseerklärung\\_BMBF\\_BA\\_ZDH\\_Ausbildung\\_Fluechtlinge.pdf](http://www.zdh.de/fileadmin/user_upload/presse/Pressemeldungen/2016/0205_Gemeinsame_Presseerklärung_BMBF_BA_ZDH_Ausbildung_Fluechtlinge.pdf)).
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend [BMFSFJ] (2015): Ralf Kleindiek besucht Inobhutnahmestelle in Schleswig-Holstein (<http://www.bmfsfj.de/BMFSFJ/kinder-und-jugend,did=222088.html>).
- Bundesregierung (2015): Schutz für unbegleitete Minderjährige (<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/12/2015-12-16-minderjaehrige-fluechtlinge.html;jsessionid=C358B88880B5D00057F26E9C6E51B94E.s3t2>).
- Deutscher Bundestag: BT-Drucksachen 18/5564, 18/5921 und 18/7621.
- Dummert, S.; Frei, M.; Leber, U. (2014): Berufsausbildung in Deutschland: Betriebe und Bewerber finden schwerer zusammen, dafür sind Übernahmen häufiger denn je, *IAB-Kurzbericht Nr. 20*.
- Hansestadt Hamburg (2015): Ausbildung: Bessere Chancen zur Integration jugendlicher Flüchtlinge in Beruf und Gesellschaft, Pressemitteilung vom 16.11.2015 (<http://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4637238/2015-11-16-bsb-neues-schulangebot-fuer-fluechtlinge/>).
- Müller, A. (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland, BAMF-Working Paper 60.
- Müller, D.; Nägele, B.; Petermann, F. (2014): Jugendliche in unsicheren Aufenthaltsverhältnissen im Übergang Schule-Beruf, Göttingen.
- Parusel, B. (2015): Unbegleitete Minderjährige auf der Flucht. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* Heft 25.
- Schreyer, F.; Bauer, A.; Kohn, K.-H. P. (2015): Betriebliche Ausbildung von Geduldeten: Für den Arbeitsmarkt ein Gewinn, für die jungen Fluchtmigranten eine Chance, *IAB-Kurzbericht Nr. 1*.
- Schreyer, F.; Bauer, A. (2014): Regional ungleiche Teilhabe – Geduldete Fluchtmigranten und duale Ausbildung in Deutschland. In: *Sozialer Fortschritt* Heft 11.
- Seukwa, L. H. (2006): Der Habitus der Überlebenskunst, Münster.
- Statistisches Bundesamt (2015): Unbegleitete Einreisen Minderjähriger aus dem Ausland lassen Inobhutnahmen 2014 stark ansteigen. Pressemitteilung vom 16.09.2015 ([https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15\\_340\\_225.html](https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2015/09/PD15_340_225.html)).



INLAND

Mehr Pannen in Philippsburg

Karlsruhe – Im Atomkraftwerk Philippsburg hat es noch mehr Ungereimtheiten bei vorgeschriebenen Sicherheitsprüfungen gegeben als bisher bekannt. Statt von acht ist inzwischen von 23 Fällen die Rede, die nicht korrekt abgelesen sind, wie aus einer Mitteilung des baden-württembergischen Umweltministeriums hervorgeht. Demnach sollen drei Mitarbeiter eines externen Dienstleisters Prüfprotokolle verfälscht haben, um verpasste Termine zu vertuschen. Kraftwerksbetreiber EnBW hatte bei Untersuchungen zunächst festgestellt, dass ein Fremdfirmen-Mitarbeiter eine wiederkehrende Prüfung an einem Störfallmonitor in Block II zwar dokumentiert, aber nicht durchgeführt hatte. Der Konzern kündigte weitere Überprüfungen an. **DPA**

Misshandelte Behinderte

München – Wer als Kind in einem Behindertenheim oder einer Psychiatrie sexuelle Gewalt erlitt oder gar vergewaltigt wurde, soll künftig die gleiche Hilfe bekommen wie ehemalige Holzkinder – das ist die Behinderungsbeauftragten der ... (Text continues with details about the case and the role of the state).

Striktere Pflege-Kontrollen

München – Nachdem am Wochenende bekannt geworden ist, dass das Bundeskriminalamt (BKA) Hinweise auf einen offenbar weitreichenden und systematischen Abrechnungsbetrug in der Pflege vorliegen, wurden am Montag Forderungen nach strikteren Kontrollen laut. Die Krankenkassen fordern, bei häuslichen Krankenpflege sollten unangemeldete Prüfungen durchgeführt werden können. Ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums kündigte darüber hinaus an, dass die Regierung Konsequenzen gegen Abrechnungs-betrug vorgehen will. Darüber werde man mit den Kassen und den Ministern der Länder reden. **KW**

Präsidentenparagraf bleibt

Berlin – Bei Verunglimpfung des Bundespräsidenten drohen auch künftig bis zu fünf Jahre Haft. Den entsprechenden Paragrafen des Strafgesetzbuches zu streichen, sei nicht geplant, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag in Berlin. Dagegen will die Bundesregierung den Paragrafen 103 zur Beleidigung ausländischer Staatschefs abschaffen. Das hatte Kanzlerin Angela Merkel (CDU) am Freitag angekündigt, nachdem sie die deutsche Justiz ermächtigt hatte, gegen den Sauniker Jan Böhm wegen Beleidigung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu ermitteln. Politiker von SPD und Union hatten zuvor gefordert, nach Paragraf 60 abzuschaffen. **DPA**

Oggersheimer Kaffeekränzchen

Warum sich Helmut Kohl mit Viktor Orbán trifft und wie man das Buch des Altkanzlers über Europa interpretieren kann

Berlin – Für die selbsternannten Antifa-Kräfte von Ludwigshafen ist die Sache klar: Am Dienstag wollen sie protestieren gehen. Ihre Gegner werden dann alle Bekannten sein: Der eine ist Altkanzler Helmut Kohl, der andere ist der aktuelle Regierungschef von Ungarn, Viktor Orbán. Den Kanzler meinten die Antifa-Leute ohnehin nicht, gegen den Sauniker Jan Böhm wegen Beleidigung des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan zu ermitteln. Politiker von SPD und Union hatten zuvor gefordert, nach Paragraf 60 abzuschaffen. **DPA**

Wer möchte, kann aus den Worten Kohls eine deftige Attacke auf die Kanzlerin herauslesen

Nun könnte man geneigt sein, die Angelegenheit trotzdem als Kaffeekränzchen mit Demo zu beschreiben. Das nämlich dürfte der Rahmen sein, in dem sich der Altkanzler und sein einstiger politischer Ziehvater im Garten des Kohl'schen Hauses bezaubern werden. Angesichts der noch



Nicht einsam sein. Die Eingliederung der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge lässt sich der Staat viel kosten.

FOTO: ANGELIKA BARDHOS

Plötzlich erwachsen

In die Dokumente minderjähriger Flüchtlinge wird oft willkürlich der 1.1. als Geburtstag eingetragen. Wenn sie dann auf dem Papier 18 sind, streichen viele Jugendämter die Hilfen zusammen. Das gefährdet die Integration

VON PAUL MUNZINGER

Alzenau – Tin Sadeg hat keine Ahnung, wann er Geburtstag hat. Woher auch, nicht einmal seine Eltern wissen es. Im Sudan, wo Sadeg geboren wurde, spielt dieser Tag keine große Rolle. Erst auf der Flucht über Ägypten und Italien nach Deutschland hat irgendwann jemand in seine Dokumente unter Geburtsdatum den 1. Januar eingetragen. Eine Zahl auf einem Papier, die Sadeg an Neujahr von einem unbegleiteten Minderjährigen in einen volljährigen Flüchtling verwandelt hat. Seitdem teilt dieses Datum sein Leben in Deutschland in ein Vorher und ein Nachher. Fragt man Sadeg, einen nachdenklichen jungen Mann mit dunkler Haut und ernstem Blick, was sich seit dem 1. Januar verändert hat, sagt er bitter: „Alles.“

Vorher, das war ein Haus in Hösbach-Bühlhof, Unterfranken, in dem Sadeg von September bis Anfang Februar 1996. Sechs Betreuer kümmerten sich um zehn Jugendliche, auch in der Nacht war immer jemand da für Sadeg, wenn ihn seine Albträume aus dem Schlaf rissen. Mittags und abends kochten alle gemeinsam, am Tisch wurde deutsch gesprochen. An der Wand hing ein Stundenplan: Aufstehen um 5.30 Uhr, Schule, Lernzeit, Freizeit. Am Nachmittag Schlafverbot, in der Lernzeit und beim Mittagessen Handyverbot. Einmal die Woche Großputz, einmal die Woche unternehmen alle etwas zusammen, meistens Bowling. Im Flur hing eine Fotocollage, auf einem der Bilder trägt Sadeg eine Le-

derhose. „Gute Freunde kann niemand trennen“, hat jemand zwischen die Bilder geschrieben.

Nachher, das ist eine Wohnung in der frankischen Kleinstadt Alzenau. Mit zwei anderen jungen Männern teilt Sadeg sich seit Februar ein Zimmer, das zugleich Gemeinschaftsraum für alle acht Bewohner ist: hier stehen der Essisch und der Fernseher, nur hier gibt es W-Lan. Für die Berufsschule lernen, sagt Sadeg, könne er hier nicht. Und das mit der Gemeinschaftslage geht nicht. Als Sadeg ankam, wollten die alten Bewohner ihn nicht in die Wohnung lassen; niemand hatte ihnen gesagt, dass ein Neuzugler einziehen würde. Noch immer wird kaum gesprochen, deutsch schon gar nicht, aber wer nicht spricht, stiehlt wenigstens nicht. Bevor Sadeg einzog, musste schon einmal die Polizei anrücken, um in der Zweck-WG zu schleichen. Für drei Monate bewilligte das

Jugendamt Sadeg eine Betreuerin, die ihm bei dem Papierkram half. Seit Ende März kommt sie nicht mehr. Er fühle sich allein gelassen, sagt Sadeg.

Die Integration Hunderttausender Flüchtlinge in Gesellschaft und Arbeitsmarkt ist, da sind sich Politik und Wirtschaft einig, die große Aufgabe der kommenden Jahre. Fördern und fördern, dieses Motto hat die Bundesregierung über ihr Integrationsgesetz geschrieben. Das Augenmerk liegt besonders auf den jungen Neuzuglerinnen. Viel ist zu gewinnen, wenn ihre Integration gelingt, viel zu verlieren, wenn sie scheitert. Die Eingliederung der knapp 70.000 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland lässt sich der Staat viel kosten: allein Bayern will dafür im laufenden Jahr 637 Millionen Euro ausgeben. Die jungen Flüchtlinge erhalten Jugendhilfe, werden pädagogisch und therapeutisch betreut.

Zum 18. Geburtstag müssen die Jugendlichen entscheiden, wie es weitergeht. Erhalten die jungen Leute auch weiterhin Hilfe – und wenn ja, in welchem Umfang? Oder stellt der Staat sie den Erwachsenen gleich – und riskiert, dass sie vom Weg in die deutsche Gesellschaft wieder abkommen? Viele Jugendämter, Klagen Flüchtlingsorganisationen, Pädagogen und Wirtschaftsverbände, nutzen die erste Gelegenheit – den 18. Geburtstag –, um die Unterstützung auf ein Minimum zu reduzieren oder ganz zu streichen. Bundes- oder landesweite Zahlen gibt es nicht. Auf Suchproben und Einzelfälle. Im Landkreis Aschaffenburg, wo Sadeg lebt, sind 23 junge volljährige Flüchtlinge untergebracht, 15 von ihnen ohne Hilfen. In Deggendorf wurden seit Februar acht junge Volljährige in Gemeinschaftsunterkünfte verlegt – trotz laufender Ausbildung. Proteste von Lehrern und Betreuern hallen nichts.

Doch das Problem ist nicht auf Bayern beschränkt. Auch Einrichtungen in Berlin oder Nordrhein-Westfalen berichten von ähnlichen Fällen. In Hamburg wurden wie in 18-Jährige in Gemeinschaftsunterkünfte verlegt, weil es Kosten spare, sagt Melanie Caglic, die jugendliche Flüchtlinge in der Hansestadt berät. Die Verlegung aus der betreuten Einrichtung empfänden viele als zweiten Beziehungsabbruch nach der Trennung von den Eltern, als Schock. Caglic berichtet von Schulabbrüchen, von Problemen mit Drogen und Alkohol. Integrationsleistungen, bis zur Volljährigkeit teuer bezahlt, würden mit einem Schlag abgebro-

chen. „Da wird viel Geld zum Fenster hinausgeworfen“, sagt Caglic.

Schon im Dezember warnte der Bundesfachverband unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (Bumf) davor, jungen Menschen durch eine „Abrupte oder vorzeitige Wende der Jugendhilfe“ die „Chancen auf eine selbstbestimmte Zukunftsperspektive“ zu nehmen. Seit der Jahreswende, die viele jugendliche Flüchtlinge zu Volljährigen gemacht hat, habe sich das Problem „dramatisch konkretisiert“, sagt Johanna Karpenstein vom Bumf. Wer 18-Jährigen die Jugendhilfe verweigere, riskiere, so Karpenstein, „dass sehr motivierte Jugendliche in rasender Geschwindigkeit aus Abstellgleis befördert werden“. Sie betont aber auch, dass viele Kommunen sich große Mühe geben mit den jungen erwachsenen Flüchtlingen, dass die Entscheidung vom jeweiligen Jugendamt abhängt.

Auch die bayerischen Industrie- und Handelskammern sind alarmiert von immer mehr Fällen, in denen die Ausbildung durch den Wegfall der Betreuung „massiv gestört“ werde. Man würde es deshalb begrüßen, „wenn jugendliche Flüchtlinge bis zum Ende ihrer Ausbildung in den Einrichtungen der Jugendhilfe bleiben könnten“.

Die bayerische Staatsregierung wünsch sich das Gegenteil. Jugendhilfe dürfe nicht „Ausbildung für andere Bereiche“ sein, teilt eine Sprecherin des Sozialministeriums mit, sondern müsse sich auf die Versorgung Minderjähriger konzentrieren. Sozialministerin Emilia Müller (CSU) forderte bereits im Oktober in einem internen Papier, dass junge Volljährige „grundsätzlich aus dem System der Jugendhilfe herauszunehmen sind“. Die Begründung: Wenn die Jugendlichen in Deutschland angekommen, hätten sie „meist einen weiten Weg hinter sich und damit gezeigt, dass sie für sich selbst Verantwortung übernehmen und tragen können“.

Tia Sadeg hat seine Familie im Sudan verlassen, als er 15 war. Mit Freunden machte er sich auf den Weg nach Ägypten. An der Grenze gerieten sie in ein Minenfeld, nur Sadeg überlebte. Die Bilder, sagt er, verfolgen ihn bis heute. In Ägypten arbeitete er zwei Jahre lang in einer Fast-Food-Bäckerei. Wo er einmal ohne Ausweis verhaftet wurde, verbrachte er einen Monat im Gefängnis. Danach beschloss er, nach Deutschland zu gehen.

Tia Sadeg hat seine Familie im Sudan verlassen, als er 15 war. Mit Freunden machte er sich auf den Weg nach Ägypten. An der Grenze gerieten sie in ein Minenfeld, nur Sadeg überlebte. Die Bilder, sagt er, verfolgen ihn bis heute. In Ägypten arbeitete er zwei Jahre lang in einer Fast-Food-Bäckerei. Wo er einmal ohne Ausweis verhaftet wurde, verbrachte er einen Monat im Gefängnis. Danach beschloss er, nach Deutschland zu gehen.

FOTO: MUNZINGER

Viele junge Geflüchtete hätten Dinge erlebt, die kein Jugendlicher erleben sollte, sagt der Pädagoge Karl Scheller. Der Sadeg bis zu dessen 18. Geburtstag betreute. Diese Erfahrungen gegen sie zu verwenden, sei „verrückt“. Wichtig, insbesondere bei traumatisierten Jugendlichen, sei ein geregelter Tagesablauf, der ihnen Halt und Struktur gebe. So gelte, die Jugendlichen vor der Vereinsamung zu bewahren. Wer den ganzen Tag in seinem Zimmer über die Vergangenheit grübele, habe schlechte Chancen, in Deutschland anzukommen. Genau mit diesem Argument verwehre er, Tia Sadeg in der betreuten Einrichtung zu halten – vorgeblich.

Besonders argert Scheller, dass ein willkürliches Datum jungen Menschen wie Tia Sadeg frühzeitig zu Einzelkämpfern mache, dass Integrationschancen vertan würden, die später kaum nachzuholen seien. Tia Sadeg möchte später als Altenpfleger arbeiten. Dazu muss er die Berufsschule schaffen und eine Ausbildung absolvieren. Wäre sein offizieller Geburtstag der 31. Dezember, bekäme er 364 Tage länger Hilfe auf diesem Weg.

Ein Tag, der einen Unterschied macht

Der 1. Januar ist unter Flüchtlingen der wohl mit Abstand häufigste Geburtstag. In vielen Ländern der Welt, zum Beispiel in Syrien, aber auch in Afghanistan und in afrikanischen Ländern, wird auf den Geburtstag eines Menschen im Allgemeinen kaum Wert gelegt. Geburtstage werden nicht gefeiert und Geburten von Kindern werden oft erst Monate nach dem tatsächlichen Geburtstag registriert, teilt das Bundesinnenministerium

um auf Anfrage mit. Bei der Registrierung wird oft der 1. Januar des jeweiligen Geburtsjahres angegeben. In Fällen, in denen sich der Geburtstag nicht nachweisen lässt, soll in Deutschland bei Minderjährigen der für die Betroffenen günstigste Termin eingetragen werden, also der 31. Dezember. Allerdings inzwischen viele Flüchtlingsorganisationen, dass diese Regelung auch konsequent umgesetzt wird.

sz

Alle gegen einen

Landesminister wollen Sammelklagen ermöglichen

Berlin – Die Verbraucherschutzminister mehrerer Bundesländer wollen Bundesgesetzgeber in Deutschland Sammelklagen zu ermöglichen. Am Mittwoch werden sie bei einer Tagung in Düsseldorf darüber beraten. Maas und zwei zentrale Vorschläge vorzulegen: Bürger sollen sich künftig an einer Musterklage durch gemeinnützige Verbände beteiligen können. Außerdem sollen sie besser entschädigt werden, wenn Unternehmen durch rechtswidrige Geschäftspraktiken auf ihre Kosten verdient haben. Das geht aus den Aussagen hervor, die der Süddeutschen Zeitung vorliegen.

Der VW-Skandal hat nun allen vor Augen geführt, dass die Klagenmöglichkeiten derzeit deutlich Schutzlücken aufweisen, sagt der nordrhein-westfälische Verbraucherschutzminister Johannes Remmel (Grüne). Bislang ist der Volkswagen-Konzern nur in den USA bereit, den dort betroffenen 600.000 Kunden in der Abgasaffäre eine Entschädigung von 10.000 Dollar zu zahlen. Die schätzungsweise Millionen Kunden in Europa hingegen, können hier ausgeblendet werden. In Deutschland können sich die Betroffenen bislang nur im Alleingang vor Gericht wehren – ein kostenintensiv und zeitaufwendiger Weg, den kaum jemand wählt.

EU-Kommission den europäischen Standesempfehlen, Sammelklagen zu ermöglichen. Auch das Bundesjustizministerium hatte schon im September für diese Jahre eine Staatsschutzreform angekündigt. Damals hatte Staatssekretär Gerd Bienen ähnlich wie jetzt die Landesminister-Verhandlungen vorgeschlagen. Die Urteile, sagte er, könnten dann aufgreifende Entscheidungen zur Klärung vorbereiten. Denn schließlich seien die meisten Menschen erst ab einem Streitwert von knapp 2000 Euro bereit, selbst vor Gericht zu ziehen. Heute heißt es von einem Sprecher, man beschäufte sich weiterhin „intensiv“ mit dem Thema. „Wir führen hierzu aber noch Gespräche“.

In der VW-Affäre sollen Tausende Klagen die Politik unter Zugzwang setzen

Längst raschen im Fall VW auch große internationale Konzerne Druck. Sammelklagen auch Reform angekündigt. US-Strategen Michael Hausfeld bei Herkelt Tausende Klagen vor deutschen Gerichten einreichen. Die Politik ist im Zentrum.





# Die Zukunft im Blick

Die Notwendigkeit, für unbegleitete  
minderjährige Flüchtlinge Perspektiven  
zu schaffen

*Barbara Noske*



Bundesfachverband Unbegleitete  
Minderjährige Flüchtlinge e.V.



# Inhalt

Einleitung	3
1. „durable solutions“: Vereinte Nationen und die Europäische Union	3
2. Methodik	6
3. Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland	9
3.1 Aufenthaltsrechtliche Situation	9
Zentrale Akteure	9
Aufenthaltsmöglichkeit	10
Asylverfahren	13
Wenn kein Asylantrag gestellt wird – oder der Asylantrag abgelehnt wird	14
3.2 Kinder- und Jugendhilfe	16
Zentrale Akteure	16
Clearingverfahren	17
Anschlussmaßnahmen	17
Das Ende der Jugendhilfe	18
4. Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung realistischer Zukunftsperspektiven	19
4.1 Sicherer Aufenthaltsstatus	19
4.2 Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit	21
4.3 Begleitung bei Übergängen	23
4.4 Längerfristige und koordinierte Planung	25
Fazit: Während der Minderjährigkeit die Volljährigkeit im Blick	29
Quellen	30
Impressum	33

# Die Zukunft im Blick

Die Notwendigkeit, für unbegleitete minderjährige  
Flüchtlinge Perspektiven zu schaffen

Barbara Noske

## Vorwort der HerausgeberInnen

Die vorliegende Studie von Barbara Noske ist im Rahmen eines Kooperationsprojekts mit acht anderen europäischen NGOs entstanden. Das Projekt setzt sich mit dem Begriff „*durable solutions*“ auseinander, der im Kontext von der Aufnahme und Versorgung von separated children international Verwendung findet, im deutschsprachigen Raum aber kaum benutzt wird. Die Auseinandersetzung mit dem Begriff „*durable solutions*“ gibt wichtige Denkanstöße zu der Frage, welche Voraussetzungen notwendig sind, um für und mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen Zukunftsperspektiven zu schaffen. Die in der Studie befragten Jugendlichen und Fachkräfte betonen, wie wichtig die aufenthaltsrechtlichen Stabilität, der Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit und eine langfristige und strukturierte Perspektivenentwicklung im Rahmen der Jugendhilfe und darüber hinaus sind.

Oftmals wird in den Diskussionen um die Aufnahmesituation von unbegleiteten Minderjährigen ausgeklammert, wie sich Gesetze und Unterstützungsstrukturen längerfristig gesehen auf das Leben von unbegleiteten Minderjährigen auswirken. So steht derzeit angesichts der steigenden Einreisezahlen von UMF und erwachsenen Asylsuchenden in Deutschland die Aufnahmesituation minderjähriger Flüchtlinge (erneut) im Fokus: Der umstrittene Gesetzesentwurf des BMFSFJ zur bundesweiten Umverteilung von UMF zur Entlastung von Städten und Kommunen, die aktuell besonders viele unbegleitete Minderjährige aufnehmen, zieht derzeit alle öffentliche Aufmerksamkeit auf den Prozess des Ankommens. Wieder wird die Phase des Erwachsenwerdens, das Ende der Jugendhilfe oder die Situation derer, die in Folge von Alterseinschätzungen erst gar nicht von der Jugendhilfe profitieren, eher am Rande thematisiert.

Die Kinder- und Jugendhilfe spielt in Deutschland eine zentrale Rolle bei der Aufnahme unbegleiteter Minderjähriger. Die langfristige Wirksamkeit von Maßnahmen der Jugendhilfe für die jungen Flüchtlinge



selbst ist bisher allerdings nicht systematisch erforscht worden. Die Bedrohung, die eine abrupte Beendigung der Jugendhilfe und eine knappe Gewährung von Hilfen für junge Volljährige auf die Erfolge der Jugendhilfe haben kann, sind in der Betreuungspraxis bekannt. Träger der Jugendhilfe fordern hier Handlungsempfehlungen für die Praxis und Qualitätsstandards für die Phase des Übergangs. Mittlerweile findet das Thema in Forschung und Fachöffentlichkeit dank einiger miteinander vernetzter Projekte Wiederklang. So führt der Bundesfachverband UMF derzeit ein dreijähriges qualitatives Forschungsprojekt zum Übergang von der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit durch. Zeitgleich erstellt der Bundesverband katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen e.V. (BVkE) eine Evaluation der Wirksamkeit von Unterstützungsprozessen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Form einer Längsschnittstudie. Die besondere Situation von Care Leavern, jungen Menschen, die für einen gewissen Zeitraum im Rahmen der Jugendhilfe betreut werden und von dort aus ein eigenständiges Leben als junge Erwachsene beginnen, hat dank einiger Projekte der Universität Hildesheim und der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGfH) bereits Bekanntheit erlangt.

Für eine Perspektivenentwicklung mit unbegleiteten Minderjährigen kommt es allerdings nicht nur darauf an, wie effektiv die Maßnahmen der Jugendhilfe sind. Von besonderer Bedeutung ist außerdem, ob die jungen Menschen ihren Aufenthalt verfestigen können und ob ihnen die Chance geboten wird, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Denn auch wenn (ehemalige) unbegleitete Minderjährige vorerst in Deutschland bleiben können, können sie unter Umständen keine längerfristigen Zukunftspläne schmieden. So ist es aus einer Wartesaalatmosphäre, wie sie beispielsweise durch ein nicht beschiedenes Asylgesuch oder eine (Ketten)Duldung entsteht, schwer möglich „durable solutions“ bzw. langfristige Perspektiven zu entwickeln. Dabei sind gerade Zielstrebigkeit und „Integrationswille“, die durch jenen „Wartesaal“ so erschwert wird, gefordert um der aufenthaltsrechtlichen Unsicherheit zu entkommen. Das Damoklesschwert der Aufenthaltsbeendigung und die Kränkung des Selbstwertgefühls, trotz aller Bemühung nicht willkommen zu sein, sind in Gesprächen mit jungen volljährigen Flüchtlingen ersichtlich.

Eine Maßnahme, um diese Absurdität zu beenden, wäre beispielsweise den derzeit verlautbaren Forderungen nach einem ausbildungsbezogenen Aufenthaltstitel zu entsprechen. Auch eine intensivere Schulung und Sensibilisierung der Fallverantwortlichen in den Jugendämtern hinsichtlich der Systematik von migrationsrechtlichen Instrumentarien wäre wünschenswert. Denn trotz der großen Relevanz für die Minderjährigen findet die aufenthaltsrechtliche Unsicherheit und ihre zermürbende Wirkung in Hilfeplangesprächen im Rahmen der Jugendhilfe selten die entsprechende Beachtung. Stabilität - auch Beziehungskontinuität - ist die Voraussetzung von erfolgreichen Bildungsverläufen der unbegleiteten Minderjährigen. Dies sollte im Zuge der derzeitigen Diskussion um Fachkräftemangel und den demografischen Wandel gerade von Seiten der Wirtschaft als „Potential“ erkannt und gefördert werden. Ein sicherer Aufenthalt, Chancen auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die Möglichkeit einer Betreuung über das Ende der Jugendhilfe hinaus sind für unbegleitete Minderjährige von Nöten, um Stabilität zu erfahren und Zukunftsperspektiven entwickeln zu können.

Berlin, Juli 2015

Franziska Schmidt ,  
Johanna Karpenstein

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.

# Einleitung

Minderjährige, die ohne Eltern auf der Flucht sind, gelten als besonders vulnerabel. Sie sehen sich mit bedrohlichen Situationen konfrontiert, die sie dazu zwingen, ihr Heimatland zu verlassen. Die Fluchtgründe reichen von Flucht vor Krieg bis zum Wunsch nach Bildung und einer besseren Lebensperspektive.

Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene gibt es vielfältige Bemühungen, den Schutz für unbegleitete Minderjährige zu gewährleisten. Akteure wie EU, UNHCR oder UNICEF heben dabei immer wieder hervor, dass für unbegleitete Minderjährige „*durable solutions*“ – also „dauerhafte“ oder „nachhaltige Lösungen“ – gefunden werden müssen.

Wie diese Forderung in verschiedenen europäischen Ländern in die Praxis umgesetzt wird, ist bisher nicht umfassend dokumentiert. Um die Lücke zu füllen, wurde vom Irish Refugee Council das Projekt Best Practice in Determining and Implementing *durable solutions* for Separated Children in Europe ins Leben gerufen. Das Projekt soll Aufschluss darüber geben, was unter *durable solutions* in Belgien, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, Irland, Malta, den Niederlanden, der Slowakei und Zypern verstanden wird und welche Best Practices es gibt.

Der vorliegende Bericht ist im Rahmen dieses Projekts entstanden und geht auf die Situation in Deutschland ein. Der Bericht basiert auf Literaturrecherche sowie auf Gesprächen mit (ehemaligen) unbegleiteten Minderjährigen und Fachkräften, die mit unbegleiteten Minderjährigen arbeiten. Es wurde dabei deutlich, dass es sowohl auf gesetzlicher wie auch auf Umsetzungsebene notwendig ist, die Zukunft der Minderjährigen im Blick zu behalten. Um Zukunftsperspektiven entwickeln zu können, muss den jungen Menschen die Möglichkeit dazu gegeben werden. In Deutschland sind hierbei vier Aspekte besonders hervorzuheben:

1. Sicherer Aufenthaltsstatus
2. Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit
3. Begleitung bei Übergängen
4. Längerfristige und koordinierte Planung

Der Bericht soll dazu beitragen, bei Diskussionen über die Aufnahme von unbegleiteten Minderjährigen die Nachhaltigkeit der bisher angewandten Konzepte verstärkt in den Blick zu nehmen. Er will bestehende Problematiken aufzeigen und Anregung zu Veränderungen geben.

## 1. „*durable solutions*“: Vereinte Nationen und die Europäische Union

Der Terminus der *durable solutions* wurde wesentlich von den Vereinten Nationen geprägt, insbesondere von UNHCR. UNHCR sieht es als sein höchstes Ziel an, *durable solutions* für Flüchtlinge zu finden, damit sie ein Leben in Würde und Frieden führen können.<sup>1</sup> Als mögliche *durable solutions* werden dabei definiert: freiwillige Rückkehr ins Heimatland, Integration im Aufnahmeland oder Resettlement in ein Drittland. UNHCR arbeitet seit 2002 besonders intensiv an der Entwicklung von Methoden und Werkzeugen, um umfassende *durable solutions* für Flüchtlinge erreichen zu können.<sup>2</sup> Seit 2005 veröffentlicht UNHCR jährlich Global Appeals („Globale Aufrufe“) zum Thema *durable solutions* sowie entsprechende Jahresberichte.

Einige Jahre nachdem UNHCR begonnen hat, sich intensiver mit *durable solutions* für Flüchtlinge auseinanderzusetzen, widmete sich der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes der besonderen

---

<sup>1</sup> UNHCR: *durable solutions* - The Ultimate Goal. <http://www.unhcr.org/pages/49c3646cf8.html> [31.03.2015].

<sup>2</sup> UNHCR (2005): UNHCR Global Appeal 2006 – Finding *durable solutions*. <http://www.unhcr.org/4371d1a60.html> [31.03.2015].

Situation unbegleiteter Minderjähriger. Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes besteht aus 18 unabhängigen Experten und hat die Aufgabe, die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zu überwachen. Ferner kann er in Allgemeinen Bemerkungen die in Menschenrechtsverträgen genannten Rechte konkretisieren. Allgemeine Bemerkungen sind rechtlich nicht bindend, haben allerdings eine hohe autoritative Kraft.

Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes veröffentlichte 2005 die Allgemeine Bemerkung Nr. 6 zur UN-Kinderrechtskonvention, die sich ausschließlich mit unbegleiteten Minderjährigen beschäftigt. Die Allgemeine Bemerkung Nr. 6 liefert Leitlinien für den Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen. Die Suche nach *durable solutions* wird dabei als zentrales Ziel definiert: „The ultimate aim in addressing the fate of unaccompanied or separated children is to identify a durable solution that addresses all their protection needs, takes into account the child’s view and, wherever possible, leads to overcoming the situation of a child being unaccompanied or separated.“<sup>3</sup>

Ende 2014 veröffentlichte UNHCR gemeinsam mit UNICEF den Bericht *Safe & Sound: What states can do to ensure respect for the best interests of unaccompanied and separated children*.<sup>4</sup> Der Bericht will Anregungen geben, wie europäische Staaten im Umgang mit unbegleiteten Minderjährigen dem Kindeswohl gerecht werden können. Dass UNHCR sich in diesem Bericht ausdrücklich auf die Situation unbegleiteter Minderjähriger in Europa bezieht, ist neu. In der Vergangenheit richteten UNHCR und UNICEF das Hauptaugenmerk meist auf unbegleitete Minderjährige in großen Flüchtlingslagern. Die dort bestehenden Kinderschutzsysteme unterscheiden sich in der Regel sehr von denen europäischer Länder. Frühere Veröffentlichungen sind deswegen oftmals nur schwer auf den europäischen Kontext zu übertragen.<sup>5</sup>

UNHCR und UNICEF heben in *Safe & Sound* hervor, dass mit jedem Kind herausgearbeitet werden muss, welches Ziel im „besten Interesse“ des Kindes ist. Erst wenn sich Fachkräfte intensiv mit der individuellen Situation eines Kindes beschäftigen, könne eine *durable solution* gefunden werden. UNHCR und UNICEF stellen an eine *durable solution* den Anspruch, dass sie dem Kind einen Übergang ins Erwachsenenleben in einem sicheren Umfeld ermöglicht. Das Umfeld muss auf die Bedürfnisse des Kindes eingehen können, muss die in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte des Kindes gewährleisten können und darf das Kind nicht in Gefahr von Verfolgung oder anderen schwerwiegenden Bedrohungen bringen.<sup>6</sup>

Mittlerweile spricht auch die EU immer wieder von der Notwendigkeit, *durable solutions* für unbegleitete Minderjährige zu erarbeiten,<sup>7,8,9</sup> so auch im Aktionsplan für unbegleitete Minderjährige (2010-2014)<sup>10</sup>, der von der Europäischen Kommission erarbeitet wurde. Die Identifizierung von *durable solutions* ist einer der drei Schwerpunkte des Aktionsplans.

Wie UNHCR sieht auch die Europäische Union drei Varianten einer *durable solution* für unbegleitete Minderjährige: die Rückkehr und Reintegration ins Heimatland, Schutzstatus und Integration im Aufnahmeland, oder Resettlement in einem Drittland. Die Entscheidung über eine *durable solution* sollte laut Kommission von der zuständigen Behörde unter Achtung des Kindeswohls innerhalb von

---

<sup>3</sup> Committee on the Rights of the Child (2005): General comment No. 6 (2005): Treatment of Unaccompanied and Separated Children Outside their Country of Origin. <http://www.refworld.org/docid/42dd174b4.html> [09.03.2015].

<sup>4</sup> UNHCR/UNICEF (2014): *Safe & Sound: What states can do to ensure respect for the best interests of unaccompanied and separated children in Europe*. Brüssel: UNHCR/UNICEF.

<sup>5</sup> vgl. UNHCR (2011): *Field Handbook for the implementation of UNHCR BID Guidelines*. <http://www.refworld.org/docid/4e4a57d02.html> [20.04.2015].

<sup>6</sup> Vgl. UNHCR/UNICEF (2014): S. 22.

<sup>7</sup> vgl. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Union (2011): Directive 2011/36/EU of the European Parliament and of the Council of 5 April 2011 on preventing and combating trafficking in human beings and protecting its victims, and replacing Council Framework Decision 2002/629/JHA. <http://www.refworld.org/docid/50ec1e172.html> [30.09.2014].

<sup>8</sup> Europäische Union (2013): Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen (Neufassung). <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013L0033&from=EN> [30.09.2014].

<sup>9</sup> Europäisches Parlament (2009): Multi-annual programme 2010-2014 regarding the area of freedom, security and justice (Stockholm programme), Punkt 79 (b). <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P7-TA-2009-0090+O+DOC+PDF+VO//EN> [20.04.2015].

<sup>10</sup> Europäische Kommission (2010): Action Plan on Unaccompanied Minors (2010 – 2014). [http://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/action\\_plan\\_on\\_unaccompanied\\_minors\\_en\\_1.pdf](http://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/action_plan_on_unaccompanied_minors_en_1.pdf) [25.03.2015].

sechs Monaten getroffen werden<sup>11</sup>. Die Europäische Kommission fordert, dass Kontakt zur Familie hergestellt wird. Sie geht davon aus, dass es für viele unbegleiteten Minderjährigen am besten wäre, wieder mit ihrer Familie vereint zu sein und in ihrer gewohnten sozialen und kulturellen Umgebung aufzuwachsen. Die Europäische Kommission betont aber auch, dass Rückkehr nur eine der Optionen ist und die best interests des Kindes ausschlaggebend sein sollen.<sup>12</sup>

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2012 eine Halbzeitbewertung der Durchführung des Aktionsplans für unbegleitete Minderjährige veröffentlicht. Die Kommission erklärt, dass sie im Rahmen des Rückkehrfonds, des Flüchtlingsfonds und des Integrationsfonds Projekte gefördert hat, die dazu beitragen sollen, *durable solutions* für unbegleitete Minderjährige zu finden.<sup>13</sup> Allerdings stellt sie fest, dass die Methoden, die zur Identifizierung von *durable solutions* genutzt werden, weiter verbessert werden müssen.<sup>14</sup>

Obwohl der Terminus der *durable solutions* auf internationaler und EU-Ebene sehr geläufig ist, kommt er im deutschen Diskurs zu unbegleiteten Minderjährigen nicht vor. Der Begriff warf unter den Personen, die an diesem Projekt beteiligt waren, Fragen auf - allem voran, was das Problem sei, das es zu lösen gelte. Denn nur wenn es ein Problem gibt, wird eine Lösung notwendig. Ist das Problem, dass Minderjährige ihr Land verlassen mussten? Ist ihre Präsenz in einem anderen Land das Problem? Oder ist das Problem, dass sie nicht wissen, ob sie in dem Land leben können, in dem sie bleiben möchten? Außerdem wurde diskutiert, ob es ein bestimmtes Szenario in der Zukunft gäbe, das eintreten soll. Was wären die Indikatoren dieses Zielszenarios? Sprache, Schulabschluss, sicherer Arbeitsplatz oder eine eigene Familie? Oder gibt es ganz andere Indikatoren?

Der Beirat dieses Projekts hat vorgeschlagen, von der Entwicklung längerfristiger Perspektiven und nicht von „dauerhaften Lösungen“ zu sprechen. Zum einen könnten durch den Begriff „dauerhafte Lösungen“ in Deutschland ungewollte historisch bedingte Assoziationen hervorgerufen werden. Zum anderen sind „Perspektiven“ offener als „Lösungen“. Bei Perspektiven wird nicht auf lediglich ein Ergebnis abgezielt, der Fokus liegt vielmehr auf dem Schaffen von Handlungsspielraum. An Perspektiven zu arbeiten, impliziert, verschiedene Wege im Blick zu behalten und eine stabile Basis zu schaffen, um auf unerwartete Veränderungen reagieren zu können.

---

<sup>11</sup> Ebenda, S. 12

<sup>12</sup> Ebenda

<sup>13</sup> Europäische Kommission (2012): Mid-term report on the implementation of the Action Plan on Unaccompanied minors, S. 10. [http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/uam/uam\\_report\\_20120928\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/uam/uam_report_20120928_en.pdf) [20.04.2015].

<sup>14</sup> Ebenda, S. 11

## 2. Methodik

Dieser Bericht ist im Rahmen des Projekts Best Practice in Determining and Implementing *durable solutions* for Separated Children in Europe entstanden. Das Projekt ist ein Kooperationsprojekt von neun NGOs aus neun europäischen Ländern. Es wurde von der Europäischen Kommission finanziert. Die Projektleitung hatte das Irish Refugee Council inne. Die School of Applied Social Science des University College Dublin und das Social Work Team for Separated Children of the Irish Child and Family Agency standen beratend zur Seite. Sie waren außerdem Teil der Steuerungsgruppe des Projekts. Auch fungierten einige Mitglieder des Separated Children in Europe Programme (SCEP) als Berater. Die Projektverantwortlichen aller neun Partnerorganisationen haben Gespräche mit (ehemaligen) unbegleiteten Minderjährigen und Fachkräften geführt. Außerdem haben sie Literatur ausgewertet, die für den nationalen Kontext relevant ist. Projektleitung, Berater und Partnerorganisationen trafen sich in London, um erste Ergebnisse zu besprechen und das weitere Vorgehen abzustimmen. Jede Partnerorganisation erarbeitete einen Länderbericht. Ein internationaler Abschlussbericht fasst die Erkenntnisse der Länderberichte zusammen und soll denjenigen eine Hilfe sein, die für die Identifizierung, Umsetzung und Überprüfung von *durable solutions* für unbegleitete Minderjährige zuständig sind.

### **Projekt: “Best Practice in Determining and Implementing *durable solutions* for Separated Children in Europe”**

#### Projektleitung:

- Irish Refugee Council (Irland)

#### Partnerorganisationen:

- Belgien: Service Droit de Jeunes
- Deutschland: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.
- Griechenland: Greek Council for Refugees
- Malta: The People for Change Foundation
- Niederlande: Defence for Children – ECPAT
- Slowakei: Human Rights League
- UK: The Children’s Society
- Zypern: Hope for Children UNCRC Policy Centre

#### Beratende Instanzen:

- School of Applied Science, University College Dublin, Irland
- Social Work Team for Separated Children of the Child and Family Agency, Irland
- Separated Children in Europe Programme

Der deutsche Länderbericht hat zum Ziel, einige Sichtweisen zur Entwicklung langfristiger Perspektiven mit unbegleitete Minderjährige in Deutschland zu sammeln. Die Erhebung hat keinesfalls den Anspruch, repräsentative Ergebnisse darzustellen. Der Bericht basiert auf der Auswertung von Literatur und gibt die Einschätzungen und Erfahrungen der InterviewpartnerInnen dieses Projekts wieder. Insgesamt nahmen 27 Personen an Gruppen- und Einzelinterviews teil.

Zu Beginn der Gespräche wurden den InterviewpartnerInnen die Hintergründe des Projekts erklärt. Sie wurden darüber informiert, dass alle Informationen vertraulich behandelt werden und es keine Angaben im Bericht geben wird, die Rückschlüsse auf ihre Person zulassen. Fünfzehn GesprächspartnerInnen waren unbegleitete minderjährige Flüchtlinge bzw. junge Erwachsene, die als unbegleitete Minderjährige nach Deutschland gekommen sind. Sie kamen aus Somalia, Eritrea, Afghanistan, Syrien, Guinea, Kenia und Bangladesch und waren zwischen 14-22 Jahre alt. Fünf von

InterviewpartnerInnen: (Ehemalige) unbegleitete minderjährige Flüchtlinge						
	w/m	Alter	Herkunftsland	Jugendhilfe	Vormund	Fokusgruppe/Interview
JF1	w	19	Somalia	Ja	Nein	Fokusgruppe
JF2	m	14	Eritrea	Ja	Ja	Fokusgruppe
JF3	m	18	Afghanistan	Ja	Nein	Fokusgruppe
JF4	w	17	Eritrea	Ja	Ja	Fokusgruppe
JF5	w	17	Somalia	Ja	Ja	Fokusgruppe
JF6	w	18	Somalia	Ja	Nein	Fokusgruppe
JF7	w	16	Eritrea	Ja	Ja	Fokusgruppe
JF8	w	19	Somalia	Ja	Nein	Fokusgruppe
JF9	m	20	Afghanistan	Nein	Nein	Interview
JF10	m	19	Syrien	Ja	Nein	Interview
JF11	m	18	Guinea	Nein	Nein	Interview
JF12	m	18	Guinea	Nein	Nein	Interview
JF13	w	17	Kenia	Nein	Ja	Interview
JF14	m	22	Bangladesch	Nein	Nein	Interview
JF15	m	18	Guinea	Ja	Nein	Interview

Personen, die hauptamtlich mit unbegleiteten Minderjährigen arbeiten		
	Funktion	Fokusgruppe/Interview
P1	Jugendamt	Fokusgruppe
P2	Jugendamt	Fokusgruppe
P3	Jugendhilfeeinrichtung	Fokusgruppe
P4	Jugendhilfeeinrichtung	Fokusgruppe
P5	Jugendhilfeeinrichtung	Interview
P6	Vormundschaftsprojekt	Fokusgruppe
P7	Vormundschaftsprojekt	Fokusgruppe
P8	Vormundschaftsprojekt	Fokusgruppe
P9	Vormundschaftsprojekt	Fokusgruppe
P10	Beratungsstelle	Interview
P11	Psychotherapeutin	Interview
P12	Lehrer	Interview

ihnen waren zum Zeitpunkt des Interviews minderjährig und hatten einen Vormund. Neun der jungen Flüchtlinge lebten in einer Jugendhilfeeinrichtung, sechs hatten bereits eine eigene Wohnung bzw. ein Zimmer in einer Wohngemeinschaft.

Mit sieben jungen Flüchtlingen in Berlin wurden leitfadengestützte Einzelinterviews geführt, die zwischen 1 - 2,5 Stunden dauerten. Bei der Wahl des Ortes wurde auf die Wünsche der jungen Flüchtlinge eingegangen. Für die Gespräche wurde ein Leitfaden entwickelt, der zur Strukturierung der Gespräche diente, aber in der Gesprächssituation an den Verlauf des Gesprächs angepasst werden

konnte. Die Fragen wurden offen gestellt, um den jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, auf die Aspekte einzugehen, die ihnen am wichtigsten waren. Auch sollten sie dadurch die Wahl haben, nur über Themen zu sprechen, über die sie sprechen wollten. Das Spektrum der angesprochenen Inhalte bezog sich auf die Identifizierung von Vertrauenspersonen; die Evaluation von Unterstützungsstrukturen; Wünsche für die Zukunft; und besondere Schwierigkeiten, mit denen sie in ihrer aktuellen Situation konfrontiert sind. Auf Wunsch der jungen Flüchtlinge wurden die Gespräche nicht aufgezeichnet, sondern nur sehr ausführlich - stellenweise wörtlich - protokolliert.

Acht der jungen Flüchtlinge nahmen an einem ca. 2-stündigen Gruppeninterview in Kassel teil. Im ersten Teil des Gruppengesprächs wurde die fiktive Geschichte eines unbegleiteten Minderjährigen mit dem Namen Ibrahim als neutraler Gesprächsanlass gewählt. Dadurch sollte verhindert werden, dass die TeilnehmerInnen sich gedrängt fühlten, in der Gruppe über persönliche Erfahrungen zu sprechen. Ihnen wurden Fragen zu verschiedenen Situationen in Ibrahims Leben in Deutschland gestellt, die sie, wenn sie wollten, mit eigenen Erfahrungen in Bezug setzen konnten. Im zweiten Teil des Gesprächs schrieben die TeilnehmerInnen Nachrichten an verschiedene Akteure, die einen großen Einfluss auf ihr Leben als unbegleitete Minderjährige in Deutschland haben und teilten ihnen mit, was sie ihnen dringend sagen wollten.

Auch wurden mit zwölf weiteren Personen Gespräche geführt, die hauptamtlich in unterschiedlichen Funktionen mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen arbeiten. Sie sind beim Jugendamt, in einer Jugendhilfeeinrichtung, im Bereich Vormundschaft, in einer Beratungsstelle, als Psychotherapeutin oder als Lehrer tätig. Die GesprächspartnerInnen arbeiten in Berlin, Bremen, Wuppertal, Bochum und Dortmund. Mit den Hauptamtlichen wurden zwei Gruppengespräche sowie vier Einzelinterviews geführt.

Das Projekt wurde von einem Beirat begleitet. Besonders intensiv wurde mit dem Beirat der Begriff „dauerhafte Lösungen“, das Hilfeplanverfahren sowie forschungsethische Fragen besprochen.

#### Beirat:

Prof. Dr. Iman Attia	Alice Salomon Hochschule Berlin
Kirsten Eichler	GGUA – Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V.
Ulrike Herpich-Behrens	Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft
Prof. Dr. phil. Mechthild Wolff	Hochschule Landshut

### 3. Die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland: zwischen Aufenthaltsrecht und Jugendhilfe

Seit 2008 ist die Zahl aller Asylanträge in Deutschland stark gestiegen. Waren es im Jahr 2008 noch 22.085 Asylerstanträge, so wuchs die Zahl auf 173.072 im Jahr 2014 an.<sup>15</sup> Die Zahl der Asylerstanträge von unbegleiteten Minderjährigen steigerte sich von ca. 760 im Jahr 2008 auf 2.486 in 2013 und 4399 in 2014<sup>16</sup>. Für das Jahr 2015 ist ein weiterer Anstieg zu erwarten: bis zum 30.04.2015 stellten bereits über 2000 unbegleitete Minderjährige einen Asylantrag<sup>17</sup>.

Häufig jedoch stellen unbegleitete Minderjährige keinen Asylantrag, so dass die Asylantragszahlen nicht widerspiegeln, wie viele unbegleitete Minderjährige jährlich nach Deutschland einreisen. Dafür muss man sich vielmehr daran orientieren, wie viele unbegleitete Minderjährige von Jugendämtern in Obhut genommen werden. Die offizielle Kinder- und Jugendhilfestatistik des Statistischen Bundesamts bietet einen Anhaltspunkt, ist an einigen Stellen jedoch erklärungsbedürftig. Der Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. erhebt deswegen jährlich Daten von Jugendämtern auf kommunaler und auf Landesebene<sup>18</sup>. Die vom Bundesfachverband UMF ermittelten Zahlen zeigen einen kontinuierlichen Anstieg der Inobhutnahmezahlen von 2988 (2009) auf 5605 im Jahr 2013.<sup>19</sup> Nach Schätzungen des Bundesfachverbands wurden im Jahr 2014 rund 11000 unbegleitete Minderjährige in Obhut genommen.

Die fünf zugangsstärksten Bundesländer sind Nordrhein-Westfalen, Hessen, Bayern, Berlin und Hamburg. Grundsätzlich reisen wesentlich mehr männliche als weibliche Minderjährige unbegleitet nach Deutschland ein, in vielen Städten liegt der Anteil der männlichen Jugendlichen bei bis zu 90%. Ein Großteil der Minderjährigen ist 16 und 17 Jahre alt. In 23 vom Bundesfachverband UMF untersuchten Städten und Landkreisen sind die Hauptherkunftsländer der in Obhut genommenen Minderjährigen Afghanistan, Somalia, Syrien und Eritrea. Diese Länder finden sich auch in der Asylstatistik unter den stärksten Herkunftsländern wieder und haben hohe Schutzquoten. Aber auch Marokko, Guinea, Pakistan, Indien oder Bangladesch sind Herkunftsländer von unbegleiteten Minderjährigen in Deutschland. Asylanträge von Minderjährigen aus diesen Ländern haben allerdings meist weitaus weniger Chancen auf Erfolg, was dazu führt, dass sie oft keinen Asylantrag stellen, sondern einen anderen Weg zur Aufenthaltssicherung wählen.<sup>20</sup>

#### 3.1 Aufenthaltsrechtliche Situation

##### Zentrale Akteure

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und die Ausländerbehörde sind zentrale Akteure wenn es darum geht, Entscheidungen über die Zukunft von unbegleiteten Minderjährigen zu treffen.

Das BAMF ist zuständig für die Durchführung der Asylverfahren und entscheidet über die Anerkennung als Asylberechtigter, die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, ob subsidiärer Schutz oder nationale Abschiebungsverbote gewährt werden oder ob der Asylantrag abgelehnt wird. Das BAMF

<sup>15</sup> Vgl. BAMF (2015)1: Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: März 2015. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile) [25.04.2015].

<sup>16</sup> Vgl. Deutscher Bundestag (2015): Drucksache 18/3850.

<sup>17</sup> BAMF

<sup>18</sup> vgl. Kemper, Thomas/Espenhorst, Niels (2014): Gekommen, um zu bleiben? Auswertung der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise aus dem Ausland im Jahr 2013. B-UMF: Berlin.

<sup>19</sup> ebenda, S. 2. Die Zahlen für das Jahr 2014 lagen zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts noch nicht vor. Es ist von einem weiteren deutlichen Anstieg für das Jahr 2014 auszugehen.

<sup>20</sup> ebenda



fällt somit vorerst eine Entscheidung darüber, ob der junge Mensch in Deutschland bleiben kann. Da jede Aufenthaltserlaubnis mit besonderen Rechten verbunden ist, wirkt das BAMF auch darauf ein, welche Möglichkeiten einem jungen Menschen hinsichtlich seiner Integration und seiner Zukunft geboten werden. Eine wichtige Rolle spielt hierbei außerdem, wie lange das Asylverfahren dauert. Für die Dauer des Asylverfahrens wird eine Aufenthaltsgestattung ausgestellt, die andere Rechte mit sich bringt als eine Aufenthaltserlaubnis.

Ebenso hat die Ausländerbehörde großen Einfluss auf das Leben der Minderjährigen. Zum einen stellt sie weisungsgebunden für das BAMF Aufenthaltstitel aus, zum anderen hat sie ein eigenes Prüfungsrecht und kann eigene Titel oder Duldungen ausstellen. Gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit erteilt oder verweigert sie die Erlaubnis, eine Beschäftigung aufzunehmen oder sie spricht ein Arbeitsverbot aus. Ferner können Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ihren Wohnort nicht frei wählen, sondern benötigen wenn sie umziehen wollen die Erlaubnis der Ausländerbehörde.

## Aufenthaltsmöglichkeit

Das deutsche Asyl- und Aufenthaltsrecht ist komplex und kennt eine Vielzahl verschiedener Aufenthaltsmöglichkeiten. Nur eine Aufenthaltserlaubnis oder eine Niederlassungserlaubnis bringen die Möglichkeit eines dauerhaften Aufenthaltes mit sich.

### Duldung und Aufenthaltsgestattung

Die Duldung ist kein Aufenthaltstitel sondern lediglich die „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“<sup>21</sup>. Eine Duldung wird ausgestellt, wenn eine Abschiebung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist. Sie ist die am schlechtesten gestellte Aufenthaltsmöglichkeit. Tatsächliche oder rechtliche Gründe dafür, dass die Abschiebung nicht durchgeführt werden kann, können u.a. Reiseunfähigkeit sein, nicht vorhandene Verkehrsverbindungen, mangelnde Bereitschaft des Herkunftslands zur Rückübernahme oder dass kein Pass vorliegt. Bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist eine Abschiebung nur möglich, wenn die Minderjährigen im Heimatland ihrer Familie, einem Vormund oder einer geeigneten Aufnahmeeinrichtung konkret übergeben werden könnten.<sup>22</sup> Das ist meist nicht der Fall, weswegen vielen unbegleiteten Minderjährigen nach der Einreise eine Duldung ausgestellt wird. Unbegleitete Minderjährige bleiben im Besitz einer Duldung, bis sie Asyl beantragen oder eine Aufenthaltserlaubnis bekommen.

Wenn ein Asylantrag gestellt wird, wird für die Dauer des Asylverfahrens eine Aufenthaltsgestattung erteilt. Die mit der Aufenthaltsgestattung einhergehenden Rechte entsprechen im Wesentlichen denen einer Duldung, weswegen die mit Duldung und Aufenthaltsgestattung einhergehenden Rechte hier gemeinsam aufgeführt werden. Ein wichtiger Unterschied zwischen Duldung und Aufenthaltsgestattung ist jedoch, dass Menschen mit Duldung unabhängig von der Aufenthaltsdauer ein absolutes Arbeitsverbot ausgesprochen werden kann.<sup>23</sup> Dies ist als Sanktion zu verstehen und kommt besonders häufig vor, wenn davon ausgegangen wird, dass ein Abschiebungshindernis besteht, für das die Person selbst verantwortlich ist.

Bis November 2014 konnten Menschen mit Aufenthaltsgestattung und Duldung in den ersten 9 bzw. 12 Monaten des Aufenthalts in Deutschland keine Beschäftigungserlaubnis erhalten.<sup>24</sup> Mit einer Gesetzesänderung, die 2015 in Kraft trat, wurde dieses Arbeitsverbot grundsätzlich auf drei Monate beschränkt. Nach den ersten drei Monaten mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung besteht für weitere 12 Monate nachrangiger Zugang zum Arbeitsmarkt. Dies ist eine Verbesserung, trotzdem ist der Zugang zu Arbeit weiterhin oft hürdenreich.

---

<sup>21</sup> § 60a AufenthG

<sup>22</sup> § 58 Abs. 1a AufenthG; Art.10 Abs.2 Rückführungsrichtlinie

<sup>23</sup> § 33 BeschV

<sup>24</sup> Weiser, Barbara (2012): Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Flüchtlingen - Wer darf unter welchen Voraussetzungen arbeiten und welche Möglichkeiten der Förderung gibt es?, Beilage zum ASYLMAGAZIN 10/2012. S. 17.

Je nach Aufenthaltssituation muss die Ausländerbehörde ihre Zustimmung zur Beschäftigung geben. Diese gibt sie abhängig vom Ergebnis der Vorrang- und Beschäftigungsprüfung, die von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen dieses Zustimmungsverfahrens durchgeführt wird. Für die Vorrangprüfung prüft die Bundesagentur für Arbeit, ob es deutsche ArbeitnehmerInnen oder Staatsangehörige eines EU-Mitgliedstaats, Norwegens, Islands, Liechtensteins oder der Schweiz gibt, oder ArbeitnehmerInnen, die hinsichtlich der Arbeitsaufnahme gleichgestellt sind, die für die Tätigkeit ebenfalls geeignet sind. Außerdem eruiert die Agentur, ob sich durch die Beschäftigung des Ausländers/der Ausländerin nachteilige Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt ergeben oder ob die Arbeitsbedingungen angemessen sind.<sup>25</sup> Die Beschäftigungsbedingungsprüfung gilt während der ersten 48 Monate des Aufenthalts. Die Prüfung, ob eine Stelle mit einem/r ausländischen Arbeitnehmer/in besetzt werden kann, soll in der Regel in zwei Wochen abgeschlossen sein. Unter Umständen hat der Arbeitgeber den Job aber in der Zwischenzeit schon an einen anderen Interessenten vergeben. Für eine betriebliche Ausbildung, Praktika im Rahmen der Ausbildung oder ein Freiwilliges Soziales Jahr ist die Vorrangprüfung und die Beschäftigungsbedingungsprüfung durch die Agentur für Arbeit zwar nicht mehr notwendig, die Erlaubnis der Ausländerbehörde aber schon. Für junge Flüchtlinge mit Duldung oder Aufenthaltsgestattung und damit einhergehendem nachrangigem Arbeitsmarktzugang ist es deswegen oftmals schwierig, eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung befinden sich ganz unten auf der „hierarchisch abgestuften Benachteiligungsskala“<sup>26</sup> des deutschen Asyl- und Aufenthaltsrechts.

Insgesamt haben sich durch die Gesetzesänderung im Jahr 2014 grundsätzlich einige Verbesserungen für Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung ergeben. Mit dem Wegfall der Vorrangprüfung nach 15 Monaten haben sie bessere Chancen, früher arbeiten zu können. Auch sollen sie Beratungs- und Förderinstrumente der Agenturen für Arbeit in Anspruch nehmen können. Gleichzeitig bleibt es Menschen mit Duldung und Aufenthaltsgestattung weiterhin verwehrt, an sogenannten Integrationskursen teilzunehmen, die systematisch und intensiv Deutschkenntnisse vermitteln. Außerdem können sie erst nach 4 Jahren Aufenthalt eine Beschäftigung aufnehmen, ohne die Zustimmung der Agentur für Arbeit dafür zu benötigen (so muss sie so lange weiterhin prüfen, ob die Arbeitsbedingungen angemessen sind). Auch wenn Menschen mit Duldung nach 4 Jahren die Zustimmung der Agentur für Arbeit nicht mehr brauchen, so ist doch weiterhin eine Arbeitserlaubnis der Ausländerbehörde notwendig.<sup>27</sup>

Neben dem früheren Zugang zum Arbeitsmarkt gab es auch Veränderungen bezüglich der sogenannten „Residenzpflicht“. Für lange Zeit untersagte es die „Residenzpflicht“ Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus, den Bezirk, den Kreis oder das Bundesland, in dem sie wohnen, ohne Erlaubnis der Behörden zu verlassen. Die letzte aufenthaltsrechtliche Gesetzesänderung sieht die Lockerung der Residenzpflicht vor. Diese wird nicht vollständig aufgelöst, aber auf drei Monate begrenzt. Die Residenzpflicht erschwerte es den jungen Menschen, an Klassenfahrten teilzunehmen oder Freunde und Verwandte in anderen Bundesländern zu besuchen und vermittelte das Gefühl des Nicht-Dazu-Gehörens oder des Bestraft-Werdens.

## **Aufenthaltserlaubnis**

Um den Aufenthalt zu sichern, gilt es, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Es gibt eine Vielzahl verschiedener Aufenthaltserlaubnisse. Hierbei ist wichtig, nach welchem Paragraphen, Absatz und Satz eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Hinter jedem Paragraphen – und z.T. Absatz und Satz – verbirgt sich ein anderer Aufenthaltswert. Jeder Aufenthaltswert bringt andere Rechte in Bezug auf beispielsweise Leistungen und Arbeitsmarktintegration mit sich. Eine Aufenthaltserlaubnis ist die Folge eines erfolgreich durchlaufenen Asylverfahrens oder eines bewilligten Antrags bei der Ausländerbehörde (s.u.).

---

<sup>25</sup> Vgl. Bundesagentur für Arbeit (2015): Merkblatt - Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland – Fragen, Antworten sowie Tipps für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. [www.zav.de/arbeitsmarktzulassung](http://www.zav.de/arbeitsmarktzulassung) [18.04.2015].

<sup>26</sup> Gag, Maren/Voges, Franziska (2014): „Inklusion als Chance? Eine Einführung“, in Gag, Maren/Voges, Franziska (Hrsg.), Inklusion auf Raten. Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit (Waxmann: Münster), S.9.

<sup>27</sup> Vgl. Voigt, Claudius (2014): Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge mit Duldung und Aufenthaltsgestattung: Erleichterungen gelten seit November 2014. [http://ggua.de/fileadmin/downloads/tabellen\\_und\\_uebersichten/arbeitsmarktzugang20142.pdf](http://ggua.de/fileadmin/downloads/tabellen_und_uebersichten/arbeitsmarktzugang20142.pdf) [15.04.2015].

Eine Aufenthaltserlaubnis wird befristet und zweckgebunden erteilt, beispielsweise aus humanitären Gründen. Die Anerkennung als Flüchtling oder Asylberechtigter hat eine dreijährige Aufenthaltserlaubnis zur Folge.<sup>28</sup> Subsidiär Schutzberechtigte hingegen bekommen eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr, die auf drei Jahre verlängert werden kann. Wenn ein nationales Abschiebungsverbot erteilt wird, wird eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr gewährt, die verlängert werden kann.

Die Familienangehörigen von anerkannten Flüchtlingen und Asylberechtigten können unter erleichterten Bedingungen nach Deutschland nachziehen. Bei erwachsenen subsidiär Schutzberechtigten kann der Familiennachzug nur unter bestimmten Bedingungen stattfinden. Hingegen können die Eltern von unbegleiteten Minderjährigen, die als Flüchtlinge, Asylberechtigte oder subsidiär Schutzberechtigte anerkannt sind, im Rahmen des Elternnachzugs nach Deutschland kommen.<sup>29</sup> Problematisch ist hierbei, dass dies nicht den Nachzug der Geschwisterkinder umfasst.<sup>30</sup>

### **Niederlassungserlaubnis**

Wenn die Gründe, die zur Anerkennung als Flüchtling oder Asylberechtigter geführt haben auch nach drei Jahren noch vorhanden sind, besteht Anspruch auf eine unbefristete, zweckungebundene und räumlich unbeschränkte Niederlassungserlaubnis. Bei subsidiärer Schutzberechtigung und Abschiebungsverboten kann eine Niederlassungserlaubnis nach 7 Jahren gewährt werden<sup>31</sup>, wenn Voraussetzungen wie ein gesicherter Lebensunterhalt und ausreichende Deutschkenntnisse erfüllt werden. Die Niederlassungserlaubnis berechtigt zur uneingeschränkten Aufnahme einer Erwerbstätigkeit.

### **Aufenthaltsstatus und Leistungen**

Unbegleitete Minderjährige haben einen Anspruch auf Jugendhilfe mindestens bis zur Volljährigkeit (siehe 4.2) - egal ob sie eine Duldung, eine Aufenthaltsgestattung oder bereits eine Aufenthaltserlaubnis haben.

Sobald jedoch die Jugendhilfe endet, ist wichtig, ob die jungen Flüchtlinge eine Aufenthaltserlaubnis, eine Duldung oder eine Aufenthaltsgestattung haben. Mit Duldung und Aufenthaltsgestattung erhalten sie Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das bedeutet zum Beispiel, dass die Krankenversorgung stark eingeschränkt ist. Für Menschen mit Aufenthaltserlaubnis lässt sich keine Pauschalaussage über die ihnen zustehenden Leistungen treffen. Auch hier ist ausschlaggebend, nach welchem Aufenthaltswort die Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. So können Flüchtlingen mit Aufenthaltserlaubnis entweder die gleichen Sozialleistungen wie deutschen Staatsbürgern oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zustehen. Ob sie selbständig oder unselbständig arbeiten dürfen, ohne eine Arbeitserlaubnis beantragen zu müssen und ob sie nur nachrangige Zulassung zu Integrationskursen haben, hängt ebenfalls mit der jeweiligen Aufenthaltserlaubnis zusammen. Das Zusammenspiel von Ausländer- und Sozialrecht ist komplex und führt nicht nur bei Zuwanderern, sondern auch bei MitarbeiterInnen in Behörden und Beratungsstellen zu Unsicherheiten. Es ist anzunehmen, dass bestehende Möglichkeiten der Arbeitsmarktintegration deswegen oft ungenutzt bleiben.<sup>32</sup>

---

<sup>28</sup> vgl. BAMF (2014): Das deutsche Asylverfahren - ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen, S. 21. [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf;jsessionid=2D155688E64CDA876A050FAB5705FA21.1\\_cid359?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf;jsessionid=2D155688E64CDA876A050FAB5705FA21.1_cid359?__blob=publicationFile) [15.04.2015].

<sup>29</sup> vgl. Eichler, Kirsten (2014): Leitfaden zum Flüchtlingsrecht - Die materialrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Flüchtlings- oder anderweitigem Schutz, S. 92. [http://www.asyl.net/fileadmin/user\\_upload/redaktion/Dokumente/Publikationen/Broschuere\\_RechtlGrundl\\_web.pdf](http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/redaktion/Dokumente/Publikationen/Broschuere_RechtlGrundl_web.pdf) [23.04.2015].

<sup>30</sup> Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (2013): Kinder zweiter Klasse - Bericht zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland, S. 19. <http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf> [18.03.2015].

<sup>31</sup> Der Gesetzentwurf zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung vom 25.05.2015 sieht vor, die Frist auf 5 Jahre zu verkürzen. Es soll voraussichtlich zwischen Juli-Oktober 2015 in Kraft treten.

<sup>32</sup> vgl. Weiser(2012): S. 56

# Asylverfahren

Unbegleitete Minderjährige können über verschiedene Wege ihren Aufenthalt verfestigen und eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Eine Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis zu bekommen, ist ein erfolgreich durchlaufenes Asylverfahren. Es gibt allerdings Minderjährige, für die der Asylantrag nicht der richtige Weg ist.<sup>33</sup> Bevor ein Asylantrag gestellt wird, sollte deswegen mit dem Kind, dem Vormund, Betreuungspersonal aus der Jugendhilfeeinrichtung und einer/m erfahrenen Anwalt/ Anwältin ein aufenthaltsrechtliches Clearing durchgeführt werden. Dies bedeutet, dass gemeinsam die verschiedenen Möglichkeiten der Aufenthaltssicherung besprochen werden und je nach individueller Situation der Minderjährigen entschieden wird, ob ein Asylantrag gestellt wird oder nicht.

## Die Anhörung

Das Kernstück des Asylverfahrens ist die persönliche Anhörung des Minderjährigen zu seinen Fluchtgründen. Basierend auf den Angaben, die der Minderjährige im Rahmen der Anhörung macht, sowie aller weiteren Erkenntnisse, die gewonnen wurden, prüft das BAMF, ob die Voraussetzungen für die Flüchtlingseigenschaft<sup>34</sup>, den subsidiären Schutz<sup>35</sup>, die Asylberechtigung<sup>36</sup> oder Abschiebeverbote<sup>37</sup> vorliegen oder ob der Asylantrag als einfach oder offensichtlich unbegründet abgelehnt wird. Im Anschluss erteilt die zuständige Ausländerbehörde je nach Entscheidung des BAMF einen Aufenthaltstitel oder prüft andere Aufenthaltsmöglichkeiten. Nach Volljährigkeit leitet sie ggf. die Aufenthaltsbeendigung ein.

Anhörungen von unbegleitete Minderjährigen sollen von besonders geschulten „Sonderbeauftragten für UM“ durchgeführt werden und erst stattfinden, wenn ein Vormund bestellt wurde. Die Minderjährigen müssen zur Anhörung vom Vormund oder einer Betreuungsperson begleitet werden, denen eingeräumt wird, sich „im Verlauf der Anhörung auch zum Einzelfall zu äußern bzw. Fragen an den UM zu stellen“.<sup>38</sup>

## Die Entscheidung

Nach der Anhörung entscheidet das BAMF über die Anerkennung als Asylberechtigter, die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, ob subsidiärer Schutz oder Abschiebehindernisse gewährt werden oder ob der Asylantrag abgelehnt wird. Bis eine Entscheidung getroffen wird, können Monate vergehen.

## Asylberechtigung

In Deutschland werden nur ca. 1% der Asylantragsteller als Asylberechtigte nach Art. 16a GG anerkannt, da sie voraussetzt, dass die Einreise nicht über einen sicheren Drittstaat erfolgte. Die Asylberechtigung hat demnach in Deutschland in der Praxis an Relevanz verloren.<sup>39</sup> Tatsächlich entsprechen die Rechte, die mit der Asylberechtigung einhergehen, denen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle vorrangig auf den Flüchtlingsschutz eingegangen.

## Internationaler Schutz: Flüchtlingseigenschaft und Subsidiärer Schutz

Die Flüchtlingseigenschaft und subsidiärer Schutz werden im Rahmen des Asylverfahrens geprüft. Für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft muss eine Person verschiedene Voraussetzungen erfüllen. So muss eine Verfolgungshandlung vorliegen und die Furcht vor Verfolgung muss begründet werden. Verfolgungsakteure können der Staat, Parteien oder Organisationen, die einen großen Teil des Staatsgebiets beherrschen, oder nichtstaatliche Akteure, vor denen staatliche Akteure oder internationale Organisationen keinen Schutz bieten können, sein. Eine Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention liegt nur vor, wenn sie zielgerichtet ist und es keinen effektiven Schutz

---

<sup>33</sup> Vgl. Müller, Kerstin (2011): Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Alternativen zum Asylantrag, in: ASYLMAGAZIN 11/2011.

<sup>34</sup> § 3 Abs. 1 AsylVfG

<sup>35</sup> § 4 Abs. 1 AsylVfG

<sup>36</sup> Art. 16 a Abs. 1 GG

<sup>37</sup> § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG

<sup>38</sup> BAMF (2014): S. 28

<sup>39</sup> Vgl. Eichler (2014): S. 76

im Herkunftsland gibt. Außerdem muss die Person wegen ihrer „Rasse“, Nationalität, Religion, ihrer politischen Überzeugung oder der Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt werden. Auch eine drohende Verfolgung kann einen Schutzstatus mit sich bringen. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft setzt voraus, dass eine Person konkret als Einzelne einer Verfolgung ausgesetzt ist.

Dem gegenüber setzt der subsidiäre Schutz nur voraus, dass der Person allgemein ein ernsthafter Schaden droht, beispielsweise durch einen internationalen oder innerstaatlichen Konflikt. Der internationale Schutz umfasst kinderspezifische Verfolgung, u.a. Zwangsrekrutierung, Kinderhandel, Genitalverstümmelung, familiäre und häusliche Gewalt, Zwangsprostitution oder Zwangsheirat.

### **Nationale Abschiebungsverbote**

Nationale Abschiebungsverbote können nach zwei unterschiedlichen Paragraphen (§ 60 Abs. 5 AufenthG und nach § 60 Abs. 7 AufenthG) vergeben werden. In der Praxis sind nationale Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 AufenthG sehr selten. Grund hierfür ist, dass die Erfüllung der Voraussetzungen für Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 5 AufenthG in der Regel bereits den Flüchtlingsschutz oder subsidiären Schutz zur Folge haben.

Abschiebungsverbote nach § 60 Abs. 7 AufenthG hingegen sind häufiger. § 60 Abs. 7 AufenthG besagt, dass von einer Abschiebung abgesehen werden soll, wenn für den Betroffenen eine erhebliche konkrete Gefahr für Leib, Leben und Freiheit besteht. Es muss sich hierbei um individuelle Gefahren handeln, die sich auch aus einer allgemeinen Gefahr ergeben können. Vor allem Menschen, die einer besonders vulnerablen Gruppe zugehören, haben Chancen auf ein nationales Abschiebungsverbot. Als besonders verletzlich gelten u.a. Kinder und Jugendliche sowie physisch und psychisch Kranke.

### **Ablehnung des Asylantrags**

Bei Ablehnung des Asylantrags können gegen die Ablehnung Rechtsmittel eingelegt werden. Ein Klageverfahren nimmt oft mehrere Monate oder Jahre in Anspruch. Außerdem besteht die Möglichkeit, dass eine Duldung erteilt wird oder dass letztendlich eine asylverfahrensunabhängige Aufenthaltserlaubnis erteilt wird (s. folgender Abschnitt). Wird zur Ausreise aufgefordert, beträgt die Ausreisefrist je nach Art der Ablehnung eine Woche oder 30 Tage.

## **Wenn kein Asylantrag gestellt – oder der Asylantrag abgelehnt wird**

Wenn das aufenthaltsrechtliche Clearing ergibt, dass der Asylantrag nicht der richtige Weg wäre oder wenn der Asylantrag abgelehnt wird, kann eine Aufenthaltserlaubnis bei der Ausländerbehörde beantragt werden<sup>40</sup>. Bis von der Ausländerbehörde eine Entscheidung getroffen wird, haben die jungen Flüchtlinge eine Duldung. Im Gegensatz zum Asylverfahren werden im Falle eines Antrags bei der Ausländerbehörde die Gründe schriftlich vorgebracht und es gibt keine persönliche Anhörung. Die Prüfung des Antrags kann Monate oder Jahre in Anspruch nehmen.

### **Gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende**

Für gut integrierte Jugendliche, die nur im Besitz einer Duldung sind, gibt es die Möglichkeit eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, wenn sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Bisher galt, dass Jugendliche, die vor dem 14. Lebensjahr eingereist sind, sechs Jahre ununterbrochen die Schule besucht haben und einen anerkannten Schul- oder Berufsabschluss erworben haben, einen entsprechenden Antrag stellen können. Darüber hinaus musste absehbar sein, dass der Jugendliche sich in die „Lebensverhältnisse der Bundesrepublik Deutschland einfügen kann“<sup>41</sup>. Mit einer für Sommer 2015 geplanten Gesetzesänderung sollen Heranwachsende bis zur Vollendung des 21.

---

<sup>40</sup> Ausnahme bei Ablehnungen nach § 30 Abs. 3 AsylVfG

<sup>41</sup> Ebenda

Lebensjahrs, die spätestens im Alter von 16 Jahren nach Deutschland eingereist sind, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen können. Mit der Gesetzesänderung soll der Antrag nun schon nach 4 Jahren Voraufenthalt gestellt werden können und nicht, wie bisher, erst nach 6 Jahren. Auch müssen unbegleitete Minderjährige nicht mehr vor dem 14. Geburtstag einreisen, um von der Regelung Gebrauch machen zu können, sondern vor dem 17. Geburtstag.

### **Nationales Abschiebungsverbot**

Nationale Abschiebungsverbote, die im Rahmen des Asylverfahrens geprüft werden, können auch isoliert bei der Ausländerbehörde beantragt werden (s. oben).

### **Aufenthaltserlaubnis zum Zweck einer Beschäftigung**

Ein Antrag bei der Ausländerbehörde kann sich außerdem für (ehemalige) unbegleitete Minderjährige anbieten, wenn sie eine qualifizierte und staatlich anerkannte Ausbildung abgeschlossen haben und nun in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen wollen.<sup>42</sup> Die Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen müssen neben den erforderlichen schulischen oder beruflichen Qualifikationen auch ausreichenden Wohnraum und Sprachkenntnisse vorweisen. Der Lebensunterhalt muss gesichert sein. Ferner muss die Agentur für Arbeit der Aufnahme der Beschäftigung zustimmen.

### **Härtefallkommission**

Wenn alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind und eine Person vollziehbar ausreisepflichtig ist, ist die letzte Option in der Regel ein Antrag bei der Härtefallkommission.<sup>43</sup> Die Härtefallkommission wurde 2005 eingeführt mit dem Ziel, in Einzelfällen ausländischen Staatsbürgern, die nach den sonstigen Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes kein Aufenthaltsrecht erhalten können, aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen zu einem legalen Aufenthalt zu verhelfen. Die Härtefallkommissionen sind bei den Innenministerien der Bundesländer (Ausnahme Baden-Württemberg) angesiedelt. Sie setzt sich je nach Bundesland aus unterschiedlich vielen Mitgliedern, meist zwischen 7-10, zusammen. Sie sind sowohl Vertreter von staatlicher Seite als auch von nicht-staatlichen Organisationen. Je nach Bundesland entscheidet die oberste Landesbehörde oder die Ausländerbehörde auf Ersuchen der Härtefallkommission nach genauer Prüfung des individuellen Falls ob eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird. Ausschlaggebend sind die Integrationsbemühungen des Antragstellers, die Aufenthaltsdauer in Deutschland, ein gesicherter Lebensunterhalt sowie dass die Aufenthaltsgewährung im öffentlichen Interesse ist.

### **Andere Situationen**

Nicht nur durch die oben aufgeführten Anträge kann sich die Aufenthaltssituation von unbegleiteten Minderjährigen wesentlich ändern. So ist zum Beispiel von besonderer Bedeutung, ob eine Familienzusammenführung stattfinden kann. Hierfür ist zu prüfen, ob sich Familienangehörige in Deutschland oder einem anderen EU-Staat befinden und die Familienzusammenführung dem Kindeswohl entspricht. Außerdem werden einige (ehemalige) unbegleitete Minderjährige Eltern oder heiraten. Je nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus des Partners kann dies einen Einfluss auf den Aufenthaltsstatus haben. Darüberhinaus entscheiden sich einige unbegleitete Minderjährige, dass ihre Zukunft nicht in Deutschland liegt, sondern in ihrem Heimatland oder einem Drittland und bemühen sich um eine freiwillige Rückkehr oder eine Weiterreise.

Viele unbegleitete Minderjährige feiern ihren achtzehnten Geburtstag (und verlassen oft zeitnah die Jugendhilfe) ohne dass eine Entscheidung zu ihren asyl- oder aufenthaltsrechtlichen Verfahren gefallen ist. Oft sind junge Flüchtlinge dann noch im Besitz einer Duldung oder einer Aufenthaltsgestattung und somit den stärksten Ausgrenzungsmechanismen ausgesetzt.

---

<sup>42</sup> § 18a AufenthG

<sup>43</sup> § 23 a AufenthG

## 3.2 Kinder- und Jugendhilfe

### Zentrale Akteure

Das Jugendamt ist zentraler Akteur des Jugendhilfesystems und somit eine weitere Behörde, die das Leben der unbegleiteten Minderjährigen wesentlich beeinflusst. Es hat die Gesamtverantwortung sowie die Planungsverantwortung für die Erfüllung der im SGB VIII festgehaltenen Aufgaben inne. Es entscheidet wie eng die Minderjährigen im Rahmen der Jugendhilfe sozialpädagogisch betreut werden und welche weiteren Leistungen sie erhalten (Kleidung, Möbel, Freizeitaktivitäten, Sportkurse, Gruppenfahrten, Sprachförderung etc.). Es führt regelmäßig Hilfeplangespräche durch und plant mit den Minderjährigen die nächsten Schritte. Die Leistungen werden vom Jugendamt nach dem deutschen Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) gewährt. Durch die gewährte Hilfe soll die Entwicklung des Kindes gefördert, Orientierung bei Fragen zu Ausbildung und Beschäftigung gegeben und „bei der allgemeinen Lebensführung beraten und unterstützt werden“<sup>44</sup>.

Das Jugendamt prägt den Lebensweg der unbegleiteten Minderjährigen außerdem dadurch wie schnell die Jugendhilfe beendet wird. Die Möglichkeit, Jugendhilfe nach dem achtzehnten Geburtstag weiterhin zu gewähren, wird von den Jugendämtern nicht immer in Anspruch genommen.

Neben dem Jugendamt gibt es die Jugendhilfeeinrichtungen. Die MitarbeiterInnen in den Jugendhilfeeinrichtungen sind in der Regel die Akteure, mit denen die Minderjährigen am häufigsten in persönlichem Kontakt sind. Sie sind in eine Vielzahl von Entscheidungen involviert und beeinflussen ganz wesentlich den Weg der unbegleiteten Minderjährigen. Sie kümmern sich um einen Schulplatz, helfen bei der Ausbildungssuche, vereinbaren und begleiten zu Arzt- und Therapieterminen, unterstützen die Jugendlichen bei aufenthaltsrechtlichen Fragen, helfen bei der Wohnungssuche, stellen den Kontakt zu einem Sportverein her. Sie begleiten bei Behördenterminen, intervenieren in Krisensituationen, organisieren Freizeitaktivitäten und kochen mit den Minderjährigen. Sie stellen sicher, dass die Kinder und Jugendlichen zur Schule gehen und ihre Hausaufgaben machen. Oft sind sie die ersten Ansprechpartner bei aufkommenden Fragen.

Der Vormund ist gesetzlicher Vertreter der Minderjährigen und soll als Interessensvertreter seines Mündels agieren. Der Vormund hat die Personensorge sowie die Vermögenssorge für sein Mündel inne. Er ist in alle wichtigen Entscheidungen, die sein Mündel betreffen, involviert. Er leistet die Unterschrift für wichtige medizinische Eingriffe, aber auch für den Beitritt zum Fußballverein. Unter 16-jährige können den Asylantrag nicht selbst stellen<sup>45</sup> und benötigen dafür einen Vormund. Der Vormund ist wichtiger Akteur bei der Hilfeplanung. Die meisten unbegleiteten Minderjährigen haben in Deutschland einen Amtsvormund. Der Amtsvormund ist Mitarbeiter eines Jugendamts und führt bis zu 50 Vormundschaften. Auch besteht die Möglichkeit, dass die Vormundschaften durch MitarbeiterInnen eines Vereins (Vereinsvormund) oder freiberuflich durch Einzelpersonen (Berufsvormundschaft) geführt werden. In einigen Städten Deutschlands haben sich außerdem ehrenamtlich geführte Vormundschaften etabliert. Ein ehrenamtlicher Vormund übernimmt gewöhnlich nur eine Vormundschaft. Oft besteht der Kontakt zwischen Mündel und ehrenamtlichem Vormund nach dem offiziellen Ende der Vormundschaft fort.

Jenseits von Behörden und Jugendhilfeeinrichtungen gibt es noch andere Personen, die wesentlich darauf einwirken können, wie sich das Leben der Jugendlichen entwickelt. Das sind zum einen TherapeutInnen, die den Minderjährigen helfen, emotional belastende Zeiten zu überstehen, Erlebtes zu verarbeiten und sich zu stabilisieren; RechtsanwältInnen, die bei aufenthaltsrechtlichen Fragen und Entscheidungen beraten und die Minderjährigen auf ihre Verfahren vorbereiten; LehrerInnen, die ihre SchülerInnen täglich sehen (und damit in der Regel öfter, als andere Akteure) und auf den weiteren Bildungsweg einwirken können; zum anderen gibt es ehrenamtliche UnterstützerInnen

---

<sup>44</sup> § 34 SGB VIII

<sup>45</sup> Im Rahmen einer geplanten Gesetzesänderung soll das Alter angehoben werden, so dass eine eigenständige Asylantragstellung erst mit 18 Jahren möglich wird.

(VormünderInnen/MentorInnen), Beratungsstellen, aber auch Freunde, Verwandte und die Community. Letztere sind in der Regel nicht in den offiziellen HelferInnenkreis integriert, haben aber möglicherweise einen anderen Blick auf die Dinge und beeinflussen die Sichtweise der Minderjährigen oft wesentlich.

## Clearingverfahren

Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sind, ungeachtet ihres Aufenthaltsstatus, mittlerweile reguläre Zielgruppe des deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetzes (SGB VIII). Der Gesetzestext erwähnt ausdrücklich, dass ausländische Kinder und Jugendliche vom Jugendamt in Obhut genommen werden müssen, wenn sie unbegleitet nach Deutschland kommen und sich weder Erziehungs- noch Personensorgeberechtigte in Deutschland aufhalten.<sup>46</sup> Dass unbegleitete Minderjährige im Fokus der Jugendhilfe sind, ist allerdings eine relativ neue Entwicklung. Der Passus wurde im Jahr 2005 ins SGB VIII aufgenommen und erst im Jahr 2015 mit Brandenburg als letztem Bundesland bundesweit umgesetzt. Die Aufnahme der Zielgruppe ins SGB VIII stellt eine große Verbesserung der Situation unbegleiteter Minderjähriger dar.

Im Rahmen der Inobhutnahme werden in der Regel in einem Erstgespräch die Daten der Minderjährigen aufgenommen, die Kinder und Jugendlichen medizinisch und materiell versorgt und die Möglichkeit einer Familienzusammenführung geprüft. Die Vormundschaft wird angeregt und die Kinder und Jugendlichen werden ausländerrechtlich registriert. Falls es Zweifel am Alter des jungen Menschen gibt wird eine Alterseinschätzung oder ein medizinisches Altersfeststellungsverfahren durchgeführt. Zeitnah sollen die Minderjährigen an einem Deutschkurs teilnehmen und die Hilfeplanung soll beginnen. Im Nationalen Aktionsplan Für ein kindgerechtes Deutschland 2005-2010 hatte die Bundesregierung angestrebt, dass dieses Verfahren in spezialisierten Clearinghäusern stattfinden soll, was allerdings noch nicht flächendeckend der Fall ist.

## Anschlussmaßnahmen

Den Abschluss der Clearingphase bildet die Entscheidung über die Hilfen. Hierfür soll das gesamte Leistungsspektrum des deutschen Kinder- und Jugendhilfegesetzes geprüft werden. Wenn Jugendhilfebedarf festgestellt wird, werden die unbegleiteten Minderjährigen je nach individuellem Bedarf – und Verfügbarkeit – in unterschiedlich intensiv betreuten Jugendhilfeeinrichtungen untergebracht.

## Hilfeplanverfahren

Ein Schlüsselprozess der deutschen Jugendhilfe ist das Hilfeplanverfahren.<sup>47</sup> Die Landesjugendämter empfehlen, dass bei der Hilfeplanung folgende Aspekte thematisiert werden:<sup>48</sup>

- Sicherung des Aufenthalts
- Erwerb deutscher Sprachkenntnisse
- Erwerb eines qualifizierten Schulabschlusses trotz möglicher geringer Vorbildung
- Gelingender Übergang von der Schule in die Ausbildung
- Berufliche Qualifizierung
- Integration in die deutsche Gesellschaft
- Ggf. Unterstützung bei freiwilliger Rückkehr oder Resettlement
- Umgang mit traumatischen Erfahrungen
- Übersicht über Beratungsangebote

---

<sup>46</sup> § 42 SGB VIII

<sup>47</sup> § 36 SGB VIII

<sup>48</sup> Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (2014): Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - Inobhutnahme, Clearingverfahren und Einleitung von Anschlussmaßnahmen. [http://www.bagljae.de/downloads/118\\_handlungsempfehlungen-umf\\_2014.pdf](http://www.bagljae.de/downloads/118_handlungsempfehlungen-umf_2014.pdf) [15.03.2015].



- Förderung der Kontakte zur Herkunftsfamilie
- Pflege der religiösen und kulturellen Identität
- Hilfe bei der Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung

Das Jugendamt lädt in der Regel halbjährlich Minderjährige/n, VormundIn, betreuende Einrichtung und ggf. andere Beteiligte zu Hilfeplangesprächen ein, um die aktuelle Situation zu besprechen. Es wird überprüft, ob die Ziele, die im letzten Gespräch festgelegt wurden, umgesetzt werden konnten. Es wird ein Hilfeplan aufgestellt, der festhält, welchen Bedarf das Kind aktuell hat und welche Art der Hilfe gewährt werden soll. Zentral und gesetzlich vorgeschrieben ist dabei die Partizipation der Minderjährigen.<sup>49</sup>

Das Hilfeplanverfahren stellt hohe Anforderungen an die beteiligten Fachkräfte. Sie müssen die Lebenssituation der Minderjährigen „richtig“ erfassen und deuten, Prognosen über deren Entwicklung abgeben und mögliche aufkommende Probleme im Blick haben. Erst dann kann der Bedarf der Minderjährigen ermittelt und Ziele erarbeitet werden. Um die festgelegten Ziele erreichen zu können, müssen alle Anwesenden involviert sein, die Ziele von den Beteiligten akzeptiert und handlungsorientierte Schritte erarbeitet werden.<sup>50</sup>

## Das Ende der Jugendhilfe

Die Vormundschaft endet in der Regel mit dem 18. Geburtstag des Mündels. Wenn die Volljährigkeit im Herkunftsland des Mündels erst später eintritt, kann die Vormundschaft vom Gericht unter Umständen verlängert werden. Der Kontakt zwischen Mündel und Vormund endet meist mit dem Ende der offiziellen Vormundschaft.

Die Jugendhilfe ist nicht an das Ende der Vormundschaft gekoppelt und kann über das 18. Lebensjahr hinaus gewährt werden. Jungen Volljährigen soll laut Kinder- und Jugendhilfegesetz „Hilfe für die Persönlichkeitsentwicklung und zu einer eigenverantwortlichen Lebensführung gewährt werden, wenn und solange die Hilfe auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen notwendig ist“.<sup>51</sup> Dies gilt auch für ehemalige unbegleitete Minderjährige. Die Verlängerung der Jugendhilfe bis zum 21. Lebensjahr ist möglich. In besonderen Ausnahmefällen kann die Hilfe sogar danach fortgesetzt werden. Auch hat das Gesetz im Blick, dass die jungen Erwachsenen nach der Beendigung der Hilfe möglicherweise noch Beratungs- und Unterstützungsbedarf haben. In diesem Fall sollte in angemessenem Umfang bei der Verselbständigung beraten werden.

---

<sup>49</sup> vgl. Ebenda

<sup>50</sup> vgl. Schrapper, Christian (Hrsg.) (2005): Innovation durch Kooperation – Anforderungen und Perspektiven qualifizierter Hilfeplanung in der Zusammenarbeit freier und öffentlicher Träger der Jugendhilfe, Deutsches Jugendinstitut München, S. 7 und 163.

<sup>51</sup> § 41 SGB VIII

## 4. Voraussetzungen für die nachhaltige Entwicklung realistischer Zukunftsperspektiven mit unbegleiteten Minderjährigen: Zentrale Erkenntnisse

Im Folgenden wird auf die Erkenntnisse eingegangen, die in den Interviews gewonnen wurden, die im Rahmen dieses Projekts geführt wurden. Ausgehend von der eingangs beschriebenen Forderung nach *durable solutions* wurde in den Gesprächen thematisiert, was für die Entwicklung von nachhaltigen Zukunftsperspektiven wichtig ist. Es kristallisierte sich dabei heraus, dass ein sicherer Aufenthaltsstatus, der Zugang zu Bildung und Arbeit, die Begleitung bei Übergängen und gute Planung von besonderer Bedeutung sind.

### 4.1 Sicherer Aufenthaltsstatus

Wie oben beschrieben wird im internationalen Kontext von drei möglichen *durable solutions* ausgegangen: Rückkehr ins Herkunftsland, Resettlement in einem Drittland oder Integration im Aufnahmeland. Der klare Fokus sowohl der jungen Flüchtlinge als auch der Fachkräfte, mit denen im Rahmen dieses Projekts gesprochen wurde liegt auf einem Leben in Deutschland.

Auf die Frage, was eine durable solution sein könne, antwortete einer der jungen Flüchtlinge: „*Dass es Bildung gibt. Und einen sicheren Ort, an dem kein Krieg ist.*“ Allein die Tatsache, dass er sich gerade in Deutschland aufhält, ist allerdings nicht, was er sich unter Sicherheit vorstellt. Er ist noch immer im Besitz einer Duldung und fügt deswegen hinzu: „*Aber bei mir ist es nicht sicher, weil ich keinen Aufenthalt hab.*“ (JF9)

Der sichere Aufenthalt ist Dreh- und Angelpunkt für die Minderjährigen. Er ist neben „Bildung“ und „Arbeit“ ein Schlagwort, das in den Gesprächen mit ihnen am häufigsten fällt. Ohne sicheren Aufenthalt wissen die jungen Flüchtlinge nicht, wo und unter welchen Umständen sie leben werden. Dies hat ständige Unsicherheit und Angst vor der Zukunft zur Folge.

„*Erst mal, [man] muss eine Sicherheit haben hier, dass [man] hier bleiben kann. Dass [man] nicht überlegen muss, morgen verabschieden die mich aus Deutschland, übermorgen, nächsten Monat, das weiß niemand. Kommt eine Nacht, die nehmen mich weg und bringen mich zurück.*“ (JF3)

Das Asylverfahren, aber auch andere aufenthaltsrechtliche Verfahren, sind für die Jugendlichen meist sehr lange und zermürende Verfahren. Viele der Jugendlichen haben an ihrem achtzehnten Geburtstag noch keine Entscheidung bezüglich ihres Aufenthalts erhalten. Während des Zeitraums des Verfahrens berichten die Jugendlichen von der Angst vor Abschiebung ins Heimatland oder in ein Transitland und von der Trauer darüber, nicht reisen und ihre Familie treffen zu können, die sich in einem Drittland aufhält. Es können Monate vergehen, bevor sie die Einladung zur Anhörung im Rahmen des Asylverfahrens erhalten. Hat endlich die Anhörung stattgefunden, beginnt die nächste beunruhigende und nervenaufreibende Wartephase: das Warten auf den Bescheid. Einige der Jugendlichen wünschen sich deswegen, dass ihnen gesagt wird, wann sie mit einer Entscheidung rechnen können. Dies sei leichter auszuhalten, als sich immer zu fragen, wann eine Antwort kommt. Die Unsicherheit geht an die Substanz und beeinflusst die psychische Stabilität der Jugendlichen sowie ihre Motivation, Deutsch zu lernen, die Schule zu besuchen und sich für den Arbeitsmarkt fit zu machen.

„*Dann hat [man] auch keine Lust mehr auf alles, die Sprache, [man] kann sagen, wozu soll ich denn die Sprache lernen wenn ich zum Beispiel von hier abgeschoben werde. Erst mal braucht [man] Sicherheit, damit alles hier so ruhig ist [zeigt auf ihren Kopf, Anm. der Verfasserin], dann kann [man] auch Schule oder andere Sachen überlegen.*“ (JF4)  
„*Ich habe Mut und Motivation verloren wegen der Anhörung. Man weiß nie, wann wird eine Entscheidung getroffen.(...) Das Warten ist furchtbar. Man muss wissen, ob man bleibt, damit man weiß, dass es sich lohnt, sich zu quälen, sich zu integrieren.*“ (JF12)

Auch junge Menschen, die einen Antrag bei der Ausländerbehörde gestellt haben, müssen unter Umständen lange warten, bis über ihren Antrag entschieden wird. Die lange Zeit der Unsicherheit verlangt viel Energie und hinterlässt Spuren: *„Ich freu mich nicht so wegen dem Aufenthalt, diese ganze Quälerei. Dieses Gefühl war schon gestorben, dass ich irgendwann hier Aufenthalt bekomme.“* (JF14)

Langfristige Perspektiven können erst entwickelt werden, wenn der Aufenthalt geklärt ist. Diesen schnell zu bekommen, hätte, wie einer der jungen InterviewpartnerInnen erklärt, einen großen Einfluss darauf, wie die Jugendlichen ihre Zeit in Deutschland nutzen: *„Wenn sie denken, sie haben eine Zukunft hier, dann machen die alle gute Sachen. Wenn nicht, dann klauen oder trinken sie, dealen oder machen andere illegale Sachen.“* (JF9) Bis die jungen Flüchtlinge aber einen sicheren Aufenthalt bekommen, befinden sie sich in einer Warteschleife. Die jungen Menschen können versuchen, sich auf die Zukunft vorzubereiten, in der sie hoffen, einen sicheren Aufenthalt zu bekommen. Trotzdem ist es bis zu diesem Zeitpunkt nicht möglich, eine längerfristige, sondern höchstens eine vorübergehende Perspektive zu entwickeln.

Dass Rückkehr und Resettlement eine so zentrale Rolle in Richtlinien, Bemerkungen und Berichten zu durable solution spielen, sorgte für Unverständnis unter den InterviewpartnerInnen. Ein junger Mann gibt zu bedenken, dass viele der jungen Flüchtlinge keine Familie oder Verwandte im Herkunftsland mehr haben und somit niemanden, der sie unterstützen würde. *„Werden sie auf der Straße leben? Werden sie mit Waffen in Berührung kommen? Das ist nicht die beste Lösung.“* (JF12)

Einige der jungen Flüchtlinge spielen in besonders schwierigen Zeiten mit dem Gedanken an Rückkehr oder Weiterwanderung. Beispielsweise, wenn sie sich in Deutschland einsam fühlen und ihre Familie vermissen; wenn sie ihre Abhängigkeit von Behörden und einzelnen MitarbeiterInnen spüren; oder isoliert und weit weg von ihrer Community untergebracht werden. Einige Jugendliche erwähnten, dass sie in schwierigen Situationen bereits überlegt haben, in ein anderes (europäisches) Land zu gehen. Dies begründen sie damit, dass es eine große Anstrengung sei, deutsch zu lernen, während sie englisch oder französisch bereits sprechen und es für sie mit diesen Sprachkenntnissen in anderen Ländern wesentlich leichter wäre. Ebenso kursieren unter den Jugendlichen oder in ihren Communities Informationen darüber, dass das Leben in einem anderen (europäischen) Land für sie besser wäre. Gedanken an eine Rückkehr ins Heimatland hängen damit zusammen, dass die jungen Flüchtlinge sich oftmals enorm überfordert damit fühlen, sich ohne ihre Eltern und Familie in Deutschland – mit all seiner Bürokratie – zurecht zu finden. Ein junger Mann erzählt, dass er in den ersten sechs Monaten in Deutschland nach Syrien zurück wollte, *„obwohl es dort Krieg gibt“* (JF10). Er hatte hier jeden Tag Termine, es gab *„viele Fragen, viel Stress mit den Behörden“* (JF10). Vor allem hat er seine Familie vermisst und meinte: *„Ein Tag mit meinen Eltern ist besser als ein Jahr hier.“* (JF10) Wie die Mitarbeiterin einer Jugendhilfeeinrichtung berichtet, verflüchtigt sich dieser Gedanke an eine Rückkehr, sobald reflektiert wird, wie sich die aktuelle Situation in ihrem Herkunftsland darstellt.

*„Thematisiert wird das Thema [Rückkehr] immer beim Heimweh, und Heimweh haben sie alle. Sie haben Heimweh, sie wollen zu den Eltern und das ist mehr oder weniger ausgeprägt, dass sie das auch so artikulieren, dass man darüber sprechen kann, [...] und dann sprechen wir schon drüber, was wäre wenn, und dann ist das Ende der Geschichte, ich bleib dann doch lieber hier.“* (P5)

Einige der jungen InterviewpartnerInnen sehen es als Möglichkeit, für einen Besuch in ihr Heimatland zu fahren, sobald sie einen Aufenthaltstitel haben. Manche hegen sogar den Wunsch, in der Zukunft die Politik ihres Landes zu beeinflussen oder vielleicht später dorthin zurück zu gehen, falls sich die Situation in ihrem Heimatland verbessert haben sollte.

*„Ich glaube, wenn alles gut ist in [ihrem] Land, dann [würden die Jugendlichen] es schon wollen, in [ihr] Heimatland zurück zu gehen. Dein Heimatland ist dein Heimatland. Da ist deine Familie und alle Freunde und so. Also, [sie könnten] auch hier so die Chance nutzen. Die Schule fertig machen, einfach Ausbildung oder zur Universität gehen oder so und dann [könnten sie] mit dieser Arbeit in [ihrem] Land besser einen Job bekommen.“* (JF7)

Solange die Umstände, die sie dazu gebracht haben, ihr Land zu verlassen, aber fortbestehen, ist eine dauerhafte Rückkehr keine Option.

*„Rückkehr ist auch okay, wenn meine Heimat die Niederlande oder England wären, dann würde ich auch gerne zurückgehen (lacht). Aber wenn man aus Afghanistan oder aus Syrien kommt...die wollen doch leben! Es ist für mich jetzt nicht so wichtig, dass ich einen besseren Aufenthalt oder eine Arbeit habe, wie es wichtig ist, dass ich nicht getötet werde oder täglich Explosionen sehe!“ (JF9)*

## 4.2 Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeit

Das Deutsche Jugendinstitut stellte im Rahmen einer Längsschnittstudie fest, dass SchülerInnen, die erst seit Kurzem in Deutschland sind, eine positivere Einstellung zur Schule haben als diejenigen, die vor dem 11. Lebensjahr nach Deutschland kommen. Auch sind die Hoffnungen auf einen erfolgreichen Ausbildungs- und Arbeitseinstieg höher, je später Jugendliche nach Deutschland eingereist sind.<sup>52</sup> Diese These lässt sich mit Blick auf unbegleitete Minderjährige, die oftmals eine große Motivation für Bildung an den Tag legen, bestätigen. Allerdings beobachten viele Menschen, die mit jungen Flüchtlingen arbeiten trotz der hohen Motivation immer wieder Leistungs- und Motivationseinbrüche.<sup>53</sup>

Dies ist den besonderen Lebensumständen der Minderjährigen geschuldet. Einige müssen nicht nur eine vollkommen neue Sprache lernen, sondern auch eine neue Schrift. Die Inhalte, die sie im Heimatland gelernt haben sind teilweise im deutschen Kontext nicht relevant. Außerdem konnten nicht alle in der Heimat zur Schule gehen oder sie mussten den Schulbesuch auf Grund der Flucht für längere Zeit unterbrechen. Häufig sind sie wegen der Erfahrungen, die sie im Herkunftsland und auf der Flucht gemacht haben, stark belastet. Auch leiden sie unter dem unsicheren Aufenthaltsstatus und haben Zukunftsängste. Damit gehen Konzentrationsschwierigkeiten einher und die Kinder und Jugendlichen können nicht so schnell lernen, wie sie das möchten. Unter diesen Voraussetzungen in Deutschland auf einer regulären Schule einen Schulabschluss zu machen, ist nicht leicht.

Auf Ambitionen mancher Jugendlicher, ihre Bildungskarriere fortzusetzen, zu studieren, KrankenpflegerIn oder AnwaltIn zu werden, wird nur begrenzt eingegangen. Eher wird nach Ausbildungsberufen Ausschau gehalten, die leichter zu absolvieren sind und als Mangelberuf gelten, um nach der Ausbildung einen Job zu finden und den Aufenthalt dadurch festigen zu können.

Angemessene Förderinstrumentarien sind notwendig, um den Bildungserfolg von zugewanderten Kindern und Jugendlichen und ihre spätere Positionierung auf dem Arbeitsmarkt positiv zu beeinflussen. Insbesondere müssen auch diejenigen, die in ihrer Heimat nur wenig Schulbildung genossen haben, gefördert werden. Von besonderer Bedeutung ist die Sprachkompetenz. 16- und 17-jährige unbegleitete Minderjährige müssen schnell und intensiv an ihren Deutschkenntnissen arbeiten, um später mit anderen BewerberInnen konkurrieren zu können - insbesondere in Anbetracht der Tatsache, dass die durchschnittliche Deutschnote im Abschlusszeugnis umso schlechter ist, je älter Kinder und Jugendliche bei ihrer Ankunft in Deutschland sind.<sup>54</sup> Betriebe schauen bei der BewerberInnenauswahl auf Schulabschluss und Zeugnisnoten, so dass die Chancen auf einen Ausbildungsplatz mit schlechten Deutschnoten sinken. Es ist wichtig, dass vor allem in der Anfangszeit Sprachkurse angeboten werden, die dem Sprachniveau der SchülerInnen entsprechen und von qualifizierten LehrerInnen durchgeführt werden. Derzeit ist dies nicht flächendeckend gewährleistet. Einerseits besteht Bedarf an geeigneten pädagogischen Konzepten, andererseits wissen LehrerInnen oft nur wenig über die besondere Lebenssituation unbegleiteter Minderjähriger, das bestehende Aufnahmesystem und mögliche AnsprechpartnerInnen. Auch fühlen sich viele LehrerInnen unsicher im Umgang mit SchülerInnen mit Traumatisierungen und wünschen sich Fortbildungen zu diesem Thema.

Verschiedene Studien zum Übergang Schule-Beruf zeigen, dass zugewanderte Kinder und Jugendliche in Deutschland schlechtere Bildungschancen haben als deutsche Kinder und Jugendliche. Im Jahr

<sup>52</sup> Reißig, Birgit/ Gaupp, Nora/ Lex Tilly (2004): Hoffnungen und Ängste – Jugendliche aus Zuwandererfamilien an der Schwelle zur Arbeitswelt, in: DJI Bulletin 69, S. 7.

<sup>53</sup> vgl. Voges, Franziska, (2014): Fortbildung für Multiplikator/inn/en in Hamburg, in: Inklusion auf Raten: Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit. Münster: Waxmann.

<sup>54</sup> Kuhnke, Ralf/ Müller, Matthias (2009): Lebenslagen und Wege von Migrant\*innen Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf: Ergebnisse aus dem DJI-Übergangspanel. München: Deutsches Jugendinstitut e.V., S. 7.

2012 verließen laut Integrationsreport des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge 11,4% der SchülerInnen mit ausländischem Pass die Schule ohne Hauptschulabschluss.<sup>55</sup> Damit lag der Anteil doppelt so hoch wie bei der Vergleichsgruppe der SchülerInnen mit deutscher Staatsangehörigkeit. Auch lässt sich feststellen, dass nicht-deutsche SchulabgängerInnen tendenziell eher einen niedrigeren Schulabschluss erwerben als die Fach- oder die allgemeine Hochschulreife. Ebenso stehen die Chancen für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte<sup>56</sup> deutlich schlechter als für deutsche Jugendliche, einen Ausbildungsplatz im dualen System zu bekommen.<sup>57</sup> Wenn sie einen Hauptschul- oder Mittleren Schulabschluss schaffen, konkurrieren sie mit AbiturientInnen um die knappen Ausbildungsplätze. Dabei müssen BewerberInnen mit nicht-deutschem Namen teilweise 1,5-mal so viele Bewerbungen schreiben wie deutsche BewerberInnen, bis sie zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen werden.<sup>58</sup>

Neben dieser Diskriminierung von Seiten der ArbeitgeberInnen sowie anderer institutioneller Diskriminierung des Bildungs- und Ausbildungssystems kommen bei unbegleiteten Minderjährigen noch Ausschlussmechanismen hinzu wie der nachrangige Arbeitsmarktzugang oder die Notwendigkeit einer Arbeitserlaubnis. Einige der an diesem Projekt beteiligten Jugendlichen wünschten sich dringend, neben der Schule arbeiten zu können – auch um ihre Familie im Heimatland unterstützen zu können.

*„We know the first things when we come to Germany, we have to learn the language and go to school. But some of us have people back at home they have to support. (...) sometimes we come out of school at 13:00 [was es möglich machen würde, nachmittags zu arbeiten, Anm. d. Verfasserin], I want to have a work permit. Something. So I can work to help the others. Because we don't come here just to learn. But to make our lifes better. You can't stay at home all the time.“ (JF6)*

Der eingeschränkte Zugang zu Bildung und Arbeit erschwert die Zukunftsplanung, ist belastend und wirkt motivationshemmend. Ein junger Volljähriger mit Duldung und nachrangigem Arbeitsmarktzugang beschreibt seine Chancen auf einen Job als wenig aussichtsreich: *„Die gucken erst mal den Aufenthalt an, 3-4 Leute sind da, die wollen den Job haben. Ich mit Duldung...ist doch klar. Was ist einfacher.“ (JF9)* Trotzdem mobilisieren viele der jungen Flüchtlinge immer wieder viel Energie, um zur Schule zu gehen oder eine Ausbildung zu machen. Denn als Ziel für die Zukunft haben die jungen InterviewpartnerInnen dieses Projekts, sich *„selber [zu] finanzieren“ (JF10)* und *„nicht mehr zum Sozialamt“ (JF10)* gehen zu müssen.

Das traditionelle deutsche Übergangsmodell von der Schule in den Beruf wird als Zwei-Schwellen-Modell bezeichnet: die erste Schwelle bezieht sich auf den Übergang von der Schule in Ausbildung, die zweite auf den Übergang von Ausbildung in Arbeit. Bereits 2006 konnte beobachtet werden, dass diese „individuellen Übergänge und Wege zwischen Schule und Arbeitsmarkt [...] heute für zahlreiche Jugendliche wesentlich komplexer mit zusätzlichen Stufen und (Teil-)Übergängen“<sup>59</sup> sind. Umwege sind mittlerweile für viele junge Menschen Teil des Bildungsweges. Auch (ehemals) unbegleitete Minderjährige landen in diesem hochgradig ausdifferenzierten Übergangssystem. Immer wieder kommt es auf Grund von Überforderung oder weil der gewählte Bildungsgang nicht den Erwartungen der jungen Menschen entspricht zu Abbrüchen und es muss ein neuer Weg gesucht werden. Die Neuorientierung kostet viel Energie und bedarf in der Regel der Unterstützung von außen.

Es gibt unzählige Projekte und Programme zur Berufsorientierung, zum Nachholen von Bildungsabschlüssen oder zur nicht-betrieblichen Ausbildung von Bund, Ländern, Kommunen, Stiftungen oder der Bundesagentur für Arbeit. Sich in diesem Dschungel zu orientieren, ist selbst für Professionelle eine Herausforderung und bedarf konstanter Fortbildung.

---

<sup>55</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014): Integrationsreport, [http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Forschung/Integrationsreport/Schulbildung/schulbildung-tabelle-5-3-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Forschung/Integrationsreport/Schulbildung/schulbildung-tabelle-5-3-pdf.pdf?__blob=publicationFile) [18.02.2015].

<sup>56</sup> Hier sind sowohl Jugendliche gemeint, deren Eltern oder Großeltern nach Deutschland eingewandert sind, als auch Jugendliche, die im Ausland geboren sind und als Kinder oder Jugendliche nach Deutschland kamen.

<sup>57</sup> Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014): Diskriminierung am Ausbildungsmarkt - Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven, [http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie\\_Diskriminierung\\_am\\_Ausbildungsmarkt.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Diskriminierung_am_Ausbildungsmarkt.pdf) [18.02.2015].

<sup>58</sup> Ebenda: S. 4

<sup>59</sup> Jacob, Marita (2006): Normalitätsvorstellungen und Abweichungen – eine Diskussion der vorangegangenen Beiträge, in: Übergänge zwischen Schule und Beruf und darauf bezogene Hilfesysteme in Deutschland, von: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), S. 67.



## 4.3 Begleitung bei Übergängen

Oft fällt der Übergang von der Schule in den Beruf für unbegleitete Minderjährige mit dem Ende der Jugendhilfe zusammen. Das Ende der Jugendhilfe bedeutet für junge Flüchtlinge, dass sie aus ihrer Jugendhilfeeinrichtung ausziehen müssen und nicht mehr das Jugendamt, sondern ein anderer Leistungsträger – meist das Sozialamt – zuständig wird. Einen Vormund haben die jungen Erwachsenen zu diesem Zeitpunkt im Normalfall nicht mehr, da die Vormundschaft in der Regel mit dem 18. Geburtstag endet.

Die jungen Volljährigen bekommen neue AnsprechpartnerInnen, für die es plötzlich keine Rolle mehr spielt, dass sie als unbegleitete Minderjährige nach Deutschland gekommen sind und bis vor kurzem noch als „besonders schutzbedürftig“ galten. Ihre Situation ist den neuen AnsprechpartnerInnen oft nicht ausreichend bekannt und die jungen Erwachsenen sehen sich in Erklärungsnot. Sie müssen nun mit langen Wartezeiten beim Amt rechnen. Psychotherapie und Krankenbehandlung sind wesentlich schwerer zu bekommen. Bei Terminen steht ihnen niemand aus der Betreuungseinrichtung mehr zur Seite und sie müssen selber einen Weg finden um beispielsweise mit Diskriminierungserfahrungen umzugehen. Wenn die jungen Flüchtlinge vor Ende der Jugendhilfe noch nicht in einer eigenen Wohnung wohnen, steht ein Umzug an. Sie müssen selbstständig kochen, Einkäufe erledigen, die Wohnung sauber halten, mit HausmeisterIn und VermieterIn kommunizieren. Wenn dies mit den SozialpädagogInnen zuvor nicht gemeinsam geübt werden konnte, sondern nur theoretisch besprochen wurde, kann dies eine große Herausforderung sein. In einigen Städten Deutschlands herrscht großer Wohnungsmangel, so dass die jungen Volljährigen im schlimmsten Fall in eine Sammelunterkunft mit erwachsenen Flüchtlingen ziehen müssen bis sie eine eigene Wohnung finden. In der Sammelunterkunft müssen sie sich meist mit mehreren Personen ein Zimmer teilen. Das Zusammenleben auf engem Raum mit Personen, die sich nicht kennen, die unterschiedliche Sprachen sprechen, oft psychisch belastet sind und verschiedene Tagesrhythmen haben, ist kräftezehrend und konfliktträchtig. Die meisten der unbegleiteten Minderjährigen hatten während der Jugendhilfe ein eigenes Zimmer und erleben einen solchen Umzug als Schock.

Die Jugendhilfeeinrichtung war zuvor Ansprechpartner bei allen alltäglichen und organisatorischen Fragen. Wenn sich vertrauensvoller Kontakt entwickelt hat, wird unter Umständen vereinbart, dass sich die jungen Volljährigen auch weiterhin bei Fragen an die Einrichtung wenden können. Die Jugendhilfeeinrichtung wird für diese Arbeit allerdings – trotz der gesetzlichen Möglichkeit dazu – meist nicht mehr bezahlt und kann nur noch sporadisch unterstützen. Die Anbindung an Beratungsstellen gelingt oft nicht, da keine vertrauensvolle Beziehung besteht und die Hürde, sich dort Hilfe zu suchen, deswegen zu groß ist.

Seit einigen Jahren wächst in Deutschland das Forschungsinteresse an der Gruppe der sogenannten Care Leaver – also den jungen Volljährigen, die nach den stationären Erziehungshilfen ihr Leben unabhängig von der Jugendhilfe führen sollen. Bisher bezieht sich die Care Leaver Forschung vor allem auf deutsche junge Erwachsene. Viele Problemlagen, mit denen diese Gruppe sich konfrontiert sieht, betreffen aber auch unbegleitete Minderjährige.

Das Auszugsalter aus dem elterlichen Haushalt liegt in Deutschland im Durchschnitt bei 23,9 (Frauen) bzw. 25,1 (Männer) Jahren. Die Jugendphase hat sich im Vergleich zu früher nach hinten verschoben.<sup>60</sup> Etwa die Hälfte der jungen Volljährigen, die in der stationären Jugendhilfe betreut werden, beginnt ihr selbständiges Leben dagegen mit 18 oder 19 Jahren.<sup>61</sup> Junge Erwachsene, die im Elternhaus gelebt haben, können in der Regel auch nach Erreichen der Volljährigkeit mit der Unterstützung der Eltern rechnen. Care Leaver hingegen müssen schon wesentlich früher auf eigenen Beinen stehen. Bei unbegleiteten Minderjährigen kommt erschwerend hinzu, dass viele erst mit 16 oder 17 Jahren nach Deutschland kommen und erst kurz in Deutschland sind, wenn die Jugendhilfe für sie endet. Ein bis zwei Jahre sind wenig, um sich danach eigenständig in Deutschland zurecht zu finden, einen Schulabschluss zu schaffen, eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen, die Kommunikation mit Behörden zu bewerkstelligen.

Für einige der Jugendlichen löst das Ende der Jugendhilfe eine regelrechte Krise aus, wie eine

---

<sup>60</sup> vgl. Thomas, Severine (2013)1: Hilfe am Ende? Erwachsenwerden in stationären Erziehungshilfen, in: PFAD 4/2013, S. 12/13.

<sup>61</sup> vgl. Thomas, Severine (2013)2: Keine Zeit für Abenteuer – Erwachsenwerden in stationären Erziehungshilfen, in: Sozia-lextra 9/10 2013, S. 43-46.

Psychotherapeutin berichtet:

*„Dann sagt das Jugendamt, du wirst 18, du musst jetzt gehen. (...) das aktiviert im Inneren ja erst mal das, was sie bei der Flucht erlebt haben. Dass sie weg müssen. Das ist ja oft gar nicht so gemeint, (...) aber sie verstehen es erst mal überhaupt nicht, sie müssen wieder weg. Das ist das, was erst mal aktiviert wird. Im Inneren. (...) dann gehts natürlich auch um die persönlichen Beziehungen, man fühlt sich ja auch sicher und geborgen mit einer Person [hier: SozialpädagogInnen aus der Jugendhilfeeinrichtung, Anm. d. Verfasserin] unter Umständen. Die geht dann aber auch flöten (...) erst mal ist das [Ende der Jugendhilfe] eine Bedrohung und erst mal löst es eine Krise aus. (...) Bei manchen ist die innere Struktur noch nicht gesichert genug, um das abzufedern.“ (P11)*

Ein junger Volljähriger sagt über die Beendigung der Jugendhilfe: *„Ich wollte nicht, ich war kurz hier, ich konnte nicht deutsch reden. Er [das Jugendamt, Anm. der Verfasserin] hat mich ins Heim geschmissen.“ (JF11)* Mit Erwachsenen untergebracht zu werden, bedeutet, mit Menschen zu leben, die *„alles wissen und machen, das ich nicht weiß“ (JF12)*. Der junge Mann beschreibt, dass es sehr schwierig für ihn war, *„die Jugendhilfe zu verlassen, obwohl ich gar nicht wollte, obwohl die nicht wissen, ob ich mich integrieren kann, wenn ich die Jugendhilfe verlasse. Das interessiert die nicht. Vor allem das Jugendamt nicht. Wo soll ich hin? Das ist denen egal.“ (JF12)*.

Dabei ist auffällig, dass es sehr große Unterschiede zwischen verschiedenen Jugendämtern gibt. Eine Mitarbeiterin einer Jugendhilfeeinrichtung meinte in Bezug auf die Verlängerung der Jugendhilfe:

*„Das Ungerechte ist, dass das sehr vom Jugendamt abhängt. Es gibt Jugendämter, die sind da sehr großzügig, bei anderen musst du heulen in der Hilfeplankonferenz und dir die Haare raufen und dann verlängern sie zwei Monate.“ (P5)*

Das Jugendamt hat die Möglichkeit, die Betreuung schrittweise zu reduzieren. Eine Jugendliche erklärt:

*„Bei uns gibt es ja so Betreuerwohnungen. Für jemanden, der auszieht. Man hat so immer noch ein bisschen Hilfe. Zum Beispiel, ein Betreuer kommt einmal oder zweimal in der Woche. Es ist nicht so wie hier, aber trotzdem kommt er manchmal. Und man lernt langsam so allein zu arbeiten. Nicht auf einmal so. Ausziehen und so ganz alleine, aber trotzdem einmal oder zweimal in der Woche, also nicht zu viel und nicht zu wenig, man kann das langsam lernen, selbständig zu leben.“ (JF4)*

Wie schnell die Jugendhilfe beendet wird, hängt also sehr vom jeweiligen Jugendamt ab. Einige der jungen Flüchtlinge fallen hart nach Ende der Jugendhilfe und haben mit der neuen Situation zu kämpfen. Den Zugang zu Arbeit zu finden und für den Lebensunterhalt selbst aufkommen zu können ist oft ein langer Weg, auf dem die jungen Flüchtlinge immer wieder Abbrüche erleben und Kursänderungen vornehmen müssen. Die InterviewpartnerInnen betonen, wie die Care Leaver Forschung auch, dass die Jugendhilfe noch so lange verlängert werden sollte, bis der junge Mensch, ohne Krisen zu erleben, in die Selbständigkeit entlassen werden kann. Das Jugendamt hat also nicht nur einen wesentlichen Einfluss darauf, welche Art der Unterstützung die Minderjährigen bekommen, sondern auch, wie lange sie gewährleistet wird. Einige junge Flüchtlinge kommen nach Beendigung der Jugendhilfe gut alleine zurecht. Unter Umständen aber kann es passieren, dass viele der Bemühungen, die während der Jugendhilfezeit gemacht werden, wieder zunichte gemacht werden, wenn die jungen Menschen zu schnell in die Selbständigkeit entlassen wurden.

Die Jugendhilfe will mit ihren KlientInnen darauf hinarbeiten, ein selbständiges Leben führen zu können. Der Schwerpunkt bei der Vorbereitung auf das Ende der Jugendhilfe wird dabei oft auf alltagspraktische Fähigkeiten gelegt. Als selbständig gilt, wer einen Haushalt führen kann, nicht mit dem Gesetz in Konflikt kommt und mit Geld umgehen kann. Genauso wichtig für ein selbständiges Leben ist es aber, zu wissen, an wen man sich bei welchen Fragen wenden kann. Die Care Leaver Forschung stellt fest, dass junge Menschen nach Ende der Jugendhilfe mit „komplexen Armutslagen“<sup>62</sup> konfrontiert sind,

---

<sup>62</sup> Sievers, Britta/Thomas, Severine/Zeller, Maren (2014): Nach der stationären Erziehungshilfe – Care Leaver in Deutschland (Abschlussbericht für die Stiftung Deutsche Jugendmarke). [http://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/care\\_leaver/Abschlussbericht\\_final\\_03-2014.pdf](http://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/care_leaver/Abschlussbericht_final_03-2014.pdf) [15.03.2015].

wobei sich das nicht nur auf „wirtschaftliche Armut, sondern im Wesentlichen auch [auf] Beziehungs- und Bildungsarmut“<sup>63</sup> bezieht. Auf den Aufbau von stabilen sozialen Netzwerken wird in der „Verselbständigungsphase“ höchstens am Rande eingegangen. Welchen Einfluss das soziale Kapital eines Menschen auf die Entwicklung seines Lebensweges hat, wird in der sozialwissenschaftlichen Forschung seit Langem diskutiert. Dem momentanen Konzept der Selbständigkeit kann vorgeworfen werden, dass es den jungen Menschen in einer Art Vakuum betrachtet, in dem sämtliche Verantwortung für das Gelingen eines eigenständigen Lebens von den alltagspraktischen Fähigkeiten des Care Leaver abhängt, anstatt ihn in einem sozialen Gefüge zu sehen, welches vom Care Leaver für seine Belange genutzt werden kann.<sup>64</sup> Gerade unbegleitete Minderjährige haben oft ein besonders kleines soziales Netzwerk, da sie ohne Familienverbund nach Deutschland gekommen sind. Andere sind in ihre Community gut eingebunden, finden aber dort möglicherweise keine Antworten auf die sehr speziellen Fragen, die sich nach Ende der Jugendhilfe für sie ergeben.

Das Hilfesystem sieht keine verlässliche Begleitung vor, die bei diesen Übergängen zur Seite steht. Unbegleitete Minderjährige haben wegen oder auf der Flucht bereits einschneidende Beziehungsabbrüche erlebt und können durch das Ende der Jugendhilfe von neuem destabilisiert werden. Ein zu schnelles Ende kann die Bemühungen der Jugendhilfe und die Entwicklungen, die auf den Weg gebracht wurden, wieder zunichte machen. Unerwartete Hürden kommen auf und Abbrüche sind in dieser Phase nicht selten. Im schlimmsten Fall verlieren die jungen Menschen ihre Wohnung oder ihre Ausbildung. Einige ziehen sich zurück, fühlen sich isoliert und einsam. Die Situation entgleitet ihrer Kontrolle. Gerade aber andauernder Kontakt zu erwachsenen Bezugspersonen und positive Beziehungserfahrungen gelten als „besondere Schlüsselressource am Übergang in ein selbständiges Leben“<sup>65</sup>. In vielen Fällen hängt der Erfolg in der Übergangsphase von „zufälligen, informellen Hilfen“<sup>66</sup> ab. In Studien zu Care Leavern wird gefordert, tragfähige Beziehungen zu Peers sowie zu anderen unterstützenden Personen zu fördern, beispielsweise durch Paten- oder Mentorenprojekte. Die Nachbetreuung durch eine Bezugsperson der Jugendhilfe sollte gewährleistet werden und bei Bedarf sollte die Betreuung wieder intensiviert werden können. Außerdem sollte darauf geachtet werden, dass nicht zu viele Übergänge (Ende Jugendhilfe, neue Ausbildung, neue Wohnung) gleichzeitig initiiert werden.<sup>67</sup>

## 4.4 Längerfristige und koordinierte Planung

Mit unbegleiteten Minderjährigen längerfristig zu planen kann deren Stabilisierung wesentlich beeinflussen. Ein junger Volljähriger meint dazu:

*„Das ist sehr wichtig. Ich mag in die Zukunft sehen. Ich mag öfter allein sein, um mir vorzustellen, wie ich in 5 Jahren bin. Als ich Deutschland verlassen wollte, hatte ich nur an das Jetzt gedacht, nicht an die Zukunft. Jetzt mache ich das öfter. Dann kriegt man Mut, um schwierige Sachen zu akzeptieren. [...] Wenn man nur auf heute guckt, gibt man zu schnell auf.“ (JF12)*

Aber er fügt hinzu: *„Man braucht das Gefühl, dass das auch von außen kommt. Alleine kann man sich nicht konzentrieren.“* Es muss also bei Bedarf auch Unterstützung von anderen bei dieser Zukunftsplanung geben. Ein anderer junger Erwachsener sieht das ähnlich: *„Planen ist sehr wichtig. Wenn man plant, dann hat man immer Ziele im Auge. Wenn man keinen Plan hat, wenn man kein Ziel hat, dann ist man verloren.“ (JF14)*

Einige der jungen InterviewpartnerInnen nehmen einen Unterschied zwischen einer kurzfristigen und längerfristigen Stabilisierung wahr. Ein junger Volljähriger fühlte sich bei seinem Betreuer sehr gut aufgehoben, hatte aber das Gefühl, dass es diesem vorrangig darum ging, *„was können wir zusammen machen, damit es mir sofort gut geht.“ (JF12)* So hat sein Betreuer mit ihm Spaziergänge gemacht,

---

<sup>63</sup> Ebenda

<sup>64</sup> vgl. Thomas (2013)2

<sup>65</sup> vgl. Thomas (2013)1: 13.

<sup>66</sup> Ebenda

<sup>67</sup> Thomas (2013)2



wenn es ihm nicht gut ging, was er sehr zu schätzen wusste. Allerdings half dies nur kurzfristig und es wurde nicht vorausschauend genug geplant, um dem jungen Mann nach Ende der Jugendhilfe den Umzug in ein Sechs-Bett-Zimmer in einem Erwachsenenheim zu ersparen, das noch dazu zwei Stunden Fahrtzeit von seiner Schule entfernt war.

Das Hilfeplanverfahren sollte dazu beitragen, mit den Minderjährigen einen längerfristigen Plan zu entwerfen und einen erfolgreichen Übergang in ein selbständiges Leben vorzubereiten.

Die erfolgreiche Umsetzung des Hilfeplanverfahrens von der Theorie in die Praxis ist allerdings nicht immer gewährleistet. Wie eine Jugendamtsmitarbeiterin im Rahmen dieses Projekts erklärte, steht in den ersten Hilfeplanprotokollen meist das gleiche. Erst im weiteren Verlauf wird es konkreter, individueller und spezieller. Nach Vermutung einiger InterviewpartnerInnen hängt das mit dem Setting der Gespräche zusammen. Mit Vormund, JugendamtsmitarbeiterIn und SozialpädagogIn der Jugendhilfeeinrichtung sind mindestens drei Erwachsene anwesend - unter Umständen können es auch mehr sein. So sind auch Dolmetscher hinzuzuziehen, wenn die Sprachkenntnisse der Minderjährigen nicht ausreichen, um das Gespräch auf Deutsch zu führen. Jedoch wird oft beschlossen, dass das Gespräch ohne Dolmetscher stattfindet. Für die Jugendlichen bedeutet dies in der Regel, sich auf deutsch verständigen zu müssen – einer Sprache, die sie gerade erst lernen und in der ihnen möglicherweise das Vokabular fehlt, um all das sagen zu können, was sie möchten. Abgesehen davon benutzen die Fachkräfte unter Umständen Fachbegriffe und Abkürzungen, was auf die Jugendlichen verunsichernd wirken kann.

*Gerade am Anfang des Hilfeplanverfahrens besteht oft noch zu keiner der beteiligten Personen ein Vertrauensverhältnis. Dazu kommt, dass den Jugendlichen möglicherweise die Funktion der beim Hilfeplangespräch Anwesenden sowie das Konzept des Hilfeplans nicht ausreichend bekannt ist. So vermutete ein junger Flüchtling, dass die Informationen, die er dem Jugendamt gibt, sein Asylverfahren beeinflussen könnten. "Wenn ich zu ihm [dem Jugendamtsmitarbeiter] komme, er fragt mich, was ist schwierig, was ist gut. Für mich, das Jugendamt war nicht gut. "Wo hast du deine Papiere hin?" Er hat gedacht, dass ich die versteckt hab. Ich hatte Angst, dass das Jugendamt [Informationen] ans BAMF schickt." (JF11)*

Für die meisten der Minderjährigen ist es eine neue Situation, nach ihrer Meinung gefragt zu werden und mit so vielen Erwachsenen - die noch dazu zum Teil für eine Behörde arbeiten - am Tisch zu sitzen und über ihre Bedürfnisse, ihre Pläne und Wünsche zu sprechen. In vielen Heimatländern hätte dieses Setting etwas Bedrohliches. Nach Meinung einer interviewten Jugendamtsmitarbeiterin verhalten sich viele Jugendliche in den Hilfeplangesprächen deswegen schlichtweg so, wie sie denken, dass sie sich verhalten sollten. Aber nicht nur das Vertrauen zwischen Minderjährigen und Fachkräften ist nicht zwangsläufig gewährleistet. Auch wägen die Jugendhilfeeinrichtungen mitunter sehr genau ab, welche Informationen sie an das Jugendamt weitergeben. Das kann dazu führen, dass das Jugendamt in eine Richtung plant, von der die Jugendhilfeeinrichtung weiß, dass sie nicht erfolversprechend ist.

Die Zurückhaltung der Minderjährigen erfordert von den Fachkräften viel Empathie, Geduld, Fingerspitzengefühl und Kommunikationsfähigkeit, um mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Besonders betrifft dies das Jugendamt, das das Gespräch leitet. Wie sowohl von den Fachkräften als auch von den jungen Flüchtlingen berichtet wurde, werden die Jugendlichen aber immer noch viel zu selten tatsächlich involviert. Die Ziele werden oftmals schlichtweg vom Jugendamt festgelegt ohne dass den Jugendlichen ausreichend Möglichkeit zur Partizipation gegeben wurde. Die Frage ist, „*wie viel wirklich MIT den Jugendlichen geredet wird, und wie viel über sie.*“ (P6) Eine gute Hilfeplanung erfordert erst mal Zeit. Nur mit ausreichend Zeit ist es möglich, ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen aufzubauen, ihre Kompetenzen und Interessen herauszuarbeiten und gemeinsam die bestehenden Möglichkeiten zu eruieren.

Vorden Hilfeplangesprächen werden von den zuständigen SozialarbeiterInnen der Jugendhilfeeinrichtung Entwicklungsberichte geschrieben, die der Vorbereitung des Gesprächs dienen sollen. Im stressigen Arbeitsalltag müssen die Berichte oft schnell geschrieben werden, so dass teilweise keine Zeit bleibt, um sie mit den Jugendlichen zu besprechen. In diesem Fall wissen die Minderjährigen nicht, was in ihren Entwicklungsberichten steht.

Auch viele Jugendämter haben mit einem enormen Arbeitspensum zu kämpfen. Bei manchen Jugendämtern führt dies dazu, dass nur auf Grund der Berichte der Jugendhilfeeinrichtung und ohne persönlich mit den Minderjährigen gesprochen zu haben eine Entscheidung über den Umfang der Hilfe getroffen wird. Auf Grund der Überlastung wird lediglich der Hilfeplan den Jugendlichen zur Unterschrift

geschickt und es findet kein Gespräch statt. In einigen Fällen wird das Hilfeplangespräch zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt. Dieses Vorgehen ist die Wahl des kleineren Übels, da andernfalls die Hilfe für die jungen Flüchtlinge nicht verlängert werden könnte. Der betreuenden Einrichtung mag das entgegenkommen, da die Jugendhilfe dann ohne großen Aufwand weiter gewährt wird.

Die interviewten jungen Flüchtlinge haben sehr unterschiedliche Erfahrungen bei den Hilfeplangesprächen gemacht. Eine Jugendliche berichtete, dass ihr im Laufe des Gesprächs gesagt wurde, dass sie ruhig sein solle, wenn die Erwachsenen reden. Ihr damaliger Amtsvormund habe hinzugefügt: *„Anything we're going to say, you're gonna follow.“ Oh, I'm in prison now? I felt like he was pushing me. I think he wanted my life to be bad. Then I never followed any rules.“* (JF 13) Ein anderer Jugendlicher hatte nicht das Gefühl, dass das Hilfeplangespräch wirklich umfassend gewesen wäre und alle relevanten Themen abgedeckt hätte. Die Fachkräfte hinterließen bei ihm den Eindruck, dass sie sich nicht für seinen Aufenthaltsstatus interessierten – während das seine zentrale Sorge war. Sie meinten, diesbezügliche Fragen solle er mit seinem Anwalt klären. Auch wurde ihm vermittelt, dass er mit Jugendhilfeeinrichtung und Jugendamt nicht besprechen könne, wie er sich fühle. Sie seien nicht für *„private Sachen“* (JF10) zuständig, dafür solle er sich an seinen Therapeuten wenden. Andere InterviewpartnerInnen hingegen erwähnten, dass sie die Hilfeplangespräche sehr hilfreich fanden, auch wenn sie vorerst ungewohnt waren und *„es schwer war, zu erzählen“* (JF12). Die Gespräche haben dazu geführt, dass beispielsweise eine Therapie in die Wege geleitet wurde, sie einen Schwimmkurs machen konnten oder endlich mal Themen besprechen konnten, für die sonst keine Zeit ist: *„Wenn du die Betreuer hier [in der Jugendhilfeeinrichtung, Anm. der Verfasserin] nicht erreichst, dann kannst du alles dort [im Hilfeplangespräch, Anm. der Verfasserin] frei sagen. Das ist die Gelegenheit.“* (JF7) Auch kann das Hilfeplangespräch, wie ein junger Mann berichtete, sehr motivierend sein. Er wurde im Hilfeplangespräch von den Fachkräften darin bestärkt, dass er auf einem guten Weg ist und er es schaffen wird, seine Ziele zu erreichen.

Die für dieses Projekt geführten Gespräche bestätigen Erkenntnisse zur Hilfeplanung, die im Rahmen eines Bundesmodellprojekts zur Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens festgehalten wurden.<sup>68</sup> Es steht außer Frage, dass Hilfeplangespräche zur Steuerung und Gestaltung der Hilfen zur Erziehung notwendig sind – wenngleich die verwendeten Methoden weiterentwickelt werden müssten. Die Partizipation der Minderjährigen am Verfahren stellt weiterhin eine große Herausforderung dar. Bisher ist die Hilfeplanung stark personenabhängig und eine qualifizierte Hilfeplanung zum Wohle des Kindes nicht immer gewährleistet. Laut Bundesmodellprojekt werden *„[o]perationalisierte Ziele [...] häufig nur unzureichend formuliert“* und *„ein qualifiziertes sozialpädagogisches Fallverstehen als Kernkompetenz der prozessbeteiligten Profis [ist] vielfach noch unterentwickelt.“*<sup>69</sup>

Die Internationale Gesellschaft für Erziehungshilfen (IGfH) und der Evangelische Erziehungsverband (EREV) beschäftigten sich konkret mit der Zielgruppe der unbegleiteten Minderjährigen und fordert, das „Hilfeplanverfahren gemäß §36 SGB VIII zum zentralen Instrument beim Umgang mit UMF weiter zu entwickeln“<sup>70</sup>. Sie beobachteten, dass das Hilfeplanverfahren bei unbegleiteten Minderjährigen oft als „lästige Pflichterfüllung“ abgetan wird und Chancen dieses Instruments ungenutzt bleiben. Sie erwähnen dabei explizit, dass die Hilfeplanung auch die Zeit nach der Volljährigkeit im Blick haben muss und dass auch unbegleitete Minderjährige Zugang zu Hilfen für junge Volljährige haben müssen.

Mit dem Beirat dieses Projekts wurde diskutiert, ob die Hilfeplanung, so wie sie mit deutschen Kindern und Jugendlichen durchgeführt wird, 1:1 auf die Arbeit mit unbegleiteten Minderjährigen übertragen werden kann. Möglicherweise bedarf es einer komplett anderen, interdisziplinärer angelegten Herangehensweise, um die Kinder und Jugendlichen bestmöglich zu unterstützen. Wie die oben angeführten Zitate zeigen, sind Hilfeplangespräche mitunter nicht so umfassend, wie sie sein sollten. Aufenthaltsrechtliche Fragen sowie die psychische Gesundheit wurden im Fall eines Interviewpartners ausgeklammert. Es wurde deswegen vom Beirat angeregt, dass möglicherweise auch Personen mit Fachwissen zu Bildung, Aufenthalt und Gesundheit in die Planung involviert sein müssten. Ebenso

<sup>68</sup> vgl. Schrapper (2005). (Das Projekt wurde im Rahmen einer Gesamtinitiative des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Förderschwerpunktes „Fortentwicklung des Hilfeplanverfahrens“ durchgeführt.)

<sup>69</sup> Ebenda

<sup>70</sup> IGfH/EREV (2012): Fachpolitische Forderungen zur aktuellen Situation der unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland. <http://www.igfh.de/cms/aktueller-beitrag/fachpolitische-forderungen-zur-aktuellen-situation-der-unbegleiteten> [23.04.2015].

scheint eine solide Vertrauensbasis zwischen den Beteiligten notwendig zu sein, um in einen offenen Dialog treten zu können und den tatsächlichen Bedarf des Minderjährigen zu ermitteln.

Interessanterweise scheint ein Großteil der jungen InterviewpartnerInnen nicht die Hilfeplankonferenz als den Ort anzusehen, an dem eine längerfristige Planung stattfindet. Sie erwähnen unterschiedliche Personen, die sich Zeit genommen haben, um mit ihnen über längerfristige Perspektiven zu sprechen. Dies war bei manchen der oder die BetreuerIn, bei anderen waren es TherapeutIn, LehrerIn, DeutschnachhilfelehrerIn, ehrenamtliche VormundInnen oder MentorInnen. So unterschiedlich diese Rollen auch sein mögen, so haben sie gemein, dass sie sich Zeit für die Jugendlichen nehmen, bis sich ein Vertrauensverhältnis entwickelt hat und die Minderjährigen spüren, dass diese Unterstützer sich ernsthaft für sie interessieren.

Der Europarat veröffentlichte 2010 ein Handbuch, um Fachkräfte dabei zu unterstützen, mit unbegleiteten Minderjährigen so genannte Life Projects zu entwickeln. Life Projects werden dabei als ein ganzheitliches, personalisiertes und flexibles Werkzeug verstanden, das zum Ziel hat, mit unbegleiteten Minderjährigen einen längerfristig ausgerichteten Lebensplan zu entwickeln. Es sollen dabei Etappenziele formuliert werden und Verantwortlichkeiten definiert werden. Zwischenziele werden regelmäßig überprüft und ggf. an sich ändernde Lebensumstände angepasst.<sup>71</sup> Eine Person soll der oder die HauptansprechpartnerIn des Kindes sein, aber mit anderen Professionellen zusammenarbeiten, um ein umfassendes Verständnis vom Leben des Kindes zu bekommen und in Zusammenarbeit mit dem Kind und anderen Beteiligten die bestmögliche durable solution für das Kind zu definieren. Es wird hervorgehoben, dass der oder die HauptansprechpartnerIn über Fertigkeiten verfügen muss, um kindgerechte Interviewsituationen zu schaffen. Auch wird betont, dass die Partizipation des Kindes von zentraler Bedeutung ist.

Life Projects ähneln dem deutschen Hilfeplanverfahren, allerdings scheinen die Hilfeplangespräche in der Praxis den Anforderungen der Life Projects nicht immer gerecht zu werden. Besonders anzumerken ist hier der noch bestehende Mangel an Wille und Methoden, die jungen Menschen tatsächlich am Hilfeplanverfahren zu beteiligen. Auch wird der Anschein erweckt, dass die Perspektivenplanung unter Umständen eher kurz- als mittel- oder längerfristig ist und nicht immer die Vorbereitung auf die Zeit nach der Jugendhilfe ausreichend im Blick hat.

---

<sup>71</sup> Drammeh, Louise (2010): Life projects for unaccompanied migrant minors - A handbook for frontline professionals, Seite 11. <http://www.refworld.org/pdfid/545ca9e74.pdf> [20.04.2015].

## Fazit:

### Während der Minderjährigkeit die Volljährigkeit im Blick

Eine nachhaltige Zukunftsplanung mit unbegleiteten Minderjährigen kann nur stattfinden, wenn die Lebenssituation der Minderjährigen ganzheitlich betrachtet wird. Besonders wichtig ist dabei, über den 18. Geburtstag und das Ende der Jugendhilfe hinaus zu denken. Ein Aufnahmesystem, das dem Kindeswohl nachhaltig gerecht werden will, muss jungen Menschen die Chance geben, realistische Zukunftspläne entwickeln zu können. Die Möglichkeiten, die unbegleitete Minderjährige in Deutschland haben, sind stark abhängig von aufenthaltsrechtlichen Restriktionen, struktureller Diskriminierung und der Qualifikation und dem Engagement der jeweiligen Haupt- und Ehrenamtlichen, von denen die Minderjährigen unterstützt werden.

Um mit unbegleiteten Minderjährigen längerfristige Perspektiven entwickeln zu können ist ein gesetzlicher Rahmen notwendig, der Sicherheit und Chancen bietet – sowohl während der Jugendhilfezeit als auch danach. Es bedarf der Möglichkeit eines Bleiberechts, des Zugangs zu Bildung und Arbeit, zu Gesundheitsversorgung und zu Wohnraum. Auch müssen diejenigen im Blick behalten werden, die auf Grund ihrer Vorbildung und ihres (psychischen) Gesundheitszustands Schwierigkeiten mit dem Lernen haben und mehr Zeit brauchen, um sich in den Arbeitsmarkt und das Bildungssystem zu integrieren.

Es ist erforderlich, die Methoden zur Entwicklung von nachhaltigen Perspektiven zu überarbeiten. Eine längerfristige, gut koordinierte Planung ist notwendig, um Mut zu machen, aufzuzeigen, welche Möglichkeiten bestehen und welche Zwischenschritte notwendig sind, um Ziele wie Aufenthaltsverfestigung oder Arbeitsmarktintegration zu erreichen. Dafür braucht es Zeit und Vertrauen.

Das Potenzial des zentralen Instruments des Hilfeplanverfahrens wird oft noch nicht vollständig genutzt. Es sollte diskutiert werden, welche Akteure wie beteiligt sein müssen und welche Methodik angemessen ist, um eine ganzheitliche, kindeswohlgerechte und zukunftsgerichtete Planung – mit der zentralen Beteiligung der Minderjährigen – sicherzustellen. Besonderes Augenmerk sollte dabei darauf gerichtet werden, dass die Minderjährigen auf die Zeit nach der Jugendhilfe nicht nur theoretisch vorbereitet werden, sondern der Übergang ins Erwachsenenleben bei Bedarf begleitet wird. Ein zu frühes Ende der Jugendhilfe kann Wohnungslosigkeit oder Verlust des Schul-, Ausbildungs- oder Arbeitsplatzes zur Folge haben. Es müssen deswegen dringend Konzepte erarbeitet werden, die es den jungen Erwachsenen ermöglichen, falls notwendig wieder kontinuierliche sozialpädagogische Unterstützung in Anspruch nehmen zu können.

# Quellen

BAMF (2014)1: **Das deutsche Asylverfahren - ausführlich erklärt. Zuständigkeiten, Verfahren, Statistiken, Rechtsfolgen.**

[http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf;jsessionid=2D155688E64CDA876A050FAB5705FA21.1\\_cid359?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Broschueren/das-deutsche-asylverfahren.pdf;jsessionid=2D155688E64CDA876A050FAB5705FA21.1_cid359?__blob=publicationFile) [15.04.2015].

BAMF (2014)2: **Integrationsreport.**

[http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Forschung/Integrationsreport/Schulbildung/schulbildung-tabelle-5-3-pdf.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Forschung/Integrationsreport/Schulbildung/schulbildung-tabelle-5-3-pdf.pdf?__blob=publicationFile) [18.02.2015].

BAMF (2015): **Aktuelle Zahlen zu Asyl, Ausgabe: März 2015.**

[http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Downloads/Infothek/Statistik/Asyl/statistik-anlage-teil-4-aktuelle-zahlen-zu-asyl.pdf?__blob=publicationFile) [25.04.2015].

Bundesagentur für Arbeit (2015): **Merkblatt - Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland – Fragen, Antworten sowie Tipps für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.**

[www.zav.de/arbeitsmarktzulassung](http://www.zav.de/arbeitsmarktzulassung) [18.04.2015].

Bundesarbeitsgemeinschaft Landesjugendämter (2014): **Handlungsempfehlungen zum Umgang mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen - Inobhutnahme, Clearingverfahren und Einleitung von Anschlussmaßnahmen.**

[http://www.bagljae.de/downloads/118\\_handlungsempfehlungen-umf\\_2014.pdf](http://www.bagljae.de/downloads/118_handlungsempfehlungen-umf_2014.pdf) [15.03.2015].

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V. (2013): **Kinder zweiter Klasse – Bericht zur Lebenssituation junger Flüchtlinge in Deutschland**, S. 19.

<http://www.b-umf.de/images/parallelbericht-bumf-2013-web.pdf> [18.03.2015].

Committee on the Rights of the Child (2005): **General comment No. 6 (2005): Treatment of Unaccompanied and Separated Children Outside their Country of Origin.**

<http://www.refworld.org/docid/42dd174b4.html> [09.03.2015].

Deutscher Bundestag (2015): Drucksache 18/3850.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/038/1803850.pdf> [29.06.2015].

Drammeh, Louise (2010): **Life projects for unaccompanied migrant minors - A handbook for front-line professionals**, S. 11.

<http://www.refworld.org/pdfid/545ca9e74.pdf> [20.04.2015].

Eichler, Kirsten (2014): **Leitfaden zum Flüchtlingsrecht - Die materialrechtlichen Voraussetzungen für die Gewährung von Flüchtlings- oder anderweitigem Schutz**, S. 92.

[http://www.asyl.net/fileadmin/user\\_upload/redaktion/Dokumente/Publikationen/Broschuere\\_RechtGrundl\\_web.pdf](http://www.asyl.net/fileadmin/user_upload/redaktion/Dokumente/Publikationen/Broschuere_RechtGrundl_web.pdf) [23.04.2015].

Europäische Kommission (2010): **Action Plan on Unaccompanied Minors (2010 – 2014).**

[http://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/action\\_plan\\_on\\_unaccompanied\\_minors\\_en\\_1.pdf](http://ec.europa.eu/anti-trafficking/sites/antitrafficking/files/action_plan_on_unaccompanied_minors_en_1.pdf) [25.03.2015].

Europäische Kommission (2012): **Mid-term report on the implementation of the Action Plan on Unaccompanied minors**, S. 10.

[http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/uam/uam\\_report\\_20120928\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/e-library/docs/uam/uam_report_20120928_en.pdf) [20.04.2015].

Europäisches Parlament (2009): **Multi-annual programme 2010-2014 regarding the area of freedom, security and justice (Stockholm programme)**, Punkt 79 (b).  
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P7-TA-2009-0090+O+DOC+PDF+VO//EN> [20.04.2015].

Gag, Maren/Voges, Franziska (2014): **„Inklusion als Chance? Eine Einführung“**, in Gag, Maren/Voges, Franziska (Hrsg.), **Inklusion auf Raten. Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit** (Waxmann: Münster).

IGfH/EREV (2012): **Fachpolitische Forderungen zur aktuellen Situation der unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlinge in Deutschland**.  
<http://www.igfh.de/cms/aktueller-beitrag/fachpolitische-forderungen-zur-aktuellen-situation-der-unbegleiteten> [23.04.2015].

Jacob, Marita (2006): **Normalitätsvorstellungen und Abweichungen – eine Diskussion der vorangegangenen Beiträge**, in: **Übergänge zwischen Schule und Beruf und darauf bezogene Hilfesysteme in Deutschland**, von: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.).

Kemper, Thomas/Espenhorst, Niels (2014): **Gekommen, um zu bleiben? Auswertung der Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen nach unbegleiteter Einreise aus dem Ausland im Jahr 2013**. B-UMF: Berlin.

Kuhnke, Ralf/ Müller, Matthias (2009): **Lebenslagen und Wege von Migrantenjugendlichen im Übergang Schule-Beruf: Ergebnisse aus dem DJI- Übergangspanel**. München: Deutsches Jugendinstitut e.V..

Müller, Kerstin (2011): **Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge – Alternativen zum Asylantrag**, in: **ASYLMAGAZIN 11/2011**.

Reißig, Birgit/ Gaupp, Nora/ Lex Tilly (2004): **Hoffnungen und Ängste – Jugendliche aus Zuwandererfamilien an der Schwelle zur Arbeitswelt**, in: **DJI Bulletin 69**.

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014): **Diskriminierung am Ausbildungsmarkt - Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven**.  
[http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie\\_Diskriminierung\\_am\\_Ausbildungsmarkt.pdf](http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Diskriminierung_am_Ausbildungsmarkt.pdf) [18.02.2015].

Schrapper, Christian (Hrsg.) (2005): **Innovation durch Kooperation – Anforderungen und Perspektiven qualifizierter Hilfeplanung in der Zusammenarbeit freier und öffentlicher Träger der Jugendhilfe**, Deutsches Jugendinstitut München.

Sievers, Britta/Thomas, Severine/Zeller, Maren (2014): **Nach der stationären Erziehungshilfe – Care Leaver in Deutschland (Abschlussbericht für die Stiftung Deutsche Jugendmarke)**.  
[http://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/care\\_leaver/Abschlussbericht\\_final\\_03-2014.pdf](http://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialpaedagogik/Forschung/care_leaver/Abschlussbericht_final_03-2014.pdf) [15.03.2015]

Thomas, Severine (2013)1: **Hilfe am Ende? Erwachsenwerden in stationären Erziehungshilfen**, in: **PFAD 4/2013**.

Thomas, Severine (2013)2: **Keine Zeit für Abenteuer – Erwachsenwerden in stationären Erziehungshilfen**, in: **SozialExtra 9/10 2013**, S. 43-46.

UNHCR (2005): **UNHCR Global Appeal 2006 – Finding durable solutions**.  
<http://www.unhcr.org/4371d1a60.html> [31.03.2015].

UNHCR (2011): **Field Handbook for the implementation of UNHCR BID Guidelines**.  
<http://www.refworld.org/docid/4e4a57d02.html> [20.04.2015].

UNHCR/UNICEF (2014): **Safe & Sound: What states can do to ensure respect for the best interests of unaccompanied and separated children in Europe.** Brüssel: UNHCR/UNICEF.

UNHCR (2015): *durable solutions - The Ultimate Goal.*  
<http://www.unhcr.org/pages/49c3646cf8.html> [31.03.2015].

Voges, Franziska, (2014): **Fortbildung für Multiplikator/inn/en in Hamburg**, in: Inklusion auf Raten: Zur Teilhabe von Flüchtlingen an Ausbildung und Arbeit. Münster: Waxmann.

Voigt, Claudius (2014): **Arbeitsmarktzugang für Flüchtlinge mit Duldung und Aufenthaltsgestattung: Erleichterungen gelten seit November 2014.**  
[http://ggua.de/fileadmin/downloads/tabellen\\_und\\_uebersichten/arbeitsmarktzugang20142.pdf](http://ggua.de/fileadmin/downloads/tabellen_und_uebersichten/arbeitsmarktzugang20142.pdf) [15.04.2015].

Weiser, Barbara (2012): **Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktzugangs von Flüchtlingen - Wer darf unter welchen Voraussetzungen arbeiten und welche Möglichkeiten der Förderung gibt es?**. Beilage zum ASYLMAGAZIN 10/2012.

### **Gesetze und Richtlinien:**

Aufenthaltsgesetz  
Asylverfahrensgesetz  
Beschäftigungsverordnung  
Grundgesetz  
Sozialgesetzbuch VIII - Kinder- und Jugendhilfe

Richtlinie 2013/33/EU vom 26. Juli 2013  
Richtlinie 2011/36/EU vom 05. April 2011  
Richtlinie 2008/115/EG vom 16. Dezember 2008

# Impressum

Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge e.V.  
Paulsenstr. 55 - 56  
12163 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 82 09 743 - 0  
Fax: +49 (0) 30 / 82 09 743 - 9

E-mail: [info@b-umf.de](mailto:info@b-umf.de)

Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website: [www.b-umf.de](http://www.b-umf.de)

Erschienen: 2015  
ISBN: 978 3 9814145 3 0

Umschlaggestaltung & Layout: Jona Bauer, [whaleweb-design.de](http://whaleweb-design.de), Berlin  
Bildnachweis Umschlag: Felix Meyer /flickr.com



Diese Veröffentlichung wurde mit finanzieller Unterstützung des Programms „Pilot project - Analysis of reception, protection and integration policies for unaccompanied minors in the EU“ der Europäischen Kommission realisiert. Der Inhalt dieser Veröffentlichung ist die alleinige Verantwortung des Autors und kann in keiner Weise als Standpunkt der Europäischen Kommission verstanden werden.



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.



## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Beate Walter-Rosenheimer, Luise Amtsberg, Dr. Franziska Brantner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/7470 –**

### **Beteiligung, Förderung und Schutz von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch die Kinder- und Jugendhilfe**

#### **Vorbemerkung der Fragesteller**

Minderjährige Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, brauchen Schutz und eine schnelle Integration. Nach Flucht und Vertreibung muss nach Auffassung der Fragesteller eine Aufnahme stattfinden, die die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt – unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Die UN-Kinderrechtskonvention, europarechtliche Vorgaben und das Achte Buch Sozialgesetzbuch (SGB VIII) sehen eine Orientierung am Wohle und den Interessen der minderjährigen Flüchtlinge vor. Die Praxis in Deutschland zeigt aber, dass diese Vorgaben nicht flächendeckend umgesetzt werden. Es bestehen nach Auffassung der Fragesteller unter anderem Defizite bei der Erfassung, beim Zugang zu rechtlichen Vertretern und bei der Unterbringung.

Bis zur Einführung der quotalen Verteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (UMF) durch das Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher zum 1. November 2015 fand keine permanente systematische Erhebung statt. Auch bei den begleiteten minderjährigen Flüchtlingen (BMF) gibt es gegenwärtig keine exakten veröffentlichten Angaben, wie viele Flüchtlingskinder in Deutschland aufhältig sind. Für die Planung von integrativen Maßnahmen und die Schaffung von kinder- und jugendgerechten Aufnahmemöglichkeiten ist eine Kenntnis aber unerlässlich.

#### **I. Statistische Angaben zu minderjährigen Flüchtlingen**

1. Wie viele minderjährige und heranwachsende Flüchtlinge mit welchem Aufenthaltstitel hielten sich zum Stichtag 31. Dezember 2015 in Deutschland auf (bitte aufschlüsseln nach Altersgruppen, Jahre [0-2, 3-5, 6-9, 10-15, 16-17, 18-20, 21-25 Jahre], Geschlecht, Bundesländern, Herkunftsländern, Rechtsgrundlage [nach § 55 des Asylgesetzes – AsylG, nach § 63a AsylG, nach § 22 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes – AufenthG, nach § 22 Satz 2 AufenthG, nach § 23 Absatz 1 AufenthG, nach § 23 Absatz 2 AufenthG, nach § 23a AufenthG, nach § 24 AufenthG, nach § 25 Absatz 1 AufenthG, nach § 25

Absatz 2 erste Alternative AufenthG, nach § 25 Absatz 2 zweite Alternative AufenthG, nach § 25 Absatz 3 AufenthG, nach § 25 Absatz 4 AufenthG, nach § 25 Absatz 4 Satz 2 AufenthG, nach § 25 Absatz 4b AufenthG, nach § 25 Absatz 5 AufenthG, nach § 25a Absatz 1 AufenthG, nach § 60a Absatz 2 Satz 1 AufenthG, nach § 60a Absatz 2 Satz 2 AufenthG, nach § 60a Absatz 2 Satz 3 AufenthG, nach § 60a Absatz 2 Satz 4 AufenthG]])?

Die Angaben ausweislich des Ausländerzentralregisters (AZR) zum Stichtag 31. Dezember 2015 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

<b>Altersgruppe</b>	<b>Anzahl</b>
0 bis 2 Jahre	32.553
3 bis 5 Jahre	39.159
6 bis 9 Jahre	47.850
10 bis 15 Jahre	70.062
16 bis 17 Jahre	32.911
18 bis 20 Jahre	70.091
21 bis 25 Jahre	118.234
<b>Gesamt</b>	<b>410.860</b>

<b>Geschlecht</b>	<b>Anzahl</b>
Männlich	266.489
Weiblich	143.637
unbekannt	734
<b>Gesamt</b>	<b>410.860</b>

<b>Bundesland</b>	<b>Anzahl</b>
Baden-Württemberg	46.068
Bayern	52.690
Berlin	30.723
Brandenburg	11.122
Bremen	6.794
Hamburg	15.975
Hessen	25.235
Mecklenburg-Vorpommern	11.724
Niedersachsen	38.705
Nordrhein-Westfalen	91.329
Rheinland-Pfalz	17.656
Saarland	8.044
Sachsen	17.495
Sachsen-Anhalt	11.360
Schleswig-Holstein	15.595
Thüringen	10.345
<b>Gesamt</b>	<b>410.860</b>

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl</b>
Syrien, Arabische Republik	105.630
Afghanistan	45.191
Irak	27.093
Serbien	24.315
Kosovo	20.671
Albanien	18.787
Eritrea	15.904
Russische Föderation	15.508
Ungeklärt	11.048
Somalia	10.527
Mazedonien	9.325
Türkei	7.994
Pakistan	7.383
Ukraine	6.049
Bosnien und Herzegowina	5.730
Iran, Islamische Republik	5.692
Nigeria	5.177
Gambia	3.852
Libanon	3.842
Armenien	3.460
Aserbaidshan	3.368
Staatenlos	3.181
Montenegro	3.128
Äthiopien	2.997
Guinea	2.728
Indien	2.596
Georgien	2.171
Ägypten	2.064
Sonstige asiatische Staatsangehörigkeiten	1.979
Ghana	1.954
Algerien	1.936
Marokko	1.650
Libyen	1.606
Vietnam	1.286
Moldau (Republik)	1.230
Kongo, Dem. Republik	1.187
Senegal	1.069
Bangladesch	1.031
Sri Lanka	974

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl</b>
Sudan (ohne Südsudan)	924
China	863
Serbien und Montenegro (ehemals)	861
Mali	843
Kamerun	811
Serbien (ehemals)	771
Angola	767
Jugoslawien (ehemals)	668
ohne Bezeichnung	635
Saudi Arabien	584
Tunesien	565
Sierra Leone	540
Guinea-Bissau	536
Togo	535
Weißrußland	525
Elfenbeinküste (Côte d' Ivoire)	504
Tadschikistan	492
Usbekistan	443
Benin	418
Jemen	383
Kroatien	369
Kirgisistan	340
Kenia	340
Turkmenistan	336
Jordanien	335
Mongolei	329
Kuwait	323
Kasachstan	298
Vereinigte Arabische Emirate	272
Burkina-Faso	220
Tschad	213
Ohne Angabe	204
Polen	190
Niger	190
Kongo	184
Uganda	146
Bulgarien	122
Katar	120
Myanmar	105

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl</b>
Rumänien	101
Liberia	100
Sonstige afrikanische Staatsangehörigkeiten	94
Vereinigte Staaten von Amerika	87
Mauretanien	87
Ruanda	84
Brasilien	73
Israel	64
Sudan (ehemals)	63
Kuba	62
Philippinen	60
Kambodscha	58
Nepal	57
Bahrain	55
Südsudan	53
Spanien	51
Thailand	51
Lettland	50
Kolumbien	45
Ecuador	43
Honduras	42
Tansania	42
Simbabwe	39
Italien	38
Litauen	38
Niederlande	35
Haiti	34
Oman	33
Ungarn	31
Zentralafrikanische Republik	31
Korea, Dem. Volksrepublik	30
Sonstige europäische Staatsangehörigkeiten	25
Burundi	24
Korea (Republik)	24
Dominikanische Republik	24
Indonesien	20
Venezuela	20
Südafrika	20
Mexico	18

Staatsangehörigkeit	Anzahl
Frankreich	17
Tschechische Republik	16
Slowakische Republik	14
Mosambik	14
Äquatorialguinea	13
Großbritannien mit Nordirland	13
Argentinien	13
Gabun	12
Griechenland	11
Belgien	11
Sowjetunion (ehemals)	11
Portugal	10
Kanada	10
Peru	10
Slowenien	10
Estland	9
Schweden	9
Bhutan	9
Taiwan	9
Dschibuti	8
Jamaica	7
Japan	7
Bolivien	6
El Salvador	6
Sambia	6
Paraguay	5
Kap Verde	5
Madagaskar	5
Komoren	5
Seychellen	4
Laos, Dem. Volksrepublik	3
Costa Rica	3
Mauritius	3
Malaysia	3
Dänemark u. Färöer	3
Irland	2
Botsuana	2
Schweiz	2
Trinidad und Tobago	2

<b>Staatsangehörigkeit</b>	<b>Anzahl</b>
Singapur	2
Namibia	2
Australien	2
Swasiland	2
Palau	2
Guatemala	2
Chile	2
Malawi	2
Nicaragua	1
Panama	1
Salomonen	1
Norwegen	1
Dominica	1
Sonstige amerikanische Staatsangehörigkeiten	1
Tonga	1
Lesotho	1
Luxemburg	1
Malediven	1
Bahamas	1
Grenada	1
Österreich	1
<b>Gesamt</b>	<b>410.860</b>

<b>Aufenthaltsrechtlicher Status</b>	<b>Anzahl</b>
Aufenthaltsgestattung	193.322
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG	1.084
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG (fam. Bindungen zu Duldungsinh. n. Nr. 1)	1.264
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG aus medizinischen Gründen	96
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG aus sonstigen Gründen	49.483
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 1 AufenthG wegen fehlender Reisedokumente	17.184
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 2 AufenthG	220
Duldung nach § 60a Abs. 2 Satz 3 AufenthG	1.655
Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 1 AufenthG (Aufnahme aus dem Ausland)	163
Aufenthaltserlaubnis nach § 22 Satz 2 AufenthG (Aufnahme durch BMI)	1.281

<b>Aufenthaltsrechtlicher Status</b>	<b>Anzahl</b>
Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG (Aufnahme durch Land)	12.822
Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG (besondere Fälle)	9.987
Aufenthaltserlaubnis nach § 23a AufenthG (Härtefallaufnahme durch Länder)	2.660
Aufenthaltserlaubnis nach § 24 AufenthG (vorübergehender Schutz)	58
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 AufenthG (Asyl) anerkannt	2.264
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG (GfK) gewährt	60.143
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 AufenthG (subsidiärer Schutz) gewährt	7.202
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG (Abschiebungshindernisse)	12.544
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 AufenthG (dringende persönliche oder humanitäre Gründe)	3.545
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG (Verlängerung wegen außergewöhnlicher Härte)	3.364
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4b AufenthG (Drittstaatsangeh., Opfer einer Straftat nach § 10 Abs. 1 o. § 11 Abs. 1 Nr. 3 SchwarzArbG)	1
Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG (rechtliche oder tatsächliche Gründe)	20.130
Aufenthaltserlaubnis nach § 25a Abs. 1 AufenthG (Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden)	3.317
Niederlassungserlaubnis nach § 23 Abs. 2 AufenthG (besondere Fälle)	7.071
<b>Gesamt</b>	<b>410.860</b>

2. a) Wie viele minderjährige Flüchtlinge sind im Jahr 2015 insgesamt nach Deutschland eingereist und haben einen Asylerstantrag gestellt (bitte aufschlüsseln nach UMF/BMF, Monaten, Herkunftsländern und zuständigen Außenstellen)?
- b) Wie viele minderjährige Flüchtlinge haben im Jahr 2015 insgesamt einen Folgeantrag (§ 71 AsylG) und wie viele einen Zweitantrag (§ 71a AsylG) gestellt (bitte aufschlüsseln nach UMF/BMF, Monaten, Herkunftsländern und zuständigen Außenstellen)?

Die Fragen 2a und 2b werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Sinne der Fragen können statistisch nur minderjährige Asylbewerber ermittelt werden, die im Jahr 2015 einen Asylantrag gestellt haben, unabhängig vom Zeitpunkt der Einreise.

Zweitaneträge nach § 71a AsylG können erst im Laufe des Asylverfahrens als solche identifiziert werden, sind demnach bei der Antragstellung noch nicht bekannt und können somit auch nicht gesondert ausgewiesen werden. Diese Anträge sind jedoch in den genannten Erst- oder Folgeanträgen enthalten:



Minderjährige (0 - 17 Jahre) im Jahr 2015 Insgesamt	davon begleitete MJ		davon unbegleitete MJ	
absol. Werte	absol. Werte	in Prozent	absol. Werte	in Prozent
137.479	123.040	89,5	14.439	10,5

Hinweis: Es werden nur Erstanträge genannt, da bei unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern im Rahmen des Asylverfahrens nur Erstanträge gesondert erfasst werden.

nach Monaten:

	Asylanträge		
Minderjährige (0 bis 17 Jahre) Nach Monaten*	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Januar 2015	7.178	6.222	956
Februar 2015	7.735	6.855	880
März 2015	9.762	8.777	985
April 2015	8.018	7.218	800
Mai 2015	7.186	6.523	663
Juni 2015	9.637	8.822	815
Juli 2015	10.944	9.829	1.115
August 2015	10.047	9.030	1.017
September 2015	12.061	11.169	892
Oktober 2015	14.818	14.100	718
November 2015	16.204	15.630	574
Dezember 2015	14.051	13.579	472
Jahr 2015	148.257	137.479	10.778

\*Hinweis: Addition/Abgleich mit Vor(Monats-)werten ist wegen nachträglicher Veränderungen nicht möglich.

Nach Herkunftsland:

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Herkunftsländer gesamt	148.257	137.479	10.778
Davon			
Syrien, Arabische Republik	43.246	42.097	1.149
Albanien	19.204	18.916	288
Afghanistan	13.875	13.772	103
Kosovo	12.921	12.174	747
Serbien	12.570	8.377	4.193

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Irak	9.519	9.247	272
Mazedonien	6.161	4.617	1.544
Ungeklärt	3.545	3.389	156
Bosnien und Herzegowina	3.451	2.205	1.246
Russische Föderation	3.308	2.840	468
Eritrea	2.420	2.416	4
Montenegro	1.705	1.572	133
Somalia	1.632	1.618	14
Nigeria	1.539	1.532	7
Ukraine	1.476	1.459	17
Iran, Islamische Republik	1.103	1.057	46
Staatenlos	1.083	1.040	43
sonst. asiat. Staatsangeh.	894	841	53
Pakistan	801	788	13
Georgien	748	694	54
Armenien	729	680	49
Aserbajdschan	608	556	52
Libanon	463	456	7
Äthiopien	430	428	2
Türkei	429	401	28
Moldau (Republik)	385	384	1
Libyen	307	306	1
Ägypten	305	293	12
Indien	289	288	1
Gambia	254	253	1
Ghana	216	212	4
Guinea	216	214	2
Sudan (ohne Südsudan)	173	172	1
Algerien	172	168	4
Mongolei	142	129	13
Turkmenistan	130	126	4
Marokko	120	117	3
Tadschikistan	101	101	-
Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	95	95	-
Jemen	94	87	7
Bangladesch	93	92	1

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Weißrußland	88	86	2
Senegal	85	85	-
Kamerun	78	76	2
Sri Lanka	78	77	1
Tunesien	75	75	-
Kasachstan	59	48	11
Sierra Leone	57	57	-
Kongo, Dem. Republik	56	56	-
Vietnam	50	50	-
Kirgisistan	50	46	4
Elfenbeinküste (Côte d' Ivoire )	48	48	-
Mali	45	45	-
China	45	43	2
Togo	32	32	-
ohne Angabe	31	29	2
Benin	29	28	1
Guinea-Bissau	29	25	4
Kenia	27	26	1
Jordanien	26	26	-
Tschad	25	25	-
Angola	16	16	-
Kroatien	15	14	1
Kongo	15	15	-
Burkina-Faso	15	15	-
Bulgarien	12	12	-
Usbekistan	12	12	-
Griechenland	11	10	1
Liberia	10	10	-
Honduras	10	10	-
Korea (Demokrat. Volksrepubl.)	10	10	-
Südafrika	9	9	-
Uganda	9	9	-
Kuba	9	9	-
Myanmar	9	9	-
Italien	8	8	-
Niger	8	8	-

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Ruanda	6	6	-
Tansania	6	6	-
Saudi Arabien	6	6	-
Südsudan	5	5	-
Vereinigte Staaten v. Amerika	5	5	-
Ungarn	4	3	1
Komoren	4	4	-
Jamaica	4	4	-
Venezuela	4	4	-
Bahrain	4	4	-
Vereinigte arabische Emirate	4	4	-
Polen	3	3	-
sonst. europ. Staatsangeh.	3	2	1
Simbabwe	3	3	-
Mauretanien	3	3	-
Zentralafrikanische Republik	3	3	-
sonst. afrik. Staatsangeh.	3	3	-
Israel	3	3	-
Philippinen	3	3	-
Belgien	2	2	-
Frankreich	2	2	-
Niederlande	2	2	-
Portugal	2	2	-
Schweden	2	1	1
Tschechische Republik	2	2	-
Großbritannien mit Nordirland	2	2	-
Sambia	2	2	-
Brasilien	2	2	-
Mexico	2	2	-
Kambodscha	2	2	-
Nepal	2	2	-
Spanien	1	1	-
Zypern	1	1	-
Dschibuti	1	1	-
Namibia	1	1	-
Burundi	1	1	-

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Argentinien	1	1	-
Kanada	1	1	-
Kolumbien	1	1	-
Paraguay	1	1	-
Indonesien	1	1	-
Katar	1	1	-
Oman	1	1	-
Korea (Republik)	1	1	-
Neuseeland	1	1	-

Nach Außenstellen:

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Außenstellen gesamt	148.257	137.479	10.778
Davon			
IN 5 Heidelberg	1.624	1.624	0
IN 6 Bad Fallingbostel	107	107	0
M A 1 Karlsruhe	7.726	6.694	1.032
M A 10 Lebach	2.496	2.422	74
M A 11 Neumünster	3.718	3.454	264
M A 12 Halberstadt	4.162	3.902	260
M A 13 Jena/Hermsdorf	3.972	3.455	517
M A 14 Suhl	47	47	0
M A 15 Kiel	398	398	0
M A 16 Mühlhausen	130	130	0
M A 2 Reutlingen	3.849	3.840	9
M A 4 Ellwangen	2.870	2.863	7
M A 7 Trier	4.994	4.337	657
M A 8 Ingelheim/Bingen	875	866	9
M B 1 Düsseldorf	7.571	6.190	1.381
M B 10 Bramsche	1.859	1.720	139
M B 11 Bremen	1.801	1.532	269
M B 12 Eisenhüttenstadt	5.005	4.790	215
M B 13 Nostorf-Horst	4.821	4.663	158
M B 14 Hamburg	4.379	4.133	246

Jahr 2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
M B 15 Unna	226	226	0
M B 16 Oldenburg	1.485	1.355	130
M B 2 Bielefeld	6.027	5.546	481
M B 3 Dortmund	6.750	5.707	1.043
M B 5 Bad Berleburg	968	967	1
M B 6 Burbach	853	841	12
M B 8 Friedland	2.335	2.129	206
M B 9 Braunschweig	4.899	4.328	571
M C 10 Frankfurt/Flughafen	154	154	0
M C 2 Zirndorf	7.831	7.053	778
M C 3 München	5.150	4.958	192
M C 4 Deggendorf	2.515	2.509	6
M C 5 Regensburg	14	14	0
M C 6 Schweinfurt	1.381	1.381	0
M C 7 Bayreuth	62	62	0
M C 9 Gießen	7.522	7.129	393
M C Referat Bamberg	168	161	7
M C Referat Manching	370	346	24
M D 10 Berlin	11.326	10.170	1.156
M D 7 Chemnitz	6.733	6.422	311
M D 8 Leipzig	45	45	0
M D 9 Dresden	49	49	0
Zentrale Nürnberg/sonst. Organisations- einheiten	18.990	18.760	230

- c) Wie viele Asylverfahren von Minderjährigen sind gegenwärtig anhängig (bitte aufschlüsseln nach UMF/BMF, Herkunftsländern und zuständigen Außenstellen)?

Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit bis zur Entscheidung (bitte aufschlüsseln nach UMF/BMF, Herkunftsländern und zuständigen Außenstellen)?

Angaben zum Stichtag 31. Dezember 2015 können den nachfolgenden Tabellen entnommen werden:

Minderjährige (0 - 17 Jahre)				
	davon begleitete MJ		davon unbegleitete MJ	
Insgesamt				
absol. Werte	absol. Werte	in Prozent	absol. Werte	in Prozent
100.833	88.745	88,0	12.088	12,0

Hinweis: Es werden nur Erstanträge genannt, da bei unbegleiteten minderjährigen Asylbewerbern im Rahmen des Asylverfahrens nur Erstanträge gesondert erfasst werden.

Nach Herkunftsland:

zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
<b>Herkunftsländer Gesamt</b>	<b>107.849</b>	<b>100.833</b>	<b>7.016</b>
Davon			
Syrien, Arabische Republik	23.393	22.983	410
Albanien	9.021	8.848	173
Afghanistan	15.294	15.156	138
Kosovo	5.507	5.018	489
Serbien	7.852	5.224	2.628
Irak	7.023	6.794	229
Mazedonien	4.321	3.205	1.116
Ungeklärt	3.242	3.141	101
Bosnien und Herzegowina	2.199	1.633	566
Russische Föderation	3.993	3.473	520
Eritrea	2.577	2.568	9
Montenegro	912	851	61
Somalia	2.144	2.114	30
Nigeria	2.879	2.852	27
Ukraine	1.895	1.870	25
Iran, Islamische Republik	1.519	1.456	63
Staatenlos	786	778	8
sonst. asiat. Staatsangeh.	752	725	27
Pakistan	1.271	1.245	26
Georgien	783	739	44
Armenien	1.305	1.248	57
Aserbaidschan	1.111	1.030	81
Libanon	550	533	17
Äthiopien	599	591	8
Türkei	632	605	27
Moldau (Republik)	413	410	3
Libyen	417	416	1
Ägypten	750	734	16

zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Indien	411	409	2
Gambia	257	256	1
Ghana	359	356	3
Guinea	317	312	5
Sudan (ohne Südsudan)	170	170	-
Algerien	219	211	8
Mongolei	218	210	8
Turkmenistan	244	240	4
Marokko	132	130	2
Tadschikistan	143	139	4
Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	108	108	-
Jemen	136	126	10
Bangladesch	137	137	-
Weißrußland	90	89	1
Senegal	86	86	-
Kamerun	112	109	3
Sri Lanka	170	168	2
Tunesien	75	73	2
Kasachstan	68	58	10
Sierra Leone	79	78	1
Kongo, Dem. Republik	135	133	2
Vietnam	62	61	1
Kirgisistan	48	41	7
Elfenbeinküste (Côte d' Ivoire)	63	61	2
Mali	52	52	-
China	93	87	6
Togo	40	40	-
ohne Angabe	31	29	2
Benin	31	30	1
Guinea-Bissau	24	24	-
Kenia	27	25	2
Jordanien	45	42	3
Tschad	37	31	6
Angola	55	55	-
Kroatien	19	12	7



zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Kongo	31	27	4
Burkina-Faso	19	19	-
Bulgarien	9	9	-
Usbekistan	20	20	-
Griechenland	12	11	1
Liberia	15	15	-
Honduras	2	2	-
Korea (Demokrat. Volks- republ.)	28	28	-
Südafrika	10	10	-
Uganda	32	32	-
Kuba	9	9	-
Myanmar	17	17	-
Italien	16	16	-
Niger	11	11	-
Ruanda	4	4	-
Tansania	13	13	-
Saudi Arabien	6	6	-
Südsudan	6	5	1
Vereinigte Staaten v. Amerika	5	5	-
Ungarn	2	2	-
Komoren	5	5	-
Jamaica	4	4	-
Venezuela	6	6	-
Bahrain	3	3	-
Vereinigte Arabische Emirate	4	4	-
Polen	15	15	-
sonst. europ. Staatsange- hörige	3	2	1
Simbabwe	7	7	-
Mauretanien	4	4	-
sonst. afrik. Staatsange- hörige	6	6	-
Israel	11	11	-
Philippinen	4	4	-

zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
Belgien	2	2	-
Frankreich	1	1	-
Niederlande	2	2	-
Portugal	2	2	-
Schweden	1	1	-
Tschechische Republik	3	-	3
Großbritannien mit Nord- irland	2	2	-
Sambia	1	1	-
Brasilien	3	3	-
Mexico	1	1	-
Kambodscha	5	5	-
Nepal	4	4	-
Spanien	8	8	-
Zypern	1	1	-
Dschibuti	2	2	-
Burundi	1	1	-
Argentinien	2	2	-
Kanada	1	1	-
Kolumbien	9	9	-
Paraguay	1	1	-
Indonesien	1	1	-
Katar	1	1	-
Oman	1	1	-
Korea (Republik)	2	2	-
Neuseeland	1	1	-
Estland	1	1	-
Slowenien	3	3	-
Lettland	2	2	-
Rumänien	3	3	-
Äquatorialguinea	2	2	-
Dominikanische Republik	1	1	-
El Salvador	3	3	-
Peru	1	1	-
Bhutan	1	-	1
China (Taiwan)	2	2	-

Nach Außenstellen:

zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
<b>Außenstellen gesamt</b>	<b>107.849</b>	<b>100.833</b>	<b>7.016</b>
Davon			
Entscheidungszentrum Ost	2.899	2.606	293
Entscheidungszentrum Süd	4.725	3.936	789
Entscheidungszentrum Süd- west	1.818	1.639	179
Entscheidungszentrum West	8.569	8.115	454
IN 5 Heidelberg	1.695	1.695	0
IN 6 Bad Fallingbostel	117	117	0
M A 1 Karlsruhe	7.046	6.450	596
M A 10 Lebach	1.078	1.049	29
M A 11 Neumünster	3.578	3.442	136
M A 12 Halberstadt	1.582	1.551	31
M A 13 Jena/Hermsdorf	2.825	2.496	329
M A 14 Suhl	44	44	0
M A 15 Kiel	237	237	0
M A 16 Mühlhausen	122	122	0
M A 2 Reutlingen	2.001	1.983	18
M A 4 Ellwangen	892	891	1
M A 7 Trier	4.222	3.695	527
M A 8 Ingelheim/Bingen	322	320	2
M B 1 Düsseldorf	5.480	4.574	906
M B 10 Bramsche	971	893	78
M B 11 Bremen	1.023	950	73
M B 12 Eisenhüttenstadt	1.973	1.924	49
M B 13 Nostorf-Horst	2.248	2.210	38
M B 14 Hamburg	2.538	2.461	77
M B 15 Unna	253	248	5
M B 16 Oldenburg	819	743	76
M B 2 Bielefeld	4.766	4.385	381
M B 3 Dortmund	3.887	3.301	586
M B 5 Bad Berleburg	264	264	0
M B 6 Burbach	316	315	1
M B 8 Friedland	1.360	1.221	139
M B 9 Braunschweig	2.436	2.352	84

zum 31.12.2015	ASYLANTRÄGE		
	insgesamt	davon Erstanträge	davon Folgeanträge
M C 10 Frankfurt/ Flughafen	108	104	4
M C 11 Büdingen	6	6	0
M C 2 Zirndorf	5.588	5.280	308
M C 3 München	8.388	8.295	93
M C 4 Deggendorf	775	762	13
M C 5 Regensburg	18	18	0
M C 6 Schweinfurt	1.098	1.094	4
M C 7 Bayreuth	66	66	0
M C 8 Augsburg	2	2	0
M C 9 Gießen	5.401	5.181	220
M C Referat Bamberg	49	40	9
M C Referat Manching	231	195	36
M D 10 Berlin	9.116	8.903	213
M D 6 Dortmund	6	6	0
M D 7 Chemnitz	4.093	3.861	232
M D 8 Leipzig	54	53	1
M D 9 Dresden	48	48	0
Zentrale Nürnberg/sonst. Organisationseinheiten	696	690	6

Nach der Dauer der Asylverfahren (nur Erstanträge, von der formellen Asylantragstellung bis zur Entscheidung des BAMF):

Minderjährige (0 - 17 Jahre) Insgesamt	davon begleitete MJ	davon unbegleitete MJ
4,9 Monate	4,8 Monate	6,7 Monate

Nach Herkunftsland (alle Minderjährigen, Erst- und Folgeanträge):

Herkunftsland	Durchschn. BearbD. in Monaten
Herkunftsländer gesamt	5,0
Davon	
Afghanistan	13,8
Ägypten	16,9
Albanien	3,3
Algerien	9,5
Angola	24,8

Herkunftsland	Durchschn. BearbD. in Monaten
Armenien	12,3
Aserbaidshan	13,3
Äthiopien	13,0
Australien	15,4
Bahrain	10,9
Bangladesch	14,3
Belgien	4,0
Benin	1,6
Bosnien und Herzegowina	4,5
Botsuana	32,9
Brasilien	24,1
Bulgarien	10,5
Burkina-Faso	2,6
Burundi	29,0
China	15,3
Dschibuti	15,3
Elfenbeinküste (Côte d' Ivoire)	9,7
Eritrea	11,7
Frankreich	8,6
Gambia	13,9
Georgien	8,4
Ghana	10,7
Griechenland	7,7
Guinea	12,2
Guinea-Bissau	1,7
Honduras	2,4
Indien	15,8
Indonesien	16,6
Irak	6,8
Iran, Islamische Republik	16,5
Italien	5,7
Jamaica	19,7
Jemen	12,3
Jordanien	8,2
Kambodscha	29,7
Kamerun	9,8
Kasachstan	8,4

Herkunftsland	Durchschn. BearbD. in Monaten
Kenia	13,4
Kirgisistan	10,4
Kolumbien	18,5
Kongo	8,7
Kongo, Dem. Republik	20,6
Kosovo	3,5
Kroatien	6,6
Kuba	4,4
Libanon	8,7
Liberia	0,6
Libyen	13,5
Mali	18,9
Marokko	10,1
Mauretanien	15,3
Mauritius	27,5
Mazedonien	4,3
Mexico	7,5
Moldau (Republik)	3,6
Mongolei	7,5
Montenegro	4,6
Myanmar	2,1
Namibia	5,9
Nepal	22,3
Niederlande	11,5
Niger	7,3
Nigeria	15,7
ohne Angabe	7,6
Pakistan	19,4
Philippinen	23,4
Ruanda	15,1
Russische Föderation	11,4
Sambia	3,2
Saudi Arabien	6,2
Schweden	14,9
Senegal	9,9
Serbien	4,2
Sierra Leone	17,8

Herkunftsland	Durchschn. BearbD. in Monaten
Simbabwe	22,0
Somalia	13,8
sonst. afrik. Staatsangehörige	11,7
sonst. asiat. Staatsangehörige	7,1
sonst. europ. Staatsangehörige	27,7
Spanien	28,3
Sri Lanka	15,1
Staatenlos	4,2
Staatsangehörigkeit ohne Bezeichnung	6,2
Südafrika	3,9
Sudan (ohne Südsudan)	11,6
Südsudan	22,7
Syrien, Arabische Republik	3,5
Tadschikistan	8,4
Tansania	14,0
Togo	13,4
Tschad	26,1
Tschechische Republik	8,0
Tunesien	12,2
Türkei	12,8
Turkmenistan	8,5
Uganda	29,5
Ukraine	4,1
Ungarn	3,9
Ungeklärt	5,4
Usbekistan	12,8
Vereinigte Staaten v. Amerika	5,0
Vietnam	7,8
Weißrußland	5,4
Zentralafrikanische Republik	1,4

Nach Außenstellen (Erst- und Folgeanträge):

Außenstellen	Durchschn. BearbD. in Monaten
Außenstellen gesamt	5,0
Davon	
Entscheidungszentrum Ost	4,1

Außenstellen	Durchschn. BearbD. in Monaten
Entscheidungszentrum Süd	5,3
Entscheidungszentrum Südwest	2,6
Entscheidungszentrum West	3,7
IN 5 Heidelberg	1,2
IN 6 Bad Fallingbommel	0,4
M A 1 Karlsruhe	6,7
M A 10 Lebach	5,2
M A 11 Neumünster	7,2
M A 12 Halberstadt	3,8
M A 13 Jena/Hermsdorf	6,0
M A 15 Kiel	3,4
M A 2 Reutlingen	4,9
M A 4 Ellwangen	1,6
M A 7 Trier	5,1
M A 8 Ingelheim/Bingen	1,3
M B 1 Düsseldorf	4,6
M B 10 Bramsche	3,4
M B 11 Bremen	6,0
M B 12 Eisenhüttenstadt	4,7
M B 13 Nostorf-Horst	3,9
M B 14 Hamburg	4,5
M B 15 Unna	11,1
M B 16 Oldenburg	8,7
M B 2 Bielefeld	5,7
M B 3 Dortmund	6,1
M B 5 Bad Berleburg	2,6
M B 6 Burbach	2,5
M B 8 Friedland	7,0
M B 9 Braunschweig	5,2
M C 10 Frankfurt/Flughafen	8,0
M C 2 Zirndorf	5,0
M C 3 München	7,5
M C 4 Deggendorf	3,8
M C 6 Schweinfurt	2,1
M C 9 Gießen	4,7
M C Referat Bamberg	2,0
M C Referat Manching	1,9



Außenstellen	Durchschn. BearbD. in Monaten
M D 10 Berlin	5,2
M D 6 Dortmund	13,6
M D 7 Chemnitz	5,7
M D 8 Leipzig	12,0
Zentrale Nürnberg	9,8

- d) Wie viele minderjährige Flüchtlinge sind im Jahr 2015 im Rahmen einer Umverteilung nach § 15a AufenthG erfasst und verteilt worden (bitte aufschlüsseln nach Monaten, Herkunftsländern und Einreisebundesländern)?

Eine Verteilung unbegleiteter Minderjähriger nach § 15a AufenthG findet nicht statt. Diese werden vom Jugendamt nach § 42 SGB VIII in Obhut genommen. In Bezug auf Minderjährige, die sich mit ihren Familien in Deutschland aufhalten, sind Angaben nicht möglich. Das dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zur Verfügung stehende System zu § 15a AufenthG ist anonymisiert und enthält auch keine Differenzierung nach Alter. Daher ist eine Aufschlüsselung nach Monaten, Herkunftsland und Einreisebundesland nicht möglich.

3. Wie viele minderjährige Flüchtlinge haben zum Stichtag 31. Dezember 2015 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) bezogen (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern und Altersangaben)?

Die Ergebnisse der Bundesstatistik zum Asylbewerberleistungsgesetz zum 31. Dezember 2015 werden erst im Herbst dieses Jahres vorliegen. Für die Ergebnisse zum 31. Dezember 2014 siehe Tabelle:

Kinder und Jugendliche nach Altersgruppen als Empfänger und Empfängerinnen von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz am 31.12.2014

Im Alter von... bis unter... Jahren	unter 3	3 - 7	7 - 11	11 - 15	15 - 18	unter 18	Insgesamt...
Brandenburg	648	743	583	401	285	2 660	9 927
Berlin	1 859	2 006	1 725	1 485	934	8 009	24 607
Baden-Württemberg	2 409	2 689	2 386	1 992	1 200	10 676	38 531
Bayern	3 303	3 078	2 474	1 873	1 210	11 938	45 396
Bremen	460	489	452	465	287	2 153	5 994
Hessen	1 703	1 578	1 395	1 174	925	6 775	26 617
Hamburg	668	867	870	827	620	3 852	12 272
Mecklenburg-Vorpommern	465	533	455	328	226	2 007	6 762
Niedersachsen	2 577	2 904	2 614	2 459	1 600	12 154	36 591
Nordrhein-Westfalen	5 966	6 751	5 918	5 631	3 416	27 682	86 358
Rheinland-Pfalz	1 072	1 334	1 151	977	595	5 129	16 804
Schleswig-Holstein	752	1 006	905	731	492	3 886	12 248
Saarland	132	153	120	127	86	618	2 941
Sachsen	971	1 155	865	769	479	4 239	16 549
Sachsen-Anhalt	692	810	684	560	309	3 055	12 701
Thüringen	598	738	692	529	314	2 871	8 552
Deutschland insgesamt	24 275	26 834	23 289	20 328	12 978	30 920	362 850

Quelle: Statistisches Bundesamt

4. Unterscheidet sich aus Sicht der Bundesregierung der Anteil der Minderjährigen an den Asylersantragstellern vom Anteil der Minderjährigen an den laut dem Ausländerzentralregister (AZR) hier aufhaltigen Personen, und wenn ja, warum?

Wie ist die Relation der Zugangszahlen von UMF und BMF?

Welche Entwicklungen lassen sich bei den Zugängen der beiden Gruppen in den letzten drei Jahren beobachten?

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Zahlenentwicklung?

Der Anteil von Minderjährigen an allen Erstantragstellern betrug im Jahr 2015 31,1 Prozent (137 479 von 441 899). Dagegen waren gemäß AZR zum Stichtag 31. Dezember 2015 12,5 Prozent (1 135 477) aller aufhältigen Personen unter 18 Jahren. Ein Vergleich der beiden Anteile ist jedoch nicht möglich, da es sich jeweils um gänzlich andere Bevölkerungsgruppen handelt. Die ausländischen Personen im AZR sind zum einen Resultante von Zuwanderungsprozessen unterschiedlichster Art, wie Familienzusammenführung, EU-Binnenmigration, Zuwanderung zu Studien- und (Aus-)Bildungszwecken. Zum anderen gehen in das AZR und damit in obige Zahl auch Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit ein, die in Deutschland geboren wurden.

Die Entwicklung der Erstanträge bei unbegleiteten und begleiteten minderjährigen Flüchtlingen in den letzten 3 Jahren ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Zeitraum	Minderjährige (0 - 17 Jahre)	davon begleitet	davon unbegleitet
2013	38.790	36.305	2.485
2014	54.988	50.589	4.399
2015	137.479	123.040	14.439

Die Bundesregierung beobachtet die weitere Entwicklung sorgfältig.

## II. Umverteilung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen

5. a) Wie viele UMF hielten sich zu den Stichtagen 26. Oktober 2015, 2. November 2015, 1. Dezember 2015, 1. Januar 2016 und 16. Januar 2016 in Deutschland auf, und inwieweit wurden die durch den Königsteiner Schlüssel vorgegebenen Aufnahmequoten der Bundesländer erfüllt bzw. unter- und überschritten (bitte aufschlüsseln nach Stichtagen, Bundesländern, Quoten und Quotenerfüllung und Art der Rechtsgrundlage für die Unterbringung – vorläufige Inobhutnahme nach § 42a SGB VIII, Inobhutnahme nach § 42 SGB VIII, Hilfe zur Erziehung nach den §§ 27 ff. SGB VIII, Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII)?

Zu den abgefragten Daten teilen wir mit, dass die erste Erhebung am 27. Oktober 2015 stattfand. Es handelt sich dabei um einen ersten Probelauf mit den Ländern; auch die zum 2. November 2015 erhobenen Daten sind noch im Lichte der zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossenen Konsolidierungsphase zu betrachten.

Der erste Arbeitstag 2016 war der 4. Januar 2016, der 16. Januar 2016 fiel auf einen Samstag; daher weist die betreffende Tabelle Daten vom 18. Januar 2016 aus.

01.12.2015

Bundesländer	Übergangsregelung Dez. 2015 (hochgerechnet auf 100%)	Jugendhilferechtliche Zuständigkeit						Summe aller jugendhilfe- rechtlichen Zuständig- keiten (tagesaktuell)	Quotenüber-/ -unter- schreitung	Quoten- erfüllung
		für uM (Altverfahren nach 89d)	für junge Volljährige (ehem. uM - Altverfahren nach 89d)	für UMA - Vorläufige Inobhutnahme	für UMA - Inobhutnahme	für UMA - Anschlussmaß- nahmen (HzE und sonstige)	für UMA - durch Landesstelle zugewiesene Verteilung (bleibt bei SUMME und QUOTE unberücksicht- gt!)			
Baden-Württemberg (BW)	13,42022%	3.259	501	677	293	29	185	4.759	-3.403	58,3%
Bayern (BY)	16,18903%	11.816	2.369	975	263	21	4	15.444	5.598	156,9%
Berlin (BE)	5,26736%	2.603	265	784	90	0	0	3.742	539	116,8%
Brandenburg (BB)	3,19272%	599	16	83	280	9	36	987	-955	50,8%
Bremen (HB)	0,99821%	2.109	223	402	0	1	0	2.735	2.128	450,5%
Hamburg (HH)	2,63894%	1.804	702	213	8	0	0	2.727	1.122	169,9%
Hessen (HE)	7,67675%	4.845	1.002	610	169	6	0	6.632	1.963	142,1%
Mecklenburg-Vorpommern (MV) *	1,41113%	720	18	116	190	0	14	1.044	188	121,7%
Niedersachsen (NI)	9,72364%	2.091	163	620	688	30	330	3.592	-3.322	60,7%
Nordrhein-Westfalen (NW)	22,12623%	6.660	638	2.264	644	93	328	10.299	-3.157	76,5%
Rheinland-Pfalz (RP) *	3,36402%	1.107	120	375	82	55	29	1.739	-307	85,0%
Saarland (SL)	1,27450%	950	217	129	85	0	0	1.381	606	178,2%
Sachsen (SN)	5,30345%	761	15	354	186	28	98	1.344	-1.881	41,7%
Sachsen-Anhalt (ST) *	1,96863%	378	6	218	99	10	13	711	-486	59,4%
Schleswig-Holstein (SH)	3,55037%	1.888	104	569	155	15	0	2.731	572	126,5%
Thüringen (TH) *	1,89479%	609	9	213	102	16	12	949	-203	82,4%
Summe aller Zuständigkeiten	100,00000%	42.199	6.368	8.602	3.334	313	1.049	60.816		

\* Länder, die ihre Aufnahmepflicht entsprechend der Quote nach § 42c SGB VIII n.F. nicht erfüllen können und dieses entsprechend beim Bundesverwaltungsamt angezeigt haben

04.01.2016

Bundesländer	Königsteiner Schlüssel 2015 *	Jugendhilferechtliche Zuständigkeit						Summe aller jugendhilfe- rechtlichen Zuständig- keiten (tagesaktuell)	Quotenüber-/ -unter- schreitung	Quoten- erfüllung
		für uM (Altverfahren nach 89d)	für junge Volljährige (ehem. uM - Altverfahren nach 89d)	für UMA - Vorläufige Inobhutnahme	für UMA - Inobhutnahme	für UMA - Anschlussmaß- nahmen (HzE und sonstige)	für UMA - durch Landesstelle zugewiesene Verteilung (bleibt bei SUMME und QUOTE unberücksicht- gt!)			
Baden-Württemberg (BW)	12,86456%	3.022	544	854	1.498	183	360	6.101	-2.459	71,3%
Bayern (BY)	15,51873%	11.661	2.657	1.211	404	18	9	15.951	5.625	154,5%
Berlin (BE)	5,04927%	2.380	275	1.185	180	0	0	4.020	660	119,6%
Brandenburg (BB)	3,06053%	589	11	86	543	60	79	1.289	-748	63,3%
Bremen (HB)	0,95688%	2.088	201	239	2	1	0	2.531	1.894	397,5%
Hamburg (HH)	2,52968%	1.757	721	139	32	0	0	2.649	966	157,4%
Hessen (HE)	7,35890%	4.561	1.045	928	220	27	0	6.781	1.884	138,5%
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	2,02906%	599	30	59	330	23	17	1.041	-309	77,1%
Niedersachsen (NI)	9,32104%	1.940	191	584	1.528	206	365	4.449	-1.753	71,7%
Nordrhein-Westfalen (NW)	21,21010%	6.434	649	2.128	2.170	189	829	11.570	-2.543	82,0%
Rheinland-Pfalz (RP)	4,83710%	1.186	119	457	355	86	298	2.203	-1.018	68,4%
Saarland (SL)	1,22173%	860	245	110	133	0	0	1.348	535	165,8%
Sachsen (SN)	5,08386%	719	34	262	805	46	121	1.866	-1.517	55,2%
Sachsen-Anhalt (ST)	2,83068%	340	8	299	240	31	38	918	-966	48,7%
Schleswig-Holstein (SH)	3,40337%	1.751	128	512	270	55	8	2.716	451	119,9%
Thüringen (TH)	2,72451%	563	10	187	293	55	35	1.108	-705	61,1%
Summe aller Zuständigkeiten	100,00000%	40.450	6.868	9.240	9.003	980	2.159	66.541		

\* Der Königsteiner Schlüssel für 2016 wird nach Erlaß der 2. VO über den Finanzausgleich unter den Ländern im Ausgleichsjahr 2014 berechnet und veröffentlicht.  
Bis dahin gilt der Königsteiner Schlüssel 2015 fort.

18.01.2016

Bundesländer	Königsteiner Schlüssel 2015 *	Jugendhilferechtliche Zuständigkeit						Summe aller jugendhilfe- rechtlichen Zuständig- keiten (tagesaktuell)	Quotenüber-/ -unter- schreitung	Quoten- erfüllung
		für uM (Altverfahren nach 89d)	für junge Volljährige (ehem. uM - Altverfahren nach 89d)	für UMA - Vorläufige Inobhutnahme	für UMA - Inobhutnahme	für UMA - Anschlussmaß- nahmen (HzE und sonstige)	für UMA - durch Landesstelle zugewiesene Verteilung (bleibt bei SUMME und QUOTE unberücksicht- gt!)			
Baden-Württemberg (BW)	12,86456%	2.838	618	784	1.509	349	244	6.098	-2.546	70,5%
Bayern (BY)	15,51873%	11.237	2.892	1.101	513	63	2	15.806	5.378	151,0%
Berlin (BE)	5,04927%	2.190	295	1.299	239	0	0	4.023	630	118,6%
Brandenburg (BB)	3,06053%	512	37	83	589	93	114	1.314	-742	63,9%
Bremen (HB)	0,95688%	2.088	199	230	11	72	0	2.600	1.957	404,4%
Hamburg (HH)	2,52968%	1.659	740	179	38	0	0	2.616	916	153,9%
Hessen (HE)	7,35890%	4.400	1.127	890	329	66	0	6.812	1.867	137,8%
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	2,02906%	527	33	64	320	30	56	974	-389	71,4%
Niedersachsen (NI)	9,32104%	1.828	232	654	1.692	371	518	4.777	-1.486	76,3%
Nordrhein-Westfalen (NW)	21,21010%	6.182	743	2.066	2.845	300	1.179	12.136	-2.116	85,2%
Rheinland-Pfalz (RP)	4,83710%	995	154	337	495	113	397	2.094	-1.156	64,4%
Saarland (SL)	1,22173%	825	254	112	140	0	0	1.331	510	162,1%
Sachsen (SN)	5,08386%	629	32	169	1.117	107	190	2.054	-1.362	60,1%
Sachsen-Anhalt (ST)	2,83068%	258	14	264	288	36	27	860	-1.042	45,2%
Schleswig-Holstein (SH)	3,40337%	1.657	165	376	299	100	8	2.597	310	113,6%
Thüringen (TH)	2,72451%	521	12	132	345	92	52	1.102	-729	60,2%
Summe aller Zuständigkeiten	100,00000%	38.346	7.547	8.740	10.769	1.792	2.787	67.194		

\* Der Königsteiner Schlüssel für 2016 wird nach Erlaß der 2. VO über den Finanzausgleich unter den Ländern im Ausgleichsjahr 2014 berechnet und veröffentlicht.  
Bis dahin gilt der Königsteiner Schlüssel 2015 fort.

- b) Hat die Bundesregierung Kenntnisse über die Zahl der UMF, die nicht im Rahmen der Aufgaben und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe versorgt werden?

Wie viele UMF werden in Gemeinschaftsunterkünften, Erstaufnahmeeinrichtungen oder Notunterkünften untergebracht, die nicht über eine Betriebserlaubnis nach § 45 SGB VIII verfügen (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern)?

Falls die Bundesregierung hierzu keine Kenntnisse hat, warum liegen ihr keine Erkenntnisse vor, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die Gesamtzahl der UMF, die nicht regulär versorgt werden (bitte begründen)?

Die Bundesregierung verweist hierzu auf die Antwort zu Frage 82 der Großen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 18/2999. Mit dem Datenaustauschverbesserungsgesetz wird zukünftig eine einheitliche Erfassung bei Erstkontakt mit den zuständigen Behörden auch für unbegleitete Minderjährige vorliegen.

6. a) Wie viele UMF sind im Jahr 2015 neu nach Deutschland eingereist und wurden in Obhut genommen (bitte nach Bundesländern und Monaten aufschlüsseln)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 5a verwiesen, der die Anzahl der unbegleiteten ausländischen Minderjährigen und als solche eingereisten jungen Volljährigen zu entnehmen ist, die sich zum Zeitpunkt der jeweils angefragten Stichtage im Dezember 2015 und Januar 2016 noch in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit in den einzelnen Bundesländern befanden.

- b) Wie erklärt sich die Bundesregierung die Diskrepanz zwischen der Zahl der einreisenden und asylantragstellenden UMF angesichts der Tatsache, dass die Schutzquote für UMF weitaus höher als bei der Gesamtzahl der Asylsuchenden ist und eine Aufenthaltssicherung durch das Asylverfahren hohe Erfolgsaussichten bietet?

Teilt die Bundesregierung die Aussage, dass die geringe Zahl von Asylersparträgen u. a. auf die mangelnde Qualifikation von Vormündern zurückzuführen ist, und wenn nein, warum nicht?

Erfahrungsgemäß wird in der Praxis tatsächlich nur in ca. 38 Prozent der Fälle für unbegleitete Minderjährige ein Asylantrag gestellt. Dies ergibt sich aus der Meldung des Statistischen Bundesamtes über die Inobhutnahmen 2014.

Die Hauptherkunftsländer der unbegleiteten Minderjährigen, für die im Jahr 2015 ein Asylantrag gestellt wurde, sind Afghanistan, Syrien, Eritrea, Irak und Somalia, bei denen gute Erfolgsaussichten bestehen. Die Vormünder stellen Anträge vor allem bei Herkunftsländern mit guten Erfolgsaussichten. Daraus erklärt sich auch die hohe Schutzquote von insgesamt 90 Prozent im Jahr 2015. Wegen des Abschiebungsschutzes nach § 58 Absatz 1a AufenthG ist der Aufenthalt des unbegleiteten Minderjährigen auch unabhängig von einer Asylantragstellung zunächst gesichert.

7. a) Wie viele UMF wurden in den Monaten November und Dezember 2015 in ein anderes Bundesland im Rahmen der Verteilung nach den §§ 42a und 42b SGB VIII verteilt (bitte aufschlüsseln nach Aufnahmebundesländern, Zuweisungsbundesländern und Monaten)?

Für wie viele UMF wurde durch das Bundesverwaltungsamt eine Verteilung innerhalb des Erstaufnahmebundeslands verfügt (bitte nach Bundesländern und Monaten aufschlüsseln)?

Wie lange dauern die Verfahren von vorläufiger Inobhutnahme bis zur Übergabe an das Zuweisungsjugendamt durchschnittlich (bitte nach Aufnahmebundesländern aufschlüsseln)?

Landesverteilstellen	November 2015			Dezember 2015		
	Summen	Abgänge	Zugänge	Summen	Abgänge	Zugänge
Baden-Württemberg (BW)	447	0	447	837	0	837
Bayern (BY)	-725	-725	0	-1.290	-1.290	0
Berlin (BE)	0	0	0	0	0	0
Brandenburg (BB)	89	0	89	182	0	182
Bremen (HB)	-264	-264	0	-265	-265	0
Hamburg (HH)	-172	-172	0	-117	-117	0
Hessen (HE)	-544	-544	0	-719	-719	0
Mecklenburg-Vorpommern (MV)	-89	-89	0	0	0	0
Niedersachsen (NI)	710	0	710	652	0	652
Nordrhein-Westfalen (NW)	415	0	415	477	0	477
Rheinland-Pfalz (RP)	-1	-1	0	103	0	103
Saarland (SL)	-45	-45	0	-60	-60	0
Sachsen (SN)	331	0	331	389	0	389
Sachsen-Anhalt (ST)	0	0	0	90	0	90
Schleswig-Holstein (SH)	-152	-152	0	-378	-378	0
Thüringen (TH)	0	0	0	99	0	99
	0	-1.992	1.992	0	-2.829	2.829

Gemäß § 42b Absatz 2 Satz 1 SGB VIII soll durch das BVA im Rahmen der Aufnahmequote nach § 42c vorrangig dasjenige Land benannt werden, in dessen Bereich das Jugendamt liegt, das das Kind oder den Jugendlichen nach § 42a vorläufig in Obhut genommen hat. Dies bedeutet, dass UMA bis zur Quotenerfüllung automatisch als zum Verbleib im Land zugewiesen gelten – so wie es § 42b Absatz 2 Satz 1 SGB VIII vorsieht. Jedem Bundesland wird hierzu vom BVA werktäglich eine Tabelle zur Verfügung gestellt, aus der die aktuelle Quotenerfüllung des jeweiligen Landes ersichtlich ist.

Lediglich Sachsen wünscht eine förmliche Zuweisung und meldet die dort innerhalb des Landes zu verteilenden UMA beim BVA zur Verteilung an.

Der Bundesregierung liegen gegenwärtig keine Informationen darüber vor, wie lange es von Verteilentscheidung bis Übergabe an das Zuweisungsjugendamt dauert.

- b) In wie vielen Fällen wurde eine Verteilung wegen der in § 42b Absatz 4 Nummer 1, 2 und 4 SGB VIII genannten Gründe ausgeschlossen (bitte aufschlüsseln nach Monaten, Bundesländern und Rechtsgrundlagen)?

Die Länder sind aufgefordert, dem BVA den Ausschluss der Verteilung gemäß § 42a Absatz 4 SGB VIII anzuzeigen. Die Umsetzung der Anzeige ist aber noch in der Erprobung. Die Angaben zur Anzeige sind nicht nach den Rechtsgrundlagen aufgeschlüsselt.

<b>Fälle, bei denen dem BVA der Ausschluss der Verteilung gemäß § 42a Abs. 4 SGB VIII angezeigt wurde</b>	<b>Nov 2015</b>	<b>Dez 2015</b>	<b>Jan 2016</b>	<b>Feb 2016</b>	<b>Summen</b>
<b>Baden-Württemberg (BW)</b>	0	0	0	0	0
<b>Bayern (BY)</b>	0	0	0	0	0
<b>Berlin (BE)</b>	0	0	0	0	0
<b>Brandenburg (BB)</b>	0	0	0	0	0
<b>Bremen (HB)</b>	6	91	12	18	127
<b>Hamburg (HH)</b>	8	12	9	4	33
<b>Hessen (HE)</b>	0	18	86	20	124
<b>Mecklenburg-Vorpommern (MV)</b>	182	151	73	17	423
<b>Niedersachsen (NI)</b>	0	0	0	0	0
<b>Nordrhein-Westfalen (NW)</b>	0	0	0	0	0
<b>Rheinland-Pfalz (RP)</b>	0	47	0	0	47
<b>Saarland (SL)</b>	103	80	0	0	183
<b>Sachsen (SN)</b>	0	321	93	28	442
<b>Sachsen-Anhalt (ST)</b>	5	0	0	0	5
<b>Schleswig-Holstein (SH)</b>	161	0	0	0	161
<b>Thüringen (TH)</b>	79	186	0	85	350
	<b>544</b>	<b>906</b>	<b>273</b>	<b>172</b>	<b>1895</b>

8. In wie vielen Fällen fanden Zusammenführungen von unbegleiteten Kindern oder Jugendlichen mit verwandten Personen im Inland oder im Ausland nach § 42a Absatz 5 Satz 2 i. V. m. § 42b Absatz 4 Nummer 3 SGB VIII statt (bitte aufschlüsseln nach Monaten, Aufnahmejugendämtern und ggf. Zielstaaten)?

Ist der Bundesregierung bekannt, ob es zu Problemen bei der Familienzusammenführung kommt?

Wenn keine Erkenntnisse vorliegen, warum werden diese Fälle nicht erfasst?

Hierüber hat die Bundesregierung gegenwärtig keine Erkenntnisse.

9. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob ein Bundesland nach § 42c Absatz 1 Satz 3 SGB VIII seiner Aufnahmepflicht eine höhere Quote als die Aufnahmequote zugrunde legt?

Wenn ja, welche Bundesländer betrifft das, und wie wurde die Quote geändert?

Kein Land hat eine höhere Quote angezeigt.

10. a) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Fälle, in denen UMF außerhalb des Rechtsrahmens des SGB VIII umverteilt werden (bspw. [www.berlin.de/sen/gessoz/presse/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.390989.php](http://www.berlin.de/sen/gessoz/presse/pressemitteilungen/2015/pressemitteilung.390989.php))?

Wie viele UMF wurden in den Monaten November und Dezember 2015 parallel zur gesetzlich normierten Umverteilung nach den §§ 42a bis 42f SGB VIII umverteilt (bspw. aufgrund der Mitreise in einem der eingesetzten Züge zur Weiterverteilung von Flüchtlingen; siehe folgenden Artikel Absatz 3: [www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/kudamm/fluechtlinge-in-berlin-im-icc-sind-die-windpocken-ausgebrochen/12801350.html](http://www.tagesspiegel.de/berlin/bezirke/kudamm/fluechtlinge-in-berlin-im-icc-sind-die-windpocken-ausgebrochen/12801350.html))?

Die zitierte Pressemitteilung ist mit dem 25. Oktober 2015 datiert und beschreibt somit einen Vorfall vor Inkrafttreten des Gesetzes.

Eine Verteilung unbegleiteter Minderjähriger erfolgt auf der Grundlage des SGB VIII, insbesondere der mit dem Gesetz zur Verbesserung der Versorgung, Betreuung und Unterbringung unbegleiteter Minderjähriger geschaffenen Rahmenbedingungen. Grundsätzlich ist bekannt, dass es Fälle gab und gibt von unerfasst weitergereisten unbegleitete Minderjährigen.

- b) Wie viele UMF wurden im Jahr 2015 insgesamt im Rahmen von Umverteilungen außerhalb des rechtlichen Rahmens des SGB VIII umverteilt?

Falls zu den Fragen 10a und 10b keine Erkenntnisse vorliegen, warum hat die Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse trotz eindeutiger rechtlicher Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe?

Die Bundespolizei sowie die mit der grenzpolizeilichen Kontrolle beauftragten Behörden informieren bei der Feststellung unbegleiteter Minderjähriger unverzüglich das zuständige Jugendamt, damit dieses der Verpflichtung zur Inobhutnahme nachkommen kann (§ 42 Absatz 1 Nr. 3 i. V. m. § 42a Absatz 1 SGB VIII). Ein paralleles Verfahren der Umverteilung existiert nicht. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 10a verwiesen.

11. Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, ob aus Gründen des Kindeswohls oder aus sonstigen humanitären Gründen von vergleichbarem Gewicht die örtliche Zuständigkeit nach § 88a Absatz 2 Satz 3 SGB VIII von einem anderen Träger übernommen wurde?

Wenn ja, in wie vielen Fällen und mit welcher Begründung (bitte nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Wenn nein, ist der Bundesregierung bekannt, ob es Probleme bei der Übernahme der Zuständigkeit gibt (bitte begründen)?

Hierüber liegen der Bundesregierung zurzeit keine Kenntnisse vor.

12. a) Wie bewertet die Bundesregierung das Vorgehen des Freistaats Bayern, den Zugang zu Hilfen für junge Volljährige nach § 41 SGB VIII dahingehend zu beschränken, dass die entstehenden Kosten den Jugendämtern nicht mehr erstattet werden sollen (siehe die Antworten des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration auf die Fragen 7.1. und 7.2. der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Christine Kamm betreffend die Unterbringung und Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen III vom 9. November 2015)?

Inwieweit wird eine solche Praxis aus Sicht der Bundesregierung Auswirkungen auf die Gewährung der entsprechenden Hilfen haben?

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass mit dem entsprechenden Vorgehen der Zugang von UMF zu den Hilfen für junge Volljährige de facto eingeschränkt wird, da die finanziellen Handlungsspielräume der Jugendämter weiter eingeschränkt werden?

Wenn nein, warum nicht?

Das SGB VIII sieht Hilfen für junge Volljährige vor, wenn diese auf Grund der individuellen Situation des jungen Menschen mit Blick auf deren Persönlichkeitsentwicklung und eigenverantwortlichen Lebensführung notwendig sind. Diese Hilfe endet in der Regel mit der Vollendung des 21. Lebensjahres, in jedem Fall aber mit der Vollendung des 27. Lebensjahres. Erkenntnisse, wie sich das Vorgehen des Freistaats Bayern auf die Gewährung von Hilfen für junge Volljährige für als unbegleitete Minderjährige eingereiste Personen auswirkt, liegen der Bundesregierung nicht vor.

- b) Welche Bedeutung hat für die Bundesregierung die Unterbringung von UMF in Gastfamilien?

Wie unterscheiden sich Gastfamilien von Pflegefamilien im Sinne des § 33 SGB VIII?

Welche rechtlichen Grundlagen haben Gastfamilien, wenn diese von Pflegefamilien abweichen?

Welche positiven und negativen Erfahrungen sind der Bundesregierung zur Unterbringung von UMF in Pflegefamilien bzw. Gastfamilien bekannt?

Für jedes Kind oder jeden Jugendlichen ist im Einzelfall zu prüfen, welche Unterbringungsmöglichkeiten es gibt und welche ihren Bedarfen am besten Rechnung trägt.

Für junge Flüchtlinge, die ohne ihre Eltern nach Deutschland kommen, kann die Unterbringung in einem familiären Lebensort eine gute Perspektive für die Integration, dem Spracherwerb, ihrem Förderungsbedarf und ihrem Schutzbedürfnis sein.

Eine Gastfamilie ist rechtlich eine Pflegefamilie im Sinne des § 33 SGB VIII. Sämtliche betreffenden Regelungen des SGB VIII und auch einschlägige Standards sind daher einzuhalten. Der Begriff Gastfamilien wurde gewählt, weil junge Flüchtlinge häufig in Kontakt zu ihren Familien zuhause stehen und keine „Ersatzeltern“ suchen, sondern Unterstützung und Begleitung bei ihrer Integration in unsere Gesellschaft brauchen.



- c) Welche Projekte zur Gewinnung, Qualifizierung und Betreuung von Gastfamilien/Pflegefamilien mit Schwerpunkt auf UMF fördert die Bundesregierung (bitte aufschlüsseln nach Bundesländern, Trägern, inhaltlicher Schwerpunktsetzung, Projektlaufzeit und Projekt/Förderanteil des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)?

Inwieweit werden speziell Projekte berücksichtigt, die die Beteiligung der UMF in den Mittelpunkt stellen und die Entwicklung von Methoden der Beteiligung grundsätzlich vorsehen?

Die Bundesregierung fördert im Rahmen des Programms „Menschen stärken Menschen“ ein Projekt zur Gewinnung von Gastfamilien, Vormundschaften und Patenschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge mit einer Fördersumme von insgesamt 670 000 Euro für eine Laufzeit von 2 Jahren. Es werden zehn Modellregionen ausgewählt, die eine ausgewogene Repräsentanz zwischen Stadtstaaten, Flächenländern im Osten, Süden, Westen und Norden der Republik abbilden. Ein Schwerpunkt des Projekts ist die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die sogenannte Clearingphase, in der die Perspektiven der Unterbringungsmöglichkeiten für die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge geklärt werden und in denen die Beteiligung der jungen Menschen im Mittelpunkt steht.

### III. Regelung der Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

13. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus Entscheidungen einiger Amtsgerichte, für UMF keinen Vormund zu bestellen (bspw. [www.taz.de/Amtsgericht-unterlaeuft-EU-Richtlinien/!5259807/](http://www.taz.de/Amtsgericht-unterlaeuft-EU-Richtlinien/!5259807/))?

Inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass eine entsprechende Praxis im Widerspruch sowohl zu europarechtlichen Normen als auch zum Bürgerlichen Gesetzbuch (BGB) steht?

Die Bundesregierung bewertet das Vorgehen von Gerichten grundsätzlich nicht.

Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass ein Minderjähriger einen Vormund erhält, wenn er nicht unter elterlicher Sorge steht oder wenn die Eltern weder in den die Person noch in den das Vermögen betreffenden Angelegenheiten zur Vertretung des Minderjährigen berechtigt sind.

Sind sorgeberechtigte Eltern vorhanden, kann eine Vormundschaft nur angeordnet werden, wenn die elterliche Sorge ruht, z. B. weil das Familiengericht festgestellt hat, dass die Eltern die elterliche Sorge auf längere Zeit tatsächlich nicht ausüben können. Die Voraussetzungen des Ruhens sind vom Familiengericht in eigener Zuständigkeit zu prüfen.

14. Inwieweit teilt die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Manuela Schwesig in einem Schreiben an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend des Deutschen Bundestages, nach dem die intensive und persönliche Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen durch Amtsvormünder nicht zu gewährleisten ist („In der Praxis übernimmt das Jugendamt die rechtliche Vertretung (Amtsvormundschaft). Der Amtsvormund betreut bis zu 50 Fälle. Ein ehrenamtlicher Vormund hat demgegenüber die Möglichkeit, sich intensiv und persönlich um die Minderjährigen zu kümmern.“, Schreiben vom 20. Januar 2016, S. 3)?

Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um es den Amtsvormündern – wie gesetzlich in § 1793 Absatz 1a BGB vorgesehen – zu ermöglichen, die Vormundschaft persönlich zu führen?

In der Praxis wird das Jugendamt für die meisten unbegleiteten ausländischen Minderjährigen gegenwärtig in der Regel als Amtsvormund zum Vormund bestellt.

Das Gesetz sieht allerdings demgegenüber den Vorrang der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft vor. Durch das Programm „Menschen stärken Menschen“ befördert das BMFSFJ die Gewinnung von Bürgerinnen und Bürgern, die sich für junge Flüchtlinge durch Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft engagieren wollen. Im Rahmen eines zweijährigen Projektes werden Curricula zur Gewinnung und Schulung von ehrenamtlichen Vormündern entwickelt und erprobt. Darüber hinaus hat das BMFSFJ bei dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben ein Servicetelefon eingerichtet, das interessierte und engagementbereite Bürgerinnen und Bürger fachkundig und gezielt über die Möglichkeiten auch im Bereich der Vormundschaft informiert.

15. Ist der Bundesregierung bekannt, dass es bei der Bestallung von Vormündern für UMF regelmäßig zu Wartezeiten von mehreren Monaten kommt (bspw. [www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/fileadmin/user\\_data/35-helfen-und-gewinnen/download/Broschuere\\_Uneingeschraenkte\\_Rechte\\_fuer\\_junge\\_Fluechtlinge-Stand\\_05.03.2014.pdf](http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/fileadmin/user_data/35-helfen-und-gewinnen/download/Broschuere_Uneingeschraenkte_Rechte_fuer_junge_Fluechtlinge-Stand_05.03.2014.pdf), S. 24 und 25)?

Inwieweit ist dies aus Sicht der Bundesregierung mit den Vorgaben der Dublin-III-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 604/2013, Artikel 6 Absatz 2), der EU-Aufnahmerichtlinie (Richtlinie 2013/33/EU, Artikel 24 Absatz 1) und der EU-Verfahrensrichtlinie (Richtlinie 2013/32/EU, Artikel 25 Absatz 1) vereinbar?

Welche Initiativen gibt es von Seiten der Bundesregierung (bspw. im Rahmen der im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD angekündigten Modernisierung des Vormundschaftsrechts), um den Zugang zum Vormund zu verkürzen?

Wenn es keine Initiativen seitens der Bundesregierung gibt bzw. wenn kein Handlungsbedarf konstatiert wird, warum nicht?

Der Bundesregierung ist nicht bekannt, dass es bei der Auswahl und Bestellung von Vormündern regelmäßig zu Wartezeiten von mehreren Monaten kommt. Die Bestellung eines Vormundes setzt allerdings voraus, dass

- der Betroffene minderjährig ist,
- feststeht, dass keine sorgeberechtigten Elternteile vorhanden sind oder die elterliche Sorge ruht, und
- ein geeigneter Vormund ausgewählt wurde.

Dazu ist zu prüfen, ob vor der Bestellung des Jugendamtes als Amtsvormund ein geeigneter ehrenamtlicher Vormund, insbesondere ein Verwandter oder ein Mitglied eines auf UMF spezialisierten bzw. sonstigen Vormundschaftsvereins oder ein Vormundschaftsverein als Vereinsvormund zur Verfügung steht.

In der Zwischenzeit werden die Belange des Betroffenen durch das Vertretungsrecht des Jugendamtes im Rahmen der vorläufigen Inobhutnahme gewahrt.

16. a) Wie kann aus Sicht der Bundesregierung sichergestellt werden, dass UMF über einen fachlich qualifizierten Vertreter verfügen, so wie dies die Dublin-III-Verordnung (Verordnung (EU) Nr. 604/2013, Artikel 6 Absatz 2) und die EU-Verfahrensrichtlinie (Richtlinie 2013/32/EU, Artikel 25 Absatz 1) vorsehen?

Was ist aus Sicht der Bundesregierung unter dem Begriff der erforderlichen Fachkenntnis (ebd.) zu verstehen?

U. a. durch die Programme „Willkommen bei Freunden“ und „Menschen stärken Menschen“ wird sichergestellt, dass die Betreuung von unbegleiteten Minderjährigen gestärkt und intensiviert wird. Ziel des Programms „Menschen stärken Menschen“ ist insbesondere auch die verstärkte Gewinnung und Qualifizierung von Bürgerinnen und Bürgern als Einzelvormünder. Teil des Programmes ist u. a. die Fortbildung von Vormündern. Hierzu wird auch auf die Antwort zu Frage 14 verwiesen.

Die Anforderungen an einen Vormund ergeben sich aus den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Zusammenschau mit den europarechtlichen Vorgaben.

- b) Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Beschluss des Amtsgerichts Heidelberg zur Einsetzung eines Ergänzungspflegers vom 21. Juli 2015 (31 F 67/15), in dem das Gericht unter Rückgriff auf die EU-Verfahrensrichtlinie u. a. feststellt, dass ein Ergänzungspfleger nach § 1909 BGB zu bestellen ist, wenn die Mitarbeiter der Jugendämter nicht über die entsprechenden Qualifikationen verfügen?

Es wird auf die Antwort zu Frage 13 verwiesen.

Im Übrigen verweist die Bundesregierung auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 29. Mai 2013, Az. XII ZB 530/11, nach der die Bestellung eines Rechtsanwaltes als Ergänzungspfleger zur Vertretung in ausländerrechtlichen Angelegenheiten auch dann unzulässig ist, wenn es dem Vormund an einschlägiger juristischer Sachkunde fehlt. In einem derartigen Fall hat sich der Vormund um eine geeignete Rechtsberatung zu bemühen. In einer weiteren Entscheidung vom 4. Dezember 2013, Az. XII ZB 57/13, der ein Vergütungsstreit eines (unzulässig) als Ergänzungspfleger für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling bestellten Rechtsanwalts mit der Staatskasse zugrunde lag, hat der BGH auch unter ausdrücklicher Einbeziehung der Rechtsakte der EU vom 26. Juni 2013 bestätigt, dass die Bestellung eines Ergänzungspflegers für einen unbegleiteten minderjährigen Flüchtling unzulässig ist und die nach den europäischen Vorgaben vorgesehene sachkundige Vertretung des unbegleiteten minderjährigen Flüchtlings grundsätzlich durch das Jugendamt gewährleistet ist.

17. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dass Jugendämter im Rahmen der rechtlichen Vertretung nach § 42a Absatz 3 SGB VIII während der vorläufigen Inobhutnahme und während der Inobhutnahme einen Asylantrag für in Obhut genommene Minderjährige stellen können, nicht aber die Vertretung in der Anhörung übernehmen können (bitte begründen)?

Wie ist es aus Sicht der Bundesregierung möglich, dass UMF zeitnah nach dem Clearingverfahren einen Asylantrag stellen können, angesichts der Tatsache, dass die Bearbeitungskapazitäten des BAMF beschränkt sind und die Bestellung der Vormünder (siehe Frage 14) sich oftmals verzögert?

Welche Maßnahmen sind von Seiten der Bundesregierung zur Verbesserung der Situation angedacht?

Nach § 42a Absatz 3 SGB VIII und § 42 Absatz 2 Satz 4 SGB VIII ist das Jugendamt berechtigt und verpflichtet, alle Rechtshandlungen vorzunehmen, die zum Wohl des Kindes oder des Jugendlichen notwendig sind. Damit ist das Jugendamt berechtigt, einen Asylantrag zu stellen und den Betroffenen in der Anhörung zu vertreten. Für die Wahrnehmung und Ausübung der Personen- und Vermögenssorge ist im Übrigen unverzüglich ein Vormund zu bestellen, der ab seiner Bestellung den asylsuchenden Minderjährigen auch im Asylverfahren unterstützt und vertritt, um sein Kindeswohl zu wahren und erforderliche Rechtshandlungen vorzunehmen.

Die Bundesregierung ist bestrebt, das Asylverfahren weiter zu beschleunigen.

18. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Praxis der Bestellung von Vormündern für UMF, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und aufgrund von rechtlichen Vorgaben des Herkunftslands die Volljährigkeit erst zu einem späteren Zeitpunkt erreichen (Artikel 24 EGBGB)?

Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Volljährigkeitsgrenzen in den Herkunftsländern der UMF (bitte nach Herkunftsländern, Altersgrenzen und dem Familienstand ledig/verheiratet aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung hat keine Kenntnisse über die Bestellung von Vormündern für unbegleitete Minderjährige, die nach den maßgeblichen Vorschriften ihres Heimatstaates später als nach deutschem Recht volljährig werden.

Der Bundesregierung liegt keine Liste über das Volljährigkeitsalter in Herkunftsländern von unbegleiteten Minderjährigen vor. Aus allgemein zugänglichen Quellen, z. B. Bergmann/Ferid/Henrich, „Internationales Ehe- und Kindschaftsrecht“, lässt sich entnehmen, dass in Syrien minderjährig ist, wer noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet hat (Art. 162 des syrischen Personalstatutgesetzes, Stand 31. Dezember 1975).

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass Artikel 24 EGBGB weitgehend durch vorrangig anwendbare staatsvertragliche Sonderregelungen verdrängt wird. Hierzu zählt auch das Haager Übereinkommen vom 13. Januar 2000 über den internationalen Schutz von Erwachsenen (BGBl. 2007 II 323).

# Experteninterviews: Grenzen der Amtsvormundschaft

Problemlokalisierung in der Amtsvormundschaft für UMA durch eine Datenerhebung anhand von Experteninterviews mit Amtsvormündern im Alb-Donau-Kreis.

## Einführung

Ich habe für Sie 6 Fragen vorbereitet, die Sie mir als Experte sicherlich beantworten können. Mit Ihren Antworten untermauere ich meine Umfrage, die ich zum gleichen Thema in den Jugendämtern in Baden-Württemberg durchführe, um eventuelle Fehlinterpretationen der Umfrage zu verhindern.

Ihre Aussagen werden selbstverständlich anonymisiert. Um das Interview als Quelle in meiner Arbeit verwenden zu können muss ich dieses wortgetreu schriftlich verfassen. Deshalb möchte ich Sie hiermit ausdrücklich fragen, ob Sie mit der Aufzeichnung dieses Gesprächs einverstanden sind. Der Tonträger dient lediglich zur späteren Verschriftlichung des Interviews.

## Interviewleitfaden:

Nach Gläser, „Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse“, 2009. 4. Auflage.

### **1. Zur Person**

- Wie lange sind Sie schon als Vormund tätig?
- Welchen Werdegang haben Sie absolviert (Studium, vorherige Stellen etc.)?
- Seit wann haben Sie auch Vormundschaften für UMA übernommen?
- Was ist der Unterschied oder die Besonderheit der Vormundschaft für die UMA im Gegensatz zu den anderen Vormundschaften?

### **2. Was halten Sie von einer Spezialisierung Ihres Arbeitsplatzes (im ADK) auf einen bestimmten Fachbereich (Beistandschaft – Vormundschaft/ Pflegschaft)?**

- Ist dadurch das Vertiefen der Fachkenntnisse gegeben?
- Wie beurteilen Sie die Spezialisierung in Hinsicht auf die möglicherweise eintönigeren Arbeitsinhalte?

### **3. Der Soll-Kontakt zwischen Vormund und seinem Mündel ist auf einmal im Monat gesetzlich festgelegt.**

**Wie oft findet tatsächlich der Kontakt zwischen Vormund und Mündel (UMA) statt?**

- Haben Sie das Gefühl UMA benötigen mehr Kontakt zu ihrem Vormund als andere Mündel?
- Falls ja, können Sie diesen Mehrbedarf dann auch realisieren?
- Welche Gründe führen zu diesem Mehrbedarf?

**4. Sind Sie als Vormund eine wichtige Bezugs- und Vertrauensperson?**

- Sehen Sie hier die Betreuer oder die Pflegefamilien eher in der Rolle der Beziehungs- und Vertrauensperson?
- Welche Erfahrungen haben Sie in Ihrem bisherigen Umgang mit UMA gemacht?

**5. Wo sehen Sie die Vorteile der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft?**

- Kann ein ehrenamtlicher Einzelvormund durch ein großzügigeres Zeitbudget eher zu einer wichtigen Bezugsperson werden? (Auch über die Minderjährigkeit hinaus)

**6. Wo sehen Sie die Nachteile der ehrenamtlichen Einzelvormundschaft?**

- Sind fehlende Fachkenntnisse (anzuwendendes Recht, Psychologische Faktoren, Behördengänge) ein Hinderungsgrund für den Einsatz von ehrenamtlichen Einzelvormündern?
- wüssten Sie sonstige Nachteile?

## **Arbeits- und Orientierungshilfe**

# **Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Vormündern**

**Stand 01.07.2013**



## **Qualitätsstandards für Vormünder**

**Gemeinsam herausgegeben:**

**LVR–Landesjugendamt Rheinland**

**LWL–Landesjugendamt Westfalen**

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeber**

Landschaftsverbandes Rheinland (LVR)	Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL)
LVR-Landesjugendamt Rheinland 50679 Köln	LWL-Landesjugendamt Westfalen 48133 Münster
Telefon: +49 (0) 221 809-0	Telefon: +49 (0) 251 591 57 80
Fax: +49 (0) 221 809 2200	Fax: +49 (0) 251 591 68 98
Internet: <a href="http://www.jugend.lvr.de">www.jugend.lvr.de</a> ,	
E-Mail: <a href="mailto:post@lvr.de">post@lvr.de</a>	

### **Redaktion**

Hans Werner Pütz LVR-Landesjugendamt Rheinland  
Tel: 0221 809 4411  
Antje Krebs LWL-Landesjugendamt Westfalen  
Tel: 0251 591 5780

### **Titel, Gestaltung, Satz:**

Siegmar Lehmann LVR-Landesjugendamt Rheinland

### **Druck**

Druckerei des Landschaftsverbandes Rheinland

Köln, Juli 2013



## Inhalt

<b>1. Einleitung</b>	7
<b>2. Ausgangssituation</b>	8
<b>3. Konzept und Umsetzung</b>	10
3.1 Werbung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vormündern	10
3.2 Fallkonstellationen im Bereich von Vormundschaften und Pflegschaften	12
3.3 Schulung	14
3.4 Beratung und Unterstützung	15
<b>4. Die Weiterentwicklung der Aufgaben des Fachdienstes Vormundschaften</b>	16



## Einleitung

Die ehrenamtlichen Einzelvormundschaften haben nach der gesetzlichen Regelung des § 1791 b Vorrang vor allen anderen Formen der Vormundschaft. Leitprinzip: Ehrenamtliche Einzelvormundschaften vor Vereinsvormundschaften und grundsätzliche Nachrangigkeit der Amtsvormundschaft (§ 1791 b BGB).

Das Amt der Vormundschaft ist damit grundsätzlich als ehrenamtliche Einzelvormundschaft konzipiert. Die Jugendämter sind gehalten, ehrenamtliche Einzelvormundschaften zu fördern (§ 53 SGB VIII i. V. m. § 4, Abs. 2 SGB VIII, Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 18./ 19.05. 2006). Das erfordert ein innovatives, konzeptionell handelndes Jugendamt, das durch die Vormundschaftsabteilung mit der Jugendhilfeplanung in Kooperation mit anderen Trägern die Gewinnung von ehrenamtlichen Einzelvormündern realisiert.

## Merkmale entwicklungsorientierter Gestaltung der Einzelvormundschaft

- Kind als Subjekt eigener Rechte und Interessenslagen - § 12 der UN Kinderrechtskonvention
- Beteiligung des Kindes/Jugendlichen (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe Beteiligung des Mündels**)
- Persönlicher Kontakt mit dem Kind/Jugendlichen
- Klares Rollen- und Haltungskonzept des Vormundes

## 2. Ausgangssituation

### **Merkmale nicht gesetzeskonformer Vormundschaftsführung:**

- Vormundschaft als Mündelverwaltung
- Kind als Objekt
- Amtsvormundschaft als vorrangiges Organisationsprinzip
- Hohe Fallzahlen (zwischen 80 und 200)
- Trennung von Betreuung / Beziehung zum „Mündel“ und administrativer Führung der Vormundschaft
- Institutionelle Konflikthäufigkeit
- Ausblendung alternativer Formen des Führens einer Vormundschaft
- Geringes Rollen-, Haltungs- und Fachverständnis
- Mischarbeitsplatz bei Verbindung mit leistungsgewährenden Aufgaben (§ 16 SGB X)
- Automatismus bei der Bestellung des Amtsvormundes

### **Verteilung nach der bisherigen Praxis<sup>1</sup>:**

- Einzelvormundschaften 10 %
- Vereinsvormundschaften 4 - 5 %
- **Amtsvormundschaften ca. 85 %**

### **Was qualifiziert Einzelvormünder?**

*Ehrenamtliche Einzelvormünder sind engagierte Bürgerinnen und Bürger. Sie bringen vielfältige Erfahrungen und Qualifikationen aus ihren beruflichen/persönlichen Hintergründen in die Führung der Vormundschaft hinein.*

---

<sup>1</sup> Nach Erhebungen im Forschungsbericht zu Einzelvormundschaften des ISA 2006

Ehrenamtliche Einzelvormünder investieren viel Zeit für ihre Mündel, in der Regel mehr als Hauptberufler dies tun können. Die Beziehungsintensität zwischen Vormund und Mündel, die Kenntnis vom und über das Kind / den Jugendlichen wird hierdurch nachhaltig gefördert. Die Mündel profitieren von den Ressourcen ihrer ehrenamtlichen Einzelvormünder. Ehrenamtlichen Einzelvormündern ist die persönliche Beziehung zum Mündel wichtig. Das setzt sich häufig auch nach Erreichen der Volljährigkeit fort. Sie sind konstante Bezugspersonen, die sich durch das „Persönliche“ auszeichnen.

Jedoch:

*Einzelvormundschaft ist kein Instrument  
zur Kosten- und Personaleinsparung.*

### 3. Konzept und Umsetzung

#### 3.1 Werbung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vormündern

Ehrenamtliche Vormünder müssen durch das Jugendamt in Kooperation mit anderen freien Trägern der Jugendhilfe (Vereinen, Organisationen, Kirchengemeinden, etc.) gewonnen werden. Dafür sollen durch die örtliche Tagespresse, das Lokalradio/ -fernsehen etc. Einzelpersonen angesprochen werden (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“**).

Im Rahmen einer ersten Informationsveranstaltung, welche durch das Jugendamt und/oder von den Kooperationspartnern organisiert und durchgeführt wird, sollen Interessierte zunächst über die Arbeit des Vormundes informiert werden. Hierzu gehören die gesetzlichen Aufgabenbereiche, u.a. die Wahrnehmung der elterlichen Sorge für das Kind/den Jugendlichen durch Kontakt und Beziehung; die Beantragung und Inanspruchnahme von Sozialleistungen durch einen Vormund.

Die zukünftigen Vormünder müssen gem. § 72a SGB VIII nach Vorlage der notwendigen Unterlagen (Bewerberbogen, polizeiliches Führungszeugnis, ärztliches Attest etc.) in Einzelgesprächen überprüft und sollen im Rahmen von Gruppenarbeit und Schulungen auf die neue Aufgabe vorbereitet werden.

§ 1779 BGB schreibt die Auswahl und Eignung des Vormundes vor. Als Vormund ist geeignet, wer ferner die folgenden persönlichen Voraussetzungen erfüllen kann:

- Soziale und pädagogische Kompetenz.
- Kooperationsbereitschaft: Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Fachkräften, Eltern, oder anderen Bezugspersonen.
- Flexibilität: Ausrichtung des Handelns an den persönlichen Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand des Kindes/Jugendlichen.
- Physische und psychische Belastbarkeit: belastende Situation aushalten können.
- Verantwortungsbereitschaft: Treffen von Entscheidungen für wichtige Lebensfragen des Kindes
- Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen: Spannung zwischen eigenem Tun und Einholung fremder Hilfe.
- Respekt vor der Person des Kindes: Wertschätzung gegenüber den Fähigkeiten des Kindes; Förderung der Persönlichkeit des Kindes...
- Selbstverständnis als Interessensvertreter des Kindes: Die Interessen und Rechte des Kindes/Jugendlichen stehen im Mittelpunkt.
- Kongruentes Verhalten: Offene Entscheidungsprozesse, Transparenz und Beteiligung des Kindes/Jugendlichen an allen Fragen.

### 3.2 Fallkonstellationen im Bereich von Vormundschaften und Pflegschaften

Ob eine Einzelperson, ein Verein oder das Jugendamt dem Familiengericht als Vormund/Pfleger vorgeschlagen werden kann, ist von der „Schwere“ und den Anforderungen des Einzelfalls abhängig und bedarf daher der vorherigen Prüfung.

Im Folgenden wird dargestellt, welche Zuordnungen aus fachlicher Sicht für sinnvoll erachtet werden:

	Vormundschaften/Pflegschaften	Einzel-vormund	Freie Träger	Jugendamt (Amtvormundschaft)
<b>Gesetzliche Amtvormundschaften</b>	Kind einer nicht verheirateten minderjährigen Mutter (§1791 c BGB)	nein	nein	ja
	Ruhen der elterlichen Sorge bei Adoption	nein	nein	ja <sup>3</sup>
<b>Bestellte Vormundschaften</b>	Bestellung durch Gericht nach Entzug der elterlichen Sorge gem. § 1666 BGB	ja <sup>4</sup>	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>
(Prüfung im Einzelfall)	Vormundschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge	ja <sup>1</sup>	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>
	Ruhen der elterlichen Sorge bei rechtlichem Hindernis (z.B.: psychische Erkrankung von Sorgeberechtigten)	ja	ja <sup>2</sup>	ja <sup>3</sup>



<b>Bestellte Pfleg- schaften</b> (Prüfung im Einzelfall)	Personensorgerechtpflegschaften (Entzug gem. § 1666 BGB)	<b>ja<sup>4</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>
	Aufenthaltsbestimmungspflegschaften (Entzug nach § 1666 BGB) **	<b>ja<sup>4</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>
	Vermögenspflegschaften *	<b>ja<sup>1</sup></b>	<b>ja</b>	<b>ja</b>
	sonstige Ergänzungspflegschaften (Aussage, Prozess etc.)	<b>ja<sup>1</sup></b>	<b>ja<sup>2</sup></b>	<b>ja<sup>3</sup></b>

**Legende:**

1. Vorrangiges Betätigungsfeld von Einzelvormündern/-pflegern
2. In besonderen Einzelfällen
3. Hochkomplexe und schwierige Fallkonstellationen
4. nach Lage des Einzelfalls

**Erläuterungen:**

\* Vermögenspflegschaften sollten vorzugsweise fachkundigen Einzelpflegern (Rechtsanwälte, Steuerberater, Finanzbeamte, Betriebswirte u. a.) übertragen werden.

\*\*Kinder und Jugendliche, welche zu diesem Personenkreis zählen, haben aufgrund ihrer Vorerfahrungen einen besonders hohen Bedarf an Hilfe und Unterstützung durch den gesetzlichen Vertreter.

Jugendhilfemaßnahmen werden von den Betroffenen oftmals abgelehnt oder greifen nicht. In schwierigen Fällen kommt es daher häufig bei älteren Kindern und Jugendlichen zu Konflikten mit einzelnen Mitarbeitern der Einrichtung oder auch zu körperlichen Auseinandersetzungen mit anderen Bewohnern einer Heimgruppe.

Zur Vermeidung von Eigen- und Fremdgefährdung ist häufig eine vorübergehende Unterbringung des Mündels in die Kinder- und Jugendpsychiatrie notwendig. Diese Situation erfordert ein hohes Maß an Einsatzfähigkeit und Belastbarkeit des Vormundes/Pflegers. In diesen Fällen sollte daher von einer Einzelvormundschaft abgesehen werden. Die ausschließliche Übertragung des Aufenthaltsbestimmungsrechts hat zur Folge, dass der Pfleger in vielen Fällen sehr eingeschränkte Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeit für sein Mündel hat und sich die Zusammenarbeit mit den Eltern als sehr schwierig erweist. Die Übertragung der Pflegschaft sollte daher auf einen Träger der Jugendhilfe oder das Jugendamt erfolgen.

### **3.3 Schulung**

Die Bestandteile der Schulung für zukünftige ehrenamtliche Vormünder sind u.a.: Das Informationsgespräch (Einzelgespräch) im Jugendamt.

Die Gruppenarbeit:

Die zu vermittelnden Inhalte müssen sich auf alle Formen der Vormundschaften und deren Aufgabenbereiche beziehen:

- Vermittlung von gesetzlichen Grundlagen für die Aufgabenerledigung des Vormundes
- Die Aufgaben des Vormundes (Beteiligung, Hilfeplanung, Berichterstattung, etc.)
- Die Rolle des Vormundes gegenüber dem Mündel (Kontakte, Verbindlichkeit, Verlässlichkeit, Parteilichkeit, etc.)
- Die Rolle des Vormundes in der Zusammenarbeit mit anderen Beteiligten (Jugendhilfe, Familiengericht, Einrichtungen, Eltern etc.)
- Vermittlung von sozialpädagogischen und psychologischen Inhalten

Das Abschlussgespräch (Auswertung der Schulung) in Form von Einzelgesprächen.

Es bedarf einer sorgfältigen Auswahl und Anbahnung bei einer Einzelvormundschaft unter Beachtung des Datenschutzes, sowohl auf Seiten des Kindes und Jugendlichen als auch mit Blick auf den potentiellen Vormund.

### 3.4 Beratung und Unterstützung

Der Fachdienst Amtsvormundschaft des Jugendamtes ist zentraler Ansprechpartner für alle im Bereich der Vormundschaften tätigen Personen und Institutionen.

Ist eine Einzelperson zum Vormund bestellt, so kann sie jederzeit auf das Beratungs- und Unterstützungsangebot des Jugendamtes zurückgreifen (§ 53 Abs. 2 SGB VIII).

Der Fachdienst organisiert und führt **Sonderveranstaltungen und Fortbildungen** für Einzelvormünder in Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern durch.

Er stellt den regelmäßigen Austausch zwischen den Beteiligten im Rahmen eines **örtlichen Arbeitskreises** sicher (Qualitätsentwicklung). Ständige Teilnehmer sind: Familienrichter, Rechtspfleger, freie Träger der Jugendhilfe, das Jugendamt u a. Beteiligte.

Der Fachdienst übernimmt die Geschäftsführung und ist für die Organisation und Durchführung verantwortlich.

Der „Amtsvormund“ wird zum Praxisberater.

#### 4. Die Weiterentwicklung der Aufgaben des Fachdienstes Vormundschaften Zukünftig sollen folgende Aufgaben verstärkt umgesetzt werden:

Neben der Führung von Vormundschaften und Pflegschaften ist die Gewinnung, Überprüfung, Schulung, Beratung und Unterstützung von Einzel- und Vereinsvormündern Aufgabe des Fachdienstes.


**Er unterstützt das Familiengericht** im Rahmen des Verfahrens bei Entscheidungen über die Einrichtung einer Vormundschaft oder die Umwandlung einer Amtsvormundschaft in eine Einzelvormundschaft durch Sachverhaltsklärung und sozialpädagogische Stellungnahme. Er macht durch kontinuierliche Werbung und entsprechende Öffentlichkeitsarbeit den Aufgabenbereich des Vormundes bekannt (s. auch **Arbeits- und Orientierungshilfe „Öffentlichkeitsarbeit“**).

Umsetzung in einem festgelegten Zeitraum.

Übersicht der Arbeitsschritte	Inhalt
Eignungsprüfung des Vormundes	Welcher Vormund passt zu welchem Kind? Prinzip: der Bedarf des Kindes ist vorrangig!
Information	Der in Aussicht genommene Vormund wird ausführlich informiert und mit allen Informationen zum Kind versorgt. Frage: Bereitschaft?
Beteiligung d. Kindes	Das Kind wird mit der Möglichkeit einer Einzelvormundschaft vertraut gemacht. Wille des Kindes? Der Erfolg einer Einzelvormundschaft hängt insbesondere von der Bereitschaft des Kindes hierzu ab.
1. Kontakt	Erster Kontakt: Vormund und Kind lernen sich persönlich kennen. 1. Eindruck. Der Amtsvormund begleitet das Treffen.
Probezeit / Gründungsphase	Das Kind gibt den Rhythmus und die Zeit vor.
Helfersystem	Vertraut machen mit dem Helfersystem u. Integration in den Helferkontext.
Kontrakt / Vereinbarung	Wie arbeiten beide zusammen. Was sind Ziele und Aufgaben. Was können beide voneinander erwarten?
Praxisberatung Vormundschaft	Begleitung d Amtsvormund (oder Vereinsvormund), Coachingangebot, Fortbildung, Stammtisch, Administration

Anlage: Schaubild zur Konzeptgestaltung

Konzeptgestaltung zur Werbung, Schulung und Begleitung ehrenamtlicher Einzelvormünderinnen und Einzelvormünder									
Gewinnung		Öffentlichkeitsarbeit							
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Pressemitteilungen</li> <li>- Pressetermine</li> <li>- Auftaktveranstaltung</li> </ul>							
		↓		↓		↓		↓	
Beratung / Schulung		<b>1. Abend</b>		<b>2. Abend</b>		<b>3. Abend</b>		<b>4. Abend</b>	
		Einführung Was ist eine Vormundschaft? Was ist zu beachten? Fallbeispiele		Sozialpädagogische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft		Juristische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft		Psychologische Aspekte bei der Führung einer Vormundschaft	
		↓		↓		↓		↓	
		<b>Vermittlung Einzelvormünderinnen, Einzelvormünder - Mündel</b>							
		<ul style="list-style-type: none"> <li>- Berücksichtigung des Mündelwunsches</li> <li>- Organisation der Kontaktaufnahme zu potenziellen Mündeln</li> <li>- Stellungnahme an das Amtsgericht</li> <li>- Bestellung des / der Ehrenamtlichen</li> </ul>							
Unterstüt-				↓					

	<b>Coaching der ehrenamtlichen Einzelvormünderinnen und Einzelvormünder</b>					
	Beratung und Beteiligung durch - das Jugendamt - freie Träger der Jugendhilfe					
						
	<b>Weiterbildung zu relevanten Themenbereichen</b>					









Kodierung Frage 7

Haben Sie vor, den Einsatz von ehrenamtlichen Einzelvormündern für UMA zu fördern?	Abgegebene Stimmen
<b>JA</b>	7
<b>NEIN</b>	18
	25
<b>Wenn JA, in welcher Form?</b>	
nicht geklärt	1
Werbung	4
Gewinnung, Schulung und Betreuung der Ehrenamtlichen	1
Projektarbeit	1
<b>Wenn NEIN; warum nicht?</b>	
Schulung und Betreuung der Einzelvormünder nicht zu gewährleisten im Moment	3
schwierige Rechtslage/ fehlende Fachkompetenz	4
Versuch der Förderung scheiterte	2
Mangel an Ehrenamtlichen	1
Erschwerte Zusammenarbeit ASD/Vormund	1
Gericht nicht überzeugt	1
nicht vorgesehen	2
keine Arbeitersparnis	1
fehlender Träger für ehrenamtliche Vormünder vorhanden	1
fehlende Ressourcen	2
kein Thema, nicht gewünscht	3

## Fragenkatalog: Projekt zur Gewinnung von ehrenamtlichen Einzelvormündern für UMAs.

Landratsamt Biberach  
Frau Hader

07.06.2016  
14.00-16.00 Uhr

### **Aufbau und Organisation** des Jugendamtes in Biberach?

Das Landratsamt Biberach hat nach der Reform im Jahr 2012 die allgemein verbreiteten Mischarbeitsplätze in spezialisierte Arbeitsplätze nach und nach umstrukturiert. Zunächst wurden Schwerpunkte in der Vormundschaft gebildet (Rest war noch Beistandschaft + Beurkundung). Seit Anfang 2015 sind die Bereiche Vormundschaft/Pflegschaft einerseits und Beistandschaft/Beurkundung andererseits komplett getrennt.

Kritisch: Durch die Spezialisierung wurde die Stellenbewertung herabgesetzt (A 10) dadurch erhöht sich auch die Fluktuation auf diesen Stellen.

Frau Hader ist Sachgebietsleiterin des Sachgebiets Unterhalt und Vormundschaften (mit den Schwerpunkten Beistandschaften, Unterhaltsvorschuss, Pflegschaften/Vormundschaften)

Wie entstand die **Idee**, ehrenamtliche Einzelvormünder für die UMAs in Biberach zu gewinnen? Wie hat sie sich entwickelt?

### **Wann** entstand die Idee?

Die Idee war schon lange da. Umgesetzt werden konnte sie erst durch den hohen Zugang von unbegleiteten minderjährigen Ausländern.

Zuerst wurde die Idee von Frau Hader bei der Dezernats- und Amtsleitung vorgestellt und die Vorgehensweise abgestimmt.

Es wurde anschließend diskutiert, ob zuerst ein Konzept entwickelt und dieses dann in der Praxis umgesetzt werden soll. Die andere Möglichkeit war, das Projekt sofort in der Praxis zu starten und das Konzept auf Grund des Projektverlaufs zu erstellen. Aus Zeitgründen entschieden sich die Verantwortlichen für die sofortige Umsetzung in der Praxis.

Die Projektleitung hat sich bewusst gegen eine Öffentlichkeitsarbeit entschieden und versuchte die Gewinnung von potentiellen Ehrenamtlichen durch Beziehungen zu geeigneten Personen zu decken.

Man ging also gezielt auf die bekannten Personen zu und fragte diese, ob sie bereit wären eine Einzelvormundschaft zu übernehmen. In Zusammenarbeit mit diesen Personen wurde das Projekt dann durchgeführt.

Anfangs erfolgte eine Informationsveranstaltung für die Amtsvormünder im Amt, um das neue Projekt vorzustellen und dessen Konsequenzen offen zu legen und zu besprechen. Durch diesen Schritt sollte mögliches Konkurrenzdenken zwischen den Amtsvormündern und den Einzelvormündern vermieden werden.

Ende November fand eine Auftaktveranstaltung für alle interessierten potentiellen Einzelvormünder statt. Hier wurden diese in einer kleinen Schulung über ihre späteren Aufgaben als ehrenamtlicher Vormund aufgeklärt. Abläufe und benötigte Informationen für die Vormundschaft wurden kommuniziert. Dabei nahm auch eine Rechtspflegerin des Amtsgerichts teil, um die Abläufe bei Gericht zu erklären. Des Weiteren waren Frau Hader als Projektverantwortliche, und ein Amtsvormund anwesend, sodass hier Erfahrungswerte und Abläufe in der Amtsvormundschaft erklärt werden konnten. Ebenfalls war ein Sachgebietsleiter des Sozialen Dienstes anwesend, um den pädagogischen Teil der Vormundschaft abzudecken.

Nach dieser Auftaktveranstaltung konnten sich die potentiellen Personen offiziell bewerben. Nach der Bewerbung wurden die Personen anhand dieser auf ihre Geeignetheit geprüft. Hierzu wurde auch ein ausführliches Führungszeugnis angefordert.

Anfang Januar wurden die potentiellen Einzelvormünder einem UMA zugeordnet. Dies erfolgte durch einen Profilabgleich, bei dem Wünsche und Bedingungen von Vormund und Mündel beachtet wurden, um so eine harmonische Beziehung zwischen Vormund und Mündel zu fördern.

Anschließend wurde ein „Kennenlerngespräch“ für den neuen Vormund und sein Mündel organisiert. Dieses Treffen fand in der Gastfamilie des UMAs, in seiner gewohnten Umgebung statt. Der interessierte Einzelvormund, ein Mitarbeiter des Pflegekinderdienstes (PKD) und die Gastfamilie sowie das Mündel waren bei diesem „Kennenlerngespräch“ anwesend.

In allen vermittelten Fällen waren beide Beteiligten mit der Vormundschaft einverstanden. Auch die Mündel wurden gefragt.

Nun musste der offizielle Wechsel von der Amtsvormundschaft zur ehrenamtlichen Einzelvormundschaft erfolgen. Hierbei wurden beim Familiengericht Anträge auf Entlassung aus den Amtsvormundschaften gestellt und die Einsetzung des ehrenamtlichen Vormunds beantragt. Hierbei gab es zeitliche Verzögerungen, da das Gericht zum einen die Ehrenamtlichen auf ihre Geeignetheit durch Einholung von

unterschiedlichen Unterlagen überprüft hat und zum anderen die Mündel (mit Dolmetscher) jeweils angehört hat.

Nach der Bestellung des Ehrenamtlichen als Vormund konnte dieser mit seiner Arbeit beginnen. Das Projekt läuft nun ein knappes halbes Jahr. Die Vormundschaften verlaufen ruhig, bisher gab es keine bekannten Konflikte, Unzufriedenheiten oder Probleme.

Da das Projekt noch in seiner Testphase ist, wurden gezielt Jugendliche UMAs, die in kurzer Zeit volljährig werden als Mündel gewählt sodass die Vormundschaft durch die Volljährigkeit beendet wird. Hier ist der nächste Schritt dem Ehrenamtlichen einen neuen UMA als Mündel zuzuteilen.

Ebenfalls ist in naher Zukunft ein Treffen geplant in dem sich die Ehrenamtlichen über ihre Erfahrungen und Kenntnisse austauschen können.

**Stieß die Idee auf viel Widerspruch in Ihrer Organisation oder wurde die Idee gut angenommen?**

Durch die Beteiligung und Aufklärung der Amtsvormünder zu einem sehr frühen Zeitpunkt, konnten Konkurrenzdenken oder negative Entwicklungen verhindert werden.

Hier sollte auch die Chance beachtet werden, dass auch die Amtsvormünder von den Ehrenamtlichen lernen können und somit ein Synergieeffekt entstehen könnte.

**Wie wurde das Projekt in der Organisation vorgestellt und implementiert? Nur wenn alle Mitarbeiter auch an den Erfolg des Projektes glauben kann es auch erfolgreich umgesetzt werden, ist das richtig?**

Das Projekt wurde von der Amtsleitung und der Dezernentin abgesegnet. Die Mitarbeiter wurden zu einem frühen Zeitpunkt informiert.

Die Ehrenamtlichen müssen vom Jugendamt insbesondere zu Beginn ihrer Tätigkeit gut beraten werden. Diese Beratungen führen die Amtsvormünder aus. Im Sinne einer Patenschaft stehen den Ehrenamtlichen Ansprechpartner zu Verfügung, die ihnen bei Fragen oder Problemen weiterhelfen.

Durch dieses Konzept wurden alle Mitarbeiter aktiv in das Projekt mit einbezogen. Der Mehraufwand für die Amtsvormünder wird dokumentiert.

**Welche Werbemaßnahmen wurden durchgeführt, um die potentiellen Ehrenamtlichen zu erreichen?**

Es wurden keine Werbemaßnahmen durchgeführt, da nicht öffentlich nach geeigneten Einzelvormündern gesucht wurde. Wie bereits oben genannt wurden die potentiellen Einzelvormünder gezielt auf das Angebot angesprochen und dadurch gewonnen.

**Welche Personengruppen und Zielgruppen** hatten Sie bei den Werbemaßnahmen ins Auge gefasst? Welche Personengruppen sehen Sie als geeignet an und warum?

Es wurden gezielt engagierte Personen gesucht, die in den meisten Fällen auch schon wertvolle Kenntnisse für die Vormundschaft mitgebracht haben. Vor allem ehemalige Mitarbeiter und Personen aus dem Bereich der Jugend- und Sozialarbeit wurden angesprochen.

Das Vorwissen und die Erfahrung mit der Rechtsmaterie oder mit dem Umgang mit Kindern und Jugendlichen im Allgemeinen sind wertvolle Eigenschaften, die es den Ehrenamtlichen erleichtern eine qualitativ gute Vormundschaft zu führen.

**Wie viele Einzelvormünder** haben Sie seit der Implementierung des Projektes bereits gewonnen, **welchen Personengruppen** entsprechen diese?

Die angesprochenen Personen waren/sind in folgenden Berufsfeldern tätig:

- Pensionierter Sozialarbeiter
- Mitarbeiter des Jugendamtes in Elternzeit
- Ehemalige Kinderärztin
- Familienberaterin

Wie bereiten Sie die Ehrenamtlichen auf ihre, doch manchmal schwierige Aufgabe vor? Wie gestalten sich die **Schulungen**?

Vor allem das Ausländer- und Asylrecht gilt als sehr komplex. Wie werden diese Kenntnisse vermittelt?

Die Ehrenamtlichen wurden bei der Auftaktveranstaltung über alles Wichtige informiert. Des Weiteren hat es parallel zur Ausführung der Vormundschaft Schulungen im pädagogischen und rechtlichen Bereich (Trauma, Asyl- und Ausländerrecht) durch hausinterne Dozenten des LRA Biberach gegeben.

Dadurch, dass viele der ehrenamtlichen Einzelvormünder aus diesem Berufsfeld der Vormundschaft oder der Sozialarbeit kommen, fällt ihnen die Orientierung im Asyl- und Ausländerrecht nicht schwer. Manche haben bereits ein fundiertes Rechtswissen, das ihnen in dieser Rolle zu Gute kommt.

Gibt es während der Vormundschaft auch weitere **Treffen**? Haben diese eine gewisse Kontinuität? (Austausch von Erfahrungen unter den Ehrenamtlichen, Weiterentwicklung des Wissenshorizontes, etc.)

In naher Zukunft (ca. Mai 2016 → Termin verschoben) soll ein Treffen stattfinden, bei dem sich die Ehrenamtlichen austauschen können über Erfahrungen, Herausforderungen, Probleme. Dabei kann das Jugendamt in diesem Rahmen Verbesserungspotentiale entdecken und das Projekt somit optimieren.

Die Regelmäßigkeit dieser Treffen ist hier nicht gegeben. Jedoch hat auch keiner der Ehrenamtlichen Bedarf zu solch einem Treffen geäußert. Ebenfalls sind diese auch untereinander vernetzt, sodass das Jugendamt als Vermittler nicht unbedingt benötigt wird.

Fortbildungsmaßnahmen finden bei Bedarf statt (z.B. die Pädagogische Schulung zum Thema Trauma)

Wie **stemmen** Sie den **Mehraufwand**, der durch die Betreuung der Ehrenamtlichen und durch die Schulungen anfallen? (zusätzliches Personal ?)

Die konkrete Betreuung und Beratung im Einzelfall erfolgt durch die Amtsvormünder, die Organisation des Projektes wurde in der Vergangenheit von Frau Hader gestemmt. Der Mehraufwand der Amtsvormünder wird bei der Verteilung der Fälle von der Sachgebietsleitung berücksichtigt.

Das weitere Vorantreiben dieses Projektes sowie die geplante Öffentlichkeitsarbeit müsste durch eine 0,5- Stelle besetzt werden, da die Kapazitäten ausgeschöpft sind. Diese Stelle soll die Werbung, Prüfung, und Beratung der Ehrenamtlichen übernehmen sowie die Zuordnungen der Ehrenamtlichen zu ihren Vormündern regeln. Die organisatorischen und beraterischen Tätigkeiten sollen demnach durch die 0,5-Stelle abgedeckt werden.

Wie gestalten sich die **Beratungshilfen durch das Jugendamt** für die Ehrenamtlichen?

Wie bereits erwähnt, erfolgt die Beratung durch die Amtsvormünder des Jugendamtes. Sie stehen den Ehrenamtlichen in allen vormundschaftsbezogenen Fragen zu Verfügung.

Die angesetzten Schulungen entlasten hierbei die Aufgabe der Amtsvormünder, da sich die Ehrenamtlichen auch durch die Schulungen Wissen aneignen können.



**Gesammelte Erfahrungswerte:** Haben die Vormundschaften funktioniert? Gab es Probleme oder Schwierigkeiten, wenn ja welche?

Bisher hat es das Treffen mit dem Erfahrungsaustausch noch nicht gegeben und soll erst in naher Zukunft erfolgen. Hierbei würden die Erfahrungen und Probleme sicherlich zur Sprache kommen.

Bisher verliefen die Vormundschaften der Ehrenamtlichen ruhig, es kam zu keinen Problemen, die die Einzelvormundschaft in Frage gestellt hätten.

In Einzelgesprächen mit den ehrenamtlichen Einzelvormündern gab es bisher nur positive Rückmeldungen.

Für **17-18 Jährige UMAs** ist der Amtsvormund nur für einen sehr kurzen Zeitraum zuständig. Wie sehen Sie hier die Erfolgspotentiale der Arbeit als Amtsvormund?

Haben Sie ein Beispiel dafür, dass ein Ehrenamtlicher hier auch nach der Volljährigkeit noch Hilfestellungen für den jungen Menschen gewährt hat, indem er sich vor allem auf einer Beziehungsebene um ihn gekümmert hat?

Für die Einstiegsphase dieses Projekts wurden gezielt Jugendliche, die kurz vor der Volljährigkeit stehen ausgewählt, um so die Funktionsfähigkeit der Einzelvormundschaft zu testen. Drei der Vormundschaften werden in Bälde durch Volljährigkeit beendet werden. Es ist geplant die Ehrenamtlichen in eine neue Vormundschaft zu vermitteln. Die Beziehungsebene und die Hilfsbereitschaft des Ehrenamtlichen über die Volljährigkeit hinaus, müsste durch ein Interview mit dem Ehrenamtlichen abgefragt werden.

Wo sehen Sie im Allgemeinen die **Unterschiede** zu den Amtsvormündern und den ehrenamtlichen Vormündern? Welche **Vor- und Nachteile** gilt es abzuwägen?

Amtsvormund	Ehrenamtlicher Einzelvormund
+ fundierte Fachkenntnisse in der Rechtsmaterie	+ Haben (vermutlich) mehr Zeit für die Kinder und Jugendlichen und können daher auch eine intensivere Beziehung zu den Mündeln aufbauen.
+ Ehrfahrungswerte durch Berufserfahrung gegeben	+ haben auch außerhalb der Dienstzeiten Zeit für die Mündel
	+ können auch nach Erreichend der Volljährigkeit noch Hilfestellungen für den jungen Menschen anbieten, wenn

	dieser sie wünscht und benötigt.
- Wenig Zeit (Kontakt 1x im Monat) , daher evtl. auch sehr geringe emotionale Bindung. Beziehungsebene wird vernachlässigt.	- Fehlende Kenntnisse im Rechtsgebiet und in den Behördenabläufen. Keine Kontakte standardisierte Verfahren.
- Nach der Volljährigkeit nicht mehr für den jungen Menschen zuständig.	- Überforderung durch die Traumatisierung des jungen Menschen
-	- Benötigen viel Hilfestellung und Betreuung durch das Jugendamt.

Landeshauptstadt Stuttgart  
Jugendamt  
Akquise ehrenamtlicher Vormünder  
Carola Nied

### **Vorrang ehrenamtlicher Vormünder**

**§ 1791 b BGB:** „Ist eine als ehrenamtlicher Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden, so kann auch das Jugendamt zum Vormund bestellt werden.“

**§ 56 IV SGB VIII:** „Das Jugendamt hat in der Regel jährlich zu prüfen, ob im Interesse des Kindes oder des Jugendlichen seine Entlassung als Amtspfleger oder Amtsvormund und die Bestellung einer Einzelperson oder eines Vereins angezeigt ist, und dies dem Familiengericht mitzuteilen.“

**§ 53 I SGB VIII:** „ Das Jugendamt hat dem Familiengericht Personen und Vereine vorzuschlagen, die sich im Einzelfall zum Pfleger oder Vormund eignen.“

### **Vorgehensweise:**

- bei Entzug der elterlichen Sorge: ASD informiert das Sachgebiet „Vormündervorschläge“
- wenn ein oder beide Elternteil/e verstorben ist/sind: Sachgebiet „Vormündervorschläge“ bekommt eine Sterbemitteilung vom Standesamt, Information des Amtsgerichts, ggf. Überprüfung des anderen Elternteils oder privater Vormund aus dem Umfeld der Familie, oder ehrenamtlicher Vormund
- wenn keiner vorhanden/geeignet ist, dann kann das Jugendamt bestellt werden

### **Akquise ehrenamtlicher Vormünder:**

- allgemeine Infoveranstaltung
- persönliches Gespräch mit allen Interessenten zum ersten Kennenlernen und Abfrage der Motivation
- Einladung zur Schulung (4 Abende)
- Bewerbung für das Ehrenamt
- erneutes persönliches Gespräch und Auswahl
- Prüfung der Geeignetheit: - erweitertes Führungszeugnis
  - Anfrage bei der Schuldner- und Insolvenzkarlei
  - Anfrage bei der Zwangsvollstreckungsabteilung
  - Anfrage bei der Staatsanwaltschaft, ob ein laufendes Verfahren anhängig ist
- Aufnahme in die „Ehrenamtlichenkartei“

### **Vorgehensweise bei der Übertragung einer neuen Vormundschaft auf Ehrenamtliche:**

- wenn Vormundschaft anfällt, kurze Information der/des Ehrenamtlichen und Anfrage, ob Bereitschaft zur Übernahme vorhanden ist
- Information des ASD und evtl. Anhörung des Mündels (je nach Alter)
- wenn Bereitschaft da, umfassendere Information mit Schweigepflichtserklärung
- gemeinsames Gespräch und Kennenlernen der Beteiligten
- evtl. gemeinsame Ziele erarbeiten
- Ehrenamtliche/r wird beim Familiengericht vorgeschlagen
- nach Bestellung des ehrenamtlichen Vormunds Einsichtnahme in die Akte/den Vorgang
- weitere Begleitung und Schulung durch das Jugendamt, Coaching, regelmäßige informelle Treffen
- regelmäßige Überprüfung der Geeignetheit

### **Vorgehensweise bei einer bestehenden Vormundschaft:**

- Vormund schlägt eine Vormundschaft vor, die sich für einen privaten Vormund eignet
- Information des ASD, des Pflegekinderdienstes und Beteiligung des Mündels durch den Vormund
- Anfrage bei der/dem Ehrenamtlichen mit kurzer Information und Abfrage der Bereitschaft (Schweigepflichtserklärung)
- gemeinsames Gespräch und Kennenlernen der Beteiligten
- evtl. gemeinsame Ziele erarbeiten
- die/der Ehrenamtlichen wird beim Familiengericht vorgeschlagen mit der Bitte, den Amtsvormund zu entlassen
- nach Bestellung der/des Ehrenamtlichen ausführliche Einsichtnahme in Akte
- Begleitung der/des Ehrenamtlichen durch den seitherigen Vormund (Beratungen werden bei der Fallzahlenbemessung des Amtsvormunds berücksichtigt)
- weitere Schulung und Betreuung durch das Jugendamt

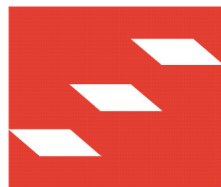
# **Ehrenamtliche Einzelvormünder gewinnen und begleiten**

## **Fachrunde für Amts- und Abteilungsleitungen Vormundschaft am 27.03.2009**

Dozent: Wolfgang Rüting (JA des LK Warendorf) 111

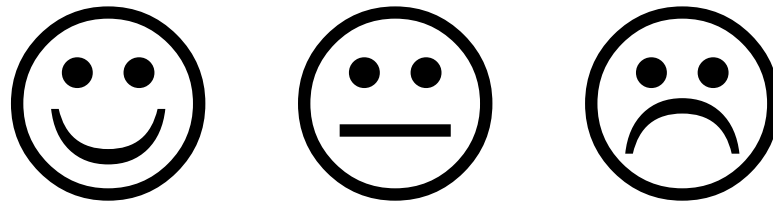
Gast: Bernd Kreissl (JA des LK Potsdam-Mittelmark)

Moderation: Dr. Gabriele Drehmel (SFBB)



Sozialpädagogisches  
Fortbildungsinstitut  
Berlin-Brandenburg · SFBB

# Einzelvormundschaft zwischen Wunsch und Wirklichkeit ?!

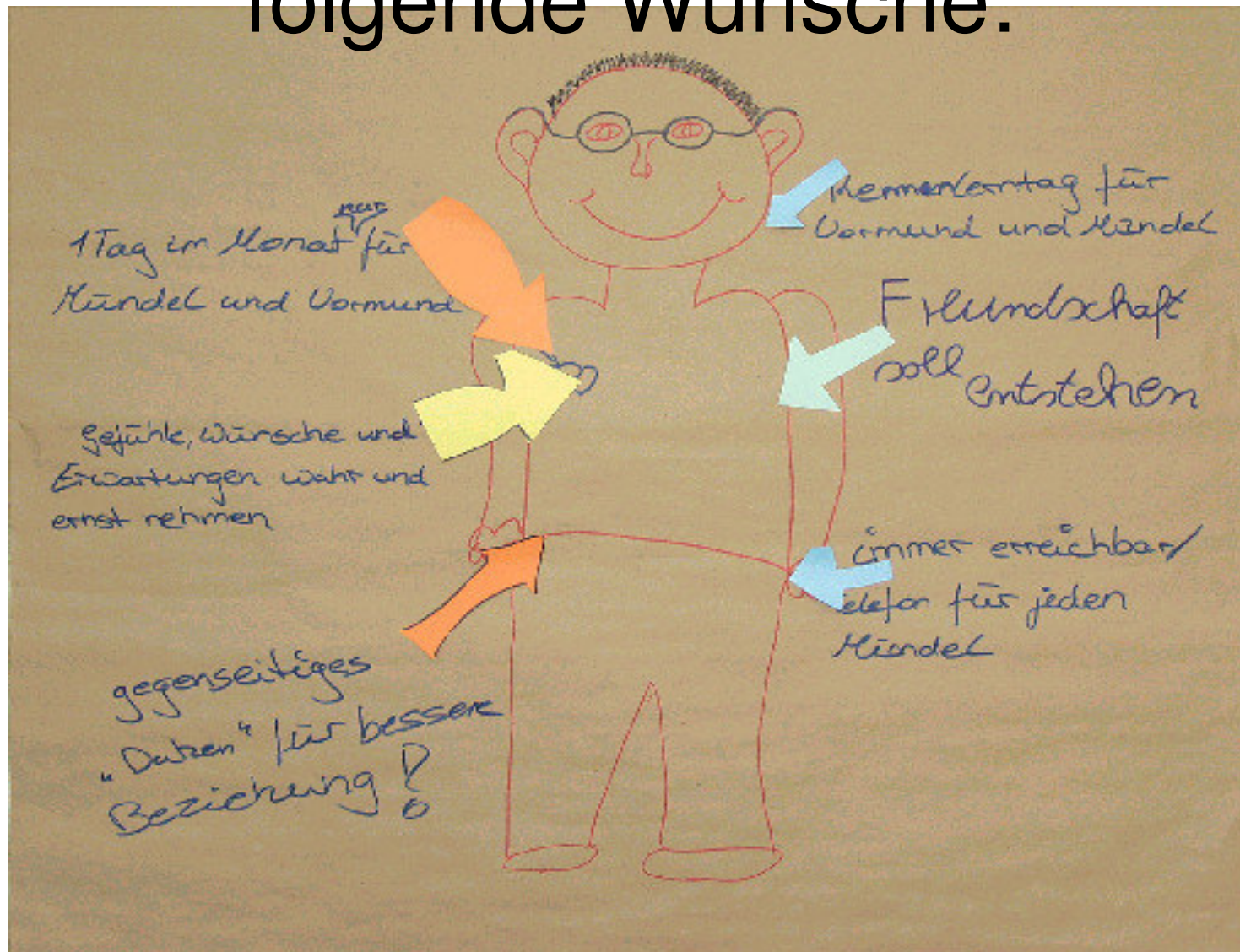


- Die ehrenamtliche Einzelvormundschaft hat laut Gesetzgeber Vorrang vor anderen Vormundschaftsformen. Hervorgehoben wird dies noch durch das 2. Betreuungsrechtsänderungsgesetz, das zum 01. Juli 2005 in Kraft trat. In der Wirklichkeit fristet sie jedoch ein Schattendasein, und eine systematische und kontinuierliche Förderung ehrenamtlicher Einzelvormünder/-innen fehlt bislang. Dabei geht es nicht um 'entweder - oder', sondern um 'sowohl - als auch'. Einzelvormundschaften gehören ebenso wie Amtsvormundschaften und Vereinsvormundschaften zum Angebotsspektrum im Bereich Vormundschaften. Hier stellt sich die Frage, wie die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements in dieses Gebiet gelingen kann.
- Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag daher in der Vermittlung praxiserprobter, erfolgreicher Konzepte und Umsetzungsschritte zur Gewinnung, Schulung und Begleitung von ehrenamtlichen Einzelvormündern/-innen.
- Jugendamtsleiter W. Rüting stellt insbesondere das im Landkreis Warendorf umgesetzte entsprechende Konzept der Werbung und des Einsatzes von Einzelvormündern vor - einschließlich erster Erfahrungen und Auswertungsergebnisse.
- Herr Kreissl berichtete über die ersten Erfolge, Erfahrungen wie auch Stolpersteine bei der Umsetzung ihres Projektes in Potsdam-Mittelmark und schlug vor, in einem gemeinsamen Arbeitskreis qualitätsorientiert miteinander im Fachbereich ( und in Kooperation mit der Justiz) Konzepte und Standards zu entwickeln, welche in den einzelnen Landkreisen, die an dem Thema interessiert sind, an die jeweiligen örtlichen Bedingungen angepasst umgesetzt werden können.
- Frau Hille vom Landesjugendamt Brandenburg erklärte sich bereit, die Ergebnisse der Diskussionsrunde mitzunehmen in den Landesarbeitskreis der Brandenburger Amtsvormünder und über Bedarfe und Umsetzungsmöglichkeiten mit den Fachkräften der einzelnen Landkreise zu beraten.
- Frau Dr. Drehmel vom SFBB erläuterte die Unterstützungsmöglichkeiten im Fortbildungsbereich durch das SFBB in Kooperation mit entsprechenden Expertinnen, sollten sich entsprechende Bedarfe herauskristallisieren in nächster Zeit.

Von der Idee zur Praxis –  
Vormundschaften als  
bürgerschaftliches Engagement  
im Kreis Warendorf



# Eine Befragung der Mündel ergab folgende Wünsche:



## Themenbereiche:

1. Ideen und fachliche Ausgangsüberlegungen
2. Konzeptentwicklung und Projektgestaltung
3. Praxisentwicklung
4. Perspektiven

# Ideen und fachliche Ausgangsüberlegungen

Wie gestalten sich die fachlichen Herausforderungen an eine kindorientierte Beratungs- und Unterstützungstätigkeit?

**UN Kinderrechtskonvention vom 20.11.1989 / ratifiziert 1992:**

- ▶ Recht des Kindes auf Schutz, Fürsorge und Partizipation
- ▶ Subjektstellung von Kindern / Jugendlichen als Träger eigener Rechte
- ▶ Kinder / Jugendliche sind nicht Objekte anderer, sondern Subjekte ihres eigenen Schicksals und als solche uneingeschränkt Träger von Grund- und Menschenrechten.
- ▶ Im Besonderen: § 12 UN Kinderrechtskonvention - Die Vorschrift garantiert den Kindern das Recht auf Beteiligung und Berücksichtigung ihres Willens „in allen das Kind berührenden Gerichts- und Verwaltungsverfahren entweder unmittelbar oder durch einen Vertreter“

## Das neue Kindschaftsrecht: (01.07.1998)

*Sammelbegriff für eine umfangreiche Novellierung unterschiedlicher familienrechtlich relevanter Gesetzesbereiche*

### Leitsätze:

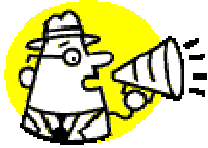
Verbesserung der Rechte des Kindes und Förderung des Kindeswohls...

Stärkung der Rechtsposition der Eltern sowie Förderung (und Forderung) der elterlichen Autonomie und Eigenverantwortlichkeit....

Aufhebung rechtlicher Unterschiede zwischen ehelichen und nicht ehelichen Kindern...

*(BT Drucksache 13/4899, Seite 29)*

## Ausgangsimpulse:



Ab 1996 Fachdiskussionen u. Fachtagungen  
(LJA Westfalen Lippe / Verein Kinder haben Rechte e.V.)

01.07.1998 Inkrafttreten der Kindschaftsrechtsreform

Das Leistungsprofil der Amtsvormünderin und des  
Amtsvormundes, 1998 - 1999. *Überregionaler  
Arbeitskreis der AmtsvormünderInnen*

Dresdener Erklärung 2000

Projekt Qualitätsentwicklung im Bereich  
Vormundschaften und Pflegschaften 2000 – 2003.

Forschungsprojekt „Vormundschaften in Deutschland“,  
ISA 2001 – 2003.

2004 – 2006 Entwicklungsprojekt zur Förderung des  
Einzelvormundschaften – ISA Münster, TU Berlin

Gemeinsame Arbeitshilfe Vormundschaften der  
Landesjugendämter 2004 / 2005

## **Merkmale traditioneller Vormundschaftsführung:**

- Vormundschaft als Mündelverwaltung
- Kind als Objekt
- Amtsvormundschaft als vorrangiges Organisationsprinzip
- Hohe Fallzahlen (zwischen 80 und 200)
- Trennung von Betreuung / Beziehung zum „Mündel“ und administrativer Führung der Vormundschaft
- Institutionelle Konflikthäufigkeit
- Ausblendung alternativer Formen des Führens einer Vormundschaft
- Geringes Rollen-, Haltungs- und Fachverständnis

## **Merkmale entwicklungsorientierter Gestaltung der Vormundschaft**

- Kind als Subjekt eigener Rechte und Interessenslagen - § 12 UN Kinderrechtskonvention
- Vormundschaft als Gestaltungsaufgaben (Vom Verwalten zum Gestalten)
- Beteiligungskonzepte im Kontext Vormundschaft
- Amtsvormundschaft als eigenständiges, unabhängiges Fachgebiet im Kontext Jugendhilfe.
- Schwerpunkt Beziehungsarbeit mit dem Kind
- Klares Rollen- und Haltungskonzept des Vormundes
- Keine Aufgabentrennung und Verlagerung auf andere Fachdienste
- Zulassen alternativer Konzepte des Führens einer Vormundschaft, u. a. Berufs- und Einzelvormundschaften



# Die Qual der Wahl ? !

## Einzelvormundschaften:

Das Amt des Vormundes ist als Einzelvormundschaft konzipiert (§ 1773 ff BGB). Die Auswahl erfolgt durch das Vormundschaftsgericht nach Anhörung durch das Jugendamt (§ 1779 BGB)

## Amtsvormundschaften:

*Ist eine als ehrenamtlicher Einzelvormund geeignete Person nicht vorhanden, so kann auch das Jugendamt zum Vormund bestellt werden - § 1791 b BGB i.V.m. § 55 SGB VIII. Die Behörde überträgt einzelnen seiner Mitarbeiter die Führung der Vormundschaft*

## Vereinsvormundschaften:

*Ein rechtsfähiger Verein kann zum Vormund bestellt werden (1791 a BGB). Die Erlaubnis (Eignungsüberprüfung) erfolgt durch das Landesjugendamt (**u.a. planmäßige Werbung von Einzelvormündern**). Die Führung der Vormundschaft wird einzelnen Mitarbeitern des Vereins übertragen.*

## Berufsvormünder:

*Vormundschaften können auch berufsmäßig durch einzelne freiberufliche Fachkräfte – z.B. Berufsbetreuer - geführt werden.*

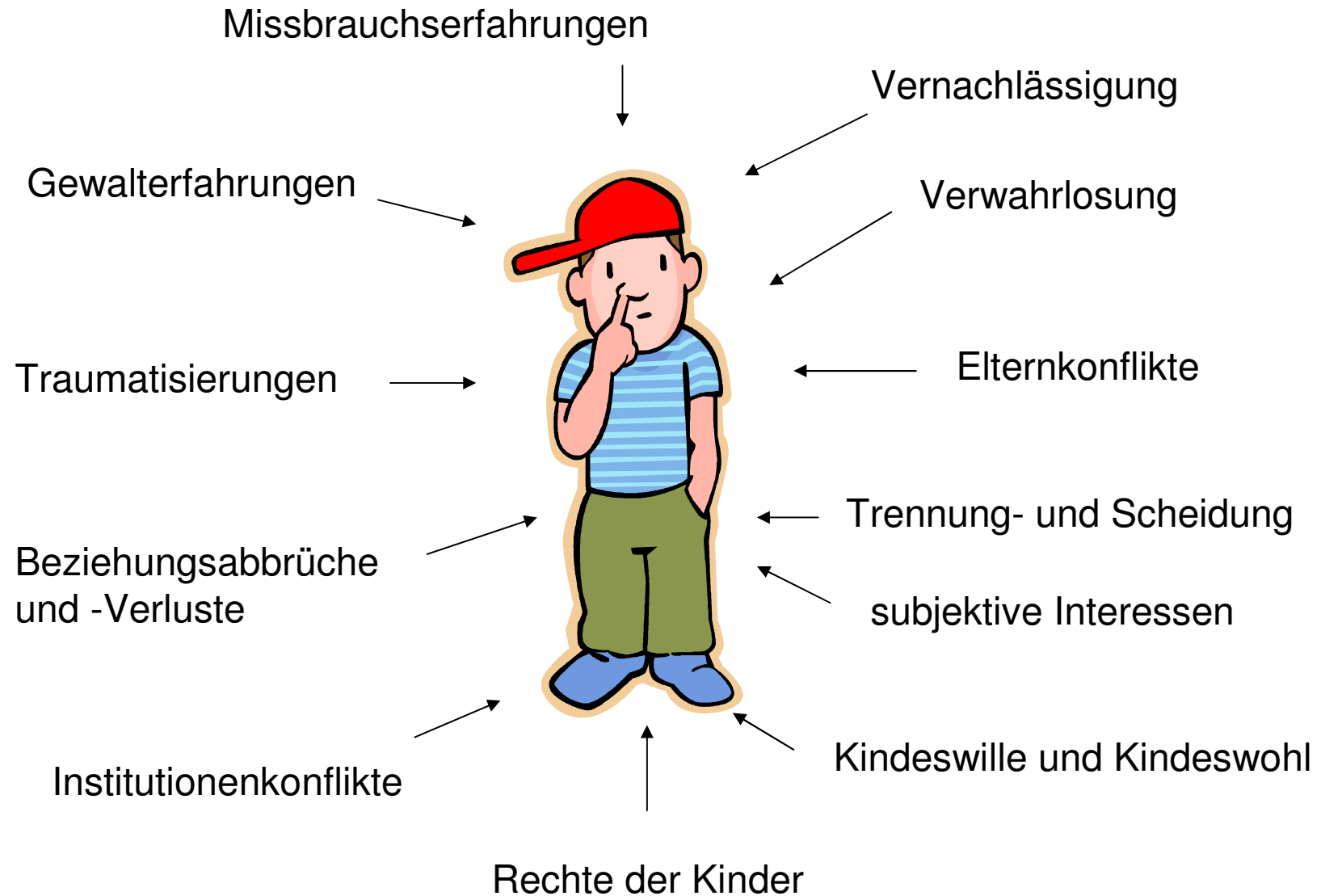
**Verteilung:** (Vorsichtige Schätzwerte)

**Einzelvormundschaften 10 %**

**Vereinsvormundschaften 4 - 5 %**

**Bestellte (Amts-)Vormundschaften  
ca. 85 %**

## ***Junge Menschen im Kontext bestellter Vormundschaften***



## **Führen der Vormundschaft**

§ 1793 BGB Aufgaben der Vormundschaft

Der Vormund hat das Recht und die Pflicht, für die Person und das Vermögen des Mündels zu sorgen....

Die Vormundschaft ist damit der Elterlichen Sorge § 1626 , Abs. 2 nachgebildet.

§ 1800 BGB – Umfang der Personensorge: Das Recht und die Pflicht des Vormundes für die Person des Mündels zu sorgen, bestimmen sich nach §§ 1631 – 1633 BGB

Die rechtliche Rolle des Vormundes (§ 1793 ff. BGB) ist der elterlichen Sorge (§ 1626, Abs.2 BGB) nachgebildet.

Die persönliche Beziehung zum Mündel steht dabei im Mittelpunkt der Ausübung der Personensorge

Die Beziehungsentwicklung zum Mündel entwickelt sich über die Faktoren

Kindeswohl    und  
Kindeswille

# Erwartungen aus Sicht der Kinder

## *Ergebnisse einer Zukunftswerkstatt mit Mündeln*

Vormund sollte unparteiisch sein

Sollte sich mehr Zeit nehmen

Vormund sollte mehr Zeit haben

Vormund sollte sich die Kritik der Mündel über ihre Situation anhören und versuchen zu verstehen

Vormund sollte mehr nachfragen wie es einem geht!

Muss hinter dem Kind stehen!

Vormund sollte nicht immer bei einer Sache so lange diskutieren.

Vormund sollte nicht immer streng nach Regeln und Gesetzen entscheiden!

Vormund sollte ideenreicher sein!

Sollte viel mit dem Mündel reden und über Probleme diskutieren

Vormund sollte auch Nachmittags mal bereit sein, etwas mit den Mündeln zu unternehmen!

Vormund muss immer erreichbar sein (Handy).

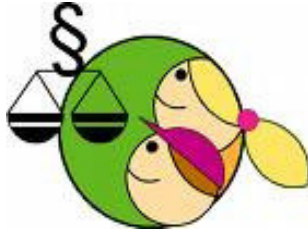
Sollte über Interessen und auch Schwächen bescheid wissen!

Er sollte sich auch mehr um die kleinen Kinder kümmern!

Mehr Geld für die Mündel bereit stellen

Sollte hinter dem evtl. Schein aufmerksam gucken!

Jugendlichen auch mal melden!



# Was sagen die Kinder / Jugendlichen selber?

Vertrauen, Sicherheit u. Beziehung

Schutz

Verlässlichkeit und Kontinuität

Auseinandersetzung / Konflikt

Orientierung u. Lebenschoach – Was soll ich tun?

Interesse, Wille und Rechte

Vermitteln



## **Kritische Reflexion der Vormundschaftspraxis im Kreis Warendorf – *Stand 2002***

Ca. 100 Vormundschaften und Pflegschaften

Teilung der Vormundschaftlichen Aufgaben in wirtschaftliche und pädagogische Belange.

Doppelte Zuständigkeit.

Führen der Vormundschaft im ASD – Bestellung einer Fachkraft  
(Verbot § 16 SGB X)

Überwiegende Betreuung der Kinder und Jugendlichen durch BSA  
(einschl. aller Nachteile)

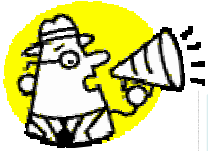
Reibungsverluste mit der Abt. AV / Beistandschaften –  
Organisationskonflikte.

Die Kinder geraten aus dem Blick.



# Aspekte zur Rollen- / Konzeptbildung des Vormundes

- Die (Amts)vormundschaft und (Amts)pflegschaft und damit auch die Praxis der Vormundschaft insgesamt, ist kein funktional ergänzender Bereich zu anderen Feldern der Jugendhilfe. Die Amtsvormundschaft ist ein eigenständiges Handlungsfeld in einem schwierigen fachlichen Kontext, nämlich die rechtliche Vertretung, sowie persönliche Begleitung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen, oftmals in Krisen und Konfliktlagen.
- Das Führen einer Vormundschaft ist an aller erster Stelle „Beziehungsarbeit“ zum betroffenen jungen Menschen und nur sekundär eine Verwaltungstätigkeit.
- Zu einer an den Betroffenen orientierten Arbeit im Bereich der Amtsvormundschaft gehört vor allem eine angemessene Fallzahlenbelastung und eine gute personelle und sächliche Ausstattung, sowie eine partizipative Grundhaltung der Fachkräfte.
- Die betroffenen Kinder und Jugendlichen sind allerdings nicht nur auf die Hilfe und Begleitung ihres Vormundes angewiesen. Letztlich handelt es sich hierbei „nur“ um einen Teilbereich des Helfersystems das aktiviert wird, wenn Kinder und Jugendliche in Not geraten. Wichtig ist eine gute Kooperation aller beteiligten Professionen, vor allem mit Blick auf die Allgemeinen Sozialen Dienste der Jugendhilfe und die Familiengerichte.
- Ein ausgewogenes Konzept „Vormundschaften und Pflegschaften für Kinder und Jugendliche“ benötigt ehrenamtliche und freiberufliche Vormünderinnen und Vormünder.



## Einzelvormundschaften:

Leitprinzip: Einzelvormundschaft vor Vereinsvormundschaft  
(Subsidiarität / Nachrangigkeit) vor Amtsvormundschaft.

Das Amt der Vormundschaft ist grundsätzlich als  
Einzelvormundschaft konzipiert.

Der Träger der öffentlichen Jugendhilfe ist gehalten,  
Einzelvormundschaften zu fördern (§ 53 SGB VIII i.V.m. § 4, Abs. 2  
SGB VIII), Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 18./ 19.05.  
2006)

Umsetzung der UN Kinderrechtskonvention mit Blick auf die Rechte  
des Kindes (§ 12 )

## Was qualifiziert Einzelvormundschaften / Einzelvormünder?

Ehrenamtliche Einzelvormünder sind keine Laien. Sie bringen vielfältige Erfahrungen und Qualifikationen aus ihren beruflichen Hintergründen in die Führung der Vormundschaft hinein.

Ehrenamtliche Einzelvormünder investieren viel Zeit für ihre Mündel. In der Regel mehr als Hauptberufler dies tun können. Die Beziehungsintensität zwischen Vormund und Mündel, die Kenntnis vom und über das Kind / den Jugendlichen wird hierdurch nachhaltig gefördert.

Die Mündel profitieren von den Ressourcen ihrer ehrenamtlichen Einzelvormünder.

Ehrenamtlichen Einzelvormündern ist die persönliche Beziehung zum Mündel wichtig. Das setzt sich häufig auch nach Erreichen der Volljährigkeit fort. Sie sind konstante Bezugspersonen, die sich durch das „Persönliche“ auszeichnen.

# Konzeptentwicklung und Projektgestaltung

**Projekt  
Vormundschaften  
Pflegschaften**

*Amt für Kinder, Jugend-  
liche und Familien*

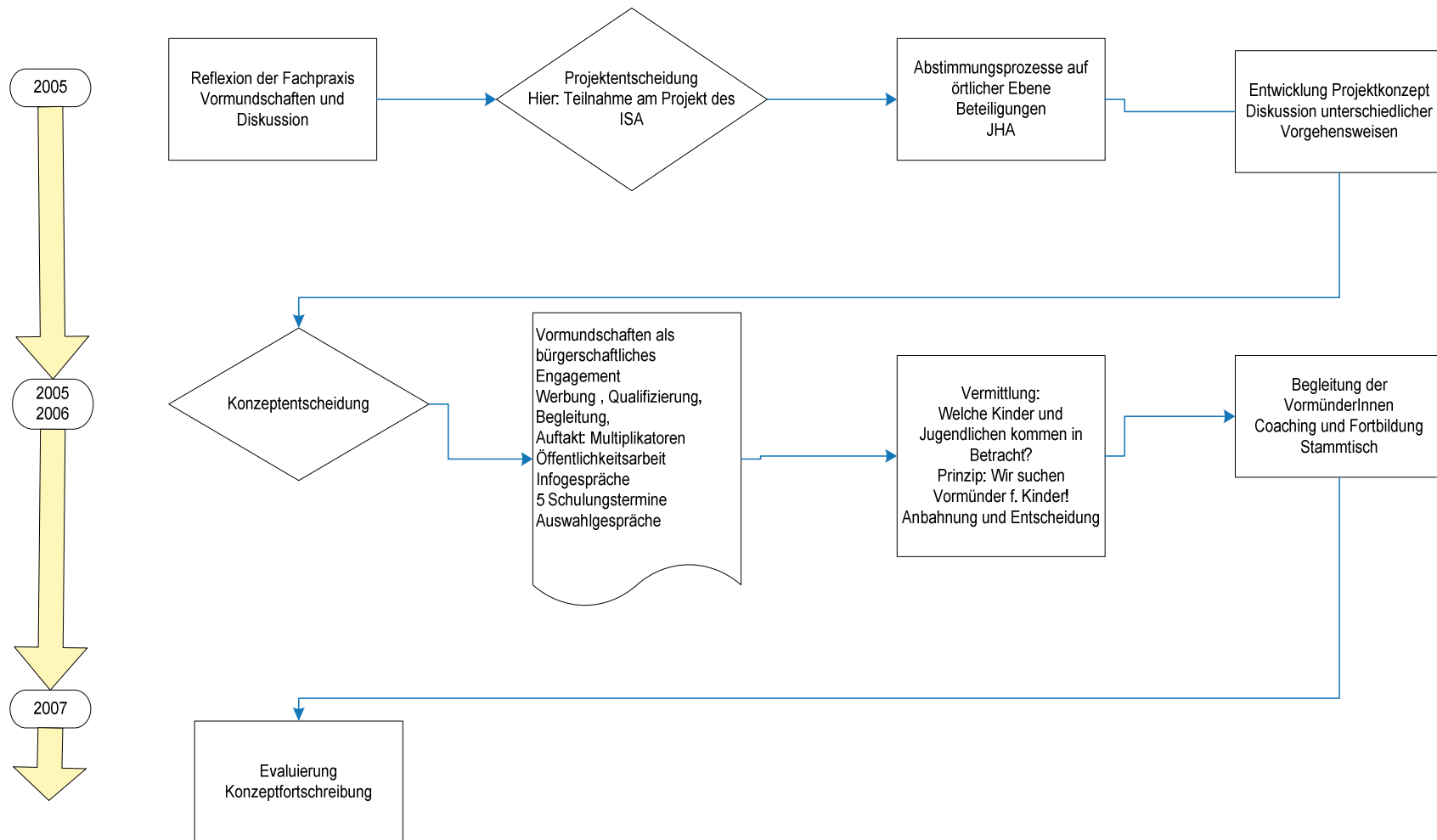


**die lobby für kinder**



## Konzept Vormundschaften im Kreis Warendorf

Einstiegskonzept für den Zeitraum 2005 - 2006



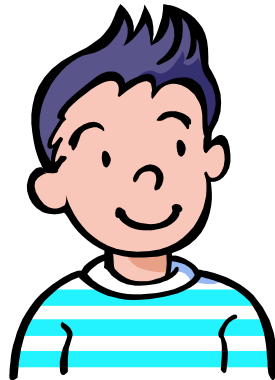
## **Zu § 1779 BGB Auswahl und Eignung des Vormundes:**

- Kooperationsbereitschaft: Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit Fachkräften, Eltern, oder anderen Bezugspersonen.....
- Flexibilität: Ausrichtung des Handelns an den persönlichen Bedürfnissen und dem Entwicklungsstand des Kindes.....
- Physische und psychische Belastbarkeit: belastende Situation aushalten können
- Verantwortungsbereitschaft: Treffen von Entscheidungen für wichtige Lebensfragen des Kindes
- Kenntnis der persönlichen und fachlichen Grenzen: Spannung zwischen eigenen Tun und Einholung fremder Hilfe...
- Respekt vor der Person des Kindes: Wertschätzung gegenüber den Fähigkeiten des Kindes; Förderung der Persönlichkeit des Kindes...
- Selbstverständnis als Interessensvertreter des Kindes: Die Interessen und Rechte des Kindes stehen im Mittelpunkt....
- Kongruentes Verhalten: Offene Entscheidungsprozesses, Transparenz und Beteiligung der Kinder an allen Fragen....

# Kompetenzentfaltung des Vormundes

Vormundschaft als sozpäd.  
Handeln

rechtl. formales Handeln im Kontext  
der Personensorge



Beziehungsgestaltung



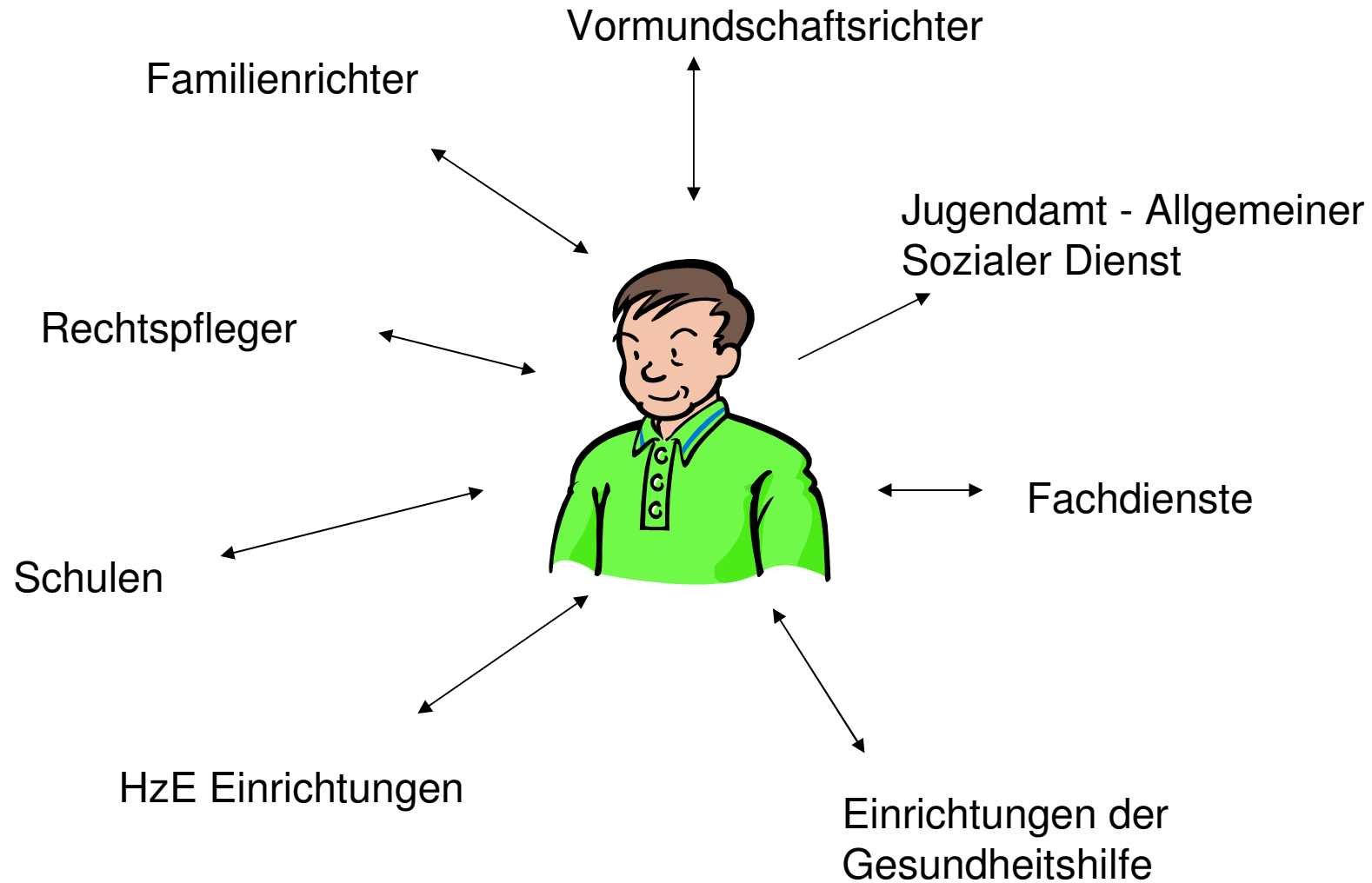
prof. Kommunikationsgestaltung mit  
Kindern u. Jugendlichen

Psychologische Kenntnisse

Rollenentwicklung u. -gestaltung



# Kooperationspartner des Vormundes



Problemfeld § 1791 b BGB

Neuregelung zum 01.07.2005:

(1) „Ein Amtsvormund soll nicht bestellt werden, wenn ein – ehrenamtlicher – Vormund zur Verfügung steht“

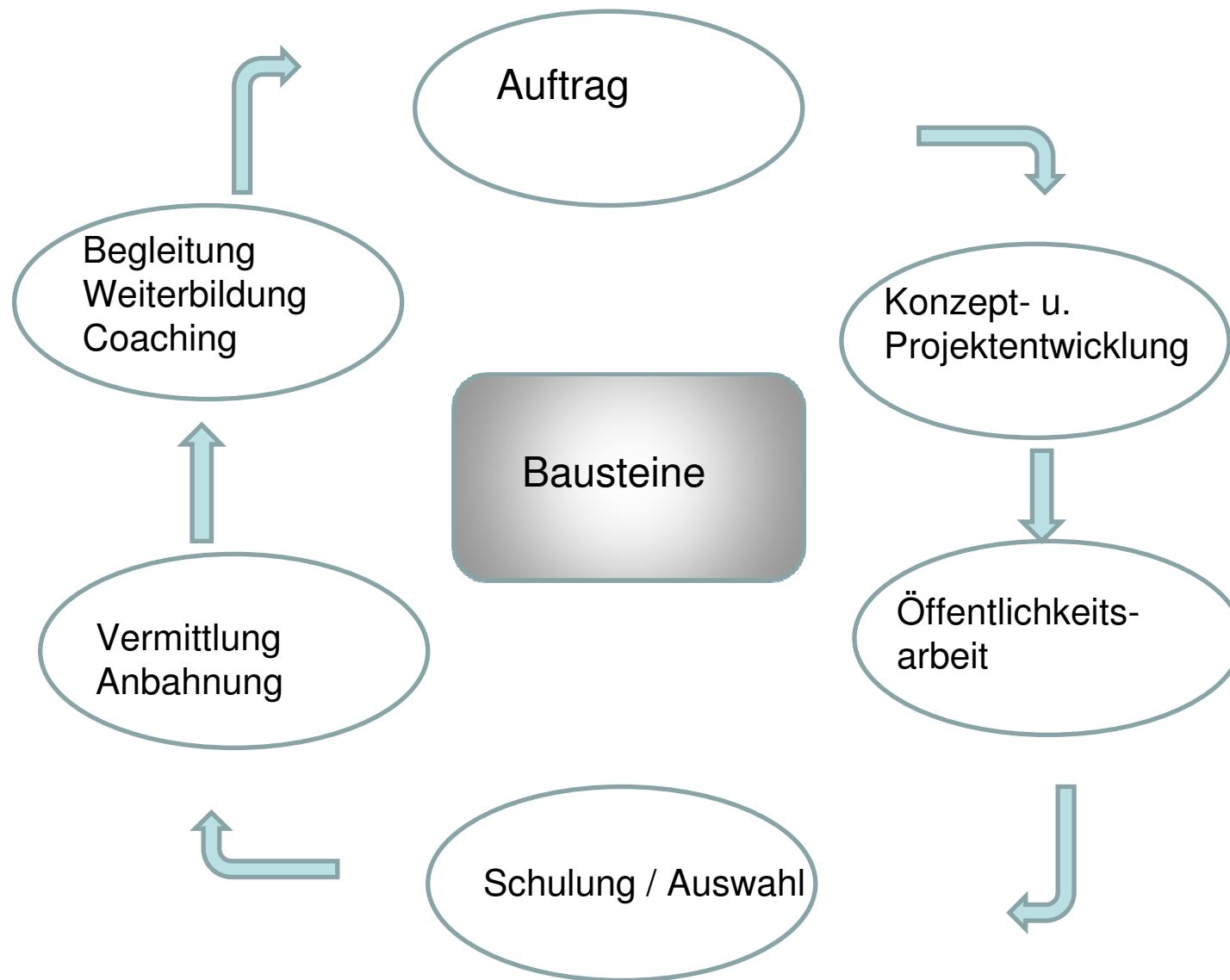
Aber: Die Familien- und Vormundschaftsrichter sind in ihrer Bestellpraxis unabhängig.

Das Vormündervergütungsgesetz bleibt in Kraft

Die Einzelvormundschaft behält den Vorrang vor der Amtsvormundschaft!

# Praxisentwicklung

- ☞ Umsetzung der Konzepte im vorgesehenen Zeitraum.
- ☞ Erfahrung: Es gibt „ernsthaft“ interessierte Menschen mit der Bereitschaft zur Übernahmen einer Vormundschaft!
- ☞ Aber: Sie erwarten Unterstützung, Beratung und Begleitung.
- ☞ Es bedarf einer sorgfältigen Auswahl und Anbahnung einer Privatvormundschaft, sowohl auf Seiten der Kinder und Jugendlichen wie auch mit Blick auf die potentiellen VormünderInnen.
- ☞ Im ersten „Zug“ werden ca. 7 Vormundschaften vermittelt.
- ☞ In der Regel ist aber der Großteil der Vormundschaften vermittelbar.
- ☞ Der „Amtsvormund“ wird zum Praxisberater.
- ☞ Einzelvormundschaft ist kein Kosten- und Personaleinsparkonzept.
- ☞ Berufsvormünderinnen und –vormünder bleiben Partner der Jugendhilfe



## Rahmenbedingungen für die Förderung ehrenamtlicher Einzelvormundschaft als bürgerschaftliches Engagement.

Prinzip des bürgerschaftlichen Engagements als Grundsatz

Systematische und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit

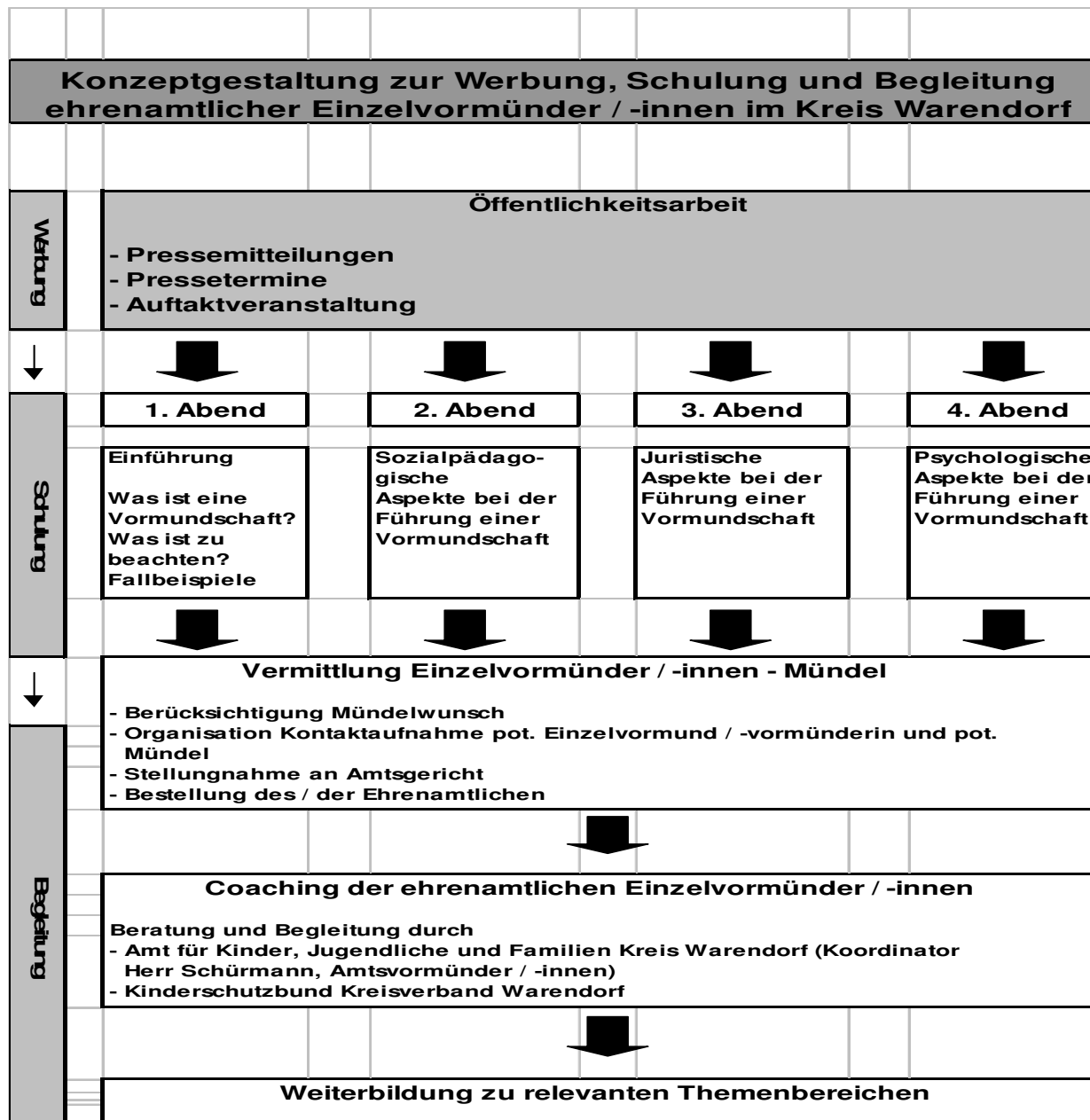
Schulung und Weiterbildung

Kontinuierliche Begleitung

Zentrale Ansprechpartner im Jugendamt.

Netzwerkarbeit

Professionsübergreifende Kooperation



Bin ich bereit und in der Lage, mich auf Kinder und Jugendliche in unterschiedlichen – meist defizitären und konfliktreichen – Lebenslagen einzulassen?

Akzeptiere ich die betroffenen Kinder und Jugendlichen zunächst so wie sie sind und erkenne an, dass jeder junge Mensch individuelle Lebenskonzepte entwickeln muss?

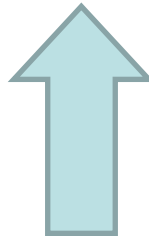
Bin ich bereit – wenn auch professionelle – helfende Beziehung einzugehen mit dem Ziel, dem betroffenen jungen Menschen Orientierung und Sicherheit für seinen weiteren Lebensweg zu geben?

Bin ich bereit, für die betroffenen Kinder und Jugendliche Verantwortung zu übernehmen und hiermit verbunden zu akzeptieren, dass längere Konfliktperioden und entsprechende Auseinandersetzungen mit dem betroffenen jungen Menschen durchaus zu erwarten sind?

Bin ich bereit, mein eigenes Verhalten gegenüber dem betroffenen jungen Menschen kritisch zu reflektieren und eigene Fehlertoleranz zu üben, verbunden mit der Bereitschaft, Fehler zu korrigieren?

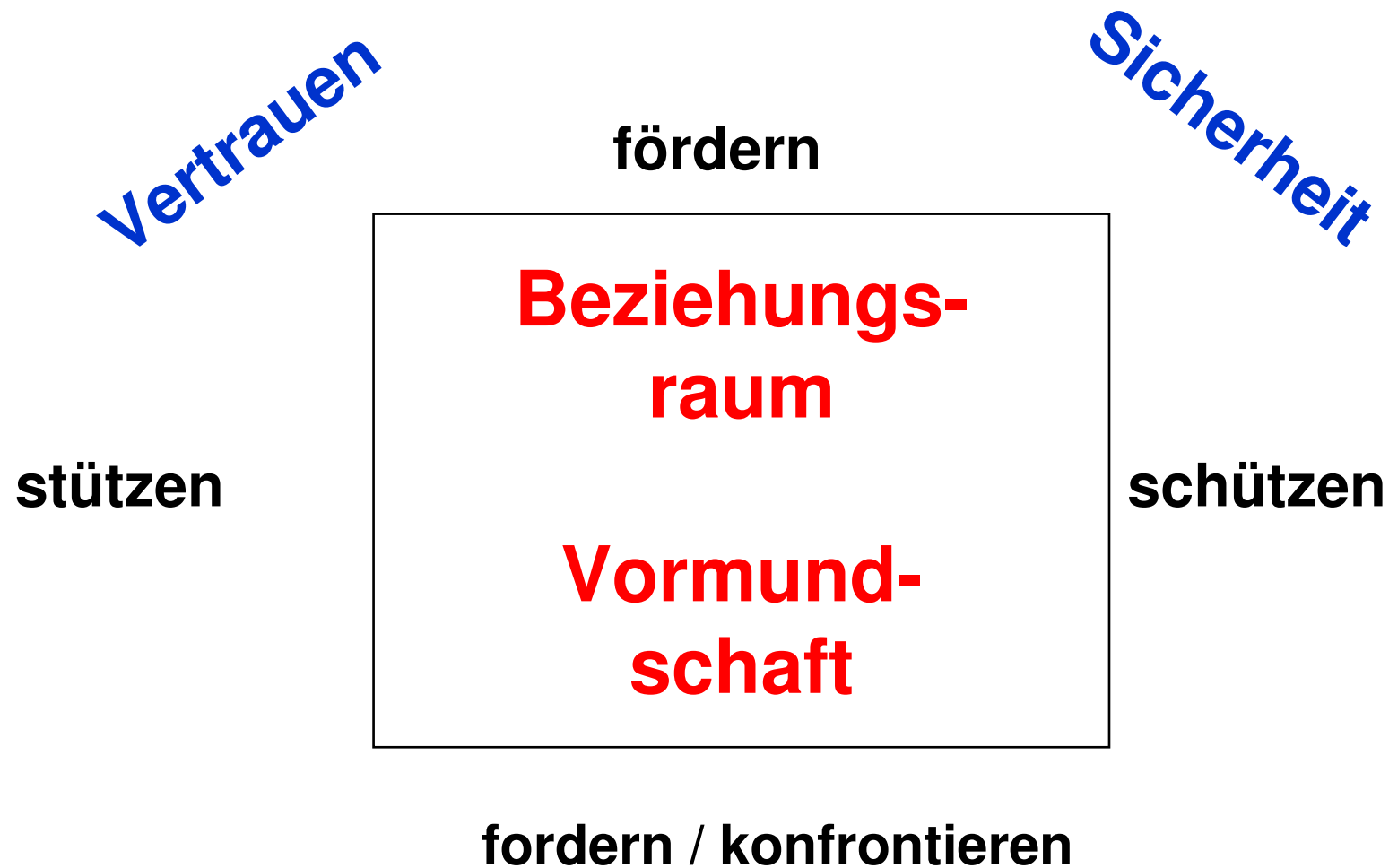
Bin ich bereit, eine kontinuierliche Beziehung einzugehen, d. h. auch eine übernommene Vormundschaft langfristig zu planen?

Bin ich letztendlich bereit, im Zuge der Verantwortungsübernahme auch zu akzeptieren, dass die Schutzverpflichtung (Garantenpflicht) auch auf mich als Vormund übergeht, sobald ich diese Aufgabe übernommen habe?



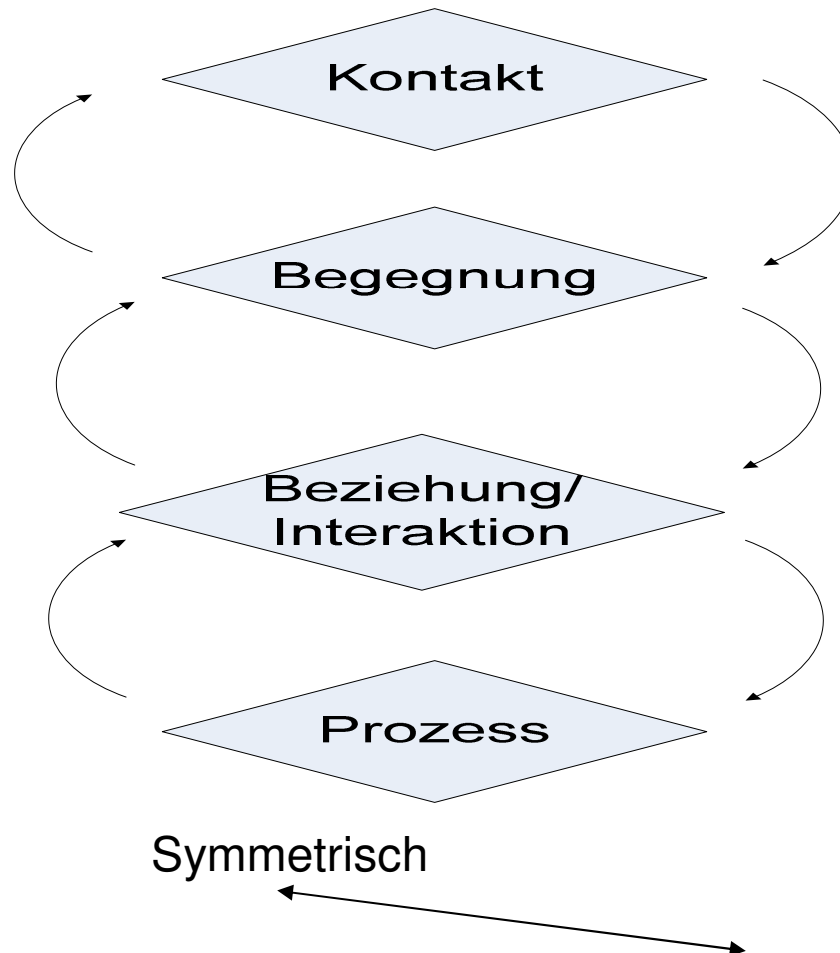
Arbeitsschritt	Inhalt
Eignungsprüfung d. Vormundes	Welchesr Vormund passt zu welchem Kind? Prinzip: der Bedarf des Kindes ist vorrangig!
Information	Der in Aussicht genommene Vormund wird ausführlich informiert und mit allen Informationen zum Kind versorgt. Frage: Bereitschaft?
Beteiligung d. Kindes	Das Kind wird mit der Möglichkeit einer Einzelvormundschaft vertraut gemacht. Wille des Kindes? Der Erfolg einer Einzelvormundschaft hängt insbesondere von der Bereitschaft des Kindes hierzu ab.
1. Kontakt	Erster Kontakt: Vormund und Kind lernen sich persönlich kennen. 1. Eindruck. Der Amtsvormund begleitet das Treffen.
Probezeit / Gründungsphase	Das Kind gibt den Rhythmus und die Zeit vor.
Helfersystem	Vertrautmachen mit dem Helfersystem u. Integration in den Helferkontext.
Kontrakt / Vereinbarung	Wie arbeiten beide zusammen. Was sind Ziele und Aufgaben. Was können beide voneinander erwarten?
Back Office Vormundschaft	Begleitung d Amtsvormund, Coachingangebot, Fortbildung, Stammtisch, Administration





**Kontakt → Begegnung → Prozess**

# Professionelle Beziehungsgestaltung



Kontakt entwickelt sich an den Nahtstellen zwischen Du und Ich (Buber). Kontakt ist Grenzerfahrung, Abgrenzung und Austausch an den Kontaktflächen.

Mit der Zunahme der Kontaktflächen entwickelt sich Begegnung. Begegnung wird also durch eine große Kontaktfläche fundiert.

Beziehungen entstehen aus der erlebten Dauer und Verlässlichkeit der Begegnung. In der Beziehung gehe ich davon aus, dass ich bei der nächsten Begegnung beim anderen wieder die vertraute Kontaktfläche antreffe. Emotionale Intensität, Nähe und Distanz in der Beziehung regulieren sich in der Interaktion.

Prozess ist die Veränderung der Dynamik über eine Zeit- und damit Entwicklungsstrecke.

# Perspektiven

Fortsetzung des Konzeptes / Verlagerung aller vermittelbaren Vormundschaften auf Einzelvormünder.

Ausbau der Beratung und Unterstützung für Einzelvormünder im Sinne eines Coachings und regelmäßiger Fortbildung (§ 53 SGV VIII). Jugendamt als Servicestelle.

Darstellung des Rolle und der Aufgaben des Privatvormundes als Möglichkeit bürgerschaftlichen Engagements: Förderung der öffentlichen Verantwortungsübernahme für Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen.

Evaluation des Praxiskonzeptes mit der Ziel der Fortschreibung ab 2007.

Kodierung der Frage 24

<b>Entwicklungspotentiale in der Sicherstellung der Versorgung der UMA</b>	<b>Antworthäufigkeit der Teilnehmer</b>
mehr Sprachkurse	4
adäquate Beschulung	8
zu wenig Integration	6
Reduzierung der Fallzahlen in der Amtsvormundschaft	1
Ausbau Ehrenamt, Berufsvormundschaft, Vernetzung der Vormünder	1
Psychologische Betreuung	2
Mehr Aufnahmen kleinerer Gemeinden	1
zu wenige Dolmetscher	2
Schulungen für Jugendamtmitarbeiter in Interkulturalität	2
Entbürokratisierung im Asylverfahren	1
<b>Potentiale des Ehrenamtes</b>	
Ehrenamt als paralleles Angebot/Patenschaften	5
Ehrenamt als Chance	2
Integration gewährleisten	1
Intensivere Betreuung möglich	1
besserer Beziehungsaufbau	2
Begleitung über die Volljährigkeit hinaus	2
Kompetenz der rechtlichen Vertretung gegeben	1
<b>Kritik am Ehrenamt</b>	
nicht als Vormund geeignet auf Grund der fehlenden Kenntnisse	4
Aufwand in der Installierung und Betreuung der Ehrenamtlichen	4
zusätzliche Kosten	1
Offenheit und Anerkennung der Arbeit durch das Jugendamt und den Beteiligten	1
Familiengericht muss anerkennen/Zutrauen haben	1
<b>Ideen</b>	
Intensive Förderung motivierter, schulisch guter UMA	1
Selbständigkeit durch eigene Wohnungen und keine Heimunterbringung bei Volljährigen	1
Pädagogische Angebote verändern da westlicher Lebensstil nicht greift	1
ehrenamtliche Dolmetscher	1
Eltern als Einfluss nutzen (sodann Kontakt besteht)	1
Schaffung einer Koordinierungsstelle für Anleitung und Schulung der Ehrenamtlichen !!!	1

## Anlage 55:

Bundesland	Königssteiner Schlüssel	unbegleitete Minderjährige	junge Volljährige	UMA - Vorläufige Inobhutnahme	UMA - Inobhutnahme	UMA - Anschlussmaßnahmen	UMA - junge Volljährige	UMA - angemeldete Verteilung	Summe	Abweichung	Soll-Zuständigkeit gem. Quote	Quoten-erfüllung	Meldequote (informell)
Baden-Württemberg	12.86456	2075	897	678	1024	2726	358	278	7758	-485	8243	94.10000	82.60870
Bayern	15.51873	6588	3319	170	693	553	71	1	11394	1450	9944	114.60000	79.16667
Berlin	5.04927	1459	352	65	1167	151	19	0	3213	-22	3235	99.30000	100.00000
Brandenburg	3.06053	320	63	23	526	465	85	15	1482	-479	1961	75.60000	55.55556
Bremen	0.95688	1494	490	16	37	141	1	0	2179	1566	613	355.40000	100.00000
Hamburg	2.52968	1262	887	21	65	1	52	0	2288	667	1621	141.20000	100.00000
Hessen	7.35890	3373	1579	304	361	733	74	0	6424	1709	4715	136.20000	100.00000
Mecklenburg-Vorpommern	2.02906	341	42	4	367	204	19	77	977	-323	1300	75.10000	87.50000
Niedersachsen	9.32104	1302	394	138	1559	1720	213	50	5326	-646	5972	89.20000	71.42857
Nordrhein-Westfalen	21.21010	4469	1204	300	3457	3007	354	336	12791	-799	13590	94.10000	72.04301
Rheinland-Pfalz	4.83710	583	200	87	504	957	82	275	2413	-686	3099	77.90000	43.90244
Saarland	1.22173	465	237	14	62	103	45	0	926	143	783	118.30000	85.71429
Sachsen	5.08386	453	49	11	911	827	34	34	2285	-972	3257	70.10000	92.30769
Sachsen-Anhalt	2.83068	133	24	21	587	359	28	187	1152	-662	1814	63.50000	85.71429
Schleswig-Holstein	3.40337	1067	249	44	355	328	34	1	2077	-104	2181	95.20000	87.50000
Thüringen	2.72451	392	40	18	298	608	34	24	1390	-356	1746	79.60000	82.60870
	100.00000	25776	10026	1914	11973	12883	1503	1278	64075		64074		

## Mehr Inobhutnahmen von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Aber Unklarheit über deren Versorgungssituation

Die Zahl der Inobhutnahmen nach unbegleiteter Einreise aus dem Ausland ist 2015 gegenüber dem Vorjahr (11.642) deutlich auf 42 309 gestiegen. Da es sich bei der Kinder- und Jugendhilfestatistik um eine Leistungs- und nicht um eine Personenstatistik handeln, lässt die Zahl jedoch nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächlich im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge (UMF). Aufgrund von Mehrfachregistrierung, mehrfachen Inobhutnahmen derselben Person sowie nachträglicher Feststellung von Volljährigkeit, dürfte die faktische Zahl der Neueinreisen deutlich unter den Inobhutnahmezahlen liegen.

Demgegenüber sind die Bestandszahlen der Kinder- und Jugendhilfe, die das Bundesverwaltungsamt sammelt, besser geeignet, um Auskunft über unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland zu geben, obwohl es auch hier zu doppelten Zählungen kommen kann. Diese Daten werden jedoch erst seit November 2015 erhoben und differenzieren zwischen Minderjährigen, für die eine Zuständigkeit vor dem 01.11.2015 bestand und denjenigen, die neu aufgenommen wurden. Diese Zahlen zeigen, dass Einreisen von UMF seit November 2015 erheblich abnehmen. In vier Monaten – von Anfang November 2015 bis Anfang März 2016 – wurden über 25.000 junge Flüchtlinge neu aufgenommen. In den folgenden vier Monaten bis Anfang Juli ist die Zahl lediglich um weniger als 2.000 gestiegen.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die vor dem 01.11.2015 in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit waren, kontinuierlich abnimmt. In acht Monaten ist die Zahl um 40% gesunken. Viele Minderjährige erhalten demnach nur kurz Leistungen der Jugendhilfe.

	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Deutschland		
	Einreise vor dem 01.11.2015	Einreise nach dem 01.11.2015	Gesamt
Dezember 2015	42.000	12.000	53.000
März 2016	35.000	25.000	58.000
Juli 2016	25.000	27.000	52.000

Die Zahlen geben jedoch keine Auskunft darüber, welche Leistungen die Minderjährigen erhalten und wie intensiv sie betreut werden. Der Bundesfachverband umF fordert seit Jahren, dass die Datenlage zur Lebenssituation verbessert wird. „Immer noch werden viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge nur behelfsmäßig untergebracht und betreut. Von den Standards der Kinder- und Jugendhilfe sind wir vielfach noch weit entfernt“ so Niels Espenhorst vom Bundesfachverband umF. „Ohne aussagekräftige Informationen zur Lebenssituation von jungen Flüchtlingen in Deutschland fährt die Jugendhilfe bei der Unterbringung und Betreuung nur auf Sicht“, so Espenhorst weiter

DEUTSCHES INSTITUT  
FÜR JUGENDHILFE UND  
FAMILIENRECHT e. V.



FORUM FÜR FACHFRAGEN

Postfach 10 20 20  
D-69010 Heidelberg

Fon 0 62 21/98 18-0  
Fax 0 62 21/98 18-28

[institut@dijuf.de](mailto:institut@dijuf.de)  
[www.dijuf.de](http://www.dijuf.de)

## **Zur Umsetzung des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts**

**– erste Hinweise –**

**vom 14. Oktober 2011**

### **Vorbemerkung**

Seit und auch schon vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts am 6. Juli 2011 gehen im DIJuF zahlreiche und vielfältige Anfragen zu Problemstellungen bei der Umsetzung der neuen Vorschriften ein. Ausgehend von den uns bekannt gewordenen Fragen wurden die folgenden Hinweise als erste Hilfestellung und Anstoß für die weitere Diskussion der Fachpraxis erarbeitet. Auf die mit dem Gesetz gleichzeitig geänderte Vorschrift zum Betreuungsrecht wird hierbei nicht Bezug genommen.

# Inhalt

<b>1. Inhalt und Ziele des Gesetzes .....</b>	<b>3</b>
<b>2. Einzelfragen.....</b>	<b>4</b>
<b>2.1. Zeitlich versetztes Inkrafttreten der Vorschriften des Gesetzes.....</b>	<b>4</b>
<b>2.2. Fallzahl 50: Ermittlung von Fallzahlen, Personalbedarf .....</b>	<b>5</b>
Die Fallzahl 50 markiert eine Obergrenze .....	5
Gleiche Gewichtung von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften bei der Fallzahlermittlung.....	5
Mischarbeitsplätze.....	6
Kritik an Mischarbeitsplätzen .....	6
Trennung von Arbeitszeiten bei Mischarbeitsplätzen .....	7
Fallzahlbemessung bei Mischarbeitsplätzen .....	7
Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts .....	7
<b>2.3. Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt .....</b>	<b>8</b>
Zur Durchführung von Anhörungen .....	9
Anhörung in Fällen von Vereins- und ehrenamtlichen Vormundschaften .....	10
<b>2.4. Kontaktgestaltung zwischen Vormund und Mündel: Ziele, Anwendungsbereich, Kriterien .....</b>	<b>10</b>
Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften .....	10
Sinn und Ziele persönlicher Kontakte .....	12
Kontakte nach den „Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt“ .....	13
Kriterienkatalog für die Beurteilung der Kontaktgestaltung und -häufigkeit im Einzelfall.....	13
Kontaktgestaltung und alternative Wege zum Besuchskontakt (Telefon, Skype, Facebook, E-Mail, Briefkontakt) .....	16
Zeitbedarf und Zeitplanung für Kontakte .....	16
<b>2.5. Kooperation mit dem Familiengericht: Gestaltung Aufsicht, Aufsichtsmaßnahmen</b>	<b>17</b>
Familiengerichtliche Aufsicht und selbstständige Amtsführung des Vormunds/ der Pflegerin .....	17
Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts.....	18
Berichtspflichten des Vormunds/der Pflegerin an das Familiengericht .....	19
<b>2.6. Persönlich geführte Vormundschaft, strafrechtliche Verantwortung und Haftung ...</b>	<b>20</b>
Voraussetzungen der Strafbarkeit bei „Unterlassen“ .....	21
Haftungsfragen .....	22
Haftung des Jugendamts, nicht der Fachkraft .....	23
<b>2.7. Qualifikation und Qualifizierung von (Amts)vormündern und -pfleger/innen .....</b>	<b>23</b>
Weiterbildung ist unerlässlich.....	26
<b>3. Schluss .....</b>	<b>26</b>



## 1. Inhalt und Ziele des Gesetzes

Durch das Gesetz zur Änderung des Vormundschafts- und Betreuungsrechts wird die persönlich geführte Vormundschaft, in Abkehr von der über viele Jahrzehnte praktizierten „Schreibtischvormundschaft“ nun explizit als gesetzliches Leitbild verankert: § 1800 BGB gibt dem Vormund verbindlich vor, „**die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten**“. In der Formulierung kommt zum Ausdruck, dass Vormund bzw Pfleger/in die Pflege und Erziehung nicht (wie meist die Eltern) selbst übernehmen, jedoch eine persönliche Verantwortung für die Lebenssituation, Pflege und Erziehung des Kindes/Jugendlichen tragen. Vormund und Pfleger/in haben zum einen sicher zu stellen, **dass** das Kind/der/die Jugendliche versorgt und erzogen wird. Zum anderen ist es ihre Aufgabe, Erziehung und Pflege zu fördern. Ziel sind förderliche Entwicklungsbedingungen für die Kinder/Jugendlichen, jeweils abgestimmt auf deren Entwicklungsstand, Ressourcen und (belastenden) Vorerfahrungen.

In diesem Sinne gibt das Gesetz **regelmäßige Kontakte** zwischen Vormündern/Pfleger/inne/n und Kindern/Jugendlichen vor (§ 1793 Abs. 1a BGB). Die gesetzliche Formulierung geht dabei von monatlichen Kontakten aus, lässt aber Spielraum dafür, die Häufigkeit der Besuche im Einzelfall den Erfordernissen der Situation der Kinder/Jugendlichen anzupassen.

Die neuen Vorschriften des BGB finden grundsätzlich auf alle Vormundschaften und Pflegschaften Anwendung, also auf Einzel-, Vereins- und Amtsvormundschaften und unter letzteren auf gesetzliche Vormundschaften ebenso wie auf bestellte Vormundschaften.

Als grundlegende Bedingung für die persönlich geführte Amtsvormundschaft/-pflegschaft im Jugendamt wird eine **maximale Fallzahl von 50 Vormundschaften/Pflegschaften** pro Vollzeitstelle verankert (§ 55 Abs. 2 SGB VIII). Eine Anhörung des Kindes/Jugendlichen idR vor Übertragung der Vormundschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt ist künftig verpflichtend (§ 55 Abs. 2 SGB VIII).

## 2. Einzelfragen

### 2.1. Zeitlich versetztes Inkrafttreten der Vorschriften des Gesetzes

Das Gesetz tritt zu zwei zeitlich versetzten Zeitpunkten in Kraft. Ein Teil der Vorschriften ist schon seit dem **6. Juli 2011** wirksam, ein weiterer Teil, darunter die Neuregelung im SGB VIII zur Senkung der Fallzahlen wird am **5. Juli 2012** in Kraft treten.

Die Vorschriften, die zum 6. Juli 2011 in Kraft getreten sind, beinhalten

- die Verpflichtung zu kontinuierlichem Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem (§ 1793 BGB Abs. 1a BGB nF);
- das Gebot, die Pflege und Erziehung des Mündels persönlich zu fördern und zu gewährleisten (§ 1800 S. 2 BGB nF);
- Berichtspflichten an das Familiengericht im Hinblick auf die persönlichen Kontakte (§ 1840 S. 2 BGB nF).

Die Vorschriften des Gesetzes, die ein Jahr später, am **5. Juli 2012** in Kraft treten, betreffen

- die familiengerichtliche Aufsicht über die Vormünder/Pfleger/innen (§ 1837 Abs. 2 S. 2 BGB nF);
- die Neuregelungen des § 55 Abs. 2 und 3 SGB VIII, nämlich
  - die Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft im Jugendamt;
  - die Begrenzung der Fallzahl auf 50 pro Vollzeitkraft;
  - die Maßgabe, dass der Kontakt zum Kind/Jugendlichen durch den Amtsvormund/die Pflegerin persönlich wahrzunehmen ist (§ 55 Abs. 2 und 3 SGB VIII).

Mit dem versetzten Inkrafttreten will der Gesetzgeber „den Jugendämtern und deren Trägern ausreichend Zeit geben, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen (BT-Drucks. 17/3617, 9).“ Das betrifft insbesondere die ggf notwendige Aufstockung der personellen Ressourcen.

Trotz dieses Aufschubs sind die gesteigerten Anforderungen an den Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem bereits wirksam. Der Gesetzgeber entlastet die Jugendämter und Fachkräfte hier dadurch, dass Verstöße gegen die Pflicht, das Kind/den Jugendlichen idR einmal im Monat zu treffen, für ein Jahr „sanktionslos bleiben“ sollen (BT-Drucks. 17/3617, 9).

Angaben über persönliche Kontakte nach § 1837 Abs.1 S. 2 BGB haben die Familiengerichte daher erst ab dem Zeitpunkt des Inkrafttretens am 5. Juli 2012 zu prüfen. Bei einem im Oktober 2012 eingereichten Bericht werden also die Kontakte zwischen Juli und Oktober 2012 bereits beachtlich sein, nicht notwendigerweise diejenigen zwischen Oktober 2011 und Juni 2012. Der Zeitraum bis zum Juli 2012 ist empfehlenswerter

Weise für Absprachen zwischen Vormundschaft/Pflegschaft und Familiengerichten zu nutzen. Für eine sinnvolle familiengerichtliche Aufsicht im Hinblick auf die persönlichen Kontakte wird es zum einen notwendig sein, dass die Rechtspfleger/innen über fachliche Kriterien persönliche Kontakte informiert sind. Zum anderen sind Absprachen über eine sinnvolle und nachvollziehbare Dokumentation der Kontakte notwendig (vgl 2.4., 12f).

Trotz Aussetzen der familiengerichtlichen Kontrolle bis zum Juli 2012 führen die gesetzlich schon ab Juli 2011 wirksamen gesteigerten Kontaktpflichten in der Praxis bei hoher Fallbelastung teilweise zu Unruhe. In Fällen, in denen die Fallzahl bisher erheblich über 50 pro Vollzeitkraft lag, erscheint eine zügige oder ggf schrittweise Entlastung der Fachkräfte von Vorteil.

## **2.2. Fallzahl 50: Ermittlung von Fallzahlen, Personalbedarf**

### **Die Fallzahl 50 markiert eine Obergrenze**

Das Gesetz schreibt vor, dass eine vollzeitbeschäftigte Fachkraft im Jugendamt **höchstens** 50 Vormundschaften/Pflegschaften führen soll. Es ist darauf hingewiesen worden, dass diese Vorgabe eine Obergrenze darstellt, die in keinem Fall zu überschreiten ist, jedoch ggf unterschritten werden sollte (vgl DIJuF-Hinweise vom 15.03.2010 zum Referentenentwurf zum Gesetz zur Änderung des Vormundschaftsrechts vom 04.12.2009, 8, zu finden unter [www.dijuf.de](http://www.dijuf.de) ▶ Rechtsberatung/Rechtspolitik ▶ Fachliche Hinweise/Stellungnahmen; *Sünderhauf* JAmt 2011, 293, 294). Die Zahl 50 geht auf die Dresdner Erklärung von vor zehn Jahren zurück, als die Forderung, dass der Amtsvormund Kontakt zu den Kindern/Jugendlichen haben sollte, gänzlich neu und von einem regelmäßigen monatlichem Kontakt noch nicht die Rede war (Dresdner Erklärung JAmt 2000, 437).

Bei 50 Fällen und konsequenter Befolgung der Regelpflicht zum monatlichem Kontakt würden sich 600 jährliche Kontakte bei durchschnittlich 220 Arbeitstagen ergeben (vgl Stellungnahme der Kinderrechtekommission zum RegE, 5, zu finden unter [www.dfgt.de](http://www.dfgt.de) ▶ Stellungnahmen). Eine durchschnittliche Fallbelastung von 50 kann durch wechselnde Zu- und Abgangszahlen zum einzelnen Zeitpunkt, außerdem eine höhere Belastung von etwa 60 bis 65 Fällen bedeuten (*Beinkinstadt*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, zu finden unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen).

### **Gleiche Gewichtung von Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften bei der Fallzahlermittlung**

Die gesetzliche Regelung sieht in Bezug auf die Fallzahl keine Differenzierung zwischen Amtsvormundschaften und -pflegschaften vor. Danach sind bei der Fallzahlbemessung alle Amtsvormundschaften und -pflegschaften, die eine Fachkraft führt, einzubeziehen.

Das erscheint auch sinnvoll, da die Arbeitsbelastung der Fachkräfte sich nicht danach unterscheidet, ob Amtsvormundschaften oder -pflegschaften geführt werden, sondern bspw. danach, ob eine Vormundschaft/Pflegschaft neu aufgenommen wird oder schon lange läuft, die Eltern kooperieren oder gegen den Vormund/die Pflegerin arbeiten, geeignete Hilfen zur Verfügung stehen oder nicht, eine besonders schwierige Konstellation oder eine Krise vorliegt usw.

Pflegschaften im Kontext familiengerichtlicher Verfahren bspw. bei Anfechtung oder Klärung der Vaterschaft nach § 1598a BGB unterscheiden sich von dauerhaften Pflegschaften mit Wirkungskreisen wie etwa dem Aufenthaltsbestimmungsrecht und dem Recht, Hilfen zur Erziehung zu beantragen. Sie beanspruchen während des kürzeren Zeitraums, innerhalb dessen sie wahrgenommen werden, jedoch häufig ein erhebliches Zeitkontingent. Bei der Fallzahlermittlung sind sie wie alle anderen Fälle zu berücksichtigen. Im Hinblick auf die Anwendbarkeit des § 1793 Abs. 1a BGB nF, der Vorschrift zum persönlichen Kontakt, erscheint es dagegen sinnvoll, Differenzierungen vorzunehmen (vgl. 2.4 Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften).

Bei der Fallzahlermittlung zählen alle Amtsvormundschaften und Amtspflegschaften, gleich mit welchem Aufgabenkreis.

### **Mischarbeitsplätze**

Bei gleichzeitiger Wahrnehmung anderer Aufgaben soll eine Fachkraft, der Vormundschaften/Pflegschaften übertragen sind, entsprechend weniger Vormundschaften/Pflegschaften führen (§ 55 Abs. 2 S. 4 SGB VIII nF).

Mit dieser Formulierung nimmt der Gesetzgeber Bezug auf Mischarbeitsplätze, bei denen Fachkräfte im Jugendamt, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, häufig gleichzeitig als Beistände tätig sind, in Unterhaltsfragen nach §§ 18 und 52a SGB VIII beraten sowie als Urkundspersonen im Jugendamt fungieren. Diese Konstellation ist noch in vielen Jugendämtern verbreitet.

### **Kritik an Mischarbeitsplätzen**

Mischarbeitsplätze bergen Probleme für die Wahrnehmung der Vormundschaften/Pflegschaften (LWL/LVR, Qualitätsstandards für Vormünder: Arbeits- und Orientierungshilfe „Aufgabenermischung“, 2010, 1; Jugend- und Familienministerkonferenz [JFMK] JAmt 2011, 323; *Justin* JAmt 2011, 305, 306 f, *Schindler*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 9; *Veit*, Stellungnahme der Kinderrechtekommission zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 9, beide zu finden unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen).

Die vormundschaftlichen Aufgaben und die gleichzeitige Beratung/Fallbearbeitung in der Beistandschaft sowie die Aufgabe der Beurkundung geraten in der Praxis in Konflikt: In der Beratung/Beistandschaft ist eine zügige Fallbearbeitung erforderlich und

wird von den betreuenden Elternteilen, meist Müttern, auch eingefordert. Kinder/Jugendliche fordern Aktivitäten des Vormunds/der Pflegerin idR nicht offensiv ein. Daher sind die die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkräfte gehalten, den Kontakt zu den ihnen anvertrauten Kindern/Jugendlichen aktiv zu gestalten und sich von sich aus darum zu bemühen, Vertrauen zu erwerben und Lebenssituation, Bedarf und Wünsche der Kinder/Jugendlichen kennenzulernen.

Vor diesem Hintergrund ist in der Praxis bereits ein Trend dazu zu verzeichnen, die Fachkräfte des Jugendamts, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, von weiteren Aufgaben freizustellen. Diese Entwicklung kann aus fachlich-organisatorischer Sicht nur unterstützt werden.

### **Trennung von Arbeitszeiten bei Mischarbeitsplätzen**

Soweit Mischarbeitsplätze aus organisatorischen Gründen dennoch beibehalten werden, erscheint es nicht ausreichend, Fallzahlen für Vormundschaften/Beistandschaften/Beratungen und Beurkundungen vorzugeben. Darüber hinaus ist angezeigt, die Arbeitszeit, die für vormundschaftliche Aufgaben zur Verfügung stehen muss, festzulegen. So wird es nicht den einzelnen Fachkräften überlassen, zwischen den Beistandschaften und Vormundschaften zu „jonglieren“.

### **Fallzahlbemessung bei Mischarbeitsplätzen**

Für die verbleibende Zeit neben der für die vormundschaftlichen Tätigkeiten vorgesehenen Arbeitszeit stellt sich bei Mischarbeitsplätzen dennoch die Frage nach einer Bemessung der Fallzahlen auch für Beistandschaften, Beratungen nach §§ 18, 52a SGB VIII und Beurkundungen. Aktuelle Empfehlungen, die sich auf empirische Untersuchungen stützen können und die Weiterentwicklung des Aufgabengebiets in den letzten Jahren berücksichtigen (vgl. DIJuF eV [Hrsg], Qualitätskriterien, Ziele und Kennzahlen in der Beratung/Unterstützung/Beistandschaft, 2009, zu finden unter [www.dijuf.de](http://www.dijuf.de) ► Publikationen ► Bücher/Broschüren) liegen nicht vor. Anhaltspunkte finden sich in der Kommunalen Orientierungshilfe für Baden Württemberg, deren Ergebnisse auf eine empirische Untersuchung aus den Jahren 1999 bis 2003 zurückgehen (Landeswohlfahrtsverband Baden ua, Kommunale Orientierungshilfe zur Personalbedarfsbemessung des Arbeitsbereiches Beistandschaften/Amtsvormundschaften in Baden-Württemberg, 2004). Hier werden folgende Fallzahlen pro Vollzeitstelle genannt:

- 4.375 Beratungsfälle pro Jahr und Vollzeitkraft;
- 230-270 Beistandschaften pro Vollzeitkraft;
- 2.188 Beurkundungen pro Jahr und Vollzeitkraft.

### **Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts**

Die gesetzliche Fallzahlbegrenzung führt in den Jugendämtern zu einer Belebung der Diskussion darüber, ob überhaupt und ggf welche, wie viele und durch welche Personen/Institutionen Vormundschaften/Pflegschaften außerhalb des Jugendamts geführt

werden sollten und könnten. In der Praxis stellt sich dabei meist die Frage, ob überhaupt geeignete ehrenamtliche Einzelvormünder, Berufsvormünder oder Vormundschaftsvereine vorhanden sind, die eine Alternative zur Bestellung des Jugendamts darstellen könnten.

Bei der Diskussion dieser Fragen im Jugendamt ist zunächst zu überlegen, in welchen Konstellationen eine Vormundschaft/Pflegschaft aus fachlicher Perspektive – etwa wegen der Gefahr von Interessenkonflikten – **nicht** durch das Jugendamt geführt werden sollte. Im Rahmen der Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren ist ggf dann fachlich zu begründen, warum nicht das Jugendamt, sondern eine andere Person/Institution das Amt führen und daher bestellt werden sollte.

Das Jugendamt kann seine Bestellung allerdings nur dann mit Erfolg abwenden bzw seine Entlassung bewirken, wenn es darlegen kann, dass eine geeignete Einzelperson vorhanden ist (vgl §§ 1887, 1889 Abs. 2 BGB). Um konkrete, andere Personen/Institutionen vorschlagen zu können (§ 53 Abs.1 SGB VIII), ist ein Jugendamt aufgerufen zu prüfen, wie es selbst oder über Vormundschaftsvereine (ehrenamtliche) Einzelvormünder gewinnen, beraten und unterstützen kann und/oder ob es den Aus- bzw Aufbau von Vormundschaftsvereinen fördert (vgl dazu ausf. DIJuF-Rechtsgutachten 13.09. 2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen). Beim Vorschlag eines Vereins ist zu prüfen, ob der Verein die Voraussetzungen für eine Bestellung durch das Familiengericht erfüllt, insbesondere, ob ihm eine Erlaubnis durch das jeweilige Landesjugendamt erteilt wurde.

Ob und in welchem Umfang sich auf diese Weise zugleich Fallzahlen und Kosten verringern lassen, hängt von den Gegebenheiten vor Ort ab. Allerdings besitzt nach der Entscheidung des BGH vom 25.05.2011 (XII ZB 625/10) ein zum Vormund oder Pfleger bestellter Verein keinen Vergütungsanspruch gegenüber der Landesjustizkasse.

### **2.3. Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft im Jugendamt**

Der § 55 SGB Abs. 2 S. 2 VIII nF schreibt die **Anhörung des Kindes/Jugendlichen** vor Übertragung der Vormundschaft/Pflegschaft auf eine Fachkraft des Jugendamts **verbindlich** vor, insoweit das nach Alter und Entwicklungsstand des Kindes möglich ist. Die Anhörung dient der Beteiligung des Kindes/Jugendlichen, wenn möglich verbunden mit dem Ziel der Übertragung der Amtsvormundschaft/-pflegschaft an eine für dieses bestimmte Kind möglichst geeignete Person. Eine Verteilung der Vormundschaft/Pflegschaft nach Buchstaben oder Regionalprinzip verträgt sich mit diesen Zielen nicht.

In der Gesetzesbegründung wird verdeutlicht, dass die Anhörung auch erfolgen soll, „wenn die Auswahlmöglichkeiten hinsichtlich der personellen Ressourcen im Jugendamt begrenzt oder nicht vorhanden sind“, um die Stellung des Kindes/Jugendlichen „als Subjekt des Verfahrens zu verdeutlichen“ (BT-Drucks. 17/3617, 8). Das Gesetz ermöglicht es, eine „ausnahmsweise vor der Übertragung unterbliebene Anhörung [...]

unverzüglich nachzuholen“ (§ 55 Abs. S. 3 SGB VIII nF). Dies sollte der Ausnahmefall bleiben, wenn im Einzelfall tatsächlich zB keine Möglichkeit besteht, das Kind/den Jugendlichen rechtzeitig zu kontaktieren.

In der Praxis stößt die Neuregelung des § 55 Abs. 2 S. 2 SGB VIII auf eine gewisse Skepsis. Zum einen sind praktikable Wege einer Anhörung zur Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft nicht erprobt. Zum anderen trifft die Neuregelung auf Befürchtungen, wie sie üblicherweise entstehen, wenn ein Auswahlverfahren oder eine personbezogene Bewertung eingeführt wird. Überspitzt ließe sich die Skepsis einzelner Fachkräfte in folgende Fragen übersetzen: Darf das Kind seine/n Vormund/Pflegerin nach Sympathie auswählen, nachdem sich die infrage kommenden Personen zB hinter einer Einwegscheibe zeigen müssen? Und wenn eine Auswahl durch das Kind nicht möglich ist, ist die Anhörung dann nicht eine Farce?

Die Bedenken betreffen sowohl das vermeintlich bessere oder schlechtere Abschneiden der eigenen Person/der Kolleg/inn/en bei den Kindern/Jugendlichen als auch die Frage der Steuerung, wenn es um die Verteilung der Kinder/Jugendlichen auf die Fachkräfte geht.

### **Zur Durchführung von Anhörungen**

Bei näherer Betrachtung lassen sich diese Fragen jedoch beantworten und die Neuregelung erscheint als sinnvolles Instrument zur Begründung einer persönlich geführten Vormundschaft von Beginn an. In einer Anhörung kann dem Kind/Jugendlichen erstmalig die Funktion und Aufgaben seines neuen Vormunds/seiner Pflegerin verdeutlicht werden. Gleichzeitig kann die jeweilige Person oder können die infrage kommenden Personen vorgestellt werden.

Es erscheint dabei sicherlich nicht sinnvoll, dem Kind/Jugendlichen eine möglichst große Auswahl von Personen zu präsentieren. Vielmehr bietet es sich an, eine oder wenige Personen vorzustellen und das Kind/den Jugendlichen daraufhin zu befragen, was ihm/ihr wichtig erscheint: Ist es zB wichtig, ob ein Mann oder eine Frau die Vormundschaft/Pflegschaft führt? Was erwartet das Kind/der Jugendliche von seinem Vormund/seiner Pflegerin? Gibt es besondere Problemlagen oder Interessen, Wünsche, an denen eine Person vielleicht besser anknüpfen kann als eine andere (bspw sportliche Aktivitäten wie Fußball) oder auf die sich die entsprechende Fachkraft einstellen kann usw?

Es stellt sich die Frage, auf welche Weise eine Anhörung durchgeführt werden könnte. Aus der Praxis ist bspw schon vorgeschlagen worden, kurze, jeweils altersgerechte Personenbeschreibungen (mit Bild) der Vormünder/Pfleger/innen zu entwickeln (ein Muster-Vorschlag eines Jugendamts kann auf Nachfrage bei Dr. Nadja Wrede beim DIJuF bezogen werden, [wrede@dijuf.de](mailto:wrede@dijuf.de)). Anhand dieser Portraits kann das Kind/der Jugendliche sich von seinem zukünftigen Vormund/seiner Pflegerin ein erstes Bild machen.

In Fällen, in denen das möglich ist, bietet sich an, dass die Anhörung von einer Person im Jugendamt durchgeführt wird, die das Kind/den Jugendlichen schon kennt. Für andere Fälle wird die Praxis Lösungen entwickeln müssen.

### **Anhörung in Fällen von Vereins- und ehrenamtlichen Vormundschaften**

Vereine, die Vormundschaften führen, sind von der Vorschrift des § 55 Abs. 2 S. 1 SGB VIII zur Anhörung des Kindes/Jugendlichen vor Auswahl der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Person nicht erfasst. Es bietet sich jedoch an, dass Vereine sich an der Regelung orientieren, insofern nicht von Seiten des Gerichts eine bestimmte Person als Vereinsvormund bestellt worden ist. Auch im Hinblick auf ehrenamtliche Vormundschaften erscheint eine Einbeziehung des Kindes/Jugendlichen vor der Bestellung sinnvoll.

## **2.4. Kontaktgestaltung zwischen Vormund und Mündel: Ziele, Anwendungsbereich, Kriterien**

Die Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB nF, die idR einen monatlichen Kontakt des Vormunds zum Mündel in dessen üblicher Umgebung vorsieht, hat während des Gesetzgebungsverfahrens Kritik auf sich gezogen und sorgt in der Praxis für Unruhe. Von Expert/inn/en und Praktiker/inne/n wird darauf hingewiesen, dass die konsequente Einhaltung dieser Regelvorgabe bei 50 Mündeln pro Vollzeitkraft unrealistisch ist (*Beinkinstadt*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 2 f; *Mix*, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 2, beide zu finden unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen; *Justin JAmt* 2011, 305; *Hoffmann FamRZ* 2011, 249,250 f; *Katzenstein JAmt* 2010, 414, 415 f; *Sünderhauf JAmt* 2011, 293). Es wären jährlich 600, täglich zwei bis drei Kontakte zu Kindern/Jugendlichen erforderlich. Das regelmäßige „Durchhalten“ einer solchen Kontaktpflicht würde zu einem „Abarbeiten“ der Kontakte und damit zu „Alibi-Besuchen“ (vgl. BT-Drucks. 537/10, 5) führen.

Aus der Praxis wird deshalb danach gefragt, auf welche Formen von Ergänzungspflegschaften die Kontaktpflichten anwendbar sind und welche Kriterien für die Häufigkeit und Gestaltung von Kontakten zwischen Vormund und Kind/Jugendlichem in Einzelfällen genannt werden können.

### **Anwendbarkeit der Kontaktpflichten auf Ergänzungspflegschaften**

In der Gesetzesbegründung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Neuregelungen zur Vormundschaft über die Generalverweisung des § 1915 BGB auch für den Fall der Ergänzungspflegschaft gelten (BT-Drucks. 17/3617, 6). Mit Recht wird jedoch danach gefragt, ob sich das Erfordernis der persönlichen Förderung der Erziehung (§ 1800 S. 2 BGB nF) und die damit verbundenen Anforderungen an den persönlichen Kontakt nach § 1793 Abs. 1a BGB auf **alle** Formen von Pflegschaften beziehen – unabhängig von ihrem Anlass und Kontext. Denn eine sinnvolle Übertragbarkeit der Vor-



schriften der §§ 1793 und 1800 BGB zur persönlichen Förderung und zum Kontakt zwischen Vormund und Kind/Jugendlichem auf Ergänzungspflegschaften ist nicht immer in vollem Umfang gegeben. Das gilt bspw bei einer im Kontext eines familiengerichtlichen Verfahrens eingerichteten Pflegschaft in einem Vaterschaftsanfechtungsverfahren wegen Interessenkollision zwischen Eltern und Kind. Spielraum für eine sinnvolle Auslegung der Vorschriften in Bezug auf Ergänzungspflegschaften gewährt insofern § 1915 Abs 1 S. 1 BGB, der vorgibt, dass die für die Vormundschaft geltenden Vorschriften „**entsprechende** Anwendung“ auf Pflegschaften finden (Meysen, in: Coester-Waltjen ua, Neue Perspektiven im Vormundschafts- und Pflegschaftsrecht, 2010, 65). Die Vorschriften zur Vormundschaft müssen entsprechend und ihrem Sinn nach auf Ergänzungspflegschaften und ihre jeweiligen Wirkungskreise bezogen werden.

Es kann zwischen folgenden Fallgruppen von Pflegschaften unterschieden werden:

- Ergänzungspflegschaften nach Entzug von Teilen der elterlichen Sorge (§ 1666 BGB), bei denen **bestimmte Wirkungskreise der elterlichen Sorge auf eine/n Pfleger/in übertragen werden**. Diese Pflegschaften, bei denen typischerweise vor allem das Aufenthaltsbestimmungsrecht, das Recht zur Beantragung erzieherischer Hilfen und häufig auch weitere Aufgaben auf eine/n Pfleger/in übertragen werden, betreffen idR zentrale Aufgaben im Bereich der Personensorge und entsprechen bestellten Vormundschaften. Die Neuregelungen der §§ 1793 und 1800 BGB nF finden hier im vollem Umfang sinnvolle Anwendung.
- Pflegschaften, die **vor dem Hintergrund eines Klärungsbedürfnisses für einen absehbar begrenzten Zeitraum** bestellt werden, etwa wenn ein/e Pfleger/in mit dem Wirkungskreis Entbindung der Schweigepflicht gegenüber einem Kinderarzt bestellt wird (§ 1796 BGB iVm § 1909).  
In diesen Fällen erscheint eine Übertragung des Gebots der Förderung der Erziehung (§ 1800 BGB) jedenfalls nicht anwendbar. Kontakte zum Kind dürften idR erforderlich und der notwendige Umfang im Einzelfall zu prüfen sein. Die Anforderung regelhaft monatlicher Kontakte passt nicht zur konkreten Aufgabe und ist daher nicht entsprechend anzuwenden.
- Ergänzungspflegschaften, die **wegen Interessenkollisionen zwischen Eltern und Kind** eingerichtet werden, bspw
  - im Kontext von Vaterschaftsanfechtungs-, Abstammungsklarungsverfahren nach § 1598a BGB, Verfahren in Bezug auf die Ausschlagung von Erbschaften oder anderen familiengerichtlichen Verfahren;
  - im Kontext von Strafverfahren für die Vertretung bei der Wahrnehmung des Zeugnisverweigerungsrechts bei Strafverfahren gegen sorgeberechtigte Eltern (§ 52 Abs. 2 S. 2 StPO iVm § 1909 Abs. 1 S. 1 BGB);

- bei sogenannten „In-sich-Geschäften“ (§ 181 iVm § 1795 Abs. 2 BGB), bei denen der ansonsten vertretungsberechtigte Elternteil sozusagen „auf beiden Seiten“ stünde.

Bei allen Formen von Pflegschaften im Kontext von Interessenkollisionen erscheint eine Anwendung des Gebots der Förderung der Erziehung nach § 1800 BGB nF ebenso wenig sinnvoll wie ein monatliches Kontaktgebot. Im Kontext von Verfahren zur Vaterschaftsanfechtung oder -klärung ebenso wie im Kontext von Strafverfahren wird die Prüfung des erforderlichen Umfangs von Kontakten zwischen Ergänzungspfleger/in und Kind/Jugendlichem regelmäßig geboten sein. Im Kontext von Verfahren, die etwa die Ausschlagung einer Erbschaft betreffen oder bei „In-sich-Geschäften“ wird hingegen idR eine Prüfung der Interessen des Kindes anhand der Akten ausreichend sein.

Schon die Anwendbarkeit der Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB ist also zwar bei vielen, aber nicht allen Ergänzungspflegschaften gegeben.

Die Frage der Kontaktgestaltung und Häufigkeit bei verschiedenen Vormundschaften/Pflegschaften wird im Folgenden behandelt. Den Ausgangspunkt dabei bildet die Frage nach Sinn und Ziel der persönlichen Kontakte.

### **Sinn und Ziele persönlicher Kontakte**

Der persönliche Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem ist nicht Selbstzweck, sondern dient der Wahrnehmung der elterlichen Sorge (vgl. BT-Drucks 17/3617, 8). Der Kontakt zum Kind/Jugendlichen bildet für Vormünder und Pfleger/innen die Grundlage dafür, „Wohl und Willen des Minderjährigen zu beachten“ und dessen Pflege und Erziehung entsprechend zu fördern und zu gewährleisten (Arbeitsgruppe familiengerichtliche Maßnahmen bei Gefährdung des Kindeswohls, Abschlussbericht, Anlage 5, 2, zu finden unter <http://www.jugendhilfeportal.de> ▶ db2 ▶ materialien).

Wenn Vormünder/Pfleger/innen regelmäßig Kontakt halten, geht es wesentlich darum, zu ermöglichen, dass **das Kind/der Jugendliche sich beteiligt und seine Lebenssituation aktiv mitgestaltet**. Das leitet sich für die Vormundschaft auch aus § 1793 Abs. 1 S. 2 iVm § 1626 Abs. 2 BGB ab: „Bei der Pflege und Erziehung berücksichtigen die Eltern [hier also entsprechend Vormund/Pflegerin, Anm. d. Verf.] die wachsende Fähigkeit und das wachsende Bedürfnis des Kindes zu selbständigem verantwortungsbewusstem Handeln. Sie besprechen mit dem Kind, soweit es nach dessen Entwicklungsstand angezeigt ist, Fragen der elterlichen Sorge und streben Einvernehmen an“ (§ 1626 Abs. 2 BGB). Mit dieser Vorschrift korrespondiert auch das in § 1 SGB VIII vorgegebene Ziel, Kinder zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten zu erziehen.

Einbeziehung und Beteiligung des Kindes/Jugendlichen setzen voraus, dass der Vormund/die Pflegerin Interesse an den Sichtweisen, Bedürfnissen und Nöten des Kindes/Jugendlichen zeigt und sich darum bemüht, ein Vertrauensverhältnis entstehen zu

lassen. Ein gewachsenes Vertrauensverhältnis ermöglicht Kindern und Jugendlichen, sich auch mit Sorgen und Belastungen an den Vormund/die Pflegerin zu wenden. Es ermöglicht aber auch dem Vormund/der Pflegerin, sich mit Wünschen und Kritik des Kindes/Jugendlichen auseinanderzusetzen und ggf eigene, anders gelagerte Sichtweisen bzw Entscheidungen zu vermitteln.

Die Vorschrift des § 1793 Abs. 1a BGB nF, die persönlichen und regelmäßigen Kontakt zwischen Vormünder/Pfleger/inne/n und Kindern/Jugendlichen vorsieht, ist diesen Zielen verpflichtet.

### **Kontakte nach den „Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt“**

Zu § 1793 Abs. 1a BGB nF erläutert der Gesetzgeber in der Begründung: „Umfang und Häufigkeit des Kontakts richten sich **nach den Erfordernissen des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt**. Im Regelfall hält der Gesetzgeber einen persönlichen Kontakt einmal im Monat für erforderlich; im Einzelfall kann es notwendig sein, den Mündel auch häufiger zu treffen. Wenn nach den besonderen Umständen des Einzelfalls ein weniger häufiger Kontakt angezeigt sein sollte, kann der Vormund/die Pflegerin den Mündel – in dem erforderlichen Umfang – auch seltener treffen“ (BT-Drucks. 17/3617, 7).

In dieser Begründung wird deutlich, dass die Beurteilung des Einzelfalls zum jeweiligen Zeitpunkt ausschlaggebend für die Kontaktdichte und -gestaltung zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem zu sein hat. Je nachdem, was die Situation des Kindes/Jugendlichen erfordert, kommen häufigere oder seltenere als monatliche Kontakte in Betracht. Der Vormund/die Pfleger/in ist jedoch gehalten, „sich in regelmäßigen Abständen ein genaues Bild von den persönlichen Lebensumständen des Mündels [zu] verschaffen“ (BT-Drucks. aaO). Regelmäßige Kontakte, nicht etwa nur in Krisensituationen, sind schon deswegen nötig, weil sie eine Grundlage für die Beurteilung bieten, ob die bisherige Kontaktdichte angemessen ist oder die Kontakte in der Zukunft häufiger oder seltener stattfinden sollten. In Anbetracht der Intention des Gesetzgebers, dass eine persönliche Beziehung zum Kind/Jugendlichen die Grundlage für die Vormundschaft/Pflegschaft bilden soll, erscheint es jedenfalls nicht angemessen, weniger als drei bis vier jährliche Kontakte zum Kind/Jugendlichen zu suchen.

### **Kriterienkatalog für die Beurteilung der Kontaktgestaltung und -häufigkeit im Einzelfall**

Seltenere als monatliche Kontakte sind ausweislich der Gesetzesbegründung „beispielsweise“ geboten, „wenn der Mündel in stabilen Verhältnissen lebt und nach seinem Alter und seiner Persönlichkeitsstruktur in der Lage ist, auf eventuelle Missstände oder Anliegen in geeigneter Weise selbst hinzuweisen“. Kontakte in der gewöhnlichen Umgebung des Kindes/Jugendlichen könnten „kontraproduktiv sein, wenn der Mündel in Anwesenheit der unmittelbaren Pflegepersonen nicht frei reden kann oder will“. „Treffen [...] im Rahmen gemeinsamer Aktivitäten außerhalb der Wohnung des Mündels können ein Vertrauensverhältnis entstehen lassen oder vertiefen“ (BT-Drucks. aaO).

Abweichungen von der Vorgabe monatlicher Kontakte in der üblichen Umgebung sind danach zulässig und werden häufig auch geboten sein. Vom monatlichen Rhythmus in der üblichen Umgebung des Kindes/Jugendlichen abweichende Kontaktmuster hat der Vormund/die Pflegerin ausgehend vom Einzelfall zu begründen und diese Begründung auch zu dokumentieren.

Über die oben genannten Beispiele des Gesetzgebers hinaus erscheint daher angezeigt, anhand der Erfahrungen aus der Praxis einen Kriterien- bzw Fragenkatalog zu entwickeln, der den Fachkräften Orientierung dabei gibt, angemessene Einzelfallentscheidungen über die Kontaktgestaltung zu treffen (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 13.09.2011, aaO). Ein solcher Kriterienkatalog sollte fachlich begründete Hinweise dazu geben, welche Fragen für die jeweilige Beurteilung der notwendigen Kontakte beantwortet werden sollen. Die im Folgenden aufgelisteten Punkte mögen Hinweise geben, was bei der Erarbeitung solcher Kriterienkataloge Beachtung finden sollte.

### **Seltenere als monatliche Kontakte sind ggf angezeigt, wenn**

- sich das Kind/der Jugendliche schon seit langem an seinem Lebensort aufhält und dort gut integriert ist;
- bereits ein stabiles Vertrauensverhältnis zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind/Jugendlichem besteht und – auch angesichts von Alter und Entwicklungsstand – damit gerechnet werden kann, dass das Kind/der Jugendliche sich im Zweifelsfall auch unaufgefordert bei dem Vormund/der Pflegerin meldet;
- dafür gesorgt ist, dass der Vormund/die Pflegerin regelmäßig über die Entwicklung und verlässlich über Problemanzeigen aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen informiert wird (durch Kindertagesstätte, Ärzt/inn/e/n, Pflegekinderdienst, Adoptionsvermittlungsstelle usw);
- in diesem Zusammenhang einheitlich berichtet wird, dass die Entwicklung des Kindes/Jugendlichen (relativ) stabil und positiv verläuft und es keine Anzeichen für (deutliche) Verschlechterungen oder auf einen Verlauf mit sich wiederholenden Krisen gibt;
- der Vormund/die Pflegerin und andere fallbeteiligte Fachkräfte den Lebensort und Lebenssituation des Kindes/Jugendlichen als stabil und förderlich für seine Entwicklung einschätzen. Bei der Einschätzung ist auch darauf zu achten, ob es Anzeichen für Belastungen und Krisen gibt, die aus seiner Umgebung auf das Kind/den Jugendlichen einwirken;
- eine Adoptionsvormundschaft besteht und keine Anzeichen dafür vorliegen, dass es Gründe geben könnte, die Einwilligung zur Adoption als Vormund nicht zu erteilen.

### **Häufigere oder zeitnahe Kontakte sind ggf angezeigt,**

- bei der Übernahme einer Vormundschaft/Pflegschaft und
- wenn es beim Wechsel von der Herkunftsfamilie zur Pflegefamilie/Einrichtung zu erheblichen Konflikten oder einem Kontaktabbruch der Eltern gekommen ist;
- wenn erhebliche Konflikte über Fragen des Umgangs mit den Eltern oder anderen Verwandten bestehen und darüber entschieden werden muss;
- wenn wichtige Entscheidungen anstehen, etwa über einen Wechsel des Aufenthaltsorts, über Ausbildungsfragen (Schule und weiterführende Ausbildung), über Hilfen und Therapien, Operationen aber auch bei Entscheidungen, die für das Kind/den Jugendlichen subjektiv große Bedeutung haben (Piercing, Verreisen mit dem Freund/der Freundin);
- bei besonderen Problemlagen des Kindes/Jugendlichen, die aus der Vergangenheit bekannt sind und erwarten lassen, dass eine engmaschige Begleitung und jeweilige Anpassung der Hilfen erforderlich sein wird;
- wenn Wechsel der Lebenssituation und Erziehungspersonen stattgefunden haben oder stattfinden, zB wenn sich die Frage stellt, ob ein Wechsel der Pflegefamilie oder des Heims infrage kommt, aber auch etwa bei Trennung/Scheidung der Pflegeeltern;
- wenn es Problemanzeigen seitens der Erziehungspersonen, aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen oder durch das Kind/den Jugendlichen selbst gibt, die auf (sich wiederholende) Krisen oder einen deutlich negativen Verlauf hindeuten. Der persönliche Kontakt zum Kind erübrigt sich in solchen Fällen nicht durch möglicherweise plausibel erscheinende Begründungen beteiligter Erwachsener;
- in der Ausnahmesituation, in der ein Kind/Jugendlicher unter Vormundschaft/Pflegschaft in seiner/ihrer Herkunftsfamilie lebt.

Die Prüfung solcher Kriterien bei der Beurteilung der erforderlichen Kontaktgestaltung kann den Vormündern/Pfleger/innen/n in einem Jugendamt im Sinne einheitlicher Qualitätsstandards vorgegeben werden, nicht aber die Wertung und Inhalte der Entscheidung (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 27.07.2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen). Die individuelle Entscheidungsbefugnis der Fachkraft entspricht ihrer individuellen Verantwortung für das Wohl des ihr anvertrauten Kindes/Jugendlichen (vgl. ausf. Hoffmann ZKJ 2007, 389). Insoweit ist auch bspw. eine Dienstanweisung, die nach bestimmten Kriterien, etwa nach dem Alter, schematisch eine bestimmte Häufigkeit des Kontakts vorschreibt, rechtlich nicht zulässig (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 15.06.2011, zur Veröffentlichung in JAmt 2011, H. 10 vorgesehen).

### **Kontaktgestaltung und alternative Wege zum Besuchskontakt (Telefon, Skype, Facebook, E-Mail, Briefkontakt)**

Ob die Kontakte in der üblichen Umgebung stattfinden sollten, das Kind/der Jugendliche ggf dort abgeholt oder wieder dorthin gebracht werden sollte und wie Besuche zu gestalten sind, sind weitere Themen, für die anhand praktischer Erfahrungen und fachlicher Kriterien Orientierungen zu erarbeiten sind. Bei der Frage nach der Gestaltung der Kontakte sollte auf jeden Fall das Kind/der Jugendliche beteiligt werden, sowie im erforderlichen Umfang auch die Erziehungspersonen. Selbstverständlich werden auch das Alter des Kindes, die Integration in seine Umgebung, die Frage, ob es sich um einen Erstkontakt oder eine lange bestehende Vormundschaft/Pflegschaft handelt und weitere Gesichtspunkte die Gestaltung der Kontakte bedingen.

Häufig bieten sich ergänzend zu Besuchskontakten, die seltener als monatlich stattfinden, **alternative Kontaktwege** an, etwa über E-Mail, Skype, Facebook oder Telefon. Das wird besonders dann der Fall sein, wenn das Kind/der Jugendliche diese im Alltag auch sonst zur Kommunikation nutzt und freien und ungehinderten Zugang dazu hat. Für den einen oder anderen Vormund/Pfleger/in wird es uU eine Herausforderung darstellen, sich auf einen Kontakt bspw über Skype oder Facebook einzulassen. Die Bereitschaft dazu kann jedoch lohnenswert sein. Auch ein Brief, obwohl heute nicht mehr übliches Kommunikationsmittel unter Jugendlichen, könnte im Einzelfall geeignet sein, um bspw eine wichtige Entscheidung vorzubereiten. Entscheidend wird sein, dass der jeweilig gewählte Kontaktweg den Themen, Anliegen bzw Entscheidungen, die anstehen, angemessen ist.

### **Zeitbedarf und Zeitplanung für Kontakte**

Zu beachten ist hinsichtlich des Zeitbedarfs für Kontakte selbstverständlich, dass die Besuche teilweise erhebliche Fahrtzeiten erfordern und in der Terminierung auch von Kindergarten-, Schul-, Ausbildungszeiten und ggf auch Berufstätigkeit der Pflegeeltern abhängig sind.

Die Kontakte zwischen Vormund/Pfleger/in und Kind müssen idR vorbereitet werden. Besonders am Beginn einer Vormundschaft/Pflegschaft ist ein sorgfältiges Aktenstudium erforderlich, um die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung auch vor dem Hintergrund von Informationen aus der Vorgeschichte beurteilen zu können. Gespräche mit den Personen aus dem Umfeld des Kindes/Jugendlichen sind erforderlich, schon um sicher zu stellen, dass der Vormund/die Pflegerin über die Entwicklung und auftretende Schwierigkeiten informiert wird – ganz besonders bei kleinen Kindern und in den Fällen, in denen Kinder/Jugendliche ausnahmsweise (auch im Zusammenhang mit Rückführungen) in ihrer Herkunftsfamilie leben.

Ebenso ist eine Nachbereitung der Kontakte erforderlich. In manchen Fällen wird die Dokumentation ausreichen, in anderen Fällen werden die Kontakte in Aktivitäten der Vormünder/Pfleger/innen zur Förderung der Pflege und Erziehung münden, zB indem

eine Vereinsmitgliedschaft angeregt, eine Diagnosestellung oder Therapie initiiert oder etwa eine Hilfe zur Erziehung beantragt wird.

## **2.5. Kooperation mit dem Familiengericht: Gestaltung Aufsicht, Aufsichtsmaßnahmen**

Im Rahmen der in § 1837 BGB bereits bisher verankerten Aufsichtspflicht über „die gesamte Tätigkeit des Vormunds“ hat das Familiengericht ab dem 5. Juli 2012 (vgl 2.1, 4f) „insbesondere die Einhaltung der erforderlichen persönlichen Kontakte [...] zu dem Mündel zu beaufsichtigen“ (§ 1837 Abs. 2 S. 2 BGB nF).

Damit die Rechtspfleger/innen die Erforderlichkeit von Kontakten im Einzelfall überhaupt beurteilen und insoweit beaufsichtigen können, bedarf es einerseits der Begründung im jeweiligen Einzelfall, die im Bericht an das Familiengericht zukünftig enthalten sein muss (§ 1840 Abs. 1 S. 2 BGB). Andererseits erscheint notwendig, dass die Rechtspfleger/innen auch über die im Jugendamt erarbeiteten fachlichen Kriterien für die Kontaktgestaltung im Bilde sind. Um eine sinnvolle Arbeitsbeziehung im Hinblick auf die persönlich geführte Vormundschaft zu etablieren, empfiehlt sich daher ein **fachlicher Austausch zwischen Familiengericht und Vormundschaft/Pflegschaft** im Jugendamt.

### **Familiengerichtliche Aufsicht und selbstständige Amtsführung des Vormunds/der Pflegerin**

Der Vormund/die Pflegerin führt das Amt – wie sorgeberechtigte Eltern – grundsätzlich selbstständig. Das Jugendamt, ein Verein, aber auch ehrenamtliche Vormünder/Pflegerinnen unterliegen daher zunächst keinen Weisungen des Familiengerichts. Es ist insbesondere nicht zulässig, bereits die Bestellung eines Vormunds/einer Pflegerin mit Auflagen bzw Weisungen im Hinblick auf die spätere Amtsführung zu verbinden (Diederichsen, in: Palandt, BGB, 70. Aufl. 2011, vor § 1793 Rn 1) – bspw mit künftigen Geboten etwa zu einem wöchentlichen Kontakt während des ersten halben Jahres. Präventive Aufsichtsmaßnahmen sind allenfalls denkbar, wenn die auf Tatsachen begründete Besorgnis besteht, der Vormund/die Pflegerin werde pflichtwidrig handeln (OLG Karlsruhe FamRZ 2006, 507).

Die familiengerichtliche Aufsicht über die Kontaktgestaltung nach § 1837 Abs. 2 S. 2 BGB richtet sich darauf einzuschreiten, wenn Vormund/Pflegerin sich pflichtwidrig verhalten. Das kann der Fall sein, wenn der Vormund/die Pflegerin gegen die gesetzliche Vorgabe zum persönlichen Kontakt nach § 1793 Abs. 1a BGB verstößt bzw, besser ausgedrückt, der Verpflichtung zur gewissenhaften Prüfung der erforderlichen Häufigkeit der Kontakte im Interesse des Kindes/Jugendlichen nicht nachkommt. Ein objektiv pflichtwidriges Verhalten ist hinreichend, Verschulden oder die Gefährdung des Kindeswohls sind keine Voraussetzungen.

Bei der Beurteilung, ob die Kontaktgestaltung durch den Vormund/die Pflegerin pflichtwidrig ist, ist der Grundsatz der selbstständigen Führung der Vormund-/Pflegschaft zu beachten. Das Gericht kann seine Meinung wie in anderen Zweckmäßigkeitsfragen nicht anstelle der des Vormunds/Pflegerin setzen (OLG München FamRZ 2009, 2119) und besitzt Ermessen allein hinsichtlich der Auswahl der Aufsichtsmaßnahme(n) (Wagenitz, in: MünchKommBGB, 5. Aufl. 2008, § 1837 Rn 17, 19). Generell sind Eingriffe in die Amtsführung auf das für das Wohl des Kindes/Jugendlichen Notwendige zu beschränken und daher nur statthaft, wenn wichtigen persönlichen (oder wirtschaftlichen) Interessen des Kindes/Jugendlichen erhebliche Nachteile drohen.

### **Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts**

Bei einer Amtsvormund-/pflegschaft bzw. Vereinsvormund-/pflegschaft besteht die **Aufsicht des Familiengerichts ausschließlich gegenüber dem Jugendamt oder dem Verein** und nicht gegenüber der Fachkraft, die das Amt wahrnimmt. Dem Jugendamt bzw. dem Verein wird das Verhalten der Fachkraft zugerechnet. Dementsprechend hat das Jugendamt/der Verein bei Aufsichtsmaßnahmen des Familiengerichts insoweit ein Weisungsrecht gegenüber der Fachkraft (insgesamt zu Aufsicht und Weisungsbefugnissen Kunkel, in: Oberloskamp, Vormundschaft, Pflegschaft und Beistandschaft für Minderjährige, 3. Aufl. 2010, § 15 Rn 69 ff).

Handelt ein Vormund/eine Pflegerin pflichtwidrig, indem er/sie bspw. die Kontaktpflichten vernachlässigt und setzt er/sie dies Verhalten auch nach Belehrung durch das Familiengericht fort, hat das Familiengericht mit geeigneten **Ge- und Verboten** einzuschreiten (§ 1837 Abs. 2 BGB).

Das Familiengericht kann einen Einzelvormund nach § 1837 Abs. 3 S. 1 BGB zur Befolgung seiner Anordnungen durch **Festsetzung von Zwangsgeld** anhalten. Gegen einen Verein oder das Jugendamt kann jedoch auch künftig **kein** Zwangsgeld festgesetzt werden (§ 1837 Abs. 3 S. 2 BGB). In der Gesetzesbegründung wird erläutert, dass die Festsetzung eines Zwangsgelds gegen eine staatliche Stelle nicht angezeigt sei. Ebenso wenig sinnvoll sei eine Zwangsgeldfestsetzung gegen den einzelnen Amtsvormund, da dieser häufig Probleme in seiner Anstellungskörperschaft nicht selbstständig abstellen könne (BT-Drucks. 17/367, 8).

Das Gericht habe aber die Möglichkeit, zur Durchsetzung von Ge- und Verboten **Gegenvorstellungen und Dienstaufsichtsbeschwerden** bei der das Jugendamt tragenden Gebietskörperschaft zu erheben oder auf die Schadensersatzpflicht gemäß § 1833 BGB hinzuweisen (BT-Drucks. aaO).

Bei wiederholten oder besonders offensichtlichen Verstößen kann das Familiengericht den Vormund/die Pflegerin außerdem unabhängig von einem Verschulden aus wichtigem Grund oder wegen Zweifeln an seiner Geeignetheit entlassen (§ 1886 BGB). Gegenüber einem Jugendamt oder Verein sind Ge- und Verbote letztlich nur durch eine **Entlassung** durchsetzbar.



Dabei ist zu beachten, dass die Entlassung des Jugendamts oder Vereins nicht nur und nicht *va* wegen Pflichtwidrigkeiten des Vormunds/der Pflegerin infrage kommt. Vielmehr ist das Jugendamt/der Verein generell dann zu entlassen, wenn „dies dem Wohl des Mündels dient und eine andere als Vormund/Pflegerin geeignete Person vorhanden ist“ (§ 1887 Abs. 1 BGB). Die Vorschrift zielt eben auch auf den Fall ab, dass die Entlassung und Bestellung eines Einzelvormunds/ einer -pflegerin möglich ist und insgesamt dem Wohl des Mündels/Pfleglings dient (LG Heilbronn FamRZ 2004, 134). Eine Pflichtwidrigkeit ist also keine notwendige Voraussetzung für die Entlassung.

Aufsichtsmaßnahmen und Zwangsgeldfestsetzung fallen in die Zuständigkeit des/der Rechtspflegers/-in, wenn die Maßnahme, die befolgt werden soll, zu seinen Zuständigkeiten gehört, sonst in die des Richters/der Richterin (Wagenitz § 1837 Rn 28). Das Familiengericht wird von Amts wegen tätig; in der Praxis beruht sein Handeln häufig auf Anregung Dritter. Gegen Aufsichtsmaßnahmen ist eine Beschwerde durch den Vormund/die Pflegerin zulässig (§ 59 Abs. 1 FamFG).

### **Berichtspflichten des Vormunds/der Pflegerin an das Familiengericht**

Um dem Familiengericht eine Aufsicht zu ermöglichen, hat ein Vormund/eine Pflegerin dem Familiengericht bereits nach derzeitiger Rechtslage einmal im Jahr nach – und auf Verlangen nach § 1839 BGB jederzeit – über die **Führung der Vormund-/Pflegschaft** und über die persönlichen Verhältnisse des Mündels/Pfleglings **Auskunft** zu erteilen. Die mit Bericht und Rechnungslegung verbundene Datenübermittlung durch den Vormund/die Pflegerin ist iSd § 68 Abs. 1 SGB VIII erforderlich und somit rechtmäßig.

§ 1840 Abs. 1 BGB nF normiert nun darüber hinaus ausdrücklich, dass der Bericht Angaben zu den persönlichen Kontakten des Vormunds/der Pflegerin mit dem Kind/Jugendlichen zu enthalten hat. In der Gesetzesbegründung heißt es, dass „weitere Vorgaben zum Berichtsinhalt (...) nicht für erforderlich gehalten“ und ins Ermessen des aufsichtsführenden Gerichts gestellt werden.

Der Bericht an das Familiengericht soll entsprechend der Vorschrift des § 1793 Abs. 1 iVm § 1800 BGB nF eine qualifizierte Mitteilung enthalten, aus der nicht nur die Anzahl der Kontakte, sondern auch weitere Angaben hervorgehen, wie

- Zeitpunkte und Dauer der Kontakte;
- Ort bzw. Art und Weise der Kontakte (E-Mail, Telefon, Skype, direkter Kontakt);
- Begründung für die Häufigkeit der Kontakte anhand des Einzelfalls und fachlicher Kriterien (vgl 2.4, 14ff);
- Anlass bzw Ziel und ggf Ergebnis der Kontakte (zB Kennenlernen/Beziehungspflege, Vor- oder Nachbereitung einer Entscheidung oder des Hilfeplangesprächs, Antrag auf eine Hilfe zur Erziehung oder Maßnahme nach § 35a SGB VIII, Gespräch über Lösungsmöglichkeiten für eine Krise usw).

In der Praxis werden teilweise schon Formulare entwickelt, die es den Fachkräften, die die Vormundschaft/Pflegschaft führen, erleichtern sollen, diese Aspekte übersichtlich zu dokumentieren (ein Beispiel für einen Dokumentationsbogen eines Jugendamts kann bei Dr. Nadja Wrede, [wrede@diijuf.de](mailto:wrede@diijuf.de) angefordert werden).

Das Entgegennehmen von Berichten und Rechnungslegungen fällt wie Aufsichtsmaßnahmen in die Zuständigkeit der Rechtspflege (§ 3 Nr 2a, § 14 RPflG). Es ist möglich, dass Aufsicht bzw Entgegennehmen von Berichten und Rechnungslegungen vor Ort allgemein oder in einem Einzelfall auch durch Richter/innen erfolgen. Derartige Verstöße gegen die funktionale Zuständigkeit sind nicht erheblich, da nach § 8 Abs. 1 RPflG die Wirksamkeit eines Geschäfts nicht davon berührt ist, wenn es der Richter/die Richterin statt des Rechtspflegers/der Rechtspflegerin wahrnimmt.

## **2.6. Persönlich geführte Vormundschaft, strafrechtliche Verantwortung und Haftung**

Mit den nun gesetzlich explizit verankerten Kontaktpflichten des Vormunds/der Pflegerin verbinden sich in der Praxis zuweilen Befürchtungen in Bezug auf den Fall, dass ein unter Vormundschaft/Pflegschaft stehendes Kind körperlichen Schaden erleidet oder sogar zu Tode kommt. Gefragt wird danach, ob sich in einem solchen Fall der Vormund/die Pflegerin strafbar gemacht haben wird, wenn er/sie bspw seltener als monatlich Kontakt mit dem Kind/Jugendlichen hatte oder wenn etwa Anzeichen einer Misshandlung nicht entdeckt wurden.

Zunächst ist dazu festzustellen, dass Fälle, in denen unter Vormundschaft/Pflegschaft stehende Kinder sich in einer das Kindeswohl gefährdenden Situation befinden, selten sind. IdR befinden sich die Kinder entweder in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie, **nachdem** ihr Wohl bei den Eltern gefährdet war. Nur selten gibt es die Situation, in der Eltern, denen das Sorgerecht (teilweise) entzogen wurde, ihr Kind in ihrer Obhut behalten können. Eine Gefährdung des Kindes/Jugendlichen in Heim oder Pflegefamilie kommt ebenfalls selten vor; häufiger mag es der Fall sein, dass das Kind/der Jugendliche an seinem neuen Lebensort nicht so gut aufgehoben ist, wie das zu wünschen wäre. Der Fokus der vormundschaftlichen Tätigkeiten ist insofern nicht die Abwendung einer Gefährdung, sondern die Förderung des Wohls von Kindern, die idR schon schwierige und belastende Erfahrungen hinter sich haben.

Die Gesetzesbegründung ist hier insofern verwirrend als sie schon im ersten Satz mit Ausführungen zu Kindesmisshandlung und -vernachlässigung beginnt (BT-Drucks. 17/3617, 1). Das ist darauf zurückzuführen, dass der Fall Kevin in Bremen mit der schockierenden Erkenntnis, dass hier der Vormund weit über 200 Fälle zu betreuen hatte, einen wesentlichen Anlass für diese Reform des Vormundschaftsrechts und ihren Zeitpunkt bot. Das Zentrum der Reform bildet dennoch das Ziel, dass Vormund/Pfleger/in die Pflege und Erziehung der ihnen anvertrauten Kinder/Jugendlichen fördern und diese daran beteiligen.

### Voraussetzungen der Strafbarkeit bei „Unterlassen“

In sehr seltenen Fällen kann es jedoch dazu kommen, dass ein Kind/Jugendlicher unter Vormundschaft/Pflegschaft zu Schaden kommt, entweder durch Andere (etwa die Erziehungspersonen) oder dadurch, dass er/sie sich selbst gefährdet hat. In einem solchen Fall kann ein Vormund/eine Pflegerin strafrechtlich nur unter besonderen Umständen belangt werden.

Den Hintergrund dafür, dass Vormünder/Pfleger/innen überhaupt strafrechtlich belangt werden könnten, bildet die so genannte **Garantenstellung**. Diese besitzt der Vormund/die Pflegerin aufgrund seines Rechts und seiner Pflicht zur elterlichen Sorge ebenso wie zur Sorge berechnigte Eltern (§ 1793 Abs. 1, §§ 1797, 1800, 1626 BGB). Dies gilt auch, wenn nicht ein Einzelvormund, also eine natürliche Person, zum Vormund/zur Pflegerin bestellt wurde, sondern das Jugendamt oder ein Verein. In diesem Fall besitzt die Garantenstellung die Fachkraft des Jugendamts, auf die die Vormundschaft nach § 55 Abs. 2 SGB VIII delegiert wurde, oder der/die Mitarbeiter/in des Vereins, welche/r mit der Führung der Vormundschaft beauftragt wurde. Denn strafrechtliche Verantwortung ist immer individuelle Verantwortung einer natürlichen Person (vgl insgesamt Hoffmann ZKJ 2007, 389).

Die Garantenstellung des Vormunds/der Pflegerin ist mit Pflichten gegenüber dem Kind/Jugendlichen verbunden. Die Folge ist, dass eine strafrechtliche Verantwortung durch Unterlassen entstehen kann, wenn eine Verletzung von Rechtsgütern des Mündels nicht abgewendet wird (§ 13 Abs. 1 StGB). Als Verletzen einer Garantenpflicht ist nur das Unterlassen einer Handlung anzusehen, die **rechtlich geboten** und **tatsächlich möglich** gewesen wäre. Gerade gegenüber Jugendlichen können Handlungsmöglichkeiten bspw mangels Befugnis, Zwang auf den Jugendlichen auszuüben, an Grenzen stoßen.

Das Unterlassen muss für die Tatbestandsverwirklichung zudem **ursächlich (kausal)** gewesen sein. Dies ist es, wenn beim Handeln mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit der Tatbestand nicht verwirklicht worden wäre – bspw wenn ein Eingreifen gegenüber den das Kind/den Jugendlichen misshandelnden Erwachsenen tatsächlich möglich gewesen wäre. Zudem muss das Unterlassen eine **objektive Sorgfaltspflichtverletzung** darstellen: Die eingetretene Schädigung muss also objektiv voraussehbar und vermeidbar gewesen sein. Hingegen ist nicht erforderlich, dass alle Einzelheiten des Kausalgeschehens absehbar waren.

Strafrechtliche Folge für den Vormund/die Pflegerin treten also nur unter den engen Voraussetzungen ein, dass

- eine rechtlich gebotene und tatsächliche mögliche Handlung unterlassen wurde und
- das Unterlassen dieser Handlung kausal zur eingetretenen Schädigung des Kinds/Jugendlichen geführt hat, die Schädigung also mit an Sicherheit grenzen-

der Wahrscheinlichkeit nicht eingetreten wäre, wenn der Vormund/die Pflegerin die Handlung vorgenommen hätte, und

- dieser Zusammenhang zum Zeitpunkt der unterlassenen Handlung für den Vormund/die Pflegerin hätte erkennbar sein müssen.

Eine strafrechtliche Verantwortung ergibt sich demnach weder allein daraus, dass ein Kind oder ein Jugendlicher eine Schädigung erleidet, noch allein aus einem pflichtwidrigen Verhalten des Vormunds/der Pflegerin. Erforderlich ist vielmehr, dass gerade ein bestimmtes pflichtwidriges Verhalten zu einer bestimmten Schädigung geführt hat. Auch bei pflichtgemäßen Verhalten kann es zu einer Schädigung kommen, die jedoch nicht zu strafrechtlichen Konsequenzen führt.

Beispiele:

- Ein bisher im Heim gut integrierter Jugendlicher reißt überraschend aus und wird bei einem Unfall schwer verletzt. Der Vormund besuchte den Jugendlichen vorher regelmäßig dreimal im Jahr. Neben der Teilnahme an Hilfeplangesprächen sorgte er/sie dabei für Gelegenheiten für Gespräche unter vier Augen. E-Mail- und Telefonkontakt fand bei Bedarf statt, der Jugendliche hatte die Telefonnummer des Vormunds. Es ergibt sich in diesem Fall keine strafrechtliche Verantwortung des Vormunds etwa wegen Unterlassens häufigerer Kontakte, da nicht ersichtlich ist, dass häufigere Kontakte den Unfall des Jugendlichen (mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit) hätten verhindern können.
- Ein Kleinkind erleidet Schaden durch Übergriffe seitens der Pflegefamilie. Die Pfleger/in hatte Kind und Pflegefamilie besucht, Informationen der beteiligten Fachleute etwa des Pflegekinderdienstes eingeholt und die Akten zur Entwicklung des Kindes, Auswahl der Pflegefamilie etc. gesichtet. Aufgrund ihrer persönlichen Eindrücke und der Informationen hatte sie den Eindruck, dass das Kind in der Pflegefamilie gut aufgehoben war. Sie war zur – von ihr auch dokumentierten – Auffassung gelangt, dass drei oder vier jährliche Kontakte ausreichend sind. In einem solchen Fall kann der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkraft nicht strafrechtlich dafür zur Verantwortung gezogen werden, dass im Nachhinein ersichtlich wurde, dass das Kind hätte aus der Pflegefamilie genommen werden müssen.

### **Haftungsfragen**

Haftungsrechtlich treten durch die Reform des Vormundschaftsrechts keine Neuerungen ein. Im Zusammenhang mit den Neuregelungen zur persönlich geführten Vormundschaft ist vor allem die Haftung gegenüber dem Mündel von Interesse. Nach § 1833 Abs. 1 S. 1 BGB ist ein Vormund/eine Pflegerin dem Mündel für den auf seiner Pflichtverletzung beruhenden Schaden verantwortlich, wenn ihn ein Verschulden trifft, er also vorsätzlich oder fahrlässig handelt. Daneben kann § 823 Abs. 1 BGB Anspruchsgrundlage eines Schadensersatzanspruchs sein, wenn bestimmte absolute Rechtsgü-

ter wie Körper, Leben, Freiheit etc eines Kindes oder Jugendlichen durch das Verhalten des Vormunds/der Pflegerin verletzt werden. Bei bloßen Vermögensschäden kommt eine deliktische Haftung nicht in Betracht.

### **Haftung des Jugendamts, nicht der Fachkraft**

Strafrechtliche Verantwortung und zivilrechtliche Haftung sind zwei mögliche Folgen ein und derselben Pflichtverletzung. Während die strafrechtliche Verantwortung individuelle Verantwortung ist, haftet bei einer Pflichtverletzung durch die Fachkraft allein das Jugendamt – bzw der öffentliche Träger der Jugendhilfe. Dies gilt sowohl für Amtshaftungsansprüche nach § 839 BGB iVm Art. 34 GG (*Sprau*, in: Palandt, BGB, § 839 Rn 124) als auch für die Haftung eines Vormunds/einer Pflegerin gegenüber einem Minderjährigen nach § 1833 BGB sowie die Haftung gegenüber Dritten für das Verletzen von Aufsichtspflichten nach § 832 BGB (*Wiesner*, in: ders., SGB VIII, 4. Aufl. 2011, § 55 Rn 40). Sofern die Fachkraft nicht vorsätzlich oder grob fahrlässig handelte, kann bei ihr auch kein Regress genommen werden (Art. 34 S. 2 GG; zu Einzelheiten vgl *Hoffmann*, in: Oberloskamp aaO, § 4 Rn 26).

Wurde ein Verein zum Vormund/Pfleger/in bestellt und bedient er sich einer Fachkraft zur Führung der Vormundschaft/Pflegschaft, haftet er für ein Verschulden dieser Personen nach § 1791a Abs. 3 S. 2, § 31 BGB. Wurde hingegen unmittelbar die Fachkraft zum Vormund/zur Pflegerin bestellt, haftet diese selbst gegenüber dem Kind/Jugendlichen nach § 1833 BGB (zu Einzelheiten vgl *Hoffmann*, in: Oberloskamp aaO, § 4 Rn 26). Der Verein hat jedoch im Rahmen des Verfahrens zur Erlaubniserteilung durch das Landesjugendamt nachzuweisen, dass er für einen hinreichenden Versicherungsschutz seiner Angestellten gesorgt hat (§ 54 Abs. 2 S. 2 SGB VIII).

## **2.7. Qualifikation und Qualifizierung von (Amts)vormündern und -pfleger/innen**

Die Regelungen im neuen Vormundschaftsrecht, die die persönlich geführte Vormundschaft/Pflegschaft betonen, führen auch zur Diskussion über die zukünftig notwendige Qualifikation und Qualifizierung der Amtsvormünder/Pfleger/innen.

In vielen Jugendämtern nahmen die Vormünder/Pfleger/innen bisher immer noch überwiegend Aufgaben der rechtlichen Vertretung wahr. Das kürzlich in Kraft getretene Gesetz rückt jedoch die Zuständigkeit des Vormunds/der Pflegerin für die Wahrnehmung der Personensorge in den Vordergrund, indem die Förderung der Pflege und Erziehung explizit dem Vormund/der Pflegerin zugeordnet wird; die rechtliche Vertretung muss selbstverständlich nach wie vor wahrgenommen werden. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, über welche (sozial)pädagogischen und juristischen Qualifikationen Vormünder/Pfleger/innen zukünftig verfügen sollten bzw wie sie sich weiter qualifizieren können.

Aktuelle bundesweite Zahlen über die Qualifikation der in den Jugendämtern tätigen Vormünder/Pfleger/innen liegen nicht vor. Es ist jedoch zu vermuten, dass die Amtsvormundschaften/-pflegschaften wahrnehmenden Personen in den Jugendämtern in den meisten Regionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch überwiegend Verwaltungsfachkräfte sind. In Nordrhein-Westfalen besitzt ein größerer Anteil der die Vormundschaft/Pflegschaft führenden Fachkräfte eine sozialpädagogische Grundqualifikation (LWL, Ergebnisse der Befragung der Jugendämter 2009/2010. Zur personellen und materiellen Ausstattung der Aufgaben: Amtsvormundschaften, -pflegschaften und Beistandschaften, 5). In den Neuen Bundesländern sind die Qualifikationen erfahrungsgemäß bunter gestreut, mit einem nicht geringen Anteil pädagogischer oder sozialpädagogischer Grundberufe. Einige Jugendämter haben sich aus konzeptionellen Gründen bewusst dazu entschlossen, im Bereich der Vormundschaften/Pflegschaften multiprofessionelle Teams zu bilden (idR Verwaltungsfachkräfte und Sozialpädagoge/innen). Vereine betrauen ganz überwiegend (sozial)pädagogisch ausgebildete Fachkräfte mit vormundschaftlichen/pflegerischen Aufgaben. Juristisches Know-how wird zusätzlich im Verein vorgehalten (so zB bei der Katholischen Jugendfürsorge Regensburg München). Ehrenamtliche Einzelvormünder und Berufsvormünder gehören unterschiedlichen Berufsgruppen an.

Zu Fragen der (zukünftigen) Grundqualifikation und Qualifizierung findet sich in der Literatur und Diskussion des Gesetzentwurfs insgesamt nur wenig (vgl. DIJuF-Rechtsgutachten 13.09.2011, aaO). Verschiedentlich wird darauf hingewiesen, dass Vormünder/Pfleger/innen über eine Art Mischqualifikation verfügen sollten, nämlich über Kenntnisse sowohl in den Bereichen Recht und Verwaltung als auch im Feld (Sozial-)Pädagogik, Psychologie. Auf die Notwendigkeit kommunikativer und reflexiver Fähigkeiten wird ebenfalls verwiesen (LWL/LVR, Qualitätsstandards für Vormünder: Arbeits- und Orientierungshilfe „Das Leistungsprofil des Amtsvormunds“, 2010, 10 ff; BAGLJÄ, Arbeits- und Orientierungshilfe für den Bereich der Amtsvormundschaften und -pflegschaften, 2004, 7 ff; Petersen, in: Hansbauer, Neue Wege in der Vormundschaft, 2002, 133; Zenz, in: Zitelmann ua, Vormundschaft und Kindeswohl 2004, 184 f). Eine Einzelmeinung ist bisher die Auffassung, zukünftig müssten sozialpädagogische Grundausbildungen Standard in der Vormundschaft/Pflegschaft werden (Sünderhauf, Stellungnahme zur Anhörung im Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 23.02.2011, 6, zu finden unter [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de) ▶ Ausschüsse ▶ Recht ▶ Öffentliche Anhörungen).

Für die Diskussion der Frage, wie Vormünder/Pfleger/innen zukünftig qualifiziert werden müssen bzw. über welche Qualifikationen sie verfügen sollten, sind folgende Gesichtspunkte relevant:

- Vormund und Pfleger/in rücken durch den geforderten persönlichen Kontakt **nicht** in Aufgaben der alltäglichen Betreuung und Erziehung ein. Der (regelmäßige) Kontakt zwischen Vormund/Pfleger/in und Mündel dient nicht pädagogischen oder

sogar therapeutischen Zielen. Vielmehr ist der Kontakt als notwendige Bedingung für eine angemessene Beteiligung des Kindes/Jugendlichen und als Grundlage für Entscheidungen und rechtliche Vertretung zu sehen. Kontakt ist Mittel des Vertrauensaufbaus und der Beteiligung des Kindes/Jugendlichen. Der vertrauensvolle Kontakt zu Vormund/Pflegerin kann und soll es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, Wünsche zu äußern und Pläne zu fassen, die sie ohne die kompetente Unterstützung eines verantwortlichen Erwachsenen gar nicht fassen, geschweige denn realisieren könnten.

Einen solchen Kontakt mit Kindern und Jugendlichen aufzubauen, die häufig viel Schweres durchgemacht haben, es evtl wenig gewohnt sind, Vertrauen zu fassen und Anderen oft auch Schwierigkeiten machen, ist eine große Herausforderung und erfordert von den Fachkräften:

- die Bereitschaft und Fähigkeit zum unvoreingenommen Zuhören und zum Gespräch mit den Kindern/Jugendlichen,
- Respekt vor deren Geschichte und Bewältigungsversuchen,
- Sicherheit im Hinblick auf die eigene Rolle und
- Reflexionsfähigkeit.

Diese Voraussetzungen können im Rahmen von Weiterbildung und Supervision erworben werden. Es erscheint nicht als notwendige Vorbedingung, dass Vormünder/Pfleger/innen – neben den Fachkräften des ASD, Pflegekinderdienstes, Heimerzieher/innen und Therapeut/innen – auch über eine (sozial)pädagogische oder psychologische Grundausbildung verfügen.

- Die jeweiligen Problemstellungen, mit denen Vormünder/Pfleger/innen im Einzelfall befasst sind, sind so **vielfältig** wie die Lebenssituationen der betroffenen Kinder und Jugendlichen: Es kann um den geeigneten und förderlichen Lebensort gehen, um die Schullaufbahn, um Schwangerschaft(sabbruch), die Einwilligung in eine Operation, um lebensverlängernde Maßnahmen, um die Bereitschaft eines Jugendlichen, überhaupt Hilfe in Anspruch zu nehmen, um Therapiebedarf, um Jugendhilfeleistungen, um Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz, um Anmietung oder Kündigung einer Wohnung, um Erbausschlagung oder Verwaltung des Erbes, um Kontakte zu den leiblichen Eltern und Geschwistern, um Kriminalität und Strafverfahren usw.

Die Vielfalt der Problemlagen macht deutlich, dass nicht alle Kenntnisse, die ein Vormund/eine Pflegerin im Einzelfall benötigt, von jeder einzelnen Fachkraft immer schon „vorgehalten“ werden können. Insofern sollte gesichert sein, dass die Vormundschaften/Pflegschaften führenden Fachkräfte auf entsprechende Kenntnisse zugreifen können. Das kann in größeren Jugendämtern durch die Bildung multiprofessioneller Teams, könnte in kleineren Jugendämtern aber auch durch externe Beratungswege oder im Verbund von mehreren Jugendämtern geschehen.

Vormünder/Pfleger/innen sollten allerdings einen Überblick über Problemkonstellationen, mögliche Leistungen und Hilfeangebote bekommen, ohne auf jedem Gebiet schon Experte/Expertin sein zu müssen.

- Vormünder/Pfleger/innen nehmen ihre Vertretungsaufgaben für Kinder und Jugendliche in einem Netzwerk vieler Anderer wahr: ASD, Pflegekinderdienst, Heimerzieher/innen oder Pflegeeltern, Therapeut/inn/en, aber auch leibliche Eltern, Geschwister, weitere Verwandte und ggf die sogenannten Peers spielen eine Rolle. Viele dieser Anderen sind pädagogisch bzw psychologisch ausgebildet und den Kindern und Jugendlichen im Alltagsleben häufig näher als Vormünder und Pflegerinnen selbst. Die zentrale Voraussetzung, um in diesem komplexen Umfeld an der Seite des Kindes/Jugendlichen kompetent zu agieren, sind **Rollensicherheit** und **Kommunikationsfähigkeit**.

Diese können in Weiterbildungen, die sich speziell an die Gruppe der Vormünder/Pfleger/innen richten, erworben werden. Bisher sind allerdings nur wenige solcher Weiterbildungsangebote verfügbar. Entsprechende Weiterbildungen werden bspw angeboten von der Hochschule Münster in Kooperation mit den Landesjugendämtern Westfalen Lippe und Rheinland sowie dem Verein Kinder haben Rechte ([www.fh-muenster.de](http://www.fh-muenster.de)) und vom DIJuF in Kooperation mit der Hochschule Mannheim ([www.dijuf.de](http://www.dijuf.de) ▶ Fachveranstaltungen).

### **Weiterbildung ist unerlässlich**

Insgesamt ist zu sagen, dass das Wahrnehmen vormundschaftlicher Aufgaben eine einheitliche Grundqualifikation nicht erfordert. Für die Fachkräfte in den Jugendämtern, die Vormundschaften/Pflegschaften führen, dürften weiterhin am ehesten Verwaltungsberufe und sozialpädagogische Ausbildungen als Grundberufe infrage kommen. Unabhängig von der jeweiligen Grundqualifikation erscheint es jedoch unerlässlich, dass Vormünder und Pfleger/innen Weiterbildungsmodule besuchen, in denen

- Rolle und Rechtsstellung des Vormunds/der Pflegerin vorgestellt werden und in diesen Punkten Sicherheit gewonnen werden kann,
- Grundlagen für die Beziehungsgestaltung mit dem Kind/Jugendlichen vermittelt werden,
- ein Überblick über mögliche Problemkonstellationen, Lösungswege und Hilfen gegeben wird.

### **3. Schluss**

Die hier vorliegenden Hinweise sind dafür gedacht, der Praxis bei der Diskussion über die Umsetzung des Gesetzes erste orientierende Anhaltspunkte zur Verfügung zu stel-



len. Aus den Erfahrungen in der Praxis wird sich weiterer Klärungsbedarf und werden sich neue Fragen ergeben.

Eine Frage, die sich stellt und in diesen Hinweisen nur am Rande behandelt werden konnte, ist die nach der Rollen- und Aufgabenteilung zwischen Vormündern/Pfleger/innen und Pflegeeltern/Heimerzieher/innen auf der ‚Elternseite‘, Vormündern/Pflegerinnen und ASD/Pflegekinderdienst auf der ‚Helferseite‘. Obwohl sich die Rollen der Beteiligten mit dem neuen Gesetz dem Grunde nach nicht verändern, wird die intensivere Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen der Vormundschaft/Pflegschaft, wie sie das neue Recht fordert, zu Klärungs- und Absprachebedarf führen.

Eine vertiefende Diskussion wird außerdem nötig sein im Hinblick auf die Kontaktgestaltung und die ihr unterliegenden Kriterien. Weitere Diskussionen und Ideen sind auch zu erwarten im Hinblick auf die Anhörung der Kinder und Jugendlichen vor Bestimmung einer Fachkraft, die die Vormundschaft/Pflegschaft führen soll.

Insgesamt kann man gespannt sein auf die Ideen und Kreativität der Praxis. Das neue Recht bietet die Basis, um einem Ziel näher zu kommen, das aus der Praxis heraus formuliert wurde. Es bahnt Vormündern und Pflegerinnen den Weg, ihren Platz an der Seite der Kinder und Jugendlichen und ihre Entscheidungsverantwortung in der Rolle als Sorgeberechtigte ausfüllen zu können.



# Stellungnahmen und Positionen

Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe **AGJ**

## **Kernaufgaben und Ausstattung des ASD – Ein Beitrag zur fachlichen Ausrichtung und zur Personalbemessungsdebatte**

### **Diskussionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ**

— Kaum ein anderes Tätigkeitsfeld der Kinder- und Jugendhilfe wie der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) unterliegt aktuell einem so öffentlichen Legitimationsdruck hinsichtlich seines fachlichen Profils sowie seiner Gestaltungs- und Kostenverantwortung für seine verschiedenen Leistungen und Angebote. Durch gravierende Fälle von Kindesmisshandlungen und Kindestötungen sowie durch die darüber erfolgte Berichterstattung konzentrieren sich die immer weiter ausdifferenzierten Konzepte und Arbeitsweisen des ASD vermehrt auf die Wahrnehmung des Kinderschutzauftrages. Der präventiv-sozialräumliche Gestaltungsauftrag ist durch diese Fokussierung mehr und mehr in den Hintergrund getreten. Erschwert wird die Arbeit des ASD zusätzlich durch die defizitäre Haushaltssituation vieler Kreise und Kommunen. Durch vielfältige Aufgaben, wie beispielsweise Kindern und Familien zu helfen, den Kinderschutzauftrag zu gewährleisten und gleichzeitig die Kosten der Hilfen zur Erziehung im Blick zu halten, kommt es in den Diensten vermehrt zu Überlastungssymptomen wie Unzufriedenheit, Überforderung, Motivationsverlust sowie zu einer Personalfluktuations. Kurzfristige Personalaufstockungen im Kontext der Kinderschutzverantwortung alleine haben häufig nicht die gewünschten Entlastungs- und Motivationseffekte gebracht, weil sie keine strategische Neuausrichtung des ASD in der notwendigen Balance von Prävention und Intervention beinhalten.

Mit dem vorliegenden Diskussionspapier soll ein Beitrag zur konzeptionellen und organisatorischen Gestaltung eines zukunftsorientierten ASD geleistet sowie die Diskussion zur angemessenen Personalausstattung des ASD in den

## Impressum

Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
Mühlendamm 3  
10178 Berlin  
Tel. 0049 (0) 30 400 40-200  
Fax 0049 (0) 30 400 40-232  
E-Mail: [agj@agj.de](mailto:agj@agj.de)  
[www.agj.de](http://www.agj.de)

Die Arbeitsgemeinschaft für  
Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
wird aus Mitteln des Kinder-  
und Jugendplans des Bundes  
gefördert.

Fokus gestellt werden. Ziel ist, das Aufgabenprofil des ASD zu stärken und vor dem Hintergrund der formulierten Anforderungen und des drohenden Fachkräftemangels der Frage nachzugehen, welche förderlichen Rahmenbedingungen notwendig sind, damit er seine Ziele und Aufgaben fachlich kompetent, qualitativ gut und sicher erfüllen kann und gleichzeitig wieder zum attraktiven Arbeitsfeld wird.

## **I. Situationsbeschreibung ASD<sup>1</sup>**

Es ist Aufgabe des ASD, die Rechte von Kindern, Jugendlichen und Familien durch Beratung und Vermittlung von Hilfen im Kontext von Erziehung zu sichern. Dabei steht er vor komplexen Herausforderungen. Auf der Grundlage einer umfassenden Jugendhilfeplanung ist der ASD verantwortlich für die Gestaltung einer sachgerecht und zielorientiert funktionierenden Jugendhilfeinfrastruktur, Implementierung und Steuerung von Kooperationsbeziehungen/professionellen Netzwerken und Management der Schnittstellen in den Bereichen Prävention, Hilfe und Kontrolle bei Erziehungsproblemen und Kindeswohlgefährdung zu den Trägern der freien Jugendhilfe sowie zur Schule, zum Gesundheitswesen und zur Bundesagentur für Arbeit.

Die Situation im ASD ist durch zusätzliche gesetzliche Aufgaben, zuletzt durch das Bundeskinderschutzgesetz (beispielsweise KKG, §§ 8b, 79a SGB VIII) gekennzeichnet. Die Erwartungen Dritter (Öffentlichkeit und Politik) in Bezug auf die Schärfung der Kinderschutzaufgaben hat faktisch sowohl zu einer weiteren Aufgabenverdichtung im Hinblick auf methodisch-organisatorische Anforderungen (u.a. 4-Augen-Prinzip, verpflichtende Hausbesuche) und Dokumentationsverpflichtungen als auch zu einer Veränderung des Selbstverständnisses der ASD-Arbeit geführt. In vielen Diensten erleben die Fachkräfte ihren professionellen Alltag durch Verfahrensvorgaben und Prozessmanagement bis hin zur verpflichtenden Nutzung von Checklisten als überreguliert und den sozialpädagogischen Handlungsschwerpunkt in den Hintergrund gedrängt. Darüber hinaus haben die Controllingaufgaben im Rahmen der Budgetverantwortung des ASD zugenommen.<sup>2</sup> ASD-Arbeit ist

---

<sup>1</sup> Siehe auch Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ: ASD – mehr als Kinderschutz! Ziele, Aufgaben, Methoden, Werte und Orientierung im Hinblick auf die Kinder- und Jugendhilfe, 2010

<sup>2</sup> Vgl. Bundesarbeitsgemeinschaft ASD/KSD: ASD: die bedrohte Berufsidentität der Fachkräfte und der Zustand der Organisation, 2013. S. 1 ff.

weit mehr als Controlling und auf organisationale Koordination reduziertes Fallmanagement, dessen deprofessionalisierende Wirkungen<sup>3</sup> mittlerweile durch Studien beschrieben werden.

Allgemein ist festzustellen, dass die Ambivalenz des ASD-Aufgabenfeldes zwischen Prävention/Förderung einerseits und Intervention/Kontrolle andererseits infolge der Akzentuierung des reaktiven Kinderschutzes zu Lasten präventiver Ansätze und Beratungsansätze verschoben wurde. Diese Entwicklung steht im Gegensatz zum ursprünglichen Paradigmenwechsel des SGB VIII sowie zur aktuellen Debatte zur Weiterentwicklung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Denn als Zielstellungen werden hier besonders die gemeinsame Zielentwicklung der Hilfen mit den Eltern, Kindern und Jugendlichen, die Stärkung der sozialräumlichen präventiv ausgerichteten Ansätze, sowohl im Vorfeld als auch im Kontext der Hilfen zur Erziehung, sowie die strukturellen Verknüpfungen von präventiven sozialräumlichen Angeboten mit den Hilfen zur Erziehung, insbesondere an den Schnittstellen Kita, Schule und Gesundheit, diskutiert. Für den „Basisdienst ASD“ bedeuten diese Weiterentwicklungsschritte neue Herausforderungen und Verantwortlichkeiten, auch in Bezug auf die Entwicklung neuer inklusiver Strukturen. Es gilt, den ASD konzeptionell und strukturell so auszustatten, dass er die damit verbundenen Rollen ausfüllen und Aufgaben vollständig bewältigen kann.

Vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher Einflussfaktoren und Entwicklungen sowie des HzE-Fallzahlenanstieges<sup>4</sup> sind auch die fachlichen und methodischen Anforderungen an die Fachkräfte gestiegen. Neben klarer Orientierung über die Leitbilder und Ziele des jeweiligen Jugendamtes benötigen die ASD-Fachkräfte gute sozialpädagogische Fachkompetenz und vielfältiges, angemessenes Methodenrepertoire, um Hilfeprozesse adressatengerecht und wirkungsvoll gestalten und die sozialräumliche Steuerung komplexer Hilfeprozesse und -systeme bewältigen zu können.

---

<sup>3</sup> 14. Kinder- und Jugendbericht, 2013, S. 296

<sup>4</sup> Vgl. Arbeitsstelle Kinder- und Jugendhilfestatistik: Monitor Hilfen zur Erziehung 2012 (Anstieg der Fallzahlen von 2006 bis 2010 um rund 32 Prozent)

## **Ansatzpunkte für ASD-Personalbemessungskonzepte**

In den vergangenen Jahren ist der ASD in vielen Kommunen personell ausgebaut worden. Arbeiteten im Jahr 2006 rund 6.600 Vollzeitbeschäftigte, waren es in 2010 rund 8.200 und damit knapp 24 Prozent mehr. Insgesamt waren in 2010 rund 9.500 Personen im personalintensivsten Bereich des Jugendamtes beschäftigt<sup>5</sup>.

Die Kommunen haben aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenzuschnitte, organisatorischen Rahmenbedingungen und der ungleichen kommunalen Leistungs- und Sozialstrukturen bundesweit keine vergleichbaren fachlichen Standards, Verfahren und Definitionsprozesse. Daher wurden unterschiedliche methodische Wege (z.B. Arbeitszeituntersuchungen, extern begleitete Organisationsentwicklungsprozesse)<sup>6</sup> beschritten, um den Personalbedarf für den ASD zu ermitteln und festzulegen. Gemeinsam ist den ASD-Personalbemessungsuntersuchungen, dass sie sich auf die vorgefundenen bzw. neu definierten Kernaufgaben/Kernprozesse und die entsprechenden (Zeit-)Aufwände beziehen. Sie unterscheiden sich aber in Ziel- und Qualitätsdefinitionen, der Prozessanalyse sowie der Einbeziehung von Kontextbedingungen und von sozio-strukturellen Rahmenbedingungen<sup>7</sup>.

Aufgrund dieser Unterschiedlichkeit und uneinheitlichen Datenlage kann keine allgemein gültige Empfehlung für eine auskömmliche ASD-Personalausstattung im Rahmen dieses Diskussionspapiers herausgearbeitet werden.<sup>8</sup> Im Folgenden werden stattdessen die Kernaufgaben und Funktionen des ASD beschrieben, die aus fachlicher Sicht bei der Ermittlung der Personalausstattung berücksichtigt werden sollten.

---

<sup>5</sup> J. Pothmann, A. Tabel: Mehr Personal – aber keine Entlastung, KOMDAT 1/12, S. 12

<sup>6</sup> Vgl. Deutsches Jugendinstitut: Arbeitssituation und Personalebemessung im ASD, 2008

<sup>7</sup> J. Schnurr, H. Leitner: Standards für die Arbeit im ASD des Jugendamtes, 2008, S. 18

<sup>8</sup> Es sind aber auch bereits Versuche unternommen worden, regionale Konzepte und Empfehlungen in der Fläche zu implementieren. Verwiesen sei hier auf das vom Zentrum Bayern Familie und Soziales (ZBFS) – Bayerisches Landesjugendamt herausgegebene Handbuch „Personalebemessung der örtlichen Träger der Jugendhilfe in Bayern (PeB)“. In dieser Veröffentlichung sind Standardprozesse der ASD-Tätigkeit beschrieben, die in 25 bayerischen Jugendämtern Anwendung finden. Die Akzeptanz dieses Projektes wird u.a. daran deutlich, dass in dem Prozess sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch der Bayerische Kommunale Prüfverband beteiligt waren. (Personalebemessung der Jugendämter in Bayern (PeB). Projektbericht und Handbuch, München, 2013)

## **II. Kernaufgaben des ASD**

Der ASD als kommunale Organisationseinheit ist mit seinen vielfältigen Aufgabenbereichen und Zuständigkeiten „Basisdienst“ vor allem für Kinder, Jugendliche und ihre Familien in den jeweiligen räumlich definierten Bezirken. Zum Aufgabenprofil gehören insbesondere die sozialpädagogische Beratung, die Krisenintervention, der Kinderschutz (einschließlich Gefährdungseinschätzung und Inobhutnahme), die Mitwirkungen im familien- und jugendgerichtlichen Verfahren (einschließlich Anträge zu Sorgerechtsregelungen/ Umgangsregelungen), die Beratung in Fragen des Familienrechts, die Planung, Vermittlung und Kontrolle von Erziehungshilfen und die Mitgestaltung der Daseinsfürsorge im Sozialraum sowie die Kooperation mit Trägern der freien Jugendhilfe und Controllingaufgaben im Rahmen der Budgetverantwortung. Diese Aufgaben vollziehen sich insbesondere auf den drei Ebenen fallspezifisch, fallübergreifend und fallunspezifisch<sup>9</sup>.

Fallspezifische Aufgaben sind insbesondere alle Beratungs- und Hilfeplanungsaufgaben sowie Fallsteuerungsaufgaben, die sich unmittelbar auf den Einzelfall beziehen, einschließlich Leistungsgewährung und Kooperation mit Leistungserbringern.

Fallübergreifende Aufgaben sind fallbezogene methodische/organisatorisch-strukturelle Verknüpfungen, die die „Netzwerke primärerer (Familie und Freundschaften) und sekundärer Art (Einbindung in öffentlich institutionelle Netzwerke) in und mit dem Hilfeprozess einbinden“<sup>10</sup>.

Fallunspezifische Aufgaben sind sozialräumlich orientierte Leistungen der ASD-Fachkraft, die unabhängig vom Einzelfall infrastrukturelle Ressourcen und Angeboten ermitteln und erschließen und somit zur Verbesserung der Lebensbedingungen sowie der sozialen Infrastruktur beitragen.

Die Beratung und Unterstützung vor und nach der Fallarbeit, die niedrigschwellige Beratung und Unterstützung von Familien jenseits eines Hilfeprozesses sowie weitere individuelle Leistungen und die fallunabhängige

---

<sup>9</sup> Vgl. M. Galuske: Methoden der Sozialen Arbeit, 2007, S. 281 f.

<sup>10</sup> Galuske, S. 281 f.

Sozialraumarbeit sind dabei Kernaufgaben der ASD-Arbeit.<sup>11</sup> Diese Aufgaben sind im ASD unteilbar und wechselseitige Voraussetzung einer qualifizierten, an den Lebenswelten der Adressatinnen und Adressaten orientierten Aufgabenerfüllung.

### **III. Notwendige Bestandteile für die Ermittlung einer auskömmlichen ASD-Personalausstattung**

Die strategische Zielausrichtung des Jugendamtes bzw. des ASD und die Sicherstellung entsprechender Bedingungen im Rahmen der Organisationsverantwortung sind prioritäre Leitungsaufgaben. Zwingende Grundlage sowohl für die inhaltliche und strukturelle Weiterentwicklung des ASD als auch für eine Personalbemessung ist die vorherige Verständigung auf ein Leitbild, auf Ziele, Aufgaben, Verfahren und die angestrebte Qualität. Zudem muss sich eine vorherige verbindliche Verständigung für die Organisations- und Personalausstattungsprozesse auf die zugrundeliegenden Infrastrukturdaten, auf die Gewichtung der drei Kernaufgaben sowie auf die Definition, wie ein Fall gezählt und der kooperative Arbeitsprozess definiert wird, beziehen.

Bestandteile der ASD-Personalbemessung sind zunächst die zu definierenden Arbeitszeitbudgets für fallspezifische, fallübergreifende und fallunspezifische Aufgaben und die Festlegung eines Verhältnisses dieser Aufgabenfelder zueinander. Es wäre sicher auch lohnenswert zu überlegen, ob nicht für alle ASD-Aufgabenfelder ein fester Zeitsockel ermittelt und gesetzt wird, der je nach Ziel- und Aufgabenschwerpunkte des Jugendamtes mit zusätzlichen Zeitanteilen ergänzt werden kann<sup>12</sup>.

Darüber hinaus sollte die sozio-strukturelle Lage der Stadt / des Bezirks in die Personalberechnung eingehen, um die besonderen, ggf. schwankenden Belastungslagen mit ihren Auswirkungen auf die Arbeitszeit und Arbeitsbelastung angemessen berücksichtigen zu können.

---

<sup>11</sup> J. Schnurr, H. Leitner: Standards für die Arbeit im ASD des Jugendamtes, 2008, S. 18

<sup>12</sup> Beispiel: Für die Hilfeplanung werden mindestens zwei Hilfeplangespräche pro Jahr und Einzelfall eingeplant. Hierfür sind zwischen einem halben und einem ganzen Arbeitstag – je nach Fahrzeit – vorzusehen. Dies würde bei einer angenommenen Anzahl von 30 laufenden HzE-Fällen bis zu 60 Arbeitstage von der jährlichen Arbeitszeit für die Hilfeplanung ergeben.

In der Untersuchung zu den Organisationsstrukturen und -kulturen der Allgemeinen Sozialen Dienste der Kinder und Jugendhilfe in Hamburg<sup>13</sup> werden exemplarisch objektivierbare Faktoren, Kategorien für subjektive Einschätzungen sowie (sozio-strukturelle) Rahmenbedingungen, die bei der Bemessung der Personalausstattung bzw. zur Beurteilung der Arbeitsfähigkeit des ASD herangezogen werden können, entwickelt. Neben der Notwendigkeit des Einbezuges von sozio-strukturellen Bedingungen wird auch auf die qualitätsmindernden Auswirkungen einer Reduzierung der ASD-Arbeit auf Fallarbeiten verwiesen.<sup>14</sup> Die Auswertungen problematischer Kinderschutzfälle betonen ebenfalls die Relevanz der Stärkung des sozialpädagogischen Fallverstehens und von verbindlich-kooperativen Prozessen.

Verschiedene Untersuchungen<sup>15</sup> belegen einen Zusammenhang zwischen der Personalausstattung und HzE-Leistungsdichte. Je höher die Fallquote im ASD ist, desto weniger Ressourcen stehen für den Hilfeplanungsprozess zur Verfügung mit der Folge, dass mehr Hilfen eingeleitet werden.

#### **IV. Eckpunkte für eine angemessene Organisationsentwicklung sowie für eine Personalbemessung im ASD**

Aus den zuvor dargelegten Diskussionen und Untersuchungen lassen sich folgende Eckpunkte und Anforderungen für eine Organisationsentwicklung und Personalbemessung im ASD, unter Berücksichtigung, dass die Konzipierung und Umsetzung vornehmlich Leitungsaufgabe ist, ableiten:

1. Sicherstellung der personellen, organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen im Hinblick auf eine sozialräumliche und bedarfsorientierte Kombination von individuellen Leistungen und lebensfeldorientierten Angeboten unter Wahrung der jeweiligen Leistungsprofile und Kernkompetenzen.
2. Berücksichtigung von fallspezifischen, fallübergreifenden und fallunspezifischen Aufgaben bei der Personalausstattung des ASD. Auf Grundlage der vereinbarten Zielsetzungen und fachlichen

---

<sup>13</sup> Universität Koblenz Landau: Organisationslagebild ASD Hamburg, Abschlussbericht 2012, S. 51f.

<sup>14</sup> Universität Koblenz Landau, S. 56

<sup>15</sup> Siehe auch S. Baas, L. de Paz Martínez, J. Lamberty, H. Müller, N. Schwamb: Hilfen zur Erziehung in Rheinland-Pfalz. Die Inanspruchnahme erzieherischer Hilfen im Kontext sozio- und infrastruktureller Einflussfaktoren. 4. Landesbericht 2013, S. 386



Schwerpunkte sollte eine prozentuale Gewichtung der drei ASD-Aufgabenfelder erfolgen.

3. Stärkung der sozialpädagogischen Methodenkompetenz und der Beratungsaufgaben insbesondere mit Blick auf die Relevanz von Beziehung, Familiendynamiken z.B. durch Festlegung der Relation von Fach- und Verwaltungskräften und der Relation von berufserfahrenen und/oder jungen Fachkräften.
4. Planung einer an den Organisationszielen sowie an den individuellen Voraussetzungen orientierten prozesshaften Qualifizierung. Sicherstellung und zeitliche Berücksichtigung von regelmäßiger externer Supervision bzw. strukturierter kollegialer Beratung für die Fachkräfte des ASD sowie ein angemessene Führungskräfteunterstützung.
5. Berücksichtigung der Personal- und Altersstruktur im ASD bei der Weiterentwicklungs- und Personalbemessungsdebatte.
6. Ausreichende Ausstattung der Jugendhilfeplanung im Hinblick auf die erforderlichen Unterstützungsleistungen für den ASD und die Gesamtplanungsfunktion für eine vernetzte sozialräumliche Kinder- und Jugendhilfe insbesondere an den Schnittstellen zu Stadt(teil-)entwicklung, Schule, Gesundheit und Soziales. Sicherstellung der Kenntnisse über die sozialräumliche Infrastruktur, Bildung von Langzeitindikatoren und Nachhaltigkeitskriterien.
7. Sicherstellung einer Aufgaben- und funktionsgerechten Bezahlung der sozialpädagogischen Fachkräfte des ASD. Die Verständigung auf die Besoldung nach E 10 für berufserfahrene Fachkräfte des ASD als allgemeiner Standard.
8. Akzeptanz und Berücksichtigung der Qualitätsentwicklung nach § 79a SGB VIII als originäre Aufgabe des ASD bei der Aufgabendefinition und Personalausstattung mit dem Ziel, geeignete Instrumente und ombudshaftliche Ansätze im Rahmen einer lernenden Organisation mit einer entsprechenden Transparenz- und Fehlerkultur zu entwickeln. Dadurch können Verbesserungspotenziale besser identifiziert und umgesetzt werden. Die systematische Qualitätsentwicklung ist eine Grundlage für ein Krisenmanagement nach innen und gegenüber der Öffentlichkeit. Der ASD kann stärker als sozialpädagogische Fachbehörde mit eigenem Profil wahrgenommen werden.

9. Nicht zuletzt bedarf es einer systematischen Verknüpfung von Lehre und Praxis, z.B. durch geregelte Praktikabegleitung oder das „Öffnen“ von Vorlesungen im Sinne eines wechselseitigen Verhältnisses mit Hochschulen und Ausbildungsinstituten, um die Anforderungen für eine ASD-Qualifikation in Ausbildung sowie Fort- und Weiterbildung angemessen zu berücksichtigen und weiter zu entwickeln.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ  
Berlin, 13. Februar 2014

## **Problem der „unbegleitete mdj. Flüchtlinge“ i. V. m. der Tätigkeit des Familiengerichts**

Die zunehmende Anzahl der mdj. Flüchtlinge ohne Begleitung ihrer Eltern belastet die Jugendämter erheblich. Damit verbunden ist auch eine deutliche Mehrbelastung der Familiengerichte. Das Verfahren beim Familiengericht gestaltet sich nach der jetzigen Rechtslage wie folgt:

1. Antrag bzw. Mitteilung des Jugendamtes über die Inobhutnahme zumeist mit dem Vorschlag, das Jugendamt zum Vormund zu bestellen. Gelegentlich werden auch Personen eines Vormundschaftsvereines oder Einzelpersonen (beruflich tätige oder ehrenamtliche) vorgeschlagen.
2. Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge gem. § 1674 Abs. 1 BGB.
3. Anordnung einer Vormundschaft gem. §§ 1773, 1774 BGB.
4. Auswahl des Vormundes – in der Regel aufgrund des Vorschlages des JA – gem. § 1779 BGB.
5. Bestellung des Vormundes durch „Verpflichtung“ gem. § 1789 BGB (Konstitutiver Akt).
6. Begleitung des Vormundes durch Beratung und Aufsicht gem. § 1837 BGB.
7. Evtl. Wechsel des Vormundes.
8. Aufhebung der Feststellung des Ruhens und der Vormundschaft, wenn die Eltern auch einreisen.
9. Aufhebung der Vormundschaft mit Eintritt der Volljährigkeit.

Funktionell ist der Rechtspfleger zuständig mit der Ausnahme für den Richtervorbehalt gem. § 14 Abs. 1 Nr. 10 RPflG, wenn – wie hier – das Kind Angehöriger eines fremden Staates ist. Genau genommen würde der Rechtspfleger die Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge treffen, das Verfahren dann an den Familienrichter abgeben. Der Familienrichter ist danach für die Tätigkeiten der Nr. 3 gemäß obiger Liste funktionell zuständig. Für die Auswahl bzw. Bestellung des Vormundes nebst dem weiteren Verfahren (Verpflichtung, Berichte, Vergütung, ggf. Vormundwechsel etc.) ist wieder der Rechtspfleger funktionell zuständig. Die Gerichte verfahren sehr uneinheitlich, teilweise übernimmt der Richter wegen des engen sachlichen Zusammenhangs sämtliche Verfahren bis zur etwaigen Verpflichtung (§§ 6, 8 Abs. 1 RPflG), nicht selten übernehmen die Richter nur einzelne Verfahren oder einzelne Teile der Verfahren dazu (etwa Feststellung des Ruhens der elterlichen Sorge oder die Bestellung/Auswahl des Vormunds, letztere mal mit entsprechender Vorbereitung durch den Rechtspfleger, mal auch wieder gänzlich ohne Rücksprache mit dem Rechtspfleger), es kommt aber auch nicht nur in Einzelfällen vor, dass die Richter ausschließlich die Vormundschaftsanordnung machen und alles andere nicht übernehmen.

Diese Zuständigkeitsregelung führt oft nicht nur zu unnötigen Verzögerungen des Verfahrens, sondern auch bei der Frage der richtigen Aktenzuweisung zu Unsicherheiten auf der Geschäftsstelle.

**Wir halten deshalb eine Änderung des RPflG für die unbegleiteten mdj. Flüchtlinge für sinnvoll, indem die funktionelle Zuständigkeit entweder für diesen Personenkreis als Ausnahmeregelung oder generell auf den Rechtspfleger übertragen wird.**

Die Rechtspfleger sind es im Übrigen in diversen anderen Rechtsgebieten, für die sie ohnehin ohne Ausnahme zuständig sind, gewohnt, mit ausländischem Recht umzugehen. So findet z. B. europäisches Recht zunehmend Eingang in das materielle und Verfahrensrecht verschiedener Rechtsgebiete. Im Grundbuchbereich beispielsweise obliegen sämtliche Prüfungen ausländischen

Rechts – gesetzliche und gewillkürte Vertretung natürlicher und juristischer Personen, Möglichkeiten und Folgen von Güterständen u.a.m., vgl. die umfangreichen Abhandlungen in diversen Grundbuchcommentaren - selbstverständlich dem Rechtspfleger, ohne dass das zu Kompetenzzweifeln führen würde (die Vorlage nach § 5 Abs. 2 RPfIG ist optional).

Durch eine einheitliche funktionelle Zuständigkeit würde nicht nur das Verfahren zügiger bearbeitet werden können, sondern die Maßstäbe z. B. bei der Vormundbestellung und einem späteren Wechsel wären einheitlich. Es gäbe auch nur einen Ansprechpartner bei Gericht.

Für die Auswahl des Vormundes gerade für den hier genannten Personenkreis wäre noch zu überlegen, ob der § 1779 Abs. 2 BGB noch um das Erfordernis, die deutsche Sprache hinreichend zu beherrschen, erweitert werden könnte. Es gibt bereits negative Erfahrungen einiger Familiengerichte mit Vormündern, die kaum deutsch sprechen und einen ganz erheblichen Zeitaufwand im Rahmen der Aufsicht beanspruchen.

Sollte die vollständige Aufhebung dieses Richtervorbehalts auf Bedenken stoßen, so regen wir dringend folgende Änderung des § 14 Abs. 1 Nr. 10 RPfIG an:

**10. die Anordnung einer Vormundschaft oder einer Pflegschaft über einen Angehörigen eines fremden Staates einschließlich der vorläufigen Maßregeln nach Artikel 24 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche, soweit ausländisches Recht anzuwenden ist;**

Diese Änderung beruht darauf, dass im Bereich des KSÜ ohnehin nur deutsches Recht zur Anwendung kommt und die Rechtspflegerzuständigkeit daher bedenkenlos erscheint. Im Ergebnis blieben damit nur noch diejenigen (wenigen) Fälle für die Richterzuständigkeit übrig, in denen nach (unterstellt anwendbarem) ausländischem Recht die Volljährigkeit erst nach der Vollendung des 18. Lebensjahres eintritt.

**Ferner ist an die Aufhebung des § 1789 BGB zu denken. An deren Stelle sollte eine Norm ähnlich der des § 289 FamFG auch für Vormünder und Pfleger im Kindschaftsrecht (z. B. als § 164a FamFG) geschaffen werden. Vormünder würden dann wie rechtliche Betreuer nicht mehr mit konstitutiver Wirkung, sondern deklaratorisch „verpflichtet“ werden. Insbesondere bei Berufsvormündern und –ergänzungspflegern sind die bislang notwendigen Verpflichtungen in jedem einzelnen Verfahren nicht sachgerecht.**

Im Übrigen erscheint uns die Regelung des § 42a SGB VIII über die „vorläufige Inobhutnahme“ sachgerecht zu sein. Alternativ wäre rein rechtlich die Schaffung einer gesetzlichen Beistandschaft mit Beginn der Inobhutnahme des Kindes besser, weil das Konstrukt der Notvertretungsbefugnis des Jugendamtes einige Interessenkollisionen verursacht. Ein Beistand (der Amtsvormund) würde die parteiische Vertretung auch gegenüber dem Jugendamt leisten können und würde auch deutlich früher den Asylantrag stellen können. Angesichts der Überbelastung der Jugendämter ist die jetzige Lösung allerdings einfacher.

Die Interessenkollision bei der Anordnung einer Altersfeststellung und der Zuweisungsentscheidung bei gleichzeitiger Rechtsvertretung des Kindes könnte für unser HauptstadtForum aber ein interessanter Diskussionspunkt sein.

**Wir schlagen folgende flankierende Maßnahmen vor:**

- Das Bundesjustizamt kann ermitteln und eine Tabelle online stellen, aus der sich ergibt, welcher Staatsangehörige wann volljährig wird. Die (vorausgesetzt überhaupt vorhandenen) üblichen Kurzkomentierungen hierzu stellen nur darauf ab, was das ausländische Recht zur Volljährigkeit selbst regelt, berücksichtigen aber regelmäßig nicht das ausländische Kollisionsrecht hierzu. Die Suche im Bergmann/Ferid dauert deutlich länger und führt auch nicht immer zum Ziel. Unter Umständen kommt man erst mit der Hilfe von Standesämtern oder Landratsämtern weiter (und kann deren Ausführungen dann glauben oder auch nicht). Die haben dann andererseits oft die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte nicht im Blick, die es vereinzelt gibt. Kurz gesagt, die Ermittlung des jeweils geltenden Volljährigkeitsalters ist eine durchaus aufwändige Angelegenheit. Es wäre hilfreich, wenn diese Fakten einmal gründlich geprüft werden, statt diese Prüfung immer wieder aufs Neue im jeweiligen Gericht stattfinden zu lassen. Wenn in der vorgeschlagenen Tabelle nicht nur das jeweilige Alter genannt, sondern in Kurzform auch dargestellt würde, wie man zu diesem Ergebnis kommt, ist das für die Praxis eine wertvolle Hilfe.
- Die Rechtsanwaltskammern sollen – soweit nicht bereits geschehen - gebeten werden, in den Reihen der Anwälte nach Berufsvormündern für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge zu suchen und diese dem jeweils zuständigen Amtsgericht oder regional bekannt zu geben. Die Rechtsanwaltskammer München tut dies bereits, was es den Gerichten ermöglicht, gezielt bei diesen Anwälten nachzufragen, wieweit sie noch Kapazitäten haben.
- Ausbau der Kapazitäten der Vormundschaftsvereine für die Beratung, Begleitung und Gewinnung von ehrenamtlichen Vormündern:  
Es sind dringend Anlaufstellen für ehrenamtliche Vormünder, auch bzw. gerade die Familienangehörigen, erforderlich, bei denen sie Hilfestellung für das gerichtliche Verfahren aber auch für die Besorgung der Angelegenheiten für die Mündel erhalten. Des Weiteren können die Vereine familienfremde Bürger/innen beraten und vorbereiten, wenn diese Interesse an der Übernahme einer ehrenamtlichen Vormundschaft haben. Die vorhandenen Kapazitäten reichen bei Weitem derzeit nicht aus.

---

Hier kurz zusammengefasst das Verfahren gem. § 42 a SGB VIII:

#### **Die vorläufige Inobhutnahme gem. § 42 a SGB VIII**

§ 88a Abs. 1 regelt die Zuständigkeit des Jugendamtes (Aufenthalt bei Beginn der Inobhutnahme, kann durch Landesrecht verändert werden).

1. Schritt: Die vorläufige Inobhutnahme des ersten zuständigen JA (Regelfall).
2. Schritt: Alterseinschätzung (Probleme mit den Methoden vs. Würde), qualifizierte Gefährdungseinschätzung als Grundlage der dann fälligen „Zuweisungsentscheidung“.
3. Schritt (aufgrund der Zuweisungsentscheidung): Entweder Verteilung, dann neue Zuständigkeit eines anderen JA oder wegen Wohlfährdung keine Weiter-Verteilung, so dass das Verfahren in das normale Inobhutnahme-Verfahren übergeht.

Das JA erhält durch Gesetz eine sog. *Notvertretungsbefugnis*.

Kritik: Keine parteiliche Vertretung, Gefahr der Interessenkollision zwischen JA-Verteilung und Aufenthaltsinteressen des mdj. Flüchtlings. Auch bei der Anordnung einer qualifizierten Alterseinschätzung muss der „Vertreter“ des Kindes zustimmen. Das ist aber dasselbe JA, das die Anordnung trifft. Hier sind evtl. unzulässige Kollisionen normiert worden!

Und neu: Keine Verfahrensfähigkeit für die Flüchtlinge unter 18 Jahren (§ 12 AsylG)!  
Mdj. Flüchtlinge können somit keine wirksamen Asylanträge selbst stellen. Das kann nach Ende der vorläufigen Inobhutnahme nur der dann bestellte Vormund leisten.

**Kritik und Alternative:**

Die Notvertretungsbefugnis ist evtl. doch zu schwach gestaltet. Eine „gesetzliche Beistandschaft“ für denselben Zeitraum, die intern einen insoweit dann *parteilichen* Amtsvormund zu übertragen wäre, würde die Rechte des mdj. Flüchtlings im Verfahren stärken. Der Beistand könnte vor familiengerichtlicher Vormundbestellung bereits die Rechte gegenüber dem JA wahrnehmen und Asylantrag stellen.

Bei einer „gesetzlichen Beistandschaft“ könnte als Zeitpunkt der Einschaltung des Familiengerichts die Feststellung eines tragfähigen Aufenthalts sein (entweder spezielle Aufnahmeeinrichtung, Aufenthalt bei einem Verwandten oder bei einer zur Übernahme der Vormundschaft bereiten und geeigneten Einzelperson).

## Anlage 60:

Jugendamt	Belegungs- quote	unbegleitete Minderjährige	junge Volljährige	UMA - Vorläufige Inobhutnahme	UMA - Inobhutnahme	UMA - Anschluss- maßnahmen	UMA - junge Volljährige	UMA - angemeldete Verteilung	Tagesmeldung vom	Summe	Abweichung	Soll- Zuständigkeit gem. Quote	Zuständig- keitsquote (tagesaktuell)
Jugendamt Breisgau- Hochschwarzwald	2.36000	36	13	0	31	76	16	0	01 . 07 . 2016 08 : 53 : 08	172	-11	183	2.22000
Jugendamt KV Schwarzwald- Baar-Kreis	1.16000	29	12	6	8	30	3	1	01 . 07 . 2016 09 : 07 : 35	88	-2	90	1.13000
Jugendamt LHS Stuttgart	5.71000	260	111	117	75	21	3	0	01 . 07 . 2016 07 : 29 : 18	587	144	443	7.57000
Jugendamt LK Ostalbkreis	2.89000	42	2	44	37	67	11	2	01 . 07 . 2016 10 : 05 : 24	203	-21	224	2.62000
Jugendamt LK Zollernalbkreis	1.75000	0	0	22	48	10	0	14	01 . 07 . 2016 10 : 23 : 36	80	-56	136	1.03000
Jugendamt LRA Alb-Donau-Kreis	1.76000	22	7	0	3	73	9	16	01 . 07 . 2016 08 : 26 : 07	114	-23	137	1.47000
Jugendamt LRA Biberach	1.78000	30	5	0	18	69	3	8	01 . 07 . 2016 09 : 37 : 02	125	-13	138	1.61000
Jugendamt LRA Bodenseekreis	1.95000	22	11	5	10	77	14	7	01 . 07 . 2016 08 : 36 : 53	139	-12	151	1.79000
Jugendamt LRA Böblingen	3.49000	54	28	25	24	104	19	8	01 . 07 . 2016 09 : 18 : 19	254	-17	271	3.27000
Jugendamt LRA Calw	1.43000	18	3	0	1	72	5	4	01 . 07 . 2016 10 : 35 : 17	99	-12	111	1.28000
Jugendamt LRA Emmendingen	1.49000	19	4	9	16	58	0	0	01 . 07 . 2016 09 : 56 : 48	106	-10	116	1.37000
Jugendamt LRA Enzkreis	1.81000	18	19	0	5	90	0	0	01 . 07 . 2016 08 : 28 : 38	132	-8	140	1.70000
Jugendamt LRA Esslingen	4.82000	76	41	0	17	176	18	10	01 . 07 . 2016 09 :	328	-46	374	4.23000

Jugendamt	Belegungs- quote	unbegleitete Minderjährige	junge Volljährige	UMA - Vorläufige Inobhutnahme	UMA - Inobhutnahme	UMA - Anschluss- maßnahmen	UMA - junge Volljährige	UMA - angemeldete Verteilung	Tagesmeldung vom	Summe	Abweichung	Soll- Zuständigkeit gem. Quote	Zuständig- keitsquote (tagesaktuell)
									08 : 16				
Jugendamt LRA Freudenstadt	1.07000	15	9	0	4	38	10	0	01 . 07 . 2016 08 : 28 : 37	76	-7	83	0.98000
Jugendamt LRA Göppingen	2.33000	49	9	0	41	65	7	22	01 . 07 . 2016 08 : 54 : 47	171	-10	181	2.20000
Jugendamt LRA Heidenheim	1.20000	21	5	1	28	27	9	0	14 . 06 . 2016 10 : 15 : 08	91	-2	93	1.17000
Jugendamt LRA Heilbronn	3.07000	77	2	14	10	113	9	0	29 . 06 . 2016 16 : 15 : 28	225	-13	238	2.90000
Jugendamt LRA Hohenlohekreis	1.02000	18	8	20	1	23	5	0	01 . 07 . 2016 07 : 36 : 13	75	-4	79	0.97000
Jugendamt LRA Karlsruhe	4.02000	61	41	0	39	139	17	0	30 . 06 . 2016 18 : 51 : 40	297	-15	312	3.83000
Jugendamt LRA Konstanz	1.81000	31	23	8	22	42	9	0	01 . 07 . 2016 08 : 08 : 29	135	-5	140	1.74000
Jugendamt LRA Ludwigsburg	4.91000	71	20	4	33	175	30	8	01 . 07 . 2016 08 : 11 : 43	333	-48	381	4.29000
Jugendamt LRA Lörrach	2.09000	83	21	82	48	4	2	11	21 . 06 . 2016 07 : 29 : 39	240	78	162	3.09000
Jugendamt LRA Neckar- Odenwald	1.32000	33	1	1	19	37	7	0	01 . 07 . 2016 08 : 14 : 27	98	-4	102	1.26000
Jugendamt LRA Ortenaukreis	3.88000	106	37	21	14	128	10	0	30 . 06 . 2016 07 : 56 : 04	316	15	301	4.07000
Jugendamt LRA Rastatt	2.10000	25	11	15	15	79	4	5	01 . 07 . 2016 08 : 57 : 48	149	-14	163	1.92000
Jugendamt LRA Ravensburg	2.57000	45	11	0	35	89	9	0	01 . 07 . 2016 07 :	189	-10	199	2.44000



Jugendamt	Belegungs- quote	unbegleitete Minderjährige	junge Volljährige	UMA - Vorläufige Inobhutnahme	UMA - Inobhutnahme	UMA - Anschluss- maßnahmen	UMA - junge Volljährige	UMA - angemeldete Verteilung	Tagesmeldung vom	Summe	Abweichung	Soll- Zuständigkeit gem. Quote	Zuständig- keitsquote (tagesaktuell)
									05 : 23				
Jugendamt LRA Reulingen	2.59000	40	20	20	37	36	42	132	01 . 07 . 2016 11 : 04 : 27	195	-6	201	2.51000
Jugendamt LRA Rhein-Neckar- Kreis	4.99000	97	28	4	126	99	22	0	01 . 07 . 2016 07 : 40 : 28	376	-11	387	4.85000
Jugendamt LRA Rottweil	1.27000	15	7	0	9	56	3	0	01 . 07 . 2016 07 : 08 : 50	90	-9	99	1.16000
Jugendamt LRA Schwäbisch Hall	1.76000	33	14	17	22	37	3	4	29 . 06 . 2016 17 : 34 : 30	126	-11	137	1.62000
Jugendamt LRA Sigmaringen	1.19000	20	6	2	4	36	0	8	01 . 07 . 2016 10 : 19 : 44	68	-24	92	0.88000
Jugendamt LRA Tuttlingen	1.26000	12	9	0	12	45	8	3	01 . 07 . 2016 08 : 31 : 45	86	-12	98	1.11000
Jugendamt LRA Tübingen	2.04000	36	30	37	30	42	4	3	01 . 07 . 2016 08 : 45 : 18	179	21	158	2.31000
Jugendamt LRA Waldshut	1.54000	27	7	0	6	68	3	0	01 . 07 . 2016 08 : 23 : 31	111	-8	119	1.43000
Jugendamt Main-Tauber- Kreis	1.22000	15	4	0	3	55	6	2	01 . 07 . 2016 09 : 14 : 10	83	-12	95	1.07000
Jugendamt Rems-Murr-Kreis	3.86000	64	32	37	38	97	16	7	01 . 07 . 2016 08 : 26 : 33	284	-15	299	3.66000
Jugendamt Stadt Pforzheim	1.11000	66	16	0	5	47	3	0	01 . 07 . 2016 08 : 46 : 10	137	51	86	1.77000
Jugendamt STV Baden-Baden	0.50000	8	2	0	2	24	2	0	01 . 07 . 2016 08 : 36 : 07	38	-1	39	0.49000
Jugendamt STV Freiburg	2.07000	58	78	41	23	17	1	0	01 . 07 . 2016 08 :	218	57	161	2.81000

Jugendamt	Belegungs- quote	unbegleitete Minderjährige	junge Volljährige	UMA - Vorläufige Inobhutnahme	UMA - Inobhutnahme	UMA - Anschluss- maßnahmen	UMA - junge Volljährige	UMA - angemeldete Verteilung	Tagesmeldung vom	Summe	Abweichung	Soll- Zuständigkeit gem. Quote	Zuständig- keitsquote (tagesaktuell)
									33 : 33				
Jugendamt STV Heidelberg	1.44000	26	17	28	29	19	1	0	01 . 07 . 2016 09 : 34 : 59	120	8	112	1.55000
Jugendamt STV Heilbronn	1.12000	16	12	2	8	38	2	3	01 . 07 . 2016 09 : 59 : 55	78	-9	87	1.01000
Jugendamt STV Karlsruhe	2.80000	149	58	57	22	9	1	0	01 . 07 . 2016 07 : 05 : 12	296	79	217	3.82000
Jugendamt STV Konstanz	0.76000	15	21	19	5	19	3	0	30 . 06 . 2016 08 : 26 : 51	82	23	59	1.06000
Jugendamt STV Mannheim	2.80000	95	59	16	40	18	3	0	01 . 07 . 2016 08 : 49 : 56	231	14	217	2.98000
Jugendamt STV Ulm	1.13000	20	23	2	0	37	2	0	01 . 07 . 2016 07 : 53 : 55	84	-4	88	1.08000
Jugendamt StV Villingen- Schwenningen	0.76000	2	0	2	1	45	4	0	30 . 06 . 2016 14 : 37 : 52	54	-5	59	0.70000
	100.00000	2075	897	678	1024	2726	358	278	38	7758		7758	